Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

THE UNIVERSITY
OF ILLNIOIS
LIBRARY
332.05
BAA
1914'
ECONOMICS
DEPARTMENT

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

BAA
1914

Die Bank

Monatshefte für Finanz- u. Bankwesen

Herausgeber: **Alfred Lansburgh**

I. Semester 1914

BANK VERLAG
Berlin W., Mansteinstrasse 9

Digitized by Google

INHALT.

Abhandlungen.

Aktien-Statistisches 401.
Aktienwesen u. d. Justiz, Das, v. A. L. (Niederdeutsche Bk.) 25.
Amerik. Währungsreform, Die 84.
Amerikan. Ausschuss (Chicago-Rock-Island, Pacific Railroad, St. Louis a. San Franciscobahn) 498
Anleihe, Die preuß. Ideal- 207, April 1914 446.
Arbeitsmarktes, Zur Statistik u. Theorie d., II. (Schluß), von Dr. R. Meerwarth 33.
Auskunftwesen u. Kredit 217.
Auslandsanleihen, D. Handelsminister und die 88.
Auslandsguthab., D. russ. 601.

Bank m. d. 300 Millionen, Die, (Disconto-Schaaffhausen) von Alfred Lansburgh 415.
— und Makler 400.
Bankkredite 506.
Bauges. Kaiser-Wilhelmstraße (Tilgungshypotheken) 243.
Baukrisis u. ihre Ursach., D. 505.
Berliner Großbanken i. J. 1913, Die (mit Tafel), von A. L. 338.
Bodenkreditinstitute, Schuldverschreibungen der 607.
Bodenmonopol, Schnellverkehr und 495.
Bodenpolitik, Kommunale, von L. Eschwege 137.
—, Städtische 95.
Börsentermingeschäft, Der Börsenkommissar über das 396.

Canada-Propaganda 90.
Chicago-Rock-Island (Amerik. Ausschuss) 498.
Chinesischen Geldwesens, Sinn u. Aussicht. ein. Europäisierung d., v. Dr. Schwarzwald 321, 427, 529.
Creditgenossenschaften 98.

Dezember 1913 40.
Diesel 214.
Disconto-Schaaffhausen (Die Bank mit den 300 Million.) 415.
Diskontpolitik 215.

Emissionsstatistik, Kritik der 496.

Februar 1914 257.
Finanzieller Nationalismus, von Alfred Lansburgh 313.
Finanzpresse, von Ludwig Eschwege 434.

Geldmarkt, Die Reichsbk. u. d. sogen., v. A. Lansburgh 113, 225.
Gemischte System a. d. Grundstücksmarkt, Das (Handelsges. für Grundbesitz) 606.
Geschäftsunkosten i. dt. Großbankgew., D., v. F. Burghard 150.
Großaktionär, Der strenge (Verein Chem. Fabr. Zeitz) 499.
Großaktionäre 300.
Großbank-Abschlüssen 1913, Vorläufiges zu den, 253.
Großbanken i. J. 1913, Die Berl. (m. Tafel), von A. L. 338.
Großbankgewerbe, Die Geschäftsunkosten im deutschen, von F. Burghard 150.
—, Zentralisation im 298.
Gründungsrevisionen 503.
Grundstücksmarkt, Das gemischte System a. d. (Handelsges. f. Grundbesitz) 606.
Grundstückstaxen 608.

Hamburg-Amerika-Linie (Hanseatenkrieg) 120.
Handelsges. f. Grundbs. (D. gem. Syst. a. d. Grundstücksmarkt) 606.
Handelskammerwahl, Eine 213.
Handelsminister und die Auslandsanleihen, Der 88.
Hanseatenkrieg (Hapag-Lloyd) von Dr. F. Pinner 120.
Hartgeld und kl. Noten 216.
Hypotheken, Tilgungs-, von Ludwig Eschwege 243.
Hyothekenbanken und Versicherungsgesellschaften 605.
Hypothekenbewegung 402.

Industriekredit, Der langfristige 406.

Jahrhundert Vermögensstatist., Ein 609.
Januar 1914 161.
Justiz, D. Aktienwesen und die (Niederd. Bk.), von A. L. 25.

Kapitalauswanderung nach der Schweiz 302.
Kommunale Bodenpolitik, von L. Eschwege 137.
Kommunalschulden 97.
Konkursstatistik, Zur 94.
Kredit, Auskunftwesen und 217.
Krisen-Erreger, von A. Lansburgh 1,
— (Handelsk.) 214.
Kritik d. Emissionsstatistik 496.
Kursstatistiken 610.

Langfristige Industriekredit, Der 406.

Mai 1914 552.
Makler, Bank und 400.
März 1914 345.
Metropolpalast 93.

Nationalismus, Finanzieller, von Alfred Lansburgh 313.
Niederdeutsche Bank (Das Aktienwesen u. die Justiz) 25.
Norddeutscher Lloyd (Hanseatenkrieg) 120.
Noten, Die kleinen 501.
—, Hartgeld und kleine 216.

Preußische Ideal-Anl., D. 207.
Privatbankiers, D. Zusammenschluß d., v. A. Lansburgh 515.
Produktionsstatistik 404.
Produktionsverhütung (Rh.-Westfäl. Cementsyndikat) 501.

Reform d. schweiz. Bankwesens, von A. L. 537.
Reichsbank u. d. sogen. Geldm., D., v. A. Lansburgh 113, 225.
Reichsbankpolitik, Zustimmung zur 504.
Rheinisch-Westf. Cementsynd. (Produktionsverhütung) 501.
Russischen Auslandsguthaben, Die 601.

Digitized by Google

Sachverständige, Ungeeignete, von L. Eschwege 16.
Scheidemandel 91.
Schnellverkehr und Bodenmonopol 495.
Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute 607.
Schweiz, Kapitalauswanderung nach der 302.
Schweizerischen Bankwesens, Reform des 537.
Sinn u. Aussicht. ein. Europäisier. des chines. Geldwesens, von Dr. Schwarzwald 321, 427, 529.
Sparkassen i. J. 1912, Die 96.
Sparkassenwesen einig. europ. Staaten, in Gesetzgebung, Einrichtungen u. Ergebnissen, Das, v. Geh. Reg.-Rat Dr. Max Seidel 234, 329, 441.
Spezialbanken? 86.
St. Louis and San Francisco-Bahn (Amerikan. Ausschuß) 498.
Städtische Bodenpolitik 95.
Statistik u. Theorie des Arbeitsmarktes, Zur, II. (Schluß) von Dr. R. Meerwarth 33.
Strenge Großaktionär, Der (Ver. Chem. Fabr. Zeitz) 499.

Tilgungshypotheken (Bauges. Kaiser-Wilhelmstr.), von Ludwig Eschwege 243.
Tochtergesellschaften, von Ludwig Eschwege 544.

Ungeeignete Sachverständige, von L. Eschwege 16.

Verein Chem. Fabr. Zeitz (Der strenge Großaktionär) 499.
Verkehrstrust 89.
Vermögensstatistik, Ein Jahrhundert 609.
Versicherungsgesellschaft., Hypothekenbanken und 605.
Vorgehen gegen die Pseudobanken, Das 493.
Vorläufiges zu den Großbank. Abschlüssen 1913 253.

Währungsreform, Die amerikanische 84.
Währungsverschlechterer i. England, Ein 211.
Wanderungsverluste 404.

Zentralisation im Großbank-Gewerbe 298.
Zulassungsbeschluss, Ein 399.
Zusammenbrüche und ihre Statistik 216.
Zusammenschluß der Privatbankiers, D., v. A. Lansburgh 515.
Zustimmung zur Reichsbankpolitik 504.

Statistik.

A.-G., Gründung. 66, 67, 68, 69, 189. 190, 277, 278, 367, 368, 369, 370, 470, 471, 575, 576.
—, Kapitalserhöhungen 66, 67, 68, 69, 189, 190, 278, 279, 367, 368, 369, 370, 471, 472, 575, 576.
Abrechnungsverk. d. Reichsb. 64, 187, 276, 365, 468, 573.
Antimon 265, 561.
Arbeitsmarkt 43 f., 166, 259, 348, 450, 554.
Augsburg. Börse. Zulass. a. d. 65, 188, 277, 367, 470, 575.
Aussenhandel, Amerik. 166.
—, Belg. 166
—, Deutsch. 43, 163 f., 259, 347, 448 f., 553.
—, Engl. 165, 449 f.
—, Franz. 165, 450.
—, Italien. 166.
—, Oesterr.-Ung. 165, 449.
— verschied. Länder 347.
Auswanderung 45, 167 f., 260, 348, 451, 554 f.
Ausweise dt. Depositenbk. 340, 566.
— europ. Notenbk. 61, 184, 272, 362, 465, 466, 570.

Badische Bank 108, 220, 308, 411, 509, 619.
Bank von England 61, 109, 184, 221, 272, 309, 362, 412, 465, 510, 570, 620.
— v. Finland 61, 184, 223, 272, 362, 465, 511, 570.
— v. Frankreich 61, 109, 184, 221, 272, 309, 362, 412, 465, 510, 570, 620.
— v. Griechenland 62, 111, 185, 273, 363, 466, 513, 571.
— v. Italien 61, 184, 272, 310, 362, 465, 570, 621.
Bank v. Norwegen 62, 110, 185, 273, 363, 466, 571.
— v. Portugal 61, 184, 272, 311, 362, 465, 570.
— v. Spanien 61, 184, 272, 311, 362, 465, 570.
Baumwolle 51, 175, 265, 354, 457, 561.
Bayerische Notenbk. 108, 220, 308, 411, 509, 619.
Belgische Nationalbk. 62, 185, 273, 312, 363, 466, 571.
Berliner Börse, Ultimo-Kursea.d. 54, 177, 267, 357, 460, 563.
— —, Zulass. a. d. 64, 188, 276, 366, 469, 573.
— Handels-Ges. 254, 255.
— Privatdiskont 60, 63, 183, 274, 364, 467, 572.
— Wechselkurse 63, 186, 274, 364, 467, 572.
Blei 52, 176, 265, 355, 561.
Börsen, Zulassung. a. d. dt. 64, 188, 276, 366, 469, 573.
Börsensteuern 55, 179, 268, 358, 461, 565.
Bremer Börse, Zulass. a. d. 65, 189, 277, 367, 470, 575.
Breslauer Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 276, 366, 469, 574.

Clearing, Londoner 57, 181, 270, 359 f., 463, 567.
Cölner Börse s. Köln.
Commerz- und Disconto-Bank 254, 255, 566.

Darmstädter Bk. 254, 255, 566.
Deutsche Bk. 254, 255, 566.
— Depositenbanken, Ausw. 340, 566.
— Reichsbk., s. Reichsbk.
Diamanten 52, 176, 265, 355.
Diskontbew. d. europ. Notenbk. 59 f., 182 f., 274, 361, 464, 569.
Discontoges. 254, 255, 566.
Dresdner Bank 254, 255, 566.
— Börse, Zulass. a. d. 65, 189, 277, 367, 470, 575.
Düsseldorfer Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 276, 366, 469, 574.
— Produktenbörse 47, 170, 261 f, 351, 453, 557.

Effektenstempel 55, 179 f., 268, 358, 461, 565.
Eisen, Ein- u. Ausfuhr, s. Roheisen, Ein- u. Ausfuhr.
Eisenbahn-Einnahm., Dt. 44, 167, 259 f., 348, 450 f., 554.
Eisenmarkt, Amerik. 48, 171, 263, 352, 454, 558.
—, Belg. 48, 171, 263, 352, 454, 557.
—, Dt. 46, 168, 260, 349, 452, 555.
—, Engl. 48, 171, 263, 351, 454, 557.
—, Französ. 171, 263, 352, 454, 558.
—, Oesterr.-Ung. 48, 263, 454, 558.
Emissionen, Engl. 58.
—, Französ. 58.
Essener Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 276, 366, 469, 574.
Etat, Preußen 41.

Flachs 52, 175, 265, 355, 458, 561.
Frankfurter Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 276, 366, 469, 574.

G. m. b. H., Gründung. 66, 67, 68, 69, 189, 190, 277, 278, 367, 368, 369, 370, 470, 471, 575, 576.
—, Kapitalserhöh 66, 67, 68, 69, 189, 190, 278, 279, 367, 368, 369, 370, 471, 472, 575, 576.
Geldmarkt 53, 180, 269, 358, 461, 565.

319109
Digitized by Google

Genossenschaften, Gründ. 69, 189, 279, 370, 472, 577.
Getreideernte 50 f., 174, 265, 354, 457, 560.
Glas 176, 355.
Glasgower Warrants 48, 171, 263, 352, 454, 557.
Goldbeweg. in Deutschl. 64, 186, 187, 275, 365, 468, 573.
Goldeing.-u. Ausg b. d. B. v. Engl. 57, 181, 270, 359, 462 f., 567.
Gründung., Offen. Handelsreg. 69, 191, 279, 370, 472, 577.
— v. A.-G. 66, 67, 68, 69, 189, 190, 277, 278, 367, 368, 369, 370, 470, 471, 575.
— v. G. m. b. H. 66, 67, 68, 69, 189, 190, 277, 278, 367, 368, 369, 370, 470, 471, 575.
— v. Genossensch. 69, 189, 279, 370, 472, 577.
Gummi 52, 176, 458, 561.

Hamburger Börse, Zulass. a. d. 66, 189, 277, 367, 470, 575.
Hanf 52, 175, 265, 458, 561.
Hannov. Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 277, 366, 469, 574
Harpen, Ausw. 173, 456.
Häute 265.
Hibernia, Ausw. 173, 456.

Jute 51, 175, 265, 354, 561.

Kaffee 51, 174, 265, 354, 457, 561.
Kakao 175, 265, 354, 457, 561.
Kalisyndikat 50, 174, 264, 354, 457, 559 f.
Kapitalserhöhungen v. A.-G 66, 67, 68, 69, 189, 190, 278, 279, 367, 368, 369, 370, 471, 472, 575, 576.
— v. G. m. b. H. 66, 67, 68, 69, 189, 190, 278, 279, 367, 368, 369, 370, 471, 472, 575, 576.
Kassamarkt, Die bedeutendst. Schwankungen am 56, 179, 269, 358, 461, 564.
Kölner Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 277, 366, 469, 574.
Königsberg. Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 277, 366, 470, 574.
Kohlen, s. Steinkohlen.
Kohlenabsatz, Rechnungsmäß. 49, 172, 263, 353, 455, 558.
Kohlenmarkt, Amerikan. 50, 174, 264, 559.
—, Belg. 50, 264, 456. 559.
—, Deutscher 48, 172, 263, 352, 455, 558.
—, Engl. 50, 174, 264, 354, 456, 559.
—, Französ. 174, 456, 559.
Kohlenproduktion 49, 173, 264, 353, 455 f., 559.
Kohlensyndikat 49, 172, 263, 353, 455, 558, 559.
Konkursstatistik, Amer. 168.
—, Dt. 45, 168, 260, 349, 451, 555.
Kopra 355.
Kupfer 52, 175, 265, 355, 458, 561.

Leipziger Börse, Zulass. a. d. 65, 189, 277, 367, 470, 575.
Londoner Clearing 57, 181, 270, 359 f., 463, 567.
— Privatdiskont 56 f., 180, 270, 359, 462, 567.

Magdeburg. Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 277, 367, 470, 574.
Mannheim. Börse, Zulass. a. d. 65, 189, 277, 367, 470, 575.
Metallmarkt 52, 175, 265, 355, 458, 561.
Mitteld. Creditbk. 254, 255, 566.
Münchner Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 277, 367, 470, 574.

Nationalbank für Deutschland 254, 255, 566.
— v. Bulgarien 62, 185, 273, 363, 466, 513, 571.
— v. Dänemark 62, 185, 222, 273, 363, 466, 512, 571.
— v. Serbien 62, 111, 185, 273, 363, 413, 466, 571.
New-York Ass. Bks. Ausweise 59, 182, 271, 361, 464, 569.
Niederländ. Bk. 61, 184, 272, 312, 362. 465, 570.
Notenbanken, Ausweise europ. 61, 184, 272, 362, 465, 466, 570.
—. Diskontbew. d. europäischen 59 f., 182, 274, 361, 464, 569.

Oesterr.-Ung. Bank 61, 184, 222, 272, 362, 465, 512, 570.
Offene Handelsges., Vollkaufl. u. Eintrag. ins Handelsreg. 69, 191, 279, 370, 472, 577.

Pariser Privatdiskont 58, 181 f., 271, 360, 463, 568.
Petroleum 458, 561.
Privatdiskont, Berl. 60, 63, 183, 274. 364, 467, 572.
—, Londoner 56 f., 180, 270, 359, 462, 567.
—, Pariser 58, 181 f., 271, 360, 463, 568.
—, Wiener 59, 182, 271, 360, 463, 568.

Quecksilber 561.

Rechnungsmäß. Kohlenabsatz 49, 172, 263, 353, 455, 558.
Reichsbank 61, 107, 108, 184, 219, 220, 272, 307, 308, 362, 371, 372, 410, 411, 465, 508, 509, 570, 618, 619.
—, Abrechnungsverkehr 64, 187, 276, 365, 468, 573.
Roheisen, Ein- u. Ausfuhr 47 f., 170 f., 262, 351, 453 f., 557.
Roheisenerzeugung 46, 169, 261, 350, 452, 556.
Rumän. Nationalbk. 62, 185, 273, 363, 413, 466, 571.
Russische Reichsbk. 61, 184, 223, 272, 362, 465, 511, 570,

Sächsische Bk. 108, 220, 308, 411, 509, 619.
Salpeter 265, 355, 458, 561.
Schaaffhausen'scher Bankverein, A. 254, 255, 566.
Scheckstempel 64, 188, 276, 366, 469, 573.
Schlußscheinstempel 55, 179, 268, 358, 461, 565.
Schwedische Reichsbk. 62, 110, 185, 273, 363, 466, 571.
Schweizer. Nationalbk. 62, 185, 273, 310, 363, 466, 571, 621.
Silber 52, 176, 265, 355, 458, 561.
Spiritus 52, 176.
Staatseinnahmen 447.
Stahltrust, Amer. 171, 352, 454.
Stahlwerksverband, Versandz. 46 f., 169, 261, 350, 452, 556.
Steinkohlen, Ein- u. Ausfuhr 50, 173, 264, 353, 456, 559.
Stettiner Börse, Zulass. a. d. 65, 188, 277, 367, 470, 574.
Stuttgarter Börse, Zulass. a. d. 65, 189, 277, 367, 470, 575.

Talonsteuer 64, 188, 276, 366, 469, 573.
Tantièmesteuer 64.
Tee 175, 265, 354, 457, 561.
Textilwaren 51, 175, 265, 354, 457, 561.
Trust Comp. 59, 182, 271, 361, 464, 569.

Ultimo-Kurse a. d. Berl. Börse 54, 177, 267, 357, 460, 563.

Vollkaufleute, Off. Handelsges. u. Eintrag. ins Handelsreg. 69, 191, 279, 370, 472, 577

Warenpreise 52 f., 176, 265 f., 355, 458, 561.
Wechselkurse, Berl. 63, 186, 274 f., 364 f., 467 f., 572.
Wechselstempelsteuer 64, 187, 276, 365 f., 468, 573.
Wiener Privatdiskont 59, 182, 271, 360, 463, 568.
Wolle 52. 175, 265. 354, 457, 561.
Württemberg. Notenbk. 108, 220, 308, 411, 509, 619.

Zement 52.
Zink 52, 175, 265, 458.
Zinn 52, 175, 265, 355, 458.
Zucker 51, 174, 265, 354, 457, 560.
Zulassung. a. d. dt. Börsen 64, 188, 276, 366, 469, 573.
Zwickauer Börse, Zulass. a. d. 65, 189, 277, 367, 470, 575.

Digitized by Google

Notenbanken.

Badische Bank 108, 220, 308, 372, 411, 509, 619.
Bank v. England 61, 81, 109, 184, 221, 272, 309, 362, 391, 412, 465, 510, 570, 620.
— v. Finland 61, 184, 204, 223, 272, 362, 465, 488, 511, 570.
— v. Frankreich 61, 109, 184, 199, 221, 272, 309, 362, 412, 465, 480, 510, 570, 620.
— v. Griechenland 62, 111, 185, 273, 296, 363, 466, 513, 571, 598.
— v. Italien 61, 184, 272, 290, 310, 362, 465, 570, 585, 621.
— v. Norwegen 62, 110, 185, 273, 295, 363, 466, 571, 596.
— v. Portugal 61, 184, 272, 295, 311, 362, 465, 570, 595.
— v. Spanien 61, 184, 272, 294, 311, 362, 465, 570, 594.
Bayerische Notenbank 108, 220, 308, 372, 411, 476, 509, 619.
Belgische Nationalbk. 62, 185, 273, 293, 312, 363, 466, 571, 591.

Nationalbk. v. Bulgar. 62, 185, 273, 296, 363, 466, 513, 571, 598.
— v. Dänemark 62, 185, 222, 273, 295, 363, 466, 512, 571, 596.
— v. Serbien 62, 111, 185, 273, 296, 363, 413, 466, 571, 598.
Niederländ. Bank 61, 184, 272, 294, 312, 362, 465, 570, 593.

Oesterr.-Ung. Bk. 61, 76, 184, 222, 272, 362, 384, 465, 512, 570.

Reichsbank 61, 70, 107, 108, 184, 191, 219, 220, 272, 279, 307, 308, 362, 371, 372, 373, 410, 411, 465, 473, 508, 509, 570, 577, 618, 619.
Rumänische Nationalb. 62, 185, 273, 295, 363, 413, 466, 571, 597.
Russische Reichsbk. 61, 184, 202, 223, 272, 362, 465, 485, 511, 570.

Sächsische Bank 108, 220, 308, 372, 411, 509, 583, 619
Schwedische Reichsbk. 62, 110, 185, 273, 295, 363, 466, 571, 595.
Schweizer. Nationalbk. 62, 185, 273, 291, 310, 363, 466, 571, 588, 621.

Württemberg. Notenbank 108, 220, 308, 372, 382, 411, 509, 619.

Deutsche Kreditbanken (Abschlüsse, Monatsübersichten etc.).

A.-G. f. Boden- u. Kommunalkred. i. Els.-Lothr. 71, 193, 376.
Aachener Bank f. Handel und Gewerbe 281, 376
Alfelder Akt.-Bk. 72, 281.
Alletag, Füssen 480.
Allg. Dt. Creditanst. 72, 193, 282, 376, 475, 580.
— Elsäss. Bankges. 282.
Angress 199.
Anhalt-Dessauische Landesbk. 72, 376.
Apelt & Sohn 480.
Arnhold, Gebr. 72, 193, 282, 476, 580.
Arnsberger Gewerbeb. 480, 584.

Bank d. Berliner Kassenvereins 193, 282.
— f. Chile u. Dtschl. 193, 476, 580.
— f. Handel u. Gewerbe 72, 283.
— f. Handel u. Industrie s. Darmstädter Bank.
— für Thüringen 72.
— Ludowy 290.
— v. Els.-Lothring. 72, 376, 580.
— Zwiazku Spolek Zarabkowych 193, 476.
Bankverein f. Schlesw.-Holstein 72, 282, 376.
— Gelsenkirchen 282.
— Zeulenroda 199, 289, 383.
Banque de Mulhouse 72, 282, 376, 580.
Barmer Bankverein 72, 282, 376, 476, 580.
— Kreditbank 194, 282.
Bass & Herz 194.
Bayerische Bodencr.-Anst. 194, 282, 580.
— Diskonto- u. Wechselbk. 476.
— Handelsbank 72, 194, 282, 377, 476.
Bayerische Hypoth. u Wechselbank 194, 282, 476, 580
— Treuhand A.-G. 194, 377.
— Vereinsbank 194, 283, 377.
Bendorf. Volksbk. 76, 199, 289.
Berenberg-Goßler & Co., J. 72.
Bergisch-Märkische Bk. 72, 283, 377, 580.
Berliner Handelsges. 71, 193, 254, 255, 281, 375, 475, 580.
— Hypothekenbank 194, 283, 377, 581.
— Maklerverein 72, 377, 476.
Biermann & Co., Worbis 584.
Bleichröder, S. 72, 194, 283, 377, 476, 581.
Bonner Bank f. Handel u. Gewerbe 76.
— Volksbank 199.
Braunschweig-Hannoversche Hypoth.-Bk. 194, 283, 581.
Braunschweiger Privatbank 72, 283.
Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt 72, 283, 377.
Bremer Bk. f. Hand. u Gew. 194.
Breslauer Beamten-Spar- und Darlehnsverein 383, 584.
— Innungsbank 289, 584.
Brosewitzer Spar- und Darlehnskasse 290, 383.
Busse & Co., A. 377.

Centralkasse der hess. landw. Genossenschaft 72, 476.
Central-Kreditbk. e. G. m. b. H. 584.
Charlottenburg. Kreditverein 289, 383, 479, 584.
Chemnitzer Bankv. 194, 283.
Coburg-Gothaische Creditges. 73, 283, 377.
Coesfelder Bankverein 480.
Commerz- u. Discontobk. 71, 193, 254, 255, 281, 375, 475, 566, 580.
Commerzbank in Lübeck 73, 378, 581.
Comptoir d'Escompte de Mulhouse 283, 378, 476.
Creditanst. f. Hand. u. Gew. 73.
Creditverein Neviges 283.

Danzig. Privat-Akt.-Bk. 73, 283, 378, 581.
Darlehnskasse in Steinach 480.
Darmstädter Bk. 71, 192, 254, 255, 281, 375, 474, 566, 579.
David, Louis 199.
Delbrück, Schickler & Co. 73, 283, 378, 476, 581.
Deutsch-Asiatische Bank 73, 194, 476, 581.
— Ostafrikan. Bk. 195, 582.
— Südamerik. Bk. 73, 195, 477.
— Westafrikanische Bank 582.
Deutsche Afrika-Bk. 194, 581.
— Antioquia-Bank 378.
— Bank 70, 191, 254, 255, 280, 373, 473, 566, 578.
— Effekten- u. Wechselbank 73, 378, 477.
— Grundcr.-Bk. 195, 283, 378.
— Hypothekenbank, Berlin 73, 195, 284, 378.
— Hypothekenbank, Meiningen 195, 284, 378.
— Landwirtsch. Treubandbk. 581.
— Nationalb. 73, 195, 284, 378, 477.
— Orientbk. 73, 378, 477, 581.
— Palästinabank 73, 195, 284, 378, 477, 581.
— Treuhandges. 378.
— Ueberseeische Bk. 378, 477.
— Vereinsbk. 73, 195, 284, 581.
Discontoges. 70, 192, 254, 255, 280, 374, 473, 566, 578.

Digitized by Google

Dresdner Bk. 70, 192, 254, 255, 280, 374, 474, 566, 579.
Dürener Bank 284.
— Volksbank 284, 378.

Eichborn & Co. 477.
Eisleber Disconto-Ges. 284.
Elberfelder Bankverein 284.
Erlanger, J. A. 289.
Essener Creditanst. 73, 284, 477.

Frankfurter Bank 378, 477.
— Hypothekenbk. 195, 284, 582.
— Hypoth.-Cred.-V. 195, 284, 378.
— Tor-Bank 383.
Freiberger Bankv. 74, 284.
Fritsch, Stuttgart 584.

Gebler, Zeitz 584.
Geestemünder Bank 74.
Gerken, Oldenburg 199.
Gewerbebank Harburg 383.
— Lollar 76, 289, 383.
Göttinger Bank 379, 582.
Greb & Frühauf 479, 584.
Grundkredit-Bank 195.

Haagen, Augsburg 199.
Hallescher Bankv. 74, 284, 379.
Hamburg-Altonaer Kreditb. 480.
Handelsbank f. Ostafrika 582.
Hannov. Bk. 74, 195, 284, 379.
— Bodencr.-Bk. 74, 195, 285.
Hannov. Hypoth.-Verein 289.
Hanseatische Bank 74, 195, 198, 285, 379, 477.
Harburger Gewerbebank 480.
Hardy & Co 74, 285.
Herzberg Söhne, S. 76.
Hess. Landeshypoth.-Bank 195, 285, 379, 582.
Hessischer Bankverein 74.
Heusenshammer Spar- und Darlehnskasse 383.
Hilb, Max 199, 289.
Hildesheim. Bk. 74, 196, 285.
Hirschberger, K. 199, 289.
Holstenbank 285, 582.
Hypothekenbank in Hamburg 74, 196, 285.

Kattowitzer Bankverein 74.
Kieler Bank 196, 285.
Knappe & Thomas 383.
Koehler & Janiszewski 76.
Königl. Bayer. Bank 196, 582.
Königsberger Vereinsbk. 74, 285, 379.
Kränzlein, Wassertrüdingen 383.
Krefelder Bank 285.

Ländl. Kreditverein in Riekenbach 480, 584.
Landw. Central-Darlehnskasse 285, 582.
— Genossenschaft für Geld- u. Warenverkehr 289.
— Hypotheken-Bank 196, 285.
Landwirtschaftsbk. f. Dtsch.-Südwestafrika 196, 477.
Leher Bank 74.
Leipziger Creditbank 285.
— Hypotheken-Bank 196.
— Vereinsbank 286.
Lilienthal, G. 383.
Löbauer Bank 74, 379, 477.
Löwenstein, Gebr. 289.
Lübecker Privatbank 196.
Lüdicke & Müller 383.

Märkische Bank 379, 477.
Magdeburger Bankv. 286, 379.
— Bau- u. Creditbk. 478.
Maklerbk. i. Hamburg 196, 286.
Marienburger Privatbk. 199.
Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbk. 74, 196, 379, 478.
Mecklenburg. Hyp. u. Wechselbank 196, 286.
— Sparbank 286.
Mendelssohn-Bartholdy & Co. 74.
Mendelssohn & Co. 196, 286.
Mitteldeutsche Bodencredit-Anst. 74, 196, 286, 379.
— Creditbk. 71, 193, 254, 255, 281, 376, 475, 566, 580.
— Privatbk. 74, 286, 379, 478, 582.
Mittelrhein. Bank 286.
Mülheimer Bank 286.

Nationalbank für Deutschland 71, 193, 254, 255, 281, 376, 475, 566, 580.
Neuburger, Carl, 196, 198, 286, 289, 379.
Niederdeutsche Bk. 196, 379, 478, 582.
Niederlausitzer Bk. 197.
Niedermodau, Spar- u. Kreditverein 382.
Norddeutsche Bk. in Hamburg 75, 286, 380, 478, 582.
— Creditanstalt 75, 197, 286, 380, 582.
— Grundcredit-Bk. 197.

Oberfränkische Bk. 380.
Oberlaus. Bk. 75, 197, 286, 380.
Obermockstädter Vorschuß- und Kreditkasse 289.
Oberschles. Kreditverein 286.
Oeynhauser Spar- und Leihbank 480.
Oldenburg. Spar- u. Leihbank 75, 380.
— Landesbank 286, 380.
Osnabrück. Bk. 75, 286, 380,
Ostbank für Handel u. Gewerbe 75, 197, 286, 380, 583.
Ottensener Bank 197.

Pfälzische Bk. 197, 380, 583.
— Hypothekenbk. 197, 287, 380.
Pforzheimer Bankv. 478, 583.
Plauener Bank 287.
Posener Bank „Rolnik“ 584.
Potsdamer Creditbank 287, 478, 583.
Preuß. Boden.-Credit-Akt.-Bk. 197, 287, 380, 478, 583.
— Central-Bodencredit-A.-G. 75, 197, 287, 380, 583
— Central-Genossenschaftskasse 70, 191, 373, 473, 578.
— Hypoth.-Akt.-Bank 75, 197, 287, 380, 478, 583.
— Pfandbr.-Bk. 75, 197, 287.
— Leihhaus 197, 380, 478.
Privatbank zu Gotha 380.

„Revision“ Treuhand A.-G. 478.
Rheinisch-Westfäl. Bank. für Grundbesitz 478.
— -Westfälische Bodencredit-Bk. 198, 287.
— -Westfäl. Discontoges. 75, 198, 287, 479, 583.
— Bank 380, 478.
— Creditbk. 75, 197, 381, 478, 583.
— Hypoth.-Bk. 75, 197, 287, 381.
Ronsdorfer Bank 76.
Rosenbaum, Lippstadt 289.
Rosenstein, Berlin 479.
Rostocker Bk. 287, 381.

Sächsische Bodencredit-Anst. 75, 198, 287.
St. Pauli-Credit-Bank 198.
Sattler, Berlin 584.
Schaaffhausen'scher Bankv. 71, 192, 254, 255, 281, 375, 475, 566, 579.
Schiffbeker Bank 76.
Schnidler, Waldsee 480.
Schlesinger-Trier & Co. 288, 583.
Schlesische Bodencr.-Akt.-Bk. 75, 198, 288.
— Bankv. 75, 288, 381, 479, 583.
Schleswig-Holsteinsche Bank 198, 288.
Schönhauser Genossenschafts-bank 584.
Schröder, Gebr. & Co. 198.
Schwarzburg. Hypothek.-Bank 75, 198, 381.
— Landesbk. 288, 381, 479, 583.
Seehandlung 70, 191, 279, 373, 473, 577.
Siegener Bank f. Handel und Gewerbe 288.
Simonsohn, Thorn 479, 584.
Solinger Bank 289.
Spar- u. Darlehnskasse Plankstadt 480.
— und Darlehnsk. i. Allagen 383.
— u. Kreditv. Niedermodau 382.
Staehling, L. Valentin & Cie., Ch. 381.
Stahl & Federer 381.
Stock, Zeulenroda 76.
Strauß & Heberlein 199, 480.
Süddeutsche Bank 479.
— Bodencreditbk. 198, 288, 583.

Digitized by Google

Süddeutsche Discontoges. 75, 198, 288, 381, 479.
– Treuhandgesellschaft 288.

Thüringische Kreditanstalt 381, 479.
– Landesbank 288, 382.

Ulrich & Co., Max 382.

Vereinsbk. Frankfurt a. O. 288, 382, 479, 583.
– i. Hamburg 76, 198, 288, 382.
– i. Kiel 382.
– i. Nürnberg 198, 288. 382.
Vereinsbk. Zwickau 76, 288, 382, 479.
Vogtländ. Bank 288.
— Creditanstalt 76, 288, 382.
Volksbk. i. Bismarckhütte 383.
Vorschuß- u. Kreditverein zu Hungen 290.

Warburg & Co., M. M. 76, 479.
Weck, Solingen 584.
Weißenseer Bk. 198, 289, 383.
Werthauer Nf., Emil 76.
Wertheimer & Co., Büdingen 383, 480.
Westdeutsche Bodencredit-Anstalt 198, 288.
— Vereinsbk. ter Horst & Co. 289.
Westdeutscher Bankv. 288, 382, 479.
Westfäl.-Lippische Vereinsbank 382.
Westholstein. Bk. 289, 382.
Württemberg. Bankanst. 198, 289, 382, 479, 583.
— Hypothekenbk. 198, 289, 479.
— Vereinsbank 198, 289, 382, 479, 583.

Zentralbank Hamburg 289.

Ausländische Banken (Abschlüsse, Monatsübersichten etc.).

Amerikan. Bankwes. 204, 205, 206, 207, 489, 490, 491, 492, 493.
Argent. Bankw. 296, 297, 599.

Belg. Bankwes. 292, 293, 294, 590, 591, 592, 593.
Boliv. Bankwesen 297, 599.
Brasil. Bankwes. 297, 599, 600.
Bulgar. Bankwes. 296, 597, 598.

Chilen. Bankwesen 600.
Chines. Bankwesen 297, 600.
Columb. Bankwesen 297.

Dänisch. Bankw. 295, 596, 597.

Engl. Bankwes. 81, 82, 83, 84, 391, 392, 393, 394, 395, 396.

Franz. Bkwes. 199, 200, 201, 202, 480, 481, 482, 483. 484, 485.

Griech. Bankwes. 296, 598.

Holländ. Bkwes. 294, 593, 594.

Italien. Bkwes. 290, 584, 585, 586.

Japan. Bankwes. 296, 599.

Luxemb. Bankwes. 294, 593.

Marokkan. Bankwesen 297.
Mexikan. Bkwes. 297, 600, 601.
Montenegr. Bankwes. 598.

Norweg. Bankwesen 295, 596.

Oesterr.-Ungar. Bankwes. 76, 77, 78, 79, 80, 81, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391.

Paraguay. Bankwesen 601.
Pers. Bankwesen 297.
Peruan. Bankwesen 298.
Portug. Bankwesen 295, 595.

Rumän. Bankwes. 295, 296, 597.
Russ. Bankwes. 202, 203, 204, 485, 486, 487, 488, 489.

San Salvador Bankwesen 601.
Schwed. Bankwes. 295, 595, 596.
Schweiz. Bankwesen 290, 291, 292, 586, 587, 588, 589, 590.
Serb. Bankwesen 296, 598.
Siames. Bankwesen 601.
Span. Bkwes. 294, 295, 594, 595.

Türk. Bankwesen 295, 597.

Uruguayisch. Bkwes. 298, 601.

Venezuelan. Bankwesen 298.

Aargauische Kantonalbk. 588.
— Kreditanstalt 291, 588.
African Banking Corpor. 83, 395.
Alexanders & Co., London 393.
Allg. Dep.-Bk., Wien 77, 385.
— Oesterr. Bodcr.-Anst. 77, 385.
— Verkehrsbank 77, 385.
Amsterdamsche Bk. 294, 593.
Anglo-Egyptian Bank 83.
— -Oesterr. Bank 78, 385.
— -South American Bank 395.
Argentinische Nationalbk. 599.
— National-Hypothkbk. 297, 599.
Asow-Don Kommerzbk. 203, 486.
Australian Bk. of Commerce 395.

Banca Commerciale Italiana 290, 585.
— d'Italia 290, 585.
— Romaneasca 597.
Banco Commercial Italiano 599.
— de Barcelona 594.
— de Bilbao 594.
— de la Republica, Montevideo 298, 601.
— de la Republica, Santiago 600.
— de Londres y Mexico 601.
— del Estado de Mexico 601.
— di Napoli 290, 586.
— di Roma 586.
— di Sicilia 290, 586.
— Espagnol de Credito 594.
— — del Rio de la Plata 599.
— Hipotecario de la Capital 599.
— Hispano Americano 294, 594.
— Hollandes de la America del Sud 593.
— Nacional del Salvador 601.
— Nazional Ultramarino 595.
Bank für Transportwerte 588.
— Marmorosch, Blank & Co. 296, 597.
— of Australasia 83.
— of Bengal 395
— of Bombay 395.
— of British North America 83.
— of Ireland 395
— of Liverpool 393.
— of Madras 395.
— of Montreal 83, 395.
— of New South Wales 395.
— of New Zealand 83.
— of Victoria 395.
— und Wechselstuben A.-G. „Merkur" 78, 386.
— von England 81, 391.
— von Finland 204, 488.
— von Griechenland 296, 598.
— von Japan 296, 599.
— von Norwegen 295, 596.
— von Portugal 295, 595.
— von Spanien 294, 594.
Bankers Trust Co. 206.
Banque Belge de Prêts fonciers 293.
— — pour l' Etranger 293.
— Belgo Argentine de Prêts Hypothécaires 293.
— Cantonale Vaudoise 588.
— Centrale Anversoise 591.
— Centrale Mexicaine 297, 601.
— d'Anvers 293, 591.
— d'Athènes 598.
— de Bordeaux 200, 482.
— de Bruxelles 293, 591.
— de Commerce 592.
— de Crédit Commercial 592.
— de Crédit Roumain 296.
— de France 199, 480.
— de l'Algérie 201, 484.
— de la Martinique 485.
— de l'Etat de Fribourg 291.
— de l'Indo-Chine 202.
— de l'Union Anversoise 592.
— de l'Union Parisienne 200, 482.
— de Paris et d. Pays-Bas 200, 482.
— de Reports de Fonds Publics et de Dépôts 293, 592.
— d'Outremer 293, 592.

Digitized by Google

Banque du Congo belge 293.
— Foncière du Jura 588.
— Française du Rio de la Plata 485.
— — pour le Commerce et l'Industrie 200, 482.
— Franco-Américaine 202.
— — Japonaise 485.
— — Serbe 598.
— Generale Belge 592.
— Hypothécaire Franco-Argentine 202, 485.
— Industrielle de Chine 202, 485.
— Internat. Luxemburg 294, 593.
— — de Bruxelles 293, 592.
— Italo-Belge 293.
— Liégeoise 592.
— Nationale de Crédit 482.
— Péninsulaire 297.
— Perier & Co 200, 482.
— Privée 200, 482.
— Suisse et Française 482.
— Transatlantique 202.
Barclay & Co. 82, 393.
Basler Handelsbk. 291, 588.
— Kantonalbank 589.
Belgische Nationalbk. 293, 591.
Bodencr.-Bank. i. Basel 589.
Böhmische Eskompte-Bank 78, 386.
— Industrialbank 78, 386.
— Unionbank 78, 386.
Bradford District Banking Co. 393.

Caisse Commerciale et Industrielle 483.
— Générale de Reports et de Dépôts 293, 592.
— Hypothécaire Anversoise 592.
Canadian Bank of Commerce 83, 395.
Capital and Counties Bank 82, 393.
Centralbank der Böhm. Sparkassen 386.
— d. deutschen Sparkassen 387.
Centralbanken for Norge 596
Central-Hypothekenbk. ungar. Sparkassen 389.
Centralkreditbank ungarisch. Geldinstitute 389.
Central Trust Co. 206.
Chase National Bank 492.
Chino Siam Bank Bangkok 601.
Christiania Bank og Kreditkasse 596.
Colonial Bank of Australasia 395.
Commercial Bk. of Australia 83.
— — of Scotland 83.
— Banking Compagny of Sydney 83, 395.
Commerzbk., Tiflis 203.
— I. A. Junker & Co. 487.
— i. Warschau 486.
Commonwealth-Bank of Australasia 395.
Compagnie Algérienne 202, 485.
Comptoir d'Escompte de Genève 589.
Comptoir National d'Escompte 200, 483
Continental and Commercial National Bank of Chicago 492.
Corn Exhange National Bank 206, 492.
Crédit Anversois 293, 593.
— du Nord 483.
— Foncier Argentin 485.
— — d'Algérie et de Tunisie 202, 485.
— — de Belgique 593.
— — de France 201, 483.
— — du Brésil et de l'Amérique du Sud 485.
— — Egyptien 485.
— — Péruvien 298.
— — Roumain 597.
— — Sud-Américain 293.
— — Vaudois 589.
— Français 201, 483.
— Général Liégeois 294, 593.
— Industriel et Commercial 201, 483.
— Lyonnais 201, 483.
— Mobilier Français 201, 484.
Credito Italiano 290, 586.

Dänische Landmannsbk. 295, 596.
— Nationalbk. 295, 596.
Den Norske Creditbk. 596.
Dominion Bank of Canada 83, 396.

Eidgenössische Bk. 589.
Englische Postsparkasse 392.
English, Scottish and Australian Bank 84.
Equitable Trust Co. 492.

Farmers' Deposit National Bank 492.
— Loan and Trust Co. 206, 492.
Finländ. Stadtbypothekenkasse 488.
First National Bank 206, 492.
— — — of Chicago 492.
— Second National Bank of Pittsburgh 206.
Förenings-Banken in Finland 488.
Fourth National Bank, New York 492.

Göteborgs Bk. 295, 595.
Grundeigner-Bk. 597.
Guarantee Trust and Savings Bank 206.
Guaranty Trust Cy. 206, 492.

Handelsbk. i. Lodz 203.
Handwerkerbk. i. Basel 589.
Hanover National Bank 206, 492
Hongkong and Shanghai Banking Corp. 396.
Hypothekenbk. i. Basel 589.
— i. Winterthur 291, 589.
— d. Königreichs Norwegen 295.
— i. Finland 488.

Imperial Bank of Canada 84.
— — of Persia 297.
— Ottoman Bank 295, 597.
Incasso-Bank, Amsterdam 593.
Indian Spezie Bank 396.
Indische Postsparkasse 392.
Industrial Bank of Japan 599.
Industriebk. f. d. Kgr. Galizien u. Lodomerien 78, 387.
Istituto Italiano di Credito Fondiario 586.
— Nazionale di Credito per la Cooperazione 586.

Javasche Bk. 294.

Kantonalbank, Bern 589.
— Luzern 291, 589.
Kiewer Privat-Commerz-Bk. 487.
Kopenhagener Handelsbk. 597.

Lancashire and Yorkshire Bank 393.
Leu & Co. 291, 589.
Lincoln National Bank 206.

Lloyds Bank 82, 393.
London and Brazilian Bank 84.
— and Hanseatic Bank 396.
— and Provincial Bank 393.
— and River Plate Bank 84.
— and South Western Bk. 82, 393.
— City and Midland Bk. 82, 394.
— County and Westminster Bank 82, 393.
— Joint Stock Bank, 82, 394.
Luxemburger Unionbank 294.

Mälarprovinsernas Bank 595.
Manchester and County Bank 394.
— and Liverpool District Banking Co. 394.
Mechanics' and Metals' National Bank 207, 493.
Metropolitan Bank 394.
Mexikan. Nationalbk 601.
Moskauer Bk. 203, 487.
— Diskontobk. 487.
— Kaufmannsbk. 487.
— Privathandelsbk. 203, 487.

National Bank, London 82, 394
— — of Australasia 84, 396.
— — of Baltimore 207.
— — of Commerce 493.
— — of India 396.
— — of New Zealand 84.
— — of Scotland 83.
— — of South Africa 84, 396.
— — of Turkey 295, 597.
— — v. Bulgarien 296, 598.
— — v. Serbien 296, 598.
— City Bank, New York 207, 493.
— Discount Co. 394.
— Provincial Bank of England 83, 394.
Nederlandsch-Indische Escompte Matschappij 594.

Digitized by Google

Niederländ. - Ind. Handelsbk. 594.
Niederländische Bk. 294, 593.
Niederösterr. Eskompte-Ges. 78, 387.
Nordische Akt. - Bk. f. Handel u. Industrie 488.
Norra Sverige 595.
Norrlandsbanken 595.
North of Scotland and Town and County Bank 83.

Oesterr.-Ung. Bk. 76, 384.
— Creditanst. f. Handel u. Gewerbe 79, 387,
— Länderbk. 79, 388.
— Postsparkasse 384.

Pari's Bank 83, 394.
Pester Erste Vaterländ. Sparkasse 80, 389.
— Ung. Commerzialbk. 80, 389.
Petersburger Discontobk. 203, 487.
— Handelsbk. 487.
— Internat. Handelsbk. 203, 487.
— Privat-Handelsbk 487.
Prager Creditbk. 388.
Privatbk. i. Kopenhagen 597.
Provincial Bk. of Ireland 395.
Provinzbk v. Buenos-Aires 599.

Rigaer Commerzbk. 203, 487.
Rothschild, S. M. v. 79, 388.
Rotterdamsche Bankvereeniging 294, 594.
Royal Bank of Canada 84, 396.
— — of Ireland 83.
— — of Scotland 83, 395.
Rumän. Nationalbk. 295, 597.
Russisch - Asiat. Bk. 204, 487.
— Französ. Handelsbk 204, 487.
Russische Bk. für auswärtigen Handel 204, 487.
— Bauernagrarbank 486.
— Hand.- u. Industriebk. 204, 487.
— Reichsbank 202, 485.

Schwed. Reichsbk. 295, 595.
Schweizerisch - Argentinische Hypoth.-Bank 291.
Schweizer. Bankges. 291, 589.
— Bodencreditanstalt 291, 589.
— Kreditanstalt 292, 589.
— Nationalbank 291, 588.
— Volksbank 590.
Schweizerischer Bkv. 292, 590.
Serbische Staats-Bodencr.-Anst. 296, 598.
Sibirische Handelsbk. 204, 488.
Skandinaviska Kreditaktiebolaget 295, 596.
Skanska Handelsbanken 596.
Società Bancaria Italiana 290, 586.
— Italiana di Credito Provinziale 290, 586.
Société Auxiliaire de Crédit 201, 484.
— Centrale des Banques de Province 201, 484.
— financière Italo-Suisse 292.
— Française de Reports et de Depôts 484.
— Générale 201, 484.
— — de Belgique 294, 595.
— Lyonnaise de Dépôts 201, 484.
— Marseillaise de Crédit Industriel et Commercial 201, 484.
— Nancéienne de Crédit 201, 484.
— Suisse de Banque et de Dépôts 292.
Södra Sverige 295, 596.
Spanische Hypothekenbk. 295.
Standard Bank of South Africa 84.
St. Gallener Kreditanst. 292.
St Gallische Kantonalbk. 590.
Stockholms Enskilda Bank 295, 596.
— Handelsbank 295, 596
— Intecknings - Garanti - Aktiebolag. 596.
Sveriges Privata Centralbk. 596.

Thurgauische Hypothekenbk. 292, 590.
— Kantonalbank 292, 590.
Twentsche Bankvereenig. B. W. Blydenstein & Co. 294, 594.

Ungar. Agrar- und Rentenbank 80, 389.
— Allg. Kreditbank 80, 390.
— — Sparkasse 390.
— Bank- u. Handels A.-G. 80, 390.
Ungarische Escompte- und Wechslerbank 81, 390.
— Hypothekenbank 390.
— Landes-Central-Sparkasse 390.
— Postsparkasse 76, 384.
Ungarisches Bodencr.-Institut 81, 390.
Unionbank Moskau 488.
— Wien 80, 389.
Union Bank of Australia 84, 396.
— — of Canada 84, 396.
— — of Manchester 394.
— Discount Co. of London 394.
— of London and Smith's Bank 83, 394.
— Trust Co. 207, 493.
United Counties Bank 395.
— States Trust Co. of New York 493.

Vaterländische Bank, Budapest 391.
Vermlands Enskilda Bk. 596.

Warschauer Discontobank 488.
Westbank, Warschau 204, 488.
Wiener Bankverein 80, 388.
— Giro- und Kassenverein 388.
Wolga-Kama Kommerzbank 204, 488.

Yokohama Specie Bk. 296, 599.

Zentral-Hypothek.-Bk. ungar. Sparkassen 81.
Zivnostenska Banka 80, 389.
Zürcher Kantonalbank 590.

Gründungen, Kapitalserhöhungen, Emissionen etc.

A. E. G. Schnellbahn A.-G. 305.
Aktienbrauerei Friedrichshöhe (Patzenhofer) 102.
Allg. Radiogen-A.-G. 102.

Bayer. 4% Staatsanl. 98.
Bergwerksges. Trier 304.
Brauerei z. Felsenkeller 102.

Canada Pacific 305, 611.
Chem. Fabr. Pommerensdorf 102.
Chemnitzer Bank für Grundbesitz A.-G. 102.
Chilen. 5% Annuitäten 303.
Continental Caoutchouc- und Guttapercha Co. 102.
Czernitzer Steinkohlenbergbau A.-G. 102.

Deutsch-Luxemburg 612.
Deutsche Bk. 614.
— Waffen- u. Munitionsfabriken 614.
Disconto-Ges. 614.

Elektr. Kraftversorgungs-A.-G. 101.
Emissionen, Verschiedene, u. Zulass. 100, 304, 612 f.

Gaswerk Straßburg 614.
Gladbacher Textilwerke 100.
Gründungen, Verschiedene 102, 306, 615.

Hamburgische Südsee - A.-G. 102.
Hapag 101.
Hochbahn 612.
Hypothekenbk. i. Finland 612.

Kandelhardt 99.
Kapitalserhöhung, Verschied. 102, 306, 615 f.

Lahmeyer 101.
Lindström, Carl 102.

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg 305.
Mitteld. Bodencr.-Anst. 100.

Neu-Guinea-Comp. 611.
Nobel Dynamite Trust Cy. 615.

Oesterr. Anleihe 611.

Digitized by Google

Petersburger Internat. Handelsbank 305.
Preuß. Schatzanw. 302.

Reinecker, J. E. 99.
Rhein.-Westf. Kalkwerke 102.
Rumän. 4½% Staatsanl. 99.

Sao Paolo 5% Schatznoten 303.
Spritwerke Bast 303.
Stahlwerk Becker A.-G. 102.

Ungar 4½% Rente 303.

Wiener Bankverein 615.
Wiener Kassenscheine 99.
Wolf A.-G., R. 101.

Zuckerraffinerie Tangermünde 102.
Zulassungen, Verschiedene, u. Emissionen 100, 304, 612 f.

Handelskammern und Statistische Aemter.

Augsburg 504.

Berlin 216, 505.

Deutscher Handelstag 504.

Essen 216.

Frankfurt 501, 503.

Genossenschaftsstat., Dt. 98.

Hamburg 214.
Hannover 504.

Kaiserl. Stat. Amt 94, 401, 404, 405, 406. 607.

München (St.-A.) 95.

Neuss 215.

Niedersächs. Handelskam. 503.

Oldenburg 504.

Potsdam 217.
Preuß. Stat. Landesamt 96, 97, 402, 608, 610.

Saarbrücken 506.

Württemb Stat. Landesamt 609.

Literatur.

A.-G., Das Recht der amerikan., von Dr. A. Mez 103.
—, Die. Das Recht d. Aktionäre. Die Pflichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates von Dr. M. Friedländer 103
—, Handbuch d. Dtsch. 409.
Aktienkapital und Aktienemissionskurs bei industriellen Untern. von F. Moral 408.
Angestellten-Versicherung, Die Ansprüche aus der, von Dr. G. Betz 105.
Angestelltenversicherung, D. dtsch. v. Assess. Seelmann 617.
Ansprüche aus d. Angestellten-Versicherung, Die, von Dr. G. Betz 105.
Ausgewählte Lesestücke zum Studium d. polit. Oekonomie v. K. Diehl u. P. Mombert 616.

Bankgeschäft, Das, v. Dr. Obst 306.
Bankpolitische Aufsätze von Dr. K. Adler 617.
Baugenossenschaftswesen, Das dtsch., v. Dr. E. Eppich 105.
Beiträge zur Geschichte der Zürcher Effektenbörse (1882 bis 1891) von F. Fuchs 105.
Börsentermingeschäft in Wertpapieren, Ueber das, von Dr. H. Göppert 408.
Buchführung u. Abschlüsse d. Handelsges. nach Gesetz und Technik von R. Beigel 104.
Buchführungs- und bilanztechn. Lexikon. Herg. von C. Weilanet 104.
Buchhaltung in Theorie und Praxis, Organisationsgesetze d., von G. Wieske 409.
Buchhaltungsübungen für Fortgeschritt. v. Dr. A. Adler 105.
Bucketshops, Das System des, v. Conrad A. Wille 507.
Bürgerl. Gesetzbuch v. Heinr. Rosenthal 616.

Chemische Industrie i. Belgien, Holland, Norwegen u. Schweden, Die, v. Thomas H. Norton 218.

Deutsche Aktienreed., Hochseefischereien und Werften 1913 von S. M. Mainz 507.
— Baugenossenschaftswesen, Das, von Dr. E. Eppich 105.
— Niederrhein als Wirtschaftsgebiet, Der, v. Fr. Brücker 409.
Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913 v. Dr. K. Helfferich 106.
— wirtschaftl. Kriegsbereitschaft von Dr. A. Blaustein 105.

Effektenbörse (1882—1891), Beiträge zur Geschichte der Zürcher, von F. Fuchs 105.
Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann, Wie jede Familie im, von F. Flur 105.
Emissions-Statistik i. Deutschl. von Dr. H. Kleiner 507.

Fabrik- u. Warenhandelsbetrieb, D. Statistik i., v. Dr. A. Calmes 104.
Finance, Indian Currency and, von John M. Keynes 104.
Finanzielle Rückschau 1913, Herg. v. Swiss Bankverein 106.
Finanzielles u. wirtschaftliches Jahrbuch f. Japan, Herg. vom Kais. Finanzministerium 105.
Finanzierungen, Handbuch d. industr., von S. Herzog 616.
Frage der Errichtung eines dtsch. Goldmarktes, Ueber die, von Dr. Jos. Schilling 104.
Frankreich u. d. Schweiz, D. Zollkrieg zwisch., v. Gr. Eysoldt 104.
Französische Geldwesen im Kriege (1870—1878), Das, von Dr. F. Gutmann 507.
Franzosen i. Wertpapieren m. besonderer Berücksichtigung d. Kapitalsanlage in Handel und Ind., Die Kapitalsanlage der, von Hans Henger 103.
Fünfzig Jahre Geschichte einer Wiener Bank von Karl Morawitz 103.

Geldwesen Frankreichs z. Zt. d. ersten Revolution b. z. Ende der Papiergeldwährung von Dr. H. Illig 408.
Generalverbandes ländl. Genossenschaften, Jahresbericht des 616.
Genossenschaftswesen als wechselseitige Hilfsorganisationen, Versicherungs- und, v. Dr. Wuttig 218.
Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen von Charles Gide u. Charles Rist 218.

Digitized by Google

Gesetzbuch, Bürgerl., v. Heinr. Rosenthal 616.
Getreideterminhandel in Deutschland vor u. seit der Reichsbörsengesetzgebung, Der, von Dr. W. Pinner 507.
Goldmarktes, Ueber die Frage d. Errichtung eines deutschen, von Dr. Jos. Schilling 104.
Grundlinien unserer Handelspolitik von R. Schmitz 409.

Handbuch d. Dt. A.-G. 409.
— d. industr. Finanzierungen v. S. Herzog 616.
Handel, Wandlungen im, von O. Münsterberg 106.
Handelsgesellschaften nach Gesetz u. Technik, Buchführung u. Abschlüsse der, v. R. Beigel 104.
Handelspolitik der Weltmächte, Die koloniale, v. Otto Jöhlinger 103.
— Grundlinien unserer 409.
Handelsrecht, insbes. der Zweigniederlass. u. d. landwirtschaftl. Nebengewerbe, Nebenunternehmungen im v. Dr. B. Marxheimer u. N. G. Elwert 106.
Hauptwege d. Weltverkehrs, Die, von Dr. R. Hennig 102.
Hildesheimer Bank 1886—1911 106.
Hilfe i. Zahlungs-Verlegenheiten von F. Holzknecht 409.

Jahrbuch 1914, Kürschners 105.
— f. Japan, Finanzielles u. wirtschaftliches, herg. v. Kaiserl. Finanzministerium 105.
Jahresbericht der Wiener Börsenkammer über d. Verkehr an d. Wiener Börse u. d. Geldmarkt im Jahre 1912 104.
— über d. Kuxenmarkt 1913. 1. T. Herg. v. d. Essener Cred.-Anst. 106.
Journal des Economistes, herg. v. Guyot 106, 306, 617.

Indian Currency and Finance von John M. Keynes 104.
Industrie, Gewerbe u. Handel, Die Schiedsgerichte in, v. Dr. Julius Kollmann 102.
Inhaberscheck, Der, v. Dr. R. Haidlen 105.
Interimsscheine, Die, Zugl. ein Beitrag z. Geschichte u. Lehre d. Aktien- u. Anleihepapiere v. Dr. H. V. Simon 103.

Kali-Handbuch 1913, herg. v. d. Mitteld. Privatbk. 617.
Kapitalsanlage d. Franzosen in Wertpapieren m. besonderer Berücksichtigung d. Kapitalsanlage in Handel u. Ind. von Hans Henger 103.
Kohlenjahrbuch 1914, Polsters 106.
Koloniale Handelspolitik der Weltmächte, Die, von Otto Jöhlinger 103.
— Rundschau, herg. v. Vohsen u. Westermann 617.
Konjunktur-Periode 1907-1913, Die, von A. Feiler 616.
Konzentration in der badisch. Brauindustrie, Die, v. Dr. K. Danziger 104.
Kriegsbereitschaft, Deutschlands wirtschaftliche, v. Dr. A. Blaustein 105.
Kürschners Jahrbuch 1914 105.
Kurstabellen d. Berliner Fondsbörse, Neumanns 103.
Kurszettel? Wie liest man einen, von Dr. R. Caleb 105.
Kuxenmarkt 1913, Jahresbericht über den, herg. v. d. Essener Cred.-Anst. 106.
— i. J. 1913, Der Rhein.-Westf., v. Gebr. Stern, Dortmund 617.

Lehrbuch d. Buchführungs- u. Bilanzrevision v. R. Beigel 409.
Leuchtölmonopols, Die Voraussetzungen eines dt., von Dr. E. Schmidt 617.
Lexikon, Buchführungs- u. bilanztechnisches, herg. v. C. Weilandt 104.

Nebenunternehmungen im Handelsrecht, insb. d. Zweigniederlass. u. d. landwirtsch. Nebengewerbe v. Dr. B. Marxheimer u. N. G. Elwert 106.
„Neumanns Kurstabellen der Berliner Fondsbörse" 103.

Oesterr. Vereins- u. Versammlungsrecht v. Dr. F. Tezner 507.
— Volkswirt, Der, herg. von G. Federn 306, 617.
On Chinese Currency v. Dr. G. Vissernig 507.
Organisation des genossenschaftl. Geldausgleichs, Die, v. Dr. M. Wuttig 616.
Organisationsgesetze der Buchhaltung i. Theorie u. Praxis v. G. Wieske 409.

Politischen Oekonomie, Ausgewählte Lesestücke z. Studium d., v. K. Diehl u. P. Mombert. 616.
Polsters Kohlenjahrbuch 1914 106.
Postscheckgesetz, Das, von J. Weiland 617.

Recht der amerikanischen A.-G., Das, 1. T., von Dr. A. Mez 103.
Reformen d. veranlagten Staats- u. Gemeindesteuern im Großherzogtum Hessen, Die, von Walter Schärffe 103.
Reichsfinanzgesetze v. 3. Juli 1913 v. K. Th. v. Eheberg 105.
Reichsfinanzgesetzgebg. v. 1913, Die, v. Dr. W. Gerloff 409.
Reichsstempelgesetz v. Reg.-Assessor Weinbach 507.
Rhein.-Westfäl. Kuxenmarkt im J. 1913, Der, von Gebr. Stern, Dortmund 617.
Riforma Sociale, La, herg. von Einaudi-Prato 617.
Rückschau 1913, Finanzielle, herg. v. Swiss Bkverein 106.
Russ. Reichsbank seit d. Währungsreform (1897-1910), Die von Paul Steinberg 409.

Schiedsgerichte in Industrie, Gewerbe u. Handel, Die, von Dr. Julius Kollmann 102.
Schmoller's Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft 306.
Soziale Kultur 306.
Staats- u. Gemeindesteuern im Großherzogtum Hessen, Die Reformen der veranlagten, von Walter Schärffe 103.
Statistik im Fabrik- u. Warenhandelsbetrieb, Die, von Dr. A. Calmes 104.
System d. Bucketshops, Das, v. Conrad A. Wille 507.

Vereins- u. Versammlungsrecht, Oesterr., v. Dr. F. Tezner 507.
Versicherungs- u. Genossenschaftswesen als wechselseitige Hilfsorganisationen von Dr. Wuttig 218.
Volks- und Staatswissenschaft, Vorlesungen über, v. Graf Witte 102.
Volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Geschichte der, v. Charles Gide u. Charles Rist 218.
Volkswohlstand 1888—1913, Deutschlands, v. Dr. A. Helfferich 106.
Voraussetzungen eines dt. Leuchtölmonopols, Die, von Dr. E. Schmidt 617.
Vorlesungen über Volks- u. Staatswissenschaft v. Graf Witte 102.

Wandlungen im Handel von O. Münsterberg 106.
Wechselstempelgesetz, Das, von Dr. E. Greiff 617.
Wechselverkehr n. d. neuen Welt-Wechselrecht, Der, von Walter Jansen 409.

Digitized by Google

Weltverkehrs, Die Hauptwege d., von Dr. R. Hennig 102.
Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann von F. Flur 105.
Wie liest man einen Kurszettel? von Dr. R. Caleb 105.
Wiener Bank, Fünfzig Jahre Geschichte einer, von Karl Morawitz 103.
— Börsenkammer über d. Verkehr a. d. Wiener Börse u. d. Geldmarkt im Jahre 1912, Jahresbericht der 104.
Wirtschaftlich. Kräfte Deutschlands, Die, herg. von der Dresdner Bank 218.
Wohlfahrt u. Wirtschaft, herg. v. Jaroslaw 106.
Zeitschrift f. die ges. Staatswissenschaft, herg. v. Bücher 106
— für Handelswissenschaft und Handelspraxis, herg. v. Rehm Obst u. a. 106.
— f. Sozialwissenschaft, herg. v Pohle 106, 306.
Zollkrieg zwischen Frankreich u. d. Schweiz, Der, von Gret Eysoldt 104.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee. Für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz.
Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

332.05
BAA
1914

Krisen-Erreger.

Seit etwa einem Jahre geht es mit der Konjunktur in Deutschland sichtbar bergab. Die Beschäftigung der großen industriellen Werke ist nicht entfernt mehr so fieberhaft wie noch im letzten Winter, und an die Stelle der Nacht- und Ueberschichten treten allgemach die gefürchteten Feierschichten. Die Auftragsbestände lichten sich immer mehr, die Jagd nach neuen Abschlüssen drückt selbst bei syndizierten Industrien bedenklich auf die Preise, und die riesigen Exporte, durch die man den Rückgang des Absatzes im Inland auszugleichen versucht, decken in vielen Fällen kaum die Selbstkosten. Die Zahl der Konkurse ist ungewöhnlich hoch, obwohl gewisse Besonderheiten des heutigen Wirtschaftslebens (eheliche Gütertrennung, Sicherheits-Uebereignung, Banken-Intervention usw.) den Konkurs in einer ständig steigenden Anzahl von Fällen unmöglich oder entbehrlich machen. Kurz, die Zeit, in der wir leben, trägt viele, wenn auch nicht alle charakteristischen Züge der Krisis.

Damit wird wieder einmal die uralte Frage nach den Ursachen und Gründen der Wirtschaftskrisen aktuell, und man darf erwarten, daß die wissenschaftliche Literatur zu dieser Frage binnen kurzem eine starke Vermehrung erfahren wird. Denn das Krisenproblem ist heute genau so umstritten wie zur Zeit der Sismondi, Malthus und Say, und eine durchaus befriedigende Krisentheorie fehlt uns noch immer. Die Schwierigkeit, das Kommen und Gehen der Krisen restlos zu erklären, ist um so größer, als im Krisenproblem alle anderen wirtschaftlichen Probleme kulminieren, eine Verständigung über diese Frage höherer Ordnung also nur möglich ist, nachdem zuvor eine Einigung über zahlreiche Unterfragen, vor allem über die Bedeutung des Geldes, Kapitals, Werts und Preises, Lohns und all der anderen ökonomischen Grundbegriffe erzielt

Digitized by Google

worden ist, über die heute genau so erbittert gestritten wird wie am ersten Tag. Die Wissenschaft hat es also mit der Lehre von den Wirtschaftskrisen ganz außerordentlich schwer.

Um so leichter macht es sich die Halbwissenschaft. Im allgemeinen verdient die Halbwissenschaft, die in einer Stunde Probleme bewältigt, an deren Lösung der Berufsgelehrte ein Leben lang arbeitet, nicht die Geringschätzung, die ihr gewöhnlich zuteil wird. Denn sie ist oft mit einer bemerkenswerten Intuition begabt und tastet sich dann rein gefühlsmäßig zu einer richtigen Endanschauung hindurch, zu der die Wissenschaft die exakte Beweiskette häufig erst erheblich später findet; der gesunde Menschenverstand weist der Gelehrsamkeit den Weg. In der Krisenfrage aber hat der gesunde Menschenverstand bisher total versagt. Er ist hier ganz an der Oberfläche der Erscheinungen geblieben und hat der Wissenschaft eine vollkommen falsche Richtung gewiesen, so daß diese jetzt die größte Mühe hat, sich selbständig neu zu orientieren. Die Krisentheorie des gesunden Menschenverstandes, wie man sie in der Handelspresse und der sonstigen Tagesliteratur auf Schritt und Tritt antrifft, ist höchst einfach und lautet folgendermaßen:

Die Gesamtwirtschaft hat die Neigung, in Zeiten normalen Geschäftsganges das Kapital einseitig auf diejenigen Erwerbsgebiete zu konzentrieren, in denen der Nutzen gerade besonders groß und die Neuanlage von Kapital relativ einfach ist. Solange der Prozeß des Neubauens und Erweiterns im vollen Gange ist, bewirkt die Nachfrage nach Baumaterial, Maschinen und Arbeitskraft eine lebhafte Tätigkeit und eine starke Preissteigerung auch auf den anderen Gebieten der Gesamtwirtschaft. Diese „Hochkonjunktur" erreicht aber ihr Ende, sobald das Bauprogramm weit vorgeschritten ist und zahlreiche Neuanlagen mit ihrer Mehrproduktion an den Markt kommen. Dann überwiegt das Angebot über die Nachfrage, die Preise sinken, die Lust zur weiteren Kapitalsinvestition nimmt ab, Arbeitskräfte werden frei, der Konsum geht infolgedessen zurück, und der geschäftliche Niedergang äußert sich je nach seinem Grade in einer allgemeinen Depression oder Krisis. Jetzt rächen sich

Digitized by Google

die begangenen Fehler. Industrie und Handel haben in der törichten Erwartung eines dauernd steigenden Konsums zu viel Kapital an sich gezogen, die Banken haben im blinden Vertrauen auf die gute Geschäftslage zu hohe Kredite gewährt, die Spekulation hat in leichtsinniger Ueberschätzung aller Ertragsmöglichkeiten die Kurse zu stark getrieben, die Allgemeinheit hat kurzsichtig darauf los gelebt, als ob die guten Zeiten ewig währten, und dadurch die Preise aller Konsumartikel auf einen ungerechtfertigt hohen Stand gebracht. Derartige Fehler und Uebertreibungen müssen mit Naturnotwendigkeit eine Reaktion auslösen, und die Wirtschaftskrisis, die auf den Hochgang der Geschäfte folgt, ist nichts anderes als die selbstverständliche Korrektur eines durch übergroßen Optimismus gefälschten Wirtschaftsbildes.

Das ist die Krisentheorie, wie sie sich der gesunde Menschenverstand zurechtgemacht hat, und wie man sie eben jetzt wieder in zahllosen Rückblicken und Wirtschaftschroniken antrifft. Eine moralische Theorie. Die Welt büßt, weil sie leichtsinnig und leidenschaftlich gehandelt hat. Aber auch eine sehr bequeme Theorie, weil sie alles, wofür sie keine Erklärung weiß, auf das Konto der menschlichen Torheit setzt. Nach dieser Theorie hat man es im Wirtschaftsleben eigentlich nur mit einer Unzahl von Dummköpfen zu tun: Die Leiter der Bergwerks- und Hüttengesellschaften, die Maschinenfabrikanten, Schiffahrtsunternehmer, Elektrotechniker, kurz, alle Großindustriellen sind Toren, weil sie mehr Kapital festlegen, als sie auf die Dauer angemessen verzinsen können, und die Bankdirektoren sind unfähige Leute, weil sie dieses Treiben unterstützen und die ihnen anvertrauten Gelder ins Gelach hinein verwenden.

Eins ist seltsam: Keinem von den leitartikelnden Wirtschaftskennern, die diese Krisentheorie verbreiten — und mit solchem Erfolg verbreiten, daß Wissenschaftler von Ruf es unternommen haben, in den krisenprovozierenden Wahnsinn der Geschäftswelt Methode zu bringen und seine Gesetzmäßigkeit in „Torheits-Kurven" nachzuweisen —, keinem dieser Wirtschaftskenner ist es jemals zum Bewußtsein gekommen, welche unglaubliche Arroganz darin liegt, die Gesamtheit der kaufmännischen Welt für

Digitized by Google

dumm und frivol zu erklären. Eine generelle Dummheit voraussetzen, ist allemal selbst eine Dummheit. Gewiß, die Disponenten unseres geschäftlichen Lebens sind Menschen mit menschlichen Schwächen und mit egoistischen Instinkten, denen unsere Gesetzgebung viel zu wenig Rechnung trägt. Gewiß, der Irrtum spielt in unserer wirtschaftlichen Welt eine große, eine noch viel zu wenig beachtete Rolle. Hundert Kleinunternehmer einer beliebigen Branche müssen es unter Umständen mit ihrer Existenz bezahlen, wenn ein mit unbeschränktem Bankkredit arbeitender Großunternehmer falsch rechnet und jahrelang unter Selbstkostenpreis verkauft. Fehlkalkulationen eines einzigen Warenhauses können die Geschäftswelt einer ganzen Gegend lahmlegen, und es ist nur eine ideelle, keine materielle Genugtuung für sie, wenn nach ein paar Jahren das Unternehmen, das sie zugrunde gerichtet hat, seinerseits zugrunde geht; im Gegenteil, der Konkursausverkauf ruiniert sie vielleicht vollends. Vor ein paar Jahren ist die ganze deutsche Handschuhindustrie durch die Fehlkalkulationen einer großen Aktienfabrik dieser Branche doppelt geschädigt worden, einmal, als die Fabrik ihre Ware zu Schleuderpreisen auf den Markt warf, zum zweiten Male, als sie dann in den wohlverdienten Konkurs geriet, und die Berliner Warenhäuser ihr Fabrikat zur Hälfte des reellen Werts verkauften. Mit solchen Fehlern und ihren oft verhängnisvollen Folgen sollten sich Wissenschaft und Halbwissenschaft viel mehr beschäftigen, als es heute geschieht. Aber einen „Generalirrtum" vorauszusetzen und ihn zum alleinigen Träger einer Krisentheorie zu machen, ist naiv. Der einzelne kann irren und gegen sein eigenes Interesse handeln, aber die Gesamtheit wirtschaftet schließlich doch nach Vernunftsregeln und nach kaufmännisch richtigen Prinzipien. Womit natürlich nicht gesagt ist, daß das kaufmännisch Richtige auch das sozial und kulturell Gesunde ist.

Die Auffassung, daß das wirtschaftliche Leben eine Art zweiaktigen Dramas darstelle, in dessen erstem Akt, demjenigen der allgemeinen Aufwärtsbewegung, sich ein gewisses Quantum von „Schuld" ansammelt, das dann im zweiten Akt, dem des Rückganges oder der Krisis, seine „Sühne" findet, diese Auffassung ist schon deshalb so kind-

Digitized by Google

lich-naiv, weil das Wirtschaftsleben in Wirklichkeit gar nicht in so scharf von einander geschiedene und so deutlich markierte Akte oder Perioden zerfällt. Hochgang und Niedergang, Erfolg und Mißerfolg treten nicht nacheinander auf, sondern gehen in der Regel nebeneinander her, wobei bald der eine, bald der andere Faktor mehr in den Vordergrund tritt. Es hat schon Perioden ausgesprochener Blüte gegeben, die, allen günstigen Indizien der Handels-, Börsen-, Eisenbahn- und Produktions-Statistik zum Trotz, von dem numerisch größeren Teil der Erwerbstätigen als Krisis empfunden wurden; irgendein wirtschaftlicher Vorgang, etwa die in neuerer Zeit so machtvoll vordringende Betriebskonzentration, oder eine jähe Veränderung in der Strömung der Kapitalmassen brachte sie und die von ihnen abhängigen Existenzen zum Erliegen, stärkte aber zugleich ihre Ueberwinder und deren Anhang so außerordentlich, daß das Fazit sich als ökonomischer Fortschritt und als absolut wohlstandsteigernd erwies. Derartiger Vorgänge gibt es auf jedem einzelnen Erwerbsgebiet so viele, und sie kreuzen sich so häufig mit entgegengesetzten Tendenzen, daß es zuweilen schwer ist, auch nur einem einzelnen Industrie- oder Handelszweig das Horoskop zu stellen; geschweige jener ungeheuren Vielheit von Interessen, die alle zusammen die Nationalwirtschaft ergeben. Das Baugewerbe, die Kali-Industrie, einige wichtige Zweige der Textilindustrie, die für diese Zweige arbeitenden Maschinenfabriken, die Papierindustrie, die Zementindustrie, also eine ganze Reihe der allerwichtigsten deutschen Gewerbe, werden mit aller Entschiedenheit bestreiten, daß die Jahre 1910 bis 1912 als Blüteperiode zu bezeichnen seien. Trotzdem werden diese als sogenannte Konjunkturjahre in der Wirtschaftsgeschichte verbucht werden. Warum? Weil diejenigen Industrien, die vom Licht der Börse am hellsten bestrahlt werden, hohe Produktions- und Gewinnziffern ausgewiesen haben, und weil die Statistik, selbst unter Berücksichtigung der Fehlschlüsse, zu denen sie Anlaß geben kann, unzweifelhaft eine Zunahme des Nationalwohlstandes anzeigt. Aber gerade die Statistik zeigt uns auch in ihren für die Konjunktur-Beurteilung ausschlaggebenden Teilen, wie vorsichtig wir bei der Vergebung der Attribute „Hoch-

Digitized by Google

konjunktur" und „Krisis" sein müssen, denn die Schwankungen ihrer Ziffern sind meist außerordentlich geringfügig. Sie weisen uns wohl die ungefähre Richtung, in der sich die allgemeine Wirtschaftslage bewegt, aber sie gestatten uns nicht, unserer Neigung für das Schematisieren nachzugeben und den beliebten dicken Strich zu ziehen, von dem einfach alles Diesseitige als Blütezeit, alles Jenseitige als Krisenzeit bezeichnet wird, wozu die Uebertreibungen der Börse so leicht verleiten.

Davon abgesehen, gibt es neben den sichtbaren Krisen auch weniger sichtbare. So ist z. B. das Jahr 1911, obwohl es äußerlich als eins der Hochkonjunkturjahre erscheint, weil die Indizien der Preise, des Außenhandels, des Abrechnungsverkehrs, der Gründungs- und Emissionstätigkeit auf Blüte deuten, doch auch wieder ein Krisenjahr für Deutschland gewesen. Infolge des politischen Drucks, der auf Mitteleuropa lastete, hat sich in diesem Jahre eine Kapitalknappheit eingestellt, die zwar dem Gange der äußeren, statistisch kontrollierten Konjunktur keinen wesentlichen Eintrag tat, weil alle verfügbaren Kapitalien auf die als Haupt-Konjunkturträger geltenden Gebiete geworfen wurden, die aber dafür andere, weniger beachtete Gebiete des deutschen Erwerbslebens um so schärfer traf. Es haben sich damals nicht nur die oben erwähnten Verschiebungen innerhalb des Wirtschaftsganzen, deren sichtbarstes Merkmal die Betriebskonzentration ist, in ganz besonders starkem Maße vollzogen, sondern es sind auch eine ungewöhnlich große Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmungen teils völlig erdrückt, teils so geschwächt worden, daß sie nach ein- oder zweijährigem Vegetieren zusammengebrochen sind. Die schleichende Krisis des selbständigen Mittelstandes, die seit Jahrzehnten andauert, ist 1911 unter dem Einfluß der plötzlichen Kapital-Verknappung akut geworden; sie hat durch die weitgehende Hilfe der Reichsbank, die sich dabei überanstrengt und ihre Kriegsbereitschaft aufs Spiel gestellt hat, nur einigermaßen gemildert, nicht beseitigt werden können. Freilich ist auch das nur eine jener Teilkrisen gewesen, wie sie sich fast in jeder Periode des Hochgangs vollziehen, ohne von dem die Konjunktur-Kurve zeichnenden Registrier-Apparat wahrgenommen zu werden;

Digitized by Google

aber eine Teilkrise von so großem Umfange und von so eminenter Bedeutung für die Weiterentwicklung der Gesamtwirtschaft, daß man einige Zweifel in die unbedingte Zuverlässigkeit jenes Registrierapparats setzen muß, der weder von ihr noch von jener anderen Teilkrisis Notiz genommen hat, die sich Lebensmittelteuerung nennt und in früheren Jahrhunderten allein schon genügt hätte, um der ganzen Periode das Stigma des Notstands aufzudrücken.

Die Indizien der Blütezeit und der Wirtschaftskrisis laufen also dermaßen neben- und durcheinander, daß es überaus schwer für den gewissenhaften Volkswirt ist, zu entscheiden, mit welcher der beiden Etiketten ein bestimmter Zeitabschnitt zu versehen ist. Nicht einmal das markante Kennzeichen der Arbeitslosigkeit liefert einen verläßlichen Anhalt. Das Verhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter schwankt so wenig und wird überdies durch so viel außerhalb der Konjunktur liegende Momente beeinflußt, daß es kein brauchbarer Index der Wirtschaftslage ist, zumal im Zeitalter der Sozialversicherung und der Gewerkschaftspolitik mit ihrer Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch Zuzug und Abzug von Arbeitskräften. Selbst eine Zusammenfassung mit der Lohnstatistik gibt kein getreues Bild, da auch auf die Lohnhöhe Momente Einfluß haben, die nicht oder nur indirekt mit der Konjunktur zusammenhängen, wie beispielsweise die jeweilige Stärke der Arbeiter- und Arbeitgeber-Organisationen, Fortschritte der arbeitsparenden Technik, Zuziehung oder Entlassung ausländischer Arbeitskräfte, Inanspruchnahme der nebenberuflichen Heim- oder Frauenarbeit usw.

Es soll indes hier nicht weiter auf die Frage eingegangen werden, inwieweit die Angaben der Statistik imstande sind, eine einigermaßen zutreffende Vorstellung vom Stande der Konjunktur zu liefern. Für unsere Zwecke genügt es, zu wissen, daß ein wirklich getreues Gegenwartsbild sich nur sehr schwer gewinnen läßt. Um wie viel schwerer muß es für die einzelnen Erwerbsstände also sein, sich ein Zukunftsbild zu machen und ihre Politik danach einzurichten, namentlich aber den Umfang zu beurteilen, in dem Betriebserweiterungen und Kapitalinvesti-

Digitized by Google

tionen ihre Rechtfertigung durch die künftige Zunahme des Konsums finden werden. Andererseits drängen die täglich erzielten Gewinnüberschüsse zur Anlage in irgendeiner Form. Bei welchem Grade und bei welcher Art der Kapitalfestlegung hört da die kaufmännische Klugheit auf und beginnen Torheit und Leichtsinn, in denen die landläufige Anschauung die Haupt-Krisenerreger erblickt?

Energischer als von irgendeiner anderen wissenschaftlichen Richtung ist diese „Lehre von der menschlichen Dummheit" von der sozialistischen Krisentheorie abgelehnt worden. Diese Theorie sieht den Urgrund der Krisen, soweit sie nicht in Naturerscheinungen oder politischen Vorgängen wurzeln, nicht in den subjektiven Eigenschaften der einzelnen Menschen, sondern in der Eigenart der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung. Bekannt ist die Rodbertus-Marxsche Theorie vom sinkenden Lohnfonds, der die Konsumkraft der Massen fortgesetzt schwächt und das Kapital periodisch vor die Unmöglichkeit stellt, seine Produktion nutzbringend zu verwerten. Infolgedessen sinkt der Kapitalwert der Produktionsmittel, ein Teil derselben geht zugrunde, die Schaffung neuer Produktionsmittel unterbleibt, bis die Erzeugung der bestehenden Unternehmungen sich der gesunkenen Konsumkraft angepaßt hat. Der Anpassungsprozeß vollzieht sich in Form einer Krisis und endet mit dem Wiederbeginn der Versuche, durch Erfindungen und neue Maschinen die Profitrate zu erhöhen und den Lohnfonds weiter zu drücken; Versuche, die zunächst, zur Zeit der Kapitalinvestition und der Ausführung des Reform-Programms, die entgegengesetzte Wirkung ausüben, nämlich eine Steigerung des Lohnfonds und somit eine Hebung der Konsumkraft herbeiführen, nach Beendigung des Reform-Prozesses aber tatsächlich den Lohnfonds verringern und so eine neue Krisis heraufbeschwören.

Diese Theorie hat das entschiedene Verdienst, das Krisenproblem dem Bereich der subjektiven menschlichen Leidenschaften und Torheiten entzogen und es wissenschaftlich objektiviert zu haben. In der Tat hat kein wirtschaftliches Problem so wenig mit dem kriminellen oder pathologischen in der menschlichen Natur, dagegen so viel mit der jeweiligen Organisation der Gesamtwirt-

Digitized by Google

schaft zu tun wie das Krisenproblem. Aber so viel Richtiges speziell die Marxsche Krisendefinition auch enthält, sie krankt doch in hohem Maße daran, daß sie die ganze Frage unter dem einseitigen Gesichtswinkel der Gegensätzlichkeit von Kapital und Arbeit betrachtet und die Wirtschaftskrisis einzig und allein als das Produkt der modernen kapitalistischen Wirtschaftsweise ansieht. Das ist die Krisis nun aber ganz und gar nicht, was schon daraus hervorgeht, daß die Krisengeschichte weit älter ist als die Geschichte des neuzeitlichen Kapitalismus. Eine einfache Ueberlegung sagt uns, daß die Krisen genau so alt sein müssen wie der Tauschverkehr. Als das erste Tauschhandel treibende Volk seine erste Mißernte erlebte, deren Ertrag nur gerade ausreichte, um den Landmann und seine Familie bis zur nächsten Ernte mit Brotgetreide zu versorgen, da fehlte den ersten Hüttenerbauern (Fabrikanten) und den ersten Fellverarbeitern (Handwerkern) die Absatzmöglichkeit für ihre Waren. Die erste Krisis war da. Ob man die Ursache dieser Krisis im Hinblick auf die etwa lagernden Fellbekleidungen und auf Vorrat gearbeiteten Hütten in einer „Ueberproduktion", oder aber im Hinblick auf die mangelnde Kaufkraft des Landmanns in einer „Unterkonsumtion" sehen will, ist gleichgültig. Das Entscheidende ist, daß in den gewohnten Tauschbeziehungen eine Störung eingetreten war, die alle bisherigen Produktionsbedingungen über den Haufen warf.

Die Ernten spielen nun heute, dank der ausgleichenden Funktion des Weltverkehrs und der Surrogate, die sich schon bei kleinen Preissteigerungen an die Stelle des Brotgetreides setzen, nicht entfernt mehr die wichtige Rolle wie ehemals. Dafür greifen zahlreiche andere Momente bald fördernd, bald hemmend in die nationalen und internationalen Tauschbeziehungen ein. Es ist unmöglich, alle diese Momente hier auf ihre Bedeutung hin zu prüfen. Es sei aber an die außerordentliche Wichtigkeit erinnert, die speziell für das auf einen großen Außenhandel eingestellte deutsche Wirtschaftsleben die Wettbewerbsfähigkeit der Konkurrenzländer einerseits und die Konsumkraft der Kundenländer andererseits hat; von wie großem Einfluß beispielsweise die Schwächung der Kaufkraft unserer Abnehmer in Argentinien, Brasilien, Chile,

Digitized by Google

Mexiko, China, vor allem aber in Oesterreich und den Balkanländern auf unsere Produktion sein muß, selbst wenn der Absatz nach diesen Ländern keine Unterbrechung erfährt, weil wir ihnen unsere Waren fast ohne Gewinn liefern oder ihrer nachlassenden Kaufkraft unseren Kredit substituieren, mit anderen Worten, dem Auslande unsere Waren mit unserem eigenen Gelde kaufen. Es sei an die Bedeutung neu errichteter Zollmauern oder einer Flaggen-Differenzierung oder sonstiger wirtschaftlicher Einkreisungsmaßnahmen erinnert, die, wie die berühmte Kontinentalsperre, in dem betroffenen Lande eine besonders schwere Krisenart, die Krisis der Absatzwege, hervorrufen können. Alle diese Krisen sind unabhängig von der Wirtschaftsform; eine sozialistische oder kollektivistische Produktionsweise wird von ihnen genau so stark betroffen wie die kapitalistische, wenn die Wirkungen sich auch nicht in derselben Weise äußern. Festzuhalten ist vor allem aber daran, daß jedes Land fortgesetzt Erschütterungen der einen oder anderen Art erleidet, daß es kaum eine Zeit gibt, in der nicht einzelne Teile der Volkswirtschaft von einschneidenden Veränderungen in ihren Erwerbs- und Absatzbedingungen betroffen werden, und daß es nur eine Frage des Grades und der Ausdehnung der krisenhaften Erscheinungen ist, ob eine bestimmte Periode im ganzen als Krisis zu bezeichnen ist.

Neben den Krisen, die auf elementare, politische und zufällig-wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen sind, gibt es nun aber auch solche, die eng mit unserer modernen kapitalistischen Wirtschaftsweise zusammenhängen. Selbst wenn alle äußeren Umstände, unter denen die Nationalwirtschaft arbeitet, unverändert bleiben, können sich von innen heraus schwere Erschütterungen einstellen, und zwar einfach infolge des Umstandes, daß es in dem Belieben der einzelnen wirtschaftenden Individuen steht, ob sie ihre alten Konsum- und Spargewohnheiten beibehalten oder wechseln wollen. Wie die Mode Veränderungen im kleinen herbeiführt, so zieht ein Wechsel in den Neigungen des Publikums, etwa ein Uebergang von der Sparsamkeit zur Verschwendung oder umgekehrt, Veränderungen im großen nach sich. Freilich pflegen die Krisen, die dadurch hervorgerufen werden, nicht plötzlich aufzutreten und sich

Digitized by Google

über einen längeren Zeitraum zu erstrecken. Die Krisis, welche die italienischen Stadt-Staaten im Mittelalter durchgemacht haben, als ihre Bevölkerung sich von den Kapitalgütern ab- und den Konsumgütern zuwandte, hat in jedem einzelnen Fall Jahrzehnte gedauert; aus der akuten Krisis ist eine chronische, ist ein Verarmungsprozeß geworden. Es kommt aber auch vor, daß eine Bevölkerung zu einem solchen Wechsel ihrer Gewohnheiten von der Regierung gezwungen wird. Etwa indem plötzlich mehrere Milliarden, die nach der Gepflogenheit ihrer Besitzer zahlreiche Industrien zu speisen bestimmt waren, für die Zwecke der Vaterlands-Verteidigung in Anspruch genommen werden und nun mit einer Nachfrage ganz anderer Art auf dem Markt erscheinen als diejenige, auf die alle Verhältnisse zugeschnitten sind. Solch erzwungener Wechsel der Gewohnheiten wird oft aus Gründen der Staatsraison nötig sein. Er involviert auch für die Nationalwirtschaft keinen vollen Verlust, denn er speist unter anderem stets einige Industrien. Aber die gewaltsame Ablenkung des Kapitalflusses aus dem gewohnten Bett kann sich doch nicht ohne Erschütterung vollziehen, und es kommt ganz auf die Bedeutung an, welche die Milliarden im Moment ihrer Einhebung im Verhältnis zur Gesamtkaufkraft des Landes haben, ob die Krisis eine leichte oder eine schwere, eine partielle oder eine totale sein wird.

Der verhängnisvollste Krisenerreger aber, den die moderne Wirtschaft kennt, ist — der Fortschritt. Dieses Banner, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung so stolz vor sich her trägt, ist nicht nur schuld an den meisten Krisen der Neuzeit, sondern er ist auch das Moment, auf das die Periodizität, die verhältnismäßige Regelmäßigkeit in der Wiederkehr der akuten Krisen zurückzuführen ist.

Um das zu erkennen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Regel nach jedes neue Unternehmen, das errichtet wird, den älteren Unternehmungen gleicher Art überlegen ist. Alle wertvollen Erfindungen, alle maschinellen Verbesserungen kommen bei ihm zur Anwendung; schon durch die Tatsache, daß es neu ist, wird es unter geeigneter Leitung besser produzieren können als seine ältere Konkurrenz. Diese seine größere Leistungsfähigkeit ist auch

Digitized by Google

der eigentliche Grund seiner Errichtung. Es wird unter Umständen selbst dann errichtet, wenn der Markt mit den Waren, die es herzustellen bestimmt ist, gesättigt erscheint, denn es ist ja in der Lage, diese Waren preiswerter oder besser zu liefern, also das Absatzgebiet der älteren Unternehmen an sich zu reißen. So erklärt sich die Tatsache, die dem gesunden Menschenverstand als „Torheit" oder „Leichtsinn" erscheint, daß nämlich neue Betriebe bei voll gedecktem oder gar überfülltem Markt entstehen.

Jahr für Jahr also werden zahlreiche alte Unternehmen durch neue, die oft dasselbe Produkt wie sie, oft auch billigere oder bessere Surrogate herstellen, bedrängt und verdrängt. An die Seite der alten Werke, die Kolbenmaschinen fabrizieren, stellen sich neuere Dampfturbinen-Fabriken, neben diese wieder ganz neue Werke zur Herstellung von Dieselmotoren. Jeder Fortschritt setzt sich in neue Unternehmungen um, die eine zusätzliche Produktion erzeugen, gleichviel, ob der Bedarf neben dieser Produktion auch noch die der bestehenden Werke aufnehmen kann oder nicht. Dieser Wettbewerb, den das Neue dem Alten, der Fortschritt von heute dem Fortschritt von gestern macht, hat aber eine ebenso natürliche wie interessante Folge. Um nämlich nicht von den „Jungen" an die Wand gedrückt zu werden, ergreifen die „Alten" dieselbe Waffe, mit der sie von jenen bekämpft werden, d. h. sie nehmen selbst den Fortschritt in ihren Dienst und bauen ihre Werke nach dem letzten Stande der Technik aus, ersetzen alte Verfahren durch neue, modernisieren ihren Maschinenpark, erwerben Patente usw. Dadurch schützen sie sich längere Zeit vor dem Schicksal des Erdrücktwerdens, fördern aber gleichzeitig die ihnen feindliche Tendenz, die darauf hinausläuft, das in den Werken investierte alte Kapital zu vernichten.

Denn Fortschritt ohne Vernichtung ist undenkbar. Jede neue Maschine setzt ältere, weniger leistungsfähige, wenn auch bis dahin durchaus brauchbare, außer Dienst; jedes neue Patent entwertet frühere Patente. Diese Brachlegung alten Kapitals wird von der sozialistischen Theorie, die sie mit sicherem Blick erkannt hat, als eine Folge des Sinkens der Profitrate angesehen, die den einzelnen Kapitalisten zwingt, Arbeit sparende und somit Nutzen

Digitized by Google

erhöhende Betriebsmethoden anzuwenden. Ob zur Erklärung dieses Vorgangs nicht die menschliche Gewinnsucht und der menschliche Ehrgeiz völlig ausreichen, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist, daß diese fortwährende Ersetzung alter Kapitalien durch neue, leistungsfähigere, das Steigen des Arbeitslohns über eine bestimmte Höhe hinaus verhindert, und daß es zugleich die wichtigste Ursache der periodischen Wiederkehr der Krisen ist; wobei nochmals daran erinnert werden muß, daß die gemeinhin als „Krisis" bezeichnete Wirtschaftsperiode sich nicht dem Wesen, sondern nur dem Grade der Absatzschwierigkeit und Kapitalentwertung nach von anderen Perioden unterscheidet.

Die Vernichtung alten Kapitals durch den Fortschritt ist ein Vorgang, der normalerweise ohne Unterbrechung vor sich geht, der aber doch an die Menge des zu Versuchs- und Investitionszwecken verfügbaren Neukapitals gebunden ist. Seine Intensität wechselt also. Wenn die Errichtung neuer, leistungsfähiger Werke auch keineswegs Rücksicht auf den Stand der Konjunktur zu nehmen braucht, da die Werke sich ein genügendes Absatzquantum schon durch ihre Ueberlegenheit erkämpfen zu können glauben, so findet ihre Errichtung doch tatsächlich vorzugsweise in sogenannten guten Zeiten statt, in denen die meisten Handels- und Gewerbezweige krisenfrei sind. Aus dem einfachen Grunde, weil solche Zeiten besonders suggestiv auf den Kapitalisten wirken und ihn zur Hergabe von Geldern veranlassen, die er sonst wohl anders, z. B. im Auslande, angelegt haben würde. Die Verlegung zahlreicher „Fortschrittsbauten" auf diese guten Zeiten hat natürlich die Wirkung, die Lebhaftigkeit in Industrie und Handel noch zu fördern. Auch die alten, von den Neubauten bedrohten Werke haben zunächst, solange jene noch im Baustadium sind, nur Vorteil von der allgemeinen gewerblichen Lebhaftigkeit. Sie freuen sich der „Hochkonjunktur", die indes ihren Todeskeim in sich trägt. Denn sobald das Bauprogramm der „Fortschrittsbauten" sich seinem Ende nähert, was stets dann der Fall ist, wenn die starke Konjunkturnachfrage alle Preise so hochgetrieben hat, daß ein immer größerer Teil des sich neu bildenden Nationalkapitals für reine Konsumzwecke ver-

Digitized by Google

wandt werden muß, und ein immer kleinerer Teil für produktive Zwecke zur Verfügung steht, dann beginnt den alten Werken nicht nur der Auftragszuwachs zu fehlen, den ihnen die Bauperiode gebracht hat, sondern sie fangen dann auch an, die erst nur wenig bemerkte, jetzt aber immer fühlbarer werdende Ueberlegenheit der modernen Werke zu spüren. Und es beginnt der Todeskampf zwischen dem in den Konjunkturbauten steckenden Neukapital und dem alten Kapital, der naturgemäß mit der Niederlage des letzteren, d. h. mit der Entwertung großer Kapitalmengen endet; ohne Rücksicht darauf, ob die Wirtschaft sich auf diese Entwertung auch schon eingerichtet, d. h. die alten Kapitalien amortisiert und in ihrer Generalbilanz abgeschrieben hat.

Dieser erbitterte Kampf des Kapitals würde wesentlich milder verlaufen, wenn der Fortschritt sich etwas langsamer und schonender an die Stelle des Alten und Hergebrachten setzen würde. Instinktiv trifft der gesunde Menschenverstand das Richtige, wenn er in dem überstürzten Neuinvestieren riesiger Kapitalmengen in Betrieben, die sich eines Tages notwendig erbitterte Konkurrenz machen müssen, den Ursprung der meisten — partiellen und totalen — Wirtschaftskrisen erblickt. Der Fehler, den der gesunde Menschenverstand begeht, liegt nur darin, daß er den einzelnen Unternehmer, den einzelnen Kapitalisten, die einzelne Bank für diese Ueberstürzung verantwortlich macht, daß er mit philiströser Arroganz der Torheit einer Anzahl Menschen zuschreibt, was in Wirklichkeit eine unserer Wirtschaftsweise innewohnende Tendenz und für den einzelnen eine Notwendigkeit ist. Was nutzt es, von dem Industriellen zu verlangen, er solle nicht „leichtsinnig" sein, sondern die geplanten Neubauten, Erweiterungen und Verbesserungen im Hinblick auf die notwendig kommende „Ueberproduktion" (Verdrängung teurer Waren durch billigere, die ihnen den Markt zu nehmen suchen) unterlassen? Es bleibt dem Industriellen ja nur die Wahl, ob er mit der Waffe des Fortschritts die anderen über den Haufen rennen oder ob er sich seinerseits umrennen lassen will. Von den Banken zu fordern, daß sie das wahnwitzige Konkurrenzbauen nicht mit ihren Geldern unterstützen, heißt ihnen zu-

Digitized by Google

muten, den tüchtigsten oder größten Unternehmungen den Kredit zu sperren und ihr Schicksal an die Kleinen und Schwachen zu ketten — was entschieden mittelstandsfreundlich wäre und unter sozialreformerischem Gesichtspunkt sogar angestrebt werden müßte, was aber, von einer einzelnen Bank auf eigene Faust und entgegen der wirtschaftlichen Strömung geübt, auf Selbstmord hinauslaufen würde.

Nicht bei dem Individuum, sondern bei unserer Wirtschaftsweise hat die Reform einzusetzen, wenn man den gefährlichsten aller Krisenerreger beseitigen will. Ob man das will oder soll, das ist freilich die große Frage. Denn es hilft kein Blinzeln und Kopfverdrehen, der größte Krisenerreger ist der Fortschritt, und nur wer ihn beseitigt oder „verstaatlicht", kann unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise zu größerer Ruhe und Gleichmäßigkeit verhelfen. Einen Anfang nach dieser Richtung bilden unsere Kartelle, die in der Tat eine Art Schutzbündnis zur Abwehr des Fortschritts oder zur Milderung seiner Wirkungen darstellen. Gerade auf den Gebieten aber, wo der Fortschritt zu Hause ist und die Neuerungen sich am meisten jagen, versagt dieses Schutzbündnis. Wirksamer ist schon der Trust, der zielbewußt jede Erfindung und Verbesserung entweder unterdrückt oder aufkauft; etwa wie es die großen deutschen Glasfabriken mit dem Owensschen Flaschenpatent getan haben, indem sie sich behufs Ankaufs des ihnen überaus gefährlich scheinenden Patents zu einer Art Zwecktrust zusammentaten. Am besten verstanden es die mittelalterlichen Zünfte, die — auch damals schon kapitalistische — Wirtschaft von den Erschütterungen des Fortschritts freizuhalten; freilich nennt man das Mittelalter mit aus diesem Grunde das „dunkle". Man begeht dieser interessanten Epoche gegenüber gern den Fehler, ihre Einrichtungen für Ausflüsse der menschlichen Torheit und Beschränktheit zu halten, weil man ihre Ursachen nicht kennt und daher die Einrichtungen nicht recht versteht. Der Radikalismus, mit dem jene Zeit dem Fortschritt zu Leibe ging, hat aber ganz gewiß seine guten Gründe gehabt, und wenn damals die Neigung herrschte, große Erfinder und Neuerer als Hexenmeister zu verbrennen oder mit dem Bann zu belegen, so tut man gut,

Digitized by Google

darin etwas anderes als blinden Wahn zu erblicken. Vielleicht ist sich das finstere Mittelalter des Zusammenhangs zwischen Fortschritt und Krisis besser bewußt gewesen als unsere aufgeklärte Neuzeit. Da wir aber weder zur Brutalität des Mittelalters zurückkehren noch dem Staat oder einem Unternehmer-Kartell das Hoheitsrecht über den Fortschritt einräumen, noch endlich auf die kapitalistische Wirtschaftsweise zugunsten einer anderen werden verzichten wollen, deren neue Freuden wir mit neuen Leiden würden bezahlen müssen, so wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als die mit unserer Wirtschaftsweise nun einmal untrennbar verbundenen Krisen mit in Kauf zu nehmen. Allenfalls können wir zu ihrer Milderung beitragen, indem wir unsere Kreditpolitik verbessern. Aber das ist ein Kapitel für sich. Alfred Lansburgh.

Ungeeignete Sachverständige.

Wenn ein neues Gesetz vorbereitet wird, welches tief in bestehende wirtschaftliche Verhältnisse und Interessen eingreift, so besteht die erste Maßnahme der Regierung darin, daß sie die auf dem speziellen Gebiet zuständigen Interessenvertreter befragt und sich nach Möglichkeit ihrer Mitwirkung versichert. Das erscheint eigentlich auch als das natürliche. Denn keine Regierung verfügt über einen so großen Stab von Beamten, um jede der tausendfältigen und häufig sehr verwickelten Fragen des wirtschaftlichen Lebens durch einen mit der Praxis vertrauten Spezialisten bearbeiten lassen zu können. Und in den Volksvertretungen ist es nicht anders. Wer Gelegenheit gehabt hat, einen Blick hinter die Kulissen unseres parlamentarischen Lebens zu tun, der weiß, daß es in jeder Fraktion meistens nur ein oder zwei Persönlichkeiten sind, auf deren Autorität hin die Parteien bei wirtschaftlichen Spezialfragen ihre Abstimmung vornehmen. Und diese Wenigen wiederum haben in dem gegebenen Fall keine andere Legitimation für ihre Autorität als daß sie Interessenten sind und daher als sachverständig gelten, oder daß sie zu Interessenten, d. h. Sachverständigen in nahen Beziehungen stehen. Freilich ist der Einfluß der Sachverständigen auf die Gesetzgebungsmaschine nicht immer gleichmäßig wirksam. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß sich die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen zur Beseitigung flagranter Mißstände zuweilen so überzeugend aufdrängt, daß die Regierung oder die Parlamentsmehrheit sich auf ihr eigenes Urteil verläßt und bei ihrem Votum über die Praktiker hinweggeht.

Digitized by Google

In diesem Sinne könnte man die Gesetze in zwei große Gruppen einteilen; in solche, die mit, und solche, die gegen die Sachverständigen gemacht worden sind. Der schärfer Hinblickende wird nicht selten schon aus dem Gesetz selbst erkennen können, zu welcher Gruppe es gehört. Das klassische Beispiel der ersteren Art — der mit den Sachverständigen gemachten — wird in den Annalen der Gesetzgebung wohl noch auf Jahrzehnte hinaus das Kaligesetz bilden. Niemals sind wohl die Praktiker bei der Schaffung eines Gesetzes ausgiebiger zu Worte gekommen, als bei diesem gesetzgeberischen Machwerk schlimmster Sorte, während dessen Beratung die Wandelhallen des Reichstags ohne jede Uebertreibung den Eindruck einer Kuxenbörse machten. Als das klassische Beispiel für die andere Kategorie kann das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen vom 1. Juni 1909 gelten. Gegen den Grundgedanken dieses Gesetzes haben in der mehr als zehnjährigen Periode der Vorbereitung und Umarbeitung, von den Handwerkern abgesehen, alle befragten Sachverständigen, also die Vertreter der Handelskammern, Grundstücksmakler, Hypothekenbanken und vor allem der Terraininteressenten, Sturm gelaufen. Aber der Reichstag kehrte sich nicht daran und nahm das Gesetz an, das im Widerspruch mit den gewohnten Anschauungen unseres Hypothekenrechts allen am Bau eines Hauses materiell beteiligten Kreisen eine dingliche Sicherheit verschaffen will. Warum das vor nunmehr vier Jahren im Reichsanzeiger veröffentlichte Gesetz noch heute nicht in die Praxis eingeführt wurde, ist bekannt. Der Einfluß der Sachverständigen und Praktiker hat sich nachträglich doch noch als stärker erwiesen, als das fast einstimmige Votum des Deutschen Reichstags. Dem Drängen der Interessenten nachgebend, schickte man dem fertigen Gesetz im letzten Augenblick einen ersten Teil voran, der eine Reihe von polizeilichen Bestimmungen enthielt, durch welche die Verwendung des Baugeldes geregelt und dessen Mißbrauch mit Strafe bedroht wurde. Das eigentliche Gesetz aber, das die Kernfrage lösen und die Bauhandwerker und Lieferanten vor den Nachteilen einer übermäßigen hypothekarischen Belastung der Baustelle schützen sollte, erhielt fakultativen Charakter. Seine Einführung erfolgt nur auf Grund einer landesherrlichen Verordnung für die einzelnen Bezirke, nachdem zuvor die Gemeinde, die amtliche Handelsvertretung, die Handwerkskammer und die gesetzliche Arbeitervertretung des Bezirks gehört worden sind. Durch diese Bestimmung ist das ganze, in vieljähriger Arbeit, unter dem Einfluß von Gutachten der hervorragendsten Juristen, wie Staub und Brunner, geschaffene Gesetz mit einem Schlage dem Machtbereich des Reichstags wieder entzogen und dem Einfluß der

Digitized by Google

Sachverständigen ausgeliefert worden. Und dieser Einfluß ist gerade auf dem vorliegenden Gebiete sehr stark, da hinter ihm die gesamte am Terraingeschäft interessierte Hochfinanz steht.

Der erste Teil des Gesetzes gilt seit seiner Publikation im ganzen Deutschen Reich. In ihm sind die Vorschläge und Forderungen der Praktiker restlos erfüllt; was indessen nicht verhindert hat, daß es heute, und zwar ganz wie beim Kaligesetz, auch von den meisten seiner Befürworter als verfehlt und für die Bekämpfung der betreffenden Mißstände ohne Wert bezeichnet wird. Ob der zweite Teil geeignet ist, die unhaltbaren, ja völlig anarchischen Zustände am Baumarkt zu beseitigen, darüber stehen sich die Meinungen der Theoretiker und Praktiker heute noch genau so unversöhnt gegenüber wie vor zwanzig Jahren. Man muß aber annehmen, daß etwas gutes an diesem zweiten Teil ist, denn sonst wäre die leidenschaftliche Erbitterung nicht verständlich, mit der die Nutznießer des Bauschwindels immer wieder gegen seine Einführung zu Felde ziehen. Sie benutzen dazu eine in dieser Frage wenig sachverständige Presse und finden Zutritt und, wie es scheint, auch Unterstützung bei den zuständigen Dezernaten der Behörden. Ihre stille Arbeit hat indessen nicht verhindern können, daß die Hilferufe der geschädigten Existenzen (Bauhandwerker, Dekorateure, Materiallieferanten usw.) immer lauter wurden. Angesichts dieser nicht mehr wegzudisputierenden Schäden machte die Regierung schließlich einen ersten Versuch, die Hypnose abzuschütteln, in die sie durch die Sachverständigen versetzt worden war, und beauftragte das Preußische Statistische Landesamt, die Materialien für ein Gesetz herbeizuschaffen, das schon vor mehreren Jahren im Reichsanzeiger veröffentlicht worden war. Das Statistische Amt hat die ihm gestellte Aufgabe, zu ermitteln, wie hoch die Verluste der Bauhandwerker in Groß-Berlin in den Jahren 1911 und 1912 gewesen sind, nach allem, was darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, mit großer Gründlichkeit und Sachkenntnis gelöst. Es versandte 12000 Fragebogen an die beteiligten Kreise, von denen 8000 beantwortet wurden. Um die angegebenen Verlustziffern auf ihre Zuverlässigkeit hin zu prüfen, unterzog sich das Amt der ungeheuren Mühe, sämtliche Grundbuchakten von Groß-Berlin für die angeführte Zeit durchzusehen. Ueber das Resultat der nach einjähriger Tätigkeit jetzt abgeschlossenen Untersuchung liegen offizielle Angaben bisher nicht vor. Es muß aber sehr beweiskräftig im Sinne der Einführung des Gesetzes ausgefallen sein; denn im Anschluß an die Untersuchung ist von dem zuständigen Minister eine Einladung an eine Reihe von Organisationen ergangen, sich an einer Besprechung über die eigentlichen Ursachen des Bauschwindels — dessen Vorhandensein

Digitized by Google

damit anerkannt ist — und die im Falle der „versuchsweisen" Einführung des Gesetzes in Groß-Berlin zu erwartenden Folgen zu beteiligen. Die Besprechungen haben inzwischen unter Teilnahme von Vertretern der Berliner Handelskammer, der Aeltesten der Kaufmannschaft, der Handwerkskammer, der baugewerblichen Kreise, der Hypothekenbanken, der Terraingesellschaften, der Hausbesitzer und Bodenreformer stattgefunden. Sie waren vertraulicher Natur, was aber nicht hinderte, daß darüber ein Bericht in der Presse erschien, dessen ganze Tendenz sofort erkennen ließ, daß er von einem Gegner der Einführung herrührte. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, hat das Statistische Amt den betreffenden Bericht alsbald in dem offiziösen Organ der preußischen Regierung desavouiert. Wenn der Zwischenfall hier erwähnt wird, so geschieht es nur deshalb, weil er für die Methode charakteristisch ist, mit der nun schon seit vier Jahren versucht wird, die gefürchtete Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zum Schutze der Bauforderungen zu hintertreiben[1]).

Demnächst werden also aller Voraussicht nach die nach dem Gesetz zu befragenden kaufmännischen Organisationen für Groß-Berlin, also die Handelskammer und die Aeltesten der Kaufmannschaft, vor die Notwendigkeit gestellt sein, sich zu der Frage der Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zum Schutze der Bauforderungen zu äußern. Wie ihr Votum diesmal ausfallen wird, ist noch unbekannt. Bisher ist weder von der Handelskammer noch von den Aeltesten ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt worden. Daß das Gutachten aber im ablehnenden Sinn erstattet werden wird, kann nach dem Verhalten der Vertreter beider Organisationen in den erwähnten Vorbesprechungen vorausgesetzt werden.[2]) Es sei denn, daß das Plenum dieser Organisationen seine Delegierten auf Grund einer nochmaligen Abstimmung desavouiert, was ziemlich unwahrscheinlich ist.

Ist nun im Falle der Ablehnung der Gesetzes-Einführung durch die beiden Kammern zum Ausdruck gebracht, daß die kaufmännischen Kreise als solche das Gesetz verwerfen? Dies anzunehmen wäre ein großer Irrtum. Auch bei den kaufmännischen Vertretungen bewährt sich, genau wie bei der Regierung und der Volksvertretung, die bedenkliche Kehrseite jener Methode, sich bei allen Entscheidungen auf die Autorität einzelner Persönlichkeiten zu verlassen, ohne dabei zu berücksichtigen, daß diese in der Regel zugleich Interessenten sind. Nicht jedes Mitglied einer

*) Der Bericht ist, wie der Verfasser inzwischen festgestellt hat, durch eine Zeitungskorrespondenz verbreitet worden, deren enge Beziehungen zu einem Teilnehmer an der oben erwähnten Besprechung, einer der bekanntesten Persönlichkeiten des Terrainmarkts und einem eifrigen Vorkämpfer gegen das Bauhandwerker-Gesetz, bekannt sind.

**) Nachdem das Stillschweigen einmal gebrochen worden ist, hält sich der Verfasser, der zu den Teilnehmern an der Besprechung gehörte, für berechtigt, diese Tatsache, die ja auch in dem oben erwähnten Bericht zutreffend angegeben war, zu konstatieren.

Digitized by Google

Handelskammer kann sich in all den Fragen, über die es entscheiden soll, eine selbständige Meinung bilden. Das würde eine Branchekenntnis voraussetzen, welche die Aufnahmefähigkeit des Einzelnen umsomehr übersteigt, als ja die Handelskammermitglieder als Großkaufleute in erster Reihe von ihrem eigentlichen Beruf in Anspruch genommen werden; in dieser Hinsicht sind die Berufsvertretungen noch ungünstiger gestellt, als die Parlamente, wo es in jeder Fraktion eine Anzahl reiner Berufspolitiker gibt, welche die Zeit haben, sich in die verschiedensten Materien einzuarbeiten. In den kaufmännischen Organisationen erkennt nur der durch das Eigeninteresse geschärfte Verstand die ganze Tragweite der zur Entscheidung stehenden Fragen. Was kann also selbstverständlicher sein, als daß die unmittelbar interessierten Persönlichkeiten bemüht sind, sich zu Wortführern der übrigen delegieren zu lassen? Da die übrigen Mitglieder der Kammer bei allen Fragen, die nicht ihre besondere Branche berühren, naturgemäß geringeres Interesse haben, so erscheint ihnen die Entscheidung darüber, wer sie in dem gegebenen Fall vertritt, wenig wichtig, vielleicht sogar gleichgültig. Deshalb ist es für die Interessenten ziemlich leicht, sich von ihren Kollegen das Mandat für die Vertretung des Plenums zu verschaffen. Daß bei dieser Sachlage nicht selten der Elementarsatz unserer Rechtspflege, wonach niemand Richter in eigener Sache sein soll, verletzt wird, liegt auf der Hand.

Welche Nachteile sich aus der Verletzung dieser selbstverständlichen Forderung ergeben, dafür kann kein besseres Beispiel angeführt werden, als eben die Bauhandwerkerfrage. Das hier zu lösende Problem besteht, wie gesagt, darin, die Baugläubiger vor den Verlusten zu bewahren, die sich infolge des geltenden Hypothekenrechts daraus ergeben, daß der Bau auf einer überteuerten und infolge der Eintragung eines Restkaufgeldes entsprechend hoch belasteten Baustelle errichtet wird. Die Verteuerung des Baustellenpreises ist die primäre Ursache des sogen. Bauschwindels, und nicht, wie von mancher Seite noch immer glauben zu machen versucht wird, die mindere Qualität des Bauunternehmers. Diese ist vielmehr Folgeerscheinung, da der potente Unternehmer sich auf die Gefahr des Bauens auf überteuerter Baustelle einfach nicht einläßt. Daher sind auch die Anstrengungen, die herrschenden Mißstände durch eine Verbesserung des Auskunftswesens zu lösen, zwecklos, wenn nicht bewußte Spiegelfechterei, zu dem Zweck unternommen, die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Problem abzulenken. Alles dies geht übrigens aus den Motiven des Bauhandwerkerschutz-Gesetzes so klar hervor, daß man nur darauf zu verweisen braucht. Es heißt deshalb den Esel am Schwanz aufzäumen, wenn man diejenigen Personen, die an der Verteuerung der Baustellenpreise in erster

Digitized by Google

Linie schuld sind, zur Mitarbeiterschaft an der Bekämpfung der Bauhandwerkerverluste heranzieht. Das ist aber bei den oben erwähnten Besprechungen geschehen. Freilich braucht man der Tatsache, daß an den Besprechungen eine Anzahl maßgebender Vertreter des Groß-Berliner Terraingeschäfts teilgenommen hat, kein übermäßig großes Gewicht beizulegen. Wenn die Staatsregierung diese Kreise zur Teilnahme aufgefordert hat, so war für sie der Wunsch entscheidend, die Unparteilichkeit nach jeder Richtung hin zu wahren. Da sie ganz genau weiß, daß diese Persönlichkeiten in eigener Sache plädieren, kann sie das Gewicht ihrer Argumente danach bewerten. Eine kaum noch zu begreifende Unkenntnis aber setzt es voraus, wenn die Berliner Handelskammern sowie die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft zu Wortführern der von diesen Körperschaften vertretenen Kreise des Handels ebenfalls Persönlichkeiten aus dem Terraingeschäft wählen, wie dies geschehen ist.

Vertreter der Handelskammer in der Bauhandwerkerfrage ist bereits seit vielen Jahren eine Persönlichkeit, die für einen der typischen Vorgänge im Terrainwesen, nämlich für die Gründung und Lanzierung der Terraingesellschaft am Hochbahnhof Schönhauser Allee, verantwortlich ist. Diese Gesellschaft verkaufte, kurz ehe ihre Aktien an die Börse kamen, mit einer Anzahlung von 200 000 M. = 5 % einen Block im Werte von 4 Mill. M. an ihren eigenen Direktor. Sie erzielte dabei auf dem Papier einen Gewinn von über eine Million Mark, und die Emissionsbank begründete damit in einer Zuschrift an die Presse das Agio von 30 %, das sie den Zeichnern der Aktien abforderte. Von den auf diesem Block errichteten 26 Bauten kamen 17 zur Subhastation. Bei 10 Subhastationen, über welche Feststellungen vorliegen, haben nach einer früheren Angabe des Direktors einer anderen Terraingesellschaft die Handwerker die Summe von 820 000 M. verloren. Gegen diese Vorhaltung wendet die Schönhauser Allee-Gesellschaft ein, daß der betreffende Direktor zu der Zeit, als er mit seiner eigenen Gesellschaft das erwähnte Geschäft machte, mehrfacher Millionär gewesen sei, und daß seine Verhältnisse sich erst späterhin verschlechtert hätten. Wenn das wahr ist, so ist es ein drastischer, ja vernichtender Beweis gegen das von den Gegnern der Einführung des zweiten Teils des Bauhandwerker-Gesetzes so gepriesene Mittel der Selbsthilfe auf dem Wege der Auskunftseinholung. Denn wie hätte zu der Zeit, da der Direktor der Terraingesellschaft Schönhauser Allee zu bauen anfing, bei der Bauauskunftstelle wohl eine Auskunft über ihn gelautet, wenn jemand sie eingeholt hätte? Die beste Note wäre ihm sicher gewesen: mehrfacher Millionär, Vertrauensmann einer ersten Großbank, hervorragender Sachverständiger usw., also

Digitized by Google

prima. Trotzdem haben die Handwerker, die sich mit diesem Herrn und seinen Abnehmern in Geschäfte eingelassen haben, allein an dem, was nachzurechnen ist, 820000 M. verloren. Wären sie statt mit dem mehrfachen Millionär mit einem völlig mittellosen Unternehmer in Verbindung getreten, der die Baustelle ohne den von der Gründungsbank eingesteckten Aufschlag, also mit entsprechend niedrigerer Belastung gekauft hätte, so würden sie höchstwahrscheinlich selbst im Subhastationsfalle zu ihrem Gelde gekommen sein.

Läuft es nun nicht auf eine beinahe schon humoristisch anmutende Rollenvertauschung hinaus, wenn man Persönlichkeiten, die in dem Fall der Schönhauser Allee-A.-G. für die 820000 M. Bauhandwerkerverluste indirekt verantwortlich sind, zu Richtern in dem Prozeß „Oeffentliches Wohl contra Bauschwindel" macht? Die Handelskammer hat diesen Mißgriff begangen, im besten Glauben selbstverständlich, und nur deshalb, weil über die tieferen Zusammenhänge auf dem Baumarkt selbst in kaufmännischen Kreisen vielfach eine beklagenswerte Unkenntnis, oder besser gesagt Kritiklosigkeit herrscht. Auch die Aeltesten der Kaufmannschaft haben unter ihren Mitgliedern keinen anderen Interpreten ihrer Meinung finden können, als einen Herrn, dessen Firma aufs engste mit dem Terraingeschäft liiert ist. Würden diese Herren bei solchen Besprechungen als Vertreter der Terraininteressen auftreten, so könnte man sich damit abfinden. Aber als Wortführer der gesamten Kaufmannschaft und Vertreter unserer vornehmsten Handelsorganisationen sind sie für die vorliegende Frage, in aller Bescheidenheit muß es gesagt werden, zwar sachverständig, aber durchaus ungeeignet.

Zusammen mit dem oben gekennzeichneten Terraingründer ist von der Handelskammer ein Vertreter des Holzhandels entsandt worden. Auch dieser außerordentlich sachverständige Herr steht der Einführung des zweiten Teils des Bauhandwerker-Gesetzes feindlich gegenüber, und das muß auf den Laien naturgemäß großen Eindruck machen und hat sicherlich dazu beigetragen, die übrigen Mitglieder der Handelskammer in ihrer ablehnenden Haltung zu bestärken. Denn der Holzhandel, so sollte man meinen, ist ja selbst Leidtragender bei den Verlusten auf dem Baumarkt. Wie könnte er also gegen ein Gesetz sein, das ihm selbst erhöhten Schutz bringen soll, wenn nicht aus dem Grunde, daß nach der Meinung seiner Vertreter das Gesetz nichts taugt? Bei näherer Betrachtung der Verhältnisse präsentieren sich die Dinge aber ein wenig anders. Der Holzhandel (wie übrigens auch der Steinhandel) ist nämlich den Verlusten auf dem Baumarkt ungleich weniger ausgesetzt als andere am Hausbau beteiligte Kreise. Und zwar aus mehrfachen Gründen. Er ist unter den

Digitized by Google

verschiedenen Baugläubigern der kapitalkräftigste, häufig sogar identisch mit dem Baugeldgeber, und deshalb in der Lage, auch ohne das Gesetz sich dingliche Sicherheiten an vorgerückter Stelle zu verschaffen. Der andere, noch wesentlichere Grund besteht aber darin, daß bei schwachen Bauunternehmern der Subhastationsfall ganz überwiegend erst dann eintritt, wenn der Rohbau längst fertiggestellt ist. Bis zur Begleichung der Rohbauforderungen reicht das Baugeld fast immer, so daß die am Rohbau beteiligten Lieferanten ihre Forderungen schon einkassiert oder sichergestellt haben, wenn die Katastrophe eintritt. Es sind die Lieferanten der Türen, Fenster, Dachziegel, Tapeten usw., kurz die Ausbau-Handwerker, unter denen die Verlustträger hauptsächlich zu suchen sind. Erst in jüngster Zeit sind auch im Groß-Berliner Holzhandel infolge übergroßer — wohlgemerkt freiwilliger! — Kreditgewährung Fallissements erster Firmen eingetreten, was darauf hindeutet, daß die prekäre Lage des Baumarkts jetzt auch diese Branche bedroht. Wenn trotzdem das Bauhandwerker-Gesetz in den Kreisen der Holz- und Steinhändler auch heute noch wenig Freunde hat, so erklärt sich dies daraus, daß dem vergrößerten Risiko hier erhebliche Vorteile gegenüberstehen. So lange sich das Bauunternehmertum aus wenig bemittelten Persönlichkeiten rekrutiert, ist es naturgemäß von den Hauptlieferanten, eben den Holz- und Steinhändlern, abhängig und deshalb gezwungen, die von ihnen diktierten Preise zu bewilligen. Es beruht dies auf demselben wirtschaftlichen Zusammenhang, auf Grund dessen es den Terraingesellschaften möglich ist, die an sich viel zu hohen Preise für die Baustellen durchzudrücken. Durch das Bauhandwerker-Gesetz wird nun unzweifelhaft die Tätigkeit der wenig bemittelten Unternehmer lahmgelegt und in die Hände kapitalkräftiger Unternehmer gelangen. Diese Konsequenz wird von keiner Seite geleugnet, und sie ist es, welche unserer Haute Finance gestattet, sich bei der Ablehnung des Gesetzes auf den ihr so außerordentlich am Herzen liegenden „Schutz des kleinen Mannes“ zu berufen, ohne daß sie dabei Gefahr läuft, der Verulkung ernster Dinge bezichtigt zu werden. Der kapitalkräftige, also unabhängige Unternehmer läßt sich natürlich nicht auf die hohen Preise ein, die der kapitalschwache anlegen muß. Man begreift also, warum und in welchem Sinne die Einführung des zweiten Teils des Bauhandwerker-Schutzgesetzes und die alsdann zu erwartende Verbesserung der materiellen Qualität der Bauunternehmer eine Gefahr bilden.

Hier liegt der Einwand nahe, daß in der Handelskammer doch auch noch andere Berufe zu Worte kommen als Stein- und Holzhändler, Bank- und Terrain-Interessenten. Das ist richtig, und es ist auch Tatsache, daß die Berliner Handelskammer zur Er-

Digitized by Google

örterung der Bauhandwerkerfrage Besprechungen unter Zuziehung der Bauhandwerker selbst in die Wege geleitet hat, in denen die abweichenden Ansichten ausgiebig zu Worte kamen. In den offiziellen Verlautbarungen aber, die als Meinung der Handelskammer in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, ist von den abweichenden Ansichten nichts zu finden. Auch in den erwähnten Besprechungen im Statistischen Amt haben die beiden Vertreter der Kammer bedingungslos ablehnende Erklärungen gegeben. Es liegt bis zum Beweis des Gegenteils keine Veranlassung vor, anzunehmen, daß die beiden Vertreter der Handelskammer nicht subjektiv von der Richtigkeit ihrer Stellungnahme, auch vom Standpunkt der Allgemeinheit aus, überzeugt wären. Und sicherlich werden sie rein menschlich den Opfern des Baumarkts ihr Mitglied nicht versagen. Leider aber wird nach einem alten Erfahrungssatz der Verstand nicht durch das Gemüt, sondern durch den Willen regiert.

Es wäre auf das dringendste zu wünschen, daß die in der Frage des Bauhandwerker-Schutzgesetzes von geschäftlich-egoistischen Erwägungen unabhängigen Mitglieder der Handelskammer, ehe sie ihre Entscheidung treffen, die oben angedeuteten Gesichtspunkte recht ernstlich ins Auge faßten. Erfreulicherweise ist der Antrag des einen Handelskammer-Delegierten, die Kammer möge im Anschluß an das von ihm erstattete Referat schon jetzt, das heißt, noch ehe die offizielle Anfrage der Staatsregierung an die Kammer ergangen ist, eine Resolution gegen die Einführung fassen, vom Plenum abgelehnt worden.

Mit den vorstehenden Ausführungen soll keineswegs zum Ausdruck gebracht werden, daß der Einfluß der Sachverständigen auf die Gesetzgebung an sich zu verwerfen sei. Keineswegs. Nur wagt dieser Einfluß sich heute mit allzu großer Dreistigkeit weiter hervor, als dem Gemeinwohl dienlich ist. Und was vor allem mit Besorgnis erfüllen muß, das sind die erschreckenden Symptome von Kurzsichtigkeit, die unsere führenden Handelskreise aus dem engen Gesichtswinkel ihrer Tagesinteressen heraus gegen ihre wahren Interessen wüten läßt. Solange die Welt besteht, haben die Inhaber der materiellen Macht den schwächeren Elementen geistig, und gelegentlich auch mit roher Gewalt, ihren Willen aufgezwungen. Aber die Weltgeschichte kennt auch zahlreiche Beispiele, wo es das vitalste Interesse der besitzenden Klasse erforderte, nachzugeben und Mißstände, die zur Abstellung reif waren, nicht aus beschränktem Egoismus künstlich am Leben zu erhalten. So haben seinerzeit die Generalpächter in Frankreich gewiß zahlreiche Gründe vorgebracht, um die Vortrefflichkeit des Systems zu beweisen, dem sie ihre Reichtümer verdankten. Sie waren auch

Digitized by Google

sicherlich die berufenen Sachverständigen, als es sich darum handelte, die Reformvorschläge eines Quesnay und Turgot zu begutachten. Aber sie haben die Zeichen ihrer Zeit mißachtet. Als die Revolution ihre Rechte in Trümmer schlug, da begriffen sie, allerdings zu spät, daß rechtzeitiges Nachgeben schließlich doch die höchste Weisheit bildet. Die englische Aristokratie hat das von jeher viel besser begriffen; deshalb sind die einschneidenden Reformen, die im Laufe der Geschichte gegen ihre Interessen und auf ihre Kosten durchgeführt wurden, nicht gegen sie, sondern mit ihnen gemacht worden. Auch die Politik der Keulenschläge, die jetzt der Minister Lloyd George gegen das Monopol der Großgrundbesitzer richtet, wird höchst wahrscheinlich eines Tages auf der Seite der Opfer dieser Politik eine verständnisvolle Unterstützung finden.

Ist die Frage der Einführung des zweiten Teils des Bauhandwerkergesetzes nicht zu unbedeutend, um solche weltpolitischen Vergleiche heranzuziehen? Keineswegs! Wer Gelegenheit hat, zu sehen, mit welcher ehernen Stirn die Befürworter des jetzigen Systems auf dem Baumarkt notorische Tatsachen leugnen, mit welcher Kühnheit sie ihren engherzigen Interessenstandpunkt mit dem nationalen Wohl identifizieren, und mit welchen bedenklichen Mitteln sie gegen eine Reform kämpfen, die der Anarchie auf einem der wichtigsten Gebiete des heimischen Erwerbslebens ein Ende bereiten soll, dem muß zum Bewußtsein kommen, daß es sich hier um mehr als eine Einzelerscheinung, daß es sich um ein Symptom handelt — das Symptom einer überreifen und bedenklich angefaulten Kultur.

Ludwig Eschwege.

Das Aktienwesen und die Justiz.

Nach mehr als siebenmonatlicher Dauer hat Ende November der Hauptprozeß gegen die Aufsichtsräte, Direktoren und sonstigen verantwortlichen Beamten der vor 3½ Jahren schmählich zusammengebrochenen Niederdeutschen Bank seinen Ausgang damit genommen, daß die Hauptschuldigen, nämlich der leitende Direktor Ohm und sein Helfershelfer Hartwig, zu Gefängnisstrafen von 7 bzw. 3 Jahren, und die weniger belasteten Teilnehmer an den Straftaten zu kleineren Freiheits- oder Geldstrafen verurteilt worden sind. Noch liegt die Urteilsbegründung, deren Verlesung volle vier Stunden in Anspruch nahm, nicht im Wortlaut vor. Es ist anzunehmen, daß nach ihrer Veröffentlichung der Ohm-Prozeß in allen juristischen und volkswirtschaftlichen Zeitschriften mit demselben Eifer diskutiert und auf seine Bedeutung für die Fortentwicklung des Bank-, Börsen- und Aktienrechts hin untersucht werden

Digitized by Google

wird, wie vor etwa zwölf Jahren der Fall Leipziger Bank. Vorausgesetzt, daß der Revision, welche die Hauptprozeßbeteiligten gegen das Urteil eingelegt haben, nicht stattgegeben wird. Denn im andern Falle dürfte die Kritik abwarten, was das Reichsgericht zum Urteil der Dortmunder Strafkammer zu sagen hat. Es ist aber unwahrscheinlich, daß die Ausbeute, die man dem Prozeß abzugewinnen hofft, sonderlich ergiebig sein wird. Die Straftaten, um die es sich im Fall Niederdeutsche Bank handelt, unterscheiden sich von den aus anderen Bank- und Gründerprozessen bekannten durch nichts außer durch ihre Häufung, und ihre Beurteilung durch das Gericht ist, soweit erkennbar, nicht von den Richtlinien früherer Entscheidungen abgewichen. Aber der Prozeß hat nicht weniger als 118 Verhandlungstage in Anspruch genommen, also einen größeren Apparat erfordert, als je ein Strafprozeß der gleichen Art. Schon dieser Umstand dürfte ihm eine erhebliche Beachtung und längere Resonanz sichern.

Die Machenschaften, die den Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank herbeigeführt und neben dem Aktienkapital von 12 Mill. M. rund 25 Mill. M. Gläubigergelder verschlungen haben, sind wie gesagt durchaus nicht originell gewesen. Das System war das bei gewissenlos verwalteten Banken übliche. Es begann mit großen Krediten an unsichere, zum Teil ganz mittellose Unternehmer und Privatpersonen. Kredite dieser gefährlichen Art bringen ja nicht nur hohe Zinsen und fette Provisionen, sondern daneben auch persönliche Vorteile für den über Kreditgewährung oder -Verweigerung entscheidenden Direktor. Um die Verluste, die sich aus diesen Geschäften ergaben, zu verschleiern, wandelte man die Betriebe der Schuldner in Aktiengesellschaften oder Gesellschaften m. b. H. um, was den doppelten Vorteil hatte, Gründergewinne abzuwerfen und die Bilanz zu verbessern. Dieses Verfahren ist allerdings auch sonst sehr beliebt. Gerade in der letzten Zeit sind in überaus großer Zahl Gesellschaften entstanden, bei denen teils nachweislich, teils dem Anschein nach der einzige Umwandlungsgrund in der Insolvenz der Vorbesitzer bestanden hat. Aber die Niederdeutsche Bank machte die Sache zu grob. Wertlose Patente wurden mit Hunderttausenden und Millionen inferiert. Bare Betriebsmittel fehlten meist ganz. Sie wurden durch Kredite der Niederdeutschen Bank ersetzt, die auf diese Weise ihre Engagements erhöhte, statt sie zu vermindern, sowie durch Diskontkredite, welche andere Banken, hauptsächlich die Reichsbank und die Berliner Handels-Gesellschaft, auf das Giro der Niederdeutschen Bank hin gewährten. Der probate Ausweg, der sich den Banken in solcher Situation sonst bietet,

Digitized by Google

nämlich die Ablösung der Kredite durch neue Aktien oder Anteile der Schuldnergesellschaften und die Unterbringung der Werte im Publikum, war für die Niederdeutsche nicht gangbar, da außer ihrem eigenen Aufsichtsrate und ein paar Freunden des Direktor Ohm kaum jemand die Papiere nehmen wollte, so lange sie nicht an der Börse eingeführt waren. Der Einführung der Aktien stand wiederum ihre schlechte Qualität im Wege, die sich trotz aller Aufwendungen fast bei keinem Unternehmen verbessern wollte — was auf die im Prozeß so oft gerühmte Tüchtigkeit Ohms ein merkwürdiges Licht wirft. So wurde die Bank allmählich zu einer Sammelstelle minderwertiger Effekten, Konsortialbestände und Debitoren, die nur durch fortgesetzte Kapitalserhöhungen (von anfänglich 2 auf schließlich 12 Mill. M.), durch Angliederung kleiner Banken mit großen Depositen und flüssigen Mitteln, sowie durch äußerste Anspannung des Kredits durchgehalten werden konnten. Um das Kapital erhöhen und die Kreditgeber in Sicherheit wiegen zu können, mußte die Bank angemessene Dividenden verteilen. Infolgedessen war sie gezwungen, falsche Bilanzen aufzumachen und uneinbringliche Forderungen sowie faule Effekten als vollwertig zu buchen. Aus diesem Grunde durften wiederum die Schuldner-Gesellschaften keine richtigen Bilanzen publizieren, sondern hohe Buchwerte und Gewinne ausweisen, denn ihre Bilanzen bildeten ja die Grundlage der Bewertung in der Bilanz der Niederdeutschen. War ein Gewinn beim besten Willen nicht herauszurechnen, etwa weil das betreffende Unternehmen gar nicht betriebsreif war, oder seine Leitung sich groben Falschbuchungen widersetzte, so wurde es entweder auf eine neue Grundlage gestellt (z. B. aus einer G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft verwandelt) oder gespalten, indem man irgendein wertloses Patent oder einen Teilbetrieb von ihm loslöste und — mit hohem Buchgewinn für das Unternehmen — in eine Tochtergesellschaft einbrachte. So hat die Industrie für Holzverwertung allein sechs Tochter- und Enkelgesellschaften geboren, die Pötter A.-G. drei in einem einzigen Jahre. War auch das nicht möglich, so unterwarf man einfach die Aktiva, namentlich die Patente, einer „Neuschätzung" und setzte sie mit erhöhten Ziffern in die Bilanz ein. Der Phantasie waren dabei keine Schranken gezogen. Ein wertloses Patent zur Erzeugung luftloser Automobilreifen figurierte z. B. mit 1,3 Mill. Mark in der Bilanz der betreffenden Gesellschaft. Es hätte seinen Buchwert, wäre nicht der Zusammenbruch der Niederdeutschen und damit der Gesellschaft selbst dazwischen gekommen, beliebig bis auf 30 Millionen steigern können, denn auf diesen Betrag schätzte der „Optimist" Ohm seinen effektiven

Digitized by Google

Wert. Da die Einführung der Niederdeutschen Bank-Aktien an der Berliner Börse erfolgen sollte, und eine, wenn auch oberflächliche Nachprüfung der Bilanz durch die einführende Bank (Berliner Handels-Gesellschaft) zu gewärtigen war, mußte dafür gesorgt werden, daß die allerschlimmsten Effekten und Forderungen aus der Bilanz verschwanden. Das bewirkte man dadurch, daß man aus der Direktion und dem Aufsichtsrat der Niederdeutschen sowie ein paar guten Freunden „Konsortien" errichtete, die der Bank die Engagements abnahmen, natürlich nicht mit barem Gelde, sondern mit dem Kredit der Bank. Das ganze vollzog sich höchst zwanglos, zuweilen ohne Konsortialvertrag, durch eine einfache Umbuchung. In mehreren Fällen hatten die Konsortialmitglieder, in einem Falle sogar der Konsortialleiter, nicht die geringste Ahnung von der Existenz des Konsortiums, an dem sie laut Buch mit Hunderttausenden beteiligt waren. Als auch diese Methode, die Bilanz der Niederdeutschen zu entlasten, wegen der Ueberzahl der Konsortien, für die immer nur dieselben paar Namen zur Verfügung standen, auf Schwierigkeiten stieß, gründete man die Lünener Bank und übertrug die bedenklichsten Engagements auf diese. So entwickelte sich logisch immer eine Straftat aus der anderen, sämtlich zu dem Endzweck, die Bilanzen der Niederdeutschen gesund und die Dividenden gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Natürlich mußte das, bei der Unmöglichkeit, auch nur einen Teil der Engagements definitiv abzustoßen, früher oder später zur Katastrophe führen. Denn die Bank zahlte in barem Gelde, verdiente aber nur auf dem Papier. Es war freilich nur ein Zufall, der im Sommer 1910 zum Zusammenbruch führte; Thyssen jr., dem Ohm einen größeren Kredit nicht in bar, sondern in Aktien der Niederdeutschen Bank gewährt hatte, machte die verzweifeltsten Anstrengungen, um die Aktien loszuwerden, und weckte dadurch das Mißtrauen der Großbanken, die Ohm den ferneren Diskont seiner Wechsel verweigerten. Aber wenn nicht dieser, so wäre es etwas später ein anderer Zufall gewesen, der die innerlich morsche Verfassung der Niederdeutschen Bank ans Tageslicht gebracht hätte. Ohm fürchtete allerdings diesen Moment nicht sonderlich. Als alter Praktiker rechnete er mit der Erfahrungstatsache, daß die Großbanken Schuldner, von denen sie Millionen zu fordern haben, so lange wie irgend möglich über Wasser zu halten und stillschweigend zu sanieren pflegen. Aber wie bei fast allen seinen Geschäften, so hatte er sich auch in diesem Punkt verrechnet. Die Berliner Handels-Gesellschaft, seine Hauptgläubigerin, dachte gar nicht daran, seine Mißwirtschaft mit ihrem Kapital zuzudecken, obwohl der Fall der Niederdeutschen sie selbst um mehrere

Digitized by Google

Millionen schädigte und sie überdies in ihrer Eigenschaft als Emittentin der Aktien schwer kompromittierte. Und eine Revision, welche die sonst als überaus nachsichtig bekannte Deutsche Treuhandgesellschaft im Auftrage der Deutschen Bank vornahm, förderte so ungeheure Verluste zutage, daß auch die anderen Banken die Niederdeutsche ihrem Schicksal überlassen mußten.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Niederdeutsche Bank bei ihren Straftaten durchaus nicht originell oder raffiniert zu Werke gegangen ist, sondern daß es sich schon bei der ersten gründlichen Nachprüfung herausgestellt hat, welcher Art die Mißwirtschaft war und wie wenig sie sich dem Wesen nach von den allbekannten Schulbeispielen des Bankbetruges unterschied, so wird man einigermaßen durch die Größe des Apparats überrascht, der für die Strafverfolgung aufgeboten worden ist. Die Voruntersuchung allein hat 2¼ Jahre gedauert. Die Hauptverhandlung wurde in mehrere Teile zerlegt, indem man erst die Depotvergehen Ohms und seiner Prokuristen, dann eine Anzahl Gründungs- und Bilanzvergehen bei Tochtergesellschaften aburteilte, und über den Rest der Straftaten in einem dritten Verfahren vor einer eigens für diesen Prozeß gebildeten Strafkammer verhandelte. Trotz dieser Dreiteilung und der gründlichen Voruntersuchung hat das letzte und wichtigste Verfahren volle sieben Monate gedauert und zur Aufrollung aller möglichen Fragen des Aktienrechts geführt. Es wurde tagelang über den Sinn des Bilanzparagraphen (261 HGB.) diskutiert, unter anderem darüber, wie bei der buchmäßigen Bewertung eines Patents dem Gesetz zu genügen sei, das den Abzug eines „der Abnutzung gleichkommenden Betrages" vorschreibt; eine reichlich subtile Frage bei der Feststellung der Tatsache, daß wertlose Patente zu Millionen-Posten aufgeblasen worden waren. Eine große Rolle spielte ferner die Frage des Depositum regulare bei der Gründung. Es wurde festgestellt, daß Ohm es unterlassen hatte, bei Gründungen das Kapital der neuen Gesellschaften von der Kasse der Niederdeutschen Bank zu trennen und in einzelnen kleinen Säckchen gesondert aufzubewahren, wie es das Gesetz nach der Interpretation des Reichsgerichts verlangt; was reichlich nebensächlich erscheint angesichts der Tatsache, daß die Gründungskapitalien meist weder bar noch unbar vorhanden waren. Einen großen Raum nahm sodann die Frage ein, ob die Niederdeutsche berechtigt gewesen sei, eine Schuld, die Ohm selbst bei ihr hatte, unter der Bilanzrubrik „Guthaben bei Banken und Bankiers", also als einen dem baren Gelde gleich zu erachtenden Posten zu buchen; hierüber wurden mehrere Sachverständige vernommen. Alles das mutet angesichts der Größe und Plumpheit der Ohmschen Straftaten ungefähr so

Digitized by Google

an, als wollte man einen Elefanten mit dem Skalpell des Chirurgen zu Leibe gehen. Das Aufgebot an Scharfsinn und juristischer Paragraphenweisheit scheint in keinem Verhältnis zur Durchsichtigkeit der abzuurteilenden Vergehen zu stehen. Man hat denn auch vielfach — und nicht nur in Laienkreisen — die 118 Verhandlungstage als einen unnötigen Aufwand bezeichnet.

Ob sie das aber wirklich waren? Man darf nicht vergessen, in wie überaus ungünstiger Lage der Richter sich gerade bei der Beurteilung von Vergehen auf dem Gebiete des Aktien-, Bank- und Börsenrechts befindet. Das subjektive Empfinden des Richters sowohl wie aller Zeugen, es mit ausgemachter Spitzbüberei zu tun haben, nützt hier nichts. Die mala fides muß bewiesen werden. Und das ist außerordentlich schwer, da eine gewisse Gutgläubigkeit hier tatsächlich fast immer vorhanden ist. Nur ein ausgemachter Dummkopf oder Theaterbösewicht handelt „absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft", wie es im Gesetz heißt. Die Regel ist, daß die Angeklagten zu ihrem persönlichen Vorteil handeln, ohne dabei die Absicht zu haben, die Gesellschaft, mit deren Geschick sie eng verbunden sind, zu schädigen. Im Gegenteil: sie glauben der Gesellschaft zu nutzen, indem sie sich selbst nutzen. Und wo das Gegenteil der Fall ist, wird es, als ein rein psychologischer Vorgang, kaum zu beweisen sein. So ist denn der Richter selbst bei den krassesten Vergehen auf dem Gebiet des Aktienrechts gezwungen, einmal den mühsamen Weg des Indizienbeweises zu gehen, und zum andern, das Strafmaß, das nach seinem subjektiven Empfinden am Platze ist, aus dem Nachweise möglichst vieler Einzelfälle formaler Gesetzesverletzung abzuleiten. Er muß die Schwerfälligkeit des Gesetzes durch die Quantität der Straffälle ausgleichen. Dabei spielt ihm das Gesetz aber wieder manchen Streich. Zuweilen muß der Angeklagte und der Schuld Ueberführte straffrei bleiben, weil seine Schwindel-Gründung oder falsche Bilanz oder sonstige Straftat verjährt ist. Oder die Ahndung eines Vergehens muß aus formalen Gründen unterbleiben. Dafür liefert der Ohm-Prozeß ein amüsantes Beispiel. Hier wären beinahe alle auf die Gründung der Lünener Bank bezüglichen Straftaten der Verfolgung entzogen worden, weil die Gründung einer Nachprüfung durch die Handelskammer hätte unterzogen werden müssen, diese Nachprüfung aber unterblieben und die Gründung mithin nichtig war. Hätten nicht die Angeklagten selbst bei einer früheren Gelegenheit dieser Auffassung widersprochen, so wären sie mit Bezug auf die Lünener Gründung straffrei ausgegangen, weil, wenn die Gründung nichtig war, das Aktiengesetz keine Anwendung finden konnte. Wer weiß daher, ob es gelungen wäre, Ohm einer der Größe und Folgenschwere seiner Vergehen einigermaßen entsprechenden Bestrafung

Digitized by Google

zuzuführen, wenn man ihn nicht in 35 Einzelfällen der Gesetzesverletzung überführt hätte, was natürlich mehr Zeit in Anspruch nahm, als wenn man sein Handeln zum Nachteil der Niederdeutschen Bank als die einzige große Straftat hätte packen wollen, die es im Grunde gewesen ist.

Die wirtschaftlichen Tatsachen und ihre Beurteilung durch das formale Recht decken sich eben nicht genügend. Daher gehen so viele kleine Ohms straffrei aus, wenn sie ihre Manipulationen mit Aktien und Bilanzen geschickter um die Paragraphenecke schmuggeln, als es der große Ohm getan hat. Wer es versteht, mit den scheinbar strengen, in Wirklichkeit leicht zu umgehenden Vorschriften über die Gründung, Kapitalserhöhung, Aufsichtsratskontrolle, Bilanzprüfung, Prospekthaftung usw. intelligent zu operieren, der kann viel wagen, ohne dem Strafrichter eine Handhabe zu bieten.

Soll man darum die Gesetze, unter Zugrundelegung der prozessualen Erfahrungen, verschärfen und jede Lücke schließen, durch welche die Unredlichkeit schlüpfen könnte? Man rede sich nicht ein, daß das möglich sei. Der Aktienschwindel läßt sich nicht fassen, nicht an der Börse, wo er vom ehrbaren Handel, in dessen Formen er sich kleidet, nicht zu unterscheiden ist, und auch nicht da, wo man annehmen sollte, daß strenge Gesetze ihn zwingen könnten, sich zu offenbaren, nämlich bei der Gründung und der Bilanzziehung. So lange der „Wert" — sowohl der volkswirtschaftliche, wie der juristische — keine objektive Größe ist, so lange jemand, der für ein bestimmtes Objekt einen hohen Bilanzwert haben will, nur einen entsprechenden „Marktwert" dafür zu schaffen braucht, was an der Börse sehr leicht, und außerhalb der Börse noch leichter ist, so lange werden die meisten — nicht alle — Verschärfungen der gesetzlichen Strafbestimmungen nur Fallstricke für den redlichen Pechvogel, keine Fangeisen für den schlauen Spitzbuben sein.

Da es nun einmal nicht möglich ist, eine absolute Sicherheit im Aktienwesen zu schaffen, so soll man auch nicht den Anschein einer solchen Sicherheit erwecken, sondern sich damit begnügen, so viel zu tun, wie nötig ist, um das deutsche Aktienwesen in der öffentlichen Meinung nicht unter den Durchschnitt der mitteleuropäischen Moral sinken zu lassen. Denn es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Rechtssicherheit im Aktienwesen nicht überschätzt werde. Das Risiko, das mit dem Aktienbesitz verbunden ist, bildet — so lange wir keine hohe Einbringungssteuer haben — so ziemlich den einzigen Hemmschuh, der eine übermäßige, dem Staatsganzen abträgliche Ausbreitung des Aktienwesens verhindert. Hätte das Kapital die Gewähr, daß es außer von Konjunkturverlusten — die sich mit

Digitized by Google

entsprechenden Konjunkturgewinnen zu einer ganz anständigen Durchschnittsverzinsung kompensieren — von keinem Verluste betroffen werden kann, und daß die Vertrauenswürdigkeit der Gesellschaftsleiter keine Rolle spielt, weil das Gesetz ihre unbedingte Ehrlichkeit garantiert, dann würde für das Kapital jede Veranlassung, Werte mit größerer Sicherheit, aber geringerer Verzinsung zu erwerben, fortfallen. Es würde dann um den Kredit der Staaten, Kommunen usw. so stehen, wie — nun, wie es heute tatsächlich um ihn steht; nur dauernd, nicht, wie es jetzt der Fall ist, vorübergehend. Und die gesunde Art der Kapitalverwaltung, die darin besteht, daß der einzelne kaufmännisch geschulte Kapitalist sein Geld im Eigenbetriebe verwertet, würde von der ungesunden Art der Kapitalverwaltung — Kapitalkumulation an wenigen Stellen — vollends abgelöst werden. Die leider nicht ganz zu beseitigenden, weil immanenten Fehler des Aktienwesens haben also auch ihr Gutes.

Ein einziges Ausnahmegebiet aber gibt es, auf welches das eben Gesagte nicht zutrifft: Das Bankwesen. Hier vereinigt sich ein solcher Komplex der wichtigsten Volksinteressen mit dem privaten Einzelinteresse der erwerbenden und sparenden Staatsbürger, daß der Grad der Sicherheit, der auf dem Restgebiet des Aktienwesens allenfalls genügt, hier unbedingt verstärkt werden muß. Fragt sich nur, wie. Ist das Gesetz schon gegenüber der industriellen Aktiengesellschaft, die mit konstanten Werten arbeitet, zu schwerfällig, so ist es das gegenüber der Aktienbank in noch höherem Grade. Denn hier ist alles beweglich. Kein Bilanzposten bleibt auch nur 24 Stunden unverändert, und die objektive Richtigkeit der Wertansätze, die in jedem Einzelfall von der Zuverlässigkeit hunderter oder tausender von Schuldnerbilanzen abhängt., welche ihrerseits wieder auf der Zahlungsfähigkeit der Kundschaft basiert, kann von außen und nachträglich nur sehr schwer nachgeprüft werden. Die Möglichkeit, einen Dolus nachzuweisen, hängt hier noch weit mehr als auf den anderen Gebieten des Aktienwesens von dem Grade der Intelligenz ab, die eine Bankleitung bei ihren etwaigen Verfehlungen aufwendet. Und was der Richter nicht nachweisen kann, das kann das Gesetz nicht bestrafen.

Was aber der Richter nicht sieht, das fühlt der Sachverständige. Es ist charakteristisch, daß die verrotteten Zustände der Niederdeutschen Bank, deren exakte Nachweisung mehr als drei Jahre gedauert hat, den Dortmunder Bankkreisen schon viele Jahre vor dem Zusammenbruch kein Geheimnis gewesen sind. Hätten die Leute, die das Treiben der Niederdeutschen mit sachverständigen und mißtrauischen Augen verfolgten, das Recht zu sprechen und nötigenfalls zu intervenieren gehabt, so wäre viel

Digitized by Google

Unheil verhütet worden. Was uns fehlt, das ist eine Instanz, die weiß, beobachtet und spricht; mit anderen Worten, ein richtig zusammengesetztes Aufsichtsamt für das Bankwesen. A. L.

Zur Statistik und Theorie des Arbeitsmarktes.

(Schluß).

Die Arbeitslosenstatistik der Arbeiterverbände wurde im Juni 1903 ins Leben gerufen. Und zwar wurden zunächst am Ende eines jeden Vierteljahres, später (seit Mitte 1906) für jeden Monat Arbeitslosenziffern berechnet und wiedergegeben. Es ergibt sich seit Mitte 1903 folgende Entwicklungsreihe der Arbeitslosenziffern (in Prozent der Verbandsmitglieder):

Ende	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Januar	.	.	.	.	1,7	2,9	4,2	2,6	2,6	2,9	3,2
Februar	.	.	.	.	1,6	2,7	4,1	2,3	2,2	2,6	2,9
März	.	2,0	1,6	1,1	1,3	2,5	3,5	1,8	1,9	1,6	2,3
April	.	.	.	.	1,3	2,8	2,9	1,8	1,8	1,7	2,3
Mai	.	.	.	.	1,4	2,8	2,8	2,0	1,6	1,9	2,5
Juni	3,2	2,1	1,5	1,2	1,4	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	2,7
Juli	.	.	.	0,8	1,4	2,7	2,5	1,9	1,6	1,8	2,9
August	.	.	.	0,7	1,4	2,7	2,3	1,7	1,8	1,7	2,8
September	2,3	1,8	1,4	1,0	1,4	2,7	2,1	1,8	1,7	1,5	2,7
Oktober	.	.	.	1,1	1,6	2,9	2,0	1,6	1,5	1,7	2,8
November	.	.	.	1,1	1,7	3,2	2,0	1,6	1,7	1,8	3,1
Dezember	2,6	2,4	1,3	1,6	2,7	4,4	2,6	2,1	2,4	2,8	.

Zu dieser Reihe sind allerdings gewichtige Einschränkungen zu machen. Die Zahl der zur Berechnung der Ziffer herangezogenen Arbeiterverbände hat sich im Laufe der Jahre stark verändert. Es sind zahlreiche neue Verbände hinzugekommen, eine Anzahl alter abgegangen. In vielen Verbänden hat sich die berufliche Zusammensetzung der Mitglieder seit dem Jahre 1903 recht wesentlich geändert. Es ist daher nicht gut möglich, etwa die Zahlen des Jahres 1913 mit denen des Jahres 1903 zu vergleichen. Was verglichen werden kann, ist einmal der Verlauf der Ziffern innerhalb eines Jahres, zum andern die Höhe der Ziffern in dem einen Jahr mit der Höhe der Ziffern in dem Vorjahr. Eine Betrachtung des Verlaufes der Ziffern während eines Jahres oder besser während eines Normaljahres kann einen Einblick in den Rhythmus geben, der den Arbeitsmarkt in normalen Zeiten beherrscht. Greifen wir beispielsweise als normale Zeitabschnitte die Jahre 1911 und 1912 heraus, um den Rhythmus zu ergründen, so ergibt sich, sofern man aus den Ziffern je zweier entsprechender Monate eine Durchschnittsziffer berechnet, folgende Bewegung der Arbeitslosenziffer:

Januar	2,8	Mai	1,8	September	1,6
Februar	2,4	Juni	1,7	Oktober	1,6
März	1,8	Juli	1,7	November	1,8
April	1,8	August	1,8	Dezember	2,6

Digitized by Google

Die Ziffernreihe zeigt im allgemeinen einen recht regelmäßigen Verlauf. Höhere Ziffern in den Wintermonaten Dezember, Januar, Februar, dann allmählich niedrigere Ziffern bis zum Oktober, im November bereits wieder eine kleine Zunahme der Arbeitslosenziffer, die sich dann in den folgenden Wintermonaten fortsetzt. Ueber die kleine Zunahme der Ziffer im August wird noch zu sprechen sein. Diese Normalkurve weist einmal verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenziffern, zum andern einen recht regelmäßigen Verlauf auf. Die starken Schwankungen innerhalb der Arbeitslosenziffern eines und desselben Jahres, die sich nach der Marxschen Theorie von der industriellen Reservearmee, deren Geltung Marx auch für normale Zeiten behauptet, ergeben müßten, sind nicht vorhanden. Das von Marx aufgestellte Gesetz von der progressiven Abnahme der relativen Größe des variablen Kapitals müßte in einer von Monat zu Monat in ihrer Größe schwankenden und im ganzen zunehmenden Reservearmee zum Ausdruck kommen. Tatsächlich ist das aber, wie die Ziffern zeigen, nicht der Fall.

Man kann gegen diesen Schluß allerdings einwenden, daß die Arbeitslosenstatistik des Reichs-Arbeitsblattes ja nur organisierte Arbeiter einbeziehe, also eine Arbeiterschicht, die in viel geringerem Umfange der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sei als die nicht einbezogenen unorganisierten Arbeiter. Aber zunächst ist die Behauptung von der geringeren Arbeitslosigkeit der Organisierten nicht unbestritten; die Frage ist für die einzelnen Gewerbe wohl verschieden zu beantworten. Auf keinen Fall besteht ein statistisch irgendwie beweisbarer Anhalt dafür, daß die Arbeitslosigkeit der nicht einbezogenen Unorganisierten die Arbeitslosenziffer so beeinflussen könnte, daß sich eine wesentlich andere Entwicklung der Ziffer ergäbe. Andererseits kann man den Einwand erheben, daß ja auch der oben gekennzeichnete Verlauf der Arbeitslosenziffer starke Schwankungen aufweise, wozu vor allem das Steigen in den Wintermonaten gehöre. Es läßt sich aber durch eine Analyse der wiedergegebenen Gesamtarbeitslosenziffer bzw. durch ihre Zerlegung in die Arbeitslosenziffern der einzelnen Verbände darlegen, daß das Steigen der Arbeitslosenziffer in den Wintermonaten im wesentlichen mit der Arbeitsruhe im Baugewerbe und in den mit ihm verschwisterten Industriezweigen zusammenhängt. Es ist zwar der hier maßgebende Deutsche Bauarbeiterverband, dessen durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1912 nicht weniger als 335 560 betrug, an die Statistik des Reichs-Arbeitsblattes nicht angeschlossen, und seine Zahlen würden aller Wahrscheinlichkeit nach die hier mitgeteilten Arbeitslosenziffern in den Wintermonaten noch stark hinaufgedrückt haben. Hingegen befinden sich unter den Mitgliedern der an die Statistik

Digitized by Google

angeschlossenen großen Verbände zahlreiche Arbeiter, welche dem Baugewerbe und den damit zusammenhängenden Industriezweigen angehören. Man denke nur an den Holzarbeiterverband und an den Metallarbeiterverband (vor allem Bauschlosser). Die Winterszeit beeinflußt naturgemäß auch zahlreiche andere Industrien, die im Freien arbeiten. Das trifft wiederum auf bestimmte Zweige der Holzindustrie zu. Wenn der an die Berichterstattung des Reichs-Arbeitsblattes angeschlossene Transportarbeiterverband, der eine große Zahl Binnenschiffer und Flößer, Hafenarbeiter usw. enthält, gleichfalls in den Wintermonaten eine erhöhte Arbeitslosenziffer zeigt, so äußert sich auch hier der Einfluß der Kälteperiode.

Die gekennzeichnete Erhöhung der Gesamtarbeitslosenziffer in den Wintermonaten hängt also im wesentlichen mit Einflüssen zusammen, die nicht der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlich sind. Die kleine Erhöhung der Arbeitslosenziffer im August, die vorhin angedeutet wurde, ist vor allem auf die Arbeitsruhe im Buchdruckgewerbe (speziell auf den Einfluß der Parlamentsferien) zurückzuführen, ein Umstand, der gleichfalls nicht der kapitalistischen Produktionsweise als solcher zugeschrieben werden kann. Natürlich zeigen sich während der Sommermonate auch bei einer Reihe anderer Verbände (Schneider, Kürschner, Hutmacher, Buchbinder Friseure usw.) vielfach erhöhte Arbeitslosenziffern, die auf Saisoneinflüsse zurückgeführt werden müssen; diese Einflüsse können sich aber nicht derart durchsetzen, daß sie die Gesamtarbeitslosenziffer erhöhen.

Der im ganzen recht geringe Prozentsatz an Arbeitslosen, der sich in normalen Zeiten ergibt, ist — von den Einflüssen der Natur und Saison abgesehen — auf die verschiedenartigsten Momente zurückzuführen. Obwohl viele der städtischen Arbeitslosenzählungen und auch die erwähnte sächsische Zählung die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu erfassen versuchen, läßt sich mit den Ergebnissen nicht viel anfangen. Angaben, die sehr häufig wiederkehren, wie „infolge Kündigung des Arbeitgebers“ oder „infolge eigener Kündigung“ sind nicht geeignet, Klarheit zu schaffen. Als sicher kann auf jeden Fall angenommen werden, daß die von Marx als Regelfall bezeichnete Ursache, nämlich die Abnahme des variablen Bestandteiles des Gesamtkapitals, nur in Ausnahmefällen zutrifft. Es ist auch kaum glaubhaft, daß der kleine Prozentsatz an Arbeitslosen genügen sollte, um nach der Behauptung von Marx die „Ansprüche der Arbeiter während der Periode der Ueberproduktion im Zaume zu halten“.

Betrachten wir schließlich die Arbeitslosenziffern im Hinblick auf den jüngsten Konjunkturrückgang, so ergibt sich nach der weiter oben mitgeteilten Tabelle, daß die Arbeitslosenziffern

Digitized by Google

bereits vom Oktober 1912 ab etwas höher waren als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres; im Dezember 1912, Januar und Februar 1913 hat sich dieser Abstand weiter vergrößert. Insbesondere aber seit März 1913 ergibt sich eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitslosenziffern dieses Jahres gegenüber denen der Vorjahre.

	1911	1912	1913	1913 gegen 1912
März . . .	1,9	1,6	2,3	+ 0,7
April . . .	1,8	1,7	2,3	+ 0,6
Mai	1,6	1,9	2,5	+ 0,6
Juni . . .	1,6	1,7	2,7	+ 1,0
Juli	1,6	1,8	2,9	+ 1,1
August . .	1,8	1,7	2,8	+ 1,1
September .	1,7	1,5	2,7	+ 1,2
Oktober . .	1,5	1,7	2,8	1,1
November .	1,7	1,8	3,1	1,3
Dezember .	2,4	2,8	—	—

Die Erhöhung der Arbeitslosenziffer verteilt sich im einzelnen auf fast alle Verbände; unter den großen Verbänden ist sie besonders stark beim Holzarbeiterverband, Metallarbeiterverband und Textilarbeiterverband. Leider ist es nicht möglich, die Arbeitslosenziffern des Metall- und Holzarbeiterverbandes genauer zu detaillieren und die Industriezweige näher zu bezeichnen, die eine besonders hohe Zunahme der Arbeitslosenziffer aufweisen; denn es gehören den beiden Verbänden Mitglieder der verschiedenartigsten Industrien an, und die Verbände sind vorerst nicht in der Lage, allmonatlich ihre Mitglieder nach diesen Industriezweigen aufzuteilen.

Es soll, um zur Theorie von der industriellen Reservearmee zurückzukehren, natürlich nicht geleugnet werden, daß die in gewissen Zeitabschnitten wiederkehrenden Krisen und damit auch die Zunahme der Arbeitslosenziffern der kapitalistischen Wirtschaftsweise eigentümlich sind. Selbstverständlich können diese Arbeitslosen in den Zeiten der Depression und auch noch in den ersten Zeiten des Aufschwungs dort, wo keine langjährigen Tarifverträge bestehen, den beschäftigten Arbeitern eine scharfe Konkurrenz bereiten und insbesondere die Löhne drücken[1]). Diese periodischen Arbeitslosen, diese Reservearmee hatte aber Marx nicht vor Augen, als er seine Theorie aus dem Gesetz der progressiven Abnahme des variablen Kapitals ableitete.

An letzter Stelle seien die Ergebnisse der eingangs erwähnten Statistik der Krankenversicherten mit Bezug auf unsere Probleme dargelegt. Es wurde bereits betont, daß diese Statistik eigentlich keine Arbeitsmarktstatistik ist, sondern nur über die Bewegung der tatsächlich Beschäftigten Aufschluß gibt.

[1]) Da es auch in Depressionszeiten für die Unternehmer recht schwer hält, den einmal gezahlten Lohn herunterzudrücken, so ziehen die Arbeitgeber es vielfach vor, Arbeiterentlassungen vorzunehmen und Feierschichten einzulegen, als die Löhne herabzusetzen

Digitized by Google

Die Krankenkassenstatistik läßt in erster Linie Schlüsse zu auf den Geschäftsgang der gewerblichen Unternehmungen; durch eine Vergleichung mit den entsprechenden Angaben früherer Termine können nur ganz ungefähre, nicht unbedingt zuverlässige Rückschlüsse auf die Zahl der Nichtbeschäftigten und damit auf die Lage des Arbeitsmarktes gezogen werden. Es wurde auch bereits betont, daß diese Reichsstatistik mehr als zwei Fünftel sämtlicher deutschen Krankenversicherten umfaßt. Es sind zur Berichterstattung in erster Linie die größeren Städte herangezogen worden; kleine Orte sind nur dann vertreten, wenn sich in ihnen große Industrien angesiedelt haben. Diese Auswahl ist natürlich von einem gewissen Einfluß auf die Ergebnisse der Statistik, und man muß die Bestrebungen, die sich zurzeit geltend machen, mit dem Ziele, alle Krankenversicherten in diese Statistik einzubeziehen, mit größtem Nachdruck unterstützen.*)

Im folgenden ist für den ersten eines jeden Monats der Jahre 1911, 1912 und 1913 die Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig kranken Mitglieder, getrennt nach dem Geschlecht, wiedergegeben. Ferner sind eine Reihe von Verhältniszahlen berechnet, derart, daß nach dem Muster des Reichs-Arbeitsblattes der Stand der versicherungspflichtigen Mitglieder am 1. Januar 1905 gleich 100 gesetzt, und danach die übrigen Zahlen berechnet worden sind. In einer zweiten Spalte ist der Stand am 1. Januar eines jeden Jahres gleich 100 gesetzt und danach die Verhältniszahl der folgenden Monate berechnet worden.

1911

	männlich			weiblich		
		Verhältniszahlen			Verhältniszahlen	
		1. 1. 05 = 100	1. 1. 11 (12,13) = 100		1. 1. 05 = 100	1. 1. 11 (12,13) = 100
1. Januar . .	3 223 062	122	100	1 441 155	140	100
1. Februar . .	3 184 717	121	99	1 438 203	140	100
1. März . . .	3 236 680	123	100	1 454 066	142	101
1. April . . .	3 348 238	127	104	1 467 388	143	102
1. Mai . . .	3 455 231	131	107	1 485 717	145	103
1. Juni . . .	3 531 068	134	110	1 504 770	146	104
1. Juli . . .	3 526 256	134	109	1 480 594	144	103
1. August . .	3 517 283	133	109	1 458 630	142	101
1. September .	3 523 402	134	109	1 468 249	143	102
1. Oktober . .	3 662 233	139	114	1 554 864	151	108
1. November .	3 566 337	135	111	1 544 995	150	107
1. Dezember .	3 534 823	134	110	1 551 400	151	108
1. Januar 1912	3 425 431	130	106	1 520 860	148	105

*) Vgl. dazu die Ausführungen im Dezemberheft des Reichs-Arbeitsblattes 1913, S. 896 über die geplante Ausdehnung der Krankenkassenstatistik nach dem 1. Januar 1914.

Digitized by Google

			1912			
1. Januar . .	3 425 431	130	100	1 520 860	148	100
1. Februar . .	3 363 782	128	98	1 526 097	149	100
1. März . . .	3 441 026	131	100	1 536 522	150	101
1. April . . .	3 538 241	134	103	1 569 308	153	103
1. Mai . . .	3 641 802	138	106	1 583 080	154	104
1. Juni . . .	3 673 015	139	107	1 589 574	155	105
1. Juli . . .	3 671 277	139	107	1 567 307	153	103
1. August . .	3 682 370	140	108	1 553 413	151	102
1. September .	3 696 818	140	108	1 568 245	153	103
1. Oktober . .	3 715 686	141	108	1 600 574	156	105
1. November .	3 694 865	140	108	1 635 428	159	108
1. Dezember .	3 671 954	139	107	1 644 800	160	108
1. Januar 1913	3 539 920	134	103	1 601 938	156	105
			1913			
1. Januar . .	3 539 920	134	100	1 601 938	156	100
1. Februar . .	3 505 586	133	99	1 607 924	156	100
1. März . . .	3 524 873	134	100	1 619 850	158	101
1. April . . .	3 611 197	137	102	1 624 520	158	101
1. Mai . . .	3 701 407	140	105	1 646 046	160	103
1. Juni . . .	3 724 940	141	105	1 636 050	159	102
1. Juli . . .	3 707 138	140	105	1 612 606	157	101
1. August . .	3 678 492	140	104	1 602 048	156	100
1. September .	3 685 134	140	104	1 613 134	157	101
1. Oktober . .	3 701 717	140	104	1 635 369	159	102
1. November .	3 677 111	140	104	1 670 448	163	104
1. Dezember*) .	3 651 332	139	103	1 675 972	163	104

Wie jeweils aus den letzten Spalten, die mit 100 beginnen, ersichtlich ist, ergibt sich alljährlich ein bestimmter Rhythmus in der Zahl der beschäftigten Arbeiter. Vom März ab steigt bei den männlichen Personen die Beschäftigungsziffer bis zum Juni; von hier ab bleibt sie bis zum August ungefähr auf dieser Höhe, um im September nochmals unbedeutend weiter zu steigen. Im Dezember, manchmal auch schon im November, setzt ein Rückgang ein, der insbesondere zum 1. Januar einen starken Umfang annimmt und bis zum Februar anhält. In dieser regelmäßigen Bewegung zeigt sich der große Einfluß, den die Beschäftigung im Baugewerbe auf die Gesamtmitgliederzahl ausübt. Im März setzt die Bautätigkeit in erhöhtem Umfange ein und geht erst wieder im November und in den folgenden Monaten zurück. Wenn gegen den Herbst zu nochmals eine kleine Zunahme des Beschäftigungsgrades zu konstatieren ist, so läßt sich diese Zunahme durch die erhöhte Tätigkeit im Bekleidungsgewerbe, vor allem in der Schneiderei, erklären. Daß das Baugewerbe auf den Rhythmus einen so starken Einfluß ausübt, hängt mit der verhältnismäßig großen Vertretung, welche den Städten und insbesondere den Großstädten in den Krankenkassenziffern eingeräumt ist, zusammen.

Für die weiblichen Beschäftigten ergeben sich keine so starken regelmäßigen Schwankungen. Die Beschäftigungs-

*) Vorläufige Zahl.

Digitized by Google

ziffer steigt hier langsam bis zum Monat Juni, geht dann in den beiden folgenden Monaten zurück, steigt aber wieder vom September bis zum Dezember. Vom Dezember zum Januar ergibt sich auch hier ein scharfer Rückgang, der bis zum Februar anhält. Auf den Verlauf der Kurve der weiblichen Mitglieder ist, sofern man auch hier berücksichtigt, daß die Städte und Großstädte besonders stark vertreten sind, insbesondere der Geschäftsgang in den Bekleidungsgewerben von entscheidendem Einfluß. Er drückt die Beschäftigungsziffer bis Anfang Juni herauf. Im September setzt in den Bekleidungsgewerben wiederum eine rege Beschäftigung ein. Sie findet allerdings im allgemeinen im November ihr Ende. Dafür setzt im November und Dezember insbesondere für die weibliche Bevölkerung der Städte und Großstädte eine vermehrte Tätigkeit im Handelsgewerbe ein, woraus sich erklärt, daß die Beschäftigungsziffer auch im Dezember noch auf ihrer alten Höhe bleibt oder gar noch steigt.

Aus den Krankenkassenziffern Schlüsse auf den derzeitigen Stand des Arbeitsmarktes zu ziehen, ist, wie bereits erwähnt, erheblich schwieriger als bei den Arbeitslosenziffern. Bei aufmerksamer Betrachtung ergibt sich aber auch hier, daß der Beschäftigungsgrad in den letzten Monaten des Jahres 1912 nachgelassen hat. Die Beschäftigungsziffer betrug bei den männlichen Arbeitern (laut letzter Spalte der Tabelle) am 1. Nov. des Jahres 1911 noch 111, am 1. Nov. 1912 nur 108. Auch schon aus den Ziffern, die sich auf die Mitte des Jahres 1912 beziehen, läßt sich der Eindruck gewinnen, als hätte die Belebung nicht in dem gleichen Umfange wie im Vorjahre zugenommen. Weit deutlicher aber zeigt sich für die ersten Monate des Jahres 1913, daß die übliche Zunahme der Beschäftigungsziffer vom Monat März ab nicht mehr den Umfang annimmt wie in den Vorjahren. Setzt man den 1. Jan. eines jeden Jahres gleich 100, so betrug die Ziffer am 1. Juni des Jahres 1911: 110, am 1. Juni 1912: 107 und am 1. Juni 1913: 105.

Bei den weiblichen Beschäftigten zeigt sich die verminderte Zunahme der Beschäftigungsziffer erst gegen Mitte des Jahres 1913. Setzt man die Beschäftigung am 1. Jan. eines jeden Jahres gleich 100, so betrug hier die Ziffer am 1. Juni 1911: 104, am 1. Juni 1912: 105 und am 1. Juni 1913: 102. Auch die übliche zweite Belebung der Beschäftigung im Herbst ist ausgeblieben oder hat nur einen geringen Umfang erreicht.

Die Ziffern der Krankenversicherten sind für die Beurteilung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt vor allem deswegen mit großer Vorsicht zu verwenden, weil sie nur

Digitized by Google

mittelbare Schlüsse zulassen. Selbst wenn man, wie oben geschehen, aus einer verminderten Zunahme der Beschäftigungsziffer Rückschlüsse auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes zieht, so kann man dies nur dann, wenn man eine Bestätigung durch andere Belege hat, in unserem Falle durch die Arbeitslosenziffern. An sich brauchte die verminderte Zunahme der Beschäftigungsziffer noch nicht auf eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes hinweisen; es könnten in den früheren Monaten bereits alle irgendwie verfügbaren Arbeitskräfte herangezogen sein, so daß eine weitere erhebliche Vermehrung des Arbeiterpersonals ausgeschlossen ist. In jedem Falle werden aber die Ziffern der Krankenversicherten erst dann ihren vollen Wert erhalten, wenn einerseits nach Möglichkeit alle Kassen herangezogen werden, und wenn zum anderen eine möglichst eingehende Gliederung der Versicherten nach Industriezweigen vorgenommen wird, damit bestimmte Angaben darüber möglich sind, in welchen Zweigen des Wirtschaftslebens eine Veränderung sich zuerst bemerkbar macht, welchen Umfang sie hier annimmt und welchen Weg sie bei ihrem Gange einschlägt.

Dr. Rudolf Meerwarth.

Der Dezember 1913.

Kann sich auch das Jahr, das jetzt zu Ende gegangen ist, an epochaler Bedeutung mit seinem Vorgänger nicht messen, so ist es doch, zum Teil noch unter dem Einflusse der Ereignisse von 1912, reich an ungewöhnlichen Vorgängen gewesen. Es sei hier — soweit Europa in Betracht kommt — nur an die gewaltige Militärvorlage und das Wehrbeitragsgesetz in Deutschland, an die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich und an den Beginn der Landreformpolitik in Groß-Britannien erinnert. Von dem, was außerhalb Europas vorging, berühren uns der Uebergang der amerikanischen Union zum gemäßigteren Schutzzoll und die Revolution in Mexiko am nächsten. Unter den obwaltenden Umständen haben — zumal im Mittelpunkte der kritischen Zuckungen, am Balkan, eine Lösung mehrerer die Großmächte angehenden Fragen während des ganzen Jahres nicht gefunden wurde — auch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe des Jahres eine Wendung zum Schlimmeren erfahren. Um so mehr, als im Jahre 1913 zu den ungünstigen Einflüssen, die von Süd-Ost-Europa ausgingen, noch Wirtschaftskrisen in einer Reihe wichtiger Ueberseeländer traten, vor allem in Canada, den großen südamerikanischen Staaten und in Indien. Ob man es in den großen Industriestaaten Europas nur mit einer Unterbrechung oder mit der definitiven Beendigung der Hochkonjunktur von 1910/1912 zu tun hat, ist zur Zeit schwer zu

Digitized by Google

entscheiden. Während noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit das letztere ziemlich allgemein angenommen wurde, haben die in den letzten Monaten rasch fortschreitende Entspannung am Geldmarkte sowie eine leichte, bisher allerdings noch nicht recht zuverlässige Belebung in der Schwerindustrie einiger Staaten, endlich der günstige Ausfall der Welternte die Hoffnung, daß es sich nur um eine vorübergehende Senkung handelt, wieder neu belebt. Die endgültige Entscheidung über die Richtung, welche die Kurve der wirtschaftlichen Tätigkeit einschlagen wird, muß aber sehr bald fallen.

Der letzte Monat des Jahres war in der hohen **Politik** nicht sonderlich ereignisreich. In Deutschland brachte er ein im Reichstag von einer starken Majorität ausgesprochenes Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler (wegen der Zaberner Vorfälle), einen scharfen Zusammenstoß des Reichstags mit dem neuen Kriegsminister, sowie die Veröffentlichung des neuen preußischen Etats, der jetzt mit beinahe 5 Milliarden brutto abschließt. Der Entwurf zeigt folgende Endziffer (in Millionen M.):

	1913/14	1914/15
ordentliche Ausgaben	4 350,7	4 542,9
außerordentliche Ausgaben	245,0	303,4
	4 595,7	4 846,3
Einnahmen	4 595,7*)	4 846,2*)

Von den Vorgängen im Auslande hat einer für Deutschland eine ganz wesentliche Bedeutung. Es ist dies die Vorlage des **russischen** Ministerrates an die Reichsduma, in Rußland, und zwei Jahre später auch in Finnland, einen Getreideeinfuhrzoll von ziemlich erheblicher Höhe einzuführen. Die Maßregel, die angesichts der Tatsache, daß Rußland eines der größten Getreideexportländer der Welt ist, zunächst unverständlich erscheinen könnte, richtet sich direkt gegen die deutschen Einfuhrscheine, d. h. gegen das Ausfuhrprämiensystem, das im Osten Deutschlands zu einer dauernden Vergrößerung der Getreideanbaufläche auf Kosten der Viehzucht geführt hat, und das dem russischen Getreide auf seinem heimischen Markte die Konkurrenz gegen das deutsche sehr erschwert. — Vorbereitende Maßnahmen ähnlicher Art gegen die prämiierte deutsche Getreideausfuhr treffen auch verschiedene andere Länder, so vor allem jetzt wieder die **Vereinigten Staaten von Amerika.** In diesem Lande ist es dem Präsidenten Wilson nun tatsächlich gelungen, die Geldumlaufsbill, die bedeutsamste währungspolitische Maßnahme in der Union seit der Aufhebung der freien Silberprägung, noch im alten Jahre durchzusetzen. Diesem Erfolge in der inneren Politik

*) Nach Abführung von 79,2 Mill. M. für 1914/15 und 93,5 Mill. M. für 1913/14 an den Eisenbahn-Ausgleichsfonds.

Digitized by Google

hält jedoch die weitere Zuspitzung der Verhältnisse in **Mexiko** vollauf die Wage, wo Huerta sich trotz der ausgesprochenen Gegnerschaft Wilsons noch immer leidlich behauptet und den Kongreß dazu veranlaßt hat, die Neuwahl des Präsidenten erst auf den Juli festzusetzen. Die Zustände im Lande selbst sind infolge der Andauer des Bürgerkrieges natürlich immer chaotischer geworden, so daß das Bankenmoratorium, das die Regierung Mitte Dezember zunächst für einige Tage dekretierte, fortwährend verlängert werden mußte. Die letzte Ursache der Erklärung von „Bankfeiertagen" war die Unfähigkeit des Banco Central, die Noten seiner Provinzfilialen einzulösen. Nach ihm ist inzwischen auch der Banco de Londres y Mexico ins Wanken geraten, die National Railways konnten ihre vom Staat garantierten Coupons nicht einlösen, und von den inneren, in London gehandelten Anleihen des Landes sind ebenfalls mehrere notleidend geworden. — Der seit Jahren schon verschiedene Male totgesagte Herrscher Abessiniens, Menelik der Zweite, ist jetzt tatsächlich gestorben. — In Bulgarien und Serbien sind wieder einmal Kabinettskrisen zu verzeichnen, die jedoch als ziemlich bedeutungslos anzusehen sind.

Von den Vorgängen auf **staatsfinanziellem** Gebiete muß vor allen Dingen die Zurückziehung der Vorlage über die Milliardenemission Frankreichs hervorgehoben werden, eine direkte Folge der im vorigen Hefte erwähnten Kabinettskrise, die ein Ministerium Doumergue-Caillaux ans Ruder brachte. — In Deutschland versuchte Bayern die Erleichterung des Geldmarktes auszunutzen, und legte kurz vor dem Januartermin 90 Millionen 4proz. Anleihe zu 96¾ % auf. Obwohl man also den mit 97 % vorgesehenen Ausgabekurs bereits um ¼ % ermäßigt hatte, erwies sich der Versuch als ein Mißerfolg, denn ungeachtet, daß der Staat für seine eigenen Zwecke 10 Millionen M. von der Neuemission übernahm, wurden im ganzen nur 65 Millionen untergebracht. In den ersten Tagen des Januar, wo auch wieder Gerüchte von einer nahe bevorstehenden großen Anleiheemission Preußens und des Reiches, sowie von einer neuen Anleihe Hamburgs auftauchten, hat im übrigen das Bayern-Konsortium die Option auf den Rest des Anleihebetrages ausgeübt. — Auch Rußland kündigt bereits neuen und recht bedeutenden Geldbedarf an. — In Paris sollen in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum etwa 2 Milliarden Frs. Obligationen aufgelegt werden, und auch der deutsche Markt wird wahrscheinlich binnen kurzem wieder für einige kleinere Emissionen in Anspruch genommen werden. — Ueber die Deckung des noch immer sehr bedeutenden Geldbedarfes Oesterreichs und Ungarns besteht noch keine Klarheit. Der Versuch, eine neue ungarische Anleihe in London

Digitized by Google

herauszubringen, ist gescheitert. — Von den Anleihen der Balkanstaaten ist noch immer keine einzige wirklich perfekt geworden. Die nächste Anwartschaft haben aber Griechenland und Serbien. Der Türkei gelang es, einen neuen, mäßigen Vorschuß von dem Bankhause Périer zu erhalten, jedoch nahm die französische Regierung scharf gegen den Versuch Stellung, die Schatzscheine in Frankreich zu vertreiben; es wurde kaum verhehlt, daß für dieses Vorgehen politische Gründe bestimmend waren.

Die wichtigsten Vorgänge in der **Weltwirtschaft** sind bereits einleitend kurz gestreift worden. In der Gesamtlage hat sich im Dezember eine wesentliche Aenderung nicht vollzogen, wenn auch die Hoffnungen auf eine baldige Ueberwindung der Depression wieder etwas gewachsen sind. Neben der günstigen Lage der großen Geldmärkte wird als erfreuliches Moment ins Feld geführt, daß die Preise der wichtigsten Eisenfabrikate sich von ihrem tiefsten Stande eine Kleinigkeit weiter erholen, die Lieferfristen sich teilweise etwas verlängern konnten. Daß die Ernten in den Ländern der südlichen Halbkugel wahrscheinlich das halten werden, was sie versprochen haben, wirkte in der gleichen Richtung. Eine wirkliche Besserung des Geschäftsganges ist im übrigen, soweit sich aus dem Kohlenabruf schließen läßt, in Deutschland bisher nicht eingetreten; auch in den anderen Ländern handelt es sich vorläufig mehr um Wechsel auf die Zukunft als um greifbare Tatsachen.

Ueber **Deutschlands Außenhandel** im Dezember liegen bisher nur die Gewichtsziffern einer Reihe wichtiger Waren vor. Sie lauten (in dz):

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Dez. 1912	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Dez. 1912
Baumwolle . . .	675 243	630 222	639 515	35 781	13 661	25 025
Jute und Juteverg .	153 752	190 467	224 711	2 847	2 700	2 987
Merinowolle im Schweiß	158 548	47 925	93 220	2 163	921	2 840
Kreuzzuchtwolle im „	45 174	17 406	46 244	471	695	1 064
Eisenerze . . .	10 722 010	11 110 224	9 128 277	2 083 001	2 362 503	2 285 748
Steinkohlen . . .	7 902 453	9 104 331	8 994 841	30 224 950	28 797 525	28 674 622
Braunkohlen . . .	5 285 204	5 088 176	5 611 788	52 675	55 496	65 708
Roheisen	131 254	128 574	170 557	519 427	548 178	859 485
Rohl., Rohsch., Rohbl. usw.	12 553	7 782	12 135	639 693	664 558	814 361
Träger, eiserne . .	593	636	502	253 999	289 922	476 627
Eisenb.-, Straßenbsch.	268	569	1 044	431 080	386 042	479 530
Kupfer	174 915	185 253	137 009	4 005	3 941	7 628

Am **Weltarbeitsmarkte** hat der Dezember nirgends einen Wandel der Lage gebracht; auch von Lohnbewegungen von Bedeutung ist nichts zu berichten. Ziffernmäßige Angaben über den deutschen Arbeitsmarkt liegen erst bis Ende November vor. Nach dem Reichsarbeitsblatte hat sich in diesem Monate der Beschäftigungsgrad sowohl gegenüber dem Vormonat

Digitized by Google

wie dem Vorjahre weiter verschlechtert. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin hat festgestellt, daß im November die Beiträge stärker zurückgegangen sind, als je seit Bestehen der Anstalt. Daß dies Depressionsbild vom Arbeitsmarkt kein vereinzeltes ist, das zeigt sich sowohl in den Ausweisen der Krankenkassen, wie in denen über den Grad der Arbeitslosigkeit, wo wieder die 3% überschritten wurden, wie schließlich auch in dem Andrang der Arbeitsuchenden. Es kamen nämlich auf je 100 offene Stellen an arbeitsuchenden Männern 219 Angebote, eine Ziffer, wie sie seit dem Februar 1910 nicht mehr zu verzeichnen war. Im einzelnen betrug das Angebot pro 100 offene Stellen:

	September		Oktober		November	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
männliche	141	160	148	178	173	219
weibliche	92	99	106	122	122	143

Auch dieses Mal zeigen im Gegensatz zu den deutschen die englischen Ziffern eine weitere leichte Besserung; der Prozentsatz der Arbeitslosen ist von 2,2 auf 2% weiter gesunken. Betont muß allerdings werden, daß die privaten Berichte, entgegen denen der Gewerkschaften, eine Abnahme der Beschäftigtenziffern zeigen.

Die **Einnahmen der deutschen Eisenbahnen** sind im November (Dezemberziffern fehlen noch) im Güterverkehr erstmalig hinter dem Vorjahre zurückgeblieben, eine Erscheinung, die seit 4½ Jahren nicht mehr zu beobachten war. Im Personenverkehr sind sie größer als im vorigen Jahre. Im einzelnen erbrachten:

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1912		1913		1912		1913		1912	1913	1912	1913
	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	Mill. M.		Mill. M.	
Sept.	174,7	3285	180,5	3359	79,7	1536	85,3	1629	16,1	16,4	270 6	282,2
Okt	188,7	3539	196,0	3642	71,9	1382	76,0	1449	16,9	16,1	277,5	288,1
Nov.	178,9	3348	176,9	3281	57,4	1103	62,6	1193	16,2	18,0	252,5	257,5

In der **Seeschiffahrt** ist der Dezember, der letzte Monat, in dem die alten Abkommen normaler Weise hätten erneuert werden müssen, vorübergegangen, ohne daß die neuen Verträge perfekt geworden wären. Zwar ist der nordatlantische Dampferlinienverband provisorisch — wie im vorigen Hefte gemeldet — um einen Monat verlängert, und es ist sogar auf den 21. Januar nach Paris eine neue Polkonferenz einberufen worden. Im Grunde ist man aber heute nicht einen Schritt weiter als vor einem Monat. Die Hamburger Vorschläge sind von Bremen, die Bremer Gegenvorschläge von Hamburg abgelehnt worden. Der Herabsetzung der sogenannten Prepaid-Raten ist mit dem 1. Januar eine scharfe Ermäßigung der Zwischendecksfahrpreise gefolgt, und gleichzeitig verlautete, daß die Hapag es vorläufig ablehne, der Einladung zu der Pariser Konferenz zu folgen. Die Ab-

Digitized by Google

kommen für die Ostasienfahrt sind ebenfalls nur provisorisch verlängert worden, da ihre Erneuerung nicht rechtzeitig gelang. — Die Frachten für die wichtigsten Relationen haben sich im Dezember kaum verändert; vereinzelt sind sie etwas weiter gefallen. Sie stehen jetzt 15 bis 45 % niedriger als vor einem Jahre. — Die Auswanderung über deutsche Häfen weist im Dezember den üblichen Rückgang auf. Die Ziffer des ganzen Jahres geht über die der Vergleichsjahre wesentlich hinaus:

	1909	1910	1911	1912	1913
über Hamburg . .	12 137	7 523	7 586	9 445	9 802
„ Bremen . . .	11 120	7 924	7 217	10 462	11 457*)
zusammen .	23 257	15 447	14 803	19 907	21 249
dagegen im					
November	24 042	22 007	21 946	37 098	33 264
Oktober	20 242	20 227	19 408	30 401	33 734
im ganzen Jahre .	**257 952**	**276 027**	**194 939**	**304 120**	**432 297**

Auch im Dezember ist die Zahl der eröffneten **Konkurse** gegenüber dem Vorjahre zurückgeblieben, jedoch bei weitem nicht in dem Maße wie im November. Infolge des ungünstigen Verlaufes der ersten drei Vierteljahre geht die Gesamtziffer pro 1913 nicht nur über die vorjährige, sondern auch über die bisher höchsten Ziffern (1908: 9375 und 1901: 9419) nicht unwesentlich hinaus. Es wurden eröffnet:

im Oktober	1911	709	Konkurse	1912	809	Konkurse	1913	763 Konkurse
„ Nov.	1911	707	„	1912	840	„	1913	724 „
„ Dez.	1911	713	„	1912	763	„	1913	735 „
zus. i. 4. Quart.	1911	2129	Konkurse	1912	2412	Konkurse	1913	2222 Konkurse
daz. i. d. e 3Qu.	1911	6502	„	1912	6790	„	1913	7467 „
i. ganz. Jahre	1911	8631	Konkurse	1912	9202	Konkurse	1913	9689 Konkurse

In Oesterreich-Ungarn, dem von der Balkankrise am stärksten betroffenen Großstaate, ist das Jahr 1913 ebenfalls ungünstig verlaufen. Jedoch war im Gegensatz zu Deutschland die Konkursentwicklung dort anscheinend etwas besser. Wenigstens zählt das Prager Tageblatt 1913 nur 386 größere Insolvenzen mit 156½ Mill. Kr. geschätzten Passiven, gegen 460 mit 182 Mill. Kr. im Jahre 1912, und 138 mit 65,30 Mill. Kr. im Jahre 1911. — Bemerkenswert ist es, daß Großbritannien, dessen Konkursziffern bereits 1912 durch ihre günstige Entwicklung von denen der anderen Welthandelsländer abstachen, 1913 einen weiteren Rückgang der Zusammenbrüche zeigt. So zählt Stubbs Weekly Gazette nur 7150 gegen rund 7900, 8350 und 9000 in den Vorjahren.

Im deutschen Bankgewerbe ist, seit langem zum ersten Male, wieder eine größere **Fusion** zu verzeichnen, nämlich die Aufnahme der Leher Bank durch die Deutsche Nationalbank in

*) Die vom Bremer Statistischen Amt veröffentlichte Ziffer von 12 856 Personen enthält die Kajüttpassagiere.

Digitized by Google

Bremen. Aus der Industrie ist zu erwähnen der Uebergang der Wittener Stahlröhrenwerke an den Mannesmannkonzern, sowie die Interessenahme des sogenannten Anilinkonzerns am Verein chemischer Fabriken, Zeitz, und den chemischen Werken Albert, die mit dem Bestreben des Konzerns zusammenhängt, sich feste Abnehmer für sein synthetisches Ammoniak zu sichern.

Am **deutschen Eisenmarkt** hat sich die Lage im Dezember verhältnismäßig wenig verändert. Die Preisbesserung, welche im November für einzelne Erzeugnisse durchgesetzt wurde, konnte sich behaupten, zum Teil sogar etwas verstärken; dafür ist an Stelle der Belebung, die der vorige Monat ebenfalls gebracht hatte, wieder wesentlich größere Ruhe getreten. Bemerkenswert ist, wie sehr die Abschwächung, die das vergangene Jahr kennzeichnete, schon auf die Rohstoffmärkte übergegriffen hat. Im Siegerlande müssen die Erzgruben, trotz der für das erste Semester 1914 um 5 M. ermäßigten Rohspatpreise, bereits wieder zu Betriebseinschränkungen schreiten. Auch die Preise für Luxemburger Minette sind gesunken.

Der **Roheisenverband** hat im November (Angaben über den Dezember fehlen noch) einen sehr bedeutenden Absatzrückgang zu verzeichnen, denn von der Beteiligung wurden nur knapp 82 % versandt; auch hier wird man wahrscheinlich in der nächsten Zeit zu offiziellen Betriebseinschränkungen greifen müssen, da die Verbraucher nach der eigenen Angabe des Verbandes sogar noch mit der Eindeckung des Bedarfes für das I. Halbjahr 1914 zögern. Der Grund dafür ist die Preispolitik des Verbandes, die große Gruppen von Gießereien veranlaßt hat, offiziell zu beschließen, daß vorläufig Roheiseneinkäufe nicht vorgenommen werden sollen. Die im vorigen Hefte als wahrscheinlich bezeichneten Preisermäßigungen zu Kampfzwecken in den umstrittenen Gebieten sind inzwischen erfolgt, haben aber die Bildung von Einkaufsgenossenschaften zum Bezuge englischen Roheisens nicht verhindert. Die deutsche Roheisenerzeugung vergleicht sich wie folgt (in 1000 t):

	1909	1910	1911	1912	1913
Oktober . . .	1 112,6	1 291,4	1 334,9	1 589,3	1 650,2
November . .	1 191,1	1 272,3	1 313,9	1 537,2	1 587,3
Dezember . .	1 164 6	1 307,0	1 377.6	1 566,0	1 609,7
im 4. Quartal .	3 396,3	3 870,7	4 026,4	4 692,5	4.847,2
1. 1. bis 30. 9.	9 509.7	10 925.7	11 509.2	12 860,9	14 442,5
im ganzen Jahr	**12 906,0**	**14 796,4**	**15 53».6**	**17 553,4**	**19 289,7**

Der **Stahlwerksverband** hat jetzt den Träger- und Halbzeugverkauf für das Inland zu unveränderten Preisen freigegeben. Dagegen ist — trotz der im vorigen Monat erfolgten Feststellung der Exportträgerpreise auf bisheriger Höhe — jetzt seitens des Internationalen Kartells für Aufträge mit Spezi-

Digitized by Google

fikationfrist nachträglich eine Preisermäßigung um 6 sh die Tonne beschlossen worden. Der Bericht des Stahlwerksverbandes hebt die ruhiger gewordene Lage der Auslandsmärkte hervor, erhofft aber für das neue Jahr eine Besserung des Geschäftes. — Die Versandziffern liegen erst bis Ende November vor. Sie zeigen durchweg Rückgänge gegenüber dem Vormonat, bei Halbzeug und ganz besonders bei Formeisen auch gegenüber dem Vorjahre. Es wurden expediert (in 1000 t):

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913
September	153,9	152,4	142,5	173,8	179,2	247,3	175,2	178,5	130,5
Oktober	155,7	164,4	157,5	157,5	198,6	239,4	158,9	177,6	127,9
November	161,4	148,2	147,2	182,4	200,4	211,3	144,9	144,1	103,7

Eins der Gebiete, auf dem die Preisbesserung vom Vormonat sich im Dezember noch vertiefen konnte, ist der Stabeisenmarkt. Die Exportpreise sind zwar dieselben geblieben, dagegen konnten einige führende Werke, nachdem auf Basis der Novemberpreise größere Posten verkauft worden waren, ihre Notierungen auf etwa 95—97 M. weiter erhöhten. — Auch auf dem Blechmarkte hat sich die Besserung der Preise weiter fortgesetzt, und die Forderungen der Werke stehen jetzt etwa 3—5 M. über dem tiefsten Punkte. — Das Röhrensyndikat ist im Laufe des Dezember mehrfach „endgültig zustandegekommen". Tatsächlich liegt, neben einer provisorischen Verlängerung der alten Konvention bis Mitte Januar, vorläufig erst die prinzipielle Einigung der verhandelnden Werke, einschließlich der oberschlesischen, über eine Anzahl wichtiger Punkte vor; man glaubt aber jetzt aller Schwierigkeiten Herr geworden zu sein und keinerlei ernsthafte Anstände mehr befürchten zu müssen. — Infolge des günstigen Fortschreitens der Röhren-Syndizierung soll jetzt auch mit den Verhandlungen, welche die Verlängerung des Walzdrahtverbandes betreffen, wieder begonnen werden. Das Provisorium läuft Mitte des Jahres ab. — Die Notierungen der Düsseldorfer Börse (deren Bericht vom 2. Januar besagt: „Die Nachrichten vom Eisenmarkt sind widerspruchsvoll") lauten für eine Reihe wichtiger Waren (in M. per t):

	7. 11. 1913	21. 11. 1913	5. 12. 1913	19. 12. 1913	2. 1. 1914
Lux. Gießereieisen III	63—65	63—65	63—65	63—65	60—62
Dtsch. Gießereieisen I	77,50	77,50	77,50	77,50	75,50
„ „ „ III	74,50	74,50	74,50	74,50	70,50
Engl. „ „ III	—	—	—	—	—
Gew. Fluß-Stabeisen .	95—98	96—99	97—100	97—100	97—100
Grobbleche (Flußeis.)	100—105	102—105	102—105	102—105	102—105
Feinbleche	117,5—122,5	117,5—122,5	117,5—122,5	117,5—122,5	117,5—122,5
Flußeisenwalzdraht .	117,50	117,50	117,50	117,50	117,50

Der **deutsche Außenhandel in Eisen und Eisenwaren** zeigte im November (einzelne vorläufige Dezemberziffern siehe an

Digitized by Google

anderer Stelle) zum ersten Male seit langer Zeit niedrigere Ausfuhrziffern als im entsprechenden Monate des Vorjahres. Bemerkenswert ist der Rückgang des Träger-, Halbzeug-, Schienen-, Blech- und Drahtexportes. Bei einzelnen wichtigeren Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913
September	11235,8	12447,2	655 1	1432,6	57,2	88,8	173,7	37,9
Oktober	11527,3	10791,2	940,3	1162,7	189,1	35,6	171,2	49,7
November	11179,5	12857,4	1004,5	778,2	103,2	56,9	57,3	63,6

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Septemb	85205,3	52346,3	51827,7	65362,2	42139,2	40365,3	45408,3	30589,7
Oktober	89174,9	51237,1	65262,5	77057,4	40146,0	44582,1	47577,7	24871 9
Novemb.	80483,0	54817,8	57127,8	66455,8	42569,1	38604,2	38991,8	28992 2

Am englischen Eisenmarkte hat der Dezember keine wesentlichen Veränderungen gebracht. Die Schiffsblechpreise und die Notierungen einzelner anderer Fertigfabrikate wurden weiter etwas ermäßigt, doch blieb das Geschäft trotzdem still. Die Warrantkurse konnten sich infolge von Auslandskäufen eine Kleinigkeit aufbessern. No. 3 M'bro Warrants notierten per Kassa in Glasgow (per t):

1. Dez.	5. Dez.	10 Dez	17. Dez.	23. Dez.	29. Dez.
49 sh 3 d	49 sh 5 d	49 sh 8½ d	50 sh 1 d	50 sh 2 d	50 sh 2 d

Die Lage der belgischen Eisenindustrie zeigte im Dezember, namentlich in der zweiten Hälfte des Monats, eine neue Verschlechterung, und die Preise sind sowohl für das Inland wie für den Export mehrfach ermäßigt worden. Das Stahlwerkskontor hat die Halbzeugpreise für das erste Quartal um 3,50 Fr. für alle Sorten herabgesetzt. — Die Nachrichten aus Oesterreich lauten weiter schlecht; der Novemberabsatz war um fast 40 % kleiner als im Vorjahre. — Auch vom amerikanischen Markte kommen weiter ungünstige Berichte. Die Roheisennotierungen der New-Yorker Börse wurden wieder herabgesetzt, und der Iron Ago sagt von den „Weihnachtsferien" der Werke, sie seien nach Umfang und Dauer beispiellos. Aus den dauernd niedrigen Ordereingängen schöpft man aber die Hoffnung, daß der Konsum bald gezwungen sein wird, seine Zurückhaltung aufzugeben, und daß die Lage im Frühjahr besser werden wird. Die Roheisenproduktion war im November die niedrigste seit zirka zwei Jahren. Im Osten der Union macht sich im übrigen jetzt gelegentlich europäischer Wettbewerb fühlbar.

Am **deutschen Kohlenmarkt** hat sich die Abschwächung im Dezember wesentlich verschärft. Während bisher in erster Reihe der Koksabsatz zurückging, waren es im Dezember hauptsächlich die Eß- und Magerkohlen, bei denen sich Absatzschwie-

Digitized by Google

rigkeiten geltend machten, und auch bei Briketts sind diese noch gewachsen. Dagegen konnte sich der Koksabsatz, entgegen den Erwartungen, etwa auf der Höhe des November behaupten. Kennzeichnend für die Marktlage ist es, daß der Bericht über die erste Essener Kohlenbörse des neuen Jahres lautet: „Am Kohlenmarkt ist die Lage gedrückt." Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat die Einschränkungen für den Januar auf der bisherigen Höhe belassen, dagegen seine im vorigen Monat erfolgten Preisermäßigungen für einen großen Teil der Abnehmer durch Herabsetzung der Ausfuhrvergütung (von 2½ auf 1½ M.) illusorisch gemacht. Der Bericht über den November erwähnt die bereits bekannte Abschwächung im Koksabsatz, bemerkt aber, daß die Ziffern für den November durch die geringe Anzahl der Arbeitstage ungünstig beeinflußt worden wären. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug (in 1000 t):

	1911		1912		1913	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
September	5 776,9	222,2	6 543,8	261,8	6 886,6	264,9
Oktober	5 780,4	222,3	6 330,1	241,9	6 658,5	246.6
November	6 156,6	255,2	5 890,5	244,2	6 036,5	261,0

Für Koks und Briketts lauten die Versandziffern (in 1000 t):

	1911				1912				1913			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Sept.	1368,7	45.6	325,1	12,5	1722,8	57.4	367,4	14,7	1707,0	56.9	386,4	14,9
Okt.	1461,8	47,2	329,4	12,7	1798,8	58,0	369,0	13,7	1646,5	53,1	395,0	14,6
Nov.	1552,9	51,8	338,3	14,0	1689,0	56,3	333,9	13,8	1508,4	50,3	340,9	14,7

Die Verhandlungen mit dem Fiskus haben auch im Dezember greifbare Ergebnisse noch nicht gehabt, doch sind die Differenzpunkte zwischen den einzelnen Zechengruppen des Syndikats jetzt soweit beigelegt worden, daß man hofft, den neuen Vertrag bereits per 1. April 1914 abschließen zu können. Angeblich sollen die Hüttenzechen auch ferner den Fördereinschränkungen des Syndikats nicht unterliegen, dagegen zur Deckung der Geschäftsunkosten zum Teil herangezogen werden. Inzwischen ist es dem Fiskus geglückt, dem Kohlensyndikat einen Großabnehmer zu entziehen. Die Hütten des Siegerlandes haben fast sämtlich mit dem Fiskus Kokslieferungsverträge abgeschlossen, die ihnen niedrigere Preise sichern als das Syndikat fordert.

Die **deutsche Steinkohlengewinnung** hat im November infolge der geringen Zahl der Arbeitstage (Dezemberziffern fehlen noch) zwar einen Rückgang erfahren, bewegt sich jedoch weiter auf recht bedeutender Höhe. Die Braunkohlenförderung ist dem Parallelmonat des Vorjahres gegenüber zurückgeblieben. An Stein- und Braunkohlen wurden gefördert (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
September .	13 614,5	14 906,7	16 355,6	6 455,5	6 832,0	7 473,2
Oktober . .	13 679,3	16 102,2	16 941,6	6 939,9	7 947,2	8 191,7
November .	13 838,8	14 805,4	15 329,6	6 788,1	7 558,6	7 417,9

Digitized by Google

Im **Kohlenaußenhandel** hält sich die Ausfuhr (provisorische Dezemberziffern siehe an anderer Stelle) trotz eines nicht unerheblichen Rückganges noch immer auf recht beträchtlicher Höhe, während die Einfuhr bei der vorgeschrittenen Jahreszeit kaum wesentliche Veränderungen zeigt. Bei Steinkohle betrugen (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
September . .	1 097,4	1 077,2	990.2	2 410,1	2 860,6	3 155,7
Oktober . . .	933,7	1 006 9	884,8	2 495,3	2 308,5	3 042.2
November . .	946,1	1 002,3	910,4	2 560,6	2 551,8	2 879,8

Am Berliner Brikettmarkte hat sich der Kampf zwischen den mitteldeutschen und den unter sich noch immer uneinigen Lausitzer Werken weiter verschärft. Zur Einführung von Kampfpreisen für seine besseren Marken kann sich jedoch das Lausitzer Syndikat noch immer nicht entschließen. — Die belgischen Zechen haben ihre Kohlen- und Kokspreise um rund 2 Frcs. ermäßigt. In der Lage des Marktes sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. — Das letztere gilt auch vom englischen Kohlenmarkte, wo nur Dampfschiffskohlen vorübergehend nicht unwesentlich anzogen. — In der Union sind die Kokspreise unter Schwankungen eine Kleinigkeit gestiegen.

In der Lage der deutschen **Kaliindustrie** ist im Dezember eine wesentliche Aenderung nicht zu verzeichnen. Dagegen hat sich, rascher als selbst Pessimisten gefürchtet haben, das Gerücht von der Auffindung außerdeutschen Kalis bewahrheitet. Bei Barcelona sind größere Kalilager erbohrt worden, auf die sich das Syndikat angeblich einen bestimmenden Einfluß gesichert hat. Es sind die ersten außerdeutschen Kalilager, deren Abbauwürdigkeit selbst das Syndikat, wenn auch unter Vorbehalt, zugesteht; es ist zur Zeit nicht zu übersehen, welchen Einfluß ihre Auffindung ausüben wird. — Die Absatzverhältnisse haben sich im Dezember nicht mehr wesentlich verschoben. Die Ausfuhr, für die Ziffern erst bis Ende November vorliegen, stellte sich (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr			Davon nach den Vereinigten Staaten		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
September . .	103,8	139.9	170,6	49,3	74,8	102,2
Oktober . .	97,0	111,3	172,0	50 2	51,7	111,2
November . .	135.8	113,9	220,7	76,8	57.3	129,4

An den **Weltgetreidemärkten** hat der Dezember fast durchweg erneute mäßige Abschwächungen gebracht, weil der Konsum überall Zurückhaltung übt. Während die Offerten von Argentinien her drängender geworden sind, bleibt das russische Angebot weiter klein, was in Petersburger Berichten damit erklärt wird, daß sich in der offiziellen Ernteschätzung ein Fehler von nicht weniger als einer Milliarde Pud befinde. Eine Welternteschätzung, die Beerbohm jetzt für alle wichtigeren

Digitized by Google

Früchte veröffentlicht, zeigt bei Weizen, Hafer und Gerste höhere Ergebnisse als im Vorjahre, für Roggen ein kleines, für Mais ein ziemlich bedeutendes Minus. Er schätzt (in 1000 Qu. à 217,7 kg):

	1911	1912	1913
Weizen	435 750	463 580	498 350
davon Europa . .	*237 150*	*251 450*	*284 750*
Roggen	198 000	230 800	224 300
Hafer	412 400	493 100	505 500
Gerste	170 525	180 800	194 000
Mais	378 750	485 200	397 600

Auch für die **deutsche Ernte** liegen jetzt die endgültigen Schätzungsziffern vor, die bei fast allen wichtigeren Früchten größer sind als je. Besonders bemerkenswert ist das Plus gegenüber dem Vorjahre bei Weizen, Hafer, Kartoffeln und einzelnen Futterpflanzen. Die Ziffern lauten (in 1000 t):

	1909	1910	1911	1912	1913
Weizen	3 755,7	3 861,5	4 066,3	4 366,6	4 655,9
Roggen	11 348,4	10 511,2	10 866,1	11 598,3	12 222,4
Gerste	3 495,6	2 902,9	3 159,9	3 481,9	3 673,3
Hafer	9 125,8	7 900,4	7 704,1	8 510,2	9 713,9
Kartoffeln . . .	46 706,2	43 468,4	34 374,2	50 209,5	54 121,1

Die an sich schon niedrigen Zuckerpreise sind im Dezember, vor allem infolge der günstigen Nachrichten aus den Kolonialgebieten, weiter zurückgegangen, und am Hamburger Markte wurde, zum ersten Male seit dem Januar 1911, die Preisgrenze von 9 M. für Lokoware unterschritten. Infolge der gedrückten Preise haben die Bestrebungen der deutschen Raffinerien, ein Kartell zu bilden, wieder festere Formen angenommen. Zu einem endgültigen Abschlusse ist es jedoch bisher noch nicht gekommen. Die Zuckerkonvention, die ja nur noch als Rumpfkartell weiter besteht, sieht sich vor neuen Schwierigkeiten, weil Italien, das ihr nicht mehr angehört, in diesem Jahre anscheinend größere Mengen Zucker auf den englischen Markt werfen wird. — Die Kaffeepreise sind ebenfalls weiter zurückgegangen, zum Teil deshalb, weil trotz aller entgegengesetzten Behauptungen die Zufuhren in Brasilien weiter groß bleiben. Die Versuche, den Markt zu manipulieren, werden jetzt auf dem Umwege über die Hypothekenbank in Santos fortgesetzt.

Von den **Textilrohstoffen** mußte sich Baumwolle weitere ziemlich beträchtliche Preisabschläge gefallen lassen, weil die amerikanische Ernte sich doch als größer erweist, als die Haussiers gehofft hatten. Dazu kommt die ungünstige Lage der Baumwollindustrie, die auch das letzte Rundschreiben des Internationalen Verbandes der Baumwollwarenfabrikanten wieder konstatiert, und die sich in Betriebseinschränkungen in fast allen Ländern ausspricht. — Die Jutepreise sind erneut gestiegen, und die deutsche Jutekonvention hat infolge der Zurückhaltung

Digitized by Google

des Verbrauchs eine 20 proz. Betriebseinschränkung dekretiert. — Wolle hat sich ziemlich gut behauptet, Flachs ist etwas, Hanf scharf im Preise zurückgegangen.

Der führende **Metallmarkt,** der des Kupfers, vermochte sich im Dezember von dem Rückgange des Vormonats nicht zu erholen. Gelegentlich soll zwar der Konsum in größerem Maßstabe als Käufer aufgetreten sein, doch konnten sich die Erholungen nie lange behaupten. Am letzten Börsentage des Jahres erlebte die Hamburger Kupferbörse eine kleine Spezialschwänze, bei der die Preise in einer Börse um rund 15 M. heraufgetrieben wurden. Den Verkauf des Katangakupfers haben die Metallgesellschaft und Aron Hirsch übernommen. — Die Verlängerung der Zinkverbände ist nunmehr völlig perfekt (vgl. Dezemberheft), und in derselben Sitzung, in der die Verträge notariell abgeschlossen wurden, erfolgte auch die erste Preiserhöhung um eine halbe Mark. — Blei ist infolge des andauernden Fehlens der mexikanischen Zufuhren wieder fester geworden, der Zinnpreis hat sich auf ein seit mehreren Jahren nicht gesehenes Niveau gesenkt. — Die mehrfach erwähnten Vorgänge am Silbermarkte haben im Dezember dazu geführt, daß die ganzen Bestände aus den Spekulationen der Indian Specie Bank an ein Syndikat unter Führung der Hongkong and Shanghai Banking Corp. übergegangen sind. Das hat den Markt zunächst wesentlich befestigt, jedoch bröckelten in der zweiten Hälfte des Monats die Preise wieder etwas ab.

Die Zwangskontingentierung der deutsch-südwestafrikanischen Diamantenproduktion ist jetzt auf der im vorigen Hefte bereits erwähnten Basis erfolgt, unter gleichzeitiger Auflösung der Regie in ihrer bisherigen Form. — Die Spirituszentrale hat sich jetzt endgültig auf den Standpunkt gestellt, die Preise nicht zu ermäßigen. Sie will dafür Großabnehmern und ihr genehmen Verbänden Rabatte gewähren. — Das Rheinisch-Westfälische Zementsyndikat ist in letzter Stunde, ebenso wie das mitteldeutsche, zustande gekommen, und auch bei der Berliner Zementzentrale gelang eine Verlängerung auf drei Jahre. — Plantagenkautschuk gab per Saldo eine Kleinigkeit weiter nach. — Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	30. Dez. 12	1. Nov. 13	1. Dez. 13	10. Dez. 13	20. Dez. 13	31. Dez. 13
Weizen (Berlin) .	209.—	195.75	198.25	199.25	196.—	195,—
do. (New York)	97 1/4	97 3/4	95 1/8	99 1/2	98 1/2	98,—
Roggen (Berlin) .	174,25	162,75	163,75	163,25	161,50	160 75
Mais (New York)	54 1/4	80,—	—	—	74.—	71 1/2*)
Baumwolle (Brem.)	66,—	70 1/4	67,—	67,—	64 1/4	65,—
do. (New York)	13,20	14,10	13,50	13,40	12,60	12,60

*) Für ankommende Ware.

Digitized by Google

	30. Dez. 12	1. Nov. 13	1. Dez. 13	10. Dez 13	20. Dez. 13	31. Dez. 13
Wolle (Antwerpen)	5,92	6,07	5,95	5 92	5,92	6 07
Zucker (Magdeb.)	9,12½	9 12	8 97	8,80	7.10	8,87½
Kaffee (Hamb.) .	68½	57½	51¼	53¾	51¾	49 —
Salpeter (Hamb.)	11,20	10,02½	10.22½	10 20	10,17½	10.12½
Schmalz (Chicago)	9,80	10 82	11,10	11,07	10,97	11,05
Silber (London) .	29⅛	27 7/16	25 15/16	26¾	26 13/16	26 9/16
Kupfer (London) .	76,—	73¼	65⅜	65¼	64,—	65⅛
Zinn (London) . .	229½	181¾	178¾	171,—	168¾	169½
Zink (London) . .	26⅜	20⅜	20⅝	21¼	21½	21 9/16
Blei (London) . .	18 1/16	20⅝	18,—	17¾	17⅞	17⅞

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per ½ kg mit 1¼% Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn, 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2½ %.

An den **Weltbörsen** hat der Dezember das, was der November zu versprechen schien, nur teilweise gehalten. Obwohl sich von seiten der Politik her neue ungünstige Einwirkungen nicht zeigten, und auch die Lage des Geldmarktes nicht geeignet gewesen wäre, die Börsenspekulation ungünstig zu beeinflussen, blieb das Geschäft überall außerordentlich still, am meisten in Amerika, wo die Umsätze jetzt dauernd so gering sind, wie seit vielen Jahren nicht. An der New-Yorker Börse kann deshalb von einer ausgesprochenen Tendenz eigentlich gar nicht geredet werden; an der Londoner war diese weiter ziemlich matt, und Konsols sanken im Laufe des Monats vorübergehend auf einen neuen Tiefkurs von 71%; Ende des Jahres standen sie etwa ½ % höher.

In einem gewissen Gegensatze zu der Tendenz der Westbörsen stand die Entwicklung, die Kurse und Geschäft an der **Berliner Börse** genommen haben. Nicht etwa, daß das letztere sich wesentlich belebt, oder daß das Kursniveau sich allgemein erheblich gehoben hätte; immerhin aber übertrug sich hier der günstigere Unterton, den der November gezeigt hatte, in bemerkenswertem Maße auch auf den Dezember. Dabei muß betont werden, daß die „Bilanzhausse" sich in sehr engen Grenzen hielt, ja eigentlich kaum zu bemerken war. Aber man bemühte sich an der Börse, stets nur die gute Seite der Dinge zu sehen, und da das schwimmende Material fast überall sehr gering ist, erreichte man es auf den meisten Marktgebieten, die Kurse allmählich etwas weiter in die Höhe zu setzen. Dabei trat eigentlich kein Markt besonders hervor. Immerhin ist insofern eine gewisse Verschiedenheit zu beobachten gewesen, als die festverzinslichen Werte trotz des Januartermins fast völlig vernachlässigt wurden. Die geringe überhaupt vorhandene Kauflust wandte sich ziemlich restlos dem Aktienmarkte zu. Man konnte dies nach der negativen Seite hin

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1912		1913					
	2. Dez.	31. Dez.	2. Jan.	1. Dez.	6. Dez.	13. Dez.	20. Dez.	31. Dez.
3 % Reichsanleihe	77,90	77,80	78,20	76,20	76,20	76,40	76,00	76,80
4½ % Japaner	93,00	91,50	91,60	90,90	91,30	90,80	90,60	90,10
4 % Russen v. 02	88,80	89,25	89,75	90,25	90,10	90,20	90,40	90,20
3 % Portugiesen	65,50	67,10	66,50	63,50	63,50	64,00	63,75	64,40
5 % Chin. Anleihe	99,30	97,25	99,00	97,75	97,60	97,80	97,90	97,90
Türk. Anl. v. 03	85,40	85,50	—	—	87,50	87,50	86,30	85,60
Türken-Lose	158,25	153,75	154,50	170,25	170,00	169,25	167,25	170,00
Disconto-Com.-Ant.	184,30	183,10	187,50	185,00	184,70	185,75	185,50	186,00
Oesterr. Kredit-Akt.	190,00	193,00	197,50	—	201,25	202,25	—	202,00
Berl. Handels-Ges.	164,25	163,60	168,50	156,00	155,80	155,90	155,25	155,50
Darmstädter Bank	119,25	118,25	122,40	115,75	115,60	115,75	115,75	116,10
Deutsche Bank	250,00	248,80	253,90	247,80	247,60	249,25	248,00	248,00
Dresdner Bank	152,25	151,00	155,90	149,75	149,70	150,50	150,00	150,90
Nationalbank	120,25	118,80	123,50	115,90	116,20	116,75	116,20	116,90
A. Schaaffh. Bankv	116,00	114,25	118,75	106,00	106,00	101,00	100,30	101,10
Comm.- u. Disc.-Bank	111,00	110,00	114,50	106,60	107,00	106,80	106,80	107,25
Wiener Bankverein	127 00	129,10	—	133,00	133,70	—	134,00	133 75
Azow Don-Commerz	239,00	228,00	237,00	243,60	242,50	242,75	239,00	238,25
Russ. B. f. ausw. H.	154,75	151,50	157,25	158,00	158,00	156,80	156,00	156,50
Petersb. Int. Hand.-B.	206,80	199,75	207,25	204 00	203,60	202,90	201,50	201,25
Franzosen	144 60	151,50	154,25	154,00	—	155,50	156,00	155,75
Lombarden	18,20	17,40	21,40	22,25	21,90	22,25	—	21,75
Ital. Meridionalbahn	115,75	113,00	117,00	—	—	—	—	108,75
Anatolische Eisenb.	112,90	110,60	112,10	—	118,00	118,90	116,00	117,00
Orientbahn	152,50	150,50	158,75	189,00	—	—	197.50	201.25
Prince Henri	155,00	153 00	157,00	162,40	161,90	160,75	159,70	157,50
Schantungeisenbahn	128,40	125,00	131,50	124,40	123,25	124,60	124,50	128,00
Baltimore	105,30	102,20	105,40	93,80	93,75	92,75	92,10	92,40
Canada	268,00	258,00	263,60	229,10	231,50	225,50	220,10	212,80
Pennsylvania	120,85	118,00	—	—	—	—	—	108,50
Lübeck-Büchener	176,60	175,20	180,00	180,75	181,00	181,25	180,50	180,50
Gr. Berl. Straßenb.	173,50	171,25	176,75	156,75	162,75	164,10	163,00	163,25
Electr. Hochbahn	130,00	130,00	133,75	135,00	138,00	139,00	138,80	138,00
Dynamite Trust	175,50	172,75	177,50	170,75	174 00	173,25	172,00	172.60
Norddeutsch. Lloyd	122,00	119,50	123,25	118,25	118,30	119,00	117,20	116,90
Hamb.-Am. Packetf.	152,20	155,30	162,40	132,25	133,00	132,80	132,10	133.00
Hansa Dampfschiff	298,00	290,25	296,00	269,75	271,60	270,10	269,40	268,25
Dt. Austral. Dampf.	192 90	189.25	197,25	180.75	186,00	186,90	186,80	185,50
Hamb. Südam. „	190,70	186,00	193,00	168,90	169,50	168,40	168,25	166,00
Bochum. Gußstahl	215,75	210,25	216,90	210,00	209,70	208,75	208,75	208 10
Laurahütte	166,90	162,40	166,75	151,40	149,00	150,00	149,90	152.00
Harpener	185,90	183.00	187,40	175,20	174.00	173,75	173.40	172,50
Gelsenkirchen. Bgw.	194,70	191,10	197,10	178,70	179,40	179,50	180 70	183,90
Dt.-Luxemb. Bergw.	167,50	161,50	166,90	133,30	132,50	132,50	131,00	130,75
Aumetz-Friede	175,80	170 30	175,50	156,80	156,00	156,25	155,90	157,00
Rhein. Stahlwerke	160,90	156,10	160.25	150,40	150,50	150,30	149,80	151,50
Hohenlohewerke	174,50	172,25	175.25	130,75	134,00	135,00	132,50	132,00
Phönix	263,00	256,60	261,75	235,80	234,90	234,20	233,90	234 10
Rombacher Hütten	174,10	160,70	165,00	158,50	146.90	149,25	148,60	148,80
Allg. Elektr.-Ges.	259,50	236 75	240,25	246,30	233,70	234,50	234,10	234,80
Siemens & Halske	223,90	221,00	228,90	214,40	215,00	217,50	217,90	218,00
Schuckert Electr.	150,90	147,30	154,80	149,40	149.00	149,65	149,75	149.60
Electr. Licht u. Kraft	133 25	126,25	127,75	133.00	133,10	136,10	128,75	128,75
Ges. f. Electr. Untern	164,90	161,80	168,00	157,60	157 80	158,60	160.00	162 00
Dt. Uebersee Elektr.	158,20	155,50	161,10	164,80	166,25	166,25	166,00	166,00
Bk. f. Electr. Untern.	185,25	183,10	187,10	184,00	184,50	—	—	184,75
Oberschles. Eisb.-B.	96.40	92,00	98,75	89,25	89,90	88,20	87,50	89,50
Orenstein & Koppel	206,50	199 00	206,25	164 00	165,75	165,25	163,25	166,50
Oberschles. Eis.-Ind.	85.10	80,50	85,50	63.50	62,80	63,10	61,40	62,50
South-West Africa	129,00	122,40	127,40	115,20	114,25	113,40	112,25	113,90

Digitized by Google

besonders deutlich beobachten, als in einer österreichisch-offiziösen Auslassung das gute Rentengeschäft in Wien gepriesen und die Hoffnung auf seine weitere Dauer ausgesprochen wurde. Das Exposé ging hier völlig unbemerkt vorüber, wenn auch natürlich die von Wien angeregten Kursbesserungen sich in den Berliner Kursen ebenfalls ausprägten. Am letzten Börsentage, an dem wegen der Veranlagung zum Wehrbeitrag eine fast lückenlose Feststellung der Kurse erfolgte, waren am Stadtanleihemarkte jedoch eine Reihe ziemlich bedeutender Kursavancen zu verzeichnen. Von den Ultimopapieren, die größere Aufmerksamkeit auf sich zogen, muß wiederum die Canada-Aktie in erster Linie genannt werden. Der Bonus an die Aktionäre, von dem so lange geredet worden war, ist jetzt erklärt worden; er stellt sich als eine — Kapitalbeschaffung zu Bedingungen dar, die für die Aktionäre zukünftig eine ziemlich schwere Last bedeuten. Die Folge war denn auch ein weiterer starker Kursfall auf das niedrigste, in diesem Jahre erreichte Niveau. Einen weiteren Rückgang, der den Kurs zeitweilig unter Pari hinabdrückte, erfuhren auch Schaaffhausen-Aktien. Schließlich sei noch der Aufwärtsbewegung in den Aktien der großen Berliner Verkehrsunternehmungen gedacht, die mit Vertrustungsplänen in Zusammenhang gebracht wurde. Türkische Tabak-Aktien setzten ihre Aufwärtsbewegung rasch weiter fort. — Am Kassamarkte machte sich das Fehlen des Privatpublikums deutlicher bemerkbar, als an den Ultimomärkten. Das Geschäft war meist sehr still, und bemerkenswerte Einzelheiten zählen zu den Ausnahmen. Als relativ beliebt seien genannt Zement-Aktien, im Zusammenhange mit den Konventionsverhandlungen, sowie Terrain-, Spiegelglas- und Maschinen-Aktien, gegen Ende des Monats Porzellan- und Oelwerte. Der Größe ihres Rückganges wegen müssen, obwohl sie an der Berliner Börse nicht gehandelt werden, Scheidemandel-Aktien hier ebenfalls erwähnt werden.

Für die Börsensteuern liegen erst die Novemberziffern vor. Das Ergebnis des Schlußscheinstempels ist überaus niedrig. Im einzelnen erbrachten (in 1000 M.):

	Schlußscheinstempel.			
	1910	1911	1912	1913
September	2 006,9	2 167,4	3 148,2	1 632.0
Oktober	2 286,8	1 689.5	3 019,1	1 515,8
November	1 903,4	1 948,8	1 745,8	1 130,1
	Effektenstempel.			
	1910	1911	1912	1913
September	4 073,0	3 430.1	4 231,2	5 474,3
Oktober	4 643,3	4 243.3	4 450.5	2 743,4
November	3 171,0	3 015,4	4 184,5	5 596,1

Digitized by Google

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im Dezember.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
3½% Bonner Stadt-A. .	90,00	86,00	90,00	Anlagebedürfnis
5% Griech. Anl. . . .	59,25	56,40	58,25	
4% dto. Gold.-R. . . .	47,90	44,50	46,80	
5% Mex. Anl.	93,40	85 00	87,00	
Scheidemandel Obl. . .	101,75	96,10	96,10	Schwier. Lage d. Unt.
Aachen-Mastrichter . .	90.00	81,75	84,00	
Bröhltal-Bahn	99 00	90 75	99.00	Höhere Einnahmen
Gothaer Grundcredit .	165,00	159,50	164,50	
Leipz. Cred.-Anst. . .	156,50	150,00	156,50	
Meckl. Hyp. & Wechs. .	296,00	285,00	296,00	
Adlerwerke	380,00	360,75	360.75	Divid.-Ermäßigung
Auer	542,00	494,00	536,75	Neue Auslandgeschäfte
Chem. Werke Albert . .	440,00	396,25	440,00	Fusionsgerüchte
Donnersmarckhütte . . .	362,00	340,00	362.00	Divid.-Erhöhung
Ilse Bergbau	487,00	470,00	475,25	Kampf m. d. Syndik.
Kappel Maschinen . . .	295,00	270,00	284 75	Ung. Lage d. Stickm.-Ind.
Koehlmann Stärke . . .	450,00	430 00	444,00	Kapitals-Erhöhung
Nordd. Steingut	235,00	209 50	214.40	Schlechter Geschäftsgang
Rhein-Nassau	233,25	212,50	213,00	Divid.-Rückgang
Rhein Spiegelglas . . .	231,00	197,90	218,00	
Schalker Glas	219,40	193,75	212,10	Reakt. a. vorh. Rückg.
Vogtl. Maschinen	376,00	335.00	337,50	cf. Kappel
Wanderer Werke	390,00	365,00	369,60	Geldbedarf

Am **internationalen Geldmarkt** hat sich das Bild im Dezember insofern nicht geändert, als nach wie vor der Londoner Platz als einziger der großen Märkte Zeichen starker Anspannung zeigte, während auf dem Kontinent die Gelderleichterung weitere Fortschritte machte — für den Dezember eine gleichfalls ungewöhnliche Erscheinung, deren Ursache aber ziemlich nahe liegt. Denn da aus verschiedenen Gründen die großen Fremdanleihen, auf deren Abschluß man mit Sicherheit gerechnet, und auf die man sich vorbereitet hatte, insbesondere die französische, türkische, serbische und griechische, im alten Jahre nicht mehr zur Durchführung kamen, so drückten die bereitgehaltenen Gelder der Banken auf die Sätze, namentlich auf die für kurze Fälligkeiten.

Daß der Londoner Geldmarkt von dieser Konstellation am meisten profitierte, liegt jedenfalls daran, daß die verschobenen Anleihen samt und sonders für den Pariser Markt bestimmt waren, daß dagegen die Ansprüche an den Londoner Markt, namentlich diejenigen Indiens und Amerikas, keinen Aufschub duldeten, sondern im Gegenteil ziemlich dringlich waren. Dazu kommt das im vorigen Heft erwähnte Moment, daß die englischen Banken seit einiger Zeit eine Politik der Reserveverstärkung und Zurückhaltung in Kreditgewährung üben, die zum Teil in einer pessi-

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.

Digitized by Google

mistischen Beurteilung der weltpolitischen Lage zu wurzeln scheint, zum Teil aber auch mit der Erwartung großer Januar-Ansprüche zusammenhängt. Unter diesen Umständen konnte sich der Privatdiskont nur ganz unwesentlich ermäßigen. Sein Dezember-Durchschnitt steht ¼% über dem Durchschnitt des deutschen Satzes; er notierte:

1. Dez.	8. Dez.	15. Dez.	22 Dez.	31. Dez.	höchst	niedrigst
$4^3/_4$	$4^{15}/_{16}$	$4^{13}/_{16}$	$4^{13}/_{16}$	$4^3/_4$	$4^{15}/_{16}$	$4^3/_4$

im Durchschnitt 4,83 gegen 4,95 im November.

Die Bank von England wurde, wie üblich, Ende Dezember außerordentlich stark mit Einreichungen in Anspruch genommen; doch blieben die Kredite, wie gleichfalls üblich, größtenteils bis zum Januar-Zahltag bei der Bank stehen, so daß ihr Status kein allzu schlechtes Bild zeigt, obwohl er vom 31. Dezember, also vom Tag der stärksten Inanspruchnahme, datiert. Während der ersten Hälfte des Monats wehrte die Bank allzu große Anforderungen dadurch ab, daß sie Wechsel mit mehr als drei- bis vierwöchiger Laufzeit nur zu $5^1/_2$% diskontierte. Der Markt fürchtete sogar eine Zeitlang eine Erhöhung der offiziellen Rate auf 6%, die jedoch nicht erforderlich wurde; die Bank zeigte sich im Gegenteil gegen Ende des Jahres eher etwas kulanter, wohl mit Rücksicht auf den günstigeren Stand der Wechselkurse, der auch ihrer äußeren Goldbewegung zustatten kam. Namentlich Aegypten machte jetzt die früheren Goldentziehungen durch entsprechend große Remittierungen wett. Die Ziffern der Goldbewegung bei der Bank von England lauten (in 1000 £):

Eingang:		davon aus:			Ausgang:	davon nach:		Saldo
1.— 6. Dez.	670	Brasilien	70	Der Rest Barren (größtenteils Kap- und Austral.-Gold)	10	Ecuador	10	+ 660
8.—13. „	442	Frankreich	11		10	Gibraltar	10	+ 432
15.—20. „	755	Egypten	300		250	Bolivia	250	+ 505
		Argentinien	25					
22.—27. „	510	Egypten	375		375	Indien	375	+ 135
29.—31. „	714				—			+ 714
	3091				645			+2446

Der **Londoner Clearing-Verkehr** (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im Dezember im Vergleich mit den Parallelwochen der Vorjahre und in den ganzen Jahren 1911, 1912 und 1913 folgende Ziffern auf (in 1000 £):

1911		1912		1913	
30. 11.— 6. 12.	303 023	28 11.— 4. 12.	375 692	27. 11.— 3 12.	354 586
7. 12.—13. 12.	249 034	5 12.—11 12.	270 566	4. 12.—10. 12.	292 403
14. 12.—20 12.	326 092	12. 12.—18. 12.	334 397	11. 12.—17. 12.	324 679
21 12.—27 12.	192 340	19. 12.—24. 12.	250 923	18. 12.—24. 12.	315 745
28. 12 —30. 12.	196 143	25. 12.—31. 12.	291 651	25. 12.—31. 12.	277 614
30. 11.—30. 12.	1 265 632	28. 11.—31. 12.	1 523 229	27. 11.—31. 12.	1 565 027
1. 1.—29. 11.	13 348 245	1 1.—27. 11.	14 438 544	1. 1.—26. 11.	14 871 377
1. 1.—30. 12.	14 613 877	1. 1.—31. 12.	15 961 773	1. 1.—31. 12.	16 436 404

Digitized by Google

Die Emissionen, für die der Londoner Kapitalmarkt im Jahre 1913 in Anspruch genommen worden ist, sind zwar im zweiten Halbjahr hinter der Parallelziffer des Jahres 1912 zurückgeblieben, zeigen aber, was das ganze Jahresbild betrifft, keinen besonders starken Rückgang. Die Ziffern lauten (nach dem „Economist" in £):

	1910	1911	1912	1913
1. Quartal	99 355 600	61 245 000	47 966 100	50 344 000
2. „	88 721 400	56 238 800	62 377 500	70 014 900
3. „	28 111 600	14 914 500	40 687 100	29 961 800
4. „	51 250 500	59 361 100	59 819 300	46 216 000
Ganzes Jahr	267 439 100	191 759 400	209 850 000	196 536 700

Vorstehende Gesamtziffern verteilen sich in folgender Weise auf Inland, Kolonien und Ausland (in £):

	1910	1911	1912	1913
Großbritannien u. Irland	60 296 500	26 145 900	45 335 300	35 951 100
Britische Kolonien . .	92 378 100	64 994 800	72 642 400	76 137 100
Ausland	114 764 500	100 618 700	92 872 300	84 448 500
	267 439 100	191 759 400	210 850 0 0	196 536 700

Am Pariser Geldmarkt herrschte im Dezember dieselbe Konstellation wie während der vorhergehenden Monate. Nur daß sich gegen Jahresende, außer den gewohnten Ansprüchen dieser Zeit, der Geldbedarf der französischen Regierung fühlbar machte. Die große Anleihe, die das vorige Ministerium ihr bereits votiert hatte, war zwar von dem radikalen Nachfolger annulliert worden: dafür half sich die Regierung mit Schatzscheinen, deren Placierung den Privatdiskont ins Steigen brachte. Trotzdem bleibt der Durchschnitt des Diskonts hinter dem des November noch zurück. Er notierte:

1. Dez.	8. Dez.	15. Dez.	22. Dez.	31. Dez.	höchst	niedrigst
3½	3½	3⅝	3⅞	3¾	3⅞	3½

im Durchschnitt 3,65 gegen 3,73 im November.

Bei der Bank von Frankreich sind im Dezember keine Veränderungen von Belang eingetreten, abgesehen von der gewohnten starken Beanspruchung in der letzten Woche, die den Notenumlauf der Bank über 6 Milliarden ansteigen ließ, was anscheinend auch schon Ende November der Fall war, jetzt aber zum erstenmal in einem Ausweis ersichtlich ist. Der Diskontsatz der Bank ist — eine Seltenheit in ihrer Geschichte — während des ganzen Jahres 1913 auf 4% geblieben.

Die französischen Emissionen während des Jahres 1913 zeigen im Vergleich mit denen des Vorjahres das folgende Bild (nach dem „Econ. Européen" in Frcs.):

Staats- und	1912 Inland	1912 Ausland	1913 Inland	1913 Ausland
Komm.-Anl. .	311 999 230	430 134 363	151 331 487	753 894 730
Sonstige Oblig. .	568 051 513	883 453 152	807 393 485	900 755 035
Aktien	1 079 871 440	1 768 057 857	1 211 126 265	1 103 306 230
	1 959 922 183	3 081 645 372	2 169 851 237	2 757 955 995
	1912: 5 041 567 555		1913: 4 927 807 232	

Digitized by Google

Am Wiener Geldmarkt hat sich die Erleichterung, die im November eingetreten war, noch etwas weiter durchsetzen können, und die Beanspruchung der österreichisch-ungarischen Bank erreichte nicht entfernt den Umfang wie im vorigen Jahre. Der Privatdiskont notierte:

1. Dez.	8. Dez.	15 Dez.	22 Dez.	31. Dez.	höchst	niedrigst
5½	5 7/16	5¼	5¼	5¼	5½	5¼

im Durchschnitt 5,32 gegen 5,79 im November.

Am New-Yorker Geldmarkt haben die Anfang Dezember noch etwas steifen Geldsätze im weiteren Verlauf des Monats leicht nachgegeben. 90-Tage-Wechsel wurden mit 4¾ bis 5¼ % gehandelt, und die Rate für tägliches Geld stieg selbst am Jahres-Ultimo nicht über 6 %. Die geringere Lebhaftigkeit des Handels und der Börse haben die Ansprüche an den Geldmarkt etwas einschrumpfen lassen. Die Ausweise der New York Associated Banks zeigen bereits seit Monaten einen Rückgang der Depositen, der ebenfalls auf eine stillere Geschäftslage deutet. Die Ziffern lauten (in Mill. $):

	29. Nov.	6. Dez.	13. Dez.	20. Dez.
Darlehen	1 341,2	1 304,5	1 298,9	1 305,4
Depositen	1 313,4	1 273,4	1 274,6	1 289,0
Barbestand und Legal-Tenders	326,5	324,6	330,9	337,9
Gesetzlicher Mindestbarbestand	328,3	318,3	318,6	322,2
Reserve	— 1,8	6,3	12,3	15,7

Die Ausweise der dem New Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	29. Nov.	6. Dez.	13. Dez.	20. Dez.
Darlehen	570,0	555,3	550,3	548,4
Depositen	416,9	406,7	403,1	403,5
Depositen bei den Assoc.-Bks.	48,2	44,4	46,7	47,8
Barbestand und Legal-Tenders	63,4	62,4	64,2	62,3

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben, abgesehen von dem der Deutschen Reichsbank, keine Veränderung erfahren. Sie lauten:

Deutsche Reichsbank	bis 11. Dez.	5,5;	bis 31. Dez.	5;	Durchschnitt 5,2
Bank von England	„ 31. „	5;		„	5
Bank von Frankreich	„ 31. „	4;		„	4
Oest.-Ung. Bank	„ 31. „	5,5;		„	5,5
Banca d'Italia	„ 31. „	5,5;		„	5,5
Russ. Reichsbank	„ 31. „	6;		„	6
Bank von Finnland	„ 31. „	6;		„	6
Bank von Spanien	„ 31. „	4,5;		„	4,5
Bank von Portugal	„ 31. „	5,5;		„	5,5
Schweiz. Nationalbank	„ 31. „	4,5;		„	4,5
Schwed. Reichsbank	„ 31. „	5,5;		„	5,5
Bank von Norwegen	„ 31. „	5,5;		„	5,5
Niederländische Bank	„ 31. „	5;		„	5
Nationalb. von Belgien	„ 31. „	5;		„	5
Nationalb. v. Dänemark	„ 31. „	6;		„	6
Rumän. Nationalbank	„ 31. „	6;		„	6
Nationalb. v. Bulgarien	„ 31. „	6,5;		„	6,5
Nationalbk. v. Serbien	„ 31. „	7 (6)*);		„	7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„ 31. „	6,5;		„	6,5

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Digitized by Google

Im Jahresdurchschnitt stellten sich die Diskontsätze bei der

	1910	1911	1912	1913
Deutschen Reichsbank . .	4,35	4,40	4,95	5,88 %
Bank von England . . .	3,73	3,47	3.78	4,77 %
Bank von Frankreich . .	3,—	3,14	3,38	4,— %

Einige weitere Diskontsätze seien nach dem „Berl. Aktionär" wiedergegeben (in %):

	1902	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Amsterdam . .	3,00	5,10	3,38	2,88	4,23	3,45	4,00	4,52
Brüssel	3,00	4,95	3,50	3 00	4,12	4,16	4,41	5,00
Wien	3,55	4,89	4,25	4.00	4,19	4,40	5,15	5,95
Schweiz . . .	3,77	4,94	3,74	3.25	3,51	3,70	4 20	4,81
Italien	5,00	5,07	5,04	5,00	5,00	5,13	5,58	5.72
Madrid	4 00	4,50	4.50	4,50	4,50	4,50	4.50	4,50
Lissabon . . .	5,50	5,50	5 99	6,00	6,00	6 00	6,00	5,74
Bukarest . . .	5,78	5,70	5,29	5,00	5,00	5,00	5,17	6,00

Nachstehend die Hauptziffern aus den Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken (vgl. auch am Schluß des Hefts).

Am **Berliner Geldmarkt** hat die verhältnismäßige Geldflüssigkeit auch im Dezember angehalten. Die Gründe sind die alten: Zurückhaltung der Banken in Anbetracht der im Januar zu erwartenden Emissionen, verringerte Kredite an die Industrie, Zufluß ausländischen Geldes infolge der lebhaften Exporttätigkeit im Sommer und Herbst. Auch der Wunsch einiger Banken, die Reichsbank noch vor Jahresschluß zur weiteren Ermäßigung ihres Diskonts zu veranlassen, der am 12. Dezember in Erfüllung ging, hat auf die Geldlage eingewirkt. Der Jahresultimo, dem man mit einiger Spannung entgegengesehen hatte, weil Ende Dezember große Wechselposten fällig wurden und die Seehandlung die ablaufenden Kredite meist nicht erneuerte, verlief überraschend leicht, allerdings unter starker Inanspruchnahme der bis dahin geschonten Reichsbank. Ultimogeld war nur in kleinen Beträgen und fast nur mit 6¼ % gehandelt. Der Privatdiskont wurde dauernd in zwei Notizen festgestellt, weil lange Wechsel bis zu ½ % billiger diskontiert wurden als Mittelsichten. Die Notizen lauten:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnat.
1.— 6. Dez.	4,313[1])	4,375[2])	4,563[3])	4,563[3])	4,563[3])	4,438[4])
8.—13. „	4.563[3])	4,688[5])	4,688[5])	4,688[5])	4,688[5])	4.688[5])
15.–20. „	4,688[5])	4,688[5])	4,688[5])	4,625[6])	4,625[6])	4,688[5])
22.—27. „	4,688[5])	4,688[5])	4,688[5])	—	—	4,688[5])
29.—31. „	4,375[7])	4,188[8])	4,063[9])			

Höchster Stand 4,688, niedrigster Stand 4,063, Durchschnitt 4,568.

Lange Wechsel: [1]) 4,125. [2]) 4,125. [3]) 4,375. [4]) 4.250. [5]) 4,500. [6]) 4,500. [7]) 4,125. [8]) 4,—. [9]) 3,875.
Kurze Wechsel: [1]) 4,500. [2]) 4,625. [3]) 4,750. [4]) 4,625. [5]) 4,875. [6]) 4,750. [7]) 4,625. [8]) 4,375. [9]) 4,250.

Digitized by Google

Dezember-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
6. XII.	1201,4	275,7	—	849,1	61,9	621,6		1951,9	474,8
15. „	1208,7	276,9	—	870,7	77,4	697,2		1929,5	443,9
22. „	1197,8	278,1	—	981,6	69,0	743,2		2042,3	566,4
30. „	1170,0	276,8	—	1490,7	94,5	793,1		2593,4	1146,6
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
3. XII.	36,6		—	39,1		7,8	39,9	28,8	—
10. „	36,6		—	38,7		7,9	39,5	28,6	—
17. „	35,4		—	38,2		8,0	37,5	28,8	—
24. „	33,1		—	47,1		9,4	42,0	29,3	—
31. „	34,9		—	65,3		10,2	61,1	29,6	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
4. XII.	3521,3	645,4	16,9[4])	1771,4	954,7[1])	215,7	665,9	5909,1	1725,5
11. „	3520,0	640,4	14,8[4])	1398,2	977,9[1])	214,3	665,2	5699,8	1524,6
18. „	3524,6	650,8	16,2[4])	1435,9	972,3[1])	202,4	671,5	5697,0	1505,4
26. „	3517,4	640,1	14,6[4])	1511,8	977,8[1])	403,4	575,3	5713,6	1441,5
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. XII.	1234,5	255,0	60,0	844,3	601,8[2])	225,2		2294,0	744,5
15. „	1238,0	259,0	60,0	763,7	604,1[2])	209,0		2245,1	688,1
23. „	1240,0	258,8	60,0	776,5	631,1[2])	233,5		2255,1	696,3
31. „	1240,9	261,5	60,0	926,0	670,5[2])	187,6		2493,6	931,2
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23. XI./6. XII.	1503,9	60,4	173,1	552,0	449,4	521,5	562,5	1701,4	—
1./14. „	1512,0	61,4	168,7	581,4	445,9	534,3	575,8	1683,3	—
8./21. „	1513,5	61,6	170,1	570,7	449,8	547,9	562,3	1679,3	—
16./29. „	1516,3	61,9	169,1	573,9	456,3	581,5	583,8	1668,5	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finnländisch])									
29. XI.	59,4[3])	2,1	79,1[4])	73,3	30,5	28,1		112,3	—
8. XII.	59,3[3])	2,1	78,3[4])	74,2	29,2	26,6		112,7	—
15. „	59,6[3])	2,1	76,6[4])	75,6	32,1	28,0		113,2	—
23. „	59,6[3])	2,0	73,4[4])	76,7	32,4	26,6		112,8	
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. XI.	1109,3	95,0	86,0[4])	802,0[5])		101,6	186,3	1742,4	452,1
30. „	1109,1	94,8	86,8[4])	822,3[5])		108,8	194,6	1752,6	461,9
10. XII.	1108,3	95,5	85,6[4])	803,9[5])		108,3	185,1	1724,0	434,6
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
29. XI.	475,4	736,4[6])	187,4	331,1	528,4[7])	96,4	417,8	1905,8	506,6
6. XII.	476,1	728,5[6])	190,1	328,6	543,8[7])	97,1	420,0	1907,6	512,9
13. „	476,8	730,1[6])	190,8	325,6	553,0[7])	91,2	428,9	1912,4	514,7
20. „	478,3	728,9[6])	192,0	343,6	562,3[7])	91,8	456,0	1909,1	509,9
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[18])									
5. XI.	7,516	9,018[8])	—	22,865	71,097	2,614	6,761	85,869	69,335
12. „	7,518	8,927[8])	—	23,225	71,105	2,636	7,195	85,516	69,071
19. „	7,518	8,976[8])	—	23,285	71,336	2,778	7,172	85,824	69,330
26. „	7,519	9,232[8])	—	23,429	71,206	2,854	7,220	85,659	69,108
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
6. XII.	149,5	8,3	14,7[4])	76,0[9])	92,5	—	4,4	316,2	143,7
13. „	149,5	9,1	14,7[4])	73,2[9])	91,9	—	3,6	314,2	140,9
20. „	150,5	9,6	14,7[4])	70,0[9])	91,8	—	4,6	311,1	136,3
27. „	151,5	9,0	14,3[4])	67,5[9])	95,3	—	4,3	312,7	137,9

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
4. XII.	248,6	70,5	124,74[1])	570,89[9])	68,1	30,8	86,6	981,9	538,1
11. „	248,6	64,2	125,04[1])	562.29[9])	62,5	15,2	73.9	989,6	551,8
18. „	249,0	69,5	122,04[1])	558,19[9])	62,1	14,8	81,6	979,9	539,4
24. „	249,0	63,4	145,54[1])	568,99[9])	55,6	11,6	84,0	1001,2	543,3
30. „	249,0	57,3	170,34[1])	603,79[9])	57,9	14,5	88,3	1049,8	573,2
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
6. XII.	171,4	25,0	—[17])	91,7	17,3		47,4	265 5	69,1
15. „	171,4	25,0	—[17])	94,5	16,5		55,2	257.8	61,4
23. „	170,3	23,3	—[17])	111,0	17,3		47,0	274,9	81,3
31. „	170,0	20,8	—[17])	146,5	28,3		58,9	313,8	123.0
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
6. XII.	102,4		86,8	142,5			76,6	217,3	28,1
13. „	102,4		90,2	154,2			96,4	212,9	20,3
20. „	102,2		92,0	170,6			101,8	223,5	29,3
27. „	102,1		93,3	170,1			106,2	219,4	24,0
31. „	102,1		94,3	180,1			107,9	234,5	38,1
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
8. XII.	46,8		54,84[1])	72,7			8,3	105,2	3,6
15. „	46,3		53,14[1])	74,1			6,6	107,7	8,3
22. „	48,2		55,04[1])	76,1			6,2	112,0	8,8
31. „	47,8		56,04[1])	78,9			12,6	107,7	3,9
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
29. XI.	76,7		30,14[1])	30,410)	36,99[])		3,9	147,0	40,2
31. XII.	79,4		23,24[1])	39,010)	40,19[])		6,9	151,6	49,0
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
15./28. XI.	69,1	3,2	2,5	8,7	41,6		0,2	114,6	39,8
22. XI./5. XII.	65,4	3,4	3,8	8,9	41,6		0,2	112,3	39,7
30. „ /12. „	62,3	3,5	3,7	8,9	41,6		0,3	109,2	29,7
8. /21. „	61,0	3,7	3,1	8,9	40,8		0,2	106,7	38,9
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
9./22. XI.	153,3	1,2	56,6	206,5	57,712[])		—[13])	453,2	242,1
16 /29. „	153,1	1,2	56,6	207,9	48,512[])		—[13])	456,1	245,2
23. XI./6. XII.	152,8	1,2	56,6	219,7	39,612[])		—[13])	457,3	246,7
30. „ /12. „	152,6	1,3	56,6	222,2	46,012[])		—[13])	457,8	247,3
7./20. „	152,4	1,3	56,6	212,8	43,212[])		—[13])	445,4	235,1
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
7./20. X.	55,9	19,9	4,0	45,1	289,7		— 170,5	204,0	124,2
14./27. „	55,8	19,8	3,8	44,8	299,2		— 181,8	202,7	123,3
22. XI./5. XII.	55,7	19,8	3,8	44,6	298,3		— 183.2	201,3	122,0
31. X./13. „	55,7	20,4	3,8	43,9	298,6		— 183,6	198,6	118,7
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
30. IX./13. X.	16,0		212,9	27,5	309,815[])	2,0	253,516[])	235,2	6,3
31. X./13. XI.	16,4		213,1	27,3	307,015[])	1,3	256,416[])	235,7	6,2

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (29. 11. 21,9 Mill. Kr., 31. 12. 23,9. Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 74 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 38 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichte Gesetz bildet ab 1. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit.

Digitized by Google

Die Bewegung des Privatdiskonts im Jahre 1913 ergibt sich aus folgender Zusammenstellung (in Klammern die Ziffern von 1912):

Jan. 4,678 (3,330)	April 4,555 (3,745)	Juli 4,646 (3,357)	Okt. 4,711 (4,185)
Febr. 5,154 (3,785)	Mai 5,310 (3,911)	Aug. 4,879 (3,931)	Nov. 4,448 (5,226)
März 5,904 (4,716)	Juni 5,529 (4,135)	Sept. 5,344 (4,380)	Dez. 4,568 (5,940)

Im Jahresdurchschnitt notierte der Privatdiskont 4,977 %, dagegen im Durchschnitt der Jahre:

1912	4,220 %	1909	2,86 %	1906	4,04 %
1911	3,535 %	1908	3,52 %	1905	2,85 %
1910	3,542 %	1907	5,11 %	1904	3,14 %

Der Stand der Wechselkurse hat sich im Dezember wieder gebessert; sogar die Devise London war, trotz der höheren Geldsätze an diesem Markt, etwas billiger zu haben, wenn sie auch noch weit über Parität notiert. Auffallend niedrig stand die Devise Petersburg, was teils mit Rückzahlungen der russischen Bankwelt, teils mit dem russischen Getreidehandel zusammenhängt, der dauernd viel einführt und wenig exportiert. Die Wechselkurse lauten:

		1. Dez.	8. Dez.	15. Dez.	22. Dez.	31. Dez.	Höchst.	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	8 Tage	168,95	168,95	169,00	169,00	169,20	169,20	168,85	168,97
London	vista	20,495	20,495	20,480	20,495	20,520	20,520	20,480	20,493
New York	vista	4,2155	4,2125	4,2100	—	4,2125	4,2155	4,2075	4,2109
Paris	vista	81,050	80,950	80,900	80,975	81,075	81,075	80,900	80,964
Wien	8 Tage	84,925	84,825	84,875	84,800	84,950	84,950	84,800	84,850
Christiania	10 Tage	112,30	112,30	112,30	—	112,40	112,45	112,20	112,31
Stockholm	10 Tage	112,30	112,35	112,35	112,35	112,45	112,45	112,30	112,36
Kopenhagen	8 Tage	112,30	112,25	112,25	112,25	112,35	112,35	112,20	112,27
Petersburg	Ausz.	215,65	215,32	215,07	214,85	215,30	215,65	214,75	215,13
Belgien	8 Tage	80,500	80,400	80,325	80,400	80,425	80,500	80,325	80,396
Madrid	14 Tage	—	—	76,80	—	76,80	76,90	75,90	76,48
Italien	10 Tage	80,40	80,35	80,50	80,45	80,60	80,60	80,35	80,45
Schweiz	8 Tage	80,90	80,80	80,80	80,75	80,90	80,90	80,75	80,80

Der Vergleich der wichtigsten Wechselkurse im Dezember mit denen des Dezember der Vorjahre zeigt folgendes Bild:

	London (für 1910-13 vista, sonst 8 Tage)			Paris (für 1910-13 vista, sonst 8 Tage)			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
13	20,520	20,480	20,493	81,075	80,900	80,964	4,2155	4,2075	4,2109	84,950	84,800	84,850
12	20,475	20,410	20,440	81,250	80,975	81,109	4,2150	4,1900	4,2026	84,675	84,300	84,397
11	20,470	20,440	20,450	81,175	81,000	81,080	4,2050	4,1925	4,1979	84,925	84,675	84,820
10	20,470	20,420	20,440	80,925	80,800	80,880	4,2075	4,1975	4,2023	84,975	84,900	84,950
09	20,440	20,410	20,430	81,200	81,100	81,150	4,1925	4,1825	4,1880	84,825	84,700	84,730
08	20,460	20,440	20,450	81,500	81,250	81,430	4,2050	4,1925	4,1970	85,350	85,200	85,280

Die **Deutsche Reichsbank** hat am 12. Dezember ihren Diskontsatz weiter auf 5 % ermäßigt, also auf den Stand des englischen Banksatzes. Sie hat die diesmalige Ermäßigung leichteren Herzens vorgenommen als die im Oktober, und ist auch tatsächlich nicht stark in Anspruch genommen worden, abgesehen vom 31. De-

Digitized by Google

zember. Unter diesen Umständen konnte sich ihr Status ständig verbessern, woran auch die großen Posten Schatzscheine nichts änderten, die sie dem Reich abnehmen mußte. Man rechnet sogar mit einer neuen Diskontherabsetzung im Januar, die den kommenden Anleihen des Reiches und Preußens den Weg ebnen soll.

Die Goldbewegung hat im Dezember, wie die provisorischen Gewichtsziffern zeigen, mit einem kleineren Aktivsaldo abgeschlossen als im November; die Ziffern lauten (in dz):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Dez. 1913	56,9	8,7	0,9	66,5	6,0	0,7	1,5	8,2	+ 58,3

Im November zeigte die Goldbewegung nach den definitiven Angaben der Reichsstatistik das folgende Bild (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Nov. 1913	10,1	13,5	0,4	24,0	1,4	0,1	0,6	2,1	+ 21,9
dagegen Nov. 1912	10,3	1,6	0,3	12,2	1,6	14,5	9,8	25,9	— 13,7

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank im Dezember 1913 zeigt im Vergleich mit den vorhergehenden Monaten dieses und früherer Jahre folgendes Bild (Mill. M.):

	1909	1910	1911	1912	1913
Juli	4 411,5	4 524,0	5 502,0	6 597,6	6 521,2
August	3 762,6	4 233,7	5 119,4	5 446,8	5 218,9
September . . .	4 112,6	4 374,2	5 353,6	5 577,4	5 903,7
Oktober	4 556,6	4 723,3	6 130,5	6 961,6	6 924,9
November . . .	4 116,6	4 533,9	5 370,5	6 008,4	5 582,3
Dezember . . .	4 543,4	5 048,9	5 562,0	6 172,7	6 622,8
im II. Halbjahr .	25 503,3	27 438,0	33 038,0	36 764,5	36 773,8
„ I. „ .	25 924.1	26 903,5	29 977,9	33 781,9	36 860,5
„ ganzen Jahr .	51 427,4	54 341,5	63 015,9	70 546,4	73 634,3

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer haben im November (Dezember-Ziffern fehlen noch) den üblichen scharfen Rückschlag nach der Oktober-Steigerung erfahren. Die Ziffern lauten:

	1910	1911	1912	1913
September . .	1 566 280 M.	1 608 665 M.	1 582 982 M.	1 655 577 M.
Oktober . . .	1 646 229 „	1 812 621 „	1 966 764 „	1 961 181 „
November . .	1 579 714 „	1 591 980 „	1 703 105 „	1 623 466 „

Der Scheckstempel erbrachte im November 0,25 (i. V. 0,26) Mill. M., die Talonsteuer 0,15 (i. V. 1,01) Mill. M., die Tantiemesteuer 0,49 (i. V. 0,48) Mill. M.

Zulassungen an den deutschen Börsen

im Dezember 1913.

I. Börse zu Berlin.

M. 3 500 000 Barmen 4 % Stadtanl.
M. 10 000 000 Staatl. Creditanst. d. Herz. Oldenburg 4 % Obl.
M. 4 500 000 Siemens Elektr. Betriebe 5 % Oblig.
M. 1 800 000 Papierfabr. Reisholz jg. Akt.
M. 2 500 000 Ver. Glanzstoff-Fabriken jg. Akt.

Digitized by Google

M. 800 000 Leipziger Pianofortefabr. Gebr. Zimmermann jg. Akt.
M. 750 000 Oscar Schimmel & Co. jg. Akt.
M. 5 000 000 Siemens Elektr. Betriebe jg. Akt.
M. 500 000 Emil Köster Lederfabr. jg. Akt.
M. 30 000 000 Hapag jg. Akt.
M. 4 000 000 J. E. Reinecker Akt.
M. 1 530 000 Akt.-Brauerei-Ges. Friedrichshöhe vorm. Patzenhofer jg. Akt.
M. 1 000 000 Automobil-Fuhrwesen Kandelhardt Akt.
M. 6 000 000 Schantung Eisenbahnges. jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.
Keine Zulassung.

III. Börse zu Düsseldorf.
Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.
M. 4 000 000 Gewerkschaft Ver. Helene u. Amalie 4½% Oblig.
M. 15 000 000 Th. Goldschmidt Chem. Fabr. Akt.

V. Börse zu Frankfurt a. M.
M. 1 000 000 Singen 4% Stadtanl.
M. 60 000 000 Wien 4½% Kassenscheine.
M. 10 000 000 Rhein. Hyp.-Bk. 4% Hyp.-Pfandbr.
M. 5 000 000 Rhein. Hyp.-Bk. 4% Komm.-Oblig.
M. 1 500 000 Rhein. Hyp.-Bk. jg. Akt.

VI. Börse zu Hannover.
Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln.
Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.
Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.
Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.
Keine Zulassung.

XII. Börse zu Augsburg.
M. 30 000 000 Bayer. Hyp.- u. Wechselbk. 4% Pfandbr.

XIII. Börse zu Dresden.
M. 7 500 000 Mitteldt. Bodencr.-Anst. 4½% Grundrent.-Br.
M. 500 000 Sächs. Straßenbahnges. 4½% Oblig.
M. 425 000 (Kr. 500 000) Hruschauer Tonwarenfabr. 5% Oblig.
M. 750 000 Sächs. Straßenbahnges. jg. Akt.
M. 2 000 000 Hermann u. Alfred Escher Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.
M. 1 300 000 Oberlaus. Bk. jg. Akt.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.
Keine Zulassung.

XVII. Börse zu Mannheim.
M. 22 000 000 Fürst Max Egon zu Fürstenberg 4½% Hyp.-Anl.

XVIII. Börse zu Bremen.
M. 700 000 Bremerhaven. Straßenbahn jg. Akt.

Digitized by Google

XIX. Börse zu Hamburg.

M. 20 400 000 (Kr. 18 150 000) Stockholm. 4½ % Stadtanl.
M. 5 625 000 (Kr. 5 000 000) Kopenhagen. Telephon-A.-G. 5 % Oblig.
M. 30 000 000 Hapag jg. Akt.
M. 6 000 000 Schantung Eisenbahnges. jg. Akt.

Im ganzen Jahre 1913 haben an den 19 deutschen Effektenbörsen **Zulassungen** in folgendem Umfange stattgefunden (die an verschiedenen Börsen ungefähr gleichzeitig zugelassenen Papiere sind nur einmal gezählt worden):

	Inländ. Effekten (in Millionen Mark)			Ausländ. Effekten			Insgesamt
	III. Quart. 1913	IV. Quart. 1913	zus.	III. Quart. 1913	IV. Quart. 1913	zus.	
Staatsanleihen	13,00	—	13,00	122,70	352,50	475,20	488,20
Provinz-Anleihen . . .	12,00	35,00	47,00	—	—	—	47,00
Stadtanleihen	53,06	46,03	99,09	—	80,00	80,00	179,09
Landwirtsch. Pfandbriefe / Rentenbriefe	53,00 [1]	17,50	70,50	—	—	—	70,50
Hypotheken-Pfandbriefe / Komm.-Oblig. . . .	92,00	117,00	209,00	—	—	—	209,00
Industrie-Oblig.	46,75	11,77	58,52	—	6,06	6,06	64,58
Industrie-Aktien . . .	60,13	88,23	148,36	8,64	—	8,64	157,00
Bank- u. Versich.-Aktien	31,00	7,60	38,60	12,80	12,00	24,80	63,40
Kolonial-Anteile	2,00	—	2,00	—	—	—	2,00
Genußscheine (in Stück)	*200000*	—	*200000*	—	—	—	*200000*
Kuxe (in Stück) . . .	—	—	—	—	—	—	—
Zus. im II. Semest. 1913*)	**362,94**	**323,13**	**686,07**	**144,14**	**450,56**	**594,70**	**1280,77**
dazu im I. „ 1913*)	—	—	1727,10 [2]	—	—	713,87	2440,97
im ganzen Jahre 1913*)			**2413 17**			**1308,57**	**3721,74**
dageg. i ganz. Jahre 1912*)			3044,30			822,00	3866,30
„ „ „ „ 1911*)			3245,00			1288,61	4533,61

Die **Gründungstätigkeit** (bzw. Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister) ist auch im Dezember in ziemlich engen Grenzen geblieben. Unter den G. m. b. H. befindet sich eine Drei-Millionen-Gründung (Bienert Hafenmühle). Es wurden eingetragen:

12 Aktiengesellschaften mit 18 060 000 M. Kapital
188 Gesellschaften m. b. H. „ 16 204 000 „ „
zusammen 34 264 000 M. Kapital
gegen 49 520 000 M. Kapital im Dez. 1912
und 55 748 000 „ „ „ „ 1911

Weiter stark zusammengeschrumpft sind die Kapitalserhöhungen, namentlich die der G. m. b. H. Es wurden Erhöhungen registriert bei:

23 Aktiengesellschaften mit 25 126 000 M. Kapital
44 Gesellschaften m. b. H. „ 4 852 000 „ „
zusammen 29 978 000 M. Kapital
gegen 66 114 000 M. Kapital im Dez. 1912
und 27 961 000 „ „ „ „ 1911

*) Ohne Kuxe bzw. Genußscheine.
[1]) Darunter geschätzter Betrag 20 Mill. M. 4% u. 3½% Posener Landschaftl. Pfandbr.
[2]) Darunter mit dem Höchstbetrag von 5 Mill. M. zugelassene Ostpr. 4%, 3½% und 3% Pfandbriefe u. geschätzter Betrag von 10 Mill. M. 4%, 3½% u. 3% ostpr. landschaftl. Pfdbr.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Dezember 1913.
(Vom 1. bis 31. Dezember im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Dezember 1912		Dezember 1913		Dezember 1912		Dezember 1913		Dezember 1912		Dezember 1913		Dezember 1912		Dezember 1913	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	600	—	—	2	40	4	80	—	—	1	75	3	233	3	442
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	1	1 000	3	60	4	370	5	9 500	1	3 000	1	100	—	—
Steine u. Erden	—	—	1	500	12	835	14	1 334	2	2 060	—	—	6	304	6	385
Metalle u. Maschinen	4	8 800	3	7 500	35	3 058	22	1 601	6	3 422	4	4 435	11	3 731	4	241
Elektrotechnische Erzeugn.	1	1 500	1	3 000	5	190	3	1 052	1	800	—	—	3	650	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	—	—	—	—	3	100	1	210	4	31 264	3	5 600	—	—	4	1 461
Fette, Oele etc.	1	1 800	—	—	2	220	4	580	—	—	—	—	1	150	1	30
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	3	5 000	—	—	20	4 068	12	655	2	3 425	2	3 878	4	110	1	35
Textilgewerbe	1	2 500	—	—	7	520	6	330	1	500	—	—	—	—	—	—
Papiergewerbe	—	—	1	650	2	141	7	215	—	—	—	—	1	30	—	—
Ledergewerbe	—	—	1	2 000	1	20	2	140	—	—	—	—	—	—	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	1	600	7	828	5	841	—	—	—	—	1	100	1	3
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	—	—	—	—	23	1 203	13	3 419	4	734	5	4 950	6	515	4	615
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	1 500	—	—	8	316	3	220	—	—	—	—	2	95	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	10	594	7	238	1	153	—	—	2	25	3	103
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	3	80	1	40	1	100	—	—	2	67	1	30
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	2	112	1	370	47	3 397	15	469	1	500	—	—	4	146	1	10
Banken u. Vers.-Ges.	2	3 100	1	2 000	5	145	1	20	2	1 500	1	200	1	400	1	20
Bahnen u. Transport-Ges.	2	1 400	1	440	10	651	9	1 499	2	1 700	2	1 588	4	673	1	45
Handel (außer Banken)	—	—	—	—	48	2 414	33	2 214	—	—	1	120	8	2 034	1	50
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	1	20	3	195	—	—	1	30	7	65	6	1 046
Sonstige Gesellschaften	—	—	—	—	44	4 308	19	482	1	200	2	1 250	12	828	6	336
	18	26 312	12	18 060	298	23 208	188	16 204	33	55 858	23	25 126	79	10 256	44	4 852

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Dezemb. 1913: 34 264 000 Mk., im Dezemb. 1912: 49 520 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1913: 29 978 000 „ „ „ 1912: 66 114 000 „
Gesamtanspruch im Dezemb. 1913: 64 242 000 Mk., im Dezemb. 1912: 115 634 000 Mk.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. in den Jahren 1912 und 1913.

(Vom 1. 1. bis 31. 12. im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	im Jahre 1912		im Jahre 1913		im Jahre 1912		im Jahre 1913		im Jahre 1912		im Jahre 1913		im Jahre 1912		im Jahre 1913	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	4	4 425	6	8 230	62	6 153	57	11 405	2	118	2	475	33	3 784	27	3 856
Bergbau, Hütten u. Salinen	11	24 305	4	8 519	48	4 653	57	8 509	32	115 052	19	33 860	14	2 033	11	1 131
Steine u. Erden	9	3 780	11	8 390	245	21 707	216	24 930	28	15 180	25	8 491	75	5 683	78	6 782
Metalle u. Maschinen	20	24 045	18	26 574	450	45 414	422	40 728	95	131 168	68	87 819	144	17 220	170	29 047
Elektrotechnische Erzeugn.	4	3 805	3	5 000	73	5 094	104	6 378	4	5 200	4	5 750	30	3 669	37	5 467
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	14	29 106	12	28 559	63	14 669	53	5 361	41	169 900	37	72 075	22	6 463	38	9 032
Fette, Oele etc.	1	1 800	2	1 750	43	4 786	59	13 434	4	9 900	4	12 200	6	835	17	6 474
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	7	14 130	13	11 910	266	33 671	194	15 866	21	24 593	28	31 187	76	8 494	74	8 536
Textilgewerbe	15	18 550	12	15 155	74	11 814	77	16 805	14	6 427	26	15 476	20	3 276	11	993
Papiergewerbe	1	600	3	2 500	51	4 301	48	5 661	6	5 663	8	5 791	10	1 765	15	2 424
Ledergewerbe	1	3 000	3	4 300	22	8 417	28	2 493	4	2 155	5	6 653	2	34	12	1 679
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	5	5 460	2	750	115	8 313	121	9 555	7	9 729	7	4 919	16	1 330	27	3 425
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	9	7 700	19	20 966	259	33 933	254	37 828	39	20 182	37	21 222	68	4 194	76	9 399
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	5	9 550	6	6 775	78	5 897	97	8 431	1	2 000	1	1 000	11	547	8	575
Beherb.- u. Erquickungsgew.	3	1 026	4	315	143	7 303	152	8 103	5	814	4	721	26	1 490	31	2 029
Graphische Gewerbe	3	6 750	2	1 050	97	5 878	70	6 468	5	905	4	1 040	21	1 154	14	786
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	22	11 028	25	9 472	621	31 656	634	38 152	24	17 545	10	7 080	54	17 272	70	11 730
Banken u. Vers.-Ges.	17	50 757	11	18 810	65	3 034	144	3 746	49	146 473	34	1 500	9	1 428	6	798
Bahnen u. Transport-Ges.	11	18 403	15	31 518	114	13 612	124	15 625	26	63 866	27	61 411	21	1 961	35	2 488
Handel (außer Banken)	5	5 080	9	15 450	550	40 195	827	59 493	2	650	4	1 620	70	8 620	98	14 550
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	50	3 702	48	4 251	3	2 260	4	755	59	1 575	46	4 509
Sonstige Gesellschaften	16	8 949	4	2 048	609	39 984	631	35 450	15	9 298	11	7 516	169	11 407	199	12 826
	183	252 189	184	228 041	4098	354 186	4447	378 672	427	759 078	369	448 561	962	104 234	1100	138 536

Gründungen v. Akt.-Ges. u. Gesellsch. m. b. H. im Jahre 1913: 606 713 000 Mk., im Jahre 1912: 606 375 000 Mk.,
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1913: 587 097 000 „ „ „ 1912: 863 312 000 „

Gesamtanspruch im Jahre 1913: 1 193 810 000 Mk., im Jahre 1912: 1 469 687 000 Mk.

Digitized by Google

Eine Zusammenstellung der Gründungen und Kapitalserhöhungen im ersten und zweiten Halbjahr sowie im ganzen Jahre 1913 zeigt, verglichen mit den Ziffern für 1912, folgendes Bild:

Gründungen.

im I. Semester 1912:	342 855 000 M.	im I. Semester 1913:	291 830 000 M.
„ II. „ 1912:	263 520 000 „	„ II. „ 1913:	314 883 000 „
insges. im Jahre 1912:	606 375 000 M.	insges. im Jahre 1913:	606 713 000 „

Kapitalserhöhungen.

im I. Semester 1912:	541 689 000 M.	im I. Semester 1913:	267 925 000 M.
„ II. „ 1912:	321 623 000 „	„ II. „ 1913:	319 172 000 „
insges. im Jahre 1912:	863 312 000 M.	insges. im Jahre 1913:	587 097 000 M.

Gründungen und Kapitalserhöhungen.

Gesamtanspruch im Jahre	1913:	1 193 810 000 M.
„ „ „	1912:	1 469 687 000 „
„ „ „	1911:	1 360 507 000 „
„ „ „	1910:	1 329 324 000 „

An Genossenschaftsgründungen haben im Dezember laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
36	11	1	7	7	103
Dagegen im Dezember 1912:					
29	7	0	7	16	75
Dagegen im Dezember 1911:					
99	23	0	13	9	62

Insgesamt sind also gegründet worden:

Dez. 1913:	44 Genossenschaften m. unb. H. u.	121 Genossenschaften m. b. H.	
„ 1912:	45 „ „ „ „	89 „ „ „	
„ 1911:	108 „ „ „ „	98 „ „ „	

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Dezember fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Angerburg	5	in Düsseldorf	8	in Königsberg, Pr.	6
„ Berlin	74	„ Duisburg	5	„ Landau, Pfalz	6
„ Bottrop	6	„ Erfurt	20	„ München	18
„ Bremen	11	„ Essen, Ruhr	22	„ Nürnberg	8
„ Breslau	10	„ Frankfurt, Main	11	„ Plauen, Vogtl.	7
„ Chemnitz	10	„ Gelsenkirchen	9	„ Posen	26
„ Cöln, Rhein	7	„ Gotha	5	„ Straßburg, Els.	7
„ Colmar, Els.	5	„ Hamburg	27	„ Stuttgart	12
„ Dresden	11	„ Hannover	13	„ Traunstein	10

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Dezember 1913:

769 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

im IV. Quart. 1913:

2687 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im Dezember 1913.

Reichsbank. Setzt ihren Diskontsatz am 12. Dezember von 5½ % auf 5 % herab. Die Nebenstelle Gießen wird zur Hauptstelle erhoben. Die Bank verteilt auf die Dividende pro 1913 die zweite statutarische Abschlagszahlung von 1¾ %. Ist an der Insolvenz der Cöthener Bankfirma S. Herzberg Söhne mit 0,30 Mill. M. beteiligt. Kaiserlicher Bankdirektor Frenkel von der Hauptstelle in Leipzig ist gestorben.

Seehandlung. Das von dem Institut geführte Konsortium für die Uebernahme von 6 Mill. M. 4 % Krefelder Stadtanleihe löst sich unter Verteilung eines Gewinnes von 0,16 % auf.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Leiht im Dezember am Berliner Geldmarkt wenig Ultimogeld, dagegen viel tägliches Geld aus.

Deutsche Bank. Verhandelt mit dem türkischen Finanzminister Dschawid Bey wegen einer größeren Anleihe. Weigert sich, ihre Zusagen in der Gewerkschaftsfrage (vgl. Dezemberheft) schriftlich zu fixieren, worauf die Gewerkschaften ihre Depositen teilweise kündigen. Die Bank verzichtet auf Innehaltung der Kündigungsfrist. Im „Vorwärts" werden gleichzeitig die Berliner Handels-Gesellschaft, die Mitteldeutsche Creditbank und der Schaaffhausen'sche Bankverein als Bankverbindung empfohlen, da diese eine entsprechende schriftliche Erklärung bezügl. des Koalitionsrechtes ihrer Beamten abgegeben hätten. Direktor Millington-Herrmann tritt in den Aufsichtsrat der in eine A.-G. mit 12 Mill. M. umgewandelten Maschinenfabrik R. Wolf, Magdeburg, ein. Die Bank ist an der neugegründeten Russischen A.-G. für elektrische Ravonstationen interessiert (Kap. 4 Mill. Rbl.), die der zum Konzern der Bank gehörigen Elektr. Licht- und Kraftanlagen A.-G. nahesteht. Ein neuerbautes rumänisches (Petroleum-) Motortankschiff erhält den Namen „Arthur von Gwinner". Unter Mitwirkung der Pester Ung. Commerzial-Bank (die ebenfalls an der Liquidation des Fürstenkonzerns interessiert ist, vgl. Oktoberheft 1913) verkauft Fürst Hohenlohe seine in Oberungarn gelegenen Forsten. Die Bank erwirkt die Zulassung von 2,5 Mill. M. jg. Aktien der Ver. Glanzstoff-Fabriken zur Berliner Börse.

Disconto-Gesellschaft. Uebernimmt konsortialiter 1,5 Mill. M. 4 % Anleihe der Stadt Herne à 92,40 % (à 93,75 % zur Zeichnung aufgelegt). Die früher zum Konzern der Bank gehörige Cie. Parisienne de l'air Comprimé (Popp) verteilt wieder eine Dividende von 45 Fr. pro Aktie. Der bisherige Leiter der Osnabrücker Filiale der Deutschen Nationalbank, Regierungsrat Thorade, tritt als stellv. Direktor in die Berliner Zentrale der Bank ein. Prokurist Westerburg wird zum stellv. Direktor ernannt. Dr. iur. Sachs (der Leiter der Braunkohlen-Abteilung der Bank) tritt in den Petschek-Konzern ein. Die Bank erwirbt die Zulassung von 30 Mill. M. jg. Hapag-Aktien und 1,8 Mill. M. jg. Aktien der Papierfabrik Reisholz zur Berliner Börse.

Dresdner Bank. Verlegt ihre Zentrale nach Berlin; die bisherige Hauptniederlassung in Dresden wird in eine Filiale umgewandelt. Die im Besitze des von der Bank geführten Konsortiums befindlichen Aktien der Continentalen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft gehen an die A.-G. für Bahn-Bau und -Betrieb über. Geh. Oberfinanzrat Müller scheidet aus dem Vorstand aus und wird in den Aufsichtsrat eintreten. Die Meldung von dem beabsichtigten Eintritt des Dresdner Oberbürgermeisters Beutler in den Aufsichtsrat der Bank wird dementiert. Die 1908 gegründete Zweigniederlassung der Bank in Eschwege wird von dem Hessischen Bankverein, Cassel, übernommen. Das Aufsichtsratsmitglied, Senator Achelis, ist gestorben. Der bisherige Mitleiter der Mannheimer Filiale, Aschaffenburg, tritt als stellv. Direktor in die Frankfurter Niederlassung ein, deren bisheriger Prokurist Loeb die Leitung der Filiale Mannheim übernimmt. Ein bei der Berliner

Digitized by Google

Zentrale mittels eines gefälschten Wechsels unternommener Betrugsversuch (Objekt 20 000 M.) mißglückt; die beiden Betrüger werden verhaftet. Die Bank erwirkt die Zulassung von 4 Mill. M. J. E. Reinecker Aktien und 0,8 Mill. M. jg. Aktien der Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann zur Berliner Börse.

Darmstädter Bank. Die von der Bank gemachten Vorschläge zur Sanierung der Lederer-Brauerei-Gesellschaft, Nürnberg. (Zusammenlegung der 3,25 Mill. M. Aktien auf 1,95 Mill. M. und Ausgabe von 1 Mill. M. 6 % Vorzugsaktien) werden von den Lederer-Aktionären angenommen. Die Bank legt konsortialiter 7,7 Mill. M. 5 % Anleihe der Elektrizitätsgesellschaft Lahmeyer à 99,75 % zur Zeichnung auf. Direktor Bodenheimer tritt in den Aufsichtsrat der Ostelbischen Spritwerke ein. Die von der Bank in der Generalversammlung der Sangerhäuser Maschinen-A.-G. beantragte Dividendenerhöhung von 10 % auf 11 % wird abgelehnt. Die Bank ist an der Insolvenz der Cöthener Bankfirma S. Herzberg Söhne mit 0,08 Mill. M. beteiligt. Dr. Rosin wird zum stellv. Vorstandsmitglied, die Herren Sander, Rehfeld und Deutsch werden zu stellv. Direktoren ernannt. Die Bank eröffnet eine weitere Depositenkasse in Frankfurt a. M. Erwirkt die Zulassung von 3,5 Mill. M. 4 % Barmer Stadtanleihe zur Berliner Börse.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Ist zu einer Reduktion der Dividende auf 3 % gezwungen (i. V. wurden 5 % verteilt). Die Aktien der Bank erfahren darauf vorübergehend einen erheblichen Kursrückgang. Direktor Dr. Fischer tritt in den Aufsichtsrat der A. E.-G. ein. Ein Konsortium unter Führung der Bank gewährt der Bergwerksgesellschaft Trier ein 5 % Darlehen. Siehe auch Deutsche Bank.

Berliner Handels-Gesellschaft. Ein von der Bank im Jahre 1909 konsortialiter erworbenes Terrain in Tanger geht (mit erheblichem Nutzen für das Konsortium) in französischen Besitz über. Die Bank hat ihre kommanditarische Beteiligung an der Belgrader Bankfirma Andréwitz & Cie. (vgl. Maiheft 1913) an die Pester Ungarische Commerzial-Bank abgestoßen. Uebernimmt 2 Mill. M. neue Aktien der Zuckerraffinerie Tangermünde à 120 % (deren Aktionären zum gleichen Kurse angeboten). Die zum Konzern der Bank gehörige schlecht rentierende Baugesellschaft Kaiser-Wilhelmstraße tritt in Liquidation. Siehe auch Deutsche Bank.

Commerz- und Disconto-Bank. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 3,5 Mill. M. 4 % Kottbuser Stadtanleihe an (im Januar 1914 à 94,50 % zur Zeichnung aufgelegt). Direktor Sobernheim tritt in den Aufsichtsrat der Frankfurter Allg. Versicherungsgesellschaft ein. Die Bank ist an der Insolvenz der Cöthener Bankfirma S. Herzberg Söhne beteiligt. Erwirkt die Zulassung von 3 Mill. Mark 4 % Anleihe der Stadt Mülhausen, 1,53 Mill. M. jg. Aktien der Brauerei Patzenhofer und 0,75 Mill. M. jg. Schimmel & Co.-Aktien zur Berliner Börse.

Nationalbank für Deutschland. Geheimrat Witting tritt in den Aufsichtsrat der Frankfurter Allg. Versicherungs-Gesellschaft ein.

Mitteldeutsche Creditbank. Wandelt ihre Kommanditen in Baden-Baden (Meyer & Diss) und Mainz (Weis & Herz) in Filialen um. Unter Mitwirkung der Bank wird die Firma J. F. Ginsberg in eine Akt.-Ges. mit 1,5 Mill. M. Kapital umgewandelt. Erwirkt die Zulassung von 5 Mill. M. der „Siemens" elektrische Betriebe zur Berliner Börse, ebenso von 4,5 Mill. M. 5 % Oblig. derselben Gesellschaft, die à 99.50 % zur Zeichnung aufgelegt werden. Vgl. auch Deutsche Bank.

A.-G. für Boden- und Kommunalkredit in Elsaß-Lothringen, Straßburg. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 10 Mill. M. 4½ % Hyp.-Oblig.

Digitized by Google

Alfelder Aktienbank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 4½ %.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Die Dividende pro 1913 wird auf wieder 8½ % geschätzt. Unter Mitwirkung der Bank wird die Bank für Grundbesitz G. m. b. H. in Chemnitz (Kap. 1.25 Mill. M.) in eine A.-G. mit 2 Mill. M. Kap. umgewandelt.

Anhalt-Dessauische Landesbank, Dessau. Die zum Konzern der Bank gehörige, 1912 sanierte Anhalter Tapetenfabrik Ernst Schütz weist pro 1912/13 eine Unterbilanz von 0,20 Mill. Mark aus.

Gebr. Arnhold, Dresden. Uebernehmen konsortialiter 1 Mill Mark 4 % Zittauer Stadtanleihe (à 94,60 % zur Zeichnung aufgelegt).

Bank für Handel und Gewerbe, Bremen. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 6¼ %.

Bank für Thüringen vorm. A. M. Strupp, Meiningen. Uebernimmt konsortialiter 1,50 Mill. M. 4 % Meininger Landeskredit-Oblig. (à 96,50 %) zur Zeichnung aufgelegt. Ist an der Insolvenz der Mühlenwerke Reinemann mit 0.33 Mill. M. angeblich gedeckten Forderungen beteiligt.

Bank von Elsaß-Lothringen, Straßburg. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 8 %.

Bankverein für Schleswig-Holstein, Neumünster. Errichtet eine Filiale in Ahrensburg.

Banque de Mulhouse, Mülhausen. Ist an der Insolvenz des Kaufhauses Wertenschlag-Meyer, Mülhausen, beteiligt.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Uebernimmt die Ausbietungsgarantie für 2 Mill. M. des von der Preuß. Hypotheken-Aktien-Bank und der Rheinischen Hypothekenbank auf den Neubau des Leipziger Warenhauses Althoff gewährte Hypotheken-Darlehen von 5 Mill. M. Ist an der Insolvenz der Bielefelder Baumaterialienfirma Friedrich Pelzer beteiligt.

Bayerische Handelsbank. Direktor v. Pechmann hat einen „Entwurf eines Reichsgesetzes betr. das Erbbaurecht" veröffentlicht.

Joh. Berenberg-Goßler & Co., Hamburg. Der Seniorchef des Bankhauses, Freiherr v. Berenberg-Goßler, ist gestorben.

Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld. Errichtet eine Filiale in Bielefeld und Depositenkassen in Idar und Velbert. Unter Mitwirkung der Bank wird die Ver. Herd- und Ofenfabriken A.-G. mit 1.10 Mill. M. Kapital errichtet (Vereinigung der Westf. Herd- und Ofenfabrik und der Westf. Stanz- und Emaillierwerke). Die Generalversammlung der Bergisch-Märkischen Industriegesellschaft genehmigt die vorgeschlagene Sanierung (vgl. Dezemberheft).

Berliner Maklerverein. Die Herren Caro und Alexander scheiden Ende 1913 aus dem Vorstand aus.

S. Bleichröder, Berlin. Mitinhaber Generalkonsul Blaschke wird in den Adelsstand erhoben. Wegen des Kündigungsrechts eines Firmeninhabers entstehen unter den Leitern der Firma Differenzen.

Braunschweiger Privatbank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 6 %.

Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 6 %. Die Generalversammlung genehmigt die Erhöhung der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder.

Centralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Erhält von der hessischen Regierung einen Kredit von insgesamt 3 Mill. M. Für die Dauer des Kredits wird bei der Kasse ein Staatskommissar bestellt.

Digitized by Google

Coburg-Gothaische Credit-Gesellschaft, Coburg. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 5 %.

Commerzbank in Lübeck. Die Dividende pro 1913 wird neuerdings auf nur 7 % geschätzt (Novemberschätzung 7½ %).

Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Dresden. Die Unterbilanz hat sich im zwölften Liquidationsjahr auf 17,58 (i. V. 17,57) Mill. M. erhöht.

Danziger Privat-Aktien-Bank. Erklärt, trotz des Verlustes von rund 0,5 Mill. M. aus den Malversationen der Vorsteher ihrer Depositenkasse Lauenburg (vgl. Dezemberheft) die vorjährige Dividende von 7½ % aufrecht erhalten zu können.

Delbrück, Schickler & Co., Berlin. Dr. Ratjen tritt in den Aufsichtsrat der A. E. G. ein. Wie jetzt bekannt wird, ist die Verwaltung des Kaiserlichen Privatvermögens nach dem Tode des Mitinhabers Delbrück (April 1913) auf den Schatullenverwalter allein übergegangen. Das Bankhaus Gebr. Schickler verlegt sein Domizil von der Gertraudtenstr. nach dem Gebäude der Firma Delbrück, Schickler & Co. (Mauerstr.).

Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg. Die Urteilsbegründung des vom Reichsgericht gegen die Bank in dem Prozeß gegen den Reichsfiskus (vergl. Juni- und Septemberheft 1913) ergangenen Urteils ist veröffentlicht worden.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 11 Mill. M. 4½ % Galizische Landes-Anleihe an. Uebernahmekurs angeblich 85 % (!).

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Beantragt die Zwangsversteigerung auf zwei Berliner Grundstücke des in Konkurs gegangenen Baumeisters Berndt.

Deutsche Nationalbank, Komm.-Ges. a. A., Bremen. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 6½ %. Die Bank schlägt eine Fusion mit der bisher zum Konzern der Hannoverschen Bank gehörigen Leher Bank (Kap. 2,50 Mill. M.) vor und trifft gleichzeitig mit der Hannoverschen Bank ein Abkommen über die Abgrenzung der Interessengebiete beider Institute. Der Leiter der Filiale in Osnabrück, Regierungsrat Thorade, tritt in die Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin, ein.

Deutsche Orientbank, Berlin. Uebernimmt 0,46 Mill. tür. Pfund 6 % türkische Schatzscheine zum Kurse von 90 % (zum Kurse von ca. 93 % placiert).

Deutsche Palästina-Bank, Berlin. Zwecks der Liquidierung des Fürstentrusts werden 1 Mill. M. im Besitz der Bank befindliche Anteile der Glückauf-Sarstedt G. m. b. H. sowie das von der Bank der Gesellschaft gewährte Darlehen von der Kali-Gewerkschaft Neu-Staßfurt übernommen, die auch 4 Mill. M. Aktien der Kaliwerke Friedrichshall A.-G. aus dem Besitz der Handelsvereinigung übernimmt.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Erwirkt die Zulassung von 10 Mill. M. 4 % Hyp.-Pfandbriefen, 5 Mill. M. 4 % Komm.-Oblig. und 1,5 Mill. M. jg. Aktien der Rheinischen Hypothekenbank zur Frankfurter Börse.

Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin. Das Aufsichtsratsmitglied Duhnkrack (Mitinhaber der insolventen argentinischen Firma Duhnkrack, Neller & Co.) scheidet aus dem Aufsichtsrat aus.

Essener Credit-Anstalt. Uebernimmt konsortialiter 0,5 Mill. Mark neue Aktien der Essener Aktienbrauerei al pari (deren Aktionären zum gleichen Kurse angeboten). Erwirkt die Zulassung von 4 Mill. M. 4½ % Hyp.-Oblig. der Gewerkschaft Helene und Amalie zur Essener Börse.

Digitized by Google

Freiberger Bankverein, Freiberg. Direktor Fiedler tritt in die Direktion der Erfurter Filiale der Mitteldeutschen Privatbank ein, bleibt aber in der Freiberger Bank weiter als Aufsichtsratsmitglied.

Geestemünder Bank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 8 %.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. Ist an dem Zusammenbruch der Cöthener Bankfirma S. Herzberg Söhne mit 0,75 Mill. M. beteiligt.

Hannoversche Bank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 7½ %. Vgl. auch Deutsche Nationalbank.

Hannoversche Boden-Credit-Bank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 6½ %.

Hanseatische Bank in Konk., Hamburg. In der Gläubigerversammlung wird erklärt, daß die Gläubiger bei Durchführung des Konkursverfahrens (für die das Gericht einen Vorschuß von 10 000 M. verlangt) zum großen Teil befriedigt werden könnten.

Hardy & Co. G. m. b. H. (Kommandite der Rheinisch-Westfälischen Diskonto-Gesellschaft). Der Gründer der Firma, James Hardy, ist gestorben.

Hessischer Bankverein, Cassel. Uebernimmt die Zweigniederlassung der Dresdner Bank in Eschwege.

Hildesheimer Bank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 9 %.

Hypothekenbank in Hamburg. Gewährt der Terrainges. am Flugplatz Johannisthal eine Hypothek von 0,85 Mill. M. à 4¾ % und hohe Abschlußprovision. Verhandelt wegen der Beleihung des Berliner Bürohauses Römischer Hof (Betrag rund 3 Mill. M.).

Kattowitzer Bankverein. Verteilt voraussichtlich eine Dividende von wieder 7 %.

Königsberger Vereinsbank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 7 %.

Leher Bank. Vgl. Deutsche Nationalbank.

Löbauer Bank. Die voraussichtliche Quote im Konkurs der Kleiderfabrik Grunewald & Rößler, Seifhennersdorf, an dem die Bank mit 0,37 Mill. M. beteiligt ist, beträgt 18 %; diejenige im Konkurs der Mechanischen Kleiderfabrik C. A. Paul, Eibau (an der die Bank mit einer hypothekarisch sichergestellten Forderung beteiligt ist), wird auf 7 % geschätzt.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank, Neustrelitz. Die Aufsichtsratsmitglieder Bankdirektor Dr. Faull (Schwerin), Bankdirektor Kleinert (Rostock) und Rechtsanwalt Dr. Wiebering (Schwerin) scheiden aus. Ihr Austritt steht im Zusammenhang mit dem Erwerb von 2 Mill. M. Aktien der Bank, die bisher im Besitz der Rostocker Bank waren, durch den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz.

Mendelssohn-Bartholdy & Co., Berlin. Unter dieser Firma wird in Berlin ein neues Bankhaus errichtet, das aber in keinem Zusammenhang mit der Firma Mendelssohn & Co. steht.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Geht zur Ausgabe von 4½ % Grundrentenbriefen über und legt 3 Mill. M. dieser Kategorie à 99,25 % zur Zeichnung auf.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Ist an dem Konkurs der Graubenmühle A. Oppenheimer & Co. mit 0,41 Mill. Mark Forderungen beteiligt. Direktor Schultze tritt in den Aufsichtsrat der in eine A.-G. mit 12 Mill. M. Kapital umgewandelten Magdeburg-Buckauer Maschinenfabrik R. Wolf ein. Die von der

Digitized by Google

Bank konsortialiter übernommenen 5 Mill. M. 4 % Hallesche Stadtanleihe ist durch Zeichnungen gedeckt, so daß sich die vorgesehene Emission erübrigt. Die Leitung der Erfurter Filiale geht an Direktor Fiedler (bisher Vorschußbank in Freiberg) über.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Erwirkt die Zulassung von 5 Mill. Kr. 5 % Oblig. der Kopenhagener Telefon-Gesellschaft zur Hamburger Börse (al pari zur Zeichnung aufgelegt).

Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg. Herr v. Kukowski tritt in den Vorstand der mit 0,4 Mill. M. neugegründeten Diskontobank A.-G., Bromberg, ein.

Oberlausitzer Bank, Zittau. Ist an dem Zusammenbruch der Copsfärberei und Bleicherei Löbau G. m. b. H. beteiligt (voraussichtliche Quote 38 %).

Oldenburgische Spar- und Leihbank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 10 % (i. V. 9 %).

Osnabrücker Bank. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 7½ %.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Komm.-Rat Michalowsky tritt in den Aufsichtsrat der Ostelbischen Spritwerke ein.

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 9½ %.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, Berlin. Gewährt (mit der Rheinischen Hypothekenbank und der Versicherungsgesellschaft „Nordstern") auf den Neubau des Leipziger Warenhauses Althoff ein Hypothekardarlehen von 5 Mill. M.

Preußische Pfandbrief-Bank, Berlin. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 8 %.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Die Filiale Mülhausen ist an der Insolvenz des Kaufhauses Wertenschlag-Meyer beteiligt.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. 1,5 Mill. M. jg. Aktien, 10 Mill. M. 4 % Hyp.-Pfandbriefe und 5 Mill. M. 4 % Komm.-Oblig. werden zur Frankfurter Börse zugelassen. Gewährt (mit der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank und der Versicherungs-A.-G. Nordstern) auf den Neubau des Leipziger Warenhauses Althoff ein Hypothekardarlehen von 5 Mill. M.

Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft, Aachen. Direktor Friedrich (Filiale Düsseldorf) tritt in den Aufsichtsrat der mit 1 Mill. M. Kapital neugegründeten Dortmunder Mühlenwerke A.-G. ein. Die Bank ist an der Insolvenz der Bielefelder Baumaterialienfirma Friedrich Pelzer beteiligt (voraussichtliche Quote 18 %).

Sächsische Boden-Credit-Bank, Dresden. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 7 %.

Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank, Breslau. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 8 %.

Schlesischer Bankverein. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 7½ %.

Schwarzburgische Hypothekenbank, Sondershausen. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 5½ %.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft, Mannheim. Führt das Konsortium, das 1,26 Mill. M. alte Aktien der Wassergasschweißwerke Gustav Kuntze A.-G., die zur Deckung eines Verlustes von 0,72 Mill. M. und zu Rückstellungen verwandt werden, übernimmt und der Gesellschaft weitere Betriebsmittel gewährt. Unter Mitwirkung der Bank wird die Maschinenfabrik Kaiser & Co., Cassel, in eine A.-G. mit 1,40 Mill. M. Kapital umgewandelt.

Digitized by Google

Vereinsbank in Hamburg. Uebernimmt konsortialiter 10 Mill. Kronen 4½ % Pfandbriefe der Norwegischen Hypotheken-Bank.

Vereinsbank in Zwickau. Ist an der Umwandlung der Bank für Grundbesitz G. m. b. H., Chemnitz, beteiligt. (Vgl. Allg. Deutsche Credit-Anstalt.)

Vogtländische Credit-Anstalt. Falkenstein. Errichtet eine Zweigniederlassung in Treuen.

M. M. Warburg, Hamburg. Unter Mitwirkung der Bankfirma wird die Forsayth G. m. b. H. in die Hamburg-Südsee A.-G. umgewandelt.

Zahlungseinstellungen usw. Die 1909 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelte Bankfirma S. Herzberg Söhne, Berlin und Cöthen, geht in Konkurs. — Die Gläubiger der Schiffbeker Bank G. m. b. H. in Liqu. lehnen teilweise den angebotenen Vergleich auf der Basis von 50 % ab. Die Bank geht in Konkurs. — Die Gläubiger und Spareinleger der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bendorfer Volksbank gewähren der Bank einen einjährigen Zahlungsaufschub. Das Vorstandsmitglied Dr. Kohls wird entlassen, der Aufsichtsrat regreßpflichtig gemacht. — Die Gläubiger der Ronsdorfer Bank erhalten eine weitere Teilzahlung von 10 % (insgesamt jetzt 50 %). — Im Konkurs der polnischen Bankfirma Koehler & Janiszewski, Kattowitz, beträgt die Quote voraussichtlich 13 %. — Die Gläubiger der Bonner Bank für Handel und Gewerbe in Konkurs erhalten Anfang 1914 eine weitere Quote von 5 % (bisher 75 %). — Die Gewerbebank in Lollar geht infolge erheblicher Unterschlagungen ihres Direktors Nieß in Konkurs. — Der wegen Unterschlagung von 0.30 Mill. M. geflüchtete Bankdirektor Stock vom Bankverein in Zeulenroda hat sich seiner Verhaftung durch seinen Eintritt in die französische Fremdenlegion entzogen. — Die Gläubiger der in Konkurs gegangenen Bankfirma Emil Werthauer Nachf., Hannover, erhalten eine Abschlagsquote von 7½ % (die Gesamtquote wird auf 15 % geschätzt).

Die ausländischen Banken im IV. Quartal 1913.

I. Oesterreich-Ungarn.

Oesterreich-Ungarische Bank. Generalsekretär Hofrat v. Pranger demissioniert nach 13jähriger Tätigkeit. An seine Stelle tritt sein bisheriger Stellvertreter v. Schmid. Hofrat v. Pranger wird an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes Hatvany-Deutsch in den Generalrat der Bank eintreten. Die Bank setzt am 27. November ihren Diskontsatz von 6 % auf 5½ % herab. Ein an die Triester Niederlassung der Bank gerichteter Geldbrief mit 912 Mill. Kr. Inhalt wird beraubt. Der durchschnittliche Notenumlauf der Bank betrug im Jahre 1913 2349 (i. V. 2298) Mill. Kr.

Ungarische Postsparkasse. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 250 Mill. Kr. und 150 Mill. Kr. 4½ proz. ungar. Schatzscheine an.

Sparkassen. Die Erste österreichische Sparkasse erhöht ihren Zinsfuß für Spareinlagen von 3¾ auf 4 %, den Zinsfuß für Hypotheken-Darlehen von 4¼ auf 4½ %.

Bankstatistik. 6 mährische Banken, 1 österreichisch-schlesische, 5 galizische und 8 Banken der Alpen- und Küstenländer wiesen nach einer Zusammenstellung des „Tresor“ Ende 1912 folgende Haupt-

Digitized by Google

ziffern auf: Kapital: 119,05 (1911 107,33), Reserven 24,51 (20,58), Einlagen 123,79 (123,58), Kreditoren 305,577 (283,01), Kasse 17,01 (9,90), Wechsel 121,88 (136,06), Debitoren 354,46 (323,64, Hypotheken- und Korporationsdarlehen 237,50 (225,91) Mill. Kr. Der Reingewinn pro 1912 betrug 11,17 (i. V. 9,90) Mill. Kr., die Dividende im Durchschnitt 6,6 % (i. V. 6,5 %).

Banken und Krisis. Die österreichischen Banken sind, obwohl das Jahr 1913 für Oesterreich-Ungarn ein Jahr des Notstandes, der größten Geldteuerung und der härtesten Kreditschwierigkeiten gewesen ist, nach der „N. Fr. Pr." von der wirtschaftlichen Krisis unberührt geblieben. Sie schneiden angeblich vielfach besser ab, als die deutschen Banken.

Geldmarkt. Der Wiener Privatdiskont betrug im Jahre 1913 im Durchschnitt 5,73 % gegen 4,84 % i. V. Der durchschnittliche Wechseldiskontsatz der 10 größten Wiener Banken betrug im Jahre 1913 6,25 % (i. V. 5,45 %).

Zahlungseinstellungen usw. Die seit 45 Jahren bestehende Bankfirma Karl M. Ullmann, Fünfkirchen, die ihre Mittel in zweifelhafte industrielle Unternehmungen gesteckt hat, geht in Konkurs. Den Passiven von 7,4 Mill. Kr. (davon 2,8 Mill. Kr. Spareinlagen) stehen Aktiva von 5,2 Mill. Kr. gegenüber. Der Inhaber Koloman Telegdi flüchtet. Die Konkursquote der nicht bevorrechtigten Forderungen wird auf ca. 30 % geschätzt. — Die Ungar. Landes-Eisenbahnersparkasse, Budapest tritt in Liquidation. — Die Alberti Irsaer Sparkasse A.-G. (Kap. 0,24 Mill. Kr.) geht in Konkurs, ebenso die Szegediner landwirtschaftliche und Gewerbebank. — Die Oroshazaer Volksbank gerät in Zahlungsschwierigkeiten (Kap. 1 Mill. Kronen). Die Direktion erklärt sich zur teilweisen Deckung des Verlustes bereit. — Die südungarische volkswirtschaftliche Bank, Szegedin, über die der Konkurs bereits einmal verhängt, aber wieder aufgehoben worden war, geht von neuem in Konkurs.

Allgemeine Depositenbank, Wien. Gehört den Konsortien für die Uebernahme von 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarischen Schatzscheinen und 60 Mill. M. Kassenscheinen der Stadt Wien an.

Allgemeine Oesterreichische Boden-Credit-Anstalt, Wien. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 250 Mill. Kr. und 150 Mill. M. ungarische Kassenscheine an (vergl. S. M. v. Rothschild). Gewährt mit der Niederösterreichischen Eskompte-Gesellschaft der chinesischen Regierung ein Darlehen von 2 Mill. £ gegen Hergabe von 6 % fünfjährigen Schatzscheinen (Uebernahmekurs 92 %). Ein großer Teil des Darlehens fließt in der Form von Aufträgen den der Bank nahestehenden Industrieunternehmungen (Skodawerke) wieder zu. Die Bank erwirbt von den Skodawerken die Aktienmajorität der Cantiere Navale Triestino (Kap. bisher 6 Mill. Kr.), die ihr Kapital um 3 auf 9 Mill. Kr. erhöht; die neuen Aktien werden von der Bank übernommen und den Cantiere-Aktionären al pari angeboten. Unter Mitwirkung der Bank wird die Albanische Bank in Valona errichtet (vergl. Dezemberheft 1913 unter Albanien). Die der Bank nahestehenden Zuckerfabriken Schoeller & Co. A.-G. erhöhen ihr Kapital um 7 auf 21 Mill. Kr. Dr. Reisch tritt als Vertreter der Bank in den Verwaltungsrat der Allg. österr. Baugesellschaft ein. Die der Bank nahestehende A.-G. für Zuckerindustrie Göding verteilt pro 1912/13 eine Dividende von 5 % (i. V. 6 %), während die Karl Stummer Zuckerfabriken A.-G. einen Verlust von 0,10 Mill. Kr. ausweisen (i. V. 4 % Dividende).

Allgemeine Verkehrsbank, Wien. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 60 Mill. M. 4½ % Wiener Kassenscheinen und 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarischen Schatzscheinen an; ferner einem Konsortium, das von der Credit-Anstalt die 2 Mill. Kr.

Digitized by Google

Aktien der Schnellpressenfabrik Mödling erwirbt, die eine Interessengemeinschaft mit der Würzburger Druckereimaschinenfabrik Koenig & Bauer eingeht. Direktor Broch hält in der Wiener Kaufmannschaft einen Vortrag über die wirtschaftliche Krisis, ihre Ursachen und Wirkungen. Ein früherer Filialvorsteher der Bank, Friedenstein, gründet ein eigenes Bankgeschäft unter der Firma Friedenstein & Co.

Anglo-Oesterreichische Bank, Wien. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 250 Mill. Kr. und 150 Mill. M. ungarischen Kassenscheinen an (vergl. S. M. v. Rothschild), ferner dem Uebernahmekonsortium für 60 Mill. M. 4½ % Wiener Kassenscheine sowie dem Konsortium für die Uebernahme von 25 Mill. Kr. 5 % Prager Stadtanleihe (Emissionskurs 95,50 %, Uebernahmekurs 92 %), schließlich dem Uebernahmekonsortium für 30 Mill. Fr. 6 % bulgarische Schatzscheine. Unter Mitwirkung der Bank wird die Wiener Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik Manner & Co. in eine Act.-Ges. mit 6 Mill. Kr. Kapital umgewandelt. Präsident Morawitz wird anläßlich des 50 jährigen Jubiläums der Bank geadelt. Die der Bank nahestehende Schicht A.-G. erhöht unter Mitwirkung der Bank ihr Kapital um 20 auf 40 Mill. Kr. Die Bank erwirbt konsortialiter eine Option auf die Domäne Derekegyhaz des Grafen Lud. Karolyi. Errichtet Filialen in Karlsbad und Klattau und baut für die Filiale in Brünn ein eigenes Gebäude. Generalsekretär Rosenbaum tritt als Vertreter der Bank in den Verwaltungsrat der Johann M. Vernay A.-G. ein. Die Aktien der zum Konzern der Bank gehörigen Triester Reisschälfabriks-A.-G. erfahren einen erheblichen Kursrückgang.

Bank- und Wechselstuben A.-G. „Merkur", Wien. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 60 Mill. M. 4½ % Wiener Kassenscheine an und ist an der Uebernahme von 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarischen Schatzscheinen beteiligt. Unter Mitwirkung der Bank wird in Bienczyce eine Zuckerfabrik mit 6 Mill. Kr. Kapital errichtet (vergl. Industriebank für das Königreich Galizien). Der ausscheidende Direktor Chavanne (vergl. Oktoberheft 1913) erhält eine Ordensauszeichnung. An seine Stelle tritt Direktor Schwarz. Die stellv. Direktoren Rosenbaum und Steinbach werden zu ordentlichen Direktoren. Prokurist Kohn wird zum stellv. Direktor ernannt.

Böhmische Eskompte-Bank, Prag. Ist an der Insolvenz der Falkenau-Egerer Bergbau-Gesellschaft (Kap. 4,5 Mill. Kr.) hauptbeteiligt.

Böhmische Industrialbank, Prag. Direktor Dr. Pelikan tritt in den Verwaltungsrat der unter Mitwirkung der Bank neugegründeten Neutitscheiner Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen ein (Kap. 1,2 Mill. Kr.). Die Bank wird durch eine gefälschte Legitimation um 0,03 Mill. Kr. geschädigt.

Böhmische Union-Bank, Prag. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 25 Mill. Kr. 5 % Prager Stadtanleihe an (Uebernahmekurs 92 %, Emissionskurs 95,50 %). Unter Mitwirkung der Bank wird die Neutitscheiner Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen A.-G., Olmütz, errichtet (Kap. 1,2 Mill. Kr.), in deren Verwaltungsrat Direktor Kraus eintritt. Die Bank ist an der Insolvenz der Reichenberger Tuchfirma Jakob Weiseles & Söhne mit einem Wechselobligo von 0,13 Mill. Kr. beteiligt.

Industriebank für das Königreich Galizien und Lodomerien usw., Lemberg. Unter Mitwirkung der Bank wird in Bienczyce eine Zuckerfabrik mit 6 Mill. Kr. Kapital errichtet. (Vergl. „Merkur".)

Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft, Wien. Gehört dem Konsortium an für die Uebernahme von: 250 Mill. Kr. und 150 Mill. M. 4½ % ungar. Kassenscheinen, 60 Mill. M. 4½ % Wiener Kassenscheinen, 25 Mill. Kr. 5 % Prager Stadtanleihe (Uebernahmekurs 92 %, Emissionskurs 95,50 %), 30 Mill. Fr. 6 %

Digitized by Google

Bulgarischen Schatzscheinen und weiteren 2 Mill. £ 6 % Chinesischen Schatzscheinen (vgl. Boden-Credit-Anstalt). Unter Mitwirkung der Bank erhöht die Banque de Crédit Roumain ihr Kapital um 10 auf 20 Mill. Fr. Die der Bank nahestehende Ver. Elektrizitäts A.-G. verteilt eine Dividende von 6½ % (i. V. 6 %). Direktionssekretär Dr. Glaser tritt als Direktor in die Oesterr. Industrie- und Handelsbank ein (Kap. 8 Mill. Kr.). Vizedirektor Bombach erhält eine österr. Ordensauszeichnung.

Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Wien. Uebernimmt konsortialiter 250 Mill. Kr. und 150 Mill. Kr. 4½ % ungarische Staatskassenscheine (vergl. S. M. v. Rothschild), ferner konsortialiter 60 Mill. M. 4½ % Wiener Kassenscheine, 25 Mill. Kr. 5 % Prager Stadtanleihe und 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarische Schatzscheine. Lehnt dagegen die Uebernahme weiterer Chinesischer Schatzscheine als zu riskant ab; dieselben werden von der Boden-Credit-Anstalt und Niederösterr. Eskompte-Ges. übernommen. Die zum Konzern der Bank gehörige Mitterberger Kupfer-A.-G. verteilt pro 1912/13 eine Dividende von 8 % (i. V. 5 %) und erhöht ihr Kapital um 2,1 auf 4,2 Mill. Kr.; die Bank übt die ihr bei Gründung der Gesellschaft eingeräumte Option auf einen Teil der neuen Aktien aus. Stößt die in ihrem Besitze befindlichen 2 Mill. Kr. Aktien der Schnellpressenfabrik Mödling an ein Konsortium ab, dem u. a. die Allgemeine Verkehrsbank angehört (vergl. diese). Ehrenpräsident v. Gomperz ist im Alter von 93 Jahren gestorben. In den Verwaltungsrat der Bank tritt Sektionschef a. D. Dr. Brosche ein, der auch in den Verwaltungsrat der zum Konzern der Bank gehörigen A. E. G. „Union" kooptiert wird. Die Herren Lechner und Löwy werden zu Direktoren ernannt, Prokurist Weiner (Filiale Prag) zum stellvertr. Direktor.

Oesterreichische Länderbank, Wien. Führt das Konsortium für die Uebernahme von 60 Mill. M. 4½ % 1916 fälligen Kassenscheinen der Stadt Wien (Uebernahmekurs 93,60%, Emissionskurs 95,80%), Verzinsung rund 7,4% (!); 20 Mill. M. davon werden von der in Interessengemeinschaft mit der Bank stehenden Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M., in Deutschland placiert und auf Antrag der letzteren zur Frankfurter Börse zugelassen. Die Bank beteiligt sich ferner bei der Uebernahme von 250 und 150 Mill. Kr. 4½% ungar. Kassenscheinen, 25 Mill. Kr. 5 % Prager Stadtanleihe und 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarischen Schatzscheinen. Unter Mitwirkung der Bank wird die Albanische Staatsbank in Valona errichtet (vergl. Dezemberheft, unter „Albanien"), ferner die Elektrische Glühlampenfabrik Watt A.-G. (Kap. 2 Mill. Kr.). Die Bank wirkt (mit der Niederösterr. Eskompte-Ges.) bei der Kapitalserhöhung der Banque de Crédit Roumain um 10 auf 20 Mill. Fr. mit. Verkauft die in ihrem Besitz befindlichen Aktien der Erdwachsgesellschaft Boryslaw (Kap. 4 Mill. Kr.) mit einem Verlust von 30 %; für den Ausfall hatte die Bank angeblich bereits eine Reserve geschaffen. Generaldirektor Lohnstein feiert seinen 70. Geburtstag. Die Bank erwirbt die Auperschin-Zuckerfabrik von der Firma Weinmann & Fischek. Die zum Konzern der Bank gehörigen österreichischen Siemens-Schuckert-Werke erhöhen ihr Kapital um 6 auf 32 Mill. Kr. (die neuen Aktien werden den Schuckert-Aktionären à 125 % angeboten).

S. M. v. Rothschild, Wien. Führt das Konsortium, das 150 Mill. M. 4½ % neue ungarische Kassenscheine (fällig 1. 4. 1916) und 250 Mill. Kr. 4½ % ungarische Kassenscheine (fällig 1. 10. 1916) übernimmt, die zum Umtausch der am 1. 1. 1914 fälligen Schatzscheine dienen. Der Uebernahmekurs beträgt 93,60 %. 150 Mill. M. werden in Deutschland von der Gruppe der Diskonto-Gesellschaft übernommen und à 95,60 % zur Zeichnung aufgelegt, 250 Mill. Kr. in Wien à 95 %. Die Anleihe wird an der Wiener und Berliner Börse eingeführt. Das Bankhaus führt ferner das Konsortium für die Uebernahme von 30

Digitized by Google

Mill. Fr. 6 % Bulg. Schatzscheinen. Prokurist Kantor tritt in den Verwaltungsrat der Vöslauer Kammgarnspinnerei-A.-G. ein.

Unionbank, Wien. Direktor Otto Wiedmann, welcher der Bank seit 1872 angehörte und u. a. im Verwaltungsrat der zum Konzern der Bank gehörigen Bank für Oberösterreich und Salzburg und der Kroatisch-Slavonischen Landeshypothekenbank saß, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. An seine Stelle tritt der dem Verwaltungsrat der Bank angehörende bisherige Generaldirektor der Ungar. Agrar- und Rentenbank, Hofrat v. Barta, der gleichzeitig das Vizepräsidium im Aufsichtsrat der letzteren übernimmt. Die Bank gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 250 und 150 Mill. Kr. 4½ % Ungar. Kassenscheinen, 60 Mill. M. 4½ % Wiener Kassenscheinen und 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarischen Schatzscheinen an. Direktor Schick übernimmt das Vizepräsidium im Verwaltungsrat der Galizischen Karpathen-Petroleum-A.-G., Direktor Dr. Weishut tritt an Stelle von Wiedmann in den Verwaltungsrat des Oesterr. Lloyd ein.

Wiener Bankverein. Gehört den Uebernahmekonsortien für 250 Mill. Kr. und 150 Mill. M. 4½ % Ungarischen Kassenscheinen (vergl. S. M. v. Rothschild), für 25 Mill. Kr. 5 % Prager Stadtanleihe und 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarische Schatzscheine an. Legt (mit anderen Banken) 3 Mill. Kr. jg. Aktien des Cantiere Navale Triestino al pari zur Zeichnung auf. Ist an der Gründung der Albanischen Staatsbank in Valona beteiligt (vergl. unter „Albanien" im Dezemberheft 1913) und plant die Errichtung einer Bank in Serbien. Die zum Konzern der Bank gehörige Moravia-Brauerei verteilt pro 1912/13 eine Dividende von 7 % (i. V. 6 %), die Aktienbrauerei Serajewo wieder 4 %, die Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. Raab 7 % (i. V. 5 %).

Zivnostenska Banka (Gewerbebank), Prag. Uebernimmt konsortialiter 25 Mill. Kr. 5 % Prager Stadtanleihe à 92 % (Emissionskurs 95,50 %).

Pester Erste Vaterländische Sparkasse. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarische Schatzscheine an.

Pester Ungarische Commerzial-Bank. Generaldirektor Weisz, der der Bank 37 Jahre angehört, demissioniert und tritt als Vizepräsident in den Verwaltungsrat ein. Die Bank gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 250 und 150 Mill. Kr. 4½ % ungarischen Kassenscheinen und 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarischen Schatzscheinen an. Unter Mitwirkung der Bank wird die Albanische Staatsbank in Valona errichtet (vergl. unter „Albanien" im Dezemberheft 1913). Die Bank beabsichtigt den Erwerb und die Erschließung der von ihr mit 12 Mill. Kr. beliehenen, dem Fürsten Hohenlohe gehörenden Forsten in Oberungarn. Direktor Sztehlo feiert sein 40-jähriges Dienstjubiläum. (Vergl. Berliner Handels-Gesellschaft.)

Ungarische Agrar- und Rentenbank, Budapest. Generaldirektor v. Barta tritt in den Vorstand der Unionbank an Stelle des verstorbenen Direktors Wiedmann ein, behält aber als Vizepräsident des Aufsichtsrats einen maßgebenden Einfluß auf die Leitung des ungarischen Instituts.

Ungarische Allgemeine Kreditbank, Budapest. Wirkt bei der Gründung der albanischen Staatsbank, Valona, mit. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 250 und 150 Mill. Kronen 4½ % ungar. Kassenscheinen an (vergl. S. M. v. Rothschild) und demjenigen für die Uebernahme von 30 Mill. Fr. 6 % Bulgarischen Schatzscheinen.

Ungarische Bank- und Handels-A.-G., Budapest. Uebernimmt die 1912 gegründete Ungar. Effekten- und Industriebank (Kap. 15 Mill. Kr.) und erhöht ihr Kapital um 6 auf 66 Mill. Kr.

Digitized by Google

Für je 7 Aktien der Eff.- und Ind.-Bank, die in Liquidation tritt und deren Aktien zuvor im Verhältnis von 2:1 zusammengelegt werden, werden je 2 Aktien der Ung. B.- u. H.-A.-G. gegeben. Die Bank dementiert die Nachricht von der geplanten Demission des Präsidenten Herzogh. Gewährt (mit der Banque Foncière du Jura, Basel) der Stadt Temesvár ein Darlehen von 2,2 Mill. Kr. und stundet das der Stadt bereits gewährte Darlehen von 0,75 Mill. Kr. Der Verfasser eines in der Wochenschrift Pesti Futár erschienenen, die Bank schwer beleidigenden Artikels wird wegen Verleumdung zu 1000 Kr. Geldstrafe verurteilt.

Ungarische Eskompte- und Wechslerbank, Budapest. Gehört dem Uebernahmekonsortium für 250 und 150 Mill. M. 4½ % Ungar. Kassenscheine an.

Ungarisches Bodenkreditinstitut, Budapest. Aus dem Status per 30. September 1913: Hypotheken 407,19 (30. September 1912: 404,49), Pfandbriefe 405,74 (403,69) Mill. Kr.

Zentralhypothekenbank der ungarischen Sparkassen, Budapest. Die Dividende pro 1912/13 beträgt wieder 6 Prozent.

II. England.

Bank von England. Erhöht am 3. Oktober ihren Diskontsatz von 4½ % auf 5 % und gibt von Mitte Dezember ab Darlehne über den 31. Dezember hinaus nur à ½ % über offiziellen Zins, also à 5½ %.

Barbestände der Banken. Nach einem Bericht der Königlichen Münze betrug der Goldbestand in den Kassen der englischen Banken (einschl. Bank von England) am letzten Wochentage des Juni 1907 33,30, 1909 49,22, 1912 60,64 Mill. £, der Silberbestand an dem gleichen Stichtage 1907 5,51, 1909 7,09, 1912 5,97 Mill. £. Die Propaganda für die Erhöhung der Bargeldbestände hat sonach eine Zunahme um ca. 83 % binnen fünf Jahren bewirkt, was jedoch noch immer als ungenügend angesehen wird (vgl. Oktoberheft 1913, S. 1015).

Börsenwesen. Mitglieder einer Londoner Maklerfirma werden wegen unlauterer Machenschaften bei der Einführung der amerikanischen Marconi-Aktien auf fünf Jahre von der Börse ausgeschlossen.

Australisches Geldwesen. Ende Dezember 1911 betrug der Umlauf an Commonwealth-Noten 10,16, Ende 1912 10,01, Ende Juni 1913 9,16, Ende August 9,22 Mill. £, die dagegengehaltene Goldreserve 4,94, 4,47, 3,70, 3,75 Mill. £.

Englische Privatnotenbanken. Anfang November 1913 betrug der Notenumlauf bei acht Privatbanken und sechs Aktienbanken (vgl. Barclay & Co., Ltd.) 0,12 Mill. £ bei einer autorisierten Ausgabe von jetzt noch 0,53 Mill. £.

Schottische Notenbanken. Anfang Oktober 1913 betrug der durchschnittliche Notenumlauf der acht schottischen Notenbanken 7,57 Mill. £ bei 6,36 Mill. £ Bardeckung und einem gesetzlichen Notenkontingent von 2,68 Mill. £.

Irische Notenbanken. Anfang Oktober 1913 betrug der durchschnittliche Notenumlauf der sechs irischen Notenbanken 8,28 Mill. £ bei 4,44 Mill. £ Bardeckung; das Notenkontingent beträgt 6,35 Mill. £.

Canadisches Bankwesen. Die Entwicklung der canadischen Banken (die in London Niederlassungen unterhalten) wird durch eine Zusammenstellung des „Economist" illustriert. Danach betrugen am Ende der Jahre 1890 und 1912 (in Mill. £):

	Angabe	Filialen	Kap. u. Res.	Notenuml.	Depos.	Kasse etc.	Wechsel und Darlehen
1890	4	75	6,91	1,93	9,18	3,51	17,12
1913	7	1388	23,30	12,14	142,98	56,84	109,77

Digitized by Google

Banken- und Wirtschaftskrisis in Indien. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Peoples Bank of India und der Amritsar Bank (vgl. Oktoberheft 1913) stellen eine größere Anzahl national-indischer Banken, sog. Swadeshi-Banken, ihre Zahlungen ein, ferner auch die Kathiaway and Ahmedabad Banking Corporation (Kapital 10 Mill. Rup.). Der Antrag auf Konkurseröffnung über die Bombay Merchants Bank wird abgelehnt. Außerdem ist die Indian Specie Bank, Bombay, deren Direktor, der große Silberspekulant Chunilal Saraya, Selbstmord begeht, zur Liquidation gezwungen. Eine größere Anzahl Makler der Börse in Bombay geraten in Schwierigkeiten. Fünf gehen in Konkurs. Trotz der Verschärfung der wirtschaftlichen Krisis setzt die Bank of Bombay ihren Diskontsatz um 1 % auf 5 % herab.

Entwicklung des indischen Bankwesens. Die Hauptziffern der indischen Banken, die ihren Sitz in London haben oder dort Niederlassungen unterhalten, betrugen nach einer Zusammenstellung des „Economist" am Ende der Jahre 1890 und 1912 (in Mill. £):

	Angabe	Filialen	Kap. u. Res.	Notenuml.	Depos.	Kassa etc.	Wechsel und Darlehen
1890	5	50	4,35	1,24	17,96	4,32	27,54
1913	6	104	7,22	0,81	43,47	10,82	43,75

Insolvenzen. Die Gläubiger der in Konkurs gegangenen Charing Cross Bank erhalten eine zweite Abschlagsquote von 8 d pro £ (die erste Quote betrug 1 sh pro £).

Barclay & Co., Ltd., London. Nehmen die 1814 gegründete Bankfirma Simonds & Co., Reading, auf (Kapital 0,10 Mill. £). Durch diese Fusion sinkt die Zahl der das Notenprivileg innehabenden Banken von 15 auf 14 (8 Privatbanken und 4 Joint Stock Banken). Die Bank beabsichtigt, in Paris eine Niederlassung zu errichten.

Capital and Counties Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 2,55, fremde Gelder 39,07, Kasse und bei der Bank von England 6,07, Callgelder usw. 5,06, Wechsel und Darlehen 24,08 Mill. £.

Lloyds Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 7,11, fremde Gelder 92,22, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 15,25, Callgelder usw. 8,28, Wechsel 12,62, Darlehen 50,18 Mill. £.

London and South Western Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 2,35, fremde Gelder 20,44, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 3,41, Callgelder usw. 2,59, Darlehen 10,92, Wechsel 3,20 Millionen £. Die Bank errichtet eine weitere Filiale in London (Mining Lane).

London City and Midland Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 8,05, fremde Gelder 92,49, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 15,30, Callgelder usw. 11,82, Darlehen 49,84, Wechsel 12,98 Mill. £.

London County and Westminster Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 8,34, fremde Gelder 81,47, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 10,40, Callgelder 9,09, Darlehen 43,69, Wechsel 18,75 Mill. £.

London Joint Stock Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 4,07, fremde Gelder 34,87, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 4,92, Callgelder usw. 5,18, Wechsel und Darlehen 24,37 Mill. £. Eröffnet eine weitere Filiale in London (High Street).

National Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 2,01, fremde Gelder 14,12, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 2,12, Callgelder usw. 2,70, Darlehen 7,57, Wechsel 3,56 Mill. £.

Digitized by Google

National Provincial Bank of England, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 5,15, fremde Gelder 65,67, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 10,01, Callgelder usw. 5,11, Wechsel und Darlehen 41,36 Millionen £.

Parr's Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 4,77, fremde Gelder 41,86, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 6,74, Callgelder usw. 9,58, Wechsel und Darlehen 22,62 Mill. £.

Union of London and Smith's Bank, London. Hauptziffern der Zwischenbilanz per 30. November 1913: Kapital und Reserven 4,70, fremde Gelder 40,32, Kasse und Guthaben bei der Bank von England 6,25, Callgelder usw. 6,86, Wechsel und Darlehen 24,55 Millionen £.

Royal Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für das am 30. August 1913 beendete Halbjahr eine Abschlagsdividende von 10% p. a. (income-tax-pflichtig).

Commercial Bank of Scotland, Edinburgh. Erklärt für das am 31. Oktober beendete Geschäftsjahr eine Dividende von 20 % p. a. (income-tax-pflichtig).

National Bank of Scotland, Edinburgh. Verteilt für das am 1. November 1913 beendete Geschäftsjahr eine Dividende von 18 % (i. V. 20 %).

North of Scotland and Town and County Bank, Aberdeen. Verteilt für das am 30. September 1913 beendete Geschäftsjahr eine Dividende von wieder 12½ % p. a.

Royal Bank of Scotland, Edinburgh. Verteilt für das am 12. Oktober beendete Halbjahr eine Dividende von 12 % p. a. (i. V. 11 % p. a.).

African Banking Corporation, London. Errichtet eine Niederlassung in Nieuwoudtville (Kapland).

Anglo-Egyptian Bank, London. Verteilt für das am 31. August beendete Halbjahr eine Dividende von 15 % p. a. (wie i. V.).

Bank of Australasia, London. Verteilt für das am 15. April 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 17 % p. a. (income-tax-frei). Ein in der Generalversammlung eingebrachter Antrag auf frühere Rechnungslegung und frühere Verteilung der Dividende wird mit Rücksicht auf das ausgedehnte Filialnetz der Bank (Ende Oktober 204 Filialen) abgelehnt.

Bank of British North America, London. Errichtet Filialen in St. Catharine's (Ontario) und Kandahar (Saskatchewan).

Bank of Montreal. Verteilt für das am 31. Oktober 1913 beendete Quartal eine Dividende von 2½ % = 10 % p. a. sowie einen Bonus von 1 % für das Halbjahr, insgesamt also 12 % p. a. Eröffnet eine Filiale in Alberni (Br.-Columbia).

Bank of New Zealand, Wellington. Erklärt eine Abschlagsdividende von 6 % = 12 % p. a. auf die ordinary shares.

Canadian Bank of Commerce, Toronto. Eröffnet Filialen in Retlaw (Alberto) und Shaunavon (Saskatchewan).

Commercial Banking Company of Sydney. Eröffnet eine Filiale in Stanthorpe (Queensland).

Commercial Bank of Australia, Melbourne. Errichtet eine Filiale in Christchurch.

Dominion Bank of Canada, Toronto. Eröffnet eine Filiale in Walkerville (Ontario).

Digitized by Google

English, Scottish and Australian Bank, London. Erklärt für das am 30. Juni 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 8 % p. a. Errichtet Agenturen in Ripponlea und Upper Fern Tree Gully (Victoria).

Imperial Bank of Canada, Toronto. Erklärt für das am 31. Oktober 1913 beendete Quartal eine Dividende von 12% p. a.

London and Brazilian Bank, London. Erklärt für das am 31. Juli 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von 12 sh pro share = 12 % p. a. (income-tax-frei).

London and River Plate Bank, London. Verteilt für das am 30. September 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von 12 % pro anno, somit insgesamt 20 % p. a., wie im Vorjahr (income-tax-frei).

National Bank of Australasia, Melbourne. Verteilt für das am 30. September beendete Halbjahr eine Dividende von 7 % p. a. (i. V. 6 %). Eröffnet eine weitere Filiale in Perth (West-Australien).

National Bank of New Zealand, Wellington. Verteilt für das am 30. September 1913 beendete Geschäftsjahr eine Dividende von 12 % p. a. (wie i. V.).

National Bank of South Africa, Pretoria. Erklärt für die Periode 1. Januar bis 30. September 1913 eine Abschlagsdividende von 6 % p. a. Eröffnet eine Filiale in Springbok (Kap-Provinz) und Agenturen in Killarney und Oogies (Transvaal).

Royal Bank of Canada, Montreal. Erklärt für das am 30. November 1913 beendete Quartal eine Dividende von 3 % = 12 % p. a. Uebernimmt im Hinblick auf die Eröffnung des Panamakanals die 1836 gegründete British Guayana Bank, Georgetown (Kapital und Surplus 1,21 Mill. $).

Standard Bank of South Africa, London. Präsident Lord Welby äußert sich in der Generalversammlung sehr pessimistisch über die so stark gestiegenen unproduktiven Ausgaben für Rüstungszwecke, die in absehbarer Zeit zu schweren Erschütterungen des internationalen Geldmarktes führen müßten.

Union Bank of Australia, London. Errichtet Filialen in Gundagai (N. S. W.) und Gayndah (Queensl.).

Union Bank of Canada, Quebeck. Errichtet Filialen in Glacier (Br.-Columbia), Bourbonniere und Ontario Streets (Montreal), Dummer, Hughton (Saskatchewan).

Umschau.

DIE AMERIKANISCHE WÄHRUNGSREFORM.

Nach langen Kämpfen ist Ende Dezember die Currency-Bill vom Präsidenten der Vereinigten Staaten unterzeichnet und damit zum Gesetz erhoben worden. Die Bill hat während der 2½ Jahre, in denen sie sich aus dem sogenannten Aldrich-Plan allmählich in die Owen-Glass-Vorlage verwandelte, erhebliche Veränderungen erfahren. Das Grundprinzip aber ist geblieben. Es wird ein neues Bundesorgan, der Federal Reserve Board geschaffen, das seinen Sitz in Washington haben und — unter weitgehender Kontrolle der Regierung — die Aufsicht über die eigentlichen Träger der Währungsreform, nämlich die gleichfalls neu zu errichtenden acht bis zwölf Regionalbanken (Federal Reserve Banks) ausüben wird. Die beiden Organe zusammen werden etwa die Funktionen einer europäischen Centralnotenbank verrichten. Sie werden Handelswechsel (mit Bankgiro) diskontieren, Bankakzepte und Devisen ankaufen, Goldhandel treiben und zinsfreie Einlagen entgegennehmen. Das Grundkapital der Regionalbanken wird durch die etwa 8000 Nationalbanken aufgebracht, die 6 % ihres Kapitals und ihrer Reserven

Digitized by Google

einzuzahlen haben; für sie ist die Beteiligung an dem Federal Reserve-System obligatorisch, für die 22 000 Staats- und Trust-Banken ist sie unter sonst gleichen Bedingungen fakultativ. Die Deckung für die auszugebenden Noten wird in dem Golde bestehen, das den Regionalbanken teils aus den Kapitaleinzahlungen und Depositen (öffentlichen wie privaten), teils aus den Barreserven der Nationalbanken zufließt. Die letzteren haben nämlich etwa die Hälfte ihrer gesetzlichen Barreserve, von der sie bisher einen erheblichen Teil bei Nationalbanken der sogenannten „Reservestädte und Zentral-Reservestädte zu hinterlegen pflegten, künftig an die Regionalbank ihres Distrikts abzuführen. Für den Ausfall, den die Banken in den Zentralstädten dadurch erleiden, werden die Nationalbanken insgesamt durch eine Herabsetzung der gesetzlichen Barreserve entschädigt. Statt wie bisher 15 bis 25 %, brauchen sie künftig nur 12 bis 18 % der fremden Gelder in Reserve zu halten. Außerdem dürfen sie, soweit ihr Eigenkapital 1 Mill. $ übersteigt, fortan Filialen im Ausland unterhalten; ferner dürfen sie im Außenhandelsgeschäft auf sich trassieren lassen. Beides war ihnen bisher untersagt. Die Golddeckung der von den Federal Reserve Banks auszugebenden Noten soll in der Regel 40% betragen, darf jedoch auch geringer sein. In letzterem Fall ist außer der generellen halbprozentigen Notensteuer eine weitere Abgabe zu zahlen, die mit sinkendem Goldbestand steigt. Also das Prinzip der indirekten Kontingentierung wie in Deutschland, wirksamer gemacht durch eine Staffelsteuer. Somit haben die Vereinigten Staaten jetzt ihr langersehntes „elastisches" Währungssystem. Neben den angeblich starren — in Wirklichkeit durch ausländischen Ab- und Zufluß regulierbaren — Gesamtbestand an Gold- und Silberdollars, Metall-Zertifikaten, Greenbacks und Nationalbank-Noten, tritt demnächst das neue Zahlungsmittel der ungedeckten Federal Reserve-Noten, das sich, wie es in Amerika ganz wie in Europa so schön heißt, „den wechselnden Bedürfnissen des Verkehrs anschmiegen" und Krisen, wie die des Herbstes 1907, künftig unmöglich machen wird. In Wirklichkeit dürfte die Währungsreform nicht halten, was man von ihr erwartet. Da die Noten der Federal Reserve Banks nicht etwa an die Stelle der jetzt umlaufenden National Bank-Noten, sondern n e b e n diese Noten treten, die nur allmählich, binnen 20 Jahren, aus dem Verkehr gezogen werden sollen, so ist für die nächsten Jahre eine Inflation, eine Massen-Fabrikation von Kunstgeld, zu erwarten. Zunächst wird diese Inflation freilich eminent belebend auf den amerikanischen Markt einwirken, dem sie eine zwar unnatürliche und unberechtigte, nichtsdestoweniger aber gern gesehene Kaufkraft zuführen wird. Das ist auch der Grund, weshalb die maßgebenden Banken und die sie dirigierenden New-Yorker Großfinanziers sich mit der Currency Bill, deren politische Tendenz ihnen eigentlich wenig sympathisch ist, recht gut abgefunden haben. Zumal auch die erwähnte Ermäßigung der Depositen-Reserven Gelder freisetzt und für Kredite verfügbar macht. Aber diese künstliche Belebung der Gesamtwirtschaft trägt naturgemäß den Keim eines scharfen Rückschlags in sich, wie wir ja auch in Deutschland eben jetzt die üblen Wirkungen der mit ungedeckten Noten geförderten Kreditübertreibung der früheren Jahre erleben. An dieser bösen Perspektive ändert es nichts, daß man die neuen ungedeckten Noten natürlich nicht nach Willkür, sondern anfangs gemäß den wachsenden „Bedürfnissen" des Verkehrs (die man vom Grade der Wechsel-Fabrikation ablesen zu können glaubt), und späterhin zur Beseitigung der Geldklemme ausgeben wird, welche die unausbleibliche Folge der durch die ungedeckten Noten hervorgerufenen Steigerung der Nachfrage und Preise ist. Man wird also in Europa gut tun, sich durch die nach Aufnahme des Diskontgeschäfts seitens der Federal Reserve Banks zu erwartende Scheinblüte in den Vereinigten Staaten nicht beirren zu lassen, und vor allem nicht an das Märchen zu glauben, eine Wiederkehr der amerikanischen Geldkrisen sei fortan ausgeschlossen. Die schlimmen Wirkungen der

Digitized by Google

Elastizität des Geldes, die sich schon so überaus oft gezeigt und in England schließlich zur Beseitigung dieser Elastizität geführt haben, werden Amerika nicht erspart bleiben. Natürlich wird man sie dann nicht als das erkennen, was sie sind, sondern die Schuld auf die „Unvollkommenheiten" der jetzigen Reform schieben, die man dann durch eine neue Reform abzulösen trachten wird.

SPEZIALBANKEN?

Herr Dr. jur. Koppin, Hannover, schreibt dem Herausgeber: Eine noch so flüchtige Betrachtung unseres heutigen Erwerbslebens genügt, um feststellen zu können, daß es — im Gegensatz zu früheren Zeiten — völlig auf den Kreditverkehr zugeschnitten ist. Da das Wirtschaftsleben den Kreditverkehr braucht, so braucht es auch die Banken. Ohne Zweifel wäre es nun die ideale Aufgabe der Banken, die Produktionskraft aller Gewerbe ausnahmslos zu stärken, unser gesamtes Wirtschaftsleben durch zweckmäßige Verteilung der Kapitalien zu befruchten. Ebenso zweifellos ist es aber, daß die Banken dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Es bedarf in dieser Hinsicht wohl keines näheren Eingehens auf die bekannte Tatsache, daß unsere großen Banken ihre aktiven Kreditgeschäfte vorzugsweise mit Unternehmungen großen Stils tätigen, für die Befriedigung der Kreditbedürfnisse des sogenannten Mittelstandes dagegen wenig Neigung zeigen. Die einseitige Bevorzugung großer, insbesondere großindustrieller Unternehmungen, hat unter anderem auch zur Folge, daß jene in eine nicht wünschenswerte Abhängigkeit von den Banken geraten. Es sei nur daran erinnert, daß wiederholt Großbetriebe unter dem Einfluß der Großbanken (das versteckte Drohen mit Entziehung des Akzeptkredites ist ja bekannt) wider Willen in Syndikate gezwängt worden sind, an deren Ausbau die Großbanken ein begreifliches Interesse haben. Und wenn auch dem Kartellwesen seine Berechtigung nicht abzusprechen ist, so bleibt es doch ein unerwünschter Zustand, daß die Großbanken die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens nach ihren vorgefaßten Meinungen beeinflussen und dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte vielfach in den Weg treten. Natürlich ist es nicht zu leugnen, daß trotzdem Handel und Industrie gerade in den letzten Jahrzehnten einen gewaltigen Aufschwung genommen haben. Andererseits ist aber auch zu berücksichtigen, daß das geschilderte Uebergewicht der Banken erst jüngeren Datums ist, seine für die nationale Wirtschaft nachteiligen Folgen also erst nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne äußern kann. Immerhin sind auch jetzt schon Anzeichen dafür vorhanden, daß die Einseitigkeit der Banken einen, vorläufig nur gelegentlichen und mehr akut als chronisch auftretenden Mangel an Ausbalanzierung wirtschaftlicher Werte verschuldet hat, der auf die zu weit gehende Verquickung wirtschaftlicher Maßnahmen mit Finanzinteressen zurückzuführen ist. Es ist ja nur natürlich, daß die Banken in ihrer Einflußsphäre diejenigen Maßnahmen durchzusetzen versuchen, von denen sie selbst einen Gewinn erwarten. Dieser Gewinn braucht keineswegs rein geldlicher Natur zu sein. Vielmehr sehen die Banken oft schon darin ein ausreichendes Aequivalent für die Kapitalversorgung der Großbetriebe, daß sie dadurch mehr und mehr in die Rolle eines die Geschäftsführung jener Betriebe kontrollierenden Oberorgans hineinrücken. Auf diese Weise wird aber die Industrie zur Unterstützung von Operationen gezwungen, die weniger ihrem eigenen Interesse, als dem Interesse der Banken dienen, und die Wirtschaft wird dadurch auf wichtigen Gebieten zum Spekulationsobjekt der Banken. Es fragt sich nun, ob es ein Mittel gibt, der Weiterentwicklung derartiger nationalwirtschaftlich bedenklicher Tendenzen zu steuern. Die Antwort lautet unter Berücksichtigung des Werdegangs der Vormachtstellung unserer Großbanken: Ja, es gibt ein solches Mittel, und zwar besteht dieses Mittel in einer Art Arbeitsteilung des Bankwesens, in der Schaffung von Spezialbanken

Digitized by Google

für jeden einzelnen Erwerbszweig, derart, daß jede Bank den ihr zugewiesenen Erwerbszweig nach Kräften unterstützt und unterstützen muß, weil seine wirtschaftliche Blüte für sie selbst zur Existenzfrage wird. In Ausgestaltung dieses Gedankens, der übrigens nicht gar sehr überraschen kann angesichts der Bestrebungen der Gewerkschaften, eigene Banken zu gründen, und der Absicht verschiedener Stadtgemeinden, eigene Kommunalbanken zu schaffen, um ihre Anleihen zu wirtschaftlicheren Bedingungen unterbringen zu können, müßten einige derjenigen Großbanken, die schon jetzt mit bestimmten Zweigen des Handels und der Industrie in Verbindung stehen, dazu übergehen, ausschließlich für diese Erwerbszweige zu arbeiten, während die übrigen Großbanken mit ihrem Anhang, vielleicht unter einer Art Kartellierung der Kredit- mit den Hypothekenbanken, ausschließlich teils für die Landwirtschaft, teils für den gewerblichen Mittelstand zu arbeiten hätten. In folgerichtiger Durchführung dieses Gedankens müßten bei jeder der Banken so viele ihrerseits selbständig arbeitende Abteilungen gebildet werden, als der betreffende Erwerbsstand Branchen aufweist. Der Leiter jeder Abteilung wäre die für die Geschäftsführung ausschließlich verantwortliche Stelle, während dem Aufsichtsrat der Bank eben nur ein Aufsichtsrecht zustehen dürfte. Bei einer solchen Arbeitsteilung hätten die Banken ein Lebensinteresse an der wirtschaftlichen Förderung nicht nur jedes Erwerbsstandes, sondern sogar jedes Erwerbszweiges, jeder Branche. Es würde ihnen unmöglich gemacht, dort die Herren zu spielen, wo sie Diener sein sollten. Sie könnten nicht mehr die ihnen vom rein banktechnischen Standpunkt aus vorteilhaft erscheinenden Maßnahmen einfach dekretieren. Jeder Erwerbsstand, nicht zuletzt die Industrie, würde in der Lage sein, sich freier und zielbewußter zu entfalten. Den vielen Provinzbanken und kleineren Banken, die sich ja heute schon in Abhängigkeit von den führenden Großbanken zu befinden pflegen, bliebe es unbenommen, ihre Organisation derjenigen der einen oder anderen Spezialbank anzupassen. Zweifellos würden der Durchführung dieser Anregung zunächst unüberwindlich erscheinende Hindernisse entgegenstehen, zu denen auch solche internationaler Natur gehören. Infolgedessen würden sich die Banken zu einer Aenderung ihrer Organisation in dem gedachten Sinne freiwillig kaum verstehen, wiewohl sie letzten Endes auch in ihrem eigenen Interesse läge. Andererseits ist die Materie noch viel zu wenig geklärt, als daß sie etwa auf gesetzlichem Wege geordnet werden könnte. Zunächst könnte also weiter nichts geschehen, als daß unsere Erwerbsstände miteinander Fühlung nehmen, um Klarheit darüber zu gewinnen, ob Bestrebungen zur Umorganisierung des Bankwesens genügende Unterstützung in ihren eigenen Kreisen finden würden.

* * *

Die Widerstände, die Herr Dr. Koppin in den Schlußsätzen seiner Zuschrift selbst erwähnt, scheinen mir nicht die einzigen zu sein, die der Spezialisierung des deutschen Bankwesens im Wege stehen. Das Bedenken, daß das einmal historisch Gewordene sich nur schwer zugunsten einer neuen, selbst besseren Wirtschaftsform hinwegdekretieren läßt, und daß die Banken naturgemäß zäh an einer Organisation festhalten werden, die es ihnen nach Koppin ermöglicht, „die Herren zu spielen, wo sie Diener sein sollen", ist gewiß gewichtig genug. Aber die sachlichen Bedenken, die sich gegen die vorgeschlagene Aenderung erheben, wiegen noch ungleich schwerer. Schon der eine Umstand, daß die heutige Vielseitigkeit der Banken eine wichtige Versicherung gegen die Risiken bildet, die der Wechsel der Konjunkturen mit sich bringt, spricht gegen die Selbstbeschränkung der Banken auf je ein einziges Spezialgebiet. Wie würde es wohl heute um diejenigen Banken bestellt sein, die sich bei der vorgeschlagenen Arbeitsteilung etwa für das Gebiet des Terrain- und Baumarktes oder der Kaliindustrie entschieden hätten? Die großen Verluste, die fast alle Banken speziell auf dem ersteren Gebiet erlitten haben, lassen un-

Digitized by Google

schwer das Schicksal erkennen, das derjenigen Bank gewartet hätte, welche die Gesamtheit der Verluste allein hätte tragen müssen, ohne durch das kompensatorische Moment der Vielseitigkeit geschützt zu sein. Nicht minder groß ist das Bedenken, ob die dauernde und konkurrenzlose Beschäftigung einer Bank mit einem einzigen Erwerbsgebiet der betreffenden Bank nicht eine derart monopolistische Macht über dieses Gebiet verschaffen würde, daß die heutige, durch den Interessengegensatz zwischen den einzelnen Banken immerhin gemilderte Willkürpolitik fast wie ein idealer Zustand erscheinen müßte. Zudem besteht nicht die geringste Gewähr, daß die Banken bei der einseitigen Pflege eines bestimmten Wirtschaftsfeldes die auf ihren Kredit angewiesenen Gewerbetreibenden paritätisch behandeln würden. Im Gegenteil, die Vermutung spricht dafür, daß sie sich, unter Vernachlässigung der Kleinbetriebe, den Größten und ihrer Meinung nach Leistungsfähigsten noch inniger attachieren würden, als es heute der Fall ist. Der Koppinsche Vorschlag will mir danach nicht als eine geeignete Reform der gegenwärtigen, gewiß verbesserungsbedürftigen Kreditverhältnisse erscheinen. A. L.

DER HANDELSMINISTER UND DIE AUSLANDSANLEIHEN.

Wieder einmal hat der Preußische Handelsminister durch sein Sprachrohr, die Nordd. Allg. Ztg., die Banken gewarnt, ausländische Anleihen zu einer Zeit zu übernehmen, in der das Deutsche Reich und die großen Bundesstaaten, insbesondere Preußen, mit großen Ansprüchen an den Kapitalmarkt herantreten müssen. Das ist das gute Recht des Ministers, der dafür zu sorgen hat, daß während der Verhandlungen der Regierung mit dem Banken-Konsortium die Kraft des Marktes nicht unnötig geschwächt wird. Das Vorgehen ist auch taktisch klug. Denn da die meisten Banken an irgendeiner fremdstaatlichen Anleihe interessiert sind und ungeduldig auf den Moment der Emissionsmöglichkeit warten, so wirkt die Ansage des Ministers, daß die fremden Ansprüche erst nach den deutschen befriedigt werden sollen, entschieden beschleunigend auf die Verhandlungen und verbessernd auf die Uebernahme-Bedingungen. Trotzdem ist an der ministeriellen Warnung verschiedenes zu bemängeln. Erstens, daß sie reichlich spät kommt. Eine ganze Reihe fremder Anleihen, wie die rumänische, ungarische, Wiener sind längst untergebracht, auf andere, z. B. eine türkische und angeblich auch eine serbische, sind erhebliche Vorschüsse bewilligt worden. Allerdings richtet sich die Warnung des Ministers ausgesprochenermaßen nur gegen solche Anleihen, für deren Uebernahme „kein deutsches politisches oder anderes allgemeines Interesse" besteht. Dann hätte die Warnung aber zum mindesten vor der Uebernahme einer Stockholmer Stadtanleihe durch ein norddeutsches Konsortium und vor ihrer Börsenzulassung ausgesprochen werden müssen. Die letztere ist zwar nur in Hamburg, also außerhalb der preußischen Machtsphäre, erfolgt; aber erfahrungsgemäß pflegt ein berechtigter Wunsch der preußischen Regierung auch in anderen deutschen Bundesstaaten berücksichtigt zu werden. Wenn der Minister in der Nordd. Allg. Ztg. erklären läßt, er habe die Emissionshäuser schon vorher mehrfach darauf hingewiesen, daß zurzeit Fremdanleihen gegenüber Zurückhaltung geboten sei, so muß der Hinweis wohl nicht mit dem nötigen Nachdruck oder in der richtigen Form erfolgt sein; denn zu den Vorwürfen, die man unserer Bankwelt machen kann, gehört derjenige der Unzugänglichkeit gegenüber berechtigten Wünschen oder Forderungen der Regierung ganz und gar nicht. Was aber am auffallendsten ist, das ist die Tatsache, daß der ministerielle Einspruch sich, wenn das „Berliner Tageblatt" recht unterrichtet ist, speziell gegen die 4½ proz. galizische Landesanleihe richtet, die Ende Dezember von einem deutsch-österreichischen Bankenkonsortium übernommen worden ist. Diese Anleihe unterscheidet sich hinsichtlich des vom Minister als maßgebend bezeichneten „politischen

Digitized by Google

oder anderen allgemeinen Interesses" in keiner Weise von anderen Anleihen der letzten Zeit, die von der Regierung als Freundschaftsdienste gegenüber der uns verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie gebilligt und sogar gefördert worden sind. Der einzige Unterschied, der sich herausfinden läßt, ist der, daß, im Gegensatz zu den anderen Anleihen, die galizischen Schuldverschreibungen, wie schon vorher die Wiener Staatskassenscheine, von keiner Berliner Großbank, sondern von einer Frankfurter Mittelbank übernommen worden sind. Sollte sich also der ministerielle Einspruch tatsächlich gegen diese Anleihe richten, so würden damit lediglich die Geschäfte der Berliner Großbanken besorgt werden, deren süddeutsche Konkurrenz mindestens für einige Zeit lahmgelegt wird. Daß die Absichten des Ministers nicht nach dieser Richtung gehen, ist selbstverständlich. Man stände hier lediglich wieder einmal vor einem der in den letzten Jahren häufiger zu beobachtenden Fälle, daß gewisse Berliner Banken, die in intimer Fühlung mit dem Handelsministerium stehen, dieses zum unbewußten Sprachrohr ihrer Wünsche zu machen wissen, sei es auch nur durch Beeinflussung des Zeitpunktes, zu dem eine bestimmte Maßnahme der Regierung erfolgt. Im Hinblick auf diesen Verdacht wäre es bedauerlich, wenn das Handelsministerium aus politischen oder prinzipiellen Gründen nicht in der Lage sein sollte, unzweideutig diejenige Fremdanleihe oder Anleihen zu bezeichnen, gegen die sich seine Warnung richtet.

Bank und Börse.

VERKEHRS-TRUST

Die Aktien der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin sind, wenn man den Ausführungen glauben darf, die der Vorsitzende des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft, Herr von Gwinner, in der Generalversammlung der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen-A-G. machte, mindestens 200 % wert, das ist etwa 60 % mehr, als ihr derzeitiger Börsenkurs ausdrückt. Solche Angaben über den inneren Wert einer Aktie haben immer einen etwas unangenehmen Beigeschmack. Daß sie nicht ungefährlich sind, das hat seinerzeit der Fall der Heilmannschen Immobiliengesellschaft gelehrt. Auf einer Generalversammlung dieser Gesellschaft war von dem leitenden Direktor ebenfalls eine Rechnung aufgemacht worden, wonach der innere Wert dieser Aktien etwa dreimal so hoch zu veranschlagen sein sollte wie der damalige Börsenkurs. Die Leichtgläubigen, die auf jene Berechnung hin Heilmann-Aktien gekauft haben, verlieren heute außer den Zinsen weitere 50 %. Man könnte die Doktorfrage aufwerfen, ob die Hineingefallenen einen zivilrechtlichen Anspruch gegen den Urheber ihres Verlustes geltend machen können, wird diesen Gedanken aber ablehnen müssen. Denn der Umstand, daß die Heilmann-Aktien heute etwa 30 % unter pari notieren, schließt juristisch nicht aus, daß sie vielleicht in 50 oder 100 Jahren so bewertet werden, wie der Direktor seinerzeit annahm. Nur wenn auf solchen Zukunftswechseln ein Verfalltag angegeben wäre, könnte man der Frage der Schadenersatzpflicht nähertreten. Zwischen der Heilmannschen Immobiliengesellschaft und der Hochbahngesellschaft besteht allerdings insofern ein Unterschied, als die hinter dem letzteren Unternehmen stehende Großbank bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit hat, die Voraussetzungen für eine Höherbewertung selbst zu schaffen. Andeutungen, daß derartiges geplant wird, sind in der erwähnten Generalversammlung in der Tat gemacht worden. Es wurde nämlich auf die im Schoße einer vielleicht schon nahen Zukunft liegende Möglichkeit einer Interessengemeinschaft zwischen den drei Berliner Verkehrsunternehmen, Hochbahn, Straßenbahn und Omnibusgesellschaft, also der Gründung eines Berliner Verkehrstrusts, hingewiesen. Daß eine solche Absicht besteht, weiß man schon seit dem Tage, wo es bekannt wurde, daß die Aktien-

Digitized by Google

mehrheit des Omnibusunternehmens in den Besitz der beiden anderen Verkehrsgesellschaften übergegangen war, und zwar unter Bedingungen, die eine einseitige Ausnutzung dieses Einflusses für jede der beiden Erwerberinnen ausschlossen. Ob durch die Bildung eines Verkehrstrusts der Gwinnerschen Berechnung über den inneren Wert der Hochbahnaktien zur Bestätigung verholfen werden würde, steht dahin. Sehr wahrscheinlich ist es nicht. Noch unwahrscheinlicher aber ist, daß die Verkehrsinteressen als solche dabei gut fahren würden. Man kann den Betreibern dieser Pläne ohne weiteres glauben, daß sie durch eine einheitliche Regelung des Verkehrswesens Ersparnisse zu erzielen hoffen, von denen ein Teil schließlich auch dem Publikum zugute kommen könnte. Die Frage wird aber dadurch kompliziert, daß hinter dem sich bildenden Verkehrstrust Banken stehen, die, wenn sie wollen, den von ihnen monopolisierten Verkehr in den Dienst ihrer Terraininteressen stellen können. Daß dieser Gedanke sehr naheliegt, leuchtet ein, wenn man sich erinnert, daß schon bei der Gründung der Hochbahngesellschaft eine Verquickung von Verkehrsinteressen mit den Terraininteressen der die Hochbahn patronisierenden Großbank stattgefunden, ja sogar eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung dieses Verkehrsunternehmens gebildet hat. Die östliche Linie der Hochbahn sollte die Terrains erschließen, welche die Bank, nachdem die Bahn gesichert war, mit hohem Nutzen für sich und einige Mitbeteiligte an die Terraingesellschaft am Bahnhof Schönhauser Allee verkauft hat. Die Weststrecke war dazu bestimmt, die Terrains der heutigen Neuwestend-Gesellschaft der Verwertung entgegenzuführen. Es ist ja eine Binsenweisheit, daß die Erschließung und damit Höherbewertung von Terrains durch nichts besser als durch neue Verkehrslinien erzielt werden kann. Aus diesem Zusammenhang heraus erklärt sich auch die im ersten Augenblick so sonderbare Vorliebe einer Berliner Verkehrsgesellschaft für die Gegend am Tempelhofer Feld. Mit einigem Staunen vernahm man in der letzten Generalversammlung der Tempelhofer Feld-A.-G., daß in der nächsten Zeit nicht weniger als 11 neue Linien den Verkehr dorthin aufnehmen würden. Das ist etwas viel für eine Gegend, deren Besiedelung noch in den ersten Anfängen steckt. Die Erklärung für diese vom rein geschäftlichen Standpunkt der betreffenden Verkehrsgesellschaft aus einigermaßen unverständliche Politik erhält man aber ohne weiteres aus dem Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte. Hier kann man nachlesen, daß die Personen, denen die Tempelhofer Feld-Gesellschaft nahesteht und Sorge bereitet, in den engsten Beziehungen zu der großmütigen Verkehrsgesellschaft stehen. Macht man sich diese Zusammenhänge und ihre Konsequenzen klar, so gehört kein besonders prophetischer Blick dazu, um vorauszusehen, wie es um das Ansiedelungswesen in Groß-Berlin bestellt sein wird, wenn die Stadt erst der Segnungen des Verkehrstrusts teilhaftig geworden sein wird. Ein Verkehrsmonopol involviert ein Ansiedelungsmonopol. Man muß sich wundern, daß die öffentliche Meinung, die doch sonst sehr hellhörig in Fragen des Verkehrs zu sein pflegt, diese Seite der Angelegenheit so gar nicht beachtet hat.

CANADA-PROPAGANDA

Die Berliner Handelskammer ist kürzlich bei der Reichsregierung vorstellig geworden, für die Vertretung der deutschen Interessen in Canada einen besonderen Handelssachverständigen zu bestellen. Ein solcher ist in der Tat dringend nötig, denn die bisherige Berichterstattung über die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Landes ließ außerordentlich zu wünschen übrig. Wäre sie auf der Höhe gewesen, so hätte sich nicht jene dreiste canadische Reklame in Deutschland entfalten können, welche noch vor einigen Monaten die canadischen Zustände in einer geradezu paradiesischen Beleuchtung erscheinen ließ, obwohl es nach privaten Berichten keinem Zweifel unterliegen konnte, daß Canada sich schon seit langem in einer wirtschaftlichen

Digitized by Google

Krisis befand. Wahrhaft drastische Einzelheiten über das Elend der auf die canadische Propaganda hineingefallenen Einwanderer waren in einer Artikelserie enthalten, die der Dresdner Polizeirat Dr. Robert Heindl kürzlich auf Grund von Beobachtungen an Ort und Stelle im „Tag" veröffentlicht hat, und auch in diesen Heften ist schon mehrfach auf den schwindelhaften Charakter der canadischen Propaganda hingewiesen worden. Gegen diese Darstellungen tritt neuerdings der Deutsch-Canadische Wirtschaftsverein (Vorsitzender Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann) auf den Plan, der es als seine Aufgabe bezeichnet, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Canada zu pflegen. Gegen dieses Programm ist nichts einzuwenden; wenn man nur aus der bisherigen Wirksamkeit des Vereins nicht den Eindruck gewinnen müßte, daß er einen wesentlichen Teil seiner Aufgaben darin erblickt, sich an der rosenroten Retouche der canadischen Verhältnisse zu beteiligen. So hat es der Verein beispielsweise im vorigen Jahre für richtig gehalten, warm für die Shares der Canadischen Pacific-Eisenbahn, bekanntlich eines der wildesten Spielpapiere der Welt, einzutreten und gegen einen Verkauf der Aktien Stimmung zu machen. Wenn im letzten Jahre das deutsche Publikum an diesen Aktien erhebliche Verluste erlitten hat, so dürfte hieran das Comuniqué des Vereins, das damals in einer Reihe von deutschen Zeitungen abgedruckt wurde, nicht ganz unschuldig gewesen sein. Seit kurzem gibt nun der Verein Mitteilungen heraus, die in dieselbe Kerbe hauen. In der ersten Nummer der Mitteilungen wird eine Montrealer Meldung abgedruckt, wonach die canadische Regierung beschlossen habe, „in Deutschland und Oesterreich gegen die anticanadische Campagne zu protestieren". (In Oesterreich wurde bekanntlich die Canadabahn der gewerbsmäßigen Verlockung Wehrpflichtiger zur Auswanderung überführt.) „Die canadische Regierung sei der Ueberzeugung, daß die deutschen Handelskreise sehr bald an den eigenen Taschen fühlen würden, was es heißt, Canada ungerecht zu behandeln, und canadische Interessen zu schädigen . . . . Alle loyalen Canadier würden unter diesen Umständen die deutschen Waren zurückweisen." Also Boykottandrohung. Irgendeine Anmerkung zu dieser sonderbaren Art der Erziehung deutscher Zeitungen zur Canadafreundlichkeit wird von seiten der Redaktion nicht gemacht. Dagegen wird gesagt, daß die „bedauerlichen" Artikel Heindls und Anderer auch in der englischen Presse unliebsames Aufsehen erregt und eine Reihe geharnischter Erwiderungen zur Folge gehabt hätten. Von wem diese Erwiderungen herrühren und ob sie irgendwelchen ernsthaften Charakter haben, wird verschwiegen. Uns selbst nun liegt eine Nummer vom 13. November vorigen Jahres des angesehenen Organs „The New Witness" vor, in dem unter der Ueberschrift „Canadische Landschwindeleien" darauf hingewiesen wird, daß sich von allen Ländern Europas gerade Deutschland als am leichtesten der canadischen Hypnose zugänglich erwiesen habe. In derselben Nummer wird die amtliche Auslassung einer englischen Handelskammer gegen die schwindelhafte canadische Propaganda zum Abdruck gebracht und daran eine Warnung vor der Anlage in canadischen Werten geknüpft. Man braucht derartige Aeußerungen trotz ihres beachtlichen Ursprungs nicht zu überschätzen. Aber wie kommt es, daß, von seltenen Ausnahmen abgesehen, immer nur Tendenzberichte der entgegengesetzten Färbung Eingang in die deutsche Presse finden?

SCHEIDEMANDEL Auch gut fundierte Gesellschaften können gelegentlich vor die Notwendigkeit gestellt werden, mit ihrer Dividende von einem Jahr zum andern stark herunterzugehen. Unter Umständen ist ein solcher Entschluß, die Aktionäre vor das fait accompli eines Mißerfolgs zu stellen, sogar der Beweis eines ausgeprägten Kraftbewußtseins. Die Aktiengesellschaft für Leimfabrikation vormals H. Scheidemandel, die nach einer längeren Periode hoher Dividenden — in den letzten drei Jahren je

Digitized by Google

15 % — für ihr verflossenes Geschäftsjahr von einer Dividendenzahlung absehen muß, gehört nicht zu dieser Kategorie von Selbstbewußten. Bei ihr bedeutet die Dividendenlosigkeit den Zusammenbruch eines Systems. Die unter Außerachtlassung der gewöhnlichsten kaufmännischen Vorsicht herausgerechneten Dividenden mußten nämlich bei dieser Gesellschaft dazu dienen, ihren Aktien ein hohes Agio zu verleihen, das dann seinerseits zu Vertrustungszwecken verwendet wurde. Mit dem Schaumgold eines zeitweilig 200prozentigen Agios wurden zahllose Gesellschaften der Leimbranche zu hohen Preisen aufgekauft und Beteiligungen erworben, wobei man den Verkäufern die Bedingung auferlegte, die zur Abgeltung ihrer Betriebe empfangenen Scheidemandel-Aktien längere Zeit nicht zum Verkauf zu bringen. Diese Klausel war unumgänglich notwendig, denn nur hierdurch war es möglich, den Markt der Scheidemandel-Aktien an der Münchener Börse klein und unter Kontrolle zu halten. Soweit sich die Verkäufer nicht auf diese Zahlweise einließen, sondern bares Geld verlangten, mußte man sich die Mittel hierzu durch Lombardierung von Scheidemandel-Aktien verschaffen, wovon die der Verwaltung angehörigen Personen immer große Posten vorrätig hatten. Auch für die Erlangung eines möglichst hohen Bankkredits bei dieser Verpfändung waren fette Dividenden und ein entsprechendes Aktienagio Voraussetzung. Da dem Stammunternehmen durch den Ankauf gutgehender Gesellschaften ständig frisches Blut zugeführt wurde, so hätte sich das System, wenn es nicht an sonstigen elementaren Mängeln gekrankt hätte, noch viele Jahre halten und vielleicht sogar allmählich gesunden können. Denn in seiner Art war der Trick der Agio-Ausmünzung geradezu genial. Wenn beispielsweise Scheidemandel ein Unternehmen erwarb, das 10 % Dividende verteilte, und die Verkäufer mit Scheidemandel-Aktien auf Basis eines Kurses von 250 % abfand — also nur 40 M. für je 100 M. Buchwert des Unternehmens zahlte —, so bedeuteten die 10 % Dividende, welche die angekaufte Gesellschaft hereinbrachte, in der Scheidemandel-Bilanz tatsächlich 25 %. Nun verhielten sich aber viele Betriebe den Angeboten Scheidemandels gegenüber ablehnend. Um auch sie in den Trust hineinzuzwingen und den phantastischen Plan einer Vertrustung der Leimfabrikation womöglich der ganzen Welt durchzuführen, verfiel man auf die abenteuerliche Idee, den Außenseitern das Rohmaterial abzuschneiden. Zu diesem Zwecke rief man im In- und Ausland besondere Knocheneinkaufs-Gesellschaften ins Leben. Die Folge war eine maßlose Preisverteuerung der Knochen, die natürlich niemand schärfer als der Hauptkonsument, eben Scheidemandel, empfand. Und da die Vertrustung des Knocheneinkaufs die Nebenwirkung hatte, die Kleinhändler, die bisher große Knochenmengen bei den Schlächtern, Restaurateuren und Haushaltungen eingesammelt hatten, allmählich auszuschalten, so trat eine Wirkung ein, die mit der sonstigen Erfahrung in Widerspruch zu stehen scheint: trotz erhöhter Preise ging das Knochenangebot zurück. Die Verteuerung des Rohmaterials auf die Bezieher des Fertigprodukts abzuwälzen, war aber nicht möglich. Die Preisforderung für Knochenleim hat ihre Begrenzung in der Konkurrenz des Lederleims, und das andere Produkt, Knochenmehl, wird bei einer gewissen Preishöhe schnell durch andere Düngemittel ersetzt; gerade jetzt sind diese Surrogate so billig, daß Knochenmehl fast unverkäuflich ist. Auf die Dauer haben diese verhängnisvollen Folgen des Scheidemandelschen Systems, die sich mit voller Wucht gegen ihre Urheberin richteten, den der Gesellschaft nahestehenden Geldinstituten nicht verborgen bleiben können. Das Mißtrauen wuchs und führte endlich dahin, daß die letzte Aktienemission von 3 Mill. Mark, auf welche der Wiener Bankfirma S. & M. Reitzes, die schon größere Posten Aktien bevorschußt hatte, eine Option zustand, nicht bezogen wurde. Inzwischen waren die Bankschulden auf 8 Mill. M. bei einem Aktienkapital von 11 Mill. M. angewachsen. Neues Geld war nicht mehr aufzutreiben, und so konnte auch keine Dividende mehr gezahlt werden. Fiel aber dieser Eckpfeiler des ganzen Ge-

Digitized by Google

bäudes, so bedeutete dies das Ende aller Trustpläne, vielleicht auch noch mehr. Daß das Ende jetzt kommt, muß insofern als ein Glück angesehen werden, als hierdurch die Welt und speziell die Berliner Börse vor einer katastrophalen Erschütterung bewahrt worden ist. Denn auch eine deutsche Großbank ist auf die Politik der fast durchweg der österreichischen Nationalität angehörenden Scheidemantel-Leute hineingefallen und hat nicht nur beträchtliche Kredite gewährt, sondern auch die Absicht gehabt, die Aktien an die Berliner Börse zu bringen. Wäre es dazu gekommen, so wäre dem Scheidemandel-Trust auf viele Jahre geholfen gewesen. Eine Serie von Aktien nach der anderen wäre auf den deutschen Kapitalmarkt herniedergegangen, und mit den Erlösen hätte man viele Fugen des brüchigen Gebäudes verkitten können. Das schließliche Ende wäre aber doch nicht abzuwenden gewesen. Schon heute mögen in dem Scheidemandel-Konzern mit allen seinen Beteiligungen, Tochter- und Enkelgesellschaften nicht viel weniger als achtzig Millionen Mark investiert sein. Hätte der Vertrustungsprozeß auf der geschilderten Grundlage sich noch jahrelang fortsetzen können, so wäre es schließlich zu einer finanziellen Katastrophe gekommen, gegen die der Treberkrach von 1900 eine Lappalie gewesen wäre.

METROPOL-PALAST

Mitte Juli vorigen Jahres sollte ein bekanntes Berliner Vergnügungsunternehmen für zahlungsfähige Lebemänner, der Metropolpalast, in eine englische Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Der Inferierungspreis sollte 9 Mill. M. betragen. Warum man mit der Gründung nach England gehen wollte, ist klar. Es ist nach dem englischen Aktienrecht noch ungleich leichter, Phantasiewerte in die handliche Aktienform umzuprägen, als nach dem deutschen, obwohl auch dieses dem Gründertum eine nicht unbeträchtliche Ellbogenfreiheit läßt. Außerdem bot die Einpfund-Aktie auch für den kleinen Mann die Möglichkeit, seine Ersparnisse in diesem neuen, aussichtsreichen Wert anzulegen, für den in den Prospekten eine Verzinsung von 15 bis 17 % in Aussicht gestellt wurde. Die Shares sollten an der Londoner Börse eingeführt werden, während man bei dem Absatz der Shares in der Hauptsache auf Deutschland rechnete. Und tatsächlich hat es damals eine ganze Menge Leute gegeben, die in ihrer Ungeduld, Geld los zu werden, die Aktien zeichneten, noch ehe die grundbuchliche Auflassung des Metropoltheaters an die neue englische Gesellschaft erfolgt war. Zu der Auflassung ist es aber überhaupt nicht mehr gekommen. Nach einem Ministerialerlaß aus dem Jahre 1820 bedürfen nämlich ausländische Gesellschaften zur Uebernahme von Grundstücken und zum Betriebe eines Gewerbes in Preußen der Genehmigung des Ministers. Diese wurde aber im vorliegenden Fall versagt, weil man mit Recht Bedenken trug, einer zweifelhaften Gründung, bei der es auf kleine deutsche Kapitalisten abgesehen war, Vorschub zu leisten. Solche alten Ministerialreskripte erfreuen sich, besonders seit der Zaberner Affäre, in weiten Kreisen des deutschen Bürgertums keiner besonderen Sympathie. Wie nützlich aber solche Ausgrabungen doch zuweilen sein können, das zeigt die weitere Entwicklung der Angelegenheit. Nachdem der englische Plan an dem Widerstand der Behörden gescheitert war, mußte man seine Zuflucht zum deutschen Aktienwesen nehmen. Man bot das Objekt dem Aktienbauverein Unter den Linden an, dessen Grundstücke an den Metropolpalast angrenzen, und der auch durch seine Personalverhältnisse in näherer Beziehung zu den Besitzern des Metropolpalastes steht. Der Kaufpreis wurde aber hier nicht auf 9 Mill., wie bei der englischen Gesellschaft, sondern nur auf 6 Mill. bemessen, und auf dieser Grundlage scheint das Geschäft perfekt werden zu wollen. Die Bezahlung soll in der Weise erfolgen, daß 4 Mill. M. Hypotheken übernommen und 2 Mill. bar bezahlt werden, die sich die Erwerberin, der Linden-Bau-Verein, durch Neuausgabe von Aktien zu beschaffen beabsichtigt. Der bei dem

Digitized by Google

Verkauf zugrunde gelegte Preis von 30 000 M. pro Quadratrute macht noch immer der Phantasie erhebliche Konzessionen, doch ist zuzugeben, daß dieser Preis sich im Rahmen dessen hält, was in den letzten Jahren in dieser Gegend gelegentlich gezahlt worden ist. Man muß aber berücksichtigen, daß die Riesenwerte des Metropolpalastes in hohem Grade von der Launenhaftigkeit des weltstädtischen Vergnügungswesens abhängen. Typisch hierfür ist das Schicksal der Metropoltheater-Aktiengesellschaft, deren Leiter mit den Verkäufern des Metropolpalastes identisch sind. Die Dividende dieser Theater-Aktiengesellschaft sank im letzten Jahre von 20 auf 4 %, nur aus dem Grunde, weil das dort gepflegte Vergnügungsgenre sich ein klein wenig überlebt hat. Es werden unter der Hand vergebliche Versuche gemacht, die Aktien los zu werden. Gerade diese Erfahrung hat vielleicht bei den Inhabern des Metropolpalastes den Wunsch geweckt, ihre anderen Phantasiewerte zu Gelde zu machen, ehe auch hier eine Reaktion eintritt. Aus dem Prospekt, der aus Anlaß der englischen Gründung veröffentlicht worden ist, hat man erfahren, daß der Hauptgewinn des Metropolpalastes aus den daselbst verabreichten Weinen herrührt. Die gar zu arge Verwässerung dieses Wein-Gewinnes ist seinerzeit durch das alte Ministerialreskript zum Vorteil der kleinen deutschen Sparer verhindert worden. Leider gibt es aber kein Reskript, das die Verabfolgung des Wassers verhindern könnte, welches auch in den um 3 Mill. reduzierten Kaufpreis noch immer hineingegossen zu sein scheint.

Aus den Statistischen Aemtern.

ZUR KONKURS-STATISTIK

Auf die Bedeutung der Konkursstatistik für die Beurteilung der Wirtschaftskonjunktur ist bereits vor einigen Monaten an dieser Stelle hingewiesen worden. Eine Veröffentlichung im letzten Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches gibt jedoch Veranlassung, nochmals auf das Thema zurückzukommen. Nicht nur, weil im Jahre 1912, dessen Ergebnisse jetzt vorliegen, ein Bundesratsbeschluß gewisse Aenderungen für die Konkursstatistik vorgeschrieben hat, sondern vor allem deshalb, weil die Resultate dieses Jahres ganz auffallend schlechte sind. Es sei deshalb zunächst nochmals eine über einen größeren Zeitraum sich erstreckende Zusammenstellung wiedergegeben, welche die schwersten wirtschaftlichen Zusammenbrüche, also die Fälle, in denen mangels Masse ein Konkursverfahren entweder gar nicht eröffnet werden konnte oder eingestellt werden mußte, mit den überhaupt angemeldeten resp. beendeten Konkursen vergleicht. Es betrugen:

	Beantragte Konkurse		Beendete Konkurse	
	insgesamt	davon abgelehnt	insgesamt	durch Massemangel
1895	7111	680 = 9,6 %	6362	395 = 6,2 %
1897	6997	639 = 9,1 %	6077	381 = 6,3 %
1899	7742	685 = 8,8 %	6555	409 = 6,2 %
1901	10569	1150 = 10,9 %	7490	562 = 7,5 %
1903	9627	1451 = 15,1 %	8363	567 = 6,8 %
1905	9357	1649 = 17,6 %	7578	465 = 6,1 %
1907	9855	1754 = 17,8 %	7382	597 = 8,1 %
1908	11571	2193 = 19,0 %	7851	619 = 7,9 %
1909	11005	2375 = 21,6 %	8555	740 = 8,6 %
1910	10783	2396 = 22,2 %	8150	651 = 8,0 %
1911	11031	2351 = 21,3 %	8092	682 = 8,4 %
1912	12094	2885 = 23,9 %	8356	784 = 9,4 %

Es hat sich also in den 18 Jahren, in denen die Konkursstatistik nach gleichen Grundsätzen geführt worden ist, die Anzahl der schwersten Zusammenbrüche, bei denen nicht einmal der Konkurs eröffnet werden konnte, absolut mehr als vervierfacht und prozentual weit mehr als verdoppelt. Aber auch die Anzahl der Fälle, in denen

Digitized by Google

sich erst nach Eröffnung des Konkursverfahrens eine hoffnungslose Ueberschuldung ergab, ist recht beträchtlich gestiegen; und ganz besonders ungünstig schneidet in dieser wie jener Hinsicht das Jahr 1912 ab. Wie sich in den Großstädten, den Brennpunkten des Wirtschaftslebens, in der gleichen Zeit die Verhältnisse gestaltet haben, ergibt sich aus folgender Tabelle:

	Beantragte Konkurse		Beendete Konkurse	
	insgesamt	davon abgelehnt	insgesamt	durch Massemangel
1895	1823	243 = 13,3 %	1724	104 = 6,0 %
1897	1777	251 = 14,1 %	1466	92 = 6,3 %
1899	1898	286 = 15,1 %	1587	91 = 5,7 %
1901	2757	460 = 16,7 %	1770	147 = 8,3 %
1903	2689	669 = 24,9 %	2038	129 = 6,3 %
1905	2910	779 = 26,8 %	2154	126 = 5,8 %
1907	3033	910 = 30,0 %	2004	175 = 8,7 %
1908	3671	1126 = 30,7 %	2156	171 = 7,9 %
1909	3438	1177 = 34,2 %	2342	185 = 7,9 %
1910	3567	1203 = 33,7 %	2304	173 = 7,5 %
1911	3603	1238 = 34,3 %	2325	220 = 9,5 %
1912	4000	1563 = 38,5 %	2395	241 = 10,1 %

Hier muß zunächst davor gewarnt werden, aus der Steigerung der absoluten Ziffern allzu weitgehende Schlüsse zu ziehen. Die Zahl der Großstädte ist nämlich in dieser Zeit von 28 auf 48, und ihre Bevölkerung im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Reiches noch wesentlich mehr gestiegen. Trotzdem verdient es natürlich Beachtung, daß die Zahl der wegen Massemangels abgelehnten Konkursanträge, die sich im Reichsdurchschnitt, wie erwähnt, absolut vervierfacht und prozentual verdoppelt hat, sich in den Großstädten versechsfacht bzw. verdreifacht hat, und daß auch die Zahl der wegen Massemangels eingestellten Verfahren, die früher meist unter dem Reichsdurchschnitt blieb, in den letzten beiden Jahren diesen wesentlich überstiegen hat. Zu beachten ist, daß die Ziffern der außergerichtlichen Vergleiche, die in den letzten Jahren zweifellos ebenfalls zugenommen haben, in der Statistik nicht enthalten sind.

STÄDTISCHE BODENPOLITIK

Das Boden- und Hypothekenproblem hat in diesen Heften Beleuchtung von den verschiedensten Seiten erfahren, und es ist des öfteren darauf hingewiesen worden, wie unzureichend die statistischen Unterlagen sind, auf die man sich bei der Behandlung des Problems stützen kann. Eine wesentliche Lücke betrifft die Wirksamkeit, welche die deutschen Stadtgemeinden auf dem Gebiete des Realkredits und der Wohnungsfürsorge entfaltet haben. Diese Lücke wird jetzt durch eine Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt München wenigstens einigermaßen geschlossen. Das Amt hat sich naturgemäß darauf beschränken müssen, nur die wichtigsten Gebiete der kommunalen Betätigung zu erfassen; es hat deshalb eine ganze Reihe von Abarten der bodensozialen Fürsorge, wie z. B. die Veräußerung von Grundbesitz mit Wiederkaufsrecht, den Eigenbau von Kleinwohnungen, die Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Ermäßigung städtischer Auflagen oder durch freie Ueberlassung von Gemeindeeigentum, nicht mit erfaßt. Trotz dieser Beschränkung auf die wichtigsten Betätigungsgebiete sind die Ergebnisse der Münchener Erhebungen, die sich auf alle deutschen Gemeinden mit über 20 000 Einwohner erstrecken, außerordentlich interessant. Von ca. 300 Stadtgemeinden haben nur vier keinerlei verwertbare Angaben geliefert und 219 fielen innerhalb des Rahmens der Umfrage. Mit am bemerkenswertesten ist die Statistik über das Wiederaufleben des alten Institutes des Erbbaurechts, wenn seine Anwendung auch nicht den Umfang erreicht hat, den man ziemlich allgemein vermutet hatte. Im ganzen haben bisher 39 Städte von dieser Institution Gebrauch gemacht, 26 von ihnen nur für je ein, weitere 8 für je weniger als 10 Grundstücke. Im ganzen

Digitized by Google

wurden 282 Grundstücke in Erbpacht abgegeben, davon mehr als die Hälfte durch die Gemeinde Frankfurt a. M., verhältnismäßig viele noch durch die Gemeinden Dortmund und Altona. Zum Teil ist die Dauer der Rückfallfrist recht gering, in Dortmund vereinzelt bis zu 10 Jahren herunter. Die Mehrzahl der Fristen liegt zwischen 75 und 90 Jahren. Ein interessantes Moment ist es, daß die Gemeinde Dortmund sich bei länger als 30 Jahre laufenden Erbbaurechten für die restliche Zeit eine Erhöhung der Rente vorbehalten hat, wenn für Flächen in gleicher oder ähnlicher Lage eine höhere Rente gezahlt wird. Ein kommunales Vorgehen, das gegenwärtig bereits ziemlich erhebliche Summen beansprucht hat, und das trotzdem in der Oeffentlichkeit verhältnismäßig wenig beachtet wird, ist die Uebernahme von Bürgschaften, besonders für gemeinnützige Bauvereine oder sonstige Erbauer von Kleinwohnungen. Hier haben sich bisher 65 Städte betätigt, deren gesamte Haftsumme die 46 Mill. M. beinahe erreicht. Am höchsten engagiert sind Frankfurt a. M. mit etwa 6 Mill., Essen-Ruhr mit fast 5 und Leipzig mit 3,7 Mill. M. Da sich die Münchener Erhebungen fast durchweg auf den Stand vom 31. Dezember 1912 beziehen, erscheinen die städtischen Aemter für erste und zweite Hypotheken, deren besonders viele in 1913 errichtet worden sind, noch nicht mit sonderlich hohen Beträgen. Immerhin berichtet das statistische Amt bereits über 38 kommunale Hypothekeninstitute; an zweiten Hypotheken sind nicht ganz 11 Mill. M. gewährt worden.

DIE SPARKASSEN IM JAHRE 1912

Zeitiger als sonst hat der größte deutsche Bundesstaat, Preußen, in diesem Jahre (1913) die Ergebnisse seiner Sparkassenstatistik für das vorhergehende Rechnungsjahr veröffentlicht. Man hat ihnen mit begreiflicher Spannung entgegengesehen, denn wenn auch die Ungunst der Verhältnisse sich erst in den Ergebnissen für 1913 mit voller Klarheit zeigen dürfte, so mußte man doch erwarten, gewisse Andeutungen bereits in den nunmehrigen Veröffentlichungen zu finden, um so mehr, als bei einer Reihe von Sparkassen das Etatsjahr 1912 am 31. März 1913 abschließt, also tiefer in die Periode der Geldknappheit hineinragt. Die vorläufigen Ergebnisse gehen zwar nicht sehr ins einzelne, lassen aber doch erkennen, daß die Sparkraft der Bevölkerung auch schon 1912 nicht unerheblich gelitten hat. Die Einlagen sind zwar von 11 837 auf 12 432, also um 600 Mill. M. gewachsen. Aber so bedeutend die Ziffer an sich auch ist, so bleibt sie doch ganz wesentlich hinter denen der vorhergehenden drei Jahre (1911—1909) zurück, in denen die Zunahme 730, 775 und 765 Mill. M. betrug. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß mit dem Anwachsen des Einlagebestandes naturgemäß auch die den Stammsummen zuwachsenden Zinsen steigen; die Neueinlagen müssen also noch etwas geringer gewesen sein, als die vorläufigen Ziffern es erkennen lassen. Bemerkenswert gering ist die Einlagesteigerung namentlich in einer Reihe landwirtschaftlich bedeutsamer Provinzen, so in Westpreußen, Posen, Schlesien und Sachsen, sehr groß (außer in Ostpreußen, wo anscheinend besondere Verhältnisse vorliegen) eigentlich nur in Westfalen und der Rheinprovinz. Die wichtigsten Ziffern sind mit Vergleichszahlen für frühere Jahre in der folgenden Tabelle zusammengestellt:

Ende	Einlagebestand (Mill. M.)	Zuwachs (Mill. M.)	Einlagebestand (in M.) pro Buch	pro Einwohner
1912	12 432	600	900	299,84
1911	11 837	730	882	289,90
1910	11 107	774	861	276,18
1907	9 120	331	794	236.52
1902	6 727	500	718	188.66

Zu der bedeutsamen Frage der Anlage der Sparkassenbestände sind bisher keine absoluten, sondern nur eine Reihe von Verhältniszahlen gegeben, aus denen aber immerhin so viel hervorgeht, daß der Anteil der städtischen Hypotheken an der Gesamtanlage um über 1½ % weiter-

Digitized by Google

gestiegen ist, das heißt um wesentlich mehr als in irgendeinem der letzten zehn Jahre. Der Anteil der Inhaberpapiere ist dem Bilanzwerte nach weiter von 23,09 auf 21,92 % der Gesamtanlage zurückgegangen; das Statistische Amt bemerkt dazu ausdrücklich, daß der Rückgang nicht nur auf den Fall der Kurse zurückzuführen sei, daß vielmehr auch dem Nennwerte nach ein Sinken um 0,7 % konstatiert werden müsse. Schließlich sei noch auf die erfreulichere Erscheinung hingewiesen, daß, namentlich bei den ländlichen Hypotheken, der Anteil der Tilgungsdarlehen stetig und ziemlich rasch steigt. Die ländlichen Hypotheken haben im ganzen um 17 Mill. M. (übrigens außerordentlich wenig) zugenommen, die ländlichen Tilgungsdarlehen dagegen um 40 Mill. M. Es müssen sonach in ziemlich beträchtlichem Umfange kündbare in Tilgungsdarlehen umgewandelt worden sein.

KOMMUNAL-SCHULDEN

Die Statistiken, auf die man sich bisher bei der zahlenmäßigen Erfassung der Kommunalschulden stützen konnte, haben für Preußen, wo die Statistik sich am eingehendsten mit der kommunalen Belastung beschäftigt hat, die sämtlichen Städte und die Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern umfaßt. Sie waren mithin auch hier insofern unvollständig, als sie die kleineren Landgemeinden nicht erfaßten; man glaubte jedoch wohl allgemein, diesen Mangel nicht besonders hoch einschätzen zu brauchen. Eine Veröffentlichung der preußischen Statistischen Korrespondenz zeigt aber jetzt, daß die Verschuldung der kleinen preußischen Landgemeinden, wenigstens absolut genommen, durchaus nicht gering ist. Es betrugen nämlich am 31. März 1912 die langfristigen Anleihen, Hypothekenschulden und Restkaufgelder der

	Städte		Landgemeinden	
	insgesamt Mill. M.	auf 1 Einw. M.	insgesamt Mill. M.	auf 1 Einw. M.
Berlin	442	217,24	—	—
über 200 000 Einwohner . . .	1599	356,27	—	—
„ 100 000 „ . . .	812	307,82	67	187,27
„ 50 000 „ . . .	495	232,07		
„ 25 000 „ . . .	434	224,52	96	153,63
„ 10 000 „ . . .	456	180,50	136	106,62
„ 7 000 „ . . .	100	129,04	54	83,28
„ 5 000 „ . . .	86	113,44	43	63,49
„ 3 000 „ . . .	95	98,80	51	42,76
„ 2 000 „ . . .	52	87,59	44	34,42
„ 1 000 „			77	25,60
„ 500 „ . . .	24	59,17	82	19,90
unter 500 „			92	15,64
	4594	238,80	744	39,01

Hiernach entfallen auf die Landgemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern fast 450 Mill. M., also beinahe drei Fünftel der gesamten Schuld der Landgemeinden. Die Kopfquoten sind allerdings bei den kleinen Landgemeinden sehr niedrig, weil diese sehr dicht bevölkert sind; es wohnen rund 12½ Millionen Preußen in diesen kleinen Landgemeinden, fast 6 Millionen allein in der letzten Größenklasse. Eine interessante (aus den hier wiedergegebenen Ziffern nicht ersichtliche) Erscheinung ist, daß der Anteil der „langfristigen Anleiheschulden" am Gesamtschuldenstande bei den kleinen Landgemeinden durchaus nicht niedriger, ja zum Teil sogar wesentlich höher ist als der Staatsdurchschnitt. So stehen z. B. in den drei letzten Größenklassen 76, 81 und 90 Mill. M. Anleiheschulden nur 1,2, 1,5 und 2,0 Mill. M. Hypothekenschulden, Restkaufgelder usw. gegenüber, während bei den Landgemeinden zwischen 10 000 und 25 000 Einwohnern das Verhältnis 125 : 11, bei den Städten gleicher Größe 444 : 11, bei den Städten zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern 420 : 15 Millionen ist. Schließlich seien noch die Provinzen genannt, deren Verschuldung vom Staatsdurchschnitt am meisten abweicht. Es sind dies bei den Stadtgemeinden (Staatsdurchschnitt 238,80 M.): Posen (160,57), Schlesien

Digitized by Google

(170,57) und Westpreußen (176,37) einerseits, Schleswig-Holstein (275,79), Brandenburg (287,91) und Hessen-Nassau (421,92) andererseits; bei den Landgemeinden (Staatsdurchschnitt 39.01): Posen (3.59), Ostpreußen (8.18) und Westpreußen (10.26) einerseits, Schleswig-Holstein (48.37), Hessen-Nassau (52.37) und Brandenburg (131,95) andererseits. Die Ziffern des westlichen Industriebezirkes liegen dem Staatsdurchschnitt ziemlich nahe.

CREDIT-GENOSSENSCHAFTEN

Die statistischen Erhebungen über das Genossenschaftswesen, die lange Zeit fast ausschließlich den großen Genossenschaftsverbänden vorbehalten geblieben sind, werden erfreulicherweise von Jahr zu Jahr zahlreicher und eingehender. Einem sehr interessanten Problem, nämlich dem der örtlichen Verbreitung der Kreditgenossenschaften, ist Professor Dr. Petersilie in den „Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik" für 1911 nachgegangen. Da er gleichzeitig mit den Ziffern für dieses Jahr auch die für 1906 angibt, kann man sich für ein Jahrfünft ein ungefähres Bild von der örtlichen Entwicklung des Genossenschaftsgedankens in Preußen machen. Es waren nämlich ohne Kreditgenossenschaften:

Einwohnerzahl	Städte: Gesamtzahl 1910	ohne Kredit-Gen. 1906	1911	Landgemeinden: Gesamtzahl 1910	ohne Kredit-Gen. 1906	1911
bis 2 000	994	91	77	35 864	29 014	27 992
2000— 3 000		73	57		192	190
3 000— 5 000		62	49		133	132
5000—10 000		40	41		83	83
über 10 000	282	53	46	106	27	30
	1276	319	270	35 970	29 449	28 427

Danach sind also 1911 noch mehr als ein Fünftel aller Stadtgemeinden ohne Kreditgenossenschaften gewesen. Es befanden sich darunter sogar recht große Städte, wie Remscheid, Herne, Recklinghausen usw. Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß von Städten mit mehr als 5000 Einwohnern in den letzten fünf Jahren im ganzen nur acht aus der Zahl der kreditgenossenschaftslosen Gemeinden ausgeschieden sind. Es scheint, als ob die Gründungstätigkeit auf dem Gebiete der Kreditgenossenschaften in den Städten mit weniger als 5000 Einwohnern mehr als doppelt so stark gewesen ist als in den größeren Städten. Eine ähnliche Stagnation wie bei den größeren Städten zeigt sich übrigens auch bei den größeren Landgemeinden. — Daß mit der Größe der Gemeinden im allgemeinen das zahlenmäßige Verhältnis der Genossenschaftsmitglieder zu der Gesamtbevölkerung sinkt, ist begreiflich. Immerhin gibt es hier ganz auffallende Unterschiede und Schwankungen. So sind zum Beispiel in der Gruppe der Großstädte in Wiesbaden 127, in Cassel 84, dagegen in Aachen 0,6, in Bochum 0,9 pro 1000 der Einwohner kreditgenossenschaftlich organisiert; von den Mittelstädten (20—30 000) in Kreuznach 72, in Naumburg an der Saale 2 pro 1000. — Die Ergebnisse einer derartigen Statistik werden naturgemäß an Interesse noch ganz bedeutend gewinnen, sobald sie sich über einen längeren Zeitraum erstrecken werden.

Emissionen und Zulassungen

Im November und Dezember.

Eine vollständige Übersicht über die Zulassungen an den deutschen Börsen bringen wir an anderer Stelle. Hier werden nur die bedeutenderen von ihnen sowie alle wichtigeren Emissionen aufgeführt.

BAYERISCHE 4% STAATSANLEIHE

Bald nach der Herabsetzung des Bankdiskonts auf 5 % hat die Konkurrenz der deutschen Staaten um die zum 1. Januar frei werdenden Spargelder eingesetzt. Bayern ist zuerst zur Aufnahme einer 4 % Anleihe in Höhe von 90 Mill. M. geschritten, die bereits am 23. Dezember

Digitized by Google

à 96¾ % zur Zeichnung kam. Aber trotz dieses Vorsprungs hat die Emission keinen Erfolg gehabt. Es wurden nur 55 Mill. M. gezeichnet, davon sehr wenig mit Sperrverpflichtung. Trotz dieses bescheidenen Resultats hat das Uebernahmekonsortium, das zunächst nur 40 Mill. M. fest und den Rest — abzüglich eines für den Staat selbst reservierten Teils von 10 Mill. M. — in Option übernommen hatte, auch den Rest bezogen; zu welchem Kurse, ist freilich nicht bekanntgegeben worden. Die Zulassung der Anleihe ist bisher noch nicht erfolgt.

RUMÄNISCHE 4½ % STAATSANLEIHE

Diese Anleihe hat einen stark politischen Einschlag. Frankreich hat sie verweigert, die deutschen Banken haben sie gewährt, wobei für beide die Annäherung Rumäniens an den Dreibund das Motiv bildete. Schon im Januar 1913 sind in Deutschland rumänische Schatzscheine placiert worden. Zur Ablösung dieser Schatzscheine und der während des Balkankrieges ausgegebenen Requisitionsscheine ist die gegenwärtige Anleihe von 250 Mill. Fcs. abgeschlossen worden, und zwar zum Kurse von 87¾ % (Emissionskurs 91 %). Fest übernommen wurden nur 170 Mill. Fcs. Die Option auf die restlichen 70 Mill. Fcs., die den Inhabern der Schatzscheine reserviert, von diesen aber nur zum Teil gezeichnet worden sind, scheint bisher nicht ausgeübt worden zu sein; trotzdem, und obwohl ein Teil der Anleihe nach London geflossen ist, ist der ganze Anleihebetrag zur Berliner Börse zugelassen worden.

WIENER 4½ % KASSENSCHEINE

Von insgesamt 60 Mill. M. (nicht Kronen) 4½ % Kassenscheinen der Stadt Wien, die à 93,60 % übernommen wurden, sind 20 Mill. M. à 95,80 % in Deutschland zur Zeichnung aufgelegt worden, und zwar mit außerordentlichem Erfolge. Die Kassenscheine haben eine nur 2½ jährige Laufzeit, verzinsen sich also für den Zeichner mit ca. 6⅜ %, was einen großen Anreiz auf das Publikum und anscheinend auch auf Banken ausgeübt hat, ganz wie es kurz vorher bei den Ungarischen Staatskassenscheinen der Fall war. Die Zulassung der Wiener Kassenscheine zur Börse ist bisher noch nicht erfolgt.

KANDELHARDT

Die 1 Mill. M. Aktien dieser Automobil-Droschken-Gesellschaft sind zur Berliner Börse zugelassen und à 118 % eingeführt worden. Die trüben Erfahrungen, die das Publikum mit dieser Gattung von Unternehmungen (Bedag) gemacht hat, und der Umstand, daß über die wirkliche Rentabilität der Automobildroschken noch keine Erfahrungen bestehen, wäre es besser gewesen, wenn die Gründer-Aktionäre den Betrieb noch einige Zeit auf ihre eigene Gefahr, statt auf die des Publikums geführt hätten. Die bisher verteilten 6 bis 8 % Dividende wollen nichts besagen, weil sie in eine Zeit fortgesetzter Erweiterung und daher undurchsichtiger Bilanzierung gefallen sind. Augenblicklich profitiert das Unternehmen allerdings von der durch die „Nummernsperre" künstlich herbeigeführten Knappheit am Lohnfuhrwerk; diese Knappheit wird aber über kurz oder lang behoben werden müssen.

J. E. REINECKER

Die Aktien dieser 1911 gegründeten Gesellschaft sind zur Berliner Börse zugelassen und Ende Dezember à 171¼ % eingeführt worden. Seitdem sind sie um fast 40 % gestiegen, wohl weil man fernerhin befriedigende Dividenden (zuletzt 12 %) erwartet. Die Fabrik stellt Werkzeuge und Werkzeugmaschinen her, ist also in hohem Grade von der Konjunktur abhängig. Das Kapital (4 Mill. M.) deckt den Kaufpreis, den man den Vorbesitzern gezahlt hat, noch nicht zu zwei Dritteln. In Höhe von 2½ Mill. M. steht den Urbesitzern eine Forderung an die Gesellschaft zu. Bei der Gründung sind die Anlagen, speziell die Grundstücke, wesentlich

Digitized by Google

über ihren Buchwert angerechnet worden, was die Revisoren indes für gerechtfertigt erklärt haben.

MITTELDEUTSCHE BODENKREDIT-ANSTALT

Diese Hypothekenbank, die einzige Privatbank in Deutschland, welche Valiorationshypotheken ausgibt, die in jährlichen Rentenzahlungen abzutragen sind, ist jetzt zum 4½ % Obligationen-Typus übergegangen. Sie hat für 7½ Mill. M. neue 4½ % sog. Grundrentenbriefe die Zulassung an den sächsischen Börsen erwirkt und davon 3 Mill. M. à 99¼ % zur Zeichnung aufgelegt. Die Bank hat gegenüber geäußerten Zweifeln mehrfach erklärt, daß sie ihr Grundrentengeschäft für ein besonders sicheres Geschäft halte.

GLADBACHER TEXTILWERKE

Die bereits im Oktober zur Berliner Börse zugelassenen 1,7 Mill. M. Aktien dieser Gesellschaft sind Ende November à 110 % eingeführt worden, haben dann aber bald eine sinkende Richtung eingeschlagen. Am 10. Januar notierten sie 101¾ %. Die Gesellschaft (Kunstwolle, Spinnerei und Weberei) besteht seit 1909, hat seitdem Dividenden zwischen 5 und 9 %, zuletzt 8 % verteilt und bezeichnet — für eine Spinnerei seltsam genug — im Prospekt die Aussichten als nicht ungünstig. Die bekannte Textilfamilie Pongs ist an ihr beteiligt, was vielleicht demnächst in einer Fusion zum Ausdruck kommen wird, zumal rund ½ Mill. M. Bankschulden der Ablösung harren, die angesichts des heutigen Kursstandes kaum im Wege der Ausgabe junger Aktien wird vorgenommen werden können.

SONSTIGE EMISSIONEN UND ZULASSUNGEN

a) Provinzialanleihen: 5 Mill. M. 4 % Westpreußische Prov.-Anl. (in Berlin zugelassen, à 93¼ % zur Zeichnung aufgelegt). b) Stadtanleihen: 20,4 Mill. M. (1 Mill. £) 4½ % Stockholmer Stadtanleihe (à 97 % zur Zeichnung aufgelegt, zur Hamburger Börse zugelassen); 10 Mill. M. Gelsenkirchener, 3 Mill. M. Mülhausener, 3,5 Mill. M. Barmer 4 % Stadtanl. (sämtlich in Berlin zugelassen); 6 Mill. M. 4 % Augsburger Stadtanl. (à 93,30 % zur Zeichnung aufgelegt); 1,5 Mill. M. 4 % Herner Stadtanl. (à 92,40 % übernommen, à 93,75 % zur Zeichnung aufgelegt); 3,5 Mill. M. 4 % Kottbuser Stadtanl. (à 94,50 % zur Zeichnung aufgelegt). — c) Staatsgarantierte Obligationen: 10 Mill. M. 4 % Obl. der Staatl. Creditanstalt d. Herzogt. Oldenburg (in Berlin zugelassen); 5 Mill. Mark 4 % Obl. der Nassauischen Landesbank (à 98,40 % zur Zeichnung aufgelegt). — d) Landschaftliche und kommunale Pfandbriefe: 10 Mill. M. 4 % Pfandbr. des Brandenb. Pfandbriefamts für Hausgrundstücke (in Berlin zugelassen, 3 Mill. M. à 95,10 % zur Zeichnung aufgelegt). — e) Standesherrliche Anleihen: 22 Mill. M. 4½ % Anl. des Fürsten zu Fürstenberg (in Frankfurt und Mannheim zugelassen, vgl. Novemberheft 1913, S. 1134). — f) Industrie-Obligationen: 4,5 Mill. M. 5 % Obl. der Siemens Elektrische Betriebe A.-G. (in Berlin zugelassen, à 99½ % zur Zeichnung aufgelegt); 4 Mill. M. mündelsichere 4 % Obl. der Emscher-Genossenschaft (à 93.20 % zur Zeichnung aufgelegt, dann in Berlin zugelassen); 5 Mill. M. 5 % Obl. der Electr. A.-G. vorm. Lahmeyer (vor der Zulassung à 99¾ % zur Zeichnung aufgelegt). — g) Industrie-Aktien: 1,8 Mill. M. Papierfabrik Reisholz jg. Aktien (in Berlin zugelassen); 2,5 Mill. M. jg. Akt. der Verein. Glanzstoffabriken (in Berlin zugelassen, vgl. Septemberheft 1913, S. 922); 5 Mill. M. jg. Akt. der Siemens Elektr. Betriebe A.-G. (in Berlin zugelassen); 1,53 Mill. M. jg. Akt. der Patzenhofer Brauerei (in Berlin zugelassen, vgl. Kapitalserhöhungen); 1,5 Mill. M. jg. Akt. der Rhein.-Westfäl. Kalkwerke (in Berlin zugelassen); 5 Mill. M. jg. Akt. der Adler & Oppenheimer Lederfabrik A.-G. (in Berlin

Digitized by Google

zugelassen, vgl. Märzheft 1913, S. 294 und Augustheft 1913, S. 814); 2 Mill. M. Aug. Wessels Schuhfabrik-Aktien (in Frankfurt zugelassen. 0,6 Mill. M. à 142½ % zur Zeichnung aufgelegt). — h) Schiffahrts-Aktien: 30 Mill. M. jg. Hapag-Aktien (in Berlin und Hamburg zugelassen, vgl. Kapitalserhöhungen). — i) Eisenbahn-Aktien: 6 Mill. M. jg. Schantung-Eisenb.-Akt. (in Berlin zugelassen). — k) Bank-Aktien: 5 Mill. M. jg. Akt. der Bank für Thüringen (in Berlin zugelassen); 1,3 Mill. M. jg. Akt. der Oberlausitzer Bank (in Berlin zugelassen). — l) Versicherungs-Aktien: 6 Mill. M. (2000 Stück) Akt der Viktoria Feuerversicherungs-Ges. (in Berlin zugelassen).

Gründungen und Kapitalserhöhungen

im November u d Dezember.

Eine Statistik der Gründungen und Kapitalserhöhungen bringen wir an anderer Stelle; hier werden nur die wichtigeren, darunter auch solche, die noch nicht in das Handelsregister eingetragen sind, besprochen.

E. WOLF A.-G. Die alte, angesehene Maschinenfabrik gleichen Namens, die unlängst ihr fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert hat, ist in eine Akt.-Ges. mit 12 Mill. M. Kapital, davon 6 Mill. M. Stammaktien und 6 Mill. M. 5 % Vorzugsaktien, umgewandelt worden. Den Vorstand bilden Fabrikbesitzer Max Wolf und Arthur Reiche. Im Aufsichtsrat sind u. a. die Deutsche Bank und die Mitteldeutsche Privatbank vertreten, die anscheinend Großgläubiger des Unternehmens sind; wenigstens deutet die sofort bei der Gründung geschaffene Hyp.-Anleihe von 6 Mill. M. auf eine Ablösung an Bank-Krediten hin.

ELEKTRISCHE KRAFTVERSORGUNGS-A.-G. Unter dieser Firma ist eine Akt.-Ges. mit 8 Mill. M. Kapital errichtet worden, die in der Hauptsache eine neue Trustgesellschaft des Brown-Boveri- und wohl auch Metallbank-Konzerns zu werden bestimmt ist. Zunächst soll die Beteiligung an der neuen Fränkischen Ueberlandzentrale, die Brown-Boveri gemeinsam mit Schuckert errichten, in die Gesellschaft eingebracht werden. Als offizieller Zweck der Gesellschaft wird „die Errichtung, der Erwerb und jede Art des Betriebs von Einrichtungen und Anlagen zur Lieferung von Elektrizität und die Uebernahme von Finanzgeschäften für solche Zwecke" bezeichnet.

HAPAG Zu einem nicht eben günstigen Zeitpunkt, sowohl was die allgemeine Wirtschaftslage, als was die spezielle, durch innere Differenzen beeinträchtigte Lage des Schiffahrtsgewerbes betrifft, hat die Hamburg-Amerika Linie ihr Kapital um 30 auf 180 Mill. Mark erhöht. Die Börse hat ein starkes Unbehagen bei dieser Nachricht empfunden, wenn es auch klar ist, daß es sich um keine neue Expansion, sondern nur um die Durchführung des schon lange feststehenden, mit dem Bau des „Imperator" eingeleiteten Vergrößerungsprogramms handelt. Die Gesellschaft will in ihrer Bilanz mit keiner zu hohen Bankschuld belastet erscheinen; daher ist sie zur Ausgabe neuer Aktien in einem Moment geschritten, wo noch ein günstiger Kurs ihr relativ befriedigendes Agio sichert. Den Aktionären ist ein Bezugsrecht zum Kurse von 115 % angeboten worden, der einem Mindererträgnis (zuletzt 10 % Dividende) bereits Rechnung trägt.

LAHMEYER Die Elektrizitäts-Akt.-Ges. vorm. Lahmeyer, die eine Holding-Gesellschaft ist und unter anderem große Posten Felten & Guilleaume- und Züricher Electrobank-Aktien im Interesse des A. E.-G.-Konzerns verwaltet, hat rund 10 Mill. M. neues Kapital aufgenommen; davon annähernd 5 Mill. M. durch Obligationen-Ausgabe und den Rest durch Begebung von 5 Mill. M. Aktien an die Züricher

Digitized by Google

Electrobank, welche die à 110 % übernommenen Aktien à 115 % an die Lahmeyer-Aktionäre weitergibt. Es handelt sich hauptsächlich um Tilgung von Bankschulden. Die letzten Dividenden der Gesellschaft haben 4, 5 und 6 % betragen.

VERSCHIEDENE GRÜNDUNGEN Czernitzer Steinkohlenbergbau-A.-G. Gesellschaft zur Uebernahme der konsolidierten Hoym-Laura-Grube aus der Liquidation des Fürstentrusts. Kapital 3½ Mill. M. Aktien, ferner 2 Mill. M. Obligationen. — Hamburgische Südsee-A.-G. Kapital 2 Mill. M. Dient zur Uebernahme der Südsee-Besitzungen der erst vor wenigen Monaten gegründeten, jetzt wieder eingehenden Forsayth-A.-G. — Chemnitzer Bank für Grundbesitz A.-G., Chemnitz. Entstanden aus der früheren, stark verschuldeten Bank für Grundbesitz G. m. b. H. in Chemnitz. Konzern der Bank für Grundbesitz in Leipzig. Kapital 2 Mill. M. — Allg. Radiogen-A.-G., Charlottenburg. Zweck: Verwertung von Radium und Mesothorium. Kapital 0.92 Mill. M. Verschiedene Posten der Gründungsbilanz sind von den Revisoren beanstandet worden.

VERSCHIEDENE KAPITALSERHÖHUNGEN Continental Caoutchouc- und Gutte-percha Co. Bietet den Aktionären durch ein Konsortium 3 Mill. M. jg. Akt. à 200 % zum Bezuge an (bei etwa 675 % Kursstand der alten Aktien); das Kapital erhöht sich dadurch auf 15 Mill. M. — Stahlwerk Becker A.-G. Erhöht ihr Kapital um 2 auf 8 Mill. M.; die jungen Aktien werden den Aktionären à 138½ % angeboten. Die Börseneinführung aller Aktien in Berlin ist beabsichtigt. — Aktienbrauerei Friedrichshöhe (Patzenhofer). 1.53 Mill. M. junge Aktien sind à 157½ % von einem Bankkonsortium übernommen und von diesem bis auf einen kleinen Bruchteil den Aktionären à 162½ % angeboten worden. — Zuckerraffinerie Tangermünde. Gibt 2 Mill. Mark jg. Aktien aus; das Bezugsrecht wird à 120 % den Aktionären überlassen. — Kapitalserhöhungen von Belang nehmen ferner vor: Carl Lindström, Chem. Fabrik Pommerensdorf, Rheinisch-Westfälische Kalkwerke, Brauerei zum Felsenkeller u. a.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung de Bank Verlag bezogen werden.

Die Hauptwege des Weltverkehrs. Von Dr. R. Hennig. Jena 1913. Gust. Fischer. (9 M.) — Aus dem Inhalt: Die Hauptwege des Seeverkehrs und die Seekanäle. — Verkehrsgeographische Gesetze für die Anlage der Hauptseehäfen. — Die Bedeutung der Landengen im Seeverkehr. — Der heutige Anteil der Nationen am Seeverkehr, mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands. — Die Hauptwege der Binnenschiffahrt.

Die Schiedsgerichte in Indusfrie, Gewerbe und Handel. Von Dr. Julius Kollmann, München. Berlin 1914. R. Oldenbourg. (13 M.) — Das vorliegende Handbuch verfolgt den Zweck, den im praktischen Leben stehenden Industriellen, Ingenieuren und Kaufleuten eine gründliche Belehrung über das schiedsrichterliche Verfahren zu bieten und ferner den Studierenden aller Fachrichtungen der technischen Hochschulen und der Handelshochschulen als Leitfaden bei den Vorlesungen und Uebungen über die bezeichnete Disziplin zu dienen.

Vorlesungen über Volks- und Staatswissenschaft. Von Graf S. J. Witte. 2. Band. Stuttgart u. Berlin. Deutsche Verlags-Anstalt. (7,50 Mark.) — Von den Vorlesungen, die Graf Witte dem Großfürsten Michael

Digitized by Google

Alexandrowitsch in den Jahren 1900/02 gehalten hat, liegt jetzt der zweite Band vor. Er enthält die Vorlesungen über Bankwesen und Bankpolitik, Verkehrswesen, über Produktion und Konsumtion, Kapitalzins und Unternehmergewinn, ferner die Vorlesungen über Staatswirtschaft und Finanzwissenschaft.

Das Recht der amerikanischen Aktiengesellschaften. 1. Teil. Von Dr. A. Mez. Marburg 1913. N. G. Elwert. (3,50 M.) — Aus dem Inhalt: Einteilung und Begriff der Korporationen. — Die Entstehung der stock corporations. — Folgen mangelhafter Gründung. — Fähigkeiten der Körperschaften. — Die by-laws. — Verfügung über franchises. — Die Haftung der stock-corporation für unerlaubte Handlungen.

Die Interimsscheine. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte und Lehre der Aktien- und Anleihepapiere. Von Dr. Heinrich Veit Simon. Berlin 1913. J. Guttentag. (8 M.) — Aus dem Inhalt: Begriff und Bedeutung der Interimsscheine und der anderen Interimspapiere. — Geschichte der Interimspapiere. — Die Interimsaktien. — Die Interimsobligationen und die Obligationspromessen. — Die Emittentenscheine. — Stempel- und Strafrecht.

„Neumann's Kurstabellen der Berliner Fondsbörse." 25. Jahrgang. 1913. Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G., Berlin W. 35. (6 M.) — Die Jubiläumsausgabe von Neumann's Kurstabellen verzeichnet wie immer die höchsten, niedrigsten und letzten monatlichen und jährlichen Kurse aller an der Berliner Börse gehandelten Werte, sowohl vom abgelaufenen Jahr als auch weiter noch von den letzten 6 Jahren. Für die Kapitalisten, denen größere Fachwerke gewöhnlich nicht zur Verfügung stehen, sind die ausführlichen Mitteilungen über Kapital, Verzinsung, Verlosung und Couponeinlösung sowie die Angaben über Gründung und Fabrikationszweig der Aktiengesellschaften nebst deren in den letzten 12 Jahren gezahlten Dividenden sehr nützlich.

Die koloniale Handelspolitik der Weltmächte. Von Otto Jöhlinger. Nr. 276/77 der „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen". Berlin. Leonhard Simion Nf. (2 M.) — Aus dem Inhalt: Entwicklung der kolonialen Handelspolitik. — Die Arten der kolonialen Handelspolitik. — Die Handelspolitik der einzelnen Kolonialstaaten. — Deutschlands koloniale Handelspolitik.

Die Aktiengesellschaft. Die Rechte der Aktionäre. Die Pflichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Von Dr. Martin Friedlaender. Berlin 1913. Haude & Spener. (2,50 M.) — Das Werk ist ein Handbuch für Aktionäre und Verwaltungsmitglieder von Aktiengesellschaften. Es gibt über alle wichtigen Fragen des Aktienwesens erschöpfende und leichtverständliche Auskunft.

Die Kapitalsanlage der Franzosen in Wertpapieren mit besonderer Berücksichtigung der Kapitalsanlage in Handel und Industrie. Von Hans Henger. 125. Stück der Münchener Volkswirtschaftlichen Studien. Stuttgart u. Berlin 1913. J. G. Cotta Nf. (3 M.) — Aus dem Inhalt: Statistik über den Wert und die Bewegung der im Besitz der Franzosen befindlichen Wertpapiere. — Wie kommt es, daß in Frankreich verhältnismäßig so wenig Kapital auf die Gründung und Erweiterung von Aktiengesellschaften verwendet wird? Die Gründe hierfür?

Die Reformen der veranlagten Staats- und Gemeindesteuern im Großherzogtum Hessen. Von Walter Schärffe. 126. Stück der Münchener Volkswirtschaftlichen Studien. Stuttgart u. Berlin 1913, J. G. Cotta Nf. (5 M.) — Aus dem Inhalt: Die Staatssteuern. — Die Steuerverfassung vor der letzten Reform. — Das geltende Steuersystem. — Der finanzielle Erfolg der Reform und die finanzielle Entwicklung der Steuern bis 1911. — Die Gemeindesteuern. — Das geltende Gemeindeumlagengesetz von 1911.

Fünfzig Jahre Geschichte einer Wiener Bank. Von Karl Morawitz. Leipzig u. Wien I. Hugo Heller & Cie. (1,25 M.) — Das vor-

Digitized by Google

liegende Buch ist die Wiedergabe eines Vortrages, der anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Anglo-Oesterreichischen Bank in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte gehalten wurde.

Indian Currency and Finance. Von John M. Keynes. Verlag von Macmillan & Co. Ltd., London 1913. (VIII u. 259 S.) — Aus dem Inhalt: The present position of the rupee. — The gold-exchange standard. — Paper currency. — Proposals for a gold currency. — Council bills and remittance. — The secretary of state's reserves and the cash balances. — Indian banking. — The Indian rate of discount.

Ueber die Frage der Errichtung eines deutschen Goldmarktes. Von Dr. Jos. Schilling. Verlag von G. Braun, Karlsruhe 1913. (1,80 M.) — Aus dem Inhalt: Technische und wirtschaftliche Organisation des Londoner Goldmarkts. — Gründe der Vorherrschaft Londons. — Stellung der Goldindustrie zum Goldmarkt. — Behauptungen der Anhänger eines deutschen Goldmarktes.

Die Statistik im Fabrik- und Warenhandelsbetrieb. Von Prof. Dr. Albert Calmes. 3. Aufl. Leipzig. G. A. Gloeckner. (4,20 Mark.) — Das Buch gibt eine vorzügliche Darstellung aller statistischen Fragen aus dem Gebiete des Fabrik- und Handelsgeschäftes und ist geeignet, in den Kreisen der kaufmännischen und industriellen Praxis das Verständnis für Statistik zu fördern.

Die Konzentration in der badischen Brauindustrie. Von Dr. Kurt Danziger. Karlsruhe i. B. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. (3.— M.) — Aus dem Inhalt: Allgemeine Entwicklung des Brauwesens in Deutschland. — Konzentrationstendenzen. — Die Konzentration in Baden. — Absatzmarkt. — Besteuerung. — Kapitalverhältnisse. — Die Interessenkonzentration in Form der Brauereiverbände.

Jahresbericht der Wiener Börsenkammer über den Verkehr an der Wiener Börse und den Geldmarkt im Jahre 1912. Wien 1913. Verlag der Wiener Börsenkammer. (224 S.) — Aus dem Inhalt: Allgemeiner Teil. — Der Verkehr in Anlagewerten und Losen. — Der Verkehr in Aktien von Banken. — Der Verkehr in Aktien von Industrieunternehmungen. — Die Kursbilanz. — Kursbewegung der wichtigsten Valuten und Devisen. — Emissionen und Veränderungen im Kursblatt. — Der Geldmarkt.

Buchführung und Abschlüsse der Handelsgesellschaften nach Gesetz und Technik. Von R. Beigel. Leipzig. Verlag der Modernen kaufmännischen Bibliothek G. m. b. H. Teil I (2,75 M.), Teil II (5,50 M.). — Der Verfasser behandelt in eingehender Weise die buchhalterischen Besonderheiten bei Handelsgesellschaften. Sämtliche in das spezielle Gebiet der Handelsgesellschaften fallenden Probleme, die bekanntlich sehr zahlreich und oft komplizierter Natur sind, werden in dem Werke theoretisch und an Hand praktischer Beispiele erschöpfend behandelt.

Der Zollkrieg zwischen Frankreich und der Schweiz. Von Grete Eysoldt. 124. Stück der „Münchener Volkswirtschaftlichen Studien". Stuttgart 1913. J. G. Cotta. (4 M.) — Aus dem Inhalt: Wesen, Begriff, Zweck und Wert der Zollkriege. — Kurze Uebersicht über die französische Handelspolitik. — Kurze Uebersicht über die Schweizer Handelspolitik. — Ausbruch des Zollkrieges. — Verlauf des Zollkrieges. — Wirkung auf die Handelsbeziehungen mit dritten unbeteiligten Ländern.

Buchführungs- und bilanztechnisches Lexikon, enthaltend Erläuterungen zu sämtlichen buchhalterischen Fragen, besonders der Kontenführung und Bilanzabschlüsse, Bewertungsgrundsätzen bei der Inventur, Ratschlägen für Revisionen, nebst Hinweisen auf Gerichtsentscheidungen und die Gesetzgebung. Ein Auskunftsbuch für Aufsichtsräte, Bankiers, Buchhalter, Fabrikanten, Kapitalisten, Kaufleute, Landwirte, Rechtsanwälte, Richter, Steuer- und Verwaltungsbeamte. Herausgegeben von C. Weilandt, Redakteur. (3 M., geb. 4 M.) 1913. Im Selbstverlage, Berlin NO 18, Kniprodestr. 1 a.

Digitized by Google

Das deutsche Baugenossenschaftswesen. Von Dr. Erich Eppich. Berlin 1913. Puttkamer & Mühlbrecht. (3,60 M.) — Aus dem Inhalt: Entstehung, Verbreitung und Ziele der Baugenossenschaften. — Die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen. — Die Ziele der Baugenossenschaften. — Der baugenossenschaftliche Betrieb. — Das Betriebskapital. — Die Bautätigkeit. — Die Finanzlage. — Die Baugenossenschaften und die Wohnungsfrage.

Buchhaltungsübungen für Fortgeschrittene. Von Professor Dr. A. Adler. Leipzig 1913. B. G. Teubner. (2,80 M.) — Das Buch ist für Leute gedacht, die die Grundsätze der doppelten Buchführung bereits kennen. Die behandelten Fälle sind sachlich in drei Gruppen geteilt: Bücherabschlüsse; Kommissions- und Partizipationsgeschäfte im Bank- und Warenverkehr; Auflösung und Umwandlung von Unternehmungen, Ausgabe von Aktien und Obligationen, Syndikatsgeschäfte und Sanierungen.

Finanzielles und wirtschaftliches Jahrbuch für Japan. 13. Jahrgang 1913. Herausgegeben vom Kaiserl. Japan. Finanzministerium. (202 S.) — Das Buch gibt einen ausführlichen Ueberblick über die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung Japans im Jahre 1912/13 und ist mit einem reichhaltigen Tabellenmaterial ausgestattet.

Deutschlands wirtschaftliche Kriegsbereitschaft. Von Dr. Arthur Blaustein. Nr. 278 der „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen." Berlin. Leonhard Simion Nf. (1 M.) — In der vorliegenden Schrift befürwortet der Verfasser ein Zusammenwirken aller Faktoren des öffentlichen Lebens zur Ausfüllung noch vorhandener Lücken in der wirtschaftlichen Mobilmachung.

Der Inhaberscheck. Von Dr. Richard Haidlen. Stuttgart 1913. W. Kohlhammer. (59 S.) — Aus dem Inhalt: Die Rechtslage des Inhaberschecks. — Die Voraussetzung der Scheckverpflichtung. — Entstehung und Inhalt der Scheckverpflichtung. — Die Geltendmachung des Scheckrechtes. — Erwerb der Rechte. — Pfandrechte.

Die Ansprüche aus der Angestellten-Versicherung. Von Dr. Georg Betz. Nürnberg. Carl Kochs Verlag. (0,80 M.) — Aus dem Inhalt: Voraussetzung für den Erwerb und die Erhaltung des Anspruchs aus der Versicherung. — Die Ansprüche aus der Versicherung. — Beginn und Wegfall der Ansprüche. — Rechtliche Natur der Ansprüche.

Wie liest man einen Kurszettel? Ein Führer durch den täglichen Kursbericht. Unter besonderer Berücksichtigung der deutschen und österreichischen Börsenusancen. Von Dr. R. Caleb. 6.—7. Aufl. Stuttgart. Muthsche Verlagshandlung. (1 M.) — Aus dem Inhalt: Die Börse im allgemeinen. — Der Kurs. — Was enthält der Kurszettel? — Der Kurszettel im allgemeinen. — Die verschiedenen Kurszettel.

Beiträge zur Geschichte der Zürcher Effektenbörse (1882—1891). Von Fritz Fuchs. Zürich 1913. Art. Institut Orell Füssli. (2 M.) — Aus dem Inhalt: Das Börsengesetz vom 2. Dezember 1883. — Den Rekurs des Effektenbörsenvereins Zürich. — Die Zürcher Effektenbörse von 1884—1891. — Die Bank- und Börsenkrisis von 1891.

Kürschners Jahrbuch 1914. Kalender, Welt- und Zeitspiegel. Berlin u. Leipzig. Herm. Hillger Verlag. (1,20 M.) — Kürschners Jahrbuch 1914 bietet ebenso wie seine Vorgänger eine Fülle von interessantem Material.

Die Reichsfinanzgesetze vom 3. Juli 1913. Nachtrag zur 12. Auflage der Finanzwissenschaft. Von Karl Theodor von Eheberg. Leipzig 1913. A. Deichert. (0,60 M.)

Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann. Von F. Flur. 91. bis 100. Tausend. Heimkulturverlag Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H., Wiesbaden. (1,80 M.) — Das jetzt in doppeltem Umfange vorliegende Werk gibt wertvolle Anregungen, wie man zum Besitz eines Eigenhauses gelangt, Baukapital und Hypotheken beschafft, wie man zweckmäßig und besonders billig bauen kann, Rentabilität des

Digitized by Google

eigenen Hauses erreicht, welche Heizungsart für das Eigenhaus die beste ist und wie ein Hausgarten den Hauszins mit aufbringen hilft.

Hildesheimer Bank 1886—1911. Die Festschrift zum 25jährigen Geschäftsjubiläum faßt in Worten, Ziffern und Bildern die gute Entwicklung des Instituts zusammen. Das Aktienkapital stieg von 1 Million auf 12 Millionen Mark.

Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913. Von Dr. K. Helfferich, Direktor der Deutschen Bank. Verlag Georg Stilke, Berlin. (1 M.) — Der Verfasser geht in seinen Darlegungen von der Bevölkerung aus und sucht nachzuweisen, wie die Vermehrung der Bevölkerung und die Verschiebung in der berufsständigen Schichtung auf Handel, Industrie und Landwirtschaft eingewirkt haben. Zahlenmäßige Nachweisungen über Produktion und Verkehr zeigen den gewaltigen Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft während der letzten 25 Jahre. Dieser Entwicklung entspricht der gesteigerte Verbrauch, der für die wichtigsten Massenartikel statistisch dargestellt wird.

Nebenunternehmungen im Handelsrecht, insbesondere die Zweigniederlassung und das landwirtschaftliche Nebengewerbe. Von Dr. B. Marxheimer. Marburg 1913. N. G. Elwert. (3 M.) — Wesen und Begriff der Nebenunternehmung. — Die handelsrechtlichen Eigentümlichkeiten der Nebenunternehmungen. — Die Zweigniederlassung. — Das landwirtschaftliche Nebengewerbe.

Wandlungen im Handel. Von Otto Münsterberg, M. d. H. d. A., Lissa i. P. 1914. Oskar Eulitz. (1 M.) — Die vorliegende Arbeit ist die erweiterte Wiedergabe eines Vortrages, der im Frühjahr 1912 vor der Berliner staatswissenschaftlichen Vereinigung gehalten wurde.

Polsters Kohlenjahrbuch 1914. 11. Jahrgang. Leipzig 1914. H. A. Ludwig Degener. (3 u. 5 M.) — Das jetzt in 11. Auflage vorliegende Jahrbuch ist als Ratgeber und Nachschlagewerk für Kohlenhändler, Industrielle, Betriebs- und Feuerungsingenieure, Heizungstechniker, Staats- und Städteverwaltungen gleich wertvoll.

Finanzielle Rückschau 1913. Herausgegeben vom Swiss Bankverein, London E. C. — Das Buch gibt einen Ueberblick über das Jahr 1913 und berührt hierbei die Konjunkturabschwächung, Kreditverhältnisse und das Problem des Kapitalzinses; bringt statistisches Material und graphische Darstellungen über Diskont- und Wechselkurse.

Jahresbericht über den Kuxenmarkt 1913. 1. Teil. Herausgegeben von der Essener Credit-Anstalt. — Dieser erste Teil enthält Darlegungen über die Entwicklung der Marktlage des Kuxenmarktes während des Jahres 1913.

* * *

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (Bücher). 3. Heft 1913. — Aus dem Inhalt: Internationale Wertübertragung und Kapitalanlage im Ausland, ihr Einfluß auf Produktion und Konjunktur (Zollinger).

Journal des Economistes (Guyot). November 1913. — Aus dem Inhalt: Le Ministère des terres et M. Lloyd George ((Guyot); le conflit économique franco-allemand (Ajam).

Zeitschrift für Sozialwissenschaft (Pohle). Dezember 1913. — Aus dem Inhalt: Soziale und nationale Seite des Bevölkerungsproblems (Wolf); Teleologische und objektive Volkswirtschaftslehre (Voigt).

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis (Rehm, Obst u. a.). Dezember 1913. — Aus dem Inhalt: Geschäfts- und Betriebskontrolle einer Baumaterialien-A.-G. (Sasprach); Der Fürstenkonzern und sein Ende (Lauinger).

Wohlfahrt und Wirtschaft (Jaroslaw). Heft 1, 1914: Die Rolle der Suggestion beim Einkauf der Bedarfsgüter (Schär); Organisation der Konsumtion (Granitsch).

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat Dezember (von 1909 bis 1913).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metallbestand*)	Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (—) **)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdisk. %
7. Dezember															
1913	1477,1 (1201,4)	62,9	19,9	849,1	61,9	226,0	204,5	180,0	70,0	1951,9	621,6	78,0	+158,0	75,7	5,5
1912	1028,6 (747,9)	23,4	19,5	1420,3	93,0	28,6	225,4	180,0	66,9	1956,2	570,4	65,3	—334,7	52,6	6
1911	1083,5 (795,7)	41,8	20,2	1129,9	70,3	88,9	164 3	180,0	64,8	1703,1	600,7	50,4	— 7,6	63,6	5
1910	997,1 (730,3)	60,9	20,9	1034,5	71,0	72,2	209,9	180,0	64,8	1557,7	612,7	51,3	— 6,0	64,1	5
1909	963,6 (729,1)	64,2	18,8	944,7	69,5	180,2	198,6	180,0	64,8	1567,0	575,3	52,4	— 47,6	61,5	5
15. Dezember															
1913	1485,6 (1208,7)	62,0	28,3	870,7	77,4	210,6	220,5	180,0	70,0	1929,5	697.2	78,4	+196,4	76,9	5
1912	1037,9 (765,4)	22,7	25,3	1506,1	83,2	40,1	217,0	180,0	66,9	1939,1	678.5	67.6	—303,2	53,5	6
1911	1076,2 (794,1)	41,9	29,7	1258,5	86,1	83,9	159,5	180,0	64,8	1701,9	736,6	52,6	— 4,1	63,2	5
1910	1008,6 (741.2)	61,3	28,9	1046,4	88 8	75,0	204,2	180,0	64,8	1544,2	671,5	52,7	— 27,4	65,3	5
1909	985,6 (749,6)	64,7	26,6	958,0	83,8	185,7	219,4	180,0	64,8	1556,4	669,4	53,3	— 6,7	63,3	5
23. Dezember															
1913	1475,9 (1197,8)	58,7	35,0	981,6	69,0	215,4	279,8	180,0	70,0	2042,3	743,2	79,8	+ 77,3	72.4	5
1912	1036,3 (770,1)	20,8	30,1	1637,5	106,5	24,3	221,7	180,0	66,9	2041,3	718 3	70,7	—401,1	50,7	6
1911	1057.5 (774,2)	39,8	32,9	1389,3	68,5	54,3	158,0	180,0	64,8	1804,1	686,7	64,8	—123,9	58,6	5
1910	1001,6 (734,2)	59,6	35,3	1052,0	96,2	74,9	232.5	180,0	64,8	1624,5	629,3	53,5	— 55,2	61,7	5
1909	983,7 (746,5)	63.2	31,3	978,4	86,6	208,0	217.9	180,0	64,8	1639,7	629,7	54,9	— 88,7	60,0	5
31. Dezember															
1913	1446,8 (1170,0)	46,2	12 8	1490,7	94,5	403,4	225.1	180,0	70.0	2593,4	793,1	82,9	—337,6	55,8	5
1912	1037.1 (776,6)	15,7	12,8	2031,1	176,7	108,3	203 8	180,0	66,9	2519.4	745.9	73,2	—703 9	41,2	6
1911	1007,8 (727,8)	30,6	10,1	1792,6	117,2	148,9	154,7	180,0	64,8	2250 6	710 5	56.3	—452,0	44,8	5
1910	9240,0 (661,0)	51,7	12,7	1324,4	370.8	156,8	243,0	180,0	64,8	2072,8	710,9	54,7	—611,6	44,6	5
1909	915,2 (681,1	55.7	9,9	1237,4	292,0	331,7	205,3	180,0	64,8	2071,5	673,6	57,2	—617,9	44,2	5

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Dezember.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Dez 1913	Metall-bestand	Reichs-kassen-scheine	Noten and Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Reserv. Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 477 128	62 938	19 857	849 118	61 938	226 0 9	204 533	180 000	70 048	1 951 862	621 642	—	77 969	+ 158 061	—
	15.	1 485 595	62 020	28 307	870 687	77 449	210 58	220 509	180 000	70 048	1 929 484	697 184	—	78 432	+ 196 438	—
	23.	1 475 868	58 744	34 963	981 618	69 04	215 378	79 769	180 000	70 048	2 042 309	743 194	—	79 830	+ 77 266	—
	31.	1 446 803	46 202	12 765	1 490 74·	94 473	403 410	225 135	180 000	70 048	2 593 445	793 120	—	82 924	— 337 675	—
Bayerische Notenbank	7.	35 163	110	4 820	37 035	2 337	45	3 988	7 500	3 750	65 031	3 895	—	3 322	+ 7 062	638
	15.	35 742	141	4 14·	36 927	2 388	43	4 361	7 500	3 750	65 161	3 957	—	3 375	+ 6 863	417
	23.	35 649	162	4 058	37 317	2 468	43	4 253	7 500	3 750	65 750	3 429	—	3 521	+ 6 119	828
	31	34 952	89	4 156	37 916	2 562	43	4 437	7 50 ·	3 750	66 055	3 3·0	—	3 500	+ 5 142	1 000
Sächsische Bank	7.	16 797	445	11 414	45 378	27 049	6 94	15 230	30 000	7 500	42 566	22 097	18 791	2 299	+ 2 861	1
	15.	19 475	576	14 779	45 867	29 745	6 884	16 678	30 000	7 500	49 035	25 710	19 398	2 362	+ 2 566	2
	23.	21 861	569	16 · 84	49 255	28 795	6 921	15 570	30 000	·7 500	54 338	26 773	18 122	2 321	+ 947	28
	31.	22 653	444	11 676	57 486	30 754	6 850	3 519	30 000	7 500	54 697	21 690	16 9·7	2 5·9	— 3 153	1 533
Württembergische Notenbank	7.	9 872	78	2 920	21 077	13 349	2 58	2 19·	9 000	1 625	19 729	19 529	19	2 175	+ 3 141	1 496
	15.	10 418	86	2 766	21 270	13 572	2 585	1 432	9 000	1 625	20 821	18 463	7	2 210	+ 2 449	723
	23.	10 216	82	3 8·4	20 212	13 254	2 585	2 78	9 000	1 625	23 211	16 888	47	2 252	+ 981	1 474
	31.	9 522	78	2 267	18 9 7	12 598	2 585	1 763	9 00·	1 625	21 227	13 549	47	2 281	+ 640	2 652
Badische Bank	7.	7 305	13	1 040	18 805	13 560	534	4 38	9 000	2 250	18 072	14 486	—	1 837	+ 286	429
	15.	8 390	17	1 910	18 666	13 807	506	4 206	9 000	2 250	20 136	14 220	—	1 895	+ 181	268
	23.	9 039	14	3 543	17 867	13 847	485	4 77	9 000	2 250	22 590	13 809	—	1 919	+ 6	752
	31.	7 024	7	882	18 508	12 901	485	3 770	9 000	2 250	17 803	12 544	—	1 978	+ 110	1 279
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 546 265	63 584	40 051	971 413	118 23·	236 113	230 337	235 500	85 173	2 097 260	681 649	18 810	87 602	—	—
	15.	1 559 620	62 840	51 903	993 417	136 961	220 599	247 18·	235 500	85 173	2 0·4 637	759 5·4	19 405	88 274	—	—
	23.	1 552 633	59 571	62 542	1 106 269	127 405	2 ·5 412	3 ·7 14·	235 500	85 173	2 208 198	804 093	18 169	89 843	—	—
	31.	1 520 954	46 820	31 746	1 623 576	153 288	413 373	238 624	235 500	85 173	2 753 227	844 253	17 034	93 192	—	—

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Dezember (von 1909—1913). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1913 Dez. 3.	36,62	11,18	27,94	28,79	7,76	39,89	26,28	55 1/8	5
„ 10.	36.62	11,18	27,51	28,56	7.89	39,51	26,49	55 7/8	5
„ 17.	35.42	11,19	27,02	28,80	8,03	37,46	25,08	55 1/8	5
„ 24.	33,10	11,20	35,93	29,36	9,42	42,07	22,19	43 1/8	5
„ 31.	34,98	13,20	52,14	29,61	10,26	61,09	23,83	33 3/8	5
1912 Dez. 4.	36,41	13,03	30,88	28,60	11,88	40,54	26,26	50 1/8	5
„ 11.	34,25	13,03	30,99	28,37	11,22	39,34	24,32	48 1/8	5
„ 18.	32,47	13,03	34,16	28,75	11,30	40,24	22,17	43	5
„ 27.	30,33	13,03	36,78	29,27	12,44	39,06	19,51	38	5
1911 Dez. 6.	37,11	14,44	27,49	28,79	11,45	39,55	26,76	52 1/2	4
„ 13.	35,95	15,24	28,80	28,69	14,49	37,56	25,71	49 3/8	4
„ 20.	34,14	15,27	35,22	29,29	15,21	40.84	23,30	41 1/2	4
„ 27.	32,44	15,27	41,91	29,19	16,33	44,79	21,70	35 1/2	4
1910 Dez. 7.	35,64	15,59	27,40	28,20	10,06	41,10	25,89	50 5/8	4 1/2
„ 14.	35,09	15,90	27,39	28,00	9,80	41,26	25,54	50	4 1/2
„ 21.	32,86	15.90	28,06	28 64	10,64	38,23	22.67	46 3/8	4 1/2
„ 28.	31,36	15,90	26,63	28,61	11,71	44,26	21,19	35 7/8	4 1/2
1909 Dez. 1.	36,29	14,41	23,50	28,96	5,32	40,69	25,78	56	5
„ 8.	35,91	14,41	23,10	28,35	7,19	38,65	26,01	56 3/4	4 1/2
„ 14.	34,51	14,41	23,97	28,31	7,91	37,42	24,65	54 3/8	4 1/2
„ 22.	33,43	14,46	31,21	29,08	9,77	40,99	22,80	44 7/8	4 1/2
„ 29.	32,63	14,71	41,77	28,86	10,78	50 21	22,22	36 3/8	4 1/2

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Dezember (von 1909—1913). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in %	Bank-disk. %	Gold-Prim. %
						staatl.	priv.			
1913 Dez. 4.	3521,3	645,4	1788,3	954,7	5909,1	215,7	665,9	70,5	4	—
„ 11.	3520,0	640,4	1413,0	977,9	5699,8	214,3	665,2	72,9	4	—
„ 18.	3524,6	650,8	1452,1	972,3	5697,0	202.4	671,5	73,3	4	—
„ 26.	3517,4	640,1	1526,4	977,8	5713,6	403,4	575,3	72,8	4	—
1914 Jan. 2.	3507,7	638.6	1976,3	1001,6	6034,6	328,4	712,5	68,7	4	—
1912 Dez. 5.	3210,2	733,3	1593,7	932,8	5637 8	244.9	649,4	69,9	4	—
„ 12.	3205,1	725,8	528,9	927,1	5522,2	236,4	594,7	71,2	4	—
„ 19.	3206,8	726,2	1653,5	932 8	5537,2	215,3	691,0	71,0	4	—
„ 27.	3207,3	689,2	1719,0	923,7	5584,3	237,1	649,9	69,8	4	—
1911 Dez. 7.	3211,2	807,1	1265,1	866,1	5294,3	288,4	546,9	75,9	3 1/2	—
„ 14.	3212.0	806,2	1257,5	865,3	5254,0	274,6	590,6	76,4	3 1/2	—
„ 21.	3213,4	811,6	1202,7	876,2	5225,7	293,6	556,0	77,0	3 1/2	—
„ 28.	3206,4	804,1	1396,9	872,4	5310,4	283,9	687,2	75,5	3 1/2	—
1910 Dez. 1.	3288,3	827,2	1258,4	757 6	5304,6	125,8	623,1	77,6	3	—
„ 9.	3286,6	825,1	1070,6	778,9	5214,3	138,7	585,1	78,9	3	—
„ 15.	3286,4	827,2	1023,9	779,8	5192.2	148,1	558,6	79,2	3	—
„ 22.	3288,7	827,2	1008 4	783,3	5151,9	165,8	562,5	79,9	3	—
„ 29.	3279,4	826,1	1171,8	779,7	5260,9	164,4	630,3	78,1	3	—
1909 Dez. 2.	3543,0	895,4	1038,7	691,6	5206,2	207,9	632,2	85,3	3	—
„ 9.	3543,6	894,4	813,8	708,0	5166,5	178,4	581,1	85,9	3	—
„ 16.	3535,4	893,1	805,0	710,7	5138,4	195,6	578,0	86,2	3	—
„ 23.	3507,0	892,3	846,0	711,8	5139,4	201,3	578,5	85,6	3	—
„ 30.	3495,4	876,0	1100,6	707,4	5323,8	161,1	659,6	82,1	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1909 bis 1911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Schwedische Reichsbank.

Wochen-Ausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913.

Millionen schwedische Kronen (1 Kr. = Rmk. 1,12).

Datum	Metall	Ausländ. Guthab. (Saldo)	Schwed. u. ausländ. Staatspap.	Wechsel und Vorschüsse	Täglich fällig. Verbindlichk.	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1913 Okt. 4.	102,600	82,769	24,473	145,593	52,131	231,513	98,688	5½
„ 11.	102.582	81,053	24,473	132,399	50,324	219,571	109,253	5½
„ 18.	102,568	82 578	24,473	128,585	55,483	214,644	113,668	5½
„ 25.	102,547	81,019	25,760	129,039	56,486	213,213	114,609	5½
„ 31.	102,531	82,117	25,760	134,044	51,685	225,217	104,844	5½
Nov. 1.	102,517	83,600	25,760	137,738	50,993	230,984	99,049	5½
„ 8.	102,507	84,732	27.241	131,519	52,157	224,672	105,343	5½
„ 15.	102,474	84,892	27,241	129,285	56,608	218,059	111,889	5½
„ 22.	102,461	85,343	27,241	127,162	63,430	208,480	121,443	5½
„ 29.	102,449	86,995	27,241	135,485	65,740	220,281	109,616	5½
Dez. 6.	102,405	86,787	30,956	142.466	76,601	217,331	112,479	5½
„ 13.	102.361	90,244	30,956	154,171	96,391	212,939	116,783	5½
„ 20.	102.247	91,973	30,959	170,556	101,822	223,497	105,997	5½
„ 27.	102,095	93,315	31,052	170,051	106,170	219,434	109,757	5½
„ 31.	102,133	94,344	30,901	180,148	107,900	234,472	94.794	5½
1912 Okt. 5.	97,440	93,194	23,794	132,482	48,728	223,352	60,301	4½
„ 12.	97,451	91,692	23,794	126,701	52,491	213,454	75,098	4½
„ 19.	97,437	87,979	23,794	135,530	61,150	210,220	79,149	5
„ 26.	98,323	83,961	23,794	132,145	54,034	208,155	75,756	5
„ 31.	99,215	82,428	23,794	135,243	48,684	220.117	64,934	5
Nov. 2.	99,192	82,437	23,794	136,181	47,792	221,599	64,304	5
„ 9.	100,525	80,330	21,070	138.104	49,830	216,388	73,974	5
„ 16.	100,498	78,973	21,070	139,233	53,496	212,372	76,519	5½
„ 23.	100,417	77,208	21,070	136,976	57,913	203,361	85,051	5½
„ 30.	100,379	77,680	21,070	145,615	58,777	213,883	72,783	5½
Dez. 7.	100,333	78,996	21,070	154,842	72,616	208,956	77,673	5½
„ 14.	100,267	77,586	21,070	169,349	85,536	208,380	75,518	5½
„ 21.	100,133	78,483	21,070	185,323	89,941	219,837	67,061	5½
„ 28.	100,046	78,809	21,070	178,814	89.814	214.114	67,492	5½
„ 31.	100,059	79,971	20,776	186,694	87,715	228,432	52,135	5½

Bank von Norwegen.

Wochen-Ausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913.

Millionen norwegische Kronen (1 Kr. = Rmk. 1,12).

Datum	Goldbest. inkl. des i. Ausland befindl.	Ausländische Wechs.	Fremde Staatsoblig.	Wechsel und Vorschüsse	Depositen	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdisk. %
1913 Okt. 7.	70,176	32.105	9.137	75,987	8,293	109,497	4,340	5½
„ 15.	71,504	32,358	9,137	75,302	9,250	108,935	5,799	5½
„ 22.	72,078	32,440	9,137	75,411	10,679	107,404	7,996	5½
„ 31.	71,445	32,133	9,135	77,558	11,295	108,696	6,396	5½
Nov. 7.	71,623	30,396	9,135	76,787	11,820	107,234	9,118	5½
„ 15.	70,051	30,845	9,135	74,180	9,721	106,034	7,904	5½
„ 22.	68,728	29,569	9,135	73,274	9,064	103,140	10,277	5½
„ 30.	70,744	28,825	9,135	73,990	7,892	105,973	9,390	5½
Dez. 8.	72,184	29,357	9,135	72,693	8,270	105,198	10,692	5½
„ 15.	71,972	28,409	9,135	74,095	6,563	107,675	8,575	5½
„ 22.	74,016	29,240	9,131	76,117	6,164	112,038	5,862	5½
„ 31.	74,065	29,740	9,131	78,870	12,574	107,691	9,781	5½
1912 Okt. 7.	57,965	24.837	9,402	66,022	5.872	100,320	2.645	5½
„ 15.	59,522	26,126	9,402	63,800	6,767	98,649	5,678	5½
„ 22.	58,950	26.693	9,402	63,602	8,794	96,698	6,886	5½
„ 31.	60,407	27,029	9,402	63,443	8,663	97,445	7,962	5½
Nov. 7.	61,904	28,345	9,402	62,538	10,298	96,409	9.868	5½
„ 15.	61,475	27,244	9,402	61,140	9,525	95.390	11.085	5½
„ 22.	60,650	26.125	9.402	59,361	8,079	93,874	11,776	5½
„ 31.	61,532	24.175	9,402	63,214	7,616	96,368	10,164	5½
Dez. 7.	62,971	23.178	9,402	64,028	8.782	95,728	12,244	5½
„ 15.	63.310	22,879	9,402	67,665	9,998	97,980	10,330	5½
„ 21.	63,920	23,134	9,402	70.167	8,737	102,724	6,197	5½
„ 31.	62,189	23,822	9,402	70,804	10,365	99,148	6,899	5½

Digitized by Google

Nationalbank von Serbien.

Wochenausweise vom Juli bis September 1912—1913.

(Tausend Dinar.)

Ausweis-Tag (alter Stil)	Metallbestand Gold	Silber	Guthab. im Ausld.	Wechsel	Darlehen*	Verbindl. bzw. Depos.	Banknotenumlauf	nicht metall. gedeckte Noten	Bankdisk.** %
1913 Juli 8.	69208	1175	17699	8842	36954	694	122247	51864	7 (6)
„ 15.	69190	2098	16725	8852	36930	1151	121819	58541	7 (6)
„ 22.	69157	1577	16583	8820	36468	890	121067	50333	7 (6)
„ 31.	68765	1898	16270	8800	37960	781	121477	50814	7 (6)
Aug. 8.	68616	1886	15449	8802	39113	780	121770	51268	7 (6)
„ 15.	68532	1820	15365	8790	39058	746	122215	51863	7 (6)
„ 22.	68491	1792	14985	8793	40440	718	122973	52690	7 (6)
„ 31.	67691	1781	14334	8850	42483	723	123707	54235	7 (6)
Sept. 8.	69029	1812	13811	8887	42123	421	124716	53875	7 (6)
„ 15.	69238	1804	13586	8926	41059	422	124127	53085	7 (6)
„ 22.	70199	1857	13123	8880	41570	394	124728	52672	7 (6)
„ 30.	71299	1874	13045	8847	40942	458	125034	51861	7 (6)
1912 Juli 8.	40885	6905	2087	5949	22634	163	58701	10911	7 (6)
„ 15.	41310	6883	2504	5922	22092	163	59054	10861	7 (6)
„ 22.	41534	6831	2850	6003	22821	161	61335	12970	7 (6)
„ 31.	41648	6782	3647	6103	24608	291	64148	15718	7 (6)
Aug. 8.	41724	6722	5327	6093	26575	286	67806	19360	7 (6)
„ 15.	41978	6659	5605	6220	27205	279	68817	20371	7 (6)
„ 22.	42406	6616	6122	6171	27784	278	70420	21398	7 (6)
„ 29.	42426	6536	6502	6420	30912	3780	74072	25110	7 (6)
Sept. 8.	42434	6487	7040	6706	32049	3785	77571	28650	7 (6)
„ 15.	42702	6450	6943	6784	32427	5301	80826	31674	7 (6)
„ 22.	42821	5711	22476	6897	32623	21415	79888	31356	7 (6)
„ 30.	43679	4642	22010	6848	32633	21403	83215	34894	7 (6)

*) Für 1913 inkl. Darlehen an den Staat lt. Gesetz vom 15. März 1908.
**) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Nationalbank von Griechenland.

Monatsausweise für Juli bis September 1909—1913.

(Millionen Drachmen.)

Ultimo (alter Stil)	Metallbestand	Goldguth. im Ausl.	Wechsel	Darlehen	Darl. an die Regier	Staatsanleih.	Privat-Depositen*)	Staatl. Depositen	Notenumlauf[1])	D. Metall u. Ausl.-Guth. n. ged. Not.	Bankdisk.
1913 Juli	16,2	193,4	25,6	179,8	141,8	61,9	252,5	18.6	211,1	1,5	$6^1/_2$
Aug.	16,6	198,1	27,5	176,3	135,4	62,4	249,8	7,2	224,1	9,4	$6^1/_2$
Sept.	16,0	212,9	27,5	176,4	133,4	62,4	253,5	2,0	235,2	6,3	$6^1/_2$
1912 Juli	11,4	113,3	22,7	169,7	61,8	65,3	206 0	19,1	127,1	2,4	$6^1/_2$
Aug.	10,9	113,2	23,5	179,1	61,8	65,3	205,8	17,3	141,0	16,9	$6^1/_2$
Sept.	10,7	129,8	24,6	188,9	61,8	65,2	202,1	8,4	174,6	34,1	$6^1/_2$
1911 Juli	9,8	76,9	20,5	162,2	64,5	63,1	184,0	14,7	111,7	25,0	$6^1/_2$
Aug.	8,7	74 0	25,5	157,8	61,8	63,2	170.8	9,4	124,2	41,5	$6^1/_2$
Sept.	8,7	100,5	24,5	171,6	61.8	62,5	183,2	23,1	136,2	27,0	$6^1/_2$
1910 Juli	5,5	44,4	21,1	157,9	70,8	61,2	168,1	5.3	118,9	69,0	$6^1/_2$
Aug.	5,2	50,9	21,2	159,6	70,8	61,2	164,0	5.3	129,0	72,9	$6^1/_2$
Sept.	6,6	56,5	19,9	162,2	70,8	61,0	163,7	5,3	137,1	74,0	$6^1/_2$
1909 Juli	4,8	40,3	22,5	160,6	71,5	60,7	177,9	0,3	121,3	76,2	$6^1/_2$
Aug.	4,9	43,8	21,9	161,9	71,5	60,7	169,7	1,2	131,1	82,4	$6^1/_2$
Sept.	4,9	43,8	21,4	165,3	71,5	60,6	168,0	0,3	135,1	86,4	$6^1/_2$

*) Darunter ca. 11—37 Mill. Drachmen Sparkassengelder und 4—18 Mill. Dr. Guthaben der Internat. Finanzkommission.
[1]) Für 1911/1913 abzügl. der im Bestande der Bank befindlichen Noten.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

BERGISCH MAERKISCHE BANK

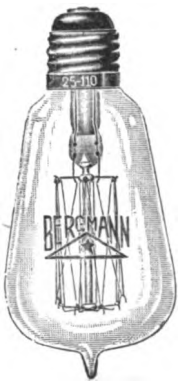
Aktien-Kapital und Reserven M. 104 000 000

Centrale: Elberfeld. — Zweiganstalten: Aachen, Barmen, Berncastel-Cues, Bocholt, Bonn, Coblenz, Crefeld, Cronenberg, Düsseldorf, M.-Gladbach, Hagen i. W., Hamm, Köln, Mülheim a. Rh., Neheim, Paderborn, Remscheid, Rheydt, Saarbrücken, Solingen, Trier. — Depositenkassen: Düsseldorf-Wehrhahn, Gech. Haspe, Hilden, Lan.erfeld, Lippstadt, Moers, Neuss, Opladen, Ronsdorf, Schlebusch, Schwelm, Soest, Velbert, Wald, Warburg.

Essener Credit-Anstalt, Essen-Ruhr.

Aktienkapital und Reserven Mk. 116 Millionen.

Zweigniederlassungen in Altenessen, Bocholt, Bochum, Borbeck, Bottrop, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Duisburg-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Hattingen, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim a. Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel, Witten.



Die **Preise**

für die wirklich unverwüstlichen

Bergmann Metalldrahtlampen

sind bedeutend ermäßigt.

Bergmann Generalvertretung

EMG

Gesellschaft für elektrische Maschinen :: und Installationsbedarf m. b. H. ::

Berlin SW. 48

Friedrichstraße 22.

Fernsprecher Amt Moritzplatz Nr. 14 510—14 515.

Gebr. Arnhold, **Bankgeschäft**

Dresden

Waisenhausstr. 20.

ZOOLOGISCHER GARTEN BERLIN.

TÄGLICH KONZERT.

Im Sommer: Doppel-Konzert an den ausgedehnten Restaurationsterrassen (10000 Stühle), Sonntags drei Militär-kapellen.
Im Winter: Symphonie-Konzert in dem prachtvollen Festsaale.

Eintrittspreis: 1 Mark, Sonntags und gegen Abend in der Woche billiger.

Restaurant in den Händen der Hotel-Betriebs-Act.-Ges. 3 Eingänge: Stadtbahn, Kurfürstendamm, Tiergarten.
Bequeme Verbindung durch Stadt-, Untergrund- und Straßenbahn. — Fahrradhalle.

Digitized by Google

Die Reichsbank und der sogenannte Geldmarkt.

I.

„Die kritischen Tage, welche die Industrie jetzt durchgemacht hat, sind die Folge einer maßlosen, jeder vernunftgemäßen Disposition spottenden Ueberfütterung mit Kredit. Ist die deutsche Reichsbank schuld an ihr? In gewissem Sinne ja. Sie hat seit Jahrzehnten die deutsche Bankwelt daran gewöhnt, bei ihr Ersatz für alle zurückgezogenen Kundengelder, und Aushilfskredit für jede außerordentliche Beanspruchung der Banken zu finden. Sie hat daher ein gut Teil der Verantwortung dafür zu tragen, daß die Banken sich im Vertrauen auf ihre prompte Hilfe an eine Kreditpolitik ohne Barreserven gewöhnt haben; denn wozu zinsfressende Barbestände unterhalten, wenn das Geld bei Bedarf von der Reichsbank erhältlich ist?“

So hieß es hier vor ungefähr einem Jahre (Januarheft 1913, S. 28). Und am 22. Februar dieses Jahres gab der Reichsbank-Präsident Havenstein in einer längeren Rede, deren Zweck es war, die einjährige Aufrechterhaltung eines sechsprozentigen Diskontsatzes nachträglich zu rechtfertigen, im Reichstage folgende programmatische Erklärung ab:

„Die Reichsbank ist nicht dazu da, . . . ihre letzten Mittel auszuschütten, bloß weil unsere Gesamtwirtschaft sich im Uebermaß auf Kredit aufbaut, oder weil unsere Bankwelt und ganz ebenso andere wirtschaftliche Faktoren . . . sich, statt selbst sich in ausreichendem Maße liquid zu halten und durch angemessene Barreserven vorzusorgen, lediglich auf die Reichsbank verlassen, sich selbst in Krediten verausgaben und nun Ersatz für diese ausgegebenen Mittel bei der Reichsbank suchen.“

Es ist das erste Mal, daß in so dürren Worten öffentlich ausgesprochen wird, was eigentlich eine Selbstver-

Digitized by Google

ständlichkeit ist, was aber infolge der Vorstellung, die weite Kreise von den Pflichten einer Notenbank haben, fast wie Ketzerei klingt. Die Meinung, daß die Reichsbank dazu da sei, Kredit in jedem gewünschten Umfange zu gewähren, sofern nur der Verwendungszweck ein gesunder und die Sicherheit eine genügende ist, diese irrige Meinung hat sich, gefördert durch die frühere Politik der Reichsbank selbst, im Laufe der Jahrzehnte so tief in die Volksanschauung eingegraben, daß einiger Mut dazu gehört, ihr öffentlich entgegenzutreten. Das Wort wiegt in diesem Falle fast schwerer als die Tat. Denn wenn man auch weiß, daß die Politik der Reichsbank seit dem letzten Wechsel in ihrem Präsidium darauf hinzielt, das nationale Kreditwesen mit höheren Barreserven zu durchsetzen, so daß es auf eigenen Füßen stehen und die Unterstützung der Reichsbank bis zu einem gewissen Grade entbehren kann, so hat die Oeffentlichkeit darin doch nicht viel mehr als eine Zweckmäßigkeits-Maßregel gesehen, dazu bestimmt, der Reichsbank ihre Währungs- und nationalpolitischen Pflichten zu erleichtern. Jetzt hat der Reichsbank-Präsident keinen Zweifel mehr daran gelassen, daß es sich für ihn um eine prinzipielle Frage handelt; daß er die Hauptaufgabe der Reichsbank nicht in ihrer Kreditgewährung, sondern in ihrer Fürsorge für die Landeswährung und Verwaltung des nationalen Metallbestandes erblickt; und daß er die Liquidität der Privatbanken speziell deshalb erhöht wissen will, weil er die Grenzen der Kreditbereitschaft der Reichsbank in Zukunft enger abzustecken beabsichtigt. Kenner des Geld- und Kreditwesens haben die Notwendigkeit einer solchen Abkehr von dem alten Prinzip der uferlosen Kreditgewährung seit langem eingesehen. Dennoch gehört in unserer Zeit ein hoher Grad von Mut oder ein besonderes Kraftbewußtsein dazu, sich offen und ohne Rückhalt zu einem Programm der Kreditrestriktion zu bekennen. Denn unsere Zeit hat bekanntlich sehr naive Ansichten von den Möglichkeiten und Pflichten einer Zentralbank und fragt verwundert, wozu es denn das Instrument der ungedeckten Note gibt, wenn man nicht mit seiner Hilfe beliebig hohe Kredite gewähren kann.

Aber Herr Havenstein hat außer seiner Ueberzeugung, daß die Reichsbank bei der Kreditgewährung gewisse

Digitized by Google

Grenzen nicht überschreiten dürfe, noch einen andern Grund, wenn er die deutsche Bankwelt auffordert, sich mit eigenen Barreserven zu versehen und die Reichsbank weniger in Anspruch zu nehmen. Er möchte den Diskontsatz der Reichsbank gern niedriger halten, als es bisher der Fall war. Er hat den Wunsch, „nicht immer wieder unberechtigten und übermäßigen Kreditansprüchen mit der Diskontschraube begegnen zu müssen, deren Anziehen ja naturgemäß den Unschuldigen neben dem Schuldigen trifft". Das ist ein Wunsch, den gewiß niemand für unberechtigt halten wird, der aber zugleich auch ein wichtiges Eingeständnis in sich schließt. Das Eingeständnis nämlich, daß die Reichsbank ein anderes Mittel der Abwehr unberechtigter und übermäßiger Kreditansprüche als das der Diskonterhöhung nicht kennt, und daß, wenn die Bankwelt es sich wieder einmal einfallen läßt, die Reichsbank ohne Rücksicht auf die programmatische Erklärung ihres Präsidenten mit Unmassen von Wechseln zu überschütten, der Bankdiskont wieder auf 6, 7 oder mehr Prozent erhöht werden wird.

Ist das nötig? Gibt es kein anderes Mittel, unberechtigte Kreditansprüche abzuwehren, als das brutale Anziehen des offiziellen Zinssatzes, das nach den Worten Havensteins den Unschuldigen neben dem Schuldigen trifft? Ohne auf die Frage eingehen zu wollen, ob dieses Mittel denn seinen Zweck stets erfüllt — daß und warum dies keineswegs immer der Fall ist, habe ich in früheren Jahrgängen der „Bank" auseinandergesetzt —, und ohne die so oft beklagte Rückwirkung eines hohen Bankdiskonts auf Handel und Gewerbe allzu tragisch zu nehmen, wird man doch schon aus Gründen des nationalen Prestiges wünschen müssen, daß der Bankdiskont sich nicht nur hin und wieder einmal, sondern dauernd auf dem meist niedrigen Niveau des Satzes der Bank von England halte. Früher hat man es als eine Art Naturnotwendigkeit angesehen, daß zwischen den beiden Sätzen eine Spannung von etwa 1 Pzt. zu ungunsten Deutschlands bestehen müsse. Und so lange der deutsche Geldmarkt darauf angewiesen war, regelmäßig Zuflüsse von den westlichen Märkten zu erhalten, mußten in der Tat die Berliner Geldsätze — sowohl die des freien Marktes wie die der Reichsbank — über den

Digitized by Google

entsprechenden Londoner und Pariser Sätzen stehen. Denn das westliche Kapital wollte natürlich seinen Vorteil bei der Auswanderung nach Berlin haben. In den letzten Jahren aber hat Deutschland bewiesen, daß es selbst kapitalreich genug ist (oder genauer ausgedrückt: daß genug deutsche Kapitalisten ihr Geld anderen zur Verwaltung anvertrauen), um die fremden Subsidien entbehren zu können. Daß dieser Beweis ursprünglich — nach Algeziras — nicht ganz freiwillig angetreten worden ist, ändert nichts an seiner Unanfechtbarkeit. Es gibt somit heute keinen inneren Grund mehr, weshalb die Berliner offiziellen und privaten Zinssätze wesentlich höher sein sollten als die der Westplätze.

Der Einwand liegt nahe, daß anderswo das Verhältnis zwischen Kreditbegehr und Kapitalangebot günstiger sei als bei uns. Wenn dem so wäre, so würde es nur unsere eigene Schuld sein. Der Kreditbegehr an sich ist überall unendlich; alle Reichtümer der Welt vermögen ihn nicht zu befriedigen. Derjenige Kreditbegehr aber, dem wir auf dem Markte begegnen, ist genau so groß, wie wir ihm zu sein gestatten; unterlassen wir es, ihn zu organisieren, und er ist nicht da! Wollten England und Frankreich dem Institut der Sparkasse und der Hypothek dieselbe Konkurrenzfreiheit einräumen wie Deutschland, so würden die Geldmarktverhältnisse auch dort sicherlich ein anderes Aussehen haben. Aber in Wirklichkeit ist das Verhältnis zwischen Kreditbegehr und Kapitalangebot bei uns gar nicht ungünstiger als beispielsweise in England. Der jährliche Bruttoüberschuß Deutschlands hat sich dem organisiert auftretenden Kreditbegehr genau so angepaßt, wie sich der größere Ueberschuß Englands dem dort entsprechend größeren Kreditbegehr angepaßt hat. Wenn wir also dafür sorgen, daß der Kreditbegehr nicht plötzlich eine anormale Steigerung über den nationalen Bruttoüberschuß hinaus erfährt — wobei u. a. die zuzulassenden Fremdanleihen einen brauchbaren Regulator abgeben —, so ist kein Grund ersichtlich, warum der deutsche Standardzins sich der Regel nach um 1 Prozent über den englischen Zins erheben soll; vorausgesetzt, daß wir keine künstlichen Mittel anwenden, die unseren Zins in die Höhe treiben.

Ein solch künstliches Mittel ist aber gerade die Ge-

Digitized by Google

pflogenheit der Reichsbank, Kreditansprüche, die sie nicht befriedigen will, mit dem Anziehen der Diskontschraube von sich abzuwehren. Auch andere Notenbanken bedienen sich dieses Mittels, keine aber so ausschließlich wie die Deutsche Reichsbank. Nicht einmal die Bank von England, die angesichts der feingegliederten Organisation der englischen Kreditwirtschaft relativ leichtes Spiel hat, weil hier alles schon auf kleine Zinsveränderungen prompt reagiert, begnügt sich mit der mechanischen Handhabung der Zinsschraube. Sie hat daneben immer noch eine Reihe anderer Mittel in Bereitschaft, die teils der direkten Einwirkung auf den Markt dienen, teils bezwecken, eine ganz bestimmte Art von Kreditansprüchen von der Bank fernzuhalten. Bald wehrt die Bank von England ganz lange, bald wieder ganz kurze Wechsel ab, indem sie den Einreichern der ungern gesehenen Wechselarten mit einer Revision des Diskontmaximums droht oder die Unterschriften dieser Wechsel einer strengeren Prüfung unterzieht; bald berechnet sie auf bestimmte Wechselarten einen höheren Zinssatz als die offizielle Rate, bald wieder kauft sie Wechsel unter dem offiziellen Satze an. Auf diese Weise erzwingt sie erforderlichenfalls nicht nur eine Schonung ihrer Mittel, wie das generelle Hinaufsetzen des Diskontsatzes sie kaum in gleichem Maße herbeiführen würde, sondern es gelingt ihr durch diese Differenzierung auch, einen Unterschied zwischen den „Schuldigen" und den „Unschuldigen" zu machen und nicht das ganze Land mit einem Strafzinse zu belegen, wenn ein paar Billbroker falsch disponiert haben. Starke Erhöhungen ihres offiziellen Zinses braucht die Bank immer nur dann vorzunehmen, wenn der Privatbesitz allzu sehr in die Höhe schnellt; sie tut es dann mehr zum Schutze des offenen Marktes dem Auslande gegenüber, als zu ihrem eigenen Schutze. Denn die Leiter der Bank von England sind nüchterne Kaufleute, die sich nicht scheuen, anspruchsvollen Kreditnehmern auch einmal das harte Wort „ich kann nicht!" entgegenzuhalten, wenn sie es natürlich auch so lange wie möglich auszusprechen vermeiden.

Was die Bank von England kann, das kann auch die Reichsbank. Statt ein Uebermaß von Kreditansprüchen durch das indirekt wirkende — oder oft auch gar nicht

Digitized by Google

wirkende — Mittel der allgemeinen Diskonterhöhung abzuwehren, kann sie, wenn sie will, bestimmten Kategorien von Ansprüchen den Zugang direkt erschweren, sei es durch Verhängung eines wirksamen Sonderzinses, sei es durch Beschränkung der Annahme auf ein bestimmtes Höchstmaß. Bei den Lombardkrediten hat die Reichsbank eine differenzierte Behandlung bereits eintreten lassen. Es wäre also nur noch erforderlich, daß auch bei den Wechselkrediten eine unterschiedliche Behandlung Platz greift. Die Notwendigkeit, dem ganzen Erwerbsleben einen hohen Zins aufzuerlegen, weil einzelne Berufsklassen ungemessene Ansprüche an die Bank stellen, würde dann in der Regel fortfallen. Fragt sich nur, welche Art von Kreditansprüchen die Reichsbank mit Fug und Recht und unter höheren wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu diskriminieren hätte. Denn daß dabei nicht nach Willkür vorgegangen werden darf, versteht sich von selbst.

Was unser Kreditwesen so außerordentlich illiquide macht und die Reichsbank an den Quartalsterminen so enormen Ansprüchen aussetzt, das ist, wie die Verhältnisse heute liegen, die Gewißheit, welche die Banken haben, daß sie jederzeit auf ein paar Tage Kredit bei der Reichsbank erhalten können, und daß dieser Kredit so gut wie nichts kostet. Denn selbst ein Zins von 7 Prozent spielt keine Rolle, wenn man ihn nur für 5 oder 10 Tage zu entrichten braucht; und mit diesem Zinsminimum begnügt sich die Reichsbank, wobei sie den Wechsel-Einreichern das umständliche Inkasso der Wechsel gratis abnimmt. Diese günstigen Leihbedingungen wirken geradezu wie eine Prämie auf die möglichst weitgehende Inanspruchnahme der Reichsbank an den Quartalsterminen. An den Terminen spielt sich der Kapitalsverkehr in der Weise ab, daß gegen Ende des alten Quartals die Zahlungspflichtigen einen Teil ihrer Guthaben von den Banken abheben, und bei Beginn des neuen Quartals die Zahlungsempfänger ungefähr dieselben Beträge wieder bei den Banken deponieren. Vom Zeitpunkt der beginnenden Abhebung bis zum Zeitpunkt der Wiedereinzahlung, in der Regel nur wenige Tage, müssen die Banken auf den Abfluß größerer Kapitalmengen vorbereitet sein. Wären die günstigen Leihbedingungen der Reichsbank

Digitized by Google

nicht, so müßten diese Kapitalien greifbar bei den Banken vorhanden sein; so aber ziehen die Banken es naturgemäß vor, sich die Quartalserfordernisse gegen fünf- bis zehntägigen Zins von der Reichsbank zu beschaffen. Die Kosten sind so gering, daß sie gegenüber dem Vorteil, die sonst brach liegenden Barbestände zinsbar anlegen zu können, gar nicht mitsprechen. Daß die Banken sich auf diese Weise einer höchst wertvollen Reserve begeben, die sie gegen alle Zufälligkeiten des Geschäfts schützen könnte und sollte, und daß die nationale Gesamtreserve sich dadurch um einen erheblichen Bruchteil verringert, das sind Erwägungen, die angesichts der steten und billigen Hilfsbereitschaft der Reichsbank nicht aufkommen.

Es würde sich daher sehr wohl rechtfertigen lassen, wenn die Reichsbank in Perioden stärkerer Inanspruchnahme zu dem Abwehrmittel greifen würde, Wechsel mit kürzerer als etwa vierwöchentlicher Laufzeit nur mit einem erheblichen Zinsaufschlag zu diskontieren. Denn sie würde dadurch nicht nur einen Akt berechtigten Selbstschutzes üben, ohne die Gesamtwirtschaft mit einem hohen Bankdiskont zu belasten, sondern sie würde überdies — und das ist das bei weitem wichtigere — die Reservepolitik der Banken vorteilhaft beeinflussen. Da es ja für die Banken eine reine Frage der Kalkulation ist, ob die Unterhaltung eigener Barreserven oder der Rückgriff auf die Reichsbank das vorteilhaftere für sie ist, muß jede Verteuerung der Reichsbank-Darlehen zugunsten einer Erhöhung der Barreserven sprechen. Die Reichsbank würde also durch eine gewisse Erschwerung der Fünf- und Zehn-Tage-Darlehen sowohl ihre eigene Position als auch die Barreserven bei den Privatbanken stärken.

Aber das ist nach deutschen Begriffen ja Häresie! Wie? Die Reichsbank soll kurze Kredite erschweren, um lange Kredite zu um so vorteilhafteren Diskontbedingungen gewähren zu können? Sie soll Kapitalien, die sie erst nach Monaten zurückerhält, ruhig hingeben, dagegen solche, die ihr schon nach fünf Tagen wieder zufließen, verweigern? Das hieße ja, von der besseren Liquidität zur schlechteren übergehen! Und es hieße vor allem, gegen die gesetzliche Hauptaufgabe verstoßen, die in der Regelung des Geldumlaufs besteht, wenn die Bank zwar Ka-

Digitized by Google

pitalien, die auf längere Zeit benötigt werden, vorstrecken, dagegen Zirkulationsmittel, die man ihr auf ein paar Tage abverlangt, verweigern wollte!

Wie man sieht, ist es schwer, sich über die Leihprinzipien der Reichsbank zu verständigen, wenn man sich nicht zuvor über die Bedeutung der Worte „Geld" und „Kapital" geeinigt hat. Denn um zu der Erkenntnis zu kommen, welche Bankpolitik gesund und welche ungesund ist, muß zuvor mit der Anschauung gebrochen werden, es seien Zirkulationsmittel und kein Kapital, was die Reichsbank dem Markt an den Quartalsterminen zur Verfügung stellt. Die Reichsbank befriedigt nicht, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte, bald ein Kapitalbedürfnis und bald ein Geldbedürfnis, sondern sie gibt bei jedem einzigen Akt der Kreditgewährung Kapital her. Die entgegengesetzte Ansicht sieht in der Tätigkeit der Reichsbank an den Quartalsterminen nur so etwas wie eine technische Regelung des Zahlungsverkehrs, keine Kreditgewährung im eigentlichen Sinne des Wortes. Sie wurzelt in der mißverständlichen Auffassung, daß Kapital, das auf ganz kurze Zeit benötigt wird, seine Wesensart abstreift und zu „Geld" wird; eine Auffassung, die durch die Zweiteilung des Anlagemarkts in einen „Kapital"- und einen „Geldmarkt" wesentlich gefördert wird. Ich werde also in einem nächsten Aufsatze darzulegen haben, warum die Kredite der Reichsbank nichts mit dem Gelde als Zirkulationsmittel, sondern nur mit dem Gelde als Kapital zu tun haben, und warum es — außerhalb des Sorten-Handels — keinen Geldmarkt, sondern nur einen sogenannten Geldmarkt gibt.

Alfred Lansburgh.

Hanseatenkrieg.

In der Geschichte der deutschen Volkswirtschaft gibt es kaum ein stolzeres Kapitel als den Aufschwung der deutschen Schiffsreederei in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung. Als Deutschland, dieses ursprünglich so ausgesprochen binnenwirtschaftlich veranlagte Land, das erst spät in die Reihe der seefahrenden Länder und noch später in die Reihe der großen Industrieländer eintrat, Schiffe über die Weltmeere zu schicken begann, betrieb es auch dieses Geschäft wie alle anderen mit „System". Andere Seevölker mögen die Schiffahrt mit mehr Talent und Temperament, mit größerem Wagemut und früherer

Digitized by Google

Reife ausgeübt haben, Deutschland „organisierte" dieses Geschäft nach dem Prinzip der Regelmäßigkeit, Zuverlässigkeit und rationellen Oekonomie. Deutschland ist so im Gegensatz zu England, dem unerreichten Land der Trampschiffahrt, das klassische Land der Linienreederei geworden. Seine ersten Linienschiffahrtsgesellschaften wuchsen sich zu den größten der Welt aus. Sie beschränkten sich nicht auf ein oder mehrere Gebiete des Weltverkehrs, wie das auch die größten Unternehmungen Albions taten, sondern die schlanken Schnelldampfer, die schweren Frachtschiffe des Lloyd und der Hapag durchfurchten alle Meere; ihre Flaggen erschienen in allen Häfen der Welt, mit Stolz von den Auslands-Deutschen, mit Respekt von den Fremden begrüßt. Und darum rührt es nicht nur an unseren Geldbeutel, sondern auch etwas an unser Herz, wenn jetzt, nach mehr als 25 Bündnisjahren, das Ankerwappen und die Schlüsselflagge zu mörderischem Kriege gegeneinander geführt werden sollen; wenn deutsche Besonnenheit einem Streit nicht ausweicht, in den Hanseaten-Ehrgeiz und niemals ganz verwundene Rivalität die in manchem Verteidigungskampf Verbrüderten getrieben hat. Im Grunde ist es nichts anderes, als wenn die Röhrenleute, Thyssen und Mannesmann, oder die Kalileute, Schmidtmann und Sauer, einander bekriegen, möchte der durch die „viel zu vielen" Kartelle niedergeduckte Freihändlergeist sagen. Es ist doch etwas anderes, sagt unser Gefühl für deutsche Dinge. Wer hat recht?

* * *

Im Jahre 1885 trat die Hamburg-Amerika-Linie an die großen transatlantischen Schiffahrtsgesellschaften, die damals hauptsächlich den Verkehr zwischen dem europäischen Kontinent und den Vereinigten Staaten von Amerika vermittelten, mit dem Vorschlage heran, den zügellosen Wettbewerb, der damals allen Unternehmungen, und besonders der Hamburger Gesellschaft schwere Wunden geschlagen hatte, durch eine Verständigung ein Ende zu bereiten. Die erste Kölner Konferenz kam noch in demselben Jahre zustande, und obwohl zuerst nur vier Gesellschaften, die Hamburg-Amerika-Linie, der Norddeutsche Lloyd, die Holland-Amerika-Linie in Rotterdam und die Red Star Linie in Antwerpen am Konferenztische erschienen, ist diese erste Kölner Zusammenkunft — mit ihren formlosen Vereinbarungen etwa dem amerikanischen gentleman agreement gleichend — die Geburtsstunde des transatlantischen Pools und überhaupt des ganzen Poolsystems in der internationalen Schiffahrt geworden. Die Hamburg-Amerika-Linie, die damals in dem Interregnum, und zwar einem höchst unproduktiven, kämpfereichen, aber richtungslosen Interregnum zwischen der niedergegangenen Epoche Godde-

Digitized by Google

froy (dieser Epoche der guten alten Hamburger Tradition) und der modernen, vorwärtsdrängenden Aera Ballin stand, griff merkwürdigerweise gerade in dieser Zeit den Poolgedanken auf, der die moderne Schiffahrt in der Zeit ihrer stärksten Entwicklung, ihrer großartigsten Expansion und Organisation beherrschen, und nicht schlecht beherrschen sollte: Wieder einmal der in der Wirtschaftsgeschichte nicht seltene Fall, daß ein fruchtbarer Gedanke nicht aus der Weisheit, sondern aus der Ratlosigkeit geboren wurde. Zu der Zeit, da die Hamburg-Amerika-Linie die Anregung zu der internationalen Vertragsbindung der Seeschiffahrt gab, war sie noch nicht einmal der Konkurrenz in ihrem eigenen Heimathafen Herr geworden, dieser Konkurrenz, die durch das zögernde Entwicklungstempo der ältesten Hamburger Amerika-Reederei und durch ihr fast philisterhaftes Kleben an der altüberkommenen Schiffstechnik und Verkehrspolitik immer von neuem zu Wettbewerbsversuchen angereizt wurde. Der Verlauf dieser spezifischen Hamburger Kämpfe war immer der gleiche. Erst biß sich die Hamburg-Amerika-Linie mit ihrer jeweiligen Konkurrenz ein paar Jahre herum, und wenn beide Gegner durch die Blutverluste des Kampfes aufs äußerste geschwächt waren — aber auch erst dann — nahm die Hapag das Konkurrenzunternehmen in sich auf. In den siebziger Jahren wurde auf solche Weise namentlich der Kampf mit der Adler-Linie, einem Geschöpf der Gründerjahre, ausgetragen; in den achtziger Jahren fast genau so der Kampf mit der Gruppe Carr-Sloman, die sich zu einem gemeinsamen Betrieb unter der Firma Union-Dampfschiffslinie verbunden hatten. Der Kampf der Hapag mit dieser Gruppe gestaltete sich ganz besonders schwierig, nicht nur weil sie selbst keinen eigentlichen Führer besaß, sondern weil ihr auf der Gegenseite als Stratege kein anderer als Albert Ballin, damals Passageagent und Organisator des Zwischendecksgeschäfts der Carr-Linie, entgegentrat. Nicht lange nach der ersten Kölner Konferenz kam der Friedensschluß im Hamburger Hafen selbst zustande. Daß die Hamburg-Amerika-Linie nur äußerlich, als die ältere, finanziell besser fundierte Unternehmung, als die Organisation von breiterer Ausdehnung und tieferer Verankerung, den Sieg davontrug, zeigt die Tatsache, daß bei der Fusion die beiden Leiter der Gegengruppe, Albert Ballin und Guido Wolff, mit in die Hamburg-Amerika-Linie übertraten. Ihr Geist war es, der gesiegt hatte, und der bald den vereinigten Betrieb beherrschte. An die Stelle der Tradition trat sehr schnell der ungestüm vorwärts drängende Geist der Expansion; an die Stelle der spezialistischen Einseitigkeit, mit der die alte Hapag sich auf das nordamerikanische Geschäft und hier vorwiegend auf das Frachtgeschäft konzentriert hatte, trat das Streben nach Viel-

Digitized by Google

fältigkeit der Schiffahrtsarten und der Schiffahrtswege, der Drang nach Universalität, nach Weltpolitik.

Durch Albert Ballin erhielt auch die Poolidee, die in der Hand der alten Hapag-Leute kaum mehr als ein Zufallsgedanke, entstanden aus der Angst und Not einer verzweifelten Situation, gewesen war, seine eigenartige Prägung und Vertiefung. Man kann Ballin im Gegensatz zu anderen großen Organisatoren vielleicht den Künstler der Organisation nennen, weil er nie um des Organisierens willen organisierte, sondern in seiner besten Zeit meisterhaft das Gleichgewicht zwischen Apparat und Leistung herzustellen und alle überflüssig-schweren Reste aus seinem Apparat auszuscheiden verstanden hat. Er brachte das Kunststück fertig, dem komplizierten Netz loser Verträge und Abmachungen zugleich Festigkeit und Elastizität zu geben. Er war die Seele dieses Pools, ihr Repräsentant und ihr Zentrum, ihr Organisator und Taktiker. Der seltene Zweiklang seiner Begabung, die Dinge ebenso richtig zu behandeln wie die Personen, seine Fähigkeit, Kühnheit der originalen Anlage und Treffsicherheit des ersten Wurfes mit Sorgfalt und Treue in der Ausführung zu verbinden, und schließlich seine Gabe, komplizierte Dinge zu vereinfachen und viele Fäden gleichzeitig in der Hand zu halten; alles das hat bewirkt, daß die Kölner Konferenz nach ein paar Jahren feste und erweiterte Form annahm, daß sie fast 30 Jahre hindurch ohne wesentliche Modifikationen des Prinzips zusammenblieb, und daß ihre Methode auf fast allen anderen Wettbewerbsgebieten des Seeverkehrs kopiert wurde. Der kontinentale Nordamerika-Pool, der später durch den Beitritt der französischen Compagnie Générale Transatlantique der Austro Amerikana und der Russischen Amerika-Linie erweitert wurde, zog, ohne darum als solcher aufgelöst zu werden, den großen Nordamerika-Pool, die Atlantische Konferenz, nach sich. Nach einem Ratenkampf mit den englischen Linien schloß der Continentale Pool mit den Engländern im Jahre 1895 ein Rückversicherungsabkommen, das den englischen Gesellschaften Großbritannien mit der Beigabe Skandinavien, den kontinentalen Linien den Kontinent mit der ost- und südosteuropäischen Auswanderung (Rußland, Oesterreich, Balkanländer) zusprach. Dem Zwischendecks-Pool wurde später eine Vereinbarung über das Kajüt-Geschäft angegliedert, und schließlich wurde der Ring der Verständigungen im nordamerikanischen Verkehr durch ein Abkommen über das Frachtgeschäft vollends geschlossen. Im Laufe der Zeit folgten dann Pools für den Verkehr zwischen dem Mittelmeer und Nordamerika, für die Fahrten nach Ostasien und Sibirien, für die südafrikanische Fahrt. Ueberall aber gipfelte das Poolsystem in einer indirekten Festlegung der Fahrpreise und Beförderungsanteile, da

Digitized by Google

der auf freie Entwicklung und Elastizität angewiesene Verkehr einen unbedingten und direkten Zwang nicht vertragen hätte. Ist es doch unmöglich, das Publikum zu zwingen, mit dieser Linie zu fahren und mit jener Linie nicht zu fahren, nur damit die Quotenparität in den Pools aufrechterhalten werde. Derartige Bevormundungen verträgt der Verkehr nicht, und Unternehmungen, die ein Interesse daran haben, den Verkehr mit allen Kräften zu heben, können ein System der starren Schematisierung nicht im Ernst durchführen, können auch ihre Individualität hinter der „Poolmarke" nicht zu sehr verschwinden lassen. Man regulierte daher in den Pools die Anpassung des Verkehrs an die Quoten der einzelnen Schiffahrtsunternehmungen derartig, daß man den Unternehmungen, deren Frequenz hinter ihrer Beteiligung zurückblieb, Ratenermäßigungen gestattete, die anderen Unternehmungen, deren Frequenz ihre Beteiligung überschritt, dagegen zu Ratenerhöhungen verpflichtete. Insoweit durch derartige Maßnahmen keine ausreichende Verteilung geschaffen wurde, ließ man geldliche Ausgleiche zwischen den Vertragsgesellschaften bis zur Herstellung des Gleichgewichts eintreten. Die Festlegung der Grundraten erfolgte durch jeweilige Verständigung. Doch war es, damit eine den Bedürfnissen oder Anschauungen auch nur eines einzelnen Unternehmens widersprechende Preispolitik durch Majorisierung unmöglich gemacht wurde, jeder Gesellschaft freigestellt, am Beginn eines neuen Jahres ihre Raten innerhalb eines bestimmten Spielraums nach Belieben herauf- oder herunterzusetzen. In dieser Weise sind die Schiffahrtspools fast drei Jahrzehnte ohne wesentliche Quoten- und Wesensveränderungen in Kraft gewesen. Obwohl in dieser Zeit die Ozeanschiffahrt ihre gewaltigste Entwicklungsepoche erlebt hat, die einzelnen Unternehmungen sich in ihrer Kapitalskraft und in ihrem Schiffspark zum Teil verzehnfacht, in ihrem Liniennetz zum Teil verdreifacht, in ihren Schiffstypen und Schiffsgrößen gleichfalls um ein Vielfaches gesteigert haben, sind die Verhältnisse der einzelnen Poolmitglieder zueinander kaum verschoben worden. Es ist innerhalb der Poolordnungen für eine starke Expansion aller Gesellschaften Raum gewesen. Zum Teil ist die historische Quotenordnung in ihrer jahrzehntelangen Starrheit so wirksam gewesen, daß manche Gesellschaften sie als Grundlage für das Maß ihrer Expansion annahmen. In anderen Fällen freilich vermochte sie den Expansionsdrang dieser oder jener Gesellschaft nicht in die Schranken ihrer Quotenskala zu bannen. Im allgemeinen aber sorgte der Wettbewerb, der auch innerhalb des Pools nie einschlief, stets dafür, daß keiner von den Gesellschaften auf die Dauer ein zu eiliges Expansionstempo und ein zu großer Vorsprung gestattet wurde.

Digitized by Google

So gewannen die Schiffahrtspools, obwohl sie eigentlich gar nichts anderes waren als sonstige Kartelle, selbst in den Wirtschaftssystemen liberaler Freihändler mit den Jahren Bürgerrecht. Die Preispolitik dieser Pools war, wenigstens was das Personengeschäft anlangte, fast immer eine recht maßvolle, sie traf übrigens im Auswandererverkehr, auf das sie sich vornehmlich bezog, kaum die Bürger der großen an der Schiffahrt beteiligten Kulturländer, sondern den Menschenüberschuß fremder Staaten mit vorwiegend agrikultureller Wirtschaft. Und auch die Regierungen dieser Staaten hatten an allzu niedrigen Auswandererraten, die ihnen die Menschen aus dem Lande gezogen hätten, kein Interesse. Die Schiffahrtspools, die wohl die ältesten der modernen Kartelle sind, wurden allmählich in der volkswirtschaftlichen Doktrin so etwas wie ein Schulbeispiel für die Ausnahmekartelle, die als erlaubt und für die Gesamtwirtschaft, auch für die Konsumenten, als unschädlich betrachtet wurden. Nach dieser Richtung wirkten außer den sachlichen Erwägungen auch die Imponderabilien des nationalen Stolzes und des nationalen Ehrgeizes. Einem Kartell, das die Größe und handelspolitische Fruchtbarkeit der Landesschiffahrt gewährleistete, wurde gern Absolution erteilt.

Diese so fest eingegrabene Anschauung von der Zulässigkeit, Nützlichkeit, ja Notwendigkeit der Schiffahrtspools ist nun plötzlich mit samt ihren Wurzeln ausgerissen worden. Und zwar von keinem anderen als dem, der ihr Schöpfer, ihr Leiter und auch ihr wirtschaftspolitischer Systematiker gewesen ist, von Albert Ballin. Nach einigen Jahren, in denen die von ihm geleitete Gesellschaft eine ungewöhnlich starke Expansion, besonders nach der Seite der Personenbeförderung hin getrieben hat, hielt er die bisherige starre Quotenordnung des nordatlantischen Pools für reformbedürftig, da sie dieser Expansion keinen Raum gewähren wollte. Er verlangte eine Anteilserhöhung, die ungefähr auf Quotenparität mit dem bis dahin in der Personenbeförderung voranstehenden Norddeutschen Lloyd hinauslief. War man zuerst geneigt, die erheblichen Mehransprüche, mit denen Ballin den Pool kündigte, für eine auf verblüffende Wirkung berechnete Geste zu halten und zu glauben, daß er, der mit dem Pool so eng Verwachsene, seine Schöpfung nicht gefährden und erschüttern werde, so hat die Entwicklung doch gezeigt, daß es entweder Ballin mit seiner Poolkündigung von Anfang an voller Ernst gewesen ist, oder daß der zähe und kühle Widerstand, den der „Bluff" bei dem Norddeutschen Lloyd und dem geschlossen hinter diesem stehenden Pool fand, Ballin schließlich gezwungen hat, das, was ihm zunächst ein taktisches Manöver war, als ernsten Kampf durchzuführen. Noch mehr als die praktische Frage, wer in dem nunmehr ausgebrochenen Kampfe stärker sein wird, die angrei-

Digitized by Google

fende und im Angriff isolierte Hamburg-Amerika-Linie oder der seinen Besitzstand verteidigende Norddeutsche Lloyd interessiert die von Ballin nicht nur durch sein Handeln, sondern auch theoretisch aufgeworfene Frage, ob das Poolsystem sich — zum mindesten in seiner jetzigen Form — überhaupt überlebt hat; ob also eine Umwertung der Formen in der Schiffahrt bevorsteht, oder ob es sich nur um eine anderweitige Machtverteilung auf der alten prinzipiellen Grundlage handelt. In seiner den feinen Dialektiker nicht verleugnenden Rechtfertigungsschrift, die Ballin kurz nach Bekanntwerden der Differenzen veröffentlichte, hat er die nachdenkliche Frage aufgeworfen, ob Poolverträge überhaupt noch die richtige Form der Betriebsvereinbarungen darstellten. Wieweit es ihm mit dieser Frage ernst ist, kann man bei diesem Manne, der nach 20 Diplomatenjahren jetzt zum ersten Male wieder seine ganze Existenz in einen Entscheidungskampf stellt, nicht wissen. In jedem Falle wird man ihm nicht viel erwidern können, wenn er ein gewisses Uebermaß an nationalen Argumenten mit der famosen Parade abwehrt, daß der Schiffahrtspool doch wahrhaftig nicht zu den Imponderabilien der deutschen Nation gehöre. Ballin hat recht, wenn ihm — ähnlich wie seinerzeit Kirdorf in einem die letzten Fragen berührenden Konflikt die Gelsenkirchener Gesellschaft seiner anderen Schöpfung, dem Kohlensyndikat, voranstellte — „seine" Hamburg-Amerika näher steht als „sein" Schiffahrtspool; Ballin hat recht, vorausgesetzt, daß er stark genug ist, die Hamburg-Amerika-Linie gegen den Pool durchzuhalten, vorausgesetzt auch, daß er für die deutsche Schiffahrt in einem solchen Kampfe nicht mehr riskiert, als er für die Hamburg-Amerika-Linie in ihm gewinnen kann.

* * *

Von den beiden Seiten des Problems, das der Schiffahrtskrieg aufrollt, ob nämlich die Verhältnisse in der Schiffahrt prinzipiell zu einer Pooldämmerung hindrängen, oder ob nur die Zeit für eine anderweitige Machtverteilung in den Pools gekommen ist, wollen wir zunächst die letzte Seite betrachten. Die Frage einer anderweitigen Machtverteilung spitzt sich zu einem Duell zwischen Hamburg-Amerika-Linie und Norddeutschen Lloyd zu. An sich ist zwar die Forderung der Hamburg-Amerika-Linie nach einer höheren Quote eine Sache, die den ganzen Pool angeht. Praktisch scheiden aber zunächst die englischen Linien aus. Denn einen Anteil an der Auswanderung über englische Häfen kann Ballin schon deswegen nicht fordern, weil die Beförderung von Auswanderern aus britischen Häfen nur in England inkorporierten Unternehmungen gestattet ist. Das skandinavische Reservat, das an und für sich nicht

Digitized by Google

besonders ausgiebig ist, wird er den englischen Linien gleichfalls kaum ernsthaft streitig machen. Von den kontinentalen Linien besitzt die Holland-Amerika-Linie eine Beteiligung von 6,63 %, die Red Star Linie eine solche von 9,71%, und die Compagnie Générale gleichfalls nur eine relativ bescheidene Quote. Die im Verhältnis zur russischen Auswanderung sehr geringfügigen Beteiligungen russischer Schiffahrtsgesellschaften vertragen schon gar keine Verkürzung. Dagegen beträgt die Beteiligung des Norddeutschen Lloyd 26,53 %, die der Hamburg-Amerika-Linie 19,61%. Aus wessen Fleisch der Mehranteil für die Hapag geschnitten werden müßte, leuchtet also ohne weiteres ein. Um das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Reedereien beurteilen zu können, müssen wir einen kurzen historischen Rückblick tun. Wie kommt es, daß die Hamburg-Amerika-Linie, die kapitalistisch und betrieblich heute zweifellos stärkere Reederei, in ihrer Beteiligung am Nordatlantischen Pool so erheblich hinter dem Lloyd zurücksteht?

Dies erklärt sich aus zwei Gründen. Einmal ist die Hauptbasis der Hamburg-Amerika-Linie seit altersher das Frachtgeschäft. Das kann und muß so sein, weil Hamburg als Seehandelsstadt von jeher eine ganz andere Bedeutung und in der Elbe eine viel leistungsfähigere Zubringerstraße gehabt hat als Bremen, das, für den Frachtverkehr weniger günstig gelegen, seine ganze Kraft darauf konzentrierte, aus dieser Not eine Tugend zu machen und das Passagiergeschäft an sich zu ziehen. Der Personenverkehr des Lloyd, nicht nur im Zwischendecks-, sondern auch im Kajütgeschäft, besaß aber auch aus einem anderen Grunde einen starken Vorsprung vor dem der reicheren, unter günstigeren Verhältnissen arbeitenden Nachbarstadt und ihrer führenden Schiffahrtsgesellschaft. In der Zeit, als die Hamburg-Amerika-Linie in ihrer Entwicklung stockte und sich mit ihren Hamburger Konkurrenten herumschlagen mußte, hatte der Norddeutsche Lloyd seine „große" Periode, seine fundamentale und schöpferische Zeit. Während man in Hamburg dem aufstrebenden Handel des wirtschaftlich geeinten Deutschen Reiches nur behutsam, gewissermaßen mit dem Rechenstift und den Rentabilitätstabellen in der Hand folgte, in den letzten, müden Jahren des alternden Goddefroy und in dem darauf folgenden Interregnum, herrschte in Bremen, wo man den wirtschaftlichen Sinn der Reichsgründung schnell und großzügig erfaßt hatte, eine energisch vorwärtsdrängende Unternehmungslust. J. G. Lohmann, der damalige leitende Lloyddirektor, war die treibende Kraft dieser Entwicklung, die zum Teil nur deshalb dem von der Natur wenig begünstigten Bremen seine großen Erfolge

Digitized by Google

bringen konnte, weil Hamburg seine Kräfte noch brach liegen ließ. Lohmann besaß jenen Verkehrsoptimismus, den späterhin Ballin auch zur Hapag brachte, der, unbekümmert um die Rentabilität der ersten Zeit, dem Handel mit der Flagge vorangeht, sich mehr auf die Entwicklung von Möglichkeiten, als auf die Ausnutzung von Sicherheiten, mehr auf die Zukunft als auf die Gegenwart stützt. Der Reichspostdampferdienst nach Ostasien und Australien mit seinen stattlichen Millionensubventionen, der dem Lloyd, als dem größten deutschen Schifffahrtsunternehmen, in den 80er Jahren übertragen wurde, gab ihm noch dazu so etwas wie ein amtliches Relief, einen Abglanz der politischen Macht des neuen Deutschen Reiches. Damals erhielt die Bremer Gesellschaft ihre grundlegende Organisation, und mit ihr trat sie in die Periode der Pools ein, wenn auch nicht als ihr Anreger, so doch als ihr stärkstes Mitglied. In der Zeit der Poolgründung besaß der Lloyd schon ein Kapital von 30 Mill. M., eine Flotte von 120000 t, die Hapag bei einem Kapital von 15 Mill. M. nur eine Flotte von 70000 t.

Man muß es dem Lloyd lassen, daß er seinen damaligen Vorsprung mit Zähigkeit zu verteidigen wußte, als die Hamburg-Amerika-Linie unter der Hand Ballins auch in der Personenbeförderung mächtig „aufkam". Wäre das nicht so gewesen, so würde es der Hamburg-Amerika-Linie in den fast 30 Pooljahren schon längst gelungen sein, das Quotenverhältnis, das nach ihrer Ansicht ein Mißverhältnis geworden ist, in ihrem Sinne zu ändern. Aber das war nicht so leicht. Denn wenn auch die Ballinsche Organisation in den Jahren des Pools vielleicht die ökonomischere und straffere geworden ist, so blieb doch die Organisation des Lloyd im Personengeschäft gerade wegen ihrer Abundanz und manchmal ihrer Verschwendung von Kräften und Mitteln die wirksamere. Wo der Lloyd einmal Fuß gefaßt hatte, da saß er fest und war schwer zu verdrängen. An Betriebssicherheit, an Exaktheit, an Verpflegung, da war und blieb der Lloyd im internationalen Verkehr nun einmal eine Klasse für sich. Dennoch mußte ihn die Packetfahrt in der Gesamtentwicklung schließlich überflügeln. Das Frachtgeschäft Hamburgs, dieses einträgliche und im Verhältnis zum Personenverkehr weniger Kosten verschlingende Geschäft, mußte die finanzielle Grundlage der Hamburg-Amerika-Linie unter ihrer neuen, alle Kräfte so restlos zusammenfassenden Leitung in einer Weise stärken, die für den Lloyd nicht zu erreichen gewesen wäre, auch wenn er keine Fehler gemacht hätte.

Der Lloyd machte aber Fehler, wenn auch Fehler, die nicht etwa auf Unterlassungen, auf ein Treibenlassen und Ausruhen, sondern gerade auf die gewaltigen Kraftanstrengungen, auf das

Digitized by Google

krampfhafte Streben, sich nicht überflügeln und von der Höhe drängen zu lassen, zurückzuführen sind. Auf diesem Wege geriet der Lloyd, trotz der Leitung eines klugen Mannes wie Wiegand, in eine Expansion, der bei allem schöpferischen Temperament insofern das richtige Augenmaß fehlte, als sie die nun einmal engen Bedingungen des Bremer Hafens nicht achten oder überwinden zu können glaubte. Vielleicht wäre ihr dies auch, wie schon einmal unter Lohmann, gelungen, vielleicht hätte sie zum zweiten Male dem kargen Steinboden blühendes Leben abringen können, wenn ihr diesmal nicht überall die ganze, geeinte und überlegene Hamburger Kraft in der Hapag entgegengetreten wäre. Auch auf diese Periode gesteigerter Rivalität, in der schon damals — vor jetzt etwa zehn Jahren — der offene Krieg zwischen Hapag und Lloyd beinahe zum Ausbruch gekommen wäre, in der die Bremer Gesellschaft auf Kosten von Hamburg ihre Interessensphäre auch im Frachtgeschäft auszudehnen strebte, hat Ballin in seiner schon erwähnten polemischen Schrift hingewiesen. Er hat darin geschildert, wie der Lloyd in jener Zeit durch die Begründung der Roland-Linie einen Teil des hamburgischen Geschäfts mit der Westküste Amerikas, durch den Kauf der Hamburg-Bremer-Afrika-Linie einen erheblichen Teil des Afrikageschäfts an sich riß, und wie er durch Einrichtung eines Leichterverkehrs von der Elbmündung nach Bremerhaven auch an dem Elbezubringergeschäft Anteil zu gewinnen versuchte. Den Höhepunkt dieser expansiven Politik des Lloyd brachte das Jahr 1905. Diejenigen, die schon damals die Schiffahrtsgeschichte verfolgt haben, die trotz aller Poolverbrüderung doch immer eine Geschichte heimlicher Rivalitäten gewesen ist, werden sich erinnern, daß zwischen Hamburg und Bremen in diesem Jahre gerade so wie heute mit taktischen Schachzügen, mit Reden und Zeitungsartikeln gekämpft wurde. In Hamburg stellte man sich auf den Standpunkt, daß der Hamburger Verkehr und der Verkehr auf der großen Hamburger Zubringerstraße den Hamburger Schiffahrtsunternehmungen gehöre; man bezeichnete die Versuche der Bremer Gesellschaften, des Lloyd und der „Hansa", einen Teil des Hamburger Güterverkehrs auf ihre Schiffe zu ziehen, als einen Einbruch in verbriefte Hamburger Interessen. In Bremen erwiderte man, daß auch die Hamburg-Amerika-Linie sich nicht gescheut habe, in alte Domänen des Lloyd, wie den Laplataverkehr und das ostasiatische Geschäft, einzudringen, daß auch die Hamburg-Amerika-Linie von fremden Häfen wie Rotterdam, Antwerpen, Genua und Neapel direkte Expeditionen unternehme. Man proklamierte den Grundsatz der Hafenfreiheit, und erklärte die Ausdehnung des Lloyd-Geschäfts

Digitized by Google

über die bremische Basis hinaus als eine Lebensfrage für die Gesellschaft. Die Wogen der Entrüstung gingen damals in Hamburg sehr hoch. Man hielt es dort für nötig, sich gegen die „bremischen Uebergriffe" zu einem Schutzverband Hamburger Reedereien zusammenzuschließen. Als dieser Schutzverband aber gegründet war, einigte man sich über die Hauptstreitpunkte. Der Lloyd verpflichtete sich der Hamburg-Amerika-Linie gegenüber zu einem fast völligen Desinteressement an dem Kerngeschäft der Hapag, dem hamburg-nordamerikanischen Güterverkehr, dafür wurden ihm in der Afrika- und Südamerikafahrt Zugeständnisse gemacht.

Daß diese Expansion den Lloyd gestärkt habe, kann man nicht behaupten. Im Gegenteil. Daraus, daß er mit seiner etwas zu hastigen Ausdehnung in die Aera des konjunkturellen Niedergangs hineingeriet, sind ihm schwere Verluste erwachsen. Im Krisenjahr 1908 verlor der Lloyd seine ganzen bis dahin aufgespeicherten Reserven. Er erhielt Schläge, von denen er sich erst nach Jahren, in einer Aera strengster Diät und Zurückhaltung, einigermaßen erholen konnte. Die neu aufgenommenen Linien, insbesondere der Atlas-Verkehr nach der Levante, mußten zum Teil unter Opfern wieder abgestoßen werden. Die neuen Fünftage-Schnelldampfer, mit denen der Lloyd das blaue Band des Ozeans mehr als einmal an sich gerissen hatte, arbeiteten wegen ihres unproportioniert starken Kohlenverbrauchs nicht recht wirtschaftlich; sie mußten überdies in der Zeit der Depression ihre Reisen halbleer durchführen oder völlig aufliegen. Namentlich aber das gewagte Experiment Wiegands, die Basis der bremischen Schiffahrt durch Gründung einer bremischen Industrie zu verbreitern, hatte Unsummen Geldes verschlungen, ohne in absehbarer Zeit Erträge zu bringen. Die vielen industriellen, dem Wesen einer Schiffahrtsgesellschaft fernliegenden Beteiligungen zur Förderung einer hanseatischen Industrie machten sich ebensowenig bezahlt wie der Anteil an der Kohlenzeche Emscher Lippe, den der Lloyd zur besseren und rationelleren Deckung seines Kohlenverbrauchs erworben hatte.

Alle diese Fehlschläge vermochten zwar den Lloyd nicht in seinen Grundlagen zu erschüttern, aber sie haben doch seine Entwicklung so stark retardiert, daß die Hamburg-Amerika-Linie und auch ein Teil der englischen Konkurrenzgesellschaften ihn, der bis dahin als älteste und tonangebende Personenschiffahrtsgesellschaft in allen schiffstechnischen Dingen die Spitze gehalten hatte, nicht nur einholen, sondern in mancher Beziehung überflügeln konnten. Dies gilt nicht so sehr von der Beschleunigung der Schiffsreisen, von dem Schnelldampferverkehr, dessen wirtschaftliche Grenzen gerade die Fünftage-

Digitized by Google

Dampfer des Lloyd und der Cunard-Linie (die ersteren für die Kolbenmaschinen, die zweiten für die moderneren Turbinen) deutlich gezeigt hatten, sondern es gilt namentlich von der Vergrößerung der Schiffstypen, die durch moderne Bauten der White Star Linie und der Hamburg-Amerika-Linie mit einem Schlage bis zur Verdoppelung der bisherigen größten Typen geführt wurde. Die Olympic-Klasse der White Star Linie, die „Imperator-Klasse" der Hapag verfügen über Maße, die mehr als doppelt so groß sind wie die Schnelldampfer der Lloyd und um ein Drittel größer als die subventionierten Schnelldampfer der Cunard-Linie. Von der 25 000 Bruttoregistertonnen des George Washington (Lloyd) sprang die Schiffsbautechnik über die 33 000 t der Lusitania und Mauretania (Cunard-Linie) auf die 50 000 t der Olympic und des Imperator über. In dieser Entwicklung zu den ganz großen Schiffstypen ist der Norddeutsche Lloyd, der nach seiner Krisis von 1908 sich notgedrungen eine Schonzeit auferlegen mußte, bisher hinter der Hamburg-Amerika-Linie und den beiden größten englischen Gesellschaften zurückgeblieben, wenn er sich auch, nachdem ihn die letzten, für die Schiffahrt so glücklichen Jahre gekräftigt haben, bemüht hat, den Rückstand durch Bestellung zweier 35 000 t-Dampfer zu verringern. Die Hamburg-Amerika-Linie hielt aber diese Situation, in der sich das Tonnageverhältnis und auch das Verhältnis der modernsten Schiffe augenfällig zu ihren Gunsten verschoben hatte, für den gegebenen Anlaß, an der starren Poolquotisierung zu rütteln und eine definitive Aenderung der Relation zu verlangen. Die Gründe hierfür entnahm sie allerdings nicht ausschließlich dem gegenwärtigen, für sie besonders günstig gewählten Moment, sondern sie machte geltend, daß sich seit der Poolgründung das Stärkeverhältnis in Kapital, Schiffspark, Rentabilität längst grundlegend und zu ihrem Vorteil geändert habe. Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher der Norddeutsche Lloyd sich in seiner letzten Expansionsperiode auf Kosten der Hamburg-Amerika-Linie zu erweitern versucht habe, wurde als Rechtfertigung dafür angeführt, daß Hamburg jetzt seinerseits auf den Lloyd keine übertriebene Rücksicht zu nehmen brauche. Die Antwort des Lloyd ging gegenüber derartigen Bekundungen einer großzügigen al Fresco-Politik mehr ins Subtile. Daß ihm die Hamburg-Amerika-Linie dem Kapital nach über den Kopf gewachsen sei, gab der Lloyd zu, bestritt aber, daß das ein Stärkefaktor sei und wies darauf hin, daß er ein sehr stattliches Bauprogramm ohne Kapitalserhöhung bewältigen könne, während die Hamburg-Amerika-Linie für das ihre das Kapital zweimal erhöhen mußte. In Bremen deduzierte man ferner, daß nur die Gesamttonnage der Hapag mit 948 585

Digitized by Google

Brutto-Registertons größer sei als die des Lloyd von 642 089 Tons, — daher die wesentlich höheren Quoten der Hapag in den Frachtenpools — keineswegs aber die Tonnage in der Personenschiffahrt, und besonders nicht in der nordamerikanischen Personenfahrt. Die Kapazität in der Personenschiffahrt komme überhaupt nicht in der Tonnage zum Ausdruck, sondern in der Pferdekraft, und hier sei die Zahl für die Hapag selbst in dem gegenwärtigen für sie günstig gewählten Moment nur 496 945 PS., die Zahl für den Lloyd aber 521 650 PS. Außerdem komme es auch für die tatsächliche Frequenz nicht nur auf die Tonnage an, sondern auf die Fähigkeit, sie zu füllen. Die Vermehrung der Tonnage gäbe an sich noch keinen Anspruch auf Erhöhung der Quote, sondern erst der Beweis, daß der Anteil am Geschäft auf Grund dieser Tonnage dauernd „überfahren" werde. Bei der Hamburg-Amerika-Linie sei dies nicht der Fall gewesen; sie habe auch in der letzten Poolzeit noch verschiedentlich ausgleichende Preisermäßigungen vornehmen müssen, um ihren Anteil überhaupt zu erfüllen. Ja, sie habe sogar, um ihren Imperator „einfahren" zu können, das Recht beansprucht, für ihn niedrigere Raten als die, welche seinem Typ entsprächen, festzusetzen. Der Standpunkt des Lloyd, eine höhere Quotenforderung nicht allein durch vermehrten Schiffsraum, sondern durch tatsächlich erhöhte Frequenz zu begründen, entspreche aber nicht nur der wirtschaftlichen Gerechtigkeit, sondern auch dem Poolrecht, wenigstens habe gerade die Hamburg-Amerika-Linie Mehransprüche der White Star Linie, die noch vor ihr 50 000 t-Schiffe in Betrieb gestellt habe, aus Gründen stabiler Poolverhältnisse abgelehnt. Was übrigens diese 50 000 t-Schiffe anlange, so müsse deren Ueberlegenheit oder überhaupt Wirtschaftlichkeit erst erwiesen werden. Der Lloyd bot ein Schiedsgericht an und erklärte sich bereit, eine Quotenkonzession zu machen, wenn die Hamburg-Amerika-Linie durch ein Wettbewerbsarrangement innerhalb des Pools den Beweis ihrer erhöhten Kapazität erbracht hätte. Die Hamburg-Amerika-Linie ließ sich auf derartige Vorschläge nicht ein, blieb vielmehr bei ihrer Ansicht, daß nur ein völlig freier Wettkampf das ungeschminkte Bild der Kräfteverhältnisse, wie es ihr richtig erschien, offenbaren würde. Sie stellte sich dabei wohl auf den Standpunkt, daß nicht nur die Vorzüge der Organisation, sondern auch der „längere finanzielle Atem" diesen Kampf zu entscheiden hätten. So ist denn der Krieg eröffnet worden, nicht nur durch Ratenherabsetzungen, die sich möglicherweise noch weiter verschärfen werden, sondern auch mit Waffen anderer Art. Die Hamburg-Amerika-Linie eröffnete ihn mit dem Schachzug der Einrichtung einer Auswandererlinie „Schwarzes Meer, östliches Mittelmeer—New York"

Digitized by Google

die offenbar den Zweck hat, einem Teil der südrussischen Auswanderer den beschwerlichen Landweg durch Europa zu ersparen und von Odessa direkt nach Amerika zu führen. Der Lloyd antwortete mit dem Entschluß, seinen ältesten Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große" ganz als Auswandererschiff umzubauen und dem „Größenrekord" der Imperatorklasse den neuen Typ eines reinen Auswanderer-Schnelldampfers gegenüberzustellen.

Die Oeffentlichkeit, die in diesem industriellen Kampf, trotz der Ballinschen Pool-Skepsis, wirklich einmal nationale Interessen und nicht nur nationale Phrasen engagiert sieht, weiß nicht recht, wie sie Stellung nehmen soll. Eine brutale Machtprobe, mit dem Zweck, den Norddeutschen Lloyd in eine zweite Position niederzuringen oder ihm gar seine Selbständigkeit zu nehmen, liegt ganz und gar nicht im deutschen Interesse. Aber wenn tatsächlich der Typ des 50 000 t-Dampfers den Sieg im Wettkampf der internationalen Schiffahrt davontragen sollte, so wäre es ungerecht und unklug, der Hamburg-Amerika-Linie, die in diesem Kampfe die deutsche Flagge gegen die Ausländer trägt, in die Arme zu fallen. Die große Frage ist nur, ob in der Tat der Typ des Riesenschiffes à la Imperator eine Kultur- und Verkehrserrungenschaft ist, die ein Schiffahrtsland erster Ordnung und eine Schiffahrtsgesellschaft gleicher Art mitmachen müssen, um nicht von ihrer Höhe herabzusinken, oder ob es sich dabei — ebenso wie dies bis zu einem gewissen Grade bei den Rekordschnelldampfern der Fall war — um eine verkehrstechnische Modesache und um eine ökonomische Ueberspannung handelt. Bisher haben die Riesenschiffe noch keineswegs den Verkehr mit unwiderstehlicher Ueberlegenheit an sich gerissen, und ein Schiff wie der Imperator hat bis jetzt mehr den anderen Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie, als den Schiffen der fremden Linien Konkurrenz gemacht. Andererseits haben sich bei den Riesenschiffen Schwierigkeiten der Navigation, der Wirtschaftlichkeit, der Betriebsorganisation und der Versicherungstechnik gezeigt, die wohl auf Grund längerer Erfahrungen überwunden werden können. Schwierigkeiten, die aber doch zeigen, daß mit der 50 000 t-Größe auf lange Zeit die äußerste Raumgrenze für den Großschiffsbau gezogen sein wird und die Frage berechtigt erscheinen lassen, ob dem Verkehr mit Schiffen von 25 000 bis 35 000 t nicht ebensogut und der Unternehmerökonomie nicht besser gedient sein wird als mit dem Imperatortyp. In den drei Monaten der guten Saison wird sich ein vollbesetztes 50 000 t-Schiff möglicherweise etwas besser rentieren als zwei Schiffe à 25 000 Tonnen, in den neun Monaten der stillen Saison wird aber wohl ein halbbesetztes 25 000 t-Schiff rentabler sein als ein

Digitized by Google

halbbesetzter 50 000 t-Dampfer. Ueberhaupt ist in der Entwicklung unserer Handelsschiffahrt mit dem „Wettrüsten" an Schnelligkeit, Größe und Luxus ein Moment immer stärker hervorgetreten, das insofern ökonomisch ungesund ist, als es das Verhältnis der Betriebseinnahmen und Betriebskosten in den einzelnen Abteilungen der Schiffahrt in unrationeller Weise verschoben hat. Die beiden Grundlagen der Schiffahrt sind immer noch das Frachtgeschäft und der Zwischendecksverkehr. Das Kajütgeschäft, das in den Einnahmeetats der Gesellschaften nur eine geringere Rolle spielt, hat sich in den Ausgabeetats am allerstärksten hervorgedrängt. Für den Waren- oder Auswandererverkehr sind die Schnelldampfer des Lloyd und die Imperator-Kolosse der Hapag mit ihrer luxuriösen Aufmachung und ihrem kostspieligen Betriebe nicht erforderlich gewesen. Sie dienten hauptsächlich der Konkurrenz im Kajütgeschäft sowie indirekt der im Schiffahrtsgewerbe allerdings eine große Rolle spielenden Reklame und brachten den Nachteil mit sich, daß namentlich die Sätze des Frachtgeschäfts zum Ausgleich für die gewaltig angewachsenen Gesamtausgaben manchmal ungebührlich erhöht werden mußten. Die 100 Mill. M., welche die Hamburg-Amerika-Linie in die drei Schiffe ihrer Imperatorklasse steckt, stehen in gar keinem Verhältnis zu der Bedeutung, die das Kajütgeschäft im Gesamtbudget der Hamburg-Amerika-Linie heute einnimmt und je wird einnehmen können. Bisher hatte es gerade diese Gesellschaft verstanden, sich von Einseitigkeiten und Unnatürlichkeiten fernzuhalten; die Universalität ihres Geschäftes, seine Kombination aus Fracht- und Personenverkehr, die bei keiner anderen großen Schiffahrtsgesellschaft der Welt in so glücklicher Mischung vorhanden ist, hatte ihr das gestattet. Sie hatte in der vorletzten Expansionsperiode die Mode der Schnelldampfer nicht mitgemacht. Nach kurzem Versuch hatte sie ihren einzigen Dampfer dieses Typs, die „Deutschland", aus dem Dienst gezogen und in eine Vergnügungsyacht umgewandelt. Ihre Stärke waren immer kombinierte Typen mit sehr geschickter Raumausnützung gewesen, die dem Frachtgeschäft, dem Auswandererverkehr und dem Kajütgeschäft gemeinsam dienten und je nach Bedürfnis die eine oder die andere Verwendung mehr betonten. Die Schiffe der kleinen und großen P-Klasse, der letzte, besonders schlagende Typ der „Auguste Victoria", stellten derartige glückliche Kombinationen von großer Wirtschaftlichkeit und geringen Oekonomieverlusten dar. Sie entsprachen aufs beste dem ganzen Organisationssystem der Hapag, das stets eine möglichst glatt aufgehende Gleichung zwischen Apparat und Leistung zu erzielen strebte. Mit dem gleichzeitigen Bau dreier Imperatoren,

Digitized by Google

die nach ihrer Fertigstellung wahrscheinlich in eine Periode ruhigerer, vielleicht stagnierender Verkehrstätigkeit geraten werden, scheint die Hapag dieses System aufgegeben und sich dem Ehrgeiz überlassen zu haben, in jeder Hinsicht die erste Reederei der Welt zu werden. Albert Ballins Optimismus hat sich so mächtig wie nie zuvor emporgereckt. Es bleibt abzuwarten, ob der Mann, der schon gegen so manche kompakte Majorität Recht gehabt hat, auch diesmal Recht behalten wird.

* * *

Will man die Kosten des jetzt ausgebrochenen Schiffahrtskrieges schätzen, so wird man für die beteiligten deutschen Gesellschaften die Summe von etwa 50 Mill. M. nennen dürfen. Soviel würde der Kampf ungefähr verschlingen, wenn er ein Jahr andauerte. Ueber die unmittelbaren Opfer des Kampfes hinaus, die auf seinem Hauptfelde, dem Zwischendecksgeschäft, nicht etwa der deutschen Volkswirtschaft, sondern ausländischen Auswanderern zugute kommen und kaum irgendwo wirtschaftliche Frucht versprechen, erwachsen der deutschen Schiffahrt aber gerade im jetzigen Augenblicke Gefahren von noch weittragenderer Bedeutung. Wie die Entwicklung in Oesterreich-Ungarn gezeigt hat, stehen wir allenthalben in einer Periode der nationalistischen Schiffahrtspolitik. Die großen Auswanderer-Länder wollen ihren Menschenüberschuß, wenn sie ihn schon nicht festhalten können, doch durch eine eigene Schiffahrt über See befördern, sie wollen dieses gute Geschäft, ohne das eine regelmäßige Personenschiffahrt kaum existieren kann, nicht länger ausländischen Gesellschaften überlassen; kurz, sie wollen, daß ihre Auswanderer nicht über Hamburg und Bremen, sondern nach Möglichkeit über ihre eigenen Häfen befördert werden. Diese Entwicklung ist nicht von heute und gestern. Schon vor Jahren sind die deutschen Schiffahrtsgesellschaften den nationalistischen Strömungen in Oesterreich soweit entgegengekommen, daß sie unter dem Namen Austro-Americana eine österreichische Gesellschaft errichteten, die von Triest aus direkte Fahrten nach Amerika ausführte. Die ganze österreichische Auswandererschiffahrt und der Hafen Triest nahmen zwar durch diese deutsche Gründung einen Aufschwung, wie ihn die österreichische Reederei aus sich heraus nie hätte erreichen können. Aber damit erwachte auch das österreichische Selbstgefühl. Die Austro-Americana war nicht frei, nicht österreichisch, nicht stark genug, sie beförderte ihrer relativ bescheidenen Poolquote entsprechend nur einen geringen Teil der österreichischen Auswanderer über Triest, die große Mehrzahl ging nach wie vor über Hamburg und Bremen. Die Versuche

Digitized by Google

der österreichischen Schiffahrtspolitiker, sich von dem Ballin-Ring zu befreien, die Einrichtung einer Linie Triest—Kanada durch die Canadian Pacific Co. und die Gegenwehr des Pools gegen diese Linie sind bekannt. Hat sich doch an diesem kleinen Poolkampf der jetzige große Krieg entzündet, haben doch die Enthüllungen über die Geschäfts- und Korruptionspraxis der Kanadabahn die ganze österreichische Auswandererfrage krisenhaft aufgerollt. Die Kosten dieser Kampagne haben die deutschen Gesellschaften zu tragen, in deren Interesse vielleicht die ganze Aktion gegen die Canadian unternommen wurde. Die Einigung, welche Hapag und Lloyd kürzlich — und zwar zunächst jeder für sich — mit dem österreichischen Handelsministerium erzielten, bedeutet starke, noch gar nicht abzuschätzende Terrainverluste der deutschen Schiffahrtsgesellschaften in Oesterreich. Sie erklären ihr völliges Desinteressement an der Austro-Americana, die sie großgemacht haben, geben ihre Beteiligungen, ihren Verwaltungseinfluß bei ihr auf, sichern ihr eine höhere Quote am österreichischen Geschäft zu und erklären sich bereit, Auswanderer in Oesterreich für ihre eigenen Schiffe nicht mehr selbst, sondern nur noch durch die ihrem Einfluß entzogene Austro-Americana „buchen" zu lassen. Damit haben sie das Heft in Oesterreich fast völlig aus der Hand gegeben und sich, wenn auch nicht mit dem sofortigen Verlust, so doch mit dem langsamen Versiegen eines ihrer wichtigsten Auswandererreservoirs bereiterklärt. Eine Konzession an Oesterreich war vielleicht nötig, aber man kann wohl sagen, daß sie nicht so groß hätte zu sein brauchen, wenn der Schiffahrtspool, wenn auch nur Hapag und Lloyd einig gewesen wären, wenn nicht jeder von beiden den anderen mit Mißtrauen betrachtet und von ihm einen Verrat befürchtet hätte. Liegen so die Dinge in dem uns verbündeten Oesterreich und nicht viel anders in dem uns gleichfalls befreundeten Italien, dann darf man von der nationalen Schiffahrtspolitik in dem zum Konzern unserer politischen Gegner gehörenden Rußland gewiß nichts für unsere Schiffahrt Günstiges erwarten. Zwar ist heute die russische Schiffahrt noch nicht stark genug, um die deutschen Gesellschaften entbehren zu können, und auch die Schiffahrt des alliierten Frankreich besitzt trotz aller Anregungen von russischer Seite und aller Bereitwilligkeit der französischen Politiker noch nicht Tragfähigkeit genug, um in der russischen Auswanderung die Stelle der deutschen Linien einnehmen zu können. Aber eine derartige Entwicklung kann kommen, und sie kann um so eher kommen, wenn die französische Compagnie Générale Transatlantique, die bisher eine der treuesten Poolgesellschaften war, die Freiheit der poollosen Zeit

Digitized by Google

dazu benutzt, um nach der ihr lockend vorgehaltenen Frucht eines russischen Monopols oder auch nur einer russischen Bevorzugung zu greifen.

Derartige Gefahren durften die deutschen Gesellschaften nicht vorzeitig heraufbeschwören. Sie mußten ihr Reifen durch eine geschickte Taktik hinauszuschieben suchen, und ihnen, wenn sie einmal wirklich da sind, durch gemeinsames Auftreten in geschlossener Phalanx entgegenzutreten streben. Haben sie doch nicht nur mit den Selbständigkeitsbestrebungen der Ostländer in der Personenfahrt, sondern auch mit dem rapiden Wachsen der ozeanisch so günstig gelegenen Rheinmündungen Rotterdam und Antwerpen in der Frachtfahrt zu rechnen, einem Wachsen, das mit deutschen Kräften, dem gewaltigen Export des industriereichen deutschen Westens, gespeist wird. Ballin hat, wenn er über die „Richtigkeit der Poolverträge als Formen der Betriebsvereinbarungen" skeptisch denken gelernt hat, vielleicht ganz recht, wenigstens für die deutsche Schiffahrt. An die Stelle der Pools gehören hier festere Formen, gehört vielleicht die Form der Interessengemeinschaft. Das mag Ballin erkannt haben, und die jetzige Auseinandersetzung mit dem Lloyd hat vielleicht nur den Zweck, die Transportanteile beider Gesellschaften für die kommende Interessengemeinschaft im Sinne der Hapag zu revidieren. Ist dies der Fall, dann mögen die Leiter unserer Schiffahrtsunternehmungen acht geben, daß sie in dem internen Positionskampf das endgültige Ziel, die Aufrechterhaltung der deutschen Seegeltung, dem Auslande gegenüber, nicht unverteidigt lassen.

Dr. Felix Pinner.

Kommunale Bodenpolitik.

Seit vor etwa 20 Jahren die Stadt Frankfurt a. M., dem Drängen ihres Oberhauptes Adickes Folge leistend, eine Grundstückserwerbs-Politik großen Stils anfing, welche bezweckte, durch Vermehrung des städtischen Grundstücksbesitzes Einfluß auf die bauliche Entwicklung der Stadt und damit auf die Wohnungsverhältnisse zu gewinnen, ist die Zahl derjenigen Gemeinden, die systematisch Boden ankaufen, ständig im Wachsen begriffen. Es gibt heute eine ganze Reihe von großen und mittleren Städten, in deren Besitz sich ein erheblicher Prozentsatz des innerhalb ihres Weichbildes belegenen Gesamtgebietes befindet. So besaß nach dem Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, 18. Jahrgang, im Jahre 1909 Freiburg i. B. 77,4% des städtischen Weichbildes; die Stadt marschiert damit an der Spitze aller deutschen bodenbesitzenden Gemeinden. Ueber 50% hatten zu jener Zeit bereits Koblenz, Augsburg, Frankfurt und Stettin, zwischen 30 und 50% Beuthen,

Digitized by Google

Köln, Darmstadt, Offenbach, Breslau, Wiesbaden, Straßburg, Mannheim, Spandau und Brandenburg. Natürlich sind alle diese Ankäufe, die mit einer starken finanziellen Belastung der betreffenden Gemeinden verbunden waren, nicht erfolgt, um einer modernen sozialpolitischen Laune zu fröhnen; vielmehr liegt ihnen die Ueberzeugung zugrunde, daß es die Pflicht der Gemeinden sei, überall da, wo die Wohnverhältnisse der Bürgerschaft überwiegend unbefriedigend sind, helfend einzugreifen, sowie die weitere Ueberzeugung, daß es zur Abstellung derartiger Uebelstände kein besseres Mittel gebe, als durch großen Eigenbesitz an Boden mäßigend auf die lediglich von Gewinnsucht geleitete private Bodenerschließung einzuwirken oder, wie es in einer Arbeit über Frankfurt a. M. heißt, „durch Belegung großer, rationell verteilter Bodenkomplexe der Stadt innerhalb ihrer Grenzen allenthalben einen kontrollierenden und regulierenden Einfluß zu sichern".

Geschichtlich betrachtet, stellt sich diese bodenpolitische Richtung als eine bewußte Reaktion dar gegen die aus dem Manchestertum stammende Weltanschauung, auf Grund deren es früher viele deutschen Gemeindeverwaltungen für richtig hielten, ihren aus alter Zeit überkommenen Bodenbesitz, soweit nur irgend möglich, zu verkaufen. Durch die gewaltige industrielle Entwicklung Deutschlands, die in den siebziger Jahren einsetzte, wurde den kommunalen Vertretern das Bedenkliche dieser Politik handgreiflich vor Augen geführt. Die zunehmende Zusammendrängung der Massen in den großen Städten und Industriezentren, die als Folge dieser Umwälzung eintrat, ließ das moderne Wohnungsproblem aufkommen, dessen Zusammenhang mit dem Bodenproblem auf der Hand lag. Noch deutlicher aber kam den Gemeindeverwaltungen der Fehler, den sie mit der Verschleuderung des Bodens gemacht hatten, bei ihrer Finanzpolitik zum Bewußtsein. Mit der wachsenden Bevölkerung stieg der Bedarf an öffentlichen Gebäuden und damit auch an Grundstücken, die infolgedessen zu den inzwischen stark gestiegenen Preisen wieder zurückgekauft werden mußten. Die Aufwendungen, welche die Gemeinden für diese Zwecke zu machen hatten, zumal in einer Zeit, wo der Gemeindesozialismus sich immer neue Gebiete eroberte, sind, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zu einem nicht unwesentlichen Teil, die Ursache der Verschuldung, die seit jener Zeit bei den deutschen Gemeinden Platz gegriffen hat. Dabei ergab sich folgender Kreislauf: Jede mit dem Gelde der städtischen Steuerzahler gemachte Verbesserung kam an irgendeiner Stelle des städtischen Weichbildes in einer Werterhöhung des nackten Bodens zum Ausdruck. Schritten nun die Gemeinden zu weiteren Ankäufen, so mußten sie bei dem Erwerb von Grund

Digitized by Google

und Boden den Wertzuwachs bezahlen, den sie selbst durch ihre gemeinnützige Tätigkeit hervorgerufen hatten. Diese Beobachtung hat für die Stadtverwaltungen natürlich etwas Aufreizendes gehabt und wesentlich dazu beigetragen, jene Umwälzung in den bodenpolitischen Anschauungen der Kommunalbeamten herbeizuführen, die das Wohl der Bürger nicht mehr durch eine Verminderung, sondern im Gegenteil durch eine planmäßige und rechtzeitige Vermehrung des städtischen Bodenbesitzes wahren will.

Das vernunftgemäße der neuen Anschauung scheint auf den ersten Blick in der Tat so einleuchtend, daß sie geradezu zum Paradigma für fortgeschrittene Gemeindeverwaltungen geworden ist und daß derjenige Wohnungspolitiker, der nicht vorbehaltslos den Gemeinden das Recht und die Pflicht zuspricht, durch eine gesunde Bodenpolitik den Wohnungsmarkt möglichst energisch zu beeinflussen, heute als im höchsten Grade rückständig angesehen wird. Dabei ist es einigermaßen merkwürdig, daß ein bedeutsamer Umstand die überzeugten Anhänger der neuen Richtung bisher nicht stutzig gemacht hat. Nämlich der geringe Widerstand, den die am Boden interessierte Erwerbsunternehmung der kommunalen Bodenpolitik entgegensetzt.

Wenn es das ausgesprochene Ziel der städtischen Bodenpolitik ist, durch Bereitstellung billigen Wohnbodens eine preisdrückende Konkurrenz gegen die Terrainspekulation zu schaffen, dann muß man sich fragen, wie es eigentlich möglich war, den Widerstand der Interessenten in allen jenen Gemeindevertretungen zu besiegen, in denen die Haus- und Grundbesitzer die Mehrheit haben. Und das ist doch die Regel, selbst in den Gemeinden, in denen nicht, wie in Preußen, das bekannte Privileg der Hausbesitzer besteht. Man sollte meinen, daß diese Kreise nicht allein den Willen, sondern auch die Macht hätten, den gemeindesozialistischen Bestrebungen der Stadtverwaltung, soweit sie gegen ihre vitalsten Interessen gerichtet sind, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Statt dessen hat man die Erfahrung gemacht, daß die „gesunde Bodenpolitik" der Städte durch die Partei der Grundbesitzer nicht nur nicht verhindert worden ist, sondern im Gegenteil bei ihnen vielfach eine verständnisvolle Unterstützung gefunden hat. Eine erstaunliche Tatsache, die mit den landläufigen Anschauungen über die nackte Interessenpolitik unserer Haus- und Grundbesitzer in den Gemeindevertretungen in einem unvereinbaren Gegensatz zu stehen scheint. Haben denn die grundbesitzenden Mitglieder dieser Gemeindevertretungen so wenig Verständnis für ihr eigenes Interesse, daß sie sich durch die Beredsamkeit ihrer Stadtoberhäupter zu einer ihnen schädlichen Politik verführen lassen? Oder sind sie reine Idealisten, die ihre Interessen gegebenenfalls dem Gemeinwohl unterordnen?

Digitized by Google

In Wirklichkeit bedarf es solcher unwahrscheinlichen Hypothesen gar nicht, um das Verhalten der Bodenbesitzer zu verstehen. Es genügt vielmehr, wenn man sich klar macht, daß die erste Folge der planmäßigen Ankäufe von Grund und Boden durch die Kommunen eine vom Standpunkt der Haus- und Grundbesitzer höchst erfreuliche ist, indem sie eine Hebung des Bodenpreis-Niveaus in der betreffenden Gemeinde bewirken. Nicht etwa deshalb, weil öffentliche Verbände teurer zu kaufen pflegen als der Privatmann, sondern aus rein markttechnischen Gründen. Jeder Börsenmann weiß, was es heißt, wenn eine starke Hand im Markte ist. Es gehört zu seinem A. B. C., daß selbst der demoralisierteste Markt sich in dem Augenblick befestigt, wo ein potenter Käufer eingreift. Schon das Bekanntwerden einer solchen Absicht ist geeignet, das Preisniveau zu heben. Man möchte unseren Kommunalpolitikern den Rat geben, einen Kursus an der Börse durchzumachen, damit sie begreifen, welchen Haussefaktor es für den Immobilienmarkt einer Stadt bedeuten muß, wenn in einer Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird, den Grundbesitz „planmäßig zu vermehren". Es ist wohl kaum nötig, ausdrücklich zu erwähnen, daß der Preis des nackten Bodens natürlich von vielen Faktoren: von der Fluktuation der Bevölkerung, vom Geldmarkt, von Wirtschaftskonjunkturen und manchem andern abhängt. Der ausschlaggebende Haussefaktor aber ist, so trivial es klingt, das Vorhandensein von Käufern. Deshalb kann es für alle am Grundbesitz interessierten Kreise gar nichts Erwünschteres geben, als wenn die Schar der Reflektanten sich um einen so potenten Käufer, wie es die Stadt ist, vermehrt.

Es gibt kein besseres Beispiel zur Demonstrierung der angedeuteten Zusammenhänge als die Verhältnisse in eben der Stadt, die auf diesem Gebiet bahnbrechend vorgegangen ist, nämlich Frankfurt a. M. Hier hatte man, wie das ja auch selbstverständlich war, nicht etwa im Innern der Stadt Bauplätze gekauft, sondern sein Augenmerk auf die noch unerschlossenen Terrains an der Peripherie gerichtet, wo die Entwicklung vom Acker zum Bauland eben einsetzte. Mit welchem Resultat, das wurde in einem Anfang vorigen Jahres erschienenen Artikel der „Frkf. Ztg." anschaulich geschildert. „Man mußte es erleben," — so heißt es in dem Artikel — „daß von Jahr zu Jahr selbst in überwiegend ländlichen Teilen des sehr weit gedehnten Stadtgebietes die Terrainpreise enorm stiegen. Für ländliche Terrains wurden die Preise derart verteuert, daß sie außer Verhältnis zur Nutzbarkeit, aber auch außer Relation zu dem eventuell zu erwartenden Wertzuwachs traten." Diese „weitsichtige" Grundstückspolitik, die von einem der ersten Kommunalpolitiker Deutschlands inauguriert wurde, verschlang

Digitized by Google

natürlich enorme Beträge. Der betreffende Fonds weist heute eine Belastung von 114 Mill. M. auf. Und das Resultat dieser für die Steuerzahler Frankfurts äußerst kostspieligen Anstrengung wird in dem erwähnten Artikel wie folgt charakterisiert: „Die Bodenspekulation, der die Stadt zuvorkommen wollte, ist nicht nur nicht ausgeschaltet worden, sie ist auf den Schultern der Stadt emporgewachsen. Sie hat durch die Art des Vorgehens bei ihren Terrainankäufen einen besonderen Impuls erfahren. Heute steht Frankfurt a. M., wie nur an irgendeinem früheren Zeitpunkt, vor der im wesentlichen noch ungelösten Frage des Wohnungsproblems, besonders des Problems, wie sie billige Kleinwohnungen in ausreichender Menge erstehen lassen kann. Der Umstand, daß sich der Einstandspreis der städtischen Terrains von Jahr zu Jahr durch Zinsenzuwachs nennenswert verteuert, bringt es mit sich, daß die Stadt auch in der Folge nicht als allzu freigebiger Terrainverkäufer auftreten kann, ohne erhebliche Summen städtischen Vermögens definitiv in Verlust schreiben zu müssen."

Gerade bei der Verwertung der Terrains machen sich die Nachteile der hergebrachten Bodenpolitik bemerkbar. Allerdings hat man seit dem Inkrafttreten des BGB. in dem Erbbaurecht ein vorzügliches und in seiner sozialen Bedeutung noch bei weitem nicht genügend gewürdigtes Mittel, um öffentlichen Grundbesitz wieder in den Verkehr zurückgelangen zu lassen. Die Stadt Straßburg hat mit diesem Rechtsinstitut höchst beachtenswerte Erfolge erzielt, und die Gemeinden, die im Besitze großer Ländereien sind, könnten gar nichts besseres tun, als die Abneigung, die noch in weiten Kreisen gegen das Erbbaurecht herrscht, zu bekämpfen. Denn es ist für die Gemeinden der ideale Weg, um den Boden für die jetzige Generation wirtschaftlich nutzbar zu machen, ohne ihn doch endgültig aus der Hand zu geben. Aber auch das Erbbaurecht ist nicht imstande, die Nachteile zu paralisieren, die mit der Ansammlung von Bodenbesitz durch die Gemeinden der Regel nach verbunden sind. An folgendem Gedankengang möge dies erläutert werden.

Es ist, um das noch einmal zu betonen, das Ziel der städtischen Bodenpolitik, mäßigend auf den Bodenpreis und damit auf die Kosten der Wohnungsherstellung zu wirken. Wird nun die Ueberführung dieses Gedankens in die Praxis, wie wir an dem Frankfurter Beispiel gesehen haben, nur zu leicht schon beim Kauf des Bodens ad absurdum geführt, so ist dies erst recht bei seiner Wiederverwertung zu befürchten. Es wurde bereits ausgeführt, warum die grundbesitzenden Mitglieder der Gemeindevertretung ein so feines Verständnis für

Digitized by Google

Bodenankäufe durch die Gemeinden haben, und warum sie dieselben so warm unterstützen. Ihr Wohlwollen für diese Politik hat aber seine Grenzen, und ihr mächtiger Widerstand macht sich in dem Augenblick geltend, wo aus dem Motiv der Ankäufe, dem einzigen, das sie rechtfertigt, nämlich mäßigend auf die Ansprüche der privaten Besitzer zu wirken, die praktischen Folgerungen gezogen werden sollen. Niemals werden die Grundbesitzer damit einverstanden sein, daß städtischer Boden unter dem Marktpreis weggegeben wird. Sie werden im Gegenteil ihren Einfluß immer zugunsten einer Preiserhöhung in die Wagschale werfen. Denn das leuchtet auch dem Einfältigsten ein: Je höhere Preise die Stadt für ihre Ländereien erzielt, um so besser ist es für das allgemeine Preisniveau des Bodens in der Gemeinde überhaupt, um so besser auch — ein wichtiger Faktor — für seine Beleihungsfähigkeit. Nach der im Grundstückswesen herrschenden Anschauung ist ja, wenn die Parzelle 17 zu 500 M. pro Quadratrute verkauft wird, damit auch der Markt- und Beleihungswert für die angrenzende Parzelle 18 einwandfrei festgestellt. Ja er ist für diese und die benachbarten Parzellen sogar noch höher, denn die Gegend kommt ja „in Aufnahme". Die Interessenten in der Gemeindevertretung werden also stets auf Preise halten. Sie dürfen sich dabei sogar noch ihres Eifers um das Wohl der Stadt rühmen, denn ihr preistreibender Einfluß trifft mit dem natürlichen Fiskalismus der städtischen Oberhäupter zusammen.

Man wird von der bodenbesitzenden Stadt ebensowenig erwarten können, daß sie auf eine systematische Ermäßigung der Bodenpreise hinarbeitet, wie man vom Ressortfiskalismus des Bergwerksministers erwarten kann, daß er den Marktpreis für Kohle herunterdrückt. Die Statistik zeigt denn auch, daß die bodenbesitzenden Gemeinden, sobald sie an dessen Verwertung gehen, hohe Preise fordern. Eine sehr lehrreiche Zusammenstellung ist darüber im Jahrbuch deutscher Städte von 1909 enthalten, in dem die Preise der von den Städten erworbenen und wieder veräußerten unbebauten Grundstücke auf der Grundlage eines berechneten Durchschnittes angegeben sind. Die Tabelle zeigt, daß mit wenigen Ausnahmen die Preise für veräußerte Grundstücke ganz wesentlich höher sind als die — aus genannten Gründen an sich schon hohen — Erwerbspreise, das heißt, sie liefert eine Bestätigung dafür, daß die Städte das Grundstücksgeschäft nach dem gleichen Gesichtspunkt betreiben wie der private Grundstückshändler. Und, man verzeihe mir die Ketzerei, mit einem gewissen Recht! Eine Stadt, die das Risiko eines großen Grundstücksengagements auf sich genommen hat, muß die Gewinnmöglichkeiten wahrnehmen

Digitized by Google

dürfen, um etwaige Verluste auszugleichen. Sie kann in dieser Beziehung gar nicht anders handeln wie jeder Kaufmann, ganz abgesehen davon, daß sie durch Verkauf unter dem Marktpreis einzelnen Steuerzahlern auf Kosten der anderen Bürger Geschenke machen würde.

So stellt sich der beabsichtigte preisdrückende Einfluß, der als Motiv der städtischen Bodenpolitik angegeben wird, bei näherer Betrachtung im günstigsten Falle als Selbsttäuschung heraus. Man kann mit viel größerem Recht behaupten, daß diese Politik ihrer Natur nach eine preisverteuernde Tendenz in den Wohnungsmarkt bringt*). Mit der privaten Bodenerschließung sind gewiß außerordentliche Mißstände verbunden, und sie haben in diesen Heften ausgiebige Darstellung gefunden. Vom Standpunkt der zu Miete wohnenden Bevölkerung wird man ihr aber den einen großen Vorzug nicht absprechen können, daß ihre Wirksamkeit darauf gerichtet ist, das Wohnungsangebot zu erhöhen; zwar vielfach unter Anwendung von wirtschaftlich bedenklichen Mitteln, und oft ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf, aber immerhin doch zu erhöhen. Die Gemeinde aber kann die manchmal geradezu anarchische Darauflosbauerei der privaten Bauspekulanten natürlich nicht mitmachen. Sie kann nicht ihre besten Steuerzahler, die Hausbesitzer, durch übermäßige Begünstigung der Wohnungsherstellung wirtschaftlich schwächen oder gar ruinieren, wie es die Terraingesellschaften unbedenklich tun. Das allein schon hindert die Gemeinden, im Gegensatz zu den an solche Rücksichten nicht gebundenen Terraingesellschaften, die Verwertung ihres Bodenbesitzes zu forcieren. Sie sind vielmehr oft gezwungen, auch wenn sie Abnehmer für ihre Gelände hätten, mit dem Verkauf zurückzuhalten und große Zinsverluste auf sich zu nehmen, Verluste, die natürlich auf den Erwerbspreis der Terrains aufgeschlagen werden müssen, und die somit automatisch zur Hebung des allgemeinen Bodenpreisniveaus beitragen. Dazu kommt schließlich, daß über die Frage, ob in einer Gemeinde Wohnungsbedarf vorhanden ist, eine Einigung so leicht nicht möglich ist; jedenfalls bestehen über das Ausmaß des Notwendigen klaffende Meinungsverschiedenheiten. Ganz naturgemäß denken die Hausbesitzer in der Gemeindeverwaltung darüber anders als die Mieter, und

*) Die erfolgreiche Politik der Musterstadt Ulm will deshalb nichts besagen, weil hier die Verhältnisse besonders günstig lagen, indem es aus hier nicht näher zu erörternden Gründen möglich war, den größten Teil des unbebauten Weichbildes zu Ackerpreisen zu erwerben. Das setzt das Verdienst des diese Politik betreibenden Oberbürgermeisters nicht herab. Andererseits ist gerade der von ihm erzielte Erfolg in Gestalt einer Besserung der Ulmer Wohnungsverhältnisse nicht ungefährlich, weil er dazu anreizt, das Beispiel auch in solchen Städten nachzuahmen, wo die günstigen Voraussetzungen nicht wie in Ulm gegeben sind.

Digitized by Google

soweit sie die Macht haben, werden sie darauf halten, daß die Verwertung der städtischen Ländereien nicht „überstürzt" vor sich geht.

Die hier angedeuteten Schwierigkeiten machen es verständlich, daß der seit einigen Jahren von dem Dezernenten des preußischen Wohnungswesens, dem Ministerialdirektor Dr. Freund, propagierte Gedanke der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung auch auf diesem Gebiet Widerhall gefunden hat. Er hat ja auf den ersten Blick in der Tat etwas Bestechendes. Daß die private Bodenerschließung in ihrer gegenwärtigen Gestalt mit unzähligen Mängeln behaftet ist, welche die Vorzüge, die sonst der individuellen Betätigung anhaften, mehr oder weniger in ihr Gegenteil verwandeln, wird außerhalb eines beschränkten Kreises von Interessenten nur noch von wenigen geleugnet. Um die Mängel zu beheben und der Vorzüge teilhaftig zu werden, muß man, das ist Freunds Idee, die private Terrainunternehmung ethisieren. Und zu diesem Behufe kann es nach Freunds Ansicht nichts besseres geben, als daß sich das Privatkapital mit der Gemeinde assoziiert. Das Privatkapital liefert die Intelligenz, die Initiative, kurz alles das, was der private Unternehmer vor der schwerfälligen Bureaukratie voraus hat; die Gemeinde aber sorgt dafür, daß die Krallen des geschäftlichen Egoismus nicht verwunden können, sie bringt in der gemeinsamen Unternehmung, mit entsprechenden Machtbefugnissen ausgestattet, das öffentliche Wohl zur Geltung, liefert dazu eventuell auch noch ihren billigeren Kredit und ist schließlich als Inhaberin der Polizeigewalt bei der Anlegung der Straßen, Festsetzung der Fluchtlinien usw. in der Lage, die Hindernisse, mit denen die private Terrainunternehmung sonst zu rechnen hat, aus dem Wege zu räumen. Fürwahr das Ei des Columbus! Mit einem Schlage versinken alle die Widerstände und Reibungen, welche die Verwertung städtischen Geländes erschweren und verteuern. So wäre die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung auf dem Gebiete der städtischen Wohnungspolitik der ideale Weg, auf dem sich Individualismus und Sozialismus versöhnt die Hände reichen können.

Leider präsentieren sich die Dinge in der Praxis auch hier etwas anders als die Theorie meint. Es mag unerörtert bleiben, welche Korruptionsquellen sich bei diesem System auftun können, zumal sie gerade im Terrainwesen mit seiner Sumpfmoral so nahe liegen. Es mögen auch nur leise die Gefahren angedeutet sein, die sich notwendigerweise ergeben müssen, wenn die ausgesiebten Intelligenzen, die sich bisher auf dem Baumarkt betätigt haben, mit den praktisch weniger geschulten Vertretern des öffentlichen Wohls zusammenarbeiten. Das Entscheidende im Sinne der vorstehenden Ausführungen ist, daß auch dieser Modus

Digitized by Google

sein Ziel niemals zu erreichen oder auch nur zu fördern vermag, das Ziel, das doch am Ende aller Bestrebungen steht, nämlich die Verbilligung des Bodens im Interesse der Wohnungserstellung. Was die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung im Terrainwesen geradezu zu einer öffentlichen Gefahr macht, das ist der Umstand, daß sie zu einem hervorragenden Mittel werden muß, um die hochgeschraubten Bodenpreise unserer Großstädte zu verewigen und die natürliche Reaktion, die sonst nach jeder Uebertreibung im Wirtschaftsleben eintritt, endgültig hintanzuhalten. So ideal der Gedanke von seinem Urheber gedacht sein mag, für die großen Terrainhändler könnte es gar nichts besseres geben, als wenn er möglichst schnell in die Praxis überführt würde, und zwar noch ehe die künstlich aufgeblähten Werte zusammenstürzen. In Groß-Berlin ist durch eine Jahrzehnte lange Periode der Ausschreitungen der Boden für eine gewaltsame Korrektur des Preisniveaus wie nirgends sonst vorbereitet worden. Es besteht also hier die Aussicht, daß die im Interesse einer Gesundung der einschlägigen Verhältnisse unumgänglich notwendige, wenn auch für die Betroffenen schmerzhafte Kassierung der Scheinwerte über kurz oder lang stattfindet. Und nun steigt eine neue Gefahr am Horizont auf und droht den Gesundungsprozeß zu verhindern. Freund hat es als seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß die mißlichen Verhältnisse auf dem Großberliner Terrainmarkt nur durch die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung behoben werden könnten. Tatsächlich wäre es lediglich die Rettung für den Terrainschwindel, wenn die Gemeinden die fiktiven Bodenwerte mit dem guten Gelde der Steuerzahler in bar ablösen würden, wozu ja einige von ihnen, — durch Gründung von städtischen Instituten für zweite Hypotheken — schon den ersten Schritt getan haben. Man wird scharf aufpassen müssen, daß der zweite und ungleich gefährlichere Schritt, hinter dem ein so einflußreicher und kluger Förderer steht, nicht auch noch getan wird.

Eine Vorortgemeinde von Berlin hat diesen zweiten Schritt allerdings bereits getan, und das ist in gewisser Hinsicht gut, denn sie hat damit für ihre Schwestergemeinden zu den Gefahren des gemischt-wirtschaftlichen Betriebes in der Terrainunternehmung ein Beispiel geliefert, das überzeugender wirkt als alle theoretischen Auseinandersetzungen. Es handelt sich um die Gemeinde Lankwitz. Die dortige Gemeindeverwaltung hat ebenfalls die Notwendigkeit empfunden, „gesunde Bodenpolitik" zu treiben. Jedoch war das primäre Motiv hier nicht die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse; man wollte vielmehr Baugelände, für das eine natürliche Nachfrage in der Gemeinde nicht vorhanden war, erschließen und auf diese Weise den Zuzug von Steuerzahlern nach Lankwitz, anders ausgedrückt,

Digitized by Google

den Abfluß von Steuerzahlern aus den benachbarten Gemeinden, künstlich fördern. Also die bekannte Art von Gemeindepartikularismus, die in Groß-Berlin schon so manche sonderbare Blüte kommunaler Schmutzkonkurrenz zur Reife gebracht hat. So lange die Bautätigkeit in Lankwitz mangels genügenden Zuzugs stagnierte, waren die Preise der unbebauten Terrains verhältnismäßig niedrig. Das wurde aber anders, als die Gemeinde ihre planmäßigen Ankäufe begann, die sie übrigens auch heute noch fortsetzt. Da die Gemeinde sich mit ihrer Bodenpolitik eine große finanzielle Last auflud, ergab sich für sie die Notwendigkeit, die Terrains möglichst schnell wieder zu verwerten. Zu diesem Zweck wurde die „Lankwitzer Terrain- und Baugesellschaft G. m. b. H." gegründet, an deren 1 Mill. M. betragendem Kapital die Gemeinde zur Hälfte beteiligt war. Die andere Hälfte des Grundkapitals wurde von Privaten aufgebracht. Auch die sonstigen Details der Gründung sind nach dem Muster der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung gearbeitet. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist der Bürgermeister von Lankwitz, Auskünfte über den Verkauf von Parzellen und über Vermietungen werden in einem Zimmer des Rathauses erteilt, während sich bei der eigentlichen Geschäftsführung die private Initiative ungehemmt entfalten kann. Da sich keine reellen Käufer fanden, welche die hohen Preise, die man den Einstandswerten der Gesellschaft entsprechend fordern mußte, zu zahlen bereit waren, so mußte man selbst bauen. Man gründete zu diesem Zweck ein Tochterunternehmen, die „Lankwitzer Terrain- und Bau-A.-G." Es ist nun überaus lehrreich, zu verfolgen, wie die von den Fesseln der Bureaukratie nicht gehemmte Verwaltung dieses gemischt-wirtschaftlichen Betriebes ganz von selbst dazu kam, die bösartigsten Methoden der zünftigen Terrainspekulation getreulich nachzuahmen, und zwar ohne daß das öffentliche Wohl, repräsentiert durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Bürgermeister von Lankwitz, daran Anstoß nahm. Um den Umsatz zu fördern, zwang man die Handwerker, welche Lieferungen für die in Entreprise gegebenen Bauten der Gesellschaft haben wollten, Baustellen zu übernehmen, bzw. machte die Erteilung von Aufträgen von der Uebernahme abhängig. Ja, es wird in Lankwitzer Handwerkerkreisen sogar behauptet, daß man von der Aktiengesellschaft eine Baustelle übernehmen müsse, wenn man einen Auftrag von der Gemeinde haben wolle. Es ist dies eine bekannte Methode, die von der zünftigen Terrainspekulation regelmäßig angewendet wird (daher die vielen Handwerker als Bauunternehmer), und bildet eine der schlimmsten Ausschreitungen des großstädtischen Immobilienverkehrs. Denn es ist leicht einzusehen, daß die Handwerker, die in solcher Weise in Natu-

Digitized by Google

ralien bezahlt werden, natürlich erhöhte Preise für ihre Lieferungen ansetzen müssen, so daß der Bau von vornherein mit einem unproduktiven Agio belastet ins Leben tritt.

Eine weitere Blüte der Lankwitzer Treibhauskunst bestand darin, daß man auf der Suche nach Reflektanten mit schwachen Firmen in Verbindung trat. So übertrug man den Bau von sechs Häusern an die „Berliner Hochbaugesellschaft m. b. H.", eine zu diesem Zweck ins Leben gerufene Kulisse der Firma Rossius & Reuter, von der man bei Anwendung der gewöhnlichen Sorgfalt hätte wissen können, daß sie finanziell äußerst schlecht dastand. Als sie im Herbst vorigen Jahres in Konkurs ging, kamen die Bauten ihrer Tochtergründung zum Stillstand. Die Gesamtengagements der Handwerker und Lieferanten belaufen sich schätzungsweise auf eine Million, wovon ein erheblicher Teil verloren ist. Um die Bauten nicht unfertig liegen zu lassen, muß sie jetzt die Gemeinde Lankwitz bzw. die von ihr ressortierende G. m. b. H. mit eigenen Mitteln fortsetzen. Der geschädigten Handwerker und Lieferanten hat sich naturgemäß eine große Erbitterung bemächtigt. Diese Leute hatten sich unter einer gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung, an deren Spitze der Bürgermeister selbst stand, eine Einrichtung vorgestellt, bei der alles korrekt und sauber zugehen müsse und Verluste ausgeschlossen seien. Dieser Irrtum war auch daran schuld, daß sie sich nicht über die Verhältnisse der Firma Rossius & Reuter bzw. ihrer Kulisse vorher genügend erkundigt hatten. Die Ahnungslosen wußten eben nicht, daß es gerade der Vorzug des gemischt-wirtschaftlichen Betriebes ist, daß die Individualität sich hier frei entfalten und, ungehemmt durch die Fesseln der Bureaukratie, ganz wie bei der privaten Bauspekulation die Handwerker um ihren Lohn bringen kann.

Aehnliche Erfahrungen sind von den Handwerkern auch mit dem Berliner Vorort Weißensee gemacht worden. Auch diese Gemeinde hatte planmäßig Boden aufgekauft und parzelliert, freilich, ohne sich des gemischt-wirtschaftlichen Systems zu bedienen. Sie verkaufte die Baustellen direkt an einen notorisch mittellosen Bauunternehmer, weil potente Käufer sich nicht fanden, mit dem Resultat, daß jetzt in einer einzigen Straße dieses ehemaligen Gemeindegeländes von dreizehn Neubauten neun der Subhastation verfallen sind. Die Gemeinde Weißensee mußte zur Wahrung ihrer Rechte als Besitzerin des Restkaufgeldes, eine besondere Schutzwache bestellen, um die hineingefallenen Handwerker davon abzuhalten, daß sie die von ihnen gelieferten, aber nicht bezahlten Fenster, Türen, Dachziegel usw. wieder herausrissen, was nach unserem Hypothekenrecht bekanntlich als Diebstahl in erschwerender Konkurrenz mit Landfriedensbruch an-

Digitized by Google

zusehen ist. Auch Weißensee bildet also ein herrliches Beispiel für „gesunde Bodenpolitik".

Mit dem Bodenproblem ist es eine eigene Sache. Es gab eine Zeit, sie liegt etwa 30 Jahre zurück, wo man überhaupt nicht wußte, daß der Boden ein besonderes Problem sein könne. Es gehörte eine geistige Umwälzung dazu, deren ungeheure Tragweite wir vielleicht deshalb nicht zu übersehen vermögen, weil wir ihr noch zu nahe stehen, um zu erkennen, welche große, ja ausschlaggebende Rolle der Boden innerhalb der großen sozialen Probleme unserer Zeit spielt. Vielleicht sind wir jetzt in die Periode eingetreten, wo die Erkenntnis wächst, daß es nicht den Bodenbesitz, sondern das Bodenrecht zu reformieren gilt. Daß der Kauf von Boden ein höchst ungeeignetes, naives und nicht selten das Gegenteil des gewollten Zieles herbeiführendes Mittel ist, um den öffentlichen Verbänden Einfluß auf die Bodenpreise zu verschaffen, das lehren die Erfahrungen der Stadt Frankfurt, die nach zwanzig Jahren zielbewußter Bodenpolitik vor drei Jahren alle weiteren Käufe eingestellt hat und im Interesse ihrer stark angespannten Finanzen um die Realisierung des aufgehäuften Riesenengagements bemüht ist. In anderen Gemeinden sind, wenn auch nicht in diesem Umfange, ähnliche Erfahrungen gemacht worden. Daß nach außen hin von diesen Mißerfolgen wenig ruchbar wird, entspricht nur der natürlichen Scheu der betreffenden Gemeindeverwaltungen, ihren kostspieligen Irrtum einzugestehen. Einzelne Ausnahmen, wie diejenigen von Ulm und Straßburg, bilden ein interessantes Kapitel für sich und können an dem Allgemeinurteil nichts ändern.

Tatsache ist, daß gerade jene Organisation, die als erste in Deutschland auf die besondere Stellung des Bodens innerhalb der Volkswirtschaft hingewiesen hat (Bodenreform), schon seit Jahrzehnten von dem Gedanken einer allgemeinen Ueberführung des Bodens in den öffentlichen Besitz zurückgekommen ist. Die Zeiten, in denen es möglich war, den Boden zu Preisen aufzukaufen, die eine Verwertung unter sozialen Gesichtspunkten gestatten, sind für die übergroße Mehrzahl der deutschen Gemeinden endgültig dahin*). Heute kommt es darauf an, den Boden unter ein Recht zu stellen, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert und jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt. Man sollte meinen, daß jeder anständige Mensch, gleichgültig, welcher Parteirichtung er angehört, mit einem solchen Ziel einverstanden sein müsse. Aber wie weit gehen die Ansichten darüber auseinander, was Mißbrauch ist, und unter welchen Vor-

*) Nur in kleinen Provinzgemeinden, wo die Bodenpreise noch nach dem landwirtschaftlichen Erträgnis berechnet werden, ist es einer geschäftsgewandten Verwaltung unter besonderen Umständen möglich, weitsichtige und erfolgreiche Bodenpolitik zu treiben.

Digitized by Google

aussetzungen die Allgemeinheit ihr natürliches Recht am Boden, auch wenn er sich im Privatbesitz befindet, wahren kann! Vor etwa 60 Jahren vertrat der geistreiche Manchestermann Julius Faucher, einer der Väter des heutigen Liberalismus, die Idee, nach Analogie der „Bergbaufreiheit" eine „Häuserbaufreiheit" gegenüber demjenigen Grundeigentümer zu begründen, welcher im Interesse der Spekulation weder bauen noch an einen Baulustigen verkaufen wollte. Und der frühere Frankfurter Oberbürgermeister, das jetzige Herrenhausmitglied Adickes, also eine durchaus staatserhaltende Persönlichkeit, sah in dieser Idee vor noch nicht langer Zeit „einen sehr beachtenswerten Vorschlag, der weit größeres Interesse verdient, als ihm bisher entgegengebracht worden ist". Wie ein geistiger Antipode des Manchestermanns und Vertreter des Absolutismus, der Große Kurfürst, über das Bodenrecht dachte, das geht aus seinem Edikt aus dem Jahre 1648 hervor. Es heißt darin*): „Wir verordnen hiermit allen und jenen, so aufbauen wollen, die wüsten Stellen frey umbsonst und ohne einiges Entgelt zu geben und anzuweisen. Es wäre denn, daß etwann noch Leute vorhanden, denen solche wüsten Stellen zugehörten und dieselben wieder anbauen wollten, auf welchen Fall sie billig vor anderen den Vorzug hätten, welche aber auch bald, und zwar zu längstens in einem halben Jahre wirklich tun sollten, widrigenfalls sie ihres daran habenden Rechtes verlustig, und die Stelle demjenigen, der solche allsofort wird bebauen wollen, umbsonst gegeben werden soll." Auch diejenigen, die den Radikalismus dieser Bodenrechts-Reformer nicht zu teilen vermögen, werden heute begreifen, daß das Privateigentum am Boden wirtschaftlich und rechtlich doch etwas anders zu behandeln ist, als jedes andere Eigentum. Daß diese Anschauung ständig Fortschritte macht, dafür lassen sich zahlreiche Beispiele anführen. Die in dem neuen preußischen Wohnungsgesetzentwurf ins Auge gefaßte Anwendung der lex Adickes auf die ganze Monarchie ist ein solches Beispiel. Auf einem Teilgebiet, dem wichtigsten des ganzen Problems, ist freilich noch so gut wie alles zu tun: auf dem Gebiet des Hypothekenrechts. Hier mit dem Plunder überkommener Rechtsauffassungen aufzuräumen, auf die, wenn irgendwo das Wort aus dem Faust paßt „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage" — das ist die große Aufgabe der jetzt heranwachsenden Generation.

Ludwig Eschwege.

---

*) Vgl. A Wagner, Grundlegung 3. Aufl. Band II, S. 511.

Digitized by Google

Die Geschäftsunkosten im deutschen Grossbankgewerbe.

Eine lebhafte Sorge der deutschen Bankdirektoren, und zwar eine von Jahr zu Jahr dringender werdende, sind die hohen Unkosten, mit denen der Großbankbetrieb zu rechnen hat. Alljährlich, wenn sie den Aktionären und der Oeffentlichkeit Rechenschaft ablegen, betonen sie diesen Punkt und heben sie die weitere Steigerung der Geschäftsunkosten hervor. Mit gutem Grunde. Denn je mehr die Geschäftsunkosten anwachsen, desto mehr geht von dem Brutto-Erträgnis verloren, und um so schwieriger wird es, bei sonst gleichen Gewinnen die Dividenden auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Die Unkosten im Großbankgewerbe finden zwar bei den alljährlichen Bilanzbesprechungen in der Presse wohlverdiente Beachtung, sie müssen jedoch bei der Sondierung und Kritik der gesamten Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung gegenüber den Fragen der Liquidität, der Gewinnquellen usw. stark in den Hintergrund treten, und werden daher nur summarisch, meist mit einigen vergleichenden Zahlen und erläuternden Worten, abgetan. Es lohnt sich aber, einmal tiefer nach der Bedeutung und den Ursachen der hohen Unkosten im Bankgewerbe zu schürfen.

Die Unkosten, die der Betrieb eines industriellen Unternehmens mit sich bringt, teilt man gewöhnlich ein in Betriebs-Unkosten und in Verwaltungs-Unkosten. Unter Betriebs-Unkosten versteht man in der Regel die Ausgaben, die der technische Betrieb als solcher erforderlich macht, z. B. Arbeiterlöhne, Abschreibungen auf Fabrikgebäude, auf Maschinen, auf Patente usw. Unter Verwaltungs-Unkosten begreift man dagegen regelmäßig die Ausgaben, welche die Leitung und Verwaltung erfordern, also z. B. Direktoren- und Beamtengehälter usw.

Im Handelsgewerbe kann man von eigentlichen Betriebs-Unkosten in obigem Sinne nicht sprechen. Man hat hier die passenderen Ausdrücke „Geschäftsunkosten“ oder „Handlungsunkosten“, und faßt hierunter die gesamten Ausgaben, die der Geschäftsbetrieb erfordert, zusammen. Das gilt auch vom Bankgewerbe. Man spricht allerdings gerade hier häufig von „Verwaltungsunkosten“ und von „Betriebsunkosten“, braucht aber beide Ausdrücke für dieselbe Sache und meint damit die gesamten Unkosten eines Bankbetriebs. Sie bedeuten hier also nicht mehr etwas Gegensätzliches.

Im folgenden ist für die gesamten Unkosten im Bankgewerbe zusammenfassend die Bezeichnung „Geschäftsunkosten“ gewählt worden.

Digitized by Google

Diese Unkosten sind jedoch recht verschiedener Art. Teils sind sie fortlaufend, teils zeitweilig, teils entstehen sie nur in einem bestimmten Zeitpunkt. Auch der Zweck, dem sie dienen, ist recht verschieden. Wir unterscheiden

1. Allgemeine Geschäftsunkosten, und verstehen hierunter all die Unkosten, die regelmäßig und fortlaufend erwachsen, insbesondere

a) die laufenden Ausgaben,
b) die Steuern.

2. Besondere Geschäftsunkosten, und verstehen hierunter die Unkosten, die aus besonderen Anlässen entstehen, und die an besonderen Zeitpunkten, gewöhnlich am Schlusse des Geschäftsjahrs bei der Bilanz-Aufstellung, festgestellt und berücksichtigt werden, insbesondere

a) Abschreibungen,
b) notwendige Rückstellungen,
c) Dotierung von Wohlfahrtseinrichtungen usw.

Unter den allgemeinen Geschäftsunkosten nehmen die laufenden Ausgaben den größten Raum ein. Hierunter fallen vor allem die Gehälter der Direktoren und der Beamten, die einen erheblichen Prozentsatz der gesamten Ausgaben der Banken ausmachen; die Direktorengehälter wegen ihrer Höhe, die Beamtengehälter wegen der großen Zahl der beschäftigten Personen. Hierher gehören auch die Gratifikationen, die den Beamten zu Weihnachten und beim Jahresabschluß gezahlt werden. Sie bilden bekanntlich einen wesentlichen Teil des Einkommens der Bankbeamten, etwa 20—35 pCt. des festen Gehalts. Die Bankbeamten rechnen bestimmt mit den Gratifikationen, obwohl diese von den Bankverwaltungen nur als freiwillige Zuwendungen betrachtet werden. Die auch aus steuerlichen Gründen wichtige Frage der Freiwilligkeit oder gesetzlichen Verpflichtung zur Gratifikationszahlung bildet ein umstrittenes Thema. Jedenfalls werden die Beamtengratifikationen von den meisten Bankverwaltungen mit größter Regelmäßigkeit und nach festem Schema gezahlt, so daß sie unzweifelhaft zu den laufenden Geschäftsausgaben zu rechnen sind, obwohl manche Banken sie ganz oder teilweise aus dem Reingewinn verteilen, wie die Deutsche Bank, Dresdner Bank, Nationalbank und der Schaaffhausen'sche Bankverein.

Anders verhält es sich mit den Tantiemen des Vorstands und Aufsichtsrats. Diese Tantiemen sind tatsächlich Gewinnbeteiligungen. Wenn sie auch wegen der hohen Gewinne der Banken in der Regel recht beträchtlich sind, so ist doch zu berücksichtigen, daß sie bei schlechterem oder gar gestörtem Ge-

Digitized by Google

schäftsgang sich erheblich verringern oder ganz fortfallen. Sie gehören daher ihrem ganzen Charakter nach nicht unter die Geschäftsunkosten, wenn auch einzelne Banken die Tantiemen der Direktoren in der Gewinn- und Verlust-Rechnung vor Feststellung des Reingewinns absetzen, wie z. B. die Deutsche Bank, oder sie geradezu als Geschäftsunkosten bezeichnen und verrechnen, wie die Bank für Handel und Industrie.

Allgemeine Geschäftsunkosten sind ferner die den Beamten mit geringerem Gehalt gewährten Teuerungszulagen, die in den letzten Jahren wegen der verteuerten Lebenshaltung üblich gewesen sind, ferner die Versicherungsbeiträge für die Angestellten (Invaliden- und Altersversicherung, Krankenversicherung, Pensionsversicherung). Während fast alle Banken die Beiträge zu den ersten beiden Versicherungen in voller Höhe auf sich genommen haben, entrichten sie für die Pensionsversicherung an den Beamtenversicherungs-Verein des deutschen Bank- und Bankiergewerbes nur die ihnen statutarisch auferlegten 4½ pCt. der Gehälter, während die restlichen 4 pCt. von den Beamten selber getragen werden. Auch die Banken mit eigenen Hauskassen, wie die Deutsche Bank, tragen nur einen Teil der Versicherungsbeiträge. Diese allgemeine Pensionsversicherung hat eine ziemlich beträchtliche Belastung des Bankgewerbes zur Folge gehabt. (Bei der Mitteldeutschen Creditbank, der einzigen Bank, die Ziffern angibt, beliefen sich die Beiträge im Jahre 1912 auf ca. 95 300 M.)

Als weitere Geschäfts- oder Handlungsunkosten kommen in Betracht: der mit dem Beamtenpersonal steigende Verbrauch an Schreibutensilien usw., der Bedarf an Drucksachen, die Ausgaben für Zeitungsanzeigen, Porto- und Versicherungsspesen, soweit sie nicht den einzelnen Kunden belastet werden, vor allem aber die für gemietete Geschäftsräumlichkeiten zu entrichtenden Mieten, die bei denjenigen Banken, die ihr Depositenkassennetz engmaschig auszubilden bestrebt sind, recht erheblich ins Gewicht fallen. Auch über eine Verzinsung des Buchwerts der eigenen Geschäftsgebäude finden sich in älteren Geschäftsberichten einer Großbank unter den Geschäftsunkosten Angaben. Diese Zinsen stellen jedoch, da sie der Bank selbst wieder zufließen, keine wirkliche Ausgabe, vielmehr nur einen Buchungsposten dar.

Zu den allgemeinen Geschäftsunkosten gehören nächst den laufenden Ausgaben die Steuern und Abgaben. Es kommen, abgesehen von dem einmaligen Wehrbeitrag, der von dem Betrage der Reserve-Conten zu entrichten ist, als Steuern bei den Berliner Großbanken in Frage: die Preußische Staatseinkommensteuer, die Gemeindeeinkommensteuer, die Gewerbesteuer und die Gebäudesteuer. Zu berücksichtigen sind ferner die Stempelabgaben auf

Digitized by Google

Urkunden usw. und die Ausgaben für Schlußscheinstempel bei Geschäften für eigene Rechnung, während bei Kommissionsgeschäften die Stempel-Ausgaben den Kunden belastet werden. Der Geschäftsbericht der Deutschen Bank pro 1912 gibt als für solchen Stempel zu Lasten der betreffenden Rechnungen gezahlt annähernd 10½ Mill. M. an. Sie selbst hatte für Steuern und Abgaben über 3½ Mill. M. zu zahlen, womit sie, ihrem Geschäftsumfang entsprechend, an der Spitze sämtlicher Banken steht, wenn man von der Reichsbank, die inkl. Notensteuer i. J. 1912 4,6 Mill. M. zu entrichten hatte, absieht. Unter den Abgaben sind hauptsächlich die an die Stadtgemeinden abzuführenden Gebühren für Kanalisation, Wasser usw. zu verstehen.

Die besonderen Geschäftsunkosten entstehen nicht fortlaufend im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb, sondern aus speziellen Gründen und nur zu gewissen Zeitpunkten. Sie haben nicht die Regelmäßigkeit der laufenden Unkosten, sind nicht immer ihrer Höhe oder überhaupt ihrem Auftreten nach vorauszusehen und bilden so das schwankende Element unter den Geschäftsunkosten. Sie stellen in der Regel überhaupt keine baren Ausgaben dar, sondern lediglich Buchungen, die den Wert der einzelnen Vermögensteile oder des Vermögens im ganzen durch Berücksichtigung der Wertminderung, der Abnutzung usw. richtig stellen.

Die wichtigsten hierher gehörigen Unkosten sind die Abschreibungen auf bereits eingetretene Verluste oder Wertminderungen an einzelnen Vermögensteilen. Unter den Abschreibungen sind die auf Immobilien die regelmäßigsten. Wenn auch in den Großstädten der Wert des Grund und Bodens fast durchgängig steigt und deshalb keine Abschreibung erfordert, so werden doch die auf ihm errichteten Gebäude allmählich abgenutzt und dies muß bei der Wertfeststellung der Bankgebäude natürlich berücksichtigt werden. Die meisten Banken weisen denn auch in ihren Bilanzen regelmäßige Abschreibungen auf ihre Bankgebäude aus; die Berliner Handels-Gesellschaft macht hierin, wie in so vielen Dingen, eine Ausnahme; sie macht nicht regelmäßig Abschreibungen, sondern nur von Fall zu Fall, z. B. 1912 „Abschreibung des Zugangs auf Bankgebäude". Das mag berechtigt sein, da sie nur über das Grundstück in der Berliner City verfügt, wo der Grund und Boden andauernd im Werte steigt. Manche Banken bemessen die Abschreibungen auf ihre Bankgebäude höher, als es der Abnutzung entspricht; es ist dies eins der Mittel, sich stille Reserven zu schaffen, auf die zu passender Zeit zurückgegriffen werden kann.

Abschreibungen auf Mobilien finden sich ebenfalls regelmäßig in den Gewinn- und Verlust-Rechnungen der Banken, und

Digitized by Google

zwar meist in der Art, daß der ganze Zugang auf Mobilien-Konto (Neuanschaffungen von Einrichtungsgegenständen usw.) abgeschrieben wird. Es besteht nämlich bei unseren Großbanken der Brauch, den Wert des gesamten Mobiliars nicht als Vermögensteil in der Bilanz aufzuführen, sondern ihn mit Null oder mit 1 M. zu Buch zu schreiben. Eine Ausnahme bildeten 1912 nur die Mitteldeutsche Creditbank mit rund 30 000 M. Mobiliar, und vor allem die Disconto-Gesellschaft, die in ihrer Bilanz Mobilien im Werte von über 200 000 M. aufführt. Sicherlich aber wird auch hier dieser Posten, der wohl von der Einrichtung neuer Bankgebäude und Depositenkassen herrührt, im Laufe der nächsten Jahre verschwinden.

Während die Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien offen zutage liegen, sind die Abschreibungen auf sonstige Vermögensteile häufig versteckt und für den Außenstehenden nicht erkennbar. Es handelt sich hier um die Berücksichtigung eingetretener Kursverluste auf den eigenen Besitz an Wertpapieren aller Art, um entstandene Ausfälle bei Konsortialbeteiligungen, um Abschreibungen nicht eintreibbarer Kontokorrent-Forderungen usw. Daß Abschreibungen dieser Art in der Regel insgeheim durch Kompensation mit den auf den betreffenden oder ähnlichen Konten erzielten Gewinnen gemacht werden, hat seinen guten Grund. Würden die Bankverwaltungen große derartige Verluste ausweisen, so würde das ein sehr schlechtes Licht auf sie werfen und unter Umständen ihre Gläubiger stutzig machen, ohne daß ein wirklicher Anlaß zur Beunruhigung vorläge.

Weiter sind zu erwähnen die Abschreibungen, die infolge von Diebstahl und Veruntreuung nötig werden. Sie werden natürlich nur von Fall zu Fall gemacht, sind aber gar nicht so selten.

Zu den besonderen Unkosten sind auch zu rechnen die notwendigen Rückstellungen für noch nicht eingetretene, aber doch zu befürchtende Verluste und außerordentliche Ausgaben. Hierzu gehört vor allem die Bildung von Kontokorrent-Reserven, d. h. die Reservestellung für zweifelhafte Kontokorrent-Forderungen. Diese finden sich jedoch nicht in den Bankbilanzen; das würde wieder einen schlechten Eindruck machen. Für besonders riskante Geschäfte werden dagegen häufig derartige Reserven gebildet, z. B. für Grundstücksgeschäfte. So weist der A. Schaaffhauser'sche Bankverein 1912 nicht weniger als 2 Mill. M. als Rückstellung für Berliner Grundstücksgeschäfte aus, bei einem Gesamt-Engagement in Immobilien von rund 4,7 Mill. M.

Des weiteren sind unter den besonderen Verwaltungsunkosten zu erwähnen die Ausgaben für Wohlfahrtseinrichtungen für die Angestellten und deren Angehörige, wie Zuwendungen an

Digitized by Google

Beamten-Klubs, für Kasinos und Kantinen, Zuweisungen an Pensionskassen usw., welch letztere in der Regel aus dem Reingewinn gemacht werden. Derartige Ausgaben der großen Banken sind nicht zu unterschätzen. So überwies die Deutsche Bank 1912 ihrem Beamten-Fürsorge-Verein rund 1,3 Mill. M., während bei den anderen Großbanken sich die Zuwendungen an Pensions- und Unterstützungs-Fonds auf hundert- oder mehrere hunderttausend Mark jährlich belaufen.

Die Unkosten der Großbanken sind also recht erhebliche. Um aber ihre jetzige Höhe richtig würdigen zu können, müssen wir auch ihr Anwachsen verfolgen. Ich habe deeshalb in nachstehender Tabelle die Unkosten verschiedener Jahre zusammengestellt, wobei außer den Zahlen des Geschäftsjahres 1912 diejenigen von 1902 und von 1896 gewählt sind, letztere hauptsächlich aus dem Grunde, weil mit diesem Jahre ungefähr der große Konzentrations- und Expansionsdrang der Großbanken einsetzt, der auf die Gestaltung der Unkosten von so erheblichem Einflusse gewesen ist. Während in der Industrie die Konzentration regelmäßig Ersparnisse und zwar teilweise recht beträchtliche Ersparnisse an Betriebs- und Verwaltungs-Unkosten zur Folge hat, kann man dies von der Banken-Konzentration nicht sagen. Es liegt dies hauptsächlich daran, daß bei dem Banken-Aufsaugungs-Prozeß und der Banken-Konzern-Bildung den unterjochten Banken meist äußerlich die Selbständigkeit und die eigene Verwaltung belassen wird; ferner an dem Umstand, daß mit der organisatorischen Konzentration im Bankwesen Hand in Hand eine räumliche Dezentralisation geht, und daß die Ausbreitung des Geschäftsfeldes natürlicherweise auch die Geschäftsunkosten vergrößert.

Es betrugen 1895, also ungefähr am Anfang dieser Bewegung, die Unkosten sämtlicher deutschen Kreditbanken mit einem Kapital von mindestens 1 Mill. M.

	(1895)[1]	29,2	Mill. M.
dagegen 10 Jahre später,	1905[1]	90,8	„ „
	und 1912[2]	215,8	„ „

oder in Prozenten des Bruttogewinns ausgedrückt:

1895 18% 1905 27% 1912 36,8%

In der folgenden Tabelle, welche die beiden Jahre 1896 und 1902 zum Vergleich heranzieht, sind, dem Thema entsprechend, nur die neun Berliner Großbanken berücksichtigt; jedoch ist auch die Reichsbank mit herangezogen, obgleich sie anders geartet ist und deshalb teilweise andere Ergebnisse zeitigt.

[1] Nach Riesser, Die deutschen Großbanken III S. 351/2.
[2] Nach Die Bank, Augustheft 1913, Tafel I und II.

Digitized by Google

In 1000 Mark	Jahr	Gesamt-Umsatz	Brutto-Gewinn d. lauf. Jahr. ohne Vortrag	Unkosten inkl. Abschreibg. a. Mobil.	Steuern	Unkosten u. Steuern in % a) d. Ges.-Umsatzes	b) d. Br.-Gewinnes
Reichsbank	1896	131 500 000	30 478	9 796 [1])	464,8 [2])	0,0078	33,66
(180 Mill. Kap.)	1902	191 926 000	36 893	14 539 [1])	478 [2])	0,0078	40,7
	1912	413 992 000	69 787	24 062 [1])	4627 [2])	0,0069	41,11
Deutsche Bank	1896	35 500 000	18 029	4 821 [3])	695	0,0155	30,6
(200 Mill. Act.-Kap.)	1902	56 783 000	33 478	11 768 [3])	2008	0,0225	41,15
	1912	132 000 000	66 340	26 682 [3])	3581	0,0229	45,62
Disconto-Ges.	1896	10 069 000	16 641	1 964	689	0,0263	15,94
(200 Mill. Kap.)	1902	19 886 000	18 933	3 621	1256	0,0245	25,76
	1912	57 304 000	38 392	12 094	1956	0,0245	36,33
Dresdner Bank	1896	15 692 000	12 036	2 399	562	0,0188	24,6
(200 Mill Act.-Kap.)	1902	27 114 000	19 447	5 220 [3])	1221	0,024	32,6
	1912	97 053 000	41 036	16 518 [3])	2027	0,019	45,19
Darmstädter Bank	1896	—	8 900	1 541 [4])	—	—	17.31
(160 Mill. A.-K.)	1902	—	15 819	2 161 [3])	733	—	18,93 !
	1912	—	24 419	9 893 [3])	1183	—	45,36
Schaaffhaus. Bankverein	1896	—	6 561	814	253	—	16,26
(145 Mill. A.-K.)	1902	—	8 407	1 270	793	—	24,54
	1912	26 470 000	17 649	4 351	1319	0,021	32,13
Berliner Handels-Gesellschaft	1896	4 729 000	8 879	1 007	355	0,0288	15,34
(110 Mill. Kap.)	1902	7 082 000	12 245	1 386	633	0,0285	16,49 !
	1912	17 841 000	16 393	2 524	970	0,0196 !	21,31
Nationalbank f. Deutschland	1896	5 635 000	5 969	inkl. Steuern 1 201 [5])	—	0,0213	20,12
(90 Mill. A.-Kap.)	1902	5 583 000 !	5 253 !	1 355 [5])	314	0,0299	31,77
	1912	21 921 000	12 750	4 495 [3])	543	0,023	39,51
Commerz- u. Disconto-Bank	1896	—	2 900	327	101	—	14,8
(85 Mill. A.-Kap.)	1902	11 998 000	5 551	1 682	300	0,0165	35 7
	1912	33 579 000	14 034	6 482	544	0,0209	50,06 !
Mitteldeutsche Creditbank	1896	—	3 135	917 [4])	—	—	29,23
(60 Mill. A.-Kap.)	1902	—	4 608	1 554 [4])	—	—	33,72
	1912	13 256 000	8 614	3 150	400	0.0268	41,21

Anmerkungen: [1]) inkl. Kosten der Banknoten-Anfertigung. — [2]) Notensteuer, — [3]) inkl. Beamten-Gratifikationen. — [4]) inkl. Steuern. — [5]) ohne Beamten-Gratifikationen.

Wegen der bei den einzelnen Banken recht verschiedenen Verbuchungs-Methoden war es nötig, die Zahlen so zu wählen, daß sie bei allen Banken möglichst die gleichen Ausgaben enthalten, weil sich nur auf solcher Grundlage Vergleichungen anstellen lassen. Es sind deshalb nicht, wie es im allgemeinen geschieht, die Zahlen mechanisch der Gewinn- und Verlust-Rechnung entnommen, sondern sie sind, so weit als möglich, auf ein einheitliches Schema gebracht worden.

Aus der Tabelle ergibt sich, daß 1896 und 1902 die Reichsbank in bezug auf Höhe der Unkosten (inkl. der Notensteuer) an der Spitze steht, daß sie jedoch 1912 diesen Vorrang der Deutschen Bank überlassen hat.

Die Bedeutung der Unkosten für den Reingewinn der Banken kann man ermessen durch Feststellung ihres Verhältnisses zum Bruttogewinn sowie durch Berücksichtigung ihres Verhältnisses zum Aktien-Kapital. Wir finden, daß durch die Unkosten inkl.

Digitized by Google

Steuern ein ganz beträchtlicher Teil, 1/3—1/2, des erzielten Bruttogewinnes absorbiert wird. Eine Ausnahme macht die Berliner Handels-Gesellschaft, die infolge ihres immer noch streng konzentrierten Geschäftsbetriebs mit unverhältnismäßig geringen Unkosten arbeitet. Aber auch bei ihr kehrt die allgemeine Erscheinung des nicht nur absoluten, sondern auch relativen Anwachsens der Unkosten wieder.

Bei den zehn Banken betrugen durchschnittlich die Unkosten inkl. Steuern in % des Brutto-Gewinns 1896: 21,8 %; 1902: 30,1 %; 1912: 39,8 %.

Bezieht man bei den einzelnen Banken die gesamten Unkosten pro 1912 auf das Aktienkapital, so findet man, daß sie

bei der	Reichsbank	rund	16	%	des Kapitals	von	180	Mill. M.
„ „	Deutschen Bank	„	15	%	„ „	„	200	„ „
„ „	Dresdner Bank	„	9¼	%	„ „	„	200	„ „
„ „	Disconto-Gesellschaft	„	7	%	„ „	„	200	„ „
„ „	Darmstädter Bank	„	7	%	„ „	„	160	„ „
„ „	Schaaffhaus. Bankverein	„	4	%	„ „	„	145	„ „
„ „	Berliner Handels-Gesellschaft	„	3	%	„ „	„	110	„ „
„ „	Nationalbank	„	5½	%	„ „	„	90	„ „
„ „	Commerzbank	„	8¼	%	„ „	„	85	„ „
„ „	Mitteldeutschen Cred.-Bank	„	6	%	„ „	„	60	„ „

ausgemacht haben.

So hoch die Unkosten im Bankgewerbe auch sind, gemessen am erzielten Bruttogewinn, so machen sie doch nur einen ganz geringen Betrag im Verhältnis zu den kolossalen Umsätzen des Bankbetriebes aus. Die Unkosten inkl. Steuern betrugen bei sechs der obigen Banken (ohne Reichsbank), bei denen es sich ermitteln läßt, in Prozenten des Gesamt-Umsatzes durchschnittlich 1896: 0,0212 %; 1902: 0,0243 %; 1912: 0,0215 %. Das sind ganz minimale Ziffern, die bemerkenswerterweise auch keine steigende Tendenz haben. Vergrößerter Umsatz steigert also die verhältnismäßigen Unkosten nicht. Bei einzelnen Banken sind die Unkosten im Verhältnis zum Umsatz sogar gesunken, und zwar bei der Reichsbank von 0,0078% im Jahre 1902 auf 0,0069% im Jahre 1912, bei einer Umsatzsteigerung von 222 Milliarden Mark. Die gegenüber den anderen Großbanken besonders niedrigen Prozentziffern der Reichsbank sind durch die enormen Giro-Uebertragungen, die im Gesamt-Umsatz enthalten sind, und die nur ganz geringe Unkosten machen, zu erklären. Bei der Reichsbank entfällt daher erst auf 14 500 M. Umsatz 1 M. an Unkosten, bei den übrigen Großbanken schon auf 4000—5000 M.

Die Ursachen der hohen Unkosten, mit denen der Bankbetrieb zu rechnen hat, liegen in zwei Richtungen. Sie sind einmal zu suchen in der Notwendigkeit eines verhältnismäßig recht großen Beamtenkörpers, und dann in der Dezentralisation des Bankbetriebes.

Digitized by Google

Die Berliner Großbanken arbeiten mit einem Beamtenkörper von mehreren tausend Personen, die Deutsche Bank z. B. 1912 mit zirka 6500 Beamten. Dieses riesige Personal belastet natürlich das Unkosten-Konto ganz erheblich, um so mehr, als die Bankbeamten durchschnittlich ein höheres Gehalt beziehen und wegen der vielfach verantwortungsvolleren und qualifizierteren Arbeit auch beziehen müssen als die Angestellten in sonstigen kaufmännischen Betrieben. Ein absolut und relativ großer Beamtenkörper ist im Bankbetriebe aber erforderlich, einmal wegen der Vielheit der häufig geringfügigen Geschäfte und wegen der Unmenge von Kleinarbeit, die neben höheren Aufgaben zu leisten ist — ein Hauptgrund für die Heranziehung nicht geschulter, minderbezahlter Kräfte, hauptsächlich von Militäranwärtern —, dann aber auch wegen der notwendigen Kontrollen. Wohl in keinem anderen kaufmännischen Betriebe sind die Kontrollmaßregeln so fein ausgeklügelt wie im Bankbetriebe. Diese Notwendigkeit ergibt sich ohne weiteres aus der peinlichen Sorgfalt, mit der gerade im Geldverkehr gearbeitet werden muß. Ein Bankdirektor hat einmal geäußert: „Könnten wir die vielen Kontrollen entbehren, so wären wir imstande, mit der Hälfte des Personals auszukommen." Wenn trotz der weitgehenden Kontrollen doch immer wieder Unterschlagungen vorkommen, so zeigt das, welche außerordentlich hohe Anforderungen an die Feinheit und Genauigkeit des Kontroll-Apparates gestellt werden müssen.

Leider geben nur wenige Großbanken die Höhe ihres Personalbestandes an; wo dies aber geschieht, ist es interessant, die Kopfzahl zu den Geschäftsunkosten in Beziehung zu bringen. Die Deutsche Bank hatte 1896 erst ein Personal von 1340 Beamten; auf jeden Beamten entfielen an Geschäftsunkosten inkl. Gratifikationen 3600 Mark.

1902	2694	Beamte,	4370	M.	Unkosten	pro	Beamten
1912	6495	„	4108	„	„	„	„

An Abschlußgratifikationen zahlte sie ihren Angestellten

1896	600000	M.	= 448	M.	durchschn.	pro	Beamten
1902	1050000	„	= 390	„	„	„	„
1907	1850000	„	= 412	„	„	„	„
1912	2850000	„	= 439	„	„	„	„

Bei der Darmstädter Bank stellten sich die Geschäftsunkosten inkl. Beamtengratifikationen im Jahre 1912 auf 3475 M. pro Beamten bei einem Beamtenkörper von 2847 Personen; beim Schaaffhausen'scher Bankverein auf 4160 M. pro Beamten bei einem Beamtenkörper von 1046 Personen.

Wie gesagt, liegt die Unkosten-Steigerung im Bankgewerbe zum anderen begründet in der zunehmenden Dezentralisation. Je mehr Filialen und Depositenkassen eröffnet werden,

Digitized by Google

desto mehr steigen auch die Unkosten. Es erklärt sich dies leicht aus der erforderlichen Vergrößerung des Personalbestandes sowie aus der Steigerung der Abschreibungen auf Immobilien und besonders auf Mobilien. Die Deutsche Bank buchte an regulären Abschreibungen

	auf Immobilien	auf Mobilien
1896	240 100 M.	50 600 M.
1902	903 000 „	343 800 „
1912	3 213 800 „	810 000 „

Ein ähnliches Bild zeigen die übrigen Großbanken, soweit sie mit vielen Zweiganstalten und Depositenkassen arbeiten.

Lediglich die Einrichtungskosten für Depositenkassen belaufen sich im Durchschnitt für kleinere Kassen auf 10 000 M.; für mittlere und größere Kassen auf das Doppelte bis Dreifache. So verausgabte die Mitteldeutsche Credit-Bank für die Einrichtung der Depositenkasse Belle-Alliance-Str. im Jahre 1902 9150 Mark, der Depositenkasse Königstr. im Jahre 1905 26 800 M. Dazu kommen die beträchtlichen Ausgaben für Miete und für Beamtengehälter usw., so daß infolge der Dezentralisation die allgemeinen, laufenden Geschäftsunkosten beträchtlich, manchmal sprungweise, anwachsen. Die Unkosten einer Depositenkasse sind häufig derartig hoch, daß sie, namentlich in neuen Stadtgegenden, nicht einmal diese Unkosten verdient, woran auch die große Konkurrenz, die sich die Depositenkassen der einzelnen Großbanken untereinander machen, schuld ist. Es gibt Kassen, die keine andere Existenzberechtigung haben, als die, als „Kampffilialen" zu dienen.

Die Unkosten des Bankbetriebes sind aber nicht nur im Großbankgewerbe so hohe, sondern ganz allgemein. Denn vergleichen wir die Unkosten unserer Berliner Großbanken mit denen der deutschen Provinz-Banken, so zeigt sich kein wesentlich verschiedenes Bild. Auch bei ausländischen Banken würden wir bei gleichartigem Betriebe dieselbe Erscheinung antreffen.

Es betrugen in Prozenten des Brutto-Gewinnes die Unkosten*)

	1895	1905	1912
sämtlicher deutscher Kreditbanken mit einem Kapital von mindest. 1 Mill. Mark	18 %	27 %	36,8 %
	1896		
bei den 9 Berliner Banken	20,5 %	28 %	39,2 %

Im einzelnen zeigen sich allerdings gewisse Abweichungen. So entfielen bei den neun Berliner Großbanken auf zirka 4000 bis 5000 M. Umsatz je 1 M. an Unkosten, dagegen z. B. bei der Danziger Privat-Bank schon auf zirka 3000 M. Umsatz, bei der Mülheimer Bank bereits auf zirka 2000 M., und beim Elberfelder Bankverein gar schon auf zirka 1600 M. Bei der Vogtländischen

*) Nach Rießer und Die Bank a. a. O.

Digitized by Google

Bank anderseits stellt sich dieses Verhältnis äußerst günstig (auf zirka 6000 M. Umsatz 1 M. an Unkosten), da sie gegenüber ihrem Aktienkapital von nur 5½ Mill. M. außerordentlich hohe Umsätze aufweist.

Je öfter das Kapital einer Bank umgeschlagen wird, desto geringer werden naturgemäß die gesamten Spesen im Verhältnis zum Umsatz. Und da es den Provinzbanken, namentlich den mittleren und kleineren, in der Regel nicht gelingt, ihr Kapital so oft umzuschlagen, wie es die Berliner Großbanken vermögen, denen die großen Geschäfte von selbst zuströmen, so muß sich naturgemäß das Verhältnis zwischen Unkosten und Gesamtumsatz bei ihnen meist ungünstiger stellen. Dagegen werden bei vergrößertem Umsatz die Gesamtspesen, obwohl sie nicht der Umsatzsteigerung entsprechend anwachsen, im Verhältnis zum erzielten Bruttogewinn regelmäßig nicht geringer, weil steigender Umsatz nicht entsprechend steigende Gewinne abwirft.

Ist es nun möglich, durch zweckmäßigere Einrichtungen des Bankbetriebes das Unkosten-Konto zu entlasten? Wohl kaum. Schon heute sind die Bankleitungen energisch bemüht, durch Herabsetzung der Unkosten den Reingewinn zu erhöhen. Es könnte wohl hier und da etwas sparsamer gewirtschaftet werden, namentlich was den Materialienverbrauch angeht, aber es würden dabei nur winzige Summen herauskommen. Die Großbanken könnten auch das Prinzip geschlossener Hauswirtschaft weiter ausdehnen, sie könnten neben der eigenen Buchbinderei auch eine eigene Kontobücherfabrik und eine eigene Druckerei einrichten; aber auch dabei wären die Ersparnisse gering, vielleicht sogar nur eingebildete. Eine ganz erhebliche Unkostenverminderung ließe sich durch eine strenge Zentralisation des Betriebes erreichen, aber diese ist unter den gegebenen Verhältnissen ausgeschlossen. Eine Verminderung des Personalbestandes kann bei dem stetig sich vergrößernden Geschäftsumfang unserer Großbanken auch nicht in Betracht kommen. Die Entwicklung lehrt vielmehr das Gegenteil. Wohl könnte man an eine weitergehende Heranziehung niedrigerer und billigerer Arbeitskräfte für die mit wachsendem Geschäftsumfang sich mehrenden rein mechanischen Arbeiten denken; aber eine solche Ersetzung qualifizierter durch ungeschulte Kräfte erfolgt schon jetzt in mehr als hinreichendem Maße. Gibt es doch Großbanken, die Damen nicht nur für Telephon und Schreibmaschine anstellen, sondern auch für die Erledigung rein bankgeschäftlicher Arbeiten, z. B. in der Buchhaltung, im Effekten-Bureau usw.

Somit wird es sehr schwer sein, Mittel und Wege zur Unkostenverminderung zu entdecken. Man wird sich vielmehr mit dem hohen Unkosten-Etat abfinden müssen. Wie sehr aber diese

Digitized by Google

Frage den Bankleitungen am Herzen liegt, ersieht man daraus, daß eine Großbank hierfür eine besondere Abteilung „Unkosten-Kontrolle", eingerichtet hat, und daß eine andere gegenwärtig damit beschäftigt ist, zuverlässige, in die einzelnen Details gehende Statistiken über die Unkosten in ihrem Betriebe aufzustellen.

Franz Burghard.

Der Januar 1914.

Der erste Monat des neuen Jahres hat in **Deutschland** eine innerpolitische Krisis zur Reife gebracht, die sich schon lange vorbereitete, und von der auch die im vorigen Hefte erwähnten Reichstagsdebatten über Zabern ein Symptom waren. Die elsaß-lothringische Regierung hat ihre Entlassung eingereicht, und an ihre Stelle sind zum größten Teil preußische Beamte getreten. Der Statthalter wird seinen Posten erst in einigen Monaten verlassen, da er von Berlin aus ersucht worden ist, nicht gleichzeitig mit dem Ministerium aus dem Amte zu scheiden. Neben dieser, in ihrer Bedeutung wohl vielfach überschätzten elsaß-lothringischen Krisis hat sich auch die latente Reichskanzlerkrisis schärfer ausgeprägt, ohne jedoch bisher akut geworden zu sein. Einige Ungeschicklichkeiten, für welche die Regierung allerdings kaum verantwortlich ist, haben die Mißstimmung, die in den süddeutschen Staaten gegen das preußische Regime vielfach besteht, noch vertieft. Außerdem wird die Entwicklung, welche die Frage der deutschen Militärmission in der Türkei genommen hat, als eine Schlappe der deutschen äußeren Politik gedeutet — ob mit Recht, läßt sich zurzeit noch nicht erkennen.

Großbritannien hat, im Gegensatze zu allen früher abgegebenen Erklärungen, das Tempo seiner Seerüstungen für das neue Etatsjahr nicht verlangsamt, sondern ganz wesentlich beschleunigt. Das dahingehende Verlangen des Marineministers Churchill soll sogar zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen ihm und seinem Kollegen Lloyd George geführt haben; ein offenes Zerwürfnis zwischen den beiden Richtungen in der Regierung konnte bisher noch vermieden werden. — Aus den übrigen Staaten Europas sind politische Ereignisse von Bedeutung kaum zu vermelden. Von den verschiedenen Vorgängen (Auflösung der Kammern in Spanien, einigen Kabinettskrisen in den Balkanstaaten usw.) kann eigentlich nur die Ersetzung des bisherigen türkischen Kriegsministers durch den bekannten Jungtürkenführer Enver Bey größere Beachtung beanspruchen.

Außerhalb Europas beansprucht die Hauptaufmerksamkeit noch immer die Entwicklung der Verhältnisse in **Mexiko,** wo

Digitized by Google

Huerta sich trotz aller Schwierigkeiten, die ihm namentlich von der Union bereitet werden, noch immer am Ruder hält. In den ersten Tagen des Januar kündigte er die Suspension der Zinszahlung auf alle staatlichen Verpflichtungen, zunächst für sechs Monate, an, ließ sich jedoch nachher durch die Vorstellungen der beteiligten Bankhäuser bewegen, die Absendung der Januarrimesse auf die Coupons nicht zu hindern. Es scheint, daß es sich bei diesem Vorgehen nur um ein taktisches Manöver handelt, dessen Spitze sich gegen die Union richtet; ein mexikanischer Staatsbankerott würde der erste derartige Fall seit zwei Jahrzehnten sein. — In der **Union** selbst nimmt der Kampf gegen die Trusts offiziell seinen Fortgang. Die Chefs des Hauses Morgan sind, da Präsident Wilson gegen die Zusammenballung von Aufsichtsratsstellen vorgehen will, aus dem Direktorium einer Anzahl ihnen nahestehender Unternehmungen ausgeschieden, was natürlich durchaus nicht gleichbedeutend mit dem Aufgeben ihres Einflusses auf sie ist. — In **China** entwickelt sich der Präsident Yuanschikai immer mehr zum Diktator. Er hat jetzt das Parlament nach Hause geschickt und beabsichtigt, dem Lande ein vollkommen geändertes Wahlrecht zu oktroyieren. — In **Japan** haben große Erdbeben weite Strecken des Südens verwüstet, jedoch glücklicherweise weit weniger Menschenopfer gefordert, als zunächst befürchtet worden war. — In **Britisch-Süd-Afrika** hat der — mißglückte — Versuch eines Generalstreiks die Unionsregierung zur Deportation der Führer nach England veranlaßt, ein Vorgehen, das großes Aufsehen auch außerhalb Großbritanniens gemacht hat.

Unter den Vorgängen auf **staatsfinanziellem** Gebiete ist außer dem erwähnten zweideutigen Verhalten Mexikos die Emission einer neuen preußischen Anleihe der weitaus bedeutsamste. Zunächst deshalb, weil es die erste Rente eines Großstaates ist, die binnen verhältnismäßig kurzer Zeit (16 Jahren) zu pari rückzahlbar ist, also einen vollständig neuen Typ darstellt, der zwischen dem Schatzwechsel auf der einen, und der langfristig rückkaufbaren Anleihe und der ewigen Rente auf der anderen Seite steht. Bedeutsam ist die Emission aber auch wegen des fast beispiellosen Erfolges, den sie hatte; sie wurde mehr als 70 mal überzeichnet, und allein an Sperrzeichnungen entfielen 19 Milliarden M. auf die zu 97 % aufgelegten 350 (von total 400) Millionen M. 4% Schatzanweisungen. Wenige Tage später wurden 45 Mill. M. 4% deutsche Schutzgebietsanleihe begeben, die zu 96½% emittiert werden sollen. — Eine Anzahl deutscher Einzelstaaten haben mit der Deckung ihres Anleihebedarfs weniger Glück gehabt. Das Bayernkonsortium hat

Digitized by Google

den nicht übernommenen Rest der im vorigen Hefte erwähnten Anleihe zwar beziehen und inzwischen sogar ausverkaufen können, dagegen sahen sich Bremen und Hamburg genötigt, von der Begebung von Anleihen vorläufig abzusehen und ihren dringendsten Bedarf durch Schatzwechsel zu decken. Auch Württemberg hat sich die zunächst notwendigen Beträge durch Aufnahme eines Anlehens bei einer Versicherungsanstalt beschafft. Vor Emission der preußischen Anleihe warnte übrigens der Handelsminister wieder einmal öffentlich vor der Uebernahme unerwünschter Fremdanleihen, ohne aber damit die Emission solcher Werte in Deutschland völlig verhindern zu können. Denn schon wenige Tage später forderte eine Hamburger Firma zur Zeichnung auf 4,2 Mill. £ 5% Sao Paulo-Schatzwechsel auf. — Die Milliardenemission **Frankreichs,** die zunächst vertagt worden war, ist von Caillaux jetzt endgültig aufgegeben worden; er beabsichtigt statt dessen, im Laufe der nächsten Jahre mehrere kleinere amortisable Anleihen auszugeben, für die der Markt durch eine weitere Abwehrpolitik gegen die fremden Renten vorbereitet werden soll. — Eine von diesen Fremdanleihen, eine russische unifizierte 4½% Eisenbahnanleihe von 665 Mill. Francs, wird übrigens bereits in der ersten Hälfte des Februar in Paris aufgelegt. — Italien hat weitere 290 Mill. Lire 4% fünfjährige Schatzscheine zu pari untergebracht. Im Januar sind die meisten Moratorien in den Balkanstaaten abgelaufen, und es wird sich in den nächsten Monaten zeigen müssen, ob und in welchem Umfange Insolvenzen durch sie verschleiert worden sind.

In der allgemeinen Lage der **Weltwirtschaft** hat der Januar keine durchgreifende Veränderung gebracht, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die unerwartet rasch fortgeschrittene Entspannung des Geldmarktes und die mit ihr zusammenhängende Belebung der Weltbörsen die bereits um die Jahreswende konstatierten Hoffnungen auf eine baldige Ueberwindung der Depression haben weiter wachsen lassen. Die leise Preisbesserung an den Märkten der Metalle und Metallfabrikate hat auch im Januar angehalten. Andererseits hat in Deutschland, was wieder nicht für eine Besserung der Lage spricht, das Kohlensyndikat am letzten Tage des Januar eine abermalige Erhöhung der Einschränkung für Kohlen vornehmen müssen.

Die **Außenhandelsziffern** der meisten Länder weisen für das Jahr 1913 Rekorde auf. Die drei wichtigsten Welthandelsländer verzeichnen zum ersten Male Ausfuhrziffern von je mehr als 10 Milliarden M. Bei **Deutschland** ist besonders bemerkenswert der außerordentlich starke Rückgang, den die

Digitized by Google

Passivität der Handelsbilanz erfahren hat, und der diese Passivität — die in drei Einzelmonaten des Jahres sogar völlig verschwand — auf ein seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr erreichtes Niveau hat sinken lassen. Es betrugen:

	Einfuhr (in 1000 M.)		Ausfuhr (in 1000 M.)	
	1912	1913	1912	1913
Warenverkehr (ohne Edelmetall) . . .	10 691 386	10 695 402	8 956 800	10 080 606
Edelmetallverkehr . .	325 714	431 391	142 729	101 372
zusammen	11 017 100	11 126 793	9 099 529	10 181 978
gegen 1912 mehr . .		+ 109 693		+ 1 082 449

Die Einfuhr ist somit im reinen Warenverkehr dem Werte nach fast völlig die gleiche wie im vorigen Jahr. Bei den Ausfuhrziffern ist besonders beachtenswert die Steigerung der Ausfuhr von Bodenprodukten (Zucker und Getreide), von Eisenwaren, Kupferfabrikaten, Chemikalien, Textilwaren, Maschinen und elektrischen Erzeugnissen. Im einzelnen betrugen:

	Einfuhr (in 1000 M.)		Ausfuhr (in 1000 M.)	
	1912	1913	1912	1913
Land- u. forstwirtschaftl. Erzeugn.	7 100 262	7 036 738	1 475 087	1 728 157
Mineralische und fossile Rohstoffe	1 045 469	1 087 250	762 983	869 805
Wachs,Fettsäur.,Kerzenst.,Seif.etc.	28 292	26 714	47 205	52 283
Chemikalien, Farben	416 646	430 385	824 640	956 414
Spinnstoffe, Haare, Federn . . .	839 755	804 511	1 464 779	1 560 550
Leder, Leder- u. Kürschnerwaren	166 728	163 657	512 272	553 219
Kautschukwaren	27 397	26 403	120 511	128 284
Geflechte und Flechtwaren . . .	10 990	8 584	7 892	8 344
Besen, Bürsten, Pinsel	2 291	2 615	11 790	12 395
Schnitzstoff, Holz- und Korkwaren	74 127	76 019	140 570	164 471
Papier, Pappe und Waren daraus	30 422	31 346	232 210	262 683
Bücher, Bilder	45 898	45 937	96 123	104 807
Steinwaren	34 642	32 465	30 615	34 151
Tonwaren	7 581	6 694	101 984	112 787
Glas und Glaswaren	19 752	17 820	119 515	146 024
Edle Metalle und Waren daraus .	355 893	461 090	209 581	175 059
Unedle „ „ „ „	651 626	689 412	1 664 911	1 905 596
Maschinen, elektrotechn. Erzeugn.	120 065	140 339	1 025 937	1 143 834
Waffen, Uhren, Musikinstrumente	36 975	36 684	213 118	233 129
Andere Waren	2 289	2 130	37 806	29 986

Für den Januar liegen erst die Gewichtsziffern einiger wichtigeren Waren (in dz) vor:

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Jan. 1913	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Jan. 1913
Baumwolle . . .	619 194	675 243	638 334	49 823	35 781	40 829
Jute und Jutewerg .	135 038	153 752	221 279	1 424	2 847	1 757
Merinowolle im Schweiß	170 740	158 548	158 205	1 146	2 163	858
Kreuzzuchtwolle im „	67 848	45 174	89 233	809	471	1 069
Eisenerze . . .	7 276 670	10 722 010	10 360 651	1 621 025	2 083 001	2 199 868
Steinkohlen . . .	7 159 554	7 902 453	6 633 192	28 179 577	30 224 950	23 862 488
Braunkohlen . . .	4 774 329	5 285 204	5 037 039	79 599	52 675	72 376
Roheisen	101 881	131 254	119 601	494 361	519 427	788 313
Rohl.,Rohsch.,Rohbl.usw.	6 753	12 553	7 418	556 472	639 693	568 884
Träger, eiserne . .	121	593	871	251 092	253 999	359 275
Eisenb.-, Straßenbsch.	93	268	224	325 773	431 080	264 682
Kupfer	143 285	174 915	153 018	4 893	4 005	5 866

Digitized by Google

Von anderen Ländern sei zunächst **Oesterreich-Ungarn** genannt, dessen Außenhandelsziffern die Einwirkung der Balkanwirren jetzt sehr deutlich erkennen lassen. Die Einfuhr ist um etwa 170 Mill. Kr. zurückgegangen, die Ausfuhr nur um etwa 57 Mill. Kr. gewachsen; daß überhaupt eine Zunahme des Exports stattgefunden hat, dürfte nicht zum wenigsten auf die Riesenanstrengungen der österreichischen Textilindustrie zurückzuführen sein, durch Ausfuhr um jeden Preis ihre Betriebe wenigenstens einigermaßen zu beschäftigen. Es betrugen (in Mill. Kr.):

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Ueberschuß
1911	3160,5	2383,1	777,4
1912	3487,3	2661,8	825,5
1913	3500,1	2983,5	516,6

Der Außenhandel **Großbritanniens** zeigt ein recht günstiges Bild. Fast durchweg sind bedeutende Steigerungen gegenüber 1912 zu verzeichnen, nur die Durchfuhrziffern weisen einen leichten Rückgang auf. Es betrugen (in Mill. £):

	1911	1912	1913
Ausfuhr	**454,28**	**487,43**	**525,46**
davon			
Kohle, Koks etc.	38,45	42,58	53,66
Eisen- und Stahlwaren	62,18	69,05	54,33
Maschinen	30,98	33,16	37,03
Textilwaren	172,91	176,82	181,88
Einfuhr	**680,56**	**744,90**	**769,03**
davon			
Lebensmittel	259,04	274,36	282,39
Baumwolle	71,16	80,24	70,57
Textilwaren	42,20	44,85	46,98
Durchfuhr	102,72	111,84	109,66

Auch **Frankreichs Außenhandel** hat sich beträchtlich weiter entwickelt; daß die Ausfuhr nicht im gleichen Maße gestiegen ist wie 1912, hängt wohl damit zusammen, daß sie sich 1911 ungewöhnlich ungünstig entwickelt hatte und niedriger war als 1910. Es betrugen (in Mill. Fr.):

	1911	1912	1913
Einfuhr	**8065,83**	**8230,85**	**8508,88**
davon			
Lebensmittel	2020,06	1803,44	1916,54
Rohstoffe	4525,30	4813,20	4941,57
Fabrikate	1520,47	1614,21	1650,27
Ausfuhr	**6076,86**	**6712,58**	**6875,39**
davon			
Lebensmittel	736,87	849,77	833,16
Rohstoffe	1830,10	1944,87	1882,73
Fabrikate	3022,18	3417,77	3593,63
Poststücke	487,71	500,17	565,87

Digitized by Google

Der Außenhandel der **Vereinigten Staaten von Amerika** zeigt nach den provisorischen Ziffern ebenfalls ein wesentliches Wachstum, namentlich in der Ausfuhr. Die Einfuhrziffern haben naturgemäß unter der Erwartung einer grundlegenden Aenderung des Zolltarifs zunächst gelitten. Es betrugen (in Mill. $):

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrsaldo
1911	1532,9	2092,4	+559,5
1912	1818,0	2396,0	+578,0
1913	1788,0	2483,1	+695,1

Italiens Ausfuhr ist im Jahre 1913 um 107 Mill. Fr. auf 2503,9 Mill. Fr. gewachsen, die Einfuhr um zirka 64 Mill. Franken auf 3638,3 Mill. Fr. gesunken. — Belgiens Handelsbilanz hat sich verschlechtert, da die Ausfuhr um rund 5 % zurückgegangen, die Einfuhr um knapp 3 % gewachsen ist.

Am **Weltarbeitsmarkte** hat das Jahr 1914 mit neuen Unruhen begonnen. Neben dem bereits erwähnten Generalstreik in Südafrika sind hier vor allem die englischen Streikbewegungen, wie der Ausstand der Kohlenarbeiter in London und der drohende Transportarbeiterstreik, zu nennen. — Auch die Vorgänge innerhalb der deutschen christlichen Gewerkschaften heischen Beachtung, weil sie auf den Weiterbestand dieser Arbeitnehmer-Vereinigungen vielleicht großen Einfluß haben werden. — Ziffernmäßige Berichte über den deutschen Arbeitsmarkt liegen erst bis Ende Dezember vor. Nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes ist in diesem Monat die Arbeitslosigkeit stark gestiegen. Die Krankenkassenziffern geben infolge der organisatorischen Aenderungen zurzeit kaum ein brauchbares Bild, die leise Besserung der Arbeitsnachweisziffern hängt mit den Weihnachtsarbeiten zusammen. Im einzelnen betrug das Angebot auf 100 offene Stellen:

Im Monat	Bei männl. Personen				Bei weibl. Personen			
	1910	1911	1912	1913	1910	1911	1912	1913
Januar	254	196	192	191	98	90	100	98
Februar	229	210	178	190	90	81	88	91
März	182	157	145	168	84	76	84	87
April	166	143	150	160	86	79	92	96
Mai	183	144	158	166	91	82	97	100
Juni	165	146	146	168	88	85	101	101
Juli	162	141	140	174	93	89	97	103
August	154	142	146	178	87	90	92	101
September	145	133	141	160	87	92	92	99
Oktober	163	152	148	178	104	114	106	122
November	194	182	173	219	119	133	122	143
Dezember	218	183	175	218	100	112	106	123

Auch die englischen Statistiken zeigen im Dezember eine Verschlechterung am Arbeitsmarkte, die sich in den Ziffern der Gewerkschaften, der Versicherung und der Privatberichte in gleicher Weise bemerkbar macht.

Digitized by Google

Die **Einnahmen der deutschen Eisenbahnen** zeigen im Dezember (Januarziffern fehlen noch) die Wendung zum ungünstigeren, die bereits der November erkennen ließ, noch etwas deutlicher. Vor allem gilt dies von den Erträgen aus dem Güterverkehr. Trotzdem stellt das Jahr 1913 für die Einnahmen der deutschen Bahnen einen Rekord dar. Zum erstenmal ist (einschließlich der beiden bayerischen Netze) die Einnahme aus dem Personenverkehr über eine Milliarde Mark hinausgegangen. Im einzelnen erbrachten (ausschließlich der beiden bayerischen Netze):

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1912		1913		1912		1913		1912	1913	1912	1913
	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	Mill. M.		Mill. M.	
Jan.	149 4	2827	164,5	3077	54,5	1055	57,5	1106	15,5	18,7	219,4	240,9
Febr.	157,3	2974	164,1	3068	50,9	986	52,4	1005	13,5	15,5	221,7	231,9
März	168,8	3192	171,3	3202	63,4	1227	76,0	1458	22,0	27,6	254,2	274,9
April	154,6	2920	173,0	3232	74,2	1437	66,1	1268	13.2	13,9	242,0	253,0
Mai	161,0	3040	165,5	3087	82,7	1602	90,0	1722	15,3	15,9	259,0	271.4
Juni	154,6	2918	161,5	3010	80,2	1552	82,1	1570	14,7	13,7	249,5	257,3
Juli	164,2	3091	173,5	3232	94,7	1826	99,1	1893	14,5	15,2	273,4	287.8
Aug.	173,8	3268	175,7	3272	90,5	1744	97,9	1870	14,7	15,0	279,0	288,6
Sept.	174,7	3285	180,5	3359	79,7	1536	85,3	1629	16,1	16,4	270,6	282,2
Okt	188,7	3539	196,0	3642	71,9	1382	76,0	1449	16,9	16,1	277,5	288,1
Nov.	178,9	3348	176,9	3281	57,4	1103	62,6	1193	16,2	18,0	252,5	257.5
Dez.	164.9	3085	162,6	3015	68,1	1306	68,6	1307	16.5	17,2	249.5	248,5
	1990,9		**2065,1**		**868,2**		**913,6**		**189,1**	**203,2**	**3048,3**	**3182,1**

In der **Seeschiffahrt** hat der Januar nunmehr die offizielle Eröffnung des Krieges zwischen den großen Reedereien gebracht. Auf der Pariser Konferenz, von der man wenigstens eine vorläufige Verlängerung der Vereinbarungen erhoffte, hat sich die Hapag nicht einmal vertreten lassen. Sie hat vielmehr ihre Preise nach allen in Betracht kommenden Richtungen energisch weiter ermäßigt, ein Vorgehen, dem die anderen Reedereien natürlich folgen mußten. Sie hat ferner eine eigene Niederlassung in Kanada errichtet und sich auch sonst von den bisherigen Vereinbarungen mit den anderen großen Reedereien emanzipiert. Diese letzteren haben beschlossen, das Frachtabkommen ohne die Hapag fortzusetzen, und auch das bisherige statistische Bureau nicht eingehen zu lassen. Dieses soll wohl die Daten sammeln, welche die Grundlagen für den späteren neuen Zusammenschluß zu bilden bestimmt sind, der sich Anfang Februar bereits vorzubereiten scheint. — Die Frachten für die wichtigeren Relationen haben sich auch im Januar nicht gebessert; einzelne von ihnen sind sogar noch weiter zurückgegangen. — Die Auswanderung über deutsche Häfen weist im Vergleich zu den Vorjahren folgende Ziffern auf:

Digitized by Google

	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	7 856	4 657	4 233	7 156	6 800
„ Bremen . . .	12 145	6 237	6 104	7 127	8 278*)
zusammen .	20 001	10 894	10 337	14 283	15 078
dagegen	1909	1910	1911	1912	1913
im Dezember . . .	23 257	15 447	14 803	37 098	21 249
„ November . . .	24 042	22 007	21 946	30 401	33 264

Die Entwicklung der **Konkursziffern** im Januar zeigt, wie stets in diesem Monat, eine steigende Richtung. Immerhin ist die Zunahme diesmal weit geringer als im Januar 1913. Die Ziffern lauten:

im Nov.	1911	707 Konkurse	1912	840 Konkurse	1913	724 Konkurse
„ Dez.	1911	713 „	1912	763 „	1913	735 „
„ Jan.	1912	826 „	1913	971 „	1914	854 „

An dieser Stelle sei noch die Häufung von Bankbrüchen im schweizerischen Kanton Tessin, sowie die große französische Bankinsolvenz (Société auxiliaire) erwähnt. — Die amerikanischen Konkursziffern für 1913, die jetzt vorliegen, präsentieren sich infolge der Häufung großer Zusammenbrüche wenig günstig. Duns Review gibt folgende Ziffern an:

	1911		1912		1913	
	Zahl	Verbindlichkeiten	Zahl	Verbindlichkeiten	Zahl	Verbindlichkeiten
I. Sem.	7 061	103 698 334 $	8 317	118 012 223 $	8 163	132 909 061 $
II. „	6 380	87 363 331 „	7 135	95 005 168 „	7 874	139 763 227 „
	13 441	191 061 665 $	15 452	213 017 491 $	16 037	272 672 288 $

Von größeren **Fusionen** in Deutschland ist dieses Mal nur der bevorstehende Uebergang der Spandauerberg- und Unionsbrauerei an die Schultheißbrauerei zu erwähnen.

In der Lage des **deutschen Eisenmarktes** ist auch im Januar eine durchgreifende Aenderung nicht eingetreten. Die kleinen Preisbesserungen, welche bereits die letzten beiden Monate gebracht, konnten sich hier und da etwas vertiefen, jedoch trug auf der anderen Seite das Scheitern der Röhrenkonvention ein neues Moment der Unsicherheit in den Markt. Darüber, inwieweit sich das Geschäft wirklich belebt hat, gehen die Meinungen weit auseinander. Lebhaftere Kauftätigkeit scheint sich bisher jedenfalls nur vereinzelt entwickelt zu haben, insoweit der Großhandel, der seine Läger im vorigen Sommer beträchtlich reduziert hat, als Käufer aufgetreten ist. Meinungskäufe des Konsums waren bisher nicht zu beobachten.

Die Rohstoffmärkte stehen noch immer im Zeichen der Abschwächung. Das gilt von den deutschen **Erzgruben,** die wieder mit starken Einschränkungen arbeiten, wie auch vom **Roheisenmarkte.** Der Essener Verband hat zwar gegen Ende des Monats die Aufhebung der in den vorigen Heften erwähnten Preisermäßigungen in den bestrittenen Gebieten für Anfang

*) Die vom Bremer Statistischen Amt veröffentlichte Ziffer von 9664 Personen enthält die Kajüttpassagiere.

Digitized by Google

Februar angekündigt, doch hat der Versand, der im Dezember unter 78 % der Beteiligung gesunken war, per Januar schätzungsweise nur etwa 75 % erreicht. Die Bestände bei den Hütten waren Ende Dezember auf 613 000 t gestiegen, während sie ein Jahr vorher nur 247 000 t betragen hatten. Der Monatsbericht des Roheisen-Verbandes erklärt, daß auf dem Inlandsmarkte die Zurückhaltung der Verbraucher weiter anhalte, der Auslandsmarkt dagegen etwas fester liege. — Die deutsche Roheisenerzeugung weist im Januar und in den Vorjahren folgende Ziffern auf (in 1000 t):

	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
November . .	1 119,1	1 272,3	1 313,9	1 537,9	1 587,3
Dezember . .	1 164,6	1 307,0	1 377,6	1 566,0	1 609 7
Januar . . .	1 177,6	1 320,7	1 372.7	1 609,7	1 566,5

Der **Stahlwerksverband** unterhandelt zurzeit mit den preußischen Staatsbahnen wegen eines neuen Schienenabschlusses, doch gehen die Verhandlungen nur langsam vorwärts, weil die Eisenbahnverwaltung die Forderungen des Verbandes nicht voll bewilligen will. Der Monatssitzung des Verbandes lagen mehrere recht bedeutsame Anträge vor, die jedoch sämtlich der Ablehnung verfielen. Der wichtigste von ihnen, er stammte von de Wendel, schlug eine Ermäßigung der Formeisenpreise vor. Die Mehrheit des Verbandes versprach sich aber, wie berichtet wird, weder von einer Ermäßigung für das zweite Quartal, noch von der Gewährung eines Winterrabatts eine besondere Belebung des Geschäfts, sondern gab den Verkauf zu unveränderten Preisen frei. Der zweite Antrag ging von der Oberschlesischen Stahlwerksgesellschaft aus und schlug unter Hinweis darauf, daß beim Scheitern der Röhrensyndikats-Verhandlungen die noch schwebenden Projekte betr. Neuerrichtung von Röhrenwerken den schlimmsten Stein des Anstoßes gebildet hatten, einen Produktionsschutz der hauptsächlichsten B-Produkte für die Dauer des Stahlwerksverbandes vor. Der Bericht des Verbandes über den Dezember lautet ziemlich farblos. Die Versandziffern liegen ebenfalls erst bis Ende Dezember vor. Der Gesamtjahresversand bleibt nur um 1,6 % hinter dem des Vorjahres zurück, was dem um 22,8 % gestiegenen Eisenbahnmaterial-Versande zu danken ist; in Halbzeug wurden 12,2 %, in Formeisen 18,5 % weniger versandt. Im einzelnen wurden expediert (in 1000 t):

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913	1911	1912	1913
Oktober	155,7	164,4	157,5	157,5	198,6	239,4	158,9	177,6	127,9
November	161,4	148,2	147,2	182,4	200,4	211,3	144,9	144,1	103,7
Dezember	175.1	173,9	130.5	170.5	220,0	232,5	122,6	138.6	94,4
IV. Quartal	492,2	486,5	435,2	510,4	619,0	683,2	426,4	460,3	326,0
III. „	426,9	470,4	377,6	489,7	548.6	750,9	523.0	586,1	422,0
I. Semest.	826.0	958.5	866,7	1084,7	11 7.0	1445.6	1033,6	1135,5	1030,1
Im Jahr	**1745,1**	**1915,4**	**1679,5**	**2084,8**	**2344,6**	**2879,7**	**1983,0**	**2181,9**	**1778,1**

Digitized by Google

Der Stabeisenmarkt ist dasjenige Marktgebiet, auf dem sich die Zwiespaltigkeit der Lage wohl am deutlichsten ausprägt. In der ersten Hälfte des Monats wurde von vereinzelten weiteren Preiserhöhungen berichtet; hier und da gegen Ende des Monats verlautete dagegen, die Preiserhöhungen könnten nicht mehr voll aufrechterhalten werden. — Auch am Grobblechmarkte hat gegen Ende des Monats die Tendenz sich wieder etwas abgeschwächt. — Das mehrfach „endgültig zustande gekommene" Röhrensyndikat ist, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, im letzten Moment aufgeflogen; nachträglich streiten sich jetzt die beiden Hauptbeteiligten, Mannesmann und Thyssen, darüber, wen die Schuld daran trifft. Die Unterbietungen am Röhrenmarkte haben bereits wieder begonnen. — Die Nietenvereinigung hat wesentliche Preisreduktionen vornehmen müssen, um Außenseitern zu begegnen. — Das Schiffbaustahlkontor erklärt, die Beschäftigung seiner Mitglieder sei befriedigend. Die Notierungen der Düsseldorfer Börse lauten für eine Reihe wichtigerer Waren (in M. per t):

	19. 12. 1913	2. 1. 1914	16. 1. 1914	6. 2. 1914
Lux. Gießereieisen III	63—65	60—62	60—62	60—62
Dtsch. Gießereieisen I	77,50	75,50	75,50	75,50
„ „ „ III	74,50	70,50	70,50	70,50
Engl. „ „ III	—	—	—	—
Gew. Fluß-Stabeisen	97—100	97—100	98—100	99—100
Grobbleche (Flußeis.)	102—105	102—105	103—105	103—105
Feinbleche	117,5—122,5	117,5—122,5	120—122,5	120—122,5
Flußeisenwalzdraht .	117,50	117,50	117,50	117,50

Der **deutsche Außenhandel in Eisen und Eisenwaren** zeigt im Dezember (einzelne Januarziffern siehe an anderer Stelle) ein erneutes scharfes Aufschnellen der Ausfuhrziffer. Das Gesamtjahresergebnis übertrifft im Werte das Vorjahr um über 150 Millionen Mark. Das bedeutsamste Ausfuhrplus gegenüber dem Vorjahre zeigen Stabeisen, Grobbleche, Röhren und Draht; dagegen sind Schienen und Schwellen, Träger und Roheisen in wesentlich geringeren Mengen über die Grenze gegangen. Bei einzelnen wichtigeren Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Oktober	11527,3	10791,2	940,3	1162,7	189,1	35,6	171,2	49,7
November	11179,5	12857,4	1004,5	778,2	103,2	56,9	57,3	63,6
Dezember	17055,7	13125,4	1213 5	1255,3	104,4	26,8	50,2	59.3
4. Quartal	39762,5	36774,0	3158,3	3196,2	396,7	119,3	278,7	172,6
1.1.—30.9.	95959,9	90140,8	8551,6	7795,9	1254,0	323,6	1585,4	542.3
im Jahr	**135722,4**	**126914,8** (124235,9)*)	**11709,9**	**10992,1**	**1650,7**	**442,9**	**1864,1**	**714,9**

Digitized by Google

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Oktober	89174,9	51237,1	65262,5	77057,4	40146,0	44582,1	47577,7	29871,9
Novemb.	80483,0	54817,8	57127,8	66455,8	42569,1	38604,2	38991,8	28992,2
Dezemb.	85948,5	51942,7	81436,1	63969,3	47953,0	43823,5	47662,7	25399,9
4. Quart.	255606,4	157997,6	203826,4	207482,5	130668,1	127009,8	134232,2	84264,0
1.1.-30.9.	760350,1	624913,2	491413,4	493296,6	381876.4	373825,2	362684,5	362595,0
im Jahr	**1015956** (1016 260,6*)	**5 782910,8**	**695239,8**	**700779,1**	**512544.5**	**500835,0**	**496916,7**	**446859,0**

Am englischen Eisenmarkte hat, soweit es sich um Halb- und Fertigfabrikate handelt, der Januar wesentliche Veränderungen nicht gebracht. Die Aufbesserung der Warrantkurse hat sich bei mäßiger Beteiligung der Spekulation etwas weiter fortgesetzt, und die Warrantläger, die heute weniger als je mit den tatsächlichen Roheisenlägern identisch sind, haben weiter abgenommen. No 3 M'bro Warrants notierten per Kassa in Glasgow (per ton):

5. Jan.	12. Jan.	19. Jan.	23. Jan.	30. Jan.
50 sh	50 sh 6½ d	50 sh 7 d	50 sh 10 d	50 sh 9½ d

Am belgischen Eisenmarkte war die Lage im Januar wenig einheitlich. Die Berichte über festere Tendenz und über Preisrückgänge wechselten miteinander ab.

Vom französischen Eisenmarkte wird über kleine Preisrückgänge und Produktionseinschränkungen berichtet. Da das Scheitern des deutschen Röhrensyndikats die parallel laufenden Verhandlungen in Frankreich sich ebenfalls zerschlagen ließ, haben 5 nordfranzösische Röhrenwalzwerke sich zu einer losen Preiskonventionen zusammengefunden.

Die Berichte vom amerikanischen Markte lauten eine Kleinigkeit freundlicher. Vorläufig sind zwar die Preise noch nicht wesentlich besser geworden, aber der Spezifikationseingang hat sich gehoben, und die Hoffnungen auf die Zukunft sind etwas größer geworden. — Das Quartalsergebnis des Stahltrust ist allerdings noch miserabel; eine so niedrige Gewinnziffer, wie der Dezember sie brachte, ist bei dem Unternehmen noch nie dagewesen. Nach Zahlung der Dividenden und Lasten verblieb trotz weiter verringerter Abschreibungen für das letzte Jahresquartal zum ersten Male seit längerer Zeit wieder ein Defizit. Es betrugen:

Betriebsgewinn (in 1000 Doll.):	1908	1909	1910	1911	1912	1913
1. Quartal . .	18 229	22 921	37 617	23 519	17 827	34 426
2. „ . . .	20 265	29 340	40 170	28 108	25 101	41 218
3. „ . . .	27 106	38 247	37 365	29 523	30 064	38 450
4. „ . . .	26 225	40 970	25 991	23 105	35 186	23 036
zus.:	91 825	131 478	141 143	104 255	108 178	137 130
Auftragsbestand am Ende des Quartals (in 1000 tons):						
1. Quartal . .	3 765	3 542	5 403	3 447	5 304	7 468
2. „ . . .	3 314	4 058	4 257	3 361	5 807	5 807
3. „ . . .	3 422	4 797	3 158	3 611	6 551	5 004
4. „ . . .	3 603	5 927	2 675	5 084	7 932	4 282

*) Nachträglich berichtigte Ziffern des Kaiserl. Stat. Amtes.

Digitized by Google

Am **deutschen Kohlenmarkt** hat die kältere Witterung, die im Januar zeitweilig herrschte, den Absatz an Hausbrandkohlen etwas belebt, wogegen der Absatz an Industriekohlen jetzt neben allem anderen auch darunter zu leiden hat, daß am 1. April die ermäßigten Preise in Kraft treten. Im allgemeinen hat die Abschwächung, zumal die Ruhrschiffahrt geschlossen ist, eher weiter um sich gegriffen, was ja auch daraus hervorgeht, daß das Kohlensyndikat in seiner Monatsversammlung die Einschränkung für Kohlen um 5% heraufsetzte. In Oberschlesien schweben Erwägungen, ob man nicht ebenfalls Preiserleichterungen gewähren soll. — Die Verhandlungen über die Erneuerung des **Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats** haben im Januar dadurch einen großen Schritt vorwärts gemacht, daß der preußische Handelsminister sich offiziell bereit erklärt hat, wieder beizutreten. Der Entwurf des neuen Syndikatsvertrages bringt als wichtigste Aenderung, daß ein Teil der Unkosten in Zukunft durch eine alle Mitglieder treffende Tonnenumlage aufgebracht werden soll. Die Verlängerung ist übrigens nicht, wie bisher verlautete, auf 10 Jahre, sondern nur 6 Jahre (bis 1921) vorgesehen. — Der Bericht über den Dezember erklärt, daß der Absatz sich etwa im Rahmen des Vormonats gehalten habe. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug (in 1000 t):

	1911		1912		1913	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Januar	6 006,6	239,1	6 276,8	247,4	7 379,7	293,7
Februar	5 581,2	241,4	6 538,9	261,6	6 920,9	288,4
März	5 888,1	225,4	5 008,1	192,6	6 869,6	286,2
April	5 460,8	237,4	6 196,5	258,2	7 269,3	279,6
Mai	5 985,1	230,2	6 478,8	259,2	6 754,5	278,5
Juni	5 489,3	234,8	6 183,3	264,5	7 031,4	281,3
Juli	5 919,8	227,7	6 814,8	252,4	7 314,0	270,9
August	5 849,4	216,6	7 032,3	260,5	7 027,4	270,3
September	5 776,9	222,2	6 543,8	261,8	6 886,6	264,9
Oktober	5 780,4	222,3	6 530,1	241,9	6 658,5	246,6
November	6 156,6	255,2	5 890,5	244,2	6 036,5	261,0
Dezember	5 957,9	257.6	6 658,0	277,4	6 183,2	256,3
	69 852,2	**234,2**	**76 151,9**	**251,4**	**82 331,6**	**273,0**

Der Koks- und Brikettversand betrug (in 1000 t):

	1911				1912				1913			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Jan.	1553,9	50,1	315,9	12,6	1656,7	53,4	383,1	13,1	1985,5	64,1	401,6	16,0
Febr.	1403,2	50,1	294,5	12,7	1621,2	55,9	343,9	13,8	1875,6	67,0	370,6	15,4
März	1458,2	47,0	317,9	12,2	1685,9	54,4	275,5	10,6	1970,1	63,5	365,4	15,2
April	1377,4	45,9	302,2	13,1	1595,4	53,2	325,9	13,6	1805,9	60.2	410,6	15,8
Mai	1375,8	44,4	349,3	13,4	1561,8	50,4	346,3	13,9	1785,3	57,6	375,9	15,5
Juni	1336,9	44,6	316,4	13,5	1527,2	50,9	334,0	14,3	1725,6	57,5	396,4	15,9
Juli	1364,2	44,0	348,9	13,4	1621,2	52,3	391,5	14,5	1787,1	57,6	411,6	15,2
Aug.	1367,2	44,1	351,1	13,0	1751,2	56,5	401,2	14,9	1787,1	57,6	390,4	15,0
Sept.	1368,7	45,6	325,1	12,5	1722,8	57,4	367,4	14,7	1707,0	56.9	386,4	14,9
Okt.	1461,8	47,2	329,4	12,7	1798,8	58,0	369,0	13,7	1696,5	53,1	395,0	14,6
Nov.	1552,9	51,8	338,3	14,0	1689,0	56,3	333,9	13,8	1508,4	50,3	340,9	14,7
Dez.	1612,1	52.0	322,5	13,9	1902,2	61.4	366,4	15,3	1618,1	52,2	329.6	13,7
	17232,8	**47,2**	**3911,5**	**13,1**	**20133,4**	**55,0**	**4188,1**	**13,8**	**21202,2**	**58,1**	**4574,4**	**14,8**

Digitized by Google

Deutschlands Steinkohlengewinnung zeigt im Jahre 1913 (Januarziffern fehlen noch) absolut genommen, Rekorde, ebenso die Braunkohlenförderung, Koks- und Briketterzeugung. Im Dezember hielten sich die Ziffern etwa auf der Höhe des Vormonats. Für Stein- und Braunkohle lauten die Förderziffern (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
Oktober . .	13 679,3	16 102,2	16 941,6	6 939,9	7 947,8	8 191,7
November .	13 838,8	14 805,4	15 329,6	6 788,1	7 558,6	7 417,9
Dezember .	13 433,4	14 864,4	15 599,7	6 402,8	7 111,5	7 448,6
IV. Quartal .	40 951,5	45 772,0	47 870,9	20 130,8	22 617,9	23 058,6
III. „ .	41 124,5	46 615,6	50 096,2	18 146,3	20 282,5	22 232,0
I. Semester	78 663,6	84 706,5	93 577,4	35 206,7	39 430,1	41 900,1
	160 793,6	**177 094,1**	**191 544,5**	**73 483,8**	**82 330,5**	**87 190,3**

Auch im **Außenhandel mit Kohlen** hat das Jahr 1913 (provisorische Januarziffern siehe an anderer Stelle) außerordentlich hohe Zahlen, vor allem im Steinkohlen- und Koksexport aufzuweisen. An der Mehrausfuhr partizipieren hauptsächlich Belgien, Niederlande (wohl Durchfuhr), Oesterreich-Ungarn, Rußland. Schweden, Schweiz und Spanien. Bei Steinkohle betrugen (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
Oktober . . .	933,7	1 006,9	884,8	2 495,3	2 308,5	3 042,2
November . .	946,1	1 002,3	910,4	2 560,6	2 551,8	2 879,8
Dezember . . .	955,6	899,5	790,2	2 606,1	2 867,5	3 022,5
IV. Quartal . .	2 835,4	2 908,7	2 585,4	7 662,0	7 719,8	8 944,5
III. „ . .	2 832,9	3 283,0	2 926,1	7 135,3	8 315,7	9 260,4
I. Semester .	5 245,8	4 189,0	5 028,4	12 615,1	15 099,0	16 368,5
	10 914,1	**10 380,7**	**10 539,9**	**27 412,4**	**31 134,5**	**34 573,4**

Der Umschwung im Kohlenabsatz kommt in den Ausweisen der reinen Zechen noch nicht deutlich zum Ausdruck, da das vierte Quartal stets starken Schwankungen unterliegt, die von dem Absatz unabhängig sind. Zwei der größten reinen Zechen verzeichnen folgende Betriebsüberschüsse:

Harpen

	1909	1910	1911	1912	1913
1 Quartal	3 840 000 M.	3 400 000 M.	4 306 000 M.	3 966 000 M.	7 008 700 M.
2. „	3 730 000 „	3 779 000 „	3 603 000 „	6 262 500 „	7 385 700 „
3. „	3 832 000 „	4 036 000 „	3 752 000 „	6 373 000 „	7 222 000 „
4. „	3 689 000 „	4 490 000 „	4 351 000 „	5 277 600 „	5 605 000 „
	15 091 000 M.	15 705 000 M.	16 012 000 M.	21 879 100 M.	27 221 400 „

Hibernia

	1909	1910	1911	1912	1913
1. Quartal	2 641 509 M.	2 623 488 M.	2 963 744 M.	2 401 167 M.	4 607 090 M.
2. „	2 442 415 „	2 456 767 „	2 454 921 „	3 788 972 „	4 500 612 „
3. „	2 660 672 „	2 663 116 „	2 565 916 „	3 850 709 „	4 374 054 „
4. „	2 666 395 „	2 958 527 „	2 894 355 „	3 539 977 „	3 535 128 „
	10 410 991 M.	10 701 898 M.	10 878 936 M.	13 580 825 M.	17 016 884 „

Ueber die volle Verstaatlichung der Hibernia schweben, wie bei dieser Gelegenheit bemerkt sei, neue Verhandlungen,

Digitized by Google

Der Kampf am Berliner Brikettmarkte hat sich weiter verschärft; das Nieder-Lausitzer Syndikat mußte sich schließlich zu Preisreduktionen auch für die besseren Marken bereit finden. — Das französische Kokssyndikat ist in der Ermäßigung seiner Preise um beinahe ½ Fr. weiter gegangen, als es ursprünglich beabsichtigte, zum Teil wohl deshalb, um am belgischen Markte dem deutschen und belgischen Koks schärfere Konkurrenz machen zu können. — Am englischen Markte ist die Lage verhältnismäßig wenig verändert, soweit es sich um Industriekohlen handelt, während Dampfkohlen im Zusammenhange mit der geringeren Lebhaftigkeit im Seeverkehr im Preise nachgegeben haben. — In der Union haben sich die Kokspreise um eine Kleinigkeit ermäßigt.

Die deutsche **Kaliindustrie** steht noch immer zwischen Tür und Angel. Daß eine Novelle zum Kaligesetz bevorsteht, wird immer wahrscheinlicher, aber auch die Bemühungen gewisser Kreise in der Industrie, ihr zu entgehen, werden immer energischer. Trotzdem hat die mit so vielem Aplomb ins Werk gesetzte Aktion, die Werke zur freiwilligen Beschränkung der Aufschließungen zu veranlassen, bisher nur geringe Erfolge aufzuweisen. Der Absatz im Jahre 1913 wird vom Syndikat auf etwa 191 Mill. M. beziffert, was gegenüber dem vorigen Jahre ein Mehr von 14 Mill. M. bedeutet. Im Januar ist das inländische Geschäft durch die starken Schneefälle beeinträchtigt worden, dagegen soll sich in Amerika der Absatz etwas gehoben haben. — Die Ausfuhrziffern bis Ende Dezember lauten (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr			Davon nach den Vereinigten Staaten		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
Oktober . .	97,0	111,3	172,0	50 2	51,7	111,2
November . .	135,8	113,9	220,7	76,8	57,3	129,4
Dezember . .	192,8	155 0	216.6	124,0	93.7	123,5
IV. Quartal .	425,6	380,2	609,3	254,0	202,7	364,1
III. „ .	215,4	310,8	338.8	98,9	176,9	194,9
I. „ .	513.9	609 4	768,6	292,5	270,8	349,3
	1154,9	**1300,4**	**1716,7***)	**642,4**	**650,4**	**908,3****)

An den **Weltgetreidemärkten** war im Januar die Preisbewegung nicht ganz einheitlich. Ungünstigere Nachrichten aus einzelnen südlichen Produktionsgebieten führten zu kleinen Preiserhöhungen für Weizen, während die übrigen Halmfrüchte fast ausnahmslos weitere kleine Preisrückgänge aufweisen. — Die im vorigen Monat ungewöhnlich gedrückten Zuckerpreise haben sich, zum Teil auf New-Yorker Anregung, eine Kleinigkeit befestigen können, während bei Kaffee mehrfache kleine Avancen immer wieder rasch von neuen Rückgängen abgelöst

*) Berichtigte Ziffer des KaiserlichStat. Amts: 1675,6. — **) Berichtigte Ziffer des Kaiserlich Stat. Amts: 812,5.

Digitized by Google

wurden. Die Paulistaner Regierung hat offiziell bestätigt, daß sie von ihren Beständen in diesem Jahre nichts zu verkaufen gedenke, und versucht, sich auf jede mögliche Weise in Europa Geld zur Fortsetzung ihrer Valorisationsexperimente zu verschaffen. — Die Kakaopreise zeigen erneut leicht steigende Tendenz, während die Teepreise fast unverändert geblieben sind.

Am Markte der **Textilrohstoffe** lenkte im Januar Jute die Hauptaufmerksamkeit auf sich; die ungewöhnlich hohen Preise konnten nicht mehr behauptet werden, und es ist ein Rückgang der englischen Notierungen etwa auf das Niveau von Ende August eingetreten. — Auch die Baumwollnotierungen neigten leicht abwärts. Die Bestrebungen zur Einführung eines Baumwollterminhandels in Bremen sind jetzt zum Abschluß gekommen; in den ersten Tagen des Februar hat der Handel bereits seinen Anfang genommen. — Die Woll- und Hanfpreise weisen Steigerungen auf, während Flachs sich knapp behauptete.

Einigen der führenden **Metallmärkte** ist die Erleichterung des Geldstandes zugute gekommen, und namentlich der Zinnmarkt weist sehr bedeutende Preissteigerungen auf. Dabei ist die Produktion des Metalles, im Gegensatz zu den pessimistischen Voraussagen interessierter Kreise, weiter gestiegen. — Der führende Metallmarkt, der des Kupfers, zeigt weniger sensationelle Preissteigerungen, jedoch ist auch hier eine ganz wesentliche Belebung des (zum Teil allerdings spekulativen) Geschäftes zu verzeichnen. Für Weltproduktion und Weltkonsum gibt L. Vogelstein & Co. (die amerikanische Vertretung von Aron Hirsch & Sohn) folgende Ziffern (in tons):

	1910	1911	1912	1913
	857 150	869 370	1 006 900	989 000
Davon entfallen auf:				
Deutschland	28 800	30 500	30 510	30 000
Rußland	22 300	25 500	33 000	37 000
Spanien und Portugal	53 000	55 000	58 000	53 000
Vereinigte Staaten	482 200	487 300	555 000	546 000
Mexiko	58 800	54 050	71 980	52 000
Chile	35 800	29 600	37 000	39 000
Australien	43 400	44 600	45 500	46 000
Japan	50 000	55 000	65 000	72 000

Von dem Verbrauch entfallen auf:

	1910	1911	1912	1913
Deutschland	208 826	234 985	253 429	265 000
Frankreich	92 838	106 408	106 753	118 000
England	148 187	159 736	148 877	145 000
Vereinigte Staaten	384 565	316 791	365 922	342 500

Am Zinkmarkte hat sich eine Befestigung bisher noch nicht durchsetzen können, im Gegenteil, die Tendenz neigt eher nach unten. — Recht erheblich sind infolge des starken Zurück-

Digitized by Google

bleibens der Zufuhren aus Mexiko wieder die Bleipreise gestiegen. — Silber neigte weiter nach unten.

Die Spirituszentrale ist jetzt mit der so lange angekündigten Rabattstaffel an die Oeffentlichkeit getreten. Die Rabatte sind, wie erwartet, äußerst geringfügig. — Die Gummipreise konnten sich eine Kleinigkeit erholen. — Das belgische Fensterglassyndikat hat sieben Wannenöfen auf mehrere Wochen stillgelegt. — Am Diamantenmarkt scheint eine leichte Besserung der Lage eingetreten zu sein. Zwischen dem Kolonialamt und den Förderern wird in der Regiefrage, wie man glaubt, eine Einigung zustande kommen. — Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	31. Jan. 13	1. Dez. 13	2. Jan. 14	10. Jan. 14	20. Jan. 14	31. Jan. 14
Weizen (Berlin) .	210,75	198,25	195,75	198,50	201,25	198,50
do. (New York)	97 7/8	95 1/8	98 3/8	95 1/4	96 1/8	99 7/8
Roggen (Berlin) .	175,25	163,75	162,50	162,50	164,50	160,75
Mais (New York)	56 3/4	—	72,—	68 1/2	68,—	69 1/2
Baumwolle (Brem.)	63,75	67,—	65,—	64 1/4	65 1/4	64,—
do. (New York)	13,05	13,50	12,50	12,60	13,30	12,75
Wolle (Antwerpen)	5,92	5,95	6,02	6 02	6,10	6 22
Zucker (Magdeb.)	9,45	8,97	8,87	8,85	8,92 1/2	8,95
Kaffee (Hamb.) .	67 3/4	51 1/4	51 1/4	51 1/2	52,—	51 1/2
Salpeter (Hamb.)	11,72 1/2	10,22 1/2	10,10	10,05	10,20	10,07 1/2
Schmalz (Chicago)	10,17	11,10	11,02	11.20	11.32	11,12
Silber (London) .	28 1/2	25 15/16	26 7/16	26 7/16	26 1/2	26 7/16
Kupfer (London) .	69,—	65 3/8	64 1/2	62 15/16	64 7/8	66,—
Zinn (London) . .	229,—	178 3/4	168 1/4	168 1/2	171 1/4	181,—
Zink (London) . .	26 1/16	20 5/8	21 5/8	21 9/16	20 1/4	21 1/2
Blei (London) . .	16 9/16	18,—	18 1/4	19 3/8	21 5/8	20,—

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Mais, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per 1/2 kg mit 1 1/4 % Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn, 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2 1/2 %.

Ein so schneller Umschwung, wie er im Januar an den **Weltbörsen** eingetreten ist, zählt zu den Seltenheiten. Wenn auch in den letzten Monaten schon an keiner von den großen Börsen mehr von ausgesprochen krisenhaften Rückgängen die Rede sein konnte, so ließ doch die geschäftliche Unlust, die sich an ihnen breit machte, nicht vermuten, daß nach so kurzer Zeit schon von einer bedeutenden Belebung des Geschäfts und von fast durchweg gestiegenen Kursen zu berichten sein würde. Zweifellos hat der rasche Rückgang der Geldleihsätze belebend auf die Spekulation eingewirkt, die sich auf den Standpunkt stellt, die Börse habe der Depression in der Weltwirtschaft bereits zur Genüge Rechnung getragen, und es sei nun ihre Aufgabe, eine kommende Belebung zu eskomptieren. An der New-Yorker Börse glaubt man, wie es scheint, die innerpolitische und die wirtschaftliche Lage bereits etwas erfreu-

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1913		1914					
	2. Jan.	1. Juli	2. Jan.	3. Jan.	10. Jan.	17. Jan.	27. Jan.	31. Jan.
3 % Reichsanleihe	78,20	74,50	76,10	76,10	76,00	76,00	77,10	78,90
4½ % Japaner	91,60	89,60	90,50	90,75	91,50	91,40	91,70	92,25
4 % Russen v. 02	89,75	88,75	90,60	90,30	90,60	90,00	90,60	92,50
3 % Portugiesen	66,50	64,75	63,80	64,20	64,00	64,00	64,20	65,00
5 % Chin. Anleihe	99,00	96,75	97,50	97,50	98,40	98,50	99,00	99,10
Türk. Anl. v. 03	—	84,75	86,00	86,00	86,00	85,90	86,00	86,00
Türken-Lose	154,50	155,50	169,50	169,90	169,90	169,70	168,50	170,00
Disconto-Com.-Ant.	187,50	179,0(	186,90	186,90	188,30	188,60	191,(0	195,00
Oesterr. Kredit-Akt.	197,50	195,00	202.50	—	—	—	203,75	205,00
Berl. Handels-Ges.	168,50	156,0(	155,90	156,25	143,10	145,50	145,5(	146,50
Darmstädter Bank	122,40	113,60	115,90	116 20	117,—	118,—	119,20	121,80
Deutsche Bank	253,90	240,1(	249,00	249,50	250,00	250,10	252,90	258,80
Dresdner Bank	155,90	145,40	151,80	151,80	153,60	153,90	154,75	158,75
Nationalbank	123,50	112,75	116,90	116,90	117,00	117,00	118,00	119,25
A. Schaaffh. Bankv.	118,75	109,40	101,25	101,50	101,90	101,80	102,50	106,00
Comm.-u.Disc.-Bank	114,50	106.25	107.30	107,30	108,10	108,25	109,25	111,10
Wiener Bankverein	—	128 50	134.50	134,50	134,50	—	136,00	139,50
Azow-Don-Commerz	237.00	—	238,00	238,00	243,00	235,50	238,50	244,50
Russ. B. f. ausw. H.	157,25	148,50	156,70	157,75	161,00	160,30	162,40	168,25
Petersb.Int.Hand.-B.	207,25	195,0(	201,50	202,00	204,75	203,25	206,00	212,90
Franzosen	154,25	—	155,25	155,25	—	155,00	153,50	—
Lombarden	21,40	25,00	22,10	22,10	22,20	21,90	22,00	22,25
Ital. Meridionalbahn	117,00	107,75	108.75	108,75	107,75	107,25	—	—
Anatolische Eisenb.	112,10	112,75	116,50	116,50	116,80	—	—	—
Orientbahn	158,75	—	200,00	200,00	197,25	198,00	—	197,50
Prince Henri	157,00	154,00	157,75	158,00	157,00	157,75	156,00	159,75
Schantungeisenbahn	131,50	121,00	128,75	128,90	128,10	128,25	129,00	133,50
Baltimore	105,40	92,50	92,90	92,90	90,00	92,30	97,00	99,00
Canada	263,60	215,90	214,75	215,40	212,80	217,40	217,00	222,50
Pennsylvania	—	111,90	—	—	—	—	113,80	—
Lübeck-Büchener	180,00	170,10	180,75	180.50	183,50	184,60	184,00	185,40
Gr. Berl. Straßenb.	167,75	160,0(	163,50	163,00	163,50	162,90	163,00	165,25
Electr. Hochbahn	133,75	123,25	137,90	137,50	136,75	135,60	137,25	139,00
Dynamite Trust	177,50	166,75	173,25	174,60	176,10	176.40	179,90	182,60
Norddeutsch. Lloyd	123,25	117,00	117,40	116,80	116,25	119,00	115,00	118,10
Hamb.-Am. Packetf.	162,40	137,00	134,00	133,50	136,00	137,50	133,50	137,50
Hansa Dampfschiff.	296,00	177,30	271,50	270,00	276,50	285,10	283 00	293,90
Dt. Austral. Dampf.	—	—	187,75	188,00	193,00	193,00	189,75	193,75
Hamb.Südam. „	—	—	167,60	168,00	175,40	177,70	173,25	177,40
Bochum. Gußstahl	216,90	213,75	210,00	210,80	217,80	218,60	221,40	225,00
Laurahütte	166,75	158,75	125,25	153,10	155,25	155,00	155,90	164,10
Harpener	187,40	183,40	174,00	174,25	177,60	180.50	186,70	185,60
Gelsenkirchen. Bgw.	197,10	175,70	185,00	185,10	187,75	192,70	192,70	195,90
Dt.-Luxemb. Bergw.	166,90	147,25	133,50	133,50	135,90	136,50	137,00	140,00
Aumetz-Friede	175,50	163,10	157,80	158 00	160,00	161,00	164,75	172,75
Rhein. Stahlwerke	160.25	153,10	152,75	153,60	156,00	158,00	164,10	167,60
Hohenlohewerke	175,25	162,00	133,50	134,00	134,75	132,50	124,00	126,50
Phönix	261,75	244,10	235,60	235,90	238,50	239,40	240,70	245.00
Rombacher Hütten	165,00	148,00	150,00	151,50	155,00	156,10	160,00	162,00
Allg. Elektr.-Ges.	240,25	231,00	236,60	237.90	239,75	240,20	240,50	246,40
Siemens & Halske	228,90	209,00	220,00	222,10	214,20	214,10	214,90	221,50
Schuckert Electr.	154,80	143,60	151,90	153,25	145,60	144.50	146,25	152,30
Electr. Licht u. Kraft	127,75	122.75	129,75	128,00	128,75	128,90	129,00	132,00
Ges. f. Electr. Untern.	168,00	146,75	164,00	164,50	165,50	165.10	167,10	170,10
Dt. Uebersee Elektr.	161,10	160,25	167,00	168,00	167,75	167,70	172,75	178,00
Bk. f. Electr. Untern.	187,10	—	185.00	185,00	186,00	186,25	187,50	189,90
Oberschles. Eisb.-B.	98,75	90,10	89,90	91,75	91,30	89,25	89,90	92,50
Orenstein & Koppel	206,25	179,00	167,00	167,75	172,75	171,75	172,25	177,50
Oberschles. Eis.-Ind.	85,50	72,25	62,00	62,50	62,30	63,00	63,10	71,50
South-West Africa	127,40	110,50	115,00	114,75	115,30	114,90	116,10	123,10

Digitized by Google

licher beurteilen zu können, und die Lebhaftigkeit, die jetzt dort wieder eingekehrt ist, wirkt jetzt ebenso auf die europäischen Märkte zurück, wie früher die New-Yorker Lethargie. In Europa hat die Aufwärtsbewegung ihren Ausgang von den Rentenmärkten genommen, denen der Rückgang der Zinssätze am meisten zugute gekommen ist. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit griff sie auch auf die Aktienmärkte über, und an der Londoner wie an der Pariser Börse waren in der zweiten Monatshälfte meist recht beträchtliche Kurssteigerungen zu verzeichnen. Sogar der Markt der südafrikanischen Goldminen konnte gelegentlich von der gebesserten Stimmung etwas profitieren.

Die **Berliner Börse,** an der ein festerer Unterton ja schon in den letzten Monaten des verflossenen Jahres hin und wieder zum Ausdruck gekommen war, trug der allgemeinen Besserung der Stimmung in hohem Grade Rechnung. Ein Blick auf die Kurse der Ultimopapiere zeigt, daß die Steigerungen bei weitem überwiegen. Einen wesentlichen Rückgang zeigt von den Ultimowerten eigentlich nur die Hohenloheaktie, das Schmerzenskind der letzten Zeit am Berliner Markte, weil man hier mit einer Reduktion der Dividende auf die Hälfte des früheren Satzes rechnet. Ein Beweis für die innere Festigkeit, welche die Börse im letzten Monat zeigte, ist die Tatsache, daß trotz der Ankündigung, die Union Pacific werde ihren sehr beträchtlichen Besitz an Baltimoreaktien abstoßen, diese, deren Kurs von Berlin fast in demselben Maße wie von New York beeinflußt wird, per Saldo noch eine recht beträchtliche Kurssteigerung verzeichnen können. Das Charakteristikum des Januar an der Berliner Börse war jedoch, namentlich in der zweiten Hälfte des Monats, eine Rentenhausse, wie sie der Markt seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hat. Führende heimische und fremde Anleihen erlebten an einzelnen Tagen bei sehr lebhaftem Geschäfte Kurssteigerungen von 1 % und darüber, ja es trat sogar mehrfach der sonst äußerst seltene Fall ein, daß Rentenwerte mit dem „plus-plus"-Zeichen an den Maklertafeln erschienen. Eine ganze Anzahl zum Teil seit Monaten bestehender Anleihekonsortien konnte sich nach Ausverkauf ihrer Bestände auflösen. Demgegenüber stehen die Steigerungen an den Aktienmärkten, obwohl es sich auch bei ihnen nicht selten um beachtenswerte Ziffern handelt, an Bedeutung zurück. Immerhin sei hervorgehoben, daß trotz des Chaos in der Großschiffahrt fast alle Schiffahrtswerte Kurssteigerungen aufzuweisen haben. Die Hansaaktie ist sogar dasjenige Papier, das die überhaupt größte Besserung zu verzeichnen hat. — Vom Kassamarkt ist verhältnismäßig wenig zu berichten. Die

Digitized by Google

Interessenahme des Anilin-Konzerns an den Zeitzer Chemischen Fabriken führte den chemischen Werten, der Rückgang der Rohmaterialpreise gegen Ende des Monats Jutewerten Käufer zu. Außerdem zeigte sich gelegentlich Interesse für Linoleum-, Glas- und Elektrowerte.

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im Januar.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
3% Deutsche Reichs-Anl.	78,90	75,30	78,90	Rentenbegehr
4½% Argent. Anleihe . .	99,25	94,70	95,10	Ung. wirtsch. Lage
5% Mex. Anl. v. 1899 . .	88,75	74,50	83,50	Susp. der Zinsenzahlung
Schantung-Bahn . . .	133,50	127,20	133,50	Günst. Auss. e. Tochterunt.
Hansa Dampfschiff . . .	293,90	269 60	293,90	Deckungskäufe
Hamb. Hypoth.-Bank . .	197,00	186,50	197,00	Divid.-Erhöhung
Immob. Verkehrsbank . .	270,00	250,00	255,00	Ungew. Auss.
Berliner Unionsbrauerei .	96,00	84,50	96,00	Gepl. Fusion mit
Spandauer Berg-Brauerei	122.00	109,00	118,50	Schultheiss
Adlerwerke Kleyer . . .	374,00	351,25	374,00	Börsenreprise
Ammendorfer Papier . .	380,00	352,50	378,00	Besserung d. Papiermkts.
Bad. Anilin- u. Soda . .	589.00	562,75	589,00	Umwälz. Erf. Stickstherst.
Braunschw. Kohlen . . .	270,00	244,25	265,50	Erhöhte Dividende
Chem. Fabr. Griesheim . .	273,75	246,00	273,75	Spek. Inter. f. chem. Werke
Cöln-Neuess. Bergwerk .	535,00	505,75	530,50	Voraus Einig. m. d Fiskus
Deutsche Jute-Spinnerei .	353,00	317,00	351,00	Erhöhte Dividende
Egestorff-Maschinen . . .	338,25	291,00	338,25	
Höchster Farbw.	644,00	617,50	644,00	Vergl. Griesheim
Trachenb. Zucker . . .	111,00	80.00	100,60	Ung. Dividendenauss.
Vogtl. Maschinen	345,25	305,50	332,00	Ung. Lage d. Stickm.-Ind.
Wittener Stahlröhren . .	164,50	130,00	142,25	Zusbruch d. Röhrensynd.

Für die Börsensteuern liegen erst die Dezemberziffern vor. Das Jahresergebnis des Schlußscheinstempels ist das geringste seit sechs Jahren, die Dezemberziffer die niedrigste seit dem Dezember 1908. Im einzelnen erbrachten (in 1000 M.):

Schlußscheinstempel.

	1910	1911	1912	1913
Oktober	2 286,8	1 689,5	3 019,1	1 515,8
November	1 903,4	1 948.8	1 745.8	1 130,1
Dezember	1 260.6	1 988.2	1 334,5	1 099,1
IV. Quartal	5 425.1	5 626,5	6 119,4	3 745,0
III. „	5 505.1	6 645.0	7 511,4	4 106,1
I. Semester	11 732,0	12 430.0	12 006,4	9 661,1
im ganzen Jahre . . .	**22 662,2**	**24 701,5**	**25 637,2**	**17 512,2**

Effektenstempel.

	1910	1911	1912	1913
Oktober	4 643,3	4 243.3	4 450.5	2 743,4
November	3 171,0	3 015,4	4 184,5	5 596,1
Dezember	3 497,6	3 649.4	4 562,5	4 521,1
IV. Quartal	11 312.4	10 908,1	13 197,5	12 860,6
III. „	10 676,5	12 237,4	15 844,6	11 810,3
I. Semester	23 134,6	28 419,7	30 828,6	27 735,1
im ganzen Jahre . . .	**45 123,5**	**51 565,2**	**59 870,7**	**52 406,0**

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.

Digitized by Google

Die nachstehende Tabelle vergleicht die Einnahmen aus dem Effektenstempel im vierten Quartal 1913 mit den korrespondierenden Einnahmen im vierten Quartal 1912. Die Ziffern lauten (in Mill. M.):

	Okt. 1912	Nov. 1912	Dez. 1912	IV. Quart. 12	Okt. 1913	Nov. 1913	Dez. 1913	IV. Quart.13
1. Inländ. Aktien	2393,0	3028,7	3465.7	8887 4	1208,0	3646,6	3104,1	7958,7
2. Dt. Kolon.-Ant.	77,5	14,2	6,9	98,6	—	—	—	—
3. Ausländ. Aktien	63,1	14,4	62 5	140,0	14,0	41,2	55,3	110,5
4. Inl. Rent. u. Obl.	769,9	599,2	272,2	1640,3	718,1	195,9	161,3	1075,3
5. do. a. d. Inh. v. Kom.-Verbänd., Grndbes.-Korp., Hyp.-Banken u. Eisenb.-Ges. . .	832,8	275 3	474,0	1582,1	451,3	379,6	374,3	1205,2
6. Ausl. Staats-, Stadt-u. Eisenb.-Oblig.	47,9	33,9	42,7	124,5	146,2	1207,6	509,6	1863,4
7. Sonst. ausl. Obl.	16,7	13,6	52,3	82,6	18,8	27,1	136.3	182,2
8. Bergw.-Kuxe .	249,6	205,1	187,0	641,7	187,0	98,0	179,9	464,9
9. Genußscheine .	—	—	0.2	0.2	—	—	0,1	0,1
	4450,5	4184,4	4562,5	13197,4	2743,4	5596,0	4520,9	12860,3

Am **internationalen Geldmarkt** hat mit dem neuen Jahre ein vollkommener Szenenwechsel stattgefunden. Die allgemeine Spannung, die trotz der stufenweisen Besserung im Herbst bis zum Jahresende über den Märkten lag, hat mit überraschender Plötzlichkeit geradezu einer Geldabundanz Platz gemacht. Symptomatisch für die Veränderung, die sich binnen weniger Wochen vollzogen hat, ist die Tatsache, daß die Bank von England ihren Diskontsatz in drei Etappen von 5 auf 3 % heruntergesetzt hat, und daß nicht weniger als acht andere Zentralnotenbanken ihrem Vorgehen gefolgt sind.

Am Londoner Geldmarkt hat sich der Umschwung am radikalsten durchgesetzt. Die Beängstigung, die hier mehr als an anderen Märkten bis zum Schluß des alten Jahres angehalten hatte, ist vollständig gewichen, und weder der Streik in Transvaal, der die Goldzufuhren eine Zeitlang zu unterbrechen drohte, noch der Beginn des (von Januar bis März dauernden) Steuer-Inkassos konnte die Geldflüssigkeit beeinträchtigen. Man sieht erst jetzt, wie große Summen in Erwartung eines schweren Jahreswechsels und infolge politischer Beklemmungen dem Geldmarkt im vorigen Jahre vorenthalten worden sind. Der Privatdiskont, der im Dezember nicht unter 4¾ % heruntergegangen war, stand Ende Januar fast 3 % niedriger; er notierte:

2. Jan.	5. Jan.	12. Jan.	19. Jan.	26. Jan.	31. Jan.	höchst	niedrigst
4¼	4	3¾	3¼	2½	1⅞	4¼	1⅞

im Durchschnitt 3,26 gegen 4,83 im Dezember.

Digitized by Google

Die Bank von England folgte dem Weichen des Privatdiskonts zuerst langsam, indem sie ihren Satz zweimal vorsichtig um je ½ % herabsetzte; sie fürchtete, die großen Ansprüche, die Indien und Frankreich an den englischen Markt stellten, sich bei zu starker Ermäßigung der englischen Zinsforderungen noch vergrößern würden, und suchte daher die Geldflüssigkeit des offenen Marktes durch Verkauf mehrerer Millionen Pfund Sterling Konsols zu verringern. Als ihr das aber nicht glückte, setzte sie Ende Januar ihren Diskont kurz entschlossen um ein volles Prozent herunter und dokumentierte damit, daß sie die Geldflüssigkeit für echt hielt. Mehr als alles andere sprach ihr eigener Status für einen tatsächlichen Geldüberfluß; die Bank hat selten so gute Ausweise veröffentlicht wie im Januar, und die Goldbewegung stellte sich trotz großer Abflüsse nach Indien und Frankreich durchaus zu ihren Gunsten. Die Ziffern der äußeren Goldbewegung bei der Bank von England lauten (in 1000 £):

Eingang:		davon aus:		Der Rest Barren (größtenteils Kap- und Austral.-Gold)	Ausgang:	davon nach:		Saldo
1.— 3. Jan.	774	Egypten	250		250	Indien	250	+ 524
5.—10. „	750	Egypten	425		425	Indien (Gold Standard Res.)	425	+ 325
12.—17. „	818	Egypten	650		325	Indien	225	+ 493
						Frankreich	100	
12.—24. „	616	Egypten	351		50	Indien	50	+ 566
26.—31. „	292	West-Afrika	45		190	Frankreich	165	+ 102
	3250				1240			+2010

Der Londoner Clearing-Verkehr (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im Januar 1914 im Vergleich mit den Parallelwochen der Vorjahre folgende Ziffern auf (in 1000 £):

1912		1913		1914	
1. 1.— 2. 1.	181 528	1. 1.	74 888	1. 1.— 7. 1.	360 791
3. 1.— 9. 1.	292 774	2. 1.— 8. 1.	326 941	8. 1.—14. 1.	290 289
10. 1.—16. 1.	344 306	9. 1.—15. 1.	288 383	15. 1.—21. 1.	354 517
17. 1.—23. 1.	254 242	16. 1.—22. 1.	353 828	22. 1.—28. 1.	288 519
24. 1.—30. 1.	346 654	23. 1.—29. 1.	293 215		
1. 1.—30. 1.	1 419 504	1. 1.—29. 1.	1 337 255	1. 1.—28. 1.	1 294 116

Auch der Pariser Geldmarkt zeigte im Januar eine gewisse Erleichterung, die aber bemerkenswerterweise nicht so intensiv war wie an den anderen Hauptmärkten. Es scheint, daß die Banken hier mit fremden Schatzbons und Vorschußwechseln auf kommende Anleihen überladen sind. Auch haben sie notorisch große Posten russischer, österreichischer und belgischer Wechsel in Pension genommen. Die offiziellen Notizen des Privatdiskonts weisen nur eine ziemlich geringfügige Ermäßigung auf, doch sind diese Sätze als Höchstzins aufzufassen, unter den die Banken bei Prima-Wechseln

Digitized by Google

vielfach um 1/4 % heruntergegangen sind. Die veröffentlichten Notierungen lauten:

2. Jan.	5. Jan.	12. Jan.	19. Jan.	26. Jan.	31. Jan.	höchst	niedrigst
3 3/4	3 3/4	3 5/8	3 1/2	3 1/2	3 1/4	3 3/4	3 1/4

im Durchschnitt 3,55 gegen 3,65 im Dezember.

Die Bank von Frankreich hat sich unter diesen Umständen erst recht spät veranlaßt gesehen, ihren Diskontsatz herabzusetzen, und auch dann hat sie es bei 1/2 % bewenden lassen müssen. Den Lombardsatz hat sie sogar unverändert gelassen (4 1/2 %), um die starken Ansprüche, die gerade im Pfanddarlehens-Geschäft noch immer an sie gestellt werden, möglichst abzuwehren. Da die Wechselkurse durchaus zugunsten Frankreichs standen, hat die Bank erhebliche Goldkäufe in London und New York vornehmen lassen, die ihren Barbestand weiter erhöht haben.

Am Wiener Geldmarkt haben die Verhältnisse sich ganz erheblich gebessert; die Geldsätze sind jetzt ungefähr auf dem normalen Niveau angelangt. Die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat ihren Diskontsatz von 5 auf 4 1/2 % herabsetzen können, da die Ansprüche an das Institut weiter erheblich abgenommen haben. Der Privatdiskont notierte:

2. Jan.	5. Jan.	12. Jan.	19. Jan.	26. Jan.	31. Jan.	höchst	niedrigst
5 1/4	5 3/16	4 5/8	4 5/8	4	4 3/16	5 1/4	4

im Durchschnitt 4,52 gegen 5,32 im Dezember.

Auch in New York ist billiges Geld eingekehrt, und gegen Ende Januar war tägliches Geld gelegentlich kaum verzinslich unterzubringen. Bei den New York Associated Banks haben sich die Depositen sowohl als auch die Barreserven nach dem Dezember-Rückgang wieder ansehnlich gehoben. Die Ausweise lauten (in Mill. $):

	27. Dez.	3. Jan.	10. Jan.	17. Jan.
Darlehen	1 316,5	1 331,2	1 336,9	1361,0
Depositen	1 295,1	1 325,2	1 359,3	1407,4
Barbestand und Legal-Tenders	332,5	341,3	370,4	394,9
Gesetzlicher Mindestbarbestand	323,8	331,3	339,8	351,8
Reserve	8,7	10,0	30,6	43,1

Die Ausweise der dem New Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	27. Dez.	3. Jan.	10. Jan.	17. Jan.
Darlehen	549,1	550,8	550,8	552,1
Depositen	401,0	410,6	407,6	408,2
Depositen bei den Assoc.-Bks.	47,1	54,1	52,1	59,5
Barbestand und Legal-Tenders	60,8	63,8	62,8	61,3

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben, wie bereits erwähnt, zum großen Teil erhebliche Ermäßigungen erfahren. Sie lauten:

Digitized by Google

											Durchschnitt
Deutsche Reichsbank	bis 21. Jan.	5;	bis 31. Jan.	4,5;							4,8
Bank von England	„ 8. „	5;	„ 22. „	4,5;	bis 29. Jan.	4;					
					„ 31. „	3;					4,4
Bank von Frankreich	„ 29. „	4;	„ 31. „	3,5;							3,9
Oest.-Ung. Bank	„ 3. „	6:	„ 20. „	5,5;	„ 31. „	5;					5
Banca d'Italia	„ 31. „	5,5;									5,5
Russ. Reichsbank	„ 31. „	6;									6
Bank von Finnland	„ 31. „	6;									6
Bank von Spanien	„ 31. „	4,5;									4,5
Bank von Portugal	„ 31. „	5,5;									5,5
Schweiz. Nationalbank	„ 22. „	4,5;	„ 31. „	4;							4,3
Schwed. Reichsbank	„ 22. „	5,5;	„ 31. „	5;							5,3
Bank von Norwegen	„ 23. „	5,5;	„ 31. „	5;							5,4
Niederländische Bank	„ 31. „	5;									5
Nationalb. von Belgien	„ 22. „	5;	„ 30. „	4,5;	„ 31. „	4;					4,8
Nationalb. v. Dänemark	„ 22. „	6;	„ 31. „	5,5;							5,8
Rumän. Nationalbank	„ 31. „	6:									6
Nationalb. v. Bulgarien	„ 31. „	6 5;									6,5
Nationalbk. v. Serbien	„ 31. „	7 (6)*)									7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„ 31. „	6,5;									6,5

Nachstehend die Hauptziffern aus den Januar-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken (vgl. auch am Schluß des Hefts).

Am **Berliner Geldmarkt** hat die Geldflüssigkeit im Januar zwar nicht ganz den Grad erreicht wie in London, aber der Umschwung ist auch hier ein überraschender gewesen. Die Zurückhaltung der Banken gegenüber der Industrie, und die Vorbereitung auf die seit langem für den Januar erwarteten, bedeutend überschätzten Emissionen haben große Geldsummen freigesetzt, die jetzt Anlage suchen. Auch das Publikum ist mit auffallend großen Geldmitteln auf den Markt getreten, so daß vielfach vermutet wurde, das Geld habe jetzt Verstecke verlassen, die es vorher im Hinblick auf die Einschätzung zur Wehrsteuer aufgesucht habe. Unter diesen Umständen gestaltete sich die Zeichnung auf 350 Mill. M. (von 400 Mill.) 4 % Preußische amortisierbare Schatzanweisungen zu einem so großen Erfolg, daß Anfang Februar weitere 200 Mill. M. begeben wurden und an die Zeichner zur Verteilung kamen. Tägliches Geld war an einzelnen Tagen kaum à 1½ % zu placieren, Ultimogeld war zu 3¾ bis 4 % reichlich zu haben. Mit sehr großen Geldmitteln waren auch die Staatsinstitute am Markt, speziell die Seehandlung, obwohl ihr die Valuta für die begebenen Preußischen Schatzanweisungen erst vom 31. Januar an zufließt. Der Berliner Privatdiskont notierte:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnab.
1.— 3. Januar	—	—	—	—	3,563[1])	3,500
5.—10. „	3,375	3,250	3,250	3,250	3,250	3,125
12.—17. „	3,125	3,125	3,125	3,125	3,125	3,125
19.—24. „	3,000	3,000	3,000	2,875	2,875	2,875
26.—31. „	2,875	2,875	2,875	3 000	3,125	3,125

Höchster Stand 3,563, niedrigster Stand 3,875, Durchschnitt 3,108.

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.
Lange Wechsel: [1]) 3,500.
Kurze Wechsel: [1]) 3,625.

Digitized by Google

Januar-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. I.	1204,1	284,5	—	1168,3	74,6		803,8	2303,1	814,5
15. „	1256,5	302 3	—	894,1	68,1		807,0	2051,1	492,3
23. „	1286,5	314,7	—	809,7	56,4		860,3	1925,1	323,9
31. „	1266,2	308,7	—	828,7	70,7		699,6	2052,8	477,9
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
7. I.		37,1	—	45,2		7,2	46,5	29,0	—
14. „		39,9	—	41,9		7,6	46,0	28,5	—
21. „		41,9	—	41,9		10.2	45,8	28,3	—
28. „		43,6	—	45,4		9,8	51,3	28,2	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
2. I.	3507,7	638 6	16,8[4])	1959.5	1001,6[1])	328,4	712,6	6034,6	1871,5
8. „	3502,6	639,2	16,5[4])	1718,0	1015,3[1])	242,9	640,2	6017,5	1859,2
15. „	3511,9	635,3	15,6[4])	1591,9	996 0[1])	166,6	576,5	6011,4	1848,6
22. „	3520.8	643,7	14,9[4])	1539,3	982.5[1])	215,8	638,1	5877,3	1697.9
29. „	3533,0	641,1	11,6[4])	1628,6	967,5[1])	193,7	756,0	5893,9	1708,2
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. I.	1241,5	263,5	60,0	826.5	648,6[2])		227,2	2332 0	767.0
15. „	1243,0	270,8	60,0	688,8	588,9[2])		189.4	2187,4	613,6
23. „	1244,6	277,3	60,0	648,2	569,9[2])		219,6	2103,8	521.9
31. „	1244,9	278,7	60,0	807,6	576,0[2])		156,8	2356,2	772.6
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23. XII./5. I.	1514,7	58,6	169,7	576,8	472,6	599,2	550,6	1712.2	—
1./14. „	1517,7	60,1	169,9	583,5	481,9	607,9	583,1	1664,6	—
8./21. „	1518,1	63,0	166.7	564,8	466.8	609,0	593,4	1633,0	—
16./29. „	1522,1	65,0	166,4	555,8	465,1	639,9	602,0	1614,2	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finnländisch])									
31. XII.		59,8[3])	2,2	74,7[4])	78,7	31,3	27,6	113,0	—
8. I.		60,1[3])	2,1	73,5[4])	78,0	29.3	26,6	111,1	—
15. „		59,1[3])	2,2	71,9[4])	77,8	30,2	26,9	108,6	—
23. „		59,0[3])	2,2	70,4	74,8	30,9	25,2	106,0	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. XII.	1108.0	95,8	86,9[4])		839,4[5])	112,9	204.6	1711,0	420,3
31. „	1107 6	94,6	89,0[4])		942,3[5])	158,8	207,9	1764,4	473,2
10. I.	1107,5	94,6	86,1[4])		844,4[5])	74,3	195,5	1724,2	436,0
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
27. XII.	479.2	725,9[6])	193,7	347,8	563,9[7])	94,8	468,0	1924,3	525,5
3. I.	480.0	725,2[6])	195,8	364,3	563,6[7])	138,7	491,1	1934,3	545,4
10. „	481,3	822,6[6])	195,1	360,5	563,3[7])	132,7	484,1	1946,4	447,4
17. „	482,1	721,0[6])	191,0	355,1	549,9[7])	119,1	476,1	1945,1	551,0
24. „	483,4	724,6[8])	191,2	349,9	539,0[7])	116 2	477,9	1934,3	535,1
31. „	484,2	727,7[8])	183,1	353,5	531,7[7])	110,0	468,3	1928,6	533,6
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[18])									
3. XII.	7,518	8,969[8])	—	23,151	71,693	2,581	7,592	85,842	69,355
10. „	7,527	8,958[8])	—	22,937	72 091	2,682	7,040	86,441	69,956
17. „	7,527	8,993[8])	—	23,060	71,759	2,737	7,106	86,085	69,565
24. „	7,531	8,926[8])	—	23,123	71,974	2 530	7,212	86,325	69,868
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
3. I.	151,5	8,9	14,4[4])	74,7[9])	111,9	—	5,7	333,8	159,0
10. „	151,5	8 9	14,7[4])	73 2[9])	101,7	—	4,4	324,8	149,7
17. „	150,2	9,3	14,7[4])	73,9[9])	96,8	—	5.4	318 6	144,4
24. „	150,2	10,2	14,3[4])	67,3[9])	91,5	—	3,7	308,8	134,1
31. „	151,5	10,3	14,6[4])	66,3[9])	99,0	—	4,2	315,4	139,0

Digitized by Google

Ausweistag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
8. I.	249,0	59,8	150,1[1])	587,2[2])	[19])	3,1	94,5	1020,8	561,9
15. „	249,0	57,9	132,0[4])	587,9[5])	57,6	15,9	61,9	1024,1	575,2
22. „	249,8	61 0	131,0[4])	586,8[5])	54,6	17,9	78,7	1003,4	561,6
29. „	249,8	55,9	133,6[4])	592,6[5])	51,9	11,0	78,8	1010,7	571,4
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. I.	170,3	21,7	—[17])	124,7	18,0	53,5		282.6	90,6
15. „	170,8	22,9	—[17])	105,4	18,9	55,7		269,6	75,9
23. „	170,5	23,0	—[17])	96,6	17,4	51,0		261,9	68,4
31. „	170,3	21,6	—[17])	104,3	20,7	45,1		280,1	88,2
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
3. I.	102,1		94,1	165.2		98.9		227,6	31,4
10. „	102,1		97,0	144.0		97,1		207.1	8.0
17. „	103,0		97,5	134 0		95,9		202.9	2,4
24. „	103,3		95,6	121,0		87,5		194.0	—
31. „	103,3		99,2	119,6		81,0		205,3	2,8
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
7. I.	48,1		54,6[4])	74,6		13,0		102,3	—
15. „	46,3		56,4[4])	70,2		10,9		99,8	—
22. „	47,0		53,7[4])	67,6		9,3		97,2	—
31. „	47,4		55,1[4])	68,6		10,0		99,7	—
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
31. XII.	79,4		23,2[4])	39,0[10])	40,1[10])	6,9		151,6	49,0
31. I.	76,2		31,1[4])	27,4[10])	35,4[10])	5,6		140,6	33,3
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
15./28. XII.	59,5	3,8	4,2	8,9	40,2[11])	1,4		104,7	37,2
22. XII./4. I.	58,5	4,1	4,2	8,8	41,1[11])	1,3		104,7	37,9
31. „ /13. „	57,8	4,3	3.6	8,9	40.7[11])	1,3		103,4	35,7
8. /21. „	56,5	4,4	3,7	8,9	41,1[11])	1,3		102,3	37,7
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
16./29. XI.	153,1	1,2	56,6	207,9	48,5[12])	—[13])		456,1	245,2
23. XI./6. XII.	152,8	1,2	56,6	219,7	39,6[12])	—[13])		457,3	246,7
30. „ /13. „	152,6	1,3	56,6	222,2	46,0[12])	—[13])		457,8	247,3
7./20. „	152,4	1,3	56,6	212,8	43,2[12])	—[13])		445,4	236,5
14./27. „	152,1	1,3	56,6	213,7	43,5[12])	—[13])		446,8	236,8
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
7./20. XI.	55,7	20,2	3,8[4])	43,9	299,8[14])	—	183,1	198,6	118,9
14./27. „	55,6	22,8	3,3[4])	43,5	295,9[14])	—	183,9	196,5	114,8
22./11. „	55,6	22,6	3,9[4])	43,2	296,3[14])	—	190 6	191,9	109,8
30. XI./13. XII.	55,6	22,5	4,0[4])	42,7	296,5[14])	—	191,4	185,6	103.5
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
30. XI./13. XII.	18,3		240,9	17,5	312,3[15])	11,9	261,6[16])	235,8	—
31. XII. /13. I.	22,1		238,0	17,6	312,2[15])	2,4	264,3[16])	234,5	—

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (31.12. 23,9 Mill. Kr., 31. 1. 14 21,7 Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 76 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 41 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichten Gesetz bildet ab 1. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit. — [19]) Wegen der Semestralbilanz nicht publiziert.

Digitized by Google

Die im Dezember eingetretene Besserung des Standes der Wechselkurse hat im Januar nicht angehalten. Der leichte Geldstand in Berlin hat fremde Gelder zurückfließen lassen, und es sollen auch vielfach fremde Wechsel (österreichische, russische und belgische) zu Anlagezwecken gekauft worden sein. Die Wechselkurse lauten:

		1. Jan.	5. Jan.	12. Jan.	19. Jan.	26. Jan.	31. Jan.	Höchst.	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	8 Tage	169,20	169,30	169,50	169,30	169,45	169,40	169,50	169,20	169,38
London . . .	vista	20,515	20,510	20,510	20,490	20,490	20,465	20,515	20,460	20,496
New York .	vista	4,2125	4,2150	4,2050	4 2050	4,2075	4,2050	4,2150	4,2050	4,2082
Paris	vista	81,075	81,150	81,225	81,225	81,275	81,275	81,350	81,075	81,211
Wien	8 Tage	84,950	84,975	85,075	85,025	85,100	85,175	85,175	84,950	85,039
Christiania .	10 Tage	112,40	112,45	112,35	112,30	112,40	—	112,45	112,30	112,38
Stockholm .	10 Tage	112,45	112,45	112,35	112,30	112,40	—	112,45	112,30	112,38
Petersburg .	Ausz.	215,30	215.17	215,57	215,47	215,92	215,87	215,95	215,17	215,57
Belgien . . .	8 Tage	80,425	80,550	80,600	80,625	80,675	80,725	80,775	80,425	80,627
Madrid . . .	14 Tage	76,80	77,10	77 00	—	76,65	76,70	77,15	76,30	76,80
Italien . . .	10 Tage	80,60	80,70	80,75	80,70	80,80	80,80	80,85	80,60	80,74
Schweiz . .	8 Tage	80,90	80,95	81,00	81,00	81,10	81,10	81,15	80,90	81,02
Kopenhagen	8 Tage	112,35	112,35	—	112,30	112,30	—	112,35	112,30	112,31

Ein Vergleich der wichtigsten Wechselkurse im Januar mit denen des Januar der Vorjahre zeigt folgendes Bild:

	London für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			Paris für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
14	20,515	20,460	20,496	81,350	81,075	81,211	4,2150	4,2050	4,2082	85,175	84,950	85,039
13	20,485	20,460	20,475	81,350	81,200	81,267	4,2025	4,1900	4,1965	84,775	84,650	84,709
12	20,525	20,465	20,497	81,350	81,175	81,237	4,2050	4,2000	4,2039	85,025	84,900	84,961
11	20,475	20,430	20,465	80,975	80,875	80,926	4,2075	4,2025	4,2054	85,125	84,950	85,053
10	20,475	20,440	20,460	81,275	81,175	81,240	4,2025	4,1900	4,1975	85,050	84,875	84,950
09	20,505	20,455	20,480	81,550	81,400	81,480	4,2000	4,1975	4,1988	85,450	85,300	85,370

Die **Deutsche Reichsbank** ist angesichts der Geldflüssigkeit am offenen Markt auch im Januar nur wenig in Anspruch genommen worden. Mit ihrer Diskontpolitik blieb sie jedoch noch immer vorsichtig. Sie nahm nur eine kleine Ermäßigung (um ½ %) vor, und zwar an dem Tage, an dem ihr Präsident im Reichstag seine Politik rechtfertigte. Indes war es schon Ende Januar so gut wie sicher, daß Anfang Februar eine weitere Diskontherabsetzung erfolgen würde, die denn auch inzwischen eingetreten ist.

Ueber die Goldbewegung in Deutschland liegen für den Januar erst die provisorischen (Gewichts-) Ziffern vor, die folgendermaßen lauten (in dz):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Jan. 1914	48,2	4,0	4,8	57,0	5,8	0,3	1,2	7,3	+ 49,7

Digitized by Google

Im Dezember zeigte die Goldbewegung nach der definitiven Angabe der Reichsstatistik das folgende Bild (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Dez. 1913	12,8	2,2	0,2	15,2	1,7	0 2	0,4	2,3	+ 12.9
dagegen									
Dez. 1912	52,8	3,7	4,2	60,7	3,6	4,8	0,3	8,7	+ 52,0

Für das ganze Jahr 1913 ergibt die Goldbewegung, dank den fortgesetzten Goldkäufen der Reichsbank, einen Aktivsaldo von mehr als 300 Mill. M. Es betrugen (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Januar .	17,5	1,7	1,4	20 6	2 7	9,5	4,8	17,0	+ 3,6
Februar .	6,8	2,1	0,6	9,5	1,3	5,1	0,5	6,9	+ 2,6
März . .	32,2	5,1	0,6	37,9	1,4	0,1	0,4	1.9	+ 36,0
April . .	15,8	4,0	2,2	22.0	1,5	0,1	0.8	2.4	+ 19,6
Mai . .	12,4	6,0	6,9	25,3	2,6	0,1	0,5	3,2	+ 22.1
Juni . .	57,1	20,6	1.5	79,2	1,6	0,0	0,7	2,3	+ 76.9
Juli . .	13,6	1,2	5.0	19,8	1,5	3,1	3,8	8,4	+ 11,4
August .	10,2	1,8	5,2	17,2	1,3	1,9	6,6	9,8	+ 7 4
Septemb.	45,7	29,5	0,5	75,7	1,7	0,1	0,6	2,4	+ 73 3
Oktober .	12,8	16,9	0,5	30.2	1,1	0,1	0 8	2.0	+ 28,2
Novbr. .	10,1	13,5	0 4	24,0	1,4	0.1	0 6	2,1	+ 21,9
Dezbr. .	12,8	2,2	0,2	15,2	1,7	0,2	0,4	2,3	+ 12 9
	247,0	104,6	25,0	376,6	19,8	20,4	20,5	60,7	+315,9

Nach der Zusammenstellung des Kais. Stat. Amtes in dem Dezember-Heft der „monatlichen Nachweise" weichen die berichtigten Jahresziffern nur wenig von den ursprünglichen Ziffern ab. Sie lauten:

242,2	105,1	24,8	372,1	19,7	20,6	24,8	65,1	+307,0

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank im Januar und in den vorhergehenden Monaten zeigt folgendes Bild (in Mill. M.):

	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
November . . .	4 116,6	4 533,9	5 370,5	6 008,4	5 582,3
Dezember . . .	4 543,4	5 048,9	5 562,0	6 172,7	6 622,8
Januar	4 738,7	5 362,7	6 333,7	6 691,7	7 299,7

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer sind im Dezember 1913 auf der Vormonats-Höhe geblieben. Das Gesamtjahresergebnis ist nur wenig höher als 1912. Die Ziffern lauten:

	1910	1911	1912	1913
Januar . . .	1 585 236 M.	1 671 080 M.	1 795 082 M.	1 886 706 M.
Februar . . .	1 400 570 „	1 427 686 „	1 477 487 „	1 516 542 „
März	1 475 433 „	1 554 582 „	1 603 233 „	1 688 620 „
April	1 715 274 „	1 614 850 „	1 748 340 „	1 845 642 „
Mai	1 556 446 „	1 591 263 „	1 605 010 „	1 618 515 „
Juni	1 419 279 „	1 451 239 „	1 543 111 „	1 541 975 „
Juli	1 568 565 „	1 667 652 „	1 798 019 „	1 877 059 „
August . . .	1 488 404 „	1 574 227 „	1 594 692 „	1 521 792 „
September . .	1 566 280 „	1 608 665 „	1 582 982 „	1 655 577 „
Oktober . . .	1 646 229 „	1 812 621 „	1 966 764 „	1 961 181 „
November . .	1 579 715 „	1 591 980 „	1 703 105 „	1 623 466 „
Dezember . .	1 546 690 „	1 575 984 „	1 611 371 „	1 621 641 „
	18 548 121 M.	19 141 829 M.	20 029 196 M.	20 358 716 M.

Digitized by Google

Der Scheckstempel erbrachte im Dezember 0,24 (i. V. 0.28) Mill. M., im ganzen Jahre 1913 3,06 (1912: 3,04) Mill. M.; die Talonsteuer im Dezember 2,44 (i. V. 0,66) Mill. M., im ganzen Jahre 1913 11,16 (1912: 10,37) Mill. M.

Zulassungen an den deutschen Börsen
im Januar 1914.

I. Börse zu Berlin.

M. 60 000 000 Bayer. 4% Allg. Anl.
M. 30 000 000 Bayer. 4% Eisenbahn-Anl.
M. 6 000 000 Augsburg 4% Stadtanl.
M. 1 500 000 Herne 4% Stadtanl.
M. 20 000 000 Rhein. Hyp.-Bank 4% Hyp.-Pfandbr.
M. 5 000 000 Herz. Sachsen-Meining. Landescr.-Anst. 4% Oblig.
M. 5 000 000 Rhein. Hyp.-Bank 4% Komm.-Oblig.
M. 10 000 000 Russ. A.-G. Zellstofffabr. Waldhof 5% Hyp.-Oblig.
M. 4 000 000 Gewerkschaft Ludwig II 5% Oblig.
M. 6 000 000 Dt. Kaliwerke jg. Akt.
M. 2 100 000 Ver. Nord- u. Süddt. Spritwerke u. Preßhefefabr. Bast Akt.

II. Börse zu Breslau.

M. 850 000 Danzig. Akt.-Bierbrauer. 5% Oblig.

III. Börse zu Düsseldorf.

Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 60 000 000 Bayer. 4% Allg. Anl.
M. 30 000 000 Bayer. 4% Eisenbahn-Anl.
M. 4 000 000 Darmstadt 4% Stadtanl.
M. 8 000 000 Elektr.-A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co. 5% Oblig.
M. 5 000 000 Hess. Eisenbahn-A.-G. 4% Oblig.
M. 2 500 000 Dt. Eisenbahn-Ges. 4½% Oblig.
M. 1 000 000 H. Fuchs Waggonfabr. Akt.
M. 30 000 000 Hapag jg. Akt.
M. 6 000 000 Schantung-Eisenbahnges. jg. Akt.
M. 1 500 000 Rhein.-Westfäl. Kalkwerke jg. Akt.
M. 1 500 000 Brauhaus Essen Akt.

VI. Börse zu Hannover.

Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln.

Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

M. 60 000 000 Bayer. 4% Allg. Anl.
M. 30 000 000 Bayer. 4% Eisenbahn-Anl.

XII. Börse zu Augsburg.

M. 60 000 000 Bayer. 4% Allg. Anl.
M. 30 000 000 Bayer. 4% Eisenbahn-Anl.

Digitized by Google

XIII. Börse zu Dresden.

M. 1 300 000 Oberlaus. Bank jg. Akt.
M. 750 000 Oscar Schimmel & Co. jg. Akt.
M. 1 000 000 Sächs. Gußstahlfabr. jg. Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.

M. 60 000 000 Bayer. 4% Allg. Anl.
M. 30 000 000 Bayer. 4% Eisenbahn-Anl.

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

Keine Zulassung.

XVII. Börse zu Mannheim.

M. 1 250 000 Maschinen- u. Armaturfabr. vorm. Klein, Schanzlin & Becker 4½ % Hyp.-Oblig.
M. 1 000 000 H. Fuchs Waggonfabr. jg. Akt.

XVIII. Börse zu Bremen.

M. 1 000 000 Bremen-Besigheim. Oelfabr. 5% Hyp.-Oblig.
M. 2 500 000 Metallwerke Unterweser 5% Hyp.-Oblig.

XIX. Börse zu Hamburg.

M. 60 000 000 Bayer. 4% Allg. Anl.
M. 30 000 000 Bayer. 4% Eisenbahn-Anl.

Die **Gründungstätigkeit** (bzw. Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister) bleibt andauernd in engen Grenzen. Es wurden im Januar eingetragen:

12	Aktiengesellschaften	mit	19 027 000 M. Kapital
229	Gesellschaften m. b. H.	„	20 204 000 „ „
		zusammen	39 231 000 M. Kapital

gegen 67 263 000 M. Kapital im Jan. 1913
und 73 130 000 „ „ „ „ 1912

Die Ziffern der **Kapitalserhöhungen** sind im Januar noch weiter zurückgegangen und haben einen bemerkenswerten Tiefstand erreicht. Es wurden Kapitalserhöhungen registriert bei:

17	Aktiengesellschaften	mit	15 835 000 M. Kapital
43	Gesellschaften m. b. H.	„	3 594 000 „ „
		zusammen	19 429 000 M. Kapital

gegen 41 181 000 M. Kapital im Jan. 1913
und 72 725 000 „ „ „ „ 1912

An Genossenschaftsgründungen haben im Januar laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
51	15	0	7	17	80
Dagegen im Januar 1913:					
52	12	0	5	8	94
Dagegen im Januar 1912:					
138	11	1	12	19	74

Insgesamt sind also gegründet worden:

Jan. 1914: 68 Genossenschaften m. unb. H. u. 102 Genossenschaften m. b. H.
„ 1913: 60 „ „ „ „ „ 111 „ „ „ „
„ 1912: 158 „ „ „ „ „ 97 „ „ „ „

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Januar 1914.

(Vom 1. bis 31. Januar im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Januar 1913		Januar 1914		Januar 1913		Januar 1914		Januar 1913		Januar 1914		Januar 1913		Jannar 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	1 800	—	—	6	673	2	181	—	—	—	—	3	54	2	169
Bergbau, Hütten u. Salinen	1	14	1	7 553	8	3 869	3	900	1	100	—	—	1	25	1	300
Steine u. Erden	—	—	—	—	15	2 016	13	522	1	50	2	2 656	4	131	4	239
Metalle u. Maschinen	1	200	2	1 900	41	3 880	15	437	9	3 450	2	849	11	2 402	4	300
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	13	456	5	140	—	—	—	—	—	—	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	4	13 350	—	—	6	416	3	146	3	7 714	1	240	2	186	1	218
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	2	60	3	560	—	—	—	—	1	10	1	120
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	5	3 100	—	—	20	1 869	9	962	3	10 040	2	2 300	6	634	1	125
Textilgewerbe	—	—	—	—	4	226	2	240	2	987	—	—	1	100	—	—
Papiergewerbe	—	—	—	—	5	231	2	45	—	—	—	—	1	80	3	239
Ledergewerbe	—	—	—	—	5	620	2	370	—	—	—	—	1	52	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	1	150	—	—	16	2 325	6	184	—	—	—	—	3	97	2	30
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	3	3 970	1	100	17	2 284	10	1 412	3	900	2	1 150	3	704	2	153
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	—	—	—	—	12	597	7	689	1	1 000	—	—	—	—	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	16	577	9	767	—	—	1	60	2	160	1	3
Graphische Gewerbe	2	1 050	1	5	8	853	4	720	—	—	2	200	1	4	—	—
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	—	—	—	—	52	2 925	22	721	2	5 000	—	—	3	618	3	158
Banken u. Vers.-Ges.	1	5 000	4	6 620	17	274	7	900	3	1 600	1	3 000	—	—	1	36
Bahnen u. Transport-Ges.	2	1 900	1	1 844	13	1 266	6	133	4	2 109	4	5 380	2	118	2	23
Handel (außer Banken)	1	600	1	1 000	87	7 097	61	7 617	—	—	—	—	7	911	4	1 250
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	1	20	8	301	—	—	—	—	8	92	1	3
Sonstige Gesellschaften	1	300	1	5	70	3 395	30	2 257	—	—	—	—	21	1 853	10	228
	23	31 334	12	19 027	434	35 929	229	20 204	32	32 950	17	15 835	81	8 231	43	3 594

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Januar 1914: 39 231 000 Mk., im Januar 1913: 67 263 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 19 429 000 „ „ „ 1913: 41 181 000 „
Gesamtanspruch im Januar 1914: 58 660 000 Mk., im Januar 1913: 108 444 000 Mk.

Digitized by Google

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Januar fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Aachen	5	in Düsseldorf	15	in Löbau, Westpr.	7
„ Augsburg	5	„ Elberfeld	7	„ Lyck	11
„ Barmen	8	„ Erfurt	5	„ Mainz	5
„ Berlin	128	„ Essen, Ruhr	10	„ Mannheim	8
„ Bochum	5	„ Flatow, Westpr.	5	„ München	30
„ Bremen	24	„ Frankfurt, Main	17	„ Neunkirchen, Saar	9
„ Breslau	7	„ Hagen, Westf.	6	„ Nürnberg	9
„ Chemnitz	8	„ Halle, Saale	5	„ Pforzheim	5
„ Cöln, Rhein	13	„ Hamburg	57	„ Posen	6
„ Crefeld	9	„ Hannover	16	„ Saalfeld, Saale	5
„ Detmold	6	„ Heilsberg	5	„ Straßburg, Els.	12
„ Doberan, Meckl.	5	„ Leipzig	23	„ Stuttgart	13
„ Dresden	14			„ Wesel	8

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Januar 1914:

982 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Die deutschen Banken im Januar 1914.

Reichsbank. Setzt ihren Diskontsatz am 22. Januar von 5 % auf 4½ % herab. Präsident Havenstein begründet im Reichstag gegenüber einer Kritik des Abgeordneten Arendt die Diskontpolitik der Reichsbank, tritt für eine weitere Stärkung der Goldreserven innerhalb und außerhalb der Reichsbank ein und betont die Grenzen, die der Kreditbereitschaft der Bank gezogen sind (vgl. auch den leitenden Aufsatz). Die Bank erwirbt einen neben ihrer Zentrale gelegenen Häuserblock für rund 7 Mill. M., um ihre Geschäftsräume erweitern zu können. Der Neubau der Bankstelle Gießen wird in Gegenwart des Vizepräsidenten v. Glasenapp eingeweiht. Die Bankstelle Charlottenburg ist gezwungen, ein Grundstück für 0,25 Mill. M. der in Schwierigkeiten geratenen Bankfirma Bethge, bei deren Zusammenbruch sie interessiert ist, in der Zwangsversteigerung zu erwerben. Bankdirektor Hackert (bisher Leiter der Bankstelle Oppeln) übernimmt an Stelle des verstorbenen Bankrats Strahl die Leitung des Kontors der Reichshauptbank für Wertpapiere.

Seehandlung. Führt das Konsortium für die Uebernahme von 400 Mill. M. 4 % verlosbaren Preußischen Schatzanweisungen, von denen 350 Mill. M. à 97 % zur Zeichnung aufgelegt werden (Uebernahmekurs 96¼ %). Der zur Zeichnung aufgelegte Betrag wird 71,4 mal überzeichnet. Der Reingewinn der Bank ist infolge der erheblichen Abschreibungen auf Effektenkonto im Betrage von 3,36 (i. V. 0,48) Mill. M. (Kursverlust auf Staatspapiere) von 5,09 Mill. M. im Vorjahre auf 3,23 Mill. M. zurückgegangen. Der Gewinn der Bromberger Mühlen betrug 0,20 (i. V. 0,31) Mill. M., der der Landshuter Flachsgarnspinnerei 0,09 (i. V. 0,02) Mill. M.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Ist in bemerkenswerter Weise geldflüssig und gibt an der Börse große Beträge, zum Teil unter offizieller Notiz, ab. Präsident Heiligenstadt erhält eine hessische Ordensauszeichnung.

Deutsche Bank. Die teils in Berlin, teils in Wien gepflogenen Verhandlungen wegen des definitiven Verkaufs der früher im Besitze der D. B. befindlichen Orientbahn-Aktien, die bisher anscheinend nur formell in österreichische Hände übergegangen sind, gestalten sich

Digitized by Google

sehr schwierig. Der von der Bank angeblich geplante Ankauf der russischen Putilow-Werke für die Krupp A.-G., der von russischer Seite wohl nur angeregt worden ist, um die französischen Banken zur Hergabe weiterer Gelder zu veranlassen, führt zu heftigen Erörterungen in der internationalen Presse. Die Bank sucht die Differenzen zwischen Thyssen und den Mannesmannwerken bezüglich der Röhrensyndizierung auszugleichen. Bietet für 6 Mill. M. 4 % Saarbrücker Stadtanleihe 93,50 % (den Zuschlag erhält die Gruppe der Disconto-Gesellschaft à 93,62 %). Direktor v. Rössing tritt in den Aufsichtsrat der mit 2 Mill. M. Kapital neugegründeten Bremer Liquidationskasse A.-G. ein. Das Aufsichtsratsmitglied Regierungsrat Dr. Zander (früherer Direktor der Anatolischen Bahn) scheidet aus. Die Bank ist an der Insolvenz der Londoner Kopra-Firma Finkler & Co. beteiligt. Uebernimmt konsortialiter 45 Mill. M. 4 % Deutsche Schutzgebiets-Anleihe à 96,50 %. Bietet für 8 Mill. M. 4 % Mainzer Stadtanleihe 93,51 % (den Zuschlag erhält die Dresdner Bank bei 93,28 %, aber günstigeren Zinsbedingungen). Bietet 0,9 Mill. M. neue Köhlmann-Stärke-Aktien deren Aktionären al pari an. Erwirkt die Zulassung von 6 Mill. M. jg. Akt. der Deutschen Kaliwerke zur Berliner Börse.

Disconto-Gesellschaft. Erhält konsortialiter (gegen die Deutsche Bank) den Zuschlag auf 6 Mill. M. 4 % Saarbrücker Stadtanleihe à 93,62 % (à 94,40 % zur Zeichnung aufgelegt). Wird konsortialiter 40 Mill. M. 5 % Oblig. der Ver. Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen übernehmen. Direktor Dr. Boner tritt in den Aufsichtsrat der mit 2 Mill. M. Kapital neugegründeten Bremer Liquidationskasse A.-G. ein. Die Bank ist an der Insolvenz der Londoner Kopra-Firma Finkler & Co. beteiligt. Legt 4 Mill. M. 4 % Darmstädter Stadtanleihe à 94 % zur Zeichnung auf und erwirkt die Zulassung zur Frankfurter Börse. Bietet für 3 Mill. M. 4 % Anleihe der Stadt Mülhausen 93,02 % (den Zuschlag erhält eine von dem Bankhaus J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. M., geführte Gruppe à 93,42 %). Erwirkt die Zulassung von 1,5 Mill. M. 4 % Herner Stadtanleihe zur Berliner und 30 Mill. M. jg. Hapag-Aktien zur Frankfurter Börse.

Dresdner Bank. Erhält den Zuschlag auf 8 Mill. M. 4 % Mainzer Stadtanleihe à 93,28 % (vgl. auch Deutsche Bank), die à 94,30 % zur Zeichnung aufgelegt wird. Uebernimmt (mit der Allg. Deutschen Credit-Anstalt, Leipzig) 2 Mill. M. 4 % Anleihe des Elektrizitäts-Verbandes Weißenfels-Zeitz. Direktor Meiners (Filiale Ausgburg) scheidet aus; an seine Stelle tritt Assessor Riemer. Das frühere Vorstandsmitglied Geh. Oberfinanzrat Müller scheidet aus der Berliner Handelskammer aus.

Darmstädter Bank. Uebernimmt die Mainzer Bankfirma Schmitz, Heidelberger & Co., die unter der Leitung des bisherigen Inhabers Lange und des Freiherrn v. Haller (bisher Filiale Neustadt, Hardt) als Filiale weitergeführt wird. Errichtet in Senftenberg eine Depositenkasse. Die Generalversammlung der der Bank nahestehenden Heldburg A.-G. genehmigt den vorgeschlagenen Ankauf der dem Fürsten-Konzern gehörigen Werke Reichskrone, Richard, Burggraf und Bernsdorf. Die Transaktion wird in der Presse vielfach kritisiert. Die Bank übernimmt 5 Mill. M. 5 % Oblig. der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron (die zu pari aufgelegt werden sollen); ferner 7 Mill. M. 4 % Offenbacher Stadtanleihe à 92,85 % (à 93,75 % zur Zeichnung aufgelegt). Direktor Bodenheimer lehnt eine Wiederwahl in den Aufsichtsrat der J. P. Bemberg A.-G. ab. Der Filiale Frankfurt wird eine Abteilung für Werte ohne Börsennotiz angegliedert. Die Bank erwirkt die Zulassung von 8 Mill. M. 5 % Obligationen der Elektr.-A.-G. vorm. A. Lahmeyer & Co. und 5 Mill. M. 4 % Obligationen der Hessischen Eisenbahn-A.-G. zur Frankfurter Börse.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Uebernimmt konsortialiter 10 Mill. M. 4 % Magdeburger Stadtanleihe à 95,13 % (à 96,30 %

Digitized by Google

zur Zeichnung aufgelegt). Legt 2 Mill. M. 5 % Hyp.-Oblig. der Bergwerks-Gesellschaft Trier (Gesamtbetrag 10 Mill. M.) à 98,50 % zur Zeichnung auf. Erhält konsortialiter den Zuschlag auf 3 Mill. M. 4 % Anleihe der Stadt Mülhausen à 93,42 %.

Berliner Handels-Gesellschaft. Gehört dem von der Pester Ung. Commerzialbank geführten Konsortium an, das der bulgarischen Regierung einen Vorschuß von 11 Mill. Fr. gewährt. Dr. Sintenis tritt in den Aufsichtsrat der Kolonialen Bergbaugesellschaft ein. In der Klagesache eines Aktionärs der Niederdeutschen Bank gegen die B. H. G. ordnet das Landgericht eine weitere Beweiserhebung an. In dem Prozeß der Bank gegen das Baroper Walzwerk (vgl. Oktoberheft 1913) wird ein neuer Termin anberaumt.

Commerz- und Disconto-Bank. Gehört dem von der Pester Ungar. Commerzialbank geführten Konsortium an, das der bulgarischen Regierung einen Vorschuß von 11 Mill. Fr. gewährt. Erhält konsortialiter den Zuschlag auf 3 Mill. M. 4 % Anleihe der Stadt Mülhausen à 93,42 %. Die der Bank nahestehende Hanseatic Bank Ltd., Hamburg und London, verteilt eine Dividende von wieder 8 %.

Nationalbank für Deutschland. Gehört dem bei Berl. Hand.-Ges. erwähnten, von der Pester Ungar. Commerzialbank geführten Bulgaren-Konsortium an; ferner dem von der Darmstädter Bank (vgl. diese) geführten Uebernahme-Konsortium für 7 Mill. M. 4 % Offenbacher Stadtanleihe. Die von der Bank konsortialiter übernommene 4 % Hagener Stadtanleihe ist freihändig placiert worden, so daß sich eine Zeichnungsaufforderung erübrigt. Die Bank bietet für die Obligationen der insolventen Ver. Dampfziegeleien 15 %; das Angebot wird von einem Teil der Besitzer akzeptiert. Stellvertretender Direktor Abraham feiert sein 25 jähriges Dienstjubiläum.

Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Dr. Weber tritt in den Aufsichtsrat der Wittkop A.-G. ein. Direktor Fr. Reinhart wird in den Börsenvorstand der Frankfurter Börse gewählt.

A.-G. für Boden- und Kommunalkredit in Elsaß-Lothringen, Straßburg. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 188.30 (31. 12. 1912: 186,43), Komm.-Darlehen 11,40 (11,28), Hyp.-Obligationen 183.64 (181,58), Komm.-Obligationen 10,11 (10,29) Mill. M.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Uebernimmt 5 Mill. M. 5% Obligationen der Landkraftwerke Leipzig A.-G. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 8,98 (31. 12. 12: 9,46), Pfandbriefe 6,22 (6,76) Mill. M. Die Bank erwirkt die Zulassung von 0,3 Mill. M. jg. Aktien der Oberlausitzer Bank und 0,75 Mill. M. Oskar Schimmel-Aktien zur Berliner Börse.

Gebr. Arnhold, Dresden. Uebernehmen konsortialiter 7 Mill. Mark 4 % Offenbacher Stadtanleihe à 92,85 % (à 93,75 % zur Zeichnung aufgelegt), ferner 3 Mill. M. 4 % Pfandbriefe des Brandenburgischen Pfandbriefamts für Hausgrundstücke.

Bank des Berliner Kassenvereins. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 1,20 (i. V. 1,04) Mill. M., der Reingewinn 0,77 (i. V. 0,68) Mill. M., die Dividende 8 % (i. V. 7 %). Der Inkassoverkehr ist von 24,6 auf 20,5 Milliarden M. zurückgegangen, die Gesamtumsätze von 72,4 auf 66 Milliarden M., die Ultimoeinlieferungen im Verhältnis zum Gesamtverkehr von 35½ % auf 31 %. Der Durchschnitts-Zinssatz für Ultimo-Darlehen betrug im Jahre 1913 5,75, 1912 5,09, 1911 4,52 %.

Bank für Chile und Deutschland, Hamburg. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 6 %.

Bank Zwiazku Spólek Zarabkowych, Posen. Die Bank errichtet in Bochum eine Zweigniederlassung für das polnische Element im Industrierevier.

Digitized by Google

Barmer Kreditbank. Die Bank wird voraussichtlich eine Dividende von wieder 6 % verteilen.

Baß & Herz, Frankfurt a. M. Erwirken die Zulassung von 2,5 Mill. M. 4½ % Obligationen der Hessischen Eisenbahn-Gesellschaft, 1,5 Mill. M. jg. Aktien der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke und 1,5 Mill. M. Aktien des Brauhauses Essen zur Frankfurter Börse.

Bayerische Bodenkredit-Anstalt, Würzburg. Schlägt eine Dividende von 6 % vor (i. V. 4 %). Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 137,51 (31. 12. 12: 137,62), Pfandbriefe 133,40 (133,50) Mill. M.

Bayerische Handelsbank, München. Hat sich der Stadt Düsseldorf gegenüber zur Gewährung der ersten Hypothek auf alle diejenigen Düsseldorfer Hausgrundstücke verpflichtet, bei denen das städtische Hypothekenamt die zweite Hypothek gewährt. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken und Komm.-Darlehen 410,11 (31. 12. 12: 397,93), Pfandbriefe und Komm.-Obligationen 397,77 (388,30) Mill. M. Freiherr von Pechmann löst seine Beziehungen zum „Preußenbund", weil eine briefliche Aeußerung von ihm auf der Tagung des Bundes entstellt wiedergegeben worden ist.

Bayrische Hypotheken- und Wechselbank, München. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 1162,33 (31. 12. 12: 1146,41), Pfandbriefe 1155,48 (1133,21) Mill. M. Die Bank übernimmt konsortialiter 10 Mill. M. 4% Anleihe der Stadt München à 93,25 % (à 94,25 % zur Zeichnung aufgelegt). Erwirbt in München ein Gebäude, in dem sie eine Depositenkasse eröffnen wird. Die beiden Bankdiebe, die im Oktober 1913 im Kassenraum der Bank einen Raubüberfall ausgeführt hatten (vgl. Novemberheft), werden zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Bayerische Treuhand-A.-G., München. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 5 %.

Bayrische Vereinsbank, München. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 485,35 (31. 12. 12: 484,75), Komm.-Darlehen 7,09 (7,09), Pfandbriefe 478,56 (473,17), Komm.-Obligationen 6,05 (5,76) Mill. M. Die Bank erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 5 Mill. M. 4 % Hyp.-Obligationen.

Berliner Hypothekenbank. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 243,25 (31. 12. 12: 240,92), Komm.-Darlehen 16,90 (15,91), Pfandbriefe 232,92 (228,30), Komm.-Obligationen 16,38 (15,54) Mill. M.

S. Bleichröder, Berlin. Auf Vorstellungen des Bankhauses und der Banco Nacional in Mexico übermittelt die mexikanische Regierung trotz der angekündigten Einstellung des Zinsendienstes der Anleihen die Januar-Rate für den Anleihedienst. Das Wolffsche Telegraphenbureau dementiert die im Reichstag aufgestellte Behauptung, daß das an ihm finanziell beteiligte Bankhaus einzelne Depeschen vor ihrer offiziellen Publikation erhalten habe.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 205,93 (31. 12. 12: 206,97), Pfandbriefe 201,61 (202,76) Mill. M.

Bremer Bank für Handel und Gewerbe. Erwirkt die Zulassung von 1 Mill. M. 5% Hyp.-Obligationen der Bremen-Besigheimer Oelfabrik zur Bremer Börse.

Chemnitzer Bankverein. Die Bank verteilt voraussichtlich wieder 6 % Dividende.

Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 5 %.

Deutsche Afrika-Bank, Hamburg. Die Dividende pro 1913 wird voraussichtlich wieder 8 % betragen.

Digitized by Google

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 345,65 (31. 12. 12: 349,79), Pfandbriefe 332,90 (332,11) Mill. M.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 2,82 (i. V. 2,74) Mill. M., der Reingewinn 1,75 (1,74) Millionen M., die Dividende (wie seit 9 Jahren) 8 %. Die Bank erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß die Krisis auf dem Grundstücksmarkt ihren Höhepunkt wahrscheinlich überschritten habe, ferner, daß eine Einschränkung der Bautätigkeit für große Wohnungen in Berlin immer noch wünschenswert sei. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 285,69 (31. 12. 12: 277,88), Komm.-Darlehen 28,93 (25,50), Pfandbriefe 274,52 (266,20), Komm.-Obligationen 25,56 (24,18) Mill. M.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 5,28 (i. V. 4,43) Mill. M., der Reingewinn 3,12 (2,86), die Dividende wieder 7 pCt. Die Bank war im Jahre 1913 an 161 (146) Zwangsversteigerungen beteiligt. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 587,35 (31. 12. 12: 587,27), Pfandbriefe 562,58 (562,02) Mill. M.

Deutsche Nationalbank Komm.-Ges. a. A., Bremen. Erwirkt die Zulassung von 2,5 Mill. M. 5 % Hyp.-Obligationen der Metallwerke Unterweser zur Bremer Börse.

Deutsche Palästina-Bank, Berlin. Die Bank ist infolge der Liquidation des ihr nahestehenden Fürstentrusts (Handelsvereinigung) zu einer Dividendenreduktion von 7 % auf 5 % gezwungen.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Erwirkt die Zulassung von 1 Mill. M. Aktien der Fuchs-Waggonfabrik zur Frankfurter Börse.

Deutsch-Ostafrikanische Bank, Berlin. Die Dividende pro 1913 wird voraussichtlich etwas mehr als die vorjährige (6½ %) betragen.

Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 5 %.

Frankfurter Hypothekenbank. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 534,81 (31. 12. 12: 540,72), Komm.-Darlehen 8,98 (8,67), Pfandbriefe 509,56 (512,90), Komm.-Obligationen 4,43 (4,71) Mill. M.

Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein. Die Dividende soll (entgegen der im Dezemberheft gegebenen Schätzung) von 8 % auf 8½ % erhöht werden. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 378,74 (31. 12. 12: 385,20), Pfandbriefe 364,81 (368,53) Mill. M.

Grundkredit-Bank, Königsberg. Verteilt aus 0,18 (i. V. 0,08) Millionen M. Reingewinn eine Dividende von 9 % (i. V. 6½ %). Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 6,26 (31. 12. 12: 6,44), Pfandbriefe 5,08 (5,47) Mill. M.

Hannoversche Bank. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 5,52 (i. V. 5,24) Mill. M., der Reingewinn 4,09 (3,65) Mill. M., die Dividende wieder 7½ %, an der 36 Mill. M. Aktien voll partizipieren (i. V. 6 Mill. M. neue Aktien nur auf drei Monate).

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 52,58 (31. 12. 1912: 53,43), Pfandbriefe 50,90 (51,75) Mill. M.

Hanseatische Bank in Konk., Hamburg. Eine Anzahl Teilschuldverschreibungen der Springer Kalkwerke A.-G., an der die Bank interessiert ist, erzielen bei einer Zwangsversteigerung nur 2 M. pro Stück.

Hessische Landeshypothekenbank, Darmstadt. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 117,24

Digitized by Google

(31. 12. 1912: 110,39), Komm.-Darlehen 54,99 (50,06), Hyp.-Obligationen 115,69 (109,11), Komm.-Obligationen 51,39 (48,90) Mill. M.

Hildesheimer Bank. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 2,52 (i. V. 2,46), der Reingewinn 1,50 (i. V. 1,48) Mill. M., die Dividende wieder 9 pCt. Die Bank erklärt in ihrem Bericht, daß durch die Kreditrestriktionen des vergangenen Jahres das ganze Kreditwesen auf eine gesündere Basis gestellt worden wäre.

Hypothekenbank in Hamburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,53 (i. V. 4,92) Mill. M., die seit sechs Jahren gezahlte Dividende von 9 % wird auf 10 % erhöht. Die Bank bezeichnet im Geschäftsbericht den Uebergang einiger Hypothekenbanken zum 4½ proz. Pfandbrieftypus als falsch, da eine Deklassierung der 4 proz. Pfandbriefe die Folge sei. Die Zahl der Zwangsversteigerungen ist weiter von 68 auf 87 gestiegen. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 553,22 (31. 12. 12: 551,16), Pfandbriefe 530,70 (535,40) Mill. M.

Kieler Bank. Ist voraussichtlich zu einer Dividendenreduktion von 6 % auf 4 % gezwungen (i. V. von 7 % auf 6 %).

Königl. Bayerische Bank, Nürnberg. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kassenbestand 11,58 (i. V. 10,95), Wechsel 147,26 (126,29), Debitoren 131,51 (130,64), Lombarddarlehen 13,43 (15,73), Kreditoren 211,43 (175,58), Depositen 63,76 (64,64) Mill. M. bei einem Reserve- und Dotationskapital von 57,73 (54,99) Mill. M.

Landwirtschaftliche Hypothekenbank, Frankfurt am Main. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 3,61 (31. 12. 12: 4,15), Pfandbriefe 2,76 (3,36) Mill. M.

Landwirtschaftsbank für Südwestafrika. Gewährt bis auf weiteres Hypothekar-Darlehen à 6 %.

Leipziger Hypothekenbank. Verteilt aus einem Reingewinn von 1,48 (i. V. 1,45) Mill. M. eine Dividende von wieder 8 %. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 196,48 (31. 12. 12: 196,54), Pfandbriefe 185,80 (185,42) Mill. M.

Lübecker Privatbank. Verteilt aus 0,29 (i. V. 0,24) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 7½ %.

Maklerbank, Hamburg. Wird voraussichtlich wieder 10 % Dividende verteilen.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 130,35 (31. 12. 12: 134,43), Pfandbriefe 119,41 (122,47) Millionen M.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 10,80 (31. 12. 12: 11,12), Pfandbriefe 9,66 (10,08) Mill. M.

Mendelssohn & Co., Berlin. Mitinhaber Robert v. Mendelssohn erleidet einen Automobilunfall.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 50,37 (31. 12. 12: 53,83), Rentendarlehen 27,92 (27,13), Pfandbriefe 48,57 (49,78), Rentenbriefe 23,53 (24,31) Mill. M.

Carl Neuburger, Komm.-Ges. a. A. in Liqu., Berlin. Die Klage der Firma gegen die Handelsvereinigung auf Rückgabe von 0,29 Mill. M. Aktien und 2,80 Mill. M. Obligationen der Niederlausitzer Kohlenwerke wird vom Landgericht abgewiesen. Der Liquidator will Berufung einlegen.

Niederdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. A. in Konk. in Dortmund. Der frühere Direktor Ohm hat die gegen das erstinstanzliche Urteil (vgl. Dezemberheft) eingelegte Revision in einigen Punkten zurückgezogen.

Digitized by Google

Niederlausitzer Bank, Kottbus. Verteilt eine Dividende von wieder 6½ %.

Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg. Errichtet in Bütow (Bez. Köslin) eine Depositenkasse.

Norddeutsche Grund-Credit-Bank, Weimar. Verteilt aus 0,71 (i. V. 0,69) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6 %. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 99,46 (31. 12. 12: 99,87), Pfandbriefe 96,47 (96,40) Mill. M.

Oberlausitzer Bank, Zittau. 1,3 Mill. M. jg. Aktien werden zur Dresdner Börse zugelassen.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Die Bank verteilt voraussichtlich wieder 7 % Dividende.

Ottensener Bank. Schlägt eine Dividende von wieder 8 % vor.

Pfälzische Bank, Ludwigshafen. Errichtet in St. Ingbert eine zur Filiale Saarbrücken ressortierende Depositenkasse.

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 470,40 31. 12. 12: 466,11), Komm.-Darlehen 4,26 (3,85), Pfandbriefe 449,15 (445,83), Komm.-Obligationen 3,62 (1,14) Mill. M. Die Bank erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 2 Mill. M. 4% Hyp.-Obligationen.

Preußische Boden-Credit-Actien-Bank, Berlin. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 435,78 (31. 12. 12: 443,42), Pfandbriefe 417,72 (422,36) Mill. M.

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 817,14 (31. 12. 12: 832,95), Komm.-Darlehen 183,33 (184,74), Pfandbriefe 796,89 (802,88), Komm.-Obligationen 179,14 (179,50) Mill. M. Direktor Schwartz kandidiert ohne Erfolg bei der Wahl zur Berliner Handelskammer gegen Komm.-Rat Haberland (vgl. unter „Umschau").

Preußische Hypotheken-Actien-Bank, Berlin. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 351,17 (31. 12. 12: 358,92), Komm.-Darlehen 26,04 (25,55), Pfandbriefe 322,04 (334,00), Komm.-Obligationen 24,79 (23,10) Mill. M.

Preußisches Leihhaus A.-G., Berlin. In dem Geschäftsgebäude des Instituts wird ein Einbruch verübt. Die Diebe rauben Geld und Wertgegenstände.

Preußische Pfandbrief-Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,68 (i. V. 3,54) Mill. M., die Dividende wieder 8 %. Die Zahl der Zwangsversteigerungen betrug 73 (62). Die Bank stellt 8 Mill. M. 4 % Hypoth.-Oblig. freihändig zum Verkauf. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 342,50 (31. Dezember 1912: 345,04), Komm.-Darlehen 94,28 (90,59), Kleinbahndarlehen 7,27 (7,31), Pfandbriefe 326,37 (330,78), Komm.-Obligationen 93,49 (89,86), Kleinbahn-Obligationen 5,04 (5,29) Mill. M.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Bank, Geh. Komm.-Rat Reiß, ist gestorben. Die Bank erwirkt die Zulassung von 1 Mill. M. jg. Fuchs-Waggonfabrik-Aktien zur Mannheimer Börse.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 596,54 (31. Dezember 1912: 577,57), Komm.-Darlehen 20,42 (14,70), Pfandbriefe 572,12 (558,70), Komm.-Obligationen 16,02 (9,21) Mill. M. Der frühere langjährige Direktor der Bank, Geh. Komm.-Rat Reiß, ist gestorben. 5 Mill. M. 4 % Komm.-Obligationen und 20 Mill. M. 4 % Pfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen.

Digitized by Google

Rheinisch-Westfälische Bodencredit-Bank, Köln. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 3,47 (i. V. 3,54) Mill. M., der Reingewinn 2,82 (2,80) Mill. M., die Dividende wieder 8½ %. Nach dem Geschäftsbericht hat das Institut im Jahre 1913 den Erwerb neuer Hypotheken zeitweise eingestellt. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 278,56 (31. 12. 12: 277,52), Pfandbriefe 267,70 (272,14) Mill. M.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft, Aachen. Tritt in das in eine Kommanditgesellschaft umgewandelte Kölner Bankhaus Deichmann & Co. als Kommanditistin ein. Direktor Thomas tritt in den Aufsichtsrat der Rheinischen Portland-Zementwerke ein, deren Aktienmajorität in den Besitz des Süddeutschen Zementverkaufskontors übergegangen ist.

Sächsische Bodenkredit-Anstalt, Dresden. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,29 (i. V. 1,19) Mill. M., die Dividende wieder 7 %. Die Zwangsversteigerungen sind von 8 auf 14 gestiegen. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 182,17 (31. 12. 12: 178,99), Pfandbriefe 176,07 (174,00) Mill. M.

Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank, Breslau. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 460,77 (31. 12. 12: 468,58), Komm.-Darlehen 13,72 (13,72), Pfandbriefe 447,32 (452,15), Komm.-Obligationen 11,93 (12,42) Mill. M.

Schleswig-Holsteinische Bank, Husum. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich wieder 11 %.

Schröder & Co., Gebrüder, Hamburg. Legen 4,2 Mill. £ 5 % Schatzscheine des Staates Sao Paulo à 97 % zur Zeichnung auf.

Schwarzburgische Hypothekenbank, Sondershausen. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 63,61 31. 12. 12: 64,98), Pfandbriefe 62,76 (63,64) Mill. M.

St. Pauli-Credit-Bank. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 16 %.

Süddeutsche Bodencreditbank, München. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 509,17 (31. Dezember 1912: 506,93), Pfandbriefe 492,08 (490,68) Mill. M.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Errichtet in Baden-Baden eine Zweigniederlassung.

Vereinsbank in Hamburg. Legt konsortialiter 11.25 Mill. M. (10 Mill. Kr.) 4½ % Pfandbriefe der Hypothekenbank des Königreichs Norwegen à 97,25 % zur Zeichnung auf.

Vereinsbank in Nürnberg. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 12 %. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 338,00 (31. 12. 12: 338,98), Pfandbriefe 330,80 (329,23) Mill. M.

Westdeutsche Bodencreditanstalt, Köln. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 122,16 (31. Dezember 1912: 123,40), Pfandbriefe 112,17 (114,76) Mill. M.

Württembergische Bankanstalt, vorm. Pflaum & Co., Stuttgart. Ministerialrat Dr. Hegelmaier tritt in die Direktion der Bank ein.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Registerhypotheken 213,36 (31. 12. 12: 209,41), Pfandbriefe 195,31 (192,45) Mill. M.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Per 31. Dezember werden ausgewiesen: Registerhypotheken 42,98 (31. 12. 12: 46,09), Pfandbriefe 42,74 (43,80) Mill. M.

Zahlungseinstellungen usw. Hanseatische Bank, Hamburg, Carl Neuburger, Berlin, und Niederdeutsche Bank, Dortmund, vergleiche oben. — Die Weißenseer Bank e. G. m. b. H., die sich seit Mai 1913 in Zahlungsschwierig-

Digitized by Google

keiten befand, geht nach vielen vergeblichen Sanierungsversuchen in Konkurs. Die Gemeinde Weißensee ist an dem Konkurs mit 1,6 Mill. M. beteiligt, aber angeblich ganz gedeckt. — Die Breslauer Bankfirma Max Hilb geht in Konkurs. Die Passiva betragen 0,18, die Aktiva 0,08 Mill. M. — Infolge des Zusammenbruchs der Holzhandlung Mason, Memel, geht die Memeler Bankfirma K. Hirschberger in Konkurs. — Der Bankverein Zeulenroda in Liqu. geht in Konkurs. — Die Gläubiger der Bonner Volksbank in Konk., die bereits 80 % ihrer Forderungen erhalten haben, werden voraussichtlich voll befriedigt werden. — Im Konkurs der Eisenacher Bankfirma Strauß & Heberlein beträgt die Quote 6 %. — Im Konkurs des Bankiers Haagen, Augsburg, wird eine Abschlagsquote von 10 % verteilt. — Die Gläubiger der Marienburger Privatbank in Konk. werden voraussichtlich noch eine Restquote von 3 bis 4 % erhalten (bisher wurden 24 % verteilt). — Der Kaufmann Gerken, der 1912 die Oldenburgische Bank A.-G. mit 0,10 Mill. M. gegründet hatte, die aber nach kurzem Bestehen zusammenbrach, wird wegen Betruges und Vergehens gegen das Handelsgesetz zu einer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt. — Die kleine Bankfirma Louis David, Prenzlau, stellt ihre Zahlungen ein. — Die Gläubiger des in Konkurs gegangenen Berliner Bankiers Angreß (von der Firma Angreß & Sponholz) erhalten im Vergleichswege 15 %. — Der Generalversammlung der Bendorfer Volksbank wird Weiterführung der Geschäfte oder Liquidation vorgeschlagen. (Vgl. Januarheft S. 76.)

Die ausländischen Banken im IV. Quartal 1913.

III. Frankreich.

Banque de France. Der Diskontsatz bleibt auch während des vierten Quartals und damit während des ganzen Jahres 1913 unverändert 4 %. Die Bank verteilt eine Semestral-Dividende von 100 Fr. = 200 Fr. p. a. (i. V. 160 Fr.). Eröffnet in Clichy, Dinan und Tarare Hilfsbureaus.

Sparkassen. Am Ende des Jahres 1882, in dem die Nationalsparkasse ihre Tätigkeit in Frankreich, Algier, Tunis usw. aufgenommen hat, betrug das Guthaben der Sparer sämtlicher französischen Sparkassen 1802,4 Mill. Fr.; Ende 1911 betrug die Anzahl der Sparbücher 14 382 255, das Guthaben der Sparer 5618,3 Mill. Fr. Der größte Teil der Sparbücher (4 852 364) entfiel auf solche mit Einlagen von 20 Fr. und darunter; 2 685 683 Sparbücher lauteten über einen Betrag von 21 bis 100 Fr.

Die Depositen (befristete und täglich kündbare) der fünf größten französischen Banken, nämlich des Crédit Foncier, des Crédit Lyonnais, der Société Générale, des Comptoir National d'Escompte und des Crédit Industriel betrugen Ende Oktober 1901 1409, 1905 2040, 1908 2211, 1912 2461 und 1913 2603 Mill. Fr.

Die Zulassungen in- und ausländischer Effekten zum offiziellen Handel der Pariser Börse im Jahre 1913 erreichten nach dem „Rentier" nominal 3306 (i. V. 3835) Mill. Fr., wovon 1701 (2124) auf französische und 1605 (1711) Mill. Fr. auf ausländische Werte entfielen. Der Kurswert dieser Papiere betrug 3790 (4487), ihr Kurs Ende Dezember 1913 3751 (Dezember 1912 4398) Mill. Fr.

Börsenorganisation. Die Chambre Syndicale des Agents de Change de Lyon weigert sich, die 3 Mill. Fr. betragenden Verbindlichkeiten eines in Konkurs gegangenen Mitgliedes, des Maklers Girinon, zu übernehmen. Nach dem Gesetz erstreckt sich die solidarische Haftung nur auf solche Maklerkammern, die mindestens 40 Mitglieder zählen; demnach untersteht allein die Pariser Börse dem Gesetz, doch haben die anderen Kammern bisher freiwillig die gleiche Verpflichtung auf sich genommen.

Digitized by Google

Reform der Produktenbörsen. Zwei Bestimmungen des Gesetzentwurfes über die Reglementierung der Warenbörsen erregen in den interessierten Kreisen besondere Mißstimmung. Einmal soll die Verleitung zu Terminspekulationen, sofern sie durch Zirkulare, Agenten oder ähnliche Mittel erfolgt, mit Gefängnis- und Geldstrafe geahndet werden. Ferner werden die Makler bei Strafe von 500 bis 3000 Fr. angewiesen, Terminverkäufe, die sie außerhalb der Börse vornehmen, künftig bei den Börsen einschreiben zu lassen.

Drei Schwindelbankiers, die Besitzer der ad hoc gegründeten Banque française d'Escompte, welche die Gelder ihrer Kunden unterschlagen haben, werden verhaftet.

Rochette-Affaire. Auf die Anfrage eines Abgeordneten, wann die Auslieferung des nach Mexiko geflüchteten Rochette erfolgen würde, erklärt der Minister des Aeußeren, daß Rochettes Verhaftung noch nicht habe erfolgen können.

Banque de Bordeaux. Verteilt eine Abschlagsdividende von 15,50 Fr. pro Aktie (i. V. 12,50 Fr. bei einer Jahresdividende von 30 Fr. = 6 %).

Banque de l'Union Parisienne, Paris. Verteilt eine Abschlagsdividende von 15 Fr. = 3 % pro Aktie. Unter Mitwirkung der Bank wird u. a. die Société Française d'Entreprises Industrielles et Commerciales en Chine mit 1 Mill. Fr. Kapital errichtet.

Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris. Plant die Einführung der Aktien der Königl. Holländischen Petroleum-Gesellschaft an der Pariser Börse. Die St. Louis and San Franzisco-Bahn, deren Obligationen die Bank in Frankreich placiert hat, kommt unter Receiverschaft. Die Bank legt 63,49 Mill. Fr. 4½ % Obligationen der Schwarzen Meer-Bahn und 121,73 Mill. Fr. 4½ % Obligationen der Semiretschinsk-Eisenbahn (Turkestan), beide à 94.50 %, zur Zeichnung auf. Die zum Konzern der Bank gehörigen Forges et Aciéries du Nord et de l'Est verteilen pro 1912/13 eine Dividende von wieder 18 %. Die Bank legt 4,17 Mill. Fr. neue Aktien der Société Norvégienne de l'Azote à 113 % zur Zeichnung auf und ist bei der Gründung der Société Française d'Entreprises industrielles et commerciales en Chine (1 Mill. Fr. Kap.) beteiligt. Bietet 4,5 Mill. Fr. neue Aktien der Compagnie Générale des Automobiles de Livraison deren Aktionären à 120 % an. Die zum Konzern der Bank gehörigen Ateliers et Chantiers de la Loire verteilen eine Dividende von wieder 15 %. Mit Hilfe der Bank (und der Société Générale) placiert die Compagnie Auxiliaire des Chemins de Fer au Brésil 20 Mill. Fr. 6 % Bonds.

Banque Française pour le Commerce et l'Industrie, Paris. Der Reingewinn pro 1912/13 beträgt 6,18 (i. V. 6,13) Mill. Fr., die Dividende wieder 6 %. Im abgelaufenen Jahr haben unter Mitwirkung der Bank die Tréfileries et Laminoirs du Havre, die Société des Grands Travaux de Marseille und die Compagnie Générale d'Electro-Chimie de Bozel ihr Kapital erhöht.

Banque Périer & Cie, Paris. Gewährt der türkischen Regierung einen Vorschuß von 100 Mill. Fr., gegen Hergabe von 5 % Goldschatzscheinen und gegen Erteilung einer Eisenbahn-Konzession für die Linie Smyrna-Dardanellen an die der Bank nahestehende Omnium d'Entreprises.

Banque Privée, Lyon-Marseille. Zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrats der Bank wird der bisherige Administrateur der Maroccanischen Staatsbank, Gaston Guiot, ernannt.

Comptoir National d'Escompte, Paris. Verhandelt wegen Uebernahme einer griechischen Anleihe. Eröffnet zwei weitere Wechselstuben in Paris (rue de Belleville und Boulevard Raspail), mit denen die Anzahl der Niederlassungen in Paris und Umgebung auf 60 steigt. Führt das Konsortium, das 20 Mill. Fr. neue Aktien

Digitized by Google

der Compagnie Générale des Omnibus übernimmt, die deren Aktionären à 120 % angeboten werden.

Crédit Foncier de France, Paris. Der Reingewinn für die ersten neun Monate 1913 beträgt 16,05 (i. V. 15,20) Mill. Fr. Die Bank legt 150 Mill. Fr. unverlosbare 4 % Obligationen à 96 % zur Zeichnung auf. Aus dem Status per 31. Oktober 1913: Hypothekendarlehen 2721,39 (31. Oktober 1912: 2442,67), Kommunaldarlehen 2335,53 (2205,01), Hyp.-Oblig. 2493,53 (2285,04), Komm.-Oblig. 1885,62 (1805,90) Mill. Fr.

Crédit Français, Paris. Führt das Konsortium, das 5 Mill. Francs Vorzugsaktien der Compagnie de Navigation Süd-Atlantique übernimmt (die saniert werden muß und an die Compagnie Transatlantique übergeht). Der bisherige Direktor der Société Française de Banque et de Dépôts, Terrel, wird zum Generaldirektor, Vizepräsident Loste zum Administrateur délégué gewählt.

Crédit Industriel et Commercial, Paris. Die zum Konzern der Bank gehörige Union des Gaz verteilt pro 1912/13 eine Dividende von wieder 7½ %, die Société de Travaux, Dyle et Bacalan, bleibt wie im Vorjahre dividendenlos.

Crédit Lyonnais, Paris. Aus dem Status per 31. Oktober 1913: Kasse und Bankguthaben 155,89 (i. V. 188,00), Wechsel 1470,22 (1363,64), Darlehen und Reports 357,35 (447,16), Debitoren 725,28 (701,50), Depositen 929,40 (935,33), Kreditoren 1271,19 (1213,54), Akzepte 127,35 (155,13) Mill. Fr.

Crédit Mobilier Français, Paris. Der Reingewinn pro 1912/13 beträgt exkl. Vortrag 7,19 (i. V. 6,08) Mill. Fr., die Dividende wieder 35 Fr. pro Aktie = 7 % auf 80 Mill. Fr. Kapital (i. V. 60 Mill. Fr.). Aus der Bilanz per Ende Juni 1913: Kasse und Bankguthaben 34,50 (30. Juni 1912: 26,70), Wechsel 48,03 (34,58), Reports 16,88 (54,78!), Debitoren 92,91 (52,91), Depositen 43,81 (36,03), Kreditoren 75,67 (86,47), Akzepte 26,88 (14,80) Mill. Fr.

Société Auxiliaire de Crédit, Paris. Weist pro 1912/13 noch einen Reingewinn von 1,67 (i. V. 2,14) Mill. Fr. aus, bricht aber Anfang 1914 zusammen.

Société Centrale des Banques de Province, Paris. Das Gerücht von dem Rücktritt des Präsidenten Adam wird dementiert.

Société Générale, Paris. Der Reingewinn der ersten drei Quartale 1914 beträgt 17,73 (i. V. 14,84) Mill. Fr. Der bisherige Direktor Petit wird zum Administrateur ernannt, an seine Stelle tritt Herr Dubreuilt (der Vertreter der Bank im Aufsichtsrat der Russisch-Asiatischen Bank). Siehe ferner Banque de Paris et des Pays-Bas.

Société Lyonnaise de Dépôts, Lyon. Plant die Kommanditierung verschiedener in ihrem Geschäftsbereich gelegener Provinzialbanken.

Société Marseillaise de Crédit Industriel et Commercial, Paris. Verteilt eine Abschlagsdividende von 2½ %.

Société Nancéienne. Die Dividende für das am 30. November 1913 beendete Geschäftsjahr beträgt wieder 12 Fr. = 2,4 % pro Aktie.

Banque de l'Algérie, Paris. Der Reingewinn für das Jahr 1912/13 beträgt exkl. Vortrag 9,08 (i. V. 6,58) Mill. Fr., die Dividende 105 (85) Fr. = 21 % (17 %). Der Diskontsatz der Bank betrug im Durchschnitt des Geschäftsjahres 5,57 %, die Summe der diskontierten Wechsel 2,09 (i. V. 1,71) Milliarden Fr. Der Notenumlauf beträgt Ende November 214,96 Mill. Fr. bei einem Bestand an Kasse von 72,22, an Staatsrenten von 29,11 und an Wechseln von 326,20 Mill. Fr. Die dem Staat aus dem erhöhten Reingewinn zugeflossenen Gewinne werden zur Unterstützung der ländlichen Kreditgenossenschaften für langfristigen Kredit in Algier und ähnlichen Institutionen verwandt.

Digitized by Google

Banque de l'Indo-Chine, Paris. Die Dividende für das erste Semester 1913 beträgt 27,50 Fr. pro Aktie = 5½ % (i. V. 25 Fr.). Ende August 1912 beträgt der Notenumlauf 84,21, der Kassenbestand 62,27 und der Wechselbestand 92,84 Mill. Fr. Die Bank strengt gegen die Regierung eine Klage auf Zurückzahlung von 0,19 Mill. Fr. an. Dieser Betrag war bei der Bank von den Pächtern der Salzsteuer von Petchili als Sicherheit für gewährte Vorschüsse hinterlegt, von der Regierung aber eingezogen worden.

Banque Franco-Américaine, Paris, in Liqu. Die Obligationen der zum Konzern der Bank gehörigen California Idaho Co. werden notleidend.

Banque Hypothécaire Franco-Argentine, Paris. Der Reingewinn pro 1912/13 beträgt 6,31 (i. V. 3,64) Mill. Fr., die Dividende wieder 12 % auf 75 Mill. Fr. Kapital (i. V. 50 Mill. Fr. Kapital). Aus dem Status per Ende Juni 1913: Hypotheken-Darlehen 223,36 (30. Juni 1912: 190,32), Obligationen 219,80 (196,44) Mill. Fr.

Banque Industrielle de Chine, Paris. Gewährt der chinesischen Regierung ein Darlehen von 8 Mill. Fr.

Banque Transatlantique, Paris. Verteilt eine Abschlagsdividende von 6,25 Fr. = 2½ % pro Aktie.

Compagnie Algérienne, Paris. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um zunächst 12,5 auf 62,5 Mill. Fr. (vgl. Novemberheft 1913). Die Bank dementiert das Gerücht, wonach sie der bulgarischen Regierung einen größeren Vorschuß bewilligt haben sollte; erklärt, daß sie an der Insolvenz des Flugzeugfabrikanten Deperdussin (vgl. Novemberheft unter „Insolvenzen") nicht beteiligt sei.

Crédit Foncier d'Algérie et de Tunisie, Paris. Der Reingewinn für die ersten neun Monate 1913 beträgt 3,15 (i. V. 2,25) Mill. Fr.

IV. Russland.

Geldmarkt. Während des letzten Quartals 1913 herrscht auf dem russischen Geldmarkt eine fühlbare Anspannung, die sich namentlich im Oktober in der Steigerung des Wechseldiskontsatzes auf 6¾—7 % und des Satzes für tägliches Geld auf 7½—8 % ausspricht. Die Regierung führt sie auf das Uebermaß von Spekulationen und auf Treibereien einzelner Banken zurück. Von 1906 bis 1913 seien 1½ Milliarden Rbl. neue Aktien geschaffen worden. Im Dezember tritt eine Besserung ein.

Währung. Die russische Devise erfährt im Zusammenhang mit der gespannten Lage des Geldmarktes, der passiven Zahlungsbilanz (umfangreiche Getreideimporte und größere Rückzahlungen der Banken) im Dezember einen Rückgang bis auf 214,75 M. für 100 Rbl. (Parität 216 M.).

Russische Staatsbank. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals und damit während des ganzen Jahres unverändert 6 %. Der „Golos Moskwy" rügt, daß die Bank sich immer mehr zu einer Bank der Banken entwickele und indirekt die Börsenspekulation fördere. Ein Geldtransport der Bank nach Baku wird um 0,15 Mill. Rubel beraubt. Die Täter werden verhaftet.

Staatssparkassen. Der Einlagenbestand beträgt am 1. November 1913 1626,7 Mill. Rbl.

Aktienwesen. Der Duma soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die Konzessionspflicht der Aktiengesellschaften abschafft und durch Normativbestimmungen ersetzt. Kapitalserhöhungen und Obligations-Ausgaben sollen künftig nur nach Vollzahlung des Nominalkapitals erfolgen können; der Gesamtbetrag der Obligationen soll

Digitized by Google

nicht über 3/4 des Effektivwerts der Immobilien und nicht über 2/3 des Eigenkapitals (Aktienkapital und Reserven) hinausgehen.

Bankgründungen. Das Bankhaus Wilh. Landau in Sosnowice wird unter der Firma „Commerzbank Wilh. Landau" in eine Akt.-Ges. mit 5 Mill. Rbl. Kapital umgewandelt. — In Wiborg wird teilweise mit französischem Kapital die Errichtung einer neuen Handels- und Hypothekenbank beabsichtigt.

Regierung und Banken. Auf Veranlassung der Kreditkanzlei bilden die großen Petersburger und Moskauer Banken ein Interventionssyndikat, das die Kurse der von den Banken emittierten und kontrollierten Effekten stützt; die Staatsbank gewährt den Banken entsprechend reichlicheren Kredit. Die Haltung der Regierung in dieser Frage wird in der Presse scharf kritisiert; die Regierung habe sich von den Banken benutzen lassen, um „gutes Börsenwetter" für die Neuemissionen der Banken zu machen.

Das Diskontgeschäft der russischen Aktien-Handelsbanken machte Ende 1912 1452,6 Mill. Rbl. aus. Davon entfielen auf die Petersburger Banken 927,2 Mill. Rbl. = 63,8 % der diskontierten Wechsel, auf die Moskauer Banken 21,2 % und auf die Provinzbanken 15 %. Im Darlehnsgeschäft, das 1419,0 Mill. Rbl. umfaßt, verschiebt sich das Verhältnis noch mehr zugunsten der Petersburger Banken, die für 1050,7 Mill. Rbl. = 74 % Darlehen gewährten, während auf die Moskauer Banken nur 292,2 Mill. Rbl. = 20,6 % und auf die Provinzbanken 76,2 = 5,4 % entfallen.

Börse und Regierung. Um den Geldmarkt zu entlasten, untersagt die Regierung die Börseneinführung von Aktien neugegründeter Unternehmungen.

Asow-Don-Kommerzbank, Petersburg. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 10 auf 50 Mill. Rbl.; 2 Mill. Rbl. dienen zur Erwerbung der 5 Mill. Rbl. Aktien der Kiewer Privat-Kommerzbank (vgl. Novemberheft 1913), 8 Mill. Rbl. werden den Aktionären der A. D. K. à 150 % angeboten.

Commerzbank, Tiflis. Erhöht ihr Kapital um 3 auf 6 Millionen Rubel. Die neuen Aktien werden den Aktionären à 165 % angeboten.

Handelsbank in Lodz. Die Dividende pro 1913 wird voraussichtlich 11 % betragen. Der Septemberausweis 1913 zeigt auf Scheck- und Depositenkonto gegen das Vorjahr einen Rückgang (von 18,46 auf 16,71 Mill. Rbl.), der aber nicht auf die ungünstige Lage der Lodzer Manufakturwarenindustrie zurückzuführen sein soll, sondern auf Abhebungen polnischer Städte und Eisenbahnen.

Moskauer Bank. Erwirbt im Zentrum von Petersburg ein Gebäude für ihre dortige Filiale.

Moskauer Privathandelsbank. Die 5 Mill. Rbl. alten Aktien der Bank werden zur Pariser Börse (auf Antrag des Crédit Mobilier) zugelassen.

Petersburger Disconto-Bank. Nach dem Ergebnis der drei ersten Quartale soll eine Dividende von wieder 12 % zu erwarten sein.

Petersburger Internationale Handelsbank. Erhöht ihr Kapital um 12 auf 60 Mill. Rbl. Die neuen Aktien werden den Aktionären à 172 % angeboten. Die Dividende pro 1913 wird auf wieder 13,6 % geschätzt. Die Bank plant die Errichtung einer Filiale in Genf. Die zum Konzern der Bank gehörige Russische Gesellschaft Hartmann (Tochtergesellschaft der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Hartmann) plant eine Kapitalserhöhung.

Rigaer Commerzbank. Errichtet eine Filiale in Arensburg. Aus der Bilanz per 31. Oktober 1913: Kasse und Bankguthaben 3,38

Digitized by Google

(31. Oktober 1912: 2,99), Wechsel 53,57 (52,98), Debitoren 26,97 (24,79), Einlagen und laufende Rechnungen 28,37 (27,46), Kreditoren 28,56 (27,39) Mill. Rbl.

Russisch-Asiatische Bank, Petersburg. Ist an der Erwerbung der Orientbahn-Aktien durch ein österreichisch-französiches Bankenkonsortium mit 5 % unterbeteiligt. Aus der Bilanz per 31. Oktober 1913: Kasse und Bankguthaben 34.28 (31. Oktober 1912: 26,62), Wechsel und Devisen 139.30 (148,43), Vorschüsse 238,70 (193,90), Effekten (inkl. Effekten des Reservefonds) 40,25 (43,05), Debitoren 229,38 (203,16). Einlagen und laufende Rechnungen 368,04 (344,19), Kreditoren 204,78 (155.91) Mill. Rbl. Ein Direktionsmitglied der Rostower Kaufmannsbank, Gordon, tritt in den Aufsichtsrat der Bank ein; ein großer Teil Aktien der der Bank nahestehenden Salolingesellschaft wird von Rostower Kapitalisten erworben.

Russische Bank für auswärtigen Handel, Petersburg. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 11 % (i. V. 10 %). Präsident Polejajeff ist gestorben. An seine Stelle soll — die Genehmigung der nachgesuchten Entlassung aus dem Staatsdienst vorausgesetzt — der Direktor der Kreditkanzlei, Dawydow, treten; bisher ist der Stellungswechsel nicht erfolgt. Ein Kassenbeamter wird wegen Unterschlagung von 0,10 Mill. Rbl. verhaftet. Die Bank plant die Eröffnung einer Filiale in Lodz.

Russische Handels- und Industriebank, Petersburg. Die 25 Mill. Rbl. Aktien der Bank sollen an der Pariser Börse (durch den Crédit Mobilier) eingeführt werden.

Russisch-Französische Handelsbank, Petersburg. Erhöht ihr Kapital um 5 auf 27 Mill. Rbl.; 2 Mill. Rbl. dienen zur Erwerbung der Aktien der Bialystoker Kommerzbank, der Rest wird den Aktionären à 116 % angeboten.

Sibirische Handelsbank, Petersburg. Die Dividende pro 1913 wird voraussichtlich wieder 15 % betragen.

Westbank, Warschau. Erhöht ihr Kapital um 2,5 auf 7,5 Mill. Rbl.

Wolga-Kama-Kommerzbank, Moskau. Die Bank wird durch mehrere Betrüger um 0,03 Mill. Rbl. geschädigt.

Bank von Finland. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 6 %.

Die finnischen Banken (ohne Bank von Finland) verfügten Ende September 1913 über 649,9 (i. V. 625,2) Mill. finn. M. Depositen-, Spar- und Scheckgelder. Der Bestand an Wechseln, Darlehen, Kassakreditiven und Debitoren betrug 745,0 (708,2) Mill., derjenige an Devisen 38,1 (44,1) Mill. finn. M.

Millionenunterschlagung. Bei der Ny Karleby Bank in Helsingfors (Kapital 0,3 Mill. finn. M.) sind Unterschlagungen in Höhe von über 1½ Mill. finn. M. festgestellt worden. Fast das ganze Personal, einschließlich der Direktion, ist verhaftet worden.

V. Vereinigte Staaten von Amerika.

Die Bank- und Währungsreform ist am 23. Dezember 1913 von Präsident Wilson unterzeichnet und damit zum Gesetz erhoben worden. Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes sind in der „Bank" verschiedentlich erörtert worden. (Vgl. u. a. Januarheft 1914 unter „Umschau", ferner die nachstehende Notiz.)

Die Einführung eines ländlichen Kreditsystems nach europäischem Muster (Tilgungs-Hypothek) ist nach Ausführungen des „Wallace Farmer" nicht angängig, weil zwischen amerikanischen Farmen und europäischen Gütern ein großer Unterschied sei. Dem Kreditbedürfnis der Farmer sucht die Bestimmung des neuen Bank-

Digitized by Google

und Währungsgesetzes zu entsprechen, wonach die nicht in den Zentral-Reserve-Städten ansässigen Nationalbanken bereits urbar gemachte Farmen bis zu 50 % des Wertes beleihen können. — Im Repräsentantenhaus bringt der Abgeordnete Glass eine Resolution ein, durch die das Bank- und Währungskomité ersucht wird, eine Enquete über das ländliche Kreditwesen zu veranstalten.

Postsparkassen. Ende Juni 1913 betrug die Anzahl der Depositäre 331 006 (Ende Juni 1912 213 801), die Guthaben 33,82 (i. V. 20,24) Mill. $. Der Höchstbetrag des einzelnen verzinslichen Guthabens ist auf 1000 $ festgesetzt worden.

Anregung einer Münzkonferenz. Senator Thomas bringt eine Resolution ein, durch die Präsident Wilson ermächtigt werden soll, die Goldwährungsländer England, Frankreich und Deutschland zu einer gemeinsamen Konferenz einzuladen, auf der das alte Problem einer Weltparität zwischen Gold und Silber erörtert werden soll.

Banken und Gewerkschaften. Die Leiter der International Labor Unions in Indianopolis beschließen, die 4—5 Mill. $ betragenden gewerkschaftlichen Depositen bei den Banken von Indianopolis zu kündigen, weil diese Feinde der organisierten Arbeiter seien.

Die New-Yorker Börsenfirmen, die Mitglieder der Stock-Exchange sind, schließen sich zu einer besonderen Vereinigung, der Association of Partners of New York Stock Exchange Firms, zusammen.

American Bankers' Association. Die Anzahl der Mitglieder der Vereinigung ist von 4500 im Jahre 1900 auf 14 300 im Jahre 1913 gestiegen.

Börsenmitgliedschaft. Der Preis für einen Sitz an der New-Yorker Börse variiert im vierten Quartal 1913 zwischen 40 000 und 45 000 $.

Fusionen. Die geplante Fusion der Security Trust Co. of Lynn und der Central National Bank of Lynn zerschlägt sich. — Die Corn Exchange Bank, New York, nimmt die Mount Morris Bank auf. — Die Marine National Bank, Buffalo (Kap. 2,5 Mill. $), nimmt die Columbia National Bank, Buffalo (Kap. 2,5 Mill. $), auf und erhöht ihr Kapital um 5 Mill. $. — Die Home Savings Bank, Los Angeles, die im Jahre 1913 bereits zwei andere Banken aufgenommen hat, nimmt die Globe Savings Bank (Kap. 0,3 Mill. $) auf. — Die South End National Bank und die New England National Bank of Boston (Kap. je 0,2 Mill. $) fusionieren. — Die Canal-Louisiana Bank & Trust Co., die German-American National Bank und die German-American Savings Bank & Trust Co., alle in New Orleans, schließen sich zu einem Institut mit 2 Mill. $ Kapital und 0,4 Mill. $ Surplus zusammen. Die Gesamtdepositen betragen 17,50 Mill. $. — Die First-Bridgeport National Bank nimmt die Pequonnock National Bank of Bridgeport auf und erhöht ihr Kapital um 0,5 auf 1 Mill. $. — Die Commerce Trust & Savings Bank of Portland (Kap. 0,15 Mill. $) geht in die Scandinavian-American Bank auf, die ihr Kapital um 0,10 auf 0,20 Mill. $ erhöhen wird. — Die First National Bank of Baltimore (Kap. 1 Mill. $) nimmt die National City Bank of Baltimore auf (Kap. 0,5 Mill. $).

Bank-Insolvenzen usw. Im Jahre 1913 sind (nach R. G. Dun) 120 (i. V. 79) Banken in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten betragen 31,55 (i. V. 24,22) Mill. $. — Die Traders' National Bank of Lowell (Kap. 0,2 Mill., Dep. rund 3 Mill. Dollar) schließt ihre Schalter infolge der Kursrückgänge von Bonds und Aktien solcher Gesellschaften, die durch den Zusammenbruch der First-Second National Bank of Pittsburgh betroffen worden sind. — Die Citizens' Savings & Trust Co. of Milwaukee (Kap. 0,3 Mill. $) wird auf Veranlassung des State Banking Commissioners geschlossen. — Die New-Yorker Bankfirma H. B. Hollins & Co., die ihre Gelder

Digitized by Google

zum Teil in mexikanischen Werten immobilisiert hat, bricht infolge umfangreicher Depositenkündigungen zusammen. Die Verbindlichkeiten betragen 4—5 Mill. $. — Die Depositäre der insolventen Mechanics' Savings Bank of Toledo haben 100 % ihrer Forderungen (0,12 Mill. $) erhalten. — Die Gläubiger der im April 1913 zusammengebrochenen Atlantic National Bank of Providence erhalten eine weitere Dividende von 12½ % (insgesamt jetzt 50 %). — Die First Natchez Bank of Natchez schließt ihre Schalter. — Auf die United States Trust Co. of Washington wird ein Run unternommen, der aber mit Hilfe eines von dem Treasury Department in Washington zur Verfügung gestellten Vorschusses von 1 Mill. $ abgeschlagen wird. — Die Joplin Trust Co. of Joplin schließt infolge erheblicher Depositenkündigungen ihre Schalter. — Die Gläubiger der im Januar 1913 zusammengebrochenen Commercial Bank & Trust Co., Louisville, haben bereits eine Gesamtquote von 75 % erhalten. — Die Exchange Bank, New Orleans (Kap. 0,10 Mill. $) tritt in Liquidation und wird von der City Bank & Trust Co. (Kap. 0,15 Mill. $) aufgenommen. — Die First National Bank of Bayonne (Kap. 0,10 Mill. $) schließt ihre Schalter. — Die Federal National Bank of Pittsburgh (Kap. 1,00, Surplus und unverteilte Gewinne 1,29 Mill. $, Depositen 4,34 Mill. $) tritt in Liquidation. — Die Brokerfirma Trowbridge & Niver Co., Chicago, kommt unter Receiverschaft.

Bankers Trust Co., New York. Der gelegentlich der „Geldtrust"-Untersuchung bekannt gewordene Voting Trust der Bank ist nach einer Erklärung der drei „Trustees" Davison, Case und Reid nunmehr aufgelöst worden.

Central Trust Co., New York. Erklärt eine Extra-Dividende von 10 % und eine Quartals-Dividende von ebenfalls 10 % = 50 % p. a. (i. V. 41 % p. a.).

Corn Exchange National Bank, Chicago. Verteilt Anfang Dezember eine Spezialdividende von 8 %; mit der regelmäßigen Quartalsdividende von 4 % p. a. ergibt sich eine Jahresdividende von 24 % (i. V. 16 %).

Farmers' Loan and Trust Co., New York. Erklärt eine Quartalsdividende von 12½ % = 50 % p. a. Errichtet eine Filiale in Berlin (Unter den Linden). In London und Paris besitzt die Bank bereits Niederlassungen.

First National Bank, New York. Per 21. Oktober 1913 werden ausgewiesen: Wechsel und Darlehen 58,52, Kasse und Bankguthaben 35,54, Depositen 107,71 bei 10 Mill. $ eingezahltem Kapital, 15 Mill. $ Surplus und 7,23 Mill. $ unverteilten Gewinnen.

First-Second National Bank of Pittsburgh. Die insolvente Bank soll in der Weise reorganisiert werden, daß das Aktienkapital von 3,4 auf 0,2 Mill. $ herabgesetzt und durch Neuausgabe von 3,8 Mill. $ auf 4 Mill. $ erhöht wird. Die jungen Aktien sollen den Aktionären, und soweit diese sie nicht nehmen, den Depositären à 125 % angeboten werden, so daß ein neues Surplus von 1 Mill. M. gebildet wird.

Guarantee Trust and Savings Bank, Chicago. Verteilt eine Halbjahrdividende von 3½ % = 7 % p. a. (i. V. 6 % p. a.).

Guaranty Trust Cy, New York. Verteilt an ihre 350 Beamten wieder eine Weihnachtsgratifikation von je 10 % des Jahresgehalts.

Hanover National Bank, New York. Aus dem Status per 21. Oktober 1913: Wechsel und Darlehen 66.29. Bank- und Clearingguthaben 24,10, Kasse 22,69. Depositen 100,45, Kapital 3,0, Surplus und unverteilte Gewinne 14,64 Mill. $.

Lincoln National Bank, New York. Erklärt eine Quartalsdividende von 2½ % = 10 % p. a.

Digitized by Google

Mechanics and Metals National Bank, New York. Aus dem Status per 21. Oktober 1913: Wechsel und Darlehen 47,98, Kasse 10,93, Bank- und Clearing-Guthaben 17,0, Depositen 69,06, Kapital 6,0, Surplus und unverteilte Gewinne 9,01 Mill. $.

National Bank of Baltimore. Die im Jahre 1795 gegründete älteste Bank des Südens hat ein neues großes Bankgebäude errichtet.

National City Bank of New York. Präsident Vanderlip legt dem Bank- und Währungsausschuß das Projekt einer Zentralbank vor; es wird ihm vorgeworfen, daß er mit diesem Projekt nur eine Verschleppung der Reform bezwecke. Die Bank erklärt eine Quartalsdividende von 5 % = 20 % p. a. Aus dem Status per 21. Oktober 1913: Wechsel und Darlehen 146,62, Kasse 42,28, Bankguthaben 20,44, Clearinghausguthaben 27,37, Depositen 214,88, Kapital 25, Surplus 25, unverteilte Gewinne 7,72 Mill. $.

Union Trust Co., New York. Zum Vizepräsidenten der Bank wird Henry M. Popham gewählt, der 33 Jahre lang Sekretär der Bank gewesen ist.

Umschau.

DIE PREUSSISCHE IDEAL-ANLEIHE.

Mitte Januar hat die preußische Staatsregierung an die das sogenannte Preußenkonsortium bildenden Banken und Bankiers 400 Mill. M. 4 % Schatzanweisungen begeben, die binnen 16 Jahren durch Auslosung zum Nennwert getilgt werden sollen. Davon sind 50 Mill. Mark sofort im Kundenkreise der Banken, bei Sparkassen usw. untergebracht, die restlichen 350 Mill. M. dagegen Ende Januar zum Kurse von 97 % zur Zeichnung aufgelegt worden. Die Emission hat einen sensationellen Erfolg gehabt. Nicht nur daß der aufgelegte Betrag mehr als 71 mal überzeichnet worden ist. was an sich noch kein Beweis eines echten und nachhaltigen Erfolges zu sein braucht; auch die Herkunft der Zeichnungen war weit besser als bei der letzten Emission im Juni vorigen Jahres und ließ erkennen, daß es sich um kein spekulatives Strohfeuer handelte, sondern daß man es mit einem ernsten Anlagebegehr der Kapitalistenkreise zu tun hatte. Der Erfolg ist nun vielfach als ein Zeichen dafür aufgefaßt worden, daß es dem preußischen Finanzministerium jetzt endlich gelungen sei, die richtige Anleiheform zu finden, um die Rentenscheu des Publikums zu überwinden und die Staatsanleihe wieder populär zu machen. Dieser Auffassung kann gar nicht nachdrücklich genug entgegengetreten werden. Der unleugbare Erfolg der neuesten preußischen Anleihe ist weiter nichts als die ganz selbstverständliche Folge mehrerer Umstände, die auch jeder anderen Anleihe-Spielart mit gleichen Zinsbedingungen ein gutes Emissionsergebnis gesichert haben würden. Erstens ist die Zeichnung in eine Zeit gefallen, in der ein wesentlich verlangsamter Pulsschlag der Konjunktur im Verein mit einer äußerst zurückhaltenden Kreditpolitik der Banken jene Geldflüssigkeit zu erzeugen begonnen haben, die solchen Perioden des gewerblichen Atemholens eigentümlich ist; in eine Zeit, in der die Effektiv-Verzinsung der Anlagewerte, die noch wenige Wochen zuvor keinen besonderen Anreiz auszuüben vermocht hatte, sich plötzlich so hoch über den Zins für kurzfristige Anlagen erhob, daß das Publikum seine Ansicht über die Preiswürdigkeit der festverzinslichen Werte revidierte und diese zu kaufen begann. Die Kurse der meisten Staats- und Stadtanleihen haben im Januar tatsächlich starke Kursbesserungen erfahren. Dazu kamen verschiedene Lichtblicke in der Politik, welche dem Anleihemarkt auch Käufer aus dem Kreise jener Aengstlichen zuführten, die bis dahin allen Anleihen europäischer Großmächte prinzipiell aus dem Wege gegangen waren. Unter solchen Umständen war es schlechthin selbstverständlich, daß eine preußische Anleihe mit einer

Digitized by Google

Realverzinsung von 4½ % reger Nachfrage begegnen mußte. Denn zum Emissionskurse von 97 % und unter Berücksichtigung der Verlosungschance verzinsen sich die neuen Schatzanweisungen tatsächlich mit 4½ %, also besser als irgendeine der anderen deutschen Reichs- und Staatsanleihen. Wollte man es als einen finanzpolitischen Erfolg bezeichnen, daß Preußen eine 4½ % Anleihe gut hat unterbringen können, so würde das eine bedenkliche Unterschätzung des preußischen Staatskredits und der preußischen Anleihen bedeuten, die voll durch werbendes Staatsvermögen gedeckt sind und an Qualität von keinem Papier der Welt übertroffen werden. Man könnte, ganz im Gegenteil versucht sein, eine Finanzpolitik zu tadeln, die just im Moment der wiederkehrenden Rentenfreudigkeit derart ungünstige Bedingungen akzeptiert, um einer gar nicht besonders großen Anleihe eine gute Aufnahme zu sichern. Aber genau so wenig wie die Jubelhymnen, die man der neuen Anleihe gesungen hat, sind Vorwürfe am Platz. Die Regierung hat, als sie Anfang Januar mit den Banken verhandelte, verschiedenen Umständen Rechnung tragen müssen, die man deshalb, weil die Geld- und Marktverhältnisse sich inzwischen ganz erheblich geändert haben, nicht einfach ignorieren darf. Als die Anleihe an das Bankkonsortium begeben wurde, stand man einmal vor der Tatsache, daß die vorjährige Anleihe sich noch zum großen Teil unplaciert in den Händen der Banken befand, und daß die Preußische Staatsbank mit recht erheblichen Interventionsbeständen belastet war; zum anderen befand man sich einem Markt gegenüber, der zwar schon ein etwas besseres Aussehen zeigte, von dem man aber damals noch nicht wissen konnte, inwieweit er einer ernsthaften Belastungsprobe gewachsen sein würde. Es kam hinzu, daß die Banken im Interesse eines möglichst niedrigen Uebernahmekurses die Marktlage durch starke Abgaben aus ihren Beständen älterer Anleihen unter Druck hielten, so daß die Anleihekurse bis Mitte Januar die Kaufneigung des Publikums nicht voll zum Ausdruck kommen ließen. Es ist sehr wohl begreiflich, daß unter diesen Umständen die Regierung, die endlich einmal einen vollen Anleiheerfolg sehen wollte, sich zu außergewöhnlich günstigen Zinsbedingungen verstand und zugleich dem vielseitigen Verlangen nach einer amortisablen Anleihe nachkam. Sie konnte diese Konzessionen um so eher machen, als sie der Anleihe die äußere Form einer schwebenden Schuld gab und auf diese Weise vermied, daß die hochverzinslichen neuen Obligationen mit den alten, fundierten Anleihen konkurrierten und auf ihren Kurs drückten. So erscheint die Ausgabe verlosbarer Schatzanweisungen als eine den Zeitumständen entsprechende Lösung der Anleihefrage. Aber eine Ideal-Anleihe, die als Muster für künftige Emissionen zu gelten hat, ist sie ganz und gar nicht. Sie hat allerdings den Vorzug, eine fast völlig risikofreie Anlage für Spar- und Kreditinstitute zu sein. Denn die Pari-Auslosung sichert ihr normalerweise eine den Emissionskurs dauernd übersteigende Börsenbewertung. Das ist aber ein Vorzug nur vom Standpunkt der Gläubiger, nicht von dem des Staates aus. Für den Staat würde der Typus der amortisablen Anleihe — der hier übrigens nicht ganz rein erscheint, sondern durch die für eine preußische Anleihe reichlich hohe Spielchance von 3 % (bei einem Emissionskurs von 97 %) etwas korrumpiert wird — nur dann einen Vorteil bedeuten, wenn das Onus einer festen Rückzahlungs-Verpflichtung dem Staat einen höheren Begebungskurs bzw. niedrigeren Effektivzins eintrüge. Das ist aber bei den neuen, mit 4½ % zu verzinsenden Schatzanweisungen nicht der Fall. Alles in allem ist die neue Emission nichts anderes als ein Experiment mehr auf dem an Experimenten ohnehin so reichen Anleihemarkt. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird übrigens die Vorliebe für die jetzt so außerordentlich bevorzugte neue Anleihe in nicht ferner Zeit völlig verschwinden und sich in ihr Gegenteil verwandeln. Hält nämlich die günstige Verfassung der Geldmärkte und die damit zusammenhängende Kauflust für Anleihen weiter an, und heben sich die Kurse der Reichs- und Staatsanleihen wieder auf ein

Digitized by Google

höheres Niveau, so werden die neuen Schatzanweisungen, die jetzt wegen ihrer Kündigungschance so beliebt sind, wegen der Kündigungsgefahr vernachlässigt werden. Ihr Kurs, der jetzt zirka 98 % ist, braucht nur noch um 2 % zu steigen, und die Amortisation verwandelt sich aus einem Vorteil in einen schwerwiegenden Nachteil. Das ist ja der Fehler all der vielen Reformvorschläge, die in den letzten Jahren auf den Anleihemarkt herniedergeregnet sind, daß sie immer nur dem Augenblick Rechnung tragen und, ähnlich jenem berühmten Szekler Landtag, ganz vergessen, wie bald auf Regen Sonnenschein folgt und umgekehrt. Wir alle, die wir uns seit Jahren mit dem Schaden beschäftigen, den das Publikum durch den Tiefstand der Staatsanleihen erleidet, werden uns vielleicht schon in ganz kurzer Zeit mit dem Schaden zu beschäftigen haben, den das sparende Kapital durch den Hochstand und die dadurch möglich und nötig werdende Zinskonvertierung einmal erleiden wird. Alle Vorschläge, die dem natürlichen zeitweiligen Sinken der Anleihekurse durch Reparaturen am Organismus der Anleihen entgegenwirken wollen, unternehmen Unmögliches. Das einzige, wofür gesorgt werden kann und andauernd gesorgt werden muß, ist, daß an die Stelle jenes natürlichen Sinkens nicht ein durch Fehler in der Kreditwirtschaft verschuldetes unnatürliches Sinken tritt. Mit anderen Worten, es muß dafür gesorgt werden, daß der öffentliche Kredit stets und unter allen Umständen freie Bahn hat und nicht durch ein Uebermaß des privaten Kredits vom Kapitalmarkt heruntergedrängt wird. Wird dies nicht verabsäumt, dann ist alles geschehen, was Staat wie Publikum billigerweise zum Schutze der Anleihekurse verlangen können.

* * *

Zu dem Vorschlag einer Kursgarantie für die deutschen Anleihen, den im Dezemberheft der „Bank" der Geh. Kommerzienrat W. Ledermann gemacht hat, sind eine Reihe von Zuschriften eingelaufen; eine derselben, die Herrn Fritz Bandmann, Breslau, zum Verfasser hat, und die sich im wesentlichen auf den Ledermannschen Standpunkt stellt, also auf einen ganz anderen als den vorstehend skizzierten, sei hier (mit kleinen Auslassungen) wiedergegeben: „Alle Bemühungen, den Kurs der Staatsanleihen von außen her dauernd künstlich hochzuhalten, haben sich in der Praxis als vergeblich erwiesen. Nicht die Beeinflussung des offenen Marktes, also die gewaltsame Regulierung von Angebot und Nachfrage, kann die Lösung des Problems bringen, sondern diese muß von innen heraus erfolgen, muß in der Beschaffenheit des Materials, in dem Typ der Anleihe selbst begründet sein. Nur die dem Erwerber der Anleihe gebotene Garantie, den von ihm angelegten Preis einmal voll zurückzuerhalten, kann eine Stabilisierung des Kurses herbeiführen oder wenigstens die Schwankungen auf ein Minimum reduzieren. Freilich wird man sich beim Wort „Stabilisierung" erinnern, daß Herr Warburg auf dem Münchener Bankiertage mit deutlicher Anspielung auf das Reformprogramm des damaligen Finanzministers Wermuth erklärte, nichts erscheine ihm dilettantischer, als wenn vom Stabilisieren der Kurse gesprochen werde. Und in der Tat wird niemals der Einfluß der allgemeinen Wirtschafts- und Geldmarktsverhältnisse auf die Kurse der Renten ganz ausgeschlossen werden können. Trotzdem kann verhindert werden, daß aus der wachsenden Abneigung gegen heimische Fonds eine allzu starke Abwärtsbewegung derselben entsteht, und zwar dadurch, daß man eine Grenze nach unten schafft, deren Ueberschreitung für den Kapitalisten rein rechnerisch unvorteilhaft wäre. Eine Stabilisierung in diesem Sinne wird zweifellos erzielt, wenn dem Rentner die al pari-Rückzahlung innerhalb einer festgesetzten Frist garantiert ist. Den besten Beweis dafür liefern die Kurse der Stadtanleihen. Diese sind mit wenigen Ausnahmen zum Nennwert oder etwas darüber rückzahlbar und werden nach einem bestimmten Plan in bestimmter Zeit amortisiert. Je näher sie dem

Digitized by Google

Zeitpunkt ihrer vollständigen Tilgung kommen, desto größer wird die in ihnen liegende Verlosungschance, desto höher wird ihre Bewertung, was sich im einzelnen genau nachweisen läßt. Es genügt jedoch, festzustellen, daß fast sämtliche drei- und dreieinhalbprozentigen Stadtanleihen wesentlich höhere Kurse aufweisen als die entsprechenden Staatsanleihen, deren Amortisation dem Belieben der Regierungen und Parlamente überlassen ist. Zwar hat man durch die Reichsfinanzreform eine stärkere Tilgung der fundierten Schuld vorgesehen, nämlich die der alten Reichsschuld mit 1 %, und die der neuen teils mit 1,9 %, teils mit 3 %. Jedoch ist diese Art der Amortisation, ganz abgesehen von der Möglichkeit ihrer Umgehung (durch Bestreitung der Tilgung aus neuen Anleihen), viel zu dehnbar. Was allein die erwünschte Wirkung haben kann, das ist die vor der Begebung festgelegte Tilgungsverpflichtung durch Pari-Rückzahlung. Ein ganz ähnlicher Gedanke liegt dem hier zur Diskussion gestellten Ledermannschen Vorschlage zugrunde. Danach sollen Reich und Staaten denjenigen Anleihebesitzern, die ihre Bestände bis zu einem bestimmten Termin mit Sperre in das Reichsschuldbuch bzw. die Staatsschuldbücher eintragen lassen, den ungefähren gegenwärtigen Kursstand der Anleihen garantieren. Es handelt sich dabei um die Umwandlung der Staatsschuld, soweit die Gläubiger sich zu einer Sperrverpflichtung entschließen, in eine neue Form, die zwar äußerlich durch ihren rein buchmäßigen Charakter nicht in Erscheinung tritt, ihrem Wesen nach jedoch eine besondere Art des Annuitätensystems darstellt. Zur Beurteilung des Projektes ist es nötig, sich über die Wirkung desselben auf den Staat und seine Gläubiger klar zu werden, sowie seine Zweckmäßigkeit in bezug auf den strittigen Punkt der Kursnot, der für die ungesperrten Stücke noch offen bleibt, zu prüfen. Für den Staat kann es nur vorteilhaft sein, mit dem System der freien Tilgung zu brechen. Es hat sich oft genug gezeigt, daß er sich ins eigene Fleisch schneidet, wenn er allein durch Rückkäufe am offenen Markte tilgt. Man kann ihm natürlich nicht zumuten, heute seine 3½ % und 3 % Schuldscheine al pari einzulösen, da seit den Tagen, als dieselben noch mit 100 % bewertet wurden, eine große Zahl von Neuemissionen zu wesentlich niedrigeren Kursen erfolgen mußte. Die Unterlassung einer Rückzahlungsgarantie in rentengünstigeren Zeiten kann heute nur auf einem niedrigeren Kursniveau wieder gutgemacht werden. Ergeben sich dabei trotzdem noch Verluste für den Fiskus, so sind dieselben, wie auch Ledermann betont, durchaus berechtigt; sie wiegen die Einbußen der Staatsrentner im letzten Jahrzehnt bei weitem nicht auf. Auch von diesen wird übrigens ein Opfer verlangt, indem für denjenigen, welcher seine Papiere zu wesentlich höheren Kursen gekauft hat, die Möglichkeit einer Kurssteigerung über den hier vorgeschlagenen Garantiekurs wegfällt, und damit sein Verlust, der bisher nur auf dem Kurszettel stand, besiegelt wird. Doch auch hier hat das Opfer seine Vorteile, da, abgesehen von dem Ausschluß eines Kursrisikos nach unten, gleichzeitig eine Kurstreiberei unmöglich gemacht wird, deren Folge nur ein neuer und um so tieferer Fall sein müßte. Man wird zugeben, daß das Projekt weder gegen den Staat noch gegen seine Gläubiger einseitige Härten enthält, daß vielmehr beiden Parteien nach Möglichkeit volle Gerechtigkeit zuteil wird. Die zweite wichtige Frage ist das Schicksal derjenigen Staatsgläubiger, die aus irgendwelchen Gründen eine Sperrverpflichtung nicht eingehen wollen. Für sie ist der Einfluß der vorgeschlagenen Garantie auf den Markt der Anleihen entscheidend. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die erste Folge eine Verkleinerung des Marktes, eine Verringerung des flottanten Materials sein würde, die nur vorteilhaft auf die Kurse einwirken könnte. Im Fall der Nachfrage wirkt der Mangel an Stücken stets kurserhöhend, im Falle des Angebots aber ist die Möglichkeit einer wirksamen Intervention erhöht. Spekulative Baisse-Manöver können durch Aufnahme des nötigen Materials bei einem kleinen Markt viel leichter

Digitized by Google

verhindert werden, als das heute möglich ist, wo die Bemühungen der Seehandlung und der Großbanken, deren Intervention oft eine sehr großzügige ist, fast ohne Einfluß auf die Gestaltung des Kurses der Staatspapiere bleiben. Der Kernpunkt des Ledermannschen Vorschlages, wie ich ihn verstehe, liegt also darin, daß der offene Markt für Staatsanleihen als selbständiger, unabhängiger Faktor zu existieren aufhört. Die Möglichkeit der jederzeitigen Umwandlung einer Staatsobligation in eine Schuldbucheintragung mit Garantie würde die freie Beweglichkeit des Marktes zum Nutzen der Rentenbesitzer erheblich beschränken, indem sie für die Kursentwicklung eine untere Grenze schafft, deren Festlegung als das Ziel jeder wirksamen Reform angesehen werden muß."

EIN WAEHRUNGSVERSCHLECHTERER IN ENGLAND.

Ende Januar, in der Generalversammlung der London City and Midland Bank, hat der langjährige leitende Direktor dieser Bank, Sir Edward Holden, eine Rede gehalten, die nicht nur in England, sondern auch anderwärts erhebliches Aufsehen gemacht hat. Denn es ist die revolutionärste Rede, die seit langem ein Mitglied der in England ganz besonders konservativ veranlagten Bankiergilde gehalten hat. Holden ging dabei von der illiquiden Verfassung des englischen Bankwesens aus, die seit mehreren Jahren im Mittelpunkt der Diskussion steht, und die, obwohl sie im Vergleich zur deutschen Bankverfassung gar nicht so illiquide aussieht, mit Recht die Sorge weitsichtiger Volkswirte bildet. Man darf nicht vergessen, daß die englischen Banken in schwierigen Zeiten in ganz anderem Maße auf sich selbst gestellt sind als ihre deutschen Kolleginnen, die eine starke Stütze an der stets hilfsbereiten Reichsbank haben, und daß sie daher auch in wesentlich höherem Maße über eigene Barreserven verfügen müssen als diese. Denn die Bank von England kann ihnen, selbst wenn sie den besten Willen dazu hat, nur innerhalb ganz enger Grenzen über Schwierigkeiten hinweghelfen, da sie, im Gegensatz zu dem so gut wie unbegrenzten Emissionsrecht der deutschen Reichsbank und der Bank von Frankreich, nur 18,45 Mill. £ Noten ohne Metalldeckung ausgeben darf. Und selbst von diesem beschränkten Recht der Ausgabe ungedeckter Noten macht die Bank so gut wie nie Gebrauch, denn sie sieht in dem kleinen Kontingent eine Art eiserner Reserve, die anzugreifen ihr nur in einer Zeit der höchsten Not gestattet ist. Auch Ende 1907, als die amerikanischen Geldansprüche die Kraft der europäischen Bankwelt auf eine besonders harte Probe stellten, gab die Bank von England nur einen winzigen Bruchteil ihres kleinen ungedeckten Notenkontingents her. Deshalb machen sich die besten Kenner des englischen Bank- und Kreditsystems Gedanken darüber, ob die Banken wohl genügend dem Umstande Rechnung tragen, daß sie einen Rückhalt an irgendeinem dritten Institute nicht haben, sondern im Gegenteil ihrerseits das Rückgrat der Nationalwirtschaft bilden, der die Bank von England nur in ganz beschränktem Maße zu Hilfe kommen kann. An und für sich sind die Reserven der meisten englischen Banken ja gar nicht niedrig; sie sind im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Aber sie bestehen zum größeren Teil aus Guthaben bei der Bank von England und lassen sich in ernsten Zeiten nicht ohne weiteres in Bargeld verwandeln, da dadurch die Barreserve der Bank von England in unzulässigem Maße geschwächt werden würde. Die relativ hohen Reserven der Banken stehen also zum erheblichen Teil nur auf dem Papier, so lange sie nicht in barem Golde in den Geldschränken der einzelnen Banken selbst ruhen. Die Bemühungen, eine derartige Veredelung der Barreserven herbeizuführen, haben zwar zur Folge gehabt, daß die Goldbestände bei den Banken sich in den letzten Jahren etwas erhöht haben; aber eine durchgreifende Reform scheitert — wie in Deutschland — daran,

Digitized by Google

daß die Banken nicht geneigt sind, einen wesentlich höheren Prozentsatz ihrer fremden Gelder aus dem Geschäft zu ziehen und zinslos liegen zu lassen. Denn da die Erhöhung der Barreserven natürlich ohne jede Schwächung der Bank von England erfolgen soll, der einfache Modus einer Umwandlung von Bankguthaben in Barbestände sich also verbietet, so läuft die Reform darauf hinaus, daß Gelder, die heute arbeiten und Zinsen tragen, brachgelegt werden. Die Reform würde daher wahrscheinlich in ihren allerersten Anfängen stecken bleiben, wenn nicht ein paar Bargeld-Fanatiker die Frage immer wieder aufrollen und öffentlich als eine Frage des Nationalwohls hinstellen würden. Zu ihnen gehört auch Edward Holden, der übrigens längst praktisch erprobt hat, was er theoretisch verficht. Seine Bank weist in der letzten Bilanz mehr als 17 % der Verbindlichkeiten in bar und Guthaben bei der Bank von England aus. Wie viel davon auf Bargeld, und wie viel auf Bankguthaben entfällt, weiß man zwar nicht. Aber man wird es möglicherweise im nächsten Jahre erfahren. Denn in der erwähnten Generalversammlung hat Holden gedroht, er werde die Barreserven seiner Bank künftig veröffentlichen, wenn nicht binnen Jahresfrist eine Vereinbarung zwischen allen größeren englischen Banken getroffen sein werde, dahingehend, daß sie sich sämtlich verpflichten, mindestens 6 % ihrer Verbindlichkeiten in Gold vorrätig zu halten. Mit diesem etwas ungewöhnlichen Vorgehen, das einem Ultimatum ähnelt, wird Holden wahrscheinlich seinen Zweck erreichen und die Goldfrage ein gut Stück vorwärtsbringen. Denn wenn seine Bank ihre — anscheinend sehr hohe — Goldreserve publiziert, müssen die anderen Großbanken damit wohl oder übel folgen, wenn sie nicht einen Teil ihrer Kundschaft an die mit so starken Reserven prunkende Konkurrenzbank verlieren wollen. Aber nicht die Pression, die Holden auf diese Weise ausübt, hat seiner Rede eine so große Resonanz verschafft; auch nicht sein Eintreten für eine Verstärkung der Goldbestände bei den öffentlichen Instituten, wie der englischen Staatssparkasse und der indischen Goldstandard-Reserve. Alle diese Forderungen sind schon so oft und so dringlich erhoben worden, daß man über sie kaum viel Worte verloren haben würde, wenn nicht Holden seine Krisenschutz-Vorschläge nach einer sehr bedenklichen Seite hin erweitert hätte. Er hat nämlich die weitere Forderung erhoben, daß man einen Teil der anzusammelnden 6 prozentigen Goldreserve, und zwar insgesamt 20 Mill. £, bei der Bank von England deponieren solle; dagegen solle den hinterlegenden Banken das Recht zustehen, in geldknappen Zeiten bis zum Dreifachen des Deposits, also bis zu 60 Mill. £, Wechsel bei der Bank von England zu rediskontieren, die sich ihrerseits die erforderlichen Mittel durch Ausgabe einer besonderen Gattung von nur zu einem Drittel bargedeckten Noten zu verschaffen hätte. Das läuft praktisch auf eine Beseitigung der Peelsact mit ihrem starren Notenkontingent, d. h. der ganzen heutigen Organisation der Bank von England sowie die Einführung einer Art „emergency notes" hinaus. Er beseitigt ferner mit einem Schlage die stolze englische Tradition, die den Banken verbietet, einen Inlands-Wechsel, der einmal in ihr Portefeuille gelangt ist, anders als durch Inkasso bei Fälligkeit wieder aus dem Portefeuille hinausgelangen zu lassen. Hoffentlich hat Holden kein Glück mit diesem seinem Attentat auf die englische Währung, das alles verdirbt, was er für die Erhöhung der englisch-nationalen Goldreserven gewirkt hat. Freilich, den anderen Ländern, die mit ihrem durch ungedeckte Noten mehr oder weniger korrumpierten Geldwesen fortgesetzt für die englische Tasche arbeiten, könnte es nur Recht sein, wenn England den inflationistischen Pferdefuß des Holdenschen Vorschlags übersehen und sein Geldwesen auf eine Stufe mit dem der kontinentalen Länder bringen würde. Aber es wäre dennoch schade, wenn das einzige Muster eines gesunden Geldwesens, das wir heute in Europa haben, verschwinden und damit zugleich der letzte Anreiz für die anderen Länder, insbesondere auch für

Digitized by Google

Deutschland, in Fortfall kommen würde, von der Papiergeldwirtschaft zu einer naturgemäßen Währung zurückzukehren. Von dem nüchternen englischen Unterscheidungsvermögen dafür, was reale und was eingebildete wirtschaftliche Vorteile sind, darf man wohl erwarten, daß England sich von dem Holdenschen Vorschlage nicht bestechen lassen wird, und daß die urgesunde englische Währung noch auf lange hinaus mehr sein wird als eine schöne Erinnerung.

EINE HANDELSKAMMERWAHL.

Anfang dieses Monats fand bei der Berliner Handelskammer die Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied, den Vertreter einer Großbank, statt, deren Verlauf einen interessanten Beitrag zu dem im Januarheft behandelten Thema „Ungeeignete Sachverständige" liefert. Von dem vorbereitenden Wahlkomitee war in Aussicht genommen worden, eine Persönlichkeit aus dem Kreise der Hypothekenbanken in Vorschlag zu bringen, weil diese bisher in der Handelskammer noch nicht vertreten waren. Als Kandidat wurde ein leitender Direktor der Preußischen Centralbodenkredit-A.-G., Regierungsrat Schwarz, aufgestellt. Einziger Gegenkandidat war Kommerzienrat Haberland, der bekannte Terrainhändler und spiritus rector des Schutzverbandes für den Deutschen Grundbesitz. Für seine Wahl setzte sich besonders eine am Berliner Terrainmarkt stark engagierte Großbank ein, und sie erreichte es, daß ihr Kandidat, wenn auch nur mit der geringen Majorität von drei Stimmen, den Sieg davontrug. Als Schrittmacher für die Kandidatur Haberland fungierte der Direktor des Haberlandschen Schutzverbandes, Dr. van der Borght, der den für die Ersatzwahl in Betracht kommenden Wählern in einem Rundschreiben die Gründe auseinandersetzte, warum er die von ihm empfohlene Persönlichkeit dem Gegenkandidaten vorzuziehen bitte. Es heißt in dem Rundschreiben unter anderem: „Weite Kreise erstreben in völliger Verkennung der wirtschaftlichen Bedeutung von Grundstücks-, Baugewerbe und Hypothekarkredit die Beseitigung der Privatwirtschaft dieser bedeutsamen Faktoren. Die Beschlüsse und Gutachten der Berliner Handelskammer sind von großer Bedeutung für das gesamte Deutsche Reich." Die auf diese etwas unklare Weise den Wählern zuteil gewordene Belehrung über ihre wahren Interessen wäre wohl nicht auf so fruchtbaren Boden gefallen, wenn nicht in dem Rundschreiben noch besonders erwähnt worden wäre, daß die Kandidatur Haberland von den im Schutzverband sitzenden sechs Hypothekenbanken unterstützt würde. Daß diese Unterstützung überhaupt möglich war, kann nur denjenigen überraschen, der mit den Personalverhältnissen der Berliner Hypothekenbanken nicht vertraut ist und nicht weiß, in welch engen Beziehungen die meisten von ihnen zu unseren Großbanken stehen. Wer diese Beziehungen nicht kennt, dem fehlt der Schlüssel für so manchen scheinbar unfaßbaren Vorgang in unserem Wirtschafts- und Rechtsleben; die Arbeit, die sich mit der Aufhellung dieses für unsere Nationalökonomen so dunklen und doch so unendlich wichtigen Gebiets beschäftigt, ist ja leider noch nicht geschrieben. Wie notwendig das wäre, das wird durch die Handelskammerwahl erneut bewiesen. Man bedenke: Der vorbereitende Wahlausschuß hält es im Einklang mit ersten Berliner Handelskreisen für wünschenswert, die Handelskammer durch eine Persönlichkeit aus dem Kreise der Hypothekenbanken zu ergänzen. Und wer hintertreibt diese Wahl? Die sechs im Schutzverband sitzenden Hypothekenbanken, darunter zwei Institute, von denen man eigentlich annehmen sollte, daß sie sich schon durch die Schatten ihrer früheren Direktoren unseligen Angedenkens warnen lassen sollten, die Intimität mit den Terraininteressenten allzu weit zu treiben. Es war ein reichlich starkes Stück von Selbstentäußerung für die Vertreter dieser Institute, ihrem Kollegen in den Rücken zu fallen und mit Feuereifer für eine Persönlichkeit einzutreten, die, mag man über ihre geschäftliche und moralische Eignung für den in Rede stehenden Posten denken wie man will, jedenfalls ihrer

Digitized by Google

ganzen Stellung nach sich in einem scharfen Gegensatz zu den Interessen der Hypothekenbanken befindet. Der groteske Widerspruch, der in diesem Verhalten lag, muß den Wahlmachern wohl selbst zum Bewußtsein gekommen sein. Denn als letzter Trumpf wurde von den Betreibern der Haberland-Wahl kurz vor der Abstimmung ein Brief des Leiters der Sächsischen Bodenkredit-Anstalt verlesen, der an den Direktor der Preußischen Hypothekenbank, Kammergerichtsrat a. D. Thinius, gerichtet war und etwa folgenden Inhalt hatte: „Ich bestätige hiermit, daß Herr Kommerzienrat Haberland seit einer Reihe von Jahren Vertreter unserer Bank in Berlin ist, und daß er in dieser Zeit Gelegenheit hatte, sich eingehende Kenntnisse über alle Sparten des Hypothekenbankwesens zu verschaffen." Auf Grund dieses Zeugnisses, das in peinlicher Weise an die im Verkehr mit Küchenpersonal übliche Ausdrucksweise erinnert, ließen sich hochangesehene Berliner Kaufleute bestimmen, dem so Empfohlenen die Vertretung der Hypothekenbankinteressen zu überlassen. Tatsächlich handelt es sich hier um mehr als ein bloßes Dienstzeugnis. Hier hat man ein Dokument zur Zeitgeschichte vor sich, das die schweren Gefahren beleuchtet, die dem Charakter und der Würde ehrenhafter Männer drohen, sobald sie in die Lage kommen, sich den Wünschen der sie kontrollierenden Banken unterordnen zu müssen. Die Hypothekenbankkreise, welche die Wahl Haberlands unterstützt haben, wissen natürlich ganz genau, daß zwischen den Geschäftsprinzipien einer Darlehen gebenden Hypothekenbank und denjenigen eines Darlehen nehmenden Terraingroßhändlers tiefe, in der Natur der Dinge liegende Gegensätze bestehen; so tiefe Gegensätze, daß es geradezu als Unfug bezeichnet werden muß, wenn eine Hypothekenbank einen Terrainhändler zu ihrem Agenten macht. So hat, um nur eins zu erwähnen, die Hypothekenbank in erster Reihe auf die absolute Sicherheit ihrer Pfandbriefunterlagen bedacht zu sein, während der Agent, der eigene Grundstücke zu beleihen hat, an möglichst hohen und darum riskanten Beleihungen interessiert ist. Es ist ein Zeichen mangelnder wirtschaftlicher Einsicht, wenn die unabhängigen Wähler — es ist anzunehmen, daß immerhin noch einige solche bei der Wahl zugegen waren — diesen Unterschied außer acht gelassen und das Dezernat des Beleihungswesens einem Herrn anvertraut haben, der in diesem Fall, wie selten jemand, zur Kategorie der ungeeigneten Sachverständigen gehört. Das ist um so bedeutsamer, als, wie es in dem Rundschreiben des Schutzverbandes heißt, „die Beschlüsse und Gutachten der Berliner Handelskammer von größer Bedeutung für das gesamte Deutsche Reich sind".

DIESEL.

Zu dem unter dieser Ueberschrift im letzten Novemberheft der „Bank" erschienenen Aufsatz gehen uns aus Verwaltungskreisen der Heilmannschen Immobiliengesellschaft Ausführungen zu, wonach Diesel sein Vermögen nur zu einem Teil durch seine Bekanntschaft mit Heilmann, in der Hauptsache aber durch andere Grundstücksgeschäfte verloren habe. Die Gesellschaft stellt uns die aktenmäßigen Unterlagen hierfür zur Verfügung. Eine Nachprüfung der Angaben erübrigt sich aber, da das Streiflicht, das die Dieselsche Tragödie auf den Grundstücksmarkt wirft, in keiner Weise durch sie beeinflußt wird.

Aus den Handelskammern.

KRISEN-ERREGER

Von den Aeußerungen zur allgemeinen Wirtschaftslage, die sich in den Jahresberichten fast aller Handelskammern finden, sind die Ausführungen der Hamburger Kammer interessant, weil typisch. Sie bilden insofern eine Ergänzung des leitenden Artikels in der Januarnummer der „Bank", als sie in unübertrefflicher Weise zeigen, wie communis opinio die Erscheinungen, deren tiefere Ursachen nicht ganz leicht zu erkennen sind, auf Fehler, Unvollkommenheiten und Unüberlegtheiten einzelner Individuen oder Wirtschafts-

Digitized by Google

gruppen zurückführt. Die Handelskammer schreibt: „Man hat somit im Jahre 1913 mit einer rückgängigen Konjunktur zu rechnen gehabt, die vielleicht nur als eine Unterbrechung der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre aufzufassen ist. Zu übersehen ist allerdings nicht, daß in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland, sondern fast in allen Weltteilen, in denen sich die wirtschaftliche Lage gehoben hat, ein zu rasches Streben nach Wohlleben und insbesondere in der deutschen Städte- und Staatsverwaltung ein unverhältnismäßig hoher Aufwand sich gezeigt hat. Der wirtschaftliche Aufschwung hat überall durch Aufschließung neuer Gegenden und zu rasche Entwicklung der alten Welt ein so schnelles Tempo angenommen, daß die Schulden, die letzten Endes doch nur dadurch gedeckt werden können, daß Kapitalisten die betreffenden Werte kaufen, so anwachsen, daß der Verdauungsprozeß dieser neugeschaffenen Werte nicht gleichen Schritt mit ihrer Produktion halten konnte. Es fehlt trotz aller Statistiken ein Maßstab dafür, wie weit und wie schnell diese Entwicklung vernünftigerweise vor sich gehen darf, und es fehlt vor allem die Möglichkeit, die Staaten, Städte und Privatunternehmungen zu zwingen, sich nur in einem gesunden Tempo zu entwickeln. In sehr deutlicher Weise müssen erst die verschiedenen Märkte, an denen die Werte untergebracht werden sollen, zeigen, daß eine Ueberlastung vorliegt. Dieses Stadium ist jetzt eingetreten, und man darf hoffen, daß von Allen die deutlichen Merkmale dieser Ueberlastung erkannt werden, und daß dementsprechend disponiert wird. Der Ruf zur Zurückhaltung und Einfachheit kann nicht ernst genug ertönen, vom eigenen Haushalt bis zum Staatshaushalt.“ Vernünftige Zurückhaltung kann gewiß niemals etwas schaden, aber sie allein wird die Wirtschaftskrisen sicherlich nicht aus der Welt schaffen. Dazu bedürfte es u. a. einer ganz veränderten Auffassung von den Aufgaben und Grenzen der Kreditwirtschaft. An sich ist es ganz schön und gut, wenn die Hamburger Handelskammer mit der Warnung vor einer Ueberspannung der Mittel schließt, die sich insbesondere gegen die Schuldenpolitik der Städte und Staatsverwaltungen richtet. Nur hat man bei derartigen Warnungen das Gefühl, daß sie die Kreditansprüche einer bestimmten Wirtschaftsgruppe nur deshalb eingeschränkt zu sehen wünschen, damit andere Gruppen den freiwerdenden Kredit um so intensiver ausnutzen können. Eine jüngst erschienene Statistik des Obligationen-Umlaufs privater Schuldner zeigt, daß allein die Ansprüche, welche seitens der Aktiengesellschaften, Gewerkschaften usw. mittels Ausgabe von Schuldverschreibungen an den Kapitalmarkt gestellt worden sind, sich in zwei Jahren um rund 600 Millionen M. vermehrt haben. Die Gesellschaften handeln privatwirtschaftlich ganz vernünftig, wenn sie von der Lizenz, auf dem Kapitalmarkt in jeder beliebigen Form zu schürfen, ausgiebigen Gebrauch machen. Aber dann ist auch für die Kommunen und die sonstigen Träger allgemeiner Interessen kein Grund ersichtlich, Zurückhaltung zu üben. Ermahnungen zur Befolgung volkswirtschaftlich gesunder Grundsätze dürften derartigen praktischen Erwägungen gegenüber nicht viel Wert haben.

DISKONTPOLITIK

Die vorsichtige Diskontpolitik der Reichsbank im letzten Jahre hat in den Kreisen von Handel und Industrie, in denen man sich daran gewöhnt hatte, die Reichsbank als unerschöpfliches Kreditreservoir anzusehen, natürlich herbe Kritik erfahren. Zu den Kritikern gesellt sich auch die Handelskammer Neuß, die in einer Eingabe an den Deutschen Handelstag erklärt, die Reichsbank habe „bis spät in den Herbst hinein eine Politik getrieben, die den heimischen Markt noch mehr geschwächt und gelähmt habe“. Der Status der Bank habe ein so rigoroses Vorgehen nicht nötig gemacht. Die Diskontpolitik der Reichsbank im Jahre 1913 habe dem verfassungsmäßigen Hauptzweck und der Bestimmung der Reichsbank, den Geldverkehr Deutschlands zu regeln und zu erleichtern, nicht entsprochen. Wohl sei die Vermehrung des Metallbestandes der Reichs-

Digitized by Google

bank zu billigen, aber nicht zu billigen sei, daß solches auf Kosten der Entwicklung von Handel und Industrie und ihrer Wettbewerbskraft auf dem Weltmarkt, unter einem überaus hohen Diskontsatz, durchgeführt worden sei. Das Irrige dieser Anschauung ist in der „Bank" oft nachgewiesen worden. Es hieße also Eulen nach Athen tragen, wollten wir die Vorwürfe der Kammer in diesen Heften im einzelnen widerlegen. Eine treffliche Begründung der Reichsbankpolitik findet der Neußer Kritiker in Havensteins Reichstagsrede vom 22. Januar (vgl. den leitenden Aufsatz in diesem Heft). Der besonderen Beachtung der Handelskammer sei der Satz empfohlen, in dem der Reichsbankpräsident betont, es sei unrichtig, „daß die Reichsbank verpflichtet sei, solange ihr Status das irgendwie zulasse, den Diskont auf den möglichst tiefen Satz zu ermäßigen und jedem an sie herantretenden Kreditanspruch gerecht zu werden", und in dem der Reichsbankpräsident ferner Kritiken wie die der Neußer Kammer als kurzsichtig bezeichnet.

HARTGELD UND KLEINE NOTEN

In allen Jahresberichten der Handelskammer Essen kehren längere Erörterungen über die Lohnzahlungen und den Gebrauch der einzelnen Münz- und Notenarten bei diesen Zahlungen wieder. Auch im Berichte für 1913 ist das der Fall. Jedoch mit einer Variante, die ziemlich auffallend ist. Früher wurde nämlich in erster Reihe über den Mangel an Kronen und den Widerwillen der Arbeiter gegen die Noten geklagt, sowie darauf hingewiesen, daß bei Zahlung der Löhne in kleinen Noten die Wirte des Industriebezirks sich als eine Art kleiner Bankiers auftun und so unter Umständen den Anlaß dazu geben könnten, die Kreditansprüche an die Reichsbank, die diese durch die Ausgabe kleiner Noten in ihrer Wirkung für sich zu mindern sucht, durch nochmalige Abziehung des gleichen Betrages in Hartgeld zu steigern. Diesmal endet die Erörterung der Kammer mit folgendem Satze: „Nur bei möglichst reichlicher Verwendung des kleinen Papiergeldes, besonders der 5-M.-Scheine, dürfte sich, sobald sich die Arbeiterschaft überhaupt an den Gebrauch von Papiergeld mehr gewöhnt hat — wie das in Oesterreich-Ungarn der Fall ist —, eine bessere Wirkung im Sinne der Ersparnis von Währungsgeld und Hartgeld überhaupt erzielen lassen." Das scheint auf eine glatte Empfehlung der Zettelwirtschaft hinauszulaufen; wenigstens muß der Hinweis auf Oesterreich-Ungarn stutzig machen. Denn so gern man auch der Meinungsäußerung der Kammer den Sinn unterlegen möchte, daß sie von gedeckten Noten, also von einer einfachen Ersetzung des zur Reichsbank oder in den Reichsschatz gewanderten Hartgeldes durch „Zertifikate" spricht, so sehr deutet die Erwähnung des Heimatlandes der Guldenzettel auf eine Schwenkung der Kammer vom Gutgeld zur Inflation. Oder liegt nur eine mißverständliche Ausdrucksweise vor?

ZUSAMMENBRÜCHE UND IHRE STATISTIK

Für die Erkenntnis des Rhythmus der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Beobachtung der Symptome, die auf eine kritische Zuspitzung der Verhältnisse an irgendeiner Stelle hindeuten, von grundlegender Wichtigkeit, und es ist begreiflich, daß alle hierher gehörenden Statistiken mit großem Interesse verfolgt werden. Die Handelskammer Berlin gibt nun in ihrem letzten Jahresbericht von einer Korrespondenz Kenntnis, die sie mit dem Reichsjustizamt wegen einer Ausgestaltung der Statistik der Zwangsvollstreckungen gehabt hat. Es handelte sich dabei in erster Reihe um eine Feststellung der Erfolge von Interventionen, sowie ferner um eine Ausgestaltung der Angaben über die Erfolge der Zwangsvollstreckungen in das bewegliche und unbewegliche Vermögen. Das Reichsjustizamt hat sich in dieser Frage mit dem preußischen Justizminister ins Benehmen gesetzt und im Einverständnis mit diesem erklärt, daß die vorgeschlagenen Ergänzungen unmöglich seien, weil zum Beispiel der Wert versteigerter Grundstücke von den Vollstreckungsgerichten nicht mit genügender Sicherheit festgestellt werden könne; außerdem sei eher eine Verminderung als eine Vermehrung der sta-

Digitized by Google

tistischen Arbeiten der Justizbehörden anzustreben. Wenn auch anerkannt werden muß, daß Statistiken, falsch benutzt oder nach vorgefaßten Ansichten ausgearbeitet, mehr schaden als nutzen können, so ist doch gerade die Justizstatistik sehr verbesserungsbedürftig, so daß eine Einschränkung hier kaum am Platz erscheint. Eine so wichtige Statistik z. B., wie die der Konkurse, leidet an recht schweren Mängeln, auf die in der „Bank" mehrfach hingewiesen worden ist. — Zu einem Mißstande im Konkurswesen, nämlich zu der Nichtveröffentlichung der wegen Massemangels abgelehnten Konkursanträge, nimmt die Handelskammer Essen in ihrem Jahresberichte Stellung. Sie hatte den Essener Landgerichtspräsidenten gebeten, zu prüfen, ob nicht auch über diese Fälle notorischer — und zwar gerade weitestgehender — Zahlungsunfähigkeit von Geschäftsleuten seitens der Gerichte in irgendeiner Form regelmäßige Veröffentlichungen erfolgen könnten. Der Landgerichtspräsident erwiderte, die Novelle zur Konkursordnung habe mit Absicht davon abgesehen, die öffentliche Bekanntmachung der besitzlosen Gemeinschuldner vorzuschreiben. Maßgebend hierfür sei die Erwägung gewesen, daß die als besitzlos erkannten Gemeinschuldner ebensowenig wie die Manifestanten auf die Dauer mit einem Makel versehen bleiben sollten. Hieraus folge, daß eine Veröffentlichung der Namen solcher Gemeinschuldner, die der Konkurseröffnung mangels einer die Konkurskosten deckenden Masse entgehen, dem Gesetz widerspreche. Von diesem Bescheide gibt die Essener Handelskammer ihren Mitgliedern mit Bedauern Kenntnis. Ob wirklich der Gesetzgeber die Absicht gehabt hat, insolvente Schuldner, in deren Besitz sich nicht einmal die zur Konkurseröffnung nötigen Mittel befinden, mit größerer Milde zu behandeln als die, über deren Vermögen der Konkurs tatsächlich eröffnet werden kann, erscheint einigermaßen zweifelhaft. Die Namen der letzteren Schuldner werden bekanntlich im Reichsanzeiger und in den Amtsblättern des Bezirks der weitesten Oeffentlichkeit schleunigst bekannt gegeben. Angesichts der ständig wachsenden Zahl der die Konkurskosten nicht deckenden totalen Zusammenbrüche sollte die Justizverwaltung nicht bis zur Aenderung der Konkursordnung warten, sondern ihre Auffassung von den Absichten des Gesetzgebers ändern und aus sich selbst heraus bald Abhilfe schaffen. Die Kosten, welche die Veröffentlichung der Total-Zusammenbrüche verursachen könnte, sind lächerlich gering und stehen in keinem Verhältnis zu ihrem wirtschaftlichen Nutzen.

AUSKUNFTWESEN UND KREDIT

Der Zusammenhang zwischen Kredithergabe und gewerblicher Auskunfterteilung ist in den letzten Jahren wohl etwas lockerer geworden als früher, weil die immer intimeren Beziehungen der Bankwelt zu den Kreditsuchenden den privaten Auskünften (der Banken untereinander) ein größeres Feld eröffnet haben. Trotzdem haben zweifellos auch heute noch die Auskunftsbureaus eine nicht geringe Wichtigkeit für den Kreditverkehr, und das macht es verständlich, daß das Thema „Mißstände im Auskunftswesen" in den Berichten der Handelsvertretungen ziemlich häufig wiederkehrt. Auch die Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin, beschäftigt sich in ihrem letzten Jahresberichte mit diesem Thema und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß wohl eine nicht geringe Zahl von Konkursen hätte vermieden werden können, wäre nicht die Geschäftswelt auf der einen Seite immer wieder durch unrichtige günstige Auskünfte zu übertriebener Kreditgewährung, auf der anderen Seite durch übetrieben ängstliche Auskünfte zu vorschneller Kreditentziehung veranlaßt worden. Zum Beweise für diese ihre Ansicht zitiert sie ein Schreiben einer der angesehensten Auskunfteien, die unter anderem ausführt, es sei bei der Bewertung einer Auskunft auch zu berücksichtigen, daß Auskunftsbureaus zuweilen da, wo es sich um nicht leicht übersehbare Verhältnisse handelt, „zur Vermeidung genauerer Erkundigungen und zur Vorbeugung späterer Rekriminationen, vorsichtigerweise dem betreffenden Berichte eine den Kredit zurückhaltende Fassung geben, und

Digitized by Google

damit in den Kreditverkehr nicht fördernd, sondern störend und schädigend eingreifen". Angesichts der ganzen Entwicklung des Kreditwesens in Deutschland scheint die Befürchtung allerdings kaum berechtigt, daß infolge allzu vorsichtiger Auskünfte zu wenig Kredit gegeben wird. Richtig mag sein, daß die Preisdrückerei bei den Auskünften die Wurzel der von allen Seiten anerkannten Uebel ist. Man kann aber auch umgekehrt sagen, daß die Leistungen hier meist keinen höheren Preis wert sind. Selbst die billigste Auskunft kann noch zu teuer erscheinen, wenn, wie es meist üblich ist, um die einzige Frage, die wirklich interessiert, nämlich für welchen Betrag der „Angefragte" kreditwürdig sei, herumgeredet wird. Die Häufigkeit, mit der eine Antwort auf diese Kardinalfrage fehlt, ist sicherlich für die niedrigen Preise verantwortlich zu machen, welche die meisten Firmen für Auskünfte anzulegen gewillt sind.

Emissionen und Zulassungen, Gründungen und Kapitalserhöhungen folgen im nächsten Heft.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen von Charles Gide und Charles Rist, herausgegeben von Dr. Franz Oppenheimer. Verlag von Gustav Fischer, Jena 1913 (XVIII u. 828 S.). — Aus dem Inhalt: Die Physiokraten, Adam Smith, die Pessimisten (Malthus u. Ricardo). — Sismondi und die Ursprünge der kritischen Schule. — Saint Simon und der Ursprung des Kollektivismus. — Die Assozialisten (Owen, Fourier, Louis Blanc). — Friedrich List und die nationale Volkswirtschaftslehre. — Proudhon. — Die Optimisten (Bastiat u. Carey). — Die historische Schule und der Streit der Methoden. — Der Staatssozialismus. — Der Marxismus. — Die Hedonisten. — Die Theorie der Bodenrente und ihre Anwendungen. — Die Solidaristen. — Die Anarchisten.

Versicherungs- und Genossenschaftswesen als wechselseitige Hilfsorganisationen. Eine geschichtliche Studie von Dr. jur. Wuttig, Mitglied des Vorstands des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland. (Band 5 der Deutschen ländlichen Genossenschaftsbücherei, Verlag des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland, Berlin. 3 M.) — Der Verfasser untersucht in der vorliegenden Arbeit den Versuch Fr. W. Raiffeisens, die von ihm geschaffene ländliche Genossenschaftsorganisation in größtem Maßstab der Einbürgerung der Lebensversicherung auf dem Lande und umgekehrt die Prämienreserve eines zu schaffenden landwirtschaftlichen Versicherungsinstituts den genossenschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen.

Die chemische Industrie in Belgien, Holland, Norwegen und Schweden. Von Thomas H. Norton. Verlag Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig (geh. 4 M.). — Das Buch gibt eine Darlegung des Verkehrs in der chemischen Industrie zwischen Deutschland, Belgien, Holland, Norwegen und Schweden. Die zahlreichen statistischen Tabellen enthalten alle Produkte, die im internationalen Handel vorkommen und für die chemische Industrie Bedeutung besitzen.

Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands. 2. Ausgabe. Herausgegeben von der Dresdner Bank. (1,20 M.) — Die Dresdner Bank hat ihre im Vorjahre erschienene Schrift über „Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands" jetzt in zweiter Ausgabe herausgegeben. Einige Tabellen sind neu eingefügt und überall nach Möglichkeit die Ziffern auf den neuesten Stand ergänzt worden.

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat Januar (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metallbestand*)	Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (−) **)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdisk. %
							7. Januar								
1914	1488,6 (1204,1)	53,1	27,7	1168,3	74,6	399,1	299,3	180,0	70,0	2303,1	803,8	83,8	−183,7	64,6	5
1913	1081,7 (816,8)	19,3	28,3	1731,9	97,3	87,6	208,7	180,0	66,9	2237,4	695,9	74,8	−558,0	48,3	6
1912	1059,2 (773,7)	35,3	26,6	1566,3	68,9	88,3	155,5	180,0	64,8	2009,7	686,4	59,1	−338,6	52,7	5
1911	988,6 (720,4)	55,4	31,4	1106,3	116,5	117,5	225,3	180,0	64,8	1788,1	553,1	55,0	−162,7	55,3	5
1910	972,5 (730,7)	58,7	25,3	1010,0	119,3	356,4	217,7	180,0	64,8	1825,6	632,4	57,0	−296,6	55,3	5
							15. Januar								
1914	1558,8 (1256,5)	63,6	38,2	894,1	68,1	353,2	216,9	180,0	70,0	2051,1	807,0	84,7	+159,4	75,9	5
1913	1158,4 (878,0)	25,2	40,1	1451,0	87,6	70,7	201,8	180,0	66,9	1983,5	728,7	75,6	−209,8	58,4	6
1912	1136,1 (837,8)	41,4	36,2	1276,2	64,2	71,5	152,8	180,0	64,8	1776,7	698,2	58,6	− 12,9	63,9	5
1911	1058,8 (779,9)	59,3	37,8	1019,7	71,7	77,6	202,1	180,0	64,8	1627,4	598,5	56,4	+ 78,6	65,1	5
1910	1039,3 (707,8)	62,1	33,9	870,7	79,1	303,0	218,4	180,0	64,8	1630,3	672,0	59,4	− 22,2	63,8	5
							23. Januar								
1914	1601,2 (1186,5)	71,4	45,4	809,7	56,4	317,3	212,6	180,0	70,0	1925,1	860,3	78,7	+342,9	83,1	4,5
1913	1205,8 (911,9)	29,3	50,7	1294,8	62,2	47,8	194,7	180,0	66,9	1853,1	710.9	74,4	− 17,2	65,1	6
1912	1209,0 (891,2)	47,1	44,3	1131,5	53,2	71,5	148,7	180,0	64,8	1638,8	763,6	58,1	+211,6	73,7	5
1911	1136,0 (843,2)	63,2	47,3	905,0	63,1	37,5	193,9	180,0	64,8	1513,6	634,1	53,5	+282,9	75,1	5
1910	1097,9 (835,4)	65,1	39,1	794,9	59,2	236,6	213,4	180,0	64,8	1528,4	676,0	56,9	+146,5	71,8	4½
							31. Januar								
1914	1574,9 (1266,2)	62,5	8 3	828,7	70,7	298,2	223,7	180,0	70,0	2052,8	699,6	64,5	+142,9	76,7	4,5
1913	1169,9 (882,7)	22,2	12,1	1269,8	112,5	32,9	177,4	180,0	66,9	1961,9	533,2	54,7	−207,7	59,6	6
1912	1185,2 (863,6)	44,3	10,8	1084,2	91,3	70,0	144,3	180,0	64,8	1719,9	627,2	39,9	+ 70,4	68,9	5
1911	1107,0 (811,3)	61,7	12,0	916,4	113,2	191,8	170,4	180,0	64,8	1572,5	545,7	36,9	+158,3	64,3	5
1910	1059,6 (796,7	64,0	9,8	839,4	89,5	193,6	226,6	180,0	64,8	1579,5	600,6	57,8	+ 26,9	67,1	4½

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.) am Quartals-Ultimo 750 Mill. M.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Januar.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Jan 1914	Metall-bestand	Reichs-kassen-scheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Reserv.-Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 488 604	53 077	27 689	1 168 285	74 587	399 142	299 322	180 000	70 048	2 303 064	803 790	—	83 804	— 183 694	—
	15.	1 558 814	63 567	38 151	894 097	68 089	353 180	216 929	180 000	70 048	2 051 102	807 025	—	84 652	+ 159 430	—
	23.	1 601 177	71 411	45 382	809 745	56 413	317 331	212 582	180 000	70 048	1 925 066	860 259	—	78 668	+ 342 904	—
	31.	1 574 877	62 524	8 292	828 657	70 699	298 201	223 676	180 000	70 048	2 052 782	699 579	—	64 517	+ 142 911	—
Bayerische Notenbank	7.	35 073	104	5 199	40 083	2 519	44	3 314	7 500	3 750	65 841	4 490	—	4 755	+ 6 535	647
	15.	35 867	249	3 460	39 148	2 653	44	3 038	7 500	3 750	63 943	4 383	—	4 883	+ 7 633	416
	23.	36 012	263	2 883	37 884	2 486	44	2 940	7 500	3 750	61 962	4 498	—	4 802	+ 9 196	607
	31.	34 596	99	4 547	37 565	2 631	44	3 827	7 500	3 750	63 586	3 584	—	4 889	+ 7 636	1 015
Sächsische Bank	7.	25 067	898	23 024	52 729	27 272	6 795	5 425	30 000	7 500	55 201	27 413	18 666	2 430	+ 10 559	5
	15.	27 096	1 252	24 130	43 883	27 401	6 882	6 937	30 000	7 500	52 817	25 558	19 181	2 525	+ 5 306	4
	23.	26 788	1 397	28 504	40 556	27 678	6 860	8 406	30 000	7 500	52 013	28 764	19 387	2 525	+ 21 447	2
	31.	19 375	862	8 035	41 300	26 926	6 820	17 641	30 000	7 500	38 624	23 820	18 467	2 547	+ 6 419	1
Württembergische Notenbank	7.	10 573	136	6 752	18 499	11 870	2 585	2 196	9 000	1 625	20 756	18 871	47	2 312	+ 6 705	1 740
	15.	11 818	203	5 118	18 828	13 447	2 585	3 970	9 000	1 625	21 352	21 577	47	2 367	+ 5 787	733
	23.	11 961	192	4 470	19 241	14 076	2 585	4 324	9 000	1 625	21 621	22 199	7	2 399	+ 5 002	761
	31.	9 264	126	940	20 224	15 580	2 585	1 753	9 000	1 625	19 037	18 364	7	2 440	+ 1 293	1 142
Badische Bank	7.	8 252	16	2 186	18 951	12 283	457	5 260	9 000	2 250	20 036	14 102	—	2 017	+ 418	606
	15.	9 545	11	3 255	17 582	13 039	458	4 693	9 000	2 250	22 595	12 683	—	2 054	+ 216	236
	23.	9 756	10	5 388	16 681	13 081	419	5 482	9 000	2 250	24 162	13 328	—	2 076	+ 992	352
	31.	5 896	14	890	16 622	14 269	329	3 961	9 000	2 250	15 205	13 421	—	2 104	+ 1 595	468
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 567 569	54 231	64 850	1 298 547	128 531	409 023	315 517	235 500	85 173	2 464 898	868 666	18 713	95 318	—	—
	15.	1 643 140	65 282	74 114	1 013 538	124 629	363 149	235 567	235 500	85 173	2 211 809	871 226	19 228	96 481	—	—
	23.	1 685 694	73 273	86 627	924 107	113 734	327 239	233 734	235 500	85 173	2 084 824	929 048	19 394	90 470	—	—
	31.	1 644 008	63 625	24 704	944 368	129 105	307 979	250 858	235 500	85 173	2 189 234	758 768	18 464	76 497	—	—

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Januar (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Jan. 7.	37,11	13,09	32,09	29,04	7,18	46,54	26,51	49 3/8	5
„ 14.	39 89	12,14	29,72	28,47	7,65	46,05	29,87	55 5/8	4 1/2
„ 21.	41,92	11,19	30,66	28,25	10,17	45.75	32,13	57 3/8	4 1/2
„ 28.	43,63	11,19	34,16	28,20	9,82	51,34	33,88	51	3
1913 Jan. 1.	31,30	14,84	49,63	29,20	14,16	52,95	20,55	30 5/8	5
„ 8.	33,41	13,69	32,69	28,63	9,81	41,79	23,23	45	5
„ 15.	35,27	13,03	31,58	28,08	10,69	41,48	25,64	49 1/8	5
„ 22.	35,78	13,03	31,75	27,66	13,93	39,33	26,56	49 7/8	5
„ 29.	36,40	13,04	35,04	27,78	16,48	40,49	27,07	47 3/8	5
1912 Jan. 3.	34,42	15,27	44,91	29,19	16,68	49,35	23,68	35 7/8	4
„ 10.	36,04	15,27	40,24	28,59	14,89	40,24	25,91	47	4
„ 17.	37,31	15,27	31,67	28,04	16,89	39,61	27,71	49	4
„ 27.	38,04	15,27	32,98	27,81	19,66	39,21	28,68	48 3/4	4
„ 31.	38,33	15,27	33,62	28,26	17,98	41,41	28,53	48	4
1911 Jan. 4.	31,94	17,40	40,38	28,52	12,55	49,20	21,87	35 3/8	4 1/2
„ 11.	32,90	15,40	28,19	27,90	8,77	40,23	23,45	47 7/8	4 1/2
„ 18.	34,66	14,96	27,52	27,42	10,06	40,03	25,70	51 1/4	4 1/2
„ 25.	35,98	14,96	28,30	27,25	11,25	41,09	27,18	51 7/8	4 1/2
1910 Jan. 5.	33,70	17,51	36,21	28,87	9,94	49,14	23,29	39 3/8	4 1/2
„ 12.	34,75	14,71	30,74	28,28	6,90	45,49	24,92	47 1/2	4
„ 19.	36,47	14,71	29,38	28,00	11,39	41,59	26,91	50 3/4	4
„ 26.	36,91	14,61	29,05	27,71	12,27	41,01	27,64	51 7/8	3 1/2

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Januar (von 1910—1914). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in %	Bank-disk. %	Gold-Präm. %
						staatl.	priv.			
1914 Jan. 2.	3507,7	638,6	1976,3	1001,6	6034,6	328,4	712,5	68,7	4	—
„ 8.	3502,6	639,1	1734,4	1015,4	6017,4	242,9	640,1	68,8	4	—
„ 15.	3511,8	635,3	1607,4	995,9	6011.3	166,5	576,4	68,9	4	—
„ 22.	3520,8	643,7	1554,2	982,5	5877,3	215,8	638,1	70,8	4	—
„ 29.	3532,9	641,1	1640,2	967,5	5893,9	193,7	756,0	70,8	4	—
1913 Jan. 2.	3194,6	670,8	2139,3	946,9	5933,4	188,2	752,2	65,2	4	—
„ 9.	3188,5	660,4	2018,1	964,5	5857,2	175,1	719,2	65,71	4	—
„ 16.	3181,0	651,4	1971,3	953,7	5856,4	281,0	567,5	65,44	4	—
„ 23.	3199,2	647,9	1931,0	923,6	5766,8	301,6	627,8	67,06	4	—
„ 30.	3214,8	636,5	2063,7	906,7	5884,1	267,1	712,2	65,45	4	—
1912 Jan. 4.	3170,9	801,4	1772,6	910,7	5724,0	119,5	642,6	69,4	3 1/2	—
„ 11.	3178,9	801,9	1385,5	918,4	5477,7	130,6	613,8	72,6	3 1/2	—
„ 18.	3182,2	804,8	1390,7	897,9	5442,2	152,3	618,2	73,2	3 1/2	—
„ 25.	3189,2	804,3	1494,9	927,5	5321,8	322,4	790,8	75,0	3 1/2	—
1911 Jan. 5.	3253,7	821,7	1338,8	822,0	5519,1	109,6	582,6	73,8	3	—
„ 12.	3247,7	820,4	1250,2	795,6	5409,2	85,7	574,0	75,2	3	—
„ 19.	3251,2	820,1	1241,1	787,9	5394,8	180,0	568,5	75,5	3	—
„ 26.	3253,6	819,8	1185,1	784,2	5301,9	118,1	602,7	76,8	3	—
1910 Jan. 6.	3488,0	874,0	1146,1	735,2	5470,0	132,1	602,2	79,8	3	—
„ 13.	3488,7	872,4	1030,1	714,4	5384,8	124,1	544,3	81,0	3	—
„ 20.	3476,0	875,1	984,6	704,6	5344,7	88,9	584,0	81,4	3	—
„ 27.	3476,0	876,3	1076,1	686,5	5290,2	117,2	686,7	82,2	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1910 bis 1911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Oesterreichisch-Ungarische Bank.

Wochen-Ausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913.

In Millionen Kronen ö. W. (K 100 = M. 85,0610).

Datum		Metallschatz inkl. 60Mill Kron. Devisen	Eskompt. Wechsel, Warrants u. Effekt.	Darl. gegen Handpfand	Hypothekar-Darlehen	Banknotenumlauf	Giroguth. u. sonstige sofort fäll. Verbindl.	Not.-Res. (+) bzw. steuerpfl. Uml. (−)	Banksinsfuß i. Diskgeschäft %
1913	Okt. 7.	1535,3	885,3	241,7	299,7	2379,6	186,3	—244,3	6
	„ 15.	1534,7	815,3	237,8	299,8	2313,0	183,2	—178,3	6
	„ 23.	1535,5	814,9	231,2	300,0	2283,2	200,5	—147,7	6
	„ 31.	1530,1	1031,0	248,8	299,9	2559,0	167,9	—428,9	6
	Nov. 7.	1534,8	965,5	241,1	299,9	2419,0	221,0	—284,7	6
	„ 15.	1538,4	857,5	237,3	299,7	2333,8	199,9	—195,5	6
	„ 23.	1542,5	833,1	225,6	300,0	2239,9	255,7	— 97,5	6
	„ 30.	1546,7	892,3	239,1	300,0	2371,5	201,9	—224,8	5½
	Dez. 7.	1549,6	844,3	242,0	299,8	2294,0	225,2	—144,4	5½
	„ 15.	1557,1	763,7	244,1	300,0	2245,1	209,0	— 88,0	5½
	„ 23.	1558,8	776,5	271,2	299,9	2255,1	233,5	— 96,3	5½
	„ 31.	1562,5	926,0	310,6	299,9	2493,6	187,6	—331,1	5½
1912	Okt. 7.	1573,1	1017,4	156,5	299,7	2417,1	221,0	—244,0	5
	„ 15.	1571,8	992,1	160,2	299,6	2379,5	236,3	—207,7	5
	„ 23.	1572,1	1051,1	152,5	299,6	2350,1	307,0	—178,0	5
	„ 31.	1566,1	1162,6	166,4	299,9	2590,5	204,8	—424,3	5½
	Nov. 7.	1566,2	1113,6	170,9	299,7	2463,3	262,0	—297,1	5½
	„ 15.	1569,2	1075,4	169,1	299,7	2413,9	272,4	—244,6	5½
	„ 23.	1562,2	1036,8	167,8	299,5	2355,6	283,6	—193,4	6
	„ 30.	1546,8	1212,8	216,1	299,6	2618,2	236,6	—471,4	6
	Dez. 7.	1530,9	1188,5	232,4	299,3	2568,9	255,4	—438,0	6
	„ 15.	1513,7	1219,1	251,6	299,1	2594,3	256,6	—480,6	6
	„ 23.	1508,8	1244,2	299,5	299,5	2616,4	314,1	—507,5	6
	„ 31.	1507,6	1341,1	299,4	299,5	2815,8	275,0	—708,2	6

Nationalbank von Dänemark.

Monats-Ausweise von Oktober bis Dezember 1909—1913.

(Millionen Kronen.)

Ultimo		Wechsel u. Vor-* schüsse	Effektenbestand	Aus-** ländische Guthaben	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Metallbestand	Notenumlauf	Metallisch gedeckte Noten in Prozent	Bankdiskont %
1913	Oktober	83,868	9,190	17,439	2,979	78,691	154,354	50,9	6
	November	74,649	9,190	22,601	3,897	76,680	146,987	52,2	6
	Dezember	90,083	9,177	12,232	6,874	79,428	151,552	52,4	6
1912	Oktober	75,603	9,558	20,704	3,422	77,363	147,278	52,5	5
	November	71,868	9,559	22,671	5,515	77,486	142,819	54,3	5-5½[1]
	Dezember	79,144	9,554	18,154	9,481	80,831	145,732	55,5	5½
1911	Oktober	81,013	10,018	12,918	5,192	72,396	137,997	52,5	5
	November	74,468	10,018	18,829	9,919	73,011	132,829	54,9	5
	Dezember	85,010	9,950	13,205	8,793	74,670	140,175	53,2	5
1910	Oktober	88,812	6,670	12,535	11,835	73,610	131,150	50,3	5
	November	77,432	6,678	14,209	10,437	74,258	127,491	58,2	5
	Dezember	84,729	6,670	12,536	11,835	73,610	131,150	56,1	5
1909	Oktober	72,627	6,728	12,911	2,632	69,989	126,944	55,1	4½-5[2]
	November	72,477	6,391	13,069	6,391	69,784	122,041	57,2	5—5½
	Dezember	80,519	6,793	9,988	6,159	69,762	129,183	54,0	5—5½

*) Für 1909—1912 inkl. „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank (ca. 24—34 Mill. Kr.).

**) Die ausländischen Wechsel sind in den früheren Zusammenstellungen den ausländischen Guthaben, jetzt den Wechseln und Vorschüssen zugezählt worden.

[1]) Seit 16. Nov. [2]) Am 13. Okt. von 4½ auf 5% erhöht.

Digitized by Google

Russische Reichsbank.

Wochenausweise vom Oktober bis Dezember 1912—1913. (Millionen Rubel.)

Ausweis-Tag		Gold	Silber	Goldguthab. im Ausl.	Wechsel	Darlehen	Guth. des Staat.	Guth. der Priv.	Noten-Umlauf	Diskontsatz
1913 Okt.	1./14.	1471,3	59,1	190,6	608,6	482,0	545,3	581,6	1710,9	6
„	8./21.	1472,5	59,1	192,8	589,3	477,6	534,2	536,8	1709,3	6
„	16./29.	1486,6	58,2	186,9	578,1	451,0	500,5	571,0	1713,1	6
„	23./5.	1487,7	57,6	187,5	592,4	456,8	526,2	555,2	1720,6	6
Nov.	1./14.	1495,3	58,1	187,3	570,5	464,0	511,1	604,7	1705,5	6
„	8./21.	1496,7	58,9	186,6	550,3	445,8	518,7	608,8	1698,9	6
„	16./29.	1501,6	60,0	174,4	549,0	445,4	503,3	575,2	1681,7	6
„	23./5.	1503,9	60,4	173,1	552,0	449,4	521,5	562,5	1701,4	6
Dez.	1./14.	1512,0	61,3	168,7	581,4	445,9	534,3	575,8	1683,3	6
„	8./21.	1513,5	61,6	170,1	570,7	449,8	547,9	562,3	1679,3	6
„	16./29.	1516,3	61,9	169,1	573,9	456,3	581,5	583,9	1668,5	6
„	23./5.	1514,7	58.5	169,7	576,8	472,5	599,2	550,6	1712,2	6
1912 Okt.	1./14.	1303,7	65,8	259,9	441,1	353,7	404,2	543,7	1542,2	5
„	8./21.	1307,0	65,3	262,5	444,1	355,2	394,0	569,0	1530,3	5
„	16./29.	1310,4	64,6	264,8	440,8	341,3	392,5	548,2	1525,9	5½
„	23./5.	1307,4	62,9	265,3	449,2	344,4	416,4	574,3	1543,7	5½
Nov.	1./14.	1314,6	63,3	266,3	440,9	353,6	420,4	591,6	1533,1	5½
„	8./21.	1317,2	63,4	266,6	442,8	346,9	427,8	585,7	1516,0	5½
„	16./29.	1323,3	64,3	262,6	445,5	351,4	427,6	585,1	1500,5	5½
„	23./6.	1318,7	64,6	259,9	451,6	368,4	472,1	577,9	1518,0	5½
Dez.	1./14.	1324,4	65,9	250,8	487,7	395,9	453,5	593,8	1502,2	6
„	8./21.	1324,5	66,0	233,9	488,9	412,2	465,3	573,7	1502,9	6
„	16./29.	1327,4	66,9	225,6	504,5	418,1	503,0	595,7	1499,0	6
„	23./5.	1316,9	63,0	222,2	527,1	435,6	531,8	554,9	1546,4	6

Bank von Finland.

Wochenausweise für Okt. bis Dez. 1912—1913. (Mill. fin. Mark [1 Fm. = 0,81 Rm.])

Ausweis-Tag		Gold	Silber	Ausländ. Guthab. (Saldo)	Staatsobligat. in ausl. Valuta	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bankdiskont
1913 Okt.	8.	36,735	1,673	73,239	23,126	103,015	25,233	110,235	44,398	6
„	15.	36,811	1,743	72,659	23,125	101,389	25,902	108,488	45,700	6
„	23.	36,974	1,787	76,577	23,125	97,266	27,570	104,850	49,355	6
„	31.	37,118	1,822	79,830	23,125	102,892	32,848	109,169	45,246	6
Nov.	8.	37,259	1,766	80,065	23,111	104,516	34,766	108,918	44,437	6
„	15.	36,585	1,979	80,721	23,111	102,955	35,765	105,853	45,363	6
„	22.	36,587	2,029	80,384	23,111	102,781	37,657	102,730	45,661	6
„	29.	36,681	2,067	78,334	22,715	103,872	28,128	112,258	46,441	5½
Dez.	8.	36,741	2,066	77,438	22,626	103,439	26,593	112,691	46,782	5½
„	15.	37,055	2,055	75,577	22,616	107,655	28,037	113,190	43,190	5½
„	23.	37,016	1,956	72,500	22,616	109,071	26,556	112,761	42,087	5½
„	31.	37,486	2,156	74,669	22,259	110,004	27,599	113,003	41,187	5½
1912 Okt.	8.	35,107	1,880	69,352	24,015	101,129	22,272	114,920	28,853	5
„	15	35,148	1,933	69,276	24,015	99,698	23,225	112,342	29,446	5
„	23.	35,219	1,941	69,610	24,015	119,177	29,948	111,521	29,958	5
„	31.	35,059	1,997	71,009	24,015	106,491	30,833	113,164	22,794	5
Nov.	8.	35,173	1,909	69,929	24,001	111,278	34,110	113,531	18,935	5
„	15.	35,154	1,948	69,571	24,001	109,782	35,812	110,002	20,278	6
„	23.	35,194	1,973	69,360	24,001	110,697	37,743	108,758	20,646	6
„	30.	34,999	2,018	68,825	24,001	111,588	27,353	118,423	19,121	6
Dez.	7.	35,112	1,977	68,280	23,996	111,930	28,267	117,647	19,164	6
„	14.	35,226	1,999	66,281	23,995	114,783	29,245	116,480	16,682	6
„	23	35,185	1,959	64,027	23,995	117,027	29,304	117,140	14,553	6
„	31.	35,355	2,169	66,278	23,154	115,223	28,609	117,498	16,030	6

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von

M. 4 000 000.— 4 proz. Pfandbriefe von 1914, Reihe V unkündbar bis 1934

der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen

(Körperschaft des öffentlichen Rechts).

Auf Grund Königlichen Privilegs vom 4. September 1910 hat die Deutsche Pfandbriefanstalt in Posen beschlossen, M. 4 000 000 — 4 proz Pfandbriefe auszugeben. Die Schuldverschreibungen bilden die **Reihe V** und gelangen in Stücken von 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 M. zur Ausgabe.

Kündigung und Verlosung ist bis zum 1. Januar 1934 ausgeschlossen. Der Pfandbrief ist von seiten des Inhabers unkündbar und wird von seiten der Anstalt sechs Monate nach erfolgter Auslosung, Kündigung und öffentlicher Bekanntmachung eingelöst.

Die Zinsscheine und ausgelosten oder gekündigten Pfandbriefe werden kostenfrei eingelöst:

in Berlin bei der Königlichen Seehandlung (Preußische Staatsbank), der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handels-Gesellschaft, der Deutschen Bank, der Direction der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein;

in Breslau bei der Bank für Handel und Industrie Filiale Breslau vorm. Breslauer Disconto-Bank und dem Bankhause Eichborn & Co.;

in Halle bei dem Bankhause H. F. Lehmann;

in Hannover bei der Hannoverschen Bank und dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn;

in Posen bei der Kasse der Anstalt,

der Danziger Privat-Actien-Bank Filiale Posen, der Norddeutschen Creditanstalt, der Ostbank für Handel und Gewerbe und den Herren Hartwig Mamroth & Co.,

sowie an allen Orten, an denen vorstehende Banken Niederlassungen haben.

Die Pfandbriefe sind mündelsicher auf Grund der Artikel 73 und 74 des preussischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Auf Grund des Erlasses (Prospektbefreiung) des Königlich preußischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 15. Dezember 1913 ist die vorgenannte Reihe V zum Handel an den Börsen zu Berlin und Breslau nach § 40 des Börsengesetzes zugelassen.

Posen, im Februar 1914.

Deutsche Pfandbriefanstalt in Posen.

Dr. Stübben. Loos.

Hypothekenbank in Hamburg.

Aktiva. Bilanz ultimo Dezember 1913. **Passiva.**

	M.	pf	M.	pf		M.	pf	M.	pf
Kassa u. Guthaben bei Banken					Aktienkapital-Konto			36 000 000	—
Kassenbestand	259 404	22			Ordentlicher Reservefonds			15 100 000	—
Giroguth. bei d. Reichsbk. u. bei d. Vereinsbk. i. Hamburg	321 722	87			Reserve-K. II (erhöht sich durch die diesj. Zuwendung aus dem Reingewinn auf M. 4 643 003.11)			4 140 000	84
Guthaben in laufender Rechnung bei d. Deutschen Bank u. ander. ersten Bankhäusern	19 712 216	59	20 293 343	68	Effekt.-Abschreibungs-Reserve			1 500 000	—
Wechsel-Konto			176 147	38	Hypothekenpfandbriefe, 4 %ige Pfandbriefe	421 401 500	—		
Effekt.-Kto. (nom. M. 11 210 000.— 3 %ige Reichs- und bundesstaatliche Anleihen, eingesetzt mit 75 %) plus laufend. Zinsen			8 488 206	25	3½ %ige „	109 294 600	—	530 696 100	—
davon i Pfandbriefdeckungsregister eingetr. M. 4 150 000.—					Fällige Hypothekenpfandbriefe			6 048	—
Darlehen auf Hypotheken			345 000	—	Pfandbr.-Zins. (dav. M. 2 971 148.— fällige Zinsscheine)			6 703 497	42
Hypotheken (davon i. Deckungsregist. eingetr. M. 553 222 820.59)			570 744 738	52	Dividenden-Konto (Restanten)			6 952	50
Fällige Hypotheken-Darlehnszinsen (rückständ. M. 111 099.17)			5 937 413	66	Pfandbrief-Agio-Konto (§ 26 des Reichshypoth.-Bankgesetzes)			1 654 439	89
Bankgebäude-Konto Hamburg			700 000	—	Vorträge auf Provision-Konto			3 521 414	47
Bankgebäude-Konto Berlin			500 000	—	Vorträge auf Hypoth.-Zins.-Kto.			639 700	42
Debitoren in laufender Rechnung			998 423	13	Vortrag auf Unkosten-Konto			90 000	—
					Talonsteuer-Konto			499 110	91
					Wehrsteuer-Konto			310 000	—
					Beamten-Unterstützungsfonds			1 238 036	56
					Dr. Karl-Stiftung			50 000	—
					Kreditoren in laufend. Rechnung			497 765	12
					Gewinn- und Verlust-Konto			5 530 206	49
		M.	608 183 272	62			M.	608 183 272	62

Debet. Gewinn- und Verlust-Konto ultimo Dezember 1913. **Kredit.**

	M.	pf	M.	pf		M.	pf	M.	pf
An Pfandbrief-Zinsen			20 819 466	54	Per Bilanz-Konto			500 183	75
„ Unkosten-Konto: Saldo des Kontos	761 750	13			„ Hypotheken-Zinsen			24 920 598	79
Vortrag auf neue Rechn.	90 000	—	851 750	13	„ Zinsen-Konto			1 237 936	28
„ Talonsteuer-Konto			150 000	—	„ Provisions-Konto			394 220	72
Ueberschuß			5 530 206	49	„ Pfandbrief-Agio-Konto			298 483	67
		M.	27 351 423	16			M.	27 351 423	16

Hamburg, den 31. Dezember 1913.
Hypothekenbank in Hamburg.
Die Direktion:
Dr. Gelpcke. Dr. Bendixen. Dr. Henneberg.

Die Uebereinstimmung mit den Büchern der Hypothekenbank in Hamburg bescheinigen wir hiermit.
Hamburg, den 7. Januar 1914.
Gustav Müller. Albert Münchmeyer.

Der Geschäftsbericht kann kostenfrei direkt von der Bank oder durch die Pfandbriefverkaufsstellen bezogen werden

Digitized by Google

Die Reichsbank und der sogenannte Geldmarkt.

II.

Ist es „Geld" oder „Kapital", was die deutsche Gesamtwirtschaft an den großen Zahltagen des Jahres von der Reichsbank fordert? Handelt es sich dabei um rein zahlungstechnische Vorgänge, oder um Kreditgeschäfte, oder um eine Kombination von beiden?

Man braucht, um sich hierüber klar zu werden, nicht bis in die innerste Tiefe des Geld- und Kapitalbegriffs einzudringen oder hunderte von Definitionen im Kopf zu haben — jeder Volkswirt macht sich bekanntlich seine eigene Theorie zurecht —; es genügt vielmehr schon eine verhältnismäßig rohe Definition, sofern sie nur die Unterscheidungsmerkmale des Geldes und des Kapitals so deutlich hervortreten läßt, daß man im konkreten Falle nicht im Zweifel darüber ist, mit welcher Kategorie man es zu tun hat. Eine solche rohe Begriffsbestimmung hat auch den Vorzug, daß sie weniger Angriffsflächen bietet als eine erschöpfende.

Sonach ist es für unsere Zwecke ausreichend, wenn wir Geld definieren als „eine im Verkehr gegebene und genommene Anweisung auf Wirtschaftsgüter, die auf Einheiten lautet, welche in einem bestimmten und möglichst konstanten Verhältnis zu den Wirtschaftsgütern stehen". Ob die Tatsache, daß die Anweisung im Verkehr eines bestimmten Gebiets umläuft, auf ihren inneren Wert, oder aber auf staatliche Anordnung, oder auf Ueberlieferung und Landesgewohnheit, oder auf irgendeinen anderen Umstand zurückzuführen ist, kann in diesem Zusammenhange außer Betracht bleiben. Denn es handelt sich für uns heute nur um die Feststellung, welche Besonderheiten das Geld an sich hat, nicht aber darum, wie man ihm seine Geldeigenschaft am besten sichert. Es handelt sich um das Geld schlechthin, nicht um das geldliche Optimum. Und

Digitized by Google

da genügt es, daran festzuhalten, daß für das Geld, abgesehen von seiner staatlichen Anerkennung als solches, zwei Eigenschaften unerläßlich sind, nämlich erstens allgemeine Gängigkeit, und zweitens Beständigkeit seines Verhältnisses zu den Wirtschaftsgütern (Wertbeständigkeit).

Diese beiden Eigenschaften des Geldes bewirken, daß es die Funktionen eines Tauschmittels und eines Wertmaßstabes ausüben kann. Das Geld würde kein Tauschmittel sein, wenn nicht jeder einzelne Bewohner eines geographischen Bezirks es als Anweisung auf fremde Güter und daher als Aequivalent seiner eigenen Güter geben und nehmen würde; und es würde kein Wertmaßstab sein, wenn nicht eine bestimmte und nach Möglichkeit unveränderliche Relation zwischen ihm und den zum Austausch bestimmten Gütern bestände. Diese Relation kann im übrigen beschaffen sein wie sie will. Es ist ganz gleichgültig, ob die Rechnungseinheit des Geldes einer großen Gütermenge gleichgesetzt wird (wie etwa in China), oder einer kleinen Gütermenge (wie etwa in den Vereinigten Staaten), d. h. es kommt gar nicht darauf an, ob die Kaufkraft des Geldes groß oder klein ist. Es kommt nur darauf an, daß sie s t a b i l ist, das also das einmal bestehende Verhältnis des Geldes zu den Gütern keine Veränderung erfährt, die nicht in einer effektiven Wertveränderung der Güter selbst begründet ist — der Wert der Güter mag im übrigen von dem Maß der aufgewendeten oder gesellschaftlich notwendigen Arbeit, von Angebot und Nachfrage oder wovon sonst immer bestimmt werden.

Nun ist die Wertbeständigkeit des Geldes aber nur so lange gesichert, wie seine Menge keinen willkürlichen Veränderungen unterworfen ist. Da die Gesamtheit des in einem gegebenen Lande zu einem gegebenen Zeitpunkt vorhandenen Geldes in einem ganz bestimmten Wertverhältnis zur Gesamtheit der zum Angebot kommenden Güter steht, so muß jede Vermehrung oder Verminderung des Geldes, der nicht eine entsprechende Vermehrung oder Verminderung der auf dem Markt befindlichen Güter parallel geht, eine Wertverschiebung zur Folge haben. (Das ist das Hauptargument zugunsten des Goldgeldes; denn dieses kann nicht entstehen, ohne daß in seinem Goldgehalt zugleich ein annähernd äquivalentes Gut neu auf

Digitized by Google

den Markt tritt, welches das Gleichgewicht zwischen Geldmenge und marktfähiger Gütermenge aufrecht erhält.) Freilich führt, ebenso wie jede einseitige Zunahme des Geldes, so auch jede einseitige Zunahme der am Markt befindlichen Gütermenge zu Verschiebungen im Wertverhältnis. Aber diese von den Gütern ausgehenden Verschiebungen sind natürlich und notwendig. Die Tatsache selbst, daß die Gütermenge eine Zunahme erfahren hat, dokumentiert ja, daß Fortschritte gemacht worden und neue (mechanische, geistige oder körperliche) Kräfte in den Produktionsprozeß eingetreten sind, was unbedingt verbilligend wirken muß. Der Vorgang ist an und für sich auch unschädlich, weil auf dem ermäßigten Niveau eine entsprechend stärkere Nachfrage einsetzt, so daß der vergrößerten Gütererzeugung ein ebenfalls vergrößerter Konsum gegenübersteht, was als eine ganz naturgemäße Folge der Fortentwicklung und des Wachstums der Bevölkerung empfunden wird. Dagegen ist die einseitige Zunahme des Geldes unnatürlich und schädlich. Sie verschiebt das Verhältnis zwischen Geld und Gütern nach der entgegengesetzten Seite, d. h. sie erzeugt eine Preissteigerung, auch wenn hierzu jede äußere Veranlassung fehlt. Sie ist zudem unmoralisch. Denn eine einseitige Zunahme des Geldes, also eine Zunahme ohne vorhergegangene oder gleichzeitige Vermehrung der Gütermenge, ist nur denkbar unter der Voraussetzung eines ersten Empfängers, der in den Besitz dieses Geldes und der ihm anhaftenden Kaufkraft kommt, ohne ein entsprechendes Gut oder eine entsprechende Leistung dafür zu geben, also im Wege der Schenkung oder des Darlehens. Und es ist eine durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung dieses ersten Geld-Empfängers, wenn man seine Kaufkraft zum Nachteil aller übrigen künstlich stärkt. Nur wenn der erste Empfänger der Staat ist, können Gründe der Staatsraison diese Unbilligkeit, wenn auch nicht beseitigen oder in ihrer störenden Einwirkung auf die Aequivalenz von Gütern und Geld mildern, so doch entschuldigen.

Die Tatsache, daß Güter und Geld sich aufeinander einrichten und jeweils in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen, hat zur Folge, daß in keinem Wirtschaftsstadium das Geld als solches fehlen kann. Selbst

Digitized by Google

in Zeiten, in denen scheinbar ein akuter Geldmangel herrscht, fehlt in Wirklichkeit niemals das Geld, sondern der Kaufwille oder die Kaufkraft. Das Geld erleichtert zwar den Tauschverkehr, indem es sich zwischen die auszutauschenden Güter schiebt und den Tausch in zwei Teile, einen Verkauf und einen Ankauf zerlegt: es ist jedoch in keiner Weise eine unerläßliche Vorbedingung für den Güteraustausch. Beweis: die ganz primitive Wirtschaft mit ihrem Tauschverkehr und die ganz fortgeschrittene Idealwirtschaft mit ihrer Buchverrechnung. Aber selbst wenn man in dem Gelde ein infolge der Volksgewohnheiten unentbehrlich gewordenes Hilfsmittel der National- und Weltwirtschaft sehen wollte, wäre praktisch kein Fall denkbar, in dem ein Mangel an Geld eintreten könnte, d. h. in dem der Vorrat an Geld nicht mehr im richtigen Verhältnis zur Zahl und Größe der möglichen An- und Verkäufe stehen könnte. Gewiß kommt der Fall vor — er ereignet sich sogar täglich —, wo Waren und Dienstleistungen „unverkäuflich" sind, weil es an „Geld fehlt". Aber das Geld fehlt nicht, weil seine absolute Menge unzureichend ist, sondern weil seine Besitzer es anders verwenden wollen als die Verkäufer es wünschen. Das vorhandene Geldquantum entspricht zu jeder Zeit genau dem Quantum latent vorhandener Kaufkraft, und es verringert sich nur in dem Maße, wie diese Kaufkraft abnimmt, was aus den verschiedensten Ursachen eintreten kann. Es ist nicht denkbar, daß jemand zwar im Besitze eines unverbrauchten Vermögens von 1000 M. ist, das er nicht an einen anderen abgetreten oder ausgeliehen hat, dennoch aber keine Güter dafür erwerben kann, weil es an Geld fehlt. Was die Mitglieder einer Volksgemeinschaft an flüssigem Vermögen besitzen, also weder festgelegt noch (z. B. in Form eines Bankdepositum) ausgeliehen haben, deckt sich stets genau mit der Summe vorhandenen Geldes. Denn diese Summe ist nichts anderes als der greifbare Repräsentant des flüssigen Vermögens oder, was dasselbe ist, der noch nicht ausgenutzten Kaufkraft. Wenn auch der Vorrat an barem Gelde am Schluß einer Periode, in der viel investiert, d. h. viel flüssiges Vermögen in Güter verwandelt worden ist, kleiner erscheint als vorher, so ist er doch nicht um einen Pfennig kleiner als die Summe des nicht festgelegten, für

Digitized by Google

künftige Anlagen verfügbaren Vermögens. Ist nicht gerade Geld nach dem Ausland abgeflossen oder vernichtet worden (die deutsche Goldindustrie vernichtet fortgesetzt Geld in großem Umfange), so ist der Vorrat nicht einmal absolut kleiner als vorher. Was sich verändert hat, ist nur sein Verhältnis zu der durch das vorangegangene Investitionsfieber übermäßig erweiterten Güterproduktion, die über die Grenzen der Kaufkraft und damit natürlich auch des Geldvorrats hinausgeschossen ist, und die jetzt durch den „Geldmangel" ihre natürliche Korrektur erfährt.

Es ist ein in seinen Konsequnzen außerordentlich gefährlicher, wenn auch weit verbreiteter Aberglaube, daß das Geld sich der Menge nach der fortgesetzt wachsenden Güterproduktion anzupassen, also sich ebenfalls ständig zu vermehren habe. Da die Summe des jeweils vorhandenen Geldes sich stets genau mit der Summe von Kaufkraft im Lande deckt, diese letztere aber nicht beliebig vermehrbar ist, so haben sich Produktion und Umsatz dem Geldvorrat anzupassen, nicht umgekehrt. Das Geld kann also auch niemals knapp sein, kann niemals „fehlen", wenn es auch allen denen so scheint, die den Wunsch haben, über ihre Kaufkraft hinaus Güter zu erwerben, ebenso wie jenen anderen, die ihre Güter zu einem höheren Preise zu verkaufen wünschen, als es der allgemeinen Kaufkraft entspricht, also zu einem den „Konventionswert" der Güter übersteigenden Preise. Was dem Markte nach der Ansicht aller dieser Leute fehlt, ist in Wirklichkeit nicht das Geld, der metallische oder papierne Repräsentant der Kaufkraft, sondern die Kaufkraft selbst.

Und damit sind wir beim Kapital angelangt. Denn Kapital in dem hier allein in Frage kommenden engeren Sinne ist nichts anderes als Kaufkraft. Wie beim Gelde, so brauchen wir uns auch beim Kapital nicht in das Gewirr der hundert Definitionen zu verlieren, denn es handelt sich hier nicht um den außerordentlich elastischen Gesamtbegriff, der alle irgend denkbaren Kapitalarten decken muß, sondern nur um dasjenige Kapital, das Handelsware ist, und dem wir auf dem Markte begegnen. Dieses Kapital verleiht seinem Besitzer ein Anrecht auf Waren und Dienste in einem gewissen Werte, ein Anrecht, von dem aber einstweilen kein Gebrauch gemacht worden ist, so daß

Digitized by Google

das Kapital in diesem seinem ersten Stadium identisch mit latenter Kaufkraft ist und wie sie durch Geld repräsentiert wird. Daher die häufige Verwechslung des durch Geld dargestellten Kapitals mit dem Gelde selbst, welche zu dem widersinnigen Schlagwort vom „fehlenden Geld" geführt hat. Tatsächlich wird, wenn vom Fehlen des Geldes gesprochen wird, nichts anderes gemeint, als das Fehlen von Kapital.

Im Gegensatz zum Gelde, das jedermann, der im Besitz einer bestimmten Kaufkraft, eines bestimmten Kapitals ist, ohne weiteres in Händen hat, und das daher an sich niemals fehlen kann, ist das Kapital sehr oft nur schwer oder gar nicht erhältlich und „fehlt" daher. Ganz korrekt ist die Ausdrucksweise allerdings auch hier nicht. Denn was fehlt, ist häufig nicht das Kapital selbst, sondern nur der Wille seiner Eigentümer, es anderen zu überlassen. Fehlen tut dann in Wirklichkeit der Kredit, doch kann man statt seiner, der die Manipulation mit dem Kapital ausdrückt, auch vom Kapital selbst reden, wenn man dabei nur immer an das sichtbar auf dem Markt erscheinende Kapital, also das Kapital im allerengsten Sinne, denkt, dessen größeres oder geringeres Angebot deutlich in der Höhe des Entgelts zum Ausdruck kommt, das für seine Benutzung gezahlt werden muß (Zins).

Man hat sich nun daran gewöhnt, den Markt, auf dem die Kapitalien auf kurze Frist (Tage, Wochen und Monate) ausgeliehen werden, „Geldmarkt" zu nennen und ihn in Gegensatz zu bringen zum „Kapitalmarkt", auf dem die langfristigen Ausleihungen (auf Jahre) gehandelt werden. Da bei der Trennung der beiden Märkte nach dem Moment der Leihfrist die Grenzen ziemlich flüssig sind, so unterscheidet man auch nach einem mehr äußerlichen Merkmal: Man zählt diejenigen Kreditoperationen, bei denen der Kapitalbetrag das feste und der Zins das bewegliche Element ist, dem Geldmarkt, und diejenigen, bei denen der Kapitalbetrag beweglich (Kursveränderungen unterliegend), der Zins aber unveränderlich ist, dem Kapitalmarkt zu. Die Unterscheidung ist, nach welchen Grundsätzen sie auch erfolge, eine willkürliche und ungerechtfertigte. Denn es handelt sich bei den Geschäften, die an diesem wie an jenem Markte abgeschlossen werden, stets nur um

Digitized by Google

Kapital, das in Geldform auftritt, und niemals um Geld selbst. Was, ganz abgesehen von allem, was hier über das Geld gesagt worden ist, schon daraus hervorgeht, daß die Geschäfte am Kapital- wie am Geldmarkt samt und sonders Kreditgeschäfte mit Zinsäquivalent sind. Der Zins ist aber ein untrügliches Merkmal für die Kapitaleigenschaft einer Geldsumme, weil nur das Kapital, niemals aber das Geld einen Ueberschuß abwirft, aus dem ein Zins bezahlt werden kann.

Trotzdem könnte es dem Sprachgebrauch unbenommen bleiben, ein Teilgebiet des Kapitalmarkts als „Geldmarkt" zu bezeichnen, wenn dadurch nicht einer verhängnisvollen Begriffsverwirrung Vorschub geleistet würde. Denn es ist nicht bei der verschiedenen Benennung geblieben, sondern es hat sich in weiten Kreisen die Auffassung eingenistet, daß es sich auch um grundsätzlich verschiedene Dinge handle; daß ein Darlehen auf wenige Tage dem Wesen nach etwas ganz anderes sei als ein Darlehen auf Monate oder Jahre; daß der erstere Fall die Beschaffung von Geld, also eines rein technischen Mittels der Umsatzerleichterung, der letztere dagegen die Beschaffung von Kapital zum Gegenstande habe. Und diese Auffassung hat sich auch auf den Verkehr mit der Reichsbank übertragen. Die starken Wechseleinreichungen an den großen Zahltagen werden nicht als Mittel der Kapitalbeschaffung angesehen — die Schaffung künstlichen Kapitals, künstlicher Kaufkraft vermittels ungedeckter Noten würde ziemlich allgemein Bedenken wecken —, sondern als Mittel der Beschaffung von Geldzeichen, die den gesteigerten Umsatz an den Terminen technisch bewältigen sollen, sofort nach Gebrauch, und zwar schon nach wenigen Tagen, an die Reichsbank zurückfließen und daher völlig harmlos sind.

In Wirklichkeit handelt es sich auch hier, ganz wie bei den kurzfristigen Darlehen am sogenannten Geldmarkt, nicht um eine Geld-, sondern um eine Kapitalhergabe, kenntlich an der Zinsberechnung, welche die Operation zum Kreditgeschäft stempelt; um eine Kapitalhergabe, die, obwohl nur für wenige Tage erfolgt, doch dem Wesen nach genau dasselbe ist und wirtschaftlich genau so beurteilt werden muß, wie ein Kredit auf längere Zeit. Aller-

Digitized by Google

dings bedeutet der schnelle Rückfluß der an den Terminen ausgeliehenen Kapitalien für die Reichsbank selbst insofern einen Vorteil, als er die Gefahr einer übermäßigen Schwächung der Bank auf wenige Tage beschränkt und ihre Liquidität schnell wieder verbessert. Aber unter allgemein währungs- und kreditpolitischem Gesichtspunkt wirken die enormen Kapitalien, welche die Reichsbank dem Markte periodisch auf wenige Tage zur Verfügung stellt, genau so, als wenn die Kapitalien Monate lang und noch länger ausgeliehen würden.

Wir haben gesehen, daß die Kaufkraft in einem Lande genau so groß ist wie der jeweilig vorhandene Vorrat an Geld. Wäre es also auch nur Geld und nicht Kapital, was die Reichsbank den Einreichern dokumentierter Zahlungsversprechen (Wechsel u. dergl.) verabfolgt, so würde sich doch daraus eine wesentliche Verstärkung der Kaufkraft ergeben. „Verstärkung der Kaufkraft" klingt nun freilich sehr gut im Ohr. In Wirklichkeit vermehrt sie aber den Reichtum des Landes nicht um einen Pfennig, da sie den Gütervorrat nicht erhöht, sondern diesem unverändert gebliebenen Gütervorrat lediglich eine vergrößerte Nachfrage gegenüberstellt, mit der Endwirkung einer Steigerung der Preise Diese unnatürliche Preissteigerung nimmt ihren Anfang bei denjenigen Gütern, für welche die privilegierte Klasse, deren Kaufkraft durch die Reichsbank gestärkt worden ist, als Käufer auftritt, und setzt sich wellenförmig durch das ganze Gebiet der Produktion und des Handels fort, bis das allgemeine Preisniveau sich erhöht hat — zum Vorteil zahlreicher Produzenten, zum Schaden aller Konsumenten. Die Preissteigerung wird nicht etwa dadurch unterbrochen oder gar verhindert, daß die Noten der Reichsbank, durch welche die Kaufkraft am Zahlungstermin ihre Stärkung erhielt, sofort nach diesem Termin wieder in den Schoß der Reichsbank zurückkehren. Sind die Noten einmal ausgegeben worden und haben sie einmal Zahlungen bewerkstelligt, so ist es vom Standpunkt der Preisgestaltung aus ganz gleichgültig, ob sie nach getaner Arbeit im Verkehr bleiben, d. h. bis zum nächsten großen Zahlungstermin in den Geldschränken der Banken und Privatleute liegen, oder ob sie bis zu diesem Termin — an dem sie ja doch wieder Zahlungsdienste leisten werden —

Digitized by Google

bei der Reichsbank reponieren. Erfolgt nach der Landessitte die Ausgleichung der Güterbewegungen und Dienstleistungen im wesentlichen an bestimmten Zahltagen, so ist das Mehrquantum von Umsätzen, das die Reichsbanknoten durch ihr Erscheinen an diesen Zahltagen künstlich ermöglichen, ausschlaggebend für den Güterverkehr, die Preisgestaltung, die Außenhandelsbewegung usw. des ganzen Jahres — die Noten mögen in den Zwischenpausen zwischen den Terminen liegen wo sie wollen. Sie wirken während dieser ganzen Zeit als Kapital=Kaufkraft, wenn sie auch scheinbar mit der technischen Bewältigung der Terminumsätze ihre Rolle ausgespielt haben.

Deshalb müssen an den Zahltagen die großen Mengen der die Kaufkraft und die Preise fälschenden ungedeckten Noten verschwinden — damit sie das werden können, was sie sein sollen, nämlich eine Reserve für den Fall, daß das Staatsinteresse die Bereitstellung großer Kapitalien notwendig macht, die auf andere Weise nicht beschafft werden können. Das läßt sich aber nur erreichen, wenn der Aberglaube, daß einmal so gut wie keinmal und eine Inanspruchnahme der Reichsbank für ein paar Tage so gut wie gar keine Inanspruchnahme ist, radikal beseitigt wird. Fallen die Kapitalansprüche an die Reichsbank mit einem großen Zahlungstermin zusammen, so ist es unter dem Gesichtspunkt des nationalen und internationalen Güteraustauschs und infolgedessen auch dem der Währung vollkommen gleichgültig, ob die Kapitalien nach fünf Tagen oder nach drei Monaten zurückgezahlt werden. Damit diese Erkenntnis in weitere Kreise dringe und die praktische Nutzanwendung daraus gezogen werde, sollte die Reichsbank an den Quartalsterminen Kapitalien nicht mehr auf die Dauer von fünf Tagen, sondern nur noch für mehrere Wochen gewähren. Das würde für alle diejenigen, welche das Kapital lediglich für die paar Tage der großen Zahlungsregulierung brauchen, eine merkliche Mehrlast an Zinsen bedeuten, und infolgedessen die Inanspruchnahme der Bank so erheblich verringern, daß sie nicht mehr in dem Maße wie bisher zu allgemeinen Abwehr-Zinserhöhungen zu schreiten und den „Unschuldigen“ mit dem „Schuldigen“ zu treffen braucht.

Und damit bin ich auf einem anderen Wege zu der-

Digitized by Google

selben Forderung gekommen, die ich im vorigen Hefte im Interesse einer Verstärkung der nationalen Barreserven erhoben habe. Durch eine Verteuerung des kurzfristigen Kredits der Reichsbank würden die Geschäftskreise, insbesondere die Banken, veranlaßt werden, mit ihrer jetzigen Gepflogenheit, die Reichsbank an den Terminen mit Wechseln zu überschütten und dagegen „Zahlungsmittel" von ihr zu entnehmen, allmählich zu brechen und eigene Bestände an Zahlungsmitteln anzusammeln; das letztere nicht aus theoretischen Erwägungen oder nationaler Rücksichtsnahme heraus, sondern infolge der nüchternen Berechnung, daß ein großer Barfonds, obwohl zinsenfressend, noch immer billiger ist, als die regelmäßige Inanspruchnahme des verteuerten Quartalskredits der Reichsbank.

Alfred Lansburgh.

Das Sparkassenwesen einiger europäischer Staaten

in Gesetzgebung, Einrichtungen und Ergebnissen.

Wenn man eine begriffliche und methodische Scheidung der bestehenden Sparkassen vornehmen will, so hat man zwischen vier Hauptarten zu unterscheiden: Staats-, Post-, Kommunal- und Privatsparkassen.

In Deutschland ist das Kommunalsparkassenwesen von allen Ländern weitaus am höchsten entwickelt, während die Privatsparkassen hier sehr zurücktreten. Die genossenschaftlichen Spar- und Leihkassen, sowie die Sparabteilungen von Banken sind hierbei nicht zu berücksichtigen, da sie keinen prinzipalen Sparkassencharakter haben und deshalb auch in den amtlichen Sparkassenstatistiken nicht aufgeführt werden. Nur in wenigen deutschen Gebietsteilen spielt das Privatsparkassenwesen eine etwas größere Rolle. Es gehören dahin die preußische Provinz Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Sachsen-Koburg-Gotha und die Hansestaaten. Dagegen finden wir Staatssparkassen in Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen (Landeskreditanstalt), Sachsen-Koburg-Gotha (Landrentenbank in Koburg und Landeskreditanstalt in Gotha), Schwarzburg-Rudolstadt (Landeskreditkasse), Reuß j. L. (Landessparkassen), Lippe (Landesspar- und Leihkasse; die Württembergische Landessparkasse steht auf der Mittelstufe zwischen Staats- und Privatsparkasse.

Betrachtet man die ausländischen Sparkassen, so hat man nach dem vorliegenden statistischen Material zu unterscheiden zwischen: 1. solchen Ländern, in denen das Post- oder sich vor-

Digitized by Google

wiegend der Post bedienende Staatssparkassenwesen vorherrscht (Belgien, Luxemburg, Rumänien, Rußland, Australien, Bulgarien, Türkei, Mehrzahl der englischen Kolonien), 2. solchen, in denen nur oder fast nur Post- und Privatsparkassen bestehen (Großbritannien, Ungarn, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Neuseeland, Japan), 3. solchen, in denen nur Privat- und kommunale Sparkassen bestehen (Schweiz, Dänemark, Norwegen), 4. solchen, in denen Post-, Privat- und kommunale Sparkassen nebeneinander bestehen (Oesterreich, Italien, Frankreich, Niederlande, Schweden, Finnland). In Spanien gibt es fast nur Privatsparkassen; in Griechenland und Serbien bestehen keine besonderen Sparkassen, sondern nur Sparkassenabteilungen bei Banken.

A. Deutschland.

(Gesetzgebung und Einrichtungen.)

In Deutschland hat die Reichsgesetzgebung auf das Sparkassenwesen nur in einzelnen Punkten eingewirkt und die bundesstaatlichen Bestimmungen im allgemeinen kaum berührt. Immerhin sind die wenigen im Bürgerlichen Gesetzbuch getroffenen Vorschriften doch für die weitere Entwicklung des Sparkassenwesens und namentlich auch für die Ergebnisse der Sparkassenstatistik von wesentlicher Bedeutung gewesen.

Nach Artikel 99 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die öffentlichen Sparkassen, unbeschadet der Vorschriften des § 808 BGB. und der Vorschriften des BGB. über die Anlegung von Mündelgeld unberührt.

Der hier erwähnte § 808 bestimmt:

„Wird eine Urkunde, in welcher der Gläubiger benannt ist, mit der Bestimmung ausgegeben, daß die in der Urkunde versprochene Leistung an jeden Inhaber bewirkt werden kann, so wird der Schuldner durch die Leistung an den Inhaber der Urkunde befreit. Der Inhaber ist nicht berechtigt, die Leistung zu verlangen.

Der Schuldner ist nur gegen Aushändigung der Urkunde zur Leistung verpflichtet. Ist die Urkunde abhanden gekommen oder vernichtet, so kann sie, wenn nicht ein anderes bestimmt ist, im Wege des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt werden."

Die Sparkassenbücher sind in Deutschland tatsächlich fast überall Namenspapiere mit Inhaberklausel zugunsten der Sparkassen (Ausweis- und Einlösungspapiere, auch „unvollkommene Inhaberpapiere" genannt). Die Vorschriften des § 808 BGB. können nach Art. 99 des Einführungsgesetzes zum BGB. durch landesgesetzliche Vorschriften nicht abgeändert werden.

Wichtig sind ferner die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Anlegung von Mündelgeldern bei Sparkassen. Hier

Digitized by Google

bestimmt § 1807 BGB., daß sie u. a. auch erfolgen kann „bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse, wenn sie von der zuständigen Behörde des Bundesstaats, in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung für geeignet erklärt worden ist". Infolgedessen ist beispielsweise in Preußen jetzt auch die dauernde Anlegung von Mündelgeldern bei Sparkassen möglich, während sie vor dem BGB. nicht zulässig war. (Preußische Vormundschaftsordnung § 39.) Was für die Anlegung von Mündelgeldern gilt, gilt auch für die Anlegung von Kindergeldern und die Vermögensanlagen der Krankenkassen und Unfallberufsgenossenschaften.

Der Landesgesetzgebung ist überlassen geblieben, zu bestimmen, was unter „öffentlichen Sparkassen" zu verstehen ist. In Preußen werden nach dem Ministerialerlaß vom 27. Juli 1900 nur solche Sparkassen als öffentliche angesehen, welche entweder für Rechnung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts betrieben werden oder für deren Verbindlichkeiten eine solche Körperschaft die Garantie übernommen hat. Die meisten Bundesstaaten bestimmen den Begriff überhaupt nicht, sondern legen nur fest, welche Sparkassen zur Anlegung von Mündelgeld geeignet sind. Dagegen findet sich eine gesetzliche Definition im hessischen Gesetze vom 1. Januar 1904.

Auch ist in den einzelnen Bundesstaaten die Erklärung von Sparkassen zu mündelsicheren verschieden geregelt. In Preußen erfolgt sie beispielsweise durch den Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit dem Landgerichtspräsidenten, in Bayern durch das Justizministerium.

Von wesentlicher Bedeutung ist ferner für die Sparkassen, daß gemäß Art. 176 des Einführungsgesetzes zum BGB. die Außerkurssetzung von Inhaberpapieren nicht mehr möglich ist und frühere Außerkurssetzungen ihre Wirkung verloren haben. Es ist jetzt nur die Umschreibung auf den Namen möglich (§ 806 BGB.); dieses Verfahren ist aber für die Sparkassen sehr umständlich. Dagegen bleibt eine frühere Außerkurssetzung als Verfügungsbeschränkung wirksam.

Nach § 22 BGB. „erlangt ein Verein, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, in Ermangelung besonderer reichsgesetzlicher Vorschriften Rechtsfähigkeit durch öffentliche Verleihung. Die Verleihung steht dem Bundesstaate zu, in dessen Gebiet der Verein seinen Sitz hat".

Auch diese Bestimmung hat praktische Bedeutung für das Sparkassenwesen und die ferneren Ergebnisse der Sparkassenstatistik gewonnen. Viele Vereinssparkassen sahen sich vor die Wahl gestellt, entweder die Verleihung der Rechtsfähigkeit bei der zuständigen Behörde nachzusuchen und sich zu diesem Zwecke

Digitized by Google

gewissen Betriebsregeln (z. B. in der Anlegung ihrer Gelder), sowie einer gewissen, wenn auch schonenden Beaufsichtigung zu unterwerfen, oder aber eine Rechtsform anzunehmen, mit welcher reichsgesetzlich die Rechtsfähigkeit ohne weiteres verbunden ist, wie z. B. diejenige gewisser Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragene Genossenschaft). In der Tat haben zahlreiche Vereinssparkassen sich entweder aufgelöst oder in Erwerbsgesellschaften dieser Art umgewandelt und sind damit — wenigstens in Preußen — auch aus der Sparkassenstatistik verschwunden, die Erwerbsgesellschaften, auch wenn sie sich mit der Annahme von Spargeldern befassen, nur ganz ausnahmsweise berücksichtigt. Viele andere Privatsparkassen haben sich in öffentliche umgewandelt, indem sie auf Kommunalverbände (Städte, Landgemeinden usw.) übergegangen sind.

Neben Preußen interessieren von den deutschen Bundesstaaten hier vor allem diejenigen, in denen das Sparkassenwesen auf gesetzlicher Grundlage beruht. Das sind die Großherzogtümer Baden und Hessen, zu denen noch die Reichslande Elsaß-Lothringen hinzutreten.

Im Königreich Sachsen, wo das Sparkassenwesen in besonders hoher Blüte steht, bestehen nur reglementarische Vorschriften. Man hat die Frage der gesetzlichen Regelung dort vor einer Reihe von Jahren einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen, ist aber zu einem verneinenden Ergebnis gelangt.

1. Königreich Preußen. In Preußen gilt noch das Sparkassenreglement vom 12. Dezember 1838, welches gesetzlich zwar nur für die älteren Provinzen Geltung hat, da eine gesetzliche Ausdehnung auf die 1866 erworbenen Landesteile nicht erfolgt ist, in der Praxis der Verwaltungsbehörden jedoch auch auf die öffentlichen Sparkassen der neueren Provinzen angewendet wird. Daneben kommen für das ganze Staatsgebiet die Bestimmungen des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (§§ 52 ff.) über die Errichtung und Beaufsichtigung öffentlicher Sparkassen in Betracht. Endlich ist unter dem 23. Dezember 1912 das Gesetz betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren nebst Ausführungsbestimmungen erlassen worden.

Das Sparkassenreglement hat sich im wesentlichen darauf beschränkt, allgemeine Direktiven für die Organisation und den Geschäftsbetrieb sowie die staatliche Beaufsichtigung der Sparkassen aufzustellen. Innerhalb dieses Rahmens läßt es sowohl den Selbstverwaltungskörpern wie den Aufsichtsbehörden ausreichenden Spielraum, je nach der Verschiedenheit des örtlichen Bedürfnisses, die näheren Bestimmungen durch die der

Digitized by Google

Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliegenden Satzungen zu treffen. Ob dieser Rechtszustand als befriedigend anzusehen ist, soll hier nicht näher erörtert werden. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sein würde, ein den moderner. Verhältnissen entsprechendes Gesetz zu erlassen, welches allerdings auch nur allgemeine Direktiven zu geben hätte, aber doch neben einigen juristischen Punkten, z. B. der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die öffentlichen Sparkassen, bestimmte Fragen grundsätzlich regeln müßte, die der moderne Geldverkehr geschaffen hat. Die Schwierigkeiten des Erlasses eines solchen Gesetzes liegen freilich in der verschiedenartigen geschichtlichen Entwicklung des Sparkassenwesens in den einzelnen preußischen Gebietsteilen. Diese ist trotz mehrfacher regierungsseitig unternommener Versuche einer neuen gesetzlichen Regelung bisher hinderlich gewesen.

Die öffentlichen Sparkassen in Preußen besitzen regelmäßig keine eigene Rechtsfähigkeit, insoweit sie ihnen nicht besonders durch Allerhöchsten Erlaß beigelegt ist, sondern sind kommunale Einrichtungen. Sie unterliegen den allgemeinen Bestimmungen über die Kommunalaufsicht, indem diejenige Staatsbehörde, welche die die Sparkasse garantierende Körperschaft — den Garantieverband — beaufsichtigt, auch die Aufsicht über die von diesen Verbänden errichteten Sparkassen führt. Demgemäß wird die Aufsicht über die von Landgemeinden, von Aemtern in Westfalen und von Bürgermeistereien in der Rheinprovinz garantierten Sparkassen nach § 24 Zust.-Ges. in erster Linie von dem Landrat als Vorsitzenden des Kreisausschusses, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten geübt. Die Aufsicht über städtische Sparkassen steht nach § 7 Zust.-Ges. in erster Instanz dem Regierungspräsidenten, in höherer (und letzter Instanz) dem Oberpräsidenten zu. Für die Stadt Berlin tritt an die Stelle des Regierungspräsidenten der Oberpräsident, an die Stelle des Oberpräsidenten der Minister des Innern.

Will eine Gemeinde eine Sparkasse einrichten, so hat sie sich dieserhalb an die vorgesetzte Kommunalaufsichtsbehörde zu wenden und dieser wegen der Einrichtung Vorschläge zu machen. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat dann dem Oberpräsidenten zu berichten. Dieser darf die Genehmigung zur Errichtung der Sparkasse sowie die Bestätigung des Statuts nur unter Zustimmung des Provinzialrats versagen (§ 52 des Zust.-Ges.), und auch nur aus bestimmten besonderen Gründen (§ 3 des Reglements).

Bereits bei Prüfung der Vorschläge zur Errichtung einer kommunalen Sparkasse ist darauf zu sehen,

Digitized by Google

a) daß die Einlagen gehörig sichergestellt werden,

b) daß der Kommunalhaushalt dadurch nicht in Gefahr der Störung oder Zerrüttung kommt,

c) daß die Einrichtung selbst hauptsächlich auf das Bedürfnis der ärmeren Klasse, welcher Gelegenheit zur Anlegung kleiner Ersparnisse gegeben werden soll, berechnet und der Veranlassung zur Ausartung der Anstalten vorgebeugt werde (§ 4 des Reglements). Die kommunalen Anstalten sollen also insbesondere nicht zum Nachteil der Aufgabe, den ärmeren Klassen zu dienen, auf hohe Ueberschüsse für den Kommunalverband hinarbeiten, auch nicht zu Depositenbanken für die wohlhabenden Klassen „ausarten". Das ist vielfach auch in Verfügungen der Aufsichtsbehörden besonders betont worden.

Die Sicherstellung der Sparkasseneinlage erfolgt durch die Garantieübernahme seitens des Garantieverbandes; es soll aber dafür gesorgt werden, daß die Vertretungsverbindlichkeit nur in den seltensten Fällen in Anspruch zu nehmen ist, damit der Kommunalhaushalt nicht gestört wird. Dies soll durch zweckmäßige Anlage der Kapitalien (§ 5), durch Bildung eines von den Kassen des Garantieverbandes gesonderten Fonds (§ 6), durch Bildung eines Reservefonds aus den Ueberschüssen (§ 7) und durch zweckmäßige Zinspolitik (§ 9) erstrebt werden.

Die Anlegung der Sparkassengelder darf auf erste Hypotheken, inländische Staatspapiere und Pfandbriefe und auf „andere, völlig sichere Art" erfolgen (§ 5). Das Gesetz verstand darunter mündelsichere Art, indessen hat sich diese Bestimmung als zu eng erwiesen. Neben den formell mündelsicheren Anlagen werden auch andere zugelassen, insbesondere Anlagen im Personalkredit. Die Beschränkung auf erste Hypotheken hat die Regierung fallen lassen (K.-O. vom 26. Juli 1841, Ministerialerlaß vom 13. Juni 1882). Neben kündbaren Hypotheken können die Sparkassen auch Amortisationshypotheken nehmen (M.-E. vom 19. Dezember 1893, Erlaß des Landwirtschaftsministers vom 14. Januar 1901 und 4. November 1901), eine Ueberschreitung der Beleihungsgrenze bei letzteren ist aber nicht gestattet (M.-E. vom 12. Oktober 1907). Eine Beschränkung der Anlage in Hypotheken ist nicht vorgesehen; nur die Mustersatzungen für Ost- und Westpreußen haben diese aufgenommen.

Unter den Pfandbriefen sind landschaftliche zu verstehen, nicht Hypothekenbankpfandbriefe (M.-E. vom 21. März 1901); wohl aber sind die Sparkassen zum Erwerb von Kommunalobligationen der Hypothekenbanken, die mündelsicher sind, befugt, ebenso zum Erwerb der von öffentlichen Wassergenossenschaften ausgegebenen mündelsicheren Inhaberpapiere (M.-E. vom

Digitized by Google

9. Juni 1890). Hiernach ist also das Erfordernis der Mündelsicherheit für Wertpapiere in der Praxis festgehalten worden; es findet sich auch in allen Mustersatzungen.

Der Personalkredit kann gegen Schuldschein mit Bürgschaft (M.-E. vom 18. April 1856) oder ohne Bürgschaft (M.-E. vom 27. August 1897), gegen Wechsel (M.-E. vom 15. Januar 1858 c. f. K.-O. vom 23. September 1857) und gegen Faustpfand gewährt werden. Zunächst war nur die Lombardierung mündelsicherer Wertpapiere zugelassen (M.-E. vom 25. Januar 1840, 13. September 1844, 8. April 1871), dann die Lombardierung der Wertpapiere, welche die Reichsbank in Klasse I beleiht, unter gewissen Beschränkungen, insbesondere der Voraussetzung, daß die betreffende Sparkasse über ein entsprechend geschultes Personal verfügt (M.-E. vom 24. März 1902).

Ferner sind Darlehen an Gemeinden und sonstige öffentliche Korporationen (M.-E. vom 15. November 1902) und an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zulässig (M.-E. vom 31. Oktober 1901).

Darlehen an den Garantieverband dürfen nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten (in Berlin des Oberpräsidenten) gewährt werden (§ 8). Die Höhe der Darlehen darf 25 % der Gesamtbestände nicht überschreiten, das gleiche gilt von Darlehen an fremde Kommunalverbände (M.-E. vom 5. November 1902). Der Gewährung von Darlehen steht der Erwerb von Obligationen des Garantieverbandes gleich (M.-E. vom 1. Juli 1903). Ein Kontokorrentverkehr zwischen Sparkasse und Garantieverband ist untersagt (M.-E. vom 4. Oktober 1892), die Gewährung von unbeschränktem laufenden Kredit an Gemeindekassen im Wege des Kontokorrents ist gleichfalls untersagt (M.-E. vom 24. Juni 1911).

Am 1. Januar 1913 ist das Gesetz betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 23. Dezember 1912 in Preußen in Kraft getreten. Danach haben die öffentlichen Sparkassen von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Mindestbeträge in mündelsicheren Inhaberpapieren anzulegen. Der Mindestbetrag soll von der Gesamtanlage 15 % ausmachen, wenn der Einlagenbestand der Kasse 5 Mill. M. nicht übersteigt und wenn sich die Grundstücksbeleihungen und die Gewährung von Darlehen als Personalkredit nach den Satzungen auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk gelegen ist, beschränken. Sparkassen, welche zwar die letztgenannten Bestimmungen in ihren Satzungen haben, deren Einlagenbestand aber mehr als 5 Mill. M. bis zu 10 Mill. M. beträgt, müssen 20 % ihres Einlagenbestandes in mündelsicheren Inhaberpapieren anlegen. Alle anderen Sparkassen, d. h. solche, deren Einlagen-

Digitized by Google

bestand 10 Mill. M. überschreitet oder die auch bei einem geringeren Einlagenbestand die vorerwähnte Beschränkung des Geschäftskreises nicht haben, müssen von ihrem Einlagenbestande 25 % in mündelsicheren Inhaberpapieren anlegen. Außerdem ist bestimmt, daß von den auf Grund dieses Gesetzes angelegten Mindestsummen wenigstens drei Fünftel in Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder Preußens angelegt werden müssen.

Für Sparkassen, welche bei Inkrafttreten dieses Gesetzes den geforderten Mindestbestand an mündelsicheren Inhaberpapieren nicht haben, ist die Möglichkeit gegeben, ihre Verpflichtungen nach und nach zu erfüllen. Außerdem können die Oberpräsidenten unter besonderen Verhältnissen einzelnen Sparkassen ausnahmsweise besondere Erleichterungen zur Erfüllung der Bestimmungen dieses Gesetzes gewähren.

Den durch Gesetz vorgeschriebenen Besitzstand an mündelsicheren Inhaberpapieren dürfen die Sparkassen nur veräußern, soweit dies zur Rückzahlung von Einlagen unbedingt notwendig ist. Sie müssen aber, sobald wieder zinsbar anzulegende Bestände vorhanden sind, zunächst einmal den Mindestbestand nach den Erfordernissen dieses Gesetzes wiederherstellen; die Oberpräsidenten können auch hier besondere Erleichterungen gewähren.

Der Scheck- und Kontokorrentverkehr ist den Sparkassen unter bestimmten Bedingungen durch den Ministerialerlaß vom 20. April 1909 gestattet worden, nachdem das deutsche Scheckgesetz vom 11. März 1908 im § 2 den unter amtlicher Aufsicht stehenden Sparkassen die passive Scheckfähigkeit zugesprochen hat, wenn sie die nach Landesrecht für sie geltenden Aufsichtsbestimmungen erfüllen. Ueber die Einführung des Giroverkehrs sind keine Vorschriften ergangen; sie steht den Sparkassen vollkommen frei.

Die vorübergehende Anlegung von Sparkassenbeständen kann bei öffentlichen preußischen Bankinstituten erfolgen, ferner bei den Provinzialhauptkassen und den preußischen öffentlichen Sparkassen, aber auch bei Privatbanken (M.-E. vom 27. April 1905); außerdem in unverzinslichen Schatzanweisungen (M.-E. vom 23. März 1908). Die Anlegung in Grundbesitz darf nur zur Beschaffung von Geschäftsräumen und zur Sicherung hypothekarisch eingetragener Forderungen erfolgen (Erwerb im Zwangsversteigerungsverfahren). Die Aufbewahrung von Wertpapieren kann bei der Reichsbank, Seehandlung, Zentralgenossenschaftskasse und den im A.-G. zum BGB. Art. 85 bezeichneten Hinterlegungsstellen erfolgen (M.-E. vom 17. März 1900).

Die Sparkasse muß einen besonderen, von anderen Kassen des Garantieverbandes getrennt zu haltenden Fonds bilden, bei

Digitized by Google

welcher ihre Gelder, Wertdokumente usw. aufzubewahren sind (§ 6), wiewohl sie, wie oben bemerkt, eigene juristische Persönlichkeit nicht besitzt. Im Geschäftsverkehr werden öffentliche Sparkassen freilich vielfach als selbständige Rechtssubjekte behandelt. Namentlich ist es üblich, im Rubrum von Klagen „die Sparkasse" als Klägerin zu bezeichnen und Hypotheken auf sie einzutragen, während Klägerin bzw. Gläubigerin in Wirklichkeit ein Kommunalverband ist. Korrekter ist es daher, die Hypothek einer Kommunalsparkasse auf den Namen des Kommunalverbandes mit dem Zusatz „Sparkassenfonds" einzutragen. Dementsprechend bestimmt auch Art. 7, § 1, Abs. 3 A.-G. BGB., daß Sparkassen, „die durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt haben", ein von ihnen beliehenes Grundstück im Zwangsversteigerungsverfahren ohne Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde erwerben dürfen.

Die Ueberschüsse sind zunächst zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden, erst in zweiter Linie für Zwecke der Verwaltung des Garantieverbandes (§ 7). Der Reservefonds soll in der Regel 10 % der Passivmasse betragen, ehe Ueberschüsse an die Verwaltung des Garantieverbandes abgeführt werden dürfen (M.-E. vom 19. März 1880).

Nach dem Gesetz vom 23. Dezember 1912 können Sparkassen, welche zwischen 20 und 25 % ihres Einlagenbestandes in mündelsicheren Inhaberpapieren anlegen müssen, von ihren Jahresüberschüssen zu öffentlichen, dem Gemeinnutzen dienenden Zwecken des Garantieverbandes verwenden: Ein Viertel, wenn der angesammelte Sicherheitsfonds mindestens 2 bis zu 5 % der Spareinlagen beträgt, die Hälfte bei 5—8 % und die gesamten Jahresüberschüsse, wenn der Sicherheitsfonds 8 oder mehr Prozent der Spareinlagen ausmacht. Sparkassen, welche 25 % mündelsichere Inhaberpapiere haben müssen, können unter gleichen Verhältnissen die Hälfte bzw. die gesamten Jahresüberschüsse zu den gleichen gemeinnützigen Zwecken verwenden.

Die Verwendung von Ueberschüssen zu kommunalen Zwecken darf aber nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten (in Berlin des Oberpräsidenten) geschehen. Die Versagung der Genehmigung kann nur mit Zustimmung des Bezirksausschusses erfolgen (§ 7 und Zust.-Ges. § 53).

Der den Einlagen zu gewährende Zins ist so zu bestimmen, daß er nicht nur durch die Zinsen von den Kapitalien der Sparkassen gedeckt wird, sondern daß auch ein Ueberschuß zur Deckung der Verwaltungskosten und Bildung eines Reservefonds bleibt (§ 9).

Ueber die Kündigungsfristen, den Mindestbetrag und Höchstbetrag der Einlagen macht das Reglement

Digitized by Google

keine bestimmten Vorschriften. Es schreibt nur allgemein vor, daß kleinere Summen, welche zur Beseitigung augenblicklichen Notstandes erforderlich sind, sofort ausgezahlt, für größere Summen dagegen Kündigungsfristen vorbehalten werden (§ 10); daß der Mindestbetrag so niedrig wie möglich zu bestimmen sei (§ 11); daß für die Einlagen des Einlegers ein mündelsicheres Papier anzukaufen ist (§ 12). Ein solcher Ankauf ist in der Praxis nicht gebräuchlich, die Mustersatzungen erwähnen ihn daher nicht.

Die Aufsichtsbehörde kann eine Aenderung der statutarischen Vorschriften über den Höchstbetrag der Einlagen verlangen; zu Aenderungen gegen den Willen der Gemeinde bedarf es der Zustimmung des Provinzialrats (§ 12 und Zust.-Ges. § 52). Die Höchstgrenze für Spareinlagen des eigenen Garantieverbandes darf höher bemessen werden als für andere Einlagen (M.-E. vom 4. Oktober 1892).

Geh. Regierungsrat Dr. Max Seidel.

(Fortsetzung im nächsten Heft).

Tilgungshypotheken.

Auf dem Lande die vorherrschende Form des Realkredits, hat die Tilgungshypothek in den Städten sich nur in Ausnahmefällen Eingang zu verschaffen gewußt. Dementsprechend tritt bei den beiden bedeutendsten Geldquellen des städtischen Grundbesitzes, den Hypothekenbanken und Lebensversicherungsanstalten, der Besitz an Tilgungshypotheken hinter den an befristeten Darlehen weit zurück. So waren von den rund 12 Milliarden Hypotheken, die sich Ende 1913 im Besitz der deutschen Hypothekenbanken befanden, nur etwa 3 Milliarden Tilgungshypotheken. Der größere Teil davon entfällt auf ländliche Hypotheken, der an städtischen Grundstücken haftende Rest verteilt sich auf ein paar Institute, hauptsächlich die Preußische Zentralbodenkreditanstalt A.-G. und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, bei denen die Bevorzugung der Tilgungshypothek auf alter Tradition beruht.

Die Gründe für die unterschiedliche Entwicklung des städtischen und ländlichen Realkredits sind naheliegend und bekannt. Der ländliche Acker ist für den Besitzer die Grundlage seiner wirtschaftlichen Existenz; dagegen herrscht beim großstädtischen Hauskauf fast regelmäßig der Wunsch vor, das Objekt wieder loszuwerden, so bald dies mit Gewinn möglich ist. Die Mehrzahl der großstädtischen Hausbesitzer verdanken diese ihre Eigenschaft nur dem Umstande, daß ihre Spekulation auf einen gewinnbringenden Wiederverkauf fehlge-

Digitized by Google

schlagen ist. Um den Verkaufswert eines Hauses hochzuhalten, ist es notwendig, einen entsprechenden „Ueberschuß" nachzuweisen. Durch die Tilgungsquote der Amortisationshypothek wird aber der jährliche Ueberschuß vermindert, durch Ersparnis der Quote der Ueberschuß und damit der Renten- und Verkaufswert erhöht. Wenigstens ist das die übliche Logik. Daß eine solche Rechnung, kaufmännisch betrachtet, unsinnig und, soweit sie unerfahrene Rentner zu einem Hauskauf verführen soll, sogar verbrecherisch ist, das wird noch nicht überall erkannt. Vielmehr wird die Ansicht geflissentlich genährt, daß die Steigerung des Wertes von Grund und Boden die etwaige Abnutzung und Entwertung der darauf stehenden Baulichkeiten mehr als ausgleiche, mithin eine allmähliche Abtragung der Hypothekenschuld unnötig sei, da bei Ablauf der alten Hypothek stets eine neue in mindestens gleicher Höhe erhältlich sei. „Diese in ihrer Allgemeinheit durchaus irrtümliche Auffassung" — so heißt es hierzu in dem letzten, kürzlich erschienenen Geschäftsbericht der Preußischen Zentralboden-Aktiengesellschaft — „hat zweifellos mit zu den krisenhaften Erscheinungen auf dem Hypothekenmarkte geführt, da die Verlängerung fällig werdender kündbarer Hypotheken nicht selten Schwierigkeiten gemacht hat." Die Frage, ob die Beleihungsinstitute bei ihrer einseitigen Bevorzugung der kündbaren Hypothek nur den „natürlichen Bedürfnissen des städtischen Hausbesitzers" Rechnung getragen oder sie aus egoistischem Erwerbsinteresse (Aussicht auf Prolongationsgebühren usw.), also mit voller Absicht gezüchtet haben, ist nicht unwichtig, denn von ihrer Beantwortung hängt es ab, ob man sich bei der Förderung der Tilgungshypothek allein auf die wachsende Einsicht der Darlehnsnehmer verlassen darf oder ob Zwangsmaßnahmen am Platze sind.

Zunächst muß jedoch die Frage erörtert werden, ob die Tilgungshypothek überhaupt geeignet ist, die Kreditnot des städtischen Grundbesitzes zu beheben, und ob die Anwendung des Mittels etwa mit Nachteilen verbunden ist, die unter Umständen seine Vorteile aufwiegen.

Daß die unkündbare Tilgungshypothek in Zeiten einer Depression für den Schuldner von großer Annehmlichkeit ist, braucht nicht bewiesen zu werden. Aber wie verhält es sich mit ihr in normalen Zeiten, auf die doch jede Reform, mag sie nun freiwillig oder durch gesetzlichen Zwang eingeführt werden, zugeschnitten sein muß? Die Erfahrungen, die man mit der ländlichen Tilgungshypothek bisher gemacht hat, sind, selbst wenn man die Verschiedenheit der Verhältnisse von Stadt und Land außer acht läßt, nicht ohne weiteres dazu angetan, die Propaganda zugunsten der städtischen Tilgungshypothek zu stützen.

Digitized by Google

Man weiß wohl, daß die unkündbare Landschaftshypothek für den ländlichen Großkredit außerordentliche Vorteile bietet, und daß kein ernst zu nehmender Landwirt jemals daran denken wird, sie durch kündbare Hypotheken auf feste Termine zu ersetzen. Aber es ist auf der anderen Seite Tatsache, daß die Kreditnot auf dem Lande kaum weniger brennend ist als in den Städten, wenn sie auch infolge verschiedener Umstände, wie Zollschutz, gute Ernten usw., zurzeit nicht ganz so krisenhafte Erscheinungen zeitigt. Wie stimmt das zu der Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft seit 150 Jahren, d. h. so lange es überhaupt einen organisierten ländlichen Kredit in Preußen-Deutschland gibt, fast nur die Tilgungshypothek kennt?

Der scheinbare Widerspruch löst sich aber sofort auf, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch die ländliche Tilgungshypothek nicht das ist, was ihr Name besagt, nämlich keine Hypothek, die im Laufe einer bestimmten Zeit ihrer völligen Tilgung entgegengeführt wird. Kann doch die durch eine Tilgungsquote freigewordene Stelle im Grundbuch sofort wieder durch eine neue Belastung ausgefüllt, die Tilgung also illusorisch gemacht werden. Daß und warum dies aber so gut wie ausnahmslos geschieht, ist leicht einzusehen. Jeder Grundbesitzer, und das gilt für das Land so gut wie für die Stadt, hat den an sich begreiflichen Wunsch, das in sein Grundstück hineingesteckte Kapital soweit wie irgend möglich wieder zu mobilisieren. Für den einzelnen Landwirt kann es ja gar nichts vorteilhafteres geben, als den billigen Landschaftskredit restlos auszunützen, und das Geld, soweit er es nicht im Betriebe gebraucht, höher verzinslich anzulegen. Daß er dabei gelegentlich auf Scheinwerte, wie zweifelhafte Kaliobligationen oder galizische Bohranteile, hineinfällt, ist ein Kapitel für sich. Es ändert nichts daran, daß bei Anwendung der erforderlichen Vorsicht Vorteile aus der Ausnutzung der Spannung zwischen Landschaftskredit und Industriekredit gezogen werden können und tatsächlich in großem Umfange gezogen werden. In dem Falle aber, wo der Kredit für eigene Betriebszwecke aufgenommen wird, ist es natürlich erst recht lohnend, die durch die Tilgung frei gewordene Stelle von neuem hypothekarisch auszunutzen, statt hochverzinslichen Bankkredit oder eine teurere Hypothek an weiter hinausgerückter Stelle aufzunehmen.

Unser Hypothekenrecht, das so einseitig darauf zugeschnitten ist, die Verschuldung des Bodens zu fördern und jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen, trägt erheblich dazu bei, die angedeutete Tendenz zu verschärfen und die auf anderen Gebieten üblichen Grundsätze solider Finanzgebahrung auszuschalten. Wer sonst nichts vom Hypothekenrecht weiß,

Digitized by Google

ist versucht, sich unter einer Tilgungshypothek eine Schuld vorzustellen, die durch Tilgungsquoten in regelmäßigen Zeiträumen abgetragen wird. Das wäre aber ein Irrtum. Bei der Tilgungshypothek bleibt der ursprüngliche Schuldbetrag in voller Höhe im Grundbuch bestehen. Die durch Rückzahlung auf dem Tilgungsfonds angesammelten Beträge verwandeln sich lediglich in Eigentümerhypotheken, die unter gewissen Voraussetzungen veräußert, zediert und belastet werden können. Es bedarf erst eines besonderen grundbuchlichen Aktes, um die Löschung der getilgten Beträge zu bewirken. Dieser Akt wird aber nur sehr selten vorgenommen. Die meisten Eigentümer legen vielmehr Wert auf eine möglichst hohe grundbuchliche Belastung. Die Furcht, daß ein Grundstück nicht genügend belastet sein könnte, geht sogar so weit, daß man auch befristete Hypotheken, die fällig und zurückgezahlt worden sind, häufig nicht zur Löschung bringt, sondern als Eigentümerhypothek weiterführt.

In der Stadt ist es nicht anders. Die von einzelnen Gemeinden ins Leben gerufenen landschaftsähnlichen Pfandbriefinstitute sind zwar durchweg auf dem Prinzip der unkündbaren Tilgunsghypothek aufgebaut. Aber sie enthalten sämtlich die Bestimmung, daß die angesammelten Tilgungsguthaben nach einer gewissen Zeit wieder neu bepfandbrieft werden können. Das ist insbesondere auch bei dem Berliner Pfandbriefinstitut der Fall. Dieses läßt nur insofern eine gewisse Erschwerung eintreten, als bei einer Krediterneuerung, die vor Ablauf von fünf Jahren beantragt wird, das sogenannte Reservefondsguthaben (2 % des ursprünglichen Darlehns) dem Schuldner verloren geht; eine Regel, von der es wieder wichtige Ausnahmen gibt. Sonst steht aber der Krediterneuerung nichts im Wege, abgesehen natürlich davon, daß ebenso wie auf dem Lande eine Neuabschätzung vorgenommen werden muß, die mit einigen Unkosten verbunden ist.

Auch das Reichshypothekenbankgesetz zeigt jene eigentümliche Scheu, der Entschuldung des Bodens Hindernisse in den Weg zu legen. Nach dem § 18 dieses Gesetzes steht allerdings dem Schuldner das Recht zu, eine bei einer Hypothekenbank aufgenommene Amortisationshypothek nach zehnjähriger Tilgungsdauer ganz zu kündigen. Aber diese Bestimmung dient nicht etwa der Abtragung, sondern der Vermehrung der Realschulden. Denn der Schuldner macht von dem vorzeitigen Kündigungsrecht natürlich nur dann Gebrauch, wenn er den ungetilgten Betrag sofort wieder in der Form einer festen Hypothek, wenn irgend möglich unter Zuschlag der bis dahin geleisteten Abzahlungsquoten, aufnehmen kann.

Digitized by Google

Wie durch diese Bestimmung der privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Wert der Tilgungshypothek zunichte gemacht werden kann, das lehrt ein Fall aus der allerjüngsten Zeit; ein Schulbeispiel, von dem man alles, was je nach dem angenommenen Standpunkt für und gegen die Tilgungshypothek zu sagen ist, ableiten kann. Die Aktiengesellschaft Baugesellschaft Kaiser-Wilhelm-Straße hat kürzlich nach Vereinbarung mit ihrer Gläubigerin, der Preußischen Bodenkredit-Act.-Bank, die auf ihren Häusern ruhenden Amortisationshypotheken in Höhe von 9 Mill. M. in feste Hypotheken mit zehnjähriger Kündbarkeit umgewandelt, wobei der Zinssatz von $4^1/_2$ % auf 4 und $3^5/_6$ % ermäßigt wurde. Für die Darlehnsgeberin war das sehr vorteilhaft, da sie die Zinsen des bis dahin angesammelten Tilgungsfonds von 10 bis 12 % der Schuldsumme, die sonst dem Schuldner zugute kämen, einsteckte, und da außerdem neue Provisionsansprüche bei allen späteren Prolongationen begründet wurden. Auch für die Schuldnerin hat die Umwandlung nach der üblichen Auffassung große Vorteile. Es ist zweifellos richtig, was die Verwaltung in der die Umwandlung beschließenden Generalversammlung ausgeführt hat, daß nämlich die Verkäuflichkeit und damit die Höhe der Preise ihrer Grundstücke durch den Wegfall des Tilgungszuschlags sich bessern würden. Richtig allerdings nur in dem Sinn, daß man nunmehr darauf rechnen kann, Dumme zu finden, die beim Kauf dieser Häuser auf den eingangs erwähnten Trugschluß hineinfallen.

Was die Hypothekenbank in dem hier skizzierten Fall betrifft, so kann man von ihr als Erwerbsgesellschaft nicht ohne weiteres verlangen, daß sie sich den höheren Gesichtspunkt, wie er im Geschäftsbericht der Preuß. Central-Bodenkredit-A.-G. zum Ausdruck kommt, zu eigen macht. Der Theoretiker aber darf sich das Recht herausnehmen, den Vorgang einen Skandal zu nennen. Wenn es einen Beweis für die Unhaltbarkeit der Annahme gibt, daß die Steigerung des Wertes von Grund und Boden die Abnutzung und Entwertung der Baulichkeiten ausgleicht, so wird er durch die Häuser der Baugesellschaft Kaiser-Wilhelm-Straße erbracht. Ein paar hundert Schritt vom Kaiserlichen Schloß entfernt, im Zentrum der Stadt gelegen, konnte man bei ihrer Errichtung mit Fug und Recht behaupten, daß es eine aussichtsreichere Gegend für die Erhöhung der Bodenpreise gar nicht geben könne. Tatsächlich aber sind diese Häuser durch die Konkurrenz anderer Wohnviertel heute derartig entwertet, daß sie nach 20 Jahren, also einem Zeitraum, in dem die Bevölkerung der Reichshauptstadt eine an amerikanische Vorbilder erinnernde Zunahme erfahren hat, auch nicht annähernd zum Buchpreis zu ver-

Digitized by Google

kaufen sind, von der mehr als kläglichen Rente, welche die Aktionäre in dieser Zeit aus ihnen bezogen haben, zu schweigen. Hätte die Gesellschaft seinerzeit nicht die Klugheit besessen, unkündbare Tilgungshypotheken aufzunehmen, so wäre sie an der Unmöglichkeit, ihre Hypotheken in alter Höhe zu prolongieren, längst zugrunde gegangen. Das weiß die Verwaltung natürlich selbst am besten. Nach der geltenden Moral ist das aber kein Hindernis, nunmehr andere Leute den Gefahren einer kündbaren Hypothek auszusetzen.

Die Bereitwilligkeit, mit der die darlehnsgebende Bank in diesem Fall auf die Wünsche ihrer Schuldnerin einging, ist nur dann zu verstehen, wenn man bei ihr die Ansicht voraussetzt, daß — trotz etwaigen Fortschreitens der Häuserentwertung — ihre Forderung auch bei unterlassener Tilgung absolut gesichert sei. Wären die Hypothekenbanken nicht generell dieser Ueberzeugung, so würde ihnen jede Rechtfertigung dafür fehlen, daß sie der einträglicheren festen Hypothek den Vorzug geben. Tatsächlich haben sie auch bei Nichtamortisierung ihrer Darlehen normalerweise nicht nötig, die aus der natürlichen Entwertung des Bauwerks sich ergebende Verschlechterung der Pfandsicherheit in Betracht zu ziehen. Denn das hieraus entspringende Risiko trifft mit voller Schärfe nur die Inhaber der im Grundbuch ihnen nachstehenden Hypotheken. Und damit kommen wir zu dem springenden Punkt der ganzen Frage. Was man heute die Not der Grundbesitzer in Stadt und Land nennt, ist, wie allgemein bekannt, auf das unzureichende Angebot zweiter Hypothekendarlehen zurückzuführen. Für diesen Mangel haben die Wortführer des städtischen Grundbesitzes (lies: der städtischen Terrainspekulation) angeblich ein Allheilmittel gefunden. Nach ihnen braucht nur ein Gesetz geschaffen zu werden, wonach die Verpfändung der Mieten dem Hypothekengläubiger gegenüber keine Wirksamkeit hat, und braucht zweitens nur die Bestimmung des B. G. B., wonach gestundete Hypothekenzinsen bis zu zwei Jahren den Vorrang vor den nachstehenden Posten haben, aufgehoben zu werden. Die befürworteten Gesetzesänderungen sind an sich diskutabel. Aber es gehört eine große Dosis Dreistigkeit dazu, dem Gesetzgeber einzureden, daß mit diesem Mittelchen das Problem der zweiten Hypotheken zu lösen sei. Bei einer Aenderung der betreffenden Bestimmungen wird die Lage der Nachhypotheken tatsächlich nur um ein ganz geringes verbessert. Eine wirklich Erfolg versprechende Reform muß sich in ganz anderer Richtung bewegen. Sie muß Maßnahmen treffen, auf Grund deren die zweite Hypothek die Unterlagsicherheit zurückerhält, die sie durch die Unsolidität der Beleihungspraxis im Laufe der Jahre verloren hat.

Digitized by Google

Eines der hervorragendsten Mittel hierzu könnte (in Verbindung mit einer Reform des Taxwesens) die Tilgungshypothek sein. Aber nur unter der Voraussetzung, daß jener unseligen Tendenz der Neuverschuldung, die unser Hypothekenwesen beherrscht, energisch entgegengetreten wird. Wie schon erwähnt, ist der Inhaber der zweiten Hypothek der eigentliche Träger der Gefahr, die sich aus der natürlichen Entwertung eines Bauwerks ergibt. In seinem Interesse liegt es vor allem, daß die vorangehende Stelle allmählich getilgt wird, mit anderen Worten, daß die seiner eigenen Hypothek vorangehende Forderung sich mit der natürlichen Abnutzung des Gebäudes automatisch ermäßigt. Aber die Vorteile der Hypothekentilgung, wie sie nach dem bestehenden Recht gehandhabt wird, sind für ihn illusorisch, solange er nicht in die durch die Tilgung frei gewordene Stelle nachrücken kann. Heute hat der zweite Hypothekengläubiger von der Tilgung der vorangehenden Hypothek unter Umständen sogar nicht unbeträchtliche Nachteile, wie an folgendem Beispiel gezeigt werden mag: Ein Grundstück ist zur ersten Stelle mit 200 000 und zur zweiten Stelle mit 50 000 M. beliehen. Nachdem von der ersten Stelle allmählich 50 000 M. abgetragen worden sind, nimmt der Grundbesitzer für die frei gewordene Stelle eine neue Hypothek in gleicher Höhe auf, die sich natürlich vor die bisherige zweite Eintragung schiebt. Alsbald verwandelt sich der Posten, der an zweiter Stelle gegeben war, in eine drittstellige Hypothek. Theoretisch wird hierdurch nichts geändert, praktisch aber bedeutet es unter Umständen einen empfindlichen Vermögensverlust, nämlich dann, wenn der Gläubiger genötigt ist, seine auf diese Weise degradierte Hypothek zu Gelde zu machen.

Allerdings gibt es eine gesetzliche Möglichkeit, um die Inhaber der Nachhypotheken vor dieser Gefahr zu schützen und andererseits ihm die Vorteile, die sich aus der allmählichen Tilgung der vorstehenden Hypothek ergeben, zu sichern. Nach § 1179 B.G.B. kann sich nämlich der Darlehnsgeber im Einverständnis mit dem Darlehnsnehmer eine Vormerkung im Grundbuch eintragen lassen, wonach der letztere verpflichtet ist, die voreingetragenen Hypotheken und Grundschulden löschen zu lassen, „wenn sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigen". Infolge dieser Vormerkung und des Hineinrückens der zweiten Hypothek an die durch die Tilgung der ersten frei werdende Stelle wird die Sicherheit der zweiten Hypothek von Jahr zu Jahr besser, so daß selbst sehr optimistische Taxen in ihren für den Zweitgläubiger so nachteiligen Wirkungen nach und nach paralysiert werden. In der Praxis hat der § 1179 aber bisher wenig Anwendung gefunden, zum Teil wohl deshalb, weil er den nicht berufsmäßig am Hypothekenmarkt Tätigen in der Regel un-

Digitized by Google

bekannt ist. Sonst wäre es ja auch nicht zu verstehen, daß die ländlichen Kreditverhältnisse trotz des Vorherrschens der Tilgungshypothek noch immer so unbefriedigend sind.

Man hat sich dieses außerordentlich wichtigen Rechtes erst wieder erinnert, als die Bestrebungen der Gemeinden einsetzten, die Notlage des städtischen Hausbesitzes durch Gründung von Instituten für zweite Hypotheken zu lindern. So wird z. B. von der im vorigen Jahre ins Leben gerufenen Hypothekenanstalt der Stadt Schöneberg die Gewährung eines Darlehens davon abhängig gemacht, daß die vorangehende Stelle in eine Tilgungshypothek umgewandelt wird, mit der Verpflichtung des Darlehnsempfängers, die getilgten Beträge löschen zu lassen. Die Einfügung der letzteren Klausel ist geeignet, die Bedenken, die man sonst gegen städtische Institute für zweite Hypotheken erheben kann, bis zu einem gewissen Grade zu entkräften. Leider machen nicht alle städtischen Institute des Realkredits von der erwähnten Möglichkeit Gebrauch. Auch die im vorigen Jahre erlassenen Normativbestimmungen, unter denen in Preußen die Errichtung kommunaler Institute für zweite Hypotheken genehmigt wird, enthalten bedauerlicherweise keine diesbezügliche Verpflichtung. Aber selbst wenn auf diesem kleinen Teilgebiet der Löschungszwang eingeführt würde, bliebe das Hauptgebiet des Hypothekenwesens davon doch unberührt, solange die Befriedigung des Nachkredits in der Hauptsache bei den Privatkapitalisten liegt. Ihnen gegenüber kann ein Zwang, Hypotheken nur hinter Tilgungshypotheken mit Löschungsvermerk zu geben, natürlich nicht in Frage kommen. Eine durchgreifende Reform kann nur bei der ersten Stelle einsetzen. Da aber von den hier in Betracht kommenden Geldquellen, also in der Hauptsache Hypothekenbanken und Lebensversicherungsanstalten, auf eine Anerkennung der Vorzüge der Tilgungshypothek um so weniger zu hoffen ist, als die feste Hypothek ihnen so manche Vorteile bietet, so wird nur der Zwang den im Interesse des Nachkredits unbedingt notwendigen Wandel schaffen können.

Daß der Staat prinzipiell das Recht hat, einen Zwang auszuüben, wird man nicht wohl bestreiten können. Hypothekenbanken und Lebensversicherungsanstalten sind zwar private Erwerbsinstitute; das hat aber den Gesetzgeber niemals gehindert, auf Grund der besonderen Privilegien, die sie genießen, sich um die Art ihrer Vermögensanlage sehr eingehend zu bekümmern. So will man jetzt beispielsweise die Lebensversicherungsanstalten zwingen, einen Teil ihrer Mittel in heimischen Anleihen anzulegen. Der Gesetzgeber kann also, wenn er will, sehr wohl eine allmähliche Umwandlung der festen städtischen Hypotheken in Tilgungshypotheken mit Löschungszwang herbeiführen. Disku-

Digitized by Google

table Einwände könnten sich lediglich nur auf die Frage erstrecken, ob und inwieweit durch Einführung des Tilgungszwangs die Interessen des Darlehnsnehmers verletzt werden würden. Die Rücksicht auf diesen wird denn auch von den Gegnern der Tilgungshypothek bei ihren Einwänden vorangestellt. Es ist ja ein altes Rezept, das eigene Interesse mit der Rücksicht auf das Gemeinwohl zu verbrämen.

Der städtische Hausbesitz soll im allgemeinen nicht in der Lage sein, eine Extrabelastung durch die Tilgungsquoten zu ertragen. Gibt man dieses zu, so würde trotzdem nicht das geringste Bedenken vorliegen, ein Gesetz zu schaffen, wonach Hypothekenbanken und Lebensversicherungsanstalten, soweit Neubauten in Frage kommen, nur noch unkündbare, mit mindestens $^1/_2$ % tilgbare Darlehen geben dürfen. Die Folge einer solchen Vorschrift wäre lediglich, daß die Erwerber von Neubauten bei der Berechnung des Ueberschusses die Tilgungsquoten mit zu berücksichtigen hätten. Sie würden damit nur das tun, was sie heute infolge ihres Leichtsinns oder ihrer Unkenntnis versäumen, nämlich für die natürliche Entwertung des Bauwerks Vorsorge treffen. Ein solches Gesetz wäre also nicht eine Belastung des Hausbesitzes, sondern umgekehrt ein dringend notwendiger Schutz der für den Hauserwerb in Betracht kommenden Kapitalisten vor der Ausbeutung durch provisionslüsterne Grundstücksmakler. Schaden hätte davon auch nicht die Bauspekulation, die diese Häuser zum Wiederverkauf errichtet, sondern lediglich der Besitzer der Baustelle, deren Preis sich, wie allgemein bekannt, nach dem erzielbaren Ueberschuß des späteren Hauses richtet. So wie jeder Faktor, der den Ueberschuß hebt, letzten Endes in einer Erhöhung des Baustellenpreises seinen Niederschlag findet, so führt auch jede Maßnahme, die den Ueberschuß herabdrückt, normalerweise einen Abschlag auf den Bodenpreis herbei. Deshalb hat nur eine Schicht von Besitzern Veranlassung, die zwangsweise Einführung der Tilgungshypothek zu fürchten, nämlich die Besitzer des nackten Terrains. Ihre Stimme ist es denn auch, die in den Protesten gegen die Tilgungshypothek leise, aber dem feinen Gehör vernehmlich, hindurchklingt.

Was aber die Hausbesitzer anlangt, die bisher von dem Tilgungszuschlag befreit waren, so ist zuzugeben, daß die zwangsweise Einführung des Zuschlags zunächst in gewissem Sinne eine Verschlechterung ihrer Lage herbeiführen könnte. In ihrem Interesse wäre die Uebergangszeit möglichst schonend zu gestalten. Auf der anderen Seite kann aber die Umwandlung der kündbaren Schulden eine unmittelbare Erhöhung der Einnahmen herbeiführen, welche unter Umständen die Ausgaben für die Tilgung mehr als wett macht. Der Zusammenhang ist leicht einzusehen. Der auf

Digitized by Google

die Prolongation seiner Hypotheken — bei der zweiten Hypothek alle fünf Jahre — angewiesene Hausbesitzer muß unter allen Umständen zu verhüten suchen, daß der Mietswert seines Hauses zurückgeht, da von ihm die Beleihungshöhe wesentlich abhängt. Das ist auch der Grund für die vielen Leuten so unvernünftig erscheinende Handlungsweise der Hausbesitzer, lieber eine Wohnung leer stehen zu lassen, als mit der Miete herunterzugehen. Fallen die Prolongationsrücksichten aber weg, so ist der Hausbesitzer viel eher zu Konzessionen bereit. Er nimmt das geringere Angebot an, wenn er das höhere nicht durchsetzen kann. Hausbesitzer und Mieter haben davon gleichermaßen Vorteil. Denn gerade die Rücksicht auf die Hypothekensorgen ist es, was verschuldet, daß selbst ein übermäßiges Angebot von Wohnungen nicht entsprechend in einer Verringerung der Mieten zum Ausdruck kommt. Positiv ausgedrückt: Durch die Tilgungshypothek wird eine bessere Anpassung des Wohnungsangebots an den tatsächlichen Bedarf hergestellt.

Man hat gegen die Tilgungshypothek schließlich eingewandt, daß der Grundbesitzer sich der Möglichkeit beraube, eine etwaige Verbilligung des Geldmarkts auszunutzen. Das ist richtig und doch wieder falsch, je nachdem man dabei an den erststelligen oder an den Nachkredit denkt. Auch bei der Tilgungshypothek ist der Grundbesitzer in der Lage, die Vorteile einer Geldverbilligung für sich auszunutzen. Nur daß die Verbilligung in diesem Fall dem Nachkredit zustatten kommt, und zwar um so ausgiebiger, je länger die vorhergehende Hypothek amortisiert ist. Wie aber steht die Sache, wenn die Prolongation in eine geldknappe Zeit fällt? Alsdann trifft die durch eine Verteuerung der Zinslasten herbeigeführte Verschlechterung der Lage des Schuldners mit voller Wucht den Inhaber der zweiten Stelle. Steigt beispielsweise die jährliche Zinslast für erste Hypothek von 4 auf $4^1/_2$ % (also bei 100 000 M. Darlehen um 500 M.), so bedeutet das für das betreffende Grundstück eine Wertverminderung von 10 000 Mark auf je 100 000 M. Um diese Summe wird die Unterlagsicherheit für die zweite Hypothek herabgedrückt. Wer sich diese Wechselwirkung vor Augen hält, wird nicht über die enormen Ausfälle überrascht sein, die während der letzten Geldkrisis an den zweiten Hypotheken subhastierter Grundstücke erlitten worden sind, und die auch dann eingetreten wären, wenn die §§ 1124 B.G.B. und 57 des Zwangsversteigerungsgesetzes längst geändert wären.

Der angedeutete Zusammenhang läßt aber auch zutage treten, wo der Hebel für eine wirkliche Verbesserung des Marktes der zweiten Hypotheken angesetzt werden muß. Mit der Tilgungshypothek allein ist es freilich nicht getan. Sie kann ihre kreditverbessernde Wirkung erst dann ausüben, wenn das durch die

Digitized by Google

Tilgung entstehende Vacuum dem Machtbereiche des Eigentümers entzogen wird. Keineswegs würde durch eine solche Entziehung die Ausnutzung des Bodenkredits eingeschränkt werden. Neubelastungen wären nach wie vor möglich, nur würden sie sich hinten anschließen, wo sie hingehören, statt sich vor die zweite Hypothek zu schieben und deren Qualität zu verschlechtern.

Man gebe der zweiten Hypothek die Sicherheit, die sie als eine Kapitalsanlage mit beschränktem Zinsgewinn beanspruchen kann, und die sie, volkswirtschaftlich betrachtet, als der eigentliche Produktivkredit auch verdient, zurück, und das Kapital wird wieder da sein. Es gibt auf dem Gebiete des Wohnungsproblems augenblicklich keine brennendere Aufgabe als diese. Wenn der organisierte Realkredit, auf seine bevorrechtigte Stellung im Grundbuch pochend, von seinem beschränkten Interessenstandpunkt aus eine Reform zugunsten der Tilgungshypothek ablehnt, so wird man sich der Tatsache erinnern müssen, daß er nicht Herrscher, sondern Diener der Volkswirtschaft zu sein hat.

Ludwig Eschwege.

Vorläufiges zu den Grossbank-Abschlüssen 1913.

Es hätte ein glänzendes Bankenjahr werden können, das Jahr 1913. Die wichtigsten Voraussetzungen für ein gewinnbringendes Geschäft waren gegeben. Die Nachfrage nach Kapital war eine so allgemeine und so dringende, daß die Banken, in deren Händen sich die Verfügungsgewalt über den größten Teil der für den Personalkredit in Betracht kommenden Gelder befindet, Provisions- und Zinsbedingungen durchsetzen konnten, wie sie sich gleich günstig nur in Jahren eines ausgesprochenen industriellen Hochgangs zu bieten pflegen. Der Bankdiskont, der schon im vorigen Jahre die recht ansehnliche Durchschnittshöhe von 4,95 % erreicht hatte, stieg weiter auf einen mittleren Stand von 5,88 %, und der für die Bankwelt mindestens ebenso wichtige Privatdiskontsatz erhöhte sich von 4,22 % auf einen Durchschnitt von 4,98 %. In der Tat haben sich die Einnahmen der neun Berliner Großbanken, deren Jahresberichte jetzt vollzählig vorliegen, auf Provisions- und Zinsen-Konto noch ganz erheblich über die schon sehr günstigen Vorjahrsziffern hinaus steigern können. Die Gewinne auf diesen beiden Konten haben sich bereits im Jahre 1911 um 13 Mill. M. und im Jahre 1912 um 16 Mill. M. über die Ziffer des jeweils vorangegangenen Jahres erhoben. Das Jahr 1913 hat eine weitere Zunahme der Zins- und Provisionsgewinne um rund 14 Mill. M. gebracht, obwohl den Banken weit weniger fremde Gelder neu zugeflossen sind, als es in normalen Jahren der Fall zu sein pflegt, und

Digitized by Google

Jahr	Aktien-Kap.	Reserven	Gewinn (in 1000 M.)						
	in Mill. M.		Zs., Coup., Wechsel, Sorten	Provis.	Effekten, Konsort.	dauernde Beteilig. Kommand	diverse	Vortrag aus d. Vorjahr	zusamm. Brutto
Deutsche Bank.									
1913	200	113	35 875	21 031	4 708	6 693	—	3 020	71 327
1912	200	110	32 662	20 459	7 179	6 039	—	2 569	68 908
1911	200	108	30 483	19 154	8 047	6 500	—	2 067	66 251
1910	200	106	28 253	17 887	9 382	6 303	—	1 166	62 991
1909	200	104	25 730	15 155	10 432	6 841	—	1 151	59 309
Dresdner Bank									
1913	200	61	26 346	14 585	—	1 931	309	276	43 447
1912	200	61	24 411	14 238	—	2 091	295	262	41 297
1911	200	60	21 274	13 190	3 217	1 969	275	267	40 192
1910	200	60	20 372	12 184	4 456	1 622	247	278	39 159
1909	180	52	16 953	10 865	4 294	1 470	225	376	34 183
Disconto-Gesellschaft.									
1913	200	81	17 975	9 840	3 242	8 214	—	1 209	40 483
1912	200	81	16 521	9 739	4 035	8 098	—	1 377	39 769
1911	200	80	14 511	9 059	4 331	7 768	—	1 356	37 025
1910	170	60	12 756	8 077	5 794	7 256	—	1 356	35 239
1909	170,	58	10 742	7 242	7 625	7 592	—	1 384	34 585
Darmstädter Bank									
1913	160	32	14 418 *	10 553	1 741	—	27	475	27 213
1912	160	32	10 020	9 518	3 113	1 150	718	467	24 986
1911	160	32	9 178	8 903	3 887	1 158	794	440	24 360
1910	160	32	7 865	8 505	4 748	1 257	840	444	23 659
1909	154	32	6 717	6 812	5 595	1 741	895	441	22 201
A. Schaaffhausen'scher Bankverein.									
1913	145	25	11 090	5 830	—	—	171	254	†17 347
1912	145	34	10 573	5 829	1 095	—	152	260	17 909
1911	145	34	9 993	5 404	4 689	—	129	561	20 776
1910	145	34	9 989	4 927	4 196	—	140	643	19 895
1909	145	34	9 792	4 555	4 356	—	107	651	19 461
Berliner Handels-Gesellschaft.									
1913	110	35	9 149	4 712	1 201	—	—	259	15 321
1912	110	35	8 377	4 396	3 619	—	—	170	16 562
1911	110	35	8 386	4 051	3 743	—	—	1 293	17 473
1910	110	35	8 368	3 890	3 065	—	—	1 054	16 378
1909	110	35	7 836	3 821	4 345	—	—	871	16 873
Nationalbank für Deutschland.									
1913	90	16	7 970	4 055	—	—	—	395	**11 736
1912	90	16	7 564	4 145	1 041	—	—	468	13 218
1911	90	15	7 184	4 010	1 706	—	—	384	13 284
1910	80	14	6 541	3 847	1 686	—	—	330	12 404
1909	80	13	6 138	3 610	1 523	—	—	263	11 534
Commerz- und Disconto-Bank.									
1913	85	14	8 915	5 002	165	—	—	880	14 963
1912	85	14	8 415	4 946	673	—	—	668	14 702
1911	85	13	7 560	4 628	1 058	—	—	292	13 538
1910	85	13	7 230	4 307	784	—	—	257	12 577
1909	85	13	6 953	3 974	934	—	—	243	12 104
Mitteldeutsche Creditbank.									
1913	60	9	4 614	2 909	1 026	150	117	66	8 881
1912	60	9	3 838	2 753	1 784	152	86	49	8 662
1911	60	9	3 759	2 544	1 859	159	84	43	8 448
1910	54	8	3 082	2 385	1 951	149	82	66	7 715
1909	54	8	2 957	2 156	1 996	184	72	68	7 433

*) Inkl. Gewinnen aus dauernden Beteiligungen bei Banken.
**) Abzüglich 684,000 M. Verlust auf Effekten- und Konsortialkonto.
†) Ohne Berücksichtigung des Verlustes auf Effekten (siehe Abschreibungen).

Digitized by Google

Unkosten (in 1000 M.)			Reingewinn	Verteilung des Reingewinnes				
Verwaltgs.-Kosten, Steuern	Abschreibg.	sonstige	in 1000 M.	Reserven und Dotation.	Gratifikationen, Tantiem.	Vortrag a. d. neue Jahr	Dividende in 1000 M.	Dividende in Proz.
Deutsche Bank.								
30 844	4 377	360	35 746	2 500	3 978	4 267	25 000	12½
30 136	4 024	400	34 348	2 500	3 828	3 020	25 000	12½
28 725	3 660	400	33 466	2 219	3 678	2 569	25 000	12½
26 801	3 239	400	32 551	2 455	3 428	2 067	25 000	12½
24 231	2 407	400	32 271	2 927	3 178	1 166	25 000	12½
Dresdner Bank.								
16 625	544	—	26 278	2 044*)	7 028	207	17 000	8½
15 841	340	—	25 116	1 238*)	6 602	276	17 000	8½
14 738	781	—	24 673	1 140*)	6 272	262	17 000	8½
13 484	568	—	25 108	1 773*)	6 067	267	17 000	8½
11 595	456	—	22 132	1 100*)	5 454	278	15 300	8½
Disconto-Gesellschaft.								
14 756	—	—	25 727	1 573**)	2 937	1 217	20 000	10
14 050	—	—	25 719	1 573	2 937	1 209	20 000	10
12 677	—	—	24 349	1 573	2 899	1 377	18 500	10
11 656	—	—	23 583	2 543	2 684	1 356	17 000	10
10 819	—	—	23 766	3 800	2 460	1 356	16 150	9½
Darmstädter Bank.								
12 529	619	2 282	11 159	—	280	479	10 400	6½
10 691	568	2 572	11 155	—	280	475	10 400	6½
10 330	523	2 223	11 147	—	280	467	10 400	6½
9 806	529	2 204	11 120	—	280	440	10 400	6½
9 555	513	1 410	10 724	—	270	444	10 010	6½
A. Schaaffhausen'scher Bankverein.								
6 143	1 937	—	9 267	3 932*)	700	280	4 350	3
5 670	1 096	2 000	9 143	400	1 239	254	7 250	5
5 325	1 713	—	13 738	400	2 203	260	10 875	7½
4 979	337	—	14 579	1 000*)	2 143	561	10 875	7½
4 620	—	—	14 839	1 300*)	2 021	643	10 875	7½
Berliner Handels-Gesellschaft.								
3 570	—	—	11 751	193	1 936	272	9 350	8½
3 494	90	—	12 978	125	2 144	259	10 450	9½
3 330	—	—	14 144	1 435	2 088	170	10 450	9½
3 208	—	—	13 170	—	1 976	1 293	9 900	9
2 932	—	—	13 941	1 030	1 956	1 054	9 900	9
Nationalbank für Deutschland.								
4 204	125	—	7 407	490	1 333	184	5 400	6
4 085	253	120	8 759	380	1 684	395	6 300	7
3 734	277	120	9 155	650	1 736	468	6 300	7
3 477	239	120	8 567	650	1 933	384	5 600	7
3 329	298	120	7 787	600	1 657	330	5 200	6½
Commerz- und Disconto-Bank.								
7 024	439	–	7 500	705	553	1 141	5 100	6
7 025	452	—	7 224	705	539	880	5 100	6
6 265	458	–	6 814	461	585	668	5 100	6
5 929	419	—	6 229	347	489	292	5 100	6
5 502	417	—	6 184	344	483	257	5 100	6
Mitteldeutsche Creditbank.								
3 839	202	101	4 738	204	568	68	3 900	6½
3 455	197	95	4 915	380	569	66	3 900	6½
3 264	33	80	5 072	554	569	49	3 900	6½
3 040	32	77	4 566	459	554	43	3 510	6½
2 900	432	72	4 029	289	434	66	3 240	6

*) Inkl. diverser Abschreibungen.
**) Inkl. 1 Mill. M. Abschreibung auf Bankgebäude.

Digitized by Google

die Umsätze sich bei einzelnen Banken (u. a. auch bei der Deutschen Bank) erheblich verringert haben. Würden sich also die deutschen Großbanken auf das sogenannte reine Bankgeschäft beschränken, so hätten sie im verflossenen Jahre Rekordgewinne erzielt und könnten jetzt fast durchweg höhere Dividenden zur Verteilung bringen. Statt dessen bleiben sowohl der Gesamt-Bruttogewinn wie der Reingewinn hinter den Vorjahrsziffern zurück, und drei Institute, nämlich der A. Schaaffhausensche Bankverein, die Berliner Handels-Gesellschaft und die Nationalbank für Deutschland, sehen sich gezwungen, ihre Dividenden zu ermäßigen, die letzten beiden Banken um je 1 %, der Bankverein um 2 %. Die Verluste auf Effekten- und Konsortial-Konto sowie die Engagements am Terrain- und Baumarkt haben eben die Mehreinnahmen aus dem regulären Bankgeschäft verschlungen und aus dem für vorsichtig geleitete Kreditbanken so guten Jahr ein schlechtes Jahr für Gemischt-Banken gemacht. Die offiziellen Ziffern des Gewinn- und Verlustkontos, wie wir sie umseitig zusammengestellt haben, lassen die Mindergewinne nicht mit voller Deutlichkeit in Erscheinung treten, weil einige Banken notwendige Abschreibungen und Rückstellungen erst nach Feststellung des Reingewinns vorgenommen haben, der infolgedessen höher erscheint, als er tatsächlich ist; vor allem aber deshalb, weil der A. Schaaffhausensche Bankverein seine großen Verluste im Effekten- und Terraingeschäft zum größeren Teil nicht aus dem Jahresgewinn — der nicht ausreichen würde —, sondern aus seinen offenen Reserven bestreitet, die Gewinnrechnung also nicht berühren läßt. Allein auf Effekten- und Konsortial-Konto weisen die neun Banken einen Mindergewinn von rund 11 Mill. M. aus. Sie haben samt und sonders hohe Abschreibungen auf ihre Effektenbestände und auf noch nicht ganz abgewickelte Beteiligungsgeschäfte vornehmen müssen. Trotz dieser Abstriche an den Buchwerten zeigen die Effekten- und Konsortialbestände, die schon im vorigen Jahre eine Zunahme um rund 120 Mark erfahren hatten, ein bilanzmäßiges Mehr von etwa 75 Millionen Mark, wovon allerdings die größere Hälfte auf Deutsche Staatspapiere entfällt. Dieselbe Ursache, die Schuld an dem Anwachsen der Effektenbestände ist, nämlich die schlechte Börsenlage des vergangenen Jahres, hat andererseits bewirkt, daß die Anlagen der Banken in Börsenvorschüssen (Reports) sich weiter erheblich vermindert haben. Eine außerordentlich starke Zunahme, nämlich um etwa 240 Millionen M., haben die Wechselbestände erfahren. Doch ist diese Zunahme eigentlich nur eine scheinbare. Sie spiegelt nicht eine stärkere Leihtätigkeit der Banken wider, sondern ergibt sich ohne weiteres aus der Tatsache, daß die Banken Ende vorigen Jahres nicht so große Wechselmassen, wie sonst

Digitized by Google

leider üblich, bei der Reichsbank rediskontiert haben. Die Reichsbank hat, um übermäßige Ansprüche abzuwehren, ihren Diskontsatz Ende 1913 so hoch über den Zinssätzen des offenen Marktes gehalten, daß es sich für die Banken vorteilhafter erwies, ihr Geldbedürfnis, soweit ein solches nach den während des ganzen Jahres vorgenommenen Kreditrestriktionen überhaupt noch vorhanden war, anderswo als bei dem Zentralinstitut zu decken. Daher die weitere starke Zunahme des Akzeptumlaufs (um fast 50 Mill. M.), die auffällig mit der aktiven Gestaltung des deutschen Außenhandels kontrastiert und mehr als je zuvor auf Geldmacherei deutet. Dies der Gesamteindruck, den die Jahresausweise der Großbanken, summarisch betrachtet, machen. Auf Einzelheiten werden wir im nächsten Heft eingehen.

Der Februar 1914.

In der hohen Politik ist der Februar verhältnismäßig ereignisarm gewesen, insbesondere soweit es sich dabei um **Deutschland** selbst handelt. Das einzige Ereignis, das Beachtung verdient, ist die Ankündigung eines Grundteilungsgesetzes in Preußen, das bestimmte Grundsätze für die innere Kolonisation aufstellt. — In **Rußland** ist der Ministerpräsident Kokowzow, für ihn ziemlich unerwartet, vom Zaren entlassen, und an seine Stelle der frühere Premier Goremykin berufen worden. Zum Finanzminister wurde Staatsrat Bark ernannt. Eine programmatische Erklärung der Regierung läßt einen Systemwechsel vermuten, namentlich in bezug auf die heute überragende Stellung des Branntweinmonopols im Staatshaushalt. Auffallend ist die Schließung fast aller russischen Häfen für fremde Kriegsschiffe, wofür es kaum eine andere Erklärung gibt, als den Wunsch nach Geheimhaltung des Standes der eigenen militärischen Maßnahmen. — Auch im **englischen** Kabinett sind einige Veränderungen erfolgt; unter anderem ist John Burns zum Handelsminister, Herbert Samuel zum Arbeitsminister ernannt worden. Die Stellung der Regierung hat sich im übrigen in der letzten Zeit wieder wesentlich schwieriger gestaltet, und es ist recht wohl möglich, daß sie über die jetzt zum dritten Male zur Beratung stehende Homerulebill stürzt. — Auch in zweien der skandinavischen Länder kriselt es wieder recht bedenklich. In Norwegen ist es noch im letzten Moment gelungen, einen drohenden Generalstreik beizulegen; dagegen haben in Schweden die Differenzen zwischen König und Regierung in der Frage der Landesverteidigung zu einer Ministerkrisis und zur Auflösung des Landtages geführt.

In **China** hat Juanschikai durch einige neue Maßnahmen

Digitized by Google

seine Autokratie noch weiter befestigt. — In **Japan** droht ein Marineskandal, in dem hohe Beamte kompromittiert, und in den die deutschen Siemens-Schuckertwerke verwickelt sind, zu innerpolitischen Komplikationen zu führen. — In Peru und Haiti hat mit dem üblichen revolutionären Beiwerk ein Präsidentenwechsel stattgefunden, während in **Mexiko** sich Huerta noch immer hält, obwohl die Vereinigten Staaten jetzt die gegnerischen Bandengenerale durch Aufhebung des Waffeneinfuhrverbotes offen unterstützen. Die Ermordung eines Engländers durch einen dieser Bandenführer drohte eine Zeitlang zu einem Konflikt zwischen der die Monroe-Doktrin hochhaltenden Union und England zu führen. — In der **Union** haben, wie an dieser Stelle noch bemerkt sei, schwere, langanhaltende Schneestürme große Verwüstungen angerichtet.

Unter den Vorgängen auf **staatsfinanziellem** Gebiete ist zunächst die Emission von 665 Mill. Fr. 4½ proz. unifizierter russischer Staatseisenbahnanleihe in Paris zu erwähnen. Sie erfolgte zu 93¾ %. — Ungarn hat eine 4½ proz. Anleihe von einer halben Milliarde Kronen abgeschlossen und zu durchschnittlich 90¾ % mit gutem Erfolge aufgelegt, wobei hervorzuheben ist, daß, zum ersten Male seit sehr langer Zeit, London sich wieder an der Aufbringung des ungarischen Geldbedarfes beteiligt hat. — Der im vorigen Hefte geschilderte große Erfolg der preußischen Neuemissionen hat dazu geführt, daß die Regierung weitere 200 Mill. M. Tilgungsanleihe zu einem um ½ % höheren Kurse an die Banken begab, die diese den Zeichnern des ersten Anleiheteils ebenfalls zu 97 % anboten. — Hamburg, das noch im letzten Monat seine Anleihepläne zurückstellte, hat jetzt 85 Mill. M. 4 proz. Staatsanleihe mit gutem Erfolge emittiert, und auch die im vorigen Hefte erwähnte Deutsche Schutzgebietsanleihe wurde wesentlich überzeichnet. — Belgien hat vorläufig 3½ Mill. £ 3 proz. Anleihe in London herausgebracht, rechnet jedoch schon für die nächste Zeit mit der Auflegung eines weiteren, wesentlich größeren Betrages in Paris. Daß die erste Emission in London stattgefunden hat, soll auf politische Verstimmungen zwischen Belgien und Frankreich zurückzuführen sein. — Chile hat 1½ Mill. £ neue 5 proz. Anleihe, u. a. auch in Hamburg, aufgelegt. — Die erste Hälfte der griechischen Anleihe soll, wie jetzt behauptet wird, im April in Paris herauskommen. — In China ist durch Dekret des Präsidenten die allgemeine Silberwährung eingeführt worden, die aber vorläufig nur auf dem Papier steht.

In der allgemeinen Lage der **Weltwirtschaft** hat der Februar keine weitere Besserung gebracht. Hie und da glaubte

Digitized by Google

man allerdings, ein leichtes Anziehen der Bautätigkeit (bzw. des Formeisengeschäftes) beobachten zu können; die kleine Besserung gestattet aber zunächst noch keine weiter reichenden Schlüsse. Andererseits hat sich die Lage in den süd- und mittelamerikanischen Staaten weiter zugespitzt, und in Indien, dessen Lage jetzt mehrere Jahre hindurch ungewöhnlich günstig war, scheint eine Mißernte wieder zu Hungersnöten mit all ihren Folgen führen zu wollen. Ein Lichtpunkt ist, daß auf die letzte Umfrage der Firma Weld & Co. über die Lage der internationalen Baumwollindustrie nicht ganz so pessimistische Antworten eingelaufen sind wie auf die vorhergehende.

Für den **deutschen Außenhandel per Februar** liegen erst die Gewichtsziffern einer Reihe wichtigerer Waren vor. Sie lauten (in dz):

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Febr. 1913	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Febr. 1913
Baumwolle . . .	613 744	619 194	467 497	51 992	49 823	43 956
Jute und Jutewerg .	147 870	135 038	167 347	2 356	1 424	2 385
Merinowolle im Schweiß	192 943	170 740	194 353	633	1 146	3 471
Kreuzzuchtwolle im „	84 531	67 848	96 931	628	809	2 216
Eisenerze . . .	12 261 431	7 276 670	10 103 328	1 649 566	1 621 025	1 949 415
Steinkohlen . . .	6 131 168	7 159 554	8 052 952	32 986 642	28 179 577	32 583 254
Braunkohlen . . .	4 627 757	4 774 329	5 647 073	81 710	79 599	67 541
Roheisen	58 281	101 881	67 023	415 657	494 361	759 790
Rohl., Rohsch., Roh'l. usw.	6 708	6 753	8 562	664 069	556 472	578 210
Träger, eiserne . .	736	121	910	260 808	251 092	380 307
Eisenb.-, Straßenbsch.	190	93	3	412 903	325 773	418 384
Kupfer	205 621	143 285	161 349	7 012	4 893	4 512

Am **Weltarbeitsmarkt** hat der Februar Vorgänge von Bedeutung (außer der Streikbewegung in der nordfranzösischen Grubenindustrie, die politischen Hintergrund hat) nicht gebracht. Ziffernmäßiges Material liegt, was Deutschland angeht, erst für den Januar vor. Es ist nicht ganz eindeutig, da die Arbeitslosenziffern der Fachverbände im Gegensatz zu anderen Jahren einen kleinen Rückgang, die Arbeitsnachweisstatistik dagegen, wenigstens bei männlichen Arbeitskräften, eine starke Steigerung des Andranges ergibt. Im einzelnen betrug das Angebot auf hundert offene Stellen:

	November		Dezember		Januar	
	1912	1913	1912	1913	1913	1914
männliche	173	219	175	218	191	234
weibliche	122	143	106	123	98	105

Die englischen Statistiken zeigen ebenfalls eine Verschlechterung, die sich besonders in der Textil- sowie in den Glas- und Steinwarenindustrien bemerkbar machte.

Die **Einnahmen der deutschen Eisenbahnen,** in denen nach der amtlichen Statistik seit dem Januar 1914 auch die bayerischen und somit alle deutsche Bahnen enthalten sind, weisen im Januar (Februarziffern fehlen noch) folgende Ziffern auf:

Digitized by Google

	Güterverkehr 1912/13 insges. Mill.M.	p.km M.	1913/14 insges. Mill.M.	p.km M.	Personenverkehr 1912/13 insges. Mill. M.	p.km M.	1913/14 insges. Mill.M.	p.km M.	Sonstiges 1912/13 Mill. M.	1913/14	Gesamteinn. 1912/13 Mill. M.	1913/14
Nov.	178,9	3348	176,9	3281	57,4	1103	62,6	1193	16,2	18,0	252,5	257,5
Dez.	164,9	3085	162,6	3015	68,1	1306	68,6	1307	16,5	17,2	249,5	248,5
Jan.	164,5	3077	174,8	2797	57,7	1106	64,8	1064	18,7	20,8	240,9	260,4

In der **Seeschiffahrt** ist dem ersten Schuß im Reederkampf mit ganz unerwarteter Schnelligkeit ein Friede gefolgt, der den einstweiligen Verzicht Ballins (Hapag) auf die von ihm so energisch geforderte Neuordnung der Verhältnisse bedeutet. Wohl im Zusammenhange mit den Vorgängen in Oesterreich — die entscheidenden Verhandlungen haben in Wien stattgefunden — schlossen Hapag und Lloyd auf 15 Jahre eine Interessengemeinschaft, die den Passagier- und Frachtenverkehr umfaßt. Auch die Verlängerung des sogenannten „kleinen" nordatlantischen Schiffahrtspools auf fünf Jahre ist bereits erfolgt, während die entscheidenden Verhandlungen über den „großen" Pool Mitte März stattfinden. Die ungarische Regierung hat ihren Vertrag mit dem Pool gekündigt. — Die **Auswanderung über deutsche Häfen** weist folgende Ziffern auf:

	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	12 483	4 299	6 316	12 544	7 362
„ Bremen . . .	16 044	5 969	8 739	12 267	10 117*
zusammen .	28 527	10 268	15 055	24 811	17 479
dagegen im Januar	20 001	10 894	10 337	14 283	15 078
	1909	1910	1911	1912	1913
„ Dezember . . .	23 257	15 447	14 803	19 907	21 249

Die günstigere Entwicklung der **Konkurs**ziffern hat auch im Februar angehalten. Die Ziffer der Eröffnungen bleibt sowohl hinter der des Vorjahres, die allerdings außergewöhnlich hoch war, als auch hinter der Januarziffer erheblich zurück; es wurden eröffnet:

im Dez.	1911	713	Konkurse	1912	763	Konkurse	1913	735	Konkurse
„ Jan.	1912	826	„	1913	971	„	1914	854	„
„ Febr.	1912	761	„	1913	884	„	1914	751	„

Die **Fusionsbewegung** hat mit dem Beschluß der Deutschen Bank, die Bergisch-Märkische Bank, deren Aktien sie zum größten Teil bereits besitzt, völlig in sich aufzunehmen, einen wichtigen Schritt vorwärts gemacht.

Von der Lage des **deutschen Eisenmarktes** wurde einleitend bereits erwähnt, daß das Formeisengeschäft eine gewisse Besserung zu zeigen scheine. Davon abgesehen, ist von einer Aenderung der Lage zum Besseren nicht viel zu bemerken. Auf einzelnen Märkten haben sich die im Januar etwas heraufgesetzten Forderungen der Werke nicht behaupten lassen; die

*) Die vom Bremer statistischen Amt veröffentlichte Ziffer von 11 672 Personen enthält die Kajüttpassagiere.

Digitized by Google

Preise, die zum Beispiel für Stabeisen genannt werden, liegen heute wieder etwas niedriger. Die Beschäftigung scheint jedoch, da man namentlich Exportorders auch zu schlechteren Preisen hereingenommen hat, jetzt leidlich zu sein.

Der **Roheisenmarkt** zeigte im Februar keine wesentliche Veränderung, jedoch scheint es dem Verbande durch Forcierung des Exportes gelungen zu sein, den Druck, der sich in den letzten Monaten und auch noch Anfang Februar bemerkbar machte, etwas zu mildern. Der letzte Situationsbericht hebt denn auch besonders die feste Lage des Auslandsmarktes hervor; der Versand soll sich im Februar von anfänglich 71⅓ % wieder auf etwa 75 % der Beteiligung gehoben haben. — Die Roheisenerzeugung weist im Februar folgende Ziffern auf (in 1000 t):

	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember . .	1 164,6	1 307,0	1 377,6	1 566,0	1 609,7
Januar . . .	1 177,6	1 320,7	1 372,7	1 609,7	1 566,5
Februar . . .	1 091,4	1 179,1	1 319,8	1 492,5	1 445,5

Der **Stahlwerksverband** hat zwar den Formeisenexport für das zweite Quartal zu unveränderten Preisen freigegeben, dagegen die Preisfestsetzung für Halbzeug bisher noch nicht vorgenommen. Das soll damit zusammenhängen, daß man erst über den Fortgang der Verhandlungen beim Walzdrahtverbande klar sehen möchte. Die mehrfach erwähnte Belebung des Formeisengeschäftes geht angeblich über die übliche Frühjahrsbelebung hinaus, doch wird man den Aeußerungen aus dem Bezirke, daß ein „gutes Baujahr" bevorstehe, zunächst abwartend gegenüberstehen müssen. Eine Sitzung hat der Verband im Februar nicht abgehalten. Seine Versandziffern liegen erst bis Ende Januar vor. Besonders bezeihnende Veränderungen sind an ihnen nicht zu beobachten, abgesehen vielleicht vom Rückgange im Eisenbahnmaterialversand. Im einzelnen wurden expediert (in 1000 t):

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14
November	161,4	148,2	147,2	182,4	200,4	211,3	144,9	144,1	103,7
Dezember	175,1	173,9	130,5	170,5	220,0	232,5	122,6	138,6	94,4
Januar	182,6	162,7	143,0	177,3	229,8	211,4	118,7	143,1	100,8

Der Stabeisenmarkt zeigte im Februar die bereits im vorigen Monat konstatierte zwiespältige Haltung in besonders hohem Maße. Während vereinzelt behauptet wird, daß die einige Zeitlang genannten höheren Preise sich effektiv erzielen ließen, wird dies von anderer Seite bestritten mit der Begründung, daß zu viel billiges Material sich in der zweiten Hand befinde. Die Ansichten gehen also erheblich auseinander; jedoch scheint es, daß die Düsseldorfer Börse mit ihrer Herabsetzung der Mindestnotierung um 1 M. die Lage des Marktes

Digitized by Google

richtig charakterisiert. Für eine Reihe wichtigerer Waren lauten die Notierungen (in M. per t):

	16. 1. 1914	31. 1. 1914	6. 2. 1914	21. 2. 1914
Lux. Gießereieisen III	60—62	60—62	60—62	60—62
Dtsch. Gießereieisen I	75,50	75,50	75,50	75,50
„ „ „ III	70,50	70,50	70,50	73,50
Engl. „ „ III	—	—	—	—
Gew. Fluß-Stabeisen .	98—100	98—100	99—100	98—100
Grobbleche (Flußeis.)	103—105	103—105	103—105	103—105
Feinbleche	120—122,5	120—122,5	120—122,5	120—122,50
Flußeisenwalzdraht .	117,50	117,50	117,50	117,50

Unter den übrigen Eisenwaren beansprucht das Hauptinteresse jetzt Walzdraht. Die Verhandlungen wegen der Erneuerung des Verbandes haben zwar bisher noch zu keinem Ergebnis geführt, doch wird offiziell die Hoffnung ausgesprochen, den Verband nicht nur verlängern, sondern zu einem allgemeinen Drahtsyndikat ausgestalten zu können (obwohl die von einer Reihe gerade der größten Unternehmungen eingegangenen Interessengemeinschaften den bisherigen Verband eigentlich völlig unterhöhlt haben). Die Exportpreise für das von dem Verbande vertriebene Produkt haben sich eine Kleinigkeit gebessert, und auch der Auftragsbestand ist gestiegen. — Der Preiskampf am Röhrenmarkt ist in vollem Gange, da die Syndizierungsbestrebungen jetzt so gut wie aussichtslos geworden sind. — Die Schweißeisenwerke haben den Grundpreis für das zweite Quartal unverändert gelassen, und auch bei den übrigen Halb- und Fertigfabrikaten sind Preisänderungen von Belang nicht zu verzeichnen. — Eine englische Bahn hat, ein Vorgang, der aus verschiedenen Gründen recht interessant ist, zehn Lokomotiven bei Borsig bestellt.

Der **deutsche Außenhandel in Eisen und Eisenwaren** zeigt im Januar (einzelne Februarziffern siehe an anderer Stelle) wieder einen beträchtlichen Rückgang der Ausfuhr. Immerhin übersteigt der Ausfuhrwert noch immer 105 Mill. M. Gegenüber dem Dezember ist vor allem der Schienen-, Blech-, Halbzeug- und Röhrenversand, gegenüber dem Vorjahre eigentlich nur der Träger- und Röhrenversand zurückgegangen. Dagegen zeigt z. B. der Stabeisenexport ein wesentliches Plus. Bei einzelnen wichtigeren Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
November	11179,5	12857,4	1004,5	778,2	103,2	56,9	57,3	63,6
Dezember	17055,7	13125,4	1213 5	1255,3	104,4	26,8	50,2	59,3
Januar	11960,1	10188,1	741,8	675,3	22,4	9,3	87,1	12,1

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
Novemb.	80483.0	54817,8	57127,8	66455,8	42569,1	38604,2	38991,8	28992.2
Dezemb.	85948.5	51942,7	81436,1	63969,3	47953,0	43823,5	47662,7	25399,9
Januar	78831,3	49436,1	56888,4	55647,2	26468,2	32577,3	35927,5	25109,2

Digitized by Google

Was den englischen Eisenmarkt angeht, so mußten trotz weiteren Abnehmens der Läger die Warrantkurse wieder nicht unerheblich nachgeben. Nr. 3 M'bro Warrants notierten per Kassa in Glasgow (per tons):

2. Februar	7. Februar	13. Februar	20. Februar	26. Februar
51 sh 4 d	51 sh 4 d	51 sh 0½ d	50 sh 11½ d	50 sh 5½ d

Am belgischen Eisenmarkt sind im Februar eine Reihe kleinerer Preiserhöhungen vorgenommen worden, die sich ziemlich gleichmäßig auf In- und Ausland verteilen. Gegen Ende des Monats kam im Exportgeschäft die Steigerung, angeblich wegen verschärften deutschen Wettbewerbes, zum Stehen. — Im Gegensatz zu Belgien wurden in Frankreich weitere Preisermäßigungen für einzelne Halb- und Fertigfabrikate vorgenommen. — Das österreichische Eisenkartell hat als Abwehrmaßnahme gegen deutsche Importe die Röhrenpreise erheblich herabgesetzt. — Die Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt lauten weiter etwas freundlicher.

Am **deutschen Kohlenmarkt** hat der Februar eine weitere Abschwächung gebracht. Im Ruhrrevier namentlich werden die Feierschichten häufiger, aber auch in Oberschlesien hat sich die Kohlenkonvention zu einer Förderungseinschränkung (um 8½ %) verstehen müssen. — In den Erneuerungsverhandlungen beim **Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat** ist wieder eine der üblichen Stockungen eingetreten, und zwar wegen der Hüttenzechenfrage. Emil Kirdorf hat in der letzten Sitzung die Leitung der Verhandlungen niedergelegt, man wird aber trotzdem ihre baldige Wiederaufnahme, möglicherweise sogar unter Kirdorfs Vorsitz, erwarten dürfen. Es ist dem Kohlensyndikat gelungen, einen großen Posten, angeblich über 1 Mill. t, mit der Aussicht auf weitere Aufträge, bei englischen Gasanstalten unterzubringen. In der letzten Sitzung wurden die Umlagen für das erste Vierteljahr, und die Einschränkungen für den März in bisheriger Höhe festgesetzt. — Der Bericht über den Januar erklärt, daß dieser ungünstiger als der Vormonat verlaufen sei; es sind nur 83,24 % der Beteiligung gegen 87,39 % im Dezember abgesetzt worden. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug (in 1000 t):

	1911/12		1912/13		1913/14	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
November	6 156,6	255,2	5 890,5	244,2	6 036,5	261,0
Dezember	5 957,9	257,6	6 658,0	277,4	6 183,2	256,3
Januar	6 276,8	247,4	7 379,7	293,7	6 154,1	244,9

Der Koks- und Brikettversand betrug (in 1000 t):

	1911/12				1912/13				1913/14			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Nov.	1552,9	51,8	338,3	14,0	1689,0	56,3	333,9	13,8	1508,4	50,3	340,9	14,7
Dez.	1612,1	52,0	322,5	13,9	1902,2	61,4	366,4	15,3	1618,1	52,2	329,6	13,7
Jan.	1656,7	53,4	333,1	13,1	1985,5	64,1	401,6	16,0	1642,0	53,0	344,1	13,7

Digitized by Google

Deutschlands Kohlengewinnung bewegte sich infolge der ständig steigenden Kapazität der Zechen, trotz der vorerwähnten Einschränkungen, auch im Januar (Februarziffern fehlen noch) auf recht hoher Stufe; ja die Ziffern übertreffen sogar teilweise die vorjährigen. Für Stein- und Braunkohle lauten die Förderziffern (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14
November .	13 838,8	14 805,4	15 329,6	6 788,1	7 558,6	7 417,9
Dezember .	13 433,4	14 864,4	15 599,7	6 402,8	7 111,5	7 448,6
Januar . .	14 565,6	16 536,1	16 191,8	6 865,2	7 735,6	7 998,5

Im **Außenhandel mit Kohle** hat der Januar (provisorische Februarziffern siehe an anderer Stelle) für Steinkohle erneut eine recht beträchtliche Ausfuhr gebracht, während der Koksexport wesentlich nachgelassen hat. Bei Steinkohle betrugen (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14
November . .	946,1	1 002,3	910,4	2 560,6	2 551,8	2 879,8
Dezember . . .	955,6	899,5	790,2	2 606,1	2 867,5	3 022,5
Januar	759,5	663,3	715,9	2 452,7	2 386,2	2 818,0

Das rheinische Braunkohlensyndikat hat für 1914/15 teilweise die Händlerrabatte etwas erhöht und in den bestrittenen Gebieten die Preise herabgesetzt, seine Forderungen im übrigen aber unverändert gelassen. Dagegen sind im mitteldeutschen Bezirke die Presie weiter gewichen. — Das belgische Kokssyndikat hat, entgegen der Erwartung, die Preise für das zweite Quartal unverändert gelassen. — Der englische Kohlenmarkt zeigte den größten Teil des Monats ziemlich feste Haltung, nur Dampfkohlen gaben gegen Ende des Monats etwas nach. Auch Koks hat sich weiter verbilligt. — In der Union konnten die Kokspreise wieder erhöht werden, jedoch ging Ende des Monats ein Teil der Steigerung verloren.

Die seit so langem angekündigte Novelle zum **Reichskaligesetze** ist auch im Februar noch nicht veröffentlicht worden. Die Selbsthilfe-Aktion der Industrie hat gewisse Fortschritte gemacht; in der letzten Sitzung des Syndikates wurden 10 Mill. Mark zum Zwecke der Stillegung von Schächten und der Erwerbung von Feldern bewilligt. Auch die Verlängerung des Syndikates ist prinzipiell genehmigt worden. Der Absatz hat sich im Februar etwas gebessert. Die Ausfuhrziffern bis Ende Januar lauten (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr		Davon nach den Vereinigten Staaten	
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
November . .	113,9	220,7	57,3	129,4
Dezember . .	155,0	216,6	93,7	123,5
Januar . . .	172,4	133,6	80,3	74,8

Digitized by Google

An den **Weltgetreidemärkten** brachte der Februar fast durchweg leichte Preisbesserungen, deren Begründung einesteils in dem auffallenden Versagen Rußlands als Exportland, anderenteils in den ungünstigen Ernteergebnissen Indiens zu suchen ist. Auch die Nachrichten aus Argentinien lauten weniger befriedigend. — Die seit langem angestrebte Bildung eines Kartelles der deutschen Zuckerraffinerien hat im Februar zur Gründung eines Verbandes geführt, dem aber nicht alle Raffineure angehören. Es handelt sich vorläufig um ein reines Konditionenkartell. Die Preise haben sich im Februar nur ganz unwesentlich geändert. — Dagegen mußten die Notierungen für Kaffee erneut ziemlich kräftig nachgeben, weil die Zufuhren in den brasilianischen Häfen über Erwarten groß waren. — Tee und Kakao sind erneut im Preise gestiegen.

Vom Markte der **Textilrohstoffe** ist vor allem Wolle zu erwähnen. Infolge unbefriedigender Schurergebnisse sind die Preise weiter in die Höhe gegangen; sie bewegen sich jetzt auf einer selten erreichten Höhe. — Baumwolle ist bei stillem Geschäfte etwas zurückgegangen, Jute eine Kleinigkeit gestiegen. Flachs und Hanf zeigen Preisrückgänge.

Die Stimmung an den **Metallmärkten** ist im Februar wenig günstig gewesen. Die Notierungen ziemlich aller Metalle mußten erneut nachgeben. Das ist bei Kupfer in den Standardpreisen weniger bemerkbar, als in den Forderungen für Elektroware, während bei Zinn fast die ganze große Preisaufbesserung des Januar wieder verloren gegangen ist. Auch Blei, Zink und Antimon haben leicht nachgegeben. Dagegen konnte sich der Silberpreis ziemlich behaupten, obwohl das Syndikat, das seinerzeit zur Uebernahme der Bestände der Indian Specie Bank gebildet wurde, mit Verkäufen fortfuhr.

Eine ziemlich kräftige Erholung erfuhren die Salpeterpreise. — Neue beträchtliche Preissteigerungen erfuhren auch Häute. — Innerhalb der deutschen Diamantenregie ist jetzt nach einem Rückzuge der Regierung Friede geschlossen und die neue Submission ausgeschrieben worden. Es wird dieses Mal nur eine halbe Million (voriges Mal 1 Million) Karat zum Verkauf gestellt, dem Käufer jedoch eine Option auf das gleiche Quantum eingeräumt. — Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	28. Febr. 13	2. Jan. 14	2. Febr. 14	10. Febr. 14	20. Febr. 14	28. Febr. 14
Weizen (Berlin) .	208,50	195,75	195,25	196,50	204,—	202,50
do. (New York)	98,—	98 3/8	97	97 1/4	97 3/8	97 1/2
Roggen (Berlin) .	172,25	162,50	162,—	160,—	161.50	161.25
Mais (New York)	57 1/2	72,—	69 1/8 *)	68 7/8 *)	69 3/8 *)	69 7/8
Baumwolle (Brem.)	64,—	65,—	64 1/4	63.75	68,— **)	68,— **)
do. (New York)	12,70	12,50	12,75	12,55	13,—	13,05

*) Für ankommende Ware.
**) Fully Middling.

Digitized by Google

	28. Febr. 13	2. Jan. 14	2. Febr. 14	10. Febr. 14	20. Febr. 14	28. Febr. 14
Wolle(Antwerpen)	6,05	6,02	6,22	6 25	6,32	—
Zucker (Magdeb.)	9,50	8,87	8,95	8,90	8,85	8,85
Kaffee (Hamb.) .	62,—	51 1/4	50 3/4	52 1/2	50 1/2	49 3/4
Salpeter (Hamb.)	11,97 1/8	10,10	10,07 1/2	10,22 1/2	10,47 1/2	10,55
Schmalz (Chicago)	10,82	11,02	11,20	11.07	10 95	10,72
Silber (London) .	27 1/16	26 7/16	26 11/16	26 9/16	26 9/16	26 5/8
Kupfer (London) .	65,—	64 1/2	66 5/8	65 7/8	64 7/8	64 1/4
Zinn (London) . .	220,—	168 1/4	187 3/4	184 1/2	180,—	173 1/2
Zink (London) . .	24 3/4	21 5/8	21 1/2	21 3/8	21 1/2	21 1/2
Blei (London) . .	16 1/4	18 1/4	20 1/8	19 1/2	19 3/8	19 5/8

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Mais, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per 1/2 kg mit 1 1/4 % Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn, 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2 1/2 %.

Dem erfreulichen Auftakte, den der Januar für alle **Weltbörsen** gebildet hatte, ist im Februar eine entsprechende Fortsetzung nicht gefolgt. Ohne daß man von einem ausgesprochenen Umschwunge zu reden berechtigt wäre, haben doch die Umsätze und die Stimmung in gleicher Weise nachgelassen. Diejenige Börse, an der die Unlust sich am deutlichsten ausprägte, war auch dieses Mal wieder New York, wo namentlich infolge der andauernden mexikanischen Wirren sich eine größere Belebung nicht durchzusetzen vermochte. — Auch der Londoner und der Pariser Markt waren von Sorgen nichts weniger als frei, was sich in London vor allem in andauernden Emissionsmißerfolgen zeigt. Paris leidet besonders unter der Zuspitzung der Verhältnisse in Südamerika, dessen Anleihen und Industriewerte in hohem Maße nach Frankreich gewandert sind; eine große Anzahl kleiner Bankiers und Kulissehäuser soll ihren Verpflichtungen nur mit Mühe oder gar nicht nachkommen.

Die **Berliner Börse** zeigte im großen ganzen ein günstigeres Bild als die Auslandsmärkte, aber von einer festen Tendenz, wie sie der Januar gezeigt, konnte man nur in den ersten Tagen des Monats sprechen. Ziemlich rasch trat dann eine Reaktion ein, die ihren Ausgang von einigen Dividendenenttäuschungen am Kassamarkte nahm. Daneben wirkte aber auch die Beobachtung, daß die Belebung in der Industrie nicht mit dem erwarteten Nachdruck eintrat, ernüchternd. So stehen denn die letzten zwei Drittel des Monats in ziemlich deutlichem Gegensatze zu seinem Beginn, der, wie erwähnt, noch eine Fortsetzung der Januarhausse gebracht hatte. Von den Ultimomärkten stand der Schiffahrtsmarkt im Vordergrunde des Interesses. Schon die Nachricht, daß die Holland-Amerikalinie versuchen wollte, in dem Schiffahrtskonflikte zu vermitteln,

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1913		1914					
	1. Febr.	28. Febr.	2. Jan.	2. Febr.	7. Febr.	14. Febr.	21. Febr.	28. Febr.
3 % Reichsanleihe	77,80	76,75	76,10	78,90	78,30	78,20	78,00	78,10
4½ % Japaner	91,50	91,20	90,50	92,75	92,10	92,50	91,75	91,90
4 % Russen v. 02	90,75	90,40	90,60	92,30	91,70	91,40	91,50	91,10
3 % Portugiesen	66,40	66,40	63,80	65,00	65,50	64,90	64,70	65,25
5 % Chin. Anleihe	99,90	99,75	97,50	99,80	99,40	99,30	99,10	99,00
Türk. Anl. v. 03	—	—	86,00	86,10	85,80	86,00	87,00	86,25
Türken-Lose	159,75	157,50	169,50	172,00	169,25	169,00	168,50	169,75
Disconto-Com.-Ant.	190,00	190,60	186,90	195,25	195,00	195,50	197,25	197,20
Oesterr. Kredit-Akt.	—	—	202.50	207,50	208,25	206,75	205,50	206,40
Berl. Handels-Ges.	168,60	168,10	155,90	165,30	165,40	163,00	162,75	162,50
Darmstädter Bank	122,75	123,75	115,90	122.60	123,40	123,50	123,00	123,25
Deutsche Bank	256,25	256,40	249,00	258,75	259,00	259,90	260,00	259,00
Dresdner Bank	157,25	156,00	151,80	158,60	158,80	157,90	158,25	158,00
Nationalbank	122,75	122,60	116,90	119,80	120,00	118,10	117,25	117,25
A. Schaaffh. Bankv.	117,25	114,25	101,25	106,80	105,25	104,25	105,25	106,00
Comm.-u.Disc.-Bank	114,20	113,75	107,30	111,50	111,60	111,75	112,25	113,30
Wiener Bankverein	133,10	—	134 50	140,00	140,25	140,75	140,10	140,50
Azow Don-Commerz	—	—	238,00	246,50	246,25	245,90	243,00	245,75
Russ. B. f. ausw. H.	158,50	158,50	156,70	168,50	171,50	172,75	170,75	174,40
Petersb.Int.Hand.-B.	207,60	211,50	201,50	213,00	213.10	209,75	208,90	210,40
Franzosen	—	—	155,25	157,10	156,25	157,00	157,00	156,25
Lombarden	23,00	24,00	22,10	22,40	22,90	22,70	22,10	22,50
Ital. Meridionalbahn	113,60	—	108,75	—	107,50	107,00	108,25	—
Anatolische Eisenb.	—	112,75	116,50	115,00	115,30	115,90	117,00	116,25
Orientbahn	171,50	—	200,00	196,25	199,25	199,00	197,50	199,50
Prince Henri	161,00	161,00	157,75	161,00	161,40	161,75	161,25	161,75
Schantungeisenbahn	132,00	128.40	128,75					
Baltimore	105,75	—	92,90	99,25	97,10	96,00	96,00	94,50
Canada	258,90	232,75	214,75	221,50	218,00	216,50	215,50	214,50
Pennsylvania	121,10	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck-Büchener	181,25	179,00	180,75	185,50	184,75	184,25	185,50	185,00
Gr. Berl. Straßenb.	176,30	174,50	163,50	165,25	163,00	162,50	161,10	161,30
Electr. Hochbahn	131,25	130,00	137,90	138,75	137,90	137,50	136,75	137,50
Dynamite Trust	179,50	176,90	173,25	182,90	181,00	180 00	179,80	178.90
Norddeutsch. Lloyd	118,75	120,60	117,40	118,00	122,00	126.40	125,50	126,60
Hamb.-Am. Packetf.	152,90	151,10	134,00	137,60	141,80	143,90	143,30	144.40
Hansa Dampfschiff.	301,30	303,90	271,50	293,00	293,50	296,25	296.50	298,80
Dt. Austral. Dampf.	197,25	195,10	187,75	194.40	195,50	193,00	191,00	193,90
Hamb.Südam. „	189,30	192,40	167,60	177,40	178,50	178,00	179,00	183,50
Bochum. Gußstahl	217,10	214,90	210,00	226,40	227,10	226,50	225,90	226.00
Laurahütte	174,00	175,25	125,25	166,25	165,30	165,50	162,50	162.75
Harpener	196,00	191,75	174,00	186,70	188,00	189,10	187,50	188,90
Gelsenkirchen. Bgw.	197,10	195,50	185,00	195,60	196,00	195,00	193 10	196,00
Dt.-Luxemb. Bergw.	166,00	162,00	133,50	144,40	147,00	144,50	142,60	144,50
Aumetz-Friede	178,00	175,50	157.80	173 00	168,25	168,40	167,40	168,60
Rhein. Stahlwerke	168,90	166.00	152,75	167,25	165,00	163,60	161,25	164.00
Hohenlohewerke	175,50	174,00	133,50	127,50	130,50	130,00	127,90	124,90
Phönix	262,80	257,50	235,60	245,60	245,25	244,40	243,60	244 80
Rombacher Hütten	163,80	162,40	150.00	163,25	162,50	162,50	162 25	165,00
Allg. Elektr.-Ges.	241,25	234,90	236,60	247.10	248,00	248,10	249,60	250,00
Siemens & Halske	218,00	213,50	220,00	222,75	221,50	220,50	220,0'	221,00
Schuckert Electr.	147,00	143,50	151,90	152,90	153,50	152,50	152,30	153,00
Electr. Licht u. Kraft	128.50	126.50	129,75	131,10	132,60	132,00	131,90	131,00
Ges. f. Electr. Untern.	171,00	169,00	164,00	170,10	170,80	170 60	171,00	171,00
Dt. Uebersee Elektr.	162,60	160,70	167,00	178,25	179,00	179,75	177,75	173.00
Bk. f. Electr. Untern.	188,00	187,50	185,00	191,25	191,70	193,25	194,25	194,90
Oberschles. Eisb.-B.	103,10	102,00	89,90	75,80	74,10	72,50	71,10	71,25
Orenstein & Koppel	204,75	204,10	167,00	178,50	177,30	175,90	181,30	181,75
Oberschles. Eis.-Ind.	183,50	84,30	62,00	75,80	74,10	72,50	71,10	71,25
South-West Africa	27,25	127,10	115,00	125,10	121,50	121,50	119,10	118,75

Digitized by Google

hatte stimulierend gewirkt; der Friedensschluß zwischen den deutschen Linien aber gab den Anlaß zu einer sehr kräftigen Aufwärtsbewegung, die bis zum Schlusse des Monats vorhielt. — Auch der Bankaktienmarkt zeigte zeitweilig lebhafteres Geschäft. Die Dividendenenttäuschung bei der Nationalbank gab zwar zunächst den Anlaß zu Kursrückgängen, doch weckte gegen Ende des Monats die Nachricht von der Aufnahme der Bergisch-Märkischen Bank durch die Deutsche und von einer bevorstehenden Kapitalserhöhung bei der letzteren und einigen anderen Großbanken (z. B. Disconto-Gesellschaft) wieder einige Kauflust. Verhältnismäßig wenig Anregungen erfuhr der Montanmarkt. Trotzdem hatte auch er hier und da lebhafteres Geschäft aufzuweisen, namentlich in Kattowitzer Bergbau-Aktien. Die Enttäuschung bei der zuletzt genannten Gesellschaft durch die Ankündigung eines Dividendenrückganges fällt erst in den März. Von Bahnwerten vermochten eigentlich nur Schantungbahn das Interesse der Spekulation zu fesseln. Die amerikanischen Werte, auch Kanada, gaben im Einklang mit New York weiter nach. Am Rentenmarkte ist das Geschäft wieder wesentlich ruhiger geworden, und kleine Kursbesserungen wechselten mit ebenso unbeträchtlichen Rückgängen ab. Die mexikanischen Renten konnten sich zum Teil weiter erholen. — Der Kassamarkt ließ eine einheitliche Tendenz vermissen. Zu Beginn des Monats wurde mit der Motivierung, der Kurs einzelner Aktien sei zurückgeblieben, noch ziemlich viel gekauft, dann verdarben verschiedene Dividendenenttäuschungen (Ilse, Didier, Thale usw.) die Stimmung. Immerhin fehlte es auch nicht an beachtenswerten Kurssteigerungen, von denen Auer, Badische Anilin und Scholten erwähnt seien. Auch für einzelne Maschinen-, Jute- und Webereiaktien zeigte sich gelegentlich Interesse. Sehr lebhaft ging es an einzelnen Tagen am Markte der Kaliwerte her. Hier waren die Umsätze und teilweise auch die Kurssteigerungen so groß, wie seit vielen Jahren nicht.

Die Ziffern der Börsensteuern liegen erst bis Ende Januar vor. Die Steigerung des Schlußscheinstempels ist nicht ganz so groß, wie man der Lebhaftigkeit der Börse nach erwartet hätte. Im einzelnen erbrachten (in 1000 M.):

	Schlußscheinstempel.			
	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
November	1 903,4	1 948.8	1 745,8	1 130,1
Dezember	1 260,6	1 988,2	1 354,5	1 099,1
Januar	2 214,8	2 277,2	1 665,7	1 665,1
	Effektenstempel.			
	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
November	3 171,0	3 015,4	4 184,5	5 596,1
Dezember	3 497,6	3 649,4	4 562,5	4 521,1
Januar	5 112,1	5 284,1	5 619,4	5 811,4

Digitized by Google

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im Februar.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
Schantung-Eisenbahn . .	141,90	132,80	141,90	Kapitalserhöhung
Barm. Elberf.	129,00	119,50	129,00	
Hamb. Amerik. Paketf. .	144,90	137,60	144,40	Pool-Einigung
Sibir. Handelsb.	246,75	236,00	245,25	Steig. russ. Bankenwerte
Dortm. Aktienbr.	393,00	378,00	393,00	
Arenberg-Bergb.	424,90	413,00	424,00	
Bad. Anilin	648,50	590,80	648,50	Kapitalerhöhung
Braunschw. Jute-Spinnerei	243,00	220,25	243,00	
Busch Waggon	308,00	281,00	308,00	Guter Geschäftsgang
Deutsch. Gasglühl. (Auer)	605,00	546,10	605,00	
Dtsch. Kaliwerke	143,00	127,00	143,00	Bessere Aussichten
„ Spiegelglas . . .	328,00	308,25	309,25	Dividendenreduktion
Donnersmarck	408,00	380,00	401,00	
Harburg. Eisen	207,00	159,00	206,00	Gute Beschäftigung
Niederlaus. Kohlen . . .	225,00	201,75	222,50	Spekulative Käufe
Scholten	330,00	285,00	330,00	Guter Geschäftsgang
Stettiner Chamotte . . .	160,00	137,00	141,50	Ungünst. Prozeß-Ausg.
Stöwer	165,00	139,10	160,90	Weniger pessim. Abschlußerwartungen
Ver. chem. Fabr. Zeitz .	133,50	104,00	108,75	Reaktion auf Hausse

Am **internationalen Geldmarkt** hat die Geldflüssigkeit, die im Januar so plötzlich zum Durchbruch gekommen war, sich zwar nicht in gleich schnellem Tempo weiter fortgesetzt, aber sie hat doch allenthalben angehalten und sich an den meisten Märkten auch noch etwas verstärkt. Das ist um so beachtenswerter, als am französischen und auch am deutschen Markt die ersten der so lange erwarteten Staatsanleihen jetzt zum öffentlichen Angebot gekommen sind. Die Tatsache, daß die große Russische Eisenbahn-Anleihe, die Preußische Tilgungsanleihe, die Ungarische Anleihe usw. so gut wie eindruckslos am Geldmarkt vorübergegangen sind, deutet nicht nur darauf hin, daß sich jetzt allenthalben wieder Kapitalien zeigen, die sich während der Balkanwirren versteckt gehalten haben, sondern auch, daß der größere Teil der Anleihegelder sofort an den Geldmarkt zurückfließt, dem die Staaten (abgesehen von Preußen) schon seit langem verschuldet sind. Die Geringfügigkeit des industriellen Geldbedarfs und die Vorsicht, die allenthalben bei neuen Kreditgewährungen geübt wird, sind ebenfalls nicht ohne Einfluß auf den Geldmarkt.

Am Londoner Geldmarkt hat eigentlich nur die erste Monatshälfte im Zeichen einer ausgesprochenen Geldflüssigkeit gestanden. Späterhin wirkten die Steuerzahlungen, die im Februar ihren Höhepunkt erreichen, sowie die starken Ansprüche, die namentlich die englischen Kolonien an den Markt stellten und die zu starken Goldexporten führten, leicht zinserhöhend.

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.

Digitized by Google

Immerhin überstieg der Privatdiskont niemals den Satz von 2½ %. Er notierte:

2. Febr.	9. Febr.	16. Febr.	23. Febr.	28. Febr.	höchst	niedrigst
1⅞	1⅞	2	2 7/16	2⅜	2½	1 13/16

im Durchschnitt 2,12 gegen 3,26 im Januar.

Bei der Bank von England hat sich die im Februar oft zu beobachtende Metamorphose, nämlich das Abnehmen der Privatdepositen und das entsprechende Anschwellen der durch die Steuereingänge verstärkten Staatsgelder, diesmal deutlicher vollzogen als in den vorhergehenden Jahren. Auf ihren Status ist das ohne Einfluß geblieben, und da die Bank in Anbetracht der Spannung zwischen ihrem Diskontsatze (3 %) und den Sätzen des offenen Marktes nicht besonders stark in Anspruch genommen wurde, so blieb sie bis zum Monatsende in guter Verfassung. Von ihrem außerordentlich hohen Metallbestand mußte sie allerdings einiges hergeben; die Ziffern der äußeren Goldbewegung lauten infolge starker Entziehungen (namentlich für ägyptische und indische Rechnung, aber auch für Südamerika, Holland und Frankreich) zuungunsten der Bank, und zwar (in 1000 £):

Eingang:		davon aus:		Ausgang:	davon nach:		Saldo
2.— 7. Febr.	139	Australien	100	722	Indien	502	— 583
					Egypten	200	
9.—14. „	—			525	Egypten	350	— 525
					Indien	125	
					Frankreich	25	
16.—21. „	180			842	Monte Video	402	— 662
					Straits Settlements	180	
					Egypten	100	
					Holland	50	
23.—28. „	50			100	S.-Amerika	50	— 50
	369			2189			—1820

Der Rest Barren (größtenteils Kap- und Austral. Gold)

Der Londoner Clearing-Verkehr (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im Februar 1914 im Vergleich mit den Parallelwochen der Vorjahre folgende Ziffern auf (in 1000 £):

1912		1913		1914	
1. 2.— 7. 2.	310 819	30. 1.— 5. 2.	386 181	29. 1.— 4. 2.	442 414
8. 2.—14. 2.	284 881	6. 2.—12. 2.	291 581	5. 2.—11. 2.	322 789
15. 2.—21. 2.	324 556	13. 2.—19. 2.	345 427	12. 2.—18. 2.	406 379
22. 2.—28. 2.	275 392	20. 2.—26. 2.	279 149	19. 2.—25. 2.	298 712
1. 2.—28. 2.	1 195 648	30. 1.—26. 2.	1 302 338	29. 1.—25. 2.	1 470 294
1. 1.—30. 1.	1 419 504	1. 1.—29. 1	1 337 255	1. 1.—28. 1.	1 294 116
1. 1.—28. 2.	2 615 152	1. 1.—26. 2.	2 639 593	1. 1.—25. 2.	2 764 410

Am Pariser Geldmarkt, der im Januar nur zögernd der allgemeinen Zinserleichterung gefolgt war, machte die Verbilligung des Geldes im Februar um so größere Fortschritte, trotz der Uebernahme mehrerer Fremdanleihen und der Hergabe großer

Digitized by Google

Posten Pensionsgelder, die speziell nach Rußland, aber u. a. auch nach Deutschland gingen. Das Bankensyndikat, das den offiziellen Zins straff reguliert, mußte zweimal Ermäßigungen des Privatdiskonts vornehmen. Dieser notierte:

2. Febr.	9. Febr.	16. Febr.	23. Febr.	28. Febr.	höchst	niedrigst
3 1/4	3	2 3/4	2 3/4	2 3/4	3 1/4	2 3/4

im Durchschnitt 2,92 gegen 3,55 im Januar.

Die Bank von Frankreich ist auch im Februar noch ziemlich stark in Anspruch genommen worden, namentlich auf Lombardkonto. Sie hat daher keine weitere Ermäßigung ihrer Zinssätze eintreten lassen. Die fortgesetzten Goldkäufe, welche die Bank in London und New York vornehmen läßt, beginnen nachgerade die internationale Aufmerksamkeit zu erregen. Im Februar hat sie wieder eine Goldzunahme von 50 Mill. Fr. zu verzeichnen.

Auch am Wiener Geldmarkt hat die Zinserleichterung weitere Fortschritte gemacht, und die Oesterreichisch-Ungarische Bank (deren Diskontermäßigung auf 4½ % übrigens erst am 4. Februar, nicht im Januar, stattgefunden hat) ist wiederum etwas weniger in Anspruch genommen worden als im Vormonat. Vor allem aber hat die österreichische Valuta jetzt wieder ihren normalen Stand eingenommen; ob für die Dauer, wird sich erst zeigen, wenn die starken Geldüberweisungen à conto der neuen Ungarischen Anleihe beendet sein werden. Der Privatdiskont notierte:

3. Febr.	9. Febr.	16. Febr.	23. Febr.	28. Febr.	höchst	niedrigst
4 3/16	3 7/8	3 5/8	3 1/16	3 1/2	4 3/16	3 1/16

im Durchschnitt 3,64 gegen 4,52 im Januar.

In New York ist das Geld im Februar unverändert flüssig geblieben. Tägliches Geld notierte durchschnittlich 2 %, Dreimonatswechsel 3 %. Die Ausweise der New York Associated Banks lauten (in Mill. $):

	24. Jan.	31. Jan.	7. Febr.	14. Febr.
Darlehen	1 431,5	1 450,4	1 449,2	1 452,6
Depositen	1 490,0	1 519,1	1 507,0	1 520,0
Barbestand und Legal-Tenders	409,1	417,8	408,1	416,4
Gesetzlicher Mindestbarbestand	372,5	379,8	376,7	380,2
Reserve	36,6	38,0	31,4	36,2

Die Ausweise der dem New-Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	24. Jan.	31. Jan.	7. Febr.	14. Febr.
Darlehen	554,6	558,8	567,0	580,9
Depositen	411,2	413,4	408,2	397,6
Depositen bei den Assoc.-Bks.	69,2	77,5	91,2	94,3
Barbestand und Legal-Tenders	63,2	63,8	69,9	61,2

Nachstehend die Hauptziffern aus den Februar-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken (vgl. auch am Schluß des Heftes).

Digitized by Google

Februar-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. II.	1277,6	310,2	—	786,9	56,3		768,6	1919,2	331.4
15. „	1309,3	320 1	—	787,1	62.2		907,9	1825,7	196,3
23. „	1337,3	330,5	—	800,4	58,6		1036,7	1734,7	66,9
28. „	1292,6	318,9	—	879,7	120,9		905,0	1954,0	342,5
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
4. II.		43,4	—	47,2		10,7	51,8	28,4	—
11. „		43,2	—	47,3		12,4	50,2	28,1	—
18. „		42,5	—	48,4		17,2	46,0	28,1	—
25. „		42,7	—	49,2		20,6	43,4	28,2	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
5. II.	3548,8	650,5	14,4[4])	1523,2	1009,0[1])	145,5	712,4	6028,8	1815,1
12. „	3572,4	649,5	13,1[4])	1481,5	989,5[1])	212,0	695,1	5845,0	1610,0
19. „	3588,4	647,5	12,0[4])	1491,3	987,7[1])	200,4	763,8	5800,0	1552,1
26. „	3598,3	646,0	10,4[4])	1491,6	984,2[1])	200,0	830,1	5763,5	1508,8
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. II.	1247,0	280,9	60,0	724,9	583,7[2])		268,2	2205,3	617,4
15. „	1247,3	285,0	60,0	648,0	556,9[2])		231,2	2142,9	550,6
23. „	1248,1	288,4	60,0	605,7	532,9[2])		239,9	2074,2	477,7
28. „	1247,7	287,9	60,0	706,8	534,8[2])		170,9	2253,9	658,3
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23. I./5. II.	1525,7	65,7	167,1	562,9	470,7	648,0	571,7	1643,3	—
1./14. „	1532,2	67,4	165,1	566,9	472,1	664,1	572,6	1621,3	—
8./21. „	1541,8	68,2	161,9	555,7	467,7	669,9	579,7	1619,0	—
16. II./1. III.	1545,8	68,4	160,6	529,5	441 8	602,5	574,7	1619,8	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finnländisch])									
31. I.		59,0[3])	2,2	71,4[4])	74,4	30,7	21,1	110,3	—
7. II.		58,9[3])	2,2	71,3[4])	73,7	31,0	21,3	109,7	—
14. „		59,0[3])	2,2	71,1[4])	75,2	30,8	21,4	110,5	—
23. „		59,0[3])	2,2	71,5[4])	75,0	30,4	22,1	109,8	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. I.	1108,5	95,6	85,6[4])	796,0[5])		51,7	202,9	1679.2	389,5
31. „	1108,4	95,6	85,7[4])	795,1[5])		117,0	197,8	1677,2	387,5
10. II.	1108,3	97,0	84,5[4])	746,5[5])		86,9	188,7	1632,4	342,6
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
7. II.	486.1	719,1[8])	183.6	346,4	529,2[7])	114,1	470,2	1938,2	549,4
14. „	487,8	719,7[8])	184,8	338,7	527,4[7])	125 9	478,9	1932,6	540,3
21. „	490,3	723,5[8])	174,8	336,9	523.1[7])	112,2	479,7	1918,1	529,5
28. „	491,5	726,6[8])	177,0	339,7	526,4[7])	112,9	470,5	1916,9	521,8
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[18])									
3. XII.	7,518	8,969[8])	—	23,151	71,693	2,581	7,592	85,842	69,355
10. „	7,527	8,958[8])	—	22,937	72,091	2,682	7.040	86,441	69,956
17. „	7,527	8,993[8])	—	23,060	71,759	2,737	7,106	86,085	69,565
24. „	7,531	8,926[8])	—	23,123	71,974	2,530	7,212	86,325	69,868
7. I.	7,534	8,860[8])	—	24,205	69,239	2,648	4,056	87,717	71,323
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
7. II.	151,5	9,9	14,3[4])	61.2	92,9[9])	—	4,1	304,5	128,8
14. „	152,9	9.9	14.7[4])	59 3	88.1[9])	—	3,3	300,0	122,5
21. „	156,3	10,4	14,9[4])	59.8	80.3[9])	—	4,0	295,9	114,3
28. „	157,6	10,1	17,7[4])	62,7	83,6[9])	—	3,4	305,9	120,5

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
5. II.	249,9	58,8	151,7[4])	576,0[9])	64,9	29,8	95,2	994,2	533,8
12. „	250,4	56,9	131,4[4])	567,9[9])	66,8	13,9	84,8	992,6	553,9
19. „	250,4	65 8	133,7[4])	578,8[9])	63,1	35,3	96,9	976,9	527,0
26. „	250,4	58,0	132,5[4])	585,7[9])	56,4	26,6	85,3	988,8	547,9
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. II.	170,4	21,4	—[17])	99,5	19,9	49,5		266,0	74,2
14. „	170,7	21,6	—[17])	95,5	18.2	51,8		256,5	64,2
23. „	170,4	21,7	—[17])	91,4	18,0	55,1		249,8	57,7
28. „	170,0	19,7	—[17])	93,4	18,5	36,6		270,4	80,7
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
7. II.	103,7		101,6	112.2		77,0		204,4	—
14. „	104,3		104,7	107,2		76,4		204,2	—
21. „	104,3		107,6	99,6		76,4		198.9	—
28. „	104,3		108,9	105,3		67,0		213,9	0,7
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
7. II.	46,5		56,8[4])	67,5		11,0		97,8	—
16. „	45,6		59,1[4])	66,1		10,0		97,2	—
23. „	45,9		57,6[4])	64,8		11,4		97,3	—
28. „	45,3		59,1[4])	67,2		10,8		101,5	—
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
31. I.	76,2		31,1[4])	27,4[10])	35,4[10])	5,6		140,6	33,3
28. II.	77,9		29,8[4])	29,7[10])	33,7[10])	4,3		143,9	36,2
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
15./28. I.	54,9	4,8	4,1	8,9	41,1[11])	1,5		100,7	36,9
22. I./4. II.	56,0	4,8	4,1	8,8	38,2[11])	1,6		99,2	34,3
31. I./13. „	61,5	5,3	5,5	8,8	32.3[11])	1,3		100,2	27,9
8./21. „	65,7	5,4	5,3	8,8	31,7[11])	7,1		98,8	22,4
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
21. XII./3. I.	151,7	1,3	56,6	207,8	47,1[12])	—[13])		439,8	230,2
4. I./7. I.	151,4	1,3	56,6	199,1	41,5[12])	—[13])		426,0	216,7
11./24. „	151,3	1,4	56,6	193,8	42,6[12])	—[13])		421,4	212,1
18./31. „	151,1	1,4	56,6	188,9	39,4[12])	—[13])		412,7	203,6
25. I./7. II.	151,0	1,5	56,6	184,3	45,1[12])	—[13])		414,0	204,9
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
7./20. XII.	55,4	23,9	4,0[4])	42.4	292,6[14])	—	187,7	189,2	105,9
14./27. „	55,4	23,0	1,6[4])	42 0	289,3[14])	—	187,3	188,2	108,2
22. XII./4. I.	55,4	23,0	1,6[4])	41,9	290,6[14])	—	193,8	194,7	114,7
31. „ /13. I.	55,3	23,4	1,6[4])	41,1	286,6[14])	—	200,8	188,7	108,4
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
30. XI /13. XII.	18,3		240,9	17,5	312,3[15])	11,9	261,6[16])	235,8	—
31. XII. /13. I.	22,1		238,0	17,6	312,2[15])	2,4	264,3[16])	234,5	—

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (31. 1. 14 21,7 Mill. Kr., 28. 2. 14 20 Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 77 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 41 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichten Gesetz bildet ab 1. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit. — [19]) Wegen der Semestralbilanz nicht publiziert.

Digitized by Google

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben zum Teil weitere Ermäßigungen erfahren; sie lauten:

									Durchschnitt
Deutsche Reichsbank	bis	5. Febr.	4,5;	bis	28. Febr.	4;			4,1
Bank von England	„	28. „	3;						3
Bank von Frankreich	„	28. „	3,5;						3,5
Oest.-Ung. Bank	„	3. „	5;	„	28. „	4,5;			4,5
Banca d'Italia	„	28. „	5,5;						5,5
Russ. Reichsbank	„	28. „	6;						6
Bank von Finnland	„	28. „	6;						6
Bank von Spanien	„	28. „	4,5;						4,5
Bank von Portugal	„	28. „	5,5;						5,5
Schweiz. Nationalbank	„	19. „	4,5;	„	28. „	3,5;			3,8
Schwed. Reichsbank	„	5. „	5;	„	28. „	4,5;			4,6
Bank von Norwegen	„	9. „	5;	„	28. „	4,5;			4,6
Niederländische Bank	„	17. „	5;	„	24. „	4,5;	bis 28. Febr.	4;	4,7
Nationalb. von Belgien	„	28. „	4;						4
Nationalb. v. Dänemark	„	5. „	5,5;	„	28. „	5;			5,1
Rumän. Nationalbank	„	28. „	6;						6
Nationalb. v. Bulgarien	„	28. „	6,5;						6,5
Nationalbk. v. Serbien	„	28. „	7. (6)*)						7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„	28. „	6,5;						6,5

Am **Berliner Geldmarkt** ist die Verbilligung der Zinssätze Mitte Februar zum Stehen gekommen. Die Banken haben durch die Einzahlungen auf die beiden Emissionen preußischer Schatzanweisungen erhebliche Gelder festgelegt, von denen ihnen das Publikum nur einen kleinen Teil zurückerstattet hat (die meisten Zeichnungen dürften aus Bankguthaben bestritten worden sein). Allerdings stellte die Seehandlung große Beträge zur Verfügung des Marktes, und auch aus dem Auslande flossen einige Gelder ein; aber in Erwartung der bevorstehenden Einzahlung auf die Ungarn-Anleihe, der demnächst einsetzenden Dividenden-Ausschüttungen und des April-Termins hielten die Banken mit Ausleihungen zurück. Immerhin konnte der Durchschnitt des Privatdiskonts sich weiter um eine Kleinigkeit ermäßigen. Er notierte:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnab.
2.— 7. Februar	3.125	3,000	3,000	3,125	3,125	3,125
9.—14. „	3,125	3,000	3,000	2,875	2,875	2,875
16.—21. „	3,000	3,000	3,000	3,000	3,000	3,000
23.—28. „	3,000	3,125	3,250	3,250	3,375	3,250

Höchster Stand 3,375, niedrigster Stand 2,875, Durchschnitt 3,063.

Der Stand der Wechselkurse hat sich im Februar wieder etwas verbessert. Es scheint, daß sich einige Banken im Auslande Geld gemacht oder ihre Guthaben daselbst verringert haben. Eine starke Steigerung hat infolge der Begebung der russischen Eisenbahnanleihe die Devise Petersburg erfahren. Die Wechselkurse lauten:

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Digitized by Google

		2. Febr.	9. Febr.	16. Febr.	23. Febr.	28. Febr.	Höchst.	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	8 Tage	169,40	169,40	169,35	169,45	169,25	169,45	169,25	169,36
London . . .	vista	20,455	20,450	20,440	20,450	20,440	20,455	20,430	20,446
New York .	vista	4,2050	4,2050	4,2050	4.2050	4,2025	4,2075	4,2025	4,2049
Paris	vista	81,300	81,250	81,175	81,125	81,075	81,300	81,050	81,168
Wien	8 Tage	85,225	85,150	85,125	85,075	85,025	85,225	84,950	85,096
Christiania .	10 Tage	—	—	112,40	112,40	112,35	112,40	112,35	112,37
Stockholm .	10 Tage	—	112,45	112,35	—	112,40	112,50	112,35	112,41
Petersburg .	Ausz.	216,—	215,92	216,02	215,85	215,65	216,32	215,50	215,90
Belgien . . .	8 Tage	80,725	80,750	80,725	80,750	80,650	80,750	80,650	80,718
Madrid . . .	14 Tage	76,70	76,40	—	—	76,35	76,70	76,35	76,45
Italien . . .	10 Tage	80,80	80,80	80,80	80,75	80,75	80,80	80,60	80,75
Schweiz . .	8 Tage	81,10	81,15	81,15	81,10	81,05	81,15	81,00	81,10
Kopenhagen	8 Tage	—	112,35	112,35	112,35	112,30	112,40	112,30	112,34

Ein Vergleich der wichtigsten Wechselkurse im Februar mit denen des gleichen Monats der Vorjahre zeigt folgendes Bild:

	London für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			Paris für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
14	20,455	20,430	20,446	81,300	81,050	81,168	4,2075	4,2025	4,2049	85,225	84,950	85,096
13	20,490	20,455	20,478	81,250	81,025	81,131	4,1975	4,1900	4,1929	84,675	84,525	84,583
12	20,520	20,470	20,500	81,275	81,075	81,172	4,2050	4,1950	4,2002	84,975	84,850	85,929
11	20,480	20,465	20,474	81,000	80,900	80,958	4,2075	4,2000	4,2041	85,225	85,100	85,166
10	20,480	20,450	20,470	81,325	81,250	81,280	4,2100	4,1975	4,2029	85,025	84,950	84,990
09	20,505	20,485	20,500	81,500	81,250	81,340	4,2100	4,2025	4,2048	85,450	85,350	85,390

Die **Deutsche Reichsbank** hat auch im Februar ihre gute Verfassung beibehalten, obwohl sie in der letzten Woche etwas mehr in Anspruch genommen worden ist als man erwartet hatte. In der dritten Woche war ihr Notenumlauf vorübergehend nicht mehr weit von der Volldeckung entfernt. Trotzdem hat sie der Anfang Februar vorgenommenen Diskontermäßigung (auf 4 %) keine weitere Herabsetzung folgen lassen; wie sich im März gezeigt hat, mit Recht.

Ueber die Goldbewegung in Deutschland liegen für den Februar erst die provisorischen Gewichtsziffern vor, die folgendermaßen lauten (in dz):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				Saldo d. Goldbew.
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	
Febr. 1914	36,7	3,0	1,0	40,7	6,6	9,5	0,8	16,9	+ 23,8

Im Januar zeigte die Goldbewegung nach den definitiven Ziffern der Reichsstatistik das folgende Bild (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				Saldo d. Goldbew.
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	
Jan. 1914	10,8	1,0	1,2	13,0	1,6	—	0,3	1,9	+ 11,1
dagegen Jan. 1913	17,5	1,7	1,4	20,6	2,7	9,5	4,8	17,0	+ 3,6

Digitized by Google

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank im Februar und den vorhergehenden Monaten zeigt folgendes Bild (in Mill. M.):

	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember . . .	4 543,4	5 048,9	5 562,0	6 172,7	6 622,8
Januar	4 738,7	5 362,7	6 333,7	6 691,7	7 299,7
Februar	4 240,6	4 445,8	5 526,3	5 275,6	6 525,6

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer sind im Januar (Februar-Ziffern fehlen noch) noch stärker angestiegen, als es in diesem Monat sonst der Fall zu sein pflegt. Die Ziffern lauten:

	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
November . .	1 579 715 M.	1 591 980 M.	1 703 105 M.	1 623 466 M.
Dezember . .	1 546 690 „	1 575 984 „	1 611 371 „	1 621 641 „
Januar . . .	1 671 080 „	1 795 082 „	1 886 706 „	1 952 970 „

Der Scheckstempel erbrachte im Januar 0,27 Mill. M. (i. V. 0,34 Mill. M.), die Talonsteuer 3,11 Mill. M. (i. V. 1,28 Mill. M.).

Zulassungen an den deutschen Börsen

im Februar 1914.

I. Börse zu Berlin.

M. 600 000 000 Preuß. 4% Schatzanw.
M. 425 000 000 (Kr. 500 000 000) Kgl. Ungar. steuerfr. 4½% Staatsrentenanl.
M. 8 000 000 Dortmund 4% Stadtanl.
M. 2 000 000 Hagen i. Westf. 4% Stadtanl.
M. 7 000 000 Halle a. S. 4% Stadtanl.
M. 4 000 000 Darmstadt 4% Stadtanl.
M. 7 000 000 Offenbach 4% Stadtanl.
M. 12 000 000 Breslau 4% Stadtanl.
M. 10 000 000 München 4% Stadtanl.
M. 4 000 000 Deutsche Pfandbriefanst. i. Posen 4% Pfandbr.
M. 10 000 000 Elektr.-Lieferungs-Ges. 5% Oblig.
M. 5 000 000 Landkraftwerke Leipzig 5% Oblig.
M. 5 000 000 Rhein. Schuckert-Ges. 4½% Oblig.
M. 8 000 000 Elektr.-A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co. 5% Obl.
M. 400 000 Brauerei Ernst Engelhardt Nf. jg. Akt.
M. 8 000 000 Rhein. Schuckert-Ges. Akt.
M. 30 000 000 Dt.-Ueberseeische Elektr.-Ges. 6% Vorz.-Akt.
M. 900 000 Stärke-Zuckerfabr. vorm. C. A. Koehlmann & Co. jg. Akt.
M. 3 000 000 Gebr. Schöndorff Akt.

II. Börse zu Breslau.

M. 600 000 000 Preuß. 4% Schatzanw.
M. 12 000 000 Breslau 4% Stadtanl.
M. 4 000 000 Dt. Pfandbriefanst. i. Posen 4% Pfandbr.

III. Börse zu Düsseldorf.

M. 6 000 000 Dt. Kaliwerke jg. Akt.

IV. Börse zu Essen.

M. 6 000 000 Dt. Kaliwerke jg. Akt.
M. 1 500 000 Brauhaus Essen Akt.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 600 000 000 Preuß. 4% Schatzanw.
M. 85 000 000 Hamburg. 4% Staatsanl.

Digitized by Google

M. 425 000 000 (Kr. 500 000 000) Kgl. Ungar. steuerfr. 4½% Staatsrentenanl.
M. 30 000 000 Dt.-Ueberseeische Elektr.-Ges. 6% Vorz.-Akt.

VI. Börse zu Hannover.
M. 1 000 000 Hameln 4% Stadtanl.

VII. Börse zu Köln.
M. 6 000 000 Schantung-Eisenb.-Ges. jg. Akt.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.
Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.
Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.
M. 600 000 000 Preuß. 4% Schatzanw.
M. 6 000 000 Augsburg 4% Stadtanl.
M. 5 000 000 Bayer. Vereinsbk. 4% Pfandbr.
M. 20 000 000 Nürnberg. Vereinsbk. 4% Oblig.

XII. Börse zu Augsburg.
M. 20 000 000 Nürnberg. Vereinsbk. 4% Oblig.
M. 1 000 000 Augsburg. Gasindustr. 4½% Oblig.
M. 4 909 000 Augsburg. Gasindustr. Akt.

XIII. Börse zu Dresden.
M. 80 000 000 Chemnitz 4% Stadtanl.
M. 1 250 000 Dresdner Schnellpressen-Fabr. Akt.
M. 500 000 Porzellanfabr. C. M. Hutschenreuther Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.
M. 600 000 000 Preuß. 4% Schatzanw.
M. 202 500 000 (Lei 250 000 000) Rum. 4½% Goldanl.
M. 7 500 000 Mitteld. Bodencr.-Anst. 4½% Grundrentenbr.
M. 5 000 000 Landkraftwerke Leipzig 5% Oblig.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.
Keine Zulassung.

XVII. Börse zu Mannheim.
Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.
M. 600 000 000 Preuß. 4% Schatzanw.
M. 4 000 000 Gewerkschaft „Vesta" 5% Oblig.

XIX. Börse zu Hamburg.
M. 600 000 000 Preuß. 4% Schatzanw.
M. 85 000 000 Hamburg. 4% Staatsanl.
M. 40 000 000 Rheinprov. 4% Anl.
M. 11 250 000 (Kr. 10 000 000) Hypoth.-Bk. d. Königr. Norwegen 4½% Oblig.

Die **Gründungstätigkeit** (bzw. Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister) ist im Februar ungefähr auf der Höhe des Vorjahres geblieben. Es wurden eingetragen:

11 **Aktiengesellschaften**	mit 19 725 000	**M. Kapital**
211 **Gesellschaften** m. b. H.	„ 14 814 000	„ „
	zusammen 34 539 000	**M. Kapital**
gegen	37 447 000	M. Kapital im Febr. 1913
und	57 972 000 „	„ „ „ 1912

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Februar 1914.

(Vom 1. bis 28. Februar im „Reichsanzeiger“ publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Februar 1913		Februar 1914		Februar 1913		Februar 1914		Februar 1913		Februar 1914		Februar 1913		Februar 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	—	—	—	—	3	142	2	531	—	—	—	—	2	1 700	2	42
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	—	—	1	300	5	142	1	3 505	1	400	1	90	—	—
Steine u. Erden	—	—	—	—	25	1 446	15	1 072	2	950	1	500	4	201	3	230
Metalle u. Maschinen	2	5 500	5	14 700	20	3 965	8	785	4	5 500	2	780	11	1 250	6	1 793
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	7	720	3	190	1	1 000	—	—	3	223	2	79
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	—	—	—	—	5	885	4	170	—	—	1	30 000	1	35	—	—
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	10	1 740	2	282	—	—	1	1 500	—	—	1	60
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	—	—	1	925	17	1 450	13	1 877	2	1 478	1	350	8	957	3	60
Textilgewerbe	1	1 200	—	—	10	2 225	3	70	1	500	—	—	1	5	1	25
Papiergewerbe	1	850	—	—	4	81	3	91	—	—	—	—	—	—	—	—
Ledergewerbe	—	—	—	—	—	—	1	20	—	—	—	—	1	40	1	40
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	—	—	11	1 035	4	215	—	—	—	—	2	250	—	—
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	—	—	—	—	18	3 283	14	573	2	295	—	—	9	746	4	251
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	—	—	—	—	2	40	7	400	—	—	—	—	1	15	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	1	300	—	—	5	1 065	9	416	—	—	—	—	2	13	3	165
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	5	525	4	144	—	—	—	—	3	493	2	201
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	1	100	—	—	52	1 806	13	547	—	—	2	4 100	7	926	3	149
Banken u. Vers.-Ges.	—	—	3	2 500	9	266	1	25	—	—	1	5 000	—	—	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	—	—	—	—	10	563	9	2 710	1	200	3	4 024	5	302	3	141
Handel (außer Banken)	—	—	2	1 600	79	5 101	45	1 513	—	—	1	5 000	11	1 975	2	1 080
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	6	244	5	1 221	1	400	—	—	3	137	4	125
Sonstige Gesellschaften	—	—	—	—	60	2 615	41	1 820	—	—	—	—	18	1 939	10	573
	6	7 950	11	19 725	359	29 497	211	14 814	15	13 828	14	51 654	93	11 297	50	5 014

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Februar 1914: 34 539 000 Mk.; im Februar 1913: 37 447 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 56 668 000 „ „ „ 1913: 25 125 000 „
Gesamtanspruch im Februar 1914: 91 207 000 Mk; im Februar 1913: 62 572 000 Mk.

Digitized by Google

Die Ziffern der **Kapitalserhöhungen** haben nach dem Rückgange der letzten Monate im Februar plötzlich wieder einen Aufschwung genommen. Sie sind mehr als doppelt so hoch als im Februar 1913 und lauten:

14 Aktiengesellschaften	mit	51 654 000	M. Kapital
50 Gesellschaften m. b. H.	„	5 014 000	„ „
zusammen		56 668 000	M. Kapital
gegen		25 125 000	M. Kapital im Febr. 1913
und		124 115 000	„ „ „ „ 1912

An Genossenschaftsgründungen haben im Februar laut Genossenschafts-Register stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
59	9	0	2	19	104
Dagegen im Februar 1913:					
55	8	0	6	17	88
Dagegen im Februar 1912:					
109	9	0	12	21	78

Insgesamt sind also gegründet worden:

Febr. 1914:	78	Genossenschaften	m. unb. H.	u.	115	Genossenschaften	m. b. H.
„ 1913:	27	„	„ „	„ „	102	„	„ „ „
„ 1912:	130	„	„ „	„ „	99	„	„ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Februar fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Augsburg	5	in Frankfurt, Main	10	in Mannheim	8
„ Berlin	88	„ Graudenz	5	„ München	27
„ Bremen	16	„ Hamburg	48	„ Plauen, Vogtl.	6
„ Chemnitz	8	„ Hannover	10	„ Posen	5
„ Cöln, Rhein	15	„ Kiel	5	„ Remscheid	5
„ Dortmund	5	„ Leipzig	24	„ Spandau	6
„ Dresden	19	„ Löbau, Westpr.	11	„ Straßburg, Els.	6
„ Düsseldorf	14	„ Lyck	6	„ Stuttgart	7
„ Essen, Ruhr	7			„ Züllichau	5

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Februar 1914:

814 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Die deutschen Banken im Februar 1914.

Reichsbank. Setzt ihren Diskontsatz am 6. Februar von 4½ % auf 4 % herab. Die Dividende pro 1913 wird mit 8,43 % (i. V. 6,95 %) vorgeschlagen. Die Nebenstelle Wetzlar, die bisher zur Bankstelle Koblenz ressortierte, wird der Bankstelle Gießen zugeteilt. Die Bank erwirbt in Olpe (Westf.) ein Grundstück für die Errichtung eines eigenen Bankgebäudes. Die Leitung der Hauptstelle Danzig übernimmt Bankdirektor Nesselmann. Die Bank zahlt die für die Ergreifung des Fälschers von 20-Mark-Scheinen ausgesetzte Belohnung von 3000 Mark aus (vgl. Dezemberheft 1913).

Seehandlung. Legt konsortialiter 45 Mill. M. 4 % Deutsche Schutzgebietsanleihe à 96.50 % zur Zeichnung auf (à 95.60 % übernommen), ferner weitere 200 Mill. M. 4 % Preußische Schatzanweisungen à 79 %

Digitized by Google

(à 96,75 % übernommen). Erhält konsortialiter den Zuschlag auf 9.5 Mill. M. 4 % Lichtenberger Stadtanleihe à 91,03 % (à 94,90 % zur Zeichnung aufgelegt). Bietet konsortialiter für 10 bis 15 Mill. M. 4 % Kölner Stadtanleihe 94,65 %. Legt konsortialiter 6 Mill. M. 4 % Wilmersdorfer Stadtanleihe à 96.40 % zur Zeichnung auf.

Deutsche Bank. Plant die völlige Fusion mit der ihr sehr nahestehenden Bergisch Märkischen Bank und im Zusammenhang damit eine Kapitalserhöhung um 50 auf 250 Mill. M. Wegen der Liquidation des Fürstenkonzerns kommt es zwischen diesem und dem Vertrauensmann der D. B., Chrambach, zu Differenzen, weil Fürst Hohenlohe unter Umgehung von Ch. 4.2 Mill. M. Aktien der Deutschen Levante-Linie an eine Hamburger Reedergruppe (Dahlström-Kothe) verkaufen will. Ch. legt sein Amt vorübergehend nieder. Direktor Fels tritt in den Aufsichtsrat der mit 1.55 Mill. M. Kapital neugegründeten Hüttenwerk Niederschöneweide A.-G. ein. Das Aufsichtsratsmitglied Geo Plate, Hamburg, ist gestorben. Die Bank übernimmt konsortialiter 11.98 Mill. M. 4 % Schöneberger Stadtanleihe, ferner 11 Mill. M. 4 % Königsberger Stadtanleihe, die à 94,80 % zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Kapitalserhöhung der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen A.-G. um 20 auf 80 Mill. M. durch Ausgabe von 20 Mill. Mark 5 % Vorzugsaktien erfolgt unter Mitwirkung der Bank. Die A.-G. für Kolonialwerte hat ihren rund 1.50 Mill. M. nom. betragenden Besitz an Pomona-Anteilen bei der Bank für 3 Mill. M. lombardiert; mit dieser Transaktion hängt das Ausscheiden des Geheimrats Boyé (Berl. Hand.-Ges.) aus dem Pomona-Aufsichtsrat zusammen. Die von der Bank gegründete A.-G. für Baubeteiligungen und Baufinanzierungen beginnt eine rege Bautätigkeit auf dem Gelände der Tempelhofer Feld-A.-G. zu entfalten. Die Bank unterstützt die Wahl des Komm.-Rats Haberland in die Berliner Handelskammer (vgl. den Umschau-Artikel im Februarheft „Eine Handelskammerwahl"). Die zum Konzern der Bank gehörige Deutsche Petroleum-A.-G. verteilt pro 1913 eine Dividende von 8 % (i. V. 7 %) und erhöht ihr Kapital um 15 auf 35 Mill. Mark. Die Bank erwirkt die Zulassung von 30 Mill. M. Vorzugsaktien der Deutschen Ueberseeischen Elektr.-Gesellschaft und 0,9 Mill. M. jg. Koehlmann-Stärke-Aktien zur Berliner Börse.

Disconto-Gesellschaft. Führt das Konsortium, das 425 Mill. M. 4½ % ungarische Staatsanleihe à 88¼ % übernimmt und à 90,75 % zur Zeichnung auflegt. Geschäftsinhaber Dr. Arthur Salomonsohn tritt in den Aufsichtsrat der mit 42.50 Mill. M. Kapital neugegründeten A.-E.-G.-Schnellbahn-A.-G. ein. Die Bank übernimmt 15 Mill. Kr. Vorzugsaktien der unter Mitwirkung der Oesterr. Credit-Anstalt in eine A.-G. mit 30 Mill. Kr. Kapital umgewandelten Berndorfer Metallwerke Arthur Krupp, in deren Aufsichtsrat ein Geschäftsinhaber der Disc.-Ges. eintreten wird. Bietet konsortialiter auf 9,5 Mill. M. 4 % Lichtenberger Stadtanleihe 94.02 % (den Zuschlag erhält die Seehandlung mit 94,03 %). Erwirkt die Zulassung obiger 425 Mill. M. 4½ % ungarische Staatsanleihe, 8 Mill. M. 4 % Dortmunder Stadtanleihe, 5 Mill. M. 5 % Obligationen der Landkraftwerke Leipzig, 8 Mill. M. Aktien der Rhein. Schuckert-Gesellschaft und 4 Mill. M. 4 % Darmstädter Stadtanleihe zur Berliner Börse.

Dresdner Bank. Das Aufsichtsratsmitglied Johann Schuster ist gestorben. Die Metzeler & Co. A.-G., München, an welche die Bank eine gedeckte Forderung von 1,1 Mill. M. hat, schlägt eine Sanierung bzw. Auflösung des Unternehmens vor. Die Bank erwirbt (mit Arons & Walter) freihändig einen größeren Aktienposten der Concordia Bergbau A.-G., was von der Börse mit der Absicht einer Angliederung der Kohlenwerke an eine Hütte in Verbindung gebracht wird. An den vielerörterten Grundstückstransaktionen des Herrn v. Winterfeldt mit dem preußischen Militärfiskus, die von der Bank finanziert wurden, wird diese möglicherweise einen Verlust erleiden. Die Bank verhandelt wegen Uebernahme von 150 Mill. Kr. 4½ % Budapester Stadtanleihe.

Digitized by Google

Erwirbt die Zulassung von 1,5 Mill. M. jg. Aktien der Chem. Fabrik Moritz Milch & Co. zur Berliner Börse.

Darmstädter Bank. Errichtet in Krappitz bei Oppeln eine Depositenkasse. Erwirkt die Zulassung von 7 Mill. M. 4 % Offenbacher Stadtanleihe und 0,4 Mill. M. jg. Aktien der Brauerei Ernst Engelhardt zur Berliner Börse.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 3 % (i. V. 5 %). Das Aufsichtsratsmitglied Johann Schuster ist gestorben. Die Bank schließt mit Aumetz-Friede eine 5 % Anleihe von 20 Mill. Fr. ab, die aber nur in Belgien à 95 % zum Angebot kommt. Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet ein Gerücht über eine bevorstehende Fusion der Bank mit der Disconto-Gesellschaft, das aber energisch dementiert wird. Die Bank erklärt in der Zeitung „Der Arbeitgeber" mit Bezug auf den Streitfall der Deutschen Bank mit der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften, daß sie eine Einmischung der Gewerkschaften in die inneren Angelegenheiten der Bank nicht dulden würde. (Vgl. auch Berl. Hand.-Ges. und Mitteld. Creditb.)

Berliner Handels-Gesellschaft. Reduziert ihre Dividende pro 1913 auf 8½ % (i. V. 9½ %). Geschäftsinhaber Fürstenberg tritt in den Aufsichtsrat der mit 42,5 Mill. M. neugegründeten A.-E.-G.-Schnellbahn-A.-G. ein. In dem Prozeß der Bank gegen das Baroper Walzwerk auf nachträgliche Auszahlung von Vorzugsdividenden (vgl. Oktoberheft 1913) bestätigt das Oberlandesgericht Hagen ein früheres, zugunsten der Bank gefälltes und vom Reichsgericht aus formellen Gründen aufgehobenes Urteil. Geheimrat Dr. Boyé scheidet aus dem Aufsichtsrat der Pomona-Diamanten-Gesellschaft aus. (Vgl. Deutsche Bank.) Die Bank verwahrt sich in dem Organ „Der Arbeitgeber" gegen die von der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angeregte Verquickung der Frage einer Geschäftsverbindung mit Organisationsfragen der Bankangestellten. (Vgl. Mitteldeutsche Creditbank und Schaaffhausen.) Erwirkt die Zulassung von 10 Mill. M. 5 % Obligationen der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft und 10 Mill. M. 5 % Obligationen der Russ. A.-G. Zellstofffabrik Waldhof zur Berliner Börse.

Commerz- und Disconto-Bank. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 6 %. Uebernimmt 85 Mill. M. 4 % Hamburger Staatsanleihe, die à 96,25 % zur Zeichnung aufgelegt werden. Stellvertretender Direktor Rosenberger wird zum ordentlichen Direktor ernannt. Die Bank erwirkt die Zulassung von 9,5 Mill. M. 4 % Cottbuser Stadtanleihe zur Berliner Börse.

Nationalbank für Deutschland. Reduziert infolge eines Verlustes von 0,7 Mill. M. auf Effekten- und Konsortialkonto ihre Dividende von 7 % auf 6 %. Das unter Führung der Bank stehende Konsortium, das 1,8 Mill. M. Bismarckhütte-Aktien aus dem Besitze des Fürsten Donnersmarck erwarb, hat angeblich seinen Restbestand ausverkauft. Die Bank erwirkt die Zulassung von 2 Mill. M. 4 % Hagener Stadtanleihe zur Berliner Börse.

Mitteldeutsche Creditbank. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 6½ %. Die Direktoren Weber und Reinhart treten in den Aufsichtsrat der mit 1,55 Mill. M. Kapital neugegründeten Hüttenwerk Niederschöneweide A.-G. vorm. J. F. Ginsberg ein. Die Bank erklärt in dem Organ „Der Arbeitgeber", daß sie entgegen den von gewerkschaftlicher Seite verbreiteten Mitteilungen eine das Koalitionsrecht ihrer Beamten anerkennende Erklärung nicht unterzeichnet habe. (Vgl. auch Berl. Hand.-Ges. und Schaaffhausen.)

Aachener Bank für Handel und Gewerbe. Verteilt aus 0,40 (i. V. 0,36) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6 %.

Alfelder Aktienbank. Verteilt aus 0,17 (i. V. 0,16) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 4½ %.

Digitized by Google

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 26,79 (i. V. 25,11) Mill. M., der Reingewinn 11.00 (10,96) Mill. M., die Dividende wieder 8½ %. In der Bilanz erscheinen: Kasse 12.76 (i. V. 11,89), Bankguthaben 3,13 (4,01), Wechsel 91.21 (67,75), Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen 24.68 (13,37), Effekten 23.09 (22,96), Debitoren 275,13 (275,69), Kreditoren und Debitoren 252.23 (225,13), Akzepte 71,96 (63,78) Mill. M. Die Bank erwirkt die Zulassung von 5 Mill. M. 5 % Obligationen der Landkraftwerke Leipzig zur Leipziger Börse.

Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft, Straßburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1.96 Mill. M. (wie i. V.), die Dividende wieder 6½ %. Die Bank hat im abgelaufenen Jahre Zweigniederlassungen in Molsheim, Rosheim und Wasselnheim errichtet. Plant die Errichtung solcher in Sennheim und St. Amarin. Für die Niederlassung in Hagenau wird ein neues Gebäude errichtet.

Gebr. Arnhold, Dresden. Fungieren als Zeichnungsstelle für 5 Mill. M. 4 % Schuldverschreibungen der Staatl. Kreditanstalt des Großherzogtums Oldenburg. Erwirken die Zulassung von 1,25 Mill. Mark Aktien der Dresdner Schnellpressen-Fabrik und 0.5 Mill. M. Aktien der Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuter zur Dresdner Börse.

Bank des Berliner Kassenvereins. In den Aufsichtsrat tritt Rentier Warschauer ein, der aus dem Ausschuß der Aktionäre ausscheidet; in diesen werden Bankier Andreae (Hardy & Co.) und Bankier Jörger (Delbrück, Schickler & Co.) gewählt.

Bank für Handel und Gewerbe, Bremen. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 6½ % (i. V. 6¼ %).

Bankverein Gelsenkirchen. Verteilt aus 0.28 (i. V. 0.28) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 4 % (i. V. 6 %). Schreibt 0,06 Mill. M. (i. V. 0) für dubiose Forderungen ab.

Bankverein für Schleswig-Holstein, Neumünster. Verteilt aus 0,46 (i. V. 0.41) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 8 %.

Banque de Mulhouse, Mülhausen. Schlägt pro 1913 eine Dividende von wieder 8 % vor.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6.93 (i. V. 6.80) Mill. M., die Dividende wieder 6½ % auf 92.50 Mill. M. gewinnberechtigtes Kapital (i. V. 88,75 Mill. M.). Die Wittener Eisengießerei und Maschinenfabrik Doering & Co., der die Bank den Kredit entzogen hat, steht vor dem Konkurs.

Barmer Kreditbank. Die Dividende beträgt der Schätzung entsprechend wieder 6 %.

Bayerische Bodenkredit-Anstalt, Augsburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,12 (i. V. 0,96) Mill. M., die Dividende geht mit 6 % zum erstenmal seit sieben Jahren über 4 % hinaus. Das abweisende Urteil des Bamberger Oberlandesgerichts gegen den früheren Direktor Sauer (vgl. Aprilheft 1913) ist vom Reichsgericht bestätigt worden. Die mehrfach erwähnte Klage des Großaktionärs Ansbacher gegen den „Ratgeber auf dem Kapitalmarkt" wird endgiltig abgewiesen.

Bayerische Handelsbank, München. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5.21 (i. V. 4,42) Mill. M., die Dividende wieder 8.05 %. Die Bank erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 10 Mill. M. 4 % Hyp.-Oblig.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 11.09 (i. V. 10.08) Mill. M., die Dividende wieder 14 %. Die Bank weist darauf hin, daß im April 1864 der erste Pfandbrief in Bayern von ihr ausgegeben wurde. Tritt in ihrem Geschäftsbericht nachdrücklich (ebenso wie die Preußische Central-Bodenkredit-A.-G.) für die Entschuldung des städtischen Grundbesitzes durch die Amortisationshypothek ein (vgl. den Artikel „Tilgungshypothek").

Digitized by Google

Bayerische Vereinsbank, München. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,29 (i. V. 5,96) Mill. M., die Dividende wieder 9 %. Ein Betrüger erschwindelt von der Bank mittels gefälschter Schecks usw. 24 000 M.

Bergisch Märkische Bank, Elberfeld. Wird mit der Deutschen Bank (vgl. diese) fusionieren. Errichtet eine Filiale in Bielefeld.

Berliner Hypothekenbank. Der Reingewinn pro 1913 geht um rund 3000 M. über den des Vorjahres von 2 Mill. M. hinaus. Die Dividende beträgt wieder 6½ %.

S. Bleichröder, Berlin. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 425 Mill. M. 4½ % ungarische Staatsrentenanleihe an (vgl. Disconto-Ges.). Generalkonsul v. Blaschke legt gegen das die Kündigung seines Societätsverhältnisses für rechtsgiltig erklärende Urteil des Landgerichts Berufung ein.

Braunschweiger Privatbank. Verteilt aus 0,77 (i. V. 0,72) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 6½ % (i. V. 6 %).

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,03 (i. V. 1,87) Mill. M., die Dividende wieder 8½ %. Die Bank lehnt in ihrem Geschäftsbericht die Ausgabe von 4½ % Pfandbriefen ab, weil zwischen dem dafür erzielbaren Kurse und den Bedingungen für gute Hypotheken keine entsprechende Gewinnmarge bestehe. In den Aufsichtsrat tritt Direktor Endemann von der Hannoverschen Bank ein.

Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1.28 (i. V. 1,19) Mill. M., die Dividende wieder 6 %.

Chemnitzer Bankverein. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1.55 (i. V. 1,41) Mill. M., die Dividende wieder 6 %. Die Bank erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß die mittleren Provinzbanken der Reichsbank für die Zügelung des Kreditwesens, durch die gleichzeitig eine Basis für angemessene Konditionen im Bankgewerbe geschaffen würde, zu großem Dank verpflichtet wären.

Coburg-Gothaische Credit-Gesellschaft, Coburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0.24 (i. V. 0.22) Mill. M., die Dividende wieder 5 %. Die 1.20 Aktien der Roederberg-Brauerei werden in der Bilanz mit 1,19 Mill. M., also fast zu pari, ausgewiesen, obgleich die Brauerei sehr schlecht rentiert.

Comptoir d'Escompte de Mulhouse, Mülhausen. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 8 %.

Creditverein Neviges. Verteilt aus 0.27 (i. V. 0.26) Mill. M. eine Dividende von wieder 6½ %.

Danziger Privat-Aktien-Bank. 3 Beamte der Lauenburger Depositenkasse werden wegen Untreue bzw. Beihilfe hierzu zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Bank beziffert ihren Verlust aus den Transaktionen auf genau 0.5 Mill. M. Ist an der Insolvenz der chemischen Fabrik Kloß & Dr. Schubert (Passiven 2,5 Mill. M.) beteiligt.

Delbrück, Schickler & Co., Berlin. Bankier Jörger tritt in den Aktionär-Ausschuß der Bank des Berliner Kassenvereins ein. Dr. Ratjen wird vom Kaiser an Stelle des verstorbenen Bankiers Delbrück zum Schatzmeister der Carnegiestiftung ernannt. Uebernehmen zusammen mit der Deutschen Bank 3.5 Mill. M. 4 % Aachener Stadtanleihe.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,48 (i. V. 2.33) Mill. M., die Dividende wieder 9 %. Nach dem Geschäftsbericht machte sich das 1912 konstatierte Zurückströmen der 4 % Pfandbriefe (vgl. Märzheft 1913) im verflossenen Jahre in noch stärkerem Maße geltend. Die Bank hat

Digitized by Google

der Landeshuter Leinenweberei F. V. Grünfeld auf deren Berliner Geschäftshaus unter Verzicht auf Bankgarantie ein 4½ % Darlehen von 5,6 Mill. M. (abzügl. 2 bis 3 % Provision) gewährt.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. In den Aufsichtsrat tritt Direktor Peters (von der Kommunalständischen Bank) ein.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Nach einem von der Bank angestellten Vergleich der Verkaufspreise von ihr beliehener Grundstücke mit der Höhe der Beleihungen variierten die Beleihungen in den Jahren 1902 bis 1913 zwischen 47,11 und 51,23 % der Verkaufspreise, wohlgemerkt im Durchschnitt, also nicht unerheblich unter der gesetzlichen Maximal-Beleihungsgrenze (60 %). In den Aufsichtsrat treten Freiherr v. Schleinitz und Dr. Sulzbach ein.

Deutsche Nationalbank Komm.-Ges. a. A., Bremen. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 5,00 (i. V. 4,93) Mill. M., der Reingewinn 2,99 (3,22) Mill. M., die Dividende wieder 6½ %. Die Bank betont in ihrem Geschäftsbericht die glänzende Lage der Schiffahrt und der Hochsee- und Heringsfischerei im Jahre 1913.

Deutsche Palästina-Bank, Berlin. Wegen der Differenzen bezüglich der Liquidation der Handelsvereinigung vgl. Deutsche Bank.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,73 (i. V. 2,75) Mill. M., die Dividende wieder 6 %.

Dürener Bank. Verteilt aus 0,98 (i. V. 0,96) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6½ %.

Dürener Volksbank. Verteilt aus 0,17 (i. V. 0,15) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 9 %.

Eisleber Disconto-Gesellschaft. Schlägt pro 1913 eine Dividende von wieder 13 % vor.

Elberfelder Bankverein. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 5½ %.

Essener Credit-Anstalt. Der Reingewinn ist (nach der Uebernahme des Essener Bankvereins) auf 10,0 Mill. M. gestiegen (i. V. 7,79 Mill. M.)., die Dividende beträgt wieder 8½ % auf 90 Mill. M. Kapital (i. V. 72 Mill. M.). Die Bank beurteilt in ihrem Geschäftsbericht die Lage der Kaliindustrie nicht günstig.

Frankfurter Hypothekenbank. Verteilt aus 4,32 (i. V. 4,13) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 10 %. Weist in ihrem Bericht auf den Rückgang ihres Obligationenumlaufs hin (vgl. Februarheft), der zum erstenmal seit 30 Jahren zu konstatieren sei: erklärt, daß die Stockung der Bautätigkeit die durch das frühere übermäßige Bauen entstandenen ungesunden Verhältnisse etwas gebessert habe.

Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,90 (i. V. 2,68) Mill. M., die Dividende 8½ % (i. V. 8 %).

Freiberger Bankverein. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 6 %. Der frühere Direktor Fiedler tritt an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Brinkmann in den Aufsichtsrat ein.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. Schlägt eine Dividende von wieder 9 % vor.

Hannoversche Bank. Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder beträgt nach dem Ausscheiden von Direktor Maertens nunmehr 12. In der Generalversammlung weist Direktor Klaproth auf den stärkeren Absatz von Pfandbriefen im Januar hin, woraus er auf eine baldige Belebung des Baumarktes schließen zu können glaubt. Direktor Endemann tritt in den Aufsichtsrat der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank ein.

Digitized by Google

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. Verteilt aus 0,40 (i. V. 0,38) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6½ %. Der Obligationenumlauf (vgl. Februarheft) wies zum erstenmal seit Bestehen der Bank im Jahre 1913 einen Rückgang auf.

Hanseatische Bank in Konk., Hamburg. Der für die Konkurseröffnung erforderliche Kostenvorschuß wird Anfang Februar bezahlt. Die zum Konzern der Bank gehörige Blankenese-Marienhöhe Terrain-A.-G. will die Bank wegen verschiedener Transaktionen regreßpflichtig machen.

Hardy & Co., G. m. b. H., Berlin (Kommandite der Rhein. Westf. Diskonto-Ges.). Der Reingewinn pro 1913 ist auf 1,27 Mill. M. zurückgegangen (i. V. 1,58 Mill. M.). Bankier Andreae tritt in den Aktionärausschuß der Bank des Berliner Kassenvereins ein.

Hessische Landeshypothekenbank, Darmstadt. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 10 Mill. M. 4 % Hyp.-Oblig. und 5 Mill. M. 4 % Komm.-Oblig.

Hildesheimer Bank. Erklärt in der Generalversammlung, daß die Engagements in der Kaliindustrie für die Bank kein Risiko involvierten.

Holstenbank, Neumünster. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,75 (i. V. 0,76) Mill. M., die Dividende 7½ % (i. V. 8 %). Die Bank ist zu Abschreibungen von 0,12 (i. V. 0,02) Mill. M. gezwungen.

Hypothekenbank in Hamburg. In den Aufsichtsrat tritt Herr Edler von der Planitz von der Berliner Bankfirma F. W. Krause & Co. ein (an Stelle des verstorbenen Bankiers Delbrück).

Kieler Bank. Ist infolge der Beteiligung an der Insolvenz einer Kieler Getreidefirma (0,11 Mill. M.) und Verlusten an dem Engagement bei den Howaldtwerken (0,35 Mill. M.) zu Abschreibungen in Höhe von einer halben Million bei 4,5 Mill. M. Kapital gezwungen. Der Betrag wird mit 0,30 Mill. M. der Reserve, mit 0,20 Mill. M. dem Bruttogewinn (0,59 Mill. M.) entnommen. Aus dem Reingewinn von 0,24 (i. V. 0,32) Mill. M. wird, wie schon mitgeteilt, eine Dividende von 4 % (i. V. 6 %) verteilt.

Königsberger Vereinsbank. Ist an der Insolvenz der Memeler Bankfirma Hirschberger mit rund 0,5 Mill. M. beteiligt, die aus den stillen Reserven gedeckt werden sollen.

Krefelder Bank. Schlägt eine Dividende von wieder 6½ % vor.

Landwirtschaftliche Central-Darlehnskasse für Deutschland, Berlin (früher Neuwied). Verteilt pro 1913, nachdem der Reservefonds reichlich dotiert worden ist (er übersteigt jetzt 1 Mill. M.), die zulässige Höchstdividende von 4 % (i. V. 3½ %). Die Anfechtungsklage der Posener Vereine gegen die Beschlüsse der Generalversammlung von 1913 (angeblich inkorrekte Verbuchung der Sanierungsgelder) ist entgegen den Entscheidungen für das Jahr 1911 diesmal erstinstanzlich zuungunsten der Bank entschieden worden.

Landwirtschaftliche Hypothekenbank, Frankfurt am Main. Weist pro 1913 einen Reingewinn von 0.06 Mill. M. aus, der aber nicht aus dem regulären Geschäft stammt, sondern einen Disagiogewinn darstellt. Die „Franf. Ztg." kritisiert die Verteilung einer 4 % Dividende auf die Vorzugsaktien aus diesem „Zufallsgewinn". Die Vorzugsaktien sind im Besitz der Landwirtschaftlichen Treuhand-Gesellschaft in Frankfurt (ihrerseits abhängig von der Centralkasse der Hessischen landw. Genoss.).

Leipziger Creditbank. Verteilt aus 0.37 (i. V. 0.39) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6 %.

Digitized by Google

Leipziger Vereinsbank. Verteilt aus 0,13 (i. V. 0,13) Mill. Mark Reingewinn eine Dividende von wieder 9 %.

Magdeburger Bankverein. Verteilt aus 1,58 (i. V. 1,55) Mill. Mark Reingewinn eine Dividende von 6⅔ % (i. V. 6½ %).

Maklerbank in Hamburg. Verteilt aus 0,34 (i. V. 0,30) Mill. Mark Reingewinn eine Dividende von wieder 10 % auf 1,80 Mill. M. Kapital (i. V. 1,45 Mill. M.). Bei der Skontrierungsabteilung der Bank für die im freien Verkehr gehandelten Minen- und Landshares sind im Jahre 1909 1 358 595 Stück, 1910 388 250, 1913 aber nur noch 37 800 Stück umgesetzt worden.

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank. Schwerin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,18 (i. V. 2,14) Mill. M., die Dividende wieder 15 %. Die Bankabteilung weist auf Effektenkonto einen Verlust von 0.10 Mill. M. (i. V. 0,20 Mill. Mark Gewinn) aus. Auch diese Bank hatte im abgelaufenen Jahre einen erheblichen Rückgang im Obligationenumlauf zu verzeichnen (vgl. Februarheft).

Mecklenburgische Sparbank, Schwerin. Verteilt aus 0.52 (i. V. 0.51) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 7 %.

Mendelssohn & Co., Berlin. Gehören dem Konsortium für die Uebernahme von 425 Mill. M. 4½ % ungarische Staatsanleihe an (vgl. Disconto-Gesellschaft).

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. Verteilt aus 0,53 (i. V. 0.53) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 4¾ %. Weist in ihrem Bericht auf die noch immer ungenügende Rentabilität der Anfang 1912 in Frankfurt a. M. errichteten Filiale hin.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 10,01 (i. V. 9,74) Mill. M., der Reingewinn 4,56 (4,52) Mill. M., die Dividende wieder 7 %.

Mittelrheinische Bank, Koblenz. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,99 (i. V. 1,96) Mill. M., die Dividende wieder 6½ %.

Mülheimer Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,72 (i. V. 0,65) Mill. M., die Dividende 5 % (i. V. 4½ %).

Carl Neuburger, Komm.-Ges. a. A. in Liq., Berlin. Aus dem Aufsichtsrat der zum Konzern der Bank gehörigen A.-G. für Garnfabrikation scheidet Carl Neuburger aus.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 9,07 (i. V. 8,84), der Reingewinn 6,43 (6,43) Mill. M., die Dividende wieder 10 %. Das Kapital der Bank soll um 10 Mill. Mark erhöht werden.

Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,76 (i. V. 2,63) Mill. M., die Dividende wieder 7 %. Die Bank errichtet eine Filiale in Allenstein.

Oberlausitzer Bank, Zittau. Schlägt eine Dividende von wieder 8 % vor auf 4 Mill. M. Kapital (i. V. 2,70 Mill. M.).

Oberschlesischer Credit-Verein, Ratibor. Verteilt aus 0,15 (i. V. 0,13) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 6½ % (i. V. 6 %).

Oldenburgische Landesbank. Schlägt eine Dividende von 12 % vor. Errichtet in Birkenfeld eine Zweigniederlassung. In den Aufsichtsrat tritt Herr Siegfried Baer (Schlesinger-Trier & Co.) ein.

Osnabrücker Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,58 (i. V. 1,43) Mill. M., die Dividende wieder 7½ %. Die Bank ist zu Abschreibungen von 0,13 (i. V. 0,10) Mill. M. auf dubiose Forderungen gezwungen. Das Aufsichtsratsmitglied Runge ist gestorben.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Errichtet in Kolberg eine Filiale.

Digitized by Google

Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt ausschließlich Vortrag 3,29 (i. V. 3,19) Mill. Mark, die Dividende wieder 9 %. Die Bank erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 8 Mill. M. 4% Hypothekar-Obligationen.

Plauener Bank. Verteilt aus 0,45 (i. V. 0,47) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6 %. Die Bank schlägt die Streichung des § 17 der Statuten vor, der die Anlegung der ordentlichen Reserve in guten Wertpapieren (oder Hypotheken) verlangt; sie begründet den Vorschlag mit den erlittenen Kursverlusten.

Potsdamer Credit-Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,26 (i. V. 0,26) Mill. M., die Dividende wieder 7½ %. Die Bank hat nach dem Geschäftsbericht mit Wirkung ab 1. 1. 1914 die Bankfirma C. A. Apponius & Sohn, Jüterbog, übernommen. Ist an dem Konkurs des Charlottenburger Kreditvereins e. G. m. u. H. (vgl. unter Zahlungseinstellungen) mit rund 0,10 Mill. M. beteiligt.

Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,43 (i. V. 3,73) Mill. M., die Dividende wieder 8 %. Die Bank entnimmt dem Vortrag ex 1912 0,35 Mill. M. für die Talonsteuerreserve und trägt pro 1914 nur 0,17 Mill. M. vor. Nach dem Geschäftsbericht hat sich die Bank im abgelaufenen Jahr im Hypothekengeschäft fast ausschließlich auf die Prolongation fälliger Hypotheken beschränken müssen.

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,41 (i. V. 5,70) Mill. M., die Dividende wieder 9½ %. Die Bank wendet sich in ihrem Geschäftsbericht gegen die irrtümliche Auffassung, daß die Steigerung des Bodenwerts die Abnutzung und Entwertung der Gebäude ausgleiche, und erklärt die unkündbare Tilgungshypothek als die wirtschaftlich geeignetste Form des städtischen Realkredits (vgl. auch Bayerische Hypotheken- und Wechselbank und den Artikel „Tilgungshypothek").

Preußische Hypotheken-Actien-Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,55 (i. V. 5,42) Mill. M., die Dividende wieder 6 %.

Preußische Pfandbrief-Bank, Berlin. In den Aufsichtsrat tritt Bankdirektor Andreae (Darmstädter Bank) ein.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 9 %.

Rheinisch-Westfälische Bodencredit-Bank, Köln. In den Aufsichtsrat tritt (an Stelle des verstorbenen Mitgliedes Kesselkaul) Freiherr v. Nellessen ein.

Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft, Aachen. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 11,30 (i. V. 11,54), der Reingewinn 7,51 (i. V. 8,03) Mill. M., die Dividende 6½ (i. V. 7) %. Der Gewinnrückgang erklärt sich aus dem Mindergewinn der Berliner Kommandite Hardy & Co. (1,27 gegen 1,58 Mill. M. i. V.) und erhöhten Abschreibungen und Unkosten. Die Joh. Ohligschläger G. m. b. H., deren 5,5 Mill. M. Anteile die Bank besitzt, weist pro 1913 0,44 (i. V. 0,42) Mill. M. Gewinn aus.

Rostocker Bank. Verteilt aus 0,18 Mill. M. Reingewinn auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 5 % pro 1912 und 1913. Die Stammaktien erhalten keine Dividende. Nach dem Bericht der Bank sind die 2 Mill. M. Aktien der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank (vgl. Dezemberheft 1913) etwas unter deren Buchwert verkauft worden. Nach der Bilanz sind die Depositen von 9,44 auf 8,72 Mill. M. zurückgegangen. (Die Bilanz wird nach dem alten Schema veröffentlicht, weil die Mecklenburger sich angeblich an das neue Schema nicht gewöhnen können.)

Sächsische Bodenkredit-Anstalt, Dresden. Erklärt in der Generalversammlung, daß sie zu dem mit einem Verlust von 0,14

Digitized by Google

Millionen M. vorgenommenen Verkauf von Effekten im Betrage von 1,4 Mill. M. wegen zeitweiligen Mangels an Betriebsmitteln gezwungen gewesen sei.

C. Schlesinger-Trier & Co., Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,74 (i. V. 0,79) Mill. M. Die Gewinnverteilung wird nicht bekanntgegeben. Herr Siegfried Baer tritt in den Aufsichtsrat der Oldenburgischen Landesbank ein.

Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank, Breslau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,36 (i. V. 2,36) Mill. M., die Dividende wieder 8 %.

Schlesischer Bankverein, Breslau. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Fusion der Bank mit der Deutschen Bank werden energisch dementiert.

Schleswig-Holsteinische Bank, Husum. Verteilt aus 1,26 (i. V. 1,19) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 11 %.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Das Aufsichtsratsmitglied, Generalkonsul Baer (Frankfurt) scheidet aus.

Siegener Bank für Handel und Gewerbe. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,69 (i. V. 0,67) Mill. M., die Dividende wieder 7 %.

Süddeutsche Bodencreditbank, München. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,86 (i. V. 3,57) Mill. M., die Dividende wieder 8½ %.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Uebernimmt konsortialiter 3 Mill. M. neue Aktien der Rheinischen Schuckert-Gesellschaft (deren Aktionären à 123 % angeboten) und 6 Mill. M. 5 % Obligationen derselben Gesellschaft (die à 99,75 % freihändig verkauft werden).

Süddeutsche Treuhandgesellschaft, München. Schlägt eine Dividende von wieder 12 % vor.

Thüringische Landesbank, Weimar. Verteilt aus 0,44 (i. V. 0,44) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 9 %.

Vereinsbank Frankfurt a. O. in Konk. Im Zusammenhang mit den Grundstücksspekulationen des Hypothekenmaklers Schiffmann, die den Konkurs der Bank herbeigeführt haben, wird dessen langjährige Mitarbeiterin, die jetzige Frau eines Staatsanwalts, verhaftet.

Vereinsbank in Hamburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,90 (i. V. 3,92) Mill. M., die Dividende wieder 9 %. Die zum Konzern der Bank gehörige Vereinsbank in Kiel wird voraussichtlich eine Dividende von wieder 4 % verteilen.

Vereinsbank in Nürnberg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt einschließlich des Gewinns der Hypothekenabteilung von 1,97 (i. V. 1,96) Mill. M. 3,89 (i. V. 3,73) Mill. M., die Dividende wieder 12 %.

Vereinsbank in Zwickau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,76 (i. V. 0,71) Mill. M., die Dividende wieder 10 %. Die Bank schlägt eine Kapitalerhöhung um 1 auf 5,5 Mill. M. vor. Die Einführung der Aktien an der Leipziger Börse ist geplant.

Vogtländische Bank, Plauen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,41 (i. V. 1,43) Mill. M., die Dividende wieder 12 %. Die Bank dotiert diesmal nicht den Verlustreservefonds, obgleich der vorjährige von 0,10 Mill. M. aufgebraucht worden ist.

Vogtländische Credit-Anstalt, Falkenstein. Verteilt aus 0,45 (i. V. 0,42) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 6 % (i. V. 7 %). Die Reduktion der Dividende ist wegen einiger Ausfälle bei Krediten an die Stickerei- und Spitzenindustrie nötig geworden.

Westdeutsche Bodencreditanstalt, Köln. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,01 (i. V. 1,02) Mill. M., die Dividende wieder 7½ %.

Westdeutscher Bankverein, Hagen. Aus dem Vorstand scheidet Direktor Jaeger aus.

Digitized by Google

Westdeutsche Vereinsbank ter Horst & Co., Münster. Verteilt aus 0,17 (i. V. 0,17) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 5 % (i. V. 4½ %).

Westholsteinische Bank, Heide. Verteilt aus 1,30 (i. V. 1,12) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 8 % (i. V. 7 %).

Württembergische Bankanstalt vorm. Pflaum & Co., Stuttgart. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,28 (i. V. 1,25) Millionen M., die Dividende wieder 7 %.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. Die Dividende pro 1913 wird voraussichtlich wieder 8 % betragen.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Der Reingewinn pro 1913 beträgt einschl. Vortrag 4,86 i. V. 4,28) Mill. M., die Dividende wieder 7 %.

Zentralbank, Hamburg. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 5 %.

Zahlungseinstellungen usw. Carl Neuburger, Berlin, und Vereinsbank Frankfurt a. O., vgl. oben. — Im Konkurs der Weißenseer Bank e. G. m. b. H. betragen die Aktiva 0,31, die Passiva 5,08 Mill. M. — Der bereits zweimal sanierte Charlottenburger Kreditverein und Sparkasse e. G. m. u. H., der seine Gelder zum großen Teil in Hypotheken- und Baugeldern immobilisiert hat, geht in Konkurs. Die Passiva betragen 3,08, die Aktiva 0,20 Millionen M. — Die 1866 gegründete Bankfirma J. A. Erlanger, Neustadt, a. A. stellt infolge Beteiligung an der insolventen Tonwarenfabrik Langenfeld ihre Zahlungen ein. — Die Gläubiger der Solinger Bank in Konk. erhalten Anfang März eine weitere Abschlagszahlung von 10 % (ingesamt dann 60 %). Eine Schlußquote von 5 % wird in Aussicht gestellt. — Die Bankfirma Gebr. Löwenstein in Hamm stellt (im Zusammenhang mit dem Konkurs der Stanz- und Emaillierwerke Gebr. Seiler, Ahlen) ihre Zahlungen ein. — Im Konkurs des Bankverein Zeulenroda e. G. m. b. H. werden von den Genossen 330 M. pro Anteil eingezogen. Von dem aufgebrachten Betrag sollen später 0,07 Mill. M. aus Regreßgeldern des Aufsichtsrats zurückerstattet werden. — Die Memeler Bankfirma Karl Hirschberger stellt ihre Zahlungen ein. — Der Direktor der Breslauer Innungsbank e. G. m. b. H., Boockmann, wird verhaftet, gegen Stellung einer Kaution von 10 000 M. aber wieder entlassen. Auf die Bank wird infolge dieses Vorfalls ein Run unternommen, der aber abgeschlagen wird. — Die Gläubiger der 1909 zusammengebrochenen Bankfirma Rosenbaum, Lippstadt, erhalten eine Schlußquote von 1,37 % (insgesamt 3,37 %). — Der Zusammenbruch der Gewerbebank Lollar zieht den wirtschaftlichen Ruin zahlreicher Einwohner von L. und Umgebung nach sich. — Der zur Abwickelung des Konkurses der Obermockstädter Vorschuß- und Kreditkasse gegründete Hilfsverein hat von den nach Abschlagszahlungen von 40 % übriggebliebenen 1,2 Mill. M. Forderungen 1 Mill. M. erworben. Der Konkurs wird erst in 3—4 Jahren beendigt sein. — Die Mitglieder des 1902 zusammengebrochenen Hannoverschen Hypothekenvereins G. m. u. H. sind, obgleich der Konkurs bereits seit 1908 beendet ist, jetzt noch mit 125 M. pro Anteil zur Deckung der Kosten eines von den Genossen s. Z. gewählten Ausschusses herangezogen worden. — Im Konkurs der Breslauer Bankfirma Max Hilb beträgt die voraussichtliche Quote ½ %. — Die Generalversammlung der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bendorfer Volksbank A.-G. genehmigt die vorgeschlagene Fortführung der Bank (vgl. Februarheft). — Die Landwirtschaftliche Genossenschaft für Geld- und Warenverkehr e. G. m. u. H., Eisenberg, geht in Konkurs. — Der nach Unterschlagung von 0,05 Mill. M. geflüchtete

Digitized by Google

Rendant der Brosewitzer Spar- und Darlehnskasse, König, stellt sich freiwillig der Staatsanwaltschaft. — Der Vorschuß- und Kreditverein zu Hungen ist infolge eines Defizits aus der Geschäftsführung des früheren Rechners Schmidt gezwungen, die Geschäftsanteile der Mitglieder von 100 auf 1000 M. zu erhöhen. — Direktor Suro von der Bank Ludowy, Nakel, wird wegen Untreue und Unterschlagung zu einer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt.

Die ausländischen Banken im IV. Quartal 1913.

VI. Italien.

Postsparkasse. Das Guthaben der Einleger betrug Ende Oktober 2034,1 (Ende Juni 2001,5, Ende Januar 1944,6) Mill. Lire.

Insolvenzen. Die Banca Popolare Cooperativa, Livorno (Kapital 0,5 Mill. Lire), stellt ihre Zahlungen ein.

Banca d'Italia. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 5½ %.

Banca Commerciale Italiana, Mailand. Legt 1 Mill. Lire neue Aktien der Aqueduc Nicolay, Genua, à 166,80 % zur Zeichnung auf, ferner (mit dem Credito Italiano) 1 Mill. Lire neue Aktien der oberitalienischen Schiffahrtsgesellschaft à 125 %. Aus dem Status per 30. November 1913: Kasse 42,53, Wechsel 440,86, Debitoren 350,74, Depositen usw. 213,95, Kreditoren 496,09 Mill. Lire.

Banco di Napoli. Aus dem Status per 20. November 1913: Metallbestand 238,01, Wechsel 122,98, Devisen 49,36, Kreditoren 40,67, Notenumlauf 412,20 Mill. Lire.

Banco di Sicilia. Aus dem Status per 20. November 1913: Kassenbestand 57,35, Wechsel 63,69, Devisen 18,72, Kreditoren 29,12, Notenumlauf 94,09 Mill. Lire.

Credito Italiano, Mailand. Aus dem Status per 30. November 1913: Kassenbestand 35,25, Wechsel 260,87, Reports 66,09, Debitoren 180,27, Depositen 176,27, Kreditoren 239,57 Mill. Lire.

Società Bancaria Italiana, Mailand. Aus dem Status per 30. November 1913: Kassenbestand 11,56, Wechsel 77,24, Debitoren 75,57, Depositen 65,78, Kreditoren 72,56, Kreditoren 72,56 Mill. Lire.

Società Italiana di Credito Provinziale, Busto Arsizio. Aus dem Status per 30. November 1913: Kassenbestand 8,70, Wechsel 75,45, Debitoren 39,07, Depositen 48,07, Kreditoren 64,63 Mill. Lire.

VII. Schweiz.

Bankiertag. Der erste Schweizer Bankiertag in Genf beschäftigt sich mit der Frage der Förderung des Exports durch die Banken. Beide Referenten, Prof. Landmann und Präsident Frey (Schweizerische Kreditanstalt), kommen zu dem Ergebnis, daß besondere Maßnahmen zur Förderung des Exports nicht notwendig seien. Der Antrag auf Errichtung einer Exportzentrale wird daher abgelehnt. Bei Erörterung der Geldmarktlage erklärt Präsident Kundert von der Schweizerischen Nationalbank, daß in absehbarer Zeit eine Ermäßigung des Diskontsatzes nicht zu erwarten sei (was durch die Ereignisse dementiert worden ist).

Postsparkasse. In einem von schweizerischen Bankmännern über die geplante Errichtung einer Postsparkasse erstatteten Gutachten wird u. a. betont, daß die Postsparkasse sowohl für die bestehenden Privatsparkassen wie für die Banken eine schwere Konkurrenz bedeute und daß die Zahlungsbereitschaft der Schweiz für den Krisen- und Kriegsfall verschlechtert werde.

Digitized by Google

Revisionsverbände. Nach dem Muster des bernischen und aargauischen Revisionsverbandes schließen sich die Kreditinstitute des Kantons St. Gallen zu einem Revisionsverband zusammen.

Insolvenzen usw. Die „Zürcher Bankgesellschaft" (die auch ein eigenes Organ, „Der Effektenmarkt", herausgab) geht in Konkurs, doch muß das Verfahren wegen Mangels an Masse eingestellt werden. — 5 Mitglieder der Verwaltung der Allgemeinen Gewerbekasse zu Kloten werden vom Obergericht wegen leichtsinnigen bzw. betrügerischen Bankrotts zu Gefängnisstrafen verurteilt. — Die Aktionäre der Bank in Biel in Liqu. haben eine Schlußdividende von 20 Fr., insgesamt 620 Fr. für die Aktie von nom. 500 Fr., erhalten. — Die Gläubiger der Caisse d'Epargne et de Crédit Saignelégier in Liqu. erhalten eine weitere Quote von 10 % (insgesamt jetzt 60 %).

Schweizerische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 4½ %.

Aargauische Kredit-Anstalt, Aarau. Geht eine Interessengemeinschaft mit der Schweizerischen Bankgesellschaft ein (vgl. diese) und erhöht ihr Kapital um 3 auf 10 Mill. Fr. Die neuen Aktien werden von der Bankgesellschaft übernommen und den Aktionären der Kredit-Anstalt zum fakultativen Umtausch in Aktien der Bankgesellschaft angeboten. Die Kreditanstalt besteht seit 1872 und hat den Charakter einer reinen Handelsbank.

Banque de l'Etat de Fribourg, Freiburg. Der frühere Direktor Sallin wird von dem Finanzdirektor Musy doloser Handlungen zum Nachteil der Bank beschuldigt, streitet aber jede zivilrechtliche Verantwortlichkeit ab. S. hatte sich zwar mit dem Bankier v. Eggis zusammen verpflichtet, an die Bank einen Schadensersatz von 0,15 Mill. Fr. zu zahlen, behauptet aber nachträglich, daß ihm bei Abschluß dieses Vertrages die freie Willensbestimmung gefehlt habe. Er gründet die Caisse populaire et d'assurance mit 5000 Fr. Kapital.

Basler Handelsbank. Legt konsortialiter 5 Mill. Fr. (Gesamtbetrag 10 Mill. Fr) 5 % Anleihe der Siemens Elektrische Betriebe à 99,50 % in der Schweiz zur Zeichnung auf.

Hypothekenbank in Winterthur. Gibt 3 Mill. Fr. 4¾ % Obligationen aus, die von der Schweizerischen Bankgesellschaft al pari zur Zeichnung aufgelegt werden.

Kantonalbank, Luzern. Das „Luzerner Tagebl." tritt in mehreren Artikeln für eine vermehrte Kreditgewährung der Kantonalbank an die Landwirtschaft ein.

Leu & Co., A.-G., Zürich. Geht eine Interessengemeinschaft mit der Solothurner Handelsbank ein, die ihr Kapital von 2,0 auf 2,5 Mill. Fr. erhöht. Für je 7 neue Aktien werden den Aktionären der Solothurner Handelsbank 5 Leu-Aktien angeboten. Die Solothurner Handelsbank hat vielfach Kritik erfahren, weil sie bzw. ihre Filiale in Olten in großem Umfang Blankokredite gewährt hat.

Schweizerisch-Argentinische Hypothekenbank, Zürich. Der Präsident der Schweizerischen Kredit-Anstalt, Dr. Frey, übernimmt an Stelle des zurückgetretenen Dr. Stoll von der Maggi-Gesellschaft das Präsidium im Verwaltungsrat der Bank. 7 Mill. Fr. 5 % Hyp.-Oblig. der Bank werden al pari freihändig verkauft.

Schweizerische Bankgesellschaft. Winterthur. Geht eine Interessengemeinschaft mit der Aargauischen Kredit-Anstalt ein (vgl. diese) und erhöht ihr Kapital um 5 auf 10 Mill. Fr. Die Bank tritt in ihrem Effektenkursblatt für eine weitere Verbreitung der Bank-Obligationen ein. Siehe auch Hypothekenbank in Winterthur.

Schweizerische Bodenkreditanstalt, Zürich. Uebernimmt die Thurgauische Hypothekenbank, Frauenfeld (vgl. diese). Für je 5 Aktien der Thurgauischen Hypothekenbank (die Mitte Dezember 360 Fr. notieren) werden 3 Aktien der Bodenkreditanstalt

Digitized by Google

gegeben (die 550 Fr. notieren); außerdem erhalten die Aktionäre der ersteren eine Barzahlung von 9 Fr. pro Aktie.

Schweizerische Kredit-Anstalt, Zürich. Präsident Dr. Frey übernimmt den Vorsitz im Aufsichtsrat der Schweizerisch-Argentinischen Hypothekenbank.

Schweizerischer Bankverein, Basel. Legt konsortialiter 12,63 Mill. Fr. 4½ % Stockholmer Stadtanleihe à 96 % zur Zeichnung auf.

Société financière Italo-Suisse, Genf. Schlägt eine Kapitalserhöhung um 7,5 auf 20 Mill. Fr. vor.

Société Suisse de Banque et de Dépôts, Lausanne. Legt konsortialiter 63,49 Mill. Fr. 4½ % Obligationen der Schwarze Meer-Bahn à 94,50 % zur Zeichnung auf.

St. Gallener Kreditanstalt. Legt 0,5 Mill. Fr. neue Aktien der Haldengut-Brauerei à 120 % zur Zeichnung auf.

Thurgauische Hypothekenbank, Frauenfeld. Der bisherige Präsident, Nationalrat Dr. Germann, scheidet Ende 1913 aus. Die Bank ist zu einer Fusion mit der Schweizerischen Bodenkreditanstalt gezwungen (vgl. diese).

Thurgauische Kantonalbank, Rheinfelden. Die Unterschlagungen bei der Filiale Romanshorn betragen rund 0,05 Mill. Francs (vgl. Dezemberheft 1913).

VIII. Belgien und Luxemburg.

Belgien. Währung. Seit dem Jahre 1832 sind nach dem Bericht der Königlichen Münze 598,6 Mill. Fr. Goldmünzen, 605,5 Mill. Francs Silbermünzen, 25,6 Mill. Fr. Nickelmünzen und 0,7 Mill. Fr. Kupfermünzen, insgesamt also 1230,5 Mill. Fr. ausgeprägt worden. Durch Um- und Einschmelzen sind davon 101,6 Mill. Fr. vernichtet worden. Infolge des ständigen Abflusses von Silber und Gold, speziell der silbernen Fünf-Francs-Stücke, nach Frankreich, haben sich die Umlaufsmittel des Landes (inkl. Metallbestand der Belgischen Nationalbank) sehr stark verringert. Für das Jahr 1912 werden sie auf 436 Mill. Fr. geschätzt.

Aktienwesen. Nach dem „Moniteur des Intérêts Matériels" betrug die Ausgabe neuer Aktien und Obligationen belgischer Aktiengesellschaften im Jahre 1912 (in Mill. Fr.):

	Sitz der Gesellschaft	Anzahl	Nominalkapital	Bareinzahlung
Neugründungen	Belgien	412	208,7	37,0
	Ausland	98	330,8	37,0
Kapitalserhöhungen	Belgien	182	126,4	72,7
	Ausland	50	110,8	85,9
Obligationen	Belgien	34	103,8	103,8
	Ausland	25	151,9	151,9
	insgesamt	801	1032,5	488,2

Besteuerung der Aktiengesellschaften. Das neue belgische Einkommensteuergesetz hat die Steuer auf die Erträgnisse von Aktien, Obligationen und Gesellschaftsanteilen von 2,4 % auf 4 % erhöht. Der erhöhten Steuer sind auch die in Belgien erzielten Gewinne ausländischer Gesellschaften unterworfen, ferner die gesetzlichen Rücklagen, endlich die Gehälter und Tantiemen von Direktoren, Filialleitern, Aufsichts- und Verwaltungsratsmitgliedern. Neugründungen von Aktiengesellschaften, Kapitalserhöhungen u. dgl. sind mit ½ % des aufgenommenen Kapitals steuerpflichtig, ebenso das Emissions-Agio bei Ausgabe von Papieren über pari. Die Effekten unterliegen einem Stempel von 1 %; ausländische Effekten müssen, um diesem Stempel zu entgehen, bis zum 5. März 1914 mit 1 promille nachversteuert werden.

Digitized by Google

Das neue belgische Einkommensteuergesetz, das u. a. auch die Aktiengesellschaften einer erhöhten Steuer von 4 % (bisher 2,4 %) unterwirft, führt zu einer Steuerflucht einer Anzahl von Gesellschaften, die ihren Sitz nach dem Ausland verlegen.

Belgische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 5 %.

Banque Belge de Prêts fonciers, Brüssel. Verteilt aus 4,38 Mill. Fr. Reingewinn pro 1912/13 eine Dividende von 6 % auf die Vorzugsaktien, 31½ % auf die Stammaktien und 31,50 Fr. pro Gewinnanteilschein. Ende Juni 1913 betrugen die Hypothekendarlehen 104,24, die ausgegebenen Obligationen 70,0 Mill. Fr.

Banque Belge pour l'Etranger, Brüssel (Filiale der Société Générale). Beteiligt sich an der Banque Italo-Belge (vgl. diese).

Banque Belgo-Argentine de Prêts Hypothécaires. Brüssel. Verteilt für das erste Geschäftsjahr eine Dividende von 4 %. Ende März 1913 betrugen die Hypothekendarlehen 5,68, die umlaufenden Obligationen 1,52 Mill. Fr.

Banque d'Anvers, Antwerpen. Legt konsortialiter 12,50 Mill. Fr. 5 % Obligationen der Société foncière belgo-canadienne à 93 % zur Zeichnung auf.

Banque de Bruxelles, Brüssel. Legt konsortialiter einen Teilbetrag der 4½ % rumänischen Goldanleihe (total 250 Mill. Fr.) à 91 % zur Zeichnung auf.

Banque de Reports, de Fonds Publics et de Dépôts. Brüssel. Erhöht ihr Kapital um 15 auf 40 Mill. Fr. Die neuen Aktien werden von der Banque Nationale de Crédit, Paris, übernommen und 12,5 Mill. Fr. davon den Aktionären à 140 % angeboten. Die Bank sucht 0,5 Mill. Lstr. 8 % chinesische Schatzscheine unterzubringen. Legt konsortialiter 12,50 Mill. Fr. 5 % Obligationen der russischen elektrischen Eisenbahn-Gesellschaft Oranienbaum à 93 % zur Zeichnung auf.

Banque d'Outremer, Brüssel. Die der Bank nahestehende Marconi Wireless Telegraph Cy gibt 0,5 Mill. £ neue Aktien aus, die zum Teil zum Erwerb der Pariser Compagnie universelle de télégraphie sans fil dienen.

Banque du Congo belge, Brüssel. Die Dividende pro 1912/13 beträgt 6½ % (i. V. 6 %).

Banque Internationale de Bruxelles. Brüssel. Legt einen größeren Teilbetrag der 4½ % ungarischen Schatzscheine (total 150 Mill. M.) zur Zeichnung auf.

Banque Italo-Belge, Antwerpen (früher Banque Brésilienne Italo-Belge). Erhöht ihr Kapital um 5 auf 25 Mill. Fr. (mit 50 % Einzahlung, bisher 40 %). Das Wort „Brésilienne" wird infolge der Ausdehnung des Geschäftskreises auf Argentinien aus der Firma eliminiert. Errichtet Filialen in Buenos Aires und Montevideo sowie eine Niederlassung in Rio de Janeiro. Die Banque Belge pour l'Etranger hat an der Bank finanzielles Interesse genommen.

Caisse Générale de Reports et de Dépôts, Brüssel. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 16 % (i. V. 14 %). Die Bank legt 7,5 Mill. Fr. Obligationen der Palmeraies de Mopoli zur Zeichnung auf. Hat ihr neues Geschäftsgebäude in der rue des Colonies bezogen.

Crédit Anversois, Antwerpen. Die Dividende pro 1913 wird auf wieder 6¾ % geschätzt.

Crédit Foncier Sud-Américain. Antwerpen. Der Reingewinn pro 1912/13 beträgt 2,39 Mill. Fr. (i. V. 1,73 Mill. Fr.), die Dividende auf die Vorzugsaktien wieder 6 %, auf die Stammaktien 41 % (35 %) und auf die Genußscheine 90 (50) Fr. Ende

Digitized by Google

Juni 1913 betrugen die Hypotheken-Darlehen 51,89, die umlaufenden Obligationen 29,02 Mill. Fr.

Crédit Général Liégeois, Lüttich. Die Dividende pro 1913 wird auf wieder 7 % geschätzt. Die Bank legt konsortialiter einen Teilbetrag der 250 Mill. Fr. 4½ % rumänischen Goldanleihe à 91 % zur Zeichnung auf.

Société Générale de Belgique, Brüssel. Die zum Konzern der Bank gehörige Compagnie Générale de Chemins de Fer Secondaires verteilen pro 1912/13 eine Dividende von wieder 11 %. Die Bank legt 0,5 Mill. Fr. neue Aktien der Ateliers de construction de Joseph Pârïs al pari zur Zeichnung auf; ferner 1,8 Mill. Fr. neue Aktien der Verreries et usines chimiques du Donetz, Santourinovka, à 200 %.

Luxemburg. Banque Internationale, Luxemburg. Ist zu einer erneuten Reduktion der Dividende auf 7½ % gezwungen (i. V. 8 %, 1911 9 %).

Luxemburger Unionbank. Verteilt aus 0,54 (i. V. 0,56) Mill. Fr. Reingewinn eine Dividende von wieder 10 %.

IX. Holland.

Niederländische Bank. Amsterdam. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 5 %.

Amsterdamsche Bank. Erhöht ihr Kapital um 2,5 auf 15 Mill. Fl. (vgl. Dezemberheft). Die neuen Aktien werden den Aktionären à 170 % angeboten. Der Reingewinn im ersten Semester 1913 ist von 0,96 auf 1,16 Mill. Fl. gestiegen. Die Bank verwirklicht ihren Plan, in Rotterdam eine Filiale zu errichten. Legt 2,1 Mill. Fl. 4½ % Obligationen der Stadt Arnhem al pari zur Zeichnung auf, ferner 0,7 Mill. Fr. 4½ % Anleihe der Stadt Zeist, ebenfalls al pari.

Javasche Bank. Legt 0,55 Mill. Fl. 4½ % Obligationen der Gewest Pasoervean Gesellschaft à 98,50 % zur Zeichnung auf.

Rotterdamsche Bankvereinigung. Erhöht ihr Kapital zunächt nur um 5 auf 30 Mill. Fl.; weitere 20 Mill. Fl. Aktien sollen erst später ausgegeben werden. Die neuen Aktien werden den Aktionären à 140 % angeboten. Legt 0,02 Mill. £ 6 % Vorzugsaktien der Arnold van der Bergh-Gesellschaft al pari zur Zeichnung auf.

Twentsche Bankvereeniging B. W. Blydenstein & Co., Amsterdam. Legen 0,8 Mill. Fl. neue Aktien der Gebrüder Stork, Hengels, zur Zeichnung auf, ferner 1,46 Mill. Fl. neue Aktien des holländischen Lloyd à 105 %.

X. Spanien und Portugal.

Spanien. Bank von Spanien. Da der Notenumlauf der Bank sich immer mehr der gesetzlichen Maximalgrenze (2000 Mill. Pesetas) nähert (Ende Dezember 1913 1924 Mill. Pes.), wird das Verlangen, das Kontingent auf 2500 Mill. Pes. zu erhöhen, immer nachdrücklicher. Die Bank greift ihrerseits zu Kreditrestriktionen und erhöht den Zinsfuß für Lombarddarlehen (ausgenommen Staatsanleihen).

Währung. Das durchschnittliche Goldagio betrug im Jahre 1913 7,43 % gegen 6,65 % im Jahre 1912.

Banco Hispano Americano, Madrid. Auf die Bank (Kapital 100 Mill. Pesetas nom., mit 40 % eingezahlt, und 5 Mill. Pesetas Reserven), die große Verluste in Mexiko und Argentinien erlitten hat, wird ein Run unternommen. Sie ist infolge der enormen Depositenkündigungen zur Zahlungseinstellung gezwungen. Die Be-

Digitized by Google

mühungen, mit Hilfe der Bank von Spanien eine Hilfsaktion einzuleiten, bleiben erfolglos.

Spanische Hypothekenbank, Madrid. Verteilt pro 1912 eine Dividende von wieder 9 %. Aus dem Status per 31. Dezember 1912: Hypothekendarlehen 164,16 (31. Dezember 1911: 147,41), Obligationen-Umlauf 160,20 (144,62) Mill. Pesetas.

Portugal. Bank von Portugal. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 5½ %.

XI. Schweden, Norwegen, Dänemark.

Schweden. Schwedische Reichsbank. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 5½ %. Der Clearingverkehr der Bank betrug in den ersten drei Quartalen 1913 4,78 (i. V. 4,41) Milliarden Kr. Die Bank ist an dem Konkurs des d'Orchimontska-Konzerns mit 0,69 Mill. Kr. beteiligt.

Göteborgs Bank, Gotenburg. Ist an dem Zusammenbruch des d'Orchimontska-Konzerns mit 0,82 Mill. Kr. beteiligt.

Skandinaviska Kreditaktiebolaget, Stockholm. Legt konsortialiter 2,5 Mill. Kr. 5½ % Obligationen der Aktiebolaget Sveriges Förenade Trikafabriker (vgl. Dezemberheft 1913) al pari zur Zeichnung auf. Errichtet eine Filiale in Orebro.

Södra Sverige, Helsingborg. Ist an dem Zusammenbruch des d'Orchimontska-Konzerns mit 0,32 Mill. Kr. beteiligt.

Stockholms Enskilda Bank. Legt konsortialiter 20,83 Mill. Francs neue Aktien der Société Norvégienne de l'Azote et de forces hydro-electriques à 113 % zur Zeichnung auf.

Stockholms Handelsbank. Uebernimmt 3 Mill. Kr. 5½ % Anleihe der Wicanders Korkfabriker (al pari zur Zeichnung aufgelegt).

Norwegen. Bank von Norwegen. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 5½ %.

Hypothekenbank des Königreichs Norwegen, Christiania. Gibt 10 Mill. Kr. 4½ % Pfandbriefe aus, die von der Vereinsbank in Hamburg und der Christiania Bank og Kreditkasse übernommen werden.

Dänemark. Dänische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 6 %.

Dänische Landmannsbank, Kopenhagen. Die Dividende pro 1913 wird wieder 8 % betragen.

XII. Balkanstaaten.

Türkei. Imperial Ottoman Bank (Banque Impériale Ottomane), Konstantinopel. Gewährt der türkischen Regierung einen weiteren Vorschuß von 0,35 Mill. türk. Pfund und verhandelt mit ihr wegen des Abschlusses einer Anleihe von 12 Mill. Pfund, die zum größten Teil (8,5 Millionen) zur Ablösung der von der Bank gewährten Vorschüsse dienen soll.

National Bank of Turkey, Konstantinopel. Protestiert gegen die Uebernahme von 100 Mill. Fr. türkischen Schatzscheinen durch die Pariser Bank Périer & Cie. Die N. B. o. T. hat Anspruch darauf, daß ihre Forderung von 1,25 Mill. türk. Pfund aus dem Erlös der nächsten Anleihe befriedigt wird, soll aber bei der Périer-Operation übergangen werden.

Rumänien. Rumänische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 6 %. Die Bank errichtet Filialen in Dobritsch und Silistria.

Digitized by Google

Bank Marmorosch, Blank & Cie., Bukarest. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 5 auf 20 Mill. Lei. Die neuen Aktien werden den Aktionären à 166 % angeboten. Unter Mitwirkung der Bank wird in Bukarest eine Seeschiffahrtsgesellschaft mit 10 Mill. Lei Kapital gegründet.

Banque de Crédit Roumain, Bukarest. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 10 auf 20 Mill. Lei. Die neuen Aktien werden den Aktionären à 150 % angeboten.

Bulgarien. Geldmarkt. Da es der bulgarischen Regierung nicht gelingt, die seit längerer Zeit angestrebte Anleihe unterzubringen, und sie deshalb die während des Kriegs ausgegebenen Requisitionsscheine nicht einlösen kann, entsteht ein starker Geldmangel, der das gesamte Wirtschaftsleben ungünstig beeinflußt.

Nationalbank von Bulgarien. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 6½ %.

Serbien. Serbische Nationalbank. Der Diskontsatz bleibt während des vierten Quartals 1913 unverändert 7 % für Darlehen in Gold, 6 % für solche in Silber.

Serbische Staats-Bodencreditanstalt (Uprava Fondova), Belgrad. Die Verhandlungen wegen Aufnahme einer 5% Obligationenanleihe von 30 Mill. Fr. (vgl. Dezemberheft) zerschlagen sich.

Moratorium. Das Moratorium wird trotz heftigen Widerspruchs in der Presse erneut bis 30. Januar 1914 verlängert.

Bankgründungen. In Serbien wird angeblich die Gründung einer größeren deutschen Bank geplant. — Die Russisch-Asiatische Bank plant die Gründung einer Russisch-Balkanischen Bank mit Filialen in Konstantinopel, Adrianopel, Rustschuk, Burgas, Varmas, Saloniki, Monastir, Nisch und Uesküb. — In Belgrad sind die Anglo-serbische Bank mit 5 Mill. Fr. Kapital, die Balkanische Creditbank (Kapital 0,5 Mill. Fr.) und die Landwirtschaftliche Bank (Kapital 2 Mill. Fr.) errichtet worden.

Griechenland. Moratorium. Das griechische Moratorium wird erneut bis zum 15. Januar 1914 verlängert.

Griechische Nationalbank. Durch ein königliches Dekret wird das Notenkontingent der Bank um 25 auf 175 Mill. Fr. erhöht.

XIII. Japan.

Bank von Japan. Ende Dezember 1913 werden ausgewiesen: Privatdepositen 7,8 (28. 12. 1912: 10,1), Staatsdepositen 164,8 (139,9), Notenumlauf 405,2 (436,3), Kassenbestand 227,1 (238,4), Vorschüsse und Wechsel 142,8 (185,2) Mill. Yen. Die Bank hat ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt und ca. 60 Angestellte der Zentrale und 400 der Filialen entlassen.

Yokohama Specie Bank. Der Reingewinn im ersten Semester 1913 beträgt 3,38 (i. V. 3,35) Mill. Yen, die Dividende wieder 6 % = 12 % p. a. Die Bank errichtet eine Zweigstelle in Tsingtau.

XIV. Verschiedene Länder.

Argentinien. Währung. Nach einer Zusammenstellung der Deutschen Ueberseeischen Bank betrug der Höchstkurs für 90 Tage-Sichtwechsel auf Berlin im Jahre 1913 4,18½ M. (für 1 Peso Gold), niedrigst 4,08½ M. und im Durchschnitt 4,12⅛ M.

Bankgründung. In Buenos-Aires wird die Gründung einer neuen argentinischen Hypothekenbank mit 20 Mill. Doll. Gold geplant,

Digitized by Google

der die abgeänderten Statuten der im Jahre 1888 konzessionierten Banco Hipotecario de la Capital zugrunde gelegt werden sollen.

Argentinische National-Hypothekenbank. Kongreß und Senat genehmigten die Erhöhung des Umlaufs an Cedulas um nur 250 auf 750 Mill. Doll. m/n. (anstatt der beantragten Erhöhung von 500 auf 1000 Mill. Doll.). Vorerst werden 30 Mill. Doll. Cedulas ausgegeben, die zur Genfer Börse zugelassen werden. Die Einführung in Zürich und Basel ist geplant.

Bolivien. Währung. Nach einer Zusammenstellung der Bank für Chile und Deutschland schwankte der Wechselkurs auf London im Jahre 1913 zwischen 18¾ und 18¼ d (i. V. zwischen 19⅛ und 18⅝ d).

Notenbanken. Das Nominalkapital der vier bolivianischen Emissionsbanken (Banco de la Nacion, Banco Nacional, Banco Mercantil, Banco Francisco Argandona) betrug Ende 1913 75 Mill. M. Bolivianos (à 1,55 M.), das eingezahlte Kapital 40,96, die Reserven 3,91, das Notenkontingent 61,44, der Notenumlauf 26,12 und die Golddeckung 16,5 Mill. Bolivianos.

Brasilien. Währung. Der Goldbestand der brasilianischen Konversionskasse betrug Ende Oktober 1913 283,18 Mill. Milreis Pap. gegen 386,71 Mill. Milreis zu Anfang des Jahres.

China. Währung. Infolge der inneren politischen Wirren und der Machtlosigkeit der Regierung, in das Währungschaos Ordnung zu bringen, erfährt das Papiergeld ein immer größeres Disagio, das in der Provinz Kanton zeitweilig auf 34 % steigt.

Columbien. Bankgründung. Der Kongreß genehmigt die von dem columbischen Gesandten in Paris vermittelte Errichtung einer Notenbank und einer Hypothekenbank unter Mitwirkung des Pariser Bankhauses Dreyfus & Co. (vgl. Dezemberheft 1913). — In Medellin ist unter Mitwirkung von Bremer Kapitalisten eine Bank unter der Firma „Deutsche Bank" mit 0,75 Mill. Doll. Kapital errichtet worden.

Marokko. Währung. Ein Erlaß des Scherifats sucht den Kurs der im Lande umlaufenden Münzsorten zu stabilisieren. Der Wert des Peseta hassani wird auf 0,80 Fr., der des spanischen Peseta auf 0,90 Fr. und der Wert des Pfundes Sterling auf 25,25 Fr. festgesetzt.

Mexiko. Währung. Die Finanz- und Geldkrisis verschärft sich. Der Wert des Papierpeso sinkt wesentlich unter den des Silberpeso, so daß die letzteren eingeschmolzen werden und aus dem Lande fließen, was die Regierung mit drakonischen Strafen zu verhindern sucht. Die Banken sehen sich außerstande, ihre Noten in Metall einzulösen. Die Regierung dekretiert darauf für das Papiergeld den Zwangskurs.

Banque Centrale Mexicaine, Mexiko. Schlägt eine Sanierung (Herabsetzung ihres Kapitals um 20 auf 10 Mill. Piaster) und eine Wiedererhöhung auf 30 Mill. Piaster durch Ausgabe von Vorzugsaktien vor.

Banque Péninsulaire, Mexicaine, Merida. Setzt ihr Kapital von 16,50 auf 10,73 Mill. Piaster herab.

Persien. Imperial Bank of Persia. Der Reingewinn für das am 20. September 1913 beendete Geschäftsjahr beträgt 0,06 (i. V. 0,06) Mill. £, die Dividende für das ganze Jahr wieder 10 sh per Share. Der Notenumlauf betrug Ende September 0,96 (i. V. 0,86) Mill. £, die Depositen 0,91 (0,73) Mill. £ bei 0,55 Mill. £ eingezahltem Kapital und 0,21 Mill. £ Reserven.

Digitized by Google

Peru. Crédit Foncier Péruvien, Paris. Erhöht sein Kapital um 2,5 auf 7,5 Mill. Fr. Verteilt für das erste Geschäftsjahr eine Dividende von 7 %.

Venezuela. Bankwesen. Das Bankgesetz vom Jahre 1911 ist durch die Bestimmungen eines neuen Gesetzes vom Juni 1913 in wesentlichen Punkten abgeändert worden. Das Notenkontingent der Emissionsbanken (Banco de Caracas, Banco de Venezuela und Banco de Maracaibo, Gesamt-Nominalkapital 19,,25, eingezahltes Kapital 13,50, Reserven 2,91 Mill. Bolivares) beträgt nunmehr das Doppelte des jeweiligen Nominalkapitals; für den Notenumlauf ist die metallische Drittel-deckung und Bareinlösung bei Präsentation vorgeschrieben. Der vierte Teil des Gesellschaftskapitals muß als sogenannter Garantiefonds in Gold in der Kasse gehalten werden, kann aber gleichzeitig als Deckung für den Notenumlauf dienen.

Uruguay. Banco de la Republica Oriental del Uruguay, Montevideo. Die Bank fordert von der Regierung (der die Aufnahme einer neuen Anleihe in Paris nicht gelingt) die gewährten Kredite zurück, worauf das ängstlich gewordene Publikum in erheblichem Umfange Depositen zurückzieht und die Noten zur Einlösung präsentiert. Die Panik wird mit Hilfe der Privatbanken überwunden.

Bank und Börse.

ZENTRALISATION IM GROSSBANK-GEWERBE

Während der letzten Jahre haben die Berliner Großbanken den Eroberungsfeldzug in die Provinz, der nicht nur zahlreichen Privatbankgeschäften, sondern auch größeren Aktienbanken ihre Selbständigkeit gekostet hatte, wie auf Verabredung unterbrochen. Ein unverkennbares Zeichen, daß für den Bankierstand im Reiche bessere Zeiten eingekehrt waren, die ihn der Notwendigkeit enthoben, sich unter den Schutz der Berliner Bankriesen zu begeben. Ganz eingeschlafen ist die Konzentrationsbewegung zwar auch während dieser Jahre nicht, wie u. a. der enge Anschluß der Pfälzischen Bank an den Konzern der Deutschen Bank beweist. Aber bei diesen wenigen Fusionen und Interessengemeinschaften sprachen immer besondere Momente mit; es verkörperte sich in ihnen kein Prinzip. Das scheint sich jetzt ändern zu wollen. Geschäftige Vermittler sind heimlich am Werk, um den A. Schaaffhausen'schen Bankverein mit seinen zahlreichen Provinzfilialen an eine der anderen Berliner Banken anzukitten, und die Bergisch-Märkische Bank, dieses rheinische 80-Millionen-Institut mit seinen 35 Zweigniederlassungen, soll demnächst in die Deutsche Bank aufgehen. Mit den guten Zeiten ist es eben vorbei. Das zeigt sich nicht nur in den Insolvenzen von Bankiers, Kreditgenossenschaften und kleinen Aktienbanken, die sich neuerdings in erschreckendem Maße häufen, das zeigt sich vielmehr vor allem darin, daß auch bei bedeutenden Banken die Neigung zur Aufgabe einer lange und mit Stolz bewahrten Selbständigkeit im Wachsen ist. Wir stehen vor einer Renaissance der Zentralisationstendenzen im Bankgewerbe, oder vielmehr, wir stehen bereits mitten in ihr drin. Schon im vorigen Jahre ist die Breslauer Diskonto-Bank definitiv in die Bank für Handel und Industrie aufgegangen, und vermutlich hätten noch andere Institute, namentlich einige Ostsee-Banken, die Reste ihrer Selbständigkeit oder Schein-Selbständigkeit eingebüßt, wenn nicht die Berliner Leitungen der großen Bankkonzerne viel zu viel mit sich selbst zu tun gehabt hätten, als daß sie sich noch fremde Sorgen hätten aufladen wollen. Es ist ja eine alte Erfahrung, daß die eigentlichen Wirkungen schlimmer Zeitumstände sich im Bankgewerbe erst nach Jahren zu äußern pflegen, wenn die Katastrophen in der Hauptsache vorüber sind und der angerichtete Schaden sich einigermaßen

Digitized by Google

übersehen läßt; dann erst geht man an die Aufräumungsarbeiten. Es ist also durchaus nicht überraschend, daß jetzt, nachdem Marokkokrisis und Balkankämpfe vorüber, die heftigen Krediterschütterungen vom Sommer 1911 und Herbst 1912 einigermaßen überwunden und die Strafen für früher begangene Sünden auf dem Baumarkt halbwegs abgebüßt sind, daß jetzt mit Ruhe und Ueberlegung an die Ausbesserung der Schäden herangegangen und dazu in erster Linie das Allheilmittel der Fusion angewendet wird. Denn wenn Zusammenschluß auch nicht immer stark macht, so verdeckt er doch viele Schwächen und Wunden nach außen hin. Und darauf kommt es nirgends mehr an als im Bankwesen, das sich so ausschließlich auf das Vertrauen der Masse gründet. Wenn also auch die neue Konzentrations-Aera, die jetzt einsetzt, die ganz natürliche Folge der schweren Zeiten ist, die das Bankgewerbe durchgemacht hat, so hat es doch allgemein überrascht, daß gerade die Bergisch-Märkische Bank ihre Selbständigkeit aufgeben soll, ein Institut, das im Rheinland und in Westfalen einen allgemein geachteten Namen hat, und das durch einen Appell an seine Aktionäre oder auch an fernstehende Kreise beliebige Mengen Kapital aufbringen kann, wenn es dessen bedarf. Man weiß zwar, daß die Bank schwere Fehler gemacht und infolge leichtherziger Kreditgewährung namentlich an Kreise des Baumarkts viele Millionen verloren hat. Aber trotz der großen Abschreibungen und Rückstellungen, die auf diese Verluste gemacht worden sind, hat die Bank Ende 1912 noch immer 24½ Mill. M. offene Reserven gehabt, die sich bis Ende 1913 kaum verringert haben dürften. Die Bank steht also durchaus gefestigt da und ist nicht im mindesten anlehnungsbedürftig. Aber ihre Fusion mit der Deutschen Bank ist nicht nur überflüssig, sie durchbricht auch die Prinzipien, nach denen die Deutsche Bank bei dem Ausbau ihrer Organisation bisher vorzugehen pflegte. Statt des englisch-französischen Erweiterungsmittels der Fusion hat die Deutsche Bank das amerikanische Mittel der „Beteiligung" bevorzugt, das die Beherrschung großer Kapitalmengen durch einen relativ kleinen Aktienbesitz gestattet. Dieses Prinzip der indirekten Konzentration hat den Vorteil, daß der Zweck der Zusammenfassung mehrerer Einzelbetriebe zu einem organischen Ganzen erreicht wird, ohne daß ein großer Kapitalaufwand nötig ist, ohne daß die eingetretene Veränderung nach außen hin sichtbar wird, und ohne daß die Männer an der Spitze des Zentralinstituts die juristische Verantwortung für das haben, was bei den anderen, scheinbar noch selbständigen Instituten vorgeht. So hat die Deutsche Bank sich im Laufe der Jahrzehnte einen großen Konzern von Banken angegliedert, die einen fest, die andern so lose, daß sie die Abhängigkeit von dem Berliner Institut kaum spürten. Natürlich bricht die Deutsche Bank mit diesem bequemen System nicht ohne schwerwiegende Gründe. Man hat als Hauptgrund vielfach angenommen, daß die großen Verluste, welche die Bergbank in den letzten Jahren erlitten hat, die Deutsche Bank in die Notwendigkeit versetzten, die Leitung des Instituts künftig selbst in die Hand zu nehmen. Das ist vollkommen unzutreffend. Erstens liegen die Ursachen der Verluste bei der Bergbank zum allergrößten Teil viele Jahre zurück und belasten das Schuldkonto einer ganz anderen Direktion als derjenigen, die jetzt die Geschäfte führt. Sodann zeigt gerade die Tatsache, daß die Deutsche Bank die schuldige Direktion seinerzeit zur Abdankung gezwungen und eine neue Leitung eingesetzt hat — ein Mitglied ihres eigenen Direktoriums ist zwischen ihr und der Bergbank mehrmals hin und her gewandert —, daß die Deutsche Bank praktisch schon heute den weitestgehenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Bergbank hat. Natürlich kann sie diesen Einfluß immer nur durch Entsendung ihr geeignet scheinender Personen in die vielköpfige Verwaltung der Bergbank mit ihren 35 Zweigniederlassungen ausüben, auch dann, wenn die Bergbank als Filiale der Deutschen Bank weitergeführt wird. So und so ist die Zentrale stets von der Zuverlässigkeit von Mittelspersonen abhängig. Von der räumlichen Entfernung ganz abgesehen, wird das schon durch die Größe des Apparates bedingt. Es ist ja

Digitized by Google

eine bekannte Klage, daß in gewisser Hinsicht die einzelnen Abteilungen der Deutschen Bank selbst kein einheitliches Ganzes mehr bilden, und daß es im Direktorium seit Siemens' Tode niemand gibt, der die Geschäfte in ihrer Gesamtheit zu überblicken vermöchte. Der Wunsch nach strafferer Kontrolle ist also ganz gewiß nicht maßgebend für die Fusion. Eher ist es schon der Wunsch der Deutschen Bank, einen plausiblen Vorwand für eine Kapitalerhöhung zu haben. Seit die Dresdner Bank und die Disconto-Gesellschaft ihr Kapital auf die gleiche Höhe wie das der Deutschen Bank gebracht haben, ist man bei der letzteren auf der Suche nach einem solchen Vorwand. Das beliebte „Wachstum der Geschäfte" ist in diesem Falle nicht zu brauchen, denn die Geschäfte sind bei der Deutschen Bank im letzten Jahre nicht gewachsen, sondern etwas zurückgegangen. Da ist die Fusion ein ganz erwünschter Anlaß. Ausschlaggebend aber ist wohl etwas anderes gewesen. Das ist der Wunsch der Deutschen Bank, ihre Reserven aufzufüllen. In früheren Jahren hat sie in ihren Geschäftsberichten damit geprunkt, daß sie neben ihren sehr hohen sichtbaren Reserven eine weitere stille Reserve von etwa 70 Mill. M. in der niedrigen Bewertung ihrer Aktiva, insbesondere ihrer Beteiligungen, besitze. Diese Reserve ist in der letzten Zeit erheblich zusammengeschmolzen, und die Geschäftsberichte sprechen nicht mehr von ihr. Indem nun die Bank rund 30 Mill. M. Bergbank-Aktien (die restlichen 50 Millionen sind bereits in ihrem Besitz) für nur etwa 19 Mill. M. eigene Aktien erwirbt, indem sie ferner die Aktiva der Bergbank zum vollen Effektivwert in ihre Bilanz einstellt, und indem sie endlich weitere 31 Mill. M. eigene Aktien zu einem 200 % weit übersteigenden Kurse begibt, erreicht sie, daß ihre offenen Reserven ganz erheblich anwachsen. Und ihre Politik geht in der letzten Zeit ganz offensichtlich dahin, einen möglichst großen Teil ihrer noch vorhandenen stillen Reserven in offene Reserven oder einmalige Gewinne umzuwandeln. Diesem Zweck diente schon die Effekten-Verschiebung, welche die Bank im vorigen Sommer innerhalb ihrer Petroleum-Engagements vorgenommen hat, diesem Zweck dient jetzt allem Anschein nach auch die Fusion mit der Bergbank. Vermutlich wird sie nicht die letzte Veränderung sein, welche die innere Struktur des Konzerns der Deutschen Bank erfährt.

GROSSAKTIONÄRE

Man kann die Aktiengesellschaften in zwei große Gruppen teilen: In solche, die einer kontrollierenden Bank unterstehen, und in solche, deren Geschicke ausschlaggebend von einem oder mehreren Großaktionären bestimmt werden. Die dritte Möglichkeit, daß eine Gesellschaft sich aus sogenannten „unabhängigen" Aktionären zusammensetzt, existiert nur in der Theorie und in der Einbildung des Gesetzgebers. Die Erfahrung spricht dafür, daß der Kapitalist unter der Herrschaft eines Großaktionärs in geringerem Maße den Gefahren ausgesetzt ist, die mit der Aktienanlage als solcher verbunden sind, als unter der Bankenherrschaft. Und das ist auch ganz natürlich. Bankinteressen sind nicht immer solidarisch mit dem Interesse der kontrollierten Gesellschaft, ja häufig sogar ihm entgegengesetzt, während sich der Einfluß eines Großaktionärs naturgemäß in einer Weise betätigt, die dem Unternehmen und damit ihm selbst zum Vorteil gereichen soll. Immerhin ist diese Regel nicht ohne Ausnahme. Es sind Fälle denkbar, in denen auch ein Großaktionär gegen die Interessen seiner eigenen Gesellschaft zu handeln Veranlassung hat. Nämlich dann, wenn er die Absicht hat, andere, ihm materiell noch höher stehende Interessen auf Kosten seiner Gesellschaft zu fördern. Die Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb ist ein typisches Beispiel sowohl für die oben angedeutete Regel, als auch für ihre Ausnahmen. Aus dem ehemaligen Privatbesitz des schlesischen Magnaten Grafen von Tiele-Winkler hervorgegangen, der auch weiterhin mit einem sehr beträchtlichen Aktienbesitz an ihr beteiligt blieb, entwickelte sich die Aktiengesellschaft

Digitized by Google

unter dem Einfluß des die Verwaltung beherrschenden gräflichen Großaktionärs zu dem führenden Kohlenunternehmen Oberschlesiens, das seinen Aktionären nicht nur eine hohe und steigende Rente abwarf, sondern auch durch seine vorsichtige Finanzpolitik zu einer scheinbar unerschütterlichen Stellung heranwuchs. Aber dann kam die Kehrseite für die Aktionäre, die sich unter der Kontrolle des Großaktionärs jahrzehntelang so wohl befunden hatten. Es gibt Fälle im Aktienwesen, wo das Vermögen der Aktionäre im Dunkel der Nacht verschwindet, ohne daß eine Abwehr möglich ist. Bei Kattowitz war es anders. Hier wurde nichts verhehlt. Im vollen Licht des Tages nutzte der Großaktionär seine Macht aus, zum Schaden der Gesellschaft und zum eigenen Vorteil. Für jeden Aktionär war sichtbar, was hier vor sich ging, und jeder war in der Lage, sich dieser Politik, noch ehe sie ihre schädlichen Wirkungen ausüben konnte, durch Verkauf seines Aktienbesitzes zu erwehren. Nur insofern kommt die moralische Entrüstung auch bei Kattowitz auf die Kosten, als hier, wie selten sonst, die korrumpierenden Wirkungen beleuchtet werden, welche unser Aktienwesen auf den Charakter ehrenwerter Männer ausübt, die solche verhängnisvolle Politik in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsräte stillschweigend legitimieren. Die Geschichte der Kattowitzer Gesellschaft ist seit 1906 eine Kette von Eingriffen des Großaktionärs in die vitalsten Interessen der Aktionäre. Er überließ der Gesellschaft ausrangierte Schlösser, überflüssige Parkanlagen und Grundstücke und schließlich das bis dahin in seinem Privatbesitz befindliche Bergwerk, die Preußengrube. Graf Tiele-Winkler hatte in dieses Bergwerk im Laufe der Jahre viele Millionen seines Vermögens hineingesteckt. Die Sepkulation war aber fehlgeschlagen, da sich herausstellte, daß ein Abbau mit der erhofften Rentabilität wegen der steilen Lagerung der Flötze nicht möglich war. Im Jahre 1906 veranlaßte er nun die von ihm kontrollierte Gesellschaft, diesen Besitz, bzw. die ihn repräsentierenden Aktien zu kaufen, und zwar zunächst die eine Hälfte. Die zweite Hälfte folgte 1912, so daß nunmehr das gesamte Aktienkapital der Preußengrube mit etwa 22 Mill. M. in der Bilanz der Kattowitzer Gesellschaft figuriert. Ferner veranlaßte er die Gesellschaft, eine auf die Preußengrube eingetragene Obligationsanleihe von 5 Mill. M., die sich ebenfalls noch in seinem Privatbesitz befand — sie war wegen der Unrentabilität des Pfandobjekts bis dahin nicht begeben worden — bar zurückzuzahlen, obwohl die Anleihe, mit einem vom Standpunkt der Gesellschaft aus sehr günstigen Zinsfuß ausgestattet war und erst in 30 Jahren zurückgezahlt zu werden brauchte. Alle diese objektiv schädlichen Maßnahmen, die jetzt ihre dividendenverringernde Wirkung auszuüben beginnen, wurden von den im Aufsichtsrat sitzenden Persönlichkeiten gedeckt. Wenigstens ist nicht ein einziger Fall bekannt geworden, daß ein Aufsichtsratsmitglied von Kattowitz dem die Verwaltung beherrschenden Großaktionär sein Mandat vor die Füße geworfen hätte. Allerdings hat der Leiter der Gesellschaft, der bekannte Bergrat Williger, wohl ein halbes Dutzend mal seine Demission angeboten, weil er die Gewaltpolitik seines Aufsichtsratsvorsitzenden nicht länger verantworten wollte. Aber was wollen diese sechs Demissionen besagen, da sie sechsmal wieder zurückgezogen worden sind! Im Aufsichtsrat ist es, soweit in der Oeffentlichkeit bekannt, nicht einmal zu dieser bescheidenen Demonstration gekommen. Selbst ein so aufrechter und charaktervoller Mann, wie der im vorigen Jahr verstorbene Graf von Kanitz ist bei allen diesen Attentaten auf das Wohl der Gesellschaft stumm geblieben. Das ist der Punkt, der den Vorgängen bei Kattowitz einen kulturgeschichtlichen Wert verleiht. Mag unser Aktienwesen noch so vorzüglich reglementiert sein, es wird wohl immer Möglichkeiten bieten, auf Grund deren sich die Wenigen Sondervorteile auf Kosten der Vielen verschaffen können. Müssen wir aber untätig zusehen, wie die Gefahr wächst, daß auf dem Umwege über die Tantieme unsere besten Männer verdorben werden? Es wäre schlimm, müßten wir an der

Digitized by Google

Fähigkeit unserer Gesetzgeber verzweifeln, diesem Kulturproblem eines Tages gerecht zu werden.

KAPITALAUSWANDERUNG NACH DER SCHWEIZ

Die Fremdenindustrie der Schweiz hat in den letzten Jahren eine Ausdehnung insofern erfahren, als zahlreiche nichtschweizerische Kapitalisten dazu übergegangen sind, die dortigen Banken mit der Aufbewahrung und Verwaltung ihrer Vermögen zu betrauen. Hauptsächlich war es die Furcht vor einem Weltkrieg, was die Kapitalisten, darunter auch viele Deutsche, veranlaßt hat, für ihren Besitz jenseits der Alpen Unterschlupf zu suchen. Neuerdings wird diese Auswanderungstendenz noch durch steuerliche Gründe begünstigt. So ist namentlich französisches Kapital vor der im Heimatland drohenden Rentensteuer sowie belgisches Geld vor der neuen Belastung des mobilen Kapitals in Belgien nach der Schweiz geflüchtet. Dort ruht es einträchtig neben den deutschen Depots. Der Bankwelt ist diese Flucht ins Ausland begreiflicherweise nicht angenehm, und sie betont mit Recht, daß die kosmopolitischen Kapitalisten unter Umständen sehr schlechte Erfahrungen machen können. Es wird auf die Nachteile hingewiesen, die sich im Falle eines Verkaufs aus der doppelten Provisionsberechnung ergeben, sowie auf die Verluste, welche aus den Schwankungen der schweizerischen Valuta entstehen können. Ein wichtiger Umstand wird dabei noch übersehen, nämlich die Umständlichkeiten und Kosten im Falle eines etwaigen Erbganges, der natürlich unter das Schweizer Recht mit seinen dem Ausländer meistens nicht bekannten Bestimmungen fallen würde. Gerade während der letzten Monate sind die schweizerischen Institute in großem Umfange als Verwalter für Bardepots benutzt worden, wofür die starke Steigerung der Devise Schweiz im Januar und Februar Zeugnis ablegt. In diesem Massenandrang von Auslandsgeld nach einem industriell immerhin beschränkten Wirtschaftsgebiet liegt eine nicht unbeträchliche Gefahr. Die Uebersättigung mit Kapital, dem im Inlande kein entsprechender Bedarf gegenübersteht, kann sehr leicht zu gefährlichen Ausschreitungen führen. Allerdings haben die schweizerischen Bankinstitute Gelegenheit, mit ihren überschüssigen Mitteln ins Ausland zu gehen. Das geschieht denn auch fortgesetzt in größerem Maße. Unter anderem haben die schweizerischen Institute dem deutschen Grundkredit große Beträge zur Verfügung gestellt. Daß sie es dabei vielfach an der erforderlichen Vorsicht haben fehlen lassen, dafür liegen eine ganze Anzahl Beispiele vor. Einer der bemerkenswerten Fälle dieser Art ist derjenige der Thurgauer Hypothekenbank. In den letzten Wochen scheint nun, soweit deutsche Bardepots in Betracht kommen, eine gewisse Rückwanderung eingesetzt zu haben, die möglicherweise damit zusammenhängt, daß die Wehrsteuererklärung hinter uns liegt und der Generalpardon dem reuigen Steuerschmuggler Straffreiheit zusichert. Auf eine solche Rückwanderung deutet der in jüngster Zeit wieder gewichene Kurs der Devise Schweiz, sodann aber auch die Tatsache, daß in der Schweiz zurzeit, im Gegensatz zu anderen Ländern, eine gewisse Geldknappheit Platz gegriffen hat.

Emissionen und Zulassungen

im Januar und Februar.

Eine vollständige Uebersicht über die Zulassungen an den deutschen Börsen bringen wir an anderer Stelle. Hier werden nur die bedeutenderen von ihnen sowie alle wichtigeren Emissionen aufgeführt.

PREUSSISCHE SCHATZANWEISUNGEN

Die Zeichnung auf 350 Mill. M. 4 % auslosbare Preußische Schatzanweisungen à 97 % (weitere 50 Mill. M. waren schon vor der Subskription an Sparkassen usw. fest begeben) hat einen außerordentlichen Erfolg gehabt. Der Erfolg hat dazu geführt, daß die preußische Regierung weitere 200 Mill. M. an das Bankenkonsortium zu einem um ein halbes Prozent höheren Uebernahmepreis (96¾ % gegen 96¼ % bei den ersten 350 Mill. M.) begeben konnte, die den Zeichnern auf ihre bei weitem nicht voll berücksichtigten Anmeldungen zusätzlich

Digitized by Google

zugeteilt wurden. Eine solche Emission mit Nachlieferung, d. h. mit späterer willkürlicher Abänderung der ursprünglichen Zeichnungsbedingungen, ist nicht unbedenklich, wenn sie im hier vorliegenden Falle auch keinen Schaden angerichtet hat. Denn die neue Anleihe, von der allerdings der bei weitem größte Teil sich noch unter Verkaufsausschluß (Sperre) befindet, wird mehr als 1 % über Emissionskurs gehandelt. Der starke Erfolg der neuen Anleihe ist vielfach auf ihren besonderen Charakter einer Tilgungsanleihe zurückgeführt worden. Daß die wirkliche Ursache nicht hierin, sondern in den für Rentenpapieren günstigen Zeitumständen liegt, geht aus der Steigerung auch aller anderen guten Staatsanleihen, insbesondere der nicht tilgbaren 4 % preußischen Anleihe hervor (vgl. auch „Die Preußische Ideal-Anleihe" im Februarheft).

CHILENISCHE 5 % ANNUITÄTEN

Von diesen Annuitäten, mit denen die chilenische Regierung eine in ihrem Auftrage gebaute Eisenbahn bezahlt, ist ein Teil von 1,5 Mill. £ außer in London, Belgien usw. auch in Hamburg zur Zeichnung aufgelegt worden, und zwar zum Kurse von 94 %. In Preußen hat man kein öffentliches Angebot erlassen, wohl aus Besorgnis vor einer Ablehnung der später zu beantragenden Börsenzulassung. Diese Besorgnis ist angesichts der mißlichen Finanzlage, in der sich zurzeit alle südamerikanischen Staaten, auch Chile, befinden, und angesichts der zunehmenden Abneigung gegen exotische Anleihen nicht ungerechtfertigt. Immerhin ist anzuerkennen, daß die Anleihe erst in einem Moment zum Angebot gekommen ist, wo der Finanzbedarf Preußens, Bayerns und des Kolonialfiskus bereits gedeckt gewesen ist.

UNGARISCHE 4½ % RENTE

Für den jahrelang zurückgedrängten, immer dringlicher werdenden Geldbedarf der ungarischen Finanzverwaltung haben die kleinen Emissionen von Schatzscheinen und Rente im vergangenen Jahre (vgl. Novemberheft 1913, S. 1134) nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutet. Jezt ist die Geldnot endlich durch Begebung von nicht weniger als 500 Mill. Kr. 4½ % Renten befriedigt worden. Der Anleiheerlös dient teils zur Einlösung fällig werdender Schatzscheine, teils zur Deckung von Eisenbahn- und Heeresausgaben. Das sogenannte Rothschild-Konsortium hat, unter Teilnahme der ungarischen Postsparkasse, die Anleihe à 88¼ % übernommen und davon 400 Mill. Kr. Ende Februar à 90¾ % in Deutschland zur Subskription gestellt. Den Rest haben Rothschild in London unterzubringen versucht. Die Anleihe, die außer in Deutschland und Oesterreich-Ungarn auch in der Schweiz, Belgien und Holland aufgelegt worden ist, hat dank der gebesserten Geldverhältnisse einen vollen Erfolg gehabt.

SAO PAOLO 5 % SCHATZNOTEN

Unter Teilnahme eines Hamburger Bankhauses sind 4,2 Mill. £ zweijährige Schatznoten des brasilianischen Staates Sao Paolo übernommen und à 97 % emittiert worden — leider auch in Deutschland, und noch dazu um die Zeit der Preußischen Anleihe-Emission. Die Warnung des Preußischen Handelsministers vor der Einführung neuer Pfandanleihen ist also auch in diesem Falle in Hamburg nicht beachtet worden. Sie konnte allerdings auch kaum beachtet werden, denn wenn Sao Paolo, dessen Finanzen durch den Rückgang des Kaffeepreises bedroht sind, zahlungsfähig erhalten werden soll, muß fortgesetzt neues Geld bereitgestellt werden. Der Erlös der neuesten Schatzscheine, die über kurz oder lang durch eine größere Anleihe abgelöst werden sollen, dient denn auch im wesentlichen zur Deckung älterer Verbindlichkeiten. Der Staat Sao Paolo dürfte nicht viel davon zu sehen bekommen.

SPRITWERKE BAST

Die 2,1 Mill. M. Aktien der Vereinigten Nord- und Süddeutschen Spritwerke und Preßhefefabrik Bast, Nürnberg, sind zum Berliner Börsenhandel zugelassen und à 380 % eingeführt worden. In Frankfurt haben die Aktien bereits

Digitized by Google

seit längerer Zeit einen Markt. Die Gesellschaft, die aus kleinen Anfängen hervorgegangen ist, sich seit 1908 aber eine Brennerei nach der anderen angegliedert hat, war ursprünglich eine der schärfsten Gegnerinnen der Spiritus-Zentrale, hat dann jedoch (Ende 1911) ihren Frieden mit ihr gemacht. In den letzten Jahren hat die Gesellschaft 10 bis 16 % Dividende verteilt.

BERGWERKS-GESELLSCHAFT TRIER G. M. B. H. 5 % OBLIG.

Von den 10 Mill. M. 4½ % Obligationen, welche die G. m. b. H. vor 3 Jahren geschaffen und bis jetzt auf 4 Mill. M. auch begeben hat, sind weitere 2 Mill. M. im Januar zur Zeichnung aufgelegt worden, bezeichnenderweise aber erst, nachdem der Zinsfuß auf 5 % erhöht worden ist. Der Zeichnungspreis betrug 98½ %. In der hohen Realverzinsung — die Obligationen sind à 103 % rückzahlbar — kommt die Abneigung zum Ausdruck, die das Publikum trotz des gebesserten Geldstandes noch immer gegen Kali-Obligationen hat. Die Trier-Obligationen sind durch erststellige Hypothek auf den Felderbesitz von Radbod und Baldur sowie der Gewerkschaft Trier I—III gesichert.

SONSTIGE EMISSIONEN UND ZULASSUNGEN

a) Staatsanleihen: 90 Mill. M. Bayer. 4 % Anleihe (60 Mill. M. allgemeine, 30 Mill. M. Eisenbahn-Anleihe, in Berlin, Frankfurt, München usw. zugelassen, vgl. Januarheft S. 98); 45 Mill. M. 4 % Deutsche Schutzgebietsanleihe (à 96,50 % zur Zeichnung aufgelegt, noch an keiner Börse eingeführt); 85 Mill. M. Hamburgische 4 % Staatsanleihe (à 96¼ % zur Zeichnung aufgelegt, Zulassung folgt im März). — b) Staatsgarantierte Obligationen: 3 Mill. M. 4 % Obligationen der Herzoglichen Landeskreditanstalt zu Gotha (à 96½ % zur Zeichnung aufgelegt); 5 Mill. M. 4 % Obligationen der Herzoglich Sachsen-Meiningischen Landeskredit-Anstalt (in Berlin zugelassen); 10 Mill. Kr. 4½ % Pfandbriefe der Hypothekenbank des Königreichs Norwegen (in Hamburg à 97,25 % zur Zeichnung aufgelegt); 5 Mill. Mark 4 % Obligationen der Staatlichen Creditanstalt des Herzogtums Oldenburg (à 96,80 % zur Zeichnung aufgelegt). — c) Stadtanleihen: 6 Mill. M. Augsburger 4 % Stadtanleihe, 1,5 Mill. M. 4 % Anleihe von Herne, 2 Mill. 4 % Anleihe von Hagen, 7 Mill. M. Hallesche 4 % Anleihe, 7 Mill. M. 4 % Offenbacher Anleihe, 12 Mill. M. Breslauer 4 % Anleihe (sämtlich in Berlin zugelassen). — Zur Zeichnung wurden aufgelegt: 10 Mill. M. Münchner 4 % Stadtanleihe (à 94¼ %, auch in Berlin zugelassen), 4 Mill. M. Darmstädter 4 % Anleihe (à 94 %, auch in Berlin zugelassen), 8 Mill. M. Dortmunder 4 % Anleihe (à 93,80 %, auch in Berlin zugelassen); ferner 3 Mill. M. 4 % Anleihe von Mülhausen (Els.) à 94,30 %, 6 Mill. M. 4 % Anleihe von Wilmersdorf à 96,40 %, 8 Mill. M. 4 % Anleihe von Schöneberg à 96 %, 9,5 Mill. M. 4 % Anleihe von Lichtenberg à 94,90 %, 3,5 Mill. M. 4 % Anleihe von Aachen à 95,50 %, 10 Mill. M. 4 % Anleihe von Magdeburg à 95,90 %, 6 Mill. M. 4 % Saarbrücker Anleihe à 94,40 %, 8 Mill. M. Mainzer 4 % Anleihe à 94,30. — d) Städtische Pfandbriefe: 4 Mill. M. 4 % Pfandbriefe der Deutschen Pfandbrief-Anstalt, Posen (in Berlin zugelassen, à 96,20 % zur Zeichnung aufgelegt). — e) Hypotheken-Pfandbriefe usw.: 20 Mill. M. 4 % Pfandbriefe und 5 Mill. M. 4 % Kommunalobligationen der Rhein. Hypotheken-Bank (in Berlin zugelassen). — f) Industrie-Obligationen: 8 Mill. M. 5 % Obligationen der Elektrizitäts-A.-G. Lahmeyer (à 99¾ %, zur Zeichnung aufgelegt, vgl. auch Januarheft S. 101); 5 Mill. M. 4½ % Obligationen der Rhein. Siemens-Schuckertwerke (in Berlin zugelassen); 5 Mill. M. 5 % Obligationen der Landkraftwerke Leipzig (in Berlin zugelassen, à 99,75 %, zur Zeichnung aufgelegt); 10 Mill. M. 5 % Obligationen der Electricitäts-Lieferungs-Gesellschaft (in Berlin zugelassen, freihändig à 100 % verkauft); 2,77 Mill. M. unverzinsliche Obligationen der Rhein. Metallwarenfabrik (ausgegeben zur Ablösung alter Dividendenansprüche der Vorzugs-Aktien); 4 Mill. M. 5 % Obligationen der Gewerkschaft Ludwig II

Digitized by Google

(in Berlin zugelassen, à 99 %, zur Zeichnung aufgelegt); 10 Mill. M. 5 % Obligationen der Russ. Zellstoff Waldhof A.-G. (in Berlin zugelassen). — g) Industrie-Aktien: 2 Mill. M. 6 % Vorzugsaktien des Aktien-Bauvereins „Unter den Linden" (à 103½ %, zur Zeichnung aufgelegt, dienen zum Erwerb des Metropolpalastes, vgl. Januarheft S. 93); 30 Mill. M. 6 % Vorzugsaktien der Deutsch-Ueberseeischen Electricitäts-Gesellschaft (in Berlin zugelassen, vgl. Maiheft 1913, S. 496); 3 Mill. M. Aktien der Gebr. Schöndorff A.-G. (nach zweimaligem Zulassungsantrag in Berlin zugelassen, aber noch nicht eingeführt); 8 Mill. M. Rhein. Schuckert-Gesellschaft junge Aktien (in Berlin zugelassen, vgl. Augustheft 1913 S. 815); 6 Mill. Mark junge Aktien der Deutschen Kaliwerke (Emission von 1912 und 1913, jetzt in Berlin zugelassen).

Gründungen und Kapitalserhöhungen

im Januar und Februar.

Eine Statistik der Gründungen und Kapitalserhöhungen bringen wir an anderer Stelle; hier werden nur die wichtigeren, darunter auch solche, die noch nicht in das Handelsregister eingetragen sind, besprochen.

A. E. G. SCHNELLBAHN A. G. Unter dieser Firma ist eine Aktiengesellschaft mit 22½ Mill. M. 4½ % Vorzugsaktien und 20 Mill. M. Stammaktien gegründet worden, wozu nach und nach noch 42½ Mill. M. 4 % Obligationen treten sollen, deren Verzinsung und Tilgung von der Stadt Berlin garantiert sind. Die 85 Mill. M. dienen zum Bau und Betrieb der neuen Berliner Hoch- und Untergrundbahnstrecke Gesundbrunnen—Neukölln, für welche die A. E. G. die Konzession erworben hat. Die A. E. G. hat also diese Unternehmung in eine besondere Gesellschaft eingebracht und sich selbst nur die Bauausführung gesichert. Nach 30 Jahren kann die Stadt Berlin das Unternehmen unter bestimmten Bedingungen (mindestens 115 % des Anlagekapitals) übernehmen. Die Aktien sind bereits zur Berliner Börse zugelassen worden und sollen — obwohl zunächst nur ein Bruchteil des Kapitals erforderlich ist — demnächst emittiert werden. Auf diese Weise kommt die A. E. G. bzw. ihre Bank auf längere Zeit in den Besitz neuer Mittel.

CANADA PACIFIC Die Bahn, die seit Jahren einen ganz auffälligen Kapitalbedarf hat, befriedigt ihn jetzt auf eine seltsame Weise. Sie hat die Hypothekenforderungen auf ihren verkauften Landbesitz und die Werte, in denen die Barerlöse aus demselben angelegt sind, in einen besonderen „Trustfonds" eingebracht und auf Grund dieser „Sicherheit" 52 Mill. Doll. sog. Special Investment Fund 6 % Note Certificates geschaffen, die den Aktionären à 80 % zum Bezuge angeboten worden sind. Diese Geldbeschaffung kostet die Bahn beinahe 8 % und beweist die Dringlichkeit ihres Bedarfs. Die Direktion freilich stellt sie als ein absichtlich zum Vorteil der Aktionäre gewähltes Verfahren, als eine Art „Bonus" dar. Im übrigen spricht man bereits wieder von ca. 75 Mill. Doll. neuen Aktien, die ausgegeben werden sollen.

PETERSBURGER INTERNATIONALE HANDELSBANK Die Bank hat ihr Kapital um 12 Mill. Rbl. auf 60 Mill. Rubel erhöht. Die neuen Aktien sind den Aktionären à 167 % zum Bezuge angeboten worden; vorher war in Petersburg die Nachricht verbreitet worden, daß die Dividende pro 1913 trotz der wenig günstigen Petersburger Börsenlage von 13,6 auf 14 % erhöht werden würde. Das vermittelnde Bankenkonsortium hat 2 % Kommission erhalten. Seit 1910 ist dies die dritte Kapitalerhöhung der Bank, deren Geschäftsumfang sich allerdings ebenfals wesentlich vergrößert hat, und deren fremde Gelder sich erheblich vermehrt haben.

MASCHINENFABRIK AUGSBURG NÜRNBERG Die Gesellschaft, die in den letzten Jahren einen sehr starken Kapitalbedarf hat, ist wieder zu einer Kapitalerhöhung geschritten. Es sind den Aktionären 9 Mill. M. jge. Aktien zu einem sehr niedrigen Kurse (125 % bei fast doppelt so hohem Börsenkurse) angeboten worden. Etwa nicht be-

Digitized by Google

zogene Aktien werden vom Bankenkonsortium à 200 % übernommen. Der Erlös dient zur Abdeckung von Bankschulden, die durch die im vorigen Jahre begebenen 15 Mill. M. Obligationen nicht vollständig haben getilgt werden können. Auch die neueste Geldbeschaffung scheint Angesichts des forcierten Erweiterungsprogramms der Gesellschaft nur ein provisorisches Aushilfsmittel zu sein, obwohl „mit weiteren Investierungen gewartet werden" soll. Die Dividende der Gesellschaft, die von 1909 bis 1912 stets 19¼ bis 20,4 % betragen hat, ist im vorigen Jahre nach Einführung der Aktien in Berlin (vgl. Märzheft 1913, S. 294) auf 16 % zurückgegangen.

VERSCHIEDENE GRÜNDUNGEN

Sächsische Metallwaren-Fabrik Aug. Wellner Söhne A.-G. Kapital 5 Mill. M. Bei Errichtung ist sofort ein Reservefonds von 0,5 Mill. Mark gebildet worden dadurch, daß die Vorbesitzer diesen Betrag von dem ihnen zukommenden Kaufpreise nachgelassen (?) haben. — Bremer Liquidationskasse A.-G. Nach dem Muster der Hamburger Kasse gegründet zum Zweck der Kompensationserleichterung usw. im Baumwollterminhandel. Kapital 2 Mill. M. Im Aufsichtsrat sind die größeren Bankhäuser und Bankfilialen Bremens vertreten.

VERSCHIEDENE KAPITALERHÖHUNGEN

Brown, Boveri & Co. (Baden, Schweiz). Erhöht ihr Kapital von 28 auf 32 Mill. Fr. Die jungen Aktien werden den Aktionären à 120 % angeboten. — Stärkezucker-Fabrik Act.-Ges. (Köhlmann). Bietet den Aktionären 0,9 Mill. M. junge Aktien al pari an. Das Kapital erhöht sich dadurch auf 4,5 Mill. M. — Kollmar & Jourdan A.-G. Erhöht ihr Kapital um 0,75 auf 4 Mill. M. Von den jungen Aktien werden 0,65 Mill. M. den Aktionären à 165 % angeboten, der Rest geht zum gleichen Kurse an ein Bankenkonsortium.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Das Bankgeschäft. Von Dr. Georg Obst. I. Band. Verkehrstechnik und Betriebseinrichtungen. Leipzig 1914. Carl Ernst Pöschel. (12 M.) — Das neue Buch gibt dem Fachmann wie dem Laien eine Fülle von Anregungen. Als Praktiker und Theoretiker ist der Verfasser in der Lage, das Thema erschöpfend zu behandeln, neue Anregungen zu geben oder sachgemäße Kritik zu üben. Die Geschäfte der Banken werden in drei Abschnitten: Zahlungsvermittlung, Kreditgewährung und Kapitalverwaltung, behandelt. Das Buch bringt ein zahlreiches, bisher nicht veröffentlichtes Material.

* * *

Schmoller's Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 37. Jahrgang, 4. Heft. — Aus dem Inhalt: Die Emissionsstatistik in Deutschland und einigen ausländischen Staaten (Marx). — Die Noten der Niederländischen Bank (Eisfeld).

Journal des Economistes (Gugot). Februar 1914. — Aus dem Inhalt: Les premiers résultats de la nouvelle loi anglaise d'assurance sociale (Bellom). — Le conflit sur le Nord-Atlantique (Hochschiller).

Zeitschrift für Sozialwissenschaft (Pohle). 4. Februar und 4. März 1914. — Aus dem Inhalt: Der öffentlich-rechtliche Begriff und die Tragweite des Grundeigentums (Bredt). — Das Wirtschaftsjahr 1913 (Pohle).

Der Oesterreichische Volkswirt (Federn). 21. und 28. Februar. — Aus dem Inhalt: Die Novelle zur Pensionsversicherung (Tauber). — Die Lokalbahnvorlage. — Arbeitslosenfürsorge (Steinitzer).

Soziale Kultur. Februar und März 1914. — Aus dem Inhalt: Arbeitslosenversicherung (Flügler). — Die Staatsrechtsnatur der Handwerkskammer (Wilden).

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat Februar (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metallbestand*)	Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (—) **)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdisk. %
							7. Februar								
1914	1587,8 (1277,6)	65,8	17,6	786,9	56,3	285,2	202,8	180,0	70,0	1919,2	768,6	64,5	+302,0	82,7	4½
1913	1163,7 (881,7)	22,2	23,9	1193,6	80,1	22,0	176,6	180,0	66,9	1879,4	500,9	54,8	—119,6	61,9	6
1912	1185,6 (864,2)	45,8	24,9	1029,5	67,1	56,1	126,0	180,0	64,8	1635,2	615,0	40,0	+171,1	72,5	5
1911	1114,1 (820,4)	62,7	22,9	870,1	68,5	19,1	166.0	180,0	64,8	1489,3	552,7	36,7	+260,6	75,0	4½
1910	1053,8 (792.8)	64,9	18,5	773,0	62,8	212.0	183,3	180,0	64,8	1519,6	566,9	37,1	+ 90,5	69,3	4½
							14. Februar								
1914	1629,4 (1309,3)	70,2	25,7	787,1	62,2	276,0	198,1	180,0	70,0	1825,6	908,0	65,1	+449,7	89,2	4
1913	1201,1 (911.4)	25,1	33,6	1131,2	81.3	31,1	167,6	180,0	66,9	1774,3	593,6	56,0	+ 35,4	67,6	6
1912	1242,1 (910,4)	49,5	34,3	1030,3	98,1	56,6	143,2	180,0	64,8	1537,6	830,8	40,9	+338,3	80,8	5
1911	1171,4 (865,3)	65,8	30,6	836,2	69,1	34,8	168,9	180,0	64,8	1421,0	673,2	37,4	+396,3	82,3	4½
1910	1100,7 (828,7)	67,5	26,9	743,0	61,9	227,9	189,1	180,0	64,8	1445,2	689,0	38,0	+222.8	76,2	4
							23. Februar								
1914	1667,8 (1337,3)	76,2	31,8	800,4	58.6	257,5	199,4	180,0	70,0	1734 7	1036,7	70,4	+591,2	96,1	4
1913	1230,6 (932,1)	27,9	38,7	1087,4	68,5	11,1	170,9	180,0	66,9	1711,7	619,6	56,9	+135,5	71,9	6
1912	1269,5 (928,4)	52,4	40,5	974,2	66,1	36,3	136.3	180,0	64,8	1487,4	801,5	41,7	+425,1	85,4	5
1911	1212,4 (896,1)	68,1	35,2	831,4	51,4	2,1	175,8	180,0	64,8	1372,2	721,4	38,0	+493,6	88 3	4
1910	1150,4 (864,9)	70.1	32.9	787,2	65,3	170,6	199,7	180,0	64,8	1379,5	813,1	38,7	+346,8	83,4	4
							28. Februar								
1914	1611,4 (1292,6)	63,4	11,3	879,7	120,9	276,8	215,9	180,0	70,0	1954,0	905,0	70,4	+282 2	82.5	4
1913	1192,1 (900,9	22,3	11,7	1127,0	184,3	19,1	182 1	180,0	66,9	1876,0	564,5	58,0	—100,0	63,5	6
1912	1223,1 (884,2)	47,6	11,6	1042,5	130,3	36,4	154,0	180,0	64,8	1608,0	750,3	42,3	+224,2	76,1	5
1911	1138,8 (829,5)	64,3	11,4	873,9	128,0	23,5	191,1	180,0	64,8	1486,3	661,4	38,5	+278,3	76,6	4
1910	1081,5 (802,3)	67,2	13 8	819,7	153,8	170,4	192,2	180,0	64,8	1479,6	735,2	38,9	+155,7	73,1	4

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Februar.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Febr 1914	Metall-bestand	Reichs-kassen-scheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Reserv.-Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 587 842	65 771	17 590	786 902	56 276	285 181	202 801	180 000	70 048	1 919 169	768 617	—	64 529	+ 302 034	—
	14.	1 629 404	70 231	25 723	787 107	62 179	275 996	198 061	180 000	70 048	1 825 652	907 923	—	65 078	+ 449 706	—
	23.	1 667 830	76 236	31 849	800 384	58 609	257 489	199 434	180 000	70 048	1 734 699	1 036 662	—	70 422	+ 591 216	—
	28.	1 611 453	63 427	11 332	879 722	120 884	276 825	215 862	180 000	70 048	1 953 997	905 037	—	70 423	+ 282 215	—
Bayerische Notenbank	7.	35 247	166	3 440	38 997	2 538	54	3 457	7 500	3 750	63 462	4 448	—	4 739	+ 7 391	800
	14.	35 565	210	2 130	39 583	2 523	54	3 423	7 500	3 750	63 497	3 996	—	4 745	+ 6 408	962
	23.	34 039	182	2 973	39 599	2 564	54	3 124	7 500	3 750	62 622	3 890	—	4 773	+ 6 572	783
	28.	32 824	111	4 322	39 854	2 611	55	3 428	7 500	3 750	63 850	3 302	—	4 803	+ 5 407	574
Sächsische Bank	7.	20 031	1 041	11 580	41 939	27 243	6 963	17 174	30 000	7 500	37 939	26 844	22 651	1 036	+ 11 484	1
	14.	21 513	1 166	10 894	41 208	26 167	7 578	17 366	30 000	7 500	38 056	26 429	22 853	1 054	+ 12 288	2
	23.	21 688	1 375	11 449	40 218	26 987	7 294	19 448	30 000	7 500	38 818	28 013	23 025	1 103	+ 12 465	2
	28.	17 313	917	11 441	42 497	29 649	8 245	16 470	30 000	7 500	42 029	24 521	21 372	1 111	+ 4 413	3
Württembergische Notenbank	7.	10 225	153	1 373	20 838	16 020	2 585	2 467	9 000	1 625	19 657	20 905	7	2 466	+ 2 094	695
	15.	10 315	197	1 636	21 425	16 754	2 585	1 860	9 000	1 625	20 832	20 815	7	2 491	+ 1 316	866
	23.	10 428	240	2 124	20 945	16 537	2 585	2 139	9 000	1 625	21 877	19 975	7	2 513	+ 915	1 349
	28.	8 570	124	1 504	18 836	16 324	2 585	1 748	9 000	1 625	19 344	17 179	7	2 536	+ 854	2 805
Badische Bank	7.	7 018	14	1 448	17 451	14 017	363	5 465	9 000	2 250	17 283	15 116	—	2 128	+ 1 197	188
	15.	8 183	8	1 246	17 236	14 392	912	4 737	9 000	2 250	19 263	14 888	—	1 313	+ 174	430
	23.	9 237	6	2 099	17 389	14 378	919	4 072	9 000	2 250	20 911	14 600	—	1 339	+ 431	427
	28.	5 742	1	703	17 574	12 464	922	3 815	9 000	2 250	15 179	13 420	—	1 372	+ 1 267	638
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 660 363	67 145	35 431	906 127	116 094	295 046	231 364	235 500	85 173	2 057 510	835 930	22 658	74 898	—	—
	15.	1 704 675	70 812	41 629	906 559	122 015	287 125	215 447	235 500	85 173	1 967 300	974 051	22 860	74 681	—	—
	23.	1 743 222	78 039	50 494	918 535	119 075	268 341	228 217	235 500	85 173	1 878 927	1 103 140	23 032	80 150	—	—
	28.	1 675 902	64 580	29 302	998 483	181 932	288 632	241 323	235 500	85 173	2 094 399	963 459	21 379	80 245	—	—

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Februar (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 Febr. 4.	43,35	11,25	36,00	28,44	10,72	51,80	33,37	$53^3/_8$	3
„ 11.	43 15	11,26	36,00	28,11	12.45	50,20	33,49	$53^1/_2$	3
„ 18.	42.53	11,25	37,14	28,08	17,22	45,96	32,90	52	3
„ 25.	22,70	11,25	37,99	28,21	20,63	43,44	32,94	$51^3/_8$	3
1913 Febr. 5.	36,19	13,04	34,98	28,07	18,27	38,24	26,57	47	5
„ 12.	36 99	13,04	37,90	27,68	20,90	39,68	27,76	$45^3/_4$	5
„ 19.	37,71	13,04	37,96	27,79	23,54	37,68	28,37	$46^3/_8$	5
„ 26.	37,71	13,03	41,87	27,71	23,55	41,67	28,46	$43^5/_8$	5
1912 Febr. 7.	38,89	14,87	29,33	27,94	18,22	37,30	29,40	53	4
„ 14.	39,23	15,15	31,45	27,71	18,79	39,68	29,97	$51^1/_4$	$3^1/_2$
„ 21.	39,90	15,15	35,34	27.68	22,73	40,28	30,67	$48^5/_8$	$3^1/_2$
„ 28.	40,07	15,12	38,86	27,99	21,57	44,83	30,53	46	$3^1/_2$
1911 Febr. 1.	36,47	14,91	28,81	27,70	10,95	41,87	27,22	$51^1/_2$	4
„ 8.	37,34	14,91	28,22	27,30	11,75	41,75	28,49	$53^1/_4$	4
„ 15.	37,50	14,83	29,31	26,93	13,75	41,26	29,02	$52^3/_4$	4
„ 22.	38,20	14,83	30 71	27,11	16,88	40,05	29,54	$51^7/_8$	$3^1/_2$
März 1.	38,15	14,64	32,80	27,52	19,02	39,24	29,08	$49^7/_8$	$3^1/_2$
1910 Febr. 2.	36,66	14,01	30,46	28,15	10,21	43,19	26,96	$50^1/_2$	$3^1/_2$
„ 9.	36,58	14,01	29,45	27,80	7,89	44,76	27,23	$51^3/_4$	$3^1/_2$
„ 16.	37,33	14,01	29,04	27,53	8,98	44,24	28,25	53	3
„ 23.	36,63	14,01	29,41	27,75	8,25	44,41	27,33	$51^7/_8$	3

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Februar (von 1910—1914). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in %	Bank-disk. %	Gold-Prim. %
						staatl.	priv.			
1914 Febr. 5.	3548,8	650,5	1537,6	1009,0	6028,8	145,5	712,4	69,6	$3^1/_2$	—
„ 12.	3572,4	649,5	1494,6	989,5	5845,0	212,0	695,1	72,2	$3^1/_2$	—
„ 19.	3588,4	647,5	1503,3	987,7	5799,9	200,4	763,8	73,0	$3^1/_2$	—
„ 26.	3598,3	646,0	1502,0	984,2	5763,5	200,1	830,1	73,6	$3^1/_2$	—
1913 Febr. 6.	3218,2	640,2	1823,6	943,5	5854,7	185,5	649,5	65,9	4	—
„ 13.	3227,2	628,8	1781,3	925,0	5754,8	193,4	641,4	67,0	4	—
„ 20.	3226,1	628,7	1710,9	922,4	5677,3	189 9	677,2	67,9	4	—
„ 27.	3220,2	621,8	1908,2	914,6	5787,6	273,2	634,0	66,4	4	—
1912 Febr. 1.	3183,8	805,9	1546,0	890,7	5467,6	282,5	569,9	72,9	$3^1/_2$	—
„ 8.	3185,2	810,3	1284,3	904,9	5363,4	250,5	560,4	74,4	$3^1/_2$	—
„ 15.	3197,6	803,8	1232,5	888,5	5315.6	257,8	568,2	75,2	$3^1/_2$	—
„ 22.	3236,1	813,5	1177,2	879,4	5247,0	239,9	650,4	77,2	$3^1/_2$	—
„ 29.	3231,0	806.8	1423,5	873,0	5461,9	231,7	599,1	73,9	$3^1/_2$	—
1911 Febr. 2.	3241,3	818,5	1411,3	788,3	5411,1	130,6	605.3	75,1	3	—
„ 19.	3247.3	823,8	1142,4	795,2	5296,4	162,7	525,9	76,8	3	—
„ 16.	3249,3	826,2	1087,0	793,5	5237,5	200,1	503,2	77,8	3	—
„ 23.	3263,0	831,3	1095,2	791,9	5187,9	187,9	593,9	78,9	3	—
1910 Febr. 3.	3476,4	874,7	1163,7	701,5	5464,6	40,1	643,8	79,6	3	—
„ 10.	3481,2	872,3	902,9	701,8	5294,6	42,6	619,9	82.2	3	—
„ 17.	3479,8	870,7	882,0	699,2	5227,8	54,8	630,9	83,2	3	—
„ 24.	3483,7	873,3	957,3	694,1	5183,6	153,7	667,5	84,1	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1910 bis 1911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Bank von Italien.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913. (Mill. Lire.)

Ausweis-Tag	Gold-bestand	Silber	old-wechsel auf das Ausland[1]	Wechs., Vorsch. und Debit.[2]	Guthab. des Staates	Guthab. der Privat.	Noten-umlauf	Durch Gold u. Silber nicht gedeckte Not.	Bank-diskont % [3]
1913 Okt. 10.	1112,4	95,8	86,4	808,8	84,9	196,2	1756,6	548,4	5½
„ 20.	1110,3	96,1	86,6	802,5	79,7	195,1	1747,1	540,7	5½
„ 31.	1109,6	93,9	86,8	872,5	127,2	196,2	1790,8	587,3	5½
Nov. 10.	1109,3	94,1	85,4	829,4	103,3	174,7	1784,8	581,4	5½
„ 20.	1109,3	95,0	86,0	802,0	101,6	186,3	1742,4	538,1	5½
„ 30.	1109,1	94,8	86,8	822,3	108,8	194,6	1752,6	548,7	5½
Dez. 10.	1108,3	95,5	85,6	803,9	108,2	185,1	1724,0	520,2	5½
„ 20.	1108,0	95,8	86,9	839,4	112,9	204,6	1711,0	507,2	5½
„ 31.	1107,6	94,6	89,0	942,3	158,8	207,9	1764,4	562,2	5½
1912 Okt. 10.	1023,1	118,9	87,4	805,6	80,4	185,8	1739,4	597,4	5½
„ 20	1023,8	119,8	88,4	816 0	75,4	201,3	1724,1	580,5	5½
„ 31.	1025,8	120,0	88,6	864,6	124,9	194,9	1741,2	595,4	5½
Nov. 10.	1024,2	120,4	87,4	831,7	105,0	188,7	1727,8	583,2	6
„ 20.	1021,6	121,7	86,2	831,3	129,6	197,5	1686,1	542,8	6
„ 30.	1018,0	122,2	85,4	830,5	110,9	203,9	1692,7	552,5	6
Dez. 10.	1022,3	123,1	85,7	802,2	109 6	188,1	1656,4	511,0	6
„ 20.	1026,7	124,0	86,6	777,3	71,9	213,9	1643,7	493,0	6
„ 31.	1022,0	123,3	88,3	858,9	108,3	198,9	1700,7	555,4	6

[1]) Ein Teil der Goldwechsel auf das Ausland erscheint nochmals in der Rubrik Wechsel und Darlehen. [2]) In den früheren Zusammenstellungen sind die Debitoren gesondert aufgeführt worden. [3]) Maximaldiskontsatz.

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913. (Mill. Frcs.)

Datum	Metallbestand		Wechsel	Darlehen	Korrespondent.*)	Kurzfällige Verbindlichkeiten	Notenumlauf	nicht metallisch ged. Noten	Bankdiskont
	Gold	Silber							
1913 Okt. 7.	170,4	28,4	107,7	14,5	19,3	50,4	279,0	80,2	4½
„ 15.	172,5	29,3	102,3	13,5	19,4	56,6	269,1	67,3	4½
„ 23.	172,1	29,8	96,5	13,9	18,2	57,3	262,2	60,3	4½
„ 31.	171,4	27,4	110,0	18,7	20 6	46,5	288,3	89,5	4½
Nov. 7.	171,7	27,2	100,8	17,8	20,9	48,5	277,9	79,0	4½
„ 15.	171,9	27,7	100,5	14,8	21,6	51,1	272,6	73,0	4½
„ 22.	171,9	27,9	93,8	14,2	15,6	50,0	261,1	61,3	4½
„ 29.	171,4	25,8	99,2	16,5	25,2	50,1	274,9	77,7	4½
Dez. 7.	171,4	25,0	91,7	17,3	21,1	47,4	265,5	69,1	4½
„ 15.	171,4	25,0	94,5	16,5	18,9	55,2	257,8	61,4	4½
„ 23.	170,3	23,3	111,0	17,3	14,2	47,0	275,0	81,4	4½
„ 31.	170,0	20,8	146,5	28,2	23,8	58,9	313,8	123,0	4½
1912 Okt. 7.	174,5	14,5	117,7	12,8	23,7	43,6	286,2	97,2	4½
„ 15.	175,1	16,8	116,8	12,6	22,5	53,6	278,1	86,2	4½
„ 23.	174,7	18,1	115,3	12,4	16,3	51,9	273,2	80,4	4½
„ 31.	174,1	16,7	133,6	15 5	20,4	48,0	298,3	107,5	4½
Nov. 7.	174,6	16,2	144,0	13,8	22,2	59,3	298,0	107,2	4½
„ 15.	177,1	15,6	138,4	12,6	22,3	56,3	295,9	103,2	4½
„ 23.	178,1	14,4	135,3	13,5	14,9	56,2	286,6	94,1	4½
„ 30.	179,1	10,6	138,8	15,1	23,2	46,5	305,0	115,3	5
Dez. 7.	181,7	9,7	134,9	13,2	15.5	47.3	292,8	101,4	5
„ 15.	177,3	14,2	134,0	12,0	18,9	52,2	287,8	96,3	5
„ 23.	173,5	15,6	144,9	14,6	18,1	53,3	299,3	110,2	5
„ 31.	173,1	12,8	171,9	25,4	27,1	55,5	339,2	153,3	5

*) Einschließlich Devisen.

Digitized by Google

Bank von Spanien.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913. (Mill. Pesetas.)

Ausweis-Tag	Metall		Ausländ. Guthaben	Wechsel	Darlehen[2]	Guthaben des Staat.	Guthaben der Privat.	Notenumlauf	Durch Gold u. Silb. nicht ged. Not.	Bankdiskont
	Gold	Silber[1]								
1913 Okt 4.	467,7	750,6	201.5	329,5	545,3	125,4	413,5	1922,8	704,5	4½
„ 11.	468,8	740,8	197,5	330,1	537,6	116,1	413,0	1933,0	723,4	4½
„ 18.	469,7	740,9	196,3	328,4	532,6	110,1	419 1	1927,9	717,3	4½
„ 25.	470,2	740,2	196,0	328,5	528,3	108,2	411,7	1926,4	716,0	4½
„ 31.	471,8	741,1	194,9	335,8	535,6	106,4	411,1	1931,2	718,3	4½
Nov. 8.	471,9	732,1	197,0	330,6	541,5	117,8	416,7	1942,7	738,7	4½
„ 15.	473,3	732,4	192,2	326,3	533,7	106,2	429,9	1928,2	722,5	4½
„ 22.	474,0	735,3	192,5	324,4	527,6	103,2	425,9	1909,5	700,2	4½
„ 29.	475,4	736,4	187,4	331,1	528,4	96,4	417.8	1905,7	693,9	4½
Dez. 6.	476,0	728,5	190,1	328,6	543,8	97,1	420,0	1907,6	703,1	4½
„ 13.	476,8	730,1	190,8	325,6	553,0	91,4	428 8	1912,4	705,5	4½
„ 20.	478,2	728,9	192,0	343,6	562,3	91,8	456,0	1909,1	702,0	4½
„ 27.	479.2	725,9	193,6	347,8	563.9	94,8	468,0	1934,2	729,1	4½
1912 Okt. 5.	430,0	746,7	190,7	279,7	550,1	117,1	446,5	1861,8	685,1	4½
„ 12.	430,7	745,3	193,0	276,5	539,7	113,6	450,2	1867,6	691,6	4½
„ 19.	431,4	745,6	193,7	276,5	539,5	109,8	448,4	1862,9	685,9	4½
„ 26.	432,0	747,2	194,4	273,2	538,5	108,2	454,8	1868,2	689,0	4½
Nov. 2.	432,1	746,4	195,2	275,1	544,3	105,3	444,5	1876,1	697,6	4½
„ 9.	432,8	741,2	197,1	270,2	543,9	106,7	447,5	1882,5	708,5	4½
„ 16.	433,9	742,0	198,8	268,7	538,0	112,1	459,4	1869,0	693,1	4½
„ 23.	434,6	745,9	196,3	272,5	536,5	109,0	463,2	1856,6	676,1	4½
„ 30.	435,2	750,5	193,9	278,0	535,2	101.1	446,4	1846,8	661,1	4½
Dez. 7.	435,8	744,7	195,3	278,7	544,0	100,1	450,9	1845,2	664,7	4½
„ 14.	436,5	746,8	198,1	277,5	539,3	97,5	451,4	1839,3	656,0	4½
„ 21.	437,1	746,1	200,8	281,0	537,4	100,5	447,0	1843,3	660,1	4½
„ 28.	437,2	743,4	203,2	281,0	537,6	102,4	459,8	1855,7	675,1	4½

[1]) Inklusive geringer Kupferbestände.
[2]) Inkl. 150 Mill. Pesetas ewiger Vorschuß an die Regierung.

Bank von Portugal.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913. (Mill. Escudos.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber[1])	Wechsel	Darleh.	Guthaben d. Staats	Guthaben d. Privat.	Notenumlauf	dav. nicht met. ged.	Disk. %
1913 Okt. 1.	7,514	9,113	22,883	70,785	3,048	6,537	85,643	69,016	5½
„ 8.	7 514	8,966	23,222	71,268	3,067	6,723	86,190	69,710	5½
„ 15.	7,515	8,989	23,173	71,265	3,207	7,027	85,721	69,217	5½
„ 22.	7,515	9,067	23,190	70,703	2,647	7,002	85,558	68,976	5½
„ 29.	7,516	9,086	23,331	70,439	2,627	7,031	85,422	68,820	5½
Nov. 5.	7 516	9,018	22,865	71,097	2,614	6,761	85,869	69,335	5½
„ 12.	7,518	8,927	23,225	71,105	2,636	7,195	85 516	69,071	5½
„ 19.	7,518	8,976	23,285	71,336	2,778	7,172	85,824	69,330	5½
„ 26.	7,519	9.232	23,429	71,206	2,854	7,220	85,659	68,908	5½
Dez. 3.	7,518	8,969	23,151	71,693	2,581	7.592	85,842	69,355	5½
„ 10.	7,527	8,958	22.937	72,091	2 682	7,040	86 441	69,956	5½
„ 17.	7,527	8,993	23,060	71,759	2,737	7,106	86 085	69,565	5½
„ 24.	7.531	8.926	23.123	71.974	2,530	7.212	86.325	69.868	5½
1912 Okt. 2.	7,006	8,269	22.302	70,511	2,743	7,487	83,120	67,845	6
„ 9.	7,006	8,286	21,834	70,492	2,732	7,410	82,671	67,377	6
„ 16.	7,007	8,290	21,783	69 914	2,864	7,003	82,352	67,055	6
„ 23.	7,007	8,363	21,815	70,069	2,859	7,459	82,082	66,712	6
„ 30.	7,008	8,424	22.160	70,522	2,791	7,632	82,527	67,095	6
Nov. 6.	7,008	8,361	21,855	70.958	2,785	7,359	83,053	67,684	6
„ 13.	7,008	8,395	21,829	70,770	2,208	7,592	82,863	67,460	6
„ 20.	7,008	8,481	21,420	70,779	2,264	7,299	82,848	67.359	6
„ 27.	7,009	8.472	21,873	71,145	2,126	7,356	83,475	67,994	6
Dez. 4.	7,009	8,415	21,785	71,476	2,533	7,021	84,234	68,810	6
„ 11.	7.011	8,461	21.868	71,637	2,598	7,360	83,873	68,401	6
„ 18.	7.011	8,505	21,913	72,175	2,585	7,291	84,439	68,923	6
„ 24.	7,018	8,457	22,103	72,453	2,295	7,650	84,671	69,196	6

[1]) Inkl. geringer Kupferbestände.

Digitized by Google

Niederländische Bank.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913 (in 1000 Fl.)

Ausweis-Tag			Metall		Wechsel-bestand	Darlehen	Laufende Rechnungen (Saldo)	Noten-umlauf	Nicht metallisch gedeckte Noten	Bank-diskont %
			Gold	Silber						
1913	Okt.	4.	148 319	7 563	77 031	105 719	3 940	319 719	163 837	5
	„	11.	148 330	7 063	85 185	101 015	2 684	320 750	165 357	5
	„	18.	148 372	7 519	88 585	97 314	3 359	319 180	163 289	5
	„	25.	148 384	7 840	90 761	95 796	3 202	320 498	164 274	5
	Nov.	1.	148 383	7 404	101 746	107 808	3 498	341 003	185 216	5
	„	8.	148 388	7 017	98 836	101 365	2 870	333 089	177 684	5
	„	15.	149 419	7 568	99 016	96 929	3 799	328 890	171 903	5
	„	22.	149 502	8 205	96 081	89 373	3 711	319 540	161 833	5
	„	29.	149 498	8 424	91 096	96 173	2 922	321 706	163 784	5
	Dez.	6.	149 482	8 347	90 737	92 493	4 417	316 180	158 351	5
	„	13.	149 474	9 083	87 955	91 896	3 604	314 239	155 682	5
	„	20.	150 494	9 583	84 775	91 796	4 584	311 056	150 979	5
	„	27.	151 489	9 016	81 804	95 259	4 332	312 695	152 190	5
1912	Okt.	5.	149 229	6 513	92 399	88 792	4 434	314 156	158 414	4
	„	12.	150 913	6 246	95 072	87 151	4 631	315 498	158 339	4
	„	19.	156 439	6 645	94 885	82 419	4 916	316 223	158 139	4
	„	26.	158 552	6 799	93 626	80 095	3 527	317 243	151 892	4
	Nov.	2.	161 981	6 169	104 738	85 145	3 704	334 925	166 775	4
	„	9.	164 157	5 927	105 514	74 185	6 741	323 540	153 456	4
	„	16.	167 436	6 659	103 067	73 224	8 431	321 940	147 845	4
	„	23.	166 468	7 094	100 390	73 161	10 552	316 724	143 162	4
	„	30.	164 461	7 115	103 041	77 855	10 464	321 720	150 144	4
	Dez.	7.	161 756	7 217	103 305	75 861	12 098	316 179	147 206	4
	„	14.	161 126	7 785	101 734	77 399	11 848	316 149	147 238	4
	„	21.	160 680	8 242	99 843	79 552	15 065	312 969	144 047	4
	„	28.	161 773	8 081	101 130	82 039	15 120	317 116	147 262	4

Belgische Nationalbank.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913 (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag			Gold	Silber	Ausländ. Guthab.	Wechsel	Darleh a. belg. Staatspap.[1])	Staatl. u. priv. Depositen	Banknotenumlauf	Nicht metall. gedckt. Noten	Bank-diskont %
1913	Okt.	2.	243,3	67,1	132,1	560,3	80,1	104,1	998,9	688,5	5
	„	9.	244,0	67,2	128,1	550,4	67,6	79,9	997,1	685,9	5
	„	16.	244,7	67,4	122,6	553,6	66,7	78,7	995,5	683,4	5
	„	23.	245,0	70,6	120,9	566,0	63,9	95,9	989,5	673,9	5
	„	29.	245,0	62,4	126,1	574,0	59,6	83,3	1002,5	695,1	5
	Nov.	6.	247,5	66,8	109,9	570,3	74,5	94,9	991,6	677,3	5
	„	13.	248,0	63,7	126,8	552,5	64,5	74,1	998,6	686,9	5
	„	20.	248,2	67,0	130,8	554,5	64,6	95,4	986,5	671,3	5
	„	27.	248,4	64,1	129,2	566,9	64,3	91,9	998,0	685,5	5
	Dez.	4.	248,5	70,5	124,7	570,8	68,1	117,4	981,9	662,9	5
	„	11.	248,6	64,2	124,9	562,2	62,5	89,1	989,6	676,8	5
	„	18.	249,0	69,5	122,0	558,1	62,1	96,4	979,9	661,4	5
	„	24.	249,0	63,4	145,5	568,8	55,6	95,6	1001,2	688,8	5
	„	30.	249,0	57,3	170,3	603,7	57,9	102.9	1049,8	743,5	5
1912	Okt.	3.	212,2	86,4	162,2	450,8	98,0	102,8	931,1	632,5	4
	„	10.	212,5	78,6	138 4	490,0	85,9	83,8	940,5	649,4	4
	„	17.	212,7	76,9	107,3	505,4	95,7	78,4	937,5	647,9	5
	„	24.	212,9	70,8	102,9	531,2	83,7	81,9	937,6	655,9	5
	„	30.	213,0	65,3	115,1	555,6	85,4	72,1	980,0	701,7	5
	Nov.	7.	213,2	69,8	101,1	544,8	91,7	94,0	943,4	660,4	5
	„	14.	213,2	67,5	100,2	544,4	81,9	74,8	949,0	668,3	5
	„	21.	213,4	71,1	123,0	561,1	84,5	133,6	935,5	651,0	5
	„	28.	213,5	67,0	133,1	562,9	79,9	116,9	955,9	674,5	5
	Dez.	5.	213,8	72.6	149,2	533,9	88,3	132,0	940,8	662,4	5
	„	12.	213,9	65,8	154,6	529,7	84,8	115,3	948,5	668,8	5
	„	19.	214,0	76,2	156,9	524,1	83,1	122,5	946,0	655.8	5
	„	26.	214,0	73,2	158,4	548,2	78,6	122,4	963,4	676,2	5

[1]) Für 1912 inkl. rund 0,6—2 Mill. Fr. Darlehen auf Barren und Münzen.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin. Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Finanzieller Nationalismus.

Am 9. März hat im preußischen Abgeordnetenhause eine kurze Debatte über Fragen der praktischen Börsenpolitik stattgefunden. Es handelte sich wieder einmal um den Kapitalexport und die prinzipielle Stellungnahme, welche die Regierung — und zwar die preußische, denn die Reichsregierung steht aus verfassungsmäßigen und börsenrechtlichen Gründen außer Schußweite — gegenüber dem Andrange ausländischer Anleihen zur Berliner Börse zu beobachten hätte. Natürlich standen sich die Ansichten der Parteien im Abgeordnetenhause genau so schroff und unversöhnlich gegenüber, wie es bei den früheren Debatten über diesen Gegenstand im Reichstage der Fall gewesen war. Die Auffassung von der Nützlichkeit oder Schädlichkeit des Kapitalexports wurzelt ja nicht im Verstehen oder Mißverstehen bestimmter Vorgänge, sondern tief im politischen Glaubensbekenntnis der Parteien. Einer Korrektur durch Belehrung oder Ueberredung ist sie also nicht zugänglich. Im übrigen fehlte es in der Debatte des Preußenhauses so völlig an neuen Gesichtspunkten, daß selbst eine weniger gefestigte Ueberzeugung durch die Argumente pro und contra nicht hätte erschüttert werden können.

Das einzige, was aus den Verhandlungen herausgehoben zu werden verdient, ist ein praktischer Vorschlag, nämlich der von dem konservativen Redner berührte und vom Handelsminister abgelehnte Gedanke, die Beschlußfassung über die Zulassung zum Börsenhandel aus den Händen der Bundesstaaten in die des Reichs zu legen und an die Stelle der Einzel-Zulassungsstellen bei den verschiedenen Börsen eine zentrale Zulassungsstelle für ganz Deutschland zu setzen. Auch diesen Vorschlag ist nicht neu. Er ist bereits vor zwanzig Jahren in der Börsenenquete gemacht und vor drei Jahren im Reichstage aufgefrischt worden. Aber daß er gerade jetzt wieder aufersteht, ist interessant. Die Gründe, die neuerdings zu dem Vorschlage einer Reichszulassungsstelle geführt haben, sind nämlich die einzigen, die ihren Ursprung nicht in politischen Grundanschauungen, sondern in einer bestimmten Auffassung konkreter Vorgänge haben. Und zwar in einer mißverständlichen Auffassung. Man glaubt nämlich in letzter Zeit die Beobachtung gemacht

Digitized by Google

zu haben, daß die einzelnen Zulassungsstellen in Deutschland bezüglich ihrer Kotierungs-Politik nicht einig gehen; daß die Börsen des einen Bundesstaates keine Rücksicht auf die Bedürfnisse und Wünsche nehmen, die für die Börsen anderer Bundesstaaten maßgebend sind, sondern Papiere handeln und notieren lassen, die anderswo als gegen das allgemeine Interesse verstoßend und somit antinational von der Börse ferngehalten werden. Insbesondere soll die Börse des Bundesstaats Hamburg wiederholt Fremdwerte zur Notiz zugelassen haben, deren Einführung nach Deutschland der preußische Handelsminister als nicht wünschenswert bezeichnet, und deren Börsennotierung er für sein Bereich zu verhindern gewußt hat. Hamburg soll also die Zulassungspolitik Preußens und, da diese identisch mit den Wünschen der Reichsregierung ist, indirekt die Reichspolitik durchkreuzt haben.

Das stimmt aber nicht. Obwohl die Möglichkeit durchaus nicht von der Hand zu weisen ist, daß gelegentlich das Hamburger Spezialinteresse mit dem deutschen Nationalinteresse kollidiert, hat doch in Wirklichkeit noch niemals eine Fremdanleihe Zulassung an der Hamburger Börse gefunden, die der in Börsendingen maßgebende preußische Bundesstaat — maßgebend, weil er die beiden größten deutschen Börsen, Berlin und Frankfurt, einschließt — ernstlich vom Börsenhandel fernzuhalten gesucht hat. Es ist kein Fall bekannt geworden, daß ein Fremdpapier, dem die maßgebenden Märkte aus Gründen der Staatsraison verschlossen bleiben sollten, auf dem Umweg über Hamburg doch zur amtlichen Börsennotierung gekommen wäre. Nicht als ob man Umgehungen dieser Art niemals versucht hätte. Es ist vorgekommen, daß Berliner Banken die Emission eines bei den Behörden unbeliebten Auslandspapiers nur zu dem Zweck von Berlin nach Hamburg verlegt haben, um dort die Zulassung durchzusetzen, die in Berlin nicht zu erreichen gewesen wäre. Aber der Versuch ist jedesmal gescheitert. Er ist auch im Februar 1910 mißglückt, als man durch die Hamburger Firma Schröder Gebrüder & Co. eine Bulgarische 4½ proz. Anleihe zur Subskription stellen ließ und einen starken Druck auf die Hamburger Zulassungsstelle ausübte, um die Notierung an der dortigen Börse zu erzwingen. Die hanseatische Börsenbehörde respektierte auch diesmal den aus höheren nationalen Gesichtspunkten ergangenen Einspruch des preußischen Ministeriums und versagte die Zulassung volle zwei Jahre lang. Dann erfolgte sie freilich, aber nur, weil inzwischen, infolge einer Besserung der deutsch-bulgarischen Beziehungen, die preußische Regierung ihren ablehnenden Standpunkt aufgegeben hatte. Als dann ein Jahr später den Aktien der Chicago-Milwaukee-Bahn die Berliner Börsennotiz verweigert wurde,

Digitized by Google

machte man nicht einmal mehr den Versuch, den Hamburger Partikularismus gegen Preußen auszuspielen. Weil man eben aus Erfahrung wußte, daß in Börsendingen ein solcher Partikularismus überhaupt nicht existierte, oder daß er zum mindesten praktisch unwirksam war.

In den letzten Monaten sind allerdings eine schwedische Stadtanleihe, ein Posten norwegischer Hypothekenbank-Pfandbriefe und Obligationen einer dänischen Industriegesellschaft zur Hamburger Börse zugelassen worden; und zum Teil ist das Angebot dieser Papiere gerade in die Zeit der Emission der neuesten Preußischen Schatzanweisungen gefallen. Das hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Zorn der prinzipiellen Gegner von Auslandsanleihen gegen die Hamburger Zulassungsstelle und gegen die außerpreußischen Börsenorgane überhaupt anzustacheln. Ob es zweckmäßig war, die genannten Fremdpapiere gerade zu dem gegebenen Zeitpunkt an die Börse zu lassen, ist eine Frage für sich. Gewiß ist aber, daß die preußische Regierung nicht den allerkleinsten Schritt getan hat, um die Zulassung der Papiere in Hamburg zu verhindern. Sie hat auch in den freiwillig offiziösen Blättern nicht die leiseste Andeutung machen lassen, daß ihr die verschiedenen Zulassungen ungelegen kämen. Vielleicht weil es sich in allen drei Fällen um Bagatell-Emissionen handelte, und es der Regierung unwürdig schien, wegen insgesamt 37 Mill. M. fremder Werte das „nationale Interesse" zu strapazieren. Vielleicht auch, weil ein Einspruch in diesen Fällen unnötig politische Verstimmungen geweckt hätte, so daß man der Zulassung sogar in Berlin kein Hindernis bereitet haben würde, wenn entsprechende Anträge gestellt worden wären. Doch die Gründe mögen gewesen sein, welche sie wollen, Tatsache ist, daß sich auch in diesem Falle keine Gegensätzlichkeit der Zulassungsstellen in den verschiedenen Bundesstaaten konstatieren läßt.

Zugegeben: Theoretisch sind solche Gegensätzlichkeiten sehr wohl denkbar. Und vielleicht würde mehr als ein Schönheitsfehler aus unserem Börsengesetz verschwinden, wenn das Zulassungswesen künftig Reichs- statt Staatssache wäre. (Vielleicht, vielleicht auch nicht. Denn es sprechen, abgesehen von rein staatsrechtlichen Bedenken, auch wichtige wirtschaftliche Erwägungen gegen eine zentrale Reichszulassungsstelle.) Aber was würde die Ersetzung der vielen Einzelbehörden durch ein Reichszulassungsamt faktisch an dem Verhältnis des deutschen Kapitalmarktes zu den ausländischen Wertpapieren ändern? Nicht das allermindeste. Das Zentralamt mag den Grundsatz, in politisch bewegten oder geldknappen Zeiten Fremdanleihen von den Börsen fernzuhalten, mit noch so großer Konsequenz durchführen, aus diesem Grunde wird kaum ein ausländisches Papier weniger

Digitized by Google

nach Deutschland kommen als jetzt. Das ergibt sich teils aus der eingangs festgestellten Tatsache, daß in praxi die außerpreußischen Börsen hinsichtlich der Fremdwerte schon heute genau so verfahren wie Berlin, die angestrebte Einheitlichkeit also im Grunde schon besteht, teils daraus, daß gerade bei den Auslandswerten die Zulassung an einer deutschen Börse für die Banken gar nicht die große Rolle spielt, wie meistens vorausgesetzt wird. Die Börse hat längst aufgehört, der unentbehrliche Umsatzvermittler zu sein, der sie früher war, als die Banken noch nicht die meisten Emissionen in ihrer Kundschaft unterbringen konnten. Heute fungiert sie vom Bankenstandpunkt aus, zum mindesten in dem hier in Betracht kommenden Zeitpunkt der Emission, für die Mehrzahl der Papiere nur noch als Preisanzeiger. Und als solcher ist sie gerade für die ausländischen Papiere entbehrlich, weil jeder größere Auslandsmarkt diese Funktion genau so gut erfüllen kann wie eine deutsche Börse. Es schadet dem Absatz ausländischer Papiere durchaus nichts, wenn sie statt an der Berliner Börse etwa in London oder in Paris, und statt in Frankfurt in Brüssel, Amsterdam oder Zürich gehandelt werden. Die südafrikanischen Minen-Shares haben in Deutschland jahrelang einen enormen Markt und doch niemals eine amtliche, ja nicht einmal eine private Notiz gehabt. Sie sind in weit größeren Mengen umgesetzt worden, als alle in Hamburg zugelassenen und notierten schwedischen, norwegischen und dänischen Papiere zusammengenommen. Ja es würde, um einem beliebigen Auslandspapier Unterkunft beim deutschen Kapital zu verschaffen, völlig genügen, wenn die Emissionsbank dem Publikum versprechen wollte, ihrerseits täglich einen privaten Kompensationskurs für das Papier zu veröffentlichen, zu dem An- und Verkäufe vorgenommen werden könnten. In diesem Falle würde ein großer Teil des Publikums sogar auf die Notierung des Papiers an einer Auslandsbörse verzichten.

Aber selbst wenn man ganz davon absieht, daß sich den Banken für das Fehlen einer amtlichen Inlandsnotierung ein fast vollwertiger Ersatz in den Kursen der Auslandsbörsen und in den Notierungen des freien Verkehrs bietet, würde das Veto, das eine Zentralzulassungsstelle gegen ein Fremdpapier einlegen wollte, schon deshalb so gut wie wirkungslos sein, weil dieses Veto immer nur auf Widerruf ausgesprochen werden könnte. Denn das „allgemeine Interesse", das heute tatsächlich den einzigen stichhaltigen Grund für die Versagung der Börsennotiz bildet, wechselt außerordentlich schnell und kann eine Notiz, die es heute verbietet, schon morgen gestatten oder gar fordern. Mit den Veränderungen am Geldmarkt und in der politischen Konstellation würden sich auch die Zulassungs-

Digitized by Google

prinzipien ändern. Und die Banken können warten. Sie werden z. B. eine chilenische Anleihe, von deren Uebernahme es abhängt, ob Chile seine beträchtlichen Guthaben ferner in Deutschland beläßt oder nach England überträgt, nicht deshalb ablehnen, weil es vielleicht eine Zeitlang schwierig sein könnte, die amtliche Notiz durchzusetzen. Sie werden vielmehr diese und andere Anleihen abschließen — indem sie eventuell des Dekorums halber die Führung an auswärtige Konsortialmitglieder abtreten und selbst im Hintergrund bleiben — und sich dann ruhig gedulden, bis ihre Zeit kommt, was früher oder später zuverlässig der Fall ist. Mit der Möglichkeit eines dauernden Ausschlusses von der Börse brauchen sie nicht zu rechnen, nicht einmal bei Papieren minderer Qualität. Denn die Zentralzulassungsstelle würde ihre börsengesetzlichen Befugnisse überschreiten, wollte sie die Papiere zensurieren und die weniger einwandfreien deshalb ablehnen, weil sie ihren Wert niedrig einschätzte. Das hat auch der preußische Handelsminister jetzt wieder im Abgeordnetenhause mit aller Bestimmtheit erklärt. Nur ganz schlechten Papieren, deren Angebot „offenbar" (im Sinne des Börsengesetzes) eine Uebervorteilung des Publikums bedeuten würde, könnte eine Zentralzulassungsstelle dauernd die Notiz versagen. Mit betrügerischen Absichten pflegen aber unsere Banken Fremdanleihen weder zu übernehmen noch an die Börse zu bringen. Selbst den Chicago—Milwaukee-Shares, gegen deren Qualität wirklich erhebliche und gerechtfertigte Bedenken obwalteten, ist die Zulassung seinerzeit nicht dieser Bedenken halber, sondern aus anderen Gründen verweigert worden; wenn auch natürlich die Regierung lieber fragwürdige Papiere mit ihrem Veto belegt als gute, wobei der politische Vorteil mitspricht, daß die wirklichen Ablehnungsgründe bei jenen nicht so deutlich zu erkennen sind, und daß so unter Umständen Auseinandersetzungen mit einem empfindlichen Auslandsstaat vermieden werden.

Wer sich also von einer zentralen Reichszulassungsstelle eine wirksamere Bekämpfung des Kapitalexports verspricht, überschätzt die Befugnisse, die das Börsengesetz den Zulassungsstellen einräumt, und überschätzt vor allem die Bedeutung der Börsennotiz überhaupt. Jahrein, jahraus werden dem deutschen Publikum Fremdwerte der zweifelhaftesten Art angeboten, an deren Zulassung an einer deutschen, ja selbst an einer fremden Börse nicht entfernt zu denken ist, und die trotzdem reißenden Absatz finden. Es existieren in Berlin mehrere Bankhäuser, die den Kleinverschleiß von 7-, 8-, ja 10prozentigen Exoten, welche sie ihrerseits in größeren Posten von irgendeinem ausländischen Finanzkonsortium beziehen, zu ihrer Spezialität ge-

Digitized by Google

macht haben, und die Jahr für Jahr Millionen deutschen Kapitals über See gehen lassen; Summen, die von keiner Statistik erfaßt werden. Weder diesem noch irgendeinem anderen organisierten Kapitalexport ist mit der Börsengesetzgebung beizukommen, weil die Börsen gerade für die ausländischen Wertpapiere nur eine ganz untergeordnete Bedeutung haben. Wer die Masseneinfuhr von Fremdwerten wirklich wirksam bekämpft wissen will, der muß fordern, daß die Abwehr nicht bei dem nebensächlichen Akt der Börsenzulassung, sondern bei dem Hauptakt des öffentlichen Angebots einsetzt, und daß Prospektzwang und Prospekthaftung nach diesem wichtigsten Teil des Emissionsgeschäfts hin verlegt werden.

Innerhalb welcher Grenzen und nach welchen Richtlinien die Einfuhr von Auslandspapieren überhaupt abgewehrt werden darf und muß, darüber habe ich mich vor dreiviertel Jahren an dieser Stelle ausführlich geäußert (Juliheft 1913: „Der Staat und die Auslandsanleihen"). Ich habe damals auseinandergesetzt, daß einerseits gerade die größten Fremdanleihen keine Willkürakte geschäftshungriger Banken, sondern die schwer vermeidlichen Folgen einer seit Jahrzehnten befolgten Finanzpolitik zu sein pflegen; daß aber andererseits ihre Motivierung mit dem Exportbedürfnis der deutschen Industrie, mit der Rücksicht auf unsere „finanzielle Kriegsbereitschaft", mit dem Hinweis auf die faktische Unmöglichkeit, die Freizügigkeit des Kapitals einzuschränken usw., daß diese Motivierung im Grunde recht fadenscheinig ist. Ich habe also nicht nötig, heute nochmals auf diese teilweise recht schiefen, aber beliebten Argumente einzugehen, die dadurch nicht beweiskräftiger geworden sind, daß der Handelsminister sie im Abgeordnetenhaus sämtlich wieder hat aufmarschieren lassen. Heute möchte ich mich mit einem anderen Argument auseinandersetzen, das gleichfalls oft zugunsten eines starken Imports von Auslandspapieren in die Debatte geworfen wird, und das in der Tat etwas Bestechendes hat. Es wird gewöhnlich folgendermaßen formuliert: In früheren Jahrzehnten war die Verurteilung des Kapitalexports vom national-deutschen Standpunkt aus durchaus berechtigt. Denn Deutschland war kapitalarm und brauchte erhebliche Mittel für die Entwicklung seiner Industrie. Seitdem aber haben sich die Verhältnisse von Grund aus geändert. Unsere Industrie ist stark geworden und kann auf eigenen Füßen stehen, und die deutsche Kapitalkraft ist heute nach maßgebendem Urteil mindestens so groß wie diejenige Frankreichs und nicht viel kleiner als die Englands. Die deutsche Bankwelt ist also heute berechtigt und vielleicht sogar verpflichtet, dieselbe finanzielle Auslandspolitik zu treiben wie jene Länder. Und wenn Deutsch-

Digitized by Google

land tatsächlich nur etwa den vierten Teil der Auslandswerte einführt, die England und Frankreich durchschnittlich pro Jahr zu beziehen pflegen, so kann man von keiner zu großen, sondern weit eher von einer zu kleinen Effekteneinfuhr sprechen.

Diese Argumentation ist, um es gleich vorwegzunehmen, eine vollkommen abwegige. Richtig an ihr ist die Voraussetzung, nämlich die Tatsache, daß Deutschlands Nationalreichtum in den letzten Dezennien schneller zugenommen hat, als derjenige seiner westlichen Rivalen. (Die exakten Vergleiche zwischen dem Kapitalbesitz der verschiedenen Länder sollte man endlich unterlassen; sie können doch niemals richtige Ergebnisse liefern, weil ihnen Werte zugrunde gelegt werden müssen, die keine absoluten Größen sind, sondern lediglich die verschiedene Fähigkeit der einzelnen Länder, sie zu verzinsen und zu erneuern, kapitalisiert darstellen, so daß sich im Grunde nicht das Vermögen, sondern die — gewöhnlich noch falsch eingeschätzte — Reproduktionskraft der Länder in den Vergleichszahlen spiegelt). Wäre der Reichtum eines Landes wirklich entscheidend für die Quote, die das Land jährlich an das Ausland abgeben darf, so würde Deutschland freilich erheblich hinter seinem natürlichen Import-Kontingent für Wertpapiere zurückbleiben. Aber diese Rechnung ist roh und unrichtig. Es kommt nicht darauf an, wie groß das Kapital oder der jährliche Kapitalzuwachs in einem Lande ist, sondern darauf, wie viel davon ohne Schaden für die Nationalwirtschaft entbehrt werden kann. Das klingt zwar selbstverständlich und wird wohl auch allgemein zugegeben. Aber es steckt dahinter fast stets die Auffassung, daß in dieser Beziehung die Verhältnisse in den genannten drei Kulturstaaten annähernd gleich geartet seien. Und hier wurzelt der Irrtum. Denn das Ausmaß, in dem die Nationalwirtschaft auf das heimische Kapital zurückgreifen muß, um die Kontinuität der Produktions- und Verkehrsverhältnisse aufrecht zu erhalten, ist in den drei Ländern außerordentlich verschieden.

Man spricht von dem „Bedarf der Volkswirtschaft" meist nur phrasenhaft, mit dem Gedanken an ein unmeßbares, verschwommenes, ewig wechselndes Abstraktum. In Wirklichkeit ist dieser Bedarf eine sehr wohl faßbare, durchaus konkrete Größe. Er wird bestimmt durch den Kredit, den man ihm gewohnheitsmäßig in einer gewissen, möglichst konstant zu erhaltenden Höhe zur Verfügung stellt. Für den Kredit sorgen bestimmte Organisationen, die sich seine Befriedigung zur Aufgabe gemacht haben, für seine Konstanz die wirtschaftliche Allgemeinentwicklung, die ziemlich geradlinig zu verlaufen pflegt, geradliniger, als die Börsenkurse, Außenhandelsziffern und sonstigen Konjunktur-Merkmale es vermuten lassen. Immerhin erzeugt die zeitweilige

Digitized by Google

Verlangsamung oder Beschleunigung des Kapitalbildungsprozesses gewisse Schwankungen in der Kreditversorgung, die durch die wechselnden Neigungen der Kapitalisten noch verschärft werden und zu Krisen innerhalb des an den Kredit gewöhnten Wirtschaftsgebietes führen können. Deshalb ist es ein Fundamentalsatz jeder gesunden Wirtschaftspolitik, nach Möglichkeit für die Kontinuität und Gleichmäßigkeit der Kreditverhältnisse zu sorgen. Besteht in einem Lande ein umfassendes Kanalsystem, durch das die Kapitalien in bestimmte Reviere geleitet werden, dann ist es ein Erfordernis der Volkswohlfahrt, daß das Niveau in den Kanälen möglichst geringe Aenderungen erfährt.

Deutschland ist nun, im strikten Gegensatz zu England und Frankreich, ein Land, in dem das finanzielle Kanalsystem ganz außerordentlich ausgebaut worden ist. Ueberhaupt ist in keinem anderen Lande dem Kredit so genau die Richtung vorgeschrieben, die er nehmen soll und die er deshalb auch innehalten muß, weil sonst wichtige Versorgungsgebiete trockengelegt werden. Enorme Summen müssen alljährlich zu den Sparkassen, weitere Riesenbeträge zu den Hypothekenbanken und Pfandbriefanstalten fließen, Institute, die in England und Frankreich nur einen kleinen Bruchteil dessen beanspruchen, was zu fordern sie in Deutschland ein Gewohnheitsrecht und gegenüber den von ihnen bedienten Wirtschaftskreisen auch die Pflicht haben. Wenn in England und Frankreich einmal der Kapitalzuwachs unter dem gewohnten Jahresdurchschnitt bleibt — weil besonders viel Kapital in das Ausland geflossen ist, oder aus irgendeinem anderen Grunde — so werden etwas weniger Konsols und Kommunalanleihen gekauft und etwas weniger Wechsel diskontiert. Das ist gerade keine Annehmlichkeit für die betroffenen Gebiete, aber es ist, wenn keine verschärfenden Umstände eintreten, auch kein nationales Unglück. Ganz anders in Deutschland. Hier m ü s s e n den Sparkassen, den Hypothekenbanken, Pfandbriefinstituten usw. jährlich etwa 2 Milliarden Mark zuwachsen. Lassen diese Zuflüsse auch nur um ein Viertel nach, so bedeutet das für den städtischen Grundbesitz und die Bautätigkeit in ganz Deutschland eine Krisis von unerträglicher Schärfe, wie die beiden letzten Jahre es so deutlich gezeigt haben.

Das ist der grundlegende Unterschied zwischen den Verhältnissen in Deutschland und den beiden Weststaaten. In diesen sucht sich der jährliche Kapitalzuwachs der Nation zu einem wesentlichen Teile frei Unterkunft, und es besteht daher die Möglichkeit, Kreditbedarf und Kreditangebot jeweils neu aufeinander abzustimmen. In Deutschland ist über den Kapitalzuwachs bereits fest verfügt, noch ehe er überhaupt in Erscheinung getreten ist. Nicht nur der Grundbesitz, sondern auch der Handel

Digitized by Google

und die Industrie sind bei uns systematisch an ein bestimmtes Quantum Kredit gewöhnt worden, von dem man voraussetzt, daß es mit der natürlichen Fortentwicklung und der Bevölkerungszunahme automatisch wächst. Sie alle sind in solchem Maße des Stehens auf eigenen Füßen entwöhnt worden, daß man es gar nicht wagen kann, ihnen einmal einen Teil des herkömmlichen Kredits zu entziehen.

Ueber diese grundverschiedene Organisation des Kapitalmarktes in Deutschland, England und Frankreich darf nicht leichtherzig hinweggesehen werden. So lange unsere innere Wirtschaft im derzeitigen Ausmaß auf den regelmäßigen Zufluß bestimmter Kapitalmengen angewiesen ist, darf schon mit Rücksicht auf sie — von allen anderen Gründen abgesehen — nicht willkürlich finanzielle Auslandspolitik getrieben werden. Das haben sich nicht nur die Banken zu vergegenwärtigen, sondern auch die Regierung, die im vorigen Jahre große Summen nach Oesterreich, Ungarn, China, der Türkei usw. hat fließen lassen, teils wirklichen, teils nur eingebildeten politischen Vorteilen zuliebe, und die sich denn auch kürzlich im Abgeordnetenhause schützend vor die Banken stellen mußte, deren Politik in Wirklichkeit ihre eigene Politik gewesen war. Die „Frankf. Ztg." hat ganz recht, wenn sie (am 21. Dezember) sagt: „Nur um unseren Auslandsdiplomaten ein Relief und wenigen Großkaufleuten bei den fremden Behörden ein gutes Entree zu sichern, dazu scheint unser Kapitalmarkt denn doch nicht reich genug."

Alfred Lansburgh.

Sinn und Aussichten einer Europäisierung des chinesischen Geldwesens.

I.

Das Geldwesen eines Landes von rein ökonomischen Gesichtspunkten anzusehen, es nur auf seine technische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit hin zu prüfen, ist eine heute kaum mehr statthafte Naivität. Man wird einfach nichts von ihm verstehen, wenn man von den politischen und sozialen Begehrlichkeiten und Aneignungskräften absieht, oder die einseitigen Interessen ignoriert, die sich wie aller anderen wirtschaftlichen Einrichtungen auch des metallischen Zahlungs-, Tausch- und Sparapparats bemächtigen und ihn in ihrem Sinn und zu ihrem nächstliegenden Vorteil gestalten. Sieht man von England ab, wo die weit überragenden Finanz- und Handelsinteressen es vorteilhaft finden, den effektiven und vollen Goldsinn aller Verpflichtungen unbedingt aufrechtzuhalten, so ist es heute, soweit die weiße Rasse herrscht, Parole, den uralten baren Metallumlauf nach Möglich-

Digitized by Google

keit durch bloße Anweisungen, Kreditzeichen oder Marken zu ersetzen, den eigentlichen und alleinigen Wertkörper, Wertträger, Wertgaranten, Wertübertrager und Wertbewahrer, nämlich das Metall, aus den Händen des Publikums fort und in die Disposition herrschender sozialer Mächte zu bringen. Der Staat, ursprünglich bezüglich des Geldes nichts als ein Wäger, Stempler und Messer, hat längst über die unschuldige und wohltätige Funktion der Gewichtspolizei seine fiskalischen Interessen emporwuchern lassen. Sein Prägemonopol ist heute mehr als je die Quelle von Einkünften, das Mittel zur Hinterziehung gewaltiger Metallquantitäten, die bald Budgetlöcher zuzustopfen, bald Kriegsschätze anzuhäufen haben. Ihm zur Seite stehen die hyperzentralisierten Bankkonzerne, die den Zahlungsverkehr des metallentblößten Publikums zu ihrem Zwangs- und Bannrecht machen und die Barmittel lediglich als eine Grundlage ihrer Kreditexpansionen ansehen. Zwangskurs für fast wertlose Scheidemünzen, für Silberstücke von bloß dreißig- oder vierzigprozentigem Wert und für Zettel, deren Goldeinlösung schwierig, bedingt, mit Abzügen belegt oder überhaupt unmöglich ist — das ist das allgemeine Regime in den europäisch-amerikanischen Kulturstaaten und ihrer Einflußsphäre.

China ist das letzte erhebliche Kulturgebiet, das dieser Einflußsphäre noch entrückt ist. Japan schien einen Augenblick lang dem bisher unaufhaltsamen Vordringen der weißen Staatsraison ein Halt zu gebieten; aber es hat seine Einrichtungen bald willig „modernisieren" lassen. Auch sein Geldwesen. Es hat das Silber nach dem Muster Europas verbannt und eine fiktive Goldwährung mit faktischem Zettelumlauf etabliert. Es hat damit seine finanzielle Abhängigkeit von den Fremden auf das Aeußerste gesteigert; denn infolge seiner fiktiven Goldwährung à l'européenne stehen alle Forderungen, alle in Geld ausgedrückten Vermögensstücke auf dem Staatskredit, d. h. im Belieben ausländischer Finanzmächte.

China soll ebenfalls ein Staat nach europäischem Muster werden: darin sind der momentane Diktator und die fremden Finanzmächte einig. Der erstere will durch einen verzweigten militärisch-bureaukratischen Apparat das große Land in dauernde Botmäßigkeit bringen. Das ist für China neu, wo tausendjährige sittliche Ueberlieferungen bisher ein stärkeres Fundament für Ordnung und friedlichen Verkehr bildeten, als Staatsverwaltung und Militär, die man eben nur duldete, um Verbrecher bestrafen zu lassen. Die europäische Vielregiererei auch in China, diesem ungeheuren Aggregat staatenähnlicher Provinzen mit einigen hunderten von Menschenmillionen, dauernd zu etablieren, kostet sehr viel Geld; und das kann der Diktator, den China vorderhand

Digitized by Google

weniger schätzt als um der zunächst erwünschten Ruhe willen duldet, in China selbst nicht auftreiben. Ausländische Mittel sind aber nur dadurch zu erhalten, daß Stücke aus der politischen und wirtschaftlichen Autonomie des Landes an die Fremden preisgegeben werden. Der Großhandel in Konzessionen und Monopolen, der neuestens in China etabliert ist, bereitet den Untergang des letzten Restes asiatischer Unabhängigkeit vor; denn eine spätere Auflehnung Chinas — etwa mit der Tendenz der nationalen Bewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts — muß zu militärischer Intervention, weiterer Zerstückelung, Auflegung neuerlicher enormer Indemnitäten und zugehöriger Finanzvormundschaft führen.

Zu den Aktionen, welche die Unterwerfung unter die Oberhoheit der mit Peking verbündeten Fremden vorbereiten, gehört nun auch die sogenannte Reform des chinesischen Geldwesens, die neuestens wieder in den Vordergrund getreten ist. Man wird von dem Sinn und den Absichten der bezüglichen neuesten Vorschläge und Maßregeln wenig verstehen, wenn man sich nicht den eben skizzierten politisch-finanziellen Hintergrund gegenwärtig hält.

Man spricht gern von der bisherigen „Anarchie" des chinesischen Geldwesens. Dies will nichts weiter besagen, als daß der Staat darin keine Rolle spielt. Das heutige chinesische Geld ist eine urwüchsige Schöpfung der Gesellschaft, der Volkswirtschaft, wobei Mitwirkung und Ingerenz des Staates ausgeschaltet sind, nachdem dieser sich historisch als Geldverderber und Wertverfälscher erwiesen und seine Unfähigkeit, für ordentliches Geld zu sorgen, dargetan hatte. Jahrtausende hindurch bestand in China eine staatliche Kupferwährung, basierend auf den vom Staat geprägten Kupfermünzen, den als cash (Käsch, französ.: sapèques) bekannten runden, in der Mitte quadratisch durchlöcherten Plättchen, die noch heute das massenhaft kursierende Kleingeld des chinesischen Detailverkehrs (im Innern des Landes auch für größere Umsätze) bilden. Schon sehr früh hat in China die staatliche Verwaltung die Herstellung der Münzen für sich als Monopol in Anspruch genommen und dieses Monopol alsbald zur Verschlechterung der Münzen und zur Beiseitebringung von Metall mißbraucht. Diese durch Jahrtausende geübten Praktiken der verschiedenen Zentral- und Provinzialregierungen haben zum schließlichen Ergebnis eine Mannigfaltigkeit von Münzen gehabt, die zwar alle dasselbe bedeuten sollen, tatsächlich aber nach ihrem wirklichen Metallgehalt sehr verschieden eingeschätzt werden. Das Metall ist längst kein reines Kupfer mehr, sondern eine sehr schlechte Bronze. und die Buntheit ist durch illegitime Prägungen

Digitized by Google

Privater, die auch ihrerseits von den Täuschungsmöglichkeiten profitieren wollten, vergrößert worden. Solche Zustände haben das Volk dazu erzogen, sich gar nicht um die staatlichen Nominalbezeichnungen und gesetzlichen Bewertungen zu kümmern und einzig auf den reellen Metallwert zu achten. Theoretisch soll eine Käschmünze das Zehntel einer chinesischen Unze wiegen und das Tausendstel einer Unze Silber wert sein. Tatsächlich muß man jetzt 2000, 2500 und selbst mehr Käsch für eine Unze Silber geben, wobei zu bedenken ist, daß das Silber in den letzten 40 Jahren seinerseits im Wert um mehr als 60 % zurückgegangen ist. So bildet denn das staatliche Geld in China eine Illustration mehr zum Thema der Entfremdung zwischen Regierung und Gesellschaft. Die Verwaltung ist aus dem organischen Zusammenhang des Lebens ausgeschaltet. Von oben kommende Edikte und Gesetze bleiben auf dem Papier, die Volkswirtschaft schafft aus sich heraus, so gut es gehen will, die nötigen Einrichtungen.

Zu den letzteren gehört auch das moderne chinesische Geld, welches sich neben und über dem unbrauchbar gewordenen Gelde staatlicher Prägung autonom eingebürgert und sich bis heute im wesentlichen frei von staatlicher Einflußnahme behauptet hat. Es ist das Silber, welches, da die chinesischen Minen relativ wenig liefern, erst seit der Entdeckung Amerikas und durch den Handel mit den Fremden, also etwa mit Beginn der europäischen Neuzeit, sich in China ausreichend verbreitet hat. Mit Silberimporten beglichen die Fremden hauptsächlich ihre Wareneinkäufe in China. Und so groß waren die Verkehrsschwierigkeiten, die mit dem elenden staatlich geprägten Gelde verbunden waren, daß, wie die chinesischen Geschichtsschreiber berichten, das weiße Metall sich alsbald überall als neueres, besseres Zirkulationsmittel verbreitete. Es erlöste die Volkswirtschaft auch von einem zweiten Zirkulationsmittel staatlichen Ursprungs, nämlich dem Papiergeld, welches von den Regierenden seit Jahrhunderten, mit und ohne Metalldeckung, in Umlauf gesetzt worden war und stets zu Entwertungen und Verlusten geführt hatte. Auch darin hat China die europäischen Erfahrungen um fast ein Jahrtausend vorweggenommen. Dem allen gegenüber war die neue Silbergewichtsrechnung eine Rückkehr zum Soliden, Echten, Unzweideutigen, Einfachen. Sie ist jetzt die eigentliche chinesische Währung — allerdings eine Währung ohne Prägung, ohne Münznamen, ohne Münzeinheit, ohne staatliches Münzregal, ohne staatliches Zahlungsreglement. Das Silber dient zur Zahlung nach Gewicht, wie im Altertum Erz, Kupfer, Silber und Gold nach Gewicht gingen, wie im europäischen

Digitized by Google

Mittelalter vor Aufkommen der staatswillkürlichen Münznamen nach Pfunden, Mark und Pfennigen (was Gewichtsbezeichnungen waren) Metall gerechnet wurde, wie auch jetzt im internationalen Verkehr die Goldmünzen gleich den Barren nach der Wage zur Zahlung dienen. Die Gründung der sog. Girobanken in Hamburg und Amsterdam, jener Schöpfungen des 17. Jahrhunderts, durch die sich die Kaufleute vor den verlustbringenden Elendigkeiten der mannigfaltigen, verschlechterten, beschnittenen und verfälschten Geldstücke der zahllosen Münzherren zu der Sicherheit und Unzweideutigkeit der reinen Metallgewichtsrechnung zurückflüchteten, ist, wie bekannt, durch die Erfahrungen mit der unstaatlichen chinesischen Silberrechnung angeregt worden.

Die chinesische Münzgeschichte hat den Chinesen dazu erzogen, der Benennung, Stempelung, Prägung eines Metallstückes keine übertriebene Bedeutung beizulegen und die Münzen stets nach dem eigentlich und allein wichtigen, nämlich nach dem wirklich vorliegenden Quantum edlen Metalls, zu bewerten. Fremd ist ihm daher der „Münzaberglaube", wie Eugen Dühring jenen den Europäern so geläufigen und vom Staat aus fiskalischem Interesse mit allen Mitteln genährten Glauben an die Wesenheit eines an sich leeren Münznamens (wie Franc oder Mark) genannt hat. Der Münzaberglaube, welcher es der Emissionsautorität ermöglicht, gelegentlich unter derselben Bezeichnung verminderte Wertquantitäten, ja schließlich fast auf Null reduzierte Werte unterzuschieben und damit nicht nur die eigenen Schuldigkeiten mehr oder weniger zu nullifizieren, sondern, was noch schlimmer, die bestehenden privaten Obligationsverhältnisse auf Bruchteile herabzusetzen und so in die allgemeine Vermögensverteilung aufs Ungerechteste und Unheilvollste einzugreifen. Wenn der Chinese — nicht bloß der Kaufmann — anerkanntermaßen sich durch Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und rechnerisches Geschick auszeichnet, so ist sein Geldumlauf ein besonders bezeichnender Ausdruck davon. Der mexikanische Dollar, die in China bekannteste Silbermünze, gilt soviel, wie Silber darin ist, und wird auf die Gewichtseinheit, die chinesische Unze (Liang, im sino-europäischen Jargon „Tael"), umgerechnet. Ebenso geht es den mehr oder weniger verbreiteten sonstigen Dollars amerikanischen, britischen, japanischen oder chinesischen Gepräges. Ja, in manchen Landesteilen bedarf die Münze des Stempeleindrucks, einer Art Punze, eines bekannten Bankiers, um, gleichsam auf den Feingehalt beglaubigt, umlaufen zu können; und oft häufen sich diese Punzen, bis das Gepräge unkenntlich wird und der „chopped dollar" in den Schmelztopf wandert, um in die landläufigen Barren von Schuhform („Sycee"-Silber) einzugehen. Als

Digitized by Google

chinesische Provinzialregenten auch Dollars zu prägen begannen, haben sie meist geradezu die Gewichtsbezeichnung ($^{72}/_{100}$ der Unze) statt des Dollarnamens aufgeprägt, um der Gewohnheit der Gewichtsrechnung entgegenzukommen. Hie und da, besonders in früheren Zeiten, hat eine Münze besondere Beliebtheit und damit einen über den Silbergehalt hinausgehenden Affektionswert gewonnen. Solch Münzaberglaube ist aber bald vor der Konkurrenz des sonstigen Silbers geschwunden. Alles wird auf die eigentliche rationelle Einheit, die Unze, bezogen. Der Staat hat seinen Vorteil darin gesehen, sich der modernen Silberrechnung, die ohne seine Einwirkung entstanden, anzuschließen. Er erhebt seine Steuern in Unzen Silber (Kuping Taels, d. h. Schatzhaus-Unzen), und die Zollabgaben werden gleichfalls in Silber nach Gewicht (Haikwan Taels, d. h. Zollamts-Unzen) entrichtet. Der Europäer spricht häufig von „Taels" so, als wäre das eine Münzart wie Dollars oder Mark. Das ist ein Mißverständnis. Es gibt keine Taelmünzen, weder wirkliche, noch auch nur ideelle. „Tael" heißt die Unze, d. i. der sechzehnte Teil des chinesischen Pfundes, und der Chinese setzt immer hinzu, ob er Tee, Bohnen, Silber oder Gold meint. „Shanghai-Taels", in denen man Kursnotizen, Preisangaben und Wertsummen so häufig ausgedrückt findet, ist ein sino-europäischer Jargonausdruck für eine kompliziertere Sache; der Chinese sagt entsprechend: Tsao-ping-Unzen (nämlich die in Shanghai übliche Unze = 36,654 g) Silber von der in Shanghai traditionellen Feinheit ($^{944}/_{1000}$). Man sieht, der Europäer überträgt seine Münzbenennungs-Gewohnheiten auf das chinesische Geld, das von dem europäischen so wesentlich verschieden ist, und verrät damit, wie wenig er die im Grunde verständigen und wohlbegründeten chinesischen Zahlungssitten begreift oder gar würdigt. Der Chinese verliert nie das, worauf es eigentlich ankommt, nämlich das Metallquantum, aus dem Auge. Während der Europäer seine Umsätze auf nominelle, ihm von der Staatsvormundschaft diktierte Wert*bezeichnungen* gründet, deren reale Unterlage zu seinem Schaden verändert, herabgesetzt werden, ja annähernd in nichts zerstieben kann, hält sich der Chinese beharrlich an den Wert*träger* selbst. Deshalb haben auch die Noten, welche in den letzten Jahren von den Provinzialregierungen in den Finanzverlegenheiten der Revolution ausgegeben worden sind, nirgends zum Nominalwert gangbar werden können, obwohl man selbst mit hohen und höchsten Strafen ihre Annahme zu erzwingen suchte. Man mußte sich schließlich zu Kompromissen bequemen, um sie mit erheblichen Kursabschlägen (bis zu 30 und 40%) in Umlauf zu bringen. Deshalb hat auch die Prägung von silbernen Scheidemünzen, d. h. Teilstücken des Dollars mit starker Legierung, den Ausgabestellen

Digitized by Google

nur sehr vorübergehende Profite gebracht: sie sind alsbald doch wieder nur zum effektiven Wert und ohne Rücksicht auf die betrügerische Bezeichnung in Umlauf geblieben. Der rationelle Geist des chinesischen Verkehrs erweist sich dauernd als stärker als die gelegentlichen, auf Prägeprofite und Notenanleihen abzielenden Velleitäten der geldbedürftigen Staats- und Provinzialregierungen.

Vor 12 Jahren, nach der Niederwerfung der gegen die Fremden gerichteten nationalen Bewegung (des Boxeraufstandes), haben zunächst England, dann Japan und Nordamerika, in den neuen Handelsverträgen den chinesischen Staat zu einer Münzreform verpflichtet, durch die eine einheitliche nationale Münze geschaffen und für den gesamten Verkehr eingeführt werden soll. Schon dies war für die Art bezeichnend, wie die chinesische Silbergewichtsrechnung von den Fremden angesehen wird. Ohne sich um die tieferen Gründe dieser unstaatlichen, ja antistaatlichen Währung zu bekümmern, ohne die Macht der tausendjährigen Traditionen, welche die chinesische Kultur ausmachen, zu berücksichtigen, wird so getan, als könne ein Federstrich der Zentralbehörde dem so großen Kulturgebiet von heute auf morgen den Uebergang zu einer neuen Art von Zahlungsmittel und Rechnungseinheit vorschreiben.

Seither zerbricht man sich in Peking mit Hilfe fremder Währungsratgeber den Kopf, wie dieses zu machen sei. Was man der Regierung bisher suggeriert hat, und was diese teilweise auszuführen unternimmt, kann einfach als planmäßiger Versuch charakterisiert werden, das chinesische Volk von seinen rationellen Metallwägungs- und realen Schätzungsgewohnheiten abzubringen und es zur Annahme hohler Münznamen und fiktiver Werteinheiten zu bewegen.

Die Silbergewichtsrechnung soll abgeschafft und durch die Rechnung nach einer Art chinesischer Dollars ersetzt werden. Diese erhalten eine eigene staatliche Bezeichnung („Yuan", d. h. kreisrundes Stück), die nicht im geringsten ein bestimmtes Quantum Silber verbürgt oder auch nur auf solches hinweist. Künftig sollen sich alle Umsätze und Rechnungen in diesen neuen Geldeinheiten vollziehen. Vorderhand stellt man Ausprägungen der neuen Einheitsmünze auch für Rechnung Privater in Aussicht; aber die Hauptsache ist die Prägung neuer Teilmünzen der Yuanwährung aus Silber, Nickel und Kupfer, deren Metallgehalt erheblich hinter der Nominalbezeichnung zurückbleibt. Später, wenn erst allgemein die Rechnung nach Yuans eingebürgert ist und auch die Noten der Staatsbank, die auf Yuans lauten, überall zum Nominale gangbar sind, soll der Yuaneinheit vom Staat ein fixer

Digitized by Google

Goldkurs verliehen werden. Die silbernen Yuans können dann eventuell eingezogen und durch leichtere Münzen gleichen Namens ersetzt werden. Durch die bei der Ausprägung der Münzen zu machenden Prägeprofite sowie durch Anleihen soll sich der Staat Goldfonds verschaffen, die er bei Banken auswärtiger Handelsplätze (also in Europa und Amerika) anlegt, um nach Bedarf darauf trassieren zu können. Der fiktive Goldwert des chinesischen Geldes soll nämlich dadurch aufrechterhalten werden, daß es in Goldtratten auf ausländische Plätze eingewechselt wird. Also Gold für den Verkehr mit dem Ausland, für das Inland Papier- und Zeichengeld.

Das ist das Programm, welches der amerikanische Professor Jenks den Chinesen schon vor zehn Jahren vorgetragen, und welches neuestens der Währungsratgeber Chinas, Herr Dr. G. Vissering, jetzt Bankpräsident in Amsterdam, in zwei ausführlichen Memoranden*) ausgearbeitet hat. Das Münzgesetz, welches Yuan Shi-kai am 7. Februar l. J. verlautbart hat, soll der erste Schritt zu seiner Verwirklichung sein, und eine besondere Währungsanleihe, über die mit dem sogenannten Fünfmächte-Syndikat verhandelt wird, soll die Mittel zu den Prägungen und Bankorganisationen beschaffen.

Danach ist ersichtlich, daß nicht eine organische Fortbildung und Vervollkommnung des Bestehenden, sondern eine radikale Neugestaltung beabsichtigt ist. Sicher täuscht man sich in Peking darüber nicht, daß man hier etwas den chinesischen Sitten und Traditionen vollständig Widersprechendes unternimmt; aber es ist eben nicht ein theoretischer Irrtum oder Mangel an Einsicht, was die Regierung und ihre Beiräte vom richtigen Wege ablenkt, sondern nur allzu begreifliche materielle Begehrlichkeit. Eine autonome national-chinesische Geldreform müßte den engsten Anschluß an das Bestehende suchen und sich darauf beschränken, Mängeln durch ordnende Unterstützung abzuhelfen. Was der freie Verkehr geschaffen hat, ist ja durchaus nichts Vollkommenes; es leidet unter Unbequemlichkeiten, wie der Mannigfaltigkeit der Gewichtseinheit, der Verschiedenheit der Legierung, den Umständlichkeiten und Kosten des Wägens und Prüfens. Diese Schwierigkeiten rühren daher, daß es an einer zentralen, planmäßig im Interesse der Allgemeinheit verfahrenden Organisation fehlt. Der freie Verkehr hat sie aus sich heraus nicht schaffen können, weil eine Staatsmaschinerie im Wege stand, die vom Verkehr und seinen Erfordernissen nichts verstand und nichts wissen wollte. Die hochmütige Verachtung, mit der die Mandarine auf den wirtschaftenden Bürger herabsahen, verhinderte ein Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft, wo es notwendig und

*) On Chinese Currency, I. u. II., Amsterdam, J. H. de Bussy, 1913 und 1914.

Digitized by Google

am Platze war. Eine zentrale, überwachende und ordnende Gewichtspolizei, die für Vereinheitlichung der Maße (heute gebraucht man in China 100—200 verschiedene Unzenspezies) und des Silberstandards sorgt, ist das, was zunächst und fast allein nottut. Dabei sind allerdings keine Gewinne für Fiskus und Emissionsbanken zu machen. Anders bei den Velleitäten, die jetzt in Peking verfolgt werden, und die wir nächstens nach Sinn und Chancen näher beleuchten wollen. Dr. Hermann Schwarzwald, Wien.

Das Sparkassenwesen einiger europäischer Staaten

in Gesetzgebung, Einrichtungen und Ergebnissen.

II.

2. Großherzogtum Baden. In Baden gibt es Privatsparkassen, d. h. solche ohne Gemeindebürgschaft, und Sparkassen mit Gemeindebürgschaft. Die Verhältnisse der letzteren sind durch Gesetz vom 9. April 1880, welches auch bei der Feststellung der Satzungen von Kreis- und Bezirkssparkassen zu berücksichtigen ist, besonders geregelt. Sie werden dadurch öffentliche Anstalten mit eigener juristischer Persönlichkeit. Ihre Verwaltung unterliegt der Staatsaufsicht, worüber gleichzeitig mit dem genannten Gesetz eine Vollzugsverordnung ergangen ist. Am 31. Juli 1887 folgte eine eingehende Verordnung über das Rechnungs- und Kassenwesen, die bereits im § 17 des Gesetzes in Aussicht gestellt war (abgeändert durch Verordnungen vom 28. Oktober 1893 und 19. Juli 1897). Im Verwaltungswege erging ferner eine größere Anzahl von Ministerialentschließungen, die aber meistens (im Gegensatze zu den preußischen Ministerialerlassen) lediglich authentische Interpretationen des Gesetzes sind.

Für die Privatsparkassen gelten die gewöhnlichen privatrechtlichen, auf die Rechte der juristischen Persönlichkeit usw. bezüglichen Vorschriften. Nach der Bestimmung des Gesetzes vom 9. April 1880 ist zur Gültigkeit der Bürgschaftsübernahme durch die Gemeinde Zustimmung des Bürgerausschusses (der Gemeindeversammlung) und Staatsgenehmigung erforderlich. Durch die letztere erhält die Sparkasse das Recht der juristischen Persönlichkeit (§ 1). Die Bezeichnung einer Sparkasse als Hilfskasse, sowie die Bestimmung, wonach der Zweck der Anstalt, als Hilfskasse zu dienen, deren Zwecken als Sparkasse und Waisenkasse gleichgestellt wird, ist untersagt. Es ist zwar erlaubt, daß bei der Anlage der Kapitalien auf solche Kreise Rücksicht genommen wird, welche der Hilfe

Digitized by Google

durch Anleihen besonders bedürfen, und daß durch Erwartung von Liegenschaftskaufschillingen dem Unwesen des Wuchers entgegengearbeitet wird, aber die unbedingt ausschlaggebende Rücksicht muß diejenige auf Sicherheit der Anlagen bei landesüblicher Verzinsung sein (M.-E. vom 23. September 1880).

Die bürgenden Gemeinden haften subsidiär für alle Verbindlichkeiten der Sparkassen mit ihrem Vermögen und Einkommen (M.-E. vom 12. Februar 1881). Die Verhältnisse der Sparkassen sind, soweit das Gesetz nichts bestimmt, durch die Satzung zu regeln, insbesondere Gestaltung, Befugnisse und Art der Beschlußfassung ihrer Organe, Rechte und Verbindlichkeiten der Einleger, Höchstbetrag, Mindestbetrag, Verzinsung und Rückzahlung der Guthaben, Art der Anlage des Vermögens, Höhe des Reservefonds, Verwendung der Ueberschüsse, Voraussetzungen der Auflösung und Verwendung des bei der Auflösung vorhandenen Vermögens (§ 2). Die Sparkasse und ihr Vermögen muß von den Kassen und dem Vermögen der Gemeinden völlig getrennt verwaltet werden (§ 3). Mit der Sparanstalt darf eine Waisenkasse und ausnahmsweise eine Leihanstalt (Leihhaus) und eine Hinterlegungsanstalt verbunden sein (§ 4). Die Spareinlagen müssen auf bestimmte Namen lauten. In den Satzungen kann für Einlagen unter Vormundschaft stehender Personen ein höherer Höchstbetrag festgesetzt werden, als für solche anderer Personen (§ 12). Auf größere Einlagen darf kein höherer Zins bewilligt werden als auf kleinere (§ 13).

Als Kapitalsanlagen sind zulässig: Darlehen gegen bedungenes erstes Unterpfand in Liegenschaften. In der Regel soll der Wert der Liegenschaften das Doppelte decken; verzinsliche Schuldverschreibungen inländischer Kreise, Gemeinden, mit Gemeindebürgschaft versehener Sparkassen, öffentlicher Genossenschaften. Die Anlage in Schuldverschreibungen des Garantieverbandes bedarf staatlicher Genehmigung. Außerdem können durch die Satzung für zulässig erklärt werden: Liegenschaftskaufschillinge, Darlehen gegen Faustpfand, Privatdarlehen auf Schuldschein mit mindestens zwei guten Bürgen auf längstens drei Jahre. In solchen Anlagen darf aber höchstens ein Viertel der Sparkassenbestände angelegt werden. Den Darlehen an Private mit Schuldscheinen sind Wechsel mit zwei guten Unterschriften gleichzuachten (M.-E. vom 9. März 1885).

Der Ueberschuß ist zunächst zur Bildung eines Reservefonds von mindestens 5 % zu verwenden, im übrigen zugunsten der Einleger oder zu gemeinnützigen Ausgaben der garantierenden Gemeinden (§ 15). Die Anlage des Reservefonds soll möglichst flüssig, insbesondere in Staatspapieren erfolgen (M.-E. vom 12. Oktober 1885, 25. Juni 1886).

Digitized by Google

3. Großherzogtum Hessen. In Hessen ist das Sparkassenwesen durch das Gesetz vom 8. August 1902 geregelt. Nach den Vorschriften dieses Gesetzes ist eine Sparkasse nur öffentlich, wenn sie als solche staatlich anerkannt ist (Art. 1). Dies kann nur erfolgen, wenn sie den Vorschriften des Gesetzes entspricht, und Gemeinde- oder Kreisanstalt ist, oder wenn sie von einem rechtsfähigen Verein, von Gemeinden oder Kreisen betrieben wird (§ 2). Die öffentlichen Sparkassen stehen unter Staatsaufsicht (§ 3). Ihre nähere Einrichtung wird durch ihre Satzungen bestimmt. Diese treffen auch Bestimmung über die Anlegung der Gelder. Nach § 5 des Gesetzes darf aber die Anlegung in hessischen Staatsschuldverschreibungen oder in Schuldverschreibungen der hessischen Hypothekenbank nicht ausgeschlossen werden. Nach § 6 ist bei den öffentlichen Sparkassen eine Rücklage von mindestens 10 % des Einlageguthabens zu bilden. Bis dahin ist mindestens die Hälfte der Ueberschüsse an den Rücklagefonds abzuführen. Ein Zehntel des Reservefonds darf in Aktien der hessischen Hypothekenbank angelegt werden.

4. Die Reichslande Elsaß-Lothringen. In Elsaß-Lothringen ist die Gesetzgebung über die Sparkassen in dem Gesetz vom 14. Juli 1895 zusammengefaßt und durch die Gesetze vom 12. Mai und 24. November 1897 ergänzt, durch das Gesetz vom 14. November 1904 unwesentlich und durch das Gesetz vom 23. August 1912 erheblich abgeändert worden.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes in der Fassung vom 23. August 1912 erfolgt die Errichtung und Auflösung öffentlicher Sparkassen durch Kaiserliche Verordnung (§ 1). Die Sparkassen haben juristische Persönlichkeit (und die Stellung öffentlicher Anstalten) und genießen Steuer- und Abgabenfreiheit in demselben Umfang wie der Landesfiskus (§ 2).

Im Gegensatz zu dem hessischen Gesetz, welches die meisten Bestimmungen den Satzungen vorbehält, enthält das elsaß-lothringische Sparkassengesetz Vorschriften über eine große Anzahl von Einzelfragen, wie: Mindesthöhe der Spareinlagen (1 M.), Maximalhöhe (3000 M., für Guthaben von Hilfsgenossenschaften auf Gegenseitigkeit, von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, für Mündelgelder u. dergl. 10 000 M.), Art der Zinszuschreibung usw.

Die Geldbestände sind, soweit nicht durch die Satzung bezüglich des Sicherheitsfonds andere Bestimmungen getroffen sind, an die Staatsdepositenverwaltung abzuführen, welche sie mit 3¼ % verzinst (§ 24). Der von den Sparkassen den Einlegern gewährte Zinsfuß hat ¼ % weniger zu betragen, als der von der Staatsdepositenverwaltung den Sparkassen gewährte,

Digitized by Google

auf Antrag mit Ermächtigung des Ministeriums aber auch bis zu ½ % (§ 25). Die Verwaltung der Sparkasse unterliegt der Aufsicht; die Aufsichtsbehörde wird durch das Ministerium bestimmt (§ 29). Der Genehmigung des Ministeriums bedürfen Beschlüsse des Vorstandes über Veräußerung, Verpfändung und Tausch von Immobilien, Annahme von Schenkungen und Legaten, welche der Sparkasse Lasten auferlegen, Aufnahme von Anleihen, Errichtung von Zweiganstalten in anderen Gemeinden.

Weitere Paragraphen enthalten besondere Vorschriften für die Sparkassen mit Gemeindebürgschaft. In Gemeinden, deren jährliche Einnahmen dauernd 40 000 M. übersteigen, kann durch die Satzung der in der Gemeinde bestehenden Sparkasse bestimmt werden, daß diese die Anlegung der Spareinlagen selbständig vornimmt, vorausgesetzt, daß die Gemeinde für ihre Verbindlichkeiten die Bürgschaft übernimmt. Eine solche Sparkasse hat den Ortsnamen der Gemeinde und die Bezeichnung „Sparkasse mit Gemeindebürgschaft" zu führen (§ 31). Die Beschlüsse des Gemeinderats betreffend Uebernahme oder Zurückziehung der Bürgschaft bedürfen der Genehmigung des Ministeriums (§ 32). Benachbarte Gemeinden, deren Einnahmen dauernd den Betrag von 25 000 M. übersteigen, können eine gemeinschaftliche Sparkasse mit Gemeindebürgschaft gründen. Die Befugnisse des Gemeinderats werden von einer Syndikatskommission wahrgenommen. In dem Vorstand muß jede der Gemeinden durch mindestens zwei Mitglieder vertreten sein. Die Mitglieder der Syndikatskommission dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes sein (§ 33). Der Höchstbetrag der Guthaben beträgt bei den Sparkassen mit Gemeindebürgschaft 4000 M. (§ 35). Der Zinsfuß wird vom Vorstand mit Zustimmung des Gemeinderats festgesetzt; eine Erhöhung über 3½ % sowie eine Herabsetzung unter 3 % bedarf außerdem der Genehmigung der gesetzgebenden Faktoren (§ 36). Außer den durch das Gesetz ausdrücklich zugelassenen Anlagen für Spargelder kann das Ministerium auch die zeitweilige anderweite Anlegung zulassen, insbesondere in Lombarddarlehen auf solche Wertpapiere, welche für die Anlegung der Bestände der Depositenverwaltung zugelassen sind, und an vom Ministerium bezeichnete gemeinnützige Kreditorganisationen (§ 37).

B. Ausland.

(Gesetzgebung und Einrichtungen.)

1. Oesterreich-Ungarn. In Oesterreich besteht, ähnlich wie in Deutschland, ein entwickeltes kommunales Sparkassenwesen. Die kommunalen Sparkassen führen hier aber den

Digitized by Google

Namen Privatsparkassen. Außerdem hat Oesterreich eine sehr entwickelte Postsparkasse.

Das Sparkassenwesen Oesterreichs beruht auf dem am 26. September 1844 veröffentlichten allgemeinen Regulativ, welches inzwischen zwar verschiedene Modifikationen erfahren hat, in seinen wesentlichen Bestimmungen aber noch heute in Oesterreich gültig ist und für das Wirken der Sparkassen die Grundlage bildet.

Das Regulativ bezeichnet die Sparkassen als gemeinnützige Institutionen mit dem Zwecke der allmählichen Verbesserung des Zustandes der ärmeren Volksklassen. Als ihre Bestimmung wird hingestellt, den minderbemittelten Schichten Gelegenheit zur sicheren Aufbewahrung, Verzinsung und allmählichen Vermehrung kleiner Ersparnisse darzubieten und dadurch den Geist der Arbeitsamkeit und der Sparsamkeit bei ihnen zu beleben (§ 1).

Die Errichtung von Gemeinde- und Bezirkssparkassen, ebenso ihre Satzungen, welche, ähnlich wie in Deutschland, wichtige Bestimmungen, namentlich über den Einlagenverkehr, erlassen können, bedürfen der staatlichen Genehmigung. Dem Antrage auf Genehmigung ist die Nachweisung eines entsprechenden Garantiefonds, sobald aber die Errichtung von einer Gemeinde ausgeht, ein Ausweis über deren Vermögensbestand beizufügen (§§ 2 bis 5 des Regulativs). Die Sparkassen unterliegen der Aufsicht der Staatsverwaltung; jeder Kasse ist zur laufenden Kontrolle ein landesfürstlicher Kommissar beigegeben (§ 27).

Die Sparkassen haben juristische Persönlichkeit, doch besitzen sie nicht den Charakter von Behörden, wie in Deutschland; sie unterliegen daher u. a. dem Legalisierungszwange. Die Mündelsicherheit kommt laut § 194 Kaiserl. Patent vom 9. August 1854 allen Sparkasseneinlagen zu, jedoch nur bis zum Betrage von 500 Fl. K. M. = 1050 Kronen.

Weitere Vorschriften des Gesetzes beziehen sich auf den Einlagenverkehr, die Sparkassenbücher, die Verzinsung der Einlagen, die bei hohen Beträgen niedriger anzusetzen ist (§ 10, 11), die Kündigung und Rückzahlung der Einlagen, die Anlegung der Sparkassengelder, den Reservefonds und die Verjährungsfrist für Sparkassenbücher (40 Jahre, § 18).

Das Musterstatut enthält eine sehr eingehende Aufzählung der einzelnen Anlagen. Wechsel müssen drei Unterschriften haben (§ 19 des Gesetzes). Darlehen gegen Schuldscheine (Personalkredit) dürfen nicht aus dem Sparkassenfonds, sondern nur aus einem von der Sparkasse zwar dotierten, aber abgesondert verwalteten und verrechneten Fonds (Vorschußkasse auf Personalkredit) ge-

Digitized by Google

währt werden. Kleinere Sparkassen dürfen einen Teil ihrer Bestände bei größeren anlegen (§ 20).

Der Reservefonds ist aus den Ueberschüssen der Verwaltung zu bilden; sobald er eine angemessene Höhe erreicht hat, kann ein Teil davon mit höherer Genehmigung zu wohltätigen oder gemeinnützigen Lokalzwecken verwendet werden; diese müssen aber immer zunächst den Interessen der unbemittelten Teilnehmer der Anstalt entsprechen (§ 12). Nach dem Musterstatut (§ 7) soll der Reservefonds so lange unantastbar sein, bis er 5 % der Einlagen erreicht hat; von da an bis zu 10 % kann die Hälfte, später neun Zehntel zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Im Falle der Auflösung einer Sparkasse ist der Reservefonds für wohltätige und gemeinnützige Lokalzwecke zu bestimmen. Der landesfürstliche Kommissar hat dann die Rechte der Einleger zu wahren (§ 33).

Das österreichische Sparkassenwesen zeigt viele Einrichtungen, welche in anderen Ländern entweder unbekannt oder erst nach dem österreichischen Beispiele in der Entwicklung begriffen sind: die Altersrentensparkasse, die Heimsparkasse, Zentralbanken für Sparkassen (z. B. Zentralbank deutscher Sparkassen in Prag). Die Altersrentensparkasse ist zuerst von der Ersten Mährischen Sparkasse in Brünn im Jahre 1907 eingerichtet worden. Das System besteht darin, daß die Einleger auf die Zinsen verzichten, und daß diese Zinsen zur Bildung einer Altersrente nach versicherungstechnischen Grundsätzen verwendet werden, wogegen das Kapital jederzeit frei verfügbar bleibt. Das Heimsparbüchsensystem ist bereits bei etwa 100 Instituten eingeführt. Den Beginn machte die Böhmische Sparkasse in Prag Ende des Jahres 1905.

In Ungarn ist die Zahl der Gemeindesparkassen sehr gering. Die bestehenden sind als Handelsunternehmungen dem Handelsgesetzbuch unterstellt und sind als Aktiengesellschaften mit Generalversammlung, Direktion und Aufsichtsrat organisiert. Eine Sparkassenreformbewegung, die bis auf das Jahr 1846 zurückgeht, ist bisher ohne Erfolg geblieben. — Außerdem besteht eine Postsparkasse.

2. Italien. Am 15. Juli 1888 hat Italien ein eingehendes Sparkassengesetz erlassen, auf Grund dessen noch ein Reglement vom 21. Januar 1897 ergangen ist.

Anstalten, welche sich zur Aufgabe stellen, Einlagen mit der Eigenschaft von Ersparnissen zu sammeln und in passender Weise anzulegen, erhalten die juristische Persönlichkeit und die Bezeichnung „Sparkassen“ (casse di risparmio) in den Formen und unter den Bedingungen, welche das Gesetz vorschreibt, gleichgültig welcher Art die Anstalt ist (Art. 1). Die Gründungsakte

Digitized by Google

(atti costitutivi) der Sparkassen, welche von juristischen Personen oder unter deren Mitwirkung gegründet werden, müssen den für die juristischen Personen geltenden Gesetzen und Reglements entsprechen. Die von Personenvereinigungen gegründeten Sparkassen werden durch notariellen Vertrag konstituiert.

Als erster Betriebsfonds müssen 3000 Lire vorhanden sein; er darf nur nach Bildung eines ausreichenden Reservefonds zurückgegeben werden. Dem Gründungsakt ist das Statut beizufügen. Dieses muß Vorschriften über die Einlagen, die Rückzahlungen die Form und Natur der Sparbücher (ob Inhaber- oder Namensbücher), die Verteilung des Reingewinnes, sowie Vorschriften über die Abänderung des Statuts treffen (Art. 2). Auch über die Anlegung der Sparkassengelder und über das Verhältnis einzelner Anlagen zu dem Gesamtbestande haben die Satzungen zu bestimmen (Art. 5 des Reglements).

3. Frankreich. Das gewöhnliche Sparkassenwesen in seiner jetzigen Gestalt beruht auf dem Gesetz vom 20. Juli 1895, das mit den Resten des Gesetzes vom 5. Juni 1835 die Grundlage des französischen Sparkassenwesens bildet.

Nach dem geltenden Rechte bedarf die Errichtung jeder Sparkasse der staatlichen Genehmigung. Anstalten, welche diese nicht besitzen, ist es verboten, sich den Namen „Sparkasse" (caisse d'épargne) beizulegen. Wo schon eine genehmigte Sparkasse oder eine Zweiganstalt davon besteht, dürfen andere Sparkassen nicht mehr eröffnet werden (Art. 13 und 22. Ges. v. 20. Juli 1895).

Träger der Sparkassen sind in der weit überwiegenden Zahl die Gemeinden, zum geringeren Teil Private; einzelne beruhen auf gemischtem System. Durch Gesetz vom 20. Juli 1895 (Art. 11) und Ausführungsdekret vom 20. September 1896 ist unter Oberaufsicht einer beim Handelsministerium gebildeten Kommission von 2 Senatoren, 2 Deputierten und 16 Sachverständigen ein besonderer Revisions- und Aufsichtsdienst durch Beamte der Finanzverwaltung eingerichtet worden.

Die gewöhnlichen Sparkassen (caisses d'épargne ordinaires, im Gegensatz zu caisses d'épargne postales) sind gehalten, alle Summen, welche bei ihnen eingelegt werden, der caisse des dépôts et consignations zu überantworten. Diese Summen werden von der caisse des dépôts unter Zurückbehaltung der für den Auszahlungsdienst als notwendig erachteten Beträge angelegt: 1. in Wertpapieren, welche vom Staate selbst ausgegeben oder von ihm garantiert sind; 2. in börsengängigen und voll eingezahlten Schuldverschreibungen der Departements, Gemeinden und Handelskammern, sowie in Grund- und Gemeindeschuldverschreibungen des Crédit Foncier. Die nicht angelegten Summen dürfen 10 % der zu Jahresbeginn vorhandenen Einlagen nicht übersteigen.

Digitized by Google

Sie werden entweder in laufender Rechnung beim Staatsschatz oder bei der Bank von Frankreich niedergelegt. Derjenige Teil, der in laufender Rechnung beim Staatsschatz eingelegt ist, darf 100 Mill. Fr. nicht überschreiten.

Der Mindestbetrag der Einzahlung des einzelnen Sparkasseneinlegers beträgt 1 Fr., der Höchstbetrag für die Einzahlungen eines Jahres und für das Gesamtguthaben 1500 Fr., in Ausnahmefällen (bei Hilfskassen und wohltätigen Anstalten) 15 000 Franken. Führt der Einleger, dessen Konto diesen Satz überschreitet, es nach vorheriger Aufforderung nicht auf einen geringeren Betrag zurück, so wird der Kontoüberschuß kostenfrei in Staatsrente umgewandelt. Die Einleger, deren Guthaben zur Erwerbung von 10 Fr. Rente ausreicht, dürfen dies ebenfalls kostenlos durch die Sparkasse bewirken lassen, ebenso — aber auf ihre Kosten — den Verkauf dieser Rente (Art. 4 und 2 Ges. vom 20. Juli 1895).

Die Sparkassenbücher lauten auf den Namen. Minderjährige dürfen sich ohne Dazwischenkunft des Vormundes Bücher ausstellen lassen, nach Vollendung des 16. Lebensjahres auch Spareinlagen abheben (Art. 16 Ges. v. 20. Juli 1895).

Niemand darf zu gleicher Zeit Inhaber eines Buches der gewöhnlichen und eines Buches der Staats- (Post-) Sparkasse, welche nach dem Gesetz vom 9. April 1881 und dessen Ergänzungen unter Staatsgarantie und Verwaltung des Ministers für Post und Telegraphen besteht, oder mehrerer Bücher der einen oder anderen dieser Anstalten sein. Sonst verliert er die Zinsen der gesamten eingelegten Sparsummen (Art. 18 Ges. v. 20. Juli 1895).

Reservefonds sind zu bilden: a) bei der Hinterlegungskasse, und zwar hauptsächlich aus dem Verwaltungsgewinn der Kasse an den Anlagen, der auf mindestens 0,25 v. H. der Einlagen festgesetzt ist. Er darf 10 v. H. der Einlagen nicht überschreiten (Art. 6 a. a. O.). Er hat u. a. auch die Kosten des besonderen, durch Art. 12 des Gesetzes vom 20. Juli 1895 eingerichteten Aufsichtsdienstes zu tragen; b) bei den einzelnen Sparkassen selbst aus dem eigenen Vermögen an Geschenken, Vermächtnissen und Verwaltungsersparnissen.

4. Großbritannien. Das gewöhnliche Sparkassenwesen beruht hier auf dem Gesetz vom 28. Juli 1863 (26. u. 27. Vict. c. 87), welches das grundlegende Gesetz von 1817 ganz und spätere Gesetze teilweise oder ganz aufhob.

Es hat Aenderungen und Ergänzungen erfahren einmal durch eine Reihe von sog. Sparkassengesetzen (savings banks acts), sodann aber durch manche in anderen Gesetzen (sogar in den speziellen Postsparkassengesetzen) verstreute Bestimmungen. Die sogenannten Sparkassengesetze sind folgende: vom 7. September

Digitized by Google

1880 (43 u. 44 Vict. c. 36), zwei vom 16. September 1887 (50 und 51 Vict. c. 40 und c. 47), vom 3. Juli 1891 (54 u. 55 Vict. c. 21), vom 21. Dezember 1893 (56 u. 57 c. 69), vom 1. August 1904 (4 Edw. VII c. 8).

Von den Bestimmungen dieser Gesetze sind folgende hervorzuheben:

Wenn eine Mehrzahl von Personen eine Gesellschaft gebildet hat oder bilden will mit dem Zweck der Errichtung einer bankartigen Anstalt, welche Einlagen zugunsten von Einlegern annimmt, verzinst und auf Verlangen Kapital oder Zinsen nach Abzug der Verwaltungskosten, aber nicht eines Gewinnes auszahlt, und welche der gesetzlichen Vergünstigungen teilhaftig werden will, so sollen diese Personen die für die Leitung der Anstalt erforderlichen Bestimmungen in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise aufstellen (Gesetz von 1863, § 2). Solche „Trusteesparkassen" (die Gesellschafter heißen trustees = Vertrauensmänner) dürfen keine andere Bezeichnung tragen als „Sparkasse, bestätigt gemäß Gesetz von 1863" (savings bank certified under the Act of 1863) mit einem örtlichen Zusatz, der sie genügend von anderen Sparkassen unterscheidet (Ges. v. 1891, § 1).

Neue Sparkassen dürfen nur mit Genehmigung der Staatsschuldentilgungskommission (commissioner for the reduction of National Debt) errichtet werden (Gesetz von 1863, § 2).

Die Statuten, welche bestimmte Vorschriften enthalten müssen, sind in ein Buch (oder mehrere) einzutragen, welches jederzeit den Einlegern zugänglich ist; Abänderungen sind den Einlegern gegenüber erst wirksam, wenn sie in das Buch eingetragen sind (Gesetz von 1863, § 3).

Dem Registrator der Unterstützungsvereine (friendly societies) sind zwei geschriebene oder gedruckte Exemplare der Satzungen einzureichen. Dieser prüft die Satzungen und schickt, wenn nichts zu erinnern ist, das eine Exemplar beglaubigt zurück, das andere zur Bestätigung an die Staatsschuldenkommission (Gesetz von 1863, § 4).

Die Trustees und Direktoren haben persönlich eine ausgedehnte Haftverbindlichkeit (Gesetz von 1863, § 11).

Die Sparkapitalien sind mit Ausnahme der nötigen Betriebsmittel von den Trustees im Namen der Staatsschuldenkommission bei der Bank von England oder der Bank von Irland anzulegen (Gesetz von 1863, § 15). Die Erlaubnis, die Kapitalien in anderer Weise anzulegen, ist durch Gesetz von 1891, § 10 und Gesetz von 1904, § 6 eingeschränkt worden.

Geh. Regierungsrat Dr. Max Seidel.

(Schluß folgt.)

Digitized by Google

Die Berliner Grossbanken im Jahre 1913.

Langsam, aber unverkennbar und beharrlich hat sich im Jahre 1913 der wirtschaftliche Hochgang weiter seinem Ende zugeneigt. Dabei haben die politischen Verhältnisse, insbesondere die andauernd scharfen Gegensätze zwischen den Großmächten, insofern beschleunigend gewirkt, als sie eine Atmosphäre allgemeinen Mißtrauens erzeugten, in welcher der Kredit, dieser wichtigste Impuls der modernen Wirtschaft, nicht gedeihen konnte. Die Krediteinschränkungen, die schon im vorhergehenden Jahre der Hochkonjunktur die Schwingen zu brechen drohten, setzten sich unvermindert fort, in Deutschland mehr als anderswo, weil hier der intensivsten Ausnutzung aller Kreditmöglichkeiten ein besonders fühlbarer Mangel an Reserven parallel geht, aus denen Aushilfskredite gewährt werden könnten. Die einzige Reserve, die praktisch in Betracht kommt, die Reichsbank, war schon im Vorjahr mit dem Maximum ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen worden; ihre Elastizität war überanstrengt und kam für das deutsche Kreditsystem nicht mehr in Betracht. Andrerseits haben eine Anzahl Faktoren sichtlich retardierend auf die Krisis gewirkt. Zunächst die Leistungsfähigkeit der deutschen Exportorganisation, die sofort bei Eintritt der Absatzminderung im Inlande zahlreichen Fabrikaten ein breites Ventil geöffnet, freilich durch ihren Wettbewerb auch dazu beizutragen hat, die ohnehin nicht allzu starken Auslandsmärkte weiter zu schwächen und die Absatzschwierigkeiten international werden zu lassen. Günstig hat ferner die energische Syndikatspolitik gewirkt, die allzu starke Preissenkungen bisher verhindert und damit das krisenfördernde psychologische Moment, die Spekulation auf den Schleuderpreis, auf vielen Gebieten ausgeschaltet hat. Auf diese beiden Faktoren weist am ausführlichsten der Jahresbericht der Disconto-Gesellschaft hin, der dabei den Zweck verfolgt, die gegen den modernen Konzentrationsprozeß in seinen verschiedenen Erscheinungsformen gerichtete Kritik zu entwaffnen. Krisenhemmend hat aber noch ein dritter Faktor von großer prinzipieller Bedeutung gewirkt, auf den als einzige Bank — freilich auch nur ganz nebenbei — die Bank für Handel und Industrie in ihrem Bericht aufmerksam macht. Das ist der preußische Staat in seiner Eigenschaft als Unternehmer und Besteller. Jeder private Unternehmer hat angesichts der Geldschwierigkeiten in den beiden letzten Jahren sich in bezug auf Neubauten und Betriebsverbesserungen Zurückhaltung auferlegen müssen. Der preußische Eisenbahnfiskus aber hat sich in seinem Jahresprogramm nicht stören lassen, sondern nach wie vor für eine halbe Milliarde

Digitized by Google

neue Bahnen gebaut und für etwa ebensoviel Materialersatz in Auftrag gegeben. Man mag über das Staatsmonopol sonst denken wie man will, für die Stetigkeit der nationalen Produktion bedeutet der Konsumtions-Zwang, den der Unternehmer-Staat auf die Volkswirtschaft ausübt, eine noch ungleich stärkere Garantie als die Politik der Kartelle.

Immerhin ist das Jahr 1913 eine Periode des Abstieges gewesen, und die Großbank-Bilanzen, als ganzes genommen, legen Zeugnis davon ab. Nicht deswegen, weil ihr verteilbarer Reingewinn sich eher vermindert hat (vgl. die Zusammenstellung der Gewinnrechnungen im Märzheft S. 254/5). Diejenigen Banken, bei denen das spekulative Effektengeschäft keine allzu große Rolle spielt, und die während der Hochkonjunktur auch in der Kreditgewährung eine kluge Auswahl getroffen haben, sind von Verlusten ziemlich verschont geblieben. Und die Mehrgewinne, welche einige reine Depositenbanken in der Provinz erzielt haben, zeigen deutlich, daß eine wirtschaftliche Depression nicht notwendig auf die Banken abzufärben braucht, zumal nicht in einem Jahr besonders hoher Zinssätze. Also nicht das Gewinn- und Verlustkonto, sondern eine Anzahl anderer Bilanzposten sind es, die den Umschwung widerspiegeln. In erster Linie das Kreditorenkonto. Allerdings haben sich die fremden Gelder, die den neun Berliner Großbanken zur Verwaltung anvertraut sind, im vorigen Jahre von 4919 auf 5148 Mill. Mark, also um rund 230 Mill. M. vermehrt, im Gegensatz zum Jahre 1912, in dem die Banken unter dem Einfluß des allgemeinen Mißtrauens und der privaten Schatzbildung etwa 50 Mill. M. hatten hergeben müssen. Aber diese Steigerung bleibt nicht nur weit hinter dem Zuwachs normaler Jahre (durchschnittlich 500 Mill. M.) zurück, sondern sie entfällt auch fast mit ihrem Totalbetrage, nämlich mit 210 Mill. M., auf das Konto der provisionsfreien Kreditoren (Depositen), das heißt der ruhenden Einlagen mit Spargeldcharakter. Die Kontokorrent-Kreditoren, die sich aus den aktiven, schnell durch die Banken hindurch pulsierenden Geschäftsguthaben der Erwerbstätigen zusammensetzen, haben so gut wie gar keine Vermehrung erfahren, obwohl gerade sie aus der beispiellosen Zunahme des vorjährigen Exports — um mehr als 1100 Mill. M. — hätten Nutzen ziehen müssen. Das Betriebskapital der Nationalwirtschaft, das diese Gelder repräsentieren, muß sich, als für den Geschäftsbetrieb entbehrlich, zum Teil in feste Kapitalsanlagen verwandelt haben, oder es hat zur Bezahlung von Neuanlagen und Erweiterungen aus den Tagen der Hochkonjunktur gedient, deren Kosten angesichts der schlechten Börsenverfassung nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, durch Ausgabe von Aktien und

Digitized by Google

Obligationen gedeckt werden konnten. Welche Erklärung man für den Stillstand der Kontokorrent-Gelder auch gelten lassen will, immer wird dieser Stillstand einen Reflex der verschlechterten Wirtschaftslage darstellen. Und zwar gerade deshalb, weil gleichzeitig die Depositengelder eine Vermehrung erfahren haben, was beweist, daß Gründe, die in anderen als allgemeinwirtschaftlichen Momenten wurzeln — etwa in prinzipieller Bankenflucht, Ersetzung des Bankkontos durch vorübergehende Anlage zeitweilig entbehrlicher Gelder in Wertpapieren — nicht vorhanden gewesen sind. Es ist bezeichnend, daß die neuesten Zwischenausweise der Berliner Banken (per Ende Februar) eine nicht unerhebliche Zunahme der Kontokorrent-Kreditoren aufweisen — entsprechend der Wiederkehr der Unternehmungslust zu Beginn des neuen Jahres, die sich inzwischen leider nur als ein flüchtiges Wiederaufflackern erwiesen hat.

Noch deutlicher offenbart sich die Ungunst der Verhältnisse in der Auswahl, welche die Banken bei der Anlage ihrer Gelder getroffen haben. Trotz der Schwierigkeit, die es fast während des ganzen Jahres gemacht hat, Darlehen durch Aktien und Schuldverschreibungen zu ersetzen, haben sich die Debitoren nur ganz unwesentlich (von 3163 auf 3192 Mill. M.) erhöht; wenn man in Betracht zieht, daß in der Gesamtsumme rund 50 Mill. M. stecken, um welche die Belastungen für gewährte Akzeptkredite sich gegen das Vorjahr vermehrt haben, so ergibt sich, daß die eigentlichen Vorschüsse sogar ein Minus aufweisen. Die Banken haben in der Tat ihre langfristigen Kredite eingeschränkt und so „die auf möglichste Liquidität unserer Volkswirtschaft gerichteten Bestrebungen der Reichsbank wirksam unterstützt", wie es im Jahresbericht der Disconto-Gesellschaft heißt. Daß die Kreditcinschränkung wirklich nur der Reichsbank und ihren gesunden Bestrebungen zuliebe vorgenommen worden sein soll, ist nicht recht glaubhaft. Denn andere, noch weit dringlichere Wünsche des Zentralinstituts (Stärkung der Kassenbestände, Verminderung der Akzepte) sind ganz und gar nicht erfüllt worden. Weit eher ist die Restriktion der Kredite auf die durch Zwangsverkäufe verstärkte Abneigung des Publikums gegen Spekulationen mit Bankkredit zurückzuführen; vor allem aber haben die starken Verluste, die fast alle Banken in den letzten beiden Jahren an ihren Vorschüssen erlitten haben, die Institute zurückhaltend gegenüber Kreditansprüchen ohne volle Deckung gemacht. Ueber diese Verluste gehen die Banken in ihren Geschäftsberichten sonderbarerweise stillschweigend hinweg; nur der Schaaffhausen'sche Bankverein macht kein Hehl aus ihnen. Tatsächlich hat der schon im Herbst 1911 begonnene,

Digitized by Google

banken.

| Reserven | | |

Digitized by Google

1912/13 fortgesetzte Liquidationsprozeß nicht durchgeführt werden können, ohne daß sich zahlreiche Forderungen als uneinbringlich oder minderwertig herausgestellt haben. Aber es ist eine Eigentümlichkeit des deutschen Bankwesens, daß über diese Verluste schamvolles Schweigen beobachtet wird, als hafte ihnen ein Makel an, während über das Kapitel der Effektenverluste offen und mit einer gewissen Selbstverständlichkeit Rechnung gelegt wird. In Wirklichkeit sind gerade diese Verluste, soweit sie nicht an Beständen von Staatspapieren u. dergl. haften, weit ungünstiger zu beurteilen, als die Ausfälle im Kontokorrent, die eine unvermeidliche Begleiterscheinung des legitimen Bankgeschäfts bilden und auch bei den bestgeleiteten Banken mit in Kauf genommen werden müssen. Die Methoden, wie die Banken diese Verluste vorweg decken, um sie nicht in der Gewinnrechnung sichtbar werden zu lassen, sind verschieden. In der Regel werden die entsprechenden Beträge stillschweigend von den Provisions- und Zinseinnahmen abgesetzt. Aber es kommt auch vor, daß die Ueberschüsse des Effektenkontos zur Deckung solcher Verluste herangezogen werden. Das scheint diesmal z. B. bei der Dresdner Bank der Fall gewesen zu sein, die ihre erheblichen Effektengewinne zu nicht näher spezifierten „reichlichen Abschreibungen" verwendet hat. Wohl infolge einer derartigen Kompensation erscheinen im Gewinn- und Verlustkonto weder Effektengewinn noch Rückstellungen auf Kontokorrentverluste.

Im allerengsten Zusammenhang mit der ungünstigen Wirtschafts- und Börsenlage steht ferner der starke Rückgang, den die Report- und Lombarddarlehen bei den Banken erlitten haben. Die Höhe dieser Börsenkredite und die Marktlage der Berliner Börse beeinflussen sich wechselseitig in ganz außerordentlichem Maße. Die Ausdehnung und Einschränkung der Reportgelder ist das wichtigste Hilfsmittel, das den Banken zum Zweck einer Korrektur der Börsenlage zur Verfügung steht. Doch erfolgten Hergabe und Kündigung dieser Gelder seltener nach Willkür, als nach Maßgabe des Zinsnutzens, den sie abwerfen, oder — wie im Herbst 1911 — unter dem Zwange der Geldverhältnisse. Die Börsenlage wirkt ihrerseits auf diese Gelder zurück, indem sie sie mit hohem Zinse anlockt oder mit niedrigem Zinse abstößt. Das letztere ist 1913 der Fall gewesen, während im vorhergehenden Jahr die Initiative eher von den Banken ausging. Damals hatte der Rückgang der Reportgelder rund 165 Mill. M. betragen, diesmal beläuft er sich auf 110 Mill. Mark. Danach sind der Börse innerhalb zweier Jahre 275 Mill. Mark entzogen worden, das heißt 25% der Großbankgelder, mit denen sie Ende 1911 arbeitete. Es ist charakteristisch, daß die

Digitized by Google

kleine Belebung, die das Börsengeschäft Anfang dieses Jahres erfahren hat, sofort mehr als 150 Mill. M. Reportgelder wieder an die Börse gezogen hat, oder, wenn man will, daß der Zufluß dieser Gelder sofort eine Kurssteigerung hervorgerufen hat. Bei der Wechselwirkung zwischen Reports und Börsenlage ist beides richtig.

Auch die Warenvorschüsse haben sich im vorigen Jahre verringert, zum Teil infolge der Befürchtung größerer Preisrückgänge, zum Teil wohl auch infolge der verkleinerten Läger und der entsprechend geringeren Ansprüche derjenigen Lagerhalter, die den Banken kreditwürdig schienen.

Eine starke Zunahme haben nur die Effekten- und Konsortialbestände sowie die Wechsel erfahren; also gleichzeitig die nach landläufigen Begriffen liquidesten und illiquidesten Anlagen. Das ist durchaus kein Widerspruch, wie es im ersten Moment scheinen mag, sondern bewußte Gegengewichts-Politik. Die Vermehrung der Wechselbestände stellt unter anderem die Versicherung gegen die Risiken einer erhöhten Immobilisierung der Bankmittel in Effekten- und Konsortial-Engagements dar, und zugleich eine Kompensation für die Schwerflüssigkeit des Debitorenkontos, die durch das Anwachsen der Effektenbestände und die Unmöglichkeit, Debitoren in größerem Maßstabe in Wertpapiere umzuwandeln, noch erheblich verstärkt worden ist. Allerdings ist die Zunahme der Effekten keine allgemeine gewesen. Bei mehreren Banken haben sich die Effektenbestände selbst unter Einbeziehung der Konsortialgeschäfte vermindert (z. B. bei der Dresdner Bank, der Commerzbank und dem Schaaffhausenschen Bankverein, bei letzterem mit infolge der besonders starken Abschreibungen). Aber auch bei diesen Banken haben sich die Wechselbestände erheblich erhöht, während umgekehrt die Deutsche Bank, deren Effekten sich um große Beträge Staatsanleihen vermehrt haben, als einzige von allen Großbanken ihren Wechselvorrat etwas hat einschrumpfen lassen. Das Kompensationsprinzip ist also — wenigstens soweit die Wertpapierbestände in Frage kommen — nicht bei allen Banken maßgebend gewesen, vielmehr haben noch andere Gründe die Wechselportefeuilles um insgesamt fast ¼ Milliarde Mark anschwellen lassen.

Zunächst war es sehr lukrativ, bei einem Durchschnittsbankdiskont von 5,88% die Gelder in jederzeit rediskontierbaren Wechseln anzulegen, sie also gleichzeitig hoch zu verzinsen und zugriffsbereit zu halten. Möglicherweise sind infolgedessen größere Posten Kontokorrentschulden in die Wechselform umgewandelt worden, was, wenn für ganz Deutschland zutreffend, auch die mit dem Konjunkturbild kontrastierende Steigerung der Wechselstempelsteuer erklären würde. Ferner boten die hohen Zinssätze in einigen benachbarten Ländern, namentlich Oester-

Digitized by Google

reich und Rußland, einen erhöhten Anreiz zum Kauf von Devisen, und in der Tat sollen die Wechselportefeuilles einiger Banken diesmal besonders stark mit Fremdwechseln durchsetzt gewesen sein. Die Zinssätze waren so lohnend, daß die Versuchung groß war, die verfügbaren Gelder möglichst restlos in Wechseln anzulegen und bei plötzlichen Anforderungen der Kundschaft diese auf den Akzeptkredit zu verweisen. Die Akzepte haben denn auch um fast 50 Millionen Mark zugenommen; sie wachsen von Jahr zu Jahr mehr über das Aktienkapital hinaus.

Bekanntlich müssen die Wechsel bei unseren Banken die Stelle des baren Geldes vertreten, da sie infolge der steten Diskontbereitschaft der Reichsbank selbst so gut wie bare Kasse sind. Der starke Bestand an rediskontierbaren Wechseln, über den die Banken verfügten, war also außer einer guten Anlage auch eine Sicherung für den Fall, daß wieder, wie gegen Ende 1911 und 1912, politische oder sonstige Ueberraschungen eintreten sollten. Diesmal gab es aber keine Ueberraschungen, und so brauchten die Wechsel nicht in Massen zur Reichsbank geworfen zu werden, sondern konnten in den Bank-Portefeuilles verbleiben. Das vor allem hat dazu beigetragen, die Bankbestände so wesentlich über die Vorjahrshöhe hinauszuheben.

Die Unterlassung der Rediskontierung von Wechseln in größerem Maßstabe hat aber auch zur Folge gehabt, daß die Barbestände und Bankguthaben bei den Großbanken nur ungefähr auf der vorjährigen Höhe geblieben sind. Durch stärkere Inanspruchnahme der Reichsbank hätten sie ihre bereiten Mittel mit Leichtigkeit um 100 und mehr Millionen steigern können. Man darf ihnen also keinen Vorwurf daraus machen, daß sie Ende 1913 an bar und Bankguthaben, trotz des fortgesetzten Drängens der Reichsbank, noch immer nicht ganz 6% der fremden Gelder vorrätig gehalten haben. Aber wenn man von der Jahresbilanz absieht und die Kassenverhältnisse an Hand der Zwischenausweise für den Rest des Jahres prüft, so ergibt sich, daß bei den acht Banken, die solche Ausweise veröffentlichen, auch an denjenigen Tagen keine Besserung eingetreten ist, an denen sie die Reichsbank erheblich in Anspruch genommen haben. Es ist sichtlich keine Neigung bei den Banken vorhanden, der so durchaus gerechtfertigten Forderung der Reichsbank nachzukommen, auf deren Erfüllung im Interesse der Nationalwirtschaft immer wieder gedrungen werden muß. Der Hinweis auf die vorgenommene Einschränkung der langfristigen Kredite und der Börsenvorschüsse, der sich in einigen Geschäftsberichten findet, mag gut gemeint sein; Wert wird er erst dann erhalten, wenn sich in Zeiten aufsteigender Konjunktur und lebhafter Börsentätigkeit eine gleich vorsichtige Geschäftsgebarung der Banken erweisen, und

Digitized by Google

ihr Akzeptumlauf auf einen gesunden Umfang zurückgeführt sein wird. Aber selbst der Erfüllung aller dieser Forderungen wird man sich nicht freuen können, so lange die wichtigste und dringlichste Reform, eben die der Kassenverstärkung, nicht in Angriff genommen ist. Es ist interessant, zu sehen, wie jede Bank sich eine andere Art Liquidität zurechtmacht, aber keine einzige sich zur nächstliegenden und natürlichsten bequemt. So scheinen die Dresdner Bank und die Disconto-Gesellschaft sich größere Guthaben im Auslande geschaffen zu haben, was gewiß eine gute Reserve — neben anderen — ist, aber doch den Barbestand nicht ersetzen kann. Die Deutsche Bank reitet neuerdings das Steckenpferd, sich große Posten Schatzwechsel hinzulegen, die sie wohl als besonders liquide ansieht, weil sie im Notfall bei der Reichsbank rediskontiert werden können. Aber diese Art von Liquidität, deren Kosten jederzeit auf die Reichsbank abgewälzt werden können, ist ganz und gar kein Ersatz für einen angemessenen Barbestand. (Daß es auch sonst seine Bedenken hat, wenn eine Privatbank den Bankier des Schatzamtes spielt und allzu intim mit ihm wird, ist in diesen Heften schon mehrfach ausgeführt worden.*)

Der hartnäckige Widerstand, den die Banken den auf die Verstärkung der Barbestände gerichteten Bestrebungen entgegensetzen, wird immer schwerer verständlich. Denn die Voraussetzung, unter der einsichtige Bankdirektoren vor zwei Jahren es auf sich nehmen wollten, ihre Kassenbestände zu erhöhen, ist inzwischen erfüllt. Es existiert ein Konditionenkartell, das die Einnahmen der Banken bereits so gestärkt hat, daß die Zinseinbuße, die ein paar Millionen Mark mehr Bargeld bedeuten, kaum noch eine Rolle spielt. Es ist in diesen Heften wiederholt davor gewarnt worden, die Bedeutung eines Konditionenkartells zu überschätzen. Ein straffes Bankensyndikat über ganz Deutschland ist eine Utopie, und auch innerhalb enger Bezirke läßt sich nur in bestimmten Einzelfragen ein Abkommen treffen und ehrlich halten. Aber in Berlin, dessen Banken uns heute ausschließlich beschäftigen, hat das Kartell immerhin durchgesetzt, daß die Passivzinsen im Kontokorrent, auf Depositenkonto sowie für Ultimogeld ermäßigt und die Akzeptprovisionen erhöht worden sind. Da somit in Berlin die Voraussetzung für das Zinsopfer, das den Banken zugemutet wird, erfüllt ist, darf man wohl erwarten, daß hier endlich mit der Erhöhung der Kassenbestände Ernst gemacht wird. Um so mehr, als diese Maßnahme nur im Interesse der Banken selbst liegt, die einem zweifelhaften gesetzgeberischen Experiment damit den Weg verlegen. Und noch aus einem anderen Grunde. Aus den Zwischenbilanzen, welche außer

*) Vergl. u. a. Novemberheft 1912 S. 1032 („Herrn v. Gwinners Petroleummonopol").

Digitized by Google

8 Berliner Großbanken 83 Provinz-Banken regelmäßig veröffentlichen, läßt sich ersehen, daß die Berliner Banken es verstanden haben, ihre Konzern- und Kunden-Banken im Reiche zu einer erheblich verbesserten Liquidität zu erziehen; die Guthaben, welche jene Banken bei den Berliner Instituten unterhalten, haben sich im letzten Jahre um eine stattliche Anzahl von Millionen vermehrt. Diese erzieherische Maßregel wäre unverständlich, wenn sie nicht als Vorbereitung zu einer verstärkten Kassenliquidität der Berliner Großbanken gedacht wäre. Denn da die Guthaben, welche die Provinzialbanken in Berlin unterhalten, jederzeit kündbar sind und daher ein gewisses Gefahrenelement bedeuten, würde sich ohne entsprechende Aufbesserung der eigenen Kassenbestände und Reichsbankguthaben die Liquidität der Berliner Banken nicht verbessern, sondern verschlechtern. A. L.

Der März 1914.

Während der März in **Deutschland** politisch ziemlich ereignisarm verlaufen ist — zu erwähnen wäre lediglich die Demission des Statthalters der Reichslande, dessen Nachfolger bisher noch nicht ernannt ist —, haben sich in einzelnen anderen Reichen Dinge von außerordentlicher Bedeutung ereignet. Das gilt vor allem von **Groß-Britannien,** wo der letzte Akt des Kampfes um Homerule begonnen hat. Die Unionisten haben durch eine für kontinentale Begriffe ziemlich schwer begreifliche Gehorsamsverweigerung der ihnen politisch meist recht nahe stehenden Offiziere dem Kabinett eine schwere Schlappe zugefügt. Ministerpräsident Asquith gab zwar im letzten Augenblick der Lage eine geschickte Wendung dadurch, daß er das Portefeuille des zurückgetretenen Kriegsministers Oberst Seely selbst übernahm, setzt sich dadurch aber einer Neuwahl aus, deren Chancen zweifelhaft sind. — In **Rußland** will das neue Ministerium einen vollständigen Systemwechsel vornehmen. Vorläufig äußert sich dieser allerdings lediglich in der Ankündigung einer Börsenreform. Der noch aus der alten Aera stammnde Gesetzentwurf wegen Erhebung eines Einfuhrzolles für Getreide ist jetzt von der Duma für Rußland und Finnland angenommen worden. Bei dieser Gelegenheit hat man die Einführung eines Getreidemonopols erneut ernsthaft ventiliert. — Die Schwierigkeiten in **Süd-Albanien** dauern noch immer an, und der neue Herrscher ist bereits genötigt, zu ihrer Behebung an die Mächte oder gar an die Waffen zu appellieren. — In **Italien** hat Giolitti einem anderen Kabinett unter Salandra die Liquidation der finanziellen Folgen des Tripoliskrieges überlassen.

Außerhalb Europas konzentriert sich das Hauptinteresse noch immer auf **Mexiko,** wo Huerta sich trotz der immer schärfe-

Digitized by Google

ren Parteinahme der Union für seine Gegner ziemlich gut behauptet, wenn er auch zu immer bedenklicheren Maßregeln greifen muß, um sich Geld zu verschaffen. — In den **Vereinigten Staaten** selbst hatte Wilson zurzeit die Anwendung des Flaggenzolls, dessen Aufhebung er im Kongreß nicht durchsetzen konnte, wegen der Handelsverträge suspendiert. Jetzt erklären aber die Gerichte den Flaggenzoll für zu Recht bestehend. In einem anderen Kampf, nämlich dem um die Wiederaufhebung der Vorzugsgebühren für amerikanische Schiffe im Panamakanal, hat Wilson im Repräsentantenhause eine ihm genehme Bill durchgedrückt. Der Senat ist aber noch Gegner der Vorlage und dürfte erst in Wochen sein letztes Wort sprechen. — **Japan** macht infolge von Differenzen über das Flottenprogramm eine neue Kabinettskrisis durch, die dritte in der knapp zweijährigen Regierungszeit des Kaisers. Im Zusammenhange mit ihr ist auch der Reichstag aufgelöst worden. — In **Süd-Amerika** sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch immer unerfreulich, und in einzelnen Ländern verschärfen politische Wirren noch die Lage. So ist es in **Brasilien,** wo als neuer Präsident Dr. Braz gewählt worden ist, insbesondere im Staate Ceara zu Wirren gekommen, die zeitweise sogar die Bundeshauptstadt zu bedrohen schienen.

Trotz des so außerordentlich flüssigen Geldstandes überwiegen auf **staatsfinanziellem** Gebiete die Projekte noch immer die Abschlüsse, und wo es zu Emissionen kommt, sind die Erfolge neuerdings wieder mäßiger. So hat sich z. B. bei der im letzten Hefte erwähnten ungarischen Anleihe nachträglich der nach London begebene Teil als ziemlich schlecht untergebracht erwiesen. — Oesterreich hat, da sein Parlament auf keine Weise arbeitsfähig zu erhalten war, auf Grund des Notparagraphen eine Schatzscheinanleihe von rund 400 Mill. Kr. abgeschlossen, deren Typus der jüngsten preußischen nachgebildet ist. Auch eine griechische 250 Mill. Fr.-Anleihe ist bis zum Abschlusse gediehen, während Meldungen über die Unterzeichnung von Anleiheverträgen durch Argentinien, die Türkei und andere Staaten sich bisher als verfrüht erwiesen haben. China, das jetzt eine kleine, bereits früher abgeschlossene industrielle Anleihe herausgebracht hat, soll mit dem Fünfmächtesyndikat wegen einer zweiten Reorganisationsanleihe und, unabhängig davon, in London wegen einer großen Eisenbahnanleihe unterhandeln. Bulgarien hat jetzt, nachdem es in Paris anscheinend auf recht geringes Entgegenkommen gestoßen ist, unter der Hand mit deutschen Banken Verhandlungen angeknüpft. — Mexiko hat einige weitere halbstaatliche Anleihen notleidend werden lassen, jedoch dekretierte Huerta um die Monatswende eine — vorläufig nur theoretische — Wiederaufnahme des Zinsendienstes. Eine gleichzeitig angekündigte Maßregel bestand in der Ueberweisung einer un-

Digitized by Google

realisierbaren Anleihe an die Notenbanken, welche dagegen Noten ausgeben und dem Staate aus dem Erlös der letzteren einen Teil der Valuta vorstrecken sollen, bedeutet dem Effekt nach eine Zwangsanleihe.

In der allgemeinen Lage der **Weltwirtschaft** hat auch der März einen Fortschritt nicht gebracht. Im Gegenteil, in wichtigen Industrien mehren sich die Zeichen dafür, daß die vor einigen Monaten beobachtete Erholung keine nachhaltige ist. Man rechnet jetzt ziemlich allgemein damit, daß die erhoffte kräftige Frühjahrsbelebung ausbleiben wird. Auf eine gewisse Verschlechterung der allgemeinen Lage weisen auch das Abfallen der Außenhandelsziffern in den meisten wichtigen Ländern, die dauernd recht ungünstige Lage des Frachtenmarktes und die Ueberfülle kurzfristigen Geldes hin.

Die **Außenhandelsziffern** der wichtigsten Länder für das Jahr 1913, welche das Londoner Board of Trade wie üblich zusammengestellt hat, lassen von der jüngsten Verlangsamung noch nichts erkennen. Sie sind untereinander nur mit Einschränkungen vergleichbar, aber trotzdem recht wertvoll und lauten (in 1000 £):

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
Großbritannien. .	577 398	632 903	659 378	454 119	487 225	525 461
Vereinigte Staaten	319 241	378 765	373 550	428 836	492 228	510 120
Deutschland . . .	477 213	525 660	525 857	398 548	440 376	495 630
Frankreich . . .	322 633	329 234	340 335	243 074	268 504	275 015
Brit. Indien . . .	94 910	105 721	125 236	145 011	159 646	161 020
Rußland	107 948	109 428	128 828	159 813	150 737	149 979
Belgien	167 560	182 372	183 345	136 940	151 983	143 073
Oesterr.-Ungarn .	132 988	148 200	141 433	100 179	113 911	115 129
Italien	135 572	148 077	145 511	88 171	95 377	100 157
Canada	103 321	130 649	135 473	57 442	70 296	89 667
Australien . . .	65 002	76 485	78 172	65 077	64 122	72 023
Japan	52 363	63 104	74 381	45 223	53 554	64 264
Brasilien	52 914	63 425	67 170	66 928	74 649	64 612
Schweiz	72 094	76 055	74 593	50 292	54 104	54 807

Für den **deutschen Außenhandel** liegen per März erst die Gewichtsziffern wichtigerer Waren (in dz) vor:

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im März 1913	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im März 1913
Baumwolle . . .	469 347	613 744	365 075	59 359	51 992	42 385
Jute und Jutewerg .	172 822	147 870	159 917	1 511	2 356	1 803
Merinowolle im Schweiß	141 571	192 943	85 181	3 720	633	6 438
Kreuzzuchtwolle im „	119 304	84 531	73 408	3 491	628	388
Eisenerze . . .	10 666 720	12 261 431	10 879 255	1 603 698	1 649 566	2 213 745
Steinkohlen . . .	7 961 400	6 131 168	7 092 289	29 147 189	32 986 642	28 156 399
Braunkohlen . . .	5 872 526	4 627 757	6 641 081	43 890	81 710	57 379
Roheisen	70 882	58 281	62 658	625 556	415 657	772 167
Rohl.,Rohsch.,Rohbl.usw.	6 703	6 708	8 562	612 851	664 069	578 210
Träger, eiserne . .	2 527	736	328	325 016	260 808	380 307
Eisenb.-, Straßenbsch.	187	190	8	435 339	412 903	418 384
Kupfer	192 225	205 621	150 542	4 398	7 012	9 932

Digitized by Google

Am **Weltarbeitsmarkte** hat auch der März Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht gebracht, nur begann gegen Ende des Monats in England sich eine neue Streikbewegung in den Transportgewerben und im Bergbau vorzubereiten. — Zahlenmäßiges Material liegt für Deutschland erst bis gegen Ende Februar vor. Nach dem Reichsarbeitsblatt war „keine wesentliche Veränderung der in der Hauptsache nicht befriedigenden Lage zu bemerken." Für einige Saisongewerbe zeigt sich die alljährlich um diese Zeit eintretende Besserung, deren Umfang namentlich für weibliche Arbeitskräfte über das Vorjahr hinausgeht. Das Angebot auf hundert offene Stellen betrug:

	Dezember		Januar		Februar	
	1912	1913	1913	1914	1913	1914
männliche	175	218	191	234	190	218
weibliche	106	123	98	105	91	97

Ueber die **Einnahmen der deutschen Eisenbahnen** liegen Ziffern erst bis Ende Februar vor. Auf 1 km berechnet, ergibt sich gegenüber dem Februar 1913 im Güterverkehr eine Mindereinnahme von 22 M. = etwa ¾%. Im einzelnen erbrachten:

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1912/13		1913/14		1912/13		1913/14		1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
	insges. Mill.M.	p.km M.	insges. Mill.M.	p.km M.	insges. Mill. M.	p.km M.	insges. Mill.M.	p.km M.	Mill. M.		Mill. M.	
Dez.	164,9	3085	162,6	3015	68,1	1306	68,6	1307	16,5	17,2	249,5	248,5
*) Jan.	164,5	3077	174,8	2797	57,7	1106	64,8	1064	18,7	20,8	240,9	260,4
*) Febr.	164,1	3068	179,5	2873	52,4	1005	61,2	1004	15,5	19,3	231,9	260,0

Die Neuordnung der Verhältnisse in der **Groß-Schiffahrt** vollzieht sich doch nicht mit der Raschheit, die verschiedentlich erwartet worden war. Ueber die im vorigen Hefte erwähnte Interessengemeinschaft Hapag-Lloyd ist man sich bisher nur „im Prinzip" einig geworden, und auch die Verlängerung des großen Pools scheint unerwarteten Schwierigkeiten zu begegnen. Die Mitte März in Berlin tagende Konferenz, von der man den endgültigen Neuabschluß der Verträge erwartete, ist ergebnislos auseinander gegangen. Außerdem hat die ungarische Regierung den Schiffahrtsvertrag mit den kontinentalen Linien gekündigt, und es ist bisher noch nicht gelungen, einen neuen abzuschließen. — Die Geschäftslage der transatlantischen Schiffahrt hat sich inzwischen weiter verschlechtert, was auf die Dauer natürlich auf die Erträge der Linienreedereien nicht ohne Einfluß bleiben kann. Die **Auswanderung über deutsche Häfen** ist wie gewöhnlich im März stark gestiegen, erreicht aber die Vorjahrsziffern nicht. Es wanderten aus:

*) Seit Januar 1914 inkl. der Einnahmen der bayerischen Bahnen.

Digitized by Google

	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	11 539	9 770	12 843	15 831	12 490
„ Bremen . . .	19 646	10 762	19 635	21 090	16 832*
zusammen .	31 185	20 532	32 478	36 921	29 322
dagegen					
im Februar . . .	28 527	10 268	15 055	24 811	17 479
„ Januar	20 001	10 894	10 337	14 283	15 078

Die günstigere Entwicklung der **Konkursziffern** hat im März zwar angehalten, aber nicht in gleicher Weise wie im Januar und Februar. Es sind allerdings weniger Konkurse eröffnet worden als im vorigen Jahre, jedoch ist die Differenz wesentlich geringer als in den beiden ersten Monaten des Jahres, obwohl der März des Vorjahres durchaus nicht besonders ungünstig abschnitt. Es wurden eröffnet:

im Jan.	1912	826	Konkurse	1913	971	Konkurse	1914	854	Konkurse
„ Febr.	1912	761	„	1913	884	„	1914	751	„
„ März	1912	760	„	1913	854	„	1914	822	„
im I. Quart.	1912	2347	Konkurse	1913	2709	Konkurse	1914	2427	Konkurse

Die **Fusionsbewegung** hat im März wieder wesentliche Fortschritte gemacht. Neben dem Vertrage zwischen der Rombacher Hütte und der Concordia sind die im vorigen Hefte bereits kurz gestreiften Interessengemeinschaften in der Walzdrahtindustrie und die Erwerbungen von Kohlenkontorfirmen durch reine Zechen zu erwähnen. In gewissem Sinne gehört hierher auch der Erwerb von Zementfabriken durch das Rheinisch-Westfälische Syndikat für gemeinsame Rechnung.

Von der Lage der deutschen **Eisenindustrie** ist im März nicht sonderlich Gutes zu berichten. Der Rückschlag von der Erholung im Januar, der sich bereits gegen Ende Februar vorzubereiten schien, ist im März tatsächlich eingetreten und hat die Preise wieder geworfen. Neben einer Reihe von Zweigen der eigentlichen Schwerindustrie klagen jetzt auch verschiedene Verfeinerungsindustrien, wie z. B. der Maschinenbau. Es bestätigt sich immer mehr, daß die Kaufneigung an der Jahreswende in erster Reihe auf spekulative Vorkäufe des Großhandels zurückzuführen war, der sich für das Frühjahrsgeschäft rüstete. Die überdeckten Händler, hinter deren Erwartungen das Frühjahrsgeschäft zurückbleibt, unterbieten jetzt die Werkspreise, um wenigstens für einen Teil der Ware, die sie spezifizieren müssen, Absatz zu finden!

Von der allgemein verschlechterten Lage macht zwar auch der **Roheisen**markt keine Ausnahme, doch ist es dem Verbande im März immerhin gelungen, den Abruf wieder etwas zu steigern.

*) Die vom Bremer statistischen Amt veröffentlichte Ziffer von 19 133 Personen enthält die Kajüttpassagiere.

Digitized by Google

Der Märzversand dürfte etwa 80% der Beteiligung betragen. Allerdings schleudert der Verband in den bestrittenen Gebieten, für die der interne Verrechnungspreis für das erste Semester einen Rückgang um etwa 6½ M. aufweisen soll; in den unbestrittenen Gebieten sind die Preise knapp halb so stark herabgesetzt worden. — Die Roheisenerzeugung im März ist gegen den Vormonat erheblich gestiegen, bleibt aber hinter der Vorjahrsziffer, ebenso wie die Quartalsziffer, zurück. Es wurden erblasen (in 1000 t):

	1910	1911	1912	1913	1914
Januar	1 177,6	1 320,7	1 372,7	1 609,7	1 566,5
Februar . . .	1 091,4	1 179,1	1 319,8	1 492,5	1 445,5
März	1 250,2	1 322,1	1 424,1	1 628,2	1 602,7
im I. Quartal	3 519,2	3 821,9	4 116,6	4 730,4	4 614,7

Der **Stahlwerksverband** hat die ihm zugeschriebene Absicht, die Preisfestsetzung für Halbzeug erst dann vorzunehmen, wenn über das Schicksal des Walzdrahtverbandes Klarheit geschaffen worden sei, doch nicht verwirklichen können. Zu einer Preisermäßigung hat er sich aber nicht verstanden, vielmehr in seiner Märzsitzung den Verkauf für das zweite Quartal zu unveränderten Preisen freigegeben. Es ist sehr wichtig, daß das Preisniveau während der nächsten Zeit sich hält, denn die Leitung des Verbandes unterhandelt eben jetzt mit der Verwaltung der preußischen Staatseisenbahnen wegen eines neuen Schienenlieferungsvertrages. Die — auf Abschlag berechnete — Forderung der Verbandsleitung ist der bisherige Preis, während die Regierung angeblich etwa 10 M. weniger bietet. Man rechnet damit, daß die beiden Kontrahenten sich auf etwa 114 M., das wären rund 4 M. weniger als beim letzten Abschluß, einigen werden. — Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft hat das zwischen ihr und der Rheinisch-Westfälischen Trägerhändlervereinigung bestehende Abkommen über den Verkauf von Greyträgern wegen der Konkurrenz von Hagendingen jetzt gekündigt. — Die Versandziffern des Stahlwerksverbandes liegen erst bis Ende Februar vor. Bemerkenswert an ihnen ist die Steigerung des Formeisenversandes (wohl Export) bis etwa auf das Niveau des Vorjahres. Im einzelnen lauten sie (in 1000 t):

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember	175,1	173,9	130,5	170,5	220,0	232,5	122,6	138,6	94,4
Januar	182,6	162,7	143,0	177,3	229,8	211,4	118,7	143,1	100,8
Februar	173,0	140,4	134,5	194,8	229,9	214,6	139,4	136,2	133,9

Am Stabeisenmarkte ist die eingangs erwähnte Verschlechterung der Lage deutlicher zu spüren. Die Forderungen der Werke sind erheblich zurückgegangen, und auch die Händler haben sich in einer Anzahl von Bezirken dazu entschließen müssen, der veränderten Situation durch Herabsetzung ihrer Lagerpreise

Digitized by Google

Rechnung zu tragen. Innerhalb des Walzdrahtverbandes ist man bezüglich der mehrfach erwähnten Interessengemeinschaften zu einem Ergebnis noch immer nicht gelangt. Man hat zwar ein paar weitere Werke angliedern können, ohne jedoch den damit angeblich verfolgten Zweck, die Erneuerung des Walzdrahtverbandes, zu erreichen. — Zu Preisrückgängen ist es auch am Blech- und Röhrenmarkt gekommen. Für Grobbleche liegen die Forderungen bereits wieder unter 100 M. Etwas besser haben sich die Feinblechpreise gehalten. — Die Notierungen der Düsseldorfer Börse sind für eine Anzahl von wichtigen Waren im März mehrfach herabgesetzt worden. Sie lauten (in M. pro t):

	6. 2. 1914	21. 2. 1914	7. 3. 1914	20. 3 1914
Lux. Gießereieisen III	60—62	60—62	60—62	60—62
Dtsch. Gießereieisen I	75,50	75,50	75,50	75,50
„ „ „ III	70,50	73,50	70,50	70,50
Engl. „ „ III	—	—	—	—
Gew. Fluß-Stabeisen .	99—100	98—100	97—99	96—98
Grobbleche (Flußeis.)	103—105	103—105	101—103	100—103
Feinbleche	120—122,5	120—122,5	117,50—122,5	117,50—122,5
Flußeisenwalzdraht .	117,50	117,50	117,50	117,50

Der deutsche **Außenhandel mit Eisen und Eisenwaren** zeigt im Februar (einzelne provisorische Märzziffern siehe an anderer Stelle) einen neuen, sehr beträchtlichen Aufstieg des Exportes. So ziemlich alle überhaupt in Betracht kommenden Waren sind an der Mehrausfuhr beteiligt, nur Roheisen und Feinbleche machen eine Ausnahme. Besonders bemerkenswert ist der große Halbzeug-, Röhren-, Stabeisen- und Grobblechexport. Bei einzelnen wichtigeren Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
Dezember	17055,7	13125,4	1213,5	1255,3	104,4	26,8	50,2	59,3
Januar	11960,1	10188,1	741,8	675,3	22,4	9,3	87,1	12,1
Februar	6702,3	5828,1	899,5	670,8	29,9	19,0	91,0	73,6

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
Dezemb.	85948,5	51942,7	81436,1	63969,3	47953,0	43823,5	47662,7	25399,9
Januar	78831,3	49436,1	56888,4	55647,2	26468,2	32577,3	35927,5	25109,2
Februar	75979,0	41565,7	61886,7	66406,9	41493,8	41290,3	39616,9	26080,8

Auch am englischen Eisenmarkte hat der März eine Verschlechterung der Lage gebracht, wofür unter anderem die Tatsache kennzeichnend ist, daß der schottische Stahlwerksverband die Preisstellung für Schiffsplatten freigab, was praktisch so ziemlich seiner Auflösung gleichkommt. Da die Warrantläger aus den mehrfach erörterten Gründen noch immer langsam weiter abnehmen, so haben sich die Notierungen für Roheisenwarrants

Digitized by Google

bei nicht besonders umfangreichem Geschäft so ziemlich halten können. Nr. 3 M'bro Warrants notierten in Glasgow (pro t):

2. März	5. März	11. März	18. März	26. März	31. März
50 sh 8½ d	50 sh 7½ d	50 sh 8 d	50 sh 7½ d	50 sh 9 d	50 sh 7½ d

Wie gewöhnlich, spiegelte der belgische Eisenmarkt auch im März die Veränderungen der Weltmarktlage getreu wider; es kam in fast allen Produkten zu weiteren Rückgängen der Ausfuhr-, teilweise auch der Inlandpreise. — Auch in Frankreich sind einzelne Preisermäßigungen, unter anderem für Flußstabeisen, vorgenommen worden.

Auch am amerikanischen Eisenmarkt gehen die Aufträge spärlicher ein, und die Preise neigen eher nach unten. Die erwartete Frühjahrsbelebung ist, angeblich infolge der Unsicherheit in der Frachtenfrage, ausgeblieben. Der Jahresbericht pro 1913 des amerikanischen Stahltrusts, der nunmehr vorliegt, zeigt größere Brutto- und Nettoeinnahmen als in den beiden vorhergehenden Jahren. Die Produktionsziffern stellen Rekorde dar. Einzelne wichtige Ziffern aus dem Abschluß lauten:

	Stahlprodukt.	Bruttoeinnahme	Nettoeinnahme	an Surplus	Gesamt-Surplus
1906	13,51 Mill. to	705,92 Mill. $	156,62 Mill. $	12,74 Mill. $	98,22 Mill. $
1907	13,34 „ „	766,76 „ „	160,48 „ „	15,18 „ „	122,64 „ „
1908	7,84 „ „	482,31 „ „	91,85 „ „	10,34 „ „	133,41 „ „
1909	13,35 „ „	646,38 „ „	131,49 „ „	15,32 „ „	151,35 „ „
1910	14,15 „ „	703,96 „ „	141,14 „ „	10,77 „ „	164,15 „ „
1911	12,75 „ „	615,14 „ „	104,30 „ „	4,66 „ „	133,69 „ „
1912	16,90 „ „	745,51 „ „	108,18 „ „	3,60 „ „	136,71 „ „
1913	16,66 „ „	796,89 „ „	147,17 „ „	15,58 „ „	151,80 „ „

Am **deutschen Kohlenmarkte** hat sich die Lage im März zum mindesten nicht verbessert. Wenn zu dem Rückgange des Abrufes auch die Verkehrsstockungen infolge Hochwassers beigetragen haben, so ist trotzdem nicht zu verkennen, daß auch sonst die Absatzschwierigkeiten sich vergrößert haben. Der syndikatsoffiziöse „Glückauf", der u. a. auf die Abschwächung am Markte der Nebenprodukte hinweist, erklärt, daß die Lagerbestände trotz Zunahme der Feierschichten gewachsen sind. In Oberschlesien hat die Abschwächung ebenfalls Fortschritte gemacht. Die privaten oberschlesischen Gruben haben deshalb die im vorigen Herbst dekretierten Preisaufschläge wieder fallen lassen, so daß die Listen des Fiskus und der privaten Gruben jetzt übereinstimmende Notierungen zeigen. — Der tote Punkt in den Kohlensyndikatsverhandlungen ist noch nicht überwunden, obwohl die privaten Besprechungen zwischen den einzelnen Gruppen dauernd fortgesetzt worden sind. Den Vorsitz in der offiziellen Verhandlungskommission hat jedoch Emil Kirdorf wieder übernommen — ein günstiges Zeichen. Im Zusammenhange mit den Erneuerungsverhandlungen sei nochmals auf die an anderer Stelle bereits erwähnten neuen Zusammenschlüsse zwischen Zechen

Digitized by Google

und dem Kohlenkontor angeschlossenen Handels-Reedern hingewiesen. Ein großer Teil der bisher unabhängigen Firmen des Kontors ist bereits an Zechen übergegangen, und die Bewegung macht von Woche zu Woche weitere Fortschritte. In der letzten Sitzung des **Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats** wurde über den Februar berichtet, daß sich der Absatz etwa im Rahmen des Vormonats gehalten hätte. Für den April werden die bisherigen Einschränkungen beibehalten. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug (in 1000 t):

	1911/12		1912/13		1913/14	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Dezember	5 957,9	257,6	6 658,0	277,4	6 183,2	256,3
Januar	6 276,8	247,4	7 379,7	293,7	6 154,1	244,9
Februar	6 538,9	261,6	6 920,9	288,4	5 945,6	248,2

Der Koks- und Brikettversand betrug (in 1000 t):

	1911/12				1912/13				1913/14			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst
Dez.	1612,1	52,0	322,5	13,9	1902,2	61,4	366,4	15,3	1618,1	52,2	329,6	13,7
Jan.	1656,7	53,4	333,1	13,1	1985,5	64,1	401,6	16,0	1642,0	53,0	344,1	13,7
Febr.	1621,2	55,9	343,9	13,8	1875,6	67,0	370,6	15,4	1472,5	52,6	329,9	13,7

Der im vorigen Hefte erwähnte Abschluß des Kohlensyndikats mit den Londoner Gasgesellschaften hat nicht zu dem erhofften dauernden Auftrage geführt; die Gesellschaften haben vielmehr mit nordenglischen Zechen zu niedrigeren Preisen als bisher einen Jahresabschluß gemacht. — **Deutschlands Kohlengewinnung** im Februar (Märzziffern fehlen noch) zeigt deutlich die Wirkung der vorgenommenen Betriebseinschränkungen. Seit Januar liegt die Förderziffer bei Steinkohle unter der entsprechenden vorjährigen. Von Stein- und Braunkohle wurden gefördert (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember .	13 433,4	14 864,4	15 599,7	6 402,8	7 111,5	7 448,6
Januar . .	14 565,6	16 536,1	16 191,8	6 865,2	7 735,6	7 998,5
Februar . .	14 644,3	15 609,0	15 143,4	6 506,7	6 836,2	7 097,5

Im **Außenhandel mit Kohle** hat der Februar (provisorische Märzziffern siehe an anderer Stelle) bemerkenswerte Veränderungen nicht gebracht. Die Steinkohlenausfuhr bleibt weiter groß; es betrugen nämlich bei Steinkohle (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1911/12	1912/13	1913/14	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember . . .	955,6	899,5	790,2	2 606,1	2 867,5	3 022,5
Januar	759,5	663,3	715,9	2 452,7	2 386,2	2 818,0
Februar . . .	642,1	805,3	613,1	2 721,6	3 258,3	3 298,6

Das Rheinische Braunkohlensyndikat, das im nächsten Jahre abläuft, ist auf 15 Jahre verlängert worden. Es zählt keinen Außenseiter von Bedeutung und hat mit den in nächster Zeit in Betrieb kommenden Braunkohlengruben bereits

Digitized by Google

feste Abmachungen getroffen. — An den Kohlenmärkten des Auslandes ist die Stimmung ruhig. Preisrückgänge von Belang sind nicht zu konstatieren. Nur englische Schiffskohlen sind, wohl im Zusammenhange mit der Abschwächung des Frachtenmarktes, billiger. Einer nicht unbedeutenden Streikbewegung im englischen Kohlenbergbau legt man besondere Bedeutung nicht bei, es wird vielmehr berichtet, daß es sich um eine der in England gelegentlich vorkommenden Arbeitspausen handle, die sich die Arbeiter an schönen Frühjahrstagen leisten.

Eine offizielle Bekanntgabe der Novelle zum **Reichskaligesetz** ist auch im März nicht erfolgt; jedoch weiß man bereits, daß die Abgabe von 60 auf 90 Pfennig erhöht und die Hälfte davon dem Reiche zugewiesen werden soll. Die Bestimmungen über die Karenzzeit weisen ebenfalls beträchtliche Verschärfungen auf. Der Widerstand, den die Industrie diesen neuen Steuerplänen entgegensetzt, hat bisher noch nicht dazu hingereicht, die Bindungsaktion erfolgreich durchzuführen. Die Schwierigkeiten liegen in erster Reihe bei einzelnen kleinstaatlichen Verwaltungen und mehreren elsässischen Werken. Ueber den Absatz berichtet das Syndikat, daß der März sich etwa auf der Höhe des Vorjahres bewegt habe. — Die Ausfuhrziffern bis Februar, die für diesen Monat einen scharfen Rückgang der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten aufweisen, lauten (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr		Davon nach den Vereinigten Staaten	
	1912/13	1913/14	1912/13	1913/14
Dezember . .	155,0	216,6	93,7	123,5
Januar . . .	172,4	133,6	80,3	74,8
Februar . . .	169,3	121,4	81,7	33,7

An den **Weltgetreidemärkten** konnte sich für Roggen und Mais die im Vormonat beobachtete etwas festere Stimmung unter Schwankungen ziemlich behaupten, dagegen ging bei Weizen mehr als die Preisbesserung des vorigen Monats wieder verloren. Besondere Momente sind nicht zu erwähnen. In Deutschland sind die Saaten im allgemeinen gut durch den Winter gekommen, entwickeln sich jetzt jedoch verhältnismäßig langsam. — Am Zuckermarkte waren die Preisschwankungen verhältnismäßig gering, während Kaffee, teils infolge der andauernd kritischen Zustände in Brasilien, teils infolge der die Erwartung übersteigenden Zufuhren, nicht unbeträchtlich weiter nachgab. — Die Tee- und Kakaopreise haben sich kaum geändert.

Am Markte der **Textil**rohstoffe hat Wolle unter kleinen Schwankungen ihren hohen Preisstand fast völlig behaupten können, und Jute ist sogar erneut gestiegen. — Die Baumwollnotierungen alter Ernte sind in die Höhe gegangen, obwohl der Ertrag die Erwartungen überstieg, weil dieses Mal besonders große Posten niedergradiger Ware geerntet worden

Digitized by Google

sind und die Spekulation Schwierigkeiten bei der Andienung befürchtet. — Flachs ist weiter zurückgegangen.

Die **Metall**märkte waren im März fast durchweg lustlos. Gegen Ende des Monats setzte in Kupfer eine kleine, anscheinend spekulative Preiserhöhung ein, während Zinn trotz der Meldung, daß sich die alte Haussegruppe wieder zusammengefunden habe, seinen Stand kaum veränderte. Am Bleimarkte ist, da die Knappheit an prompter Ware etwas nachgelassen hat, der Preis, besonders scharf gegen Ende des Monats, zurückgegangen. Das mehrfach erwähnte Stützungssyndikat am Silbermarkte hat sich nach erfolgtem Verkauf seiner Bestände aufgelöst.

Die Chilesalpeterpreise haben die ganze Steigerung vom vorigen Monat wieder hergeben müssen. — Ziemlich scharf rückgängig waren Kopra und einzelne pflanzliche Oele. — Das internationale Spiegelglassyndikat hat für das zweite Quartal wieder 43 Betriebsfeiertage vorgeschrieben. — Die deutsche Diamantenregie hat bei der neuen Ausschreibung den Zuschlag auf ½ Million Karat etwas unter dem letzten Preise an die Firma L. Breitmeyer & Co., die Handelsfirma des de Beers-Konzerns, erteilt. — Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	31. März 13	2. Febr. 14	2. März 14	10. März 14	20. März 14	31. März 14
Weizen (Berlin) .	211,—	195,25	206,25	197,50	196,50	203,—
do. (New York)	98,—	97	97 1/2	97,—	95 1/4	94 1/2
Roggen (Berlin) .	170,50	162,—	164,25	161,50	160,75	163,75
Mais (New York)	58,—	69 1/8*)	70 3/8	69 3/8	73 5/8	72 1/4
Baumwolle (Brem.)	64,—	64 1/4	67 3/4**)	67 3/4**)	68 1/2**)	64 3/4
do. (New York)	12,60	12,75	13,05	13,10	13,45	13,75
Wolle (Antwerpen)	6,12	6,22	6,47	6,35	6,40	6,42
Zucker (Magdeb.)	9,75	8,95	8,85	8,85	8,90	8,90
Kaffee (Hamb.) .	61 1/4	50 3/4	49 1/2	48,—	47 1/2	49 1/2
Salpeter (Hamb.)	11,77 1/2	10,07 1/2	10,55	10,50	10,35	10,10
Schmalz (Chicago)	11,15	11,20	10,75	10,90	11,05	10,62
Silber (London) .	26 1/2	26 11/16	26 11/16	26 13/16	26 3/4	26 3/4
Kupfer (London) .	67 7/8	66 5/8	64 5/8	64 1/8	64 1/8	64 7/8
Zinn (London) . .	217 1/2	187 3/4	172 1/2	172 3/4	173,—	173 1/2
Zink (London) . .	24 3/4	21 1/2	21 3/8	21 5/8	21 1/2	21 7/16
Blei (London) . .	16 3/8	20 1/8	19 3/4	20,—	19 9/16	18 1/4

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per ½ kg mit 1¼ % Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn, 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2½ %.

Mußten die **Weltbörsen** schon im Februar ihre durch das Januargeschäft so hoch gespannten Hoffnungen herabstimmen, so ist der März im allgemeinen noch ungünstiger verlaufen. Von

*) Für ankommende Ware.
**) Fully Middling.

Digitized by Google

großen Rückgängen kann zwar kaum die Rede sein, jedoch ist der Geschäftsumfang überall wieder zusammengeschrumpft, und die Stimmung hat wesentlich abgeflaut. In New York verstimmten vor allem die schlechten Resultate und die fraudulösen Vorgänge bei den Eisenbahnen sowie das Hinauszögern der Frachterhöhungen. An den europäischen Börsen wirkte zeitweilig die Politik recht deprimierend. Neben den Vorgängen in Epirus war es vor allem die russisch-deutsche Preßfehde, die zu Realisationen den Anlaß gab. Als besonders verstimmendes Moment kam in London noch der starke Geldbedarf einzelner Kolonien, in Paris die innerpolitische Lage und der Pessimismus hinzu, von dem der Geschäftsbericht des Crédit Lyonnais getragen war.

Die **Berliner Börse** zeigte wiederum ein etwas günstigeres Bild als die meisten Auslandsmärkte, ohne daß von einer festen Tendenz hätte gesprochen werden können. Wirkte schon die (im vorigen Hefte erwähnte) Dividendenenttäuschung bei der Kattowitzer Bergbaugesellschaft weit über das direkt betroffene Gebiet hinaus, so verstimmte, als dieser Faktor einigermaßen überwunden war, der neue Geldbedarf von Deutsch-Luxemburg. — Im einzelnen standen im Ultimoverkehr meist der Montan- und Schiffahrtsmarkt im Vordergrunde des Interesses; auf beiden Gebieten sind größere Kursrückgänge zu verzeichnen. Neben den bereits erwähnten Kattowitzer Aktien sind noch die übrigen Oberschlesischen Werte sowie Rombacher zu nennen, die unter der beabsichtigten Interessengemeinschaft mit der Concordia eher litten, weil die Garantien für das Unternehmen unter Umständen eine schwere Last darstellen können. Bei Schiffahrtsaktien sind die Rückgänge meist recht bedeutend. Zu der Verstimmung über die schlechte Lage des Frachtenmarktes traten hier noch ausgesprochene Baisseattacken, vor allem auf Hansa. Bahnenwerte entbehrten im allgemeinen der Anregung; Amerikaner litten unter dem von New York ausgehenden Drucke. Hervorzuheben sind das ziemlich anhaltende Interesse für Schantungbahn und der neue scharfe Rückgang in den Aktien der Großen Berliner Straßenbahn. Der Rentenmarkt lag nicht so fest wie im Vormonat, da in heimischen Anleihen zeitweilig ziemlich viel Material an den Markt kam und auf fremde Renten der Geldbedarf der Donaumonarchie, die unerquicklichen Verhältnisse an der Pariser und Petersburger Börse sowie die südamerikanische Krisis drückten. Gegen Schluß des Monats besserte sich aber infolge des flüssigen Geldstandes bei zeitweilig ziemlich lebhafter spekulativer Kauflust der Kursstand der heimischen Anleihen. Für mexikanische Renten regte die Tatsache an, daß wider Erwarten wenigstens der Aprilcoupon bezahlt werden kann. — Am Kassaaktienmarkt war die Haltung nicht

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1913		1914					
	1. März	31. März	2. Jan.	2. März	7. März	14. März	21. März	31. März
3 % Reichsanleihe	76,50	76,20	76,10	78,00	77,50	77,75	77,60	78,30
4½ % Japaner	92,00	91,40	90,50	91,70	90,90	89,50	89,50	89,90
4 % Russen v. 02	90,75	89,90	90,60	88,00	87,50	87,00	87,00	86,50
3 % Portugiesen	66,40	65,00	63,80	65,25	64,30	64,75	64,75	64,40
5 % Chin. Anleihe	99,80	100,00	97,50	99,00	98,70	98,70	99,00	99,80
Türk. Anl. v. 03	86,75	86,60	86,00	85,75	86,00	84,60	84,80	84,40
Türken-Lose	158,00	157,90	169,50	168,60	168,00	168,00	168,50	168,90
Disconto-Com.-Ant.	191,00	181,40	186,90	197,40	197,25	196,50	197,00	188,30
Oesterr. Kredit-Akt.	201,50	—	202,50	206,50	205,50	205,25	206,00	205,00
Berl. Handels-Ges.	168,25	169,40	155,90	162,00	162,50	161,70	162,00	163,20
Darmstädter Bank	123,75	122,50	115,90	123,20	123,40	123,40	123,25	123,25
Deutsche Bank	256,50	247,00	249,00	258,60	259,50	258,90	259,00	262,90
Dresdner Bank	156,00	156,60	151,80	158,25	158,90	157,60	158,40	151,40
Nationalbank	122,60	114,40	116,90	117,10	117,00	116,90	116,50	110,50
A. Schaaffh. Bankv.	114,50	115,50	101,25	106,00	105,80	105,80	103,00	102,75
Comm.-u.Disc.-Bank	113,80	114,00	107,30	113,30	112,80	112,80	112,90	112,80
Wiener Bankverein	134,60	—	134,50	140,50	140,20	140,50	140,00	139,75
Azow-Don-Commerz	—	—	238,00	245,50	243,00	244,25	243,00	244,00
Russ. B. f. ausw. H.	159,00	164,00	156,70	174,25	173,90	173,00	172,20	170,50
Petersb.Int.Hand.-B.	212,25	203,60	201,50	209,60	208,60	209,90	209,20	193,80
Franzosen	—	—	155,25	156,30	155,50	—	154,75	—
Lombarden	23,80	24,10	22,10	22,20	22,00	22,25	21,80	21,70
Ital. Meridionalbahn	—	—	108,75	107,00	—	104,50	—	—
Anatolische Eisenb.	—	—	116,50	117,00	117,80	—	116,25	115,25
Orientbahn	177,50	178,60	200,00	198,25	202,00	—	201,50	—
Prince Henri	160,50	160,00	157,75	160,75	160,50	160,00	157,25	156,20
Schantungeisenbahn	128,80	128,00	128,75	141,00	139,75	140,10	142,00	144,00
Baltimore	101,20	100,50	92,90	95,70	87,75	89,40	91,00	91,00
Canada	234,70	232,75	214,75	214,40	212,00	208,50	211,10	209,50
Pennsylvania	—	—	—	—	111,40	—	110,75	—
Lübeck-Büchener	179,00	179,50	180,75	185,00	184,75	183,50	183,00	186,50
Gr. Berl. Straßenb.	174,00	172,60	163,50	161,00	158,60	157,50	157,00	151,10
Electr. Hochbahn	130,00	129,50	137,90	137,50	135,50	135,90	135,60	131,40
Dynamite Trust	177,80	177,25	173,25	178,75	178,60	178,30	175,75	176,40
Norddeutsch. Lloyd	121,00	116,40	117,40	125,90	125,60	125,20	123,60	124,20
Hamb.-Am. Packetf.	152,10	157,90	134,00	143,75	142,30	142,20	141,50	131,40
Hansa Dampfschiff.	310,40	329,50	271,50	296,10	295,50	293,00	288,80	232,50
Bochum. Gußstahl	215,60	213,50	210,00	225,60	225,00	224,25	224,50	225,10
Laurahütte	178,00	172,25	125,25	161,10	160,25	156,25	155,75	152,00
Harpener	192,75	189,90	174,00	188,40	185,50	184,10	184,00	183,10
Gelsenkirchen. Bgw.	197,00	190,10	185,00	195,40	194,75	193,25	193,30	195,00
Dt.-Luxemb. Bergw.	163,60	160,50	133,50	143,60	142,00	136,80	134,00	131,60
Aumetz-Friede	177,00	174,25	157,80	167 50	166,40	165,50	164,50	161,80
Rhein. Stahlwerke	168,00	165,00	152,75	164,00	162,70	159,90	160,00	160,50
Hohenlohewerke	173,75	170,75	133,50	124,50	120,75	123,50	122,50	119,00
Phönix	259,10	257,50	235,60	243,25	241,00	239,30	239,60	239,60
Rombacher Hütten	161,80	159,50	150,00	164,75	163,00	158,75	159,60	159,25
Allg. Elektr.-Ges.	235,90	234,30	236,60	240.60	246,80	245,75	248,40	248,25
Siemens & Halske	213,60	211,10	220,00	220,80	219,00	217,60	218,00	217,60
Schuckert Electr.	144,25	141,90	151,90	151,75	151,10	149,20	151,75	151,00
Electr. Licht u. Kraft	127.60	128,00	129,75	131,00	130,00	130,00	130,50	130,00
Ges. f. Electr. Untern.	169,50	170,25	164,00	170,75	171,80	171,60	172,00	172,70
Dt. Uebersee Elektr.	161,60	162,75	167,00	178,00	177,00	176,90	177,90	178,00
Bk. f. Electr. Untern.	188,00	187,50	185,00	195,00	194,50	194,40	194,90	195,00
Oberschles. Eisb.-B.	103,00	102,10	89,90	91,30	89,90	84,60	85,25	84,25
Orenstein & Koppel	204,90	200,75	167,00	182,75	178,25	178,10	177,50	178,25
Oberschles. Eis.-Ind.	84,50	81,50	62,00	71,25	69,20	65,25	69,90	67,50
South-West Africa	126,90	—	115,00	117,75	117,50	121,10	119,70	118,25

Digitized by Google

einheitlich; jedoch überwogen die schwachen Börsen, da neue Dividendenenttäuschungen immer wieder Material an den Markt brachten. Erwähnt seien Thale, Rhein-Nassau, Glanzstoff, von denen letztere sich später wieder erholten. Eine angenehme Ueberraschung, die sich auch im Kurse deutlich ausprägte, bereitete die Aluminium-Industrie A.-G. ihren Aktionären, während Deutsche Waffen auf das enttäuschende (später geänderte) Bezugsrecht nicht unwesentlich nachgaben. Zeitweilig gebessert waren Zement- und die meisten Farbwerte; bei den letzteren wurde Anfang April nachträglich die Erklärung für die Steigerung durch die Bekanntgabe von Kapitalserhöhungen mit wertvollen Bezugsrechten gegeben. Die Lebhaftigkeit am Markte der Kaliwerte hat wieder nachgelassen.

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im März.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
5 % Mexikaner	84,25	79,00	83,40	
5 % Chilenen v. 1911 . .	95.20	91,25	92.50	Krisis in Chile
Schantung-Eis. Genußsch.	267,50	255,00	267,50	Bau eines Eisenwerks
Berg. Märk Bank . . .	160,90	154,50	160,90	Fusion m. Deutsche B.
Bras Bank f. Deutschl. .	161,50	155,25	155,25	Krisis in Brasilien
Bad. Anilin	670,00	644,00	656,00	Reaktion auf Hausse
Bazar Genußsch.	700.00	660,00	686,00	
Bruchsal Masch.	377,50	363,00	374,50	
Deutsche Gasglühl. (Auer)	620,00	593,00	593,00	Reaktion
Deutsche Waffen	614,75	585,00	603 00	Kapitalserhöhung
Dürkopp	342,00	308,75	315,75	Schlechte Lage der Automobilbranche
Elberfelder Farben . . .	672,00	642,00	660,00	Enttäuschg. üb. Höhe des Bezugsrechts
Westl. Bodengesellsch. . .	650,00	570,00	650,00	Bessere Aussichten

Die Ziffern der Börsensteuern liegen erst bis Ende Februar vor. Der Schlußsteinstempel hat unerwarteterweise mehr abgeworfen als im Januar. Im einzelnen erbrachten (in 1000 M.):

	Schlußscheinstempel.			
	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember	1 260,6	1 988,2	1 354,5	1 099,1
Januar	2 214,8	2 277,2	1 665,7	1 665,1
Februar	2 288,7	1 620,3	1 236,7	1 916,8
	Effektenstempel.			
	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember	3 497,6	3 649,4	4 562,5	4 521,1
Januar	5 112,1	5 284,1	5 619,4	5 811,4
Februar	3 857,8	4 724,3	2 529,2	4 455,9

Der **internationale Geldmarkt** bot im März die ungewohnte Erscheinung einer Andauer der Februar-Flüssigkeit, die sonst durch eine den Quartalstermin vorbereitende Versteifung abgelöst zu werden pflegt. An einzelnen Märkten, insbesondere in

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.

Digitized by Google

London und Paris, setzte sich die Verbilligung der Geldsätze sogar noch fort. Es zeigt sich immer mehr, daß die lange gefürchteten Fremdanleihen, von denen jetzt eine nach der anderen zum Abschluß kommt, den Märkten nicht annähernd so viel Geld entziehen, wie die langsam abflauende industrielle Tätigkeit allenthalben — teils gutwillig, teils gezwungenermaßen — freisetzt.

Dem Londoner Geldmarkt ist es zustatten gekommen, daß die Regierung in der ersten Märzhälfte aus den angesammelten Steuereingängen einen großen Posten Schatzscheine eingelöst hat. Ferner zieht der Markt daraus Nutzen, daß à conto gewisser demnächst abzuschließender neuer Anleihen (z. B. einer Argentinischen) bereits jetzt kontinentale Gelder nach London gelegt worden sind. Die andauernd niedrigen Preise vieler Weltstapelartikel, wie Kaffee, Kautschuk usw., wirken ebenfalls günstig auf den Geldmarkt ein, da für gleichbleibende Quanten geringere Zahlungen nach Uebersee zu leisten sind. Die allgemeine Erwartung einer weiteren Geldverbilligung im Sommer bewirkte, daß das Geldangebot zeitweilig außerordentlich dringlich wurde, so daß nicht einmal der Ulster-Skandal den Rückgang der Notierungen aufhalten konnte. Der Privatdiskont notierte:

2. März	6. März	9. März	16. März	23. März	31. März	höchst	niedrigst
$2^3/_8$	$2^7/_{16}$	$2^5/_{16}$	$2^1/_8$	$2^1/_{16}$	$1^3/_4$	$2^7/_{16}$	$1^3/_4$

im Durchschnitt 2,15 gegen 2,12 im Februar.

Obwohl die Bank von England auch im März kleine Quantitäten Gold hergeben mußte, ist sie doch während des ganzen Monats in guter Verfassung geblieben, zumal die Staatsdepositen, die stets im März ihren Höhepunkt erreichen, diesmal abnorm hoch gewesen sind. Der Ausweis per 1. April zeigt allerdings eine starke Inanspruchnahme, die aber nichts zu besagen hat, da der Quartalserste in London stets eine Anspannung mit sich bringt, die schon am nächsten Tage verschwindet. Die äußere Goldbewegung bei der Bank zeigt diesmal das seltene Bild absoluter Passivität, da alle Ankünfte am Londoner Markt sofort für indische, argentinische und kontinentale (hauptsächlich russische) Rechnung aufgekauft wurden. Die Ziffern lauten (in 1000 £):

Eingang:		Ausgang:	davon nach:		Saldo
2.— 7. März	—	140	Straits Settlements	90	— 140
			Süd-Amerika	50	
9.—14. „	—	405	Argentinien	400	— 405
16.—21. „	—	90	Süd-Amerika	50	— 90
			Java	40	
23.—31. „	—	16	Frankreich	6	— 16
		651			— 651

Der Londoner Clearing-Verkehr (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im März 1914 im Ver-

Digitized by Google

gleich mit den Parallelwochen der Vorjahre folgende Ziffern auf (in 1000 £):

1912		1913		1914	
1. 3.— 6. 3.	360 691	27. 3.— 5. 3.	381 970	26. 3 — 4. 3.	417 615
7. 3.—13. 3.	254 105	6. 3.—12. 3.	278 104	5. 3.—11. 3.	328 421
14. 3.—20. 3.	316 905	13. 3.—19. 3.	344 814	12. 3.—18. 3.	358 831
21. 3.—27. 3.	238 978	20. 3.—26. 3.	216 178	19. 3.—25. 3.	300 759
1. 3.—27. 3.	1 170 679	27. 2.—26. 3.	1 221 066	26. 2.—25. 3.	1 405 626
1. 1.—28. 2.	2 615 152	1. 1.—26. 2.	2 639 593	1. 1.—25. 2.	2 764 410
1. 1.—27. 3.	3 785 831	1. 1.—26. 3.	3 860 659	1. 1.—25. 3.	4 170 036

Auch am Pariser Geldmarkt hat die Geldflüssigkeit im März weitere Fortschritte gemacht. Große Summen sind hier in Erwartung der immer weiter hinausgezögerten, aber schließlich doch unvermeidlichen französischen Wehranleihe und der diversen Auslandsanleihen aufgespeichert, die mit Rücksicht auf die Volksstimmung heute noch nicht an die Börse gelassen werden. Dazu kommen die gewaltigen russischen Guthaben aus der letzten Eisenbahn-Anleihe, von denen vertragsgemäß ein Teil in barem Gold sukzessive nach Petersburg gesandt wird — daher die starken Goldkäufe am Londoner Markt —, der Rest aber eine gewisse Zeit in Paris belassen werden muß. Die Banken halten zwar die offizielle Notiz des Privatdiskonts andauernd auf 2¾%, aber erste Unterschriften sind im März zu $2^5/_8$ und selbst $2^1/_2$% genommen worden. Um 3% zu erzielen, mußten die Banken schon belgische oder österreichische Wechsel in Pension nehmen; russische Wechsel fanden zu 3¼% Unterkunft.

Die Bank von Frankreich hat ihren Goldbestand auch im März um eine Kleinigkeit aufgebessert; er geht jetzt um 400 Mill. Fr. über die vorjährige Höhe hinaus. Die Inanspruchnahme der Bank ist, abgesehen von den Tagen der Quartalswende, keine besonders starke mehr gewesen, wie angesichts der Spannung zwischen Banksatz und Privatdiskont nur natürlich.

Am Wiener Geldmarkt haben sich die billigeren Geldsätze, die sich Mitte Februar eingestellt hatten, auch im März behaupten können. Die Devisenkurse sind von ihrem Normalstande, den sie unter dem Einfluß der ausländischen Rimessen auf die ungarische und kommende österreichische Anleihe in letzter Zeit wieder erreicht hatten, nicht erheblich abgewichen. Unter diesen Verhältnissen konnte die Oesterreichisch-Ungarische Bank es am 13. März wagen, wiederum eine halbprozentige Diskontermäßigung, auf 4%, vorzunehmen. Der Privatdiskont notierte:

2. März	9. März	16. März	23. März	30. März	höchst	niedrigst
$3^3/_8$	$3^1/_4$	$3^1/_4$	$3^1/_4$	$3^7/_{16}$	$3^7/_{16}$	$3^1/_4$

im Durchschnitt 3,34 gegen 3,64 im Februar.

Zu erwähnen ist diesmal auch der Petersburger Geldmarkt, dem die in Paris aufgenommene Eisenbahn-Anleihe inso-

Digitized by Google

fern eine Erleichterung gebracht hat, als ein Teil ihres Erlöses mit fälligen Forderungen von französischen Banken kompensiert werden konnte. Trotzdem überwiegen die russischen Zahlungsverpflichtungen an das Ausland dermaßen die Forderungen, daß der Rubelkurs sich im März wieder erheblich unter sein pari, vorübergehend bis auf 215 M., gesenkt hat. Starke Weizen-, Roheisen- und Kohlen-Einfuhr sowie fortgesetzte Ankäufe baren Goldes haben die Verschuldung herbeigeführt.

In New York haben sich die Geldsätze im März noch etwas niedriger als im Februar gestellt. Die Ausweise der New York Associated Banks lauten:

	21. Febr.	28. Febr.	7. März	14. März	21. März
Darlehen	1 450,5	1 462,1	1 485,3	1 483,4	1490,5
Depositen	1 513,9	1 514,1	1 532,9	1 537,0	1546,2
Barbestand und Legal-Tenders	412,5	403,5	399,4	404,8	407,7
Gesetzlicher Mindestbarbestand	378,5	378,5	383,2	384,2	386,6
Reserve	34,0	25,0	16,2	20,6	21,1

Die Ausweise der dem New-Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	21. Febr.	28. Febr.	7. März.	14. März	21. März
Darlehen	589,8	597,7	601,9	596,5	594,6
Depositen	410,9	426,7	428,0	429,8	439,3
Depositen bei den Assoc.-Bks. .	84,9	80,8	73,4	84,2	87,3
Barbestand und Legal-Tenders	62,2	65,8	65,7	67,0	70,0

Umstehend die Hauptziffern aus den März-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken (vgl. auch am Schluß des Heftes).

Von den Diskontsätzen der europäischen Notenbanken hat außer dem der Oesterr.-Ungar. Bank noch der Satz der Niederländischen Bank eine Ermäßigung erfahren, und zwar um $^1/_2$% auf $3^1/_2$%. Die Diskontsätze lauten:

Deutsche Reichsbank	bis	31.	März	4;		Durchschnitt	4
Bank von England	„	31.	„	3;		„	3
Bank von Frankreich	„	31.	„	3,5;		„	3,5
Oest.-Ung. Bank	„	12.	„	4,5;	bis 31. März 4;	„	4,1
Banca d'Italia	„	31.	„	5,5;		„	5,5
Russ. Reichsbank	„	31.	„	6;		„	6
Bank von Finnland	„	31.	„	6;		„	6
Bank von Spanien	„	31.	„	4,5;		„	4,5
Bank von Portugal	„	31.	„	5,5;		„	5,5
Schweiz. Nationalbank	„	31.	„	3,5;		„	3,5
Schwed. Reichsbank	„	31.	„	4,5;		„	4,5
Bank von Norwegen	„	31.	„	4,5;		„	4,5
Niederländische Bank	„	23.	„	4;	„ 31. „ 3,5;	„	3,8
Nationalb. von Belgien	„	31.	„	4;		„	4
Nationalb. v. Dänemark	„	31.	„	5;		„	5
Rumän. Nationalbank	„	31.	„	6;		„	6
Nationalb. v. Bulgarien	„	31.	„	6,5;		„	6,5
Nationalbk. v. Serbien	„	31.	„	7 (6)*);		„	7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„	31.	„	6,5;		„	6,5

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Digitized by Google

März-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. III.	1299,3	316,9	—	900,8	69,6	997,2		1856,9	240,7
14. „	1317,6	321,7	—	884,1	65,6	1058,4		1795,1	155,8
23. „	1322,1	331,2	—	864,6	62,6	1094,5		1785,0	131,7
31. „	1260,0	319,4	—	1361,8	84,2	890,5		2427,7	848,3
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
4. III.	41,8		—	49,8		22,4	40,9	28,5	—
11. „	41,6		—	51,3		24,9	39,9	28,2	—
18. „	41,2		—	55,0		27,4	40,4	28,4	—
25. „	40,9		—	57,8		28,7	41,4	28,6	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
5. III.	3603,0	642,0	13,0[4])	1389,5	1016,0	209,4	646,9	5946,8	1698,8
12. „	3610,3	637,1	11,5[4])	1379,2	992,5	189,0	654,3	5813,2	1554,3
19. „	3621,5	634,0	11,1[4])	1395,4	986,3	169,6	690,3	5803,2	1536,6
26. „	3624,2	633,0	9,3[4])	1406,1	976,9	270,3	682,5	5743,1	1476,6
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. III.	1249,6	289,8	60,0	684,9	533,2[2])	236,6		2161,6	562,2
15. „	1249,8	292,2	60,0	631,9	528,6[2])	217,8		2120,2	518,2
23. „	1250,5	294,8	60,0	601,5	527,6[2])	230,6		2078,7	473,4
31. „	1250,6	295,3	60,0	765,0	534,6[3])	188,4		2294,9	689,0
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23. II./8. III.	1552,1	71,0	233,3	456,5	368,4	485,0	630,7	1626,7	—
1./14. „	1556,0	71,9	230,9	456,1	371,1	493,4	612,7	1621,1	—
8./21. „	1558,4	72,4	225,0	449,6	370,6	480,0	628,0	1623,4	—
16./29.	1563,0	71,9	211,2	433,3	366,8	474,7	641,7	1611,5	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finnländisch])									
28. II.	58,7[3])	2,2	74,5[4])	75,5	32,5	19,9		114,1	—
7. III.	58,3[3])	2,2	74,8[4])	77,5	31,9	21,2		117,4	—
14. „	58,2[3])	2,1	79,1[4])	77,2	28,0	22,6		115,5	—
23. „	58,4[3])	2,1	83,5[4])	75,2	27,5	25,6		114,4	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. II.	1108,3	98,7	85,1[4])	719,5[5])		117,4	205,0	1582,9	290,8
28. „	1108,0	99,0	84,7[4])	766,7[5])		184,2	192,4	1613,6	321,9
10. III.	1110,3	98,7	83,9[4])	733,6[5])		163,7	182,7	1580,3	287,4
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
7. III.	493,5	720,0[8])	179,7	336,5	535,2[7])	115,1	477,0	1923,4	530,2
14. „	495,1	723,2[8])	181,0	330,4	528,5[7])	116,5	484,9	1912,3	513,0
21. „	497,5	727,4[8])	181,3	328,1	524,2[7])	105,6	481,5	1898,4	492,2
28. „	503,7	728,7[8])	177,7	329,6	521,3[7])	106,8	488,2	1895,2	485,1
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[10])									
14. I.	7,534	8,883[8])	—	23,896	68,730	2,397	4,061	86,739	70,322
21. „	7,535	8,901[8])	—	23,797	67,977	2,234	4,581	85,817	69,381
28. „	7,535	8,978[8])	—	24,542	66,788	2,192	4,397	85,376	68,863
4. II.	7,535	8,878[8])	—	24,509	65,463	2,250	4,095	84,517	68,104
11. „	7,535	8,925[8])	—	24,488	64,938	2,441	4,175	82,506	66,046
18. „	7,542	8,923[8])	—	24,451	65,103	2,555	4,880	82,668	66,203
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
7. III.	158,9	9,5	20,1[4])	57,0	87,7[9])	—	4,8	305,6	117,1
14. „	159,9	9,4	20,1[4])	53,5	88,3[9])	—	4,0	304,3	114,9
21. „	160,0	9,6	19,7[4])	49,8	88,6[9])	—	3,7	301,0	111,7
28. „	160,0	9,5	19,7[4])	51,8	84,2[9])	—	4,3	297,9	108,7

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
5. III.	251,6	65,8	127,6[4])	587,2[9])	62,7	62,8	75,2	977,8	532,8
12. „	252,0	67,1	119,1[4])	583 0[9])	57,3	54,8	72,4	971,9	533,7
19. „	252,6	72,0	122,7[4])	542,9[9])	61,9	37,4	77,4	958,0	510,7
26. „	256,0	71,2	121,8[4])	537,5[8])	61,8	29,9	78,1	959,6	510,6
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. III.	169,3	19,3	—[17])	87,8	19,0	45,2		260,5	71,9
14. „	169,4	19,2	—[17])	85,3	20,4	53,5		256,0	67,4
23. „	170,3	19,3	—[17])	84,6	20,0	52,2		253,2	63,6
31. „	169,8	17,0	—[17])	101,5	26,4	46,2		284,1	97,3
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
7. III.	104,2		102,9	100,8		62,5		213,1	6,0
14. „	104,2		101,4	108,5		65,3		218,2	12,6
21. „	104,2		102,4	107,9		72,7		211,6	5,0
28. „	104,2		103,2	110,6		74,1		213,1	5,7
31. „	104,1		105,1	132,5		80,4		233,6	24,4
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
8. III.	44,8		57,0[4])	66,0		10,1		100,1	—
16. „	44,1		58,9[4])	65,2		9,8		100,8	—
23. „	43,2		58,0[4])	64,6		7,3		101,3	—
31. „	45,4		55 2[4])	70,4		7,8		107,4	—
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
28. II.	77,9		29,8[4])	29,7[10])	33,7[10])	4,3		143,9	36,2
31. III.	79,9		30,5[4])	33,2[10])	31,9[10])	6,7		146,6	36,2
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
15./28. II.	66,7	5,7	4,9	8,7	31,4[11])	9,2		97,3	20,0
22. II./7. III.	66,3	5,9	4,8	8,9	31,0[11])	10,3		95,8	18,8
28. „ /13. „	66,1	6,1	4,8	8,7	31,4[11])	9,7		96,8	19,8
8./21. „	67,2	6,3	5,0	8,8	31,6[11])	10,7		97,4	18,9
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
1./14. II.	152,1	1,5	56,6	178,8	40,8[12])	—[13])		407,6	197,4
8./21. „	152,0	0,5	56,6	172,0	40,4[12])	—[13])		399,9	190,8
15./28. „	151,8	0,5	56,6	177,3	33,7[12])	—[13])		403,4	194,5
22.II/7. III.	151,7	0,6	56,6	167,9	41,8[12])	—[13])		406,2	197,3
1./14.	154,1	0,7	56,6	169,5	42,5[12])	—[13])		407,3	195,9
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
7./20. I.	55,3	23,6	25,2[4])	40,5	283,0[14])	—	245,3	186,4	82,3
14./27. „	55,4	23,7	52,9[4])	39,7	282,5[14])	—	249,2	184,3	52,3
22. I./4. II.	55,3	24,5	64,2[4])	39,0	280,4[14])	—	239,2	187,2	43,2
31. „ /13. „	55,3	24,8	61,3[4])	40,7	278,1[14])	—	235,0	180,8	39,4
14./27. „	55,4	24,5	60,7[4])	40,5	270,7[14])	—	227,1	182,5	41,9
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
31. XII./13. I.	22,1		238,0	17,6	312,2[15])	2,4	264,3[16])	234,5	—
31. I/13. II.	23,3		238,4	18 6	306,9[15])	4,5	269,9[16])	230,3	—

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (28. 2. 14 20 Mill. Kr., 31. 3. 14 20,4 Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 77 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 41 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichten Gesetz bildet ab 1. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit.

Digitized by Google

Am **Berliner Geldmarkt** sind die Geldverhältnisse zwar ziemlich leicht geblieben, doch hat sich das Zinsniveau mit Rücksicht auf den Aprilermin immerhin andauernd etwas über Februarhöhe gehalten. Daran haben auch die bedeutenden Ausleihungen, welche die Seehandlung vorgenommen hat, nichts ändern können. Es scheinen nicht unerhebliche Beträge nach dem Ausland, hauptsächlich nach Oesterreich, aber auch nach Argentinien und Chile, geflossen zu sein. Weitere erhebliche Beträge sind durch die Ende März und Anfang April fälligen starken Dividendenzahlungen gebunden gewesen. Auffallend billig war Ultimogeld zu haben. Der Satz notierte erst 5, dann 4¾, schließlich 4⅝% und noch darunter. Die Spekulation ist zurückhaltend und bevorzugt Baisse-Engagements, braucht also mehr Effekten als Geld. Außerdem standen den Banken reichliche Reichsbank-Gelder zur Verfügung, worauf wir noch zu sprechen kommen. Interessant ist übrigens, daß gegen Ultimo Geld auf 3 bis 5 Tage bei den Banken weit billiger zu haben war als bei der Reichsbank, ein Beweis, daß der seinerzeit gefaßte Beschluß der Stempel-Vereinigung, den verteuerten Lombardsatz der Reichsbank auf die Kundschaft abzuwälzen, sich nicht dauernd aufrechterhalten läßt. Der Privatdiskont notierte:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnab.
2.— 7. März	3,250	3,375	3,375	3,375	3,438 [1])	3,438 [1])
9.—14. „	3,313 [2])	3,313 [2])	3,313 [2])	3,375 [3])	3,500 [4])	3,500 [4])
16.—21. „	3,500 [4])	3,438 [5])	3,438 [5])	3,438 [5])	3,438 [5])	3,438 [5])
23.—28. „	3,438 [5])	3,438 [5])	3,438 [5])	3,438 [5])	3,250 [6])	3,250 [6])
30.—31. „	3,250 [6])	2,875 [7])				

Höchster Stand 3,500, niedrigster Stand 2,875, Durchschnitt 3,370.

Die Wechselkurse haben sich im März wiederum ein wenig ermäßigt und stehen, soweit die Hauptplätze in Betracht kommen, etwa auf Parität. Ueber die Abwärtsbewegung der russischen Valuta ist oben bereits näheres gesagt. Die Wechselkurse lauten:

		2. März	9. März	16. März	23. März	31. März	Höchst.	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	8 Tage	169,25	169,10	168,80	168,85	169,05	169,30	168,80	168,99
London . . .	vista	20,440	20,435	20,430	20,440	20,440	20,445	20,430	20,436
New York .	vista	4,2025	4,2000	4,1950	4,1950	4,1975	4,2025	4,1950	4,1987
Paris	vista	81,075	81,025	81,050	81,075	81,200	81,225	81,025	81,090
Wien	8 Tage	85,050	84,925	84,825	84,950	85,000	85,075	84,800	84,939
Petersburg .	Ausz.	215,70	215,15	215 00	215,17	215,45	215,72	215,00	215,38
Christiania .	10 Tage	112,35	—	—	112,15	—	112,40	112,15	112,27
Stockholm .	10 Tage	112,40	112,35	—	112,30	112,30	112,40	112,20	112,30
Belgien . . .	8 Tage	80,650	80,600	80,600	80,675	80,750	80,750	80,600	80,654
Madrid . . .	14 Tage	76,35	76,15	76,15	76,25	76,40	76,40	76,15	76,21
Italien . . .	10 Tage	80,75	80,70	80,65	80,70	80,80	80,80	80,65	80,72
Schweiz . .	8 Tage	81,05	80,95	81,00	81,00	81,15	81,15	80,95	81,01
Kopenhagen	8 Tage	112,30	112,30	112,25	112,25	112,30	112,30	112,25	112,27

Lange Wechsel: [1]) 3,375 [2]) 3,250 [3]) 3.250 [4]) 3,375 [5]) 3,250 [6]) 3,— [7]) 2,750
Kurze Wechsel: [1]) 3,500 [2]) 3,375 [3]) 3,500 [4]) 3.625 [5]) 3,625 [6]) 3,500 [7]) 3,—

Digitized by Google

Ein Vergleich der russischen Wechselkurse im März mit denen des gleichen Monats der Vorjahre zeigt folgendes Bild:

	London für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			Paris für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
14	20,445	20,430	20,436	81,225	81,025	81,090	4,2025	4,1950	4,1987	85,075	84,800	84,939
13	20,460	20,435	20,450	81,050	80,900	80,963	4,1875	4,1825	4,1859	84,525	84,300	84,398
12	20,480	20,440	20,460	81,150	80,975	81,063	4,1975	4,1875	4,1922	84,875	84,575	84,691
11	20,480	20,425	20,454	80,975	80,800	80,881	4,2050	4,1975	4,2006	85,175	85,000	85,088
10	20,470	20,445	20,460	81,250	81,050	81,150	4,1975	4,1900	4,1929	84,975	84,825	84,910
09	20,495	20,425	20,470	81,250	81,125	81,180	4,2025	4,1875	4,1952	85,450	85,175	85,330

Die Deutsche Reichsbank ist auch während des März in sehr günstiger Verfassung geblieben, trotz andauernd großer Ansprüche des Reiches. Der Goldbestand hat sich bis gegen Ende des Monats langsam weiter verstärkt, ist dann allerdings unter den Ultimo-Ansprüchen mehr zurückgegangen als im Vorjahr; absolut ist er trotzdem noch um $^1/_3$ Milliarde höher gewesen. Die außerordentlich starke Wechseleinreichung an den letzten Märztagen hat vielfach überrascht, war aber nur natürlich, da sich Gelegenheit bot, das à 4% bei der Reichsbank erhältliche Geld zu $^3/_4$% höherem Satze als Ultimogeld auszuleihen. Es wird der Reichsbank, wenn sie sich gegen diesen Mißbrauch ihres Kredits schützen will, nichts übrig bleiben, als ihre Leihbedingungen am Quartals-Ultimo auch für Diskonten zu verschärfen.

Ueber die Goldbewegung in Deutschland liegen für den März erst die provisorischen Gewichtsziffern vor, die folgendermaßen lauten (in dz):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
März 1914	97,1	3,3	1,4	101,8	5,5	9,0	0,8	15,3	+ 86,5

Im Februar zeigte die Goldbewegung nach den definitiven Angaben der Reichsstatistik folgendes Bild (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Febr. 1914	8,4	0,7	0,2	9,3	1,9	2,2	0,2	4,3	+ 5,0
dagegen									
Febr. 1913	6,8	2,1	0,6	9,5	1,3	5,1	0,5	6,9	+ 2,6

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank weist im März wie üblich eine starke Steigung auf. Die Ziffern lauten (in Mill. M.):

	1910	1911	1912	1913	1914
Januar	4 738,7	5 362,7	6 333,7	6 691,7	7 299,7
Februar	4 240,6	4 445,8	5 526,3	5 275,6	6 525,6
März	4 583,2	5 141,6	5 922,0	5 851,0	6 948,5

Ueber die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer fehlen noch die Angaben für den März. Der Rückgang, den die

Digitized by Google

Einnahmen im Februar zu erfahren pflegen, erscheint diesmal infolge der starken Januar-Zunahme besonders groß. Die Ziffern lauten:

	1910/11	1911/12	1912/13	1913/14
Dezember . .	1 546 690 M.	1 575 984 M.	1 611 371 M.	1 621 641 M.
Januar . .	1 671 080 „	1 795 082 „	1 886 706 „	1 952 970 „
Februar . . .	1 427 686 „	1 477 487 „	1 516 542 „	1 511 808 „

Der Scheckstempel erbrachte im Februar 0,28 Mill. M. (i. V. 0,28 Mill. M.), die Talonsteuer 2,12 Mill. M. (i. V. 0,62 Mill. M.).

Zulassungen an den deutschen Börsen

im März 1914.

I. Börse zu Berlin.

M. 85 000 000 Hamburg. 4 % Staatsanl.
M. 47 600 000 Dt. 4 % Schutzgebietsanl. von 1913.
M. 11 988 000 Berlin-Schöneberg 4 % Stadtanl.
M. 10 000 000 Magdeburg 4 % Stadtanl.
M. 8 000 000 Mainz 4 % Stadtanl.
M. 6 500 000 Aachen 4 % Stadtanl.
M. 3 500 000 Cottbus 4 % Stadtanl.
M. 134 300 000 (Kr. 158 000 000) Budapest 4½ % Stadtanl.
M. 30 000 000 Preuß. Bodencr.-Akt.-Bk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 1 000 000 Berlin-Schöneberg. Hyp.-Bkverein 4¼ % Pfandbr.
M. 20 000 000 Dt. Hypothekenbk., Berlin, 4 % Komm.-Oblig.
M. 1 600 000 Lothring. Eisenbahn-A.-G. 5 % Oblig.
M. 22 500 000 A. E. G.-Schnellbahn A.-G. Vorz.-Akt.
M. 20 000 000 A. E. G.-Schnellbahn A.-G. St.-Akt.
M. 1 750 000 Bachmann & Ladewig Akt.
M. 1 700 000 R. Wittkop A.-G. Tiefbau Akt.
M. 1 500 000 Chem. Fabr. A.-G. Milch & Co. jg. Akt.
M. 252 000 000 ($ 60 000 000) Canadian Pacific-Eisenbahn jg. Stammakt.
M. 11 000 000 Neu-Guinea-Comp. Anteilscheine.

II. Börse zu Breslau.

M. 202 500 000 (Lei 250 000 000) Rumän. 4½ % Goldanl.

III. Börse zu Düsseldorf.

Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

Keine Zulassung.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 47 600 000 Dt. 4 % Schutzgebietsanl. von 1913.
M. 8 000 000 Mainz 4 % Stadtanl.
M. 4 000 000 Straßburg i. Els. 4 % Stadtanl.
M. 3 000 000 Mülhausen i. Els. 4 % Stadtanl.
M. 134 300 000 (Kr. 158 000 000) Budapest 4½ % Stadtanl.
M. 20 000 000 Nürnberger Vereinsbk. 4 % Oblig.
M. 21 250 000 Ungar. Lokaleisenbahn A.-G. 5 % Oblig.
M. 22 500 000 A. E. G.-Schnellbahn A.-G. Vorz.-Akt.
M. 20 000 000 A. E. G.-Schnellbahn A.-G. St.-Akt.
M. 5 000 000 Neckarwerke A.-G. 5½ % Vorz.-Akt.

VI. Börse zu Hannover.

Keine Zulassung.

VII. Börse zu Köln.

Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

Digitized by Google

IX. Börse zu Magdeburg.

M. 10 000 000 Magdeburg 4 % Stadtanl.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

M. 15 000 000 Bayer. Hypotheken- u. Wechselbk. 4 % Hyp.-Pfandbr.

M. 10 000 000 Bayer. Handelsbk. 4 % Pfandbr.

XII. Börse zu Augsburg.

M. 6 000 000 Augsburg 4 % Stadtanl.

M. 10 000 000 Bayer. Handelsbk. 4 % Pfandbr.

XIII. Börse zu Dresden.

M. 15 000 000 Sächs. Bodencr.-Anst. 4 % Hyp.-Pfandbr.

XIV. Börse zu Leipzig.

M. 47 600 000 Dt. 4 % Schutzgebietsanl. v. 1913 (ebenso von 1908, 1910 u. 1911).

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

M. 2 000 000 Eßlingen 4 % Stadtanl.

XVII. Börse zu Mannheim.

M. 1 500 000 Rhein. Schuckert-Ges. 4½ % Oblig.

M. 10 000 000 Russ. Zellstofffabrik Waldhof 5 % Oblig.

M. 22 000 000 Benz & Co. Akt.

M. 2 500 000 Rhein. Schuckert-Ges. Akt.

XVIII. Börse zu Bremen.

Keine Zulassung.

XIX. Börse zu Hamburg.

M. 47 600 000 Dt. 4 % Schutzgebietsanl. von 1913.

M. 425 000 000 (Kr. 500 000 000) Kgl. Ungar. steuerfr. 4½ % Staatsrentenanl.

M. 10 000 000 München 4 % Stadtanl.

M. 21 250 000 Ungar. Lokaleisenbahn A.-G. 5 % Oblig.

Die **Gründungstätigkeit** (bzw. Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister) ist auch im März nicht besonders lebhaft gewesen. Die Kapitalziffer bei den Aktiengesellschaften erscheint nur deshalb relativ hoch, weil die Eintragung der neuen A. E. G.-Schnellbahn A.-G. (42,5 Mill. M.) in den März gefallen ist. Es wurden eingetragen:

12	Aktiengesellschaften	mit	54 455 000 M. Kapital
241	Gesellschaften m. b. H.	„	13 849 000 „ „
		zusammen	68 304 000 M. Kapital

gegen 42 238 000 M. Kapital im März 1913
und 54 052 000 „ „ „ „ 1912

Die **Kapitalserhöhungen** gehen, wie schon im Februar, so auch im März, über die vorjährige Vergleichsziffer erheblich hinaus. Es wurden Kapitalserhöhungen eingetragen bei:

29	Aktiengesellschaften	mit	47 155 000 M. Kapital
60	Gesellschaften m. b. H.	„	3 491 000 „ „
		zusammen	50 646 000 M. Kapital

gegen 28 570 000 M. Kapital im März 1913
und 71 866 000 „ „ „ „ 1912

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im März 1914.

(Vom 1. bis 31. März im „Reichsanzeiger“ publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	März 1913		März 1914		März 1913		März 1914		März 1913		März 1914		März 1913		März 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	500	1	1 000	5	380	5	180	—	—	—	—	1	43	3	395
Bergbau, Hütten u. Salinen	2	7 505	2	5 050	8	1 018	2	40	1	600	1	5 000	1	50	1	100
Steine u. Erden	3	1 890	—	—	18	1 474	15	780	—	—	1	300	11	336	3	110
Metalle u. Maschinen . .	2	1 100	3	3 400	32	3 266	24	2 133	3	3 550	8	13 307	12	1 836	9	571
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	7	160	2	40	—	—	2	12 000	5	140	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	—	—	—	—	5	110	1	20	3	510	5	12 217	3	75	2	60
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	—	—	3	240	1	600	—	—	2	785	1	30
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	—	—	2	1 200	14	1 122	14	594	—	—	1	19	3	175	4	150
Textilgewerbe	—	—	—	—	3	180	8	1 121	4	3 190	—	—	1	45	2	35
Papiergewerbe	—	—	—	—	4	220	2	91	—	—	—	—	2	130	1	18
Ledergewerbe	1	300	—	—	4	245	1	20	1	300	—	—	2	270	1	500
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	—	—	6	196	7	371	—	—	1	65	2	190	1	8
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	—	—	1	5	19	2 682	8	395	4	2 000	1	56	6	1 420	7	474
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	4 500	—	—	9	701	4	95	—	—	—	—	1	30	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	16	2 057	12	675	—	—	—	—	—	—	1	50
Graphische Gewerbe . .	—	—	—	—	8	503	6	266	1	80	—	—	1	9	1	28
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	2	1 205	—	—	48	1 399	24	1 526	1	115	3	1 550	6	751	6	268
Banken u. Vers.-Ges. . .	—	—	—	—	5	122	5	490	4	5 800	2	1 400	2	725	—	—
Bahnen u. Transport-Ges. .	3	3 255	2	43 600	11	452	7	287	1	2 300	2	1 000	3	70	2	33
Handel (außer Banken) .	—	—	—	—	72	2 894	55	2 365	1	500	—	—	6	995	5	283
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	3	265	5	685	—	—	1	216	10	170	4	15
Sonstige Gesellschaften . .	—	—	1	200	51	2 537	31	1 435	—	—	1	25	17	780	6	363
	15	20 255	12	54 455	348	21 983	241	13 849	25	19 545	29	47 155	97	9 025	60	3 491

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im März 1914: 68 304 000 Mk.; im März 1913: 42 238 000 Mk.

Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 50 646 000 „ „ „ 1913: 28 570 000 „

Gesamtanspruch im März 1914: 118 950 000 Mk.; im März 1913: 70 808 000 Mk.

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im I. Quartal 1914.

(Vom 1. 1. bis 31. 3. im „Reichsanzeiger" publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	I. Quartal 1913		I. Quartal 1914		I. Quartal 1913		I. Quartal 1914		I. Quartal 1913		I. Quartal 1914		I. Quartal 1913		I. Quartal 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	2	2 300	1	1 000	14	1 195	9	892	—	—	—	—	6	1 797	7	606
Bergbau, Hütten u. Salinen	3	7 519	2	5 050	17	5 187	10	1 082	3	4 205	2	5 400	3	165	2	400
Steine u. Erden	3	1 890	—	—	58	4 936	43	2 374	3	1 000	4	3 456	19	668	10	579
Metalle u. Maschinen	5	6 800	10	20 000	93	11 111	47	3 355	16	12 500	12	14 936	34	5 488	19	2 664
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	27	1 336	10	370	1	1 000	2	12 000	8	363	2	79
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	4	13 250	—	—	16	1 411	8	336	6	8 224	7	42 457	6	296	3	278
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	12	1 800	8	1 082	1	600	1	1 500	3	795	3	210
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	5	3 100	3	2 125	51	4 441	36	3 433	5	11 518	4	2 669	17	1 766	8	335
Textilgewerbe	1	1 200	—	—	17	2 631	13	1 431	7	4 677	—	—	3	150	3	60
Papiergewerbe	1	850	—	—	13	532	7	227	—	—	—	—	3	210	4	257
Ledergewerbe	1	300	—	—	9	865	4	410	1	300	—	—	4	362	2	540
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	1	150	—	—	33	3 556	17	770	—	—	1	65	7	537	3	38
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	3	3 970	2	105	54	8 249	32	2 380	9	3 195	3	1 206	18	2 870	13	878
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	1	4 500	—	—	23	1 338	18	1 184	1	1 000	—	—	2	45	—	—
Beherb.- u. Erquickungsgew.	1	300	—	—	37	3 699	30	1 858	—	—	1	60	4	173	5	218
Graphische Gewerbe	2	1 050	1	5	21	1 881	14	1 130	1	80	2	200	5	506	3	229
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	3	1 305	—	—	152	6 130	59	2 794	3	5 115	5	5 650	1o	2 295	12	575
Banken u. Vers.-Ges.	1	5 000	7	9 120	31	662	13	1 415	7	7 400	4	9 400	2	725	1	36
Bahnen u. Transport-Ges.	5	5 155	3	45 444	34	2 281	22	3 130	6	4 609	9	10 404	10	490	7	197
Handel (außer Banken)	1	600	3	2 600	238	15 092	161	11 495	1	500	1	5 000	24	3 881	11	2 613
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	10	529	18	2 207	1	400	1	216	21	399	9	143
Sonstige Gesellschaften	1	300	2	205	181	8 547	102	5 512	—	—	1	25	56	4 572	26	1 164
	44	59 539	34	85 654	141	87 409	681	48 867	72	66 323	60	114 644	271	28 553	153	12 099

Gründungen v. Akt.-Ges. u. Gesellsch. m. b. H. im I. Quart. 1914: 134 521 000 Mk., im I. Quart 1913: 146 948 000 Mk.,
Kapitals-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 126 743 000 „ „ „ 1913: 94 876 000 „
Gesamtanspruch im I. Quart. 1914: 261 264 000 Mk., im I. Quart. 1913: 241 824 000 Mk.

Digitized by Google

Ein Vergleich des Kapitalanspruchs im 1. Quartal 1914 mit dem in der entsprechenden Zeit des Vorjahres zeigt folgendes Bild:

Gründungen im I. Quartal.

Im Januar	1913:	67 263 000 M.	Im Januar	1914:	31 678 000 M.*)
„ Febr.	1913:	37 447 000 „	„ Febr.	1914:	34 539 000 „
„ März	1913:	42 238 000 „	„ März	1914:	68 304 000 „
im I. Quart.	1913:	146 948 000 M.	im I. Quart.	1914:	134 521 000 M.

Kapitalserhöhungen im I. Quartal:

Im Januar	1913:	41 191 000 M.	Im Januar	1914:	19 429 000 M.
„ Febr.	1913:	25 125 000 „	„ Febr.	1914:	56 668 000 „
„ März	1913:	28 570 000 „	„ März	1914:	50 646 000 „
im I. Quart.	1913:	94 876 000 M.	im I. Quart.	1914:	126 743 000 M.

An Genossenschaftsgründungen haben im März laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
66	14	0	8	19	115
Dagegen im März 1913:					
68	15	1	10	29	77
Dagegen im März 1912:					
98	9	2	12	21	96

Insgesamt sind also gegründet worden:

März 1914:	85	Genossenschaften	m. unb. H.	u.	137	Genossenschaften	m. b. H.				
„ 1913:	98	„	„	„	„	102	„	„	„	„	
„ 1912:	121	„	„	„	„	117	„	„	„	„	

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im März fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Barmen	7	in Elberfeld	7	in München	21
„ Berlin	131	„ Erfurt	5	„ Nürnberg	5
„ Bochum	5	„ Essen, Ruhr	10	„ Oldenburg, Großh.	5
„ Bremen	10	„ Entin	7	„ Parchim	9
„ Breslau	13	„ Frankfurt, Main	10	„ Perl	5
„ Bilon	7	„ Hamburg	46	„ Plauen, Vogtl.	6
„ Bromberg	6	„ Hannover	20	„ Posen	6
„ Bunzlau	5	„ Kiel	16	„ Rostock	8
„ Chemnitz	9	„ Leipzig	13	„ Saarbrücken	5
„ Cöln, Rhein	8	„ Lüneburg	5	„ Soltau	16
„ Dresden	17	„ Mannheim	15	„ Spandau	5
„ Düsseldorf	10	„ Merzig	12	„ Stuttgart	10
„ Eichstätt	9			„ Würzburg	6

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im März 1914:

969 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

*) Im Februarheft irrtümlich mit 39 231 000 M. angegeben.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Jahre 1913.

DEUTSCHE REICHSBANK.

Der offizielle Diskontsatz der Reichsbank betrug vom 1. Januar bis 26. Oktober 6 %, vom 27. Oktober bis zum 11. Dezember 5½ %, vom 12. Dezember bis zum Schluß des Jahres 5 % und im Jahresdurchschnitt 5,885 % (gegen 4,946 % i. V.). Infolge des fast um 1 % höheren Diskontsatzes sind die Zinseinnahmen der Bank im Wechsel- und Lombardgeschäft zusammen um 10,5 Mill. M. gestiegen, obwohl die durchschnittliche Anlage in Inlandswechseln, wohl im Zusammenhang mit der geringeren Inanspruchnahme der Reichsbank durch die Großbanken, mit 1030,53 Mill. M. gegen das Vorjahr (1109,46 Mill. M.) nicht unerheblich zurückgeblieben ist. Der Rückgang entfällt in der Hauptsache auf das letzte Quartal. Aus dem Devisengeschäft erlöste die Bank 7,81 Mill. M. (gegen 1912 + 1,63 Mill. M.), während der Gewinn aus Gebühren mit 3,6 Mill. M. nur eine kleine Zunahme (+ 0,2 Mill. M.) aufweist. Das Reich hat die Bank im Gegensatz zu 1912 und 1911 wieder erheblich in Anspruch genommen, und der Gewinn an diskontierten Schatzscheinen ist gegen das Vorjahr um 3,2 Mill. M. gestiegen. Der Bruttogewinn beträgt 83,5 (i. V. 69,7) Mill. M., ist also noch um 1 Mill. M. höher als der Rekordgewinn des Jahres 1907 (82,5 Mill. M.). Die Gesamtausgaben sind gegen das Vorjahr um 0,6 Mill. M. gestiegen. Da der durchschnittliche Notenumlauf sich auf 1958,17 (i. V. 1781,99) Mill. M. erhöht hat, waren an Kosten für Notenanfertigung 1,1 Mill. M. mehr aufzubringen als im Vorjahr, während infolge der noch stärkeren Steigerung der Bardeckung für Notensteuer 0,9 Mill. M. weniger entrichtet zu werden brauchten. Die Höchstziffer des Notenumlaufs brachte der 31. Dezember mit 2,59 Milliarden M. Die Goldkäufe waren diesmal mit einem Verlust von 0,26 Mill. M. verbunden (i. V. 0,05 Mill. M. Gewinn). Die Reserve für zweifelhafte Forderungen wurde mit 1,05 Mill. M. dotiert, während auf Grünenthalsche Falsifikate 0,12 Mill. M. abgeschrieben werden mußten. Der Reingewinn beträgt 50,6 (i. V. 37,4) Mill. M., wovon das Reich ausschließlich der Notensteuer 31,02, also fast 10 Mill. M. mehr erhält als im Vorjahre. Auf die Anteilseigner entfallen 15,2 (i. V. 12,5 = 8,43 (i. V. 6,95) %. Die Reserve wird mit 4,4 (3,1) Mill. Mark dotiert. Die durchschnittliche Metalldeckung der Noten betrug 68,98 (67,54) %, der durchschnittliche Goldbestand ist infolge der energischen Goldpolitik der Bank auf 1067,60 (i. V. 880,08) Mill. Mark gestiegen. Die notleidend gewordenen Wechsel- und Lombardforderungen betrugen am Ende des Jahres 9,7 (9,1) Mill. M., denen eine Spezialreserve von 6,4 Mill. M. gegenübersteht. Die Zahl der Zweiganstalten hat sich um eine auf 487 erhöht. — Nachstehend sind die Gewinnrechnungen der Jahre 1902 bis 1913 zusammengestellt (in Mill. M.):

Gewinn	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
aus Wechs.	25,9	32,5	33,5	33,1	49,1	64,0	48,4	34,1	42,5	46,7	59,0	68,2
„ Lombard.	3,2	3,6	3,8	3,5	5,0	6,7	5,6	4,3	5,3	4,6	5,3	6,6
„ Gebühr.	3,1	3,2	3,2	3,3	3,4	3,2	3,3	3,2	3,3	3,4	3,4	3,6
„ Kontok.u. disk. Schatzsch.	2,6	3,0	4,0	4,9	6,4	7,3	7,8	11,5	5,6	1,7	1,5	4,7
aus Versch.	2,0[1]	0,7	0,7	0,4	0,3	1,3	0,5	0,3	0,7	0,8	0,5	0,4
Bruttogew.	36,8	43,0	45,2	45,2	64,2	82,5	65,6	53,4	57,4	57,2	69,7	83,5
Ausgaben												
f. Verwaltg.	14,1	14,5	15,2	15,8	16,9	18,7	20,3	20,5	21,9	23,4	21,9	22,6
„ Notenanftg.	0,4	0,4	0,6	0,5	0,7	0,9	1,4	1,7	1,6	1,3	2,1	3,2
„ Notensteuer	0,5	0,8	1,1	1,6	3,7	5,6	2,6	3,9	3,9	2,7	4,6	3,7
„ Verschied.	—	—	—	—	0,8[2]	3,1[3]	2,4[4]	2,3[5]	0,4[6]	0,4[7]	1,8[8]	1,5[9]
Abgab. a. d. Pr. Staat	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
Reingew.	20,0	25,4	26,4	25,4	40,2	52,3	37,0	23,1	27,7	27,5	37,4	50,6

Digitized by Google

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Dv. a. d. Reich	8,8	12,1	15,9	14,3	25,4	34,5	23,0	12,6	16,1	14,9	21,8	31,0
„ „ „ A. Eig.	8,2	9,2	10,5	11,1	14,8	17,8	14,0	10,5	11,7	10,5	12,5	15,2
„ „ „ Res. .	2,9	4,0	—	—	—	—	—	—	—	2,1	3,1	4,4
Div. i. Proz.	5,47	6,18	7,04	6,15	8,22	9,89	7,77	5,83	6.48	5,86	6,95	8,43
a. Kapital v. Mill. M.	150	150	150	180	180	180	180	180	180	180	180	180

[1]) Dav. 1 583 500 M. auf frühere Rückstellungen erspart. [2]) Dav Verlust durch gefälschte Banknoten 740 000 M. [3]) Davon 2 706 748 M. dubiose Forderungen und 344 000 M. Verlust durch gefälschte Banknoten. [4]) Davon 1 191 103 M. dubiose Forderungen, 316 000 M. Verlust durch gefälschte Noten und 267 296 M. Verlust auf Gold. [5]) Davon 655 170 M. dubiose Forderungen, 258 000 M. Verlust durch gefälschte Noten und 166 723 M. Verlust auf Gold. [6]) Davon 75 234 M. dubiose Forderungen, 222 000 M. Verlust durch gefälschte Noten und 128 358 M. Verlust auf Gold. [7]) Davon 177 000 M. Verlust durch gefälschte Noten und 187 705 M. Verlust auf Gold. [8]) Davon 1 720 115 M. dubiose Forderungen und 105 000 M. Verlust durch gefälschte Noten. [9]) Davon 1 049 156 M. dubiose Forderungen und 117 000 M. Verlust durch gefälschte Noten.

DEUTSCHE PRIVATNOTENBANKEN.

Bayerische Notenbank, München. Der Bruttogewinn pro 1913 bleibt um rund 4000 M. hinter dem vorjährigen von 2,64 Mill. M. zurück, weil der verminderte Wechselbestand — es wurden 331,73 gegen 381,68 Mill. M. im Vorjahre diskontiert — die Gewinne aus den höheren Zinssätzen reduzierte. Auch die Lombarddarlehen haben sich stark verringert (von 10,9 auf 4,1 Mill. M.). Der Reingewinn geht trotzdem um rund 0,06 Mill. M. über den des Jahres 1912 hinaus, weil die Passivzinsen zurückgingen und die Notensteuer (i. V. 0,03 Mill. M.) diesmal fast ganz fortfiel, obwohl der durchschnittliche Notenumlauf mit 63,96 Mill. M. auf der Vorjahrshöhe blieb. Die gesetzliche Bardeckung hat sich mit 51,68 % gegen 44,57 % im Vorjahre erheblich verbessert. Die Dividende wird, um eine höhere Dotierung der Reserven und des Vortrages zu ermöglichen, auf 11 % reduziert (i. V. 12 %) bei unverändert 7,80 Mill. M. Aktienkapital und 5,73 (i. V. 5,62) Mill. M. Reserven.

Sächsische Bank. Der Zinsengewinn auf Wechselkonto ist trotz des gegen 1912 erhöhten durchschnittlichen Diskontsatzes (5,90 % gegen 5,01 %) gegen 1912 zurückgegangen; er beträgt 3,39 (i. V. 3,61) Millionen M. Dagegen sind die Lombardzinsen um 0,52 Mill. M. auf 1,05 Mill. M. gestiegen. Der Bruttogewinn beträgt 5,15 (4,62) Mill. M., der Reingewinn 3,52 (3,10) Mill. M., die Dividende wieder 8 %. Ebenso wie der durchschnittliche Notenumlauf (45,60 gegen 47,02 Mill. M. im Vorjahre) ermäßigte sich auch die Notensteuer auf 22 363 M. (i. V. 35 528 M.). Die durchschnittliche Bardeckung der Noten betrug 34,37 (i. V. 33,15) Mill. M. Die Dotierung des Delkrederekontos erfolgt diesmal mit 0,20 Mill. M. gegen 0,10 Mill. M. im Vorjahre. Reserve (7,5 Mill. M.) und Grundkapital (30 Mill. M.) haben sich nicht verändert.

Württembergische Notenbank. Der Bruttogewinn pro 1913 ist infolge der höheren Zinseinnahmen auf Wechsel- und Lombardkonto auf 1,77 (i. V. 1,54) Mill. M. gestiegen. Der höhere Reingewinn von 1,28 (i. V. 1,06) Mill. M. ermöglicht die Verteilung einer Dividende von 6¼ % (i. V. 6 %, 1911 5¾ %); der Anteil des Staates hat sich verdoppelt, auf 0,10 Mill. M. gegen 0,05 Mill. M. im Vorjahre. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 20,93 (21,78) Mill. M., die Metalldeckung 49,2 (51,3) %, während für Notensteuer nur 826 M. (i. V. 3598 M.) zu entrichten waren. Der Betrag der angekauften Wechsel ist auf 136,95 Mill. M. zurückgegangen (i. V. 150,07 Mill. M.). Die Reserven erhöhen sich auf 1,72 Mill. M. bei unverändert 9 Mill. M. Kapital.

Badische Bank. Der Gewinn auf Wechselkonto weist gegen 1912 ein Plus von 0,31 Mill. M. auf; hauptsächlich infolge dieser Zunahme ist der Bruttogewinn auf 1,99 (i. V. 1,59) Mill. M. gestiegen, der Reingewinn auf 1,07 (i. V. 0,85) Mill. M. Die Dividende wird von 7 % auf 8 % erhöht, während der Anteil des Staates auf 0,10 Mill. M. steigt (i. V. 0,05 Mill. M.). Die durchschnittliche Metalldeckung des

Digitized by Google

Notenumlaufs betrug 49,68 (i. V. 51,11) %, der durchschnittliche Notenumlauf selbst 19,84 (20,46) Mill. M. Eine Notensteuer brauchte nicht entrichtet zu werden (i. V. 221 M.). Die Bank diskontierte 167,47 (163,47) Mill. M. Wechsel. Grundkapital (9 Mill. M.) und Reserven (2,25 Mill. M.) haben sich nicht verändert.

Die deutschen Banken im März 1914.

Reichsbank. Jahresabschluß siehe unter „Die deutschen Notenbanken im Jahre 1913". Von den deutschen Abrechnungsstellen haben (abgesehen von den drei jüngsten, 1912 bzw. 1913 errichteten) im vorigen Jahre nur 13 einen Fortschritt, 8 (darunter Berlin) dagegen einen Rückgang der Umsätze aufzuweisen. Der Gesamtumsatz ist daher nur wenig gestiegen, während die Stückzahl um 4,3 (i. V. 10,9) % sich erhöht hat. Bankdirektor Pasch (Gera) wird nach Hannover versetzt; an seine Stelle tritt Bankdirektor Peter (Landsberg a. W.). Bankdirektor Dewei (Augsburg) scheidet aus Altersrücksichten aus; an seine Stelle tritt Bankdirektor Hauck (bisher zweiter Vorstandsbeamter in Nürnberg). Für die Nebenstelle in Dillenburg wird ein Neubau errichtet.

Seehandlung. Bei Beratung des Etats der Seehandlung erklärt Präsident v. Dombois, daß bei Emissionen des Instituts die Provinzbankiers jetzt in größerem Umfang als früher herangezogen würden. Die angeregte Einrichtung einer ständigen Kursregulierungsstelle für Staatsanleihen in Frankfurt lehnt er wegen der dafür erforderlichen großen Summen ab. Die Seehandlung erhält konsortialiter den Zuschlag auf folgende Anleihen: 16 Mill. M. 4 proz. Altonaer Stadtanleihe à 93,25 % (à 94 % zur Zeichnung aufgelegt), 3 Mill. M. 4 proz. Stettiner Stadtanleihe à 94,01 % (à 94,90 % zur Zeichnung aufgelegt) und 3,5 Mill. Mark 4 proz. Elbinger Stadtanleihe à 93,50 % (à 94,25 % zur Zeichnung aufgelegt). Die dem Institut bzw. dem Staat gehörige Flachsgarnspinnerei in Landeshut ist an die mechanische Weberei J. Rinkel verkauft worden.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Uebernimmt mit der Mannheimer Bankfirma Hugo Oppenheim & Sohn 5 Mill. M. 4½ proz. Mannheimer Stadtanleihe à 100,52 % (die à 101,30 % freihändig verkauft wird). Bei der Beratung des Etats der Kasse im Abgeordnetenhaus weist die Regierung den von konservativer bzw. nationalliberaler Seite erhobenen Vorwurf, daß die Preußenkasse sich zu einer Reichsgenossenschaftskasse entwickle und die Selbständigkeit der Genossenschaften untergrabe, zurück (vgl. auch Aprilheft 1913). Präsident Heiligenstadt erklärt auf verschiedene Ausführungen des Genossenschaftsanwalts Prof. Crüger, daß von 1904—1913 im Deutschen Reich (ausschließlich Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen) 462 genossenschaftliche Konkurse eröffnet worden seien, von denen 226 auf die relativ wenigen verbandslosen Genossenschaften entfallen, was die Notwendigkeit der Verbandsrevision beweise. Die Preußenkasse habe keine Verluste gehabt, worauf Professor Crüger erwidert, das Institut habe sich eine Verlustversicherung dadurch geschaffen, daß sie Verluste auf die Zentralgenossenschaften abwälze.

Deutsche Bank. Verteilt eine Dividende von wieder 12½ %. Die Generalversammlung genehmigt die Fusion mit der Bergisch-Märkischen Bank (vgl. diese), die Kapitalerhöhung um 50 auf 250 Mill. M. sowie die damit im Zusammenhang stehende Tantiemeberechnung, die von jetzt ab erst nach Verteilung einer Dividende von 6½ % eintritt. Auf die Kritik eines Vorstandsmitgliedes des Allg. Bankbeamten-Vereins, das u. a. auf das Mißverhältnis zwischen den Tantiemen der 103 Direktoren und Aufsichtsräte (5 Mill. M.) und der 6638 Beamten (3 Mill. M.) hinweist, repliziert Direktor v. Gwinner, daß die Bezüge der Direktoren niedriger seien als bei anderen Instituten, und daß die Bank wohl ihre Beamten, aber nicht die Direktoren entbehren könne.

Digitized by Google

Direktor v. G. erklärt ferner, daß bei der Liquidation des Fürstentrusts seit Juli 1913 über 100 Mill. M. Werte realisiert worden seien, und daß die Liquidation noch mehrere Jahre dauern werde. Die Differenzen zwischen dem Fürsten Fürstenberg, dem Fürsten Hohenlohe und der Bank sind angeblich ausgeglichen. In den Aufsichtsrat der Bank treten ein: Graf v. Podewils-Dürnitz, Direktor Schaltenbrand (Hohenlohewerke), Dr. Jahr (Rheinische Creditbank), Molineus, Springmann und de Weerth (Aufsichtsratsmitglieder der Bergbank), Generaldirektor Heineken vom Lloyd. Geheimrat Helfferich und das Aufsichtsratsmitglied Geheimrat Steinthal treten in den Aufsichtsrat der Allg. Berl. Omnibus-Gesellschaft ein. Die Bank scheidet aus dem Uebernahmekonsortium für 25 Mill. M. 5 proz. Obligationen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-A.-G. aus, angeblich, weil ihr Anspruch auf Erhöhung ihrer Quote um die bisherige Quote der Bergbank von den anderen Konsorten abgelehnt wird. Uebernimmt konsortialiter 396,60 Millionen Kr. 4½ proz. österreichische Schatzscheinanleihe (vgl. Oesterr. Postsparkasse). Erhält den Zuschlag auf 8 Mill. M. 4 proz. Hanauer Stadtanleihe à 94,27 %. Bietet für 10 Mill. M. 4 proz. Freiburger Stadtanleihe 93,66 % (den Zuschlag erhält die Commerz- und Disconto-Bank). Uebernimmt konsortialiter 15 Mill. M. neue Aktien der Deutschen Petroleum-Gesellschaft. Legt konsortialiter 11 Mill. M. 4 proz. Königsberger Stadtanleihe à 94,80 % zur Zeichnung auf. Ueberträgt ihre bergbaulichen Konzessionen im Katanga-Gebiet (500 000 ha) auf diverse Minengesellschaften, bleibt aber an den Erträgen der Gruben mit 51 % beteiligt. Geheimrat Helfferich übernimmt den Vorsitz in der neugegründeten deutsch-türkischen Vereinigung, Berlin. Ein Abteilungsdirektor der Bank, Köhler, begeht wegen mißglückter Spekulationen Selbstmord. Die Bank erwirkt die Zulassung von 11,99 Mill. M. 4 proz. Schöneberger Stadtanleihe zur Berliner Börse.

Disconto-Gesellschaft. Verteilt eine Dividende von wieder 10 %. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 25 auf 225 Mill. M., rund 8 Mill. M. neue Anteile werden an die Norddeutsche Bank à 125 % begeben und von dieser teils freihändig (Börsen-Vorverkäufe?), teils an das Uebernahmekonsortium der restlichen 17 Mill. M. Anteile (Führung S. Bleichröder) verkauft, dem die Bank ebenfalls angehört. Dieses Konsortium wird insgesamt 20,80 Mill. Mark neue Anteile den Aktionären à 172 % anbieten. Die Norddeutsche Bank (vgl. diese) erhöht selbst ihr Kapital um 10 Mill. M., die von der Disconto-Gesellschaft à 125 % übernommen werden und dauernd in ihrem Besitz bleiben sollen. Geschäftsinhaber Dr. Salomonsohn bezeichnet in der Generalversammlung den weiteren Ausbau des Konditionenkartells, namentlich in der Provinz, als notwendig, wenn eine eventuelle gesetzliche Regelung des Bankwesens vermieden werden soll. Er lehnt eine Herabsetzung der Tantiemen ab und bezeichnet eine Vermehrung der Zahl der Geschäftsinhaber als möglich. In den Aufsichtsrat, dessen Mitgliederanzahl auf 32 erhöht wird, treten Freiherr von Ohlendorff (Hamburg), Dr. Haßlacher (Rheinische Stahlwerke), Generalkonsul von Bary (Compagnie Commerciale de Belge) und Generalkonsul v. Weinberg (Frankfurt) ein; Geh. Komm.-Rat Lent und Herr Borguis scheiden aus ihm aus. Die Bank errichtet eine Filiale in Antwerpen. Verhandelt mit der bulgarischen Regierung wegen Abschlusses einer Anleihe von 250 Mill. Fr. Herr Neuberth (Filiale Frankfurt) wird zum Direktor, Reg.-Rat Rahde (Filiale Saarbrücken) zum stellvertretenden Direktor ernannt. Die Bank erwirkt die Zulassung von 11 Mill. M. Anteilscheinen der Neu-Guinea-Comp. zur Berliner Börse.

Dresdner Bank. Verteilt wieder eine Dividende von 8½ %. Führt die deutsche Gruppe des deutsch-österreichischen Bankenkonsortiums, das 150 Mill. Kr. 4½ proz. Budapester Stadtanleihe à ca. 86 % übernimmt (Emissionskurs 89 %) und erwirkt deren Zulassung zur Berliner Börse. Ist hervorragend an dem Konkurs der Gummiwarenfabrik Metzeler & Co., A.-G., München, beteiligt, die infolge einer Aenderung

Digitized by Google

ihrer Fabrikationstechnik enorme Verluste erlitten hat. In den Aufsichtsrat treten die bisherigen Direktoren Geheimrat v. Klemperer und Mueller ein, ferner Direktor Gruneberg (Sächsische Bank) und Geheimrat v. Koerner (Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts), während Komm.-Rat Heimann ausscheidet. Oberbürgermeister Dr. Adickes legt den Vorsitz im Aufsichtsrat nieder, bleibt aber im Aufsichtsrat. Gerüchtweise verlautet, daß die Bank eine Angliederung der Rheinischen Bank plane. Die Bank (Filiale Kassel) wird Bankverbindung der neuerrichteten Verbandskasse der Genossenschaften der Bahnunterbeamten. Die zum Konzern der Bank gehörigen chemischen Werke Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg, verteilen für das erste Geschäftsjahr (als A.-G.) eine Dividende von 15 %. Die Bank erzielt in einem Prozeß gegen das Hammerwerk Emden, in dem es sich um die bekannte Streitfrage handelt, ob Fabrikgebäude und Maschinen auf einem nur erpachteten Grundstück Bestandteile des Grundstücks sind, ein obsiegendes Reichsgerichtsurteil (Objekt 8000 M.). Uebernimmt 1 Mill. M. neue Aktien der Joh. C. Tecklenborg A.-G. (deren Aktionären à 120 % angeboten), und erwirkt die Zulassung von 8 Mill. M. 4 proz. Mainzer Stadtanleihe zur Berliner Börse.

Darmstädter Bank. Verteilt wieder 6½ % Dividende. Lehnt in Uebereinstimmung mit den übrigen Konsorten eine Erhöhung der Quote der Deutschen Bank im Deutsch-Luxemburger Konsortium ab (vgl. Deutsche Bank). Das Aufsichtsratsmitglied und kalitechnischer Beirat der Bank, Geh. Oberbergrat Dr. Fürst, ist gestorben. Die Bank erhält den Zuschlag auf 5 Mill. M. 4½ proz. Mannheimer Stadtanleihe à 100,36½ %. Erwirbt in Hamburg für die Errichtung eines eigenen Bankgebäudes ein Grundstück für 1,4 Mill. M.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Die Generalversammlung lehnt den Antrag eines Aktionärs ab, die Dividende (3 %) unter Ausschaltung der Tantiemebezüge des Aufsichtsrats für eine Reihe von Jahren auf 4 % zu stabilisieren. Die Verwaltung erklärt das schlechte Jahresresultat damit, daß die Bank an den in früheren Jahren eingegangenen minderwertigen Industrie-Engagements heute noch laboriere. Ein im Zusammenhang mit der Fusion Siegrheinische Hütte—Façoneisenwalzwerk Mannstaedt gegen letztere Gesellschaft angestrengten Prozeß wird vom Oberlandesgericht zuungunsten von Mannstaedt entschieden; die Bank, die Mannstaedt gegenüber haftet, beziffert das Objekt auf 60 000 bis 80 000 M. (der Kläger auf 0,6 Mill. M.) und wird beim Reichsgericht Berufung einlegen. Das bisherige Vorstandsmitglied, Komm.-Rat Heymann, tritt in den Aufsichtsrat über. Landesbankrat Wiegand scheidet aus dem Vorstand aus. Die Bank übernimmt konsortialiter 4 Mill. M. 4½ proz. Hösch-Obligationen (al pari zur Zeichnung aufgelegt), ferner 8 Mill. M. neue Hösch-Aktien (von denen 3,6 Mill. M. zum Umtausch in Kuxe der Gewerkschaft Eisenzecherzug dienen).

Berliner Handelsgesellschaft. Staatssekretär Dr. Solf bezeichnet im Reichstag die von sozialdemokratischer Seite an das Ausscheiden des Geschäftsinhabers Fürstenberg aus dem Aufsichtsrat der Diamantenregie geknüpften Verdächtigungen als vollkommen haltlos. Die Regreßklage des Aktionärs Wirtensohn von der Niederdeutschen Bank gegen die B. H.-G. als Emissionsinstitut der N. B.-Aktien wird vom Landgericht abgewiesen. Die Bank erwirkt die Zulassung von 22,50 Mill. Mark Vorzugsaktien und 20 Mill. M. Stammaktien der A. E. G.-Schnellbahn A.-G. zur Berliner Börse.

Commerz- und Disconto-Bank. Direktor Rosenberger tritt in den Aufsichtsrat der Berliner Hypothekenbank ein. Die Bank erhält den Zuschlag auf 5 Mill. M. 4 proz. Freiburger Stadtanleihe à 94,02 %. Uebernimmt konsortialiter 5 Mill. M. 4 proz. Anleihe des Zweckverbandes Elektrizitätsverband Stade. Erwirkt die Zulassung von 1,6 Mill. M. 5 proz. Obligationen der Lothringer Eisenbahn A.-G. zur Berliner Börse.

Digitized by Google

Ein Prozeß gegen einen früheren Angestellten der Bank, worin es sich um eine zum Schaden der Bank erfolgte Quittungsfälschung (Objekt 0,04 Mill. M.) handelt, wird vertagt.

Nationalbank für Deutschland. Direktor Stern, der noch in der Generalversammlung am 21. März amtierte, ist am 23. März plötzlich gestorben. Nach einer Erklärung in der Generalversammlung hat die Bank für ihr Engagement bei der Schiffswerft Frerichs A.-G. ausreichende Rückstellungen vorgenommen. Geheimrat Witting bezeichnet den vom Allg. Verband der Bankbeamten gegen die Bank erhobenen Vorwurf einer „nicht vorbildlichen Behandlung" ihrer Beamten als ungerechtfertigt. Er tritt in den Aufsichtsrat der Hochbahn-Gesellschaft ein. Die Bank erwirkt die Zulassung von 1 Mill. M. 4½ proz. Pfandbriefen des Berlin-Schöneberger Hyp.-Bankvereins zur Berliner Börse.

Mitteldeutsche Creditbank. In den Aufsichtsrat treten Direktor Hartmann (Deutsche Hypothekenbank, Meiningen) und Herr Sondheimer (Beer, Sondheimer & Co.) ein. Direktor Löwenthal tritt (für Komm.-Rat Wittekind) in den Aufsichtsrat der Porzellanfabrik Kahla ein. Die Bank errichtet in Frankfurt eine weitere Wechselstube und in Friedenau eine Depositenkasse. Uebernimmt 0,40 (von 1,55) Mill. M. Aktien der Hüttenwerke Niederschöneweide à 110 %. Erwirkt die Zulassung von 1,7 Mill. M. Aktien der B. Wittkop A.-G. für Tiefbau zur Berliner Börse.

Aachener Bank für Handel und Gewerbe, Aachen. In den Aufsichtsrat tritt Rechtsanwalt Dr. Jörissen ein.

A.-G. für Boden- und Kommunalkredit in Elsaß-Lothringen, Straßburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,87 (i. V. 2,13) Mill. M., die Dividende wieder 10%. Die Bank war infolge der Absatzstockung der Obligationen zu Einschränkungen im Hypothekengeschäft gezwungen.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Uebernimmt konsortialiter 3 Mill. M. 4½% Obligationen der Thüringer Gasgesellschaft; ferner 1 Mill. M. 4½% Obligationen der Leipziger Außenbahn-A.-G. (à 99,25% zur Zeichnung aufgelegt).

Anhalt-Dessauische Landesbank, Dessau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,12 (i. V. 1,08) Mill. M., die Dividende wieder 6½%.

Badische Bank, Mannheim. Siehe unter „Die deutschen Notenbanken im Jahre 1913".

Bankverein für Schleswig-Holstein, Neumünster. Erwirbt in Rendsburg ein Grundstück.

Bank von Elsaß-Lothringen, Straßburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,11 (i. V. 2,97) Mill. M., die Dividende wieder 8%. Die Bank hat sieben Filialen und zwölf Agenturen und wird in Kürze eine Filiale in Epinal errichten.

Banque de Mulhouse, Mülhausen. Verteilt aus 3,93 (i. V. 3,73) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 8%.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. In der Generalversammlung werden von einem Aktionär die hohen Tantiemen des Aufsichtsrats und der persönlich haftenden Gesellschafter bemängelt. Die Verwaltung teilt mit, daß die Bank aus Unterschlagungen bei der von ihr kommanditierten Bankfirma v. d. Heydt, Kersten & Söhne einen Verlust von 0,10 Mill. M. erleide. Bezüglich der bemängelten Gewährung von Millionenkrediten (Warenhaus Althoff, Tietz usw.) erklärt die Bank, daß sie an solchen noch keine Verluste erlitten hätte. Der Schenck und Liebe-Harkort A.-G. hat die Bank einen zinslosen Vorschuß von 0,5 Mill. M. gewährt, unter der Bedingung, daß die Gesellschaft 1—2 Jahre lang keine Dividende zahle. Die Bank erwirbt in Hamm ein Grundstück für ein eigenes Bankgebäude.

Digitized by Google

Bayerische Handelsbank, München. In den Aufsichtsrat tritt der frühere bayerische Finanzminister Dr. v. Pfaff ein.

Bayerische Notenbank, München. Siehe unter „Die deutschen Notenbanken im Jahre 1913".

Bayerische Treuhand A.-G., München. Erzielt in einer gegen eine Münchener Firma angestrengten Klage auf Löschung der von dieser gebrauchten Bezeichnung „Bayerische Treuhandgesellschaft" ein obsiegendes Urteil. In der Begründung werden als notwendige Eigenschaft einer Treuhandgesellschaft die strenge Uneigennützigkeit bei der Geschäftsführung, unbedingte Haftung für etwa verursachte Schäden und Garantie für dauernden Bestand, also hohes Grundkapital, bezeichnet (vgl. hierzu „Die Bank" 1912, S. 532 ff.).

Bayerische Vereinsbank, München. Der frühere Direktor und jetziges Aufsichtsratsmitglied Kommerzienrat Selz ist gestorben. Die Bank übernimmt mit Wirkung ab 1. 4. die Regensburger Bankfirma Gabriel Oettinger.

Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 13,52 (i. V. 12,85) Mill. M., der Reingewinn 7,81 (7,40) Mill. M., die Dividende wieder 7½% (ein Antrag auf Erhöhung der Dividende auf 8% wird abgelehnt). Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Fusion mit der Deutschen Bank (9600 Mark nom. Bergbank-Aktien gegen 6000 M. nom. D. B.-Aktien mit Dividendenscheinen für 1914). Die Verwaltung erklärt, daß die Fusion mit Rücksicht auf die kürzlich errichteten Niederlassungen der Disconto-Gesellschaft (Essen) und Darmstädter Bank (Düsseldorf) erfolgt sei, und daß ein Systemwechsel in der Leitung der Bank nicht erfolgen werde. In inspirierten Artikeln wird erklärt, daß das verlustreiche Boswau & Knauer-Engagement entgegen allgemeiner Annahme auf die eigene Initiative der Bergbank (?) zurückzuführen sei. Aus dem Vorstand scheiden die Direktoren Lipp (der als persönlich haftender Gesellschafter in den Schlesischen Bankverein eintritt) und Josten aus. Der Aufsichtsrat der Bergbank soll als „Lokalausschuß" weiter bestehen.

Berliner Hypothekenbank. In den Aufsichtsrat tritt Direktor Rosenberger ein. (Commerz- und Disconto-Bank).

Berliner Maklerverein. Der Reingewinn pro 1913 ist infolge der Börsendepression im zweiten Halbjahr auf 0,26 Mill. M. (gegen 0,35 Mill. M. i. V.) gesunken. Die Dividende beträgt 5 (7) %. Die Abschreibungen erforderten 0,10 Mill. M. (i. V. 7429 M.). Das Aufsichtsratsmitglied Direktor Stern (Nationalbank für Deutschland) ist gestorben.

S. Bleichröder, Berlin. Die Differenzen zwischen Hanns v. Bleichröde · und Generalkonsul v. Schwabach einerseits und Generalkonsul v. Blaschke andererseits (vgl. Januarheft) sind gütlich beigelegt worden.

Braunschweigische Bank- und Kreditanstalt. In den Aufsichtsrat treten Komm.-Rat Amme, Geheimrat Levy, Bankier Löbbecke und Geheimrat Schmidt ein.

A. Busse & Co., A.-G., Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,04 (i. V. 0,11) Mill. M., eine Dividende wird nicht verteilt (i. V. 4%, 1911 6%). Vgl. Märzheft 1913. In den Aufsichtsrat tritt Direktor Vorholz ein (Disconto-Gesellschaft).

Coburg-Gothaische Credit-Gesellschaft, Coburg. Die Verwaltung erklärt mit Bezug auf die nicht gerechtfertigte Dividendenverteilung (2%) der Röderberg-Brauerei (deren 1,2 Mill. M. Aktien die Bank besitzt (vgl. Märzheft), daß einige Aufsichtsratsmitglieder sich gegen eine Verteilung dieser Dividende ausgesprochen hätten, daß aber die Verteilung zur Aufrechterhaltung der Bankdividende (!) notwendig gewesen wäre.

Digitized by Google

Commerz-Bank in Lübeck. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,73 (i. V. 0,79) Mill. M., die Dividende 7% (i. V. 7½%). In den Aufsichtsrat tritt Herr Eschenburg ein.

Comptoir d'Escompte de Mulhouse, Mülhausen. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 5,99 (i. V. 5.47) Mill. M., der Reingewinn 4,35 (3,47) Mill. M., die Dividende wieder 8%. Das Tochterinstitut der Bank, die Banque Nationale de Crédit, Paris, hat für die erste, halbjährliche, Geschäftsperiode einen Reingewinn von 2,59 Mill. Fr. erzielt, aus dem eine Dividende von 10% p. a. verteilt wird.

Danziger Privat-Aktien-Bank. Von dem Bruttogewinn von 2,80 (i. V. 2,35) Mill. M. haben die Verluste aus den bei der Depositenkasse Lauenburg vorgekommenen Malversationen mit 0,52 Millionen Mark abgeschrieben werden müssen. Der Reingewinn ermäßigt sich auf 1.32 (i. V. 1,47) Mill. M., während die Dividende in der früheren Höhe von 7½% verteilt wird.

Delbrück, Schickler & Co., Berlin. Der Teilhaber der Firma W. Keilich ist gestorben.

Deutsche Antioquia-Bank, Hamburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,19 Mill. M. (i. V. 1764 M. Verlust), woraus die A-Aktien 5%, die B-Aktien ebenfalls 5% und insgesamt 5200 M. = weitere 0,7% erhalten.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,52 (i. V. 2,42) Mill. M., die Dividende wieder 6%.

Deutsche Grundcredit-Bank, Gotha. In den Aufsichtsrat tritt Herr Wertheimber (L. & E. Wertheimber, Frankfurt) ein.

Deutsche Hypothekenbank, Berlin. 20 Mill. M. 4% Komm.-Oblig. werden zur Berliner Börse zugelassen.

Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Das Aufsichtsratsmitglied Geh. Justizrat Braun ist gestorben.

Deutsche Nationalbank Komm.-Ges. a. A., Bremen. In den Aufsichtsrat tritt Gutsbesitzer Kiel ein.

Deutsche Orientbank, Berlin. Das Aufsichtsratsmitglied Direktor Stern (Commerz- und Disconto-Bank) ist gestorben.

Deutsche Palästina-Bank, Berlin. Im Zusammenhang mit der Liquidation des Fürstenkonzerns soll auch die Liquidation der Bank erfolgen. Die ausländischen Filialen der Bank sollen an die Orientbank übergehen.

Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Berlin. Verteilt aus 0,50 (i. V. 0.45) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 15%. Die Aufsichtsratsmitglieder v. Lichtenberg (Württembergische Vereinsbank) und Eisenbahndirektor a. D. Schrader sind gestorben. Ersatzwahlen für sie werden nicht vorgenommen.

Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 12,07 (i. V. 10,32) Mill. M., der Reingewinn 4,29 (i. V. 3,77) Mill. M., die Dividende wieder 9%. Die Steigerung der Kassenbestände von 39,86 i. V. auf 49,65 Mill. M. wird von der Verwaltung mit dem Mangel an „einer den Geldumlauf regulierenden Credit-Institution" in den Ländern erklärt, in denen die Bank hauptsächlich arbeitet.

Dürener Volksbank. Das bisherige Vorstandsmitglied Direktor Schröder tritt in den Aufsichtsrat über.

Frankfurter Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,83 (i. V. 3,68) Mill. M., die Dividende wieder 9%. In den Aufsichtsrat tritt Herr Andreae Petsch (Goll & Söhne, Frankfurt) ein.

Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein. In der Generalversammlung wird bemängelt, daß die Bank eine Millionenbeleihung

Digitized by Google

von 1,6 Mill. M. vorgenommen habe. Die Bank erklärt, künftig an dem Prinzip, nur mittlere und kleinere Geschäfte zu machen, festhalten zu wollen.

Göttinger Bank in Konkurs. Der Prozeß des Zusammenbruchs der Bank wird an das Landgericht Hannover überwiesen, weil bei den Richtern des Landgerichts Göttingen die Gefahr der Befangenheit vorliegt.

Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co. In den Aufsichtsrat treten Komm.-Rat Nolle, Kaufmann Pfaffe und Landesökonomierat Rabe ein.

Hannoversche Bank. Gewährt der offenen Handelsgesellschaft S. Reinhold, Hannover, ein 4½% Darlehen von 0,7 Mill. M.

Hanseatische Bank in Konkurs. Die Passiva betragen nach der Feststellung des Konkursverwalters 3,9 Mill. M. (darunter 0,55 Millionen Mark Depositen), denen greifbare Aktiva so gut wie gar nicht gegenüberstehen.

Hessische Landeshypothekenbank, Darmstadt. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,55 (i. V. 0,60) Mill. M., die Dividende wieder 4%. Einem Disagio-Gewinn von 0,21 Mill. M. steht ein Disagio-Verlust von 0,31 Mill. M. gegenüber.

Königsberger Vereinsbank. Verteilt aus 0,99 Mill. M. Reingewinn (wie i. V.) eine Dividende von wieder 7%.

Löbauer Bank. Verteilt aus 0,60 (i. V. 0,62) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 5% (i. V. 6%). Unter Mitwirkung der Bank wird die Maschinenfabrik Bautzener Industriewerk in eine A.-G. mit 0,75 Mill. M. Kapital umgewandelt.

Märkische Bank, Bochum. Verteilt aus 0,58 (i. V. 0,58) Millionen Mark Reingewinn eine Dividende von wieder 5%. Erhöht (unter Heranziehung der gesamten Reserve B) ihre Abschreibungen von 0,09 auf 0,30 Mill. M.

Magdeburger Bank-Verein. Errichtet für seine Braunschweiger Filiale ein eigenes Gebäude. In den Aufsichtsrat tritt Direktor Dr. Mankiewicz (Disconto-Gesellschaft) ein.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank, Neustrelitz. Der Reingewinn pro 1913 beträgt wie i. V. 0,19 Mill. Mark, die Dividende wieder 4%. Die Bank hat aus steuerlichen Gründen das Delkrederekonto von 0,81 auf 0,32 Mill. M. herabgesetzt.

Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt, Greiz. An Stelle des verstorbenen Komm.-Rats Georg Spiegelberg tritt Komm.-Rat Hermann Spiegelberg in den Aufsichtsrat ein.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Nimmt die Cölledaer Bank Komm.-Ges. a. A. auf (Kapital 0,4 Mill. M., 1909 und 1910 je 7%, 1912 0% Dividende). In der Generalversammlung der Bank, in der es zwischen der Verwaltung und Justizrat Gottschalk zu einer erregten Polemik kommt, erklärt Direktor Schultze u. a., daß eine Verlegung der Zentrale nach Leipzig (vgl. Novemberheft 1913) nicht in Frage komme.

Carl Neuburger, Komm.-Ges. a. A. in Liqu., Berlin. Die von dem Liquidator der Firma gegen den Fürsten Fürstenberg angestrengte Klage auf Herauszahlung einer Differenz aus einem Terraingeschäft (Objekt mehrere Mill. M., vorerst 0,10 Mill. M. eingeklagt) wird in erster Instanz abgewiesen.

Niederdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. A. in Konkurs, Dortmund. Die Klage eines Aktionärs gegen die Berliner Handels-Gesellschaft als Emissionshaus der N. B.-Aktien ist vom Landgericht in Berlin abgewiesen worden.

Digitized by Google

Norddeutsche Bank in Hamburg. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 10 auf 60 Mill. Mark (vgl. Disconto-Gesellschaft).

Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg. Prokurist Schawaller wird wegen Unterschlagung von 0,05 Mill. M. verhaftet.

Oberfränkische Bank, Hof. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 3½ % (i. V. 3 %). Die Beteiligung an den Ver. Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und Marmorwerken in Wunsiedel (vgl. Maiheft 1913) beträgt unverändert 0,62 Mill. M.

Oberlausitzer Bank, Zittau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,34 (i. V. 0,30) Mill. M., die Dividende wieder 8 %.

Oldenburgische Landesbank. Verteilt aus 0,28 (i. V. 0,27) Millionen M. Reingewinn eine Dividende von wieder 12½ %.

Oldenburgische Spar- und Leihbank. Verteilt aus 0,59 (i. V. 0,52) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 10 % (i. V. 9 %).

Osnabrücker Bank. In den Aufsichtsrat treten Direktor Becker und Fabrikbesitzer Schöller ein.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,69 (i. V. 2,36) Mill. M., die Dividende wieder 7 %.

Pfälzische Bank, Ludwigshafen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,16 (i. V. 6,09) Mill. M., die Dividende wieder 7 %. In den Aufsichtsrat tritt Direktor Dr. Troeltsch von der Pfälzischen Hypothekenbank ein, während Direktor Schayer in den der letzteren eintritt.

Pfälzische Hypothekenbank, Mannheim. Direktor Dr. Troeltsch tritt in den Aufsichtsrat der Pfälzischen Bank ein, deren Direktor Schayer in den Aufsichtsrat der Pfälz. Hypothekenbank eintritt; in diesen wird auch Komm.-Rat Ludowici gewählt.

Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank, Berlin. 30 Mill. Mark 4% Hypotheken-Pfandbriefe werden zur Berliner Börse zugelassen.

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. 15 Mill. Mark 4% Hypotheken-Obligationen (weiterer Teilbetrag der Emission 1912 von 60 Mill. M.) werden à 95,25 % zur Zeichnung aufgelegt. Die Bank hat für den Verkauf der ihr gehörigen Grundstücke Unter den Linden und Charlottenstraße an die Disconto-Gesellschaft (vgl. Juniheft 1913) einen Gewinn von 3,80 Mill. M. erzielt. Der Kaufpreis wird aber erst 1923 gezahlt.

Preußische Hypotheken-Actien-Bank, Berlin. Direktor Tbinius erklärt in der Generalversammlung, daß einer Ausdehnung des Amortisationshypotheken-Geschäfts die geringe Beliebtheit dieser Darlehensart und die „künstliche Konstruktion der Eigentümer-Grundschuld" hinderlich wären. Direktor Dr. Droste ist gestorben. Die Bank ist an dem Zusammenbruch des Terrainspekulanten Leopold Kohn mit Hypotheken-Darlehen von 2,78 Mill. M. (auf 15 Häuser) beteiligt.

Preußisches Leihhaus A.-G., Berlin. Die Notierung der Aktien des Instituts ist nach einjähriger Pause zum Kurse von 48 % wieder aufgenommen worden (letzter Kurs April 1913 61,25 %).

Privatbank zu Gotha. Verteilt aus 0,72 (i. V. 0,66) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von 6½ % (i. V. 6 %).

Rheinische Bank, Essen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,10 (i. V. 2,44) Mill. M., die Dividende wird weiter auf 5 % herabgesetzt (i. V. 6 %, 1911 7 %). Die Bank ist zu erheblichen Abschreibungen gezwungen (0,4 Mill. M. für zweifelhafte Forderungen, 1,8 Mill. M., die dem außerordentlichen Reservefonds entnommen werden, für das Engagement bei dem Märkischen Bank-

Digitized by Google

verein in Liqu. und 0,2 Mill. M. auf Konsortialgeschäfte). Im Vorjahr hatte die Bank die Dividendenreduktion mit der ungeklärten politischen Lage (!) motiviert.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 11,34 (i. V. 11,20) Mill. M., die Dividende wieder 7 %. Die zum Konzern der Bank gehörige Mannheimer Bank weist pro 1912 0,08 (i. V. 0,07) Mill. M. Reingewinn aus. Direktor Dr. Brosien, der in den Aufsichtsrat der Rheinischen Hypothekenbank eintritt, scheidet aus dem Vorstand aus und übernimmt den Vorsitz im Aufsichtsrat, in den noch Landgerichtsrat Dr. Schneider (Direktor der Rheinischen Hypothekenbank) und Komm.-Rat Voegele eintreten.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,80 (i. V. 4,72) Mill. M., die Dividende, an der 1,5 Mill. M. neue Aktien mit 1/4 % partizipieren, wieder 9 %. In den Aufsichtsrat treten Geh. Komm.-Rat Dr. Brosien (Rheinische Creditbank) Bankier Glimpf und Graf v. Helmstädt-Neckarbischofsheim ein.

Rostocker Bank. Die Gläubiger der zum Konzern der Bank gehörigen Bad Schmiedeberger Verblend- und Dachsteinwerke A.-G. erhalten voraussichtlich eine Quote von wenig mehr als 1 %.

Sächsische Bank, Dresden. Siehe unter: Die deutschen Notenbanken im Jahre 1913".

Schlesischer Bankverein, Breslau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,11 (i. V. 4,86) Mill. M., die Dividende 7½ % (wie i. V.). Direktor Lipp von der Berg.-Märk. Bank tritt als persönlich haftender Gesellschafter in die Bank ein. Von den zum Konzern der Bank gehörigen Kreditinstituten verteilen: Kattowitzer Bankverein wieder 7 %, Oberschlesischer Creditverein wieder 6 % und Niederlausitzer Bank 6½ % (6 %). Die Bank beurteilt die Aussichten der oberschlesischen Kohlenindustrie in ihrem Geschäftsbericht günstig, dagegen die der oberschlesischen Eisenindustrie infolge der starken Ueberproduktion und des Konkurrenzkampfes ungünstig.

Schwarzburgische Hypothekenbank, Sondershausen. Verteilt aus 0,31 (i. V. 0,28) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 5½ %. An Stelle des ausgeschiedenen Generalkonsuls Max Baer (vgl. Märzheft) tritt Bankier Siegfried Baer (Schlesinger-Trier & Co.) in den Aufsichtsrat ein.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,11 (i. V. 0,18) Mill. M. Infolge der Unterschlagung von rund 0,5 Mill. M. des Prokuristen Kramann von der Filiale Saalfeld haben 0,18 Mill. M. abgeschrieben und die Kontokorrent-Reserve von 0,04 Mill. M. aufgelöst werden müssen; etwa die Hälfte des unterschlagenen Betrages glaubt man wieder hereinbekommen zu können. Die Dividende wird von 8 auf 5 % reduziert. K. wird zu 5½ Jahren Gefängnis verurteilt. An Stelle des ausgeschiedenen Generalkonsuls Max Baer tritt Bankier Siegfried Baer (Schlesinger-Trier & Co.) in den Aufsichtsrat.

Ch. Staehling, L. Valentin & Cie. (Straßburger Bank), Komm.-Ges. a. A. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,87 (i. V. 0,83) Millionen M., die Dividende wieder 6½ %.

Stahl & Federer A.-G., Stuttgart. Verteilt aus 1,01 (i. V. 1,01) Millionen M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6 %.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Verteilt aus 3,60 (i. V. 3,55) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6 %. Aus der Bilanz per Ende 1913: Bar und Bankguthaben 11,14 (i. V. 10,73), Wechsel 31,31 (24,88), Reports und Lombards 19,73 (25,25), Debitoren 87,93 (79,96), Kreditoren 27,26 (22,84), Einlagen 28,12 (26,21), Akzepte 53,62 (49,07) Mill. M.

Thüringische Kreditanstalt, Eisenach. Ist zu Abschreibungen von 0,35 Mill. M. gezwungen und schlägt eine Sanierung

Digitized by Google

durch Zuzahlung von 20 % auf 1 Mill. M. Aktien vor. Zieht ihre Filiale in Mühlhausen ein und eröffnet eine Niederlassung in Weißensee. Das Aufsichtsratsmitglied Mergell scheidet aus.

Thüringische Landesbank, Weimar. Nimmt die Eisenacher Gewerbebank auf, für deren Anteile sie 115 % vergütet.

Max Ulrich & Co., Komm.-Ges. a. A. in Liqu., Berlin. Im Konkurs der zum Konzern der Bank gehörigen Gewerkschaft Zeus kann eine Dividende nicht verteilt werden (Passiva 0,7 Mill. M.).

Vereinsbank Frankfurt a. O. in Konk. Die von der verhafteten Mitarbeiterin Schiffmanns (vgl. Märzheft) eingelegte Haftbeschwerde wird verworfen. (Anfang April wird sie gegen Kaution von 50 000 M. auf freien Fuß gesetzt.)

Vereinsbank in Hamburg. In den Aufsichtsrat treten Freiherr Cornelius v. Berenberg-Goßler (an Stelle seines verstorbenen Vaters), Dr. Dehrn (an Stelle von Dr. Wolfsohn) und Herr Kirsten ein.

Vereinsbank in Kiel. Verteilt aus 0,12 (i. V. 0,12) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 4 %.

Vereinsbank in Nürnberg. Der Antrag eines Aktionärs in der Generalversammlung auf statutarische Herabsetzung der 10 % Aufsichtsrats-Tantiemen wird abgelehnt. 20 Mill. M. 4 % Hypotheken-Obligationen werden zur Frankfurter Börser zugelassen.

Vereinsbank in Zwickau. 0,5 Mill. M. neue Aktien werden den Aktionären à 160 % angeboten.

Vogtländische Credit-Anstalt, Falkenstein. Errichtet in Zeulenroda eine Filiale. Ein früherer Beamter der Bank wird wegen Unterschlagung von 0,05 Mill. M. zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Westdeutscher Bankverein, Hagen. Schlägt die Verteilung einer Dividende von 5 % vor.

Westdeutscher Bankverein, Hagen. Schlägt die Verteilung einer Dividende von 5 % vor.

Westfälisch-Lippische Vereinsbank, Bielefeld. Verteilt aus 0,62 (i. V. 0,56) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 5 %.

Westholsteinische Bank, Heide. Bezeichnet die in ihrer Bilanz aufgeführten Kunden-Solawechsel in Höhe von 10,65 (i. V. 11,94) Millionen M. entgegen einer Ausführung der „Frankf. Ztg." als eine in jeder Beziehung liquide Anlage.

Württembergische Bankanstalt vorm. Pflaum & Co., Stuttgart. In den Aufsichtsrat treten Oberfinanzrat Klett und Direktor Fischer ein. Das Aufsichtsratsmitglied Geh. Reg.-Rat von Lichtenberg ist gestorben.

Württembergische Notenbank, Stuttgart. Das Aufsichtsratsmitglied Geh. Reg.-Rat v. Lichtenberg ist gestorben. Siehe auch unter: „Die deutschen Notenbanken im Jahre 1913."

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Führt das Konsortium, das 12 Mill. M. 4% Württembergische Staatsanleihe übernimmt, die à 97 % (bzw. 96,80 % für Sperrstücke) zur Zeichnung aufgelegt wird. In den Aufsichtsrat tritt Generaldirektor Georgi ein (Allg. Deutscher Versicherungsverein). Der frühere Direktor Geh. Reg.-Rat v. Lichtenberg ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

Zahlungseinstellungen usw. Göttinger Bank, Hanseatische Bank, Hamburg, Carl Neuburger, Berlin, Niederdeutsche Bank, Dortmund, Max Ulrich & Co., A.-G., Berlin, Vereinsbank Frankfurt a. O. vgl. oben. — In dem Prozeß wegen des Zusammenbruchs des Spar- und Kreditvereins Niedermodau wird das gegen Komm.-Rat Ihrig und den Rechner Beck ergangene Urteil (vgl. Juliheft 1913) vom Reichsgericht be-

Digitized by Google

stätigt, während das Urteil gegen Bankier Jsaak aufgehoben wird. — Der Einspruch von Mitgliedern der Weißenseer Bank e. G. m. u. H. gegen die im Juli 1913 beschlossene Erhöhung der Haftsumme auf 5000 M. wird vom Konkursrichter abgewiesen. — Die Frankfurter Tor-Bank e. G. m. b. H., Berlin, weist eine Unterbilanz von 0,61 Mill. M. aus und geht in Konkurs. Die vorhandene Quote beträgt 12%; falls jedoch die Haftsummen von je 2000 M. eingehen, was zweifelhaft ist, können die Gläubiger auf volle Befriedigung rechnen. — Der Breslauer Beamten-Spar- und Darlehnsverein gerät infolge von Unregelmäßigkeiten und Immobilisierung seiner Mittel in Zahlungsschwierigkeiten. — Die Heusenshammer Spar- und Darlehnskasse I gerät (teilweise infolge früheren Erwerbs von Aktien der verkrachten Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank, Frankfurt) in Zahlungsschwierigkeiten. Die Mitglieder sollen eine Zuzahlung von je 300 M. auf ihre Anteile leisten. — Die Bankfirma Kränzlein, Wassertrüdingen, die viele kleine Leute durch hohen Zins angelockt hat, geht in Konkurs. Voraussichtliche Quote ca. 10%. — Der Fehlbetrag der in Konkurs gegangenen Gewerbebank Lollar e. G. m. u. H. in Höhe von 0,7 Mill. M. muß — da die meisten Genossen zahlungsunfähig sind — von den wenigen bemittelten Mitgliedern aufgebracht werden, auf die je 0,10 Mill. M. entfallen. — Um die durch den Zusammenbruch des Charlottenburger Kreditvereins Geschädigten vor dem Ruin zu bewahren, wird die Charlottenburger Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H. gegründet. — Im Konkurs der Bankfirma Knappe & Thomas, Jauer, wird eine Restquote von 3½% verteilt (insgesamt 10½%). — In dem 1908 eröffneten Konkurs der Bankfirma Max Wertheimer & Co., Büdingen, steht für Mai die Schlußverteilung bevor. Die Gläubiger erhalten insgesamt 8%. — Im Konkurs der Berliner Banfirma G. Lilienthal ist eine Dividende von 3% zu erwarten. — Die Gläubiger des Bankvereins Zeulenroda in Konkurs akzeptieren die vom früheren Aufsichtsrat vergleichsweise angebotene Zahlung von 45 000 M. — Zwei Beamte der Volksbank in Bismarckhütte O.-S. werden wegen Unterschlagung verhaftet. — Die Gläubiger der in Liquidation befindlichen Bankfirma Lüdicke & Müller, Cöthen, erhalten eine weitere Quote von 15% (insgesamt jetzt 45%). — Die Brosewitzer Spar- und Darlehnskasse ist durch Unterschlagungen des Rendanten König um 0,05 Mill. M. geschädigt worden. Der Verlust wird teils durch das beschlagnahmte Vermögen Königs, teils durch Einzahlung von 100 M. pro Mitglied gedeckt. — Die Spar- und Darlehnskasse in Allagen wird durch Unterschlagungen ihres Rendanten um 0,15 Mill. M. geschädigt. Der Rendant wird verhaftet. — Die Gewerbebank Harburg gerät infolge Entziehung von Spargeldern in Zahlungsschwierigkeiten. —

Die ausländischen Banken im I. Quartal 1914.

I. Oesterreich-Ungarn.

Geldmarkt. Die Zinssätze in Wien stellten sich (nach einer Zusammenstellung des Wiener Giro- und Kassenvereins) im Durchschnitt der Jahre 1902/1913 wie folgt:

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Oesterr.-Ung. Bank	3,55	3,50	3,50	3,70	4,33	4,90	4,25	4,—	4,19	4,28	5,15	5,95
Privatdiskont . .	2 64	2,96	3,09	3,25	4.09	4,62	3,86	3,29	3,70	4,01	4,74	5,67
Reportsatz . . .	3,50	3,78	3,82	4.—	5,10	5,55	4,72	4,14	4,63	5,12	6,--	6.81

Budapester Banken lehnen Anfang Januar Diskontangebote deutscher und schweizerischer Banken ab, angeblich, weil ihnen kein genügendes Wechselmaterial zur Verfügung stehe, in Wirklichkeit, um eine Flüssigkeit des Marktes und die alsdann zu erwartende Herabsetzung aller Geldsätze vorerst zu verhindern.

Digitized by Google

Oesterreichisch-Ungarische Bank. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 79,55 (i. V. 65,63) Mill. Kr., der Reingewinn 46,28 (40,08) Mill. Kr., die Dividende 9,221 (8.571) % = 19,64 (17,99) Mill. Kronen. Der Gewinnanteil der beiden Staaten beläuft sich auf 22,37 (18,28) Mill. Kr. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 2349,5 (i. V. 2298,7) Mill. Kr., das Maximum am 7. 1. 2644,9, das Minimum am 23. 7. 2172,7 Mill. Kr.. die metallische Deckung des Notenumlaufs betrug Ende des Jahres 62,6 (53,5) %. Die Bank ist während des ganzen Jahres nicht aus der Steuerpflicht herausgekommen, der durchschnittliche steuerpflichtige Umlauf betrug 220,1 Mill. Kr. — Die Bank setzt ihren Diskontsatz am 21. Januar 1914 von 5½% auf 5%, am 4. Februar auf 4½% und am 13. März auf 4% herab. Errichtet in Dornbirn eine Nebenstelle.

Oesterreichische Postsparkasse. Führt das Konsortium, das 375 Mill. Kr. 4½ %, in 15 Jahren rückzahlbare Schatzscheine übernimmt (Begebungskurs 95 %). Ende Dezember 1913 betrug die Anzahl der Teilnehmer im Scheckverkehr 122 870 (i. V. 116 904), im Sparverkehr 2 300 407 (i. V. 2 267 810). Die Scheckguthaben, die bereits im Vorjahre um 2 Mill. Kr. zurückgegangen waren, haben auch 1913 wieder einen, und zwar ganz erheblichen, Rückgang erfahren; sie betrugen Ende 1913 388,48 (i. V. 437,08) Mill. Kr., die Sparguthaben betrugen 193,20 (i. V. 197,21) Mill. Kr. — Im Verkehr der seit 2½ Jahren bestehenden bosnisch-herzegowinischen Postsparkasse betrugen Ende 1913 die Sparbücher 11 317 über zusammen nur 1,10 Mill. Kr. Einlagen; die Zahl der Scheckkonten 1375 über 5,05 Mill. Kronen Scheckguthaben.

Ungarische Postsparkasse. Die Zahl der Scheckkonten betrug Ende 1913 25 630 (i. V. 24 104), die der Sparbücher 873 780 (i. V. 836 143); die Guthaben betrugen im Scheckverkehr 97,82 (i. V. 93,3) Millionen Kr., im Sparverkehr 109,65 (i. V. 105,5) Mill. Kr.

Sparkassen und Baumarkt. Die von Wiener Bauinteressenten geforderte Aufhebung des Paragraphen, der den Sparkassen die Anlage ihrer Mittel im Baugeschäft untersagt, wird von der Regierung abgelehnt. (Siehe auch „Banken und Baumarkt".)

Börsenorganisation. Mit der seit Jahren geforderten Reform des Schrankenverkehrs und der Kursnotierung soll zunächst insoweit begonnen werden, als die Sensale nicht nur die von ihnen vermittelten Geschäfte, sondern auch alle sonst an der Börse vorgenommenen Abschlüsse im Kursblatt aufnehmen sollen, die ihnen in beglaubigter Form zur Kenntnis gebracht werden.

Differenzeinwand. Der Wiener Börsenverein beantragt die Einführung eines Schwarzbuches für solche Kommittenten, die den Spiel- oder Wetteinwand gemacht haben, um sich der Zahlung von Differenzen zu entziehen.

Banken und Sparkassen. Zwischen dem Bankenkartell und dem Reichsverband der deutschen Sparkassen soll eine Annäherung in bezug auf die strittige Frage der Depositenpolitik der Banken angebahnt werden. Der Reichsverband beschwert sich darüber, daß die Regierung die Praktiken der Banken im Einlagegeschäft dulde. (Vergl. Aprilheft 1913 unter „Beschränkung des Depositengeschäfts".)

Banken und Baumarkt. Um die Depression auf dem Baumarkt zu mildern, erklären sich mehrere Banken unter Führung der Credit-Anstalt und der Boden-Credit-Anstalt bereit, 10 Mill. Kr. Baukredit dem Wiener Baumarkt zur Verfügung zu stellen. Die spätere Umwandlung der Baugelder in Hypotheken soll durch die Boden-Credit-Anstalt erfolgen.

Die Kapitalserhöhungen der Wiener Banken, die teils schon in Angriff genommen sind, teils unmittelbar bevorstehen, werden nach der „N. Fr. Pr." ein Kapital von rund 165 Mill. Kr. absorbieren und stellen eine „nicht unerhebliche Belastung des Geldmarktes und der Finanzwirtschaft" dar.

Digitized by Google

Fiasko der Kreditversicherung. Die im Jahre 1910 gegründete Erste Prager Garantie-Bank, die sich mit Kreditversicherungen beschäftigt, weist bei 0,68 Mill. Kr. Kapital einen Verlust von rund 1 Mill. Kr. aus und ist zu einer einschneidenden Sanierung gezwungen.

Insolvenzen. Die Olmützer Kreditbank (Kap. 2 Mill. Kr.), die ihre Gelder unvorsichtig immobilisiert hat, gerät in Zahlungsschwierigkeiten. Direktor Loew begeht Selbstmord.

Allgemeine Depositenbank, Wien. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,76 (i. V. 4,50) Mill. Kr., die Dividende 34 Kr. = 8½% (i. V. 8%).

Allgemeine Oesterreichische Boden-Credit-Anstalt, Wien. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 15,55 (i. V. 14,96) Millionen Kronen, die Dividende 20% = 60 Kr. (i. V. 19% = 57 Kr.). Aus der Bilanz per 31. 12. 1913: Kasse 7,86 (gegen 1912 + 0,52), Wechsel 108,23 (+ 11,99), Vorschüsse auf Effekten 26,51 (— 8,04), Debitoren 326,41 (+ 35,13), Hypothekar-, Kommunaldarlehen usw. 409,71 (+ 2,55), Kreditoren 282,93 (+ 21,83), Pfandbriefe, Komm.-Obl. usw. 398,92 (+ 5,72) Mill. Kr. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Kapitalserhöhung um 9 auf 63 Mill. Kr., die aber erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden soll. Gouverneur Sieghart bemüht sich, verschiedene Zeitungen unter seine Kontrolle zu bringen; er hat die Mehrheit der Anteile des „Neuen Wiener Tageblatts" und verschiedener Provinzzeitungen erworben und plant angeblich auch eine Erwerbung der „N. Fr. Pr.". In den Aufsichtsrat der Bank tritt Fürst von Schönburg-Hartenstein ein. Unter Mitwirkung der Bank wird der Oesterr. Verein für chemische und metallurgische Produktion, Außig, (Kap. 12 Mill. Kronen), mit der chemischen Fabrik Hungaria A.-G. (Kap. 4 Mill. Kronen) zu einer Interessengemeinschaft vereinigt. Die Majorität der Hungaria-Aktien (60%) übernimmt ein Konsortium Boden-Credit-Anstalt, Anglobank, Außiger Verein, während ein Teil der Aktien des letzteren in den Besitz der Anglobank übergeht. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Oesterr. Berg- und Hüttenwerke wieder 10%, Rositzer Bergbau-Gesellschaft wieder 5½%, Wiener Lokomotivfabrik wieder 16%, A. E. G.-Union wieder 7%, Verein für chemische usw. Industrie wieder 16%, Textilfabriken Kosmanos 6 (7½) %, Zuckerfabriken Schoeller wieder 8%. Die zum Konzern der Bank gehörige Oesterr.-Bosnische Bank verteilt für das erste Geschäftsjahr (20 Monate) eine Dividende von 9%.

Allgemeine Verkehrsbank, Wien. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,33 (i. V. 4,94) Mill. Kr., die Dividende 22 Kr. = $7^{17}/_{20}$% (i. V. 7½%). Die Bank erhöht ihr Kapital, und zwar zunächst um 8,4 auf 50,4 Mill. Kr. Die neuen Aktien werden den Aktionären a 125% angeboten. Ferner genehmigt die Generalversammlung eine weitere, dem Ermessen des Verwaltungsrats anheimgestellte Kapitalserhöhung auf 60,2 Mill. Kr. Die Bank feiert am 13. März das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Präsident und Verwaltungsratsmitglied v. Seybel scheidet aus, an seine Stelle tritt Dr. Richard v. Skene. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Neusiedler Papierfabrik wieder 13%, Papierfabrik Lebemühl 6 (5) %, Grazer Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. 11 (10) %, Spiritus-Industrie A.-G. wieder 9%, Oesterr. Phönix wieder 6%, Bozen-Meraner Bahn wieder 13%, und die Freistädter Eisenwerke 10 (9) %. Direktor Broch erhält aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Bank eine österr. Ordensauszeichnung.

Anglo-Oesterreichische Bank, Wien. Der Präsident und geistige Leiter der Bank, Karl Ritter v. Morawitz, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. An seine Stelle tritt Professor Landesberger, den der Kohlenindustrielle Petschek (als Testamentsvollstrecker von

Digitized by Google

Morawitz) zum Präsidenten designiert. Der Reingewinn der Bank pro 1913 beträgt 13,03 (i. V. 12,70) Mill. Kr., die Dividende wieder 8⅓%, obgleich der verstorbene Präsident anläßlich des 50 jährigen Jubiläums der Bank eine Erhöhung der Dividende in Aussicht gestellt hatte. Für Abschreibungen auf Debitoren sind 0,49 (i. V. 0,33) Mill. Kr. erforderlich; die Gehälter der Beamten sind gegen das Vorjahr um rund 10%, gegen 1909 um 64% gestiegen. Aus der Bilanz pro 31. 12. 1913: Kasse 14,05 (gegen 1912 + 0.35). Wechsel 159,93 (+ 21,85), Effekten 21,05 (+ 6,91). Debitoren 499,21 (+ 57,92), Einlagen 74,20 (+ 10,38), Kreditoren 424,66 (+ 65,77) Mill. Kr. Die Bank schlägt eine Kapitalserhöhung um 20 auf 120 Mill. Kr. vor. Gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 375 Mill. Kr. 4½% österreichischen Schatzscheinen an. (vergl. Postsparkasse). Unter Mitwirkung der Bank wird die Errichtung eines Ein- und Verkaufsbureaus (Syndikats) der österreichisch-ungarischen Bürsten- und Pinselfabriken geplant. Die Bank nimmt an einem von der Banque de Salonique geförderten Projekt einer türkischen Ansiedlungsgesellschaft teil; dieses wird aber in seinen Grundzügen von der Dette Publique abgelehnt. Die Bank ist an der Insolvenz der Tafelglasfabrik Kupfer & Glaser beteiligt. Von den der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen u. a.: Chemische Industrie A.-G. Hungaria wieder 8% (vergl. Oesterr. Boden-Credit-Anstalt), Schiffahrts A.-G. Atlantica wieder 10%, Holzindustrie A.-G. Bucowina wieder 10%, Zuckerfabrik Sadska 15% (12%), Lobositzer Zuckerfabrik 15 (20) %; die Prager Maschinenbau A.-G., die Triester Reisschälfabrik, die Oesterr. Zuckerindustrie A.-G. und die Anglo-Ung. Zucker-Ind. A.-G. bleiben dividendenlos. Die Bank errichtet eine Filiale in Gmünd und eine weitere Wechselstube in Wien (Lichtensteg).

Bank- und Wechselstuben A.-G. „Merkur", Wien. Verteilt aus 6,34 (i. V. 5,80) Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von wieder 9% = 36 Kr. Wichtigere Veränderungen weisen nach der Bilanz folgende Konten auf: Einlagen, die schon 1912 einen Rückgang erlitten haben, 42,94 (gegen 1912 — 2,20), Kreditoren 143,92 (+ 15,08), Effekten 8.27 (+ 3,23), Debitoren 204,03 (+ 11,38) Mill. Kr. Direktor Schwarz tritt in den Verwaltungsrat der Maschinenfabrik L. Zieleniewski, Krakau, ein, die mit der Ersten Galizischen Waggon- und Maschinenbau A.-G. in Sanok und der Fürstlich Lubomirskischen Maschinenfabrik fusioniert. Von den der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Wechselstuben A.-G. „Merkur" (Tochtergesellschaft der Bank) wieder 9% auf 10 Mill. Kr. Kap. (i. V. 6 Mill. Kr.), Gebrüder Stollwerck A.-G. wieder 10% bzw. 6%, Oesterr. Baugesellschaft für Verkehrs- und Kraftanlagen 6% (erstes Geschäftsjahr), Steiermärkische Elektrizitätsgesellschaft wieder 6%.

Böhmische Eskompte-Bank, Prag. Verteilt aus 1,36 (i. V. 1,38) Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von wieder 10%.

Böhmische Industrialbank, Prag. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,01 (i. V. 2,26) Mill. Kr., die Dividende wieder 6% = 24 Kr. pro Aktie. Von den der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Ungarisch-Böhmische Industrialbank, Budapest, 5½ (5) %, Mühlen A.-G., Prag, 5%, Erste Böhmische Lebens-Versicherungs-A.-G. wieder 4%. Die Bank hat sich an der mit 6 Mill. Fr. neugegründeten Banque de l'Industrie, Paris (Kap. 6 Mill. Fr.), beteiligt. Die Bank erweitert im Zusammenhang mit dem unter ihrer Mitwirkung erfolgten Zusammenschluß österreichischer Hartsteinindustrieller ihr Verkaufsbureau für die österreichische Steinindustrie.

Böhmische Unionbank, Prag. Verteilt aus einem Reingewinn von 7,03 (i. V. 6,51) Mill. Kr. eine Dividende von 7½% = 15 Kr. (i. V. 7%).

Centralbank der böhmischen (tschechischen) Sparkassen (Ustredni banka ceskych sporitelen), Prag. Der Rein-

Digitized by Google

gewinn pro 1913 beträgt nominell 0,70 (i. V. 0,56) Mill. Kr. Von der Verteilung einer Dividende muß wieder abgesehen werden.

Centralbank der deutschen Sparkassen, Prag. Verteilt aus 2,14 (i. V. 2,01) Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von wieder 5%. Ist an der Insolvenz der Landesproduktenfirma Pfortner & Stadler beteiligt.

Industriebank für das Königreich Galizien und Lodomerien usw., Lemberg. Verteilt pro 1913 aus 0,77 (i. V. 0,71) Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von 7% (i. V. 6%).

Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft, Wien. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 10,21 (i. V. 9,26) Mill. Kr., die Dividende wird auf 10½% erhöht = 42 Kr. (i. V. 10%). Nach der Bilanz weisen die Debitoren mit 288,03 Mill. Kr. gegen das Vorjahr eine Steigerung um 40,5 Mill. Kr. auf, die Kreditoren sind mit 254,5 um 34,3 Mill. Kr. angewachsen. Die Bank erhöht ihr Kapital um 25 auf 100 Mill. Kr. Die neuen Aktien werden den Aktionären a 180% angeboten. Die Bank ändert mit Rücksicht auf ihre ausgedehnten internationalen Beziehungen ihre Statuten dahin ab, daß sie in Zukunft Filialen im Auslande eröffnen kann. Aus dem gleichen Grunde wird sie unter den Bezeichnungen „Société Autrichienne d'Escompte" und „Austrian Discount Cy" ihre Firma handelsgerichtlich eintragen lassen. Die Bank gehört mit den ihr nahestehenden Skodawerken einem internationalen Bankenkonsortium an, das eine Betriebserweiterung der Petersburger Newsky-Werft (Errichtung eines Stahlwerkes) finanziert. Direktor v. Kraßny erklärt in der „N. Fr. Pr.", daß die Deckung des österreichischen Geldbedarfes in der von dem Abgeordneten Dr. Steinwender vorgeschlagenen Form der Prämienanteile eine „Verlotterung" des Staatskredits bedeuten würde.

Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Wien. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 23,02 (i. V. 20,38) Mill. Kr., die Dividende $10^5/_8$% = 34 Kr. (i. V. $10^5/_{16}$%). Die Bank schlägt eine Kapitalserhöhung um 20 auf 170 Mill. Kr. vor. Nach der Bilanz weisen die folgenden Konten bedeutsame Veränderungen auf: Kasse 30,85 (+ 3,44), Wechsel 202.36 (— 18,76), Vorschüsse auf Effekten 50,37 (— 7,73), Konsortialbeteiligungen 84,79 (+ 12,33), Debitoren 754,25 (— 2,0), Akzepte und Anweisungen 50,41 (— 4,09), Kreditoren 783,72 (— 17,38) Mill. Kr. Unter Mitwirkung der Bank wird die Oesterr. Kontrollbank für Handel und Industrie mit 5 Mill. Kr. Kapital errichtet, die dem Warenhandel und der Industrie als Treuhandbank dienen soll. Die Bank erwirbt aus dem Besitz von Baron Kürschner rund 2 Mill. Kr. Aktien der Mährischen Zuckerindustrie A.-G. Großbach (Kap. 4,8 Mill. Kr.). Die Bank gehört mit der Eskompte-Gesellschaft und den ihr nahestehenden Skodawerken einem russisch-französischen Bankenkonsortium an, das die Betriebserweiterung der Petersburger Newsky-Werft (Bau einer Stahlhütte) finanziert. Unter Mitwirkung der Bank werden die Berndorfer Metallfabriken der Krupp A.-G. in eine A.-G. mit 30 Mill. Kr. umgewandelt (je 15 Mill. Kr. Stamm- und Vorzugsaktien). Die zum Konzern der Bank gehörige Kaliwerke A.-G. erhöht ihr Kapital von 1,3 auf 2 Mill. Kronen. Direktor Neurath tritt in den Verwaltungsrat der unter Mitwirkung der Bank zu einer A.-G. umgewandelten Maschinenfabrik L. Zieleniewski, Krakau, ein, die mit der Ersten galizischen Waggon- und Maschinenbau A.-G. Sanok und der Fürstlich Lubomirskischen Maschinenfabrik, Lemberg, fusioniert. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Skodawerke 15 (14) %, Oesterr. Portland-Cementfabrik A.-G. 21 (23) %, Golleschauer Portland-Cementfabrik 11 (12) %, Milchindustrie A.-G. 11 (10) %. Die Leiter der Filialen Prag und Triest, Engländer und Gentilomo, werden zu Direktoren ernannt. Direktor Raumann tritt in den Verwaltungsrat der Oesterr. Fezfabriken ein.

Digitized by Google

Oesterreichische Länderbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 14,41 (i. V. 13,69) Mill. Kr., die Dividende wieder 7½% = 30 Kr. Nach der Bilanz weisen folgende Konten erheblichere Veränderungen auf: Wechsel 173,32 (gegen 1912 + 13,30), Effekten 54,66 (+ 5,59), Konsortialbeteiligungen 43,81 (— 5,60), Debitoren 446,42 (+ 20,50), Depositen 126,60 (+ 20,31), Kreditoren 409,50 (+ 15,96) Millionen Kronen. Die Finanzierung des Baues der Wiener Untergrundbahnen, die ursprünglich von einer französischen Bankengruppe erfolgen sollte, von dieser aber wegen der abgelehnten Kotierung der auszugebenden Obligationen an der Pariser Börse abgelehnt worden ist, wird nunmehr unter Führung der Bank durch deutsche und österreichische Institute erfolgen. Von den zum Konzern der Bank gehörigen Banken verteilen: Kroatische Eskomptebank 9% (i. V. 8½%), Oesterr. Zentralbodenkreditbank wieder 8%, Oesterr. Immobiliarbank und Galizische Volksbank je wieder 5%, Serbische Kreditbank wieder 7% und die Rumänische Kreditbank wieder 12%. Die Schönpriesener Zuckerfabrik verteilt eine Dividende von 20 (15) %, während die anderen Zuckerfabriken, an denen die Bank beteiligt ist, dividendenlos bleiben. Die Bank errichtet eine weitere Wechselstube in Wien (Linzer Str.). Prokurist Agiman tritt an Stelle des ausscheidenden Direktors Langthaler als Direktor in die Pariser Filiale ein.

Prager Kreditbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,89 (i. V. 2,81) Mill. Kr., die Dividende wieder 9½% = 38 Kr.

S. M. v. Rothschild, Wien. Gehört den Uebernahmekonsortien für 500 Mill. Kr. 4½% Ungarische Anleihe (Bedingungen siehe Ungar. Allg. Creditbank) und für 375 Mill. Kr. 4½% österreichische Schatzscheine an (Bedingungen siehe Oesterr. Postsparkasse).

Wiener Bankverein. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 13,79 (i. V. 14,23) Mill. Kr., die Dividende (die seit 1903 stets 7½% betragen hat) erstmalig 8% = 32 Kr. Aus der Bilanz per Ende Dezember 1913: Kasse 29,06 (gegen 1912 — 4,69), Wechsel und Devisen 218,58 (+ 37,69), Reports 46,63 (+ 8,05), Debitoren 519,96 (+ 46,63), Effekten 28,42 (— 0,67), Konsortialbeteiligungen 57,39 (+ 8,44), Akzepte und Anweisungen 69,59 (— 1,12), Kassenscheine und Einlagebücher 133,25 (+ 20,06), Kreditoren 514,64 (+ 73,78) Mill. Kr. Die Bank schlägt eine Kapitalserhöhung um 20 auf 150 Mill. Kr. vor, deren Durchführung dem Verwaltungsrat überlassen bleibt. Zwischen der Direktion und den Beamten der Bank kommt es wegen der Gehalts- und Pensionsverhältnisse zu einem ernsten Konflikt. Die Beamten setzen eine Gehaltserhöhung durch, da die (gewerkschaftliche) Organisation der österreichischen Bankbeamten ihre Forderungen nachdrücklich unterstützt. Die im Besitze der Hapag und des Lloyd befindlichen Aktien der Austro-Americana werden von einem unter Führung der Bank stehenden Konsortium erworben. Die Bank übernimmt 20 Mill. Kr. 5% Pfandbriefe der Central-Hypothekenbank ungarischer Sparkassen. Direktor Heinheimer tritt in den Verwaltungsrat der mit 5 Mill. Lei Kap. neugegründeten Auxiliara Eisenbahn-Verkehrs-A.-G. (Rumänien) ein. Von zum Konzern der Bank gehörigen Unternehmungen verteilen: Ungarische Gummiwarenfabrik A.-G. wieder 16½% (erhöht unter Mitwirkung der Bank ihr Kapital um 0,3 auf 4,5 Mill. Kr.), Kabelfabrik und Drahtindustrie A.-G. Wien wieder 12%, die mit dieser in Interessengemeinschaft stehende Kabelfabrik A.-G. Preßburg ebenfalls 12%, Textilfabrik G. A. Fröhlichs Sohn A.-G. wieder 9% (erhöht ihr Kapital um 1,6 auf 4 Mill. Kr.). Die der Bank nahestehende Ungar. Hanf- und Flachs-Industrie A.-G. ist zu einer einschneidenden Sanierung gezwungen (Verlust pro 1913 0,71 Mill. Kr.). Die Bank errichtet Filialen in Drohobycz, Bodenbach, Gablonz und Reichenberg, sowie eine Depositenkasse in Schwechat.

Wiener Giro- und Kassenverein. Verteilt aus 0,88 (i. V. 0,74) Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von 8% = 32 Kr. (i. V. 7%). Nach der Bilanz weist das Wechselportefeuille gegen 1912 einen Rück-

Digitized by Google

gang um 6,39 auf 31,14, die Reports eine Zunahme um 4,04 auf 13,54, und die Girokreditoren eine Verminderung um 4,35 auf 32,89 Millionen Kronen auf.

Unionbank, Wien. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 7,73 (i. V. 7,48) Mill. Kr., die Dividende wieder 8¼% = 33 Kr. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kasse 6,07 (gegen 1912 — 1,68), Effekten 22,94 (+ 2,49), Wechsel 90,65 (+ 5,13), Reports 27,86 (+ 10,93), Konsortialgeschäfte 22,47 (+ 1,68), Debitoren 191,67 (+ 3,36), Einlagen gegen Einlagsbüchel 28,53 (+ 0,84), Kreditoren 188,12 (+ 18,38) Mill. Kr. An Stelle des verstorbenen Verwaltungsratsmitgliedes v. Lindheim übernimmt Herr v. Artenegg das Vizepräsidium. Die Bank gehört dem Konsortium für die Uebernahme von 375 Mill. Kr. 4½% österr. Schatzscheinen an (vergl. Postsparkasse). Von den zum Konzern der Bank gehörigen Unternehmungen verteilen: Oesterreichisch-bosnische Bank in Serajewo 7% (i. V. 6%), A.-G. für Bauunternehmungen wieder 6%, Erste Wiener Hotel A.-G. wieder 8⅓% Dividende.

Zivnostenska Banka (Gewerbebank), Prag. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 8,35 (i. V. 8,22) Mill. Kr. die Dividende wieder 7½% = 15 Kr. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Wechsel 130,96 (gegen 1912 + 7,04), Vorschüsse auf Wertpapiere und Reports 78,44 (+ 5,85), Debitoren 102,39 (+ 1,84), Kreditoren 149,41 (+ 8,94), Geldeinlagen 119,60 (+ 10,99) Mill. Kr. Die bereits für das Frühjahr 1912 vorgesehene Durchführung der Kapitalserhöhung um 20 auf 100 Mill. Kr. soll bei günstiger Börsenlage erfolgen. Zwischen dem der Bank nahestehenden Außenseiter des österreichischen Eisenkartells, dem Hradeker Eisenwerk, und dem Eisenkartell wird wegen Anschluß an das Kartell verhandelt.

Centralkreditbank ungarischer Geldinstitute, Budapest. Die im Jahre 1907 unter Mitwirkung der Bank für die Vermittelung der ungarischen Auswanderer-Gelder in New York errichtete Hungarian-American-Bank wird voraussichtlich liquidieren. Ihre Funktionen sollen in Zukunft durch ungarische Privatbankfirmen in New York ausgeführt werden.

Central-Hypothekenbank ungarischer Sparkassen, Budapest. Verteilt aus einem Reingewinn von 1,74 (i. V. 1,56) Mill. Kr. eine Dividende von wieder 6%. Gibt 20 Mill. Kr. 5% Hypothekenpfandbriefe aus, die vom Wiener Bankverein übernommen werden.

Pester erste vaterländische Sparkasse, Budapest. Führt das Konsortium, das 140 Mill. K. 4½% Budapester Stadtanleihe übernimmt.

Pester Ungarische Commerzial-Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 16,14 (i. V. 15,76) Mill. Kr., die Dividende wieder 17% = 170 Kr. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Wechsel 127,66 (gegen 1912 + 4,10), Vorschüsse auf Effekten und Waren 106,43 (— 6,81), Lombards und Reports 17,13 (i. V. 0), Einlagen (Kassenscheine, Sparkassenbücher und Scheckkonti) 298,07 (+ 37,87), verschiedene Kreditoren 95,83 (+ 14,02) Mill. Kr. Die Pfandbriefabteilung weist aus: Hypothekardarlehen 312,76 (301,25), Komm.-Darlehen 273,21 (266,71), Pfandbriefe 314,89 (293,22), Komm.-Oblig. 275,48 (269,20) Mill. Kr. Die Bank verkauft freihändig 4 Mill. Kr. Aktien der unter ihrer Mitwirkung errichteten Agrar- und Kommerzialbank für Bosnien und Herzegowina. Verhandelt mit der bulgarischen Regierung wegen Gewährung eines Vorschusses von 18 Mill. Fr. Die stellv. Direktoren Büchler, Hollas und Schweiger werden zu ordentlichen Direktoren ernannt.

Ungarische Agrar- und Rentenbank, Budapest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,53 (i. V. 3,37) Mill. Kr., die Dividende wieder 7½% = 30 Kr.

Digitized by Google

Ungarische Allgemeine Kreditbank, Budapest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 12,64 (i. V. 12,00) Mill. Kr., die Dividende wieder 11¼% = 45 Kr. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kasse 6,52 (gegen 1912 — 2,07), Wechsel 165,26 (+ 9,51), Debitoren 300,98 (+ 20,45), Konsortialbeteiligungen 20,39 (— 1,44), Akzepte 26,61 (— 7,51), Kassascheine und Spareinlagen 48,13 (+ 11,78), Kreditoren 322,89 (+ 16,91) Mill. Kr. Die von 0,20 auf 0,49 Mill. Kr. gestiegenen Contokorrent-Verluste erklärt die Bank mit Opfern, die sie im Interesse einiger in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Kreditinstitute habe bringen müssen. Vizepräsident Markgraf Pallavicini ist gestorben. Die Bank führt das Uebernahme-Konsortium für 500 Millionen Kronen 4½% ungarische Anleihe, (Uebernahmekurs 88¼%, Begebungskurs 90¾%); 100 Mill. Kr. werden von N. M. Rothschild & Sons, London, übernommen, 400 Mill. Kr. in Ungarn, Oesterreich, der Schweiz, Belgien, Holland und Deutschland placiert. Unter Mitwirkung der Bank wird die Ungar. Schweinemastanstalt und Fleischindustrie A.-G. mit 1,5 Mill. Kr. Kap. errichtet, durch die der ungarische Schweinehandel zentralisiert werden soll. Unter Mitwirkung der Bank wird die Methana A.-G. mit 0,5 Mill. Kr. Kap. gegründet (Gesellschaft für Erdgas-Ausbeutung).

Ungarische Allgemeine Sparkasse, Budapest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,45 (i. V. 3,23) Mill. Kr., die Dividende wieder 7,4% = 37 Kr. In den Aufsichtsrat tritt der Generaldirektor der Assicurazioni Generali, Morpurgo, ein. Die Bank errichtete eine weitere (die fünfte) Zweigstelle in Budapest.

Ungarische Bank- und Handels-A.-G., Budapest. Der Reingewinn pro 1913 ist gegen das Vorjahr von 7,77 (nicht 7,68 wie im Aprilheft 1913 angegeben) auf 7,58 Mill. Kr. zurückgegangen. Die Dividende beträgt wieder 9% = 36 Kr. Die Bank eröffnet eine Filiale in Konstantinopel. Gewährt der Stadt Klausenburg ein 5% zweijähriges Darlehen von 3 Mill. Kr. und der Stadt Arad ein 5¾% Darlehen von 2,5 Mill. Kr. auf fünf Jahre.

Ungarische Eskompte- und Wechslerbank, Budapest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,07 (i. V. 4,86) Mill. Kr., die Dividende wieder 7½% = 30 Kr. Die Hypothekenabteilung weist am 31. Dezember aus: Hypothekar-Darlehen 107,53 (1912 110,19). Obligationenumlauf 120,54 (121,93) Mill. Kr. In den Aufsichtsrat treten Direktor Herzberg (Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt) und Großgrundbesitzer Lederer ein.

Ungarische Hypothekenbank, Budapest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,67 (i. V. 6,65) Mill. Kr., die Dividende wieder 10,8% = 27 Fr. Aus der Bilanz per ultimo Dezember 1913: Hypothekar-Darlehen 343,87 (31. 12. 12: 343,07), Komm.-Darlehen 339,82 (337,89), Pfandbriefe 340,16 (338,63), Komm.-Oblig. 222,77 (223,18), Prämien-Oblig. 113,13 (114,88) Mill. Kr.

Ungarische Landes-Central-Sparkasse, Budapest. Verteilt aus 4,13 (i. V. 4,22) Mill. Kr. Reingewinn eine Dividende von wieder 90 Kr. pro Aktie = 15%. Aus der Bilanz per 31. 12. 1913: Hypothekendarlehen 133,19 (i. V. 135,82) Mill. Kr., Kommunal- und Eisenbahn-Darlehen 6,97 (7,00) Mill. Kr., Obligationenumlauf 142,40 (145,45) Mill. Kr.

Ungarisches Bodenkreditinstitut, Budapest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,82 (i. V. 0,81) Mill. Kr., wodurch sich der Gewinnfonds auf 36,08 Mill. Kr. erhöht. Die Bank ist, um die Verkaufsmöglichkeit ihrer Pfandbriefe zu erhöhen, vom 4% zum 4½%-Typus übergegangen (vergl. Juliheft 1913). Aus dem Status per 31. Dezember 1913: Hypothekar-Darlehen 407,94, Regulierungs- und Boden-Ameliorationsdarlehen 74,23, Pfandbriefe im Umlauf 405,32, Regulierungs- und Boden-Ameliorations-Pfandbriefe im Umlauf 74,19 Millionen Kronen.

Digitized by Google

Vaterländische Bank A.-G., Budapest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,78 (i. V. 4,65) Mill. Kr., die Dividende wieder 8% = 16 Kr.

II. England.

Bank von England. Im Jahre 1913 hat die Bank ihren Diskontsatz nur zweimal geändert, gegen je viermal in den beiden Vorjahren. Im Jahresdurchschnitt betrug derselbe 4,77 (i. V. 3,77) %. Die Bank setzt ihren Diskontsatz am 9. Januar auf 4½%, am 23. Januar auf 4, am 30. Januar auf 3% herab.

Bankclearings im Jahre 1913. Der Umsatz der Londoner Abrechnungsstelle ist im Jahre 1913 auf 16 436,4 Mill. £ gestiegen (i. V. 15 961,8 Mill. £). Die Steigerung entfällt in der Hauptsache auf das zweite Quartal mit 281,59 Mill. £; das vierte Quartal weist nur eine Erhöhung um 37,45 Mill. £ auf. Auf Town-Clearings entfallen 14 191,3 (13 813,4), auf Metropolitan Clearings 855,6 (841,3), auf Country-Clearings 1389,5 (1307,1) Mill. £. Die Jahresumsätze der Abrechnungsstelle Manchester beliefen sich auf 370,70 (i. V. 347,31), Birmingham 75,78 (i. V. 70,75), Liverpool 238,42 (i. V. 236,08), Newcastle-on-Tyne 62,34 (i. V. 55.11), Bristol 35,45 (i. V. 35,91), Leicester 15,07 (i. V. 13,67), und Nottingham 0,56 (i. V. 0,43) Mill. £.

Goldreserven und Währungsverschlechterung. Sir Edward Holden, der leitende Direktor der London City and Midland Bank, fordert in der Generalversammlung der Bank eine Erhöhung der Barbestände bei den englischen Banken. Sofern binnen Jahresfrist die Banken sich nicht dazu verpflichtet hätten, 6% ihrer Verbindlichkeiten in barem Golde vorrätig zu halten, würde seine Bank mit der Spezifizierung ihrer Barbestände in der nächsten Jahresbilanz beginnen. Holden befürwortet ferner ein Amendement zur Peel's Act: ein Teil der 6% Goldwaren, insgesamt 20 Mill. £, soll bei der Bank von England deponiert werden, wogegen die Banken in Krisenzeiten bis 60 Mill. £ Wechsel bei der Bank rediskontieren können (was bisher streng verpönt war). Die letztere soll sich die erforderlichen Mittel durch Ausgabe von „emergency notes", die zu einem Drittel gedeckt sind, beschaffen. Eine Verstärkung der Goldreserven, aber nur diese, fordert auch Sir Vassar-Smith von der Lloyds Bank. (Vergl. den Umschau-Artikel im Februarheft 1914: Ein Währungsverschlechterer in England.)

Bankstatistisches. Seit 1876 ist das eingezahlte Kapital der englischen Banken (inkl. Schottland, Irland und Isle of Man) um 25,16 Mill. £ gestiegen, während die Reserven sich um 28,65 Millionen £ erhöhten. Ende 1913 betrugen das Kapital (einschließlich Bank von England) 87,24, die Reserven 50,48 Mill. £. — Im Jahre 1858 betrug die Anzahl der Bankniederlassungen 1858, jetzt 9116 (einschließlich der Kolonial- und fremden Banken), wovon 2600 auf vier Institute (London City and Midland Bank, Lloyds Bank, Capital and Counties Bank und Barclay & Co.) entfallen. Von 1906 bis 1913 hat sich die Zahl der Filialen um 1552 erhöht.

Englische Emissionen. Am Londoner Markt sind nach dem „Economist" zum öffentlichen Angebot gekommen (in 1000 £):

	1911	1912	1913
Schuldverschreibungen	132 603,2	123 064,6	139 920,4
Vorzugsaktien	21 150,7	28 674,4	22 955,6
Stammaktien	38 005,7	59 111,0	33 661,3
	191 759,6	210 850,0	196 537,3

Die durchschnittliche Real-Verzinsung der an den Markt gekommenen Kolonialanleihen betrug 4,15. der ausländischen Anleihen 5,31, der Kommunalanleihen 4,73, der indischen, kolonialen und fremden Eisenbahnanleihen 5,22 und der industriellen usw. Schuldverschreibungen 5,5%.

Digitized by Google

Kursrückgang der „goldgeänderten" Werte. 15 Londoner Joint Stock-Banken haben infolge des Kursrückganges erstklassiger Effekten im Jahre 1913 auf ihren Besitz festverzinslicher Werte 2,02 Mill. £ abgeschrieben, fast das Doppelte wie 1912.

Englische Postsparkasse. Ende Dezember 1913 betrugen die Guthaben der Sparer 186,25 (Ende Dezember 1912 181.18) Mill. £.

Englische Privatsparkassen. Ende Dezember 1913 betrugen die Guthaben der Sparer 53,56 (i. V. 53,26) Mill. £.

Provinzbankiers gegen die Londoner Stock Exchange. Die Bankiers an einer größeren Anzahl von Provinzial-Börsenplätzen, die durch die im Jahre 1912 erlassene neue Gebührenordnung der Londoner Börse geschädigt werden (größere Privatkunden der Londoner Brokers werden ebenso billig bedient, wie die Provinzbankiers), errichteten in Preston ein Kompensationsbureau, bei dem viele ihrer Aufträge zu Mittelkursen kompensiert werden sollen, so daß die Weitergabe der Aufträge nach London überflüssig wird.

Indische Währung. Der Bericht der Royal Commission on Indian Finance and Currency lehnt die Einführung der reinen Goldwährung in Indien ab, empfiehlt vielmehr die Aufrechterhaltung des bisherigen Systems (wonach 15 Rupien jederzeit in 1 Sovereign umgetauscht werden können). Jedoch fordert die Commission eine Vergrößerung der die Währung garantierenden Gold-Standard-Reserve, die nicht nach Indien überführt werden, sondern in London bleiben soll. Die bisher nach dem starren System der Bank von England gehandhabte Notenausgabe soll durch eine elastischere ersetzt werden; doch soll die Notenausgabe nach wie vor in der Hand der Regierung liegen, nicht, wie angeregt, einer eigenen indischen Notenbank übertragen werden. (Vergl. den Artikel „Eine währungspolitische Lektion" im Aprilheft 1910.).

Bankkrisis in Indien. Im gesetzgebenden Rat von Delhi wird eine Resolution eingebracht, die eine Bankenquête und in weiterer Folge eine Regelung und Kontrolle des indischen Bankwesens fordert. Die Handelskammer in Cawnpore schlägt, um den durch die Bankkrisis (vgl. Januarheft S. 82) hervorgetretenen Mißständen zu begegnen, vor, die Errichtung neuer Banken von der Zeichnung eines Minimalkapitals von 3 Lakhs (1 Lakh = 100 000 Rupien), davon die Hälfte bar eingezahlt, abhängig zu machen, ferner die handelsgerichtliche Eintragung obligatorisch zu machen, und sämtliche Banken einem Aufsichtsamt zu unterstellen. — Die Regierung gewährt einigen Banken in Punjab während der Bankkrisis Vorschüsse von insgesamt 50 Lakhs. — Anfang März stellt die Gujaret-Bank, Ahmedabad, eine Swadeshi-Bank mit 0,03 Mill. £ Kap., ihre Zahlungen ein.

Indische Postsparkasse. Im Jahre 1890 betrugen die Spareinlagen 69 Mill. Rupien, 1910 159 Mill. Rupien, die Anzahl der Sparer 0,4 bzw. 1,4 Mill.

Genossenschaftswesen in Indien. Ende 1913 betrug die Anzahl der Kreditgenossenschaften in Indien 12 000 mit 600 000 Mitgliedern, davon in Bengalen 1121 mit 57 000 Mitgliedern und 4.6 Millionen Rupien Kapital. — Die Entschuldung der Bauern auf der Insel Ceylon wird von der Regierung ebenfalls durch landwirtschaftliche Genossenschaften zu fördern gesucht, von denen im Jahre 1913 etwa 50 gegründet worden sind.

Der Clearing-Verkehr in Indien weist im Jahre 1913 gegenüber 1909 folgende Steigerungen auf (in Klammern die Ziffern für 1909): Bombay 2200 (1400), Calcutta 3300 (2000), Karachi 130 (70), Madras 230 (190), Rangoon 620 (440) Mill. Rupien.

Australisches Bankwesen. Die an die Errichtung der Commonwealth Bank geknüpfte Befürchtung, daß den State Savings Banks ein Teil ihrer Depositen entzogen werden würde, hat sich bisher nicht erfüllt. Die Depositen der State Savings Bank of Victoria z. B.

Digitized by Google

haben sich in dem am 30. Juni 1913 beendeten Geschäftsjahr um 1,90 auf 21,57 Mill. £ erhöht.

Bankwesen in Südafrika. Die Banken in der südafrikanischen Union sind infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage im zweiten Semester 1913 zu Kreditrestriktionen gezwungen gewesen. Ihre Depositen betrugen Ende Juni 35,94 Mill. £, Ende Dezember 34,26 Mill. £, der Notenumlauf 2,26 (2,24) Mill. £.

Canadische Kommunalanleihen. Von den 29 Kommunalanleihen, die 1913 in London im Betrage von 14,81 (i. V. 6,29) Millionen £ zur Zeichnung aufgelegt wurden, entfallen 22 auf Canada. Die Verzinsung betrug 4—5,16%. Um der Verschuldung der kanadischen Kommunen zu steuern, hat die Provinz Saskatchewan drei Kommissionäre ernannt, von deren Genehmigung die Aufnahme von Kommunalanleihen künftig abhängt.

Alexanders & Co., London. Verteilen für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 10% p. a.

Bank of Liverpool. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 14% p. a. (wie i. V.).

Barclay & Co., Ltd., London. Errichteten eine Filiale in Sandwich (Kent). Verteilen für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von 10% auf die A-Shares und 17½% auf die B-Shares p. a. (i. V. 13½% p. a. auf 8 Mill. £ Kap.). Aus der Bilanz per 31. 12. 1913: Fremde Gelder 60,80 (31. 12. 1912: 57,03), Kasse und Call-Darlehen 15,96 (14,69) Mill. £.

Bradford District Banking Co. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von 13⅓% p. a. (wie i. V.).

Capital and Counties Bank, London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 (erstes Semester des Geschäftsjahres) eine Dividende von wieder 16% p. a. Aus der Bilanz per 31. 12. 1913: Fremde Gelder 39,96 (31. 12. 1912: 39,24), Kasse und Callgelder 12,46 (10,44) Mill. £.

Lancashire and Yorkshire Bank, Manchester. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von 17% p. a. (wie i. V.).

London and Provincial Bank, London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 19% p. a. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Fremde Gelder 20,25 (18,32), Kasse und Call-Darlehen 6,25 (5,16) Mill. £.

London and South Western Bank. Die Dividende für das zweite Halbjahr 1913 beträgt wieder 17% p. a. Aus der Bilanz per 31. 12. 1913: Fremde Gelder 21,52 (31. 12. 1912: 19,71), Kasse und Call-Darlehen 6,52 (6,20) Mill. £.

London County and Westminster Bank. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 21¼% p. a. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kapital und Reserven 8,38 (7,50), fremde Gelder 85,39 (81,69), Kasse und Call-Darlehen 26,14 (24,29), Staats- und Stadtanleihen usw. 8,71 (8,29), Wechsel 15,80 (10,46), Debitoren 44,09 (46,44) Mill. £.

Lloyds Bank, London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 18⅛% p. a. Aus der Bilanz per 31. 12. 1913: Eingez. Kap. 4,21 (31. 12. 1912: 4,21), Reserve 3,0 (2,9), fremde Gelder 91,51 (89,83). Akzepte inkl. Giro 7,46 (7,89), Kasse und Call-Darlehen 24,79 (24,03). Staats-, Stadt- und Eisenbahnanleihen 10,39 (10,93), Wechsel 10,83 (9,48). Debitoren 50,87 (50,38) Mill. £. Zahl der Niederlassungen 679. Eröffnet eine weitere Filiale in London (Kingsway). (Vergl. auch oben unter „Goldreserven und Währungsverschlechterung".)

Digitized by Google

London City and Midland Bank. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von wieder 18% p. a. (income-tax-frei). (Vergl. auch Seite 391 unter „Goldreserven und Währungsverschlechterung".) Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kapital und Reserven 8,59 (7,38), fremde Gelder 93.83 (83,66), Kasse und Callgelder 29,19 (24,29), Staats-, Stadt-, Eisenbahn-Anleihen usw. 7,82 (8,29), Wechsel 11,79 (10,46), Debitoren 51,31 (46,44) Mill. £.

Parr's Bank, London. Uebernimmt die 1877 gegründete Crompton & Evans' Union Bank (Derbyshire), die 46 Filialen besitzt, wodurch sich die Anzahl der Zweigstellen der Parr's Bank auf 322 erhöht. Für je 20 mit 4 £ vollgezahlte Shares der Crompton & Evans' Union Bank werden 7 Shares der Parr's Bank (a 50 £, davon 10 £ eingezahlt), sowie 2 £ bar gegeben. Die Bank verteilt für das zweite Halbjahr eine Dividende von 20% p. a. + 1% Bonus (wie i. V.). Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Eingezahltes Kapital und Reserven 4,70 (4,20), fremde Gelder 43.67 (42.31), Kasse und Call-Darlehen 16,09 (14,22), Staats-, Stadt- und Eisenbahn-Anleihen 6,82 (7,29), Wechsel und Darlehen 24,36 (24,37) Mill. £.

London Joint Stock Bank. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von 11% p. a. (wie i. V.). Eröffnet weitere Filialen in London (Great Portland Street und Westgate Street). Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Fremde Gelder 37,58, Kasse und Call-Darlehen 11,64 Mill. £.

Manchester and County Bank. Verteilt eine Dividende von 5 sh 8 d per share (wie i. V.) = 15,4 (14⅓) % p. a.

Manchester and Liverpool District Banking Co. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 17½% p. a. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kapital 1,89 (31. 12. 1912: 1,89), Reserve 1,60 (1,60), fremde Gelder 25,92 (25.07), Akzepte 2,69 (2,95), Kasse und Callgelder 7,22 (6,99), Staatsanleihen, Stadt-, Kolonial- usw. Anleihen 3,53 (1,84), Wechsel 4,81 (4,50), Debitoren 13,57 (13,22) Mill. £.

Metropolitan Bank, London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von 15½% p. a., income-tax-frei (i. V. 15% minus income-tax).

National Bank, London. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 10% p. a. (wie i. V.). Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Fremde Gelder 14,45, Kasse und Call-Darlehen 5,39 Mill. £.

National Discount Co., London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 10% p. a. (income-tax-frei).

National Provincial Bank of England, London. Die Dividende für das zweite Halbjahr 1913 beträgt wieder 18% p. a. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Fremde Gelder 67,97. Kasse und Call-Darlehen 18,22 Mill. £.

Union Bank of Manchester. Erklärt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 12½% p. a.

Union Discount Co. of London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von 13% p. a. (. V. 12% p. a.). Erhöht ihr Kapital um 0,5 auf 2 Mill. £; 0,2 Mill. £ neue Shares werden den Aktionären a 150% angeboten.

Union of London and Smith's Bank. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 12% p. a. (10% Dividende + 2% Bonus). Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Eingezahltes Kapital und Reserven 4,70 (31. 12. 1912: 4.70). fremde Gelder 41,26 (39,90), Kasse und Call-Darlehen 13,90 (13,56), Staats-, Stadt- und Eisenbahn-Anleihen usw. 6,30 (6,47), Wechsel und Darlehen 25,04 (23,65) Mill. £.

Digitized by Google

United Counties Bank, Birmingham. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder $13^1/_8$% p. a.

Williams Deacon's Bank, Manchester. Die Dividende für das zweite Semester 1913 beträgt 15% p. a. (wie i. V.).

Royal Bank of Scotland, Edinburgh. Ende des am 12. Oktober beendeten Geschäftsjahres betrugen: Kassenbestand 1,61 (i. V. 1,60), Wechsel 4,29 (3,63), Darlehen 5,37 (5,11), Notenumlauf 1,04 (1,00), Depositen 16,65 (15,41) Mill. £.

Bank of Ireland, Dublin. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 10% p. a. (wie i. V.).

Provincial Bank of Ireland. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von $12^1/_2$% p. a. (wie i. V.).

African Banking Corporation, London. Präsident Alexander bezeichnet in der Generalversammlung das gegenwärtige Notenemmissionssystem in der Kapprovinz als „unwissenschaftlich", weil die Banken nicht nur die zu deponierenden Garantiewerte für die Noten bar kaufen, sondern außerdem für die Einlösung der Noten eine Goldreserve halten müßten. Infolgedessen müßte ein großer Teil des legitimen Kreditbegehrs abgewiesen werden. Die Bank verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 8% p. a. (wie i. V.).

Anglo-South American Bank, London. Errichtet eine Filiale in Talcahuano (Chile).

Australian Bank of Commerce, Sydney. Mr. Shannon von der Union Bank of Australia wird an Stelle des zurücktretenden Mr. Stewart zum leitenden Direktor der Bank ernannt.

Bank of Bengal, Calcutta. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von wieder 14% p. a.

Bank of Bombay. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von 11% p. a. und einen Bonus von 2% (wie i. V.).

Bank of Madras. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 10% p. a. + 2% Bonus (i. V. 10% + 1% Bonus).

Bank of Montreal. Eröffnet eine Filiale in Yorkton (Saskatchewan) und eine Agentur in Coguitloom (Br. Columbia). Verteilt eine Quartalsdividende von $2^1/_2$% = 10% p. a. (wie i. V.), ferner 2% Bonus für das ganze Jahr.

Bank of New South Wales, Sydney. Verteilt für das am 30. September beendete Halbjahr eine Dividende von wieder 10% p. a. Errichtet für ihre Centrale sowie für die Filiale in Melbourne neue Gebäude. Beabsichtigt, in Zukunft ihre Dividenden quartaliter zu verteilen.

Bank of Victoria, Melbourne. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 6% p. a.

Canadian Bank of Commerce, Montreal. Eröffnet Filialen in Bath und Bristol (Neu-Braunschweig), Camlachie (Ontario). Central Butte (Saskatchewan) und eine weitere Filiale in Montreal unter der Firma „St. Denis and Duluth"-Filiale.

Colonial Bank of Australasia, Melbourne. Verteilt für das am 30. September 1913 beendete Halbjahr eine Dividende von je 7% p. a. auf die Vorzugs- und Stamm-Shares.

Commercial Banking Co. of Sydney. Eröffnet eine Fliale in Macksville (N. S. W.).

Commonwealth-Bank of Australia, Sydney. Ueberträgt die Vertretung für Deutschland der Hamburger Niederlassung

Digitized by Google

der Standard Bank of South Africa und tritt in Beziehungen zur Diskonto-Gesellschaft.

Dominion Bank of Canada, Toronto. Erklärt einen Bonus von 2% außer der regelmäßigen Quartalsdividende von 3%.

Hongkong and Shanghai Banking Corporation, Hongkong. Erklärt wieder 40 sh Dividende und 5 sh Bonus per share von 125 $ für das zweite Semester 1913 (wie i. V.). Jahresdividende mithin wieder 85 sh.

Indian Specie Bank, Bombay. Ein Londoner Banken-Syndikat hat die enormen Silberbestände der Bank nach deren Zusammenbruch erworben und wieder abgestoßen, ohne daß es zu Beunruhigungen des Silbermarktes gekommen ist.

London and Hanseatic Bank, London. Verteilt eine Dividende von wieder 8% p. a.

National Bank of Australia, Melbourne. Eröffnet eine Filiale in Südadelaïde, ferner Agenturen in Bolgart und Watheroo (West-Australien), schließt aber ihre Filiale in York (West-Austr.).

National Bank of India, Calcutta. Präsident Campbell polemisiert in der Generalversammlung der Bank gegen die geplante Errichtung einer indischen Staatsbank.

National Bank of South-Africa, Pretoria. Errichtet eine Filiale in Hankey (Kap-Provinz) und eine Agentur in Duüstroom (Transvaal).

Royal Bank of Canada, Montreal. Verteilt eine Quartalsdividende von wieder 12% p. a. Eröffnet Filialen in Kelvinhurst und Eastend (Saskatchewan).

Union Bank of Australia, London. Verteilt für das zweite Halbjahr 1913 eine Dividende von wieder 14% p. a. Vergl. Australian Bank of Commerce. Errichtet Zweigstellen in Mataka und Taneatua (Neu-Seel.) und eine weitere in Kilkivan (Queensland).

Union Bank of Canada, Quebeck. Verteilt für das ganze Jahr 1913 eine Dividende von 9% (i. V. 8%). Errichtet Filialen in Abbey und Meyronne (Saskatchewan) und Chinook (Alberta). Präsident Galt bezeichnet in der Generalversammlung eine staatliche Kontrolle der kommunalen Finanzgebarung in Kanada als wünschenswert (vergl. unter Kanadische Kommunalanleihen).

Bank und Börse.

DER BÖRSENKOMMISSAR ÜBER DAS BÖRSENTERMINGESCHÄFT

Eine Reihe von Vorträgen, die der Staatskommissar an der Berliner Börse, Geh. Rat Dr. Göppert, in einem Fortbildungskursus für Juristen gehalten hat, sind unlängst unter dem Titel „Ueber das Börsentermingeschäft in Wertpapieren" (bei Julius Springer, Berlin) in Buchform erschienen. Der Verfasser gilt seit langem als einer der besten Kenner des Börsenwesens. Er hat ferner bei der Börsengesetzreform von 1908 Pate gestanden. Und er hat endlich bei Ausübung seines Amtes ununterbrochen die Einwirkung der Gesetzgebung auf die Praxis des Börsengeschäfts vor Augen. Das alles sichert seinem Buche, trotz des schmächtigen Umfanges von nur etwa 80 Seiten, eine ganz besondere Beachtung. Es kommt nicht allzu oft vor, daß ein Mann gleichzeitig an der Gesetzgebungsmaschine und mitten im praktischen Getriebe steht, und noch seltener ist es, daß ein solcher Mann sich freimütig darüber äußert, zu welcher Auffassung seine Erfahrungen sich verdichtet haben. Geschieht es aber, so kann die Bedeutung einer solchen Aeußerung kaum überschätzt werden, zumal wenn aus ihr, wie in diesem Falle,

Digitized by Google

ein Mann von weitem Gesichtskreis und großer Objektivität spricht. Allerdings muß man, um den rechten Nutzen von dem Buch zu haben, immer auseinanderhalten, was der Staatskommissar der Berliner Börse, und was der Vortragende Rat im Handelsministerium sagt. Der erstere geht mit wissenschaftlicher Voraussetzungslosigkeit und mit keiner andern Absicht, als zu belehren, an seine Aufgabe heran. Der andere plädiert in eigener Sache, indem er nachzuweisen sucht, daß das Börsengesetz in seiner jetzigen, im wesentlichen von ihm selbst ausgearbeiteten Gestalt ganz bestimmten wirtschaftlichen Erwägungen entstamme, und daß von einem Mangel an Folgerichtigkeit, wie man ihn dem Gesetz vielfach vorwirft, nicht die Rede sein könne. Das Gesetz soll, nach Göppert, in allen seinen Teilen konsequent an dem Prinzip festhalten, wirtschaftlich erwünschte oder doch berechtigte Geschäfte zu erlauben und vor dem Spieleinwands-Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu schützen, alle anderen Geschäfte dagegen zu untersagen bzw. ohne Schutz zu lassen. So soll das Gesetz ganz bestimmte Absichten verfolgen, wenn es den Börsenterminhandel in Wertpapieren für weite Kreise der Bevölkerung rechtsgültig macht, den freien Terminhandel aber und den Terminhandel an ausländischen Börsen grundsätzlich dem Spieleinwand preisgibt; wenn es rechtsungültige Geschäfte im Effekten-Terminhandel durch die Bestellung einer Sicherheit unanfechtbar werden läßt, dieselben Geschäfte unter denselben Bedingungen aber im Waren-Terminhandel nicht schützt. Die wechselnde Stellungnahme des Gesetzgebers zu den einzelnen Geschäftsarten, die so widerspruchsvoll wirkt, ist nach Göppert die ganz natürliche und notwendige Folge der verschiedenen wirtschaftlichen Berechtigung der Geschäftsarten. Die Beweisführung ist im ganzen sehr glücklich. Es gelingt Göppert sogar, uns halb und halb davon zu überzeugen, daß ein an sich überflüssiges oder schädliches Effektentermingeschäft sich durch die Bestellung einer Sicherheit in ein wirtschaftlich berechtigtes Geschäft verwandelt, daß dies aber bei einem Warentermingeschäft nicht der Fall ist. Trotzdem werden wir die Empfindung nicht los, daß hier etwas bewiesen werden soll, was sich nicht beweisen läßt, weil in Wirklichkeit das Börsengesetz in seiner jetzigen Gestalt ein Produkt von Parteikompromissen ist. Selbst wenn tatsächlich alle seine Paragraphen sich auf eine höhere wirtschaftliche Raison zurückführen lassen, so ist das nur ein Zufall, denn für den Reichstag ist diese Raison nicht maßgebend gewesen, als er sich nach harten Kämpfen auf die jetzige Gesetzesfassung einigte. Er hat sich den Motiven der Regierungsvorlage anbequemen können, weil die Motive schon auf den Mehrheitswillen des Reichstags zugeschnitten waren. Es ist immer ein mißlich Ding um den Nachweis der inneren Folgerichtigkeit eines Gesetzes, welches das Ergebnis jahrelangen Handelns und Feilschens der Parteien bildet. Aber dieses Plädoyer des Vortragenden Rats zugunsten des Börsengesetzes ist nicht der Hauptinhalt des Buchs. Weit wichtiger ist, was der Staatskommissar über die Börse selbst, über ihre Funktionen und Geschäftsformen zu sagen hat. Namentlich seine Auffassung von der Rolle, welche die Spekulation im Wirtschaftsleben und an der Börse spielt, ist in ihrer Durchdachtheit und Klarheit außerordentlich beachtenswert. Göppert hält die Spekulation für ein „unvermeidliches Uebel", und zwar sowohl diejenige in Wertpapieren wie die in Waren. Aber wenn sie auch auf beiden Gebieten nicht entbehrt werden kann, so hat sie doch hier ganz andere Funktionen zu erfüllen wie dort. Die Effektenbörse ist der Markt für das Publikum, denn jeder, der sein Vermögen kaufmännisch verwaltet, ist zu Zeiten Käufer oder Verkäufer von Wertpapieren. Breite Kreise des Privatpublikums sind also legitimiert, Geschäfte an der Wertpapierbörse zu machen. Daraus läßt sich zwar in keiner Weise die moralische Berechtigung für sie ableiten, Spekulationen jedes beliebigen Umfanges einzugehen. Aber man kann sie tatsächlich nicht hindern, zu spekulieren, und jeder Versuch, sie dadurch von der Spekulation fernzuhalten, daß man ihnen das Termingeschäft verschließt, hat sich als ein Versuch mit untauglichen

Digitized by Google

Mitteln herausgestellt. Denn das Zeitgeschäft ist im Wertpapierhandel keine unentbehrliche Handelsform. Nicht einmal für die Berufsspekulation, für die es lediglich eine Bequemlichkeit darstellt, geschweige für das Publikum, das sich jederzeit des Kassageschäfts — ergänzt durch den Bankkredit — für seine Spekulation bedienen kann. Und das Kassageschäft ist allen Versuchen einer gesetzlichen Einschränkung unzugänglich. Alles, was ein vernünftiges Gesetz der Effektenspekulation gegenüber tun kann, ist, sie nicht zu fördern. Es hieße aber die Spekulation fördern, wollte man den in Börsendingen Unmündigen jeden Schutz nehmen und die Differenzen aus Börsentermingeschäften ausnahmslos für einklagbare Forderungen erklären. Als Damm, der die Spekulation hindert, in die Niederungen der völlig geschäftsunkundigen Massen einzudringen, muß die Unklagbarkeit für bestimmte Fälle beibehalten werden. Ist ein solches Korrektiv vorhanden, so kann man der Effektenspekulation im übrigen volle Freiheit lassen. Nach ganz anderen Gesichtspunkten ist die Spekulation in Waren zu beurteilen. Im Warenhandel ist, im Gegensatz zum Effektenhandel, eine reine Preisspekulation nur im Zeitgeschäft, und in der Regel auch nur im börsenmäßig qualifizierten handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft (Börsentermingeschäft), möglich. Dieses Zeitgeschäft ist in vielen Fällen eine Annehmlichkeit, in anderen ein unentbehrliches Bedürfnis. Aber es ist ein Bedürfnis immer nur für den berufsmäßigen Warenhandel, nicht für das große Publikum, das an der Warenbörse in keinem Falle und unter keinem Vorwande etwas zu suchen hat. Seine Beteiligung am Warentermingeschäft ist nicht einmal unter dem Gesichtspunkt des „breiteren Marktes" nötig oder nützlich. Zur Herbeiführung hinreichenden Angebots und hinreichender Nachfrage sowie einer regelmäßigen und zuverlässigen Preisbildung genügt es völlig, wenn neben den Effektivhandel eine Hilfstruppe von Maklern, Kommissionären und sachkundigen, berufsmäßigen Spekulanten tritt. Eine zweite Hilfstruppe in Gestalt des brancheunkundigen Publikums, wie sie an der Wertpapierbörse so gute Dienste leistet, ist hier entbehrlich und schädlich. Infolgedessen sind von dem Börsentermingeschäft in Waren auch die kaufmännisch erfahrenen und an sich zur spekulativen Betätigung genügend vorgebildeten Kreise des Publikums fernzuhalten, denen man das Termingeschäft in Wertpapieren ruhig freigeben darf. Natürlich darf die Spekulation auch am Effektenmarkt nicht ins Uferlose gehen. Aber mit den Mitteln der Börsendisziplin kann man sie hier nur qualitativ, nicht quantitativ beschränken; man kann verhindern, daß die Unerfahrenheit und der Leichtsinn geschäftsfremder Kreise ausgenutzt werden, aber man kann nicht hindern, daß die ihrem Beruf und ihrer Vorbildung nach für die Effektenspekulation Befähigten die Grenzen einer gesunden Spekulation überschreiten. Denn die übermäßige Ausdehnung des Börsenspiels hat nichts mit der Organisation der Börse zu tun; sie ist die natürliche Folge einer zu weitgehenden Kreditgewährung. Darum lassen sich Uebertreibungen der Spekulation nur durch gesunde Kreditprinzipien, durch höhere Anforderungen an die Deckung der Effektenvorschüsse vermeiden. Und so mündet die staatliche Börsenpolitik in eine zielbewußte Bankenpolitik ein. — Dieses Glaubensbekenntnis des Staatskommissars an der Berliner Börse begegnet sich, wie man sieht, mehrfach mit den Bestrebungen des Reichsbank-Präsidenten, der von einem anderen Ausgangspunkt aus ebenfalls zur Forderung einer Einschränkung der Spekulationskredite kommt. Daß dieses Glaubensbekenntnis sich im übrigen wie eine Begründung unserer gegenwärtigen Börsengesetzgebung liest, ändert nichts daran, daß es in hohem Grade beachtenswert ist und das Verständnis der Börse und ihrer Funktionen wesentlich fördert. Es ist bezeichnend, daß selbst Organe von unbedingter und einseitiger Börsenfreundlichkeit nicht umhin gekonnt haben, das Buch zu würdigen, so schwer es ihnen selbstverständlich auch werden mußte, an Göpperts objektive Betrachtungsweise einen ebenso objektiven Maßstab zu legen.

Digitized by Google

EIN ZULASSUNGS-BESCHLUSS.

An der Berliner Börse sind kürzlich 22½ Mill. M. Vorzugs- und 20 Mill. M. Stamm-Aktien der A. E. G.-Schnellbahn A.-G. zugelassen worden. Fast gleichzeitig hat die Zeichnung auf einen Teilbetrag von 10 Mill. Mark Stamm-Aktien stattgefunden, während die Vorzugs-Aktien sämtlich unter der Hand begeben worden sind. Die Leichtigkeit, mit der die Vorzugsaktien abgesetzt worden sind, kann nicht überraschen, da die den Bau ausführende Allgemeine Electr.-Gesellschaft ihnen auf zehn Jahre eine Dividende von 5 % garantiert hat. Die Stamm-Aktien genießen eine solche Garantie nicht. Ihre Verzinsung schwebt zum mindesten während der vierjährigen Bauzeit völlig in der Luft, und es ist wohl nur dem Umstande zuzuschreiben, daß diese Tatsache in dem von der Zulassungsstelle genehmigten Prospekt nicht mit genügender Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen ist, wenn diese Werte trotzdem zum Kurse von 100 % Nehmer gefunden haben. Bezüglich der Verzinsung wird nämlich in dem Prospekt lediglich gesagt, daß die Stamm-Aktien Bauzinsen in Höhe von 4½ % erhalten k ö n n e n. So steht es auch im Statut. Demnach würde die Zinsgewährung in der Generalversammlung jedesmal neu zu beschließen sein. Daß sie aber auch wirklich beschlossen wird, dafür ist niemand in der Lage, eine Verpflichtung zu übernehmen. Um so weniger, als die Vorzugs-Aktien keine Veranlassung haben, ihren Associés, den Stamm-Aktionären, Zinsen zukommen zu lassen, die ja zu Lasten ihres eigenen Gewinnes gehen würden. Wenn die Emissionsbank, die Berliner Handels-Gesellschaft, erklärt hat, sie werde dafür sorgen, daß 4½ % Bauzinsen bezahlt würden, so ist darin nur der Ausdruck ihres guten Willens zu sehen, an dem schon im Hinblick auf die Wahrung ihres Emissionskredits und auf die Tatsache, daß noch weitere 10 Mill. M. Stamm-Aktien unterzubringen sein werden, nicht zu zweifeln ist. Aber einer tatsächlichen Unterlage entbehrt dieses Versprechen, es sei denn, die Emissionsbank kann verhindern, daß die von ihr verkauften Vorzugs-Aktien in die Hände solcher Personen gelangen, die in keinen Beziehungen zu ihr oder zur A. E. G. stehen, und die sich bei ihren Abstimmungen lediglich von ihren eigenen Interessen leiten lassen. Wie dem auch sei, das eine steht jedenfalls fest, daß es sich hier um eine Anlage handelt, deren Verzinsungsaussichten für eine Reihe von Jahren vom guten Willen Dritter abhängig sind. Man hat diese Sachlage offenbar mit voller Absicht geschaffen, denn es wäre ja eine Kleinigkeit gewesen, durch eine andere Fassung des Statuts aus dem fakultativen einen obligatorischen Anspruch auf Bauzinsen zu machen. Es fragt sich, ob ein solches Papier an die Börse gehört. Bejaht man das, so erhebt sich die weitere Frage, warum die Zulassungsstelle nicht dafür gesorgt hat, daß die Tatsache einer nur bedingten Zusage von Bauzinsen klar und deutlich im Prospekt zum Ausdruck gekommen ist. Wenn der Prospekt die statutarische Bestimmung widergibt, wonach die Stammaktien Bauzinsen erhalten „können", so genügt das nur für denjenigen, der genau mit allen Feinheiten des Aktienwesens vertraut ist, zur Beurteilung des inneren Wertes der Stamm-Aktien. Für diese Sachverständigen ist aber ein Prospekt nicht bestimmt, vielmehr für die große Masse der Laien, die sich auf die Bedeutung von Vorbehalten und versteckten Klauseln nicht versteht. Die Zulassungsstelle hat — das ist in diesen Heften wiederholt zum Ausdruck gebracht worden — nicht die unerfüllbare Aufgabe, das Publikum vor jeder Schädigung zu bewahren. Wohl aber muß gefordert werden, daß sie ihrer gesetzlichen Pflicht zur weitestgehenden Informierung des Publikums in einer Weise nachkommt, die dem Verständnis des Durchschnittskapitalisten angemessen ist. Dieser Forderung ist sie im vorliegenden Fall ganz und gar nicht gerecht geworden. Statt die zweifelhaften Zinsansprüche der Stamm-Aktionäre im Prospekt dreifach zu unterstreichen und auf Angabe der Gründe für die verschiedenartige Behandlung der Vorzugs- und Stamm-Aktien zu dringen, hat sie eine Fassung genehmigt, die den entscheidenden Punkt in Dunkel hüllt. Warum?

Digitized by Google

BANK UND MAKLER

Die zur Aufbesserung der Konditionen gebildete Vereinigung von Berliner Großbanken und Privatbankgeschäften hat sich kürzlich auch mit den Schädigungen beschäftigt, die den Bankfirmen daraus erwachsen, daß die Makler an der Berliner Effektenbörse in den letzten Jahren mehrfach dazu übergegangen sind, in direkten Verkehr mit Privatkunden zu treten. Man sieht in dem Verhalten der Makler eine unberechtigte Konkurrenz, der man energisch zu Leibe gehen will, und zwar dadurch, daß man in Zukunft solchen Maklern, die mit eigener Kundschaft arbeiten, keine Vermittlergebühr (Courtage) mehr zahlen und auch nur den halben Schlußschein-Stempel vergüten will. Die ureigentliche Aufgabe der Makler ist es, für die den Bankgeschäften erteilten Börsenaufträge Gegenkontrahenten zu suchen, wofür sie eine Courtage (in der Regel ½ per Mille von beiden Seiten) erhalten. An dieser Aufgabe sollen sie es sich genügen lassen. Das Recht, in direkten Verkehr mit der Kundschaft zu treten, sprechen ihnen die Bankgeschäfte schon deshalb ab, weil der Courtage erhaltende Makler natürlich billiger arbeiten kann als der Courtage zahlende Bankier. Jener kann auf die Provision, die Haupteinnahmequelle des Bankiers, sogar ganz verzichten und doch noch seine Rechnung finden. Es scheint also nicht unbillig zu sein, wenn die Bankwelt sich der Konkurrenz der von ihnen alimentierten Makler durch eine Art Boykott zu erwehren versucht. Und wenn die Makler gegen die ihnen angedrohte Maßnahme einmütig und leidenschaftlich Front machen, so wird man darin im ersten Augenblick nur die Wahrnehmung beschränkter Sonderinteressen erblicken. Indessen liegen die Dinge in diesem Fall doch etwas komplizierter. Um den Standpunkt der protestierenden Makler zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, welchen tiefgehenden Einfluß die Konzentrationsbewegung im Bankgewerbe auf die Existenzbedingungen der Maklerschaft ausgeübt hat. Heute ist jede Bank eine Börse für sich, und der Hauptteil der Umsätze ist im Wege der Kompensation schon zur Ausführung gelangt, ehe die offizielle Börse begonnen hat. Daß hierunter niemand mehr leidet als der auf die Vermittlergebühr angewiesene Makler, liegt auf der Hand. Er muß sich heute mit seinen Berufsgenossen in die Spitzen teilen, die nach der Kompensation noch übrig bleiben. Dabei erfolgt die Teilung keineswegs immer nach gerechten Grundsätzen. Es sind vielmehr meist nur wenige Auserwählte, die mit den Bankaufträgen begnadet werden, in der Regel solche Makler, die sich persönlicher Beziehungen zu den Börsenvertretern der Banken erfreuen, wobei es vorkommen soll, daß diese Beziehungen noch durch wenig einwandfreie Mittel gefördert werden. Eine Reihe ehemals sehr bekannter und potenter Maklerfirmen hat es unter diesen Umständen vorgezogen, den Börsenstaub von den Füßen zu schütteln und in Liquidation zu treten. Und ein anderer Teil ist im Kampf gegen die ihnen feindliche Entwicklung dazu übergegangen, sich Kundschaft außerhalb der Börse zu suchen. Obwohl Makler, treten sie zur Erhöhung ihrer Einkünfte in der Rolle des Kommissionärs auf — eine Art Mimikri, die auch in anderen Berufen anzutreffen ist, als das natürliche Verlangen, in neuer Verkleidung den Kampf ums Dasein erfolgreicher aufzunehmen. Das ist durchaus verständlich. Aber andererseits haben zum mindesten die Privatbankiers keine Veranlassung, die Entschuldigungsgründe der Makler gegen sich gelten zu lassen. Denn sie geraten dabei zwischen zwei Mühlsteine. Sie müssen sich das Brot, das ihnen von den Großbanken schon karg genug zugemessen wird, durch die Makler, die von ihnen selbst abhängig sind, auch noch beschneiden lassen. Man kann es also den Privatbankiers nicht verübeln, wenn sie einem Uebergreifen der Maklerschaft auf die bankgeschäftliche Tätigkeit entgegentreten. Anders ist es aber zu beurteilen, wenn die Großbanken sich an der Abwehraktion beteiligen. Wollen sie dem an sich berechtigten Grundsatz der Arbeitsteilung zwischen Kommissionsfirmen und Maklern Anerkennung erzwingen, so muß man fordern, daß sie selbst dem Makler geben, was des Maklers ist, und ihm seine einzige

Digitized by Google

Einkommensquelle, die Courtage, nicht vorenthalten. Tatsächlich aber setzen die Banken ihren geschäftlichen Ehrgeiz darein, möglichst „franko" zu handeln, d. h. den Makler um die Courtage zu bringen. Als ein tüchtiger Börsenvertreter gilt nur derjenige, der die Aufträge billig, d. h. courtagefrei, zur Ausführung bringt. Für die Banken bedeutet eine solche Smartness eine gewisse Ersparnis, aber diese Ersparnis an falscher Stelle trägt dazu bei, einen Stand zu schwächen, der für die Aktionsfähigkeit der Börse unzweifelhaft von der allergrößten Bedeutung ist. Man mag über die Notwendigkeit eines Spekulationsmarktes denken wie man will; wenn man diese Notwendigkeit aber anerkennt — und das müssen die Banken von ihrem speziellen Standpunkt aus ohne Ausnahme —, so muß man auch einen lebensfähigen und angemessen entlohnten Maklerstand, der für jeden Auftrag prompt den Gegenkontrahenten schafft, oder, falls dieser nicht vorhanden ist, mit seiner eigenen Person eintritt, als einfach unentbehrlich ansehen. Erst wenn die Großbanken sich diese Auffassung zu eigen machen und ihr entsprechend verfahren werden, kann man ihnen die Berechtigung zugestehen, gegen die Kommissionstätigkeit der Makler außerhalb der Börse Front zu machen. Bis dahin müssen sie es schon dulden, daß diese anderwärts das Brot suchen, das sie selbst ihnen vorenthalten.

Aus den Statistischen Aemtern.

ACTIEN-STATISTISCHES

Bei vielen praktischen Volkswirten herrscht zweifellos die Neigung, die Bedeutung der in Form der Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmung für unser Wirtschaftsleben zu überschätzen. Nun wäre es selbstverständlich verkehrt, wollte man leugnen, daß die Aktiengesellschaft von Jahr zu Jahr größere Bedeutung erlangt, und daß sie in einzelnen Gewerben tatsächlich ausschlaggebend geworden ist. Gerade deshalb jedoch ist es von großem Werte, einmal einen genauen Einblick in die Schichtung unserer Unternehmungen nach der Rechtsform zu erhalten, in der sie betrieben werden. Einen solchen gewähren nur die Berufs- und Betriebszählungen, in wirklich brauchbarer Form sogar eigentlich erst die letzte von ihnen, diejenige von 1907. Es sind allerdings bereits 1895 einzelne Erhebungen über die Unternehmungsform der Gewerbebetriebe gemacht worden, jedoch reichen diese nur für einen ziemlich oberflächlichen Vergleich mit 1907 aus; für 1882 liegen brauch- und vergleichbare Angaben überhaupt nicht vor. Auch das Bild, das die soeben veröffentlichte Zusammenfassende Darstellung zur gewerblichen Betriebsstatistik (Band 220/21 der Statistik des Deutschen Reiches) gewährt, ist noch nicht ganz vollständig. Trotzdem ist es von großer Bedeutung, weil jetzt eigentlich zum ersten Male die Möglichkeit vorliegt, die Bedeutung der Aktiengesellschaft für Handel und Industrie in Deutschland und das Entwicklungsverhältnis der privaten im Vergleich zur anonymen Unternehmung während eines längeren Zeitraumes zu übersehen. Vorausgeschickt sei den Ziffern, daß es sich bei dieser Zählung stets um Betriebseinheiten, nicht um Wirtschaftseinheiten handelt, daß, mit anderen Worten, zehn einem Einzelunternehmer gehörige Betriebe ebenso zehnmal in dieser Statistik erscheinen, wie zehn einer Aktiengesellschaft oder Gewerkschaft gehörige. Das läßt namentlich die Aktienbetriebe wesentlich zahlreicher erscheinen, als sie es, als Rechtspersönlichkeiten betrachtet, tatsächlich sind.

		Von 1000 Gewerbebetrieben werden geführt von:				Von 1000 Personen der Gehilfenbetriebe sind tätig bei:			
		Einzelinhab.	mehr. Gesellsch.	Akt.-Ges.	Ges. m. b. H.	Einzelinhab.	mehr. Gesellsch.	Akt.-Ges.	Ges. m. b. H.
überhaupt	1907	933,5	45,9	5,5	6,1	602,2	173,2	141,8	43,0
	1895	950,4	41,0	3,5	0,8	684,1	176,3	95,8	7,9
Industrie	1907	936,4	46,7	5,3	6 3	552,9	187,4	164,7	49,9
	1895	955,4	37,0	3,5	0,7	648,9	190,4	109,8	9,2
Handel und Verkehr	1907	927,5	45,7	5,9	6,1	755,0	130,5	69,6	21,6
	1895	940,4	49,0	3,7	0,9	812,4	125,7	44,5	3,0

Digitized by Google

In folgenden Gewerbegruppen überstieg die Zahl der bei Aktiengesellschaften Tätigen ein Viertel, die Zahl der bei G. m. b. H. Tätigen ein Zehntel der Gesamtzahl. Absolute Ziffern gibt die Statistik nur für Einzelinhaberbetriebe und Gesellschaftsbetriebe:

		Bergbau	Masch.-Ind. usw.	Chem. Ind.	Leuchtstoffe, Fette usw.	Versicherg.
Einz.-Inh.-Betr.	1907	40 594	324 651	43 261	22 752	11 770
	1895	52 188	260 697	39 289	18 880	5 180
Gesellsch.-Betr.	1907	763 149	677 311	105 991	42 100	31 164
	1895	415 418	244 488	62 188	26 522	11 419

(Das Bankgewerbe läßt sich leider hinsichtlich der Verteilung der Rechtsformen nicht erfassen, da es in der Gesamtgruppe „Handelsgewerbe" enthalten ist und sich nicht ausscheiden läßt.) Die Einzelunternehmer dagegen beschäftigten 1907 mehr als die Gesellschaftsbetriebe in den Gruppen: Metallverarbeitung, Lederindustrie, Holz- und Schnitzstoffe, Nahrungs- und Genußmittel (ca. 8 : 3), Bekleidungsgewerbe (ca. 13 : 3), Reinigungsgewerbe (ca. 15 : 2), Baugewerbe (ca. 11 : 2), Polygraphische Gewerbe, Handelsgewerbe (ca. 25 : 9), Gast- und Schankwirtschaft (ca. 17 : 1). Der Anteil der Aktiengesellschaften an den Gewerbebetrieben überhaupt ist, sowohl was die Zahl wie die beschäftigten Personen anlangt, in den zwischen den Zählungen von 1895 und 1907 liegenden zwölf Jahren um rund die Hälfte gestiegen. Es beschäftigten im Jahre 1895 rund 1/3 % aller Betriebe (die Aktiengesellschaften) fast 10 % der überhaupt gewerblich tätigen Personen, im Jahre 1907 etwas mehr als 1/2 % über 14 % der Erwerbstätigen. Es gibt nur noch eine zweite ähnlich „schwere" Unternehmungsform, die Gewerkschaft, auf die bei beiden Zählungen 0,3 pro Mille der Betriebe, aber 15,8 bzw. 18,5 pro Mille der Erwerbstätigen entfielen. Daß die Aktiengesellschaft unter den Mammutbetrieben dominiert, ist nichts Neues, interessant aber ist die Verschiebung, die innerhalb der Gewerbegruppe III (Bergbau, Hütten- und Salinenwesen) vor sich gegangen ist. Hier entfielen nämlich von 1000 Beschäftigten auf:

	Einzelunternehmer	Mehrere Gesellschafter	Akt.-Gesellschaften	Ges. m. b. H.	Gewerkschaften
1907	50,5	43,0	563,2	37,9	273,6
1895	111,6	79,5	494,2	6,6	271,2

In ihrer eigensten Domäne ist also die Gewerkschaft, was die Zahl der Beschäftigten anlangt, völlig stationär geblieben; sie hat, was ihren Anteil an der Anzahl der Betriebe anlangt, sogar zugunsten der G. m. b. H., der Aktiengesellschaft (nicht wesentlich) und selbst zugunsten der Einzelunternehmung verloren. — Illustrieren diese Ziffern die Schnelligkeit, mit der namentlich die Aktiengesellschaft in gewissen Gewerbegruppen an Terrain gewinnt, so enthalten sie doch auf der anderen Seite, wie ja schon die in der ersten Tabelle wiedergegebenen Gesamtziffern zeigen, die Mahnung, daß man die Bedeutung der Gesellschaft für unser Wirtschaftsleben nicht allzu sehr überschätzen soll. Es stehen rund 119 000 Gesellschaftsbetrieben mit 4 932 000 Personen rund 1 667 000 Einzelinhaber-Betriebe mit etwa 7 1/2 Millionen Beschäftigten gegenüber. Drei Fünftel aller Beschäftigten sind also noch in Einzelinhaber-Betrieben tätig.

HYPOTHEKENBEWEGUNG

Ueber die Zuspitzung, welche in den letzten Jahren die Verhältnisse am deutschen Hypothekenmarkte erfahren haben, hat man sich kaum irgendwo Illusionen gemacht. Trotzdem überraschen die Ziffern, welche das Preußische Statistische Landesamt jetzt für die Hypothekenbewegung in den städtischen Bezirken pro 1912 bekanntgibt. Die Eintragung neuer Hypotheken zeigt hier einen Fall um rund 700 Mill. M. auf ein Niveau, das seit 1902 nicht mehr zu beobachten war. Zwar haben auch die Jahre 1905 bis 1907 einen Rückgang der städtischen Eintragungen von 3400 auf 3194 bzw. 2796 Mill. M. aufgewiesen, doch unterscheidet sich die Entwicklung jener Jahre nach mehr als einer Richtung wesentlich von der-

Digitized by Google

jenigen der letzten Zeit. Zunächst ist der Fall (von 3293 auf 3205 und 2508 Mill. M.) diesmal bedeutend jäher. Das läßt sich bereits jetzt erkennen, obwohl erst die Ziffern bis 1912 bekannt sind und die des schlimmen Jahres 1913 noch ausstehen. Außerdem aber ist jetzt die Verteilung der Rückgänge eine ganz andere. Es handelt sich ja bei der Depression in den letzten Jahren fast ausschließlich um den Groß-Berliner Hypothekenmarkt; in wie hohem Maße aber die Entwicklung in Preußen (für ganz Deutschland fehlt leider eine entsprechende Zusammenfassung) von der Reichshauptstadt abhängig geworden ist, möge nachfolgende Zusammenstellung zeigen. Der Rückgang an neuen Hypotheken (bzw. des Ueberschusses der Neueintragungen über die Löschungen) gegenüber dem Vorjahre betrug nämlich (in Mill. M.):

	1906	1907	dagegen: 1911	1912
Preußen	115	292	87	524
Berlin	5	89	55	72
Brandenburg . .	57	46	42	292

Da die Mehreintragungen im brandenburgischen Regierungs-Bezirk Frankfurt a. O. zwischen 15 und 20 Mill. M. schwanken, sich also in den einzelnen Jahren ziemlich gleich blieben, so kann man, ohne einen Trugschluß zu begehen, den Rückgang des Eintragungsüberschusses in Brandenburg als einen solchen in den Berliner Vororten bezeichnen. Auf diese letzteren entfiel in den beiden Jahren 1906/07 mithin etwas mehr als ein Viertel, in der Periode 1911/12 aber weit mehr als die Hälfte des Hypothekenrückgangs in ganz Preußen. Das Zurücktreten der Bedeutung der Berliner City gegenüber den Außenbezirken ist in diesen Ziffern ebenfalls mit großer Klarheit zu erkennen. — Für den gesamten Staat sind in den städtischen Bezirken die Mehreintragungen — seit 1898 zum ersten Male — unter eine Milliarde Mark gesunken. Es betrugen nämlich:

	im Rechnungsjahre	die Eintragungen Mill. M.	die Löschungen überhaupt Mill. M.	die Löschungen v. H. der Eintragungen	der Ueberschuß der Eintragungen Mill. M.
in den städtischen Bezirken	1910	3292 73	1710,93	52,0	1581,80
	1911	3205,05	1709,75	53,3	1495,30
	1912	2507,66	1536,24	61,3	971,42
in den ländlichen Bezirken	1910	1524,79	790,99	51,9	733,80
	1911	1550,92	811,04	52,3	739,88
	1912	1602,35	854,43	53,3	747,92
insgesamt	1910	4817,52	2501,92	51,9	2315,60
	1911	4755,97	2520,79	53 0	2235,18
	1912	4110,01	2390,67	58,2	1719,34

Diese Zusammenstellung zeigt ein weiteres, sehr interessantes Moment: die Zunahme der ländlichen Verschuldung hat nämlich, im Gegensatze zu derjenigen in den Städten, auch in 1912 keinen Rückgang erfahren. Dieses Jahr weist vielmehr hier die höchsten überhaupt festgestellten Ziffern auf. Seit 1902 hält diese Steigerung der Eintragungsüberschüsse in den ländlichen Bezirken jetzt ununterbrochen an. Wie stark die Verschuldungstendenz hier ist, geht daraus hervor, daß der Ueberschuß der Eintragungen 1912 fast das Doppelte wie 1902 (damals 394 Mill. M.) betragen hat. Natürlich hat sich infolge all dieser Verschiebungen das Verhältnis der städtischen zur ländlichen Mehrverschuldung stark verändert. — Die infolge von Zwangsversteigerungen gelöschten Hypotheken beliefen sich, wie schließlich noch bemerkt sei, 1912 für die städtischen Bezirke auf 352,04 (1911 auf 290,21 und 1910

Digitized by Google

auf 253,62) Mill. M., für die ländlichen Bezirke dagegen auf 73,75 (1911 auf 63,09 und 1910 auf 61,45) Mill. M., sie haben also gegen das Vorjahr wie gegen 1910 in Stadt und Land beträchtlich zugenommen.

PRODUKTIONS-STATISTIK

Als das große englische Werk über die gesamte Produktion Großbritanniens an Verkaufsgütern erschien und in diesen Heften eine eingehende Würdigung erfuhr (1913, S. 754 ff.), wurde dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß eine ähnliche Arbeit über die deutsche Gesamtproduktion nicht existiere und auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei. Zwar sind auch bei uns Produktionserhebungen veranstaltet worden, doch halten sich diese in unverhältnismäßig engerem Rahmen. Das zeigt sich deutlich bei einer Betrachtung der bisherigen Gesamtergebnisse, die das Kaiserliche Statistische Amt jetzt als Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches bekanntgibt. Ein schmächtiges Büchlein von insgesamt 78 Seiten gegenüber einem Folianten von rund 1000 Seiten — schon daraus geht klar die Beschränkung hervor, die sich die deutschen Statistiker, hoffentlich nur vorläufig, auferlegt haben. Einen Vergleich mit den englischen Ergebnissen wird man sich versagen müssen, auch für Teilgebiete, schon deshalb, weil es sich in Deutschland um Untersuchungen einzelner Industrien handelt, bei denen für die Vermeidung von Doppelzählungen usw. natürlich nicht derartig vorgesorgt zu werden braucht wie bei einer allgemeinen Zählung. Nach einer Richtung aber übertrifft die deutsche Veröffentlichung die englische: sie gibt nämlich, weil sie die Ergebnisse einer ganzen Reihe von zeitlich auseinanderliegenden Einzelerhebungen darstellt, sehr interessante Einblicke in die Entwicklung einzelner Industrien; namentlich solcher Industrien, die Kinder der neuesten Zeit sind, bei denen also die Erhebungen fast die gesamte Entwicklung widerspiegeln. Eine solche Betriebsgruppe, die in kurzer Zeit zu sehr großer Bedeutung gelangte, ist der Kraftfahrzeugbau. Hier erstreckt sich die Statistik auf mehr als ein Jahrzehnt, nämlich auf die Zeit von 1901 bis 1911, und zeigt in ihren Endziffern das folgende Bild:

Kraftfahrzeugbau:	1901	1903	1906	1908	1909	1910	1911
Zahl der Betriebe . . .	12	18	34	53	58	56	58
„ „ beschäft. Pers.	1773	3684	11 439	12 430	18 046	20 311	26 572
Löhne u. Gehält. (Mill.M.)	2,2	4,8	15,9	18,2	23,1	31,4	42,0
Wert der verarbeiteten Stoffe „ „	2,6	6,7	26,2	22,1	36,0	53,9	74,7
Wert der erzeugt. Waren . . . „ „	5,7	14,1	51,0	52,9	73,0	109,5	153,1

Allein die Zahl der in einem Jahre gebauten Lastwagen ist in dieser Zeit von 39 auf 1912, die der Personenwagen mittlerer Größe (6 bis 25 P. S.) von 343 auf 9547 gestiegen. Dabei umfaßt diese Tabelle lediglich den reinen Kraftfahrzeugbau, während Motor-, Motorboot-, Luftschiff- und Flugmaschinenbau sowie kleinere Hilfsindustrien nicht darin enthalten sind. Ein direkter Vergleich mit den englischen, nicht ganz in der gleichen Weise festgestellten Ziffern ist ebensowenig möglich wie mit den (privaten) Erhebungen in der Nordamerikanischen Union. Immerhin sei erwähnt, daß für 1907 die englische Rad- und Autoproduktion mit 12 Mill. £ bewertet wurde, und daß in der Union als Wert der gebauten Kraftfahrzeuge für 1904 40,2 Mill. $, für 1910 240 Mill. $, für 1912 322 Mill. $ angegeben werden. Die Gesamtzahl der gebauten Fahrzeuge wird in der Union für 1912 auf 210 000 Stück beziffert, während in Deutschland 1911 11 692 Kraftwagen und 4980 Krafträder hergestellt wurden.

WANDERUNGS-VERLUSTE

Die Zeiten, in denen die aus Deutschland nach überseeischen Ländern Auswandernden nach Hunderttausenden zählten, liegen nicht allzuweit hinter uns. Noch für Anfang der 1890 er Jahre nennt uns die Statistik Ziffern von 110 000 bis 120 000 Abwandernden. Dann setzte ein außerordentlich starker

Digitized by Google

Rückgang ein; gleichzeitig trat die Frage der Binnenwanderungen mehr in den Vordergrund, und so wurde der Auswanderung über See geringere Beachtung geschenkt. Ohne behaupten zu wollen, daß ein Wanderungsverlust von jährlich 18 000 bis 25 000 Personen keinerlei Bedeutung habe, beruhigte man sich doch bei der Erwägung, daß seit den 70 er und 80 er Jahren des vorigen Jahrhunderts immerhin ein durchgreifender Wandel eingetreten sei. Als dann aber die Auswanderungsskandale in Oesterreich zeigten, wie viele Tausende einem Lande verloren gehen können, ohne von der Auswanderungsstatistik erfaßt zu werden, da drängte sich von selbst die Frage auf, wie es in Deutschland um die heimliche Auswanderung bestellt wäre. Daß hie und da einmal ein Auswanderungslustiger, vielleicht als Militärflüchtling, über einen statistisch nicht kontrollierten Hafen Deutschland den Rücken kehrte, das war ja von vornherein als sicher anzunehmen. Wenn man aber einer Stelle, die mindestens halbamtlich dauernd mit Auswanderung und Auswanderern zu tun hat, nämlich der Witzenhausener Zentrale des evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer, trauen darf, so ist der Verlust, den Deutschland zurzeit durch die Auswanderung erleidet, zumindest zwei- bis zweieinhalbmal größer, als die Reichsstatistik angibt. Die Zentrale konstatiert nämlich: Aus dem Deutschen Reich sind nach der amtlichen Statistik im Jahre 1912 ausgewandert 18 545 Personen, davon nach den Vereinigten Staaten von Amerika 13 706, nach Canada 891, nach Brasilien 225, nach anderen Teilen von Amerika 3307, nach Australien 322 Personen. Nach der Statistik der Vereinigten Staaten dagegen sind im letzten Fiskaljahr 1912/13 eingewandert aus dem Deutschen Reich 34 329 Personen; in Canada wurden in demselben Jahre 4953 Einwanderer aus dem Deutschen Reich registriert, in Brasilien 1912 5133, in Argentinien 4337. Das ergibt zusammen bereits eine Mindestauswanderung aus dem Deutschen Reich von 48 752 Personen. Dabei sind Einwanderungsländer, wie Chile, Paraguay, Südafrika, Australien und andere noch unberücksichtigt. Es ist hier nicht der Ort, der Frage nachzugehen, ob tatsächlich, wie die Zentrale es andeutet, ähnliche Vorgänge vorliegen wie in Oesterreich. Dagegen gibt der jüngst erschienene Band der Reichsstatistik über die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reiche in Verbindung mit früheren Publikationen Gelegenheit, die Angaben der Zentrale, soweit sie die Reichsstatistik betreffen, einigermaßen nachzuprüfen. Zwar beziehen sich die Angaben auf das Jahr 1912, jedoch liegen für 1913 bereits die vorläufigen Ziffern vor, so daß sich auch bezüglich der Vereinigten Staaten wenigstens ein schätzungsweiser Vergleich ermöglichen läßt. Dem amerikanischen Fiskaljahr dürfte, auf Deutschland bezogen, etwa die Zeit Juni 1912/Mai 1913 entsprechen, da ja naturgemäß einige Zeit vergehen muß, ehe die hier Auswandernden dort als Einwanderer statistisch wieder erscheinen können. In der erwähnten Periode nun verließen Deutschland nach der Reichsstatistik 21 537 Personen, von denen nach Analogie früherer Jahre rund 18 000 die Union aufgesucht haben dürften. Die Ziffer, welche deren eigene Statistik angibt, ist etwa doppelt so hoch. Da im Winter die Auswanderung ganz wesentlich abzufallen pflegt, begeht man wohl keinen allzu großen Fehler, wenn man bei den anderen Ländern Kalenderjahr mit Kalenderjahr vergleicht, ohne weitere Korrekturen zu versuchen. Dann ergibt sich das folgende Bild: Auswanderung nach Brasilien nach der Reichsstatistik (die allerdings nur die Südstaaten zählt) 225 — nach der brasilianischen Einwanderungsstatistik 5133; nach Argentinien 1278 (Reichsstatistik), 4337 (eigene Angaben); Canada 891 (Reichsstatistik, Kalenderjahr), 4953 (eigene Angaben, Fiskaljahr April—März). Die Differenzen sind so ungeheuerlich, daß es hoffentlich den amtlichen Stellen gelingen wird, sie aufzuklären. Denn sonst muß sich uns der Gedanke aufdrängen, daß die Auswanderung aus Deutschland faktisch gar nicht so erheblich nachgelassen hat, wie wir bisher glaubten, und daß sie den Vergleich mit den hohen Ziffern der 80 er und 90 er Jahre leider nicht zu scheuen braucht; um so mehr, wenn man sieht, daß in der Reichsstatistik für

Digitized by Google

1912 zum Beispiel Afrika als Bestimmungsland von insgesamt 4 (!) Auswandernden, Asien überhaupt nicht erscheint.

DER LANGFRISTIGE INDUSTRIEKREDIT

Die Statistik der Schuldverschreibungen der deutschen Aktiengesellschaften und sonstigen privatwirtschaftlichen Schuldner, die das erstemal für den 31. Dezember 1910 aufgemacht worden war, ist jetzt (in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs) zum zweiten Male, und zwar für den 31. Dezember 1912, veröffentlicht worden. Die Fortführung der Statistik ist recht dankenswert, weil sie, wenn auch nur für einen kleinen Zeitraum, die Bewegung der langfristigen industriellen Verschuldung in ihren Einzelheiten darstellt. Die Veränderungen der Gesamtverschuldung in Obligationenform gehen aus der nachfolgenden Uebersicht hervor.

Aussteller	Zahl der Aussteller		Umlauf der Schuldverschreibungen in Millionen Mark	
	Ende 1912	Ende 1910	Ende 1912	Ende 1910
Aktiengesellschaften	1609	1576	3619,1	3261,5
Kolonialgesellschaften . . .	3	2	9,9	10,2
Gesellschaften m. b. H. . . .	156	127	278,1	193,6
Bergbaul. Gewerkschaften . .	184	136	527,7	361,2
Genossenschaften	38	31	22,7	16,1
Sonst. juristische Personen .	44	44	35,0	34,9
Vereine	41	37	5,4	4,0
Einzelfirmen usw.	54	50	100,7	73,3
Sonstige Aussteller (Standesherren usw.) . . .	13	14	7,0	9,3
	2142	2017	4605,7	3964,0

Ergibt schon ein Vergleich der Endsummen beider Untersuchungen eine Steigerung des Obligationenumlaufs um ca. 642 Mill. M. ,so ist tatsächlich deren Neuausgabe noch beträchtlich größer gewesen, da die Obligationen-Anleihen sich ja zum allergrößten Teil durch Tilgung automatisch verringern. Ueber den Betrag, der von 1910 bis 1912 durch Tilgung in Fortfall gekommen ist, sind nur Vermutungen möglich: der Bearbeiter der Statistik (Dr. Moll) nimmt an, daß rund 3 Milliarden Mark bereits einer 2proz. Tilgung unterlegen hätten. Wenn das richtig ist, so hat der tatsächliche Zuwachs etwas über $^3/_4$ Milliarden M. betragen. Das rascheste Wachstum weist der Obligationenumlauf bei den Gewerkschaften und den Gesellschaften m. b. H. auf. Die große Rolle, welche unter den ersteren die Kalibergwerke spielen, ist bekannt. Es sei deshalb nur kurz erwähnt, daß von dem Gesamtumlauf von Kaliobligationen, der sich Ende 1912 auf 96 Unternehmungen (nicht nur gewerkschaftlicher Form) verteilte und 232 Mill. M. betrug, volle 103 Millionen auf Aussteller entfielen, die in der vorigen Statistik überhaupt noch nicht enthalten waren. Interessanter noch, weil meist weniger beachtet, ist das Wachstum der Obligationen-Verschuldung bei der G. m. b. H., deren Bedeutung ja auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens im Steigen begriffen ist. In der Hauptsache ist die Zunahme hier auf einzelne ganz große Neuemissionen in Berlin beheimateter Gesellschaften zurückzuführen; in der Aufstellung für 1910 erschien Berlin mit 10 Gesellschaften und 39 Mill. M., in der jetzigen mit 11 Gesellschaften und 108 Mill. M. — Der auffallend geringe Prozentsatz, der namentlich in Preußen auf die Inhaberschuldverschreibung entfällt, welche staatlicher Genehmigung bedarf, ist seit 1910 noch weiter zurückgegangen. Damals lauteten 586 Mill. M. gleich 14,8%, jetzt 610 Mill. M. gleich 13,3% des Gesamtumlaufs auf den Inhaber. — Daß die allgemeine Verteuerung des industriellen Kredits sich auch in der Statistik der Obligationen-Verzinsung aussprechen muß, ist selbstverständlich; immerhin verdient es hervorgehoben zu werden, daß die Summe

Digitized by Google

mit weniger als 4½ % verzinslichen Schuldverschreibungen nicht nur relativ, sondern auch absolut stark gesunken ist. Die Schuldverschreibungen verteilen sich nämlich auf folgende Zinstypen:

Zins. %	Mill. Mk. 1912	Mill. Mk. 1910	in % des Gesamtumlaufs 1912	in % des Gesamtumlaufs 1910	Zins. %	Mill. Mk. 1912	Mill. Mk. 1910	in % des Gesamtumlaufs 1912	in % des Gesamtumlaufs 1910
0	1,0	0,7	0,0	0,0	4	1460,7	1502,5	31,7	37,9
2	0,1	0,0	0,0	0,0	4¼	46,8	61,9	1,0	1,6
2½	0,2	0,2	0,0	0,0	4½	2347,4	1789,3	51,0	45,1
3	26,5	26,5	0,6	0,7	4¾	0,3	0,2	0,0	0,0
3½	122,7	142,1	2,7	3,6	5	563,9	403,5	12,2	10,2
3⅗	0,3	—	0,0	—	5½	18,7	19 8	0,4	0.5
3¾	7,4	7,3	0,2	0,2	6	9,6	9 9	0,2	0,3

Ein wichtiges Kapitel ist die hypothekarische Sicherung der Obligationen. Das schon vor zwei Jahren als außerordentlich ungünstig bezeichnete Verhältnis (von dem Gesamtumlaufe waren nur 2049,7 Millionen M. gleich 51,7 % hypothekarisch sichergestellt) hat sich um fast 1 % weiter verschlechtert. Es sind jetzt nur mehr 50,8 %, absolut 2338,7 Mill. M., die dieser eigentlich so selbstverständlichen Voraussetzung entsprechen. Die Verschlechterung fällt drei Bundesstaaten zur Last, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht. Hypothekarische Sicherung wiesen auf:

	Ende 1912		Ende 1910	
	Millionen M.	%	Millionen M.	%
Reich	2338,7	50,8	2049,7	51,7
Preußen . . .	1585,7	51,2	1380,5	53,1
Hamburg . .	101,1	43,3	108,7	50,3
Braunschweig .	29,3	60.2	31,9	61,8

In Preußen ist im übrigen die Entwicklung durchaus nicht gleichartig gewesen. In Berlin, das stets außerordentlich ungünstige Ziffern aufwies, Schlesien und Westfalen hat sich das Verhältnis stark verschlechtert, in Hannover, Sachsen und Rheinland dagegen zum Teil nicht unbeträchtlich gebessert. — Die Verteilung der Schuldverschreibungen nach Gewerbegruppen war bei der ersten Zählung, wie damals mit Bedauern konstatiert werden mußte, allzu summarisch. Leider ist das Schema, das ein rundes Drittel der Gesamtsumme unter die „sonstigen Unternehmungen" wirft, auch für die zweite Zählung unverändert beibehalten worden. Wie sich die Verteilung nunmehr darstellt, zeigt die folgende Uebersicht:

	Ende 1912			Ende 1910		
	Zahl d. Aussteller	Umlauf d. Oblig. i. Mill. M.	%	Zahl d. Aussteller	Uml. d. Oblig. i. Mill. M.	%
Bergbau- u. Hüttenbetrieb .	345	1,325,9	28,8	290	1,066,5	26,9
Elektrotechnische Industrie	16	307,4	6,7	18	234,7	5,9
Gas-, Wasser- u. Elektriz. .	131	426.7	9,3	122	325,2	8.2
Textilindustrie	160	165,6	3,6	153	157,0	4,0
Bierbrauerei u. Mälzerei . .	319	196,0	4,2	320	193,1	4,9
Voll-, Klein- u. Straßenbahn	111	532,6	11,6	109	477,5	12,0
Schiffahrt	40	210,4	4,5	40	207.8	5,2
Sonstige Unternehmungen .	1020	1,441,1	31,3	965	1,302,3	32,9
Zusammen	2142	4,605,7	100,0	2017	3,964,0	100,0

Bei den auch dieses Mal wieder gemachten Angaben über die Börsenzulassung wird hervorgehoben, daß sie mit der vorigen Statistik nicht vergleichbar seien, weil sich in dieser nachträglich einige Ungenauigkeiten vorgefunden hätten. Die neuen Tabellen sind nach mancher Richtung hin recht interessant:

Digitized by Google

Gewerbegruppen	an deutschen Börsen zugelassen in Million. Mark	% des Gesamtuml.	zugelassen in: Berlin	Frankfurt a. M.	Hamburg
Bergbau- und Hüttenbetrieb	877,5	66,2	708,6	110,2	24,3
Elektrotechn. Industrie . .	306,6	99,7	300.8	287,1	145,5
Gas-, Wasser- u. Elektr.-Werke	375,9	88,1	309.6	201,4	16,6
Textilindustrie	70,9	42,8	9,2	6,0	4,5
Bierbrauerei und Mälzerei .	88,4	45,1	18,0	16,3	12,7
Voll-, Klein- u. Straßenbahnen	471,2	88,5	364,9	178,4	66,9
Fluß-, Küsten- u. Seeschiffahrt	199,8	95,0	128,9	53,3	118,2
Sonstige Unternehmungen .	930.8	64,8	532,7	245.6	100.0
	3320,9	72,2	2372,7	1098,3	488,6

Aus Raumgründen können hier nicht alle deutschen Börsen berücksichtigt werden. Die obige Zusammenstellung läßt erkennen, daß Frankfurt a. M., also der Platz, dessen Hauptdomäne seit je die festverzinslichen Werte gewesen sind, von einer Gewerbegruppe, nämlich dem Bergbau, auffallend stark vernachlässigt wird. Während insgesamt an der Frankfurter Börse fast halb so viel Obligationen gehandelt werden wie in Berlin, stellt sich beim Bergbau und Hüttenbetrieb das Verhältnis etwa wie 7 zu 1. Noch merkwürdiger verteilt ist die Börsenfähigkeit der gewerkschaftlichen Obligationen. Von diesen rund 260 Mill. M. werden in Berlin 156 Mill. M., in Frankfurt 6 Millionen, in Düsseldorf 1 Million, in Hannover 3 Millionen, in Essen allerdings 32 Mill. M. gehandelt. — Als besonders erfreulich wird man die Ergebnisse, welche diese neue Statistik und ihre Vergleichung mit der ersten liefert, kaum bezeichnen können. Abgesehen davon, daß anscheinend — für die Zeit vor 1910 ist man ja auf Schätzungen angewiesen — die Obligationenausgabe ein noch rascheres Tempo eingeschlagen hat als in den Jahren vorher, sind es vor allem der immer häufiger werdende Verzicht auf hypothekarische Sicherung und die Vernachlässigung der Provinzbörsen, die für derartige festverzinsliche Werte die gegebenen Handelsplätze wären, zugunsten Berlins, was in erster Reihe ins Auge fällt. Inwieweit bei einzelnen Ziffern Zufälligkeiten mitgewirkt haben, wird sich bei späteren Zählungen zeigen; die Steigerung der Kaliobligationen zum Beispiel dürfte sich künftig kaum im bisherigen Tempo fortsetzen. Daß auch bei den übrigen Gruppen eine Eindämmung zu wünschen wäre, ist bei früheren Statistiken dieser und ähnlicher Art mehrfach und mit Nachdruck betont worden. H. H.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Das Geldwesen Frankreichs zur Zeit der ersten Revolution bis zum Ende der Papiergeldwährung. Von Dr. Hermann Illig. Straßburg. Verlag von Karl J. Trübner (3 M.). Aus dem Inhalt: Das französische Geldwesen von 1726—1788: Die Silberwährung. — Das französische Geldwesen der großen Revolution bis zum Ende der Papiergeldwährung (1789—1796): Die Papiergeldwährung.

Ueber das Börsentermingeschäft in Wertpapieren. Von Geheimrat Dr. Heinrich Göppert, Staatskommissar bei der Berliner Börse. Verlag von Julius Springer, Berlin 1914. (81 S.). — Drei Vorträge, die der Verfasser Ende 1913 in einem Fortbildungskursus für Juristen gehalten hat, sind hier in erweiterter Form zur Veröffentlichung gekommen. Vgl. „Der Börsenkommissar über das Börsentermingeschäft" unter „Bank und Börse".

Aktienkapital und Aktienemissionskurs bei industriellen Unternehmungen. Von Zivilingenieur Felix Moral. Verlag von Duncker & Humblot. München, Leipzig 1914 (2,50 M.). — Die Arbeit will auf induktivem Wege ermitteln, ob und welche Gleichmäßigkeiten sich

Digitized by Google

bei der Umwandlung einer größeren Anzahl von industriellen Einzelunternehmungen in Aktiengesellschaften und bei der späteren Aktien-Emission ergeben.

Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften. 18. Auflage 1913/14. Band II. (Geb. 24 M.) Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G., Berlin W. 35. — Das zu bearbeitende Material hat sich durch das Hinzukommen der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres erfolgten Neugründungen vermehrt. Der besondere Vorzug des Buches vor ähnlichen Werken besteht darin, daß es neben den an den deutschen Börsen eingeführten Werten auch diejenigen Gesellschaften, deren Aktien bisher an keiner Börse gehandelt wurden und über deren Verhältnisse häufig gar keine oder doch nur sehr schwer zuverlässige Auskünfte zu erlangen waren, ausführlich behandelt.

Die russische Reichsbank seit der Währungsreform (1897—1910). Von Paul Steinberg. Berlin. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. (4 M.) — Aus dem Inhalt: Die Notenemission. — Die fremden Gelder. — Die Aktiven der russischen Reichsbank.

Die Reichsfinanzgesetzgebung von 1913. Von Dr. Wilhelm Gerloff. Berlin 1914. Julius Springer. — Aus dem Inhalt: Der soziale Gedanke in der Reichsfinanzgesetzgebung. — Bedarfsberechnung und Deckungsvorschläge. — Der Wehrbeitrag. — Erbschaftsbesteuerung und Erbrecht des Staates. — Die Verstärkung des Kriegsschatzes.

Organisationsgesetze der Buchhaltung in Theorie und Praxis. Von Georg Wieske. Berlin 1914. Puttkamer & Mühlbrecht. (3,60 M.) — Für Handelspraktiker und -wissenschaftler sowie für Juristen gibt das Werkchen Anregungen und Aufklärung.

Lehrbuch der Buchführungs- und Bilanzrevision. Von R. Beigel. Verlag von Gerhard Kühtmann, Dresden. (Geb. 9,50 M.) — Die unter dem Titel „Theorie und Praxis der Buchführungs- und Bilanzrevision" erschienene erste Auflage des Werkes ist von dem Verfasser einer durchgreifenden Umarbeitung unterzogen worden. Das Buch kann wegen der erschöpfenden Darstellung als Enzyklopädie für Buchführung und Bilanzwesen bezeichnet werden.

Der deutsche Niederrhein als Wirtschaftsgebiet. Von Friedrich Brücker. 5. Heft der Sammlung „Soziale Studienfahrten". Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach. (1 M.) — Aus dem Inhalt: Die geographischen und geologischen Verhältnisse des niederrheinischen Flachlandes. — Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Niederrheins. — Die sozialen Verhältnisse im niederrheinischen Wirtschaftsgebiet. — Wohlfahrtseinrichtungen.

Grundlinien unserer Handelspolitik. Von Richard Schmitz. Wien 1913. Verlag des Katholischen Volksbundes für Oesterreich. (30 H.) — Aus dem Inhalt: Entwicklung des Außenhandels. — System der Handelspolitik.

Der Wechselverkehr nach dem neuen Welt-Wechselrecht. Von Walter Jansen. Hannover 1914. (1,20 M.) — Das Buch bringt eine gemeinverständliche Darstellung des gesamten Wechselverkehrs auf Grundlage des Textes der neuen gesetzlichen Bestimmungen mit sachlichen Erläuterungen und zahlreichen Beispielen.

Hilfe in Zahlungs-Verlegenheiten. Von F. Holzknecht. Wiesbaden. Emil Abigt. (4,50 M.) — Das Buch sucht die Erschließung von Geldquellen nachzuweisen, macht mit den Machenschaften der Darlehnsschwindler bekannt usw. Ferner wird dargelegt, wie man Zahlungsaufschub erlangt, sich vergleicht und dem Konkurs entgehen kann, mit allen Formularen und gesetzlichen Bestimmungen. Auch das Verhalten im Konkurs, wie der Schuldner dort seine Lage verbessern kann, ist in dem Hilfsbuche dargestellt.

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat März (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metall-bestand*)	Kassen-scheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbind-lichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuer-pflicht. Uml. (—) **)	Metall-deckung des Noten-umlaufs %	Bank-disk. %
							7. März								
1914	1616,2 (1299,3)	64,9	21,9	900,8	69,6	259,9	207,3	180,0	74,5	1856,9	997,2	32,3	+369,3	87,0	4
1913	1190,0 (903,7)	22,0	25,4	1180,2	93,5	20,2	180,6	180,0	70,0	1813,3	614,8	33,7	— 25,9	65,7	6
1912	1218,2 (882,2)	48,0	23,2	1042,3	89,6	36,5	138,4	180,0	66,9	1554,3	768,8	26,2	+285,2	78,3	5
1911	1136,5 (829,8)	65,0	20,9	893,3	72,6	3,5	185,1	180,0	64,8	1439,7	671,7	20,8	+332,8	78,9	4
1910	1073,1 (796,6)	67,2	20,1	888,2	91,2	172,4	199,3	180,0	64,8	1450,1	794,1	25,5	+183,1	74,0	4
							15. März								
1914	1639,3 (1317,6)	66,8	30,5	884,1	65,6	240,1	214,1	180,0	74,5	1795,1	1058,4	32,6	+491,6	91,3	4
1913	1216,9 (929,1)	22,9	33,3	1205,9	89,6	12,9	193,4	180,0	70,0	1774,7	713,9	36,2	+ 48,4	68,6	6
1912	1237,2 (898,2)	49,4	32,6	1053,3	90,9	38,6	153,5	180,0	66,9	1527,9	852,9	27,6	+341,2	80,9	5
1911	1172,4 (858,2)	66,8	29,3	906,3	76,9	1,4	176,6	180,0	64,8	1397,5	766,0	21,3	+421,0	83,9	4
1910	1110,6 (826,2)	69,0	28,9	901,8	94,8	173,5	203,4	180,0	64,8	1424,8	885,0	26,4	+256,6	77,9	4
							23. März								
1914	1653,3 (1322,1)	80,2	39,9	864,6	62,6	200,2	266,6	180,0	74,5	1785,0	1094,5	33,3	+538,4	92,6	4
1913	1237,7 (950,9)	23,4	39,2	1233,2	78,4	22,6	232,5	180,0	70,0	1780,3	798,3	38,4	+ 70,1	69,5	6
1912	1248,4 (904,1)	50,5	39,8	1074,6	63,9	6,5	142,9	180,0	66,9	1547,2	803,2	29,4	+341,6	80,7	5
1911	1193,8 (871,3)	68,4	34,9	890,5	59,7	2,4	184,5	180,0	64,8	1409,1	758,4	21,9	+438,0	84,7	4
1910	1133,6 (843,7)	69,6	37,0	954,1	90,8	178,2	204,9	180,0	64,8	1473,5	920,6	29,3	+239,6	76,9	4
							31. März								
1914	1579,4 (1259,9)	58,9	10,2	1361,8	84,2	292,4	220,5	180,0	74,5	2427,7	890,5	34,7	— 29,2	65,5	4
1913	1207,4 (923,1)	16,6	12,3	1717,3	125,4	87,4	194,6	180,0	70,0	2324,7	743,8	42,4	—338,4	51,9	6
1912	1151,6 (819,6)	37,1	10,4	1652,1	111,2	17,1	121,6	180,0	66,9	2099,5	722,6	32,1	—150,3	54,8	5
1911	1059,4 (750,9)	59,8	10,7	1314,8	261,3	3,3	209,3	180,0	64,8	1973,6	676,3	23,8	— 93,7	53,7	4
1910	1040,8 (758,1)	63,1	11,0	1280,9	198,3	153,3	196,0	180,0	64,8	1915,9	754,0	28,9	—328,1	54,3	4

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.
**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im März.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	März 1914	Metall-bestand	Reichs-kassen-scheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Reserv.-Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 616 232	64 985	21 936	900 835	69 612	259 966	207 286	180 000	74 479	1 856 878	997 215	—	32 280	+ 396 275	—
	14.	1 639 295	66 856	30 492	884 051	65 611	240 116	214 091	180 000	74 479	1 795 079	1 058 377	—	32 577	+ 491 564	—
	23.	1 653 296	80 254	39 878	864 563	62 574	200 254	266 469	180 000	74 479	1 785 042	1 094 484	—	33 283	+ 538 386	—
	31.	1 579 445	58 896	10 164	1 361 818	84 168	292 376	220 486	180 000	74 479	2 427 670	890 487	—	34 717	+ 29 165	—
Bayerische Notenbank	7.	33 172	101	3 821	40 031	2 588	54	3 125	7 500	3 750	63 878	3 977	—	3 787	+ 5 216	574
	14.	33 772	190	2 861	40 873	2 546	54	2 971	7 500	3 750	64 184	4 028	—	3 805	+ 4 639	735
	23.	34 006	216	3 017	40 397	2 570	54	3 076	7 500	3 750	64 593	3 840	—	3 653	+ 4 646	588
	31.	32 638	139	4 069	41 615	2 664	54	3 006	7 500	3 750	66 110	3 200	—	3 625	+ 2 736	494
Sächsische Bank	7.	17 566	1 077	10 923	42 398	32 226	8 270	17 774	30 000	7 500	43 005	25 045	23 523	1 161	+ 3 332	2
	14.	18 713	1 158	14 500	42 153	33 566	8 387	15 118	30 000	7 500	45 609	29 285	19 154	2 047	+ 5 533	4
	23.	19 639	1 349	20 415	41 890	32 685	8 194	16 020	30 000	7 500	51 727	28 357	20 554	2 053	+ 6 447	1
	31.	22 127	1 044	6 547	59 026	36 287	8 245	5 049	30 000	7 500	57 506	23 681	17 560	2 078	— 11 017	2
Württembergische Notenbank	7.	9 192	181	1 825	20 571	16 139	2 585	1 570	9 000	1 625	19 388	19 481	7	2 561	+ 1 810	1 174
	14.	9 349	166	1 526	20 974	16 118	2 585	3 108	9 000	1 625	21 104	19 507	7	2 582	+ 63	1 238
	23.	9 820	211	4 097	20 706	16 037	2 522	980	9 000	1 721	22 463	20 253	7	928	+ 1 665	650
	31.	8 433	156	1 386	19 641	15 872	2 522	1 037	9 000	1 721	20 482	16 869	7	966	+ 507	2 730
Badische Bank	7.	6 882	6	1 094	17 620	13 261	919	3 816	9 000	2 250	17 670	13 286	—	1 392	+ 312	382
	14.	7 987	2	1 172	17 918	12 331	781	3 407	9 000	2 250	18 976	12 979	—	394	+ 185	562
	23.	9 276	15	2 074	17 727	12 708	752	3 828	9 000	2 250	21 134	13 585	—	410	+ 231	381
	31.	5 972	14	847	17 415	11 957	675	3 513	9 000	2 250	14 725	13 983	—	435	— 507	1 009
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 683 044	66 350	39 599	1 021 455	133 826	271 794	233 571	235 500	89 604	2 000 819	1 059 004	23 530	41 181	—	—
	14.	1 709 116	68 372	50 551	1 005 969	130 172	251 923	238 695	235 500	89 604	1 944 952	1 124 176	19 161	41 405	—	—
	23.	1 726 037	82 045	69 481	985 283	126 574	211 776	290 373	235 500	89 700	1 944 959	1 160 519	20 561	40 327	—	—
	31.	1 648 615	60 249	23 013	1 499 515	150 948	303 672	233 091	235 500	89 700	2 586 493	948 220	17 567	41 821	—	—

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im März (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 März 4.	41,79	11,15	38,68	28,50	22,44	40,88	31,74	50 1/8	3
„ 11.	41,64	11,15	40,12	28,24	24,95	39,92	31,85	49 1/8	3
„ 18.	41,17	11,15	43,82	28,43	27,45	40,45	31,19	45 7/8	3
„ 25.	40,86	11,15	46,64	28,59	28,74	41,42	30,72	43 3/4	3
1913 März 5.	37,48	13,03	42,53	28,11	24,64	40,48	27,81	42 3/4	5
„ 12.	37,47	13,03	44,64	27,94	26,77	40,53	27,92	41 1/4	5
„ 19.	36,86	13,03	44,82	28,48	25,63	40,66	26,83	40 1/2	5
„ 26.	36,54	13,03	46,03	28,25	26,11	41,29	26,74	39 5/8	5
1912 März 6.	39,08	15,12	39,98	28,25	23,67	42,46	29,27	44 1/4	3 1/2
„ 13.	37,98	14,28	43,06	28,12	23,77	43,59	28,31	42	3 1/2
„ 20.	38,34	14,28	41,90	28,05	25,00	41,61	28,74	43 1/8	3 1/2
„ 27.	38,27	14,28	41,10	28,49	25,86	39,37	28,23	43 1/4	3 1/2
1911 März 1.	38,15	14,64	32,80	27,52	19,02	39,24	29,08	49 7/8	3 1/2
„ 8.	38,64	14,64	31,94	27,25	21,50	36,67	29,85	51 1/4	3 1/2
„ 15.	40,15	14,64	35,61	27,11	23,38	40,07	31,49	49 5/8	3
„ 22.	40,32	15,14	39,05	27,37	25,78	41,45	31,40	46 3/4	3
„ 30.	39,65	15,14	37,76	27,80	25,39	39,46	30,30	46 3/4	3
1910 März 2.	35,95	13,98	29,63	28,26	11,25	40,25	26,14	50 3/4	3
„ 9.	35,24	13,98	29,12	27,99	8,37	42,18	25,70	50 7/8	3
„ 16.	34,40	13,98	29,89	27,90	9,64	40,90	24,94	49 3/8	3
„ 23.	33,92	13,98	30,43	28,78	7,26	42,42	23,59	47 1/2	4
„ 30.	33,59	13,98	33,01	28,74	8,88	43,11	23,30	47 3/4	4

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im März (von 1910—1914). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in %	Bank-disk. %	Gold-Präm. %
						staatl.	priv.			
1914 März 5.	3602,9	642,9	1402,5	1016,0	5946,8	209,4	646,8	71,3	3 1/2	—
„ 12.	3610,3	637,1	1379,2	992,5	5813,2	189,0	634,3	73,1	3 1/2	—
„ 19.	3621,5	634,0	1395,4	986,3	5803,2	169,6	690,3	73,3	3 1/2	—
„ 26.	3624,2	632,9	1406,1	976,9	5743,1	270,3	682 5	74,1	3 1/2	—
1913 März 6.	3211,6	617,8	1681,9	948,3	5760,7	193,9	555,4	66,5	4	—
„ 13.	3206,6	609,3	1673,8	936,2	5677,5	188,3	564,1	67,1	4	—
„ 20.	3215,9	612,2	1628,5	933,4	5642,8	185,0	609,5	67,8	4	—
„ 27.	3235,2	607,1	1781,1	922,2	5590,6	243,2	732,5	68,7	4	—
1912 März 7.	3219,8	803,8	1123,8	900,0	5334,9	150,0	602,2	75,4	3 1/2	—
„ 14.	3217,9	801,7	1149,6	890,4	5311,4	171,1	614,1	75,6	3 1/2	—
„ 21.	3245,8	801,3	1136,6	894,9	5238,6	168,8	731,3	77,3	3 1/2	—
„ 28.	3249,5	806,7	1900,2	933,5	5222,8	248,5	1270,0	77,5	3 1/2	—
1911 März 2.	3243,5	830,9	1254,4	800,3	5313,1	136,4	568,3	76,7	3	—
„ 9.	3243,0	832,2	1043,2	815,2	5250,5	96,3	550,5	77,6	3	—
„ 16.	3245,1	832,6	1002,3	805,7	5194,8	140,8	529,9	78,5	3	—
„ 23.	3250,6	839,5	1001,2	803,8	5138,0	146,2	603,4	79,5	3	—
„ 30.	3241,1	839,4	1201,4	803,3	5239,3	116,2	741,0	77,9	3	—
1910 März 3.	3476,0	872,8	1034,1	700,4	5327,2	96,3	557,4	81,1	3	—
„ 10.	3479,2	870,4	829,9	705,6	5226,0	75,4	564,6	83,2	3	—
„ 17.	3469,1	869,7	811,2	698,7	5182,8	44,6	601,4	83,7	3	—
„ 24.	3463,1	872,8	832,6	695,3	5142,4	126,2	575,6	84,5	3	—
„ 31.	3458,9	873,2	1136,3	696,9	5342,7	97,0	616,0	81,1	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1910 bis 1911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Nationalbank von Rumänien.

Wochenausweise vom Oktober bis Dezember 1912—1913.

(in 1000 Lei.)

Ausweis-Tag (alter Stil)	Metall		Guthab. im Ausl.	Wechs.	Darlehen*)	Notenumlauf	nicht metall. gedeckte Noten	Bankdiskont %
	Gold	Silber						
1913 Oktbr. 5.	154 161	1270	56 642	198 896	70 116	459 856	304 425	6
„ 12.	154 007	1265	56 642	202 708	66 876	458 785	303 513	6
„ 19.	153 832	1262	56 642	202 924	67 119	460 381	305 287	6
„ 25.	153 718	1244	56 642	203 343	65 942	460 622	305 660	6
Novbr. 2.	153 465	1243	56 642	204 493	59 778	452 464	297 756	6
„ 9.	153 268	1235	56 642	206 547	57 654	453 209	298 706	6
„ 16.	153 060	1236	56 642	207 911	48 519	456 119	301 823	6
„ 23.	152 849	1238	56 642	219 654	39 548	457 338	303 251	6
„ 30.	152 625	1274	56 642	222 233	45 992	457 820	303 921	6
Dezbr. 7.	152 355	1292	56 642	212 750	43 131	445 440	291 793	6
„ 14.	152 091	1308	56 642	213 699	43 551	446 802	293 403	6
„ 21.	151 703	1319	56 642	207 837	47 081	439 757	286 735	6
1912 Oktbr. 6.	163 203	436	65 663	194 220	97 273	488 765	325 126	5
„ 13.	162 548	438	65 663	187 248	99 857	486 462	323 476	5
„ 20.	161 757	496	65 745	174 897	115 956	482 859	320 606	6
„ 27.	161 232	527	65 688	192 341	97 822	480 620	318 861	6
Novbr. 3.	160 657	617	65 688	184 565	104 339	474 351	313 077	6
„ 10	161 124	639	65 453	173 512	105 653	470 114	308 351	6
„ 17.	160 324	741	65 453	178 110	96 545	463 399	302 334	6
„ 24.	159 775	793	65 453	180 425	87 977	456 193	295 625	6
Dezbr. 1.	158 784	888	65 453	171 778	83 598	445 573	285 901	6
„ 8.	157 862	953	65 453	168 432	83 363	444 313	285 498	6
„ 15.	156 804	1042	65 453	160 524	79 519	437 970	280 124	6
„ 22.	155 839	1046	64 218	148 831	86 413	427 659	240 774	6

*) Inkl. Saldo des Kontokorrents und für 1913 einschl. rund 13 Mill. Lei Darlehen an die Regierung.

Nationalbank von Serbien.

Wochenausweise vom Oktober bis Dezember 1912—1913.

(Tausend Dinar.)

Ausweis-Tag (alter Stil)	Metallbestand		Guthab. im Ausld.	Wechsel	Darlehen	Verbindl. bzw. Depos.	Banknotenumlauf	nicht metall. gedeckte Noten	Bankdisk.* %
	Gold	Silber							
1913 Oktbr. 8.	73 122	1857	10 527	8945	39 745	535	122 685	47 706	7 (6)
„ 15.	73 681	1957	8 691	8926	40 411	386	122 361	46 723	7 (6)
„ 22.	74 954	2109	7 106	8953	41 052	314	122 909	45 846	7 (6)
„ 31.	72 204	2952	6 302	8974	40 724	312	120 156	45 000	7 (6)
Novbr. 8.	71 981	3010	6 302	8974	40 940	307	117 365	42 374	7 (6)
„ 15.	69 148	3158	2 457	8707	41 584	228	114 570	42 264	7 (6)
„ 22.	65 407	3370	3 794	8882	41 565	234	112 252	43 475	7 (6)
„ 30.	62 302	3465	3 696	8911	41 647	273	109 175	43 408	7 (6)
Dezbr. 8.	61 038	3708	3 146	8883	40 876	221	106 739	41 993	7 (6)
„ 15.	59 491	3835	4 265	8852	40 246	1 400	104 736	41 410	7 (6)
„ 22.	58 479	4137	4 171	8816	41 101	1 334	104 725	42 109	7 (6)
„ 31.	57 842	4272	3 637	8857	40 744	1 316	103 439	41 325	7 (6)
1912 Oktbr. 8.	44 765	4478	24 571	6831	42 006	21 472	83 953	34 710	7 (6)
„ 15.	48 744	4363	26 600	6831	37 476	19 414	89 486	36 379	7 (6)
„ 22.	48 908	4231	26 423	6805	37 357	19 493	89 195	36 056	7 (6)
„ 31.	48 880	4127	26 739	6777	36 881	17 486	90 176	37 249	7 (6)
Novbr. 8.	48 746	4042	26 654	6755	36 825	17 512	90 526	37 738	7 (6)
„ 15.	48 566	3869	26 441	6686	36 625	17 319	90 063	37 628	7 (6)
„ 22.	48 233	3817	26 182	6663	36 559	14 710	91 925	39 875	7 (6)
„ 30.	49 968	3717	26 033	6504	36 608	13 269	92 322	39 637	7 (6)
Dezbr. 8.	50 201	3652	26 277	6534	36 040	13 164	92 283	39 430	7 (6)
„ 15.	50 264	3642	26 211	6463	35 940	13 169	91 885	37 979	7 (6)
„ 22.	50 274	3595	26 090	6413	35 866	11 167	91 656	37 787	7 (6)
„ 31.	50 436	3536	26 090	6387	35 886	11 180	93 625	39 653	7 (6)

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	pf	Passiva.	M.	pf
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	40 021 862	17	Eingezahlte Kommandit-Anteile	200 000 000	—
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	9 741 329	13	Allgemeine (gesetzliche) Reserve	57 300 000	—
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			Besondere Reserve	24 000 000	—
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten M. 257 539 351,46			Kreditoren		
b) eigene Akzepte „ —,—			a) Nostroverpflichtungen M. —,—		
c) eigene Ziehungen „ —,—			b) seitens der Kundschaft b. Dritten benutzte Kredite „ 11 623 072,—		
d) Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank „ —,—	257 539 351	46	c) Guth. deutscher Banken und Bankfirmen „ 75 802 530,86		
Nostroguthaben bei Banken u. Bankfirmen	71 163 926	78	d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung		
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	104 955 574	85	1. innerhalb 7 Tag. fäll. M. 144 765 912,56		
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	133 849 721	99	2. dar. hinaus bis zu 3 Mon. fäll. „ 92 807 003,52		
davon am Bilanztage gedeckt			3. nach 3 Mon. fäll. „ 67 156 113,05 „ 304 730 029,13		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine M. 43 614 110,50			e) sonstige Kreditoren		
b) durch andere Sicherheiten „ 22 622 526,24			1. innerhalb 7 Tag. fäll. M. 191 509 888,10		
Eigene Wertpapiere			2. dar. hinaus bis zu 3 Mon. fäll. „ 82 985 569,67		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten M. 13 544 906,50			3. nach 3 Mon. fäll. „ 7 372 893,72 „ 281 868 351,49	674 023 983	48
b) sonstige bei der Reichsbank u. ander. Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere „ 2 799 163,55			Akzepte und Schecks		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere „ 9 402 095,45			a) Akzepte M. 246 331 308,80		
d) sonstige Wertpapiere „ 4 373 943,85	30 120 109	35	b) noch nicht eingel. Schecks „ 4 609 698,37	250 941 007	17
Konsortial-Beteiligungen	60 717 232	13	Außerd. Av.- u. Bürgschaftsverpflicht. M. 57 012 619,50		
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	50 000 000	—	Eigene Ziehungen „ —,—		
Dauernde Beteiligungen bei ander. Banken und Bankfirmen	64 723 559	13	davon für Rechnung Dritter „ —,—		
Debitoren in laufender Rechnung			Weiterbegeb. Solawechs. d. Kunden an d. Order der Bank „ —,—		
a) gedeckte M. 292 234 991,60			David Hansemannsche Pensionskasse M. 5 108 685,70		
dav. durch börseng. Effekt. gedeckt M. 162 759 651,30			Hierzu Ueberweis. aus d. Gew.-u. Verl.-Rechnung von 1913 „ 300 000,—	5 408 685	70
b) ungedeckte „ 99 060 164,79	391 295 156	39	Adolph-von-Hansemann-Stiftung M. 500 092,59		
Außerdem Aval- und Bürgschaftsdebitoren M. 57 012 619.15			Schoeller-Stiftung „ 243 899,65		
Effekten-Bestände der Pensionskasse und der Stiftungsfonds	5 986 385	65	Dr. Arthur Salomonsohn-Stiftung „ 49 324,65		
Mobilien	200 000	—	Sonst. Stiftungsfonds für d. Angestellten d. Gesellsch. „ 292 781,60	1 086 048	49
Bankgebäude in Berlin, London, Bremen, Frankfurt a. M., Mainz, Frankfurt a. O. und Essen M. 18 939 164,74			Noch nicht abgehob. Div. der früheren Jahre	35 490	—
Abz. Ueberweisung aus d. Gewinn- und Verlust-Rechnung von 1913 „ 1 000 000,—	17 939 164	74	Rückstellung f. Talonsteuer M. 1 031 428,60		
			Hierzu Ueberweis. aus d. Gew.-u. Verl.-Rechnung von 1913 „ 272 857,15	1 304 285	75
			10 % Div auf M. 200 000 000 Kommand.-Ant.	20 000 000	—
			Tantieme des Aufsichtsrats	631 578	94
			Gewinn-Beteiligung der Geschäftsinhaber	2 305 263	16
			Uebertrag auf neue Rechnung	1 217 031	08
	1 238 253 373	77		1 238 253 373	77

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1913.

Soll.	M.	pf	Haben.	M.	pf
Verwaltungskosten einschl. Tantieme der Angestellten	12 666 216	72	Saldo-Vortrag aus 1912	1 209 022	75
Steuern	2 090 435	27	Effekten	3 242 425	72
Zu verteilender Reingewinn	25 726 730	33	Kurswechsel	1 784 885	68
			Coupons	158 149	98
			Verfallene Dividende	378	—
			Provision	9 840 496	29
			Diskont und Zinsen	16 088 810	74
			Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	5 000 000	—
			Dauernde Beteiligungen bei ander. Banken und Bankfirmen	3 214 768	16
	40 483 382	32		40 483 382	32

Digitized by Google

Die Bank mit den 300 Millionen.

Wenige Wochen, nachdem die Deutsche Bank die Bergisch-Märkische Bank ihrem Filialsystem einverleibt und damit einen weiteren Vorstoß in das rheinisch-westfälische Industrierevier gemacht hat, ist sie von einer anderen Berliner Großbank mit einer Aktion übertrumpft worden, die an Größe und Bedeutsamkeit fast erschreckend wirkt: Die Verwaltung der Disconto-Gesellschaft hat beschlossen, den A. Schaaffhausen'schen Bankverein, die älteste Aktienbank und zugleich die größte reine Industriebank Deutschlands, in sich aufzunehmen. Sie wird die 145 Mill. M. Aktien des Berlin-Kölner Instituts gegen 87 Mill. M. ihrer eigenen Kommandit-Anteile eintauschen und dann aus dem alten Schaaffhausen'schen Bankverein einen neuen mit nur 100 Mill. Kapital und 10 Mill. M. Reserven machen, der in demjenigen Maße, das der Disconto jeweilig beliebt, nach außen hin seine Selbständigkeit bewahren wird. Die tatsächliche Einordnung des Instituts in die Interessensphäre der Disconto-Gesellschaft erfolgt durch das zweifache Bindeglied der neuen Schaaffhausen-Aktien, die Eigentum der Disconto bleiben, und der geschäftsführenden Personen, die von der Disconto-Gesellschaft bestellt und zum Teil mit ihren eigenen Geschäftsinhabern identisch sein werden. Es ist das die historische Angliederungsmethode der Disconto-Gesellschaft, die sie schon 1895 bei der Uebernahme der Norddeutschen Bank in Hamburg angewendet hat. Zur Durchführung der Transaktion wird sie ihr Aktienkapital, das sie erst im März von 200 auf 225 Mill. gebracht hat, auf nicht weniger als 300 Mill. M. erhöhen.

Damit fällt zum ersten Male eine wirkliche deutsche Großbank dem Konzentrationsprozeß zum Opfer. Die Berliner Bank, die im Jahre 1905 in die Commerz- und Disconto-Bank aufgegangen ist, ist

Digitized by Google

mit ihren 42 Mill. M. Kapital und ihrem unbedeutenden Geschäft niemals als Großbank angesehen worden, ebensowenig die Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co., die mit 30 Mill. M. Aktienkapital gearbeitet hat und seit 1904 nur noch als eine besondere Abteilung der Dresdner Bank fortlebt. Berliner Banken von wirklicher Bedeutung anderen Banken anzugliedern, hat man bisher noch stets vermieden, obwohl die Gelegenheit dazu sich wiederholt — z. B. bei der Berliner Handels-Gesellschaft — dargeboten hat.

Volkswirtschaftliche Gründe dafür, warum heute geschieht, was früher unterlassen wurde, sind nicht leicht beizubringen. Man könnte versucht sein, in der Jagd nach den Depositen, die in Deutschland erst wenige Dezennien alt ist, die treibende Kraft des Zusammenschlusses zu erblicken. Denn auf die Depositen übt ein einziges hohes Aktienkapital eine größere Anziehungskraft aus als zwei halb so große Kapitalien. Aber das hieße außer acht lassen, daß die Ueberlegenheit eines kapitalstarken Instituts sich auch schon vor der Zeit des modernen Depositen- und Scheckverkehrs sehr deutlich, wenn auch auf andere Weise, geäußert hat. Das Ansehen, das eine Bank mit hohem Eigenkapital in der Industrie und an der Börse genoß, und die Fülle der Geschäftsgelegenheiten, die sich daraus für sie ergab, mußte auch damals schon Anreiz genug zu Fusionen großen Stils bieten. Zwei Momente mögen es gewesen sein, die sich früher der Vereinigung bedeutender Unternehmungen — übrigens nicht nur im Bankwesen, sondern auch in der Industrie — in den Weg gestellt haben. Einmal die stärkere Individualität der Unternehmungen und der Menschen. Jede Bank und jede Fabrik hatte ihre charakteristische Note, die ihre Stärke ausmachte, und ihre besonders geartete Geschäftsleitung mit bestimmten Ansichten und Prinzipien, mit Eigenwillen und Unabhängigkeitsdrang. Jetzt haben Massenproduktion und Kartellbewegung bei den Werken, interlokales und internationales Konsortialgeschäft bei den Banken die Charaktere abgeschliffen, die Geschäfte uniformiert, die Gegensätze ausgeglichen. Und zum andern haben sich die Gewohnheiten des kapitalistischen Publikums geändert. Auch die Kapitalsanlage war früher

Digitized by Google

individuell gefärbt; es bestanden nicht nur rein materielle Beziehungen zwischen Anteilhaber und Gesellschaft. Wer heute an der A-Bank beteiligt war, die er kannte, dachte gar nicht daran, sich morgen an der B-Bank zu beteiligen, die ihm fremd war. Das ist ebenfalls ganz anders geworden. Der deutsche Aktionär der Gegenwart weiß kaum, was seine Gesellschaft tut und treibt, und außer Dividende und Kursstand ist ihm alles gleichgültig. Auch der Name. Wenn die A-Bank heute Geschäft und Verwaltung an die B-Bank abgibt und deren Firma annimmt, so merkt er es kaum. Das erleichtert natürlich die Fusion ganz ungemein, da ihre wichtigste Voraussetzung ist, daß die Aktionäre in den Tausch der Aktien willigen und ihre Papiere nicht auf den Markt werfen.

Ist diese Argumentation richtig, so ist eigentlich der Schaaffhausen'sche Bankverein das denkbar ungeeignetste Fusionsobjekt unter den Großbanken. Denn gerade er hat sich seine Eigenart all die 66 Jahre seines Bestehens hindurch gewahrt, und seine Geschäftshandhabung unterscheidet sich noch heute wesentlich von der aller seiner Berliner Kolleginnen, auch von derjenigen der Berliner Handels-Gesellschaft, der einzigen Bank, die gleich ihm das Kreditgeschäft völlig in den Dienst des Effektengeschäfts stellt. Der Schaaffhausen'sche Bankverein ist seit jeher dasjenige Institut, das am meisten, und zwar mit vollem Bewußtsein, gegen die alte Bankregel verstößt, nur solche Kredite zu gewähren und nur solche Effektengeschäfte einzugehen, deren Realisierung jederzeit möglich ist. Seine industriellen Kredite erinnern in ihrer Langsichtigkeit an die Vorschüsse ländlicher Kreditgenossenschaften; trotzdem sind sie zu einem weit höheren Prozentsatz ohne Spezialdeckung hingegeben als bei allen anderen Großbanken. Sein Effekten-Portefeuille besteht zu einem ungewöhnlich großen Teil aus Kuxen, Bohranteilen und sonstigen schwer oder gar nicht verkäuflichen Wertpapieren, und auch seine Wechselbestände sind, da sie zum großen Teil ihren Ursprung in Finanzgeschäften seiner eigenen industriellen Gründungen haben, nicht ohne weiteres zu Gelde zu machen. Diese Schwerflüssigkeit der Anlagen, die den Bankverein auszeichnet, und die theoretisch ein banktechnischer Fehler ist, hat jahrzehntelang

Digitized by Google

nicht nur keine Gefahr für das Institut bedeutet, sondern geradezu seine Stärke ausgemacht. Denn die rheinische Industrie, die bei keiner zweiten Bank den festen und dauernden Rückhalt fand wie beim Bankverein, schuf selbst die Voraussetzung für diesen Rückhalt, indem sie „ihrer" Bank alle verfügbaren Mittel überließ. Zwischen der Bank und einem großen Teil der führenden industriellen Kreise bestand das stillschweigende Uebereinkommen, daß die Mittel, deren sie bedurfte, ihr in Form von Depositen, nötigenfalls auch von Akzepten überlassen wurden, wogegen die Effektenabteilung der Bank wiederum dafür zu sorgen hatte, daß die Werke, als Ganzes genommen, stets einen entsprechenden Ueberschuß an Geldern hatten. Für die paritätische Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen sorgte ein Aufsichtsratsaustausch zwischen Bank und Industrie, zwischen denen so ein noch engerer Zusammenhang und eine noch größere Solidarität geschaffen wurde, als man sie sonst zwischen den Banken und ihrer Großkundschaft findet — vielleicht von der Berliner Handels-Gesellschaft abgesehen.

Eine Angliederung dieser Bank mit ihren eigenartigen Existenzbedingungen und ihrer festen Verankerung im rheinischen Heimatsboden an eine der typischen Berliner Großbanken ist, so sollte man meinen, wenn auch kein Ding der Unmöglichkeit, so doch eine geschäftliche Unklugheit. Denn die übernehmende Bank muß damit rechnen, daß ein Teil des wertvollen Kundenstammes aus lokalpatriotischen oder sonstigen Gründen zu einer der rheinischen Konkurrenzbanken übergeht. Für dieses Bedenken ist man auch tatsächlich nicht blind gewesen. Das geht schon daraus hervor, daß man dem Bankverein nach außen hin seine Selbständigkeit läßt, und daß man seine Berliner Niederlassung auflöst, seinen geschäftlichen Schwerpunkt also nach Cöln verlegt. Aber alle diese Kautelen schwächen lediglich einige Wirkungen der Angliederung ab; sie erklären nicht, warum der Anschluß des Bankvereins an die Disconto-Gesellschaft überhaupt erfolgt.

Zunächst ist man natürlich versucht, den Grund in den großen Verlusten zu suchen, die der Schaaffhausensche Bankverein in den letzten Jahren erlitten hat, und

Digitized by Google

die seine Dividende erst auf 5, dann auf 3 pCt. herabgedrückt und seine Reserven geschwächt haben. Die Zweiteilung der Geschäftsleitung zwischen Cöln und Berlin ist dem Bankverein nicht gut bekommen. Er hat nicht nur auf dem Berliner Grundstücksmarkt und bei seiner Kreditgewährung an den Berliner Handel viele Millionen eingebüßt, sondern auch in seiner engeren Heimat, namentlich aber im Konzern der früher so ertragreichen Internationalen Bohrgesellschaft große Summen verloren. Die unfreiwillige Lösung der Interessengemeinschaft, die er fünf Jahre lang, von 1903 bis 1908, mit der Dresdner Bank unterhalten hatte, bedeutete einen weiteren harten Schlag für den Bankverein, dem dadurch nicht nur ein starker Rückhalt verloren ging, sondern zugleich ein gefährlicher Konkurrent erstand, der genau seine Schwächen kannte und, wenn er wollte, ausnützen konnte. In alledem liegt indessen nicht der eigentliche Grund für die Aufgabe seiner Selbständigkeit. Jede andere Bank hätte unter solchen Umständen vielleicht für ihre Depositen und weiterhin für ihre Solvenz fürchten müssen. Die engen Beziehungen des Bankvereins zu seinen großen Einlegern aber enthoben ihn solcher Besorgnisse und verbürgten ihm eine ruhige Fortexistenz. Die Abschreibungen, die er angesichts der verschlechterten Wirtschaftslage auf seine Bestände und Forderungen wahrscheinlich noch hätte vornehmen müssen, konnten ohne weiteres aus den noch immer recht hohen Reserven gedeckt werden. Und Gelegenheit zu gewinnbringenden Geschäften und allmählicher Aufbesserung der Dividende gab es für ihn vollauf. So wird es verständlich, daß ein großer Teil der Aufsichtsrats-Mitglieder noch unmittelbar vor Abschluß des Vertrags mit der Disconto-Gesellschaft mit aller Energie für die Selbständigkeit des Bankvereins eingetreten ist.

In den Verhältnissen des Bankvereins hat man die Ursache also nicht zu erblicken, wenn er diese Selbständigkeit jetzt verliert. Man hat sie auch nicht in Momenten höherer, allgemein-wirtschaftlicher Natur zu suchen. Sondern es ist hier, wie bei so vielen bedeutsamen Vorgängen, hinter denen der Volkswirt gern die zwingende Wirkung eines Gesetzes vermuten möchte, lediglich die Rücksicht auf persönliche Interessen maßgebend gewesen.

Digitized by Google

Diese Interessen waren verschiedener Art. Am stärksten beeinflußt haben das Schicksal des Bankvereins die Befürchtungen einer Reihe von Aufsichtsratsmitgliedern, sie könnten bei selbständigem Fortbestehen des Instituts größere Verluste erleiden. Diese Herren hatten, als infolge des Dividendenrückgangs beim Schaaffhausen'schen Bankverein ein starkes Angebot von Aktien einsetzte, im Interesse der Bank interveniert und nach und nach einen Aktienbesitz von rund 20 Mill. M. angesammelt. Die Aussicht, diesen Bestand ohne erheblichen Kursverlust wieder abstoßen zu können, war auf Jahr und Tag hinaus sehr gering. Die Wahrscheinlichkeit sprach vielmehr dafür, daß man gezwungen sein würde, die 20 Mill. M. Aktien eine ganze Reihe von Jahren zu behalten, ja sogar den Besitz noch erheblich zu vermehren, wenn man den Kurs der Schaaffhausen-Aktien über pari halten wollte, wie es die Rücksicht auf das Prestige der Bank wünschenswert machte. Es ist den Herren nicht zu verübeln, wenn sie nach Mitteln und Wegen suchten, um aus dieser peinlichen Lage herauszukommen. Und da bot sich ihnen kaum ein besserer Weg als der en-bloc-Verkauf an eine erweiterungslustige Großbank. Es ist heute offenes Geheimnis, daß der Schaaffhausen'sche Bankverein — sehr gegen den Willen des pekuniär weniger interessierten Teils des Aufsichtsrats — nach und nach so ziemlich allen großen Banken als Fusionsobjekt angeboten worden ist, was natürlich nicht dazu beigetragen hat, den Ruf des Instituts und den Kursstand seiner Aktien zu verbessern. Und wenn schließlich nach längerer Weigerung die ziemlich harten Bedingungen der Disconto-Gesellschaft angenommen worden sind, so ist dabei der Umstand, daß diese Bedingungen immerhin einen Erlös von rund 112 pCt. für die angesammelten 20 Mill. M. Schaaffhausen-Aktien bedeuteten, erheblich ins Gewicht gefallen.

Aber noch ein zweiter Grund hat dabei mitgesprochen, auch dieser mehr persönlicher als sachlicher Natur. Wenn maßgebende rheinische Kreise „ihren" Schaaffhausen'schen Bankverein erhalten wissen wollten, so wurden sie hierzu erst in zweiter Reihe durch ideelle Motive bestimmt; ausschlaggebend war für sie der materielle Nutzen, den das Institut ihren Werken bringen sollte. Es kam

Digitized by Google

ihnen darauf an, dem Revier den großen Kreditgeber zu erhalten. Gerade angesichts der jetzigen Börsendepression, die der Unterbringung neuer Aktien und Obligationen hinderlich war, während andererseits die bevorstehende Erneuerung der maßgebenden Kartelle jedem Werk den schnellen Ausbau seines Programms zum Zweck der Erhöhung seines Beteiligungsanspruchs gebot, gerade jetzt brauchte man die hohen Zwischenkredite einer leistungsfähigen Industriebank. Jene energische Intervention, die nach und nach 20 Mill. M. Schaaffhausen-Aktien in wenigen Händen vereinigte, hatte den ausgesprochenen Zweck, der Bank ihren Kredit und damit ihre Aktionskraft zu sichern. Aber es stellte sich bald heraus, daß die Bewegungsfreiheit des Bankvereins in den letzten Jahren sehr gelitten hatte. Seine Mittel waren zu einem so erheblichen Teil in schwer realisierbaren Werten und Vorschüssen festgelegt, daß er seinen Akzept-Kredit schon auf das äußerste anstrengen mußte, um nicht seinerseits zu Kreditkündigungen schreiten zu müssen. Daran, daß er der Industrie neue Geldmittel in dem erwarteten Umfange zur Verfügung stellen könnte, war also auf absehbare Zeit nicht zu denken. Wenigstens behaupteten das die Pessimisten im Aufsichtsrat. Aber auch die Optimisten wurden bedenklich gestimmt, als im Februar d. J. die Deutsche Bank plötzlich mit ihrer Absicht hervortrat, die andere große rheinische Industriebank, die Bergisch-Märkische Bank, in sich aufzunehmen und sich selbst mit dem ganzen Gewicht ihres Namens und ihres Riesenkapitals im Revier festzusetzen. Man zweifelte zwar nicht daran, daß der alteingewurzelte Schaaffhausen'sche Bankverein sich dieser mächtigen Konkurrenz auf die Dauer gewachsen zeigen würde. Aber man war sich andererseits auch klar darüber, daß die Industrie während der nächsten Zeit vom Bankverein nichts zu hoffen hatte. Und da das Interesse der maßgebenden Industriellen nur einem starken, leistungsfähigen, nicht aber einem zur Passivität verurteilten Bankverein galt, so verstärkte sich jetzt die Sehnsucht nach einer Großbank, die den Bankverein im Kampfe mit der Deutschen Bank unterstützen und ihm sofort seine volle Aktionsfähigkeit zurückgeben könnte.

Nach den Gründen, welche die Disconto-Gesellschaft

Digitized by Google

veranlaßt haben, diese Sehnsucht zu befriedigen und sich unter gewissen Bedingungen dem Bankverein zur Verfügung zu stellen, braucht man nicht lange zu suchen. Dem Institut wurde hier die willkommene Gelegenheit geboten, sich mit einem Schlage zur maßgebenden Bank des rheinischen Industriereviers aufzuschwingen und gleichzeitig ihre offenen und stillen Reserven in ganz außerordentlichem Maße aufzubessern. Denn der Kaufpreis für die Schaaffhausen-Aktien ist mit etwa 112 pCt. nicht nur an und für sich billig — er dürfte ungefähr dem Wert der vorhandenen Aktiva entsprechen, so daß die Disconto-Gesellschaft die werbende Kraft und die vorzüglichen Verbindungen, zwei wichtige Imponderabilien, gratis erhält —, sondern der Kaufpreis wird auch, was noch mehr ins Gewicht fällt, von der Disconto-Gesellschaft eigentlich nur zu etwas mehr als der Hälfte bezahlt. Den Rest deckt das Agio ihrer neuen Anteile, d. h. der Mehrwert, den die Schaaffhausen-Aktionäre diesen Anteilen beilegen, und der die Disconto nicht das mindeste kostet. Vor allem aber war es der Bank willkommen, daß sie den Schlag, den die Deutsche Bank durch die Erhöhung ihres Kapitals auf 250 Mill. M. gegen ihre beiden Rivalen, die Dresdner und die Disconto, geführt hatte, ihrerseits so prompt und so nachdrücklich erwidern konnte. Mit 300 Mill. M. Aktienkapital wird sie bis auf weiteres die größte Bank nicht nur Deutschlands, sondern der Welt sein.

Es entsteht die Frage, ob die Disconto-Gesellschaft den Rang, den ihr die Ziffer ihres Aktienkapitals anweist, auch tatsächlich ausfüllen wird. Bei einer Bank spielt ja das Aktienkapital nicht die ausschlaggebende Rolle, wie überhaupt die Bedeutung des rein Zahlenmäßigen hier um so mehr zurücktritt, je mehr die Höhe des Kapitals, der Reserven, der Depositen usw. von dem juristischen Aufbau des ganzen Bank-Konzerns beeinflußt wird. Es ist klar, daß eine Bank, die, wie die Disconto-Gesellschaft, den ihrem Einfluß unterstehenden großen Instituten die Selbständigkeit, also auch die eigenen Bilanzen, läßt, andererseits aber deren sämtliche Aktien besitzt und in ihrem eigenen Aktienkapital nochmals verkörpert, relativ wenig fremde Gelder bei relativ hohem Eigenkapital ausweisen wird. Die Ziffern allein tun es also nicht, und man

Digitized by Google

hat nicht ohne weiteres diejenige Bank, die sich beim Wettrennen um das höchste Aktienkapital oder um die höchsten Depositen an die Spitze setzt, als das bedeutendste Institut anzusehen. Die Aufnahme des Schaaffhausen'schen Bankvereins und die Erhöhung des Kapitals auf 300 Mill. M. heben die Disconto-Gesellschaft noch keineswegs über die Deutsche Bank hinaus. Aber die Möglichkeit der Hegemonie kann nicht geleugnet werden, zumal bei geschickter Ausnutzung des bedeutenden Machtzuwachses, den die jetzige Transaktion für die Disconto-Gesellschaft bedeutet. Die Vorbedingungen hierfür, die materiellen sowohl wie die historischen, sind sogar ausnehmend günstig.

Jahrzehntelang ist die Disconto-Gesellschaft als größte deutsche Vertreterin der Rothschild-Gruppe und unter der energischen Hand Adolf Hansemanns unbestritten die führende Bank Deutschlands gewesen. Dann aber kam die Zeit, wo sich dem alternden Diktator der klare Blick trübte, und wo eine Reihe bedenklicher Geschäfte den Ruf des Instituts, das bis dahin als die am vorsichtigsten geleitete Bank des Kontinents gegolten hatte, erheblich beeinträchtigten. Diese Periode wird durch die ominösen Namen Venezuelabahn, Popp und Dortmunder Union gekennzeichnet. Der 40 Millionen-Gewinn aus dem Ankauf der Norddeutschen Bankaktien mußte 1895 dazu dienen, die Verluste wettzumachen, die mit jenen Geschäften verbunden gewesen waren. Dadurch erst wurde man auf die volle Größe der Gefahr aufmerksam, in der die Bank ein paar Jahre lang geschwebt hatte, und die Börse sprach von einem „Ritt über den Bodensee".

In diesen Jahren kam die Deutsche Bank hoch. An ihrer Spitze stand der geniale Georg Siemens, ein nüchterner Realpolitiker, der die Dinge sah, wie sie waren, und alle Phrasen verabscheute. Sein klassisches Wort vom Balkon, von dem aus man ängstlichen Depositengläubigern eins pfeift, wenn sie zu viel Geld zurückhaben wollen, kennzeichnet den Mann und seine jeder Sentimentalität und jeder Selbsttäuschung bare, gesundrobuste Denkweise. Er wußte, wie man Geschäfte macht. Er benutzte die Diplomaten, um ihnen, wenn es darauf ankam, genau so zu pfeifen wie den Depositengläubigern.

Digitized by Google

Auch die patriotische Phrase mußte ihm Dienste leisten und ihm Beziehungen im Auslande eröffnen, die sich dann in Geschäfte umsetzten. Zur Verarbeitung dieser Geschäfte im Innendienst der Bank hatte er sich einen Stab tüchtiger Mitarbeiter herangebildet. Durch Errichtung einer Anzahl von Depositenkassen und mehrerer Filialen suchte er nach englischem Muster die Kassenbestände des Publikums an sich zu ziehen, zu einer Zeit, wo — außer der Nationalbank — noch kein Berliner Institut an ein dezentralisiertes Kassensystem dachte. Mit den Geldern, die ihm auf diese Weise und durch Vermittlung seiner neuen Londoner Niederlassung zuflossen, ging er energisch und großzügig an internationale Finanzoperationen heran, wobei eine möglichst schnelle und glatte Abwicklung ihm wichtiger war als die Höhe des jeweiligen Verdienstes. Das Geld der Bank sollte rollen. Bald war er imstande, an der Börse ebensoviel tägliches und Ultimo-Geld zur Verfügung zu stellen, wie die Disconto-Gesellschaft, Bleichröder und Mendelssohn & Co, die drei größten Geldgeber der neunziger Jahre. Es war ein überraschend schneller Aufstieg des noch zehn Jahre zuvor recht ungünstig beurteilten Instituts. Im Jahre 1897 überstieg der Kurs der Deutschen Bank-Aktien zum ersten Male 200 pCt. und zugleich den Kursstand der Disconto-Commandit-Anteile. Der alte Hansemann sah das alles mit einer gewissen geringschätzig-überlegenen Ruhe mit an. Die jüngeren Direktoren der Bank allerdings wurden von Jahr zu Jahr nervöser, sie fühlten sich mit den Popp- und Venezuela-Verlusten nicht mehr sicher; aber es gelang ihnen nicht, Hansemann zu einer energischen Abwehr zu bewegen. Erst 1902, ein Jahr vor seinem Tode, rangen sie ihm die Zustimmung zu einer Kapitalserhöhung (auf 150 Millionen) ab, um wenigstens äußerlich auf gleichem Fuß mit dem Konkurrenz-Institut zu stehen. Aber da war es zu spät. Die Deutsche Bank hatte die Disconto-Gesellschaft bereits definitiv überflügelt. Diese wollte sich zuerst noch auf ein Wettrennen einlassen und brachte, als die Deutsche Bank ihr Kapital auf 160 Mill. M. erhöhte, das ihrige auf 170 Mill. M. Aber die Deutsche Bank antwortete mit zwei neuen, kurz aufeinander folgenden

Digitized by Google

Erhöhungen, die ihr Kapital auf 200 Mill. M. steigerten. Da resignierte die Disconto-Gesellschaft. Erst im Jahre 1911, nachdem auch die Dresdner Bank ihr Kapital auf 200 Mill. M. erhöht hatte, schritt sie zur gleichen Maßregel.

Seit der Jahrhundertwende hat die Deutsche Bank unbestritten die Führung in Deutschland gehabt, und sie hat sie auch heute noch. Aber es hat sich in den letzten Jahren doch manches geändert. Für die Disconto-Gesellschaft haben die letzten 15 Jahre eine Periode der Sammlung und der inneren Kräftigung bedeutet. Sie hat sich, gewitzigt durch den alten 40 Millionen-Verlust, von riskanten Geschäften möglichst zurückgehalten, andererseits aber auf dem Gebiet der Industrie-Finanzierung eine zu Hansemanns Zeiten ungekannte Rührigkeit entfaltet. Bei wilden Börsenbewegungen und bei spekulativen Terraingeschäften wird der Name der Disconto-Gesellschaft heute nicht genannt, wohl aber steht sie in intimen Beziehungen zu einer Reihe der größten und gesundesten Montan- und Schiffahrts-Gesellschaften, Großhandels-Geschäften und Warenhäusern. Umgekehrt hat die Deutsche Bank nach Siemens' Tode eine Schwenkung nach der entgegengesetzten Seite vollzogen und sich ohne sonderlich glückliche Wahl auf allen nur denkbaren Gebieten betätigt. Die Riesenverluste bei der Berliner Terrain- und Bau-Gesellschaft und anderen Grundstücksunternehmungen, eine Reihe von Mißerfolgen bei ihrer amerikanischen Eisenbahn-Politik, bei den Goerz-Minen, den Hohenlohewerken, dem Bamag-Konzern usw. spiegeln eine Situation, die derjenigen der Disconto-Gesellschaft von 1895 ähnelt, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß die Deutsche Bank in der Lage ist, selbst sehr hohe Verluste aus ihren stillen Reserven decken zu können. Fürstentrust und Bagdadbahn, letztere trotz der geschickten Verquickung von Finanz und Politik, sind zwei weitere bedenkliche Kapitel in der neueren Geschichte der Bank, bei der auch in der inneren Verwaltung nicht alles ist, wie es sein sollte. Gewiß, die Bank steht noch immer an der Spitze des privaten Kreditwesens. Aber die gegenwärtige Lage erinnert — um ein dem Pferderennen entlehntes Bild zu gebrauchen — an den interessanten Moment, wo plötz-

Digitized by Google

lich aus dem bunten Knäuel ein Renner vorschießt, der bis dahin seine Kräfte gespart hat. Einen derartigen Vorstoß hat in den letzten Jahren bereits mit mehr Zähigkeit als Vehemenz die Dresdner Bank gemacht; jetzt macht ihn die Disconto-Gesellschaft mit verstärktem Nachdruck, gestützt auf ein Riesenkapital und auf ihre historische Stellung als älteste Berliner Aktienbank.

Daß der Kampf um die Hegemonie im deutschen Bankwesen, der seit anderthalb Jahrzehnten zugunsten der Deutschen Bank entschieden schien, eines Tages wieder entbrennen würde, darauf mußte man gefaßt sein. Daß dieser Kampf aber mit so rohen Mitteln geführt wird, wie es die Kapitalkumulation und die Aufsaugung selbständiger Unternehmen sind, das kann gar nicht genug beklagt werden. Denn selbstverständlich bilden die jüngsten Vorgänge bei der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft keinen Abschluß, sondern einen Anfang. Weitere Banken werden auf dem beschrittenen Wege nachfolgen — vielleicht haben sich bei Erscheinen dieses Heftes schon einige der an der Börse in Umlauf gesetzten Fusionsgerüchte in Tatsachen verwandelt — und aus den 300 Personen, die heute Deutschland wirtschaftlich regieren, werden mit der Zeit 50, 25 oder noch weniger werden. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die neueste Konzentrationsbewegung sich auf das Bankwesen beschränken wird. Die engeren Beziehungen zwischen einzelnen Banken führen naturgemäß auch eine Annäherung zwischen den von ihnen patronisierten Industrie-Konzernen herbei. Die Syndikatsgemeinschaften im Verein mit den Schwankungen der Konjunktur bilden einen weiteren Kitt, und eines Tages werden wir aufwachen und uns die Augen reiben: Neben uns lauter Trusts, vor uns die Notwendigkeit, die Privatmonopole durch Staatsmonopole abzulösen. Und doch haben wir uns im Grunde nichts anderes vorzuwerfen, als daß wir der Entwicklung der Dinge ihren freien, durch die Aktie ein wenig beschleunigten Gang gelassen haben.

Alfred Lansburgh.

Digitized by Google

Sinn und Aussichten einer Europäisierung des chinesischen Geldwesens.

II.

Die europäischen und amerikanischen Währungsratgeber haben den Chinesen bisher nichts anderes vorzuschlagen gewußt, als eine Nachahmung des von England in Indien eingerichteten Systems eines stark unterwertigen Silberumlaufs mit fiktiver Goldwechsel-Parität. Von vornherein muß es sonderbar anmuten, daß ein autonomer Staat etwas kopieren soll, was historisch nur vermöge der politischen Abhängigkeit einer Kolonie entstanden und für ein beherrschtes Wirtschaftsgebiet zum einseitigen Vorteil der Eroberer geschaffen worden ist.

Auch Indien besaß bis 1893 eine reine Silberwährung; doch unterschied sie sich von der chinesischen dadurch, daß ein staatlich geprägtes Silberstück, die Rupie, und nicht wie in China das ungeprägte Gewicht (die Unze) die Einheit bildete. Schon darin drückte sich der Unterschied der politischen Struktur und des wirtschaftlichen Geistes aus; beide ermöglichten in dem passiven Indien die allgemeine Annahme einer von der politischen Autorität — erst den Großmogulen, dann der Ostindischen Compagnie — in Umlauf gesetzten Münze, während der chinesische Verkehr sich vom Staat unabhängig hielt und an dem für die Bewertung allein maßgebenden Metallgewicht festhielt. Allerdings kam Indien so auch zu der Bequemlichkeit eines einheitlichen Münzwesens, während der chinesische Geldverkehr bisher die Mißstände, die mit der Mannigfaltigkeit der Masse und der Feinheit des Geldmetalls verbunden sind, nicht durch gehörige Vereinheitlichung hat abstellen können. Aber die Zentralisation hat in Indien auch jene Eingriffe in den Sinn und die Sicherheit der Geldwerte möglich gemacht, die heute die Signatur des Systems ausmachen. Sie war die Voraussetzung für die willkürliche Einstellung der Silberprägungen für private Rechnung, mit der die indische Regierung 1893 vorging, und wodurch sie die Rupie in eine Blechmarke verwandelt hat, deren Wert heute nur zu $^2/_3$ oder $^3/_5$ auf Metall beruht. Finanzielle Verlegenheiten, in die der fortschreitende Preisfall des Silbers die indischen Staatsfinanzen versetzte, waren die Veranlassung zu jenem Schritt; aber die Diagnose des Uebels war ebenso verfehlt wie das Mittel, in dem man Hilfe suchte.

Die indische Regierung hat nach London jährlich große Zahlungen für Schuldenzinsen, Kapitalsabtragungen, Gehalte, Militärlasten, Pensionen und dergl. in Gold zu leisten; ihre Einnahmen bestehen aber in Silber. Als das Silber infolge der gegen seine monetäre Verwendung gerichteten europäischen Währungspolitik (seit 1872) im Werte fiel, erlitten die indischen

Digitized by Google

Staatsfinanzen natürlich erhebliche Verluste, da die Goldanschaffungen nach London einen immer größeren Teil der aus Silber bestehenden Einkünfte verschlangen. Fast 20 Jahre lang sahen die Engländer dieser Zerrüttung des indischen Budgets untätig zu, obwohl die fortgesetzten Erhöhungen der indischen Steuern sich zu einer auch politisch bedrohlichen Kalamität gestalteten, bis sie 1893 die Rupienprägungen sistierten, um der Rupie einen stabilen Goldwert zu verleihen.

Man gab also dem Silber die Schuld, und glaubte mit der Beseitigung seiner freien Verwendung das Uebel zu heilen. In Wirklichkeit lag die Quelle des letzteren darin, daß die Engländer alles, was sie an Einkünften aus Indien bezogen, in Gold fixiert, das Land selbst aber zu einer reinen Silberwährung genötigt hatten. Indien war seit jeher eigentlich ein Goldland gewesen; es produziert selbst Gold, aber kein Silber. Das Silber war erst durch die mohammedanische Invasion ins Land gekommen, und die Engländer machten die Silberrupie zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu derselben Zeit, da sie daheim zur reinen Goldwährung übergingen. Nachdem dann die Silberrupie genügend verbreitet war, demonetisierte man im Jahre 1852 die bis dahin gleichberechtigt kursierenden Goldmünzen, indem man ihnen die gesetzliche Zahlkraft entzog. Mit Recht nennt Macleod, der schottische Geld- und Kredittheoretiker, jene willkürliche Maßregel der britisch-indischen Regierung, durch die Indien mit einer reinen Silberwährung beglückt worden ist, „this astounding coup de finance, utterly without precedent in the history of the world" (On Indian Currency, 1898).

Daß dieselben Engländer, die in Indien eine reine Silberwährung einrichteten, für ihre eigenen Geldbezüge aus Indien die Goldwährung aufrechterhielten, hatte praktisch nicht viel zu bedeuten, solange das Wertverhältnis der beiden Metalle einigermaßen stabil war; anders aber, als der große Preisfall des Silbers eintrat. Hier wird die Bedeutung der politischen Abhängigkeit für das Geldwesen sichtbar. Die englische Herrschaft schuf für Indien Goldschuldigkeiten, beraubte das Land aber gleichzeitig des Gebrauchs des gelben Metalls, während man doch entweder, bei reiner Silberwährung, auch die Schulden an England in Silber hätte gelten lassen oder, beim Gegebensein von Goldschulden, auch für Goldumlauf und Goldeinkünfte hätte sorgen müssen. Durch nichts ist der finanzielle Druck der englischen Herrschaft so deutlich geworden, als durch die augenfällige Tatsache, daß die Steuerlast in Indien deswegen wachsen mußte, weil es den Engländern beliebt hatte, das Gold aus Indien zu verbannen und die Zirkulation ausschließlich auf Silber zu basieren.

Digitized by Google

Aber selbst bei Aufrechterhaltung der indischen Silberwährung hätten die Engländer ein sehr einfaches Mittel gehabt, die indischen Finanzen vom Silbermarkt unabhängig zu machen. Sie brauchten nur — unbeschadet der sonstigen Silberzahlungen — dem indischen Fiskus Goldeinnahmen in solcher Höhe zu sichern, daß der Golddienst (18 bis 19 Mill. Pfund Sterl. jährlich) daraus bestritten werden konnte. Die Möglichkeit dazu bot vor allem der Zolldienst. Belastete man die Einfuhr der Waren mit Goldzöllen, so konnte man sich ohne Schwierigkeit genügende Goldeinnahmen verschaffen. Die eingeführten Fabrikate müssen vom Handel ohnehin in Gold kalkuliert werden; nichts natürlicher, als auch die Zollabgaben in Gold zu berechnen, zumal jeder Preisfall des Silbers den Preis der aus dem Auslande kommenden Produkte erhöhte, sich mithin der Widerspruch ergab, daß die Zölle, da in Silber fixiert, zu gleicher Zeit niedriger wurden, wo der Wert der verzollten Waren stieg. Nichts konnte also natürlicher sein, als zwar die inneren Steuern im landesüblichen Silber, die Zölle im Verkehr mit dem Auslande dagegen in Gold entrichten zu lassen. Das indische Budget wäre dann in zwei Teile zerfallen: eine Goldbilanz für die Zahlungen nach London und die Einnahmen aus den Zöllen; eine Silberbilanz für den inneren Dienst.

Es ist das, was ich auch den Chinesen vorschlage, um die aus den Schwankungen des Silberpreises für das chinesische Budget entspringenden Unsicherheiten zu beseitigen. Der chinesische Staat hat große Goldlasten; insbesondere hat die von Europa, Japan und Amerika erpreßte Umwandlung der ungeheuren Boxer-Indemnität, die zuerst in Silber (450 Mill. Haikwan-Taels) festgesetzt war, in eine Goldschuld, China, das keine Goldeinkünfte besitzt, mit dem ganzen Risiko des Silbermarktes belastet. Die Goldlasten sind seither durch die Zinsen und Annuitäten der Anleihen, die China aufgenommen hat, noch erheblich gewachsen. Die Erhebung der Einfuhrzölle in Gold statt in Silber würde diese Lasten fest begrenzen und das chinesische Budget von einer gelegentlich, z. B. bei Exzessen der Silberspekulation, geradezu ruinösen Unsicherheit befreien. Diese Unsicherheit dient den Währungsratgebern in China als Hauptargument für ihre künstelnden Entwürfe. Auch China müsse die schwankenden Wechselkurse dadurch stabilisieren, daß es seine Valuta auf Gold gründe — ohne zu einer Goldwährung überzugehen. Von allem anderen abgesehen ist es nun aber offenbar für den Staat weit einfacher und sicherer, das Risiko der Wechselkurse durch Beschaffung gehöriger Goldeinkünfte auszuschalten, als das abenteuerliche Projekt zu verfolgen, den Goldwert der Silberzirkulation des ganzen Landes ein für alle-

Digitized by Google

mal festzulegen. Die Fremden halten freilich die Wechselkurse und den Verkehr mit dem Goldauslande für das Wichtigste; sie interessiert der Handel in den paar Häfen, nicht der innere Verkehr des ungeheuren Landes. Aber das Geldwesen eines Landes von 400 Mill. Menschen läßt sich nicht nach den einseitigen Wünschen des Außenhandels modeln.

In Indien hat der herrschende Handelsbrite freilich die Macht, nach seinem Interesse zu handeln. Eine Belastung des Importhandels mit Goldabgaben, welche die üblen Folgen des von ihm selbst eingeführten ausschließlichen Silberregimes beseitigen könnte, liegt ihm fern. Der britische Freihandel, der in Indien die Manufakturen zerstört hat, um für seinen Absatz freies Feld zu haben, schließt ein wirksames Zollsystem für das wichtigste Absatzgebiet der englischen Industrie aus. Wenn die bestehenden Zollsätze sich infolge des Preisfalls des Silbers noch ermäßigen, um so besser!

Dagegen hat es die indische Regierung 1893 unternommen, den Wert der Silberrupie zu stabilisieren und vom Silber unabhängig zu machen. Die Silberrupie sollte künftig einen festbestimmten Goldwert (16 Pence) darstellen. Man hob das Recht der Privaten, ihr Silber in den Regierungsmünzstätten in Rupien zu verwandeln, auf und erklärte, künftig neue Silberrupien oder Rupiennoten nur im Austausch gegen Gold (15 Rupien für 1 Pfd. Sterling) auszugeben. Nun hat Indien gewöhnlich eine hochaktive Handelsbilanz, deren Ausgleichung durch große Edelmetallversendungen erfolgt, die teils zur Zirkulationsvermehrung, teils zur Aufhäufung von Sparschätzen dienen. Seit man das Silber nicht nach Belieben ausprägen lassen kann, muß man also, sofern man nicht Gold (Sovereigns) in Umlauf setzt, der Regierung den von ihr festgesetzten Goldpreis bezahlen, um Zirkulationsmittel zu erhalten. Da die Masse der Bevölkerung auf kleine Nennbeträge, also Rupien und Teile davon, angewiesen ist, hat es die Regierung in der Hand, den nominellen Goldwert der Rupie stabil zu erhalten. Und da der Silberpreis seit 1893 erheblich gefallen ist, so erübrigt die Regierung aus der Ausgabe von Silberrupien bedeutende Prägegewinne, aus denen sie in London einen gewaltigen Goldschatz angehäuft hat (gegenwärtig etwa 450 Mill. M.).

Die Masse des indischen Geldumlaufs, die sich aus Silbergeld und in solchem einlösbaren Staatsnoten zusammensetzt und auf nicht weniger als $2\frac{1}{2}$ Milliarden Rupien (= $3\frac{1}{3}$ Milliarden Mark) geschätzt wird, ist somit zu einem Zeichengeld geworden, von dem nur etwa drei Fünftel des Wertes auf dem Metall beruhen, während zwei Fünftel fiktiv sind. Etwa 1 Milliarde Rupien oder $1\frac{1}{3}$ Milliarden Mark beruhen auf dem Bestand, dem Kredit, dem Geschick, dem Belieben der englischen Regierung.

Digitized by Google

Solange die Handels- und Zahlungsbilanz Indiens günstig bleibt und eine dauernde Nachfrage nach neuen Rupien mit sich bringt, solange auch keine massenhaften Präsentierungen von Rupien zur Einlösung in Gold, oder genauer in Goldtratten auf London, platzgreifen, behauptet sich der fiktive Wert. Wird aber die indische Zahlungsbilanz einmal so ungünstig, daß große Ueberweisungen nach England stattfinden müssen, die Regierung also Tratten auf die Londoner Goldbestände gegen Rupien abgeben muß, so hängt der Goldwert der Rupie davon ab, wie weit die englische Regierung von ihrem Kredit Gebrauch machen kann und will, um die Rupieneinlösung in Gold fortzusetzen.*) Eine kriegerische Verwicklung, die den regelmäßigen Handels- und Kreditverkehr Indiens mit England stört, eine aufständische Bewegung, welche die Autorität in größeren Landesteilen unterbindet, oder die einheimische Fürsten zur selbständigen Rupienprägung zurückkehren läßt, muß gleichfalls der Rupie den auf der Staatshoheit beruhenden Mehrwert nehmen und sie auf die Realität, nämlich ihren Silbergehalt, zurückführen. Für die Londoner Machthaber ist übrigens die Versuchung groß, in besonderen Bedürfnisfällen über die in ihren Händen befindlichen Goldbestände, die sie aus der indischen Zirkulation durch Prägegewinne und Notenausgabe beiseite bringen, im Londoner Interesse zu verfügen. Benützen sie die Gold-Standard-Reserve im Notfall als Kriegsschatz, oder schlagen sie diese Reserve zum Goldschatz der Bank von England, um bei drohenden Paniken Notenemissionen zu ermöglichen — beides ist in England zwar nicht offiziell, aber doch von einflußreichsten Stellen gelegentlich als zulässig, ja selbstverständlich hingestellt worden — so mag Indien zusehen, wie es mit seinen fiktiven Geldwerten weiterkommt. Fällt dann der Wert der Rupie auf den wirklichen Silberwert, so hat nicht nur jeder, der gerade Rupien oder Rupiennoten in der Hand hat, ein Drittel des Nominalbetrages verloren, sondern auch alle Forderungsrechte, alle Lohnansprüche, alle Renten- und Kapitalleistungen, alle Wertpapiere sind, soweit in Rupien ausgedrückt, entsprechend herabgesetzt. Und da Veränderungen des Geldwertes von den Wohlhabenderen, Gebildeteren und Geschäftskundigeren rascher erkannt und berücksichtigt werden, als von der unwissenderen Volksmasse, so hat der Sturz des Geldfußes für letztere noch mehr oder minder lange fortdauernde Uebervorteilungen zur Folge und kann so zu einer allgemeinen Katastrophe der indischen Volkswirtschaft führen.

In Indien ist also das staatliche Prägemonopol, dessen gerechtfertigter Zweck nur in zuverlässiger Metallabwägung und in

*) Vergl. hierzu das in der „Bank" Aprilheft 1910, S. 301 ff. gesagte („Eine währungspolitische Lektion" von Alfred Lansburgh).

Digitized by Google

Gewährleistung richtiger Abmessung liegen sollte, schließlich dazu mißbraucht worden, das Land mit einem fiduziären Gelde heimzusuchen, das den Vorteil Großbritanniens bezweckt und die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Indiens vergrößert. Erst hat die Bequemlichkeit, die im Gebrauch gleichmäßiger Metallstücke liegt, den Münzen zu allgemeiner Gangbarkeit verholfen. Dann hat der Staat durch Zahlungsprivilegien ihre Einbürgerung begünstigt und ihnen ein Verkehrsmonopol verschafft. Und zuletzt hat er durch Abschaffung der freien Verwandlung des Silbers in Geld die umlaufenden Münzen in Blechmarken verwandelt, deren Bedeutung und Wert zu großem Teil bedingt und prekär sind. Nun muß der künstlich durch Monopol- und Vertrauensmißbrauch erzeugte Unterschied zwischen nomineller Geltung und innerem Wert dazu dienen, die indischen Ausfuhrwaren zu einem gewissen Teil mit Scheinwerten zu begleichen und aus den Prägeprofiten große Barbestände zur Verfügung der englischen Regierung in London aufzuhäufen.

China hat nun vor Indien den großen Vorteil voraus, bisher zum vertrauensseligen Gebrauch eines Münznamens, der mit dem Metallgehalt nicht zusammenhängt, noch nicht heran„gereift" zu sein. Es hat die ursprüngliche, allein rationelle Bedeutung des Metallgeldes, die Geltung nach Gewicht und die Messung mit der Wage, bisher noch nicht aus dem Sinn verloren. Es hat darin ein erhebliches Stück Unabhängigkeit von der politischen Gewalt behauptet. Solange es diese bewahrt, sind mißbräuchliche Prägemonopole unmöglich. Es ist gleichgültig, was für Münzen die Machthaber herstellen, was für Namen sie für sie erfinden, und welche Metallmengen sie darunter in Umlauf bringen, solange der Verkehr geprägtes und ungeprägtes Silber an der Gewichtseinheit, der Unze, mißt und danach bewertet. Es ist dann auch unmöglich, den Münzen irgendeine fiktive Beziehung zu Goldwerten zu geben und sie dem Verkehr als solche an Stelle des Metallgewichtes unterzuschieben.

Wäre uninteressierte Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse maßgebend, so könnte eine Aktion zur Verbesserung der chinesischen Geldverhältnisse sehr einfach sein. Man würde sich dann an das althergebrachte Silbergewichtsgeld halten und sich nur im Sinne einer Erleichterung und Sicherung des Messens und Wägens bemühen. Die Annahme eines einheitlichen Standards der Unze und der Silberfeinheit wäre da das Wichtigste. Die herrschende Mannigfaltigkeit der Usancen, die nicht allein nach der Lokalität, sondern oft sogar am gleichen Orte nach Gewerbszweig oder Gilde wechseln, müßte beseitigt werden. Die Zollamts-Unze (Haikwan Tael = 37,783 g) und die fiskalische

Digitized by Google

Unze (Kuping Tael = 37,301 g) bieten sich ungezwungen für die erwünschte Unifizierung dar, da sie den weitesten Geltungsbereich haben. Erstere ist mit der in den Handelsverträgen für den internationalen Verkehr der offenen Handelsplätze festgelegten alten Unze von Kanton identisch und dürfte der ursprünglichen Gewichtseinheit, als deren Degenerationen die diversen lokalen Taelarten anzusehen sind, am nächsten stehen. Auch die Verschiedenheiten in der Feinheit des Silbers sind traditionelle, durch Mißbrauch oder Nachlässigkeit entstandene Abweichungen von dem ursprünglich als Regel geltenden Vollgehalt ($^{1000}/_{1000}$). In der Tat verstehen sich die Zollabgaben noch heute in feinem Silber. Was den Verkehr erschwert, ist erstens die verschiedene Feinheit der umlaufenden Silberklumpen und Münzen, sodann die Verschiedenartigkeit der maßgebenden Unzengewichte, endlich die Verschiedenartigkeit des Feinheitsstandards, der den Zahlungen zugrunde zu legen ist. Gäbe es nun zuverlässige Stellen, die nach einheitlichen Grundsätzen Raffinierung (allenfalls auch Legierung) und Abwägung des zirkulierenden Silbers vornähmen, so wäre der vielbesprochene chinesische Währungswirrwarr so gut wie beseitigt.

Man brauchte also eigentlich nichts anderes zu tun, als das von den Privaten eingereichte Silber gleichmäßig zu raffinieren, nach Gewichtseinheiten (Haikwan- oder Kuping-Unzen bzw. dem Vielfachen oder Teilungen davon) abzuteilen und für gehörige, wahrheitsgetreue Gewichtsbezeichnung zu sorgen, um der bestehenden Silbergewichtsrechnung jene Einfachheit und Bequemlichkeit zu geben, die ihr heute, beim Fehlen ordentlicher Maß- und Geldpolizei, abgehen. „So und soviel Gramm richtiges und reines Gold, Silber, Nickel, Kupfer — solche wahrheitsgetreue Angabe und nichts weiter ist nötig, um ein echtes geprägtes Geld zu ergeben. Sonstige Vorkehrungen, welche, wie beispielsweise ein markierter Rand und weiteres Gepräge, die Frische und Unabgenütztheit der Münze besser erkennen lassen, sind untergeordnete Nebendinge. Die Hauptsache bleibt stets das Gewicht eines bestimmten Metalls" (Eugen Dühring). Die Ausprägung des Silbers nach Gewicht würde dem Verkehr so große Erleichterungen, Rechnungsvereinfachungen und Ersparnisse bieten, daß damit zugleich das sonst so schwierige Problem einer Gewichts-Vereinheitlichung der Lösung erheblich nähergerückt wäre. Jedermann fände in den umlaufenden abgewogenen und bezeichneten Münzen zugleich Gewichtsstücke des einheitlichen Systems, die er ohne weiteres zur Abwägung und Gewichtskontrolle benützen könnte. Zugleich wäre die heilsame Gewohnheit befestigt, beim Geldgebrauch das Metallgewicht als das allein Maßgebende im Auge zu behalten. Das Prägegeschäft stünde unter beständiger

Digitized by Google

öffentlicher Kontrolle. Jeder würde die Uebereinstimmung der Münzen mit den Gewichten prüfen können, und zwar, was wichtig ist, in allen Teilen der Bevölkerung, die hierin von Fachleuten, Banken u. dergl. völlig unabhängig wäre. Eine Abweichung würde einen von den Prägeanstalten ausgehenden Betrug, auf Täuschung berechnete Veränderungen an Schrot oder Korn sofort zur öffentlichen Kenntnis und Verurteilung bringen. Eine willkürliche Beschränkung oder gar Einstellung der Prägungen könnte nicht zur Schaffung fiktiver Werte führen; denn der Verkehr würde dann eben wieder mehr ungeprägtes Silber in Umlauf bringen. Andererseits wäre freilich auch jede Möglichkeit der Erzielung von Prägegewinnen abgeschnitten.

Schluß folgt.

Dr. Hermann Schwarzwald, Wien.

Finanzpresse.

Es läßt sich darüber streiten, ob die Finanzpresse Deutschlands derjenigen anderer Kulturländer an Gediegenheit und Reichhaltigkeit überlegen ist, oder ob sie hinter ihr zurückbleibt. Daß sie aber, was ihre Unabhängigkeit anlangt, an der Spitze marschiert, darüber dürfte unter den Kennern der Preßverhältnisse keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Wohl gibt es auch bei uns Organe, welche ihre Kritik nach ihrer Stellung zum Kritisierten abzutönen wissen; aber die Selbstverständlichkeit, mit der selbst führende Blätter in anderen Ländern, namentlich in Oesterreich und Frankreich (vgl. den Fall Rochette), zum Zwecke des Totschweigens unbequemer Tatsachen alimentiert werden, hat in der deutschen Finanzpresse keine Analogie. Selbst bei Blättern mit weniger katonischer Auffassung ihrer Pflichten sorgen gewisse Strafbestimmungen des Börsengesetzes dafür, daß ganz grobe Beeinflussungen, wie sie anderwärts die Regel bilden, zu den Ausnahmen gehören. Ob darum die Schädigungen, denen das Publikum durch gewissenlose Gründer und Emittenten ausgesetzt ist, in Deutschland geringer sind als im Auslande, steht dahin. Dieser indirekte Beweis für die höheren moralischen Qualitäten der heimischen Finanzpresse läßt sich nicht führen, weil eine Parallele zur Voraussetzung hätte, daß der Boden, den die Finanzkritik bearbeitet, in den verschiedenen Ländern gleich geartet wäre. Davon kann aber selbstverständlich nicht die Rede sein, schon weil die rechtlichen und moralischen Auffassungen über die Grenzen des Erlaubten in den einzelnen Ländern weit voneinander abweichen. Das eine aber kann man mit Gewißheit behaupten, daß die unserer Volkswirtschaft und unserer Sparkraft aus der Mobilisierung der Vermögen drohenden Schädi-

Digitized by Google

gungen ohne die Wachsamkeit unserer Finanzpresse viel größer wären, als sie es tatsächlich sind.

Es liegt im Wesen der Finanzkritik, daß ihre Wirksamkeit sich mehr auf die Verhütung als auf die Heilung von Schäden erstreckt. Auch die beste Finanzkritik vermag nicht, jemanden, der bereits hineingefallen ist, nachträglich vor den Folgen zu bewahren. Wohl aber ist die bloße Tatsache, daß eine kenntnisreiche und unerschrocken zufassende Kritik überhaupt besteht, geeignet, bis zu einem gewissen Grade dämpfend auf die Ausschreitungen am Kapitalmarkt zu wirken. Diese vorbeugende Wirksamkeit der Finanzpresse ist ungeheuer wichtig; aber sie ist rein negativ und entbehrt infolgedessen für die nicht sachverständigen Kreise (das ist in Finanzsachen die große Mehrheit auch der Gebildeten) jener schlagenden Beweise für die Notwendigkeit ihres Daseins, wie sie nur positive Leistungen erbringen können. Es geht der Finanzpresse, wie es ehemals der Hygiene ging, die lange das Stiefkind der ärztlichen Wissenschaft war, während heute jeder Gebildete weiß, wie viel die Volksgesundheit der vorbeugenden Tätigkeit auf hygienischem Gebiet zu danken hat. Die Finanzkritik hat dieses Stadium der Anerkennung noch nicht erreicht. Beweis: ihre großen und leider oft vergeblichen Anstrengungen, um sich vor den Gerichten die Anerkennung ihrer berechtigten Interessen zu erkämpfen. Die Vorwürfe, die so häufig gegen unsere Rechtsprechung erhoben werden, richten sich freilich meist an die falsche Adresse. Es ist in Wirklichkeit nicht der Richter, sondern der Gesetzgeber, der in der Mehrzahl der Fälle die Schuld daran trägt, daß Recht haben und Recht bekommen zweierlei ist. Aber gerade in Preßsachen ist dem Richter bei der Auslegung des Gesetzes der weiteste Spielraum gelassen. Es liegt meist völlig in seinem Ermessen, ob er ein „berechtigtes Interesse" der Presse im Sinne des Gesetzes anerkennen will oder nicht. Wenn also an die Tätigkeit der Finanzpresse oft ein falscher Maßstab gelegt wird, so ist das ausschließlich auf den Richter zurückzuführen, der nicht das volle Verständnis für den Nutzen und die Notwendigkeit einer unabhängigen Finanzpresse besitzt.

Einige bemerkenswerte Urteile höherer Instanzen in den letzten Jahren haben die Anschauung genährt, daß eine fortgeschrittene Auffassung hinsichtlich der besonderen Stellung der Finanzpresse an den deutschen Gerichten zum Durchbruch gelangt sei. Diese Ansicht wird indessen durch zwei Urteile aus der jüngsten Zeit wieder stark erschüttert.

In dem einen Fall ist es die Frankfurter Zeitung, die ihre von der juristischen Logik des Frankfurter Oberlandesgerichts abweichende Auffassung von den Pflichten der Finanz-

Digitized by Google

presse mit einer größeren Geldstrafe büßen mußte. Ihr Verstoß bestand, kurz gesagt, darin, daß sie eine allgemein interessierende Meldung eines sehr angesehenen Münchener Blattes wiedergegeben hatte, durch die sich der Kläger gekränkt fühlte. Die Meldung war, da sie nicht auf ihre Richtigkeit nachgeprüft werden konnte, mit dem üblichen Vorbehalt versehen worden, obwohl sie sich auf eine Persönlichkeit bezog, der man nach den Feststellungen eines anderen Oberlandesgerichtes wohl die in der Meldung erwähnte Handlung zutrauen konnte. Die Gerichtsverhandlung ergab mit Bezug auf den Tatbestand, daß die Meldung des Münchener Blattes nicht zutraf, wenn auch die Transaktion, die ihr zugrunde lag, ungewöhnlich und auffallend genug gewesen war. Das Gericht kam zur Verurteilung, indem es sich darauf stützte, daß die Frankfurter Zeitung nicht, wie es nach Ansicht des Gerichts ihre Pflicht gewesen wäre, die Richtigkeit der Meldung ermittelt hatte.

Die Pflicht, wichtige Mitteilungen, besonders aber solche, welche die persönliche Ehre angehen, vor der Weitergabe auf ihre Wahrheit zu prüfen, wird in der ernsthaften deutschen Presse als ganz selbstverständlich allgemein anerkannt. Aber jeder Eingeweihte weiß auch, daß es in vielen Fällen gar nicht möglich ist, eine solche Nachprüfung vorzunehmen. Meistens gibt es nur eine einzige Persönlichkeit, die in der Lage wäre, eine authentische Auskunft zu erteilen, nämlich eben diejenige, welche sich durch die Meldung getroffen fühlt. Von ihr wird man aber eine objektive Auskunft nicht erwarten können, und jeder Versuch, sie zu erlangen, wäre naiv. So ist es auch in dem angezogenen Fall gewesen. Soll nun die Weitergabe einer die Oeffentlichkeit stark interessierenden Nachricht, auch wenn jeder mögliche Vorbehalt an sie geknüpft wird, und obwohl alle äußeren Momente für ihre Richtigkeit sprechen, grundsätzlich unterbleiben? Die Frage kann weder mit einem runden Ja, noch mit einem runden Nein beantwortet werden. Es kommt auf die besonderen Umstände des Falles an. Der Regel nach werden selbst wichtige Tatsachen unterdrückt werden müssen, wenn sie an die Ehre rühren, ihre Nachprüfung aber nicht möglich ist. Andererseits gibt es aber auch Fälle, wo die Sachlage es der Finanzpresse zur gebieterischen Pflicht macht, sie öffentlich zur Diskussion zu stellen, sobald die dringende Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit der zugrunde liegenden Tatsachen spricht. Deshalb muß diejenige Presse, deren publizistische Lauterkeit über jeden Zweifel erhaben ist, von den Gerichten fordern, daß den Umständen, die ihr Handeln beeinflussen, Verständnis entgegengebracht wird — nicht der Presse, sondern dem öffentlichen Wohl zu Liebe. „Eine Presse," so sagt die „Frankfurter Zeitung"

Digitized by Google

bei der Besprechung ihres eigenen Falles, „die es sich bequem machen will, kann leicht auf diese Forderung verzichten; sie wird sich überhaupt an eine ernste Kritik nicht heranwagen und braucht auch nicht einen Spielraum für sie; aber gerade die Blätter, die sich selber das Leben sauer machen, können ohne ihn nicht arbeiten."

Es gibt Fälle, in denen man Informationen auf ihre Zuverlässigkeit dadurch prüfen kann, daß man Einsicht in die betreffenden Aktenstücke nimmt. Solch „einwandfreies" Material wird den Zeitungen oft genug durch entlassene, von Rachegefühl erfüllte Angestellte angeboten. Aber gerade der pflichtbewußte Redakteur wird es sich zehnmal überlegen, ob er reines Wasser aus trüber Quelle schöpfen und von derartigen aktenmäßigen Unterlagen zweifelhafter Herkunft Gebrauch machen soll. Gewiß können es die Umstände erheischen, auch solche Quellen gelegentlich nicht zu verschmähen. Entscheiden kann aber hier kein Gesetz und kein Richter, sondern nur das persönliche Empfinden des ehrenhaften und sachverständigen Publizisten, der allein beurteilen kann, ob die Veröffentlichung in solchem Maße dem öffentlichen Interesse dient, daß es demgegenüber Pflicht werden kann, alle Bedenken ethischer Natur zurückzustellen. Gerade in der rühmlichen Geschichte der „Frankfurter Zeitung" gibt es mehrere derartige Fälle. Es sei nur an den um die Jahrhundertwende geführten Kampf des Blattes gegen die Mißstände im Konzern der Preußischen Hypothekenbank erinnert. Außer den Schuldigen hat niemand daran gedacht, der Zeitung auch nur den leisesten Vorwurf daraus zu machen, daß den eigentlichen Anlaß zu der Kampagne ein entlassener Beamter gegeben hatte. Gerade solche seltenen Ausnahmefälle, in denen aktenmäßige Nachweise geführt werden können, bestätigen die Regel, daß eine exakte Nachprüfung bei den heikelsten Dingen meist nicht möglich sein wird. Und es kommt auch bei einem lauteren und vorsichtigen Schriftsteller weniger darauf an, daß alle Einzelheiten eines Falles bis auf das I-Tüpfelchen nachgeprüft werden, als darauf, daß durch scharfsinniges Erkennen allgemeiner Symptome das Entscheidende und Wesentliche des Falles herausgefunden wird. Die Eigenschaften, die hierzu befähigen, unterscheiden den Finanzkritiker vom Reporter.

In einem zweiten Fall aus der jüngsten Zeit ist die Engherzigkeit in der Zubilligung des „berechtigten Interesses" noch deutlicher zutage getreten. Anlaß zu der Klage war eine kurze Notiz, die der Handelsteil des „Berliner Lokal-Anzeigers" über angeblich ausgebrochene Streitigkeiten innerhalb der Verwaltung einer Aktiengesellschaft veröffentlicht hatte. Die Aktiengesellschaft behauptete, durch diese Notiz Schaden erlitten zu haben.

Digitized by Google

Sie machte gegen den Verleger Ersatzansprüche geltend, wurde aber in zwei Instanzen abgewiesen. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies den Fall an die Vorinstanz zurück, weil nicht der Beweis geliefert sei, daß die in Rede stehende Zeitung als „Fachblatt" anzusprechen sei. Nur die Fachpresse könne das im § 824 BGB., Abs. 2, geschützte berechtigte Interesse für sich geltend machen. Der bloße Umstand aber, daß eine Tageszeitung auch noch einen Handelsteil enthält, in dem Vorgänge des Erwerbslebens mitgeteilt und besprochen werden, mache den Verleger einer solchen Zeitung noch nicht zum Herausgeber eines Fachblattes. Der Handelsteil der Tageszeitungen werde von vielen Personen gelesen, denen alle fachlichen Vorkenntnisse fehlen, was bei wirklichen Fachblättern nicht der Fall zu sein pflege. Er könne deshalb nicht die besonderen Beziehungen in Anspruch nehmen, welche die Fachpresse zu ihren Lesern hat.

Der in diesen Sätzen konstruierte Unterschied zwischen Handels- und Fachpresse ist nicht allein geeignet, eine neue Unsicherheit in die Rechtsprechung zu tragen, er läßt auch eine befremdliche Unkenntnis des praktischen Lebens und seiner Bedürfnisse erkennen. Die reine Fachpresse, die das Reichsgericht bei seinem Urteil im Auge hat, kommt für Meldungen derjenigen Art, die den Anlaß zu den beiden oben skizzierten Prozessen gegeben haben, schon deshalb nicht in Frage, weil sie nicht täglich erscheint. Die Regel ist hier die wöchentliche Erscheinungsweise. Nun hatte die erwähnte Notiz des „Berliner Lokal-Anzeigers" nach ihrer ganzen Fassung den Zweck, die Aufmerksamkeit der Aktionäre der klägerischen Aktiengesellschaft auf wichtige Vorgänge innerhalb der Verwaltung zu lenken und sie zu veranlassen, in der einige Tage später stattfindenden Generalversammlung selbst nach dem Rechten zu sehen, anstatt, wie es die Regel ist, aus Indolenz fernzubleiben. Diesen ihren Zweck konnte die Notiz schließlich nur in einem Organ erfüllen, dessen tägliche Erscheinungsweise ihre rechtzeitige Kenntnisnahme durch die Leser verbürgte. Gerade in einem solchen Organ aber hatte nach Ansicht des Reichsgerichts der Appell an die Aktionäre nichts zu suchen. Erlaubt war er vielmehr nur in einem Organ, das mit seinem Aufklärungsdienst hinter dem Tage, an dem er Nutzen stiften konnte, herhinkte. Dieselbe Auffassung trat in einem Parallel-Prozeß gegen den Einsender jener Notiz zutage. Dem Beklagten wurde der Schutz des § 193 BGB. versagt mit der Begründung, daß die betreffende Tageszeitung kein Fachblatt sei. Anders wäre es nach Ansicht des Richters vielleicht zu beurteilen gewesen, wenn die betreffende Notiz in einem wirklichen Fachblatt, also z. B. in der „Bank", veröffentlicht worden wäre. Der „Bank", die in jedem Monat nur einmal erscheint, räumt man also das Recht ein, eine Notiz

Digitized by Google

zu bringen, die nach zwei Tagen wertlos ist, während einem Organ, das vom Publikum u. a. auch deshalb gehalten wird, um über wichtige Vorgänge, die sein materielles Interesse berühren, mit möglichster Beschleunigung Kenntnis zu erhalten, dieses Recht versagt wird.

Es gibt heute wohl kein Gericht mehr, das theoretisch die bedeutsamen Aufgaben der Finanzpresse leugnet. Praktisch aber wird den Angehörigen der Presse durch engherzige Auslegung der Gesetze die Lust genommen, ihres wichtigen Amtes zu walten, und so manche dringend notwendige Kritik unterbleibt, weil der Kritiker in der Furcht lebt, in einen Geld und Nerven erfordernden Prozeß verwickelt zu werden. Bedarf es eines Beweises, welche großen Nachteile diese abschreckende Wirkung für die finanzielle Hygiene des deutschen Volkes notwendigerweise haben muß? Viele Jahre hindurch zählten die Schwindelbankiers, die sogenannten Bucketshops, zu den besten Kunden der Anwälte, die sie mit Beleidigungs- und Schadenersatz-Prozessen gegen ihre publizistischen Ankläger betrauten. Für die Finanzpresse gehörte damals ein großer Idealismus dazu, den Kampf gegen diese Elemente fortzuführen. Es gab viele angesehene Organe, die sich zwar mit dem Thema „Bucketshop" beschäftigten und mit beredten Worten gegen diese Eiterbeule im Bankwesen eiferten, die sich aber hüteten, den Namen auch nur eines der ihnen wohlbekannten Schwindler zu nennen. Niemand durfte ihnen diese Vorsicht, die sie vor dem Lotteriespiel eines Prozesses behütete, verübeln. Tatsächlich aber war diese Art von Kritik absolut wertlos, eine bloße Schreibübung, die das zu bekämpfende Uebel nicht heilte, sondern unter Umständen sogar noch verschlimmerte. Es ist dem Verfasser aus eigener Erfahrung bekannt, daß gerade die gerissensten Bucketshops aus feinstem psychologischem Scharfsinn heraus den Trick anwandten, die „vernichtenden" Kritiken der Finanzpresse, mit zustimmenden Bemerkungen versehen, an ihre eigene Kundschaft zu versenden, um dieser zu zeigen, wie — andere Bankiers arbeiteten, und so ihre Opfer noch fester an sich zu ketten. In der Gerichtsverhandlung gegen einen der berüchtigtsten Bucketshops (Sattler) wurde festgestellt, daß die erste Nummer der Zeitung, die er herausgab, einen außerordentlich scharfen Artikel gegen die Schwindelbankiers enthielt — eine blutige Satire gegen die vornehme Kritik, die in den durch die Auslegung der Strafgesetze bedingten Grenzen blieb und keine Namen nannte. Wenn es schließlich doch gelungen ist, der Bucketshop-Plage im großen ganzen Herr zu werden, so ist das Verdienst hieran in erster Reihe derjenigen Presse beizumessen, die sich nicht erst lange mit der theoretischen Frage

Digitized by Google

aufhielt, ob sie als „Fachpresse" ein berechtigtes Interesse an der Behandlung dieser Dinge hätte, die es auch nicht für zweckmäßig hielt, das bei ihr eingehende Material durch Befragen der Herren Spitzbuben zu verifizieren, sondern welche die Dinge und die Personen einfach bei Namen nannte.

Die Kampagne gegen die Bucketshops ist aber noch in anderer Hinsicht geeignet, die Wirksamkeit der Finanzpresse in die richtige Beleuchtung zu rücken. Man weiß, daß kostbare Jahre vergangen sind, ehe die Gerichte sich zum Einschreiten entschlossen. Der Grund des Zögerns lag einfach darin, daß die Justiz nicht über die für dieses Gebiet sachverständigen Organe verfügte. Das war auch gar nicht zu verlangen, da doch selbst in den Kreisen der eigentlich Sachverständigen, also der Bankiers, lange Zeit Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden (und wohl selbst heute noch bestehen), ob bei den „Insichgeschäften", auf denen das Treiben der Bucketshops beruht, die Voraussetzungen des Betruges gegeben sind. Es war die Finanzpresse, die auf diesem Gebiet Aufklärungsarbeit auch unter den Sachverständigen leisten mußte, unbeschadet der Verdienste, die sich die Berufsorganisationen des Bankgewerbes in einem vorgerückten Stadium des Kampfes gegen die Bucketshops zusprechen durften. Man begegnet nicht selten der Ansicht, daß die Finanzpresse manche der von ihr kritisierten Vorgänge allzu theoretisch behandele; daß nur die Angehörigen des Berufs, als die Praktiker, das erforderliche Verständnis für diese Vorgänge hätten. Das ist ein großer, ein verhängnisvoller Irrtum, verhängnisvoll deshalb, weil unter seinem Schutze so manches Unkraut fortwuchern kann. Der Verfasser hat wiederholt Gelegenheit gehabt, über die Unkenntnis zu staunen, die selbst in führenden Bankkreisen über gewisse Tatsachen des Bankwesens herrschen, die der Fachpresse seit langem geläufig sind. Eine häufig zu machende Beobachtung ist es auch, daß derjenige, der mitten im Betriebe steht, sich eine gewisse Empfindungslosigkeit für Mißstände angewöhnt, an denen der Finanzschriftsteller mit Recht schärfste Kritik übt. So leistet die Finanzpresse die wirksamste Mitarbeit bei der Aufwärtsentwicklung der Fachmoral, und vielfältige Erfahrung gerade im Bankgewerbe beweist es, daß die Praktiker dem „theoretischen" Standpunkt der Finanzpresse späterhin gefolgt sind.

Es gibt, wenn man vom Grundstücks- und Hypothekenwesen absieht, wohl kein Gebiet, wo die Grenze zwischen Recht und Unrecht so schwer erkennbar ist, wie auf dem Gebiete des Gründungswesens im weitesten Sinne (Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Gewerkschaft, Bohrgesellschaft usw.). Die ernsthafte Finanzpresse, das heißt diejenige

Digitized by Google

Presse, die nicht eine bloße Reportertätigkeit ausübt, stellt da gewissermaßen die Grenzwache dar, und vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus, der ja im Recht eine entscheidende Rolle spielen soll, kann es gar nichts falscheres geben, als der Presse diese ihre vornehmste Aufgabe zu verleiden. Es sei hier ein Vergleich mit dem sogenannten „Militarismus" gestattet. Man verlangt vom Offizier im Ernstfalle die bedingungslose Hingabe seiner Person. Im Hinblick auf diesen Endzweck ist, solange die Welt besteht, in allen staatlichen Gemeinwesen der Offizier zu einem hochgesteigerten Ehrgefühl erzogen worden, das die Pflichterfüllung bis zum Ende gewährleistet. Dieser reine Zweckmäßigkeitsstandpunkt leitet, bewußt oder unbewußt, die Inhaber der Staatsgewalt, wenn sie Uebertreibungen des militärischen Ehrgefühls, wie wir sie beispielsweise unlängst im Elsaß erlebt haben, nach bürgerlichen Begriffen zu milde beurteilen. So wissen die Gerichte selbstverständlich auch, daß das unbedingt notwendige Korrelat unseres immer mehr in die Gesellschaftsform strebenden Erwerbslebens eine sachverständige und unbestechliche Finanzpresse ist, die sich beratend und warnend zwischen den Kapitalisten und seine Einkommensquelle stellt. Will man aber eine solche Einrichtung, so erfordert es die Zweckmäßigkeit, ihr auch einen angemessenen Spielraum für den Irrtum einzuräumen. Mit drakonischen Strafen möge man diejenige Presse belegen, die aus Sensationslust oder sonstigen unerlaubten Motiven heraus die Ehre oder das Vermögen eines Bürgers schädigt. Die aus dem Wunsche zu schützen und zu bessern fließende Kritik aber lasse man unbehelligt, auch wenn sie von dem menschlichen Grundrecht, dem Irrtum unterworfen zu sein, gelegentlich unfreiwilligen Gebrauch macht und in Kleinigkeiten daneben haut. Man sollte meinen, daß es nicht allzu schwer sei, die beiden Kategorien von Presse auseinanderzuhalten.

Ludwig Eschwege.

Das Sparkassenwesen einiger europäischer Staaten

in Gesetzgebung, Einrichtungen und Ergebnissen.

III.

5. Rußland. Das Sparkassenwesen hat hier durch Ukas vom 1. Juni 1895 eine Umgestaltung erfahren. Nach dem jetzt geltenden Reglement (Gesetzsammlung Bd. XI, Teil 2, Kreditordnung Ausgabe 1903 und Fortsetzung vom Jahre 1906) sind die Reichssparkassen dazu bestimmt, Einlagen zur Verzinsung anzunehmen, um der Bevölkerung Gelegenheit zur Ansammlung

Digitized by Google

von Ersparnissen zu geben. Auf Grund besonderer Vorschriften ist ihnen auch die Kapital- und Rentenversicherung übertragen (Art. 1). Die Regierung garantiert für die Unversehrtheit der den Sparkassen anvertrauten Gelder und Vermögen; letztere dürfen nicht für allgemeine Reichsausgaben verwendet werden (Art. 2).

Die nicht anderweitig angelegten Gelder werden von den Reichssparkassen an die Reichsbank auf ein besonderes Konto eingezahlt. Sie werden von dieser mit wenigstens $^1/_2$% und höchstens der Hälfte des Diskontsatzes, den die Reichsbank für Dreimonatswechsel berechnet, verzinst. Der Zinsfuß wird vom Finanzminister nach Ablauf jedes Jahres und Abschluß sämtlicher Rechnungen der Reichsbank wie der Reichssparkassen auf einem Bericht des Reichsbankrates festgesetzt (Art. 6). Die Sparkassengelder werden von der Reichsbank nach Anweisung des Finanzministers und in den von ihm bezeichneten Grenzen zum Ankauf staatlicher oder von der Regierung garantierter zinstragender Papiere verwendet; diese Papiere werden von der Reichsbank auf einem besonderen Konto geführt und getrennt aufbewahrt. Die Verfügung über sie steht dem Präsidenten der Reichsbank gemäß Anweisung durch den Finanzminister zu (Art. 7).

Der Reingewinn der Reichssparkassen wird so lange zur Bildung eines Reservefonds verwendet, bis dieser 10% des Einlagebestandes erreicht; ist letzteres eingetreten, so fließt er in die Staatskasse (Art. 9). Reichen anderseits die Gewinne der Reichssparkassen zur Deckung der Einlagezinsen, Ausgaben und Verluste nicht aus, so ist die fehlende Summe aus dem Reservefonds und, wenn dieser erschöpft ist, aus Mitteln des Reichsschatzes zu bestreiten (Art. 10).

Die Verwaltung der Reichssparkassen steht dem Reichsbankrat zu und wird durch den Präsidenten der Reichssparkassen ausgeübt (Art. 13).

Reichssparkassen können in allen Städten und bewohnten Orten eröffnet werden, auch vorübergehend zu Zeiten eines Basars oder Jahrmarktes (Art. 25). Die Eröffnung kann erfolgen bei Filialen der Reichsbank, Rentämtern, Zollämtern und anderen zum Ressort des Finanzministers gehörenden Einrichtungen, ferner überhaupt bei allen öffentlichen, aber auch bei privaten Instituten, und zwar auf Anordnung des Finanzministers, eventuell im Einverständnis mit den Ministern und obersten Verwaltungschefs, zu deren Ressort das betreffende Institut gehört. Auch Privatpersonen können Reichssparkassen eröffnen, wenn sie dem Staate gegenüber mit ihrem Vermögen die Haftung für die Sparkassengelder übernehmen (Art. 26). Der Höchstbetrag der Bar-

Digitized by Google

geldeinlagen von Einzelpersonen beträgt 1000 Rubel, von Instituten, Gesellschaften oder dergl. 3000 Rubel (Art. 40).

Die Höhe des Zinsfußes für Einlagen wird vom Zaren auf Vorschlag des Finanzministers bestimmt. Dem Einleger steht es frei, die Kasse mit dem Ankauf von zinstragenden Staatspapieren zu beauftragen, sobald der Betrag der Einlage hierfür ausreicht (Art. 51).

Für Finnland besteht eine besondere kaiserliche Verordnung vom 19. Juni 1895, welche das Sparkassenwesen, abgesehen von der durch Verordnung vom 24. Mai 1886 eingerichteten Postsparkasse, regelt. Im Jahre 1903 schlossen sich die finnischen Sparkassen zu einem finnischen Sparbankverein zusammen und errichteten 1909 eine Zentralbank, welche die kaiserliche Bestätigung erhielt.

6. Niederlande. In den Niederlanden besteht eine besondere Gesetzgebung für die gewöhnlichen Sparkassen nicht; es ist dort aber eine erhebliche Anzahl freier, privater, meist durch die Gesellschaft für öffentliche Wohlfahrt gegründeter Sparkassen vorhanden, die neben der durch Gesetz vom 25. Mai 1880 errichteten „Reichspostsparbank" eine wesentliche Rolle spielen.

7. Belgien. Hier wurde durch Gesetz vom 16. März 1865 die Staatssparkasse begründet und mit der durch das Gesetz vom 8. Mai 1850 errichteten Staats-Pensionskasse zu einer einzigen Anstalt (Caisse générale d'épargne et de retraite) vereinigt, welche die unbedingte Staatsgarantie genießt. Das Gesetz wurde abgeändert und ergänzt durch Gesetze vom 1. Juli 1869, 21. Juni 1894, 9. August 1897 und 10. Februar 1900. Die Staatssparkasse hat überall Zweiganstalten errichtet, wo die Mitwirkung der Gemeinden, öffentlichen Anstalten oder auch wohltätiger Privatpersonen zu gewinnen war. Die Verwaltung wird durch einen Generalrat (1 Präsident und 24 Mitglieder), sowie einem aus ihm hervorgehenden Verwaltungsrat (1 Präsident und 6 Mitglieder) und einem Generaldirektor geführt. Alle diese Personen werden vom König ernannt. Die Mitglieder der Räte arbeiten ehrenamtlich.

Die Kasse bedient sich für die Abwicklung ihres Geschäftsverkehrs der Nationalbank und der Postverwaltung (Art. 3 und Gesetz vom 30. Mai 1879). Sie ist mit einer Rentenversicherung (Art. 40 ff.) sowie einer Lebensversicherung (Ges. vom 21. Juni 1894) und einer Altersversicherung mit Staatszuschüssen (Ges. vom 10. Mai 1900) verbunden.

Was die Anlegung der Sparkassengelder betrifft, so ist zwischen dem Betriebsfonds, den vorläufigen und den endgültigen Anlagen zu unterscheiden. Die vorläufigen Anlagen bestehen in Vorschüssen auf gewisse Wertpapiere, welche durch die Natio-

Digitized by Google

nalbank vermittelt werden; die endgültigen Anlagen im Ankauf von sicheren Werten, insbesondere von Schuldverschreibungen des Staates und der Kommunalverbände sowie belgischer Gesellschaften, die 5 Jahre hintereinander ihre Verbindlichkeiten mit ihren gewöhnlichen Mitteln erfüllt haben; endlich in Hypotheken. Die endgültigen Anlagen werden durch die Nationalbank der Hinterlegungskasse (caisse des dépôts et consignations) übermittelt, die hier weiter zu verwalten hat (Art. 27—30).

Die Kasse kann mit Genehmigung des Generalrates und des Ministers einen Teil ihrer Bestände durch Erwerb von Arbeiterwohnhäusern, in Verbindung mit einer Lebensversicherung oder auch ohne solche (Ges. vom 9. August 1889), oder in Darlehen an Landwirte und landwirtschaftliche Kreditvereine (Ges. vom 15. April 1884 und 21. Juni 1894) anlegen.

Aus den Erträgnissen der Anlagen wird ein Reservefonds gebildet. Alle fünf Jahre kann die Regierung nach Anhörung des Generalrats einen Teil des Reservefonds als Prämie auf die wenigstens ein Jahr lang bestehenden Guthaben verteilen.

C. Ergebnisse der Sparkassenstatistik und ihre Vergleichbarkeit.

Aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse des Sparkassenwesens in den einzelnen Ländern ergibt sich von selbst, daß eine Vergleichung der Ergebnisse der Sparkassenstatistik nur einen sehr bedingten Wert hat. Um die Entwicklung des Sparkassenwesens und dessen Ergebnisse richtig zu verstehen, muß man sich bei gleichartigen allgemeinen Verhältnissen, also beispielsweise wenn in zwei Ländern nur Kommunalsparkassen bestehen, von allen anderen Voraussetzungen, welche die spezielle Gesetzgebung getroffen hat, gründlich Kenntnis verschaffen. Die Schwierigkeit der Vergleichbarkeit wächst natürlich, wenn in zwei verschiedenen Ländern ganz andere Umstände vorliegen, also wenn beispielsweise neben den gewöhnlichen Sparkassen noch Staats- und Postsparkassen bestehen, und der Einleger einer gewöhnlichen Sparkasse (sofern dies nicht, wie in Frankreich, ausdrücklich verboten ist) zugleich auch Einleger der Postsparkasse sein und bei ihr ebenfalls gezählt werden kann.

Die Sparkassengesetzgebung, wie sie gegenwärtig in den verschiedenen Ländern besteht, weist für die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Beurteilung der Ergebnisse internationaler Sparkassenstatistik sehr wichtige Unterschiede auf. Allgemein wird man nur festhalten können, daß als Sparkassen immer diejenigen Anstalten anzusehen sind, welche die einheitliche Verwaltung und verzinsliche Anlegung kleiner Geldbeträge zum Zwecke haben und dazu bestimmt sind, durch sichere Aufbewahrung und zinstragende Anlage von Barerübrigungen den wirt-

Digitized by Google

schaftlichen Sinn der Bevölkerung zu heben. Insbesondere sollen die Sparkassen den Angehörigen minderbemittelter Volksklassen ermöglichen, für sich und die Ihrigen den Vermögensbesitz zu vermehren und in guter Zeit einen Notpfennig für schwere Zeiten zu sammeln. Sie kennzeichnen sich dadurch als Wohlfahrtsveranstaltungen von hoher Bedeutung, fördern aber zugleich die Ansammlung des produktiven Kapitals, indem sie eine gewaltige Menge von kleinen Ersparnissen vereinigen, welche andernfalls in ihrer Zersplitterung dem Verbrauch anheimfallen und damit einer gesunden produktiven Verwendung entzogen würden. Sie werden hierdurch zu Kreditinstituten, welche in gleicher Weise wie die Banken zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage im kleinen eine bedeutsame Vermittlung besorgen. Nach dem finanztechnischen Sprachgebrauch sind die Sparkassen Depositenbanken; sie unterscheiden sich aber wesentlich von allen anderen Bankanstalten dadurch, daß sie nicht Erwerbsunternehmungen sind, sondern daß ihr Zweck ein humanitärer, auf die Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der mittleren und unteren Bevölkerungsklassen gerichteter ist. Unter strenger Erfassung dieser humanitären Mission der Sparkassen wird in neuerer Zeit großer Wert darauf gelegt, daß ein möglichst umfassender Teil der durch die Spareinlagen gesammelten Kapitalien im Wege des Kredits jenen Bevölkerungsklassen wieder zugeführt wird, aus deren Mitte die Einlagen zusammengeflossen sind, sei es, daß dies in Form des allgemeinen Real- oder Personalkredits, sei es, daß es in darlehnsweiser Unterstützung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues (wie in besonders umfangreicher Weise in Belgien) oder sonstwie geschieht.

Je niedriger die Mindesteinzahlung bei den Sparkassen ist, desto mehr Einleger werden sie naturgemäß anziehen; auch günstige Bedingungen für die Verzinsung werden ihren Kundenkreis erweitern. Solche und andere wichtige Bestimmungen überlassen die Gesetze vielfach, wie wir gesehen haben, der statutarischen Festsetzung, so beispielsweise in Preußen und Oesterreich.

Besonders wichtig für die allgemeinen Ergebnisse der Sparkassenstatistik sind auch die Vorschriften über den Höchstbetrag der Einzahlungen und Guthaben. Sie stehen Rückschlüssen von der Höhe der Spareinlagen auf den Sparsinn oft entgegen. Sehr wesentlich ist ferner für die Entwicklung der Sparkassen die Regelung der Staatsaufsicht. Auf der einen Seite wird diese dazu dienen, das Vertrauen auf die Sicherheit der Einlagen zu befestigen; andererseits aber kann sie auch insofern zu weit gehen, als sie möglicherweise die notwendige Bewegungsfreiheit hindert und dadurch die Entwicklung des Sparkassenwesens beeinträchtigt.

Digitized by Google

Bei Beurteilung der statistischen Zahlen über das Sparkassenwesen in den verschiedenen Ländern muß berücksichtigt werden, daß sie absolute Vergleichsziffern nicht darstellen können; trotz dieses Mangels sind sie natürlich nicht zu unterschätzende Merkmale der Wohlstandsverhältnisse und des Sparsinns in den einzelnen Ländern. Die nachstehenden Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1910, ausgenommen für die Schweiz (1908), für Ungarn und Frankreich (1909).

Der Einlagenbestand betrug in Deutschland 16 780 Mill. M., in Oesterreich 5138 (einschließlich Postsparkasse 5333) Mill. M., in Ungarn 1792 (einschließlich Postsparkasse 1876) Mill. M., in Italien 1941 (einschließlich Postsparkasse 3378) Mill. M., in Frankreich 3105 (einschließlich Postsparkasse 4488) Mill. M., in Großbritannien 1067 (einschließlich Postsparkasse 4518) Mill. Mark, in Rußland 3019,9 Mill. M., in Finnland 185 (einschließlich Postsparkasse 190) Mill. M., in der Schweiz 1272 Mill. M., in den Niederlanden 187 (einschließlich Postsparkasse 464) Mill. Mark, in Belgien 49 (einschließlich Staatssparkasse 830) Mill. Mark, in Luxemburg 49 Mill. M., in Dänemark 603 Mill. M., in Schweden 909 (einschließlich Postsparkasse 961) Mill. M., in Norwegen 570 Mill. M., in Spanien 340 Mill. M., in Rumänien (Staatssparkasse) 50 Mill. M., in Bulgarien (Postsparkasse) 36 Mill. Mark, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 17 087 Mill. Mark, in Australien 1213 Mill. M., in Neuseeland 319 Mill. M., in Japan 307 (einschließlich Postsparkasse 662) Mill. M. Die größten Einlagen pro Kopf fanden sich in Deutschland mit 259 Mark, in der Schweiz 356 M., in Dänemark 328 M., in Norwegen 238 M., in Australien 272 M. und in Neuseeland 319 M.

Geh. Regierungsrat Dr. Max Seidel.

Der April 1914.

Für **Deutschland** ist in politischer Beziehung auch der April arm an Ereignissen von Bedeutung gewesen. Zu erwähnen ist lediglich die Ernennung des Herrn von Dallwitz zum Statthalter der Reichslande; auf seinen bisherigen Posten als preußischer Minister des Innern wurde Herr von Löbell, des früheren Kanzlers rechte Hand, berufen. — Unter den Vorgängen im Auslande steht noch immer die innere Krisis in **Großbritannien** im Vordergrunde. Zwar ist Ministerpräsident Asquith, sogar ohne Aufstellung eines Gegenkandidaten, wiedergewählt worden; aber zu einer Einigung über die Homerule-Ulsterfrage ist es bisher nicht gekommen. An eine Oktroyierung der Homerulevorlage ist nicht zu denken, obwohl sie vom Unterhaus zum dritten Male angenommen worden ist und demnach trotz des Widerstandes des Oberhauses Gesetz werden könnte.

Digitized by Google

Ebensowenig wird aber die Regierungspartei nachgeben, und so ist der Ausgang noch immer nicht abzusehen. — Die Wahlen in **Frankreich** haben bisher eine kleine, diejenigen in **Schweden** eine stärkere Verschiebung nach rechts gebracht. — In **Italien** drohte ein allgemeiner Eisenbahnerstreik, den abzuwenden noch im letzten Moment gelang. — In **Oesterreich** weckte die Erkrankung des Kaisers eine Zeitlang ernste Besorgnisse.

Außerhalb Europas bildet **Mexiko** weiter das Zentrum des Interesses. Infolge eines an sich belanglosen Zwischenfalles hat der Präsident der Vereinigten Staaten sich doch zu kriegerischen Maßnahmen entschlossen, die, wie er ausdrücklich betont, nur gegen den Usurpator Huerta gerichtet sind. Nach den ersten Schüssen bereits haben die sog. ABC-Staaten Südamerikas ihre guten Dienste zur Verfügung gestellt, die auch von beiden Seiten prompt angenommen worden sind. Der Erfolg dieser Vermittlung ist aber noch recht unsicher. — Der alte Gegner der Union, **Japan**, wird allem Anschein nach nicht aktiv in den Konflikt eingreifen. Die Ministerkrise in dem zuletzt genannten Lande ist durch die Berufung des Grafen Okuma vorläufig beendet worden. — In **China** verfolgt der Präsident seine Pläne, die Macht des Parlamentes nach Möglichkeit zu verringern, mit gutem Erfolge weiter; auch die revolutionären Bewegungen scheinen nachzulassen.

Auf **staatsfinanziellem** Gebiete ist in erster Reihe der Abschluß der deutschen Reichshauptkasse für das abgelaufene Rechnungsjahr 1913/14 zu erwähnen, dessen wichtigste Ziffern jetzt vorliegen. Neben einzelnen, von der Zuckersteuer abgesehen, nicht besonders großen Mehreinnahmen, stehen bedeutende Mindererträge, vor allem der Zolleingänge. Einzelne wichtigere Ziffern lauten:

	(in Mill. M) Istein-nahme	Voran-schlag		(in Mill. M.) Istein-nahme	Voran-schlag
Zölle	681,8	721,5	Wechselstempel	20,1	19,1
Tabaksteuer	11,4	10,8	Effektenstempel	43,6	68,8
Zigarettensteuer	42,6	36,5	Talonsteuer	14,2	
Zuckersteuer	173,8	157,6	Schlußscheinstempel	18,3	20,6
Branntweinsteuer	193,2	195,5	Tantiemesteuer	6,9	5,9
Zündwarensteuer	20,2	20,1	Scheckstempel	3,0	3,1
Brausteuer	128,5	124,8	Wertzuwachssteuer	14,4	5,0

Auf dem Anleihemarkte ist auch im April große Zurückhaltung beobachtet worden, und die Neu-Abschlüsse bleiben noch immer weit hinter dem Bedarf der Anleihe suchenden Staaten. Die im vorigen Hefte erwähnte österreichische Schatzanleihe hat einen recht guten Zeichnungserfolg, die gleichfalls erwähnte griechische Anleihe einen ausgesprochenen Mißerfolg gehabt; ebenso ist eine 5 proz. Halbmilliardenanleihe, welche die Türkei in Frankreich untergebracht hat, nicht sonderlich gut

Digitized by Google

gezeichnet worden. Uebrigens hat die Türkei die Konzession der Tabakregie auf 15 Jahre verlängert. Sonstige Abschlüsse von Bedeutung sind nicht zu verzeichnen, wenn man nicht die von der Gruppe der Dresdner Bank übernommenen ersten Abschnitte der Bosnischen Anleihen als solche ansehen will. Von den deutschen Einzelstaaten hat Baden 30 Millionen zu 97% aufgelegt.

Die allgemeine Lage der **Weltwirtschaft** ist im April nicht klarer, zumindest nicht günstiger geworden. Von einer kräftigen Frühjahrsbelebung kann trotz einer gewissen Besserung am Arbeitsmarkt nirgends gesprochen werden. In den wichtigsten Industrien bleibt das Geschäft still, zum Teil hat es sich weiter verschlechtert, und die allgemeine Unlust der Weltbörsen erscheint eben nicht dazu angetan, die Anregungen zu geben, die gelegentlich von hier ausgehen.

Für den **Außenhandel** des deutschen Wirtschaftsgebietes per 1913 liegen jetzt die nach Ländern geordneten Ziffern vor. Die Endsummen zeigen keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den vorläufigen Veröffentlichungen vom Januar, jedoch sind die Verschiebungen gegenüber dem Vorjahre recht bemerkenswert. Es sei hier auf das riesige Wachstum der Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland sowie auf die ebenfalls recht bedeutenden Ausfuhrsteigerungen im Verkehr mit Frankreich, Oesterreich und Spanien, außerhalb Europas mit Britisch- und Niederländisch-Indien sowie China hingewiesen. Andererseits sind die Folgen der Krisis in Südamerika deutlich erkennbar; nur Argentinien konnte seine Einfuhr, wie übrigens auch seine Ausfuhr nach Deutschland steigern. Die Exporte nach den Vereinigten Staaten lassen vorläufig einen Einfluß der Revision des Zolltarifes noch nicht erkennen. Im einzelnen betrugen:

Einfuhr	in Millionen Mark						
	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
aus den europ. Ländern .	5148,3	4327,4	4961,1	5196,9	5689,9	6008,4	5889,4
davon aus:							
Europ. Rußland . . .	*1048,0*	*945,6*	*1363,9*	*1386,6*	*1634,2*	*1527,9*	*1424,7*
Großbritannien . . .	*977,3*	*697,4*	*723,3*	*766,6*	*808,8*	*842,6*	*876,1*
Oesterreich-Ungarn . .	*813,2*	*751,7*	*754,7*	*759,2*	*739,1*	*830,0*	*827,3*
Frankreich	*454,1*	*420,2*	*485,1*	*508,8*	*524,4*	*552,2*	*584,2*
Belgien	*297,2*	*262,1*	*289,6*	*325,6*	*340,1*	*386,6*	*344,6*
Italien	*285,4*	*235,9*	*287,9*	*274,5*	*284 8*	*304,6*	*317,7*
Niederlande	*227,7*	*230,8*	*253,4*	*258,5*	*297,7*	*345,4*	*333,0*
aus afrikanischen Ländern	303,3	260,2	363,0	418,0	416,7	478,6	496,6
aus asiatischen Ländern .	738,4	634,6	666,3	828,3	856,0	1006,3	1049,4
aus australisch. u. polyn. Ländern	239,1	195,1	245,7	293,0	273,1	304,2	327,7
aus amerikanisch. Ländern	2310,6	2242,1	2283,6	2190,7	2462,2	2885,4	2994,6
davon aus:							
Vereinigte Staaten . .	*1319,8*	*1283,1*	*1262,6*	*1187,6*	*1343,4*	*1586,0*	*1711,2*
Argentinien	*442,5*	*446,0*	*437,7*	*357,2*	*369,9*	*444,9*	*494,6*
Gesamteinfuhr	**9000,6**	**8077,1**	**8860,4**	**9309,9**	**10006,9**	**11017,5**	**11206,8**

Digitized by Google

Ausfuhr							
nach den europ. Ländern	5046,0	4937,3	4992,1	5623,9	6069,6	6743,6	7677,1
davon nach:							
Großbritannien	*1060,5*	*997,5*	*1014,9*	*1102,0*	*1139,7*	*1161,1*	*1438,2*
Oesterreich-Ungarn	*716,6*	*736,8*	*767,3*	*821,6*	*917,8*	*1035,3*	*1104,8*
Niederlande	*452,2*	*453,7*	*453,5*	*498,7*	*532,0*	*608,5*	*693,5*
Frankreich	*449,3*	*438,1*	*455,1*	*543,4*	*598,6*	*689,4*	*790,0*
Schweiz	*446,4*	*401,1*	*413,2*	*452,6*	*482,4*	*520,5*	*536,1*
Rußland	*420,6*	*450,2*	*444,5*	*547,1*	*625,4*	*679,8*	*880,0*
nach afrikanisch. Ländern	136,4	127,0	143,9	181,3	187,9	185,3	210,7
nach asiatischen Ländern	349,0	314,1	285,1	332,3	383,5	420,2	547,9
nach austral. und polyn. Ländern	68,6	66,2	66,4	71,8	91,6	99,9	103,6
nach amerikan. Ländern	1233,7	948,9	1089,3	1255,0	1361,9	1496,4	1547,9
davon nach:							
Vereinigte Staaten	*652,8*	*507,8*	*606,3*	*632,7*	*639,8*	*697,6*	*713,2*
Gesamtausfuhr	**7094,9**	**6481,5**	**6858,7**	**7644,2**	**8224,4**	**9099,5**	**10199,2**

Für das erste Vierteljahr 1914 liegen jetzt die Wertberechnungen vor, die noch immer sehr steigende Ausfuhrziffern zeigen. Es betrugen nämlich:

	Einfuhr (in 1000 M.)		Ausfuhr (in 1000 M.)	
	1913	1914	1913	1914
Warenverkehr (ohne Edelmetall)	2 718 130	2 739 145	2 443 823	2 526 649
Edelmetallverkehr	77 446	63 755	36 187	21 287
zusammen	2 795 576	2 802 900	2 480 010	2 547 936
gegen 1913 mehr		+ 7 324		+ 67 926

Im April belief sich bei einigen wichtigeren Waren (in dz):

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im April 1913	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im April 1913
Baumwolle	508 276	469 347	305 180	51 363	59 359	44 514
Jute und Jutewerg	178 448	172 822	149 595	6 039	1 511	2 605
Merinowolle im Schweiß	136 564	141 571	169 422	3 552	3 720	6 962
Kreuzzuchtwolle im „	117 624	119 304	119 395	967	3 491	1 926
Eisenerze	12 253 781	10 666 720	11 903 620	1 630 421	1 603 698	2 297 086
Steinkohlen	8 096 094	7 961 400	9 407 154	29 308 747	29 147 189	29 388 495
Braunkohlen	6 036 359	5 872 526	6 500 740	29 817	43 890	32 501
Roheisen	104 513	70 882	89 780	658 846	625 556	693 688
Kohl., Rohsch., Kohbl. usw.	3 915	6 703	3 977	758 611	612 851	487 022
Träger, eiserne	213	2 527	392	406 403	325 016	489 134
Eisenb.-, Straßenbsch.	823	187	192	652 593	435 339	522 756
Kupfer	225 490	192 225	247 875	4 519	4 398	7 815

Der Außenhandel Oesterreich-Ungarns vermag sich von den Folgen der Balkankrise noch nicht zu erholen; die Ausfuhr bleibt noch hinter der vorjährigen Vergleichsziffer zurück. Es betrugen (in Mill. Kr.):

Einfuhr		Ausfuhr		Ausfuhrsaldo	
1913	1914	1913	1914	1913	1914
809,3	877,0	648,3	646,9	— 161,0	— 230,1

Auch im Außenhandel Großbritanniens ist, trotz der größeren Ausfuhrziffern, bei deren Bewertung die verschiedene Lage des Osterfestes nicht außer acht zu lassen ist, die internatio

Digitized by Google

nale Geschäftsstille zu erkennen, am klarsten bei der Eisen- und Stahlwarenausfuhr sowie den Durchfuhrziffern. Es betrugen (in Mill. £):

	1912	1913	1914
Ausfuhr	**118,62**	**127,31**	**133,59**
davon			
Kohle, Koks etc.	8,17	12,36	12,74
Eisen- und Stahlwaren	17,14	18,70	13,07
Maschinen	7,81	8,59	9,99
Textilwaren	44,97	45,83	49,07
Einfuhr	**187,89**	**196,29**	**196,99**
davon			
Lebensmittel	63 60	64,76	66,36
Baumwolle	25,58	22,15	25,55
Textilwaren	11,96	12,23	12,92
Außerdem Durchfuhr.	31,19	31,09	29,36

Bei den Außenhandelsziffern Frankreichs ist bemerkenswert die große Steigerung der Lebensmitteleinfuhr und der Rückgang der Fabrikatausfuhr. Im einzelnen betrugen (in Mill. Frs.):

1. Quartal	1912	1913	1914
Einfuhr	**2034,1**	**2135,8**	**2317,6**
davon			
Lebensmittel	393,0	386,4	492,8
Rohstoffe	1260,8	1336,0	1440,4
Fabrikate	380,3	393,5	384,3
Ausfuhr	**1480,7**	**1637,0**	**1626,8**
davon			
Lebensmittel	173,1	184,0	162,4
Rohstoffe	439,9	452,3	490,9
Fabrikate	746,9	857,7	828,1
Poststücke	120,8	143,0	145,4

Am **Weltarbeitsmarkt** hat auch der April Vorgänge von Bedeutung nicht gebracht. Der Bergarbeiterstreik in England ist rasch beigelegt, der Ausbruch des Transportarbeiterstreiks (siehe voriges Heft) noch glücklich vermieden worden. — Nur in den Vereinigten Staaten (Colorado) hat ein Streik der Bergarbeiter Ende des Monats scharfe Formen angenommen und zu bewaffneter Intervention mit Blutvergießen geführt. — Ziffernmäßiges Material über die Lage am Arbeitsmarkt liegt für Deutschland erst bis Ende März vor. Nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes ist eine Besserung, vor allem in einer Reihe von Saisongewerben, eingetreten, die über die des Vorjahres hinausgeht. Das Angebot auf je 100 offene Stellen hat gegen den Februar erheblich nachgelassen und betrug:

	Januar		Februar		März	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
männliche	191	234	190	218	168	173
weibliche	98	105	91	97	87	92

Auch für die **Einnahmen der deutschen Eisenbahnen** reichen die Angaben erst bis Ende März. Im Vergleich zu den

Digitized by Google

beiden Vormonaten ist eine erhebliche Steigerung sowohl im Güterverkehr als auch im Personenverkehr zu beobachten. Beim Vergleich mit dem März des Vorjahres ist die verschiedene Lage des Osterfestes zu berücksichtigen. Im einzelnen erbrachten:

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1913		1914		1913		1914		1913	1914	1913	1914
	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	insges. Mill. M.	p. km M.	Mill. M.		Mill. M.	
*) Jan.	178,8	2892	174,8	2797	63,5	1052	64,8	1064	21,0	20,8	263,3	260,4
*) Febr.	178,9	2895	179,5	2873	57,8	959	61,2	1004	17,8	19,3	254,5	260,0
*) März	187,4	3031	190,1	3041	83,5	1383	75,6	1241	30.0	31,3	300.9	297,0
I. Quart.	545,1		544,4		204,8		201,6		68,8	71,4	818,7	817,4

In der Neuordnung der Verhältnisse der **Groß-Schiffahrt** hat der April Fortschritte nicht gebracht, wenn man nicht die prinzipiellen Abkommen mit der österreichischen und ungarischen Regierung als solche ansehen will. Gegen Ende des Monats ist, zum erstenmal seit langer Zeit, ein Teil der atlantischen Frachtraten um einige Pfennige in die Höhe gesetzt worden, ohne daß jedoch bisher eine Allgemeinerhöhung der Frachtniveaus zu beobachten wäre. Anfang Mai haben in Köln neue Poolverhandlungen stattgefunden, mit dem Resultat, daß die Zwischendeckpreise nach New York erheblich gesteigert werden konnten. — In Canada hat die Regierung Herabsetzungen der Eisenbahn-Frachtraten im und vom Westen verfügt, die teilweise ziemlich einschneidend sind und der Schiffahrt wohl zugute kommen werden. — Die Auswanderung über deutsche Häfen ist im April gegen den Vormonat, besonders aber gegen das Vorjahr, stark zurückgegangen. Es wanderten aus:

	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	13 357	6 939	10 037	18 730	12 119
„ Bremen . . .	21 798	10 238	14 574	24 556	13 045†)
zusammen .	35 155	17 177	24 611	43 286	25 164
dagegen im					
März . . .	31 185	20 532	32 478	36 921	29 322
Februar . . .	28 527	10 268	15 055	24 811	17 479

Eine weiter recht günstige Entwicklung haben im April die **Konkursziffern** genommen. Es wurden eröffnet:

im Jan.	1912	826	Konkurse	1913	971	Konkurse	1914	854	Konkurse
„ Febr.	1912	761	„	1913	884	„	1914	751	„
„ März	1912	760	„	1913	854	„	1914	822	„
„ April	1912	765	„	1913	962	„	1914	706	„

Einen Fortschritt von außerordentlich weittragender Bedeutung hat im April die **Fusionsbewegung** in Deutschland gemacht durch die Eingliederung des — formell selbständig bleibenden — A. Schaaffhausen'schen Bankvereins in die Disconto-Gesellschaft (vgl. leitenden Aufsatz). Es ist dies der erste Fall, daß eine wirkliche Berliner Großbank ihre Selbständigkeit einbüßt. Auch die neue Expansion der Mannesmann-Röhrenwerke durch

*) Inkl. der Einnahmen der bayerischen Bahnen.
†) Die vom Bremer Stat. Amt veröffentlichte Ziffer von 15321 Personen enthält die Kajütspassagiere.

Digitized by Google

die Angliederung von Schulz-Knaudt und der Zusammenschluß immer neuer Versicherungs-Gesellschaften — man kann hier fast von einer Fusions-Epidemie reden — sind zu erwähnen. — In England hat Lloyds Bank, eines der größten Provinzinstitute, die Wilts and Dorset-Bank, in sich aufgenommen; eine ihrer schärfsten Konkurrenten, die London City and Midland Bank, hat die Ankündigung dieser Transaktion mit der Eröffnung von 17 neuen Filialen beantwortet.

Die Lage der **deutschen Eisenindustrie** hat sich im April, wie bereits kurz erwähnt, bei den meisten Artikeln nicht gebessert. Bezeichnend ist, daß in den Aeußerungen der führenden Industriellen das als beruhigend gedachte Argument häufig wiederkehrt, es sei so schlimm, daß es nur noch besser werden könne. Tatsächlich haben die Preise für einige wichtige Halb- und Fertigfabrikate im April weiter nachgegeben; von einer Kauflust des Konsums ist aber nur bei Formeisen etwas zu spüren. Auch das Ventil, das der Export bisher für die Eisenindustrie dargestellt hat, beginnt jetzt schwerfälliger zu funktionieren.

Am **Roheisenmarkt** hat sich der Versand nach Angabe des Verbandes im April etwa auf dem Niveau vom März gehalten, wobei man aber nach den bisher vorliegenden Ausfuhrziffern annehmen muß, daß noch immer ein großer Teil des Versandes — auf Grund alter Abschlüsse und zu recht ungünstigen Preisen — ins Ausland geht. Neue Exportgeschäfte sind, wie in der Hauptversammlung des Verbandes berichtet wurde, schwieriger geworden. — Die Roheisenerzeugung im April weist sowohl gegen den Vormonat, als auch gegen das Vorjahr einen Rückgang auf. Es wurden erblasen (in 1000 t):

	1910	1911	1912	1913	1914
Februar . . .	1 091,4	1 179,1	1 319,8	1492,5	1 445,5
März	1 250,2	1 322,1	1 424,1	1628,2	1 602,7
April	1 202,1	1 285,4	1 427,6	1587,3	1 534,4

In der letzten Hauptversammlung des **Stahlwerksverbandes** ist berichtet worden, daß der Formeisenversand nach dem In- und Auslande eine unverkennbare Belebung zeige; zu welchen Preisen, wird nicht gesagt. Das Geschäft in Eisenbahnmaterial ist normal, in Halbzeug „läßt es noch immer zu wünschen übrig". An zwei Stellen betont der Verbandsbericht die schlechte Lage des überseeischen, insbesondere südamerikanischen Geschäftes. Angaben über den Versand liegen erst bis Ende März vor. Ihr besonderes Kennzeichen ist die Steigerung des Formeisenabsatzes. Im einzelnen betrug der Versand (in 1000 t) bei:

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar	182,6	162,7	143,0	177,3	229,8	211,4	118,7	143,1	100,8
Februar	173,0	140,4	134,5	194,8	229,9	214,6	139,4	136,2	133,9
März	157,6	151,7	153,2	256,1	232,4	206,3	245,7	178,2	201,0
1. Quartal	513,2	454,8	430,7	628,2	692,1	632,3	503,8	457,5	435,7

Digitized by Google

Der Stahlwerksverband hat, wie an dieser Stelle noch erwähnt sei, eine außerordentliche Mitgliederversammlung auf Anfang Mai einberufen, in der eine Anregung der rheinischen Stahlwerke besprochen werden soll, die zwischen der Erneuerung des Kohlensyndikates und der Erneuerung der diversen Verbände der Eisenindustrie eine Verbindung schaffen will. — Wie stets, macht sich die neue Verschlechterung der Lage auch jetzt wieder am deutlichsten am Stabeisenmarkte bemerkbar, wo die Preise weiter nachgegeben haben. Während bis vor kurzem die Werke zu den gewichenen Preisen nur prompte Ware abgaben, verkaufen sie jetzt auch für wesentlich spätere Lieferung dazu. Eine ähnliche Verschlechterung der Preise zeigt sich am Grobblechmarkte, wo der Kampf zwischen Gelsenkirchen und dem Schiffsbaustahlkontor auf die Preise drückt. — Auch sonst sind für einzelne Produkte die Preise weiter zurückgegangen, zum Beispiel für Schrauben. Andererseits wird aus der Kleineisenindustrie berichtet, daß dort die Abwärtsbewegung zum Stillstand gekommen scheine. Ein Teil der Werke ist übrigens, namentlich in den Walzwerksbetrieben, bereits zu Produktionseinschränkungen übergegangen. — Die Notierungen der Düsseldorfer Börse haben teilweise weitere Herabsetzungen erfahren. Sie lauten für eine Anzahl von wichtigeren Waren (in M. per t):

	20. 3. 1914	3. 4. 1914	17. 4. 1914	1. 5. 1914
Lux. Gießereieisen III	60–62	60—62	60—62	60—62
Dtsch. Gießereieisen I	75,50	75,50	75,50	75,50
„ „ „ III	70,50	70,50	70,50	70,50
Engl. „ „ III	—	—	—	—
Gew. Fluß-Stabeisen	96—98	95—98	95—98	94—97
Grobbleche (Flußeis.)	100—103	100—103	100—103	99—102
Feinbleche	117,50—122,5	117—121	117—121	115—120
Flußeisenwalzdraht .	117,50	117,50	117,50	117,50

Der deutsche **Außenhandel mit Eisen und Eisenwaren** zeigt im März (einzelne Aprilziffern siehe an anderer Stelle) eine weitere Steigerung, die jedoch zum Teil auf die größere Zahl der Arbeitstage zurückzuführen ist. Besonders bemerkenswert ist die Steigerung des Roheisen-, Träger-, Draht- und Blechexportes. Einen Rückgang zeigt die Halbzeug- und Stabeisen-Ausfuhr. Bei einzelnen wichtigeren Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Januar	11960,1	10188,1	741,8	675,3	22,4	9,3	87,1	12,1
Februar	6702,3	5828,1	899,5	670,8	29,9	19,0	91,0	73,6
März	6265,8	7088,2	856,2	670,3	0,8	18,7	32,8	252,7
I. Quartal	24928,2	23104,4	2497,5	2016,4	53,1	47,0	210,9	338,4

Digitized by Google

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Januar	78831,3	49436,1	56888,4	55647,2	26468,2	32577,3	35927,5	25109,2
Februar	75979,0	41565,7	61886,7	66406,9	41493,8	41290,3	39616,9	26080,8
März	77216,7	62555,6	57821,0	61285,1	41838,4	43533,9	38030,7	32501,6
I. Quart.	232027,0	153557,4	176596,1	183339,2	109800,4	117401,5	113575,1	83691,6

Am englischen Eisenmarkte hat sich im April wenig geändert; es sind lediglich für vereinzelte Fertigfabrikate die Preise noch etwas herabgesetzt worden. Trotz neuer Verringerung der Warrantläger sind die Notierungen auch für Warrant-Eisen eher wieder zurückgegangen; nur Ende des Monats erfuhren sie eine kleine Erhöhung. Nr. 3 M'bro Warrants notierten in Glasgow (per ton):

1. April	8. April	16. April	22. April	30. April
51 sh 2 d	51 sh 2 d	50 sh 8 d	50 sh 7½ d	51 sh 4 d

Am belgischen Eisenmarkte sind ebenfalls, sowohl für die Ausfuhr wie im Inlande, Preisherabsetzungen vorgenommen worden. Gegen Ende des Monats kamen ferner Berichte von weiteren Produktionseinschränkungen auf den Blechwalzwerken. Die Bemühungen, ein Stabeisensyndikat zu bilden, haben noch immer kein Ergebnis gehabt. — Der französische Stahlwerksverband hat seine Halbzeugpreise um 10 Fr. ermäßigt. — Das österreichische Eisenkartell, dessen Inlandsabsatz im März etwas besser war als in der gleichen Vorjahrszeit, hat in seiner letzten Sitzung zwei Außenseiter aufgenommen.

Die Lage am amerikanischen Eisenmarkte hat sich im April weiter verschlechtert, und Lohnermäßigungen sind an der Tagesordnung. Aufträge gehen sehr spärlich ein, und ähnlich wie in Deutschland wird auch hier argumentiert, daß eine Aenderung der Lage nur eine Besserung bedeuten könne. Der Iron Age meint in seinem letzten Berichte, daß außerordentlich viel für die Eisenindustrie von der Entscheidung in der Frachtratenfrage abhänge. Der Ausweis des Stahltrust für die ersten 3 Monate ist recht schlecht, und der April soll noch ungünstiger gewesen sein, als der Durchschnitt der ersten 3 Monate. Es betrugen:

Betriebsgewinn (in 1000 Doll.):

	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quartal	18 229	22 921	37 617	23 519	17 827	34 426	17 994
2. „	20 265	29 310	40 170	28 108	25 101	41 218	
3. „	27 106	38 247	37 365	29 523	30 064	38 450	
4. „	26 225	40 970	25 991	23 105	35 186	23 036	
zus.:	91 825	131 478	141 143	104 255	108 178	137 130	

Auftragsbestand (in 1000 tons):

1. Quartal	3 765	3 542	5 403	3 447	5 304	7 468	4 654
2. „	3 314	4 058	4 257	3 361	5 807	5 807	
3. „	3 422	4 797	3 158	3 611	6 551	5 004	
4. „	3 603	5 927	2 648	5 084	7 932	4 282	

Digitized by Google

Eine gewisse Besserung der Lage ist im April am **deutschen Kohlenmarkte** eingetreten, jedoch ist die Vergrößerung der Abladungen weniger in der allgemeinen Lage, als darin begründet, daß am 1. April die ermäßigten Preise des Kohlensyndikats in Kraft traten, und die Bezieher, die naturgemäß in den vorangegangenen Monaten zunächst ihre Lagervorräte aufgebraucht hatten, diese jetzt ergänzen mußten. Das betont auch der Bericht des syndikatsoffiziösen „Glückauf". Im übrigen hat die Belebung nicht ausgereicht, um ein weiteres Steigen der Feierschichten zu verhindern. Auch in Oberschlesien wachsen trotz des relativ günstigen Absatzes nach Oesterreich-Ungarn und Rußland die Bestände. Der Bericht des **Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates** liegt erst für den März vor; er besagt, daß der Absatz in diesem Monat ungünstiger gewesen sei als im Februar, und daß die Bestände wesentlich zugenommen hätten. Die Einschränkung für Koks ist infolgedessen auf 55% erhöht, die für Kohle und Briketts jedoch um je $2^1/_2$% herabgesetzt worden. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug (in 1000 t):

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Januar	6 276,8	247,4	7 379,7	293,7	6 154,1	244,9
Februar	6 538,9	261,6	6 920,9	288,4	5 945,6	248,2
März	5 008,1	192,6	6 869,6	286,2	5 913,8	227,5

Der Koks- und Brikettversand betrug (in 1000 t):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Jan.	1656,7	53,4	333,1	13,1	1985,5	64,1	401,6	16,0	1642,0	53,0	344,1	13,7
Febr.	1621,2	55,9	343,9	13,8	1875,6	67,0	370,6	15,4	1472,5	52,6	329,9	13,7
März	1685,9	54,4	275,5	10,6	1970,1	63,5	365,4	15,2	1438,5	46,4	343,6	13,2

In den **Kohlensyndikats**verhandlungen steht man noch immer auf dem alten Fleck. Augenblicklich ist es nicht die Hüttenzechenfrage, über die man sich prinzipiell geeinigt haben soll, sondern die Regelung der Umlage, was die Verhandlungen ins Stocken gebracht hat. Daß aber im Grunde trotz der „prinzipiellen" Einigung die schwierigsten Probleme sich um die Hüttenzechenfrage gruppieren, zeigt sich klar in einem Vorschlage, der in jüngster Zeit in den Kreisen der reinen Zechen besprochen worden ist, und der dahin geht, man solle sich ähnlich wie beim Stahlwerksverbande mit einem Rumpfkartelle begnügen und den Koks unsyndiziert lassen. Bei der letzten Verhandlung waren im übrigen eine ganze Anzahl von Zechen nicht vertreten, und man hat den noch kürzlich als nahe bevorstehend bezeichneten Termin der Unterzeichnung des neuen Vertrages jetzt bis zum 1. Oktober hinausgeschoben.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** reichen die Angaben erst bis Ende März. Die Förderziffern sind durchweg sehr hoch, am höchsten bei Braunkohle. Die Betriebseinschränkungen beein-

Digitized by Google

flussen mehr die Koksherstellung. Es wurden gefördert (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar . .	14 565,6	16 536,1	16 191,8	6 865,2	7 375,6	7 998,5
Februar . .	14 644,3	15 609,0	15 143,4	6 506,7	6 836,2	7 097,5
März . . .	12 811,8	15 413,3	16 148.0	7 042,0	6 706,2	7 628,4
im I. Quartal	42 021,7	47 558,4	47 483,2	20 413,9	20 918,0	22 724,4

Im **Außenhandel mit Kohle** hat der März (provisorische Aprilziffern siehe an anderer Stelle) besondere Veränderungen nicht gebracht. Die Einfuhr ist im Gegensatz zum Vorjahre eine Kleinigkeit gestiegen, bleibt für das ganze Quartal jedoch noch immer hinter diesem zurück. Bei Steinkohle betrugen (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar	759,5	663,3	715,9	2 452,7	2 386,2	2 818,0
Februar	642,1	805,3	613,1	2 721,6	3 258,3	3 298,6
März	497,5	709,2	796,1	2 421,0	2 815.6	2 914,7
im I. Quartal	1 899,1	2 177,8	2 125,1	7 595,3	8 460,1	9 031,3

Die Verschlechterung der Lage am Kohlenmarkt zeigt sich recht deutlich in den Ausweisen der reinen Zechen für das erste Quartal. Die Minderergebnisse sind zum Teil sehr bedeutend, und eine Anzahl von in Gewerkschaftsform betriebenen Zechen hat die Ausbeuten ganz wesentlich heruntergesetzt. Bei zwei der größten reinen Zechen betragen die Betriebsüberschüsse:

Harpen

	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quartal	3 400 000 M.	4 306 000 M.	3 966 000 M.	7 008 700 M.	4 669 000 M.
2. „	3 779 000 „	3 603 000 „	6 262 500 „	7 385 700 „	—
3. „	4 036 000 „	3 752 000 „	6 373 000 „	7 222 000 „	—
4. „	4 490 000 „	4 351 000 „	5 277 600 „	5 605 000 „	—
	15 705 000 M.	16 012 000 M.	21 879 100 M.	27 221 400 „	—

Hibernia

	1910	1911	1912	1913	1914
1. Quartal	2 623 488 M.	2 963 744 M.	2 401 167 M.	4 607 090 M.	3 790 986 M.
2. „	2 456 767 „	2 454 921 „	3 788 972 „	4 500 612 „	—
3. „	2 663 116 „	2 565 916 „	3 850 709 „	4 374 054 „	—
4. „	2 958 527 „	2 894 355 „	3 539 977 „	3 535 128 „	—
	10 701 898 M.	10 878 936 M.	13 580 825 M.	17 016 884 „	—

Auch an den Kohlenmärkten des Auslandes ist die Tendenz meist recht ruhig, und in Belgien sind die Preise für Hausbrandkohle beträchtlich herabgesetzt worden, während man für Koks eine Herabsetzung noch erwartet. In Frankreich hat man die Hausbrandkohlen-Preise unverändert gelassen. Daß die Preise in England teilweise leicht gestiegen sind, ist lediglich eine Folge des Kohlenarbeiterstreiks.

In den Verhältnissen der **Kaliindustrie** hat sich im April nichts geändert. Weder ist die Durchführung der sog. Bindungsaktion geglückt, noch wurde die im Bundesrate durchberatene

Digitized by Google

Novelle zum Kaligesetz dem Reichstage bisher vorgelegt. Man rechnet jetzt damit, daß die Novelle in dieser Session überhaupt nicht mehr eingebracht wird. Der Kali-Absatz im ersten Quartal zeigt nach Angaben des Syndikats ein Plus von 6,3 Mill. M., und auch der April soll ganz günstig verlaufen sein. — Die Ausfuhrziffern liegen erst bis Ende März vor; sie zeigen sowohl gegenüber dem Februar d. J., als auch gegenüber dem März 1913 eine recht beträchtliche Steigerung, obwohl Amerika nach wie vor nur kleine Mengen bezieht. Im einzelnen betrugen (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr			Davon nach den Vereinigten Staaten		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Januar	151,9	172,4	133,6	100,9	80,3	74,8
Februar	102,4	169,3	121,4	40,4	81,7	33,7
März	107,7	135,7	176,1	28.6	61,6	39,0
im 1. Quartal	362,0	477,4	431,1	169,9	223,6	147,5

Während die jungen **Saaten** in fast allen Ländern unter sehr günstigen Umständen in die Erde kamen und sich zu entwickeln begannen, hat sich im April das Bild etwas geändert. Aus Frankreich und Ungarn kamen Klagen, und auch in Deutschland war man nicht ganz ohne Sorge darüber, daß der Regenmangel Roggen und Sommersaaten schädigen könnte. Selbstverständlich hat inzwischen der Witterungsumschlag diese Bedenken rasch verstummen lassen; immerhin genügten sie im April, um dem Rückgange der Getreidepreise an den heimischen Märkten ein Ende zu machen.

An den übrigen **Weltgetreidemärkten** sind Preisänderungen von Belang nicht eingetreten, nur in der Union ist Mais ziemlich beträchtlich gefallen.

Die Saatenstandsnoten des Kaiserl. Statistischen Amtes für Deutschland weisen für Winterroggen eine kleine Verschlechterung auf. Sie lauten:

	Winter-Weizen	Winter-Roggen	Klee	Luzerne	Bewässerungs-Wiesen	Andere
Mai 1914 . .	2,5	2,6	2,5	2,6	2,2	2,6
April 1914 .	2,5	2,4	—	—	—	—
Mai 1913 . .	2,5	2,7	2,5	2,8	2,3	2,6

Die gleichen Gründe wie bei Roggen haben auch bei Zucker zu einer leichten Steigerung der Preise geführt, um so mehr, als aus Cuba ebenfalls weniger günstige Meldungen kamen. — Kaffee hat dagegen aus den häufig erörterten Gründen weiter nachgeben müssen, ebenso Kakao. Auch Tee ist etwas billiger geworden.

Am Markte der **Textilrohstoffe** hat Wolle ihren außergewöhnlich hohen Preisstand noch um eine Kleinigkeit erhöhen können; Jute hat sich behauptet. Die Baumwollpreise zeigen kaum wesentliche Veränderungen, doch schien sich gegen Schluß des Monats im Zusammenhang mit ungünstigeren Meldungen aus

Digitized by Google

Aegypten und der Union eine kleine Befestigung anzubahnen, Flachs ist etwas, Hanf stark gestiegen.

An den **Metall**märkten prägte sich die Ungunst der Lage im April wesentlich deutlicher aus als vorher. Besonders scharf mußten die Zinnpreise nachgeben. Auch für Elektrokupfer sind die Forderungen beträchtlich heruntergesetzt worden, während die Börsenpreise dieses Metalls weniger nachgaben. — Für Zink hat der Verband eine neue Preisermäßigung um 1 M. per 100 kg vorgenommen, ferner tritt für den Bezirk des internationalen Syndikates mit dem 1. Mai eine Produktionseinschränkung um 16 bis 18% in Kraft. Zwei Märkte allerdings lagen infolge der Zuspitzung der mexikanischen Wirren fest, nämlich der Silber- und namentlich der Bleimarkt.

Die Petroleumpreise in fast allen Ländern haben, besonders für Rohware, erheblich nachgegeben. — Auch Chilisalpeter ist weiter gesunken, obwohl man dem Markte mit Gerüchten von einem Weltstickstoff-Syndikat eine Stütze zu bieten versuchte. — Die Gummipreise haben eine vorübergehende Erhöhung nicht behaupten können. — Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	29. April 13	2. März 14	1. April 14	9. April 14	20. April 14	30. April 14
Weizen (Berlin) .	217,25	206,25	202,25	200,25	199,25	202,25
do. (New York)	100 7/8	97 1/2	95 7/8	95 1/4	94 7/8	95 1/4
Roggen (Berlin) .	170,50	164,25	162,75	162,75	163,75	166,75
Mais (New York)	63 1/4	70 3/8	72 1/4	76 5/8	71 1/4	73 3/8
Baumwolle (Brem.)	61 3/4	67 3/4*)	64 1/2	65,—	64 1/2	64 1/2
do. (New York)	11,60	13,05	13,30	13,35	13,10	13,—
Wolle (Antwerpen)	6,22	6,47	6,45	6,45	6,50	6,55
Zucker (Magdeb.)	9,60	8.85	8,80	8,90	8,97 1/2	9,12 1/2
Kaffee (Hamb.) .	58 1/2	49 1/2	48 3/4	48 1/2	48 1/2	47 1/4
Salpeter (Hamb.)	11,47 1/2	10,55	10,15	9,47 1/2	9,57 1/2	9,50
Schmalz (Chicago)	10,82	10 75	11,70	10.72	10,25	10,02
Silber (London) .	27 15/16	26 11/16	26 13/16	26 15/16	26 7/8	27 3/16
Kupfer (London) .	67 1/2	64 5/8	65 11/16	65 3/4	64 1/2	63 5/8
Zinn (London) . .	228 1/2	172 1/2	173 1/8	168 1/4	164 7/8	157 1/4
Zink (London) . .	25 7/16	21 3/8	21 5/8	21 1/2	21 5/8	21 1/2
Blei (London) . .	17 7/8	19 3/4	18 1/4	18 1/8	18,—	18 13/16

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per 1/2 kg mit 1 1/4 % Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn, 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2 1/2 %.

An den **Weltbörsen** ist dem ungünstigen März ein noch ungünstigerer April gefolgt. Waren im vorigen Monat mehr die geringen Umsätze als die Kursentwicklung symptomatisch für die schlechte Börsenlage, so traten im April überall recht beträchtliche Kursrückgänge ein. Es trafen verschiedene Momente zu-

*) Fully Middling.

Digitized by Google

sammen, denen die ohnehin geschwächte Spekulation nicht gewachsen war, um so weniger, als die Zurückhaltung des Publikums vom Börsengeschäft noch größer geworden ist. Eines der Beunruhigungs-Zentren lag wiederum in Amerika, wo die kanadische Frachtraten-Herabsetzung, die Zuspitzung der mexikanischen Wirren und die in deren Verfolg sich noch schärfer ausprägende Verflauung der New-Yorker Börse zu erwähnen sind. In London machten die späterhin zu erwähnenden unbehaglichen Verhältnisse des Goldmarktes, die zu den erwähnten Momenten hinzutraten, den Markt noch empfindlicher, und in Paris waren es die undurchsichtige Lage der russischen Banken und die Angst vor der Einkommensteuer, von denen der Druck auf den Markt ausging.

Die **Berliner Börse** hat nicht günstiger abgeschnitten als die anderen. Ausgesprochen flau war zwar nur ein kleiner Teil der Börsentage; dennoch sind die kursmäßigen Ergebnisse des Monats in den meisten Fällen sehr ungünstig. Im Ultimoverkehr ist fast kein einziges Papier von Bedeutung zu nennen, dessen Liquidationskurs nennenswert über dem vorigen läge, wohingegen die Verluste in vielen Fällen über 10, ja sogar 20% hinausgehen. Mit am schwächsten lag im April ein Marktgebiet, das sich bisher noch relativ gut behauptet hatte, das der Bankaktien. Für die Mattigkeit war neben dem Angebot an jungen Aktien und der von Petersburg und Paris ausgehenden Verstimmung für russische Banken wohl die Erwägung maßgebend, daß das Jahr 1914 für unsere Kreditinstitute wahrscheinlich noch weniger günstig ausfallen wird als 1913. Hervorzuheben ist hier besonders die Schwäche der Deutschen Bank-Aktien und der Anteile der Handels-Gesellschaft. Die Kurssteigerung der Schaaffhausen-Aktien hat ihre Spezialgründe (Angliederung an die Disconto-Gesellschaft). — Die Kanadaaktie wurde bereits erwähnt, sie ist im April (zum ersten Male seit dem Jahre 1910) unter 190% gesunken. Auch Hansa sanken infolge einer der bei dieser Aktie nicht seltenen Baisseattacken auf ein seit etwa zwei Jahren nicht gekanntes Niveau. Die übrigen Transportwerte litten weniger. Der Montanmarkt trat im April etwas in den Hintergrund, ohne daß es deshalb aber an bemerkenswerten Rückgängen, zum Beispiel von Hohenlohe, Konsolidation, Gelsenkirchen und Oberschlesischen Werten gefehlt hätte. — Am Rentenmarkte ist der Quartalstermin fast völlig spurlos vorübergegangen. Neben dem Druck der Neuemissionen verstimmte hier die Krankheit des österreichischen Kaisers. Auffallend gut behaupteten sich mexikanische Renten. — Der Kassaaktienmarkt zeigte kein günstigeres Bild als die Ultimomärkte, zumal immer neue Enttäuschungen Publikum und Spekulation abschreck-

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1913		1914						
	1. April	30. April	2. Jan.	1. April	4. April	14. April	18. April	25. April	30. April
3 % Reichsanleihe	76,30	76,00	76,10	78,50	78,75	78,60	78,40	78,00	78,25
4½ % Japaner	91,25	90,50	90,50	89,90	89,75	90,50	90,20	89,25	89,25
4 % Russen v. 02	89,60	89,25	90,60	90,00	90,10	90,00	89,80	89,70	89,50
3 % Portugiesen	65,50	65,50	63,80	63,90	—	64,00	64,00	64,30	64,25
5 % Chin. Anleihe	101,00	99,50	97,50	100,00	100,00	100,25	99,60	99,40	99,60
Türk. Anl. v. 03	87,00	—	86,00	—	83,75	84,00	84,25	82,25	82,60
Türken-Lose	158,00	161,90	169,50	167,00	168,25	166,50	168,00	165,00	164,90
Disconto-Com.-Ant.	181,90	180,50	186,90	188,30	187,50	186,25	185,60	185,50	188,00
Oesterr. Kredit-Akt.	—	192,25	202,50	—	—	—	—	—	—
Berl. Handels-Ges.	169,50	161,00	155,90	163,50	163,50	154,40	153,40	152,00	152,10
Darmstädter Bank	122,50	115,00	115,90	123,40	123,60	117,50	117,50	117,10	117,00
Deutsche Bank	247,00	245,00	249,00	262,60	249,75	247,10	245,80	241,75	241,60
Dresdner Bank	149,50	149,75	151,80	151,50	151,80	151,00	151,10	149,60	150,00
Nationalbank	114,40	115,50	116,90	110,80	111,25	111,40	111,40	110,50	110,60
A. Schaaffh. Bankv.	115,75	113,50	101,25	102,80	103,25	104,50	105,75	106,10	110,00
Comm.-u.Disc.-Bank	114 20	109,00	107,30	112,90	109,00	108,50	106,10	107,25	107,75
Wiener Bankverein	134,75	128,50	134.50	140,50	—	—	132,40	—	131,60
Azow-Don-Commerz	248,25	—	238,00	243,50	243,50	240,75	226,25	222,00	224,00
Russ. B. f. ausw. H.	164,00	150,60	156,70	171,00	169,00	154,70	154,90	152,00	152.25
Petersb.Int.Hand.-B.	203,50	198,00	201,50	194,25	193 10	190,90	190,00	183,00	184,00
Franzosen	—	153,00	155,25	—	—	—	—	—	—
Lombarden	24,75	24,80	22,10	—	21,50	—	21,70	20,50	—
Ital. Meridionalbahn	—	110,26	108.75	—	—	—	—	—	106,75
Anatolische Eisenb.	—	115,00	116,50	—	—	116,25	—	115,50	—
Orientbahn	177,25	173,10	200,00	—	—	—	—	194,00	—
Prince Henri	160,75	166,00	157,75	157,90	157,00	157,50	157,10	154,30	154,75
Schantungeisenbahn	129,00	132,70	128,75	144,40	143,10	142,75	143,00	138,40	139,60
Baltimore	100,30	97,30	92,90	92,00	89,70	89,00	89,00	87,00	90,00
Canada	237,75	236,20	214,75	211,00	207,60	200,75	200,70	190,00	192,40
Pennsylvania	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck-Büchener	179,60	179,50	180,75	185,75	—	186,60	187,00	187,00	186,50
Gr. Berl. Straßenb.	172,60	165,00	163,50	151,00	150,90	149,25	148,75	149,25	152,50
Electr. Hochbahn	130,00	124,50	137,90	132,00	133,30	132,70	133,30	131,00	130,50
Dynamite Trust	178,75	179,10	173,25	174,00	174,75	174.50	175,25	173,00	175,10
Norddeutsch. Lloyd	116,50	116,60	117,40	124,75	115,00	114,50	114,80	109.70	113,50
Hamb.-Am. Packetf.	158,80	142,50	134,00	132,90	131,40	131,00	131 00	127,10	129,40
Hansa Dampfschiff.	330,50	303,25	271,50	266,20	264,50	263,00	265,00	255,00	257,75
Dt.-Austral. Dampf.	172,70	172,50	172,50	171,75	168,80	171,50	189,50	191,75	197,25
Hamb.-Südam. „	162,90	162,60	163,10	163,20	159,30	162,50	189,75	191,75	193,00
Bochum. Gußstahl	216,00	216,00	210,00	225,50	225,50	225,20	225,50	222,00	222,25
Laurahütte	174,75	170,25	125,25	153,50	151,10	150,10	150,20	143,60	143,60
Harpener	190,50	193,40	174,00	184,30	183,75	183,00	183,50	181,00	178,25
Gelsenkirchen. Bgw.	193,30	183,75	185,00	195,50	195,30	182,90	183,80	181,00	181.00
Dt.-Luxemb. Bergw.	161,60	160,00	133,50	133.00	132,00	131,00	131,80	128 75	126,30
Aumetz-Friede	177,75	174,90	157,80	162,60	161,10	160,10	161,70	159,10	159,00
Rhein. Stahlwerke	166,50	164,75	152,75	161,90	162,60	161,50	161,50	158,25	160,10
Hohenlohewerke	171,50	171,00	133,50	120,40	120,00	118,00	115,00	109,00	104,00
Phönix	261,25	261,90	235,60	240,00	239,10	238,90	239,20	236 00	235,70
Rombacher Hütten	160,80	158,90	150,00	160.00	159,00	156,50	157,50	155,00	156,00
Allg. Elektr.-Ges.	236,70	238,00	236,60	247,75	247,50	247,25	247,50	243,20	243,25
Siemens & Halske	212,90	218,10	220,00	218,00	217,60	217,50	216,50	212,10	214,50
Schuckert Electr.	143,10	147,00	151,90	150,50	149,80	148,50	149,10	145,00	147,40
Electr. Licht u. Kraft	127,00	126.50	129,75	130,00	131,00	130,25	129,00	127,00	129,00
Ges. f. Electr. Untern.	171,80	167,70	164,00	172,40	172,90	171.80	172,25	157,60	158,20
Dt. Uebersee Elektr.	164,25	164,00	167,00	178,10	178,00	178,00	177,60	174,00	176,90
Bk. f. Electr. Untern.	187,75	188,50	185.00	195,00	195,00	195,00	195,00	192,00	194,00
Oberschles. Eisb.-B.	102,90	102,00	89,90	85,30	84,00	83,80	83,40	82,00	82,80
Orenstein & Koppel	202,00	203,30	167,00	179,10	179,75	178,80	177,10	173,50	174,00
Oberschles. Eis.-Ind.	82,80	84,80	62,00	68,50	67,00	66,00	66,10	65,10	63,80
South-West Africa	126,00	125,10	115,00	119,10	119,40	119,50	118,10	117,50	117,00

Digitized by Google

ten. Es sei nur an den besonders kraß liegenden Fall des Vereins chemischer Fabriken in Zeitz, ferner an Zellstoff Waldhof, Norddeutsche Steingut und eine Reihe westlicher Eisenwerke erinnert. Auch die angeblich von Wien ausgehende Schwäche der Deutschen Erdöl-Aktien sei erwähnt. Immerhin fehlte es hier auch nicht an einzelnen Kurssteigerungen. Die vorher so scharf rückgängigen Aktien der mechanischen Weberei Linden, sowie einzelne Tüllwerte wurden mit der Motivierung gesteigert, daß die Mode ihren Fabrikaten wieder günstig werde. Ferner lagen Zementwerte infolge des Zustandekommens des Rheinisch-Westfälischen Zement-Syndikates meist ziemlich fest.

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im April.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
4% Oester. Kronenrente	83,40	81,30	82,60	Neuemission
5% Buenos Aires Provinz	97,40	94,10	97,00	Reaktion
5% Mexikaner v. 99	84,50	79,50	83,75	
Aachen Maastricht	79,75	75,00	76,75	Keine Dividende
Schantung	144,40	136.75	139.60	
Argo Dampfschiff	125,00	115,00	118,90	schlechtere Frachten
Bras. Bank f. Deutschl.	160,50	155 60	158.50	
Dortmunder Br. Aktien	454,50	442,00	444,00	
A.-G f. Anilinfabrikation	546,00	511,00	522,00	Kapitalserhöhung
Consolidation	328,75	316,00	316,00	
Dt. Waffen	624,50	578,50	607,75	Kapitalserhöhung
Max Jüdel & Co.	485,25	458,50	480,00	Ausg. v Gratisaktien
Nordd. Steingut	184,50	166,25	175,00	Dividendensturz
Roddergrube	353,00	325,25	338,00	Kapitalbedarf
Schulz-Knaudt	146,75	129,30	142,50	Fusion mit Mannesmann
Tüllfabrik Flöha	281,75	264,00	264,50	Dividendenenttäuschg.
Zeitzer chem. Fabrik	105,00	74,00	80 00	Dividendenlosigkeit

Die Ziffern der Börsensteuern liegen erst bis Ende März vor. Der Schlußscheinstempel zeigt einen Rückgang, der Effektenstempel im Zusammenhang mit einzelnen großen Neu-Emissionen eine erhebliche Steigerung. Im einzelnen erbrachten (in 1000 M.):

Schlußscheinstempel.

	1911	1912	1913	1914
Januar	2 214,8	2 277,2	1 665,7	1 665,1
Februar	2 288,7	1 620,3	1 236,7	1 916,8
März	2 038,6	1 794,5	1 264,0	1 444,8
I. Quartal	6 542,1	5 692,0	4 166,4	5 026,7

Effektenstempel.

	1911	1912	1913	1914
Januar	5 012,1	5 284,1	5 735,0	5 811,4
Februar	3 847,2	4 724,4	2 529,2	4 455,9
März	4 501,9	6 220,0	3 750,6	7 359,1
I. Quartal	13 361,2	16 228,6	12 014,8	17 626,4

Am **internationalen Geldmarkt** hat nach der leichten Ueberwindung des Quartaltermins die Geldflüssigkeit an den meisten

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.

Digitized by Google

Plätzen eher noch etwas zugenommen. Die Beobachtung, daß flaue Börsen leichtes Geld erzeugen, hat auch diesmal wieder gemacht werden können. Sogar die Zuspitzung der Dinge in Mexiko und die damit zusammenhängende Nervosität in New York haben nur einen ganz unbedeutenden Einfluß auf die Geldsätze ausgeübt.

Allerdings war der Londoner Geldmarkt nur in der ersten Monatshälfte ausgesprochen flüssig, wozu stärkere Ueberweisungen vom Kontinent, darunter rund 50 Mill. M. Chilenen-Guthaben aus Deutschland, wesentlich beitrugen. Später verstimmten die fortgesetzten Goldkäufe der russischen Regierung, die zur Folge hatten, daß der Bank von England nur ein ganz kleiner Bruchteil der Barrenankünfte zufloß; es trat eine Versteifung der Geldsätze fast um ein volles Prozent ein, weniger aus unmittelbarer Geldsorge, als aus Ungewißheit über die Bedeutung der russischen Operationen, die möglicherweise einen politischen Charakter haben konnten. Auch trafen die amerikanischen Tratten, die um diese Jahreszeit immer als Vorboten der Sommerexporte in London aufzutauchen pflegen, in ziemlich erheblichem Umfange ein. Immerhin erreichte der Privatdiskont mit $2^{11}/_{16}$ % sein Maximum, blieb also immer noch weit unter der Bankrate; er notierte:

1. April	6. April	14. April	20. April	28. April	30. April	höchst	niedrigst
$1^3/_4$	$1^3/_4$	$1^{15}/_{16}$	2	$2^{11}/_{16}$	$2^1/_2$	$2^{11}/_{16}$	$1^3/_4$

im Durchschnitt 2,11 gegen 2,15 im März

Bei der Bank von England ist die übliche Frühjahrsbesserung des Status, mit der man sonst zu rechnen pflegt, diesmal gänzlich ausgeblieben. Die Inanspruchnahme der Bank blieb ungewöhnlich groß, und der vorangegangenen starken Ansammlung von Regierungsdepositen folgte jetzt ein entsprechend großer Rückgang. Die Folge dieser Entnahmen, die zum Teil in Gold erfolgten und durch keine ausländischen Goldzuflüsse ausgeglichen wurden, war ein erhebliches Zusammenschrumpfen des Metallbestandes der Bank. Es hat fast den Anschein, als wenn ein Teil des Bankgoldes ebenfalls seinen Weg nach Petersburg genommen hat; ein anderer Teil mag nach Chile geflossen sein. Beunruhigung weckte diese starke Beanspruchung aber weder innerhalb noch außerhalb der Bank, da die aktive Bewegung der Privatdepositen auf eine normale Verfassung des Londoner Marktes und auf eine baldige Korrektur des Bankstatus deutete.

Die äußere Goldbewegung vollzog sich im April fast ohne Mitwirkung der Bank von England und schließt für diese mit einem kleinen Minus. Fast alle Goldankünfte wurden sofort für russische, zum Teil auch für französische Rechnung aufgekauft, wobei Preise von 77 s $9^7/_8$ d pro Unze, gelegentlich sogar noch

Digitized by Google

etwas mehr, angelegt wurden. Die Ziffern der äußeren Goldbewegung bei der Bank von England lauten (in 1000 £):

Eingang:		davon aus		Ausgang:	davon nach:		Saldo
1.— 4. April	60	—		66	—		— 6
5.—10. „	72	Brasilien	72	80	Frankreich	50	— 8
					Spanien	30	
11.—17. „	87	Brasilien	87	150	Java	50	— 63
18.—24. „	103	Brasilien	103	50	Java	50	+ 53
25.—30. „	—			50	Java	50	— 50
	322			396			— 74

Der Londoner Clearing-Verkehr (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im April 1914 im Vergleich mit den Parallelwochen der Vorjahre folgende Ziffern auf (in 1000 £):

1912		1913		1914	
28. 3.— 3. 4.	379 331	27. 3.— 2. 4.	374 808	26. 3 — 1. 4	389 473
4. 4.—10. 4.	209 538	3. 4.— 9. 4.	299 293	2. 4.— 8. 4.	408 436
11. 4.—17. 4.	326 877	10. 4.—16. 4.	354 222	9. 4.—15. 4.	242 815
18. 4.—24. 4.	262 040	17. 4.—23. 4.	289 804	16. 4.—22. 4.	302 126
25. 4. — 1. 5.	374 422	24. 4.—30. 4.	350 093	23. 4.—29. 4.	351 613
28. 3 — 1. 5.	1 552 208	27. 3.—30. 4.	1 668 220	26. 3.—29. 4.	1 694 463
1. 1.—27. 3.	3 785 831	1. 1.—26. 3	3 860 659	1. 1.—25. 3.	4 170 036
1. 1.— 1. 5.	5 338 039	1. 1.—30. 4.	5 528 879	1. 1.—29. 4.	5 864 499

Am Pariser Geldmarkt hat die Lage keine wesentliche Veränderung erfahren. In Erwartung der verschiedenen Anleihen, die den französischen Markt noch belasten werden, und von denen eine, nämlich die türkische 500-Millionen-Anleihe, Ende des Monats zur Zeichnung gekommen ist, stehen erhebliche Geldsummen bereit, die auf den Markt drücken. Andererseits haben französische Finanzhäuser große Verluste an süd- und nordamerikanischen Papieren erlitten und die Banken haben am Markt der russischen Papiere mit erheblichen Summen intervenieren müssen. Auch sind fortgesetzt Beträge à conto der russischen Goldkäufe nach London remittiert worden. Alles das hat den offiziellen Privatdiskont während des ganzen Monats nicht unter 2¾ % sinken lassen.

Die Bank von Frankreich hat infolge günstigen Standes der Wechselkurse wieder etwas Gold aus London sowie aus New York an sich ziehen können. Ihre Inanspruchnahme ist weiter ein wenig zurückgegangen, da sie eine Ermäßigung ihres Diskontsatzes immer noch nicht vornehmen zu dürfen glaubte. In der Tat bleibt die Deckung des Notenumlaufs, der Ende April wieder über 6 Milliarden hinausgegangen ist, prozentualiter noch hinter der Normaldeckung früherer Jahre zurück.

Am Wiener Geldmarkt ist nach beendigter Zahlungsregulierung der letzten Anleihen eine ganz leichte Befestigung der Geldsätze eingetreten. Der Privatdiskont notierte:

1. April	6. April	14. April	20. April	27. April	30. April	höchst	niedrigst
3½	3⅜	3⁷/₁₆	3⁹/₁₆	3⁹/₁₆	3½	3⁹/₁₆	3⅜

im Durchschnitt 3,48 gegen 3,34 im März

Digitized by Google

Am Petersburger Geldmarkt hat die Erleichterung angehalten und zu einer halbprozentigen Herabsetzung des Bankdiskonts geführt. Einen abnorm niedrigen Stand nimmt andauernd die russische Valuta ein, was u. a. auch eine Folge der starken Goldnachfrage der Reichsbank ist. Da ein großer Teil der russischen Auslandsforderungen in barem Golde statt in Form von Wechseln und Auszahlung Petersburg berichtigt werden muß, fehlt es an den großen Geldmärkten an Nachfrage nach den reichlich vorhandenen russischen Warenwechseln.

In New York ist infolge der zunehmenden Untätigkeit auf industriellem Gebiet und der Abneigung gegen neue Finanzgeschäfte, das Geld billig geblieben. Gegen Monatsende hat die amerikanische Intervention in Mexiko ein Anziehen des Satzes für 90-Tage-Wechsel von 2½ auf 3 und 3¼ % und daher ein verstärktes Wechselangebot in London zur Folge gehabt. Die Ausweise der New York Associated Banks lauten:

	21. März	28. März	4. April	11. April	18. April
Darlehen	1490,5	1487,1	1509,3	1500,5	1505,4
Depositen	1546,2	1543,7	1555,1	1555,6	1567,5
Barbestand und Legal-Tenders	407,7	409,4	395,9	404,5	412,9
Gesetzlicher Mindestbarbestand	386,6	385,9	388 8	388,9	391,9
Reserve	21,1	23,5	7,1	15,6	21,0

Die Ausweise der dem New-Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	21. März	28. März	4. April	11. April	18. April
Darlehen	594,6	601,7	603,3	602,0	625,4
Depositen	439,3	431,6	449,6	443,3	468,0
Depositen bei den Assoc.-Bks.	87,3	89,6	95,3	88,4	78,9
Barbestand und Legal-Tenders	70,0	63,6	70,8	69,6	70,8

Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben bis auf denjenigen der Russ. Reichsbank, der von 6 auf 5½% ermäßigt worden ist, keine Aenderung erfahren und lauten:

Deutsche Reichsbank	bis	30. April	4;			Durchschnitt	4
Bank von England	„	30. „	3;			„	3
Bank von Frankreich	„	30. „	3,5;			„	3,5
Oest.-Ung. Bank	„	30. „	4;			„	4
Banca d'Italia	„	30. „	5,5;			„	5,5
Russ. Reichsbank	am	1. „	6;	bis 30. April	5,5;	„	5,5
Bank von Finnland	bis	30. „	5;			„	5
Bank von Spanien	„	30. „	4,5;			„	4,5
Bank von Portugal	„	30. „	5,5;			„	5,5
Schweiz. Nationalbank	„	30. „	3,5;			„	3,5
Schwed. Reichsbank	„	30. „	4,5;			„	4,5
Bank von Norwegen	„	30. „	4,5;			„	4,5
Niederländische Bank	„	30. „	3,5;			„	3,5
Nationalb. von Belgien	„	30. „	4;			„	4
Nationalb. v. Dänemark	„	30. „	5;			„	5
Rumän. Nationalbank	„	30. „	6;			„	6
Nationalb. v. Bulgarien	„	30. „	6,5;			„	6,5
Nationalbk. v. Serbien	„	30. „	7 (6)*);			„	7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„	30 „	6,5;			„	6,5

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Digitized by Google

April-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. IV.	1272,7	309,3	—	1137,3	71,1	895,6		2217,6	635,6
15. „	1310,7	316,7	—	939,7	83,2	914,0		2037,0	409,6
23. „	1353,5	338,2	—	870,2	54,2	1007,1		1915,2	223,5
30. „	1324,0	332,9	—	924,7	90,0	825,0		2101,3	444,4
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
1. IV.		39,0	—	57,8		27,7	39,8	29,5	—
8. „		36,0	—	54,7		19,6	42,3	29,5	—
15. „		36,2	—	53,1		19,2	41,9	29,0	—
22. „		36,9	—	52,2		18,8	42,4	28 6	—
29. „		36,8	—	53,1		19,0	43,1	28,9	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
2. IV.	3615,6	626,8	10,1[4])	1644,3	989,7[1])	158,6	618,7	5950,4	1697,9
9. „	3627,3	622,7	9,7[4])	1431,1	986,3[1])	182,8	547,2	5943,3	1683,6
16. „	3638,3	620,7	10,1[4])	1409,8	970,1[1])	180,2	553,7	5921,9	1652,8
23. „	3643,9	628,4	8,2[4])	1416.3	957,8[1])	178,3	686,1	5805,1	1524,6
30. „	3646,4	629,6	8,3[4])	1639,4	949,0[1])	123,5	631,1	6038,1	1753,8
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. IV.	1251,0	293,2	60,0	740,5	534,7[2])	227,5		2235 6	631,4
15. „	1251,4	292,9	60,0	707,8	531,3[2])	269,5		2162,4	558,1
23. „	1252 6	298.6	60,0	720.0	534,1[2])	377,0		2106.4	495,2
30. „	1252,7	294,7	60,0	792,6	534,1[2])	206,7		2358,6	751,2
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23.III./5. IV.	1566,8	71,1	209,9	424,2	367,2	468,5	647,6	1639 8	—
1./14. „	1569,3	69,6	210,3	423,9	369,2	457,1	630,7	1649.1	—
8./21. „	1571,1	66,6	207,8	409,7	368,3	445,8	617,5	1668,5	—
16./29. „	1574,6	70,5	208,2	387,0	365,3	423,5	645 9	1598,9	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finnländisch])									
31. III.		58,1[3])	2.2	84,8[4])	74,5	29,0	24,4	117,4	—
8. IV.		58,4[3])	2,1	88,9[4])	74,6	29 2	26,6	119,7	—
15. „		58,5[3])	2 1	88 6[4])	73,9	29,1	24,9	119,1	—
23. „		58,8[3])	2,1	87,7[4])	73,4	28,5	27,7	115,2	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. III.	1110,1	99,8	84,0[4])	716,6[5])		185,1	184,4	1557,3	263,4
31. „	1109,7	99 6	85 6[4])	747,9[5])		163,0	188,2	1614,0	319,1
10. IV.	1110,0	98,8	84,8[4])	740,3[5])		137,3	188,3	1600,4	306,8
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
4. IV.	507.1	722,5[8])	174,2	345,0	521,1[7])	134,5	478,1	1917,3	513,5
11. „	508,2	721,0[8])	174,3	338,7	516,1[7])	128,1	479,8	1923,1	519,6
18. „	509,7	724,4[8])	175,5	334,2	509,4[7])	126,0	480,2	1916,5	506,9
25. „	510,8	726,6[8])	176,3	333 3	501.7[7])	123,2	488,5	1912,5	498,8
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[18])									
25. II.	7,542	8,946[8])	—	24,334	65,034	2,581	4,812	82,611	66,123
4. III.	7,542	8,927[8])	—	23,884	64,898	2,632	4,206	83,596	67,127
11. „	7,542	8,984[8])	—	23,767	65,015	2,844	4,741	83,056	66,530
18. „	7,542	9,077[8])	—	23,759	64,935	3,034	4,840	82,788	66,169
25. „	7,542	9,149[8])	—	23,871	65,370	3,066	5,257	82,835	66,144
1. IV	7,543	9,142[8])	—	23,720	65, 70	2,990	5,423	82,763	66,078
8. „	7,543	9,104[8])	—	23.670	65,940	3,056	5,605	82,819	66 172
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
4. IV.	160,0	8,5	19,8[4])	59,8[9])	94,7	—	3,3	317,2	128,9
11. „	160,0	7,8	19,8[4])	63 4[9])	89,9	—	3,4	315,9	128,3
18. „	160,5	8,6	19,9[4])	68,0[9])	84,6	—	3,1	316,1	127,1
25. „	162,5	8,9	20,1[4])	70,3[9])	85,7	—	4,7	320,1	128,6

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand			b) Anlagen		c) Verbindlichkeiten		d) Notenumlauf	
	Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	Wechsel	Darlehen	Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
2. IV.	255,9	75,3	127,24[1])	541,29[2])	67,5	26,4	81,7	978,2	519,8
9. „	257,0	74,5	140,54[3])	529 69[2])	51,9	11,4	88,2	972,9	500,9
16. „	257,1	75 0	130,94[4])	537,19[2])	52,7	5,4	94,3	971,7	508,7
23. „	257,0	74 6	124,94[4])	547,38[2])	47,3	3,2	101,1	964,9	508,4
30. „	259,0	71,7	129,04[4])	603,19[2])	54,3	7,3	104.1	1023,6	572,9
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. IV.	169,8	16,1	—[17])	90,9	21,3		40,0	269.8	83,9
15. „	170,0	17,9	—[17])	79,7	21,4		44,2	261.7	73,8
23. „	169,9	20,1	—[17])	80,2	19,6		45,0	254,6	64,6
30. „	169,5	17,8	—[17])	96,6	21,5		36,3	281,0	93,7
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
4. IV.	104,2		111,5	132,0		84,1		229,7	14,0
11. „	104,2		112,1	122,2		83,2		222,7	6,4
18. „	104,2		112,2	115,1		85,5		212.9	—
25. „	104,1		112,8	110,8		88,2		205,9	—
30. „	104,1		112,9	117,9		83,6		219,2	2,2
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
7. IV.	45,0		59,64[4])	72,0		7,0		111,6	7,0
15. „	46,8		59,74[4])	70,6		7,8		111,1	4,6
22. „	46,9		56,44[4])	70,4		8,1		108,6	5,3
30. „	73,11[19])		32,120[20])	74,9		10,6		110,8	5,6
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
31. III.	79,9		30,54[4])	32,210[10])	31,910[10])	6,7		146,6	36,2
30. IV.	79,3		30,14[4])	37,310[10])	34,316[10])	6,7		153,0	43.6
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
15./28. III.	71,5	6,4	3,6	8,9	32,311[11])	15,8		96,3	14,8
22. III./4. IV.	73,1	6,6	3,6	8,9	33,111[11])	19,4		95 9	12,6
31. „ /13. „	73,1	6,8	4,4	8,9	33 311[11])	18,9		97,6	13,3
8./21. „	73,5	6,9	4,3	8,9	33 711[11])	18,0		98 6	13,9
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
8./21. III.	154,0	0,6	56,6	168,9	45,212[12])	—[13])		410,1	198,9
15./28. „	153,8	0,6	56,6	180,0	42,712[12])	—[13])		416,9	205,9
22. III./4. IV.	153,7	0,7	56,6	183,0	45,612[12])	—[13])		423,0	212,0
9. „ /11. „	156,0	0,6	56,6	198,8	47,112[12])	—[13])		433,9	220,7
5./18. „	155,8	0,7	56.6	197,0	58,612[12])	—[13])		423,8	210,7
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
7./20. II.	55,4	24,5	60,74[4])	40,5	270,714[14])	—	227,1	182,5	41,9
14./27. „	55,5	24,7	62,34[4])	40.2	268,214[14])	—	227,4	182,1	39,6
22. II./7. III.	55,5	25,1	67,84[4])	39,6	271,914[14])	—	237,2	183,0	34,6
28. „ /13. „	55,5	25,3	70,84[4])	39,4	271,914[14])	—	236,4	180,9	29,3
7./20. „	55,6	25,3	68,34[4])	38,8	275,914[14])	—	238,2	186.6	37,4
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
31. I./13. II.	23,3		238,4	18,6	306,915[15])	4,5	269,916[16])	230,3	—
28. II./13. III.	22,9		216,2	18,8	304,115[15])	3,5	270,216[16])	228,3	—

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (31. 3. 14 20,4 Mill. Kr., 31. 4. 14 22,4 Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 77 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 43 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichten Gesetz bildet ab I. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit. — [19]) incl. Goldbestand im Auslande. — [20]) nur Ausl. Wechsel.

Digitized by Google

Vorstehend die Hauptziffern aus den April-Ausweisen der europäischen Zentralnotenbanken (vgl. auch die Tabellen am Schluß des Heftes).

Der **Berliner Geldmarkt** ist im April der einzige gewesen, der eine wirklich durchgreifende Verbilligung der Geldsätze erfahren hat. Die Ende April fälligen chilenischen Gelder (ein Drittel der rund 130 Mill. M. betragenden Gesamtguthaben), die von Berlin nach London umgelegt worden sind, haben ihre Ausreise bereits im März angetreten, was eine große Entlastung für den April bedeutete. Sonstige Zahlungsverpflichtungen von Belang lagen nicht vor, während andererseits sowohl die Seehandlung wie die Privatbanken mit großen Geldofferten am Markte waren. Die Stempelvereinigung setzte infolge des leichten Geldstandes den Zinsfuß für Depositen auf 1½% herunter. Tägliches Geld war an einzelnen Tagen mit 1½%, Ultimogeld, mit 3 bis 3⅛% angeboten. Der Privatdiskont notierte:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnab.
1.— 4. April	—	—	2,750 [1]	2,688 [2]	2,500	2,375
6 —11. „	2,375	2,375	2,375	2.375	—	—
13 —18. „	—	2,375	2,500	2,500	2,375	2,250
20 —25. „	2,250	2,25	2,125	2,125	2,250	2,250
27.—30. „	2,375	2 500	2,500	2,375		

Höchster Stand 2,750, niedrigster Stand 2,125, Durchschnitt 2.383

Die Wechselkurse haben im April erneut angezogen, da die große Geldflüssigkeit in Berlin den Ankauf von Devisen begünstigte, und auch die Reichsbank bestrebt war, ihr Devisenportefeuille zu ergänzen. Besonders hoch stellte sich der Pariser Scheckkurs infolge großer Zahlungen, die Berlin für russische Rechnung nach Paris zu leisten hatte. Die Wechselkurse lauten:

		1. April	6. April	14. Apr.	20. Apr.	27. Apr	30. Apr.	Höchst	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	8 Tage	169,05	169,00	169,25	169,15	169,15	169,30	169,30	169.00	169,23
London . . .	vista	20,450	20,445	20,455	20,455	20,480	20,480	20,485	20,440	20,458
New York .	vista	4,1975	4,1975	4,1975	4,1950	4,1950	4,1975	4,2000	4,1950	4,1972
Paris	vista	81,200	81,250	81,325	81,325	81,425	81,400	81,425	81,175	81,312
Wien	8 Tage	85,050	85,025	85,075	85,075	85.000	85,050	85.075	85 000	85 048
Petersburg .	Ausz.	215,37	215,15	215,15	215 07	215,00	214,85	215 37	214.55	215,09
Christiania .	10 Tage	—	112,35	112 35	112,25	112.35	—	112,35	112.25	112,33
Stockholm .	10 Tage	112,30	112,30	112,40	112,30	112,35	112,35	112.40	112,30	112.33
Belgien . . .	8 Tage	80,750	80,750	80,825	80,825	80,875	80.850	80,925	80,725	80,832
Madrid . . .	14 Tage	76,40	—	76.45	76,55	—	76,75	76,75	76,40	76,56
Italien . . .	10 Tage	80,80	80,75	80,75	80,80	80,95	80,95	81,00	80,75	80,83
Schweiz . .	8 Tage	81,15	81,15	81,20	81,20	81,25	81.25	81.25	81.15	81,19
Kopenhagen	8 Tage	112,30	112,25	112 25	112,25	112,20	—	112.30	112,20	112,25

Ein Vergleich der wichtigsten Wechselkurse im April mit denen des gleichen Monats des Vorjahres zeigt folgendes Bild:

Lange Wechsel: [1]) 2,500 [2]) 2.500
Kurze Wechsel: [1]) 3,000 [2]) 2,875

Digitized by Google

	London für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			Paris für 1910-14 vista, sonst 8 Tage			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
14	20,485	20,440	20,458	81,425	81,175	81,312	4,2000	4,1950	4,1972	85,075	85,000	85,048
13	20,490	20,465	20,474	81,250	81,050	81,126	4,2025	4,1925	4,1990	84,925	84,625	84,815
12	20,490	20,465	20,481	81,225	81,100	81,145	4,2025	4,1925	4,1989	84,825	84,725	84,762
11	20,460	20,440	20,454	80,850	80,800	80,827	4,2025	4,1975	4,1993	85,200	85,075	85,155
10	20,50	20,470	20,490	81,200	81,150	81,170	4,2000	4,1900	4,1965	85,100	84,950	85,040
09	20,445	20,420	20,430	81,300	81,175	81,250	4,1950	4,1875	4,1919	85 350	85,225	85 300

Die Inanspruchnahme der **Deutschen Reichsbank** ist, wie angesichts der großen Spannung zwischen Bank- und Privatdiskont nicht anders zu erwarten, sehr geringfügig gewesen. Trotz andauernd hoher Ansprüche des Reichs war die Bank nicht genötigt, steuerpflichtige Noten auszugeben, und ihr Status war während des ganzen Monats um 300 bis 400 Mill. M. kräftiger als im April des Vorjahres. Trotzdem konnte der Reichsbank-Präsident Ende des Monats noch immer keine Diskontermäßigung in Aussicht stellen, wobei ihn wohl vor allem die Rücksicht auf den Stand der Wechselkurse leitete.

Ueber die Goldbewegung in Deutschland liegen für den April erst die provisorischen Gewichtsziffern vor, die folgendermaßen lauten (in dz):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				Saldo d. Goldbew.
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	sus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	sus.	
April 1914	68 6	4,4	19,9	92,9	4,7	0,3	0,8	5.3	+ 87,1

Im März zeigte die Goldbewegung nach den definitiven Angaben der Reichsstatistik das folgende Bild (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				Saldo d. Goldbew.
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	sus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	sus.	
März 1914	22,3	0.9	0,3	23,5	1,5	2,6	0.2	4.3	+ 19,2
dagegen									
März 1913	32,2	5.1	0.6	37.9	1,4	0,1	0.4	1,9	+ 36,0

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat zwar auch im April eine Zunahme erfahren, doch ist diese geringer geblieben als in den beiden Vorjahren. Immerhin übertreffen die diesjährigen Ziffern die Vergleichsziffern noch immer recht erheblich. Sie lauten:

	1910	1911	1912	1913	1914
Februar	4 240.6	4 445.8	5 526,3	5 275,6	6 525,6
März	4 583,2	5 141 6	5 922,0	5 851,0	6 948,5
April	4 786,4	5 039,1	6 443,7	7 036,7	7 111,4

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer haben im März wie gewöhnlich zugenommen, gehen aber nur wenig über die Vorjahrsziffer hinaus. Es wurden vereinnahmt:

	1911	1912	1913	1914
Januar . .	1 671 080 M.	1 795 082 M.	1 886 706 M.	1 952 970 M.
Februar . . .	1 427 686 „	1 477 487 „	1 516 542 „	1 511 808 „
März	1 554 582 „	1 603 233 „	1 688 620 „	1 699 922 „
im 1. Quartal	4 653 348 M.	4 875 802 M.	5 091 868 M.	5 164 700 M.

Digitized by Google

Der Scheckstempel erbrachte im März 0,28 (i. V. 0,24) Millionen M., die Talonsteuer 0,76 (i. V. 1,17) Mill. M.

Zulassungen an den deutschen Börsen
im April 1914.

I. Börse zu Berlin.

M. 337 110 000 (Kr. 396 600 000) Oesterr. 4½ % steuerfreie Schatzanw.
M. 25 500 000 (Kr. 30 000 000) Bosnisch-Herzegovinische 5 % Landesinvestitionsanl.
M. 25 500 000 (Kr. 30 000 000) Bosnisch-Herzegovinische 5 % Landeseisenbahnanl.
M. 15 000 000 Mannheim 4½ % Stadtanl.
M. 12 000 000 Königsberg i. Pr. 4 % Stadtanl.
M. 9 500 000 Berlin-Lichtenberg 4 % Stadtanl.
M. 8 000 000 Hamm i. Westf. 4 % Stadtanl.
M. 6 000 000 Berlin-Wilmersdorf 4 % Stadtanl.
M. 5 000 000 Elbing 4 % Stadtanl.
M. 3 000 000 Mülhausen i. Els. 4 % Stadtanl.
M. 3 000 000 Stettin 4 % Stadtanl.
M. 15 000 000 Elektr. Licht- u. Kraftanlagen A.-G. 5 % Oblig.
M. 2 000 000 Gerresheimer Glashüttenwerke 5 % Oblig.
M. 2 000 000 Feldmühle, Papier- u. Zellstoffwerke 5 % Hyp.-Obligationen.
M. 25 000 000 Deutsch-Luxemb. Bergwerks- u. Hütten-A.-G. 5 % Hyp.-Oblig.
M. 12 000 000 Eisenwerk Kraft 5 % Hyp.-Oblig.
M. 6 000 000 Gebr. Körting 5 % Oblig.
M. 25 000 000 Direction der Disconto-Ges. neue Komm.-Ant.
M. 25 920 000 (Rbl. 12 000 000) St. Petersburger Internat. Handelsbank jg. Akt.
M. 20 000 000 Ges. f. elektr. Hoch- und Untergrundbahnen Vorz.-Akt.
M. 10 000 000 Neckarwerke A.-G. Stamm-Akt.
M. 1 300 000 Hess. Herkules-Bierbrauerei A.-G. jg. Akt.
M. 1 000 000 Gerresheimer Glashüttenwerke jg. Akt.
M. 1 200 000 Schles. Mühlenwerke Akt.
M. 700 000 Terrain-Ges. Berlin-Nordost jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.

M. 30 000 000 Preuß. Bodencr.-Akt.-Bk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 2 000 000 Feldmühle, Papier- u. Zellstoffwerke 5 % Hyp.-Obligationen.

III. Börse zu Düsseldorf.
Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

M. 10 000 000 Gewerkschaft Westfalen 5 % Oblig.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 12 000 000 Württembergische 4 % Staatsanl.
M. 337 110 000 (Kr. 396 600 000) Oesterr. 4½ % Schatzanw.
M. 10 000 000 Württembergische Hypothekenbank 4 % Hyp.-Pfandbriefe.
M. 25 000 000 Deutsch-Luxemb. Bergwerks- u. Hütten-A.-G. 5 % Hyp.-Oblig.
M. 15 000 000 Elektr. Licht- u. Kraftanlagen A.-G. 5 % Oblig.

VI. Börse zu Hannover.

M. 4 386 000 Hannoversche 4 % Provinzanl.
M. 841 000 Hannoversche Aktien-Gummiwaren-Fabrik Akt.

VII. Börse zu Köln.
Keine Zulassung.

Digitized by Google

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.
Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.
Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.
M. 2 310 000 A.-G. d. Chemischen Produkten-Fabrik Pommerensdorf jg. Akt.

XI. Börse zu München.
M. 337 110 000 (Kr. 396 600 000) Oesterr. 4½ % Schatzanw.
M. 4 000 000 Leitzachwerke A.-G. 4% Oblig.

XII. Börse zu Augsburg.
Keine Zulassung.

XIII. Börse zu Dresden.
M. 30 000 000 Preuß. Bodencr.-Akt.-Bk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 4 386 000 Grundrenten- u. Hyp.-Anst. d. Stadt Dresden 4% Pfandbriefe.
M. 3 000 000 A.-G. Brauerei z. Felsenkeller Akt.
M. 500 000 Akt.-Färberei Münchberg vorm. Knab & Linhardt jg. Akt.
M. 250 000 Bautzener Brauerei u. Mälzerei jg. Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.
M. 425 000 000 (Kr. 500 000 000) Kgl. Ungar. steuerfr. 4½ % Staatsrentenanl.
M. 25 000 000 Sächs. Bodencr.-Anst. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 3 000 000 Thüringer Gasgesellschaft 4½ % Oblig.
M. 1 500 000 Porzellanfabrik Kahla 4½ % Oblig.
M. 1 000 000 Leipziger Außenbahn A.-G. 4½ % Oblig.
M. 5 500 000 Vereinsbk. i. Zwickau Akt.

XV. Börse zu Zwickau.
Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.
M. 12 000 000 Württembergische 4 % Staatsanl.
M. 10 000 000 Württembergische Hypothekenbk. 4% Hyp.-Pfandbriefe.

XVII. Börse zu Mannheim.
Keine Zulassung.

XVIII. Börse zu Bremen.
M. 200 000 Bremer Silberwarenfabrik A.-G. jg. Akt.

XIX. Börse zu Hamburg.
M. 337 110 000 (Kr. 396 600 000) Oesterr. 4½ % Schatzanw.
M. 10 000 000 Magdeburg 4 % Stadtanl.
M. 134 300 000 (Kr. 158 000 000) Budapest 4½ % Stadtanl.
M. 15 000 000 Elektr. Licht- u. Kraftanlagen A.-G. 5 % Oblig.
M. 252 000 000 ($ 60 000 000) Canadian Pacific-Eisenbahn jg. Stamm-Akt.
M. 11 000 000 Neu-Guinea-Comp. Anteilscheine.

Die **Gründungstätigkeit** (bzw. Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister) bleibt andauernd außerordentlich geringfügig. Es wurden eingetragen:

8 Aktiengesellschaften	mit	4 890 000 M. Kapital
223 Gesellschaften m. b. H.	„	14 262 000 „ „
	zusammen	**19 152 000 M. Kapital**

gegen 44 191 000 M. Kapital im April 1913
und 44 546 000 „ „ „ „ 1912

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im April 1914.

(Vom 1. bis 30. April im „Reichsanzeiger“ publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	April 1913		April 1914		April 1913		April 1914		April 1913		April 1914		April 1913		April 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	—	—	—	—	5	480	2	65	—	—	—	—	2	437	1	45
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	1	1 000	3	971	5	265	3	3 910	2	2 000	—	—	3	242
Steine u. Erden	—	—	—	—	20	997	21	1 595	2	610	1	2 000	8	521	5	732
Metalle u. Maschinen	—	—	—	—	48	7 485	23	1 929	6	8 217	2	1 950	21	3 018	9	519
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	5	480	5	145	1	3 000	—	—	5	516	2	620
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	1	200	—	—	6	1 194	3	122	5	12 000	2	7 200	—	—	1	10
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	7	45	1	20	—	—	1	1 000	-	—	1	15
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	1	600	1	620	22	1 608	11	531	1	500	1	1 000	5	284	2	1 279
Textilgewerbe	—	—	—	—	6	635	2	400	4	2 000	1	1 250	2	158	1	30
Papiergewerbe	—	—	—	—	4	846	1	200	—	—	—	—	—	—	—	—
Ledergewerbe	—	—	—	—	2	61	7	328	—	—	—	—	1	25	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	1	1 000	15	1 238	7	268	2	469	1	400	1	900	—	—
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	2	1 506	2	390	22	1 587	12	652	2	1 450	2	1 150	7	412	5	130
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	—	—	—	—	9	502	1	44	—	—	—	—	—	—	1	10
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	—	—	17	526	9	423	—	—	—	—	2	42	1	19
Graphische Gewerbe	—	—	—	—	4	336	3	86	—	—	1	1 000	—	—	1	14
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	1	1 200	1	30	64	9 308	17	1 705	—	—	2	100	9	709	—	—
Banken u. Vers.-Ges.	—	—	1	600	3	60	2	40	3	19 400	3	37 000	—	—	—	—
Bahnen u. Transport-Ges.	2	1 235	—	—	18	1 144	11	1 103	3	11 134	3	26 000	3	36	1	35
Handel (außer Banken)	2	3 400	—	—	73	3 930	50	1 716	—	—	—	—	4	130	3	160
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	5	220	4	90	—	—	—	—	5	629	4	94
Sonstige Gesellschaften	—	—	1	1 250	38	2 377	26	2 535	—	—	3	3 110	19	1 016	17	345
	9	8 161	8	4 890	396	36 030	223	14 262	32	62 690	25	85 160	94	8 833	58	4 299

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im April 1914: 19 152 000 Mk.; im April 1913: 44 191 000 Mk.

Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 89 459 000 „ „ „ „ 1913: 71 523 000 „

Gesamtanspruch im April 1914: 108 611 000 Mk.; im April 1913: 115 714 000 Mk.

Digitized by Google

Dagegen haben die **Kapitalserhöhungen** auch im April einen großen Umfang angenommen. In der Statistik figurieren diesmal die Disconto-Gesellschaft mit 25 Mill. M., die Norddeutsche Bank mit 10 Mill. M. und die Hochbahn-Gesellschaft mit 20 Mill. M. Die Ziffern lauten:

25	**Aktiengesellschaften**	**mit**	**85 160 000 M. Kapital**
58	**Gesellschaften m. b. H.**	„	4 299 000 „ „
		zusammen	**89 459 000 M. Kapital**

gegen 71 523 000 M. Kapital im April 1913
und 113 943 000 „ „ „ „ 1912

An Genossenschaftsgründungen haben im April laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
58	16	0	9	25	111
Dagegen im April 1913:					
63	11	0	5	17	120
Dagegen im April 1912:					
82	4	1	9	19	102

Insgesamt sind also gegründet worden:

April 1914: 83 Genossenschaften m. unb. H. u. 136 Genossenschaften m. b. H.
„ 1913: 80 „ „ „ „ „ 136 „ „ „ „
„ 1912: 102 „ „ „ „ „ 115 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im April fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Berlin	113	in Essen, Ruhr	10	in Nürnberg	10
„ Beuthen O/Schl.	11	„ Frankfurt, Main	16	„ Ravensburg	5
„ Bremen	16	„ Gelsenkirchen	5	„ Rostock, Mecklb.	6
„ Breslau	10	„ Gnesen	9	„ Schweinfurt	5
„ Bühl, Baden	5	„ Hamburg	42	„ Stralsund	6
„ Chemnitz	10	„ Hannover	13	„ Stuttgart	10
„ Cöln, Rhein	10	„ Kiel	5	„ Traunstein	28
„ Dresden	24	„ Leipzig	25	„ Wiedenbrück	6
„ Düsseldorf	17	„ Lüneburg	6	„ Würzburg	5
„ Eichstätt	9	„ Mannheim	16		
„ Elberfeld	11	„ München	25		

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im April 1914:

1005 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Digitized by Google

Die deutschen Banken im April 1914.

Reichsbank. Präsident Havenstein erklärt Ende des Monats im Zentralausschuß, daß eine weitere Ermäßigung des Diskontsatzes zunächst nicht in Frage komme. Vizepräsident v. Glasenapp reist, als Zensor der marokkanischen Staatsbank, nach Tanger. Die Bankstelle Pforzheim ist an einer Stützungsaktion zugunsten der insolventen Bankfirma Greb & Frühauf, Pforzheim, beteiligt. Bankvorstand Schwarz von der Bankstelle Memel ist zum Bankdirektor ernannt worden. Für die Goldreserve „mit der Zweckbestimmung des Reichskriegsschatzes", die auf 120 Mill. M. gebracht werden soll, sind nach der „Frkf. Ztg." bis Ende April rund 90 Mill. M. abgezweigt worden.

Seehandlung. Bietet konsortialiter für 10 Mill. M. 4 % Wiesbadener Stadtanleihe 94,26 % (den Zuschlag erhalten Delbrück, Schickler & Co. à 95,78 %). Erwirkt die Zulassung von 9,5 Mill. M. 4 % Berlin-Lichtenberger, 5 Mill. M. 4 % Elbinger und 3 Mill. M. 4 % Stettiner Stadtanleihe zur Berliner Börse.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Die demnächst zu gründende Genossenschaftszentrale für Deutsch-Südwestafrika (siehe Landwirtschaftsbank für Deutsch-Südwestafrika) soll Kontokorrent- und Diskont-Kredit bei der Pr. C.-G. erhalten.

Disconto-Gesellschaft. Wird den A. Schaaffhausen'schen Bankverein in sich aufnehmen (vgl. den leitenden Aufsatz dieses Hefts), um der durch die Fusion mit der Bergbank verschärften Konkurrenz der Deutschen Bank im Industrierevier zu begegnen (ursprünglich war die Errichtung eigener Filialen in Dortmund, Köln und Düsseldorf beabsichtigt). Erwirbt zur Durchführung der Transaktion zunächst 20 Mill. Mark Schaaffhausen-Aktien von einem Bankkonsortium und schlägt eine Kapitalserhöhung um 75 Mill. M. (auf 300 Mill. M.) vor, um den Schaaffhausen-Aktionären je drei neue Disconto-Kommandit-Anteile für je fünf der restlichen 125 Mill. M. Schaaffhausen-Aktien anzubieten. Dadurch wird die Disconto-Gesellschaft zur kapitalistisch führenden deutschen Großbank. Die Vermögenswerte des Schaaffhausen'schen Bankvereins sollen auf eine mit 100 Mill. M. Kapital und 10 Mill. M. Reserven neu zu gründende Bank unter der alten Firma (A. Schaaffhausenscher Bankverein) übertragen werden, deren Aktien im Portefeuille der Disconto-Gesellschaft bleiben. Diese hofft, in einigen Jahren eine mindestens 8½ proz. Verzinsung der neuen Schaaffhausen-Aktien erzielen zu können. Das Berliner Geschäft des Schaaffhausen'schen Bankvereins geht auf die Disconto-Gesellschaft über, die einen Teil seiner Depositenkassen eingehen lassen, den Rest in eigener Regie weiterführen wird. Die maßgebenden Mitglieder des bisherigen Aufsichtsrats von Schaaffhausen werden in den Verwaltungsrat der Disconto-Gesellschaft eintreten, während Direktor Dr. Fischer, der von Berlin nach Cöln übersiedelt und Vorstandsmitglied des Schaaffhausen'schen Bankvereins bleibt, zugleich als Geschäftsinhaber in die Disconto-Gesellschaft eintritt. Andererseits wird Geschäftsinhaber Dr. Solmssen von der Disconto-Gesellschaft zugleich als Vorstandsmitglied des Schaaffhausen'schen Bankvereins fungieren. Die im März ausgegebenen 25 Mill. M. neuen Kommandit-Anteile (vgl. Aprilheft) werden zur Berliner Börse zugelassen. Die Bank errichtet eine Zweigniederlassung in Antwerpen, deren Leitung die Herren Pferdmenges und Stumpf übernehmen. Geschäftsinhaber Dr. Salomonsohn tritt in den Aufsichtsrat der Ludwig Loewe A.-G. ein. Die Bank legt 29 Mill. M. 4 % Badische Staatsanleihe à 97 % (96,80 % für Sperrstücke) zur Zeichnung auf und übernimmt konsortialiter 4,5 Mill. Mark 4 % Osnabrücker Stadtanleihe (à 95 % zur Zeichnung aufgelegt).

Deutsche Bank. Gegen die Bank werden anläßlich des Zusammenbruches des Warenhauses W. Wertheim G. m. b. H. und der prekären Lage der Berliner Terrain- und Bau-A.-G. (deren zum Teil von der Bank emittierte Obligationen mit 75 % ihrer Forderungen abgefunden

Digitized by Google

werden sollen) schwere Vorwürfe erhoben. Die Bank protestiert gegen die Behauptung, daß sie die Liquidation des Fürstentrusts dazu benutze, um die Verluste, die sie selbst an der Berliner Terrain- und Bau-A.-G. erlitten hat, wieder hereinzuholen. Direktor Chrambach legt sein Mandat als Vertrauensmann der Deutschen Bank bei der Liquidation des Fürstenkonzerns endgültig nieder. Der von der Bank 1911 gewährte und mehrfach prolongierte Vorschuß von 3 Mill. türk. Pfund soll von der türkischen Regierung im Mai zurückgezahlt werden. Ein größerer Teil des Betrages wird von der Deutschen Bank zur Ablösung der französischen Beteiligung an der Bagdadbahn verwendet werden. Unter Mitwirkung der Bank wird der Crédit Foncier Ottoman mit 2 Mill. türk. Pfund Kapital gegründet und eine deutsch-türkische Vereinigung gebildet, deren Vorstand u. a. Direktor Helfferich angehört. Von dem bei der Bank deponierten, Ende April fälligen Guthaben der chinesischen Konversionskasse sollen ca. 45 Mill. M. (etwa ein Drittel) Mitte Mai nach London transferiert werden. Die von der Bank in Deutschland eingeführten Obligationen der Mexikan. Bewässerungskasse und 5% General Lien-Bonds der St. Louis and San Francisco-Bahn werden notleidend; auf die Mai-Couponns der letzteren gewährt die Bank Vorschüsse, angeblich für Rechnung ihrer New Yorker Konsortialen (Speyer & Co.). Die Norddeutsche Automobil- und Motoren-A.-G. wird unter Mitwirkung der Bank mit der Hansa-Automobilwerke A.-G. zu den Hansa-Lloyd-Werken A.-G. vereinigt. Direktor Millington-Herrmann tritt in den Aufsichtsrat der Amme, Giesicke & Konegen A.-G., ferner in das Präsidium des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes ein. Direktor Wassermann wird in den Aufsichtsrat der Kaliwerke Friedrichshall gewählt. Direktor Loer (Filiale Paderborn) tritt in den Aufsichtsrat der mit 1 Mill. M. Kapital neugegründeten H. Droste & Ottensmeyer A.-G. ein. Das Aufsichtsratsmitglied v. Loebell wird zum preußischen Minister des Innern ernannt und wird daher ausscheiden. Die Bank übernimmt konsortialiter 12 Mill. M. 4% Anleihe der Stadt Mülheim a. R. à 93,38%, mit dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein 4 Mill. M. junge Aktien der Deutschen Maschinenfabrik Duisburg und mit der Allg. Deutschen Credit-Anstalt 2 Mill. M. Obligationen des Elektrizitätsverbandes Weißenfels—Zeitz. Verhandelt wegen Uebernahme von 6 Mill. M. 4½% Roddergrube-Obligationen. Uebernimmt 10 Mill. M. 4% Charlottenburger Stadtanleihe à 96,17½% (Teilbetrag der 30 Mill. M.-Anleihe von 1912) und gibt Angebote auf die Wiesbadener und Duisburger Stadtanleihe ab. Die der Bank nahestehende A. Goerz & Co. Ltd. bleibt für 1913 wieder dividendenlos (Verlust 23 451 £). Die Bank erwirkt die Zulassung von 396,6 Mill. Kr. 4½% Oesterr. Schatzanweisungen, 15 Mill. M. 5% Obligationen der Elektr. Licht- und Kraftanlagen A.-G., 8 Mill. M. 4% Anleihe der Stadt Hamm und 20 Mill. M. Vorzugsaktien der Hochbahn-Gesellschaft zur Berliner Börse.

Dresdner Bank. An die Fusion Disconto-Gesellschaft—Schaaffhausen werden von der Börse Kombinationen über die bevorstehende Aufnahme der Rheinischen Bank in Essen und der Märkischen Bank in Bochum durch die Dresdner Bank geknüpft. Diese führt das Konsortium, das je 30 Mill. Kr. 5% Bosnisch-Herzegowinische Landeseisenbahn-Anleihe und Landesinvestitions-Anleihe à 96% übernimmt und deren Zulassung zur Berliner Börse erwirkt. Die Begebung, die unter Ausschluß österreichischer Banken erfolgt (welche zu niedrige Gebote abgegeben haben), erregt in österreichischen Bankkreisen starke Verstimmung. Im Konkurs der Gummifabrik Metzeler & Co. A.-G. (vgl. Aprilheft) wird die Quote auf 20% geschätzt. Die Bank übernimmt 1,5 Mill. M. neue Aktien der Cigarettenfabrik Konstantin à 178% (deren Aktionären à 180% angeboten). Erwirkt die Zulassung von 12 Mill. Mark 5% Hypotheken-Obligationen des Eisenwerks Kraft und 1,3 Mill. Mark junge Aktien der Hessischen Hercules-Brauerei zur Berliner Börse.

Darmstädter Bank. Erklärt in der Generalversammlung, daß die beabsichtigte Kapitalserhöhung bei Eintritt einer besseren Börsenlage

Digitized by Google

erfolgen werde. In den Aufsichtsrat tritt Dr. Merck ein. Die Bank legt 25 Mill. M. Hypotheken-Obligationen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. à 99,75 % zur Zeichnung auf und erwirkt deren Zulassung zur Berliner Börse. Bietet für 4 Mill. M. 4 % Wiesbadener Stadtanleihe 94,06 % (den Zuschlag erhält ein Konsortium unter Führung von Delbrück, Schickler & Co. à 95,78 %). In die Filiale Offenbach tritt Herr Guckenheimer ein (an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Westhofen).

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Die Aktien des Bankvereins sollen auf die Disconto-Gesellschaft übergehen. Darauf soll der Schaaffhausen'sche Bankverein liquidieren und eine neue Bank unter gleicher Firma mit 100 Mill. M. Kapital und 10 Mill. M. Reserven errichtet werden (Näheres siehe Disconto-Gesellschaft). Die Bank übernimmt konsortialiter 8 Mill. M. neue Hösch-Aktien à 225 % (wovon 4 Mill. M. den Hösch-Aktionären zum gleichen Kurse angeboten werden). Erhebt gegen die Aachener Lederfabrik A.-G. Klage auf Rückerstattung derjenigen Beträge, die Schaaffhausen auf Grund einer von früheren Aktionären der Gesellschaft gegen die Bank angestrengten und gewonnenen Regreßklage (wegen Erlaß eines unrichtigen Prospekts) zu zahlen hat. Direktor Dr. Fischer tritt in den Aufsichtsrat der A.-G. für Verkehrswesen ein. Die zum Konzern der Bank gehörige Astra Romana schlägt eine Dividende von 10 % vor (i. V. 5 %).

Berliner Handels-Gesellschaft. Geschäftsinhaber Fürstenberg erklärt in der Generalversammlung u. a., daß eine Kapitalserhöhung nicht bevorstehe. Der früher kurze Zeit als Geschäftsinhaber bei der Bank tätige Dr. Winterfeldt tritt in die Direktion der Nationalbank für Deutschland ein (vgl. diese). Walter Merton, der bis vor kurzem Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft war, tritt in den Verwaltungsrat der Bank ein. Die Bank erwirkt die Zulassung von 6 Mill. M. 5% Gebr. Körting-Obligationen und 2 Mill. M. 5 % Hypothekar-Obligationen der Feldmühle A.-G. zur Berliner Börse.

Commerz- und Disconto-Bank. Ein Börsengerücht, das bald dementiert wird, will wissen, daß die Bank mit der Nationalbank für Deutschland (vgl. diese) fusionieren wolle. Direktor Pilster tritt in den Aufsichtsrat der Schlesischen Dampfer-Compagnie ein, die mit der Frankfurter Gütereisenbahn-Gesellschaft fusioniert. In den Aufsichtsrat der Bank selbst tritt Herr v. Stein ein. Die Bank vereinigt die Bankfirma Adolph M. Wertheimer Nachf., Hannover, mit ihrer dortigen Filiale und errichtet in Hannover eine Depositenkasse. Assessor Dr. Fleischmann wird zum stellvertretenden Direktor ernannt. Die Bank erhält den Zuschlag auf 10 Mill. M. 4% Duisburger Stadtanleihe à 93,73 %. Erwirkt die Zulassung von 3 Mill. M. 4% Anleihe der Stadt Mülhausen i. E. zur Berliner Börse.

Nationalbank für Deutschland. An den Eintritt von Dr. Winterfeldt, den ehemaligen Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft und späteren Teilhaber einiger amerikanischer Finanzhäuser, werden Kombinationen über eine bevorstehende Fusion Handels-Gesellschaft—Nationalbank geknüpft. Vorher wurden bereits Gerüchte über eine Angliederung der Bank an die Commerz- und Discontobank verbreitet. Direktor Wittenberg tritt in den Aufsichtsrat der Keyling & Thomas A.-G. ein, Direktor Schiff in den der Ludwig Loewe A.-G.

Mitteldeutsche Creditbank. Direktor Weber tritt in den Aufsichtsrat der Anton & Alfred Lehmann A.-G. ein. Die Bank eröffnet eine Depositenkasse in Friedenau. Erwirkt die Zulassung von 0,7 Mill. Mark junger Aktien der Terrain-Ges. Berlin-Nordost zur Berliner Börse.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Errichtet in Werdau eine Zweigniederlassung. Die von der Bank übernommenen 2 Mill. M. 4 % Obligationen des Elektrizitätsverbandes Weißenfels-Zeitz werden à 95 % zur Zeichnung aufgelegt. Die Bank erwirkt die Zulassung von 425 Mill. Kr. 4½ % Ungar. Rentenanleihe,

Digitized by Google

3 Mill. M. 4½ % Obligationen der Thüringer Gasgesellschaft, 1 Mill. Mark 4½ % Obligationen der Leipziger Außenbahn und 5,5 Mill. M. Aktien der Vereinsbank in Zwickau zur Leipziger Börse.

Gebr. Arnhold, Dresden. Legen 0,4 Mill. M. Aktien der Dresdner Schnellpressen-Fabrik à 118 % (117 % für Sperrstücke) zur Zeichnung auf und übernehmen 0,25 Mill. M. 8% Vorzugsaktien der Volkstedter Porzellanfabrik, Unterweißbach.

Bank für Chile und Deutschland, Hamburg. Der Reingewinn ist infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Chile und Bolivien auf 0,27 (i. V. 0,39) Mill. M. zurückgegangen. Die Dividende wird, entgegen der früheren Schätzung, von 6 % auf 4 % reduziert.

Bank Zwiazku Spólek Zarobkowych, Posen. Verteilt aus 0,52 (i. V. 0,51) Mill. M. Reingewinn eine Dividende von wieder 6 %.

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Zwei Angestellte der Filiale Uerdingen werden wegen Unterschlagung von 0,06 Mill. M. verhaftet. Das Aufsichtsratsmitglied Geh. Bergrat Kleine ist gestorben.

Bayerische Disconto- und Wechselbank, München. Errichtet unter Uebernahme der Bankfirma Oskar König in Lindenberg eine Filiale.

Bayerische Handelsbank, München. Errichtet unter Uebernahme der Bankfirma Jakob Egg in Lindau eine Filiale. Direktor Freiherr v. Pechmann spricht sich auf dem Evangelisch-sozialen Kongreß sehr energisch für Bekämpfung der Sozialdemokratie aus.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Erhält die Genehmigung für die Ausgabe von 25 Mill. M. 4 % Hypothekar-Obligationen.

Bayerische Notenbank, München. Der Leiter der Filiale Regensburg, Geh. Komm.-Rat Hagenmüller, ist gestorben.

Berliner Maklerverein. Direktor Sachs befürwortet in der Generalversammlung des Vereins für die Interessen der Berliner Fondsbörse eine Herabsetzung des Börsenumsatzstempels. In den Aufsichtsrat tritt Bankdirektor Schiff ein (Nationalbank für Deutschland).

S. Bleichröder, Berlin. Ist an der Gründung einer englisch-deutschen Naphtha-Gesellschaft in Mesopotamien interessiert.

Centralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften e. G. m. b. H., Darmstadt. Der Reingewinn für das erste Geschäftsjahr von 1 287 M. wird der Reserve überwiesen. In der Bilanz figurieren bei 0,34 Mill. M. Eigenkapital 1,61 Mill. M. Bankschulden, denen 0,35 Mill. M. Wechsel und 2,09 Mill. M. Darlehen an Genossenschaften gegenüberstehen. Der Geschäftsbericht gibt eine ausführliche Darstellung der hessischen Genossenschaftskrisis. Die Anzahl der angeschlossenen Genossenschaften ist auf 321 mit 804 Geschäftsanteilen gestiegen. Direktor Mager tritt in den Vorstand der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank, Darmstadt, ein.

Comptoir d'Escompte de Mulhouse, Mülhausen. Erwirbt die Filiale des Mülhausener Bankhauses E. & M. Rothschild in Gebweiler.

Delbrück, Schickler & Co., Berlin. Erhalten den Zuschlag auf 4 Mill. M. 4% Wiesbadener Stadtanleihe à 95,78 % (à 96,60 % zur Zeichnung aufgelegt). Geben ein Angebot auf 12—15 Mill. M. 4 % Nürnberger Stadtanleihe ab. Mitinhaber Joerger tritt in den Aufsichtsrat der Berlinischen Lebensversicherungsgesellschaft ein.

Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg. Schlägt, entgegen der im Februarheft mitgeteilten Schätzung, eine Dividende von 7 % vor (i. V. 5 %).

Digitized by Google

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Ist an der Insolvenz der Pforzheimer Bankfirma Greb & Frühauf (vgl. unter Zahlungseinstellungen) beteiligt, aber gedeckt.

Deutsche Nationalbank, Komm.-Ges. a. A., Bremen. Ist an der Errichtung der Behring-Werke G. m. b. H. beteiligt (Vertrieb von Heilsera, Kapital 0,68 Mill. M.).

Deutsche Orientbank, Berlin. Eine Kapitalserhöhung ist nach Mitteilung der Bank nicht notwendig, selbst wenn die Eröffnung der geplanten Filialen in Alexandrette und in Syrien sowie die Uebernahme von Filialen der Deutschen Palästinabank (vgl. diese im Aprilheft) erfolgen sollte.

Deutsche Palästina-Bank, Berlin. Die Bestimmung über den Reingewinn pro 1913 von 1,71 (i. V. 2,44) Mill. M. bleibt einer erst im Juni stattfindenden Generalversammlung vorbehalten. Die Bank erklärt, bei der Liquidation der ihr nahestehenden Handelsvereinigung (Fürstenkonzern) keine Verluste zu erleiden. Beantragt im Auftrage des Fürsten Hohenlohe die Zwangsversteigerung einer von dem Fürsten mit 3 Mill. M. hypothekarisch beliehenen Besitzung von Wolf Wertheim in Cladow.

Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin. Wird durch Unterschlagungen bei der Filiale in Callao (Peru) um 0,5 Mill. M. geschädigt, die aus dem Delkrederefonds gedeckt werden.

Deutsch-Südamerikanische Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,30 (i. V. 1,29) Mill. M., die Dividende wieder 5 %. Die Bank hat trotz der Wirren in Mexiko im abgelaufenen Jahre dort keinen Verlust erlitten. Protestiert gegen den Einbruch der Rebellen in ihre Baumwoll-Lagerräume in Torreon. Die Vorstandsmitglieder Jüdell und Müller treten in den Aufsichtsrat über.

Eichborn & Co., Breslau. Der Seniorchef des Hauses, Geh. Komm.-Rat v. Eichborn, feiert seinen 70. Geburtstag.

Essener Credit-Anstalt. Bestreitet in der Generalversammlung die anläßlich der Fusion mit der Bergbank gefallene Behauptung der Deutschen Bank, daß die Zukunftschancen der Provinzbanken geringer geworden seien. Weist darauf hin, daß den Großbanken bei ihrer starken Dezentralisation die erforderliche individuelle Behandlung der mittleren und kleinen Kundschaft unmöglich sei. In den Aufsichtsrat tritt der frühere Direktor der Krupp A.-G., Geh. Baurat Dr. Gillhausen, ein. Die Bank erwirkt die Zulassung von 10 Mill. Mark 5 % Obligationen der Gewerkschaft Westfalen zur Essener Börse.

Frankfurter Bank. Bietet konsortialiter für 6 Mill. M. 4 % Frankfurter Stadtanleihe 96,21 % (Höchstgebot).

Hanseatische Bank in Konk., Hamburg. Die Direktoren Cramer v. Clausbruch und Böthe werden ohne Kaution aus der Haft entlassen, doch läuft das Verfahren wegen Bilanzverschleierung und Konkursvergehen gegen sie weiter.

Landwirtschaftsbank für Deutsch-Südwestafrika. Fordert die zweite Hälfte des ihr aus Reichsmitteln zugebilligten Kapitals von 10 Mill. M. ein (der Reichstag bewilligt ihr nur 2,5 Mill. M. und warnt sie vor überschneller Gewährung von Hypothekar-Krediten). Die Bank wird sich an der demnächst zu gründenden Genossenschaftszentrale für Deutsch-Südwestafrika, die Kontokorrent- und Diskontkredit bei der Preußenkasse erhalten soll, mit 1 Mill. M. beteiligen.

Löbauer Bank. Hat, wie jetzt bekannt wird, im Februar das Fabrikgrundstück der insolventen Baumwollfirma Gocht, Ebersbach, für 0,11 Mill. M. erworben.

Märkische Bank, Bochum. Der Aufsichtsratsvorsitzende Schröder ist gestorben. Vgl. auch Dresdner Bank.

Digitized by Google

Magdeburger Bau- und Creditbank. Verteilt pro 1913 wieder keine Dividende (vgl. Dezemberhaft 1913). In den Aufsichtsrat tritt der Generaldirektor der Wilhelma, Kahlert, ein.

Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank. In den Aufsichtsrat tritt Regierungsrat a. D. Guttmann ein.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Für die Aktien der Cölledaer Bank (vgl. Aprilheft) werden nach Wahl entweder 120 % gezahlt oder für je zwei mit 50 % eingezahlte Aktien der C. B. im Nominalbetrag von 1000 M. je eine Aktie der Mitteldeutschen Privatbank gegeben. Direktor Schultze tritt in den Aufsichtsrat der Braunschweigischen Kohlenwerke ein. Die Bank erwirkt die Zulassung von 0,5 Mill. M. jungen Aktien der Färberei Münchberg zur Dresdener Börse.

Niederdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. A. in Konk., Dortmund. Die Verteilung einer weiteren Quote von 4 % steht bevor (bisher wurden 8 % verteilt). Der Konkursverwalter strengt gegen die früheren Aufsichtsratsmitglieder eine Regreßklage auf Zahlung von 1,4 Mill. M. an; die Klage wird damit begründet, daß dem Aufsichtsrat schon 1908 der trostlose Status der Bank hätte bekannt sein und zum Einschreiten Veranlassung geben müssen.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Erwirkt die Zulassung von 11 Mill. M. Anteilscheinen der Neu-Guinea-Comp. zur Hamburger Börse.

Pforzheimer Bankverein. Ist an der Insolvenz des geflüchteten Pforzheimer Kettenfabrikanten Karl Wilh. Müller mit 0,05 Millionen M. beteiligt.

Potsdamer Credit-Bank. Der frühere Direktor Witzig erhebt gegen die von der Generalversammlung genehmigte Gewinnverteilung die Anfechtungsklage, während die Bank ihrerseits, um eine Provisionsforderung von W. klarzustellen, gegen W. eine Klage anstrengt.

Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank, Berlin. 30 Mill. Mark 4 % Hypotheken-Pfandbriefe werden zur Breslauer und Dresdener Börse zugelassen. Der Gründer der Bank, Landrat z. D. Jachmann, feiert seinen 85 jährigen Geburtstag.

Preußische Hypotheken-Actien-Bank, Berlin. In den Vorstand tritt der bisherige Direktor der Landbank, Regierungs-Assessor a. D. Lueder, ein. Stellvertretender Direktor Müller wird zum ordentlichen Direktor ernannt.

Preußisches Leihhaus A.-G., Berlin. Der Gewinn pro 1913 beträgt infolge der schlechten Lage des Immobilienmarktes nur 5116 M. (i. V. 35 374 M.). Die Bank hofft, daß die Abstoßung des Grundstücks Beuthstraße 14 an die Stadt Berlin im Laufe des Jahres möglich sein wird.

„Revision" Treuhand A.-G., Berlin. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 8 %.

Rheinische Bank, Essen. Teilt in der Generalversammlung mit, daß das Engagement bei dem Märkischen Bankverein vollständig abgewickelt sei und daß für 1914 eine höhere Dividende erwartet werden könne. Vgl. auch unter Dresdner Bank.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Die Unterbilanz der der Bank nahestehenden Weißenhof A.-G., Stuttgart, erhöht sich auf 0,48 Mill. M. bei 1,72 Mill. M. Kapital. Direktor Reiser tritt in den Aufsichtsrat der Lebensversicherungsgesellschaft Atlas ein.

Rheinisch-Westfälische Bank für Grundbesitz, Essen. Das Jahr 1913 schließt infolge des Verlustes von 0,70 Mill. Mark bei den Deutschen Keramitwerken mit 0,27 Mill. M. Defizit ab. Der Verlustsaldo erhöht sich auf 0.34 Mill. M., wovon 0,3 Mill. M. aus den Reserven gedeckt und 0,04 Mill. M. vorgetragen werden.

Digitized by Google

Nach der Erklärung der Bank ist noch eine weitere Abschreibung auf die in ihrem Besitz befindlichen 0,78 Mill. M. Aktien der Keramitwerke, die ihren Betrieb eingestellt haben, bzw. auf Forderungen an dieselbe erforderlich.

Rheinisch-Westfälische Diskonto-Gesellschaft, Aachen. Das Aufsichtsratsmitglied Generaldirektor Schröder ist gestorben. In den Aufsichtsrat sind Komm.-Rat Pastor und K. Th. Deichmann eingetreten (an Stelle des verstorbenen Geheimrats Kesselkaul und Justizrats Bock).

Schlesischer Bankverein, Breslau. In den Aufsichtsrat tritt der frühere Direktor Martins ein.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Erwirbt in Eisenach ein Grundstück für die Errichtung einer Filiale und beabsichtigt, in Erfurt ebenfalls eine Filiale zu eröffnen; auch dort soll ein Bankgebäude errichtet werden.

Süddeutsche Bank, Mannheim. Ist an der Insolvenz der Pforzheimer Bankfirma Greb & Frühauf (vgl. unter Zahlungseinstellungen) beteiligt, aber gedeckt.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Mannheim. Die der Bank nahestehende Gotthard A.-G. für elektrotechnische Industrie verteilt eine Dividende von 8 % (i. V. 0).

Vereinsbank Frankfurt a. O. in Konk. Direktor Schumann wird zu einer Gefängnis- und Geldstrafe, Direktor Clamann zu einer Geldstrafe verurteilt. Prokurist Kühnert wird freigesprochen.

Vereinsbank in Zwickau. Die 5,5 Mill. M. Aktien der Bank werden zur Leipziger Börse zugelassen.

M. M. Warburg & Co., Hamburg. Nehmen Angebote auf die neueste 4½ % New Yorker Stadtanleihe (Gesamtbetrag 65 Mill. Doll.) entgegen.

Westdeutscher Bankverein, Hagen. Verteilt trotz des niedrigeren Reingewinns von 0,22 (i. V. 0,36) Mill. M. eine Dividende von wieder 5 %. Aus dem Aufsichtsrat, in den Herr Davis eintritt, scheiden die Herren Overweg, Leonhart und Silschede aus. Die Filiale in Homburg wird wegen ungenügender Rentabilität wieder eingezogen.

Württembergische Bankanstalt vorm. Pflaum & Co., Stuttgart. Prokurist Reinhold wird zum stellvertretenden Direktor ernannt.

Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart. 10 Mill. M. 4 % Hypothekar-Obligationen werden zur Stuttgarter und Frankfurter Börse zugelassen.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 4 Mill. M. 4 % Hypotheken-Pfandbriefen. Direktor Fischer tritt in den Aufsichtsrat der Lebensversicherungsgesellschaft Atlas ein.

Zahlungseinstellungen usw. Hanseatische Bank, Hamburg, Niederdeutsche Bank, Dortmund, Vereinsbank, Frankfurt a. O., vgl. oben. — Die Pforzheimer Bankfirma Greb & Frühauf G. m. b. H. (eingezahltes Kapital 1 Mill. M.) bricht infolge mißglückter Effektenspekulationen zusammen. An der Insolvenz ist die Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt, beteiligt. — Die Verwaltung der Thüringer Kredit-Anstalt A.-G. schlägt die Liquidation des Instituts vor. — Der Inhaber der Thorner Bankfirma B. Simonsohn verübt Selbstmord. Der Konkurs soll, wenn möglich, vermieden werden. — Der Inhaber der Berliner Bankfirma M. Rosenstein begeht Selbstmord. Die Firma, die ihre Mittel in Immobilien festgelegt hat, wird aufgelöst. — Im Konkurs des Charlottenburger Kreditverein e. G. m. u. H. kommen von den 570 Ge-

Digitized by Google

nossen nur drei Viertel für die Zahlung einer größeren Haftsumme in Betracht. — Die Oeynhauser Spar- und Leihbank bricht infolge mißglückter Spekulationen ihres Inhabers Scheeffer, der Selbstmord begeht, zusammen. — Gegen Vorstand und Aufsichtsrat der Harburger Gewerbebank e. G. m. b. H. in Konk. soll die Regreßklage eingeleitet werden. Die Quote wird auf 80 % geschätzt. — Der Ländliche Kreditverein in Riekenbach e. G. m. u. H. erleidet infolge doloser Kreditgewährung des Geschäftsführers einen Verlust von 0,29 Mill. M., der zum Teil durch Erhöhung der Haftsumme gedeckt werden muß. — Die Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H., Plankstadt, gerät infolge mißglückter Spekulationen in Zahlungsschwierigkeiten. Der Stammanteil der Mitglieder wird von 170 auf 270 M. erhöht. — Die Darlehnskasse in Steinach wird durch Unterschlagungen des Kassierers um 0,16 Mill. M. geschädigt. Der Verlust soll aus dem Vermögen des Defraudanten gedeckt werden. — Die Bankfirma Richard Schindler, Waldsee, geht in Konkurs. Der Inhaber hat bei seinen Effektenspekulationen auch Depositengelder veruntreut. — Der in Zahlungsschwierigkeiten befindliche Coesfelder Bankverein G. m. b. H. geht in Konkurs. — Zur schnelleren Durchführung des Konkursverfahrens der Hamburg-Altonaer Kreditbank wird ein „Zweckverband zum Schutze der Interessen der Hamburg-Altonaer Kreditbank e. G. m. u. H." gegründet. — Der regreßpflichtig gemachte Aufsichtsrat der Arnsberger Gewerbebank in Liqu. erbietet sich zur freiwilligen Zahlung von 0,03 Mill. M. — Bei der Schlußverteilung im Konkurs der Bankfirma Wertheimer & Co., Büdingen, entfallen auf 1,44 Mill. M. Forderungen 0,15 Mill. M. — Im Konkurs der Bankfirma Apelt & Sohn, Halle, beträgt die voraussichtliche Quote 14½ %. — Im Konkurs des Bankiers Alletag, Füssen, sind weitere 12 % zu erwarten (10 % sind bisher verteilt worden). — Die von dem führenden Gesellschafter der in Konkurs gegangenen Eisenacher Bankfirma Strauß & Häberlein, Reusch, eingelegte Revision gegen seine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wird vom Reichsgericht verworfen.

Die ausländischen Banken im I. Quartal 1914.

III. Frankreich.

Banque de France. Der Diskontsatz blieb während des ganzen Jahres 1913 4 % (i. V. durchschnittlich 3,37%). Am 30. Januar setzt die Bank ihren Diskontsatz auf. 3½% herab. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 68,74 (i. V. 41,41) Mill. Fr., die Dividende 200 Fr. (160) pro Aktie von 1000 Fr. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 5665,35 (i. V. 5322,94) Mill. Fr. die durchschnittliche Metalldeckung 3972,10 (4027) Mill. Fr., der durchschnittliche Goldbestand 3342,80 (3239,00) Mill. Fr., der durchschnittliche Wechselbestand, der höchste seit Bestehen der Bank, 1644,70 (1332) Mill. Fr. Die Anzahl der Bankplätze (Filialen, Hilfsbureaus) ist auf 583 gestiegen. Nach ihrer Bedeutung rangieren die Hauptfilialen der Bank wie folgt: Lyon, Marseille, Lille, Roubaix-Tourcoing, Le Havre, Nancy, Bordeaux. Zu Direktoren (régents) werden die Bankiers Heine und Herr Debray ernannt.

Münzwesen. Die französische Münze hat im Jahre 1913 für Rechnung der Banque de France 3,02 Mill. Fr. Goldmünzen à 100 Fr. und 242,86 Mill. Fr. à 20 Fr. geprägt.

Das Gesetz über die Organisation des Kleinkredits ist in der Kammer angenommen worden. Es wird eine Bank für den langfristigen kleinindustriellen Kredit unter der Firma „Crédit à l'industrie et au commerce de France" mit 5 Mill. Fr. Kapital errichtet. Die Aktien sollen von den Handelskammern und sonstigen Organisationen des Handels und der Industrie, Großbanken und

Digitized by Google

kleineren Lokalbanken übernommen werden. Der Staat gibt 5 Mill. Fr. Garantiefonds. Weitere Betriebsmittel sollen durch Ausgabe von Obligationen (bis zum fünffachen des Aktienkapitals) und Depositen von mindestens dreijähriger Unkündbarkeit beschafft werden.

Die Steuer auf Wertpapiere wird nach dem von der Kammer genehmigten Gesetz ab 1. Juli 1914 wie folgt erhöht: Uebertragungsabgabe auf franz. Effekten (Inhaberpapiere) 0,30 % (bisher 0,25 %), Uebertragungsabgabe (Namensaktien usw.) 0.09 % (bisher 0,06 %), Stempelsteuer (auf abonnierte Effekten) 0,09 % (0,06 %). — Einkommensteuer auf ausländische Staatsanleihen 5 % (4 %), Einkommensteuer auf nicht abonnierte Aktien und Obligationen 5 % (4 %), jährliche Uebertragungsabgabe 0,30 % (0,25 %), Abonnements-Stempelgebühr 0,09 % (0,06 %), während die Stempelgebühr für nicht abonnierte Aktien und Obligationen und für nicht abonnierte fremde Staatsanleihen wie bisher 2 % bzw. 3 % bleibt. Die Einkommensteuer auf französische Effekten und auf abonnierte ausländische Aktien und Obligationen bleibt unverändert 4 %.

Die Einführung des Postschecks in Frankreich soll binnen kurzem erfolgen.

Die fünf Pariser Großbanken (Crédit Lyonnais, Comptoir National d'Escompte, Société Générale, Crédit Industriel et Commercial und Société Marseillaise) weisen per 31. Dezember 1913 aus: Kasse und Bankguthaben 497,2 (31. Dezember 1912 497,7) Mill. Fr., Wechsel 3679,8 (3554,0) Vorschüsse und Reports 1241,1 (1161,2), Debitoren 1815,0 (1715,1), Effekten und Beteiligungen 172,8 (164,8), Kreditoren und Depositen 5763,7 (5286,6), Akzepte 545,9 (623,6), Kapital und Reserven 1140,6 (1120,0) Mill. Fr.

Die Besteuerung der französischen Rente, die Finanzminister Caillaux fordert, wird vom Senat abgelehnt.

Abwehr des Kapitalexports. Der Finanzminister erklärt auf die Anfrage eines Deputierten, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um die Placierung ausländischer Werte ohne staatliche Genehmigung zu verhindern, daß eine gesetzliche Handhabe hierzu fehle.

Kolonialbanken. Der Senat genehmigt die Verlängerung des Notenprivilegs der Banken in Guadeloupe, Guyana, Martinique und Réunion.

Sparkassen. Die Anzahl der Sparbücher betrug Ende 1913 8 604 993 gegen 8 527 385 Ende 1912. Die Guthaben der Sparer beliefen sich auf 4012,46 (i. V. 3947,40) Mill. Fr., die Rentenkäufe der Caisse de Dépôts et Consignations für Rechnung der Sparkassen auf 19,45 (i. V. 22,29) Mill. Fr. — Das Einlagen-Maximum, das im Jahre 1845 2000 Fr. betrug, 1851 auf 1000 Fr. herabgesetzt, 1881 auf 2000 Fr. wieder erhöht und 1905 auf 1500 Fr. herabgesetzt worden ist, soll auf 3000 Fr. erhöht werden.

Rochette-Affäre. Infolge heftiger Anklagen, die der (später von Frau Caillaux ermordete) Figaro-Redakteur Calmette gegen den Ministerpräsidenten Caillaux erhebt, wird die Rochette-Affäre von neuem aufgerollt. Bei der Untersuchung stellt sich heraus, daß die früheren Minister Monis und Caillaux aus politischen Gründen auf eine Vertagung des Rochette-Prozesses hingewirkt haben. — Rochette selbst kehrt aus Mexiko, wo er zeitweilig unbehelligt als finanzieller Ratgeber des Präsidenten Madero figurierte, nach Europa zurück.

Bankbeamtenbewegung. Die auf gewerkschaftlicher Grundlage arbeitende Organisation der französischen Bankbeamten plant, um ihre Forderungen (Gehaltsaufbesserung, Pensionsversicherung usw.) durchzusetzen, Demonstrationen und eventuell einen Streik.

Insolvenzen. Der Pariser Bankier Germain, der Herausgeber des Finanzblattes „La Côte", wird wegen umfangreicher Unterschlagungen verhaftet. Die Passiva werden auf mehrere Millionen Francs

Digitized by Google

geschätzt. — Die Gläubiger der insolventen Banque Générale de l'Industrie Automobile et de l'Aviation erhalten eine vierte Quote von 20 %. — Der Inhaber der Winkelbankierfirma F. Meunier, Paris, deren Hintermann angeblich Siegmund Friedberg ist, wird zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Banque de Bordeaux. Erhöht ihr Kapital um 4 auf 20 Mill. Francs. Die neuen Aktien werden den Aktionären al pari angeboten. Das Gerücht einer Uebernahme der Banque Continentale, Paris, durch die Bank wird dementiert.

Banque de l'Union Parisienne, Paris. Die Dividende pro 1913 wird auf wieder 50 Fr. = 10 % geschätzt. Unter Mitwirkung der Bank wird die Erste serbische Zementfabrik mit 3,3 Mill. Fr. Kapital errichtet. Die Bank ist mit Schneider-Creusot an der Deckung des Geldbedarfs der Putilow-Werke beteiligt (34 Mill. Rbl.). Gehört dem Uebernahme-Konsortium für 250 Mill. Fr. 5 % serbische Goldanleihe an (vgl. Banque Française).

Banque de Paris et des Pays-Bas, Paris. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 75 Fr. pro Aktie = 15 %. Die Bank dementiert die Nachricht, daß sie infolge der ungünstigen bulgarischen Finanzlage und, um ihren eigenen Emissionskredit nicht zu gefährden, den Zinsendienst der bulgarischen Anleihen zum Teil selbst decken müsse. Die Aktien der Bank erfahren im Zusammenhang mit dem Kurssturz der Aktien der Société Foncière du Mexique von 500 auf 13 Fr. einen Kursrückgang, da man Regreßansprüche befürchtet. Die Bank legt 1,5 Mill. £ 5 % chilenische Anleihe zur Zeichnung auf. Protestiert vergeblich dagegen, daß die mexikanische Regierung Schatzscheine als Deckung für Notenemissionen verwendet. Gehört dem Konsortium zur Uebernahme von 26 Mill. Lire neuen Aktien der Banca Commerciale Italiana an (deren Aktionären à 147 % angeboten); ferner dem Uebernahmekonsortium für 666,50 Mill. Fr. 4½ % russische Eisenbahnanleihe (à 93,75 % zur Zeichnung aufgelegt) sowie für 250 Mill. Fr. 5 % serbische Goldanleihe (vgl. Banque Française).

Banque Française pour le Commerce et l'Industrie, Paris. Gehört dem Uebernahme-Konsortium für 250 Mill. Fr. 5 % serbische Goldanleihe an, die à 93,25 % zur Zeichnung aufgelegt werden.

Banque Nationale de Crédit, Paris. Der Reingewinn für das erste, sechs Monate umfassende Geschäftsjahr beträgt 2,59 Millionen Fr., die Dividende 10 % p. a. Aus der Bilanz per Ultimo Dezember 1913: Kasse und Bankguthaben 35,25, Wechsel 74,80, Debitoren 40,07, gedeckte Vorschüsse und Reports 35,56, Kreditoren und Depositen 142,42 Mill. Fr. bei 25 Mill. Fr. eingezahltem Kapital und 22,7 Mill. Fr. Reserven. Die Aktien der Bank werden zum Kassa- und Terminhandel, die Gründeranteile nur zum Kassamarkt der Pariser Börse zugelassen. Die Bank nimmt mit Wirkung ab 1. April 1914 die alte Bankfirma Richou & Cie., Angers, auf.

Banque Suisse et Française, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt (exkl. Vortrag) 3,03 (i. V. 2,40) Mill. Fr., die Dividende wieder 6½ %. 15 Mill. Fr. neue Aktien werden zum Kassamarkt der Pariser Börse zugelassen.

Banque Périer & Cie., Paris. Erhält eine 40jährige Konzession für den Bau einer elektrischen Bahn Jerusalem-Bethlehem, die Einrichtung einer elektrischen Beleuchtungszentrale in Jerusalem und die Anlage einer Wasserleitung. Gewährt der Türkei angeblich einen weiteren Vorschuß von 150 000 türk. Pfund.

Banque Privée, Lyon-Marseille. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,05 (i. V. 2.28) Mill. Fr., die Dividende wieder 5 % auf 50 Mill. Fr. Aktien (i. V. erhielten 30 Mill. Fr. neue Aktien nur 4 % p. r. t.).

Digitized by Google

Caisse Commerciale et Industrielle, Paris. Verteilt wieder 30 % Dividende. Erhöht ihr Kapital von 6 auf 21 Mill. Fr. durch Ausgabe von 15 Mill. Fr. 6 % kumulativen Vorzugsaktien, die al pari zur Zeichnung aufgelegt werden.

Comptoir National d'Escompte, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 18,72 (i. V. 18,34) Mill. Fr., die Dividende wieder 8 % = 40 Fr. pro Aktie. Aus der Bilanz: Kasse 123,98 (31. Dezember 1912 124,93), Wechsel 1004,36 (947,01), Reports 57,41 (50,78), Debitoren 165,58 (133,65), gedeckte Vorschüsse 200,93 (186,98), Akzepte 175,08 (187,30), Depositen 694,73 (645,37), Kreditoren 668,03 (611,68) Mill. Fr. Zu der Uebernahme von Schatzscheinen der Balkanstaaten (in der Hauptsache wohl Serbien und Griechenland) bemerkt die Bank im Geschäftsbericht, daß diese Engagements bereits zum Teil abgewickelt seien. Gehört dem Uebernahme-Konsortium für 250 Mill. Fr. 5 % serbische Goldanleihe an (vgl. Banque Française), ferner demjenigen für 666,50 Mill. Fr. 4½ % russische Eisenbahnanleihe (vgl. Banque de Paris usw.). Hat im Jahre 1913 zwei Filialen in Paris, ferner Agenturen in Annonay, Autun, Château-d'Oléron, Deauville, Honfleur, Lorient, Menton, Montbrison, Pertuis und Redon eröffnet. Der langjährige Leiter der Londoner Filiale der Bank, Barlow, ist gestorben.

Crédit du Nord, Lille. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,24 (i. V. 3,34) Mill. Fr., die Dividende 21 Fr. (i. V. 19 Fr.) pro Aktie = 10½ % auf ein Nominalkapital von 125 Mill. Fr. (mit 25 % eingezahlt) gegen 60 Mill. Fr. Kapital im Jahre 1912.

Crédit Foncier de France, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 23,16 (i. V. 21,06) Mill. Fr., die Dividende 7,4 % (i. V. 7 %). Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Hypothekar-Darlehen 2787,78 (31. Dezember 1912: 2497,65), Kommunal-Darlehen 2363,27 (2292,01), Pfandbriefe 2555,13 (2258,81), Kommunal-Obligationen 1913,19 (1811,89) Mill. Fr. Die Bank schlägt eine Kapitalserhöhung um 50 auf 300 Mill. Fr. vor. Die neuen Mittel dienen zur Aufnahme des Geschäfts in Marokko.

Crédit Français, Paris. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 5 %. Der Präsident des Verwaltungsrats, der frühere Finanzminister Doumer, will wegen der Transaktion Compagnie de Navigation Sud-Atlantique—Compagnie Transatlantique (vgl. Februarheft), die er mißbilligt, demissionieren; seine Opposition richtet sich in der Hauptsache gegen Caillaux, der die Transaktion befürwortete.

Crédit Industriel et Commercial, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,25 (i. V. 4,05) Mill. Fr., die Dividende 13 % brutto = 12½ % netto (i. V. 12½ % bzw. 12%). Die Generalversammlung genehmigte die vorgeschlagene fakultative Vollzahlung der Aktien mit 375 Fr. (bisher waren 125 Fr. eingezahlt) sowie die Umwandlung in Inhaberaktien. Die Bank will sich an einer genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaft ihres Personals mit 0,05 Mill. Francs beteiligen. Ende März beträgt die Anzahl der Niederlassungen in Paris und Umgebung 48. Die Bank gehört dem Uebernahme-Konsortium für 666,50 Mill. Fr. 4½ % russische Eisenbahnanleihe an (vgl. Banque de Paris).

Crédit Lyonnais, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 41,65 (i. V. 40,23) Mill. Fr., die Dividende wieder 65 Fr. pro Aktie = 13 %. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Kasse und Bankguthaben 174,41 (31. Dezember 1912: 192,95), Wechsel 1517,98 (1411,22), gedeckte Vorschüsse und Reports 353,87 (362,12), Debitoren 740,34 (742,86), Depositen und Schecks 912,97 (861,62), Kreditoren 1269,69 (1234,99), Akzepte 142,44 (166,25) Mill. Fr. Die Bank besitzt Ende März 1914 415 Niederlassungen gegen 234 im Jahre 1901. Ist an der Uebernahme von 666,50 Mill. Fr. 4½ % russische Eisenbahnanleihe beteiligt (vgl. Banque de Paris usw.), wird aber, im Gegenteil zu

Digitized by Google

den anderen Pariser Großbanken, wahrscheinlich nicht dem Uebernahme-Konsortium für die türkische Anleihe angehören. Legt 100 Mill. Rubel 4½ % Obligationen der Russischen Bauernagrarbank à 93 % zur Zeichnung auf. Dementiert die Nachricht, daß sie wegen Uebernahme einer Petersburger Stadtanleihe verhandele.

Crédit Mobilier Français, Paris. Gehört dem Uebernahme-Konsortium für 250 Mill. Fr. 5 % serbische Goldanleihe an (vgl. Banque Française).

Société Auxiliaire de Crédit, Paris. Stellt infolge mißglückter Haussespekulationen (Rente Foncière u. a.) ihre Zahlungen ein und nimmt eine einschneidende Sanierung vor durch Annullierung von 3 Mill. Fr. Aktien (aus dem Besitze ihres Präsidenten und Begründers Victor) und Herabsetzung des Nominalwertes der 12 Mill. Francs übrigen Aktien von 500 auf 250 Fr. sowie Wiedererhöhung des Kapitals um 10 auf 16 Mill. Fr.

Société Centrale des Banques de Province, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt nominell 2,69 (i. V. 2,20) Mill. Fr., die Dividende wird zugunsten eines erhöhten Vortrages (0,59 gegen 0,17 Mill. Fr. i. V.) auf 7½ % reduziert (i. V. 10 %). In der Bilanz erscheinen: Kasse und Bankguthaben 14,09 (31. Dezember 1912: 17,40), Wechsel 14,53 (11,10), Debitoren 4,86 (4,05), Effekten 18,72 (18,88), finanzielle Beteiligungen 4,60 (2,36), Kreditoren 26,69 (17,61) Mill. Fr. Die Caisse Commerciale et Industrielle (siehe diese), deren Aktienmajorität die Bank besitzt, verteilt eine Dividende von wieder 30 %. Zu Administratoren werden die Herren Charles Dumont und Richou bestellt, während die im Jahre 1913 erfolgte Wahl der Herren Bousquet und Lapisse bestätigt wird. Weitere Personalveränderungen stehen angeblich im Zusammenhang mit dem geplanten Eintritt eines Vorstandsmitgliedes der Caisse Commerciale in den Verwaltungsrat der Bank.

Société Française de Reports et Depôts, Paris. Verteilt aus einem Reingewinn von 1,65 (i. V. 1,54) Mill. Fr. eine Dividende von 45 Fr. (i. V. 44) pro Aktie.

Société Générale, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 24,62 (i. V. 22,18) Mill. Fr., die Dividende 20 (19,25) Fr. netto. Aus der Bilanz: Bar und Bankguthaben 172,57 (i. V. 158,59), Wechsel 889,61 (864,65), Reports 119,43 (119,58), Effekten 46,79 (47,23), gedeckte Vorschüsse 328,25 (257,44), Auslandsbanken und Debitoren 560,74 (502,82), Schecks und Depositen 673,30 (595,95) Mill. Fr., Kreditoren 1118,43 (977,80) Mill. Fr. Präsident Baron Hely d'Oissel scheidet aus Altersrücksichten aus, bleibt jedoch Mitglied des Verwaltungsrates. An seine Stelle soll nach der im Mai 1914 stattfindenden Feier des 50jährigen Bestehens der Bank Herr Dorizon treten. Zum Administrateur wird Herr Petit ernannt. Von den 1108 Niederlassungen der Bank (i. V. 1005) entfallen auf Paris 102, auf die Provinz 995, 8 auf Afrika und nur 3 auf das übrige Ausland. Die Bank gehört dem Uebernahmekonsortium für 666,50 Mill. Fr. 4½ % russische Eisenbahnanleihe an (vgl. Banque de Paris etc.), ferner dem Konsortium für Uebernahme von 250 Mill. Fr. 5 % serbische Goldanleihe (vgl. Banque Française).

Société Lyonnaise de Dépôts. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,34 (i. V. 1,17) Mill. Fr., die Dividende wieder 14 Fr. pro Aktie von 125 Fr.

Société Marseillaise de Crédit Industriel et Commercial, Marseille. Erhöht ihr Kapital um 5 auf 55 Mill. Fr.

Société Nancéienne de Crédit, Paris. Ruft weitere 25 % auf die mit 25 % eingezahlten 100 Mill. Fr. Aktien ein.

Banque de l'Algérie, Paris. Emittiert neue, auf 20 Fr. lautende Noten.

Digitized by Google

Banque de la Martinique. Verteilt für das Jahr 1913 eine Dividende von 50 Fr. netto (i. V. 60 Fr. netto).

Crédit Foncier Egyptien, Paris. Der Reingewinn für das am 31. Oktober 1913 beendete Geschäftsjahr wird, wie im Vorjahr, mit 14,02 Mill. Fr. ausgewiesen, die Dividende beträgt wieder 26 Fr. Ultimo Oktober werden ausgewiesen: Hypotheken-Darlehen 706,51 (i. V. 700,53), Obligationen 637,18 (613,49) Mill. Fr. Die Bank dementiert in der Generalversammlung das Gerücht, daß sie mit der Land Bank of Egypt und dem Crédit Foncier d'Orient ein Uebereinkommen bezüglich der gemeinsamen Ausgabe von Obligationen und der Abgrenzung der verschiedenen Interessengebiete getroffen habe; sie habe lediglich beiden Instituten gedeckte Vorschüsse zu für die Bank recht günstigen Bedingungen gewährt. Aus dem Aufsichtsrat scheidet der Finanzminister Caillaux aus.

Banque Française du Rio de la Plata, Paris. Der Reingewinn pro 1913 ist im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrisis in Argentinien auf 2,70 Mill. Goldpiaster zurückgegangen (i. V. 2,99 Millionen Goldpiaster, vgl. auch Augustheft 1913); die Dividende beträgt 8 % (i. V. 10 %).

Banque Franco-Japonaise, Paris. 25 Mill. Fr. Aktien (125 Fr. eingezahlt) werden zum Komptantmarkt der Pariser Börse zugelassen.

Banque Hypothécaire Franco-Argentine, Paris. Gibt 25 Mill. Fr. 4½ % Obligationen aus.

Banque Industrielle de Chine, Paris. Gewährt der chinesischen Regierung ein weiteres Darlehen von 20 Mill. Doll. Uebernimmt (mit der Société Centrale des Banques de Province) kommissionsweise 75 Mill. Fr. 5 % industrielle Chinesische Anleihe, die Anfang April à 94,25 % zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Bank beabsichtigt nach englischer Behauptung, einen Teil des Erlöses widerrechtlich zum Erwerb der Kontrolle über die China Merchants' Steam Navigation Co. zu benutzen. (Da die Anleihe einen Mißerfolg erlitten hat, soll die Bank auf einige dafür erhaltene Konzessionen verzichtet haben.)

Compagnie Algérienne, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 10,04 (i. V. 7,19) Mill. Fr., die Dividende 11½ % = 57,50 Fr. pro Aktie (i. V. 10 %) auf 62,5 (i. V. 40) Mill. Fr. Kapital. Aus der Bilanz per 31. 12. 1913: Kassa 9,15 (31. 12. 1912: 10,81), Wechsel 194,74 (163,39), Vorschüsse 65,11 (60,86), Debitoren 50,17 (48,02), Depositen 135,18 (156,22), Kreditoren 14,71 (16,65) Mill. Fr.

Crédit Foncier Argentin, Paris. Erhöht die Dividende pro 1913 auf 35 Fr. pro Aktie (i. V. 30 Fr.).

Crédit Foncier d'Algérie et de Tunisie, Paris. Die Dividende pro 1913 beträgt voraussichtlich 28 (i. V. 26) Fr. auf die vollgezahlten Aktien. Die Bank errichtet in Algier drei weitere Bureaux de quartier, mit denen die Anzahl ihrer Niederlassungen auf 72 steigt.

Crédit Foncier du Brésil et de l'Amérique du Sud, Paris. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 2,20 (i. V. 1,63) Mill. Fr., die Dividende wieder 7 %. Per Ultimo Dezember werden ausgewiesen: 68,76 (i. V. 37,50) Mill. Fr. 5 % Obligationen, denen an Darlehen 52,89 (37,63) Mill. Fr. gegenüberstehen.

IV. Russland.

Russische Staatsbank. Beläßt trotz zunehmender Geldflüssigkeit ihren Diskontsatz im ersten Quartal auf 6 %. Der Bank wird vorgeworfen, daß sie in den letzten Jahren in zu großem Umfange Bank- und Börsenkredite gewährt und dadurch die Börsenspekulation gefördert habe. In den letzten Wochen des Quartals schränkt die Bank den Kredit an die Privatbanken erheblich ein. Die Regierung plant eine Reform der Bank, insbesondere die Einsetzung einer Kontrollinstanz

Digitized by Google

mit exekutiven Machtbefugnissen; das bisherige Finanzkomitee hat die Geschäfte der Bank niemals kontrolliert. Ferner wird beabsichtigt, den Getreidehandel bei der Bank in einer besonderen Getreideabteilung zu konzentrieren, was wohl als Vorstufe eines Getreidehandelsmonopols gedacht ist.

Staatssparkassen. Der Einlagebestand beträgt Ende März 1683,2 (i. V. 1601,4) Mill. Rbl.

Bauernagrarbank. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 100 Mill. Rbl. 4½ % Obligationen, die vom Crédit Lyonnais à 93 % zur Zeichnung aufgelegt werden.

Verstärkung der russischen Goldbestände. Rußland tritt in London, besonders im März, in auffallendem Maße als Goldkäufer auf, bestreitet aber, daß diese über dem Standardpreis von 77 sh 9 d erfolgten Käufe in Zusammenhang mit der in Frankreich placierten Eisenbahnanleihe ständen.

Bankpolitik. Die Petersburger Exportkammer lehnt die von Petersburger Banken befürwortete Errichtung einer besonderen russischen Exportbank auf dem Balkan bzw. russischer Filialen in Belgrad und Sofia ab und empfiehlt, bestehende Balkanunternehmungen durch Beteiligung unter russische Kontrolle zu bringen.

Börse. Die Petersburger und Moskauer Börse machen eine starke Depression durch, die u. a. mit der gespannten politischen Lage und der Furcht vor einem neuen „Banken- und Finanzkurs" erklärt wird, in Wirklichkeit aber eine Reaktion auf die jahrelang betriebene Agiotage zahlreicher Banken ist. Die Intervention des „Roten Kreuzes", das unter Führung der Staatsbank wieder in Tätigkeit getreten ist, vermag den Rückgang der Effekten nicht aufzuhalten. Um gewissen Auswüchsen der Baissespekulation zu begegnen, wird die Einführung des Terminhandels und die Teilung der Petersburger Börse nach dem Muster der Pariser in Parkett und Kulisse beabsichtigt.

Kommunalanleihen. Die russischen Städte haben im Jahre 1913 119 Mill. Rbl. Anleihen aufgenommen (darunter Petersburg 66,5 Millionen Rbl.) gegen 41,1 Mill. Rbl. im Jahre 1912 und 24,8 Mill. Rbl. im Jahre 1911.

Russische Goldguthaben im Auslande. Die Frage, ob im Falle eines Krieges diese Guthaben beschlagnahmt werden können, wird von der Regierung dahin beantwortet, daß die Depots auch im Kriegsfalle genügend geschützt seien. (Vgl. dazu Augustheft 1913, Seite 806.)

Die Anzahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften betrug Ende 1913 1361 gegen 965 Ende 1912. Davon entfallen 751 auf die Weichsel- und baltischen Gouvernements.

Insolvenzen. Die Anzahl der Zusammenbrüche betrug im Jahre 1913 1670, die Summe der Passiva 165,35 Mill. Rbl., wovon auf die Textilindustrie rund 60 Mill. Rbl., auf die Banken 0,98 Mill. Rbl. entfallen. — Der Petersburger Bankier Hiedel begeht wegen großer Verluste Selbstmord. — Die Warschauer Bankfirma Pilawitz, Wilczinski & Co. geht in Konkurs. Die beiden Inhaber werden verhaftet.

Asow-Don-Commerzbank, Petersburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 9,10 (i. V. 7,34) Mill. Rbl., die Dividende 16 % (i. V. 15 %). Nach der Bilanz sind die Depositen um 22,61 auf 211,59, Kreditoren um 51,29 auf 135,96, Wechsel um 5,43 auf 113,40, Lombarddarlehen um 12,09 auf 147,26 und Debitoren um 48,38 auf 122,64 Mill. Rbl. gestiegen. Der Protest einer Aktionärminderheit der Kiewer Privat-Kommerzbank gegen die Liquidation des Instituts und seinen Uebergang an die Asow-Don-Commerzbank (vgl. Novemberheft 1913 und Februarheft 1914) wird in zweiter Instanz zurückgewiesen.

Commerzbank in Warschau. Plant eine Kapitalserhöhung.

Digitized by Google

Commerzbank J. A. Junker & Cie., Moskau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,64 (i. V. 2,03) Mill. Rbl., die Dividende wieder 12 % auf 15 Mill. Rbl. Kapital (i. V. 10 Mill. Rbl.). Direktor Bockelmann tritt in den Verwaltungsrat der Moskauer Versicherungsgesellschaft „Anker" ein. Die Bank errichtet eine Filiale in Riga.

Kiewer Privat-Kommerz-Bank. Vgl. Asow-Don-Commerzbank.

Moskauer Bank. Plant, zusammen mit französischen Banken, die Errichtung einer russisch-persischen Handelsbank mit 6 Mill. Rbl. Kapital.

Moskauer Diskonto-Bank. Plant eine Kapitalserhöhung.

Moskauer Kaufmannsbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,02 (i. V. 2,43) Mill. Rbl., die Dividende 14,46 (i. V. 12,94) %.

Moskauer Privathandelsbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,46 (i. V. 0,68) Mill. Rbl., die Dividende wieder 8 %.

Petersburger Disconto-Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 3,02 (i. V. 2,84) Mill. Rbl., die Dividende 12,8 % (i. V. 12 %). Die Bank schlägt eine Kapitalserhöhung um 5 auf 25 Mill. Rubel vor. Aus der Bilanz per Ultimo Dezember: Kasse und Bankguthaben 5,17 (i. V. 4,72), Wechsel 39,56 (34,92), Lombardvorschüsse 48,75 (50,26), Debitoren 72,85 (54,69), Einlagen 64,22 (62,53), Kreditoren 75,31 (57,22) Mill. Rbl.

Petersburger Handelsbank (früher Wawelberg). Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 10 %.

Petersburger Internationale Handelsbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,95 (i. V. 6,84) Mill. Rbl., die Dividende 14 % (i. V. 13,6 %). Die Abschreibungen betragen 2,76 (i. V. 2,75) Millionen Rbl. Nach der Bilanz sind die Einlagen um 24,54 auf 264,81 Millionen Rbl. gestiegen, während die Kreditoren sich um 27,14 auf 167,23 Mill. Rbl. vermindert haben. Die Debitoren werden mit 201,70 (i. V. 200,56) Mill. Rbl. ausgewiesen.

Petersburger Privat-Handelsbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,64 (i. V. 4,20) Mill. Rbl., die Dividende wieder 18,75 Rbl. = 9,375 %. Die Bank plant die Errichtung einer Filiale in Paris. Die Bank unterhandelt mit der Krupp A.-G. wegen der Deckung des Geldbedarfs der Putilowwerke; die — anscheinend gar nicht ernst gemeinten — Verhandlungen zerschlagen sich aber, als die französische Presse heftig dagegen protestiert, daß Krupp Einfluß auf die Putilowwerke gewinnt.

Rigaer Commerzbank. Plant eine Kapitalserhöhung. Die Dividende pro 1913 soll höher ausfallen als im Vorjahr (damals 7½ %).

Russisch-Asiatische Bank, Petersburg. Plant eine Kapitalserhöhung um 20 auf 65 Mill. Rbl. Erwirbt größere Terrains in Turkestan (im Jahre 1913 rund 23 000 Desjatinen).

Russische Bank für auswärtigen Handel, Petersburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 7,94 (i. V. 6,90) Mill. Rbl., die Dividende wird auf 11,4 (i. V. 10) % erhöht, während gleichzeitig der Reserve nur 2 % (anstatt bisher 5 %) des Reingewinns zugewiesen werden. Die Abschreibungen für zweifelhafte Forderungen sind auf 2,55 (i. V. 2,12) Mill. Rbl. gestiegen. Aus der Bilanz per Ultimo Dezember 1913: Kasse und Bankguthaben 16,45 (16,12), Wechsel 129,52 (125,23), Effekten 29,77 (27,53), Darlehen 96,99 (115,29), Debitoren 169,06 (165,19), Einlagen 227,29 (199,52), Kreditoren 176,13 (108,14) Millionen Rbl.

Russisch-Französische Handelsbank, Petersburg. Präsident Andrejew tritt in den Verwaltungsrat der Sibirischen Handelsbank ein.

Russische Handels- und Industriebank, Petersburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,65 (i. V. 3,27) Mill. Rbl., die

Digitized by Google

Dividende 9,6 % (i. V. 9 %). Die Bank erwirbt die Zuckerfabriken in Charytonenko für 16 Mill. Rbl.

Sibirische Handelsbank, Petersburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 4,63 (i. V. 3,75) Mill. Rbl., die Dividende 16 % (i. V. 15 %). Nach der Bilanz sind die Einlagen um 31,22 auf 164,12, die Kreditoren um 1,52 auf 33,15 Mill. Rbl. gestiegen. Die Bank plant eine Kapitalserhöhung um 5 Mill. Rbl. In den Verwaltungsrat wird der bisherige Präsident der Russisch-Französischen Handelsbank, Andrejew, eintreten. Die Bank wandelt die Pariser Bankfirma Saint-Léger & Cie. in eine Aktien-Gesellschaft mit 7,5 Mill. Fr. Kapital um unter der Firma Société Française de Banque et de Crédit. Unter Mitwirkung der Bank werden die Danilowsker, die Sepuchower und die Leinenmanufaktur A. Hübner fusioniert. Die Bank errichtet eine Filiale in Orsk.

Unionbank Moskau. Erhöht ihr Kapital um 10 auf 40 Mill. Rubel. Die neuen Aktien werden den Aktionären à 124 % angeboten. Die Bank errichtet eine Filiale in Paris, mit deren Leitung sie vorläufig den Direktor Skaff von der in Liquidation getretenen Banque Suisse pour le Commerce Etranger betraut.

Warschauer Diskonto-Bank. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 12 %.

Westbank, Warschau. 2,5 Mill. Rbl. neue Aktien werden den Aktionären à 110 % angeboten. Die Bank errichtet eine Filiale in Lodz.

Wolga-Kama-Kommerzbank, Moskau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,36 (i. V. 3,70) Mill. Rbl., die Dividende wieder 22 %. Der frühere Direktor der Bank, Geh. Staatsrat Bark, übernimmt das Portefeuille des Finanzministeriums.

Sparkassen in Finland. Ende 1913 betrugen die Guthaben der Sparer etwas mehr als 300 Mill. finn. M. gegen 279,4 (berichtigte Ziffer) im Jahre vorher. — Nach der jetzt veröffentlichten Statistik belief sich die Anzahl der Sparkassen in Finnland Ende 1912 auf 391, von denen 50 auf die Städte und 341 auf das Land entfielen. Die Anzahl der Sparbücher betrug 328 906.

Bank von Finland. Der Reingewinn pro 1913 ist der größte bisher von der Bank erzielte und beträgt 8,66 (i. V. 7,41) Mill. finn. M. Der Diskontsatz bleibt während des ersten Quartals 1913 unverändert 5½ %.

Finländische Stadthypothekenkasse. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,69 (i. V. 0,66) Mill. finn. M., die Dividende wieder 8 %. Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Obligationen 64,83 (i. V. 65,53). Amortisationsdarlehen 69,96 (70,62) Mill. finn. M.

Förenings-Banken in Finland, Helsingfors. Ist zu weiteren erheblichen Abschreibungen, die zum Teil mit der Unterschlagung des Direktors von der Filiale Tammerfors zusammenhängen, gezwungen. (Vgl. Maiheft 1913.) Der Reingewinn beträgt 3,39 Mill. finnische M. (i. V. 6,21 abzügl. ca. 3,70 Millionen Teildeckung obiger Unterschlagung), die Dividende wird auf 8 % erhöht (i. V. 5, 1911 11 %).

Hypothekenbank in Finland, Helsingfors. 10 Mill. Mark 5% Hypotheken-Obligationen werden in Hamburg à 97,25 % zur Zeichnung aufgelegt.

Nordische Aktienbank für Handel und Industrie, Helsingfors. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,50 (i. V. 3,23) Mill. finnische M., die Dividende 13 % (i. V. 12½ %). Die Bank schlägt eine Kapitalserhöhung um 2 auf 20 Mill. finn. M. vor. Die neuen Aktien sollen den Aktionären à 225 % angeboten werden.

Dividenden finnischer Banken. Es verteilen: Abo Aktiebank 11 % (10 %), Fastighetsbanken i Finland, die ihr Kapital um

Digitized by Google

4 auf 5 Mill. finn. M. erhöht, 7½ (7) %, Kansallis-Osake-Pankki wieder 16 %, Landtmannabanken 5 (4) %, Nylands Aktiebank 11½ (11) %, Privatbanken i Helsingfors 14 (13) %, Suomen Kauppapankki 5½ (5) %, Tammerfors Aktie-Bank wieder 7 %, Zentral-Aktienbank der Sparkassen wieder 5 %, Zentralanleihenkasse für Finlands Stadt- und Landkommunen wieder 5 %.

Im Konkurs der Nykarleby Bank beträgt der Gesamtverlust 3,24 Mill. finn. M. Die Quote beträgt voraussichtlich 60 %.

V. Vereinigte Staaten von Amerika.

Bank- und Währungs-Reform. Ein Amendement zu der Federal Reserve Act wird von Owen und Glass im Kongreß eingebracht. Das im Dezember erlassene Gesetz (vgl. Februarheft) begrenzt den Betrag der Auslandstratten, die eine Bank im Portefeuille haben darf, auf 50 % des eingezahlten Kapitals und Surplus. Da einzelne Banken, speziell Trust Cies, zeitweise einen größeren Bestand an Auslandstratten halten, soll in Zukunft mit Genehmigung des Federal Reserve Board eine Befreiung von jener Bestimmung eintreten. — Dem Federalreserve-System haben sich bis Ende März über 98 % aller Nationalbanken angeschlossen. Diejenigen Banken, die die Anmeldung noch nicht vorgenommen haben, müssen bis Ende des Jahres liquidieren. — Die Federal Reserve Act macht die Abänderung verschiedener Vorschriften der einzelstaatlichen Bankgesetze erforderlich. So war z. B. im Staate Oregon den State banks bisher erlaubt, 20 % ihrer Gelder an einen einzigen Schuldner auszuleihen, während den Nationalbanken und den dem Federal Reserve-System beitretenden State banks nur 10 % erlaubt sind. Den Banken soll daher eine Uebergangsfrist zur allmählichen Anpassung an die neuen Bestimmungen eingeräumt werden.

Bekämpfung der Trusts. Die Absicht der Regierung, nach dem Muster der Inter-State Commerce Commission eine Inter-State Trade Commission zu errichten, um die Trusts erfolgreicher bekämpfen zu können, wird von der New-Yorker Handelskammer und anderen Körperschaften mißbilligt. Die Kammer meint, daß die Sherman Act wirksamer als jedes neue Gesetz sei. — Das Gesetz gegen die Holding-Gesellschaften, das die Errichtung derartiger Unternehmungen mit Strafe bedroht, soll mit den Gesetzentwürfen über die Häufung von Direktorstellen (interlocking directorates) und über die Monopolisierung des Handels sowie mit der Sherman Act in einen einzigen Entwurf zusammengezogen werden. Der New York Board of Trade and Transportation fordert die Vertagung dieser Antitrustgesetze bis zur nächsten Session des Kongresses und empfiehlt eine Enquete über alle diese Fragen in den größeren Städten.

Geldumlauf. Am 2. März 1914 waren in den Vereinigten Staaten im Umlauf bzw. im Schatzamt (in 1000 Doll.):

	im Umlauf	im Schatzamt	zusammen
Gold, gemünzt und in Barren	611 907	167 662	1 920 269
Goldzertifikate (gegen depon. Gold)	1 094 487	46 212	
Silber-Dollar	72 195	19 687	565 754
Silberzertifikate (gegen depon. Silber)	461 376	12 497	
Scheidemünzen	160 237	19 293	179 530
Schatznoten von 1890	2 512	7	2 519
Ver. Staaten-Noten (Greenbacks)	339 210	7 471	346 681
Nationalbanknoten	707 851	45 318	753 169
	3 449 774	318 147	3 767 922

Bankstatistisches. Nach dem Jahresbericht des Superintendent Van Tuyl betrug Ende 1913 die Kapitalmacht der Banken in den Vereinigten Staaten (Aktienkapital, Surplus, unverteilte Gewinne und Depositen ausschließlich der Guthaben von Bank bei Bank) 23,18 Milliarden $, wovon auf die Banken und Trust Cies. des Staates

Digitized by Google

New York 2,04 und auf die Savings banks dieses Staates 1,93 Milliarden Dollar entfielen.

Solawechsel und Tratte. Gegen die von der New York Clearing House Association befürwortete Bevorzugung des gezogenen Wechsels (two-name paper) im Diskontgeschäft der Federal-Reserve-Banken wendet sich die Merchants' Association von New York. Präsident Nash von der Corn Exchange Bank erklärt, daß die Tratte zwar in früherer Zeit vorherrschend gewesen sei, daß aber die Rückkehr zu diesem „veralteten System" die Handelsbeziehungen eher erschweren als erleichtern würde. Professor Sprague von der Harvard-Universität befürchtet von der Einführung der Tratte schwerwiegende Veränderungen in dem gegenwärtigen Banksystem.

Bankgesetzgebung. Der Senat genehmigt die Van Tuyl-Bill, wonach die State banks im Staate New York in Orten mit 2 Mill. Einwohnern und darüber eine 18 proz. Reserve gegen ihre Depositen halten müssen, in Orten mit 1 Mill. Einwohnern und darüber eine 15 proz. Reserve, sonst eine 12 proz. Reserve. Die Reserve der Trust Cies. soll 15 %, 13 % und 10 % betragen.

Bankaufsicht über Privatbankiers. Die Kommission, die unter dem Vorsitz des Senators Pollock die Privatbankgeschäfte im Staate New York untersucht hat, bezeichnet die staatliche Beaufsichtigung der Privatbankiers und den Erlaß von Normativbestimmungen als dringend notwendig. Sie wünscht aber einen Unterschied gemacht zu wissen zwischen solchen Privatbankiers, die Spargelder annehmen und ein unerfahrenes Publikum haben, und jenen, deren Klientel kaufmännisch geschult ist und die keine Spargelder annehmen; die letzteren sollen der staatlichen Aufsicht nicht unterstellt werden. In Städten „erster Klasse" sollen die Privatbankiers nach dem Gutachten der Kommission 15 % ihrer Depositen, in den anderen Städten 10 % bar in Reserve haben.

Clearings. Im ganzen Jahre 1913 sind bei allen Clearinghäusern der Vereinigten Staaten 169,55 (i. V. nach der berichtigten Ziffer 173,95) Milliarden $ umgesetzt worden. Davon enfallen auf (in Millionen $):

	1912	1913
Clearinghäuser der Mittelstaaten	116 387,9	110 999,7
davon New York	*100 743,9*	*94 634,3*
Clearinghäuser der westlichen Mittelstaaten	22 203,8	23 363,7
davon Chicago	*15 380,8*	*16 073,1*
Clearinghäuser der Parcific-Staaten	6 498,7	6 544,4
„ „ sonstigen Weststaaten	7 718,5	8 120,4
„ „ Südstaaten	10 747,7	10 970,5
„ von Neu-England	10 396,3	9 553,0
	173 952,9	169 551,8

Von der geplanten Börsenreform, die ursprünglich sämtliche Börsen unter Staatsaufsicht stellen wollte, ist, nachdem eine Enquete über das Projekt veranstaltet worden ist, wenig übrig geblieben. Gesetz geworden ist nur das Verbot der Verbreitung unrichtiger Kursmeldungen und Nachrichten durch die Post und den Telegraphen.

Postsparkassen. Die Maximaleinlage bei den Postsparkassen, die im Repräsentantenhaus von 500 auf 1000 $ erhöht worden war, wird vom Senat weiter auf 2000 $ erhöht.

Die Entschuldung der Landwirtschaft soll entweder durch die Errichtung einer genossenschaftlichen Zentralbank (Projekt der State Agricultural Society und des Staates Grange) oder durch Errichtung von Landbanken, deren Kapital von Privaten aufzubringen wäre (Projekt führender Agrarier und Finanzleute) erfolgen. Gouverneur Glynn beziffert die Hypothekarverschuldung der Farmer im Staate New York auf 100 Mill. $ und berechnet, daß bei Umwandlung dieser

Digitized by Google

Schuld in zehnjährige Amortisationsdarlehen eine Zinsersparnis von 24 Mill. $, bei Umwandlung in 50jährige Tilgungsdarlehen eine solche von 82 Mill. $ für die Farmer erzielt werden könne. — Die Kommission für die Revision des Bankgesetzes des Staates New York schlägt vor, mit Rücksicht auf den Bundesgesetzentwurf über die Häufung von Direktorstellen die Mindestzahl der Trustees bei einer Savings Bank von 13 auf 9 und die der Direktoren einer Trust Cy. von 13 auf 7 zu reduzieren, dagegen die Zahl der Direktoren einer State bank auf fünf zu belassen.

Kleinkredit. Gouverneur Glynn fordert eine gesetzliche Regelung des Kleinkreditwesens, und zwar zunächst eine schärfere Bestrafung des Wuchers, ferner die Förderung von Instituten zur Gewährung kleinerer Kredite. Ein solches Institut konstituiert sich in Richmond unter der Firma Industrial Finance Corporation (Kapital 6 Mill. $).

Arbitrage-Verkehr der New-Yorker Stock Exchange. Ueber 700 Mitglieder der New-Yorker Stock Exchange richten an den Vorstand eine Petition, in der sie die Aufhebung der 1911 erlassenen Bestimmung fordern, die den Mitgliedern der Stock Exchange verbietet, mit Außenstehenden Gemeinschaftsgeschäfte (unter Teilung der Kommission) zu machen.

Die Gefahr von Goldexporten infolge des neuen Bank- und Währungssystems ist nach einer Erklärung des Direktors der Münze hinfällig, wofern nicht die Ausgabe von Noten im Uebermaß erfolgt.

Börsenmitgliedschaft. Der Preis für einen Sitz an der New Yorker Börse schwankt im ersten Quatal 1914 zwischen 45 000 und 55 000 $.

Eine Rekorddividende von 100 % auf ihr Kapital von 0,10 Mill. $ verteilt die National Bank of Athens ausschließlich ihrer Jahresdividende von 8 %.

Fusionen. Die First National Bank in Detroit nimmt die Old National Bank daselbst in sich auf. Das neue Institut verfügt über 5 Mill. $ Kapital, 2,5 Mill. $ Surplus und 43 Mill. $ Depositen. — Die American Bank & Trust Co. (Kapital 0.10 Mill. $) und die West Texas Bank & Trust Co. (Kapital 0,25 Mill $), beide San Antonio, fusionieren. — Die Fort Worth National Bank of Fort Worth (Kapital 0,5, Depositen 4,4 Mill. $) nimmt die State National Bank of Fort Worth auf (Kapital 0,5, Depositen 1,7 Mill. $) und erwirbt gleichzeitig die Kontrolle über die Waggoner Bank & Trust Cy. (Kapital 0,21 Mill. $). — Die National Reserve Bank, New York (Kapital 1,2, Depositen 4,4 Mill. $) tritt in Liquidation und wird von der Mutual Alliance Trust Cy. (Kapital 1,0, Depositen 8,5 Mill. $) übernommen. — Die New Haven County National Bank (Kapital 0,4, Depositen 1,6 Mill. $) und die National New Haven Bank (Kapital 0,5, Depositen 1,5 Mill. $) fusionieren; die City Bank of New Haven will sich der Kombination später anschließen. — Die Farmer's National Bank of York (Kapital 0,2 Mill. $) und die Guardian Trust Co. (Kapital 0,25 Mill. $) schließen sich zu der Guardian Farmers' Trust Co. zusammen. — Die Fitchburg National Bank wird mit der Fitchburg Safe Deposit & Trust Co. (beide 0,25 Mill. Kapital) zu der Fitchburg Bank & Trust Co. vereinigt.

Insolvenzen usw. Nach einer Zusammenstellung von R. G. Dun & Co. haben sich die Bankzusammenbrüche im ersten Quartal 1914 gegen das Vorjahr verdoppelt. Es gingen 50 (i. V. 25) Banken in Konkurs; die Passiva betrugen 10,02 (i. V. 2,18) Mill. $. — Gegen die Inhaber der Privatbankfirma Henry Siegel & Co., New York, wird die Anklage wegen schweren Diebstahls und wegen der Annahme von Depositen trotz eingetretener Insolvenz erhoben. — Die 1818 gegründete New England Commercial Bank of New Port tritt in Liquidation. —

Digitized by Google

Die Bank- und Immobilienfirma Cobe & Mc Kinnon, Chicago, tritt in Liquidation. — Die Gläubiger der 1911 zusammengebrochenen Union National Bank of Columbus (Ohio) haben bisher 90 % ihrer Forderungen erhalten. — Der frühere Präsident der Knoxville Banking & Trust Co., der trotz der Insolvenz der Bank noch Depositen angenommen hatte, wird zu zwei bis sechs Jahren Gefängnis verurteilt. — Die Gläubiger der insolventen Bank of Woodhaven haben bisher 85 % ihrer Forderungen erhalten. — Die Gläubiger der 1907 zusammengebrochenen Union National Bank of Oackland haben bisher 90 % ihrer Forderungen erhalten. — Die Mercantile Bank of Memphis bricht zusammen (Kapital und Surplus 0,3 Mill. $). Präsident Raine wird wegen Diebstahl und Unterschlagung verhaftet. — Die Irish American Bank of Augusta kommt unter Receiverschaft. — Gläubiger und Aktionäre der zusammengebrochenen Traders' National Bank of Lowell sind voll befriedigt worden.

Chase National Bank, New York. Per 4. März 1914 werden ausgewiesen: Eingezahltes Kapital und Surplus je 5 Mill. $, unverteilte Gewinne 5,15, Depositen 143,67, Banknoten 0,45, Kasse 33,35, Clearingguthaben 11,00, Wechsel und Darlehen 83,73 Mill. $.

Continental and Commercial National Bank of Chicago. Am 4. März betragen die Depositen 199,03 Mill. $ bei 21,5 Mill. $ Kapital, 8,5 Mill. $ Surplus und 2,72 Mill. $ unverteiten Gewinnen.

Corn Exchange Bank, New York. Nimmt die 1889 gegründete Washington Trust Co. auf (Kapital 0,5, Surplus 1,0, Depositen 10 Mill. $) und erhöht im Zusammenhang mit dieser Fusion ihr Kapital um 0,5 auf 3,5 Mill. $.

Equitable Trust Co., New York. Direktor H. Taylor ist gestorben. Zum Vizepräsidenten und Leiter der Effekten-Abteilung wird Mr. Pressprich gewählt.

Farmers' Deposit National Bank, Pittsburgh. Beabsichtigt, eine besondere Trust Cy. zu errichten, die alle jene Geschäfte pflegen soll, die der Bank unter dem geltenden Gesetz untersagt sind. Die Farmers Deposit National Bank verfügt über ein Kapital von 6 und Depositen und unverteilte Gewinne von 2,5 Mill. $.

Farmers' Loan and Trust Co., New York. Verteilt eine Quartalsdividende von 12½ % = 50 % p. a. Am 2. März 1914 betragen die Depositen 119,39 Mill. $ bei 1 Mill. $ Kapital und 6,56 Mill. $ unverteilten Gewinnen.

First National Bank, New York. Aus dem Status per 4. März 1914: Depositen 120,86, Banknoten 5,02, Kasse 22,65, Clearingguthaben 12,74, Wechsel und Darlehen 84,18 bei 10 Mill. $ Kapital, 15 Mill. $ Surplus und 8,4 Mill. $ unverteilten Gewinnen.

First National Bank of Chicago. Aus dem Status per 4. März 1914: Depositen 132,16, Kasse 60,10, Wechsel und Darlehen 91,88 bei je 10 Mill. $ Kapital und Surplus und 2,32 Mill. $ unverteilten Gewinnen.

Fourth National Bank, New York. Die Bank, die 1909 ihr Kapital um 2 auf 5 Mill. $ erhöht hat, zahlt 2 Mill. $ wieder an ihre Aktionäre zurück, da bei der gegenwärtigen Geschäftslage ein so hohes Kapital nicht notwendig sei.

Guaranty Trust Co., New York. Verteilt eine Quartalsdividende von 6 % und eine Extradividende von 2 %.

Hanover National Bank, New York. Am 4. März 1914 werden ausgewiesen: Depositen 121,51, Kasse 27,95, Clearingguthaben 18,25, Wechsel und Darlehen 75,44 bei 3 Mill. $ Kapital, 14 Mill. $ Surplus und 1 Mill. $ unverteilten Gewinnen.

Digitized by Google

Mechanics and Metals National Bank, New York. Aus dem Status per 4. März 1914: Kapital und Surplus je 6 Mill. $, unverteilte Gewinne 2,9, Banknoten 3,0, Depositen 81,16, Kasse 15,84, Clearingguthaben 15,07, Wechsel und Darlehen 50,54 Mill. $. Die Bank erklärt eine Quartalsdividende von wieder 3 % = 12 % p. a.

National Bank of Commerce, New York. Per 4. März 1914 werden ausgewiesen: Kapital 25,0, Surplus 10,0, unverteilte Gewinne 6,9, Banknoten 8,0, Depositen 163,73, Kasse 35,92, Clearingguthaben 23,55, Wechsel und Darlehen 119,08 Mill. $. Für sämtliche Angestellten der Bank wird eine für diese kostenfreie Pensions-, Lebens- und Unfallversicherung abgeschlossen.

National City Bank, New York. Die Gerüchte, daß die Bank wegen der Federal Bank Act mit der Corn Exchange Bank fusionieren oder die Umwandlung in eine State bank vornehmen wolle, bewahrheiten sich nicht, und der Anschluß der Bank an das Federal Reserve-System gibt das Signal für den Anschluß einer ganzen Reihe kleinerer Banken. Aus dem Status per 4. März 1914: Kapital und Surplus je 25 Mill. $, unverteilte Gewinne 8,14 Mill. $, Banknoten 3,72, Depositen 255,81, Kasse 47,58, Clearingguthaben 42,26, Wechsel und Darlehen 175,02 Mill. $.

Union Trust Co., New York. Zwei Beamte der Plaza-Filiale werden wegen Fälschung verhaftet. Der Verlust der Bank beträgt 10 000 $.

United States Trust Cy. of New York. Am 2. März 1914 betragen die Depositen 56,85 Mill. $ bei 2 Mill. $ Kapital und 14,42 Millionen $ Surplus und unverteilten Gewinnen.

Umschau.

DAS VORGEHEN GEGEN DIE PSEUDOBANKEN.

In dem Maße, wie das Bankkonto zu einem notwendigen Bestandteil jedes kaufmännischen Betriebes wird, verstärkt sich in allen Ländern das Bestreben, ungeeigneten Elementen den Zugang zum Bankwesen und damit zu den Geldreserven der Bevölkerung zu versperren. Das ist aus dem Grunde ziemlich schwierig, weil die Ausübung bestimmter bankmäßiger Funktionen überall da, wo Gewerbefreiheit herrscht, kein Privileg der Banken ist, sondern jedermann freisteht. Die berufsmäßige Inanspruchnahme und Gewährung von Kredit, gerade der wichtigste Teil des eigentlichen Bankgeschäfts, ist überhaupt keinem Verbot zugänglich. Die Abwehr muß sich mithin von vornherein darauf beschränken, die mißbräuchliche Verwendung bestimmter äußerer Merkmale zu verhindern, die den Anschein eines bankmäßigen Betriebs wecken und daher propagandistisch wirken; also vor allem zu verhindern, daß ein Geschäftsbetrieb sich als „Bank“ bezeichnet, obwohl er keine derjenigen Garantien bietet, die das Publikum bei jeder Bank stillschweigend voraussetzt. Aber auch das ist nicht leicht. Es ist schon in solchen Ländern nicht leicht, wo sich ein ganz bestimmter Bankbegriff herausgebildet hat, sei es, wie in England, aus der geschichtlichen Entwicklung des Bankwesens heraus, sei es, wie in den Vereinigten Staaten, infolge weitgehender gesetzlicher Normsetzung, sei es endlich, wie in Rußland und Oesterreich, durch das Erfordernis der Konzession. Noch um vieles schwieriger ist die Abwehr in Deutschland, wo sich ganz verschwommene Vorstellungen an die Bezeichnung „Bank“ knüpfen, und wo sich zum herrschenden Typ im Bankwesen gerade diejenige Geschäftsform herausgebildet hat, die dem reinen Bankbegriff am allerwenigsten entspricht. Unsere Effektenbank ist nach englischer, d. h. klassischer Anschauung eher ein Mittelding zwischen „broker“ und „merchant“ als „bank“, und dank ihrer Vielseitigkeit gegenüber anderen kaufmännischen Unternehmungsformen

Digitized by Google

ganz besonders schwer abzugrenzen. So ist denn die Standesvertretung der deutschen Banken dazu gekommen, das äußerliche Moment der Kapitalkraft zum Unterscheidungsmerkmal zu machen, und jedem Unternehmen, das mit unbedeutenden Geldmitteln betrieben wird, schon aus diesem Grunde die Bankeigenschaft abzusprechen. Aber auch das ist aus mehreren Gründen nicht gutzuheißen. Zunächst sprechen erhebliche moralische Bedenken gegen die Disqualifizierung von Unternehmen, zu deren Ungunsten nichts anderes geltend gemacht werden kann, als daß ihr Kapital erheblich hinter dem der großen Aktienbanken zurückbleibt. Im Wesen einer Bank liegt es, daß sie mehr mit Kredit als mit Eigenkapital arbeitet, und die Kreditwürdigkeit kann sich ebensogut auf Sachverständnis und Ehrenhaftigkeit gründen wie auf erhebliche Garantiemittel. Das willkürliche Unterscheidungsmerkmal der Kapitalstärke würde aber die gerade im Bankwesen so überaus wichtigen persönlichen Qualitäten vollständig ausschalten. Vor allem indes spricht gegen diese mechanische Art der Unterscheidung die tatsächliche Struktur des deutschen Bankwesens. Wir haben zahlreiche Aktienbanken, deren Grundkapital sich auf wenige tausend Mark beläuft, ja sogar solche mit einem Kapital von einigen hundert Mark, und die bloße Tatsache ihres Jahrzehnte langen Bestehens — da seit 1884 das Mindestkapital einer Aktiengesellschaft 5000 M. beträgt, müssen sie sämtlich über 30 Jahre alt sein — spricht für ihre Existenzberechtigung. Daher kommt es wohl auch, daß die Gerichte die Bemühungen der Bankvertretungen und einzelner Handelskammern, die Errichtung neuer Aktienbanken mit relativ kleinem Kapital zu verhindern, nicht immer unterstützen. Das Kammergericht hat vor einiger Zeit den Antrag auf Löschung einer mit 250 000 M. arbeitenden „Allgemeinen Deutschen Kommissionsbank" zurückgewiesen (vgl. Januarheft 1913, S. 86), und noch vor wenig Wochen ist in Elze eine Aktienbank mit einem nur zu 25% eingezahlten Kapital von nom. 100 000 M. zur Eintragung gelangt. Eine gegenteilige Praxis würde auch nicht allzuviel nützen. Denn die Unternehmen, denen man die Rechtsform der Aktienbank verweigern wollte, würden den naheliegenden Ausweg ergreifen, sich in Form von Kreditgenossenschaften zu organisieren. Das kann nicht nur auf die leichteste Weise geschehen, sondern hat sogar den weiteren Vorteil für das Unternehmen, daß es nunmehr in der Firma außer seinem Bankcharakter auch seine Eignung zur Entgegennahme von Spargeldern betonen kann. Denn es ist gang und gäbe, und wird mit Rücksicht auf die hergebrachte Praxis nicht beanstandet, daß die Kreditgenossenschaften sich „Spar- und Leihkasse" oder „Kredit- und Spar-Bank" nennen. Noch im Oktober v. Js hat der preußische Minister des Innern auf eine Beschwerde den Bescheid erteilt, daß der Name „Sparkasse" durchaus nicht etwa den öffentlichen Sparkassen vorbehalten, sondern nur eine Bezeichnung für eine wirtschaftliche Einrichtung sei. Eine gesetzliche Regelung der Führung des Namens sei schwierig und habe, wo sie versucht worden sei (z. B. in Hamburg), nicht zum Ziele geführt. Aber nicht nur kleinere Gesellschafts-Banken, sondern auch mittelose Privatbankiers flüchten sich jetzt vor den Verfolgungen durch den Banken-Zentralverband und durch die Gerichte, welche die irreführende Bezeichnung „Bankgeschäft" mehrfach als unlauteren Wettbewerb angesehen und bestraft haben, auf das Freigebiet der Kreditgenossenschaft. Dadurch wird in das ausschließlich auf Vertrauen beruhende Genossenschaftswesen ein sehr bedenkliches Moment hineingetragen, ohne daß das Bankgewerbe seinen Zweck erreiche. Denn eine „Spar- und Leihbank" tut ihm geschäftlich nicht weniger Abbruch als eine kleine Aktienbank oder ein Privatbetrieb, und ob die Austreibung der Kapitalschwachen eine moralische Reinigung des eigentlichen Bankwesens bedeutet, ist mehr als zweifelhaft. So sehr es zu billigen ist, wenn die Repräsentanten des Bankgewerbes unlautere Elemente auszumerzen und die Standesehre rein zu erhalten suchen, so wenig kann man sich damit einverstanden erklären, daß sie dabei ausschließlich

Digitized by Google

den Maßstab der finanziellen Leistungsfähigkeit anwenden und dadurch tüchtige und untüchtige, geeignete und ungeeignete Elemente unterschiedslos auf gewerbliche Nachbargebiete jagen, wo sie unter Umständen weit mehr Schaden anrichten können als im Bankgewerbe. Es gibt andere, gerechtere und wirksamere Mittel, um das Bankwesen von Schädlingen zu befreien. Ein solches Mittel wäre beispielsweise die Einrichtung eines Standes-Ehrengerichts, vor dessen Forum alle diejenigen Beschwerden kommen würden, die nicht unter die Kompetenz des Börsen-Ehrengerichts fallen, und das eine gewisse Garantie dafür bieten würde, daß die Unlauterkeit nicht nur jenseits einer gewissen Kapitalkraft vorausgesetzt und verfolgt wird. Ein weiteres Mittel wäre ein umfassender Aufklärungsdienst, der die Namen mittelloser und zugleich vertrauensunwürdiger Unternehmer zur Kenntnis der breitesten Oeffentlichkeit brächte, wodurch auch das Vertrauen argloser Genossen zerstört werden würde, das die Voraussetzung zur Errichtung einer Kreditgenossenschaft ist. Die Presse würde einen derartigen Aufklärungsdienst sicherlich gern unterstützen, wie sie die Anfänge eines solchen seither schon unterstützt hat.

SCHNELLVERKEHR UND BODENMONOPOL.

Es wäre eine dankbare Aufgabe für die Kulturhistoriker, einmal zu untersuchen, ob die technischen Erfindungen Ursache oder Folge der Kulturentwicklung sind, und uns insbesondere die auffallende Tatsache zu erklären, warum technische Erfindungen so häufig gerade zu dem Zeitpunkt gemacht werden, wo die fortgeschrittene Kultur sie dringend braucht. Für die Ansicht, daß die technischen Fortschritte lediglich eine Folgeerscheinung sind, spricht nichts mehr als die Entwicklung unseres modernen Verkehrswesens. Die Ansammlung der Bevölkerung in den großen Städten, die unvermeidliche Folge des Industrialisierungsprozesses, hat jene gewaltigen Steigerungen des Bodenwerts hervorgerufen, welche ihrerseits die intensivste Ausnutzung des Wohnbodens durch Mietskasernen zur Notwendigkeit machen. So scheint das moderne Wohnungselend die ganz natürliche und unvermeidliche Kehrseite unserer Kultur zu sein und jener Ideologen zu spotten, welche meinen, daß unsere von Fabrikschloten starrende Zeit noch Platz für das grün umsponnene Eigenhaus des kleinen Mannes habe. Aber während die Realpolitiker sich noch mit den Aposteln des Kleinhauses herumstreiten, legt der elektrische Strom Bresche auf Bresche in die enge Umfassung unserer Großstädte, vervielfacht das Wohngebiet und bereitet die Idealstadt der Zukunft vor. In Deutschland steht die Entwicklung des Schnellverkehrs der Städte allerdings noch am Anfang. Aber sie hat doch für die Durchlöcherung des städtischen Hausbesitzermonopols schon mehr getan, als alle Propaganda der Boden- und Wohnungsreformer. Ganz natürlich. Für den Bodenpreis gilt, ungeachtet seiner besonderen volkswirtschaftlichen Eigenart, dasselbe, was für jede andere Ware gilt: er richtet sich nach den Marktverhältnissen. Eine Schnellbahn, die es dem Bewohner ermöglicht, innerhalb 20 oder 30 Minuten von den Außenbezirken an die Arbeitsstätte im Innersten der City zu gelangen, ist der gefährlichste Feind der Bodenspekulation. Allerdings mit einem wichtigen Vorbehalt: Daß nämlich die Schnellbahn nicht in den Dienst eben dieser Bodenspekulation gestellt wird. Dient sie nur dazu, der Mietskaserne eine neue Domäne zu erobern, wie wir dies z. B. bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn beobachten können, so ist auch der elektrische Strom nicht imstande, seine Mission zu erfüllen und die wurzellose Bevölkerung der Großstädte wieder bodenständig zu machen. Sieht man aber von dieser Entartung des großen Prinzips ab, so ist der elektrische Schnellverkehr das beste Argument gegen die „Realpolitiker", die in der Uebereinanderschachtelung der Bevölkerung eine gottgewollte Notwendigkeit erblicken. Diesen Gedanken in den weitesten Kreisen lebendig zu machen, ist das groß angelegte Werk von Dr. Werner Hegemann „Der Städtebau" (Verlag Ernst Wassmuth A.-G., Berlin)

Digitized by Google

herrorragend geeignet. Hegemann ist der Schöpfer der Berliner Städtebauausstellung von 1912 gewesen, und er hat in seinem Buche die Ergebnisse dieser Ausstellung niedergelegt. Der soeben erschienene zweite Teil berücksichtigt auch die Düsseldorfer internationale Städtebau-Ausstellung von 1913. Er ist eine Art Apotheose des Schnellverkehrs, in dem Hegemann, sofern er mit guten Bauordnungen Hand in Hand geht, den wichtigsten Faktor eines gesunden Fortschrittes auf dem Gebiet des Wohnungswesens sieht. Besonders überzeugend klingt, was er über London sagt. Groß-London verwirklicht das nach Behauptung der zünftigen Terrainspekulation angeblich Unmögliche, daß es seine bald 9 Millionen umfassende Bevölkerung zum allergrößten Teil in Einfamilienhäusern unterbringt. Es hat infolgedessen eine räumliche Ausdehnung gewonnen, von der sich in den Städten des kontinentalen Europa kaum eine Vorstellung gewinnen läßt, und die Geschichte des Londoner Verkehrs ist nach Hegemann die beste Widerlegung des immer wieder auftauchenden Einwands, daß bei unseren heutigen Arbeitsverhältnissen eine Dezentralisierung des Wohnwesens nicht möglich sei. In dem Werk werden sehr interessante vergleichende Tabellen über die Entwicklung des Schnellverkehrs in London und Berlin gegeben. Bei dem Vergleich zwischen den beiden Städten müssen die Berliner Zahlen insofern als noch viel zu günstig erscheinen, als in Berlin bei der erst ganz langsam sich durchsetzenden sogenannten englischen Tischzeit der größte Teil der Personen, die vom Schnellverkehr Gebrauch machen, viermal am Tage fährt, während der Londoner Fahrgast sein Verkehrsmittel nur zweimal täglich in Anspruch nimmt. Nur unter Berücksichtigung dieser Tatsache kann man den vom Regierungsrat Kemmann, dem bekannten Verkehrspolitiker, errechneten Vergleich richtig würdigen, wonach in Berlin täglich 830 000 Personen die Stadt- und Vorortschnellbahn benutzen, während die Vergleichszahl für London 3 050 000 beträgt. Unter Berücksichtigung der beiderseitigen Einwohnerzahl ergibt sich, daß in London verhältnismäßig die doppelte Zahl von Personen Vorteile aus dem Schnellverkehr zieht als in Berlin. Berücksichtigt man aber auch die aus der englischen Tischzeit sich ergebenden Unterschiede, so erkennt man, daß in London relativ drei- bis viermal soviel Personen die Segnungen des Schnellverkehrs genießen als in Berlin. Noch viel ungünstiger für Berlin fällt der Vergleich aus, sobald man nur den modernen, d. h. den elektrisch betriebenen Verkehr zum Vergleich heranzieht. Da ergeben sich für Groß-London 380, für Groß-Berlin nur 45 Millionen Fahrgäste, für London 229 km, für Groß-Berlin nur 27 km elektrischer Schnellbahnlinien. Angesichts dieser Ziffern versteht man, warum es in London möglich ist, das Einfamilienhaus zur vorherrschenden Behausungsform zu machen. Welche Hindernisse unsere großen Städte bzw. die sie beeinflussenden Hausbesitzer-Majoritäten allen denjenigen Schnellbahnunternehmen in den Weg legen, von denen sie befürchten, daß sie ihnen die Mieter in die Außenbezirke entführen könnten, ist bekannt. Aber die Zeit wird auch für die deutschen Großstädte kommen, wo das öffentliche Wohl über den engherzigen Standpunkt der Interessenten siegen wird. Die Verkehrsmittel haben, um ein Wort von Eberstadt zu zitieren, früher dazu gedient, die Bevölkerung nach den Städten in Bewegung zu setzen. Bei richtiger Verkehrs- und Bodenpolitik werden sie künftig dazu dienen, die Ansässigmachung und Seßhaftigkeit der Bevölkerung zu fördern.

KRITIK DER EMISSIONSSTATISTIK.

Seit langem ist die Emissionsstatistik das Schmerzenskind des Volkswirts. Anscheinend in hohem Grade geeignet, exakte Angaben über Höhe und Art des organisiert auftretenden Kapitalanspruchs zu liefern, erweist sie sich bei näherem Zusehen als außerordentlich unzuverlässig und nur mit so viel Vorbehalten verwendbar, daß ihr

Digitized by Google

praktischer Nutzen dadurch in Frage gestellt wird. Zu diesem Ergebnis kommen auch zwei neuere Untersuchungen, von denen die eine, gründlichere, die Dr. Hermann Kleiner*) zum Autor hat, sich auf die Emissionsstatistik in Deutschland beschränkt, während die andere, eine Dissertation, mit der Martin Marx**) sich den Doktorhut erschrieben hat, in Kürze auch ein paar Auslandsstaaten zum Vergleich heranzieht. Allen denen, welche die Emissionsstatistik als ein solides Fundament ansehen, worauf sich weittragende Schlußfolgerungen aufbauen lassen, ist das Studium der beiden Schriften, namentlich aber der Kleinerschen, dringend anzuempfehlen. Kleiner begnügt sich nämlich nicht damit, alle Einwände, die gegen die Exaktheit der Statistik jemals vorgebracht worden sind, zusammenzustellen. Er ergänzt diesen theoretischen Teil seiner Arbeit vielmehr durch rechnerische Nachprüfungen, um die Bedeutung einer Anzahl von Fehlerquellen zahlenmäßig zu ermitteln. Das Ergebnis seiner Untersuchung ist recht entmutigend. Von den vier in Deutschland bekannten Methoden, den jährlichen Kapitalanspruch festzustellen, führt keine einzige zum Ziel. Auch nicht die exakteste von ihnen, welche die neu geschaffenen Effekten von der Höhe des gezahlten Effektenstempels ableitet. Denn wenn diese Statistik auch die einzige ist, die andeutungsweise erkennen läßt, wie viel ausländische Effekten nach dem Inland gekommen sind — wobei die Versteuerung der unter pari notierenden Effekten zum vollen Nominalwert unter Umständen schon eine Quelle recht erheblicher Differenzen ist —, läßt sie andererseits die Entlastung des heimischen Kapitalmarktes durch Wiederausfuhr früher eingeführter Auslandswerte völlig im dunklen. Außerdem besagen ihre Ziffern lediglich, wie viel Effekten man geschaffen bzw. verkaufsfertig gemacht hat, nicht aber, wie viel tatsächlich zum Angebot gekommen sind. Aus einem ähnlichen Grunde ist auch die zweite exakte Statistik, nämlich die der Zulassungen an den Börsen, für die Erfassung des Kapitalanspruchs unverwendbar. Auch sie gibt nur eine potentielle Größe, nämlich das Maximum dessen an, was an börsenmäßig gehandelten Papieren ausgegeben werden kann, ohne Aufschluß darüber zu geben, in welcher Höhe von dieser Möglichkeit tatsächlich Gebrauch gemacht worden ist. Und auf der anderen Seite unterschlägt diese Statistik vollkommen jene großen Effektenposten, die Unterkunft gefunden haben, ohne die Lieferfähigkeit an einer Börse zu besitzen. Dieser letztere Umstand beeinträchtigt auch den Wert der Jahresstatistiken des „Deutschen Oekonomist", der zwar bemüht ist, die Fehlerquellen der offiziellen Zulassungsstatistik durch Schätzungen zu verringern, dem aber zahlreiche private Effektenangebote entgehen, und der nicht zu ermitteln vermag, wie viel der öffentlich angebotenen Papiere wirklich Käufer gefunden haben. Dasselbe gilt von den Statistiken der Frankfurter Zeitung, obwohl diese noch mehr mit Schätzungen arbeitet als der Oekonomist. Das Hauptbedenken aber, das gegenüber allen Statistiken in gleicher Weise gilt, wurzelt weniger in ihnen selbst, als in der Tatsache, daß auch die zuverlässigste Emissionsstatistik uns nicht das mindeste über die tatsächliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes sagen kann, weil die Ausgabe eines Wertpapieres gar nicht die Absorption von Kapital, sondern entweder nur die Konzentrierung verstreuter Kapitalien in einer Hand (die sie oft sofort wieder freiläßt), oder aber die Ersetzung einer Schuldform durch eine andere bedeutet. Schon dieser eine Grund genügt, um gegenüber allen Schlüssen, die aus der Emissionsstatistik gezogen werden, das allergrößte Mißtrauen zu rechtfertigen.

* * *

*) Emissions-Statistik in Deutschland von Dr. Hermann Kleiner; Verlag von J. G. Cotta Nachf., Stuttgart und Berlin.

**) Die Emissionsstatistik in Deutschland und einigen ausländischen Staaten. Inaugural-Dissertation von Dr. Martin Marx; Verlag von Stephan Geibel & Co., (Pierer'sche Hofbuchduckerei), Altenburg.

Digitized by Google

Bei dieser Gelegenheit sei die Emissionsstatistik der Frankfurter Zeitung für das Jahr 1913 und einige Vergleichsjahre hier wiedergegeben:

Emissionen (Kurswert)	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
	(Millionen Mark)						
Dtsche Staats-Anl.	541,06	1079,52	1066,66	621,26	235,80	630,77	810,79
Ausländ. „ „	49,83	98,51	178,56	244,25	315,92	39,63	559,85
Stadt und Prov. .	496,66	606,43	532,82	386,20	426 68	329,98	265,45
Dtsche Hyp.-Oblig.	287,24	537,49	582,94	523,31	515,57	204,60	44,29
Ausld. Hyp.-Oblig.	—	1,98	45,84	2,—	6,72	46,20	0,50
Sonstige Obligat. .	172,96	402,15	329,19	424,84	391,95	453,55	371,51
Bank-Aktien	97,81	75,63	145,38	137,63	296,35	179,61	50,10
Eisenbahn-Aktien	4,70	28,34	18,60	2,81	24,53	16,70	24,53
Industrie-Aktien .	240,20	326,66	322,42	269,40	329,93	694,82	367.21
	1899,96	3156,71	3222,41	2612,70	2542,71	2595,90	2494,23
Davon in festverzinsl. Obligat. . .	1547,75	2726,08	2736,01	2201,86	1892,18	1704,97	2052,31
Aktien	352,21	430,63	486,40	409,84	650,71	891,13	441,84

Bank und Börse.

AMERIKANISCHER AUSSCHUSS

Von den mehreren hundert amerikanischen Eisenbahnanleihen, die an der New-Yorker Börse gehandelt werden, sind infolge des Darniederliegens des dortigen Geschäftslebens und infolge der unsoliden Finanzierung der Bahnen etwa ein Dutzend notleidend geworden. Darunter befinden sich zwei Anleihen, die auch an deutschen Börsen eingeführt sind, nämlich die 4 proz. Goldbonds der Chicago-Rock-Island und Pacific Railroad Co. sowie die 5 proz. General Lien Bonds der San Louis und St. Franziscobahn. Beide Bahnen lassen ihre jetzt fälligen Halbjahrszinsen uneingelöst. Von den ersteren Bonds sind in den Jahren 1905 bis 1907 54 Millionen Dollar zum Kurse von 97½ % eingeführt worden, während von den 5 proz. Frisco-Bonds 42,6 Millionen Dollar im Januar 1911 zu 88 % zur Zeichnung aufgelegt worden sind. Gegenüber den Ausgabekursen stellt sich der Verlust in beiden Fällen zurzeit auf etwa 40 %. Der unverhältnismäßig große Prozentsatz, mit dem das deutsche Kapital unter den Leidtragenden der amerikanischen Eisenbahnkrisis figuriert, ist natürlich kein reiner Zufall, wie es ebenfalls nicht auf Zufall beruht, daß die beiden genannten amerikanischen Eisenbahnen die einzigen sind, die in den letzten zehn Jahren mit Erfolg an den deutschen Kapitalmarkt appelliert haben. Der Zusammenhang der beiden Tatsachen ist klar. Das deutsche Publikum hat in den letzten zehn Jahren ausreichend Gelegenheit gehabt, sein Geld in hochverzinslichen inländischen Werten von einwandfreier Sicherheit anzulegen. Die amerikanischen Bonds-Anleihen konnten mit diesen Anlagemöglichkeiten nur dann in Wettbewerb treten, wenn sie vorteilhaftere Zinsbedingungen boten. Zu diesen verstanden sich aber naturgemäß nur die ganz schlecht fundierten Gesellschaften, während für die besseren Werte im Heimatslande selbst, für Werte zweiter Klasse auch noch in London und Paris, genug Absatzgelegenheit war. Dementsprechend kann man sagen, daß von den amerikanischen Bonds in den letzten Jahren nur der Ausschuß nach Deutschland gekommen ist. Diese zweifelhaften Werte sind von dem breiten Publikum nur deshalb nicht als solche erkannt worden, weil das Publikum erfahrungsmäßig viel mehr auf das Ansehen und die Autorität der Emittenten — in diesem Fall war es die

Digitized by Google

Deutsche Bank — als auf die sachlichen Unterlagen zu sehen pflegt. Wie sehr diese grundfalsche Auffassung verbreitet ist, dafür ist besonders die Emission der Frisco-Bonds charakteristisch. Fast die gesamte Handelspresse hat damals auf die mehr als zweifelhaften Sicherheiten der Anleihe hingewiesen. Von der Tribüne des Reichstags warnte der Abgeordnete Erzberger vor diesen Bonds, von denen er behauptete, daß im Vergleich zu ihnen die Hypotheken Schiffmanns (des bekannten galizischen Hochstaplers, der durch seine Hypothekengeschäfte die Frankfurter Vereinsbank zugrunde gerichtet hat) mündelsicher seien. Trotz dieser Warnung hat das Publikum die Bonds gekauft. Ja sogar die Regierung hat sich von der Autorität der Emissionsbank blenden lassen. Denn zu derselben Zeit, wo sie die Zulassung eines anderen amerikanischen Papiers, der Chicago-Milwaukee Shares, verhinderte, hatte sie gegen die Zulassung der Frisco-Bonds nichts einzuwenden. Als der Handelsminister in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 27. Februar 1911 wegen dieser Inkonsequenz interpelliert wurde, erklärte er (offenbar das ihm von der Emissionsbank eingeflüsterte Argument weitergebend), „er habe gegen die Zulassung der Frisco-Bonds keinen Einspruch erhoben, weil dieses Papier bereits an der Frankfurter Börse zugelassen sei und es daher keine große prinzipielle und praktische Bedeutung gehabt habe, ob das Papier neben Frankfurt auch noch in Berlin zugelassen werde". In Wirklichkeit ist natürlich erst durch die Einführung in Berlin der breite Markt geschaffen worden, vermittels dessen die Placierung größerer Beträge dieser Bonds im Publikum überhaupt möglich wurde.

DER STRENGE GROSSAKTIONÄR

Der Verein Chemischer Fabriken A.-G. in Zeitz hat, nachdem auf seine Aktien in den letzten Jahren immer 8% Dividende verteilt worden sind, für das am 31. Dezember 1913 zu Ende gegangene Geschäftsjahr keinen Gewinn ausschütten können. Wenige Monate vor dem Bekanntwerden dieses Mißerfolges war die Majorität der Zeitzer Aktien aus dem Besitze einiger in der Verwaltung sitzender Großaktionäre und der dem Unternehmen nahestehenden Bank an den sogenannten Anilinkonzern übergegangen, der sich auf diese Weise den maßgebenden Einfluß auf Zeitz als einen Großabnehmer für Ammoniak sichern wollte. Es lag nahe, den Besitzübergang und die gleich darauf folgende Dividendenlosigkeit in einen inneren Zusammenhang zu bringen. Der Anilinkonzern kann es sich leisten, das war der zuerst sich aufdrängende Gedanke, durch die Uebertragung seiner eigenen rigorosen Abschreibungsmethoden auf das nunmehr von ihm kontrollierte Unternehmen einen verteilbaren Gewinn auf Jahre hinaus illusorisch zu machen, zumal es ihm ja mehr auf gute Preise für seine Ammoniaklieferungen als auf Dividenden ankommt, an denen außer ihm selbst auch noch die unabhängigen Aktionäre teilnehmen. Die Folge der Dividendenlosigkeit ist, so mußte man weiter argumentieren, daß ein mehr oder weniger erheblicher Teil der unabhängigen Aktionäre sich seines Besitzes zu niedrigen Kursen entäußert und so dem Anilinkonzern Gelegenheit gibt, seinen aus erster Hand zu hohen Kursen erworbenen Aktienbesitz durch Zukauf zu verbilligen. Solche Vergewaltigung der unabhängigen Aktionäre ist ja im deutschen Aktienwesen nichts seltenes (vgl. z. B. den Erwerb der Aktienkontrolle der Wittener Stahlröhren-A.-G. durch Mannesmann). Tatsächlich ging denn auch der Kurs der Zeitzer Aktien, sobald ihre Dividendenlosigkeit bekannt geworden war, „programmäßig" zurück. Er erreichte schließlich einen Stand, der etwa halb so hoch war, wie zu der Zeit, als die Aktienkontrolle in die Hände des Anilinkonzerns überging. Nun hat sich aber etwas ereignet, was sich, je nach Auffassung, entweder als erschwerendes, oder als entlastendes Moment darstellt. In der ordentlichen Zeitzer Generalversammlung, der

Digitized by Google

die nach den Grundsätzen des Anilinkonzerns gesäuberte Bilanz vorlag, wurde auf Antrag des neuen Großaktionärs die Bilanzgenehmigung und Entlastung ausgesetzt, und eine Revisionskommission gewählt, die eine neue Bilanz aufstellen und einer später einzuberufenden Generalversammlung vorlegen soll. Der Vertreter des Anilinkonzerns behauptete nämlich, daß die jetzt vorgelegte Bilanz ebenso wie die früheren Bilanzen in folgendem wichtigen Punkt verschleiert wären: Die Zeitzer Gesellschaft hatte ihrem Tochterunternehmen, der Norddeutschen Chemischen Fabrik in Harburg, einen Kredit von etwa 2 Mill. M. gewährt, der aus der Bilanz des Hauptunternehmens nicht ersichtlich war. Das Verschwinden dieses großen Postens war dadurch bewirkt worden, daß das Tochterunternehmen für die vorgestreckten Beträge Akzepte gab, die von der Muttergesellschaft bei der im Aufsichtsrat vertretenen Bank diskontiert und immer wieder prolongiert wurden. Das ist, in Parenthese bemerkt, ein ganz alltäglicher Vorgang, der die Bilanzen auch vieler anderer Aktiengesellschaften undurchsichtig macht. Das klassische Beispiel für die dem Kapitalisten aus der Unkenntnis des Wechselobligos erwachsenden Gefahren bildet die Leipziger Bank, aus deren Bilanzen man bis zu ihrem Zusammenbruch nicht hatte ersehen können, daß in ihrem Portefeuille viele Jahre hindurch die immer wieder prolongierten Akzepte der berüchtigten Trebertrocknungs-Gesellschaft und ihrer zahlreichen Untergesellschaften durchgeschleppt worden waren. Soweit hat die Zeitzer Gesellschaft also nichts getan, was der üblichen Bilanzmoral widerspräche. Sie kann sich überdies darauf berufen, daß ihre Bilanzen und Geschäftsberichte durch die Deutsche Treuhandgesellschaft geprüft worden sind, die deren Korrektheit mit der üblichen Floskel bescheinigte, sie habe „die Bilanz mit den ordnungsgemäß geführten Büchern übereinstimmend gefunden". Erschwerend wirkt nur, daß nach der Behauptung des Anilinkonzerns auf die Harburger Beteiligung mit Rücksicht auf die Lage und Rentabilität dieses Tochterunternehmens eine Abschreibung von rund 800 000 M. hätte gemacht werden müssen. Bilanztechnisch wäre das freilich nicht ganz leicht gewesen, da die Beteiligung in der Bilanz der Muttergesellschaft mit nur 12 000 Mark figurierte. Um den Aktionären den Verlust von 800 000 M. auf eine so kleine Beteiligung zu erklären, hätte man also mit der Sprache herausrücken und die Verschleierung der früheren Bilanzen eingestehen müssen. Bei der jetzt geschaffenen Sachlage ergeben sich zwei Möglichkeiten: Entweder sollen die scharfe Kritik an der Harburger Beteiligung und die Anfechtung der Bilanz dazu dienen, die unabhängigen Aktionäre zu erschrecken und mit Beschleunigung aus ihrem Besitz herauszudrängen; oder aber man hat hier die bemerkenswerte Tatsache vor sich, daß mit Hilfe der im Aktienwesen üblichen Rechenschaftslegung selbst eine über die besten juristischen und kaufmännischen Kräfte verfügende Großunternehmung hineingelegt werden konnte. Das letztere ist durchaus nicht unwahrscheinlich. Wo die Verschweigung des Wechselobligos und der Beteiligungs-Risiken mit der Prüfung durch eine sog. „Treuhand" zusammentrifft, kann der Erfahrenste getäuscht werden. Darum ist es so töricht, sich über die großen Verluste zu wundern, denen der nicht fachmännisch gebildete Kapitalist ausgesetzt ist, der seine Spargroschen auf hohe Dividenden hin einer Aktiengesellschaft anvertraut hat. Unter diesem Gesichtspunkt stellen die Zeitzer Vorgänge eine Bereicherung der Kenntnis des Aktienwesens dar. Es bleibt nur zu hoffen, daß der Fall nach jeder Richtung hin aufgeklärt wird, und daß der Anilinkonzern sich nicht etwa unter der Hand mit den Vorbesitzern seiner Zeitzer Aktien dahin einigt, unter gewissen Bedingungen seinen Protest zurückzuziehen und alles in bester Ordnung zu finden.

Digitized by Google

PRODUKTIONS-VERHÜTUNG

Die künstliche Einschränkung der Produktion liegt im Wesen der Syndikate. Man muß sich mit ihr abfinden, will man die Vorteile des Prinzips genießen. Dessenungeachtet wird es dem gesunden Menschenverstand zuweilen schwer, sich mit allen dabei angewandten Methoden abzufinden. So sollte Ende vorigen Jahres der bekannte Großindustrielle August Thyssen nicht weniger als 7 Mill. M. dafür erhalten, daß er von seinem Plan, ein neues Zementwerk auf dem Rittergut Rüdersdorf bei Berlin zu errichten, Abstand nahm. Von der ihm gebotenen Summe waren nur etwa 2 Mill. M. zur Ablösung eines tatsächlichen Werts, eben des Rittergu[t]s Rüdersdorf, bestimmt, während mit den übrigen 5 Millionen etwas bezahlt werden sollte, was nur nach der Kartellogik einen Wert darstellt, nämlich die Nichtproduktion. Das Projekt ist schließlich gescheitert, aber nicht, weil das ihm zugrunde liegende Prinzip verworfen wurde, sondern lediglich deshalb, weil eine Einigung unter den Syndikatsmitgliedern über die Verteilung der zur Abtragung der Summe dienenden Beträge nicht zu erzielen war. Das soeben nach großen Schwierigkeiten zustande gekommene Rheinisch-Westfälische Zementsyndikat betrachtet ebenfalls die Produktionsverhütung als eine seiner Hauptaufgaben. Es bildet für diesen Zweck einen Fonds von 8 Mill. M., der zum Ankauf der Aktienmajorität mehrerer leistungsfähiger Zementwerke verwandt werden soll, vermittels derer man Außenseiter niederkonkurrieren will. Ferner sollen aus diesem Fonds solche Grundstücke erworben werden, die gegebenenfalls für die Anlage neuer Zementfabriken in Frage kommen, natürlich nicht, um auf diesen Grundstücken Zementfabriken zu errichten, sondern um sie nicht in die Hände Unternehmungslustiger kommen zu lassen. Es ist dies dasselbe Prinzip, das seinerzeit das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat dazu geführt hat, unter großen Opfern den Felderbesitz der Internationalen Bohrgesellschaft zu erwerben, um ihre Aufschließung durch Dritte zu verhindern. Die vom Zementsyndikat aufzubringenden 8 Millionen sind von derselben Großbank darlehnsweise zur Verfügung gestellt worden, die sich im vorigen Jahr bereit erklärt hatte, die Thyssensche Abstinenz zu finanzieren. Irgendein Risiko ist für sie damit nicht verbunden. Für die Sicherheit der vorgestreckten Summe haften die von den Syndikatsmitgliedern hinterlegten Avalwechsel, während die Rückzahlung in der Weise erfolgt, daß das Syndikat von jedem verkauften Faß Zement einen gewissen Prozentsatz für Tilgungszwecke an die darlehnsgebende Bank abführt. Rein kaufmännisch betrachtet sind solche Geschäfte also durchaus raisonnabel. Wer sich aber nicht abgewöhnen kann, die Geschäfte der Banken auch noch unter dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt zu betrachten, dem steigen doch, wenn er von solchen Transaktionen wie derjenigen mit dem Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikat liest, allerlei Bedenken auf. Er meint, daß die Banken in erster Reihe dazu da wären, die wirtschaftlichen Triebkräfte anzuregen und zu entwickeln — das sagen übrigens ihre Vertreter bei jeder sich bietenden Gelegenheit selbst —, nicht aber dazu, die Produktion mit großen Kosten zu verhüten, und daß es zum mindesten nicht ihres Amtes wäre, den an sich verständlichen Kartell-Egoismus zu fördern, der auf eine Verminderung und Verteuerung wichtiger Gebrauchsartikel hinausläuft.

Aus den Handelskammern.

DIE KLEINEN NOTEN

In ihrer Besprechung der vorjährigen Geldmarktlage führt die Handelskammer in Frankfurt a. M. zum Thema der Vermehrung der kleinen Reichsbanknoten folgendes aus: „Einen wesentlichen Anteil an der besseren Gestaltung des Reichsbankstatus haben auch die kleinen Noten, deren Umlauf im Berichts-

Digitized by Google

jahre eine sehr erfreuliche Vermehrung erfahren und sicher einen Teil des im Verkehr befindlichen Goldes den Kassen der Reichsbank zugeführt hat. Wiederholt ist die vermehrte Ausgabe der kleinen Noten Gegenstand der Kritik im In- und Auslande gewesen, man sprach von einer forcierten Hineinpressung in den Verkehr, von einer Trübung des Reichsbankstatus und von einer „gefährlichen" Schmälerung der im Verkehr befindlichen Goldreserven. Diese Kritik kann indessen kaum vor einer nüchternen Würdigung des Sachverhaltes bestehen. Es darf gewiß als unbestritten gelten, daß angesichts der enormen Steigerung des Verkehrs die Theorie der Begründer unserer Goldwährung, daß der Verkehr mit Gold gesättigt sein müsse, von diesen selbst heute nicht mehr aufrechterhalten würde. Seit vielen Jahren wird deshalb eine Verbesserung unserer Zahlungssitten durch Steigerung des bargeldsparenden Scheck- und Ueberweisungsverkehrs angestrebt, damit der Bedarf an Zahlungsmitteln eingeschränkt und der Metallbestand der Reichsbank geschont werden könne . . . Der Scheck- und Ueberweisungsverkehr kann aber nur in einem gewissen Umfange bargeldersparend wirken, er bietet keinen Ersatz für die Zahlungsmittel z. B. bei den Lohnzahlungen für die Arbeiter . . . Für diese und zahlreiche andere Bedürfnisse des täglichen Lebens kann nur die Einbürgerung kleiner Noten die Verwendung von Metallgeld einschränken. Die Anhänger des bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben also allen Grund, mit der zunehmenden Verwendung der kleinen Noten zufrieden zu sein. Es ist auch durchaus unrichtig, von einer forcierten Hineinpressung in den Verkehr zu sprechen, wenn man sieht, wie trotz alledem gerade im Kleinverkehr die Goldzahlung noch die Regel bildet und man bei uns jedenfalls viel mehr Gold zu sehen bekommt als in irgendeinem anderen Lande. Was die angebliche Trübung des Reichsbankstatus anlangt, so ist zuzugeben, daß die Ausgabe der kleinen Noten ihn zu seinem Vorteil beeinflußt. Das aber hat man doch gerade erstrebt! Man hat immer auf die größere Aktionskraft der Bank von Frankreich und der Bank von England hingewiesen, die es verstanden hätten, die Goldbestände ihrer Länder in der Hauptsache bei sich zu konzentrieren. Und nun sollte das gleiche Streben der Reichsbank falsch sein? Was endlich die „gefährliche" Schmälerung der im Verkehr befindlichen Goldreserven anlangt, so haben gerade die kritischen Tage im letzten Vierteljahr 1912 den Beweis erbracht, daß das Gold im Verkehr überhaupt keine Reserve darstellt, sondern bei einer Krisis oder Panik sofort verschwindet, und daß jeden in solchen Zeiten auftretenden legitimen Goldbedarf das Zentralinstitut befriedigen muß." — Alle Fragen, welche die Kammer hier streift, sind in den Spalten der „Bank" wiederholt und eingehend erörtert worden, so daß ihre erneute Behandlung an dieser Stelle unterbleiben kann. Es sei deshalb nur dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob die Begründer unserer Goldwährung sich wirklich zu den Ansichten bekennen würden, die sie nach Meinung der Frankfurter Kammer unter den heutigen Verhältnissen haben müßten. Sie kannten die Uebel der „Zettelwirtschaft" noch viel zu genau aus eigener Erfahrung, um ohne weiteres einer Konzentration des Metalls bei der Reichsbank und seiner Ersetzung im Verkehr durch kleine Noten das Wort zu reden. Denn zu der Fähigkeit eines Zentralinstituts, das angesammelte Gold als nationale Reserve zu respektieren und es vor der Begehrlichkeit der Dritteldeckungs-Fanatiker zu schützen, hatten sie kein besonderes Zutrauen. Sicherlich hat eine Währung mit starkem Goldkern bei der Reichsbank und einem durch diesen garantierten Notenumlauf viel vor einer Währung mit kleinem Goldkern und großenteils ungarantiertem Notenumlauf voraus. Das Ideal der Begründer unserer Goldwährung aber war ein starker Goldbestand innerhalb wie außerhalb der Reichsbank und ein absolutes Fehlen der ungedeckten Noten. An diesem Ideal würden sie heute, nach den Erfahrungen von 1907, 1911 und 1912 und angesichts der durch Knapp und seine Schüler angerichteten Verwirrung höchstwahrscheinlich mehr als jemals festhalten. Auffallend ist, daß die Frankfurter Kammer das Verhältnis der Reichs-

Digitized by Google

bank zu den Privatbanken völlig außerhalb ihrer Erörterung läßt, obwohl in der Politik der letzteren praktisch der Angelpunkt des ganzen Problems liegt. Denn solange die Privatbanken jede Stärkung der Metallbestände der Reichsbank nur als Einladung dazu auffassen, auch weiterhin alle außergewöhnlichen Ansprüche auf das Zentralnoteninstitut abzuwälzen, ohne sich selbst die notwendigen Barreserven zu schaffen, bedeuten größere Goldbestände der Reichsbank keine wirkliche Verstärkung ihres Status. Die Goldbestände müssen bei solcher Politik in kritischen Zeiten ebenso rasch zusammenschmelzen, wie die Frankfurter Kammer dies von dem im Verkehr befindlichen Golde behauptet.

GRÜNDUNGS-REVISIONEN

Um zu verhüten, daß bei der Gründung von Aktiengesellschaften der Wert eingebrachter Gegenstände oder Rechte allzu subjektiv bemessen wird, hat der Gesetzgeber für den Fall der Uebernahmegründung im § 192, Abs. II HGB. eine Prüfung des Gründungsherganges durch Revisoren vorgeschrieben. Die Absicht, die der Gesetzgeber mit dieser Bestimmung verfolgt hat, ist aber aus den verschiedensten Gründen nicht erreicht worden. Es ist gang und gäbe, daß die Prüfungspflicht durch Vornahme einer Schein-Bargründung umgangen wird, der erst später die Uebernahme von Gegenständen oder Rechten gegen Entgelt folgt. Liegt ein Gründungsbericht vor, so wird sein Nutzen dadurch meist illusorisch, daß die Einsichtnahme durch eine fachmännisch geschulte Kritik nur in den wenigen Großstädten möglich, in kleineren Provinzorten jedoch ohne unverhältnismäßigen Aufwand an Zeit und Kosten nicht durchzuführen ist. Dazu kommt, daß den von den Handelskammern bestellten Revisoren das zur Erstattung eines objektiven, umfassenden Berichtes notwendige Material oft nicht vollständig zur Verfügung gestellt wird. Dem letzteren Uebelstande versuchen nun einige Kammern neuerdings abzuhelfen. So hat z. B. die Frankfurter (Main) Kammer Vorschriften erlassen, die u. a. folgendes besagen: „Es genügt nicht, daß sich die Revisoren lediglich auf die Prüfung der Angaben und Anlagen beschränken, auf die die Gründer in ihrer Erklärung Bezug genommen haben. Vielmehr haben sie sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Nachweisungen vollständig und richtig sind. Die Frage, ob eine Bargründung oder eine Uebernahmegründung vorliegt oder nicht, ist von den Revisoren selbständig und unabhängig von der Erklärung der Gründer und Gesellschaftsorgane zu prüfen. Entstehen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten zwischen den Revisoren und den Antragstellern darüber, ob eine Uebernahmegründung vorliegt oder nicht, so haben die Revisoren alle die Momente in ihrem Bericht aufzuführen, welche für die Vermutung sprechen, daß es sich um eine Uebernahmegründung handelt und daß die Angaben der Gründer in dieser Beziehung unvollständig sind." — Viel weiter geht die Vereinigung niedersächsischer Handelskammern, die sich de lege ferenda auf den Standpunkt stellt, „daß für jede Gründung einer Aktiengesellschaft (also auch für Bargründungen) die Prüfung durch besondere Revisoren vorzuschreiben ist". Mit Recht tadelt die Kammer-Vereinigung ferner, daß die Registerrichter die Berichte der Revisoren in der Regel nur dann beachten, wenn sie auf formale Verstöße gegen zwingende gesetzliche Vorschriften hinweisen oder positiv den Nachweis erbringen, daß der für Sacheinlagen angesetzte Preis den gemeinen Wert wesentlich übersteigt; daß dagegen auf geäußerte Bedenken in dieser Richtung meist keine Rücksicht genommen, sondern der Hinweis auf das Ausliegen des Revisionsberichtes in der Gerichtsschreiberei für ausreichend angesehen wird. Da bei der Bewertung von Patenten, langjähriger Kundschaft usw. nur selten der bestimmte Nachweis erbracht werden kann, daß die veranschlagten Werte zu hoch bemessen sind, so sind die Revisoren gezwungen, sich auf die Aeußerung von Bedenken zu beschränken. Die Gründung wird dann ohne weiteres genehmigt, und der beabsichtigte Schutz des Publikums wird nicht erreicht, weil die

Digitized by Google

erhobenen Bedenken verschwiegen in den Akten ruhen. „Es erscheint daher angezeigt, daß diesem Uebelstande abgeholfen wird; mag nun der Registerrichter angewiesen werden, entweder in eine Prüfung der Bedenken vor der Eintragung in das Handelsregister einzutreten, oder auf sie bei der Bekanntmachung der Eintragung hinzuweisen, oder auch ein anderer Weg zur Abhilfe eingeschlagen werden." — Die Handelskammer Oldenburg stellt sich auf einen ähnlichen Standpunkt und fordert, daß dem Registerrichter für den Fall, daß der Revisionsbericht gegen die Eintragung Bedenken äußert, das Recht gegeben werde, den Gründern zur Abstellung der gerügten Mängel eine angemessene Frist zu setzen und nach fruchtlosem Ablaufe dieser Frist die Eintragung der Aktiengesellschaft in das Handelsregister abzulehnen. — Ueber einen krassen Fall unverständiger Formalistik bei der Gründungsrevision beklagt sich auch die Hannoversche Handelskammer. Eine Aktiengesellschaft war als Geldgründung errichtet und in das Handelsregister eingetragen worden, obwohl die Firmierung und die Statuten klar erkennen ließen, daß es sich um eine Umgründung handelte. Alle Anträge der Kammer, nachträglich eine Gründungsrevision anzuordnen, waren vergeblich. Selbst ein Urteil des Berliner Kammergerichts, das den Standpunkt der Handelskammer prinzipiell billigte, vermochte den in Register-Sachen autonomen Amtsrichter nicht zur Zurücknahme seiner formell berechtigten, materiell aber widersinnigen Weigerung zu veranlassen. — Die zahlreichen Beschwerden von Handelskammern haben übrigens den Deutschen Handelstag veranlaßt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob und eventuell wie in Zukunft für eine strengere Auslegung der gesetzlichen Gründungs-Bestimmungen Vorsorge getroffen werden kann.

ZUSTIMMUNG ZUR REICHSBANK-POLITIK

Angesichts der vielen Angriffe, welche sich die Reichsbank wegen ihrer auf Krediteinschränkung gerichteten Bestrebungen von Bank- und Handelskreisen gefallen lassen muß, verdient es Beachtung, daß eine so große süddeutsche Handelskammer wie die Augsburger in ihrem Jahresbericht für 1913 diesen Bestrebungen rückhaltlos zustimmt. Die Kammer schreibt wörtlich: „Es ist hier am Platze und entspricht einer Pflicht der Dankbarkeit, mit besonderer Anerkennung der Tätigkeit der Reichsbank zu gedenken, die diese in den schwierigen Zeiten des abgelaufenen Jahres entfaltet hat. Die Betätigung von Industrie, Handel und Gewerbe hat in den letzten Jahrzehnten eine ganz ungewöhnliche Ausdehnung erfahren. Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete bei einem arbeitsamen Volke verleiten allzu leicht zur Ueberspannung der Kräfte, zur Ausdehnung der Betriebsanlagen. Da nun zweifellos die Ansammlung neuer Kapitalien mit dem gesteigerten Bedarf nicht gleichen Schritt gehalten hat, weil eben ein großer Teil des Gewinnes immer wieder zu Neuinvestierungen verwendet wird, so muß häufiger als dies im Interesse der Liquidität wünschenswert erscheint, auf die Hilfe der Banken zurückgegriffen werden. Die Folge ist, daß unser ganzes Wirtschaftsleben zu einem erheblichen Teil auf Kredit aufgebaut ist. Solange wir von politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen verschont bleiben, hat dieser Zustand nichts besonders alarmierendes an sich. Tritt aber einmal diese Möglichkeit ein — und gerade die beiden letzten Jahre haben uns wiederholt bis an den Rand eines Krieges geführt —, so können die Folgen der Kreditwirtschaft unabsehbar sein. Man fragt sich vergeblich, wer dann die Diskontierung der Tratten übernehmen soll, die heute anstandslos von den Banken hereingenommen werden. Die Reichsbank hat diese Gefahr erkannt und nichts unterlassen, vor einer Ueberspannung der Kreditinanspruchnahme zu warnen. Sie hat es dabei nicht bewenden lassen, sondern den Banken zu verstehen gegeben, daß sie nicht unter allen Umständen darauf rechnen könnten, ihre durch Kreditgewährung allzustark in Anspruch genommenen Barmittel aus

Digitized by Google

den Reservoirs der Reichsbank aufzufüllen. Auch an Maßnahmen hat sie es nicht fehlen lassen, um die an den Quartalsenden besonders stark an sie herantretenden Anforderungen zu vermindern. Wenn ihr das heute noch nicht in dem Maße gelungen ist, als es wünschenswert wäre, so zeigt das nur, daß eben die Verhältnisse stärker waren und daß vielleicht von seiten der Banken nicht alles geschehen ist, um die Kreditansprüche auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren."

DIE BAUKRISIS UND IHRE URSACHEN

Trotz des unleugbaren Bemühens, die möglichste Objektivität zu wahren, lassen einzelne Handelskammern in ihren Verlautbarungen doch zuweilen Interessentengruppen zu Worte kommen, die keine Garantie für absolute Voraussetzungslosigkeit bieten. Es sei in dieser Hinsicht an das Verhältnis der Essener und Bochumer Kammer zur schweren Industrie, der Hamburger Kammer zur Großreederei erinnert. Ein recht eigenartiges Beispiel dafür, wie subjektiv unter Umständen halbamtliche Berichte sein können, bietet jetzt wieder der zweite Teil des Berichts für 1913 der Berliner Handelskammer in dem Abschnitte, der sich mit dem Baugewerbe befaßt. Auf etwa zehn Seiten, also auf ganz wesentlich breiterem Raume als in früheren Jahren, werden da die letzten Gründe der Terrainkrisis untersucht und klargelegt. Man tut dieser ebenso eingehenden wie interessanten Erörterung durchaus nicht unrecht, wenn man sie als eine Streitschrift bezeichnet, deren Thema probandum etwa lautet: 1. Bauschwindel gibt es überhaupt nicht; 2. das bißchen Bauschwindel, das existiert, ist gegen Wissen und Willen der großen Terrainhändler groß geworden; 3. weder der Bauschwindel noch die Terrainhändler sind schuld an der Groß-Berliner Terrainkrisis. Schuld sind vielmehr die Versteifung des Geldmarktes, der Stillstand in der Bevölkerungszunahme und, in geringerem Maße, die nicht genügende Voraussicht eines Teiles des kleinen Berliner Hausbesitzes, dessen Finanzrückhalt gelegentlich zu wünschen übrig läßt. Einige der markantesten Sätze aus dem Exposé seien hier wörtlich wiedergegeben: „Die Ursachen für die traurige Lage des Groß-Berliner Hochbauwesens liegen zu einem Teil in der Gestaltung des Geldmarktes . . . Die an sich berechtigte Kündigung des Bankkredites hat einigen größeren Bauunternehmungen, die auf der Basis einer weitgehenden Kreditinanspruchnahme eingerichtet waren, die Existenz gekostet. Mit ihnen sind zahlreiche abhängige Kleinunternehmer zusammengebrochen oder bis an den Rand des Ruins gekommen . . . Dem Beispiel der großen Bankinstitute mit der Zurückziehung ihrer Gelder vom Baumarkte folgte das Privatkapital. Die seit dem Herbst des Jahres 1911 wiederholt ausbrechende Besorgnis vor europäischen politischen Verwicklungen bewirkte, daß eine große Menge Privatkapital dem Geldmarkte entzogen wurde . . . Es geht nicht an, die in den letzten kritischen Jahren in Vermögensverfall geratenen Bauunternehmungen, insoweit ihre Insolvenz auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse und die Veränderung der Handhabung der Kreditgewährung zurückzuführen ist, ohne weiteres unter der Stichmarke „Bauschwindler" zu brandmarken, etwa aus dem Grunde, weil bei dem Zusammenbruch auch Bauhandwerkerforderungen unbefriedigt geblieben sind . . . Ein Teil der Ursachen für den Rückgang des Groß-Berliner Baulebens ist freilich andererseits auch in den inneren Verhältnissen des örtlichen Baumarktes zu suchen. Maßgebend für seine Gestaltung bleibt der Wohnungsmarkt, von ihm sind alle anderen Gebiete, der Häuser- und Baugrundstückshandel, der Beschäftigungsgrad der Baugewerbetreibenden und der kleinen Bauhandwerker, die Baustoffindustrie und der Terrainverkehr mehr oder weniger abhängig." Last not least wird natürlich auch die steuerliche Belastung des Grundbesitzes als einer der Hauptschuldigen an der Terrainkrisis gebührend gebrandmarkt. Von den wirklichen Gründen der Krisis, als da sind: Uebertriebene Vor- und Zwischengewinne

Digitized by Google

der Gründer jetzt natürlich notleidender Terraingesellschaften; Weiterverkauf der überteuerten Terrains an notorisch schwache Unternehmer; Hinauftaxierung der Grundstücke auf einen Phantasiewert, der die ihm angepaßte zweite Hypothek naturgemäß notleidend werden lassen muß — von diesen und all den anderen drastischen Ursachen der Terrain- und Baukrisis ist im Bericht nichts zu lesen. Bekanntlich gelten die Handelskammerberichte offiziell als an die Aufsichtsbehörde der Kammer, den Minister für Handel und Gewerbe, gerichtet. Sehr wohl möglich, daß diese Ausführungen angesichts der andauernden Erwägungen über die Einführung des zweiten Teiles des Bauhandwerkerschutzgesetzes tatsächlich als „schätzbares Material" für den Minister gedacht und entsprechend redigiert sind.
Baukrisis.

BANKKREDITE Die Geldknappheit des vergangenen Jahres hat die Handelskammer in Saarbrücken veranlaßt, sich etwas eingehender mit der Art der Kreditgewährung der Banken an industrielle Unternehmungen zu befassen. Sie tut es, wie angesichts der Zusammensetzung dieser Kammer selbstverständlich, unter dem Gesichtswinkel des wohlerworbenen Rechtes. Um so bedeutsamer ist es, wenn auch sie nicht umhin kann, die Frage aufzuwerfen, ob es richtig war, in Zeiten billigen Geldstandes der Industrie so große Kredite zur Verfügung zu stellen, und dann fortfährt: „Die Zeit liegt noch nicht sehr weit zurück, in der die Banken der Industrie Kredite nicht allein anboten, sondern geradezu aufdrängten, um mit ihr in Verbindung zu kommen. Nachdem aber unser Wirtschaftsleben sich einmal darauf eingerichtet hat und, abgesehen von den Fällen allzu leichtfertiger Kreditgewährung, im ganzen sowohl Geldgeber wie Geldnehmer ihre Rechnung gefunden haben, erscheint es unbillig und hart, Einschränkungen in zu weitgehendem Maße einzuführen. Die industriellen Firmen haben sich nun einmal darauf eingerichtet, den ihnen gewährten Kredit als langfristigen anzusehen. Eine gänzliche oder teilweise Entziehung würde manche von ihnen dem sicheren Zusammenbruch entgegenführen. Ganz gewiß ist es angezeigt, in politisch unruhigen Zeiten auf eine möglichst große Liquidität unserer Geldinstitute hinzuwirken .... Die Beschränkungen sollen aber nicht so weit gehen, daß der Industrie der von ihr benötigte Kredit versagt wird, solange derselbe irgendwie vertretbar ist. Eher wäre zu empfehlen, daß die Banken die mehr als früher auftretende Festlegung von Bankgeldern für spekulative Wertpapierkäufe ihrer Kundschaft einschränken, und daß diese Gelder für unmittelbaren Kredit an Gewerbe und Industrie verwendet werden; denn nach wie vor ist mit Recht von den Kreditbanken der größte Wert auf das industrielle und kommerzielle Kontokorrentgeschäft zu legen, durch das sie die Grundlage für ihre eigene Größe geschaffen haben." — Der ganze Tenor der Ausführungen zeigt, daß die Kammer in erster Reihe den Standpunkt der Großindustrie vertritt. Denn der kleinen Industrie und dem gewerblichen Mittelstande sind Kredite niemals aufgedrängt worden. Die Kammer gibt denn auch an einer Stelle selbst zu, daß es den „kleineren Unternehmungen" und den „Unternehmungen ohne die Eigenschaft einer juristischen Person" an Kreditquellen fehle. Will sie mit dieser Feststellung der Bankwelt die größere Berücksichtigung der kleinen und mittleren Bankunternehmen anempfehlen, so wird man dem, ebenso wie der Verurteilung der Spekulationskredite und dem hohen Liede, das auf das Kontokorrentgeschäft als das Rückgrat des Bankwesens angestimmt wird, sicherlich nur beistimmen können.

Emissionen und Zulassungen, Gründungen und Kapitalserhöhungen folgen im nächsten Heft.

Digitized by Google

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

On Chinese Currency. Preleminary Remarks on The Monetary and Banking Reform in China by Dr. G. Visseringe, President of „De Nederlandsche Bank", Honorary Adviser to the Chinese Government. Band II. The Banking Problem. Amsterdam J. H. de Bussy 1914. (299 S.) — Aus dem Inhalt: State or private bank? — One or more banks of issue? The management of the central bank and the supervision of the management. — The central Bank and the currency. The transition from a silver to a gold Standard.

Emissions-Statistik in Deutschland. Von Dr. Hermann Kleiner. Verlag von J. G. Cotta Nchf., Stuttgart und Berlin, 1914. (5 M.) — Aus dem Inhalt: Zulassungsstatistik. — Placierungsstatistik. — Ausgabestatistik. — Die Statistik der ausländischen Effekten. — Wie beeinflußt die Zähltechnik die Resultate? — Die Tilgungen. — Die Verwertung der Zahlen. — Tabellen. — Besprechung des Antrags Roesicke-Hahn vom 9. März 1914. (Vgl. unter Umschau S. 496.)

Oesterreichisches Vereins- und Versammlungsrecht. Von Dr. Friedrich Tezner. Manzsche K. u. K. Hof-Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Wien 1913. (12 Kr.) — Die Sammlung ist zu einer Art Kodex des öffentlichen österreichischen Rechtes des freien, d. i. nicht zwangsmäßigen, Verbandswesens erweitert worden, um einen Ueberblick über die Vielgestaltigkeit dieses Rechtes zu bieten.

Der Getreideterminhandel in Deutschland vor und seit der Reichsbörsengesetzgebung. Von Dr. W. Pinner. Verlag von Julius Springer in Berlin (2,80 M.) — Der Verfasser behandelt die Sicherungsgeschäfte, Spekulations- und Arbitragegeschäfte und stellt auch das Verhältnis des Termingeschäfts zum effektiven Zeithandel dar, und versucht außerdem eine Geschichte des Getreideterminhandels an den deutschen Börsen, z. B. in Breslau, Berlin, Frankfurt a. M. usw., zu geben.

Das System des Bucketshops. Von Conrad A. Wille. Verlag von Georg Reimer, Berlin. (2 M.) — Aus dem Inhalt: Der Geschäftsbetrieb des Bucketshops. — Die Prämiengeschäfte des Bucketshops. — Die Beurteilung der Bucketshopgeschäfte im Strafprozeß. — Die Schutzmaßnahmen gegen die Bucketshops.

Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913, mit den Ausführungsbestimmungen und Grundsätzen des Bundesrats, den preußischen Ausführungsschriften und sonstigen preußischen Verwaltungsvorschriften. Erläutert von Reg.-Assessor H. Weinbach. II. Auflage. Berlin. Carl Heymanns Verlag, 1914. (5 M.) — Hinsichtlich der neuen Gesetzesteile ist nicht nur eine zusammenfassende Darstellung der richterlichen und Verwaltungspräjudizien gegeben worden, sondern auch eine wissenschaftliche Durchdringung der Materie versucht worden.

Das Französische Geldwesen im Kriege (1870—1878). Von Dr. Franz Gutmann. Straßburg 1913. Karl J. Trübner. — Aus dem Inhalt: Die Geldverfassung Frankreichs bei Beginn des Krieges im Jahre 1870. — Die Wirkung des staatlichen Finanzbedarfs auf das französische Geldwesen während des Krieges. — Die Kriegsentschädigungsschuld in ihren Beziehungen zum französischen Geldwesen. — Die Rückkehr Frankreichs zur Metallvaluta. — Der Pariser Devisenmarkt in den Jahren 1871—1878.

Deutsche Aktienreederein, Hochseefischereien und Werften 1913. Von Sally M. Mainz, Hamburg. (93 S.). Das Buch enthält die Bilanzen usw. der bekannten großen Schiffahrts-Gesellschaften, Werften, Hochseefischereien, sowie die Ultimokurse der letzten fünf bzw. zwölf Jahre und Monate, die durch graphische Tabellen veranschaulicht sind.

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat April (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metall-bestand*)	Kassen-scheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbind-lichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuer-pflicht. Uml. (−) **)	Metall-deckung des Noten-umlaufs %	Bank-disk. %
							7. April								
1914	1581,9 (1272,7)	59,3	29,2	1137,3	71,1	303,5	218,0	180,0	74,5	2217,6	895,6	32,7	+ 2,8	71,3	4
1913	1213,2 (936,2)	17,2	26,0	1535,7	91,5	58,9	189,6	180,0	70,0	2133,2	707,9	41,1	−326,7	56 9	6
1912	1136,8 (817,7)	36,6	32,4	1457,7	77,6	39,1	131,9	180,0	66,9	1947,8	685,3	32,3	−191,8	58,3	5
1911	1076,6 (773,6)	60,9	24,0	1129,9	124,7	22,2	202,3	180,0	64,8	1769,5	603,2	23,1	— 58,0	60,8	4
1910	1077,2 (796,0)	64,3	22,3	1121,2	110,0	132.0	172,6	180,0	64,8	1732,8	693,9	27,9	— 96,3	62,2	4
							15. April								
1914	1627,4 (1310,7)	65,4	40,8	939,7	83,2	267,1	214,6	180,0	74,5	2037,0	914,0	32,6	+246,5	79.8	4
1913	1264,8 (975,9)	21,4	36,9	1296,9	89,5	45,5	194,1	180,0	70,0	1939,6	717,8	41,7	— 66,4	65,2	6
1912	1223,6 (889,5)	43,1	43,6	1199,2	79,7	35,3	137,6	180,0	66,9	1737,9	745,4	31,8	+122,4	70,4	5
1911	1100,2 (798,4)	62,6	33,3	1025,2	87,9	29,0	187,1	180,0	64,8	1617,6	639.4	23,6	+128.5	68,0	4
1910	1115,5 (828,7)	66,7	31,7	970,8	82,3	96,9	165,6	180,0	64,8	1596,1	659,9	28,5	+ 90.6	69,3	4
							23. April								
1914	1691,6 (1353,5)	76,8	48,6	870,2	54,2	246,9	221,6	180,0	74,5	1915.2	1007,1	33,2	+451.9	88,3	4
1913	1306,2 (1065,9)	25,0	44,8	1191,9	66,5	9,8	185,7	180,0	70,0	1812,7	694,7	42,5	+ 83.3	70.9	6
1912	1284,7 (935,8)	48,0	51,6	1092,9	59,2	15,3	141,4	180,0	66,9	1647,0	766.3	32,8	+287,3	78,0	5
1911	1175,3 (859,0)	65,8	38,8	940,1	56,4	9,0	188,1	180,0	64,8	1559,9	644,2	24,6	+269,9	75 4	4
1910	1153,3 (860,5)	68.9	37.1	925,5	59,4	76,7	158,8	180,0	64,8	1538,3	668,2	28.2	+193,7	74,9	4
							30. April								
1914	1656,9 (1324,0)	67,5	11,4	924,7	90,1	244,8	219,3	180,0	74,5	2101,3	825,0	33,9	+184,5	78,8	4
1913	1252,5 (965,1)	17,8	12,0	1244,5	154,2	42,4	208.1	180,0	70,0	2050,6	587,4	43,6	−218,3	61,0	6
1912	1239,6 (894,2)	42,8	11,7	1162,9	136,2	3,0	150,4	180,0	66,9	1785,7	680,7	33,4	+ 58.3	69,4	5
1911	1134,7 (818,1)	63,6	10,5	1014,7	112,0	2,4	193,7	180,0	64,8	1659,1	602,8	24,9	+ 99,6	68,4	4
1910	1089,1 (801,2)	66,3	8.5	983,4	125,7	78,3	151,2	180,0	64,8	1666,5	562,6	28,7	— 29,7	65.4	4

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im April.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	März 1914	Metall-bestand	Reichs-kassen-scheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grund-kapital	Reserv.-Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Noten-reserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 581 949	59 329	29 195	1 137 312	71 101	303 452	218 008	180 000	74 479	2 217 641	895 559	—	32 667	+ 2 832	—
	15.	1 627 359	65 444	40 774	939 677	83 240	267 074	214 592	180 000	74 479	2 037 038	914 004	—	32 639	+ 246 539	—
	23.	1 691 643	76 820	48 641	870 208	54 156	246 930	221 649	180 000	74 479	1 915 240	1 007 107	—	33 221	+ 451 864	—
	30.	1 656 897	67 506	11 419	924 743	90 009	244 781	219 339	180 000	74 479	2 101 317	825 005	—	33 893	+ 184 505	—
Bayerische Notenbank	7.	33 132	187	4 173	40 510	2 626	53	3 704	7 500	3 750	65 874	3 565	—	3 696	+ 3 618	1 157
	15.	33 961	274	3 141	40 143	2 612	53	3 823	7 500	3 750	65 160	3 934	—	3 663	+ 4 216	495
	23.	33 954	261	3 152	39 345	2 564	53	3 556	7 500	3 750	64 097	3 947	—	3 591	+ 5 270	921
	30.	32 957	117	4 693	38 978	2 558	54	3 824	7 500	3 750	64 986	3 289	—	3 656	+ 4 781	964
Sächsische Bank	7.	23 400	1 230	23 479	52 902	35 170	8 150	5 964	30 000	7 500	57 508	33 505	19 626	2 157	+ 7 372	
	14.	23 936	1 306	25 112	46 765	33 804	8 122	10 955	30 000	7 500	59 720	30 296	20 315	2 171	+ 7 405	
	23.	25 218	1 284	26 417	44 969	33 737	8 203	11 602	30 000	7 500	57 802	33 303	20 636	2 189	+ 11 888	
	30.	18 173	807	13 340	45 942	33 850	8 227	7 106	30 000	7 500	44 887	23 664	19 191	2 204	— 4 204	
Württembergische Notenbank	7.	9 592	168	5 066	20 821	16 321	2 522	4 033	9 000	1 721	21 058	25 740	7	997	+ 3 768	2 198
	15.	10 495	252	8 798	19 818	15 534	2 522	5 033	9 000	1 721	21 554	29 141	7	1 029	+ 7 991	1 037
	23.	10 773	357	10 254	19 826	15 772	2 522	5 626	9 000	1 721	21 970	31 373	7	1 058	+ 9 414	991
	30.	9 481	307	3 693	20 446	16 293	2 522	3 682	9 000	1 721	18 111	26 494	7	1 090	+ 5 370	1 096
Badische Bank	7.	7 218	13	1 209	17 704	12 405	630	4 650	9 000	2 250	17 971	14 147	—	461	+ 469	239
	15.	8 231	10	2 293	17 160	12 761	621	6 022	9 000	2 250	20 315	15 053	—	481	+ 219	204
	23.	9 393	11	3 898	17 057	13 647	654	5 342	9 000	2 250	23 096	15 152	—	504	+ 206	346
	30.	5 850	11	1 316	17 061	13 153	570	3 644	9 000	2 250	15 078	14 751	—	525	— 2 099	705
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 655 291	60 927	63 122	1 269 249	137 623	314 807	236 359	235 500	89 700	2 380 052	972 516	19 633	39 978	—	—
	15.	1 703 982	67 286	80 118	1 063 563	147 951	278 392	240 425	235 500	89 700	2 203 787	992 428	20 322	39 983	—	—
	23.	1 770 981	78 733	92 362	991 405	119 876	258 362	247 775	235 500	89 700	2 082 205	1 090 882	20 643	40 563	—	—
	30.	1 723 358	68 748	34 461	1 047 170	155 863	256 154	237 595	235 500	89 700	2 244 379	893 203	19 198	41 368	—	—

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im April (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen		Reserve		Bank-diskont %
					staatl.	priv.	absolut	i. % d. tägl. fäll. Verb.	
1914 April 1.	39,01	11,15	46,69	29,50	27,67	39,82	27,97	41 3/8	3
„ 8.	36 03	11,15	43,50	29,47	19.63	42,33	25,01	40 3/8	3
„ 15.	36,24	11,15	41,98	29,02	19,24	41,86	25,66	42	3
„ 22.	36,89	11,05	41,16	28,63	18,80	42,42	26,71	43 5/8	3
„ 29.	36,76	11,05	42,46	28,88	19,02	43,13	26 34	42 3/8	3
1913 April 2.	36,30	13,03	41,09	29,03	21,09	40,37	25,73	41 7/8	5
„ 9.	37 09	13.03	37,47	28,74	16,08	43,44	26,81	45	5
„ 16.	37,92	13,03	35,10	28,44	15,81	42,44	27,93	47 7/8	5
„ 23.	38,20	12,88	33,56	28,43	15,67	41,18	28,22	49 5/8	4 1/2
„ 30.	37,77	12 88	32,99	28,99	15,73	39 57	27,23	49 1/4	4 1/2
1912 April 3.	35,99	14,28	41,86	29,56	22,16	40,50	24,89	39 3/4	3 1/2
„ 10	36,39	14,28	38,01	28,94	20,04	40,38	25,90	43	3 1/2
„ 17.	37,82	14.28	36,74	28 63	18,99	41,87	27,64	45 3/8	3 1/2
„ 24.	39,49	14,16	34,83	28,64	18,60	41,89	29,30	48 3/8	3 1/2
1911 April 5.	37,91	15,14	36,46	28,38	19,79	42,07	27,98	45 1/4	3
„ 12.	36,07	15,10	36,17	28,65	17,85	41,52	25,87	43 1/2	3
„ 19.	36,47	14,97	32,17	28,03	17,64	38,56	26,84	47 3/4	3
„ 26.	37,19	14,97	33 97	28,02	17,92	40,88	27,62	47	3
1910 April 6.	33,25	18,47	33,98	28,93	10,67	46,86	22,76	39 1/2	4
„ 13.	33,83	18,47	29,32	28,66	10,69	43,05	23,62	44	4
„ 20.	35,74	14,82	27,83	28,54	9,30	41,26	25,64	50 5/8	4
„ 27.	36,14	13,82	29,53	28,24	8,44	43,51	26,36	50 3/4	4

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im April (von 1910—1914). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen		Noten-deck. in %	Bank-disk. %	Gold-Präm. %
						staatl.	priv.			
1914 April 2.	3615,6	626,8	1654,4	989,7	5950,4	158,5	618,7	71,3	3 1/2	—
„ 9.	3627.3	622,7	1440,8	986,3	5913,3	182,8	547.2	71,5	3 1/2	—
„ 16.	3638,3	620,7	1419,8	970,1	5921,9	180,2	553,7	71.9	3 1/2	—
„ 23.	3643,9	628,3	1424,5	957,8	5805,1	178,2	686 1	73,6	3 1/2	—
„ 30.	3646,4	629,6	1647,7	919,0	6038,1	123,5	631,1	70,8	3 1/2	—
1913 April 3	3245,9	610,1	1939,8	934,9	5850,6	141,0	620,0	65,9	4	—
„ 10.	3251,0	600,8	1631,8	950,3	5757,3	139,4	542,1	66,9	4	—
„ 17.	3249,5	602,1	1713,7	936 7	5729,8	213 0	563,9	67.2	4	—
„ 24.	3249,9	598,9	1704.5	929,0	5610,0	259,6	638,6	68,6	4	—
1912 April 4.	3225,5	803,4	1463,0	900,6	5510,7	124,5	650,5	73,2	3 1/2	—
„ 11.	3220,6	796,4	1159,2	901,0	5315,8	113,3	673,0	75,5	3 1/2	—
„ 18.	3224,6	807,9	1182,1	883,9	5307,9	109,6	688,6	75.9	3 1/2	—
„ 25.	3240,1	808,3	1161,1	870,5	5232,5	239,1	638,0	77.4	3 1/2	—
1911 April 6.	3230,1	842,3	1077,7	837,4	5301,8	95,8	576,9	76,8	3	—
„ 13.	3223,0	840,5	1094,1	821,1	5262,4	115,3	573,3	77.2	3	—
„ 20.	3229,8	841,6	1029,3	817,7	5200.9	128,2	579,7	78.3	3	—
„ 27.	3233,2	845,3	1174.3	808,2	5160,7	150,0	774,4	79,0	3	—
1910 April 7.	3451,1	874,0	903,4	726,3	5244,4	76,6	600,9	82,5	3	—
„ 14.	3440.8	871,9	924,0	708,7	5246,0	83,2	581,3	83,2	3	—
„ 21.	3430,3	874,7	906,1	704,7	5178,8	119,4	593,6	82,1	3	—
„ 28	3414.5	876,0	1019,1	692,3	5190,0	157,3	678,8	82,7	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1908 bis 911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Russische Reichsbank.

Wochenausweise vom Januar bis März 1913—1914. (Millionen Rubel.)

Ausweis-Tag			Gold	Silber	Goldguthab. im Ausl.	Wechsel	Darlehen	Guth. des Staat.	Guth. der Priv.	Noten-Umlauf	Diskontsatz
1914	Jan.	1./14.	1517,7	60,1	169,9	583,5	481,9	607,9	583,2	1664,6	6
	„	8./21.	1518,1	63 0	166,7	564,8	466,8	609,0	593,4	1633,0	6
	„	16./29.	1522.1	65,0	166,4	555,8	465,1	639,9	602,0	1614,2	6
	„	23./5.	1525,7	65,7	167,1	562,9	470,7	648,0	571.7	1643,3	6
	Febr.	1./14.	1532,2	67,4	165,1	566,9	472,1	604,1	572,6	1621,3	6
	„	8./21.	1541,8	68,2	161,9	555 7	467,7	669,9	579,7	1619,0	6
	„	16./1.	1545,8	68 4	160,6	529,5	441,8	602,5	574,5	1619,8	6
	„	23./8.	1552,1	71,0	233,3	456,5	368,4	485,0	630.7	1626,7	6
	März	1./14.	1556,0	71,9	230,9	456,1	371.1	493,4	612,7	1621,1	6
	„	8./21.	1558,4	72,4	225,0	449,6	370,6	480,0	628,0	1623,4	6
	„	16./29.	1563,0	71,9	211,2	433,3	366,8	474,7	641,7	1611,5	6
	„	23./5.	1566,8	71 1	209,9	424,2	367,2	468.5	647,6	1639,8	5½
1913	Jan.	1./14.	1327,6	64,1	222,6	529.8	431,0	528,4	591,9	1493,8	6
	„	8 /21.	1331,7	67,7	223,7	497,0	419,4	527,8	581.5	1464,2	6
	„	16./29.	1333,9	69.5	223,7	509,4	411,3	543,0	582,9	1459,0	6
	„	23./5.	1332.0	70,5	224,7	513,2	415,7	556,8	569,1	1483,3	6
	Febr.	1./14.	1335,4	71,6	229,7	512,6	422,1	568,1	577,4	1472,9	6
	„	8./21.	1336.8	72,7	229,9	508 1	422,7	564,0	568,8	1471,8	6
	„	16./1.	1338,5	72,2	230,3	519,6	421.4	567,9	581,4	1478,5	6
	„	23./8.	1337,5	71,6	230,8	520,4	425,1	574,0	570,4	1487,8	6
	März	1./14.	1342,7	73,7	231,1	515,1	436,8	568,8	580,6	1487,5	6
	„	8./21.	1348,4	74,5	228,5	503,8	434,0	556,1	588,4	1487,0	6
	„	16./29.	1357,0	74,9	224,4	496,4	426,1	562,0	582,6	1474,5	6
	„	23 /5.	1359,9	74,0	220,4	487,3	421,2	575,7	574,4	1493,5	6

Bank von Finland.

Wochenausweise für Januar bis März 1913—1914. (Mill. fin. Mark [1 Fm. = 0,81 Rm.])

Ausweis-Tag			Gold	Silber	Ausländ. Guthab. (Saldo)	Staatsobligat. in ausl. Valuta	Wechsel und Vorschüsse	Tägl. fäll. Verbindlichkeiten	Umlaufende Noten	Notenreserve	Bank-diskont
1914	Jan.	8.	36,311	2,107	72,452	22,257	107,232	25,507	111,070	43,525	5½
	„	15.	36,870	2,178	70,837	22,257	107,988	25,828	108,643	43,254	5½
	„	23.	36,714	2,189	69,072	22,257	105,800	23,851	106,040	46,090	5½
	„	31.	36,691	2,220	69,884	22,257	105,130	19,593	110,314	46,746	5½
	Febr.	7.	36,593	2,175	69,889	22,257	104,691	19,915	109,735	46,693	5½
	„	14.	36,653	2,186	70,189	22,257	106,015	20,533	110,528	45,989	5½
	„	23.	36,717	2,176	70,696	22,257	105,464	21,257	109 757	36,048	5½
	„	28.	36,454	2,201	73,481	22,257	108,039	18,887	114,083	34,970	5½
	März	7.	36,153	2,152	73,681	22,240	109,356	20,047	117,366	33,241	5½
	„	14.	36,040	2,125	78,160	22,240	105,241	21,175	115,471	36,876	5½
	„	23.	36,227	2,146	82,037	22,229	102,647	24,156	114,392	39,474	5½
	„	31.	35,893	2,153	84,031	22,227	103,496	23,622	117,422	38,962	5
1913	Jan.	8.	35,466	2,150	64,521	23,154	113,080	27,504	114,677	18,097	6
	„	15	35,591	2,225	63,438	23,154	112,187	28,213	111,904	19,246	6
	„	23.	35,646	2,294	60,319	23,154	112,749	27,648	109,950	18,924	6
	„	31.	35,473	2,267	60,288	23,154	114 897	24,926	114,411	17,200	6
	Febr.	8	35,532	2,199	58,398	23,154	116,908	25,906	114,033	15,193	6
	„	15.	35,625	2,259	58,481	23,154	116,870	24 699	115,199	14,604	6
	„	22.	35,584	2,227	58,091	23,276	116,364	23,977	114,488	25,015	6
	„	28.	35,465	2,230	57,851	23,271	119,208	21,288	119,620	23,607	6
	März	8.	35,478	2,177	56,044	23,257	120,768	22,346	118,444	21,286	6
	„	15.	35,543	2,174	56,740	23 252	122,434	23,621	118,114	20,470	6
	„	22	35 560	2,155	55,915	23,252	120,515	24,014	115,381	21,721	6
	„	31.	35,489	2,223	58,738	23,247	120,826	24,389	115,980	22,219	6

Digitized by Google

Oesterreichisch-Ungarische Bank.

Wochen-Ausweise von Januar bis März 1913—1914.

In Millionen Kronen ö. W. (K 100 = M. 85,0610).

	Datum	Metallschatz inkl. 60Mill Kron. Devisen	Eskompt. Wechsel, Warrants u. Effekt.	Darl. gegen Handpfand	Hypothekar-Darlehen	Banknotenumlauf	Giroguth. u. sonstige sofort fäll. Verbindl.	Not.-Res. (+) bzw. steuerpfl. Uml. (—)	Banksinsfuß i. Diskgeschäft %
1914	Jan. 7.	1565,0	826,5	288,8	299,8	2332,0	227,2	—167,0	5½
	„ 15.	1573,7	688,8	228,9	300,0	2187,4	189,4	— 13,7	5½
	„ 23.	1581,9	648,2	209,9	300,0	2103,8	219,6	+ 78,1	5
	„ 31.	1583,6	807,6	216,0	300,0	2356,2	156,8	—172,6	5
	Febr. 7.	1587,9	724,9	223,8	299,9	2205.3	268 2	— 17,5	4½
	„ 15.	1592,3	648 0	197,0	299,9	2142,9	231,2	+ 49,4	4½
	„ 23.	1596,5	605,7	172,9	300,0	2074,2	239,9	+122,3	4½
	„ 28.	1595,6	706,8	174,9	300,0	2253,9	170,9	— 58,3	4½
	März 7.	1599,3	684,9	173,2	300,0	2161,6	236,6	+ 37,7	4½
	„ 15.	1602,1	631,9	168,6	300,0	2120,2	217,8	+ 81,8	4
	„ 23.	1605,3	601,5	167,6	300,0	2078,7	230,6	+126,6	4
	„ 31.	1605.9	765,0	174.6	300,0	2294,9	188,4	— 89,0	4
1913	Jan. 7.	1507,6	1214,7	320,1	299,8	2644,9	277,9	—537,3	6
	„ 15.	1513,2	1066,3	234,8	299,9	2468,7	274,2	—355,5	6
	„ 23.	1517,2	1000,4	220,9	299,9	2383,6	269,1	—266,4	6
	„ 31.	1518,6	1087,7	237,6	299,9	2579,5	212,2	—460,9	6
	Febr. 7.	1518,4	998,6	234,0	299,9	2471,5	251,9	—353,1	6
	„ 15.	1522,3	906,0	227,9	299,9	2388,4	238,1	—266,0	6
	„ 23.	1525,5	882,2	221,5	299,9	2325,3	258,9	— 199,8	6
	„ 28.	1524,1	992,5	244,8	299,9	2476,6	246,9	—352,5	6
	März 7.	1522,3	932,4	242,4	299,9	2398,9	217,7	—276,6	6
	„ 15.	1521,6	872,6	233,1	299,9	2341 2	204,4	—219,6	6
	„ 23.	1512,8	866,6	232,2	299,9	2298,1	230,4	—185,3	6
	„ 31.	1514,5	981,3	228,6	299,9	2444,8	229,1	—330,2	6

Nationalbank von Dänemark

Monats-Ausweise von Januar bis März 1910—1914.

(Millionen Kronen.)

	Ultimo	Wechsel u. Vor-* schüsse	Effektenbestand	Aus-** ländische Guthaben	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Metallbestand	Notenumlauf	Metallisch gedeckte Noten in Prozent	Bankdiskont %
1914	Januar	62,836	9,169	31,143	5,584	76,203	140,557	54,2	5½ [1]
	Februar	65,181	9,427	30,520	6,653	79,875	146,575	54,5	5 [2]
	März	63,454	9,427	29.761	4,343	77,942	143,895	54,1	5
1913	Januar	67,367	9,498	22,521	5 348	73,929	135,448	54,7	5½
	Februar	65,709	9,498	22,808	3,945	76,380	137,431	55,6	5½
	März	69,391	9,498	22.331	4,471	77,687	141,726	54,8	5½
1912	Januar	71,939	9,946	16,219	9,204	72,143	126,897	56,9	5
	Februar	68,869	9,918	13,107	5,678	74,689	126,919	59,2	5
	März	74,743	9,918	18,423	3,612	69,784	135,563	51,4	5
1911	Januar	68,374	6,670	11,851	4,974	72,843	119,945	60.7	5
	Februar	72,533	6,673	10,519	4,391	72,297	122,449	58,0	5
	März	73,478	6,673	15,269	5,853	74,888	129,609	57,7	4½ [3]
1910	Januar	69,597	6,761	10,371	5,860	72,077	119,033	60,5	5
	Februar	67,989	6,770	12,184	5,930	72,562	119,980	60,4	5
	März	69,505	6,822	9,361	5,627	77,391	123,359	62,7	5

*) Inkl. „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank (ca. 19—26 Mill. Kr.).

**) Die ausländischen Wechsel sind in den früheren Zusammenstellungen den ausländischen Guthaben, jetzt den Wechseln und Vorschüssen zugezählt worden.

[1] Bis 22. Jan. 6%.

[2] Bis 5. Febr. 5½ %.

[3] Seit 3. März 1911.

Digitized by Google

Nationalbank von Bulgarien.

Wochenausweise von Oktober bis Dezember 1912—1913. (Mill. Lewa).

Ausweis-Tag (alter Stil)		Metall		Guthaben im Ausl.	Wechsel*)	Darlehen**)	Verbindl. bzw. Einlagen	Notenumlauf	nicht metall.gedeckt.Not.	Bank diskt %
		Gold	Silber							
1913	Okt. 7.	55,9	19,9	4,0	45,1	289,8	170,5	204,0	128,2	$6^1/_2$
	„ 14.	55,8	19,8	3,8	44,8	299,2	181,8	202,7	127,1	$6^1/_2$
	„ 22.	55,7	19,8	3,8	44,6	298,3	183,2	201,3	125,8	$6^1/_2$
	„ 31.	55,7	20,4	3,8	43,9	298,6	183,6	198,6	122,5	$6^1/_2$
	Nov. 7.	55,7	20,2	3,8	43,9	299,8	183,1	198,6	122,7	$6^1/_2$
	„ 14.	55,6	22,8	3,3	43 5	295,9	184,0	196,5	118,1	$6^1/_2$
	„ 22.	55,6	22,6	3,9	43,2	296.3	190,7	191,9	113,7	$6^1/_2$
	„ 30.	55,6	22,5	4,0	42,7	296.5	191,4	185,6	107,5	$6^1/_2$
	Dez. 7.	55,4	23,9	4,0	42,4	292,6	187,7	189,2	109,9	$6^1/_2$
	„ 14.	55,4	23,0	1,6	42,0	289,3	187,3	188,2	109,8	$6^1/_2$
	„ 22.	55,4	23,0	6,4	41,9	290,6	193,8	194,7	116.3	$6^1/_2$
	„ 31.	55 3	23,4	13 5	41,1	286 6	200.8	188.7	110.0	$6^1/_2$
1912	Okt. 7.	49,5	13,6	33 4	51.5	166,5	144,3	166,9	103,8	$6^1/_2$
	„ 14	50.4	13,5	33,2	51,2	168 9	146,5	166,8	102.9	$6^1/_2$
	„ 22.	50,5	13,3	20,9	51,6	159,8	146,8	165,4	10 ,6	$6^1/_2$
	„ 31.	50,6	17,0	20,5	51,6	160,7	148,8	165,0	97,4	$6^1/_2$
	Nov. 7.	50,6	16,6	20,5	51,6	160.0	149,3	167,7	100 5	$6^1/_2$
	„ 14.	50,9	16,7	17,6	51,5	159,7	153 1	163,8	96,2	$6^1/_2$
	„ 22.	51,0	16,8	53,1	51,6	159,1	161,3	162,2	94,4	$6^1/_2$
	„ 30	51,0	16,8	50,2	51,4	161,2	149,9	161,4	93,6	$6^1/_2$
	Dez. 7.	51,0	16,5	38,7	51,1	148 3	172.5	161,8	94,3	$6^1/_2$
	„ 14.	51,0	16,9	41,6	50,8	148,1	168,3	161,8	93,9	$6^1/_2$
	„ 22.	51,1	16,7	37,2	50,6	148,4	163,0	164,8	97,0	$6^1/_2$
	„ 31.	51,2	16,8	35 7	50,6	156,9	152.8	163 9	95,9	$6^1/_2$

*) In den früheren Zusammenstellungen sind die Devisen den Wechseln, jetzt den Auslandsguthaben zugezählt worden.

**) Inkl. Hypotheken- und Kommunaldarlehen.

Nationalbank von Griechenland.

Monatsausweise für Oktober bis Dezember 1910—1913.

(Millionen Drachmen.)

Ultimo (alter Stil)		Metallbestand	Goldguth. im Ausl.	Wechsel	Darlehen	Darl. an die Regier.	Staats-anleih.	Privat-Depositen*)	Staatl. Depositen	Notenumlauf[1])	D.Metall u.Ausl.-guth n. ged.Not.	Bankdisk.
1913	Okt.	16,4	213,1	27,3	176,2	140,8	62,3	257,3	1,3	235.7	0,62	$6^1/_2$
	Nov.	18,3	240,9	17,5	175,1	137,2	62.3	261,6	11,9	235,8	+ 2 ,4	$6^1/_2$
	Dez.	22.1	238.0	17,6	176,9	135,6	60,2	264,3	2,4	234,5	+ 25 6	$6^1/_2$
1912	Okt.	15,7	140,2	22,9	190,5	61,8	65,2	205.5	5.1	184,9	29.0	$6^1/_2$
	Nov.	16 1	152,7	29,7	189,3	61,8	64,9	218,3	4,7	191,1	22,3	$6^1/_2$
	Dez.	19,0	157,6	20,0	192,0	61.8	64,7	219,8	1,1	196,8	20 2	$6^1/_2$
1911	Okt.	8,6	97,5	26,1	169,1	61,8	62,4	187,5	21,4	134,4	28,3	$6^1/_2$
	Nov.	10,5	93.9	26,6	174,5	61,8	65,4	191.4	23,0	132,2	27,8	$6^1/_2$
	Dez.	12,4	99 9	25,3	180,2	61.8	66,1	191,2	25,3	135,3	23.0	$6^1/_2$
1910	Okt.	8,3	48,1	19,5	158,5	70,8	60,9	168,5	4,5	135,2	78,8	$6^1/_2$
	Nov	9,3	48.5	24,3	158,8	70,8	60,7	171,4	4,2	134,0	76,2	$6^1/_2$
	Dez.	5,7	47,4	24,7	159,1	69,2	62,7	169,2	8,6	133,2	80,1	$6^1/_2$

*) Darunter ca. 11—41 Mill. Drachmen Sparkassengelder und 2—12 Mill. Dr. Guthaben der Internat. Finanzkommission.

[1]) 1911/1913 abzügl. der im Bestande der Bank befindlichen Noten.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Disconto-Gesellschaft, Berlin.

Ausserordentliche Generalversammlung. Die Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hierdurch auf **Freitag, den 29. Mai 1914, nachm. 4 Uhr**, zu einer **außerordentlichen Generalversammlung** nach unserem hiesigen Geschäftshause, Behrenstraße 42 II, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände: 1. Antrag auf Genehmigung des mit dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein zu Köln abgeschlossenen Vertrags zum Zwecke der Uebernahme des Vermögens des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins zu Köln unter Ausschluß der Liquidation gemäß § 306 H.G.B. und auf Erhöhung des Grundkapitals um nom. **M.** 75 000 000 mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1915 ab. 2. Aenderung des Statuts Art. 1 Abs. 2 (Namensergänzung), Art. 5 Abs. 1 (entsprechend dem Beschlusse auf Kapitalserhöhung), Art. 12 Abs. 1 (Wegfall der Höchstzahl der Geschäftsinhaber), Art. 21 Abs. 3 (Zulässigkeit der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder in außerordentlicher Generalversammlung), Art. 40 (redaktionelle Aenderung). 3. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung im Aktienbuche der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre Anteile — oder Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung entweder bei einem Notar oder in **Berlin** in **unserem Effekten-Bureau**, W, Behrenstr. 43/44, bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein**, in **Bremen** in **unserem Effekten-Bureau**, in **Essen (Ruhr)** in **unserem Effekten-Bureau**, in **Frankfurt a. M.** in **unserem Effekten-Bureau**, bei der **Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank**, in **Mainz** in **unserem Effekten-Bureau**, in **Saarbrücken** in **unserem Effekten-Bureau**, in **Cüstrin** bei **unserer Zweigstelle**, in **Frankfurt a. O.** bei **unserer Zweigstelle**, in **Höchst a. M.** bei **unserer Zweigstelle**, in **Homburg v. d. H.** bei **unserer Zweigstelle**, in **Offenbach a. M.** bei **unserer Zweigstelle**, in **Potsdam** b. **uns rer Zweigstelle**, b. d. **A. Schaaffhausen'schen Bankverein**, in **Wiesbaden** b. **unserer Zweigstelle**, in **Hamburg** bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg**, in **Leipzig** bei d. **Allgem. Deutschen Credit-Anstalt** und bei deren **Abteilung Becker & Co.**, in **Dresden** b. d. **Allgem. Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden**, in **Köln** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein**, b. d. Bankh. **Sal. Oppenheim jr. & Cie.**, in **Magdeburg** bei dem **Magdeb. Bank-Verein**, b. d. Bankh. **F. A. Neubauer**, in **Mannheim** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.**, in **Meiningen** b. d. **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.**, in **Nürnberg** u. **Augsburg** b. d. **Bayerischen Disconto- u. Wechsel-Bank A.-G.**, in **Barmen** bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.**, in **München** bei der **Bayerischen Hypotheken- u. Wechelbank**, bei der **Bayerischen Vereinsbank**, in **Stuttgart** bei der **Stahl & Federer A.-G.**, in **Aachen** bei der **Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G.**, in **Breslau** b. d. **Schlesischen Bankverein**, b. d. Bankh. **E. Heimann**, b. d. Bankh. **G. v. Pachaly's Enkel**, in **Karlsruhe** i. **B.** b. d. **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.**, b. d. Bankh. **Veit L. Homburger**, b. d. Bankh. **Straus & Co**, ferner in **Beuel, Bonn, Cleve. Cöpenick, Crefeld, Duisburg, Dülken, Düsseldorf, Emmerich, Godesberg, Grevenbroich, Kempen, Moers, Mülheim (Rhein), Neuss, Neuwied, Odenkirchen, Oranienburg, Rheydt, Ruhrort, Viersen, Wesel** b. d. **A. Schaaffhausen'schen Bankvereins** gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalvers. hinterlegen.

Berlin, den 11. Mai 1914. **Direktion der Disconto-Gesellschaft.**

Die Geschäftsinhaber: Dr. **Salomonsohn. Schinckel. Dr. Bussell. Urbig. Dr. Solmssen. Waller.** Dr. **Hosler.**

A. Schaaffhausen'scher Bankverein.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu einer **ausserordentl. Generalversammlung** auf **Donnerstag, den 28. Mai 1914, vorm. 11 Uhr,** in unser Geschäftslokal in Köln, Unter Sachsenhausen Nr. 4 eingeladen.

Tagesordnung: 1. Ermächtigung des Vorstandes, einer neu zu gründenden Aktiengesellschaft die Aktiven und Passiven mit Firmenrecht unter Ausschluß bestimmter einzelner Aktiven zu übertragen. 2. Genehmigung eines mit der Direction der Disconto-Gesellschaft abzuschließenden Vertrages auf Uebertragung des nach Durchführung des Beschlusses zu 1) verbliebenen Vermögens als Ganzen unter Ausschluß der Liquidation gemäß § 306 des H. G. B. gegen Gewährung von neuen vom 1. Januar 1915 ab gewinnberechtigten Kommanditanteilen der Disconto-Gesellschaft dergestalt, daß auf nom. M. 2000,— Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins nom. M. 1200,— neue Kommanditanteile der Disconto Gesellschaft gewährt und die Gewinnanteils heine des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins für 1914 bei dem Umtausch mit 4% in bar eingelöst werden. 3. Ermächtigung des Vorstandes, die Beschlüsse zu 1) und 2 durchzuführen und alle zur Ausführung derselben gehörenden Einzelheiten festzusetzen.

Eintrittskarten und Stimmzettel erhalten diejenigen Aktionäre, welche sich entsprechend dem § 34 Absatz 2 und 3 des Statuts bei einer der nachverzeichneten Stellen legitimieren: bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein** in Köln und Berlin, sowie dessen übrigen Niederlassungen in Beuel, Bonn, Charlottenburg, Cleve, Crefeld, Cöpenick, Duisburg, Dülken, Düsseldorf, Emmerich, Godesberg, Grevenbroich, Kempen, Moers, Mülheim a. Rhein, Neuß, Neuwied, Odenkirchen, Oranienburg, Potsdam, Rheydt, Ruhrort, Schmargendorf, Schöneberg, Stegitz, Viersen, Wesel; bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft** in Berlin, sowie deren Niederlassungen in Bremen, Cüstrin, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Höchst a. M., Homburg v. d. Höhe, Mainz, Offenbach a. M.; Potsdam, Saarbrücken, Wiesbaden; bei der **Dresdner Bank** in Dresden und Berlin, sowie deren Niederlassungen in Augsburg, Bremen, Breslau, Bückeburg, Cassel, Chemnitz, Detmold, Frankfurt a. M., Fürth, Hamburg, Hannover, Leipzig, Lübeck Mannheim, München, Nürnberg, Plauen i. V., Stettin, Stuttgart, Wiesbaden, Zwickau i. S.; bei der **Mittelrheinischen Bank** in Coblenz, Duisburg und Metz; bei der **Ostbank für Handel und Gewerbe** in Posen und Königsberg O.-P.; bei der **Rheinischen Bank** in Essen, Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr; bei der **Vereinsbank in Hamburg**, Hamburg; bei der **Westfälisch-Lippischen Vereinsbank, Aktiengesellschaft** in Bielefeld, Detmold, Herford, Lemgo, Minden; sowie bei den Bankhäusern **Hermann Bartels** in Hannover, **Philipp Elimeyer** in Dresden, **E. Heimann**, in Breslau. — **Köln**, im Mai 1914. **Die Direktion.**

C. Lorenz Aktiengesellschaft zu Berlin.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

AKTIVA.	M.	pf
Kassa-Konto	9 563	70
Wechsel-Konto	28 170	14
Konto-Korrent-Konto	2 190 6' 6	21
Kautions-Konto	15	—
Kautions-Aval-Konto M. 824 386,25		
Effekten-Konto	205 028	60
Beteiligung K. Lorenz St. Petersburg	100 000	—
Fabrikations-Konto	815 866	38
Rohmaterial-Konto	73 1.0	63
Maschinen-Konto	1	—
Kontor-Mobilien- und Utensilien-Konto	1	—
Patente-Konto	1	—
Modelle-Konto	1	—
Radio-Versuchsstations-Konto	1	—
Werkstatt-Utensilien-Konto	1	—
Werkzeug-Konto	1	—
Konto für bauliche Veränderungen	1	—
PASSIVA.	3 452 549	08
Aktien-Kapital-Konto	1 400 000	—
Konto-Korrent Konto	1 234 079	36
Kautions-Aval Konto M 824 386,25		
Reservefonds-Konto I	140 000	—
Reservefonds-Konto II	80 000	—
Talonsteuer-Reservefonds-Konto	6 000	—
Gewinn- und Verlust-Konto	592 469	72
	3 452 519	08

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1913.

DEBET.	M.	pf
Abschreibungen:		
Maschinen-Konto	120 779	90
Kontor-Mobilien- und Utensilien-Konto	10 700	25
Patente-Konto	33 870	96
Modelle-Konto	6 275	50
Radio-Versuchsstations-Konto	52 448	19
Werkstatt-Utensilien-Konto	19 963	46
Werkzeug-Konto	33 782	63
Konto für bauliche Veränderung	7 517	22
Gewinn	592 469	72
	927 806	02

KREDIT.	M.	pf
Gewinn	927 806	02
	927 806	02

Die Dividende von 20 pCt. sowie 5 pCt. Bonus, zusammen M. 250.— pro Aktie sind gegen Einlieferung des Dividendenscheins von heute ab zahlbar bei der **Gesellschaftskasse SO. 26, Elisabeth-Ufer 5—6**, bei der **Nationalbank für Deutschland, Berlin W.**, bei der **Commerz- und Disconto-Bank, Berlin, Hannover, Hamburg**, bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Berlin**, bei der Firma **Wiener, Levy & Co., Berlin W., Charlottenstr. 60.**

Berlin, den 30. April 1914.

Der Vorstand.

Digitized by Google

Der Zusammenschluss der Privatbankiers.

Der Zufall will es, daß gerade zu der Zeit, da die großen Berliner Aktienbanken sich zu einem neuen Kampf um die Vorherrschaft anschicken und ihre Stoßkraft durch Angliederung alteingesessener Provinzialbanken verstärken, aus den Kreisen der deutschen Privatbankiers heraus, auf deren Kosten sich die zunehmende Konzentration in erster Linie vollzieht, eine Organisation entstanden ist, welche die Reste des Bankierstandes sammeln will, um ihnen zu erhöhter Leistungsfähigkeit und daher Lebensfähigkeit zu verhelfen. In München, Frankfurt a. M., Breslau, Magdeburg und Augsburg haben sich in den letzten Wochen Lokalvereine von Privatbankiers gebildet, die ihren Mitgliedern die Teilnahme an solchen Geschäften ermöglichen wollen, zu deren selbständiger Durchführung der einzelne zu kapitalschwach ist, also vor allem an größeren Finanzierungs- und Emissionsgeschäften. Diesen Vereinen sollen weitere Gruppenbildungen an bedeutenderen Handelsplätzen, darunter auch in Berlin, folgen, so daß binnen kurzer Zeit jeder vertrauenswürdige deutsche Bankier Gelegenheit zum Anschluß an eine ihm benachbarte Gruppe hat. Um einheitliche Richtlinien und unter Umständen auch ein Zusammengehen mehrerer Lokalgruppen bei großen Gemeinsamkeitsgeschäften zu ermöglichen, soll ein Zentralverein geschaffen werden, dem die einzelnen Gruppen korporativ angehören, und der „Vereinigung deutscher Privatbankfirmen" oder ähnlich heißen wird. Bis zu seiner endgültigen Konstituierung wird dieser Zentralverein durch einen Ausschuß ersetzt, der aus den Delegierten der Lokalvereine besteht, und in dem zurzeit ein Bankier aus Zeitz den Vorsitz inne hat.

Vor mehr als einem Jahre (Februarheft 1913) ist an dieser Stelle ausgeführt worden, daß es für den selb-

Digitized by Google

ständigen Privatbankier zwei Wege gebe, um sich der Uebermacht der großen Aktienbanken zu erwehren und neben ihnen seine Existenz zu behaupten. Die beiden Wege streben weit auseinander. Der eine setzt eine gewisse Resignation voraus. Wer ihn wählt, muß sich mit dem Gange der Entwicklung abgefunden haben und sich mit einem Geschäftsgebiet bescheiden, auf das ihm die Aktienbank nicht so leicht folgen kann. Er muß auf das Depositengeschäft verzichten und sich ausschließlich der Beratung und Vermittlung in Vermögenssachen widmen. Das Vertrauen des Publikums zum kleinen und mittleren Privatbankier ist heute mehr ein Vertrauen in seine Geschäftskenntnis, Erfahrung und Ehrbarkeit als in seine finanzielle Leistungsfähigkeit; man bedient sich seiner zwar gern, wenn man sachlich und individuell beraten sein will, aber man betraut ihn nicht mehr wie ehemals mit der Verwaltung größerer Vermögensobjekte oder Geschäftsguthaben. Daraus die Konsequenz zu ziehen und sich zu einem Spezialisten der Raterteilung, zu einer Art „Vermögensanwalt" zu entwickeln, ist der eine Weg, der dem Privatbankier heute bleibt. Der andere Weg setzt mehr Temperament und Initiative voraus. Er besteht darin, sich das Vertrauen des Publikums auch in finanzieller Hinsicht zurückzuerobern, indem man sich nach Möglichkeit das Prinzip zunutze macht, das die Stärke der Großbank-Depositenkassen ausmacht. Diese Kassen, die oft keine zehntausend Mark im Geldschrank und, für sich genommen, so gut wie keinen Kredit haben, genießen heute mehr Vertrauen als ein noch so potenter Privatbankier, weil hinter jeder von ihnen die Großbank mit ihrem Garantiekapital und dem entsprechenden Kredit steht. Wenn es die Privatbankiers durch straffe Syndizierung dahin bringen könnten, daß hinter ihnen ebenfalls eine faszinierende Ziffer und eine Gewähr für die Sicherheit der ihnen anvertrauten Gelder und Wertpapiere stände, so würden sie der Konkurrenz der Aktienbanken mühelos die Spitze bieten können.

Der jetzige Zusammenschluß einiger Dutzend Privatbankiers zu vorerst noch ziemlich lockeren Lokalverbänden mit einem Zentralausschuß als Spitze unterscheidet sich nun von einer straffen Syndizierung ungefähr so, wie ein

Digitized by Google

Harmonieverein von einer Gewerkschaft. Weder schaffen die neuen Bankiervereine eine Solidarität, noch setzen sie sich bestimmte wirtschaftliche oder soziale Ziele. Sie bieten den ihnen angeschlossenen Bankiers eigentlich nichts anderes als eine Gelegenheit, Partner für gewisse Geschäfte zu suchen, sogar ohne die Gewähr, daß solche Partner auch in allen Fällen gefunden werden. Sie stellen lediglich eine Art Markt vor, auf dem die Bankiers sich treffen und gegenseitig zu Beteiligungen einladen. Und die klangvollsten Namen des Bankiergewerbes fehlen noch in ihrer Mitgliederliste. So könnte man meinen, daß sie das starke Echo, das sie in der Handelspresse gefunden haben, nicht wert seien, und sie mit einigen referierenden Worten abtun, wenn man in diesen harmlosen Vereinigungen nicht doch etwas mehr erblicken müßte als das, was sie nach außen scheinen und was sie sogar in den Augen der meisten ihrer eigenen Mitglieder sind.

Sieht man nämlich genau hin und vergegenwärtigt man sich die Entstehung der Bankierverbände, so erkennt man, daß man in ihnen den ersten bescheidenen Ausdruck jenes festen Willens sehen muß, der dem Privatbankier seine alte Vertrauensstellung zum Publikum zurückerobern möchte, und der daher, ganz im Sinne des zweiten Teils der vorher skizzierten Alternative, die Gesamtheit der Berufsgenossen zu einer festen Phalanx zusammenzuschließen versucht. Die neuen Verbände sind mehr als die Gelegenheitsvereine, die sie scheinen; und sie müssen ernst genommen werden, nicht wegen der Ziele, die ihre ziemlich farblosen Statuten ihnen setzen, sondern wegen der Entwicklungsmöglichkeit, die sie haben. Weniger in ihrem Selbstzweck als in ihrer Eigenschaft als Schrittmacher liegt ihre Bedeutung. Denn die Frage, ob es mit ihrer Hilfe einer Anzahl Bankiers gelingen wird, ein paar Geschäfte zu machen, die sie sonst unterlassen müßten, tritt für den Stand als solchen weit zurück hinter der Aussicht, daß sich aus dem bescheidenen Anfang mit der Zeit ein allgemeines Bankiersyndikat bildet, das jedem einzelnen die Existenzfähigkeit rettet, die ihm sonst verloren zu gehen droht oder schon verloren gegangen ist. Die Bankiers, deren Bemühungen die Lokalvereine ihre Entstehung verdanken, sind sich sehr wohl

Digitized by Google

bewußt, daß das, was sie bisher erreicht haben, nur vorbereitender Natur ist. Und wenn ihre Ansichten über das Endziel auch recht weit auseinandergehen, so sind sie sich doch darin einig, daß die Lokalvereine ein Notbehelf sind, mit dem man nur deshalb vorlieb nimmt, weil das Projekt eines Zentralinstituts für ganz Deutschland, einer allgemeinen „Bank der Bankiers", sich bisher nicht hat verwirklichen lassen.

Das große Vorbild, das den meisten derjenigen Bankiers vorschwebt, die überhaupt an die Möglichkeit einer Syndizierung des Bankierstandes glauben, ist die französische Bankierbank, die Société Centrale des Banques de Province. Seitdem Ende 1910 in diesen Heften auf das Institut hingewiesen und das für und wider einer Uebertragung seiner Idee und Organisation nach Deutschland erwogen worden ist*), hat der Gedanke eine Reihe namentlich süddeutscher Bankiers nicht wieder losgelassen. Und vielleicht ist die Ablehnung, die das Projekt einer Bankierbank bei uns bisher immer erfahren hat, gerade darauf zurückzuführen, daß man sich allzu sehr darauf versteift hat, etwas dem französischen Vorbild Aehnliches zu schaffen, ohne die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Frankreich und Deutschland in Betracht zu ziehen.

Die Société Centrale des Banques de Province ist vor zehn Jahren mit dem bescheidenen Kapital von etwa 1½ Mill. Francs von einer Reihe französischer Provinzbankfirmen (auch Aktienbanken) errichtet worden, mit der Zweckbestimmung, die geschäftliche Zentralstelle für ein wenige Jahre vorher gegründetes Syndikat der Provinzbankiers abzugeben. Dieses Syndikat, dem schon nach ein paar Jahren mehr als 500 Banken und Bankiers angehörten, machte im großen dasselbe Geschäft, das die neuen deutschen Lokalverbände und ihr Zentralausschuß, entsprechend ihrer numerisch und finanziell geringeren Leistungsfähigkeit, im kleinen machen wollen, nämlich das Finanzierungs- und Emissionsgeschäft. Dabei fielen Einleitung und technische Abwicklung der Operationen der Société Centrale zu, während das Syndikat unter seinen Mitgliedern die erforderlichen Barsummen sowie die Durch-

*) Vergl. Novemberheft 1910: „Die Selbsthilfe des Provinzialbankiers".

Digitized by Google

führungs- und Placierungs-Garantien aufbrachte. Diese Arbeitsteilung hat sich in den ersten Jahren gut bewährt. Fast alle Konsortialgeschäfte schlossen, da die Unterbringung der Effekten schnell gelang und Interventionen selten nötig wurden, mit Gewinn ab. Die Syndikatsmitglieder erhielten auf ihren Anteil an den Geschäften 2—3 pCt. der garantierten Beträge — während sie sich früher als Unterbeteiligte der Großbanken mit ¼—½ pCt. begnügen mußten — und bezogen ferner, soweit sie Aktionäre der Société Centrale waren, 20 pCt. Dividende auf ihren Aktienbesitz. Diese Gewinne sind es vor allem gewesen, was in Deutschland die Aufmerksamkeit der Bankiers erregt und einzelne von ihnen veranlaßt hat, es gleichfalls mit der Vorbereitung einer „Bank der Bankiers" zu versuchen.

In Wirklichkeit ist es aber ein Irrlicht gewesen, dessen Schein man gefolgt ist. Schon Ende 1910, als „Die Bank" sich zum ersten Male mit der Société Centrale des Banques de Province beschäftigte, hat dem Zweifel Ausdruck gegeben werden müssen, ob das französische Beispiel denn auch wirklich bei uns Nachahmung verdiene. Der Zweifel hat sich seitdem mehr und mehr verstärkt und ist in der letzten Zeit zur Gewißheit geworden. Die französische Musterbank hat sich im Laufe der Jahre nach einer ihrer Gründungsidee diametral entgegengesetzten Richtung entwickelt. Sie ist heute ganz und gar nicht mehr das, was sie ursprünglich war, geschweige denn das, was man sich in deutschen Bankierkreisen unter ihr vorgestellt hat, und wenn man sie vielfach noch immer als Muster für eine Bankierbank in Anspruch nimmt, so deutet das auf eine große Unkenntnis der Dinge hin. Es ist der Société Centrale in relativ kurzer Zeit nicht nur ebenso ergangen, wie es in den siebziger Jahren den von deutschen Bankiers zu ganz ähnlichen Zwecken errichteten Aktienbanken gegangen ist, sondern noch ein ganz Teil schlimmer. Denn nicht genug damit, daß sie sich von den Interessen der Bankiers, zu deren Vorteil sie seinerzeit gegründet worden ist, allmählich vollkommen losgelöst hat, um ihren eigenen Weg, den typischen Weg der Effekten-Großbank, zu gehen, hat sie bei ihren Geschäften in der letzten Zeit eine so wenig

Digitized by Google

glückliche Hand bewiesen, daß diejenigen Bankiers, die noch Beziehungen zu ihr unterhalten, sei es als Aktionäre, sei es als Konsortialbeteiligte, mit recht gemischten Gefühlen auf „ihre" Bank blicken.

Im Grunde ist es von vornherein klar und nur eine Frage der Zeit gewesen, daß die Société Centrale sich anderen Zielen als der Fürsorge für den Provinzbankier zuwenden würde. In dem Syndikat von Provinzbankhäusern, dem sie ihre Entstehung verdankt, sind von Anfang an neben den Privatbankiers zahlreiche Aktienbanken vertreten gewesen, darunter solche mit recht ansehnlichen Kapitalien. Einzelne von ihnen, wie die Banque Privée, der Crédit du Nord, die Société Nancéienne und die Banque de Bordeaux, die mit 20 bis 50 Mill. Frs. eingezahltem Aktienkapital und um das Mehrfache höheren Depositen arbeiten, sind auch in Deutschland wohlbekannt. Es ist selbstverständlich, daß diese Banken in dem Bankiersyndikat niemals eine untergeordnete Rolle gespielt, sondern im Gegenteil dem Syndikat ihre Note aufgedrückt haben, wenn auch dem Buchstaben nach alle Mitglieder gleiche Rechte genießen sollten. Ebenso selbstverständlich ist es, daß sie in der die Geschäfte des Syndikats führenden Société Centrale einen weit über ihre Beteiligung — die auf je eine Aktie von 5000 Frs. beschränkt war — hinausgehenden Einfluß ausgeübt haben. Unter diesen Umständen mußte es für jeden Kenner der realen Kräfte im Bankwesen interessant sein, zu beobachten, wie lange die Société Centrale sich auf ihre eigentliche Aufgabe beschränken und die uninteressierte Vermittlerin zwischen dem Bankiersyndikat bzw. dessen für jedes Geschäft anders zusammengesetzten Mitgliedergruppen einerseits und den an den Kapitalmarkt appellierenden Staaten, Kommunen und sonstigen Körperschaften andererseits bleiben würde. Immerhin dauerte es eine Reihe von Jahren, ehe die Bilanzen der Société Centrale jene verdächtige Färbung annahmen, die auf eigene Engagements hindeutet. Kaum war dies aber der Fall und die reine Vermittlerfunktion des Instituts verloren gegangen, als sich auch schon das Bedürfnis nach höheren Geldmitteln bei ihm herausstellte. Im Jahre 1911 wurde das Kapital von 1,6 auf 50 Mill. Frs. mit zunächst

Digitized by Google

25 pCt. Einzahlung erhöht, ein Jahr später auf 100 Mill. Frs. nominal bzw. 25 Mill. Frs. effektiv. Den alten Bankierbeteiligten wurde pro forma ein Fünftel der Aktien reserviert und ein erhöhtes Stimmrecht eingeräumt. In Wirklichkeit bedeutete die Kapitalserhöhung, die man auch juristisch in die Form einer Auflösung des alten und Errichtung eines neuen Instituts kleidete, das Ende der Bankierbank. Die Syndikatsmitglieder konnten sich zwar, wenn sie wollten, nach wie vor an der Bank und ihren Geschäften beteiligen. Aber sie waren nicht mehr die unter einander gleichberechtigten Konsortialen, die in der Société Centrale ihr eigenes Organ sahen — wobei allerdings auch früher schon ein wenig Fiktion gewesen war —, sondern sie standen fortan zur Société Centrale in demselben Verhältnis wie zu jeder anderen Bank. Die Vorzugsbedingungen, die sie bei ihr genossen, wurden dadurch illusorisch, daß ihnen der Zwang zur Uebernahme bestimmter Emissionsquoten und des vollen Kursrisikos gegenüberstanden, ohne daß die Bankiers den alten Einfluß auf den Abschluß und die Abwicklung der Geschäfte gehabt hätten.

Gerade das hat sich aber bald als ein sehr schwerer Nachteil erwiesen, wenn es nicht gar für einzelne kleinere Bankiers verhängnisvoll geworden ist oder noch werden wird. Denn seitdem die Bank der Kontrolle des Bankiersyndikats entwachsen und selbständig geworden ist, hat sie sich mit einer großen Zahl der allerfragwürdigsten Geschäfte belastet. Große Summen sind in den Werten zentral- und südamerikanischer Banken, insbesondere des Hogar Argentino und des Crédit Foncier Mexicain sowie bei kanadischen und ägyptischen Hypothekenbanken festgelegt. Für einzelne dieser exotischen Banken, die sämtlich sehr schwierige Zeiten durchmachen, ist die Société Centrale in größtem Maßstab unter Akzept gegangen, ohne bei der jetzigen Verfassung des französischen Marktes die Möglichkeit einer Ablösung durch Aktien oder Obligationen zu haben. Hochbeteiligt ist sie ferner bei der Missouri—Oklahoma-Bahn, die unlängst unter Zwangsverwaltung gekommen ist. Daß ihre Dividende, die früher 20 pCt. zu betragen pflegte, neuerdings auf 10 und 7½ pCt. zurückgegangen ist, will

Digitized by Google

in diesem Zusammenhange nicht viel besagen. Denn daran sind weniger die erlittenen Verluste schuld, die bisher nur zum kleinsten Teil zur Verrechnung gekommen sind, als die Organisationsänderung der Bank. Und überdies sind die alten Bankier-Aktionäre bei der Neuordnung der Dinge durch hohe Bewertung ihrer Originalaktien für den späteren Dividenden-Entgang reichlich entschädigt worden. Ungleich schwerer wiegt der Umstand, daß gerade diejenigen Bankiers, die noch in der letzten Zeit an der Fiktion der „Bankier-Bank" festgehalten haben und sich bei allen Geschäften „ihrer" Bank haben beteiligen lassen, heute mit der Pflicht der Abnahme und Bezahlung unverkäuflicher Papiere belastet sind. Läßt die Bank sie nicht aus ihrer Verpflichtung heraus, so sind viele von ihnen in der ärgsten Verlegenheit. Die Bank scheint aber zu einem Entgegenkommen beim besten Willen nicht in der Lage zu sein. Sie ist selbst viel zu sehr engagiert und von viel zu hohen Verlusten bedroht. Genau läßt sich ihre Situation allerdings schon deshalb nicht beurteilen, weil die Höhe der Garantieverpflichtungen, die bei dem Konsortialgeschäft eine so große Rolle spielt, aus der Bilanz nicht zu ersehen ist, und weil sie außerdem im allergrößten Maßstabe mit Kulissen arbeitet, die sie vor ihre Engagements schiebt. So ist sie gegenwärtig mit fast 20 Mill. Frs. (bei 25 Mill. eingezahltem Aktienkapital!) an einem Effektentrust (Caisse Commerciale et Industrielle) beteiligt, dessen Wertschriftenbesitz und Verpflichtungen sich nur ahnen lassen. Aber es besagt genug, daß kürzlich ein Teil ihrer Verwaltung seine Demission genommen hat, darunter der geistige Leiter der Bank, Herr Petit, der seinerzeit für seine Verdienste um den Mittelstand des Bankiergewerbes zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden ist. Und so viel läßt sich schon heute ganz genau erkennen: Ein paar Verwaltungsmitglieder, die Beziehungen zu größeren Provinzialbanken und auch zu Pariser Instituten unterhalten, haben mit der Société Centrale und den Interessen der Privatbankiers in ganz frivoler Weise Schindluder gespielt.

Darin besteht eben die Gefahr, der die Privatbankiers bei einer „Bankier-Bank" ausgesetzt sind — zu jeder

Digitized by Google

Zeit und in allen Ländern —, daß ihre Interessen früher oder später zugunsten derer verraten werden, die es verstehen, die Bank unter ihren Einfluß zu bringen. Nur weltfremde und speziell bankfremde Theoretiker werden es für möglich halten, solche schädlichen Einflüsse Dritter völlig und für die Dauer auszuschalten. Schon der Umstand, daß keine Bankierbank in Oppositionsstellung gegenüber den Großbanken ins Leben treten und arbeiten kann, vielmehr jedes derartige Institut seines Kredits wegen enge Fühlung mit mindestens einer der älteren Banken unterhalten muß, leistet dem Eindringen von Sonderinteressen Vorschub — ganz abgesehen von dem möglichen Erwachen persönlicher Ambitionen bei den jeweils mit der Leitung betrauten Männern. Aber es bedarf gar nicht einer so pessimistischen Auffassung von der Existenzfähigkeit einer wirklichen Bankierbank von der Art jenes Ideals, das den Gründern des französischen Emissionsinstituts der Provinzbankiers vorgeschwebt hat, um die Wiederholung des Experiments in Deutschland unratsam erscheinen zu lassen. Denn es gibt noch eine ganze Reihe anderer Gründe, die gegen eine Verpflanzung des französischen Typs der Zentral-Emissionsbank nach Deutschland sprechen.

Der nächstliegende und an sich schon ausschlaggebende Grund ist, daß die Voraussetzungen für eine solche Bank in Deutschland nicht annähernd in dem Maße vorhanden sind wie in Frankreich. Aus Ursachen heraus, die hier nicht näher zu untersuchen sind, ist Frankreich das Land der glatten und risikolosen Placierung festverzinslicher Auslandspapiere. Die Unterbringung selbst der größten Emissionen gelingt hier meist sehr schnell, so daß zwischen dem Zeitpunkt, an dem ein Konsortialgeschäft abgeschlossen und das Garantiesyndikat gebildet wird, und dem Tage, an dem die Endabrechnung vorgenommen und der Gewinn zur Verteilung gebracht werden kann, gewöhnlich nur wenige Wochen liegen. In der Zwischenzeit ist das Papier, das den Gegenstand des Geschäfts bildet, entweder definitiv beim Publikum oder provisorisch bei den großen Kulisse-Häusern untergebracht worden, wobei im letzteren Falle die Sorge für den Weitervertrieb der zweiten Hand über-

Digitized by Google

lassen bleibt. Denn den Emissionssyndikaten liegt vor allem an schneller Abwicklung. Sie verzichten lieber auf einen Teil ihres Gewinns zugunsten einiger Großabnehmer, als daß sie sich mit dem monate- oder gar jahrelangen Detailvertrieb abgeben. Natürlich kommen auch Zeiten — wie eben jetzt —, wo sowohl Publikum wie Markt die Aufnahme neuer Werte verweigern und die Emittenten auf den fest übernommenen Papieren sitzen bleiben. Aber solche Zeiten bilden in Frankreich die Ausnahme. Die Regel ist hier, daß schon nach kurzer Frist zur Auflösung des Garantiesyndikats und Ausschüttung des Nettogewinns geschritten wird; und die 2—3 pCt. Ueberschuß, welche die Geschäfte abzuwerfen pflegen, bilden eine um so bessere Verzinsung, als infolge der schnellen Unterbringung der Papiere meist nur ein ganz kleiner Bruchteil des gezeichneten Garantiekapitals wirklich eingeschossen werden muß.

In dieser Hinsicht liegen die Dinge in Deutschland ganz anders. Die Gelegenheit zu lohnenden Auslands-Emissionen ist hier — man darf wohl sagen, erfreulicherweise — weit seltener und bietet sich, wenn überhaupt, so in erster Linie den Großbanken. Zudem ist der Reinnutzen, den diese Emissionen lassen, infolge des höheren Zinsanspruchs, den der Deutsche gegenüber dem Franzosen stellt, nicht unerheblich geringer, andererseits sind des beschränkteren Marktes wegen die Placierungsdauer und damit das Risiko um ein Vielfaches größer. Die Hauptmasse des deutschen Emissionsmaterials setzt sich aber aus zwei Effektengattungen zusammen, von denen die eine, nämlich die der festverzinslichen Inlandspapiere, noch weit geringere Gewinne abwirft, und die andere, die der Aktien, mit einem noch weit höheren Risiko behaftet ist als die für Frankreich typische Auslandsobligation. Und auch bei diesen Effekten, namentlich aber bei den mit ein- bis zweijähriger Börsensperre behafteten Aktien, vollzieht sich die Unterbringung meist so langsam, daß der bei der Endabrechnung sich etwa ergebende Ueberschuß oft genug in keinem Verhältnis zu dem Opfer steht, das die längere Festlegung seiner Gelder für den Bankier bedeutet — von dem Umstand ganz abgesehen, daß mit der Syndikatsdauer auch die Verlust-

Digitized by Google

gefahr automatisch wächst. Bei den ganz großen Banken mit weitverzweigtem Filialsystem und besonders starkem Rückhalt an einer vieltausendköpfigen Kundschaft verbessern sich natürlich die Chancen sowohl in bezug auf Emissionsdauer wie auf Risiko ganz erheblich. Trotzdem betreiben auch diese Banken das Emissionsgeschäft nicht, wie es in Frankreich die Regel ist, als Selbstzweck, sondern meist nur im Hinblick auf die dauernde Geschäftsverbindung mit dem Emissionsanwärter, dessen Bankguthaben, Debetzinsen oder Provisionen für die Bank eine indirekte Aufbesserung des Emissionsnutzens bedeuten. Diese Nebenvorteile entschädigen sie vor allem für die Unbequemlichkeit der oft jahrelangen Dauer einer endgültigen Placierung und der fortgesetzten Regulierung des Kurses auch längst untergebrachter Papiere.

Namentlich dieser letzte Punkt, nämlich die Notwendigkeit einer dauernden Interventionstätigkeit an der Börse, steht der Verpflanzung der französischen Bankier-Zentralbank nach Deutschland im Wege. Die Sorge für eine gewisse Beständigkeit des Kursniveaus gehört bei uns zu den selbstverständlichen Pflichten jeder Emissionsbank, die nur von ganz starken und ihrer Kundschaft absolut sicheren Banken gelegentlich verletzt werden kann. Eine Zentral-Emissionsbank der Privatbankiers würde es mit dieser Pflicht ganz besonders ernst nehmen müssen, einmal mit Rücksicht auf ihr Prestige und die Konkurrenz der Großbanken um die Emissionsobjekte, zum andern mit Rücksicht auf das Geschäftsinteresse der ihr angeschlossenen Bankiers, an die gerade in bezug auf gewissenhafte Beratung bei der Kapitalsanlage von der Kundschaft weit höhere Ansprüche gestellt zu werden pflegen als an die Banken. Also nicht nur die langsame Abwicklung des eigentlichen Emissionsgeschäfts und das damit verbundene Risiko fallen für eine deutsche Bankier-Zentralbank erschwerend ins Gewicht, sondern vor allem die dauernde Festlegung ganz erheblicher Mittel bei der Börsen-Intervention und die Unmöglichkeit, den bei den Emissionen beteiligten Bankiers frühzeitig Endabrechnung zu erteilen — es sei denn auf die Gefahr hin, sich selbst mit großen Engagements zu beladen und schließlich in die Lage zu kommen, in der sich jetzt die französische

Digitized by Google

Société Centrale trotz weit besserer Vorbedingungen befindet.

Das so außerordentlich wichtige Moment der Regulierung des Börsenkurses bildet, in Paranthese bemerkt, übrigens auch den wundesten Punkt bei den jetzt ins Leben getretenen, als Vorstufe einer Zentralbank gedachten deutschen Bankiervereinigungen. Die Kommunen, Pfandbriefanstalten und Aktiengesellschaften, die an diese Lokalvereinigungen Anleihen und Aktien begeben, setzen dabei selbstverständlich voraus, daß der Kurs ihrer Papiere dauernd reguliert wird; und ein gleiches erwartet auch die Kundschaft der Bankiers. Garantiefonds, aus denen Interventionskäufe vorgenommen werden könnten, sind aber, sobald die Vereinigungen die einzelnen Geschäfte abgerechnet haben, nicht vorhanden. Es wird daher interessant sein, zu beobachten, wie die Vereinigungen sich mit der Notwendigkeit einer dauernden Kursregulierung auseinandersetzen werden, sobald sie größere Transaktionen selbständig zum Abschluß gebracht haben. Ein paar Geschäfte bei der Münchener, Magdeburger und Breslauer Gruppe liegen allerdings heute schon vor. Aber sie sind nicht selbständig, sondern unter Mitwirkung größerer Banken unternommen worden und dienen wohl nur als Vorbereitung künftiger autonomer Geschäfte.

In welcher Form die Privatbankiers sich auch immer organisieren mögen — über das Fehlen des für eine Emissions- oder gar Gründungstätigkeit im großen erforderlichen Apparats werden sie kaum je hinwegkommen können. Daher kann man ihren jetzt geschaffenen losen Vereinigungen auch kein allzu günstiges Prognostikon stellen; es sei denn, daß sie sich dabei bescheiden, die kleinen Gelegenheitsgeschäfte aufzusammeln, die am Wege liegen und gewissermaßen die Reste vom Tisch der Großbanken darstellen. Hier und da mag eine Stadtanleihe oder Pfandbriefserie für sie abfallen, wenn sie die Bedingungen der Banken überbieten, vielleicht gelegentlich auch einmal die Umgründung eines befreundeten Privatbetriebes in eine Aktiengesellschaft. Im ersteren Falle werden sie die Sorge für die Kursregulierung den Banken überlassen, welche

Digitized by Google

die anderen Anleihe-Serien der betreffenden Kommune oder Hypothekenanstalt unter Kurskontrolle halten, und im Falle einer Gründung mit nachfolgender Aktien-Emission werden sie sich auf ihr gutes Glück verlassen. Tut ihnen dann das Unternehmen nicht den Gefallen, sich so günstig zu entwickeln, daß der Kursstand der Aktien sich ein paar Jahre lang hält, so wird der Verdienst an der Emission um ein Vielfaches durch den Schaden überwogen, den eine unzufriedene Kundschaft gerade für den Privatbankier bedeutet. Das sicherste wird für die Lokalvereinigungen sein, sich bei ihren Geschäften ins Schlepptau einer großen Bank nehmen zu lassen, wie sie es bei ihren ersten Abschlüssen ja auch getan haben. Dann schrumpfen aber ihre Organisationen, die eigentlich als Unterbau für später zu schaffende größere Verbände und eventuell für eine Zentralbank gedacht sind, zu kleinen Gruppen abhängiger „Konsorten" zusammen, die von den führenden Aktienbanken nur so lange als ebenbürtig angesehen und zu den günstigen Originalbedingungen beteiligt werden, wie ihre Placierungskraft sich als ausreichend erweist.

Ein derartiges Versickern des Zusammenschlußgedankens wäre aber um so mehr zu bedauern, als eine große Gemeinsamkeitsaktion tatsächlich das letzte Mittel ist, um dem Privatbankier die Stellung innerhalb der Wirtschaftsorganisation zu erhalten, auf die er ein historisches und soziales Anrecht hat. (Noch auf dem Münchener Bankiertage ist ihm in einer Resolution attestiert worden, daß er ein unentbehrliches Glied unserer Kreditorganisation darstellt und nicht ohne Nachteil für die Allgemeinheit verschwinden darf.) Deshalb ist es eine Lebensfrage für den Bankierstand, der sich seine heutige Eigenart erhalten will, daß der Verbandsgedanke, der allein ihn vor dem Anprall der Großbankenmacht retten kann, nicht durch mißglückte Experimente diskreditiert wird. Und je größer die Hoffnungen sind, die er an die neuen Lokalvereinigungen knüpft, um so wahrscheinlicher ist es, daß er nie wieder für einen Zusammenschluß zu haben sein wird, wenn er sich diesmal in seinen Erwartungen getäuscht sieht — obwohl in Wirklichkeit das Gedeihen oder Versagen dieser zum gemeinsamen Ab-

Digitized by Google

schluß von Emissionsgeschäften gebildeten Vereinigungen nicht das mindeste mit den eigentlichen Lebensinteressen des Bankiers zu tun hat.

Was dem Privatbankier heute nottut, ist nämlich gar nicht die Gelegenheit, Konsortialgeschäfte abzuschließen. Für einen Bankierstand, der unter sonst befriedigenden Verhältnissen sein lohnendes Geschäft betreibt, mögen ja die etwaigen Konsortialgewinne eine willkommene Zugabe bedeuten. Für einen Bankierstand aber, dem die Aktienbanken eine Geschäftsmöglichkeit nach der anderen nehmen, und der, sobald die ältere, aus Tradition heute noch am Privatbankier hängende Generation ausgestorben sein wird, vollkommen depossediert ist, für einen solchen Bankierstand sind ein paar Prozent Konsortialgewinn ganz bedeutungslos. Sie können das unvermeidliche Ende nicht abwenden. Das haben die einsichtigeren Privatbankiers auch in Frankreich, trotz der dort ungleich günstigeren Vorbedingungen für ein lukratives Konsortialgeschäft, deutlich erkannt. Eine Anzahl von ihnen hat sich vor anderthalb Jahren von der Société Centrale losgesagt und eine neue Gesellschaft unter der Firma Société Syndicale de Banques gegründet, deren Zweckbestimmung es ist, den ihr angeschlossenen Bankiers durch Begebung eigener Akzepte einen erhöhten Kredit zugängig zu machen. Ob diese neuere Gesellschaft reussieren wird, steht dahin. Was sie aber für die deutschen Bankiers bedeutsam macht, das ist der gesunde Grundgedanke, dem sie ihre Entstehung verdankt, nämlich die Erkenntnis, daß dem Bankier heute etwas ganz anderes nottut, als die Möglichkeit, gelegentlich einen kleinen Emissionsgewinn einzuheimsen und den Großbanken auf einem Gebiete Konkurrenz zu machen, das sie dank ihrer geschlossenen Organisation notwendigerweise besser beherrschen, als eine noch so zahlreiche Vereinigung von Privatbankiers.

Auch in Deutschland ist es nicht das Emissionsgeschäft, sondern das Kredit- und Kommissionsgeschäft, das dem Privatbankier erhalten werden muß. Hier ist seine eigentliche Domäne, und ein Zusammenschluß der Privatbankiers wird, wenn er erfolgreich sein soll, sich immer auf die Verteidigung dieses alten Besitzstandes be-

Digitized by Google

schränken müssen. Wie das möglich ist und wie, vielleicht unter Anlehnung an die jetzt zu anderen Zwecken errichteten Lokalvereine, eine machtvolle Organisation der Privatbankiers über ganz Deutschland geschaffen werden kann, das soll demnächst an dieser Stelle untersucht werden.

Alfred Lansburgh.

Sinn und Aussichten einer Europäisierung des chinesischen Geldwesens.

(Schluß)

Wenn sich die Währungsratgeber und die Machthaber in Peking darauf versteifen, nicht eine Gewichtseinheit zur künftigen Reichsmünze zu machen, sondern eine neue, bisher nicht kursierende Einheit unter einem eigenen, metallisch nichtssagenden Namen zu schaffen, so ist die Absicht klar genug. Es ist weniger auf Vereinfachung und Erleichterung des Verkehrs abgesehen, als auf Gewinne, die nur dann möglich werden, wenn der „Yuan" in China so eingebürgert und ausschließlich kursfähig wird, wie in Indien die Rupie. Ist China erst von der Gewichtsrechnung abgebracht, ist erst der Umlauf von Barrensilber, mexikanischen und sonstigen Dollars beseitigt und die Gewohnheit, alle Werte in den Regierungs-Münznamen auszudrücken, allgemein durchgedrungen, dann kann man hoffen, auch ungedeckte Yuanzettel in Massen zum Parikurs in Umlauf zu bringen. Ja, man kann dann — wie dies die Motive zum neuesten Münzgesetz, das Yuanschikai am 7. Februar ausgegeben hat, ausdrücklich ankündigen — einst den Silber-Yuan selbst wieder zum Verschwinden bringen, indem man ihn durch Zettel oder durch Scheidemünzen ersetzt oder zu einer leichteren Münze umprägt. So hofft man große Metallquantitäten beiseite zu bringen, womit dann Budgetdefizite gedeckt werden können.

Der holländische Bankpräsident, der von der chinesischen Regierung angehört wird, geht in seinen Entwürfen sogar noch weiter. Er propagiert die sofortige Schaffung einer großen halbstaatlichen Reichsbank, die Noten von festem Goldkurs auszugeben hätte. Diese sollen in China selbst nicht in Gold, sondern in den Silber-Reichsmünzen einlösbar sein; nur für Remittierungen ins Ausland soll die Bank Gold, nämlich in Tratten auf Bankhäuser an fremden Plätzen, abgeben, um dem Yuan einen festen Goldkurs zu sichern. Sie soll also in London, New York usw. große Goldguthaben halten, auf die sie trassieren kann. Die Mittel dazu werden durch eine Währungsanleihe beschafft, sowie weiterhin durch die Profite, die man aus der Ausgabe der gegenüber dem Goldkurs unterwertigen Silbermünzen erübrigt. Es

Digitized by Google

ist also die vollständige Parallele zum indischen System. Die Chinesen sollen eine möglichst aus fiduziären Werten bestehende Zirkulation erhalten; was dieser an Metall entzogen wird, soll dem Staat Einkünfte verschaffen und den ausländischen Großbanken, welche die chinesischen Anleihen negoziieren, zu billigen Depositen verhelfen. Im chinesischen System soll die fremde Bankwelt jene Rolle spielen, die im indischen die englische Regierung und die City haben. Ganz wie die indischen Barbestände (Gold, Standard Reserve und Paper Currency Reserve), die dazu dienen, in London große Goldmengen disponibel zu halten, zu einem nicht geringen Teil den Londoner Banken als billige Depositen zugute kommen, so soll das, was aus dem künftigen chinesischen Geldumlauf durch Notenemissionen an Metall herausgezogen werden kann, der internationalen Bankwelt unter dem Vorwand der Stabilisierung der chinesischen Wechselkurse zur Nutznießung überantwortet werden.

Es kostet Mühe, diese ganze Konzeption ernsthaft zu skizzieren und zu kritisieren. Aber leider scheint man in Peking, fasziniert durch die vorläufige Aufrechterhaltung des indischen Gold Exchange Standard, wirklich an ihre Durchführung gehen zu wollen, sobald erst die Unterhandlungen mit der internationalen Bankengruppe wegen der sog. Währungs-Anleihe zu einem Ergebnis gelangt sind. Eigentlich wären zu einer Vervollkommnung des chinesischen Geldwesens nur sehr geringe Mittel erforderlich, da zur Einführung einer einheitlichen Gewichtsprägung nichts als die Einrichtung ordentlicher Prägestellen vonnöten wäre — abgesehen natürlich von der Einlösung der seit der Revolution umlaufenden Provinzialnoten, die mit erheblichem Disagio kursieren und die Staatsfinanzen sowie die Volkswirtschaft bereits in ganz erheblichem Maße geschädigt haben. Aber die Mittel, die man mit der Währungsanleihe beschaffen will, sollen dem Notenbank-Projekt dienen. Man will den Zettelumlauf nicht beseitigen, sondern im Gegenteil auf breiterer Basis organisieren. Durch Notenanleihen Geld beschaffen, zum Vorteil der heutigen Diktatur und der beteiligten internationalen Finanz, das ist das eigentliche Ziel. Dem soll auch die Einbürgerung der neuen Münzeinheit dienen. Eine radikale Umgestaltung der chinesischen Verkehrs- und Denkgewohnheiten soll Platz greifen, um die Volkswirtschaft zu Kontributionen an Peking und die dort drahtziehenden Finanzmächte zu bringen.

Nehmen wir einen Augenblick an, dieser Plan ließe sich realisieren, und der Verkehr des 400 Millionen-Reiches akzeptiere wirklich in beträchtlichem Umfang die papiernen und silbernen Kreditzeichen zu dem regierungsseitig beliebten Goldkurs. Dann wären die chinesischen Geld- und Verkehrswerte in ihrem Be-

Digitized by Google

stande davon bedingt, daß wirklich jederzeit ausreichende Goldguthaben im Ausland beständen, um darauf trassieren und den Wechselkurs halten zu können. Die chinesische Handelsbilanz ist nun aber nicht wie die indische so hoch aktiv, daß die Nachfrage nach chinesischen Zahlungsmitteln eine beständige sein und Goldversendungen ins Ausland nur selten erforderlich machen würde. Die Goldeinlösungspflicht würde vielmehr in China eine ganz andere Rolle spielen als in Indien. Sie müßte beständig geübt werden. Die Staatsbank beziehungsweise der Staat selbst würden fortgesetzt dafür zu sorgen haben, daß genügend Gold im Auslande verfügbar wäre. Das Ergebnis wäre notwendig eine beständige finanzielle Abhängigkeit Chinas vom Auslande, dessen Bereitwilligkeit zu Vorschüssen und Anleihen die Voraussetzung dafür sein würde, daß die chinesischen Wechselkurse nicht zusammenbrächen und die Geldwerte nicht in nichts zerflössen.

Schon rein praktisch genommen, ist also die Uebertragung des indischen Systems auf China utopisch. Alle Vorbedingungen, die den Rupienkurs derzeit aufrechterhalten: die Aktivität der Handelsbilanz, der Kredit der englischen Regierung, die Festigkeit des staatlichen Regimes, der Zusammenhang der britischen Handels- und Finanzinteressen mit der indischen Volkswirtschaft, vor allem aber die auf Jahrhunderte zurückgehende Gewöhnung des Volkes an die Silberrupie — all dies hat in China keine Parallele. Der Staat ist schwach und ohne Autorität, eine Münzhoheit besteht nicht, der Verkehr ist aufgeklärt und unabhängig, der Bank- und Kreditverkehr hochentwickelt und selbständig. Es sind also keine Chancen, das vollwertige Metall durch Kreditzeichen gleichen Wertes zu ersetzen.

Das neue Münzgesetz proklamiert ein Prägemonopol des Staates und stellt in Aussicht, sobald erst von den neuen Münzen genügende Mengen verfügbar sein werden, ihre unbeschränkte Annahme mit Strafen zu erzwingen, wobei es sich natürlich besonders darum handelt, den stark unterwertigen Teilmünzen den Kurs zum Nennwert zu sichern. Nun sind aber ähnliche Versuche in China bisher stets mißglückt. Der massenhafte Umlauf der Käsch-Messingmünzen, der aus den verflossenen Jahrtausenden staatlicher Kupferwährung herrührt, führt Groß und Klein die Nichtigkeit staatlicher Wertfixierungen beständig vor Augen. Dies und die unstaatliche Silbergewichtsrechnung haben es mit sich gebracht, daß auch die neueren unterwertigen Teilmünzen, die von Provinzialregenten als Hundertstel, Zehntel oder Fünftel des Dollars ausgeprägt wurden, um an den Metalldifferenzen zu profitieren, auf die Dauer sich nur zum wirklichen Metallwert im Umlauf erhalten konnten. Der Verkehr ließ sich nicht dazu

Digitized by Google

bewegen, ein Blechstück zu dem unzweideutigen Silbergewicht in ein anderes Wertverhältnis zu bringen, als es dem sachlichen Sinn, nämlich dem Metallgehalt, entsprach. Nun werden auch die neuen Reichsmünzen der Yuan-Währung auf den Plan treten und sich in Konkurrenz mit den Silberbarren geltend zu machen haben. Wodurch will man es beim Mangel eines alles beherrschenden und durchdringenden Polizei- und Beamtenapparates bewirken, daß sie anders behandelt werden als die zahllosen Münzsorten, die jetzt schon kursieren? Der Staat kann sie dadurch privilegieren, daß er sie an seinen Kassen unbeschränkt annimmt; aber er wird damit nur bewirken, daß man alle Steuern in diesen seinen unterwertigen Münzen bezahlt. Er wird also seine eigenen Einnahmen durch die schlechten Prägungen schädigen. Selbst das kleine Hongkong, wo die Engländer regieren, ist bisher nicht imstande gewesen, seinen eigenen staatlichen Münzen den Nominalwert zu erzwingen. Der Hongkong-Dollar steht trotz gesetzlicher Zahlkraft im Wert hinter dem etwas schwereren mexikanischen zurück, und die Scheidemünzen lassen sich nicht in einem höheren Wert erhalten als die chinesischen aus dem nahen Kanton, die ohne Rücksicht auf die Bezeichnung nach Metall- und Verkehrswert notiert werden. Der fast groteske, bisher trotz aller Strafandrohungen ergebnislose Kampf der englischen Regierung von Hongkong gegen die chinesischen Verkehrssitten ist überaus lehrreich; aber leider sind in Peking einseitige Profittriebe stärker als Einsicht und als die Rücksichten auf die Rechte des Publikums und die Schranken der eigenen Macht.

So lange da nicht gründlicher Wandel eintritt, wird die neueste Gesetzgeberei nichts Haltbares schaffen. Die neuen Münzen werden nur die bunte Mannigfaltigkeit des Geldwesens vergrößern, zur Vereinfachung und Erleichterung des Verkehrs aber nichts beitragen. Dieser wird am Prinzip seiner Gewichtsrechnung festhalten — mit Recht und zum Vorteil der chinesischen Volkswirtschaft; denn ließe er sich davon abbringen, so würde die Aussaugung seiner Metalladern zu Krisen und zum Verfall führen.

Man sieht, die europäische Währungsmache in Asien zeichnet sich, so paradox dies auch scheint, weder durch Zweckmäßigkeit noch durch Selbstlosigkeit aus. Doch kann dies nur diejenigen befremden, die der staatlichen Währungspraxis in Europa ohne Kritik gegenüberstehen und die Unzulänglichkeit der hier herrschenden Geldtheorien nicht durchschauen. Auch in Europa ist nach dem Dühringschen Ausdruck die Entgoldung des Verkehrs Parole. Bankzettel, die unverhohlen oder verschleiert uneinlöslich sind, d. h. gar nicht, mit Abzügen oder nur schwierig und umständlich, also im Effekt so gut wie nicht,

Digitized by Google

gegen das Gold, worauf sie lauten, eingewechselt werden können, und die überdies großenteils metallisch ungedeckt sind, bilden die Hauptmasse der Zirkulationsmittel. Papier sowie unterwertiges Silbercourant werden durch Zwangskurs und Zahlungsprivilegien in Umlauf gehalten, um die Anhäufung großer zentraler Goldbestände zu ermöglichen. Diese bilden die Unterlage für die vervielfachten Papieremissionen, die im Notfalle den Kriegsbedürfnissen des Staates dienen können und bis dahin den Zinsfuß für Wechseldiskont und Effektenbeleihung niedrig halten. Die künstliche, durch raffinierte Prozeduren, wie Kleinheit der Notenabschnitte, Propagierung sogenannter „bargeldloser" Zahlungsmethoden u. dgl. bewerkstelligte Entleerung des Verkehrs vom Metallgelde dient so dazu, größere Mittel als vorhanden vorzutäuschen und ungesunde Krediterweiterungen zu ermöglichen. Im Falle einer kriegerischen Verwicklung oder einer wirtschaftlichen Krisis hat das Volk die erfreuliche Aussicht, seine Habe in einer entwerteten Valuta zurückgezahlt zu erhalten. Den Vorteil haben die großen Kreditnehmer, welche verhältnismäßig niedrige Zinsen zahlen und die Schulden nach herabgesetztem Geldfuß abtragen können — der Fiskus, die Konzerne, die großen Banken, die großen Unternehmer, kurz alle die, welche mit fremden Mitteln wirtschaften.

Diese Praxis wird durch verkehrte Theorien gestützt, die viel geleistet zu haben glauben, wenn sie dem plump Tatsächlichen die scheinbar rechtfertigende „wissenschaftliche" Formulierung liefern. Unter Berufung auf Smith und Ricardo, die in der Geldtheorie unzulänglich gewesen sind und die Funktion des Metallgeldes bis zu dem Grade verkannten, daß sie seine Ersetzung durch Papier für möglich hielten, wird neuestens dafür Propaganda gemacht, im Geld nichts als eine Art Marken zu sehen, denen der Staatsstempel Wert und Geltung beilegen könne. So steuert man denn neuestens einer immer weniger verhüllten Agitation für Assignaten- und ähnlichen Mißwirtschaft zu, die, wie die Geschichte sattsam bezeugt hat, unweigerlich zu Katastrophen führen muß.

Wo nun die Europäer in Asien ihre Methoden zur Geltung bringen, da kommt vermöge ihrer gesteigerten politischen und finanziellen Herrschaft der wahre Sinn ihrer Währungskultur krasser zum Vorschein und kann leichter attrappiert werden, als es in Europa gewöhnlich möglich ist. Das System: Gold für den Auslandsverkehr, Papier und Blech für das Inland, in Britisch-Indien auf die Spitze getrieben, stellt sich vor aller Welt mit dem unzweideutigen Tatbestand bloß, daß die den Indern durch Zwang und Vorspiegelung abgenommenen Barbeträge in London aufgestapelt werden, um dem Vorteil der

Digitized by Google

britischen Herren zu dienen. Wem kann man glaubhaft machen, daß diese Beträge, die gelegentlich bis an die Milliarde Mark reichen, und, wenn erwünscht, auch noch höher getrieben werden können, jemals nach Indien zurückwandern werden? England wird sie behalten und im Bedarfsfalle ohne Rücksicht auf Indien benützen. Aber das ist gar nicht einmal nötig, um Indien durch Zerstörung seiner Geld- und Verkehrswerte mit einer unübersehbaren Katastrophe heimzusuchen; wie gezeigt, können schon weit weniger extreme Gestaltungen den gleichen Effekt haben. Von solchen Möglichkeiten wird man in dem Bericht der neuesten Währungsenquete, welche die englische Regierung vor Beamten und indischen Strohmännern hat abhalten lassen, um sich vor der Kritik sicherzustellen, vergebens eine Andeutung finden; vielmehr wird von nichts als der Stabilität der Wechselkurse gesprochen, als sei alles schon in bester Ordnung, wenn die Engländer das, was sie aus Indien zu empfangen haben, schön sicher in ihren Pfund Sterling erhalten. Sicherheit für die Engländer, Unsicherheit für die Hindu — das nennt man dann eine geordnete Währung nach modernen Prinzipien. Schreibt doch Prof. Keynes-Cambridge, der als Haupttheoretiker in der erwähnten Währungskommission saß und ihre Beschlüsse maßgebend beeinflußte, wörtlich („Indian Currency and Finance", 1913, S. 30): „Der Gold-Exchange-Standard gründet sich auf die Entdeckung, daß, solange für internationale Zahlungen Gold zu annähernd festem Kurs gegen das Landesgeld zu haben ist, es vergleichsweise gleichgültig ist, ob auch das Landesgeld wirklich aus Gold besteht." Nach dieser britischen „Entdeckung" können also sämtliche Länder ihr Gold den englischen Banken überantworten und sich mit Zeichengeld behelfen, das auf Grund dieser Bankguthaben ausgegeben wird. In der Tat hat man ja schon verschiedentlich Notenbanken gestattet, Devisen, d. h. also wesentlich Wechsel auf London, in ihren Metallschatz einzurechnen, also vielfache Notenemissionen auf bloße Londoner Guthaben statt auf Bargold zu gründen, und Japan, Mexiko und diverse südamerikanische und Balkan-Staaten sind unter dem Druck von Anleihebedingungen dazu gebracht worden, die Golddeckung ihrer fiduziären Geldzeichen bei den europäischen Banken zu belassen und sich mit Trassierungsbefugnissen zu begnügen. Die Engländer selbst hüten sich wohl, ihre eigene Goldwährung anzutasten, denn sie wissen recht gut, daß ihre finanzielle Weltstellung darauf beruht, daß seit bald hundert Jahren die Goldzahlungen unverbrüchlich aufrecht erhalten werden, und alle Forderungen auf London als Gold gelten. Freilich wird ihnen das dadurch leicht gemacht, daß die anderen Völker ihren Geldumlauf mehr und

Digitized by Google

mehr auf Kredit gründen. Wenn jetzt auch China diese Art Währung, d. h. Kreditgeld auf Grund von Golddepositen in London, akzeptiert, so steigt die Macht des „Clearinghauses der Welt" wieder um ein Beträchtliches. Man sieht also, daß Theorien und Maßregeln, welche auf Verdrängung des Metallgeldes und Ausbreitung von fiktiven Wertzeichen abzielen, denen zustatten kommen müssen, die klug genug sind, selbst nicht mitzutun, sondern bei der Solidität der Währung zu beharren. Es ist mit den Völkern nicht anders als mit den Privaten: wer sich überschuldet, gerät schließlich in Abhängigkeit von dem, der seine Mittel geschont und liquid erhalten hat. Die Völker, die durch künstliche Kreditausdehnungen das Metall aus ihrem Umlauf treiben, fallen schließlich den Engländern zur finanziellen Ausbeutung anheim. Dies ist sichtlich jetzt überall der Hergang. Man kann keine wirksamen Anleihen in Papier und fragwürdigem Blech aufnehmen. Das sollten auch die Staatslenker bedenken, die sich von den Bank- und Geldsachverständigen zur Begünstigung des Zettelwesens animieren lassen.

Die Solidität und Zuverlässigkeit des Geldes entscheidet über die Leistungsfähigkeit und Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft in einem viel höheren Maße, als man bisher, bei allem Bewußtsein von seiner fundamentalen Wichtigkeit, sich klar gemacht hat. Um so größere Aufmerksamkeit verdienen die theoretischen Unsicherheiten und praktischen Experimente, die neuestens das Geldwesen heimsuchen, hauptsächlich infolge der ungebührlichen Kreditanspannung, an der sowohl die übertriebene Ausgabenwirtschaft der Staaten als die ungeheuerlichen Monopolisierungen in Industrie und Handel Schuld tragen. Die ökonomische Wissenschaft ist hier bisher unzulänglich geblieben; denn seit ihrer klassischen Periode, von der schottischen Formulierung her, erbt sich der Grundirrtum fort, der im Gelde eine menschliche Erfindung sieht, die man nach Gutdünken und Vereinbarung auch wohl abändern oder durch etwas anderes ersetzen könne. Diese Fehlidee ist auch dem Sozialismus geläufig; der Kommunismus fußt auf ihr, wenn er irgendein Verrechnungssystem oder eine Schätzung nach Arbeitszeit der Güterverteilung zugrunde legen zu können glaubt.

Glücklicherweise hat gerade der deutsche Boden eine Geldtheorie hervorgebracht, die mit den uralten Irrtümern aufgeräumt hat und eine feste Haltung in allen Währungsproblemen ermöglicht. Eugen Dühring hat gezeigt, daß das Metallgeld keiner menschlichen Willkür, sondern den Naturgesetzen selbst, d. h. den nun einmal von Natur gegebenen Qualitäten der edlen Metalle und ihrer entsprechenden Seltenheit seinen Ursprung verdankt. Die

Digitized by Google

Menschen haben allgemein die Einrichtung des Metallgeldes angenommen, nicht weil sie so wollten, sondern weil sie so wollen mußten, da anders Arbeitsteilung, höhere Produktivität, ökonomische Macht und Zivilisation sich nicht entwickeln konnten. Diese Auffassung ist nicht etwa Metallismus der herkömmlichen Art, denn sie rechtfertigt das Metallgeld nicht auf Grund geschichtlicher Erfahrungen, praktischer Nützlichkeitserwägungen oder dergl., sondern greift radikal bis auf ein Naturfundament zurück, dessen Notwendigkeit über Opportunitätsgründe erhaben ist. Hier ist die Funktion der Edelmetalle eine soziale Grundtatsache von ähnlicher von Staat und Konvention unabhängiger Bedeutung, wie die Naturtatsachen Eigentum und Familie. Diese Lehre macht jedem Konventionalismus ein Ende und gibt einem Hauptstück der Nationalökonomie eine bisher unerreichte Sicherheit. Sie zieht eine scharfe Grenzlinie gegen alle Arten Geld, welche das Metall nur vertreten, auf das Metall Bezug nehmen und ohne solche Bezugnahme gar nichts Klares bedeuten können. Kredit und Geld sind zweierlei; Kredit gründet sich auf Geld und kann es nicht ersetzen. Kredit erweitert die Leistungen des Geldes, ist aber eine Schöpfung zweiter Ordnung. Der Kredit beruht auf menschlicher Satzung und Willkür, das Metallgeld auf der Verfassung der Natur: daher die entscheidende Differenz in der Sicherheit und Unbedingtheit der Geltung. Keine Konvention, keine Diktatur, auch nicht die staatliche, kann willkürlich ein Geld schaffen, das dem Metallgeld gleich stünde oder es gar ersetzen könnte. Der Staat bezeichnet und wägt das Metall; mehr kann sein Prägegeschäft nicht leisten. Wo man dem Münznamen mehr zutraut, als die Bezeichnung des Feingewichts, liegt eine Art ökonomischen Aberglaubens vor, ein doppelter Aberglaube, nämlich der an die Wesenheit eines leeren Namens und an die Macht des Staates, denselben mit einer Realität zu füllen. Dieser Aberglaube ist, wie solcher auf andern Gebieten, die Quelle von Betrügereien und Uebervorteilungen gewesen. Er ist auf die Dauer unhaltbar und muß der Aufklärung über das wahre Wesen der Dinge weichen. Nach den Enttäuschungen und Schädigungen muß schließlich stets und überall die Einsicht durchbrechen, daß der eigentliche Wertträger, das einzige endgültige Zahlungsmittel, der naturgegebene Wertschätzungsmaßstab und sichere Rückhalt das edle Metall ist; und daß alle andern, vom Menschen geschaffenen Mittel ähnlicher Funktion nur so weit ökonomische Bedeutung haben können, wie in jedem Falle das Vertrauen reichen kann, durch sie zum eigentlichen Wertträger zu gelangen.

Erst diese Theorie läßt auch im alten unstaatlichen chinesischen Geldwesen einen tieferen Sinn sichtbar werden, an dem

Digitized by Google

europäische Berichterstattung und Wissenschaft bisher acht- und verständnislos vorübergegangen sind. Man hat sich an Verurteilung des Komplizierten, Zurückgebliebenen und Unverständlichen der chinesischen Zahlungssitten nicht genug tun können, damit aber nur die eigene Kurzsichtigkeit verraten. Und diesem Defizit an Wissen entsprach denn auch die Unzulänglichkeit der Reformpotenz. Nicht Verbesserungen, sondern lediglich eine Ansteckung durch den europäischen Geldverderb hat man den Chinesen bisher zu präsentieren vermocht. Es ist beschämend, daß man in gelegentlichen kurzen Bemerkungen einfacher Kommissäre des chinesischen Zolldienstes mehr Verständnis und Einsicht antrifft, als in den dickleibigen Memoranden mancher der offiziellen Währungsratgeber, die sich China aus dem Westen geholt hat. Die Chinesen haben allen Grund, sich auf das Vernünftige und Haltbare, ja notwendig Beizubehaltende in ihrem Geldwesen zu besinnen, und auch in diesem Punkt wie in anderen gegen eine vorlaute Europäisierung zurückhaltend zu bleiben. Ja sie hätten es in der Hand, mit einer konservativen, also dem chinesischen Sinn entsprechenden Fortbildung ihres bestehenden unstaatlichen, auf Freiheit und Vollwertigkeit angelegten Geldsystems zu etwas Vollkommenerem zu gelangen als die Europäer, die infolge Münzaberglauben und Kreditfrömmigkeit allgemach mit ihrer gesamten Habe von dem Belieben des Staates und der ihn gängelnden sozialen Mächte abhängig werden. Dr. Hermann Schwarzwald, Wien.

Reform des schweizerischen Bankwesens.

Im schweizerischen Bankwesen gärt es. Im Laufe der letzten, politisch so ereignisreichen Jahre sind eine ganze Anzahl kleiner und mittlerer Banken zusammengebrochen, andere nur mit staatlicher oder privater Unterstützung aufrechterhalten worden. In Nord- und Westeuropa hat der Sturm die Banken meist nur gebeugt; in der Schweiz hat er einen großen Teil von ihnen entwurzelt, ohne einen Unterschied in der Gattung oder der geographischen Lage zu machen. Alle Spielarten des so buntscheckigen schweizerischen Bankwesens sind in Mitleidenschaft gezogen worden, und die Verluste verteilen sich auf Kantone mit den denkbar verschiedenartigsten geologischen, nationalen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Am härtesten sind die Kantone Thurgau im Norden und Tessin im Süden betroffen worden. Aber auch die Kantone Bern, Zürich und Aargau sind mit mehreren Bankinsolvenzen und starken Verlusten beteiligt, so daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn außer den einzelnen Kantonalräten auch die Bundesregierung sich mit den Katastrophen beschäftigt und die

Digitized by Google

Reform des schweizerischen Bankwesens als eine nationale Notwendigkeit auf ihr Programm gesetzt hat. Die große Frage ist jetzt, wie diese Reform aussehen soll.

Wenn eine Bank den plötzlichen Ansturm ihrer Gläubiger mit der Erklärung ihrer Zahlungsunfähigkeit beantworten muß, während eine andere Bank allen ihren Verpflichtungen prompt nachkommt, so will das an sich noch keineswegs besagen, daß die erste Bank schlecht, die zweite aber gut verwaltet ist. Die Theorie allerdings, die den Fehler begeht, das Bankwesen als einen völlig isolierten Faktor im Wirtschaftsganzen anzusehen, erklärt sich für befriedigt, wenn eine angegriffene Bank intakt bleibt, und fragt nicht danach, ob ihre Fortexistenz etwa mit dem Ruin hunderter von Schuldnern erkauft ist, die sich plötzlich des Kredits beraubt sehen, an den man sie im Laufe der Jahre gewöhnt hat. Tatsächlich aber verstößt eine Bank, die ihre Gläubiger befriedigt, indem sie ihre Schuldner wirtschaftlich vernichtet, ebenso und vielleicht mehr gegen den Geist eines gesunden Kreditwesens, als eine Bank, die ihre Schalter schließt, weil sie die Kredite, die sie im Vertrauen auf die Konstanz ihres Depositenbestandes gewährt hat, nicht kündigen will oder kann. Die Bankwissenschaft unterscheidet zwar zwischen kurz- und langfristigen Krediten, zwischen liquiden und unrealisierbaren Außenständen. In der Praxis aber erweist sich diese Unterscheidung immer wieder als nebensächlich gegenüber der ungleich wichtigeren Frage, ob die Darlehen, welche die Bank in irgendeiner Form gewährt hat, sicher und vollwertig sind, und ob ihnen genügende Barreserven und ein ausreichender Eigenkredit der Bank zur Seite stehen, die eine plötzliche Kündigung der Darlehen überflüssig machen.

Deshalb darf man aus der Zahlungseinstellung einer größeren Anzahl schweizerischer Banken zwar ohne weiteres folgern, daß die Organisation des Bankwesens in der Schweiz unvollkommen und verbesserungsbedürftig ist, nicht aber, daß sie notwendig schlechter ist als etwa diejenige in Deutschland. Solche Qualitäts-Vergleiche lassen sich überhaupt nur rechtfertigen, wenn man imstande ist, die Summen des beiderseits angerichteten Schadens miteinander zu vergleichen — des Schadens nämlich, den deutsche Institute durch ihre gewaltsame Kreditrestriktion der Gesamtwirtschaft zugefügt haben, und desjenigen, den die schweizerischen Zahlungseinstellungen für das Land bedeuten.

Der letztere Schaden ist nun allerdings sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Geschäftsumfang der insolventen schweizerischen Banken ein sehr hoher. Namentlich im Tessin scheinen die Gläubiger hart betroffen zu werden. Beim Credito Ticinese (Locarno) rechnet man mit einer Konkursquote von nur 30%, bei

Digitized by Google

der Banca Cantonale Ticinese (Bellinzona) mit 50 bis 60%. Sehr hoch sind auch die Verluste im Kanton Thurgau, wo seit 1911 die Spar- und Leihkassen in Aadorf, Steckborn und Eschlikon ihre Zahlungen eingestellt haben und die Thurgauische Hypothekenbank viele Millionen hat abschreiben und Anlehnung an eine andere Bank hat suchen müssen. Etwas besser steht es im Kanton Bern (Centralbank Bern, Volksbank in Biel, Sparkassen in Delsberg, Burgdorf und Seignelégier) sowie in Zürich (Gewerbekasse Kloten, Bank in Horgen), wo Liquidationsergebnisse bis zu 75% erwartet werden; bei der Centralbank in Bern wird sogar auf volle Befriedigung der Gläubiger gerechnet. Im Aargau (Spar- und Leihkasse Bremgarten und Brittnau) handelt es sich nur um Institute geringeren Geschäftsumfanges; das bedeutendere von ihnen (Bremgarten) hat an seine Gläubiger etwa 40% ausschütten können.

Die Verluste, die bei allen diesen und einer Reihe unbeträchtlicherer Insolvenzen innerhalb dreier Jahre erlitten worden sind, müssen für ein so kleines und kapitalarmes Land wie die Schweiz immerhin recht bedeutend genannt werden. Es kommt hinzu, daß eine große Anzahl weiterer Banken, namentlich im Tessin, nur mit Hilfe befreundeter, zum Teil italienischer, Institute vor dem Zusammenbruch haben bewahrt werden können, und daß wieder andere, im Sinne des Liquiditätsdogmas besser geleitete Banken sich selbst zwar gehalten, die auf sie angewiesenen Geschäftskreise aber des allernötigsten Kredits beraubt und vielfach zum Erliegen gebracht haben. Die Schlußfolgerungen, die man im ersten Moment aus der Häufung der Bankbrüche zu ziehen versucht ist, und die man in der Schweiz selbst auch tatsächlich gezogen hat, sind also in diesem Falle zutreffend. Man hat es wirklich mit einem Bankwesen zu tun, das mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr Angriffsflächen bietet, als das Bankwesen der Nachbarländer. Ein Blick auf die Organisation des Kreditwesens in der Schweiz macht das auch ohne weiteres erklärlich.

Das schweizerische Bankwesen zeichnet sich nämlich durch eine Ungebundenheit und Bewegungsfreiheit aus, wie sie in keinem anderen Kulturlande wieder anzutreffen ist. Nicht, daß die Gesetze sich weniger mit ihm beschäftigten, als dies anderwärts der Fall ist. Wenn auch ein Bundesgesetz für die Privatbanken nicht existiert, diese vielmehr — genau wie in Deutschland — den Vorschriften des Handels- bzw. Bürgerlichen Gesetzbuchs unterstehen, so haben doch die meisten Kantonalregierungen Spezialbestimmungen für das Bankwesen erlassen, die teilweise sogar sehr weit gehen. Aber diese Bestimmungen schränken die Freiheit der Banken in bezug auf die Art der Unternehmung sowie auf die Annahme und Verwendung von Geldern in keiner Weise ein,

Digitized by Google

und die Banken selbst haben sich freiwillige Beschränkungen nicht auferlegt. Infolgedessen fehlt in der Schweiz die in den anderen Ländern mehr oder weniger durchgeführte Arbeitsteilung und Spezialisierung. Die Banken tragen kein Bedenken, die Funktionen einer Hypothekenbank, Handelsbank und Sparkasse zu gleicher Zeit auszuüben und daneben gelegentlich noch als Industrietrust tätig zu sein. Und so wenig wählerisch sie bei ihren Aktivgeschäften sind, ebensowenig sind sie es bei der Annahme fremder Gelder. Jede Form der Kapitalbeschaffung ist ihnen geläufig. Sie nehmen kurz- und langfristige Depositen sowie Spargelder entgegen, letztere auch auf Sparbuch, und machen sich Geld durch Ausgabe von Kassascheinen, Pfandbriefen und drei- bis fünfjähriger Obligationen. Nur in Oesterreich findet man noch eine ähnliche Vielseitigkeit des Passivgeschäfts; hier ist sie aber gemildert durch den staatlichen Konzessionszwang und eine geschulte Banktechnik.

In der Schweiz ist diese Technik eine vergleichsweise sehr rohe. Feste Prinzipien haben sich eigentlich überhaupt nur bei den paar Großbanken herausgebildet, die in enger Fühlung mit den deutschen und französischen Instituten stehen. Bei den anderen Banken werden die Geschäfte stark von Impulsen beeinflußt. Es kommt vor, daß Banken, deren ganze Tradition sie auf das Hypothekengeschäft hinweist, plötzlich zur Ansicht kommen, „die Industrie fördern" zu müssen, und sich auf die gewagtesten Gründungen einlassen. Selbst bei Kantonalbanken, also Instituten, die mit Staatsgeld arbeiten, spielt die Willkür eine große Rolle. Die Oeffentlichkeit erfährt von den oft geradezu abenteuerlichen Geschäften meist nur, wenn das unglückliche Ende da ist und die Verluste zutage treten; so bei der Luzerner Kantonalbank mit ihrem Riesenengagement bei der Schokoladenfabrik „Luzerna". Daß kurzfristige Gelder in langfristige Geschäfte gesteckt werden, ist an der Tagesordnung. Ein- bis dreijährige Kassenscheine müssen vielfach die Gelder für Hypotheken-Anlagen liefern, und selbst Depositen werden oft in derartige, schwer oder gar nicht realisierbare Anlagen gesteckt; nicht etwa nur von den Spar -und Leihbanken, die den deutschen Kreditgenossenschaften ähneln und wie diese mit einer gewissen Schwerflüssigkeit der fremden Gelder rechnen können, sondern auch Kantonalbanken und sogar ausgesprochene Hypothekenbanken. So hat die bereits erwähnte Thurgauische Hypothekenbank in Frauenfeld ihr verdächtiges Hypothekenmaterial, darunter eine zweite Hypothek von 4⅓ Millionen Fr. auf den — Berliner Admiralspalast sowie höchst zweifelhafte Objekte in Frankfurt, Köln usw., zum großen Teil aus Spargeldern bestritten. Auch die sogenannten kurzfristigen Anlagen sind zu einem sehr hohen Prozentsatz Dauer-

Digitized by Google

kredite; der Leiter eines sehr alten Instituts stellte gelegentlich voll Stolz fest, daß Kreditkündigungen bei seiner Bank eine Seltenheit bildeten — was an sich sehr lobenswert ist — und daß zahlreiche Kontokorrentvorschüsse schon seit dreißig, vierzig, ja fünfzig Jahren unverändert liefen — was deutlich zeigt, daß es sich hier um Anlagekredite handelt, die vielleicht niemals realisierbar sein werden. Bei derartigen Prinzipien ist es nicht zu verwundern, daß Handelsredakteure schweizerischer Blätter, die anläßlich der Bankbrüche im Tessin Rücksprache mit dortigen Bankleitern genommen haben, erstaunt, ja geradezu erschrocken über die leichtfertigen Anschauungen gewesen sind, zu denen sich jene Verwalter fremden Geldes bekannten.

Diese Harmlosigkeit in bezug auf alles, was bankmäßige Geldverwertung heißt, durchzieht die ganze Schweiz und findet sich in den Regierungsämtern und Ratsversammlungen nicht weniger als in den Bankbüros selbst. Die kantonalen Sparbank-Gesetze sind zum Teil von einer unglaublichen Naivität. Ja sie sind es sogar, die den Bankfachmann veranlassen, die Grundsätze einer gesunden Bankpolitik zu verletzen. Fast alle Kantonalgesetze verlangen zum Beispiel, daß die Deckung der Spargelder aus guten Hypotheken oder staatsgarantierten Papieren bestehe. Diese Gleichstellung der unveräußerlichen Hypothek mit dem jederzeit verwertbaren Staatspapier ist überaus charakteristisch. Sie beweist, daß die Bankvorschriften von Leuten erlassen worden sind, die dem Bankwesen völlig fremd gegenüberstehen und sich der großen Bedeutung der Liquidität für ein Depositen- und Spar-Institut ebensowenig bewußt sind, wie der Konsequenzen, die ihre Vorschriften in praxi haben müssen. Denn da der Hypotheken-Zinsfuß stets erheblich höher ist als der Zins staatsgarantierter Papiere, so muß die natürliche Folge der kantonalen Deckungsvorschrift sein, daß die Spargelder vorzugsweise in Hypotheken angelegt werden; und zwar nicht etwa nur in ländlichen Hypotheken — was sich zur Not rechtfertigen ließe und in Uebereinstimmung mit den landwirtschafts-freundlichen Tendenzen der Kantonsgesetze stehen würde —, sondern auch in städtischen und sogar ausländischen Hypotheken.

Entsprechend naiv sind denn auch die Reformvorschläge, die jetzt, angesichts der zahlreichen Bankbrüche in allen Gegenden der Schweiz, in den einzelnen Kantonen gemacht werden. Daß die Grundlagen des schweizerischen Bankwesens änderungsbedürftig seien, daß die Liquidität verbessert und vor allem mit dem Universalitätsprinzip gebrochen werden müsse, welches jeder Bank jedes Geschäft erlaubt, auf diesen Gedanken ist man bisher nirgends gekommen. Dagegen herrscht überall das eifrige Bestreben, durch strenge Kontrolle zu verhindern, daß künftig die Depositen-

Digitized by Google

und Spargelder wieder in schlechte Anlagen gesteckt werden. Es ist dies derselbe Aberglaube, der auch in anderen Ländern anzutreffen ist, der Aberglaube nämlich, daß sich durch Einwirkung von außen ein Einfluß auf die Qualität der Anlagen ausüben lassen könne. Gewiß ist es möglich, durch allgemeine Vorschriften bestimmte Gefahren zu beseitigen. So läßt sich durch die Bestimmung, daß ein hoher Prozentsatz der fremden Gelder in bar und ein weiterer Prozentsatz in Staatsanleihen liquid zu erhalten sei, für den Fall eines Runs vorsorgen. Es läßt sich durch das Verbot, mehr als einen bestimmten Teil aller werbenden Mittel an einen und denselben Unternehmer oder Konzern auszuleihen, eine bessere Verteilung der Risiken und zugleich eine Einschränkung der antisozialen Goliathkredite erreichen. Es läßt sich, wenn man will, die Verbindung der Banken mit der Börse und der Spekulation lockern, es läßt sich durch strenge Haftpflichts- und Strafbestimmungen eine wirksame Selbstkontrolle der Verwaltungskörper herbeiführen, und es läßt sich endlich durch ein staatliches Aufsichtsamt eine gewisse Gewähr schaffen, daß alle Vorschriften und Verbote tatsächlich befolgt werden. Aber eine Versicherung gegen schlechte Anlagen und daraus entspringende Verluste nur auf dem Wege einer straffen amtlichen Kontrolle ist nicht denkbar. Ein Staatskontrollamt wird selbst durch die Vornahme gewissenhaftester Revisionen bestenfalls nur feststellen können, ob formale Verstöße gegen irgendeine Bestimmung vorgekommen sind. Ob alle Debitoren sicher und alle Kredit-Unterlagen und Hypotheken vollwertig sind, ob alle Wechsel bei Fälligkeit eingehen und alle Effekten-Engagements sich ohne Verlust abwickeln lassen werden, das zu ermitteln wird kein Banken-Aufsichtsamt jemals in der Lage sein. Und gerade darauf kommt es vom Standpunkt der Bank-Gläubiger an, so lange gesetzliche Garantien für die Zahlungsbereitschaft der Bank fehlen. Sind solche Garantien aber durch geeignete Gesetze gegeben, so tritt das Interesse daran, wie es im einzelnen um die Geschäftsführung einer Bank steht, weit hinter der Frage zurück, ob jene Gesetze befolgt werden. Deshalb ist ein Aufsichtsamt nur da am Platze, wo es rein formale Kontrollfunktionen auszuüben gibt, also da, wo das Gesetz bestimmte Richtlinien vorgezeichnet hat, die innegehalten werden müssen. Gesetzliche Schutzbestimmungen sind die Vorbedingung eines Bank-Aufsichtsamtes, können aber niemals durch ein solches Amt ersetzt werden.

In der Schweiz ist man anderer Ansicht, und nicht nur in den Ratsversammlungen der Kantone. Auch die Bundesregierung will den Esel beim Schwanz aufzäumen und, statt endlich das gerade in der Schweiz so dringend nötige Depositenbankgesetz zu schaffen, die Sicherheit der Spargelder durch eine schärfere

Digitized by Google

Beaufsichtigung der Banken herbeiführen. Das Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsministerium beschäftigt sich jetzt mit der Frage, wie die Aufsicht am besten auszuüben ist, und hat bereits eine ganze Reihe von Sachverständigen darüber vernommen. Die Ansichten sind natürlich geteilt. Die einen befürworten ein rein staatliches Aufsichtsamt, ähnlich dem amerikanischen für die Nationalbanken, die anderen möchten den Staat ausschalten und die Kontrolle in die Hand der Banken selbst legen, wobei ein Teil an das — sehr verbesserungsbedürftige — Revisionswesen bei den deutschen Genossenschaften, ein anderer Teil an das vielleicht noch weniger bewährte englische System der chartered accountants denkt.

Der Vorschlag, ein eidgenössisches Bankamt zu schaffen, wäre nach dem vorher gesagten nur dann praktikabel, wenn es ein Depositen- und Sparbank-Gesetz gäbe, das heißt, wenn das Kontrollamt etwas konkretes zu kontrollieren hätte. Fehlt diese Voraussetzung, und muß sich das Bankamt mit der unmöglichen Aufgabe plagen, aus Bilanzen und sonstigen Indizien die Qualität der Anlagen zu ermitteln, so übernimmt die Bundesregierung eine Verantwortung gegenüber den Bankgläubigern, die zu tragen sie ganz außerstande ist. Das Depositengesetz, das zu schaffen man sich jetzt scheut, wird dann später auf den Trümmern des Bankamts errichtet werden müssen.

Ebenso ungeeignet ist der Vorschlag, die Bankkontrolle in die Hand der Banken selbst zu legen, d. h. sie zu Revisionsverbänden zusammenzuschließen und sie der Ueberwachung durch selbstgewählte Berufsrevisoren oder durch Kontrollgesellschaften anzuvertrauen. Denn das Prinzip der Selbst- oder Gegenseitigkeitskontrolle besteht bereits in mehreren Kantonen und hat sich herzlich schlecht bewährt. So haben in Zürich, Bern und Aargau die Kantone die ihnen hier bereits obliegende Revisionspflicht in die Hände der Banken selbst gelegt. Die letzteren haben sich zu Revisionsverbänden zusammengeschlossen und die Kontrolle mit dem Einverständnis der Kantonalräte auf Institute, sogenannte Revisions- oder Treuhandgesellschaften übertragen, die sie — selbst gegründet haben. Der Effekt war, daß in diesen Kantonen ebenso viel oder mehr Zusammenbrüche erfolgten, als in anderen, in denen eine Kontrolle überhaupt nicht existiert.

Die Ursachen der gegenwärtigen mißlichen Lage des schweizerischen Bankwesens liegen tiefer, als daß sie durch oberflächliche oder Scheinmaßnahmen beseitigt werden könnten. Sie wurzeln in organisatorischen Fehlern, die ihrerseits der Ausfluß einer gewissen Unreife, eines banktechnischen Dilettantismus sind. Was

Digitized by Google

daher Not tut, ist die Erziehung des schweizerischen Volks zu gesunden kreditwirtschaftlichen Anschauungen im Wege der Belehrung und der Gesetzgebung. A. L.

Tochtergesellschaften.

Um ihre Bilanzen durchsichtiger zu machen, haben bekanntlich Anfang 1912, auf Drängen der Reichsbankleitung, die Großbanken ein neues, nach einheitlichen Grundsätzen aufgestelltes Bilanzschema angenommen. Die hierin zum Ausdruck kommende Konzession an die Bilanzwahrheit ist allseitig warm begrüßt worden, wenngleich man sich nicht verhehlte, daß auch das neue Schema noch unvollkommen war, so lange unter den Verpflichtungen nicht auch das Wechselobligo angegeben wurde. Die Reichsbank konnte ihre auf erhöhte Publizität gerichteten Bestrebungen seinerzeit durchsetzen, ohne die Gesetzgebung zu behelligen, lediglich auf Grund der Tatsache, daß die Bankwelt auf sie als die große Zentralreserve angewiesen ist und nicht so leicht wagt, ihr Wohlwollen aufs Spiel zu setzen. Leider versagen die Machtmittel der Reichsbank gegenüber den Tausenden von Aktiengesellschaften, bei denen die gleiche Notwendigkeit einer Reform der Bilanzierungsmethoden besteht. Weder die Reichsbank noch eine andere Instanz hat es vermocht, auch nur diejenigen unserer Aktiengesellschaften zu einer korrekteren Wahrnehmung ihrer Publizitätspflichten zu erziehen, die ihren Aktien den ungeheuren Vorteil der börsenmäßigen Umsatzfähigkeit verschafft haben. Von sich selbst aus haben diese Gesellschaften nicht die geringste Veranlassung, ihre Bilanzen gesprächiger zu machen als das Gesetz es unbedingt verlangt. Gerade sie, deren wechselnde Schicksale sich kursmäßig ausnutzen lassen, erheben die Knappheit der Berichterstattung zum Prinzip, angeblich in der wohlmeinenden Absicht, der Spekulation keine Handhabe zu bieten. In Wirklichkeit wird dadurch nur erreicht, daß wenige Besserwissende sich auf Kosten der Aktionärherde bereichern können, zumal, wenn zur knappen Berichterstattung noch ein raffiniertes Verschachtelungssystem tritt, durch das wichtige Daten für das Auge des gewöhnlichen Aktionärs unsichtbar gemacht werden. Die Verwaltungen und ihre guten Freunde haben dann die doppelte Chance, bei gutem Geschäftsgang im Alleinbesitz der kurssteigernden Kenntnis aller Momente zu sein und sich bei eintretender Verschlechterung den zu erwartenden Verlusten durch rechtzeitigen Aktienverkauf zu entziehen.

So war beispielsweise die Aktiengesellschaft für Federstahlindustrie in Kassel, bis vor einigen Jahren eines der bestrentierenden Unternehmen Deutschlands, durch verkehrte Maßnahmen der

Digitized by Google

Verwaltung so heruntergewirtschaftet worden, daß die Dividenden innerhalb weniger Jahre von 15 auf 0% zurückgingen. Die Verwaltung hatte einem Tochterunternehmen, der Hassia G. m. b. H., deren nominelles Kapital nur einige hunderttausend Mark betrug, ohne Wissen der Aktionäre 6 Mill. M. vorgestreckt. Von diesem Engagement, das fast das Dreifache des Aktienkapitals der Muttergesellschaft ausmachte, war in den Bilanzen der letzteren nichts enthalten; eine Verschleierung, gegen die sich juristisch nicht das mindeste sagen ließ und die zwei Jahre hindurch fortgesetzt werden konnte, weil sie keine Bestimmung des Handelsgesetzbuches verletzte. Der Aufsichtsratsvorsitzende, der diese irreführenden Bilanzen verantwortlich zeichnete, war und ist Vorsitzender der Kasseler Handelskammer. Die Aktionäre wurden von dem Hassia-Engagement erst in Kenntnis gesetzt, nachdem es sich längst als ein Fehlschlag erwiesen hatte und die Federstahl-Aktien infolge von Verkäufen Wissender etwa 100% im Kurse zurückgegangen waren. Erst dann wurde auch der betreffende Posten durch Aenderung der Bilanzmethode sichtbar gemacht. Dieses Musterbeispiel einer im Aktienwesen ganz alltäglichen Bilanz-Equilibristik macht es verständlich, warum die Verwaltungen von Aktiengesellschaften Risiken im allgemeinen viel leichteren Herzens auf sich nehmen als Privatunternehmer. Die moderne Bilanztechnik macht es ihnen nicht nur leicht, das eingegangene Risiko dem Auge des Durchschnitts-Aktionärs zu verhüllen, sondern sie gestattet den Hauptinteressenten auch, sich den Folgen eines verfehlten Experiments durch rechtzeitige Fortgabe ihres Aktienbesitzes zu entziehen, während der Privatunternehmer bei allem, was er tut, seine eigene Haut zu Markte trägt.

Die Bilanzen zahlreicher Aktiengesellschaften gleichen jenen aus dem Mittelalter bekannten Palimpsesten, bei denen man erst die Schrift auslöschen mußte, um die hinter ihr stehenden Zeichen mit dem wirklichen Sinn entziffern zu können. Trotzdem wird es bei einem gewissen Umfange der Geschäfte, die man der Kenntnis der Aktionäre entziehen will, schwierig, wenn nicht unmöglich, sie unauffällig aus der Bilanz zu eliminieren. Es bedarf daher geeigneter Hilfsmittel, um trotz formaler Richtigbuchung das jeweils gewünschte Bild zu erzeugen.

Das einfachste und darum am häufigsten angewandte Mittel, um eine Bilanz undurchsichtig zu machen, besteht in der Spaltung des einheitlichen Betriebes in mehrere Teile in Form einer Errichtung oder Angliederung von Tochtergesellschaften. Die Vorzüge dieses Systems sind im Hinblick auf die verschiedensten Zwecke — legale und illegale — so einleuchtend, daß man größere Gesellschaften, die das System nicht akzeptiert haben, heute

Digitized by Google

schon als Ausnahmen bezeichnen muß. Das Mittel selbst ist freilich nicht ganz neu. Der vor anderthalb Jahrzehnten zusammengebrochene und seitdem in der Finanzliteratur als klassisches Beispiel für unsolides Gründertum bekannte Kasseler Treber-Konzern beruhte bereits auf diesem System, wenn es auch zu jener Zeit noch nicht zu der bilanztechnischen Vollkommenheit ausgebildet war, die es heute erreicht hat, und die es vor allen strafrechtlichen Konsequenzen sicher stellt. In unseren Tagen hat sich das Prinzip der Tochtergesellschaften im deutschen Aktienwesen volles Bürgerrecht errungen, und große wie kleine, gut wie schlecht geleitete Gesellschaften bedienen sich seiner, nicht zuletzt wegen der Leichtigkeit, mit der dadurch eine gewisse Undurchsichtigkeit ihrer Geschäfte erzielt werden kann. Das hervorragendste Beispiel eines Unternehmens, das auf dem Prinzip der Tochtergesellschaften aufgebaut ist, bildet in der Neuzeit der A. E. G.-Konzern. In welchem Grade hier die Bilanzwerte des Hauptunternehmens hinter den von ihm abhängigen, aber nach außen hin als selbständig erscheinenden Unternehmen zurücktreten, dafür nur wenige Ziffern. Nach der letzten Bilanz stellte sich der Gesamtwert der Aktiven auf 463 Mill. M. Davon kommen auf die eigentlichen Fabrikanlagen noch nicht 100 Mill. Die Hauptposten sind Guthaben bei den Zweigniederlassungen sowie rund 80 Mill. bei den Tochtergesellschaften, die ihrerseits Milliarden-Werte repräsentieren und natürlich selbständige Bilanzen aufstellen, über deren Einzelheiten der Geschäftsbericht der Muttergesellschaft keinerlei Andeutung macht.

Es ist hier nicht der Ort, um auf alle tieferen Gründe einzugehen, aus denen heraus das moderne, steuerlich außerordentlich kostspielige Verschachtelungssystem angewandt wird. So einfach wie beim Treber-Konzern, wo man mit Hilfe der Tochtergesellschaften künstliche Dividenden herausrechnete, um hierauf gestützt neue Aktienserien mit hohem Agio auszugeben — das Prinzip, nach dem in den letzten Jahren auch die Scheidemandel-Gesellschaft gearbeitet hat —, so einfach liegen die Dinge in der Regel natürlich nicht. Bei der Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens ist es auch ganz unmöglich, das Prinzip der Tochtergesellschaften auf eine einzige Formel zu bringen. In dem einen Fall mag es die Rücksicht auf die Konkurrenz sein, welche es geraten erscheinen läßt, durch Errichtnug von Kulissengesellschaften den Einblick in die Hauptgesellschaft zu versperren. In anderen Fällen mag man verhindern wollen, daß die Kundschaft nachrechnen kann, was an ihr verdient wird. Oft wird die juristische Spaltung der Betriebe der Ausdruck einer entsprechenden Arbeitsteilung und organisatorisch-technischer Vereinfachung der Verwaltung sein. Sehr häufig spielt

Digitized by Google

auch die Rücksicht auf den Kredit eine große Rolle, der sich von einer Vielheit von Unternehmungen weit raffinierter ausnutzen läßt als von einer Betriebseinheit. In wie großzügiger Weise das Mittel der Tochtergesellschaften von der A. E. G. angewendet wird, um ihren Werken Beschäftigung in guten und schlechten Zeiten zu sichern, das ist vor Jahren in dieser Zeitschrift anschaulich geschildert worden.*) Wieder ein anderes Motiv ist bei der jüngsten Aufsaugung des Schaaffhausen'schen Bankvereins durch die Disconto-Gesellschaft zutage getreten. Statt daß die Disconto-Gesellschaft, wie es am nächstliegenden und billigsten wäre, den Bankverein glatt übernimmt und aus ihm eine Filiale macht, wendet sie dasselbe Verfahren an wie seinerzeit bei der Uebernahme der Norddeutschen Bank, das heißt, sie läßt aus Rücksicht für die lokalen Gefühle das Kölner Institut als nominell selbständiges Unternehmen weiter bestehen. Die Umgründung, die hierdurch notwendig wird, bedeutet für die Disconto-Gesellschaft eine einmalige Mehrausgabe von 6 bis 7 Mill. Mark, wozu noch die Doppelbesteuerung tritt, die nunmehr für alle Zukunft Platz greift, da das Kölner Tochterunternehmen als selbständige Steuerquelle bestehen bleibt, die von ihm abgelieferten Dividenden aber bei dem Mutterunternehmen noch einmal als Gewinn versteuert werden müssen. Wie hoch muß man da wohl die Vorteile bewerten, die in diesem Fall die Gründung einer Tochtergesellschaft vor der glatten Verschmelzung voraus hat! Und so gibt es heute, wo alle Industrien über wachsenden Steuerdruck klagen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie angeblich durch die zu hohen Lasten bedroht ist, viele Hunderte von Aktiengesellschaften, die freiwillig eine Verdoppelung, ja Verdreifachung ihrer Steuerlasten auf sich nehmen, indem sie in ihren Tochter- und Enkelgesellschaften selbständige Steuerquellen schaffen, statt mit ihnen ein juristisch und steuerrechtlich einheitliches Unternehmen zu bilden.

Wer die Dinge nur unter dem rein fiskalischen Gesichtspunkt betrachtet, könnte sich dieser Entwicklung freuen und in der Tat nur wünschen, daß die Vorteile der Tochtergesellschaften in immer weiteren Kreisen erkannt würden. Wer aber einsieht, wie unter diesem System die den Aktiengesellschaften aus guten Gründen vorgeschriebene Publizität, die eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen bildet, umgangen und in ihr Gegenteil verkehrt wird, wer die verhängnisvolle Tragweite kennt, die dieses Mittel in der Hand unzuverlässiger Verwaltungen gewinnt, ohne daß man ihnen auch nur die Verletzung der üblichen Bilanzmoral, geschweige denn irgendeines Paragraphen des Strafgesetzbuches vorwerfen kann, dem drängt sich doch die Frage auf, ob in einer

*) „System Rathenau", Jahrgang 1908, Heft 8.

Digitized by Google

Zeit, wo das Erwerbsleben immer mehr die Gesellschaftsform annimmt, die geltenden Bilanzvorschriften noch ausreichen und nicht vielmehr einer Revision durch den Gesetzgeber bedürfen, selbst auf die Gefahr hin, daß das System der Tochtergesellschaften auch da eine Erschwerung erfährt, wo mit ihm an sich einwandfreie Absichten verfolgt werden.

Bedarf es noch der Beispiele dafür, welchen groben Schädigungen das Publikum ausgesetzt ist, das mit den Geheimnissen der modernen Bilanztechnik nicht vertraut ist? Ein Beispiel, das der Kasseler Federstahl-Industrie, wurde bereits erwähnt. Es läßt den Unsegen des Schachtelsystems deshalb so deutlich erkennen, weil die Verwaltung der Federstahl-Gesellschaft es niemals gewagt haben würde, hinter dem Rücken der Aktionäre ein Engagement in fast dreifacher Höhe des eigenen Kapitals einzugehen, wenn sie nicht die Möglichkeit gehabt hätte, es auf dem Umwege über eine Tochtergesellschaft aus der Bilanz verschwinden zu lassen. Ein anderes krasses Beispiel, aus der jüngsten Zeit ist der Fall der Vereinigten Chemischen Fabriken in Zeitz, von dem schon in einem früheren Hefte der „Bank" die Rede war. Hier sei nur das für das vorliegende Thema Wesentliche rekapituliert. Die Gesellschaft zahlte seit einer Reihe von Jahren 8% Dividende, die Aktien galten als gute Kapitalanlage und wurden an der Börse entsprechend hoch bewertet. Im letzten Jahre blieb die Gesellschaft plötzlich dividendenlos, nachdem die Aktien schon Monate vor dem Bekanntwerden des Mißerfolges um etwa 70% zurückgegangen waren. Was hatte den Umschwung verschuldet? Etwa ein Brand oder sonst ein katastrophales Ereignis, das die Rentabilität vernichtete? Nichts von alledem! Es war nur bekannt geworden, daß die Gesellschaft ihrem Tochterunternehmen, den Harburger Chemischen Fabriken, in den letzten Jahren Vorschüsse von insgesamt 2 Mill. M. gegeben hatte, die nach Auffassung eines neuen Großaktionärs nicht als vollwertig anzusehen waren. Die Bilanzen der Zeitzer Gesellschaft enthielten über dieses Obligo, das beinahe die Hälfte des eigenen Aktienkapitals ausmachte, nichts. Die Beteiligung selbst war immer mit 12 000 M. aufgeführt worden, während die gegebenen Vorschüsse in Wechselforderungen umgewandelt und als solche bei den im Aufsichtsrat vertretenen Banken rediskontiert worden waren, so daß sie nicht einmal in einem höheren Wechselbestand zum Ausdruck kamen. Natürlich waren die Bilanzen, die ein solches Riesenengagement nicht erwähnten, ein Zerrbild dessen, was der gesunde Menschenverstand unter einer Vermögensaufstellung versteht. Was aber nicht hinderte, daß sie von dem leitenden Direktor (einem früheren Reichstagsabgeordneten), den

Digitized by Google

im Aufsichtsrat sitzenden Vertretern angesehener Banken und von der die Prüfung besorgenden Treuhandgesellschaft als richtig anerkannt und unterzeichnet wurden.

Die bilanzmäßige Unzulänglichkeit, wie sie im Fall Zeitz zutage getreten ist, stellt keineswegs eine Ausnahmeerscheinung dar. Sie repräsentiert vielmehr einen Typus, dem viele hundert Gesellschaften entsprechen, darunter solche, deren Solidität als über jeden Zweifel erhaben gilt. Ein Beispiel der letzteren Kategorie: Die Berlin-Gubener Hutfabriken führen unter ihren Aktiven ein Tochterunternehmen, die Haarhutfabrik G. m. b. H., mit einem Nominalkapital von 20 000 M. auf. Der Umsatz des Tochterunternehmens hat sich im letzten Jahre auf über 3 Mill. Mark, der Gewinn hieraus auf 300 000 M. gestellt. Von diesen Ziffern erfährt man aber weder aus der Bilanz noch aus dem Geschäftsbericht etwas, und auch dem Verfasser sind sie nur durch Zufall bekannt geworden. Was die Oeffentlichkeit erfährt, ist nur geeignet, die Aktionäre zu verwirren. Die Gesellschaft verfolgt nämlich seit vielen Jahren das Prinzip, aus dem Gewinn der Haarhutfabrik immer nur denjenigen Prozentsatz als Einnahme zu verbuchen, den die Hauptgesellschaft als Dividende verteilt, im letzten Jahre also 16% = 3 200 M., dem hundertsten Teil des wirklich erzielten Gewinnes. Der Rest dient zur Bildung von inneren Reserven und zu Betriebserweiterungen, ohne daß Bilanz oder Geschäftsbericht das geringste davon sagen. Ein solches Versteckenspiel, das die Aktionäre als unmündige, für die Kenntnis der Wahrheit nicht reife Kinder ansieht, ist natürlich nur möglich, wo Tochtergesellschaften vorhanden sind, deren im Dunkel des Direktionsarchivs ruhende Bilanzen die Werte enthalten, welche die Bilanz der Hauptgesellschaft verschweigt. Mit anderen Worten: Tochtergesellschaften bilden das ideale Mittel, um objektiv falsche Bilanzen zu machen, ohne sich mit den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches in Widerspruch zu setzen.

Gegenüber dieser Tatsache ist die Frage, ob im deutschen Aktienwesen das Mittel der Tochtergesellschaften in der Mehrzahl der Fälle dazu dient, nicht vorhandene Gewinne vorzuspiegeln oder aber erzielte Gewinne unsichtbar zu machen, von nebensächlicher Bedeutung. Das Entscheidende ist, daß durch das moderne Verschachtelungssystem Verschleierungsmöglichkeiten geschaffen sind, welche — gleichviel ob damit Gewinne vorgetäuscht oder versteckt werden sollen — den Standpunkt, den man zum Aktienwesen als solchem einnimmt, grundsätzlich verändern müssen. Man kann der Ansicht sein, daß es gar nicht erwünscht sei, die Unsicherheit und die Gefahren, denen das Publikum bei der Anlage in Aktien ausgesetzt ist, zu vermindern,

Digitized by Google

weil jedes Mittel, das die Zuverlässigkeit dieser Anlageform verbessert, dazu beiträgt, einen noch größeren Prozentsatz der Sparkraft dem so wichtigen öffentlichen Kredit zu entziehen. Wer dieser Ansicht ist, der wird zwar gegen das diese Gefahren vergrößernde Schachtelsystem an sich nichts einzuwenden haben; er wird aber fordern müssen, daß dem Publikum die Augen vor diesem Gefahren-Erreger geöffnet werden, und daß sein Respekt vor den Bilanzen auf ein geringeres Maß zurückgeführt wird, daß also sowohl die Finanzkritik wie vor allem die Handelshochschulen über die höchst relative Wahrheit der Bilanzen Aufklärung verbreiten. Wer aber im Gegensatz zu dieser Auffassung im Aktienwesen eine aus volkswirtschaftlichen Gründen der Förderung werte Einrichtung sieht, der muß logischerweise entweder gegen das Schachtelsystem als solches, oder für eine Revision unserer Bilanzvorschriften eintreten, da die vom Gesetz gewollte Rechenschaftslegung durch das Mittel der Tochtergesellschaften allgemach zu einer Farce geworden ist.

Die Argumente für diese letztere Forderung liegen auf der Straße. Die Lindström-Aktiengesellschaft hat neben vielen anderen Tochtergesellschaften eine, deren Aktienkapital größer ist als das der Hauptgesellschaft, nämlich die Fonitipia; eine englische Gesellschaft, die ihre Bilanzen in Deutschland nicht zu veröffentlichen braucht und deshalb auch tatsächlich nicht veröffentlicht. Diese für Gedeih und Verderb der Muttergesellschaft ausschlaggebende Beteiligung gelangt in deren Bilanz nur in einer einzigen Ziffer, nämlich in der Dividende, die sie abliefert, zum Ausdruck. Natürlich wird damit die von Lindström veröffentlichte Bilanz so gut wie wertlos. Und wenn man sich über diese Tatsache auch mit der Erwägung hinwegsetzen kann, daß schließlich jede Beteiligung an einem fremden Unternehmen, auf dessen Leitung man keinen Einfluß hat, reine Vertrauenssache ist, so bleibt es doch eine des Gesetzgebers nicht würdige Unlogik, wenn das Aktiengesetz zwar die Veröffentlichung von Jahresbilanzen verlangt, dabei aber duldet, daß der Hauptposten der Vermögensaufstellung durch ein großes Fragezeichen ausgedrückt wird.

Ein anderes Beispiel: Die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. (Caro-Hegenscheidt) führt in ihrer Bilanz Beteiligungen in Höhe von 5,2 Mill. M. auf. Aus nicht offiziellen Angaben weiß man, daß dieser Posten in der Hauptsache aus einer Beteiligung an den Gleiwitzer Steinkohlengruben besteht, von deren Anteilen die Caro-Gesellschaft 60% besitzt. Wie die Bilanz der Gleiwitzer Steinkohlengruben aussieht, darüber wird Stillschweigen beobachtet. Sie könnte eine Schuldenlast von 100 Mill., eventuell so-

Digitized by Google

gar unter Garantie der Muttergesellschaft, aufgehäuft haben, ohne daß die Caro-Aktionäre etwas davon erfahren. Tatsächlich betragen die Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft, wie der Verfasser unter der Hand erfahren hat, gegen 20 Millionen.

Wie auf dem Umwege über Tochtergesellschaften die Warenbestände in der Bilanz künstlich niedrig gehalten werden können, was den Wert der Bilanz natürlich illusorisch macht, auch dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Hier wären, um nur einige herauszugreifen, die Mannesmannröhrenwerke (5,2 Mill. Beteiligungen, aber nur 2,8 Mill. Vorräte) und Gebrüder Körting A.-G. (7,7 Mill. Beteiligungen, aber nur 4,2 Mill. Warenvorräte) zu nennen, ferner die Aktiengesellschaft Lingel in Erfurt, die ausschlaggebend an der großen Berliner Schuhwarenfirma Stiller beteiligt ist, wenn ihr Name auch in keinem Geschäftsbericht genannt wird. Um zu wissen, ob der von der Lingel-Gesellschaft ausgewiesene Gewinn nicht etwa zum Teil auf das noch unverkaufte Lager der Tochterfirma entfällt, wäre es erforderlich, zuvor die Verrechnungsmethode zwischen Haupt- und Tochtergesellschaft zu kennen. Natürlich können, wie noch einmal hervorgehoben werden muß, derartige Tochtergesellschaften selbstständig Verbindlichkeiten eingehen, von denen keine Ziffer der Hauptbilanz Kunde gibt.

Darf man sich angesichts solcher bilanztechnischen Möglichkeiten über jene traurigen Fälle wundern, in denen das Vermögen der Aktionäre über Nacht verschwunden ist? Unsere Handelsvertretungen versichern uns zwar bei jeder Gelegenheit, daß das heimische Erwerbsleben im Kern gesund sei, und jeder Vaterlandsfreund möchte das nur zu gern glauben. Aber die Bilanzen eines großen Teils unserer Aktiengesellschaften sind, wenn man sich lediglich an die Ziffern hält und das Vertrauen zu den leitenden Persönlichkeiten außer Betracht läßt, kein aktenmäßiger Beweis dafür. Es ist vielleicht ein Jahrzehnt her, daß eine polizeiliche Verfügung erging, wonach zur Verhütung von Täuschungen jedes Ladengeschäft angehalten wurde, am Eingang in weithin sichtbarer Schrift den Namen des wirklichen Inhabers anzubringen. Sollte es nicht eine mindestens ebenso wichtige Aufgabe sein, für die Bilanzen unserer Aktiengesellschaften Bestimmungen zu treffen, welche es verhindern, daß über weit wichtigere Momente, als es ein Name ist, systematisch Dunkelheit verbreitet wird?

Ludwig Eschwege.

Digitized by Google

Der Mai 1914.

Politische Ereignisse von Bedeutung sind in **Deutschland** auch im Mai nicht zu verzeichnen. Der Reichstag ist nach einer drei Winter umfassenden Session geschlossen worden, wobei eine Reihe von Vorlagen zunächst unter den Tisch gefallen sind; besonders zu erwähnen ist hier die Petroleummonopol-Vorlage. In Preußen ist die Fideikommißvorlage vom Herrenhause stark abgeändert worden; das Abgeordnetenhaus wird sie vor der Sommerpause wohl kaum noch beschäftigen.

Im Auslande ist das **albanische** Problem, vor dem man mindestens für längere Zeit Ruhe zu haben glaubte, wieder recht bedrohlich in den Vordergrund getreten, weniger wegen der Zuspitzung der Lage in Albanien selbst, wo der Thron des Fürsten zu Wied wankt, als wegen der dabei erneut erkennbaren scharfen Gegensätze zwischen Oesterreich und Italien. — Aber auch in anderen Ländern fehlt es nicht an Ereignissen von politischer Bedeutung. Zwischen **Groß-Britannien,** wo die Homerulekrisis ihrer Lösung nicht merklich nähergekommen ist, und **Rußland,** dessen wirtschaftliche Verhältnisse sich weiter kritisch zuzuspitzen scheinen, das aber gleichwohl wieder eine „Probemobilmachung" größten Maßstabes veranstaltet, haben, wie verlautet, Verhandlungen über ein Flottenabkommen stattgefunden. Sie richten ihre Spitze gegen den Dreibund, genauer gesagt gegen Deutschland, sind aber bisher noch nicht abgeschlossen. Die Regierung Groß-Britanniens plant übrigens wieder ein Geschäft, wie es bisher erst einmal, bei dem Erwerbe der Suezkanal-Aktien durch Disraeli, dagewesen ist. Sie schlägt nämlich vor, sich durch Aktienerwerb die Kontrolle der Anglo-Persian-Oil-Company zu sichern: der Zweck wäre die Sicherstellung des Kraftölbedarfes der englischen Kriegsflotte auf dem Wege nach Indien. — Trotz der, wie bereits im vorigen Hefte bemerkt, nur geringen Verschiebungen, welche die Kammerwahlen in **Frankreich** gebracht, hat das Ministerium Doumergue beim Zusammentritt der Kammer seine Demission gegeben. — Auch in **Belgien** haben die Wahlen nur ganz unwesentliche Veränderungen ergeben. — In **Italien** haben — insbesondere auf Sizilien — ungewöhnlich starke Erdbeben arge Verwüstungen angerichtet. — In den letzten Tagen des Monats ist im St. Lorenz-Strom einer der größten Dampfer der Canadian Pacific, die Empreß of Ireland, gesunken, wobei über tausend Menschen den Tod fanden.

Auf **staatsfinanziellem** Gebiete hat der Mai Ereignisse von Bedeutung nicht gebracht. Die Anleihepläne, über die in den letzten Monaten an dieser Stelle berichtet wurde, werden zwar dauernd weiter bearbeitet, doch scheint es erst im Juni zu Ab-

Digitized by Google

schlüssen und Neuemissionen kommen zu sollen. Besonderes Interesse beansprucht augenblicklich die Lage in Frankreich, wo man sehr ernsthaft mit der Absicht umgeht, an Stelle der dreiprozentigen ewigen Rente eine amortisable Anleihe zu 4% auszugeben, einem Zinsfuß, wie ihn dieser Staat bei seinen eigenen Anleihen seit den siebziger Jahren nicht mehr gekannt hat. — Mexico, wo eine Klärung der Verhältnisse bisher nicht zu verzeichnen ist, hat neue Coupons notleidend werden lassen, dabei aber, anscheinend ohne Erfolg, versucht, sich durch den Verkauf alter Anleihebestände bzw. dadurch gedeckter Schatzanweisungen am Londoner Markte neues Geld zu schaffen. — Es sei hier noch erwähnt, daß Spanien eine Steuer auf ausländische Wertpapiere plant.

In der allgemeinen Lage der **Weltwirtschaft** hat auch der Mai keine Wendung zum Besseren gebracht. Die schwere Industrie aller maßgebend in Betracht kommenden Staaten zeigt noch keine Spur einer durchgreifenden Belebung. Als ungünstiges Moment ist in letzter Zeit noch die starke Schädigung der argentinischen Maisernte hinzugekommen. Auch die finanzielle Schwächung Frankreichs durch die enormen Verluste in Süd- und Mittelamerika sowie Rußland, ferner die bereits erwähnte Zuspitzung der Verhältnisse in diesem letzteren Lande bilden Hemmungsmomente von großer Tragweite. Die Aeußerungen des Baron Rothschild in der Generalversammlung der französischen Nordbahngesellschaft, daß Anzeichen einer nahenden ökonomischen Krisis vorhanden seien, bezogen sich naturgemäß zunächst auf Frankreich, waren jedoch unzweifelhaft nicht ausschließlich auf dieses Land gemünzt. Die Ernteaussichten in den hauptsächlich in Betracht kommenden Staaten der nördlichen Halbkugel sind zwar meist gut; ein günstiger Einfluß ist jedoch erst zu erwarten, wenn das Getreide gut in die Scheuer gekommen ist.

Für den **Außenhandel** des deutschen Wirtschaftsgebietes per Mai liegen bisher nur die Gewichtsziffern einiger wichtigerer Waren vor. Sie lauten (in dz):

	Einfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Mai 1913	Ausfuhr	dagegen im Vormonat	dagegen im Mai 1913
Baumwolle . . .	350 164	508 276	279 446	57 960	51 363	52 731
Jute und Jutewerg .	108 201	178 448	148 684	12 541	6 039	5 095
Merinowolle im Schweiß	109 240	136 564	77 156	2 094	3 552	4 974
Kreuzzuchtwolle im „	85 038	117 624	72 607	2 182	967	1 250
Eisenerze . . .	11 857 839	12 253 781	12 689 736	1 419 885	1 630 421	2 865 535
Steinkohlen . . .	8 947 741	8 096 094	9 526 245	29 466 039	29 308 747	22 885 876
Braunkohlen . . .	5 547 598	6 036 359	5 285 729	38 984	29 817	30 937
Roheisen	135 455	104 513	95 850	530 054	658 846	729 532
Bohl.,Rohasch.,Rohl.usw.	5 576	3 915	7 294	494 188	758 611	552 647
Träger, eiserne . .	8 358	213	855	288 467	406 403	442 838
Eisenb.-, Straßenbsch.	179	823	515	417 001	652 593	500 636
Kupfer	204 577	225 490	217 780	3 507	4 519	6 321

Digitized by Google

Was den **Weltarbeitsmarkt** angeht, so schien sich gegen Ende des Monats in Groß-Britannien wieder einmal ein allgemeiner Transportarbeiterstreik vorzubereiten. Der im vorigen Hefte erwähnte Bergarbeiterstreik in Colorado ist noch immer nicht beigelegt, obwohl infolge der Unruhen sogar Bundesmiliz eingreifen mußte. Der Streik an sich umfaßt kaum mehr als 15 000 Bergleute, ist jedoch infolge der starren Haltung der Bergherren, vornehmlich der Rockefellergruppe, zu einem der blutigsten der letzten Jahre geworden. — Ueber den deutschen Arbeitsmarkt liegt ziffernmäßiges Material erst bis Ende April vor. Nach den Angaben des Reichsarbeitsblattes hat die weitere leichte Besserung, die sich aus ihnen ergibt, in der Hauptsache nur bei einigen Saisongewerben Platz gegriffen, während wichtige andere Gewerbe keinerlei Belebung, zum Teil sogar einen Rückgang aufweisen. Im Baugewerbe hat die Belebung angehalten, aus den Metall verarbeitenden Industrien lauten die Berichte eher schlechter. Auffallend ist die ganz ungewöhnlich starke Besserung des Beschäftigungsgrades der weiblichen Mitglieder der Krankenkassen; sie ist wohl nur zum Teil auf die Erweiterung des Wirkungskreises dieser Kassen zurückzuführen. Das Angebot auf je 100 offene Stellen hat weiter nachgelassen und betrug:

	Februar		März		April	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914
männliche	190	218	168	173	160	161
weibliche	91	97	87	92	96	94

Für die Verkehrseinnahmen der **deutschen Eisenbahnen** reichen die Angaben ebenfalls erst bis Ende April. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind zurückgegangen, zum Teil wohl infolge des sie beeinträchtigenden Osterfestes, das andererseits die Personen-Einnahmen stark hat steigen lassen. Im einzelnen erbrachten:

	Güterverkehr				Personenverkehr				Sonstiges		Gesamteinn.	
	1913		1914		1913		1914		1913	1914	1913	1914
	insges. Mill.M.	p.km M.	insges. Mill.M.	p.km M.	insges. Mill. M.	p.km M.	insges. Mill.M.	p.km M.	Mill. M.		Mill. M.	
*)Febr.	178,9	2895	179,5	2873	57,8	959	61,2	1004	17,8	19,3	254,5	260,0
*)März	187,4	3031	190,1	3041	83,5	1383	75,6	1241	30,0	31,3	300,9	297,0
*)April	189,4	3062	184,7	2954	73,0	1209	89,8	1474	16,5	18,3	278,9	292,8

In den Verhältnissen der **Groß-Schiffahrt** haben die im vorigen Hefte erwähnten Kölner Verhandlungen die erwünschte endgültige Neuordnung wiederum nicht gebracht. Man hat sich bis in den August vertagt; bis dahin herrscht eine Art bewaffneten Friedens. Ein interessanter Vorgang, der durch den Abschluß der Interessengemeinschaft Hapag-Lloyd mindestens beschleunigt wurde, ist die Vereinigung zweier der größten nach Indien fahrenden englischen Schiffahrtsgesellschaften, der Peninsular and

*) Inkl. der Einnahmen der bayerischen Bahnen.

Digitized by Google

Oriental mit der British India Steam Navigation Co. Der Konzern verfügt über mehr als 1 Mill. Brutto Reg.-Tons. — Der Frachtenmarkt ist nicht einheitlich. Die Frachtsätze von Nord- und Südamerika haben eher noch etwas nachgegeben; andererseits ist gegen Schluß des Monats eine Besserung der ganz ungewöhnlich niedrigen indischen Raten eingetreten. — Die Auswanderung über deutsche Häfen bleibt noch immer sehr schwach, wenn auch gegenüber dem April eine merkliche Zunahme zu verzeichnen ist.

	1910	1911	1912	1913	1914
über Hamburg . .	11 520	9 083	17 470	25 479	16 768
„ Bremen . . .	16 030	13 321	19 701	31 023	19 154*)
zusammen .	27 550	22 404	37 171	56 502	35 922
dagegen im					
April	35 155	17 177	24 611	43 286	25 164
März	31 185	20 532	32 478	36 921	29 322

Die Entwicklung der **Konkursziffern** war auch im Mai ziemlich günstig. Es wurden eröffnet:

im Febr.	1912	761	Konkurse	1913	884	Konkurse	1914	751	Konkurse
„ März	1912	760	„	1913	854	„	1914	822	„
„ April	1912	765	„	1913	962	„	1914	706	„
„ Mai	1912	761	„	1913	845	„	1914	682	„

Die **Fusionsbewegung** hat in Deutschlands Industrie und Handel im Mai Fortschritte von Bedeutung nicht gemacht; nur der Abschluß einer Interessengemeinschaft zwischen dem Nordstern und der Preußischen Feuerversicherungs A.-G. ist zu erwähnen.

Die Lage der deutschen **Eisenindustrie** ist unverändert geblieben. Produktions- wie auch Exportziffern halten sich auf sehr beträchtlicher Höhe, die Preise aber sind schlecht. Für nichtsyndizierte Produkte haben sie während des größten Teiles des Monats noch eine Kleinigkeit weiter nachgegeben; ob die leichte Erholung, die man gegen Ende des Monats beobachten konnte, mehr als vorübergehende Bedeutung hat, wird sich noch erweisen müssen. Zum Teil hängt sie damit zusammen, daß man die Syndizierungsbestrebungen augenblicklich wieder einmal etwas hoffnungsvoller ansieht.

Am **Roheisenmarkt** ist die Lage nach Angabe des Verbandes ruhig, und auch am Auslandsmarkte ist eine Belebung nicht eingetreten. Der Maiversand hat etwa die Höhe des April erreicht. Der Verband hat den Verkauf für das dritte Quartal zu den bisherigen Preisen freigegeben, mit der Einschränkung allerdings, „daß die Geschäftsführung ermächtigt wird, den englischen Roheisenpreisen da zu folgen, wo diese die Verbands-

*) Die vom Bremer Stat. Amt veröffentlichte Ziffer von 22 539 Personen enthält die Kajütspassagiere.

Digitized by Google

preise unterbieten". Die Roheisenerzeugung im Mai ist zwar gegen den Vormonat gestiegen, weist aber gegen das Vorjahr, wie seit Anfang des Jahres, einen Rückgang auf. Es wurden erblasen (in 1000 t):

	1910	1911	1912	1913	1914
März	1 250,2	1 322,1	1 424,1	1 628,2	1 602,7
April	1 202,1	1 285,4	1 427,6	1 587,3	1 534,4
Mai	1 261,7	1 312,2	1 463,6	1 641,6	1 607,2

Der **Stahlwerksverband** hat — entgegen der Erwartung — in seiner letzten Versammlung die Halbzeugpreise nicht ermäßigt, sondern den Verkauf von Halbzeug und Formeisen zu unveränderten Preisen und Bedingungen für das dritte Quartal freigegeben. Der Bericht des Verbandes ist ziemlich farblos; er betont die Besserung im Baugeschäfte und die Hebung des Versandes im Mai, erklärt jedoch gleichzeitig, daß Neigung für langfristige Abschlüsse vorerst nicht vorhanden zu sein scheine, und daß man erst für den Herbst mit einer größeren Kauflust rechne. Bei Oberbaumaterial wird ein gewisser Preisdruck infolge der Konkurrenz im Auslandsgeschäft konstatiert. Der Preußische Eisenbahn-Fiskus hat einen neuen, mehrjährigen Lieferungsvertrag zu um etwa 4 M. pro Tonne ermäßigten Preisen mit dem Stahlwerksverbande abgeschlossen. Die Versandziffern des Verbandes liegen erst bis Ende April vor. Sie lauten (in 1000 t):

	Halbzeug:			Eisenbahn-Material:			Formeisen:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Februar	173,0	140,4	134,5	194,8	229,9	214,6	139,4	136,2	133,9
März	157,6	151,7	153,2	256,1	232,4	206,3	245,7	178,2	201,0
April	130,0	137,7	133,8	151,3	234,3	199,1	187,0	193,3	179,5

Mit besonderem Interesse sind im Mai die Verhandlungen über die Schaffung oder Verlängerung von Syndikaten in der Eisenindustrie verfolgt worden. Der im vorigen Hefte erwähnten Anregung der Rheinischen Stahlwerke ist man insofern gefolgt, als eine Anzahl von Kommissionen gebildet wurde, die Pläne zur Syndizierung oder Kontingentierung nicht nur der sogenannten B-Produkte, sondern auch einer Reihe anderer Fertigfabrikate ausarbeiten sollen. Als greifbares Resultat ist bisher nur die weitere provisorische Verlängerung des Walzdrahtverbandes bis zum 1. Oktober zu verzeichnen. Immerhin ist die Neigung für Verbände zurzeit in der Eisenindustrie wieder einmal größer als seit Jahren. Ein Symptom dafür ist auch die Tatsache, daß die Verhandlungen zwischen dem Schiffbaustahlkontor und der Gelsenkirchener Gesellschaft wieder aufgenommen worden sind.

Die Preisgestaltung am Markte der Halb- und Fertigfabrikate zeigte im Mai keine Einheitlichkeit. Die Preise für Stabeisen gingen zunächst etwas weiter zurück, zogen jedoch gegen Schluß

Digitized by Google

des Monats wieder eine Kleinigkeit an. Der Walzdrahtverband hat den Verkauf für das dritte Quartal zu unveränderten Preisen freigegeben, während für einzelne weniger wichtige Fertigfabrikate erneut kleine Preisherabsetzungen vorgenommen worden sind. — Die Notierungen der Düsseldorfer Börse sind durchweg unverändert geblieben. Sie lauten für eine Anzahl wichtigerer Waren (in M. per t):

	17. 4. 1914	1. 5. 1914	15. 5. 1914	29. 5. 1914
Lux. Gießereieisen III	60—62	60—62	60—62	60—62
Dtsch. Gießereieisen I	75,50	75,50	75,50	75,50
„ „ „ III	70,50	70,50	70,50	70,50
Engl. „ „ III	—	—	—	—
Gew. Fluß-Stabeisen	95—98	94—97	94—97	94—97
Grobbleche (Flußeis.)	100—103	99—102	99—102	99—102
Feinbleche	117—121	115—120	115—120	115—120
Flußeisenwalzdraht	117,50	117,50	117,50	117,50

Der deutsche **Außenhandel in Eisen und Eisenwaren** zeigt im April (einzelne provisorische Maiziffern siehe an anderer Stelle) einen neuen Rekord, jedoch nur in den Gewichts-, nicht in den Wertziffern. Während nämlich in dem bisher besten Monat (März 1913) rund 603 000 t Eisen und Eisenwaren im Werte von 126½ Millionen M. exportiert wurden, waren es diesesmal 636 650 t im Werte von 116,8 Mill. M. Für einzelne wichtigere Waren betrugen (in t):

Einfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Februar	6702,3	5828,1	899,5	670,8	29,9	19,0	91,0	73,6
März	6265,8	7088,2	856,2	670,3	0,8	18,7	32,8	252,7
April	8978,0	10451,3	397,7	391,5	19,2	82,3	39,2	21,3

Ausfuhr:

	Roheisen		Halbzeug		Schienen		Träger	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
Februar	75979,0	41565,7	61886,7	66406,9	41493,8	41290,3	39616,9	26080,8
März	77216,7	62555,6	57821,0	61285,1	41838,4	43533,9	38030,7	32501,6
April	69368,8	65884,6	48702,2	75861,1	52275,6	66828,0	48913,4	40640,3

Am englischen Eisenmarkte sind für Fabrikate im Mai wieder einige Preisherabsetzungen vorgenommen worden, von denen die wichtigste die Reduktion des Exportpreises von Stahlplatten um 10 s ist. Die Warrantlager haben sich weiter vermindert; trotzdem sind die Warrantpreise kaum gestiegen. Nr. 3 M'bro Warrants notierten in Glasgow (per ton):

1. Mai	5. Mai	11. Mai	14. Mai	21. Mai	29. Mai
51 sh 3½ d	51 sh 4 d	51 sh 3 d	51 sh 6 d	51 sh 2 d	51 sh 4½ d

Am belgischen Eisenmarkte hat man nach anfänglichem weiteren Preisrückgang Ende des Monats eine leichte Erholung bemerken wollen. Die Betriebseinschränkungen haben zugenommen. Das vorläufig nur für das Inland geplante belgische Stabeisensyndikat (vgl. voriges Heft) ist vorläufig noch nicht

Digitized by Google

zustandegekommen. — Die französischen Eisenindustriellen beraten zurzeit über die Möglichkeit, die Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten durch Exportprämien zu fördern. — In Oesterreich hat der Aprilabsatz wenig befriedigt, da er hinter dem Vormonat und dem Vergleichsmonat des Vorjahres erheblich zurückbleibt.

Am amerikanischen Eisenmarkte wirkt vor allem die Tatsache, daß die Entscheidung in der Frachtratenfrage noch immer nicht gefallen ist, als ein die Neubelebung verzögerndes Moment. Die Preise neigen weiter nach unten, und der Iron Age weist darauf hin, daß für die kommenden Monate mit größeren Einfuhrziffern zu rechnen sein dürfte. Der Auftragsbestand des Stahltrust ist weiter zurückgegangen.

Die Besserung in den Absatzverhältnissen am **deutschen Kohlenmarkte**, von der bereits im vorigen Hefte berichtet wurde, hat auch im Mai angehalten. Es sind dabei allerdings Unterscheidungen zu machen. Die andauernd schlechte Lage des Koksmarktes wirkt naturgemäß auch auf Fettkohlen usw. zurück, und ebenso ist der Absatz von Hausbrandkohlen, der Jahreszeit entsprechend, schwächer geworden. Dagegen gehen fortgesetzt beträchtliche Kohlenmengen, namentlich aus den westlichen Revieren, ins Ausland und nach Uebersee. Im ganzen dürfte sich der Absatz arbeitstäglich etwa auf der Höhe des April gehalten haben, für den der Bericht des **Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats** vorliegt. Dieser konstatiert eine günstigere Entwicklung der Absatzverhältnisse der Menge nach, nicht jedoch in Ansehung der (am 1. April ermäßigten) Preise. Die Einschränkung bei Kohlen und Briketts ist um 5% auf 12½% weiter herabgesetzt worden. Für Koks blieb die bisherige Einschränkung (55%) bestehen. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz betrug (in 1000 t):

	1912		1913		1914	
	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.	insgesamt	arbeitstägl.
Februar	6 538,9	261,6	6 920,9	288,4	5 945,6	248,2
März	5 008,1	192,6	6 869,6	286,2	5 913,8	227,5
April	6 196,5	258,2	7 269,3	279,6	6 347,9	264,5

Der Koks- und Brikettversand betrug (in 1000 t):

	1912				1913				1914			
	Koks		Briketts		Koks		Briketts		Koks		Briketts	
	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.	insg.	arbeitst.
Febr.	1621,2	55,9	343,9	13,8	1875,6	67,0	370,6	15,4	1472,5	52,6	329,9	13,7
März	1685,9	54,4	275,5	10,6	1970,1	63,5	365,4	15,2	1438,5	46,4	343,6	13,2
April	1595,4	53,2	325,9	13,6	1805,9	60,2	410,6	15,8	1424,2	47,5	367,2	15,3

Die letzte Beiratssitzung des Syndikats hat auch die Umlagen für das zweite Quartal festgesetzt und dabei für Koks und Briketts recht wesentliche Erhöhungen, nämlich um 4 resp. 3%, vorgenommen. Die Umlage für Kohlen bleibt auf dem bisherigen Satze von 7%. — In dem Stande der Syndikatsverhand-

Digitized by Google

lungen hat sich im Mai nichts geändert. Als wichtiges Moment muß jedoch hervorgehoben werden, daß Gelsenkirchen, von dem man als sicher annahm, der neue Syndikatsentwurf finde seine vorbehaltlose Billigung, tatsächlich außerordentlich schwerwiegende Vorbehalte in der Hüttenzechenfrage macht. — In der nächsten Zeit ist die Neufestsetzung der Kokspreise zu erwarten; es soll von einzelnen Seiten eine Ermäßigung von 3 M. beantragt worden sein.

Für **Deutschlands Kohlengewinnung** liegen die Ziffern erst bis Ende April vor. In allen Gruppen zeigen sich Rückgänge, die jedoch zum Teil mit dem Osterfeste zusammenhängen. Es wurden gefördert (in 1000 t):

	Steinkohle:			Braunkohle:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Februar . .	14 644,3	15 609,0	15 143,4	6 506,7	6 836,2	7 097,5
März . . .	12 811,8	15 413,3	16 148,0	7 042,0	6 706,2	7 628,4
April . . .	14 062,0	15 821,0	15 162,4	6 356,0	7 258,0	7 130,5

Im **Außenhandel mit Kohle** hat auch der April (provisorische Maiziffern siehe an anderer Stelle) besondere Veränderungen nicht gebracht. Die Einfuhr ist sowohl bei Stein- wie Braunkohle etwas niedriger als im Vorjahre, die Ausfuhrziffern halten sich mit Ausnahme von Koks auf der bisherigen Höhe. Bei Steinkohle betrugen (in 1000 t):

	Einfuhr:			Ausfuhr:		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Februar	642,1	805,3	613,1	2 721,6	3 258,3	3 298,6
März	497,5	709,2	796,1	2 421,0	2 815,6	2 914,7
April	215,9	940,7	809,7	2 947,0	2 938,8	2 930,9

An den Kohlenmärkten des Auslandes ist die Lage ähnlich wie in Deutschland, nur kommt in England und der Union die Abschwächung des Geschäftsganges bei der schweren Industrie in den Kokspreisen mehr zum Ausdrucke als in Deutschland und auch in Belgien, wo das Kokssyndikat die Preise für das laufende Quartal noch unverändert gelassen hat. Für das nächste Vierteljahr wird hier allerdings eine Preisreduktion um 2 Fr. angekündigt; die Produktion ist bereits um etwa $^1/_3$ eingeschränkt worden. — Das französische Kokssyndikat hat ebenfalls eine Produktionseinschränkung um 25% vorgenommen.

Die Bindungsaktion in der **Kaliindustrie** ist auch im Mai nicht sehr von der Stelle gerückt. Mitte des Monats hatten von 169 Werken erst 126 den Vertrag unterschrieben; Westeregeln soll sich inzwischen unter Vorbehalt zum Beitritt bereiterklärt haben, so daß die Hauptschwierigkeiten jetzt bei einzelnen mitteldeutschen Bundesstaaten, vor allem Braunschweig, liegen. Der Kali-Absatz soll im Mai noch günstiger gewesen sein als im April; vor allem soll Amerika wieder in starkem Maße als Käufer auftreten. — Die Ausfuhrziffern liegen erst

Digitized by Google

bis Ende April vor; bis dahin zeigen sie nichts von der Besserung des amerikanischen Geschäftes. Im einzelnen wurden ausgeführt (in 1000 t):

	Gesamtausfuhr			Davon nach den Vereinigten Staaten		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Februar . . .	102,4	169,3	121,4	40,4	81,7	33,7
März	107,7	135,7	176,1	28,6	61,6	39,0
April	56,8	138,4	105,1	10,9	50,3	35,1

Die Entwicklung des **Saatenstandes** ist auch im Mai dadurch etwas verzögert worden, daß die gerade in der Blütezeit so notwendige günstige Witterung sich nirgends dauernd einstellen wollte. In Deutschland ist an die Stelle des Regenmangels zwar kein Ueberfluß an Feuchtigkeit getreten, aber das dauernd bedeckte kalte Wetter hat die Pflanzen in der Entwicklung gehindert und wird mindestens die Ernte hinausschieben, d. h. also die Feldfrucht dem Wechsel der Witterung länger aussetzen als in normalen Jahren. Was die anderen Länder betrifft, so sind vor allem die wenig günstigen Ernteaussichten in Ungarn, die schlechteren Berichte aus Frankreich bzw. seinen afrikanischen Kolonien sowie die bereits erwähnte schwere Schädigung der argentinischen Maisernte hervorzuheben. Alle diese Gründe, zu denen in Deutschland noch eine gewisse Knappheit an prompter Ware kam, führten zu einer Steigerung der Getreidepreise. Am schärfsten war die Aufwärtsbewegung in Budapest. Die Saatenstandsnoten des Kaiserl. Statistischen Amtes für Deutschland lauten per 1. Juni:

	Winter-Weizen	Winter-Roggen	Klee	Luzerne	Bewässerungs-Wiesen	Andere
Juni 1914 . . .	2,6	2,7	2,6	2,6	2,3	2,6
Mai 1914 . . .	2,5	2,6	2,5	2,6	2,2	2,6
April 1914 . .	2,5	2,4	—	—	—	—
Juni 1913 . . .	2,4	2,6	2,7	2,6	2,1	2,6

Die langdauernde Ruhe am Zuckermarkte hatte schon gegen Ende des vorigen Monats einer leichten Aufwärtsbewegung Platz gemacht, und diese hat sich infolge neuer ungünstiger Nachrichten aus Cuba im Mai noch verstärkt. Die Termin-Preise für neue Ernte blieben allerdings ziemlich unverändert, weil die Anbaustatistik der Internationalen Vereinigung eine ganz beträchtliche Erhöhung der russischen Anbaufläche zeigte. Die Ziffern lauten (in ha):

	1912	1913	1914	1913/14 in Betrieb gewesene Fabriken	1914/15 in Betrieb kommende Fabriken
Europa	2 297 213	2 213 749	2 362 100	1 252	1 231
davon					
Deutschland	547 850	530 782	543 490	341	337
Oesterreich-Ungarn .	448 500	259 800	263 850	170	169
Frankreich	228 500	216 200	213 350	209	203
Rußland	763 296	724 682	860 000	294	295

Digitized by Google

Am Kaffeemarkt haben die andauernd ungünstigen, aber wohl wie gewöhnlich tendenziösen Berichte aus Brasilien nur zu einer ganz unwesentlichen Steigerung der Notierungen geführt. — Die Kakaopreise neigen weiter leicht nach unten, während sich Tee behauptet hat.

Am Markte der **Textil**rohstoffe hatte Baumwolle eine sehr kräftige Kurssteigerung zu verzeichnen, die mit ungünstigen Nachrichten aus den wichtigsten Staaten der Union, vor allen Dingen Texas, begründet wurde. — Das Preisniveau von Wolle hat sich wiederum, wenn auch nicht sehr wesentlich, erhöht, während bei Jute ein neuer leichter Preisrückgang eingetreten ist. — Die Flachs- und Hanfnotierungen zeigen nur unwesentliche Veränderungen.

An den **Metall**märkten brachte der Mai verschiedene neue, bei Zinn besonders scharfe Preisrückgänge. Die Kupferpreise haben relativ wenig nachgegeben, doch sind die Umsätze stark zurückgegangen. Antimon hat wieder erheblich verloren. — Die Bleipreise konnten im Zusammenhange mit den mexikanischen Wirren weiter anziehen, während Silber infolge größeren, vorwiegend amerikanischen Angebotes erheblich heruntergegangen ist. — Auch Quecksilber wird aus zweiter Hand wesentlich billiger angeboten.

Die Petroleumpreise sind, vornehmlich in Amerika, ganz erheblich weiter herabgesetzt worden. — Chilisalpeter konnte sich etwas erholen, während Gummi weiter nachgab. — Unsere übliche Tabelle der Warenpreise zeigt folgende Vergleichsziffern:

	29. Mai 13	1. April 14	1. Mai 14	11. Mai 14	20. Mai 14	31. Mai 14
Weizen (Berlin) .	204,25	202,25	196,50	196,25	199,75	200,75
do. (New York)	97 5/8	95 7/8	93,—	92 5/8	95 1/2	93 5/8
Roggen (Berlin) .	168,50	162,75	162,50	162,75	165,25	164,75
Mais (New York)	66,—	72 1/4	73 5/8	77,—	80 1/2	79 1/4
Baumwolle (Brem.)	60 3/4	64 1/2	64 1/4	64 3/4	67 3/4	68 3/4
do. (New York)	11,80	13,30	13,—	13,—	13,75	13,75
Wolle (Antwerpen)	6,07	6,45	6,52	6,50	6,60	6,55
Zucker (Magdeb.)	9,25	8,80	9,40*)	9,35*)	9,77 1/2*)	9,62 1/2*)
Kaffee (Hamb.) .	55 1/2	48 3/4	47 3/4	48,—	48 1/4	50,—
Salpeter (Hamb.)	10,70	10,15	9,50	9,60	9,50	9,60
Schmalz (Chicago)	11,20	10,70	10,20	10,20	10,30	9,87
Silber (London) .	27 5/8	26 13/16	27 3/16	27,—	26 1/2	26 1/8
Kupfer (London) .	67 7/8	65 11/16	63 3/4	62 3/4	63 3/8	63,—
Zinn (London) . .	216,—	173 1/8	155 3/4	151 1/4	148 3/4	143,—
Zink (London) . .	22 7/8	21 5/8	18 1/2	21 3/8	19 3/8	21 1/2
Blei (London) . .	19 3/4	18 1/4	21 1/2	18 7/8	21, 3/8	19 5/8

Die Notierungen verstehen sich für Weizen, Roggen, Mais, Wolle, Kaffee, Schmalz auf spätere Lieferung, für alles andere loko. Im übrigen notiert Weizen: Berlin in Mark per Tonne, New York in Cents per Bushel, Roggen in Mark per Tonne, Mais in Cents per Bushel, Baumwolle (Bremen) in Pfennig per 1/2 kg mit 1 1/4 % Skonto, (New York) in Cents per engl. Pfund, Wolle in Francs per kg, Zucker (Korn, 88 %) in Mark per 50 kg, Kaffee in Pfennig per Pfund, Salpeter in Mark per 50 kg, Schmalz in Dollars per 100 lbs, Silber in Pence per Unze, Kupfer in Lstrl. per ton netto, Zinn und Zink in Lstrl. per engl. ton netto, Blei in Lstrl. per engl. ton netto mit 2 1/2 %.

*) Hamburger Notiz.

Digitized by Google

Ganz so ungünstig wie der April ist der Mai für die **Weltbörsen** nicht verlaufen, jedoch ist das Bild noch immer nicht wesentlich freundlicher geworden. Sind jenseits des Atlantic die bedenklichen Verhältnisse der Eisenbahnen, über deren Finanzsünden immer neue Enthüllungen gemacht werden, das Hauptmoment, das die New-Yorker Börse nicht zum Aufatmen kommen läßt, so liegt in Europa das Zentrum des Druckes ziemlich gleichmäßig in Paris und Petersburg. Für die Verhältnisse des letzteren Platzes sind die Riesensummen, welche das „Rote Kreuz" — bisher vergeblich — in Interventionen festgelegt hat, charakteristisch. — Auf der Pariser Börse aber lasten neben den Beklemmungen, welche die Entwicklung der russischen Verhältnisse auch dort wachrufen mußte, die ungeheuren Verluste, die der französische Sparer in der jüngsten Zeit an süd- und mittelamerikanischen Werten erlitten hat und die auch die französische Bankwelt zum Teil aktionsfähig gemacht haben. Bisher ist allerdings nur eine Insolvenz von Bedeutung zu verzeichnen, doch wagte sich das Gerücht selbst an die stolzesten Säulen der französischen Haute-Banque.

Die **Berliner Börse** hat zwar im Mai ebenfalls nicht sonderlich günstig abgeschnitten, doch war hier eine gewisse Widerstandsfähigkeit unverkennbar. Beginn und Schluß des Monats zeigten zwar matte Tendenz, zwischen beiden liegt aber eine kurze Zeit kursmäßiger Erholung, der es zu danken ist, daß ein Vergleich der Ultimokurse für die abgelaufene Periode im allgemeinen keine bedeutenden neuen Kursverwüstungen erkennen läßt. Der Monat begann recht unbehaglich, denn die pessimistische Aeußerung des Generaldirektors Beukenberg (Phönix), die so klang, als habe man die schlimmste Zeit in der Industrie noch vor sich, rief eine tiefgehende Verstimmung hervor, die sich vom Montanmarkte auf alle anderen Marktgebiete fortpflanzte. Aber da bald darauf die Syndikatsverhandlungen in der Eisenindustrie einen etwas aussichtsvolleren Verlauf zu nehmen schienen, so konnten sich die Kurse etwas erholen. Die günstigere Stimmung hielt indes nicht lange an, und wenn auch trotz der Zuspitzung der Verhältnisse in Albanien keine ausgesprochene Verflauung eintrat, so verschwand doch der letzte Rest von Geschäftslust. Im allgemeinen haben sich die Umsätze während des ganzen Monats nur innerhalb der berufsmäßigen Spekulation abgespielt. Bezeichnend ist die Tatsache, daß an einem Börsentage für 26 Ultimowerte, etwa einem Drittel der gesamten Liste, kein erster Kurs zustande kam. Von bemerkenswerten Kurserhöhungen kann eigentlich nur bei der Canadaaktie die Rede sein, die etwa die Hälfte des vormonatlichen Rückganges eingeholt hat. Unter den Kursrückgängen sei derjenige der Lombarden (Oest.

Digitized by Google

Kurse der Ultimo-Papiere an der Berliner Börse.

	1913		1914					
	2. Mai	31. Mai	2. Jan.	1. Mai	9. Mai	16. Mai	23. Mai	30. Mai
3 % Reichsanleihe	76,00	75,60	76,10	78,10	77,70	77,50	77,50	77,60
4½ % Japaner	90,60	—	90,50	89,25	89,25	89,60	90,25	90,90
4 % Russen v. 02	89,40	89,75	90,60	89,50	89,50	89,75	89,60	89,90
3 % Portugiesen	—	—	63,80	64,30	64,90	64,60	64,90	65,10
5 % Chin. Anleihe	99,90	96,50	97,50	99,50	99,20	99,40	99,30	99,30
Türk. Anl. v. 03	88,75	86,25	86,00	83,20	82,60	83,80	84,50	83,60
Türken-Lose	162,00	165,00	169,50	165,50	166,90	165,50	166,00	165,00
Disconto-Com.-Ant.	181,00	182,40	186,90	188,00	187,50	187,50	187,40	187,30
Oesterr. Kredit-Akt.	195,00	—	202 50	—	193,00	—	191,75	—
Berl. Handels-Ges.	161,00	161,00	155,90	151,90	151,60	151,60	151,25	151,00
Darmstädter Bank	115,00	115,60	115,90	117,10	116,90	116,90	116,50	116,25
Deutsche Bank	245,75	243,75	249,00	241,40	240,00	240,00	239,80	240,00
Dresdner Bank	149,50	149,40	151,80	150,10	149,90	149,70	149,25	149,25
Nationalbank	115,30	115,60	116,90	111,60	111,60	111,30	110,60	110,10
A. Schaaffh. Bankv.	114,00	112,50	101,25	110,00	109,50	109,00	109,10	109,30
Comm.-u.Disc.-Bank	108,90	108,00	107,30	107,75	108,00	107,90	107,60	107,70
Wiener Bankverein	128,00	—	134,50	131,50	130,00	130,50	130,25	—
Azow-Don-Commerz	236,50	239,50	238,00	225,00	221,50	216,00	218,00	217,50
Russ. B. f. ausw. H.	152,75	153,10	156,70	152,25	150,00	149,10	150,90	151,20
Petersb.Int.Hand.-B.	202,25	203,50	201,50	184,00	179,10	177,00	179,00	179,60
Franzosen	154,00	—	155,25	153,25	—	—	151,50	—
Lombarden	25,90	26,80	22,10	20,00	20,70	20,75	20,70	19.20
Ital. Meridionalbahn	112,10	113,50	108,75	107,00	107,00	107,00	107,00	107,00
Anatolische Eisenb.	112,60	—	116,50	108,00	108,00	108,00	109,50	114,00
Orientbahn	173,50	176,50	200,00	—	193,50	—	201,00	—
Prince Henri	168,00	167,75	157,75	155,00	153,70	154,60	155,80	—
Schantungeisenbahn	135,20	133,25	128,75	139,80	138,50	139,40	139,00	138,75
Baltimore	97,70	97,10	92,90	91,10	90,00	91,25	91,50	91,50
Canada	239,75	224,75	214,75	192,70	189,50	193,00	195,30	199,25
Pennsylvania	114,00	110,40	—	—	—	—	112,20	112,50
Lübeck-Büchener	181,60	170,25	180,75	186,00	185,00	186,40	185,25	184,75
Gr. Berl. Straßenb.	165,00	163,30	163,50	152,30	151,25	150,50	150,50	149,25
Electr. Hochbahn	124,50	124,00	137,90	131,00	130,25	130,25	130,10	131,00
Dynamite Trust	179,50	182,25	173,25	175,10	174,90	175,60	175,75	176,25
Norddeutsch. Lloyd	118,40	121,70	117,40	113,25	110,25	111,50	112,10	112,00
Hamb.-Am. Packetf.	144,75	142,25	134,00	129,10	126,70	128,40	—	127,80
Hansa Dampfschiff.	308,75	295,00	271,50	255,20	246,50	250,00	250,00	251,75
Dt. Austral Dampf.	195,00	187,25	172,50	172,00	169,10	170,00	170,25	170,00
Hamb.-Südam. „	196,25	188,40	163,10	161,75	157,20	159,00	157,50	158,50
Bochum. Gußstahl	217,20	212,00	210,00	221,25	219,75	220,60	221,25	222,10
Laurahütte	172,50	167,75	125,25	142,25	139,50	144,00	144,40	146,75
Harpener	195,30	188,40	174,00	176,00	174,75	177,25	178,00	179,00
Gelsenkirchen. Bgw.	186,75	179,50	185,00	179,30	178,25	183,00	182,20	184,10
Dt.-Luxemb. Bergw.	163,00	156,60	133,50	125,00	122,20	127,00	127,40	130,10
Aumetz-Friede	177,25	170,90	157,80	157,50	153,10	157,70	157,25	158,80
Rhein. Stahlwerke	166,50	162,50	152,75	159,90	157,50	158,00	158,70	158,75
Hohenlohewerke	171,75	168,00	133,50	105,00	105,50	104,50	105,20	105,50
Phönix	265,70	253,70	235,60	232,90	227,80	234,00	234,25	237,00
Rombacher Hütten	160,00	155,50	150,00	156,00	151,30	155,25	154,10	155,50
Allg. Elektr.-Ges.	240,25	239,75	236,60	243,00	239,90	243,25	244,25	244,00
Siemens & Halske	221,10	220,00	220,00	213,90	210,00	211,80	214,00	214,75
Schuckert Electr.	150,75	152,00	151,90	146,75	145,00	146,40	145,50	145,60
Electr. Licht u. Kraft	126,10	128,50	129,75	128,00	128,00	129,00	127,90	128,00
Ges. f. Electr. Untern.	160,50	153,25	164,00	193,60	193,00	194,00	194,75	195,00
Dt. Uebersee Elektr.	165,25	173,50	167,00	174,80	174,30	176,50	176,60	176,10
Bk. f. Electr. Untern.	190,50	194,30	185,00	193,60	193,00	194,00	194,75	195,00
Oberschles. Eisb.-B.	103,90	96,00	89,90	82,00	82,50	85,00	82,75	83,00
Orenstein & Koppel	205,00	204,00	167,00	173,00	170,00	172,60	170,00	169,50
Oberschles. Eis.-Ind.	83,50	80,75	62,00	64,00	66,00	69,25	67,25	70,00
South-West Africa	121,80	118,25	115,00	116,90	115,00	115,00	114,80	114,25

Digitized by Google

Südbahn) erwähnt, der mit dem inzwischen angenommenen Sanierungsplane zusammenhängt. Hohenlohe aktien sowie mehrere Schiffahrtswerte sind ebenfalls weiter zurückgegangen. Die Aktien der Naphta-Produktionsgesellschaft Nobel verloren mehr als 20%, und zwar im Grunde genommen an dem einen Tage, an dem der Antrag auf Kapitalserhöhung in Berlin bekannt wurde. — Das Geschäft am Markte der Kasseaktien unterschied sich kaum von dem Bilde, das die Ultimomärkte boten. Höchstens waren die Umsätze hier noch geringer, und es bedurfte stets eines besonderen Anreizes, um gelegentlich eine Gruppe zu beleben. So wurden z. B. Spiritusaktien einige Tage lang auf unkontrollierbare Gerüchte von bevorstehenden großen Transaktionen in der Spiritusindustrie in die Höhe gesetzt; so entwickelte sich in Deutschen Waffen-Aktien kurz vor Abtrennung des Bezugsrechtes vorübergehend ein etwas lebhafteres Geschäft, und so waren auch in freilich nur bescheidenem Maße die üblichen Frühjahrskäufe in Brauereiaktien zu beobachten. Im allgemeinen überwogen, namentlich bei sog. schweren Werten, die Kursabschwächungen, so beispielsweise bei den chemischen Aktien. Wesentliche Rückgänge erfuhren u. a. noch Mechanische Weberei Linden und Maschinenfabrik Kappel.

Die bedeutendsten Schwankungen am Kassamarkt im Mai.

	höchst. Kurs*)	niedr. Kurs*)	letzter Kurs	Besonderer Grund der Bewegung, wo ein solcher vorhanden
4% Mexik. Anleihe v. 1904	69,00	66,00	68,00	Reaktion auf Rückgang
5% Russ. Prämienanleihe	505.00	485,00	498,25	
Hamburger Straßenbahn .	178.25	172,20	177,00	Reaktion auf Rückgang
Banca Generala Romana .	183,00	178,25	183,00	
Oldenb. Spar- u Leihb. .	191,25	184,50	189,25	
Petersb. Disconto-Bank .	180,50	173,50	175,50	Rückg. russ. Werte i. Paris
Sibirische Handelsbank .	226,00	219,00	220,50	
Löwenbrauerei	226,00	208,50	222,00	
Braunschw. Jute	224,50	215,00	216,00	
Deutsche Erdöl	230,25	207,00	216,10	Geringere Div.-Erwartg.
Deutsche Gasglühl. . . .	600,00	555,50	568,00	
Deutsche Spiegelglas . .	284,50	261,75	282,00	
Deutsche Waffen	608,00	580,50	581,00	Kapitalserhöhung
Hilgers Verz.	224,50	202,25	206,00	
Maschinenfabr. Kappel . .	296,25	231,00	231,00	Dividendenbefürchtung
Mech. Weberei Linden[1]) .	284,10	208,10	227,50	
J. D. Riedel	286 00	244,00	266,25	Unbefr. Spekulation
Rauchwaren Walter . . .	250,25	227,00	230,75	Ung. Lage d. Pelzbranche
Rhein. Braunkohlen . . .	238,00	222,25	237,50	Interessentenkäufe
Vogtländ. Masch	320,00	303,50	297,75	Konkurrenzkampf
Vogtländ. Tüll	184,00	168,00	181,00	Bess. Aussicht d. Tüllbr.

*) Den „Berliner Monatskursen" von Dr. Handl, Berlin W. 57, entnommen.
[1]) 20% Dividenden-Abschlag.

Digitized by Google

Die Ziffern der Börsensteuern liegen erst bis Ende April vor. Der Schlußscheinstempel zeigt einen weiteren Rückgang, der Effektenstempel, der diesmal anscheinend die Versteuerung der 50 Mill. M. jungen Deutsche Bank-Aktien enthält, eine außerordentliche Steigerung. Im einzelnen erbrachten in (1000 M.):

Schlußscheinstempel.

	1911	1912	1913	1914
Februar	2 288,7	1 620,3	1 236,7	1 916,8
März	2 038,6	1 794,5	1 264,0	1 444,8
April	1 953,8	2 206,1	2 271,1	1 318,8

Effektenstempel.

	1911	1912	1913	1914
Februar	3 847,2	4 724,4	2 529,2	4 455,9
März	4 501,9	6 220,0	3 750,6	7 359,1
April	4 550,0	5 642,5	5 368,4	13 362,9

Die nachstehende Tabelle vergleicht die Einnahmen aus dem Effektenstempel im 1. Quartal 1914 mit den korrespondierenden Einnahmen im 1. Quartal 1913 (in 1000 M.):

	Januar	Febr.	März	I. Quart. 14	Januar	Febr.	März	I. Quart.13
1. Inländ. Aktien	3190,3	1760,2	5217.3	10167,8	3339,1	1093,7	2452,5	6885,0
2. Dt. Kolon.-Ant.	—	—	—	—	1,6	1,5	0,1	3,2
3. Ausländ. Aktien	29,6	123,7	139,5	292,8	37,2	25,9	10,0	73,1
4. Inl. Rent. u. Obl.	548,6	991,6	213,3	1753,5	835,5	315,3	636,0	1786,8
5. do. a. d. Inh. v. Kom.-Verbänd., Grndbes.-Korp., Hyp.-Banken u. Eisenb.-Ges. . .	798,3	699,0	861,7	2359,0	533,2	521,4	424,4	1479,0
6. Ausl. Staats-, Stadt-u. Eisenb.-Oblig.	198,4	589,1	731,3	1518,8	791,5	328,0	50,7	1170,2
7. Sonst. ausl. Obl.	495,5	90,1	72,1	657,7	24,2	118,3	20,1	162,6
8. Bergw.-Kuxe .	550,5	202,0	123,9	876,4	169,9	125,0	157,0	451,9
9. Genußscheine .	0,2	0,2	—	0,4	2,8	0.1	0,1	3,0
	5811,4	4455,9	7359,1	17626,4	5735,0	2529,2	3750,6	12014,8

Umstehend die gewohnte Zusammenstellung der **Zweimonatsbilanzen Berliner Depositenbanken.**

Am internationalen Geldmarkt hat im Mai eine gewisse Versteifung der Geldsätze Platz gegriffen, ohne daß sich jedoch die Zinssätze sonderlich erhöht hätten. Nur in London, wo die fortgesetzten Goldkäufe Rußlands und Frankreichs eine Zeitlang die Befürchtung einer Abwehr-Diskonterhöhung der Bank von England wachriefen, beträgt die durchschnittliche Zinssteigerung mehr als $^1/_2$ Prozent. Die Bemühungen der genannten Länder, Gold um jeden Preis an sich zu ziehen, haben wie schon dem April, so auch dem Mai seine charakteristische Note gegeben und eine gewisse Unruhe in die internationalen Geldbeziehungen getragen. Am flüssigsten ist der Geldstand auch diesmal wieder in Berlin gewesen. Für tägliches Geld notierten die Sätze hier niedriger als in London und Paris.

Digitized by Google

Ausweise deutscher Depositenbanken per 30. April 1914

(in Millionen Mark).

30. April 1914	Dtsch. Bank	Disc.-Gesellschaft	Dresd. Bank	Darmstädt. Bank	A. Schaaffh. Bankv.	Nationalbank für Deutschl.	Comm.-u. Disc.-Bk.	Mitteld. Credit-B.	Acht Berliner Banken	Sämtl. 9 Bank. d. Zwischenbil. veröff.
Aktiva.										
Kasse, Sort. u. Kup.	76,4	32,6	26,0	16,9	7,1	3,9	6,3	4,2	**173,4**	**250,2**
Guth. b. Notenbk.	37,2	6,6	19,4	21,7	10,9	8,5	9,3	4,1	**117,7**	**160,9**
Eigene Akzepte .	—	—	—	0,8	—	0,5	—	0,8	**2,1**	**18,9**
Eigene Ziehungen	0,4	—	—	0,5	—	—	—	—	**0,9**	**52,7**
Solawechs. d. Kund.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	**43,3**
Sonst. Wechsel u. Schatzanweis. .	787,6	293,1	384,0	212,4	129,2	75,0	91,8	55,3	**2028,3**	**3019,4**
Nostroguthaben bei Banken etc.	76,1	89,4	75,9	69,2	19,4	32,0	44,2	12,2	**418,5**	**674,9**
Effekten-Rep. etc.	255,0	91,8	132,4	127,5	35,1	63,3	85,1	25,6	**815,8**	**1367,4**
Warenvorschüsse	200,5	114,1	118,4	18,7	—	—	22,7	4,1	**478,5**	**660,0**
davon gedeckt:										
a) durch Waren od. Frachtscheine .	53,4	31,6	63,9	7,9	—	—	9,6	0,3	**166,6**	**303,3**
b) durch a. Sicherh.	52,3	16,3	6,8	2,3	—	—	1,2	0,6	**79,5**	**94,7**
Effekten, davon	166,6	44,1	52,2	62,6	40,6	27,0	32,2	13,9	**439,2**	**773,7**
a) Staatsanl. und verz. Schatzanw.	127,7	21,9	23,6	27,3	8,9	4,5	6,9	3,2	**224,1**	**371,3**
b) sonst b. d. Reichsbank beleihbar	13,4	4,6	8,3	4,7	4,5	0,5	1,8	1,7	**39,6**	**94,8**
c) sonst. börseng.	20,2	14,5	18,0	22,8	11,1	17,6	18,8	7,6	**130,5**	**199,5**
d) weitere Effekten	5,3	3,1	2,2	7,7	16,1	4,4	4,7	1,4	**45,0**	**108,2**
Konsortialbeteilig.	55,8	55,0	57,5	41,3	24,7	35,4	18,2	6,6	**294,5**	**396,6**
Dauernde Beteilig.	56,8	122,2	37,8	8,8	24,8	4,9	12,3	2,1	**269,7**	**419,4**
Debitoren, gedeckt	679,7	288,8	460,4	352,0	198,1	153,3	149,1	120,1	**2401,6**	**4336 5**
„ ungedeckt	210,6	117,3	180,2	104,5	131,8	37,1	59,8	33,5	**874,9**	**1780,8**
Bankgebäude . .	40,9	18,1	30,2	18,4	10,9	5,1	7,7	8,1	**139,3**	**247,5**
Sonst. Immobilien	0,4	—	2,0	0,3	3,9	—	2,1	0,6	**9,3**	**31,3**
Sonstige Aktiven	0,5	—	—	—	7,9	1,6	—	2,1	**12,1**	**108,3**
Passiva.										
Aktienkapital . .	250,0	225,0	200,0	160,0	145,0	90,0	85,0	60,0	**1215,0**	**2623,6**
Reserven	170,0	91,3	61,0	32,0	25,0	16,0	14,5	9,2	**419,0**	**718,5**
Kreditoren:										
a) Nostroverpflicht.	1,9	10,0	1,8	0,5	9,9	1,1	25,3	6,5	**56,9**	**128,6**
b) seit. d. Kundsch. bei Dritten benutzte Kredite	—	9,4	0,9	2,2	2,1	4,2	4,8	0,5	**24,1**	**62,4**
c) Bankguthaben .	123,2	120,5	82,5	68,6	18,0	25,7	41,0	36,6	**516,0**	**656,5**
d) provisionsfr. Einl.										
1. innerh. 7 Tag fäll.	693,3	166,8	203,3	87,7	26,3	34,1	64,9	42,9	**1319,4**	**2082,9**
2. v. 8—90 Tag. „	166,9	60,0	109,1	72,4	33,9	13,1	57,7	22,1	**535,1**	**910,2**
3 nach 90 Tag. „	177,9	43,3	66,9	47,3	67,8	9,2	16,9	12,9	**442,3**	**1228,4**
e) sonst. Kreditor.										
1. innerh. 7 Tag fäll.	470,4	204,6	340,3	232,5	89,1	68,1	89,4	19,2	**1513,6**	**2369,0**
2. v. 8—90 Tag. „	165,0	95,7	185,6	153,1	98,3	103,0	41,3	13,7	**855,6**	**994,8**
3. nach 90 Tag. „	74,5	3,7	19,3	21,1	6,7	7,1	6,0	2,7	**141,1**	**189,7**
Akzepte	324,7	222,8	298,1	168,4	110,7	70,1	82,4	61,4	**1338,7**	**2208,3**
Schecks	14,5	5,0	5,7	3,1	1,0	2,0	1,7	0,3	**33,3**	**36,5**
Sonstige Passiven	12,3	15,1	2,0	6,8	10,3	4,1	10,0	5,1	**65,7**	**155,7**
Eig. Ziehg. überh.	0,4	—	—	0,6	0,9	11,3	1,1	0,3	**14,6**	**107,0**
dav. f. dritte Rechn.	0,4	—	—	—	0,9	11,3	1,1	0,3	**14,0**	**15,5**

Die Berliner Handelsgesellschaft veröffentlicht keine Zwischenbilanzen.

Digitized by Google

Am Londoner Geldmarkt ähnelte die Situation derjenigen des Vormonats. Abgesehen von starken überseeischen Ansprüchen und umfangreichen Einzahlungen auf neue Emissionen störten namentlich die russischen Goldkäufe den Markt, obwohl sie bar bezahlt wurden, also an der Geldmarktlage eigentlich nichts änderten, ja die Wechselkurse sogar günstig beeinflußten. Man maß dem Kampfe um das Gold, je länger er dauerte, um so mehr politische Bedeutung bei und verfolgte die äußere Goldbewegung mit einer ganz ungewöhnlichen Spannung. In der ersten Hälfte des Monats wurden alle Goldankünfte zu Preisen bis zu 77 s. $9^7/_8$ d. pro Unze für Petersburger oder Pariser Rechnung aufgekauft, so daß die Bank von England so gut wie ganz ausgeschaltet war. Erst als der Privatdiskont, der am

1. Mai	4. Mai	11. Mai	18. Mai	25. Mai	30. Mai	höchst	niedrigst
$2^1/_2$	$2^1/_2$	$2^7/_8$	$2^{15}/_{16}$	$2^7/_8$	$2^{13}/_{16}$	$2^{15}/_{16}$	$2^1/_2$

im Durchschnitt 2,79 gegen 2,11 im April

notierte, bis dicht an die Bankrate stieg, ließen die fremden Goldkäufe nach, so daß die Bank von England sich in der letzten Mai-Woche über $1^1/_4$ Mill. £ sichern konnte. Die Ziffern der äußeren Goldbewegung bei der Bank lauten (in 1000 £):

Eingang:		davon aus			Ausgang:	davon nach:		Saldo
1.— 2. Mai	10	—			—			+ 10
4.— 9. „	170	Brasilien	10	Der Rest Barren (größtenteils Kap- und Austral.-Gold)	45			+ 125
11.—16. „	48	Brasilien	170		275	Indien	100	— 227
						Kontinent	75	
						Skandinavien	50	
18.—23. „	176	Brasilien	85		5	Malta	5	+ 171
25.—30. „	1292	Egypten	150		—			+1292
	1541	Brasilien	129		325			+1371

Die Beanspruchung der Bank war auch im Mai ungewöhnlich groß, weil man fortgesetzt mit der Möglichkeit einer Diskonterhöhung rechnete und noch von dem billigeren Satze zu profitieren suchte. Es wäre auch angesichts des für diese Jahreszeit beispiellos schwachen Standes der Bankreserve zu einer Erhöhung der offiziellen Rate gekommen, wenn nicht Rußland, das diese Eventualität im Hinblick auf ihre Folgen für die internationale Börsenlage vermeiden wollte, plötzlich seine Goldkäufe eingestellt hätte.

Der Londoner Clearing-Verkehr (umfassend die Periode Donnerstag bis Mittwoch) weist im Mai 1914 im Vergleich mit den Parallelwochen der Vorjahre folgende Ziffern auf (in 1000 £):

1912		1913		1914	
2. 5.— 8. 5.	294 708	1. 5.— 7. 5.	306 177	30. 4.— 6. 5.	358 772
9. 5.—15. 5.	334 095	8. 5.—14. 5.	245 983	7. 5.—13. 5.	297 352
16. 5.—22. 5.	288 161	15. 5.—21. 5.	371 795	14. 5.—20. 5.	360 045
23. 5.—29. 5.	233 670	22. 5.—28. 5.	282 489	21. 5.—27. 5.	270 044
2. 5.—29. 5.	1 150 634	1. 5.—28. 5.	1 206 444	30. 4.—27. 5.	1 286 213
1. 1.— 1. 5.	5 338 039	1. 1.—30. 4.	5 528 879	1. 1.—29. 4.	5 864 499
1. 1.—29. 5.	6 488 673	1. 1.—28. 5.	6 735 323	1. 1.—27. 5.	7 150 712

Digitized by Google

Am Pariser Geldmarkt hat sich im Mai nichts geändert. Das Geld ist reichlich vorhanden, wird aber nur vorsichtig und auf wenige Wochen ausgeliehen, da mehrere neue Fremd-Anleihen vor der Tür stehen und auch das Damoklesschwert der französischen Milliardenanleihe nach wie vor über dem Markte hängt. Gegen Ende des Monats waren mehrere größere Zahlungen zu leisten, darunter 50 Mill. Fr. für fällige türkische Schatzscheine nach Deutschland sowie weitere Beträge aus dem Erlöse der letzten russischen Eisenbahn-Anleihe nach Petersburg. Für alle diese Zahlungen, die übrigens nicht in bar, sondern größtenteils im Wege der Verrechnung erfolgten, war rechtzeitig Vorsorge getroffen worden, so daß der Markt von ihnen nicht berührt wurde. Nur haben die enormen Börsenverluste und das Fallissement des Bankhauses Neufville ein starkes Mißtrauen erzeugt. Der Privatdiskont notierte während des ganzen Monats unverändert $2^3/_4$%.

Die Beanspruchung der Bank von Frankreich ist im Mai noch stärker zurückgegangen als in den Vormonaten. Wenn ihr Notenumlauf sich trotzdem noch immer in der Nähe der 6 Milliarden hält, so liegt das an der fortgesetzten Zunahme ihres Goldbestandes, den sie auch im Mai wieder durch zinslose Vorschüsse zu stärken gewußt hat. Erst gegen Ende des Monats verzichtete sie, um nicht eine Diskonterhöhung in England zu provozieren, auf dieses Lockmittel.

Am Wiener Geldmarkt hat sich die im April eingetretene Geldversteifung als vorübergehend erwiesen. Größere Ueberweisungen aus Deutschland à conto der früher abgeschlossenen Bosnischen und Budapester Anleihen sind dem Markt zugute gekommen. Der Privatdiskont notierte:

1. Mai	4. Mai	11. Mai	18. Mai	25. Mai	30. Mai	höchst	niedrigst
$3^1/_2$	$3^1/_2$	3	$3^3/_{16}$	$3^3/_{16}$	$3^3/_8$	$3^1/_2$	3

im Durchschnitt 3,27 gegen 3,48 im April

In Petersburg ist die Lage noch immer dieselbe: Relativ leichter Geldstand, aber Mißtrauen in die Solvenz selbst größerer Bankhäuser und starke Geldübertragungen nach London und Paris, teils zu Zwecken der Börsenintervention, teils für Rechnung der Reichsrentei zur Bezahlung der gekauften Goldmengen. Die Valuta bleibt infolge dieser Auslandsrimessen andauernd schwach und hat im Mai zeitweilig ein volles Prozent unter Parität notiert. Selbst die Zahlungen, die Frankreich aus der russischen Eisenbahn-Anleihe nach Petersburg zu leisten hatte, konnten den Rubelkurs nur wenig heben, da sie durch Gegenbewegungen der russischen Gelder ausgeglichen wurden.

Digitized by Google

In New-York ist der Geldstand auch im Mai niedrig geblieben. Die industrielle Leblosigkeit und die Hindernisse, welche die fortgesetzten Eisenbahnskandale neuen Finanztransaktionen in den Weg legen, drücken auf die Geldsätze und lassen sogar Geld aus dem Lande fließen. Der hohe Stand, den die fremden Wechselkurse infolgedessen einnahmen, hat wiederholt Goldexporte herbeigeführt. Die Ausweise der New York Associated Banks lauten:

	11. April	18 April	25. April	2. Mai	9. Mai	16. Mai
Darlehen	1500,5	1505,4	1512,6	1501,1	1506,4	1511,3
Depositen	1555,6	1567,5	1580,4	1585,6	1594,8	1609,0
Barbest. u. Legal-Tenders	404,5	412,9	417,8	430,7	435,6	442,0
Gesetzl. Mindestbarbest. .	388,9	391,9	395,1	396,4	398,7	402,3
Reserve	15,6	21,0	22,7	34,3	36,9	39,7

Die Ausweise der dem New-Yorker Clearinghaus angeschlossenen Trust-Companies lauten (in Mill. $):

	11. April	18. April	25. April	2. Mai	9. Mai	16. Mai
Darlehen	602,0	625,4	625,9	626,8	620,6	638,4
Depositen	443,3	468,0	469,4	453,8	453,6	466,4
Deposit. b. d. Assoc.-Bks.	88,4	78,9	89,2	99,3	103,6	97,3
Barbest. u. Legal-Tenders	69,6	70,8	77,9	70,2	73,6	69,9

Die Diskontsätze der maßgebenden europäischen Notenbanken haben im Mai keine Veränderung erfahren. Nur in Italien und Rumänien sind Herabsetzungen um je ½% erfolgt. Die Diskontsätze lauten:

Deutsche Reichsbank	bis 30. Mai	4;		Durchschnitt	4
Bank von England	„ 30. „	3;		„	3
Bank von Frankreich	„ 30. „	3,5;		„	3,5
Oest.-Ung. Bank	„ 30. „	4;		„	4
Banca d'Italia.	„ 8. „	5,5;	bis 30. Mai 5;	„	5,1
Russ. Reichsbank	„ 30. „	5,5;		„	5,5
Bank von Finnland	„ 30. „	5;		„	5
Bank von Spanien	„ 30. „	4,5;		„	4,5
Bank von Portugal	„ 30. „	5,5;		„	5,5
Schweiz. Nationalbank	„ 30. „	3,5;		„	3,5
Schwed. Reichsbank	„ 30. „	4,5;		„	4,5
Bank von Norwegen	„ 30. „	4,5;		„	4,5
Niederländische Bank	„ 30. „	3,5;		„	3,5
Nationalb. von Belgien	„ 30. „	4;		„	4
Nationalb. v. Dänemark	„ 30. „	5;		„	5
Rumän. Nationalbank	„ 14. „	6;	bis 30. Mai 5,5	„	5,7
Nationalb. v. Bulgarien	„ 30. „	6,5;		„	6,5
Nationalbk. v. Serbien	„ 30. „	7 (6)*);		„	7 (6)*)
Nationalb. v. Griechenl.	„ 30. „	6,5;		„	6,5

Nachstehend die Hauptziffern aus den Mai-Ausweisen der europäischen Zentralbanken (vgl. auch die Tabellen am Schluß des Heftes).

*) In Klammern der Diskontsatz für Silber.

Digitized by Google

Mai-Ausweise europäischer Notenbanken.

Ausweis-Tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staaten	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Deutsche Reichsbank. (Millionen Mark)									
7. V.	1326,8	329,2	—	863,6	66,6		837,3	2006,5	350,5
15. „	1342,7	331,8	—	828,8	59,5		941,3	1911,1	236,6
23. „	1353,4	332,7	—	793,0	56,0		998,2	1839,4	153,3
30. „	1313,2	321,9	—	877,1	66,4		842,3	2013,9	378,8
Bank von England. (Millionen Pfund Sterling)									
6. V.		35,9	—		49,9	18,4	39,4	28,8	—
13. „		35,8	—		49,5	18,6	38,8	28,7	—
20. „		35,9	—		50,9	19,5	39,5	28,7	—
27. „		35,9	—		52,5	19,0	41,2	28,9	—
Bank von Frankreich. (Millionen Francs)									
7. V.	3660,8	634,6	9,8[4])	1390,7	971,2[1])	126,8	688,5	5895,3	1590,1
14. „	3674,3	629,4	9,7[4])	1425,4	948,2[1])	149,2	692,8	5844,2	1530,8
22. „	3700,0	633,5	8,9[4])	1360,6	955,7[1])	165,3	728,8	5791,9	1449,5
28. „	3730,6	632,6	7,6[4])	1488,4	936,8[1])	183,7	845,9	5811,9	1442,1
Oesterreichisch-Ungarische Bank. (Millionen Kronen)									
7. V.	1253,3	294,0	60,0	751,0	531,2[2])		274,8	2238,1	630,8
15. „	1254,0	293,9	60,0	657,2	528,6[2])		245,8	2157,7	549,8
23. „	1254,9	295,4	60,0	648,3	526,8[2])		282,7	2101,8	591,5
31. „	1255,8	294,5	60,0	762,6	531,5[2])		224,3	2290,0	679,7
Russische Reichsbank. (Millionen Rubel)									
23.IV./6. V.	1579,1	73,0	204,2	381,4	359,3	433,2	633,6	1622,2	—
1./14. „	1581,6	74,4	200,9	376,0	361,1	439,9	619,2	1626,4	—
8./21. „	1583,6	74,3	198,4	385,1	360,3	432,7	621,6	1641,5	—
16./29. „	1587,6	73,2	197,2	383,2	359,9	434,2	619,8	1645,7	—
Bank von Finland. (Millionen Mark [finländisch])									
30. IV.		58,2[3])	2,1	88,5[4])	74,0	31,4	26,5	119,5	—
8. V		58,1[3])	2,0	89,2[4])	74,9	29,8	28,2	118,1	—
15. „		58,3[3])	2,0	89,9[4])	74,9	28,8	30,2	115,2	—
23. „		57,7[3])	1,9	90,7[4])	72,9	30,0	31,4	113,4	—
Bank von Italien. (Millionen Lire)									
20. IV.	1109,7		99,3	86,6[4])	726,8[5])	143,0	211,1	1565,1	269,5
30. „	1109,3		98,7	85,5[4])	771,0[5])	205,0	192,6	1577,8	284,3
10. V	1111,2		98,7	85,5[4])	759,8[5])	191,5	193,0	1554,5	259,1
Bank von Spanien. (Millionen Peseten)									
1. V.	513,3	728,0[6])	174,9	338,7	509,0[7])	111,6	488,6	1915,9	499,7
9. „	515,1	724,8[6])	175,6	331,5	499,3[7])	113,1	485,3	1925,9	510,4
16. „	517,5	725,5[6])	176,9	325,4	496,0[7])	119,7	473,7	1916,7	496,8
23. „	519,0	731,5[6])	177,6	324,4	495,7[7])	119,9	470,7	1907,5	479,4
30. „	521,8	734,7[6])	176,7	337,5	495,7	118,5	469,1	1901,5	468,3
Bank von Portugal. (Millionen Escudos)[18])									
15. IV.	7,545	9,189[8])	—	23,383	65,822	3,316	5,756	82,132	65,398
22. „	7,545	9,328[8])	—	23,404	65,473	3,422	5,682	81,791	64,918
29. „	7,547	9,394[8])	—	23,621	65,862	3,280	5,720	82,553	65,612
6. V.	7,547	9,295[8])	—	22,871	66,079	3,082	5,237	82,650	65,808
13. „	7,778	9,382[8])	—	22,725	65,795	3,056	5,320	82,386	65,226
Niederländische Bank. (Millionen Gulden)									
2. V.	162,5	8,3	19,6[4])	83,3[9])	94,2	—	3,2	345,0	154,6
9. „	163,0	7,8	19,8[4])	76,7[9])	89,4	—	4,2	333,7	143,1
16. „	162,1	8,3	20,1[4])	71,3[9])	84,8	—	6,4	323,5	133,0
23. „	162,1	8,3	19,9[4])	67,2[9])	82,5	—	7,3	315,9	125,6
30. „	163,1	8,4	20,4[4])	66,8[9])	79,6	—	5,0	316,6	124,7

Digitized by Google

Ausweis-tag	a) Metallbestand: Gold	Silber	Ausl.-guthab.*)	b) Anlagen: Wechsel	Darlehen	c) Verbindlichkeiten: Guthaben d. Staates	Guthaben d. Privaten	d) Notenumlauf: insges.	durch a) nicht gedeckt
Belgische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. V.	259,1	73,7	122,3[4])	561,9[9])	51,5	8,6	91,1	986,4	531,3
14. „	259,0	74,7	114,9[4])	568,6[9])	50,8	4,7	94,5	986,2	537.6
20. „	259,1	76,9	111,1[4])	563,8[9])	49,7	12,2	94,8	970,6	523,5
28. „	259,1	73,6	109,4[4])	588,2[9])	48,2	15,3	96,8	983,2	541,1
Schweizerische Nationalbank. (Millionen Francs)									
7. V.	169,8	17,6	—[17])	89,3	21,8	39,3		269,6	82,2
15. „	170,6	18,8	—[17])	82,3	19,1	44,3		262,7	73,3
23. „	170,7	19,8	—[17])	79,2	18,6	39,8		256,5	66,0
30. „	171,2	18,4	—[17])	83,2	19,8	33,8		275,9	86,3
Schwedische Reichsbank. (Millionen Kronen)									
2. V.	104,1		114,3	116,7		81,5		223,0	4,6
9. „	104,1		114,5	112,9		81,8		217,2	—
16. „	105,0		113,3	107,7		78,0		214,6	—
23. „	105,0		112,3	102,4		75,4		208,9	—
30. „	104,9		112,2	112,6		69,7		226,6	9,5
Bank von Norwegen. (Millionen Kronen)									
8. V.	73,1[19])		31,7[20])	74,5		9,9		109,4	4,6
15. „	47,0		55,9[4])	74,6		9,3		109,1	6,2
22. „	47,2		54,7[4])	74,4		9,4		108,0	6,1
30. „	49,0		53,6[4])	76,9		7,2		113,5	10,9
Nationalbank von Dänemark. (Millionen Kronen)									
30. IV.	79,3		30,1[4])	37,3[9])	34,3[10])	6,7		153,0	43,6
30. V.	82,0		31,1[4])	35,4[9])	36,6[10])	6,7		157,3	44,2
Nationalbank von Serbien. (Millionen Dinar)									
15./28. IV.	73,4	7,0	3,8	8,8	33,8[11])	19,6		96,5	12,3
22. IV./5. V.	73,7	7,2	3,5	8,9	33,8[11])	22,7		93 8	9,4
31. „ /13. „	71,5	7,4	4.2	8,9	34,5[11])	18,5		97,2	14,1
8./21. „	71,0	7,6	3,6	9,0	35,3[11])	18,0		97.2	15,0
15./28. „	70,7	7,7	3,6	8,8	35,2[11])	19,0		96,1	14,1
Rumänische Nationalbank. (Millionen Lei)									
19. IV./2. V.	155,9	0,8	56,6	185,4	65,2[12])	—[13])		420,9	207,6
26. „ /9. „	155,8	0,8	56,6	176,7	69,9[12])	—[13])		423,9	210,7
3./16. V.	155,6	0,9	56,6	182,7	69,4[12])	—[13])		425,8	212,7
9./22. „	155,5	0,9	56,6	194,1	66,5[12])	—[13])		427,1	214,1
Nationalbank von Bulgarien. (Millionen Lewa)									
14./27. II.	55,5	24,7	62,3[4])	40,2	268,2[14])	—	227,4	182,1	39,6
22.II./7. III.	55,5	25,1	67,8[4])	39,6	271,9[14])	—	237,2	183,0	34,6
28. „ /13. „	55,5	25,3	70,8[4])	39.4	271,9[14])	—	236,4	180,9	29,3
7./20. „	55,6	25,3	68,3[4])	38,8	275,9[14])	—	238,2	186,6	37,4
Bank von Griechenland. (Millionen Drachmen)									
28. II /13. III.	22,9		216,2	18,8	304,1[15])	3,5	270,2[16])	228,3	—
31. III./13. IV.	22,1		194,4	19,1	332,7[15])	12,0	281,9[16])	219,5	3,0

*) Einschließlich Auslandswechsel, wo angegeben. — [1]) Dabei 200 Millionen Francs „ewiger Vorschuß an die Regierung". — [2]) Dabei 60 Millionen Kr. Vorschuß an den Staat und ca. 300 Millionen Kr. Hypotheken. — [3]) Dabei fremde Münzen und ausländische Staatsanleihen. — [4]) Dabei die ausländischen Wechsel. — [5]) Einschließlich Kontokorrent-Debitoren und der im Metallbestand wiederkehrenden fremden Wechsel. — [6]) Dabei geringe Kupferbestände. — [7]) Dabei 150 Millionen Peseten „ewiger Vorschuß an den Staat". — [8]) Dabei geringe Nickel- und Kupferbestände. — [9]) Gold-Wechsel und -Guthaben früher unter Wechsel, jetzt unter „Auslandsguthaben". — [10]) Dabei „Abwicklungskasse" für die Liquidation der Kopenhagener Detailhändler- und Grundeigentümerbank. (31. 3. 14 20,4 Mill. Kr., 31. 4. 14 22,4 Mill. Kr.) — [11]) Dabei Vorschüsse an den Staat lt. Gesetz vom 15. 3. 1908. — [12]) Dabei Saldo des Kontokorrents und rund 13 Mill. Lei Darlehen an den Staat. — [13]) Die Rumänische Nationalbank zieht die Kreditoren von den Debitoren ab, weist erstere also nicht besonders nach. — [14]) Hiervon rund 77 Mill. Lewa Hypotheken- und Kommunaldarlehen. [15]) Dabei rund 62 Millionen Drachmen Darlehen an die Regierung, ferner Hypotheken-Darlehen, Kommunal-Darlehen etc. — [16]) Dabei rund 43 Mill. Dr. Sparkassengelder. — [17]) Nicht zu ersehen, da die Ausweise den Posten „Correspondenten" nicht spezifizieren. — [18]) Nach dem am 21. Juni 1913 veröffentlichten Gesetz bildet ab 1. 7. 1913 der Gold-Escudo die Münzeinheit. — [19]) incl. Goldbestand im Auslande. — [20]) nur Ausl. Wechsel.

Digitized by Google

Am **Berliner Geldmarkt** ist auch im Mai das Geld recht flüssig gewesen. Die Banken sind neuen Kreditgesuchen gegenüber augenblicklich sehr zurückhaltend, und da auch die Börse geringe Ansprüche an sie stellt, andererseits die demnächst als Wehrbeitrag zu entrichtenden Steuerbeträge sich bei ihnen sammeln, so sind sie Käufer für Privatdiskonten und Abgeber von täglichem Gelde. Trotzdem haben sich die Geldsätze gegenüber dem April leicht erhöht, obwohl die Seehandlung und mehrere Hypothekenbanken mit ziemlich billigen Geldangeboten an den Markt herangetreten und am 15. Mai 50 Mill. M. Preußische Schatzscheine zur Rückzahlung gekommen sind. Es scheint, daß Zahlungen, die auf frühere Anleihen nach Oesterreich zu machen waren, sowie größere Käufe von fremden Wechseln (teils zu Anlagezwecken, teils als Vorversorgung für demnächst abzuschließende Auslandsanleihen) den Markt leicht versteift haben. Immerhin war tägliches Geld meist mit 2 bis $2^1/_2$% und Ultimogeld mit etwa $3^1/_8$% zu haben. Der Privatdiskont notierte:

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnab.
1.— 2. Mai					2,500	2,375
4.— 9. „	2,500	2,375	2,375	2,375	2,500	2,500
11.—16. „	2,625	2,625	2,750	2,750	2,750	2,625
18.—23. „	2,500	2,625	2,625	—	2,625	2,625
25.—30. „	2,625	2 625	2,750	2,750	2,750	2,750

Höchster Stand 2,750, niedrigster Stand 2,375, Durchschnitt 2.595

Infolge der eben erwähnten Devisenkäufe haben die Wechselkurse auch im Mai einen sehr hohen Stand eingenommen. Paris und London haben noch weiter angezogen. Die Kurse lauten:

		1. Mai	4. Mai	11. Mai	18. Mai	25. Mai	30. Mai	Höchst.	Niedr.	Durchschnitt
Amsterdam	8 Tage	169,20	169,20	169,20	169,05	168,90	168,95	169,20	168,90	169,08
London . . .	vista	20,475	20,475	20,490	20,495	20,505	20,400	20,505	20,400	20,487
New York .	vista	4,1975	4,1950	4,1950	4,1925	4,1925	4,1925	4,1975	4,1900	4,1938
Paris	vista	81,400	81,400	81,425	81,400	81,400	81,400	81,450	81,350	81,402
Wien	8 Tage	85,050	85,075	84,925	85,000	84,900	84,900	85,075	84,850	84,951
Petersburg .	Ausz.	214,95	214,70	214,52	214,00	214,85	214,30	214,95	214,00	214,48
Christiania .	10 Tage	—	—	112.20	—	—	112,20	112.25	112,20	112,23
Stockholm .	10 Tage	112,35	112,25	—	112,20	112.25	112,25	112.35	112,20	112,25
Belgien . . .	8 Tage	80,850	80,850	80,875	80,825	80,800	80,825	80,875	80,775	80,839
Madrid . . .	14 Tage	76,75	76,65	76,75	76,70	77,05	77,40	77,40	76 65	76.82
Italien . . .	10 Tage	80,95	80,95	81,00	80,90	80,90	80,95	81,00	80,70	80,92
Schweiz . .	8 Tage	81,25	81,25	81,30	81,25	81,20	81,25	81,30	81,20	81,25
Kopenhagen	8 Tage	112,25	112,25	112,20	112,15	112,15	112,25	112,25	112,10	112,18

Ein Vergleich der wichtigsten Wechselkurse im Mai mit denen des gleichen Monats im Vorjahre zeigt folgendes Bild:

	London für 1909-14 vista, sonst 8 Tage			Paris für 1909-14 vista, sonst 8 Tage			New York (vista)			Wien (8 Tage)		
	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt	höchst.	niedr.	Durchschnitt
14	20,505	20,400	20,487	81,450	81,350	81,402	4,1975	4,1900	4,1938	85,075	84,850	84,951
13	20,470	20,425	20,447	81,225	81,050	81,115	4,2000	4,1950	4,1981	84,800	84,675	84,736
12	20,475	20,455	20,465	81,200	81,025	81,110	4,2025	4,1950	4,1983	84,775	84,650	84,722
11	20,465	20,445	20,454	80,875	80,800	80,837	4,2025	4,2000	4,2008	85,175	85,100	85,139
10	20,520	20,485	20,500	81,200	81,100	81,150	4,2075	4,2000	4,2037	85,025	84,975	85,000
09	20,450	20,420	20,430	81,325	81,150	81,230	4,1950	4,1875	4,1902	85.350	85,150	85,250

Digitized by Google

Die **deutsche Reichsbank** ist, wie angesichts der großen Spannung zwischen ihrem Diskontsatz und den Sätzen des offenen Marktes selbstverständlich, auch im Mai nicht sonderlich in Anspruch genommen worden, und ihr Status bleibt trotz der nicht unbedeutenden Schatzschein-Mengen, die das Reich bei ihr diskontiert hat, ein sehr günstiger. Auffallend ist die ziemlich starke Abnahme ihres Goldbestandes in der letzten Mai-Woche, die möglicherweise auf die Absicht einiger Arbitrageure deutet, bei weiterer Steigerung der Wechselkurse Gold auszuführen.

Ueber die Goldbewegung in Deutschland liegen für den Mai erst die provisorischen Gewichtsziffern vor, die folgendermaßen lauten (in dz):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew.
Mai 1914	40,1	3,5	1,6	4,5	5,5	7,9	2,8	16,2	+ 11,7

Im April zeigte die Goldbewegung nach den Angaben der Reichsstatistik das folgende Bild (in Mill. M.):

	Einfuhr:				Ausfuhr:				
	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Feingold	deutsche Goldmünzen	fremde Goldmünzen	zus.	Saldo d. Goldbew
April 1914	15,7	1,1	5,0	21,8	1,4	0,1	0,2	1,7	+ 20,1
dagegen April 1913	15,8	4,0	2,2	22,0	1,5	0,1	0,8	2,4	+ 19,6

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank hat im Mai den üblichen Rückgang erfahren. Die Ziffern lauten:

	1910	1911	1912	1913	1914
März	4 583,2	5 141,6	5 922,0	5 851,0	6 948,5
April	4 786,4	5 039,1	6 443,7	7 036,7	7 111,4
Mai	4 171,4	5 067,6	5 899,8	5 927,4	6 124,2

Die Einnahmen aus der Wechselstempelsteuer haben sich auch im April (Maiziffern fehlen noch) gehoben, aber nicht in dem Maße wie im vorigen Jahre. Es wurden vereinnahmt:

	1911	1912	1913	1914
Februar . . .	1 427 686 M.	1 477 487 M.	1 516 542 M.	1 511 808 M.
März	1 554 582 „	1 603 233 „	1 688 620 „	1 699 922 „
April	1 614 850 „	1 784 021 „	1 845 642 „	1 834 120 „

Der Scheckstempel erbrachte im April 0,23 (im Vorj. 0,28) Mill. M., die Talonsteuer 0,61 (im Vorj. 1,06) Mill. M.

Zulassungen an den deutschen Börsen
im Mai 1914.

I. Börse zu Berlin.

M. 30 000 000 Großherzogl. Bad. 4 % Staatsanl.
M. 25 000 000 Württembergische 4 % Staatsanl.
M. 30 000 000 Frankfurt a. M. 4 % Stadtanl.
M. 16 000 000 Altona 4 % Stadtanl.
M. 12 000 000 Mülheim a. d. Ruhr 4 % Stadtanl.
M. 4 000 000 Wiesbaden 4 % Stadtanl.
M. 3 400 000 Remscheid 4 % Stadtanl.
M. 10 000 000 Hessische Landes-Hypoth.-Bk. 4% Hyp.-Pfandbr.
M. 5 000 000 Hessische Landes-Hypoth.-Bk. 4% Komm.-Oblig.

Digitized by Google

M. 30 000 000 Landeskreditkasse in Kassel 4 % Oblig.
M. 4 200 000 Russ. Eisenind.-A.-G. 5 % Hyp.-Oblig.
M. 4 000 000 Eisen- u. Stahlwerk Hoesch 4½ % Oblig.
M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.
M. 18 000 000 Essener Creditanst. jg. Akt.
M. 8 000 000 Eisen- u. Stahlwerk Hoesch jg. Akt.
M. 5 000 000 Allg. Local- u. Straßenbahnges. jg. Akt.
M. 4 200 000 Deutsche Continental-Gas-Ges. z. Dessau jg. Akt.
M. 4 600 000 Heine & Co. Akt.
M. 3 000 000 Frankfurter Allg. Versicherungs-A.-G. jg. Akt.
M. 2 000 000 Oppeln-Frauendorfer Portland-Cementwerke Akt.
M. 1 000 000 Erste Berliner Malzfabr. Akt.
M. 1 000 000 Grube Leopold b. Edderitz jg. Akt.
M. 1 000 000 Telefon-Fabr. A.-G. vorm. J. Berliner jg. Akt.
M. 1 000 000 Anhaltische Kohlenwerke jg. Akt.
M. 1 000 000 A.-G. f. chem. Ind. Gelsenkirchen-Schalke jg. Akt.
M. 750 000 A. Horch & Co. Motorwagenwerke jg. Akt.

II. Börse zu Breslau.

M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.
M. 1 000 000 Hydrometer, Breslauer Wassermesser-Fabr. Akt.

III. Börse zu Düsseldorf.

Keine Zulassung.

IV. Börse zu Essen.

M. 25 000 000 Deutsch-Luxemb. Bergwerks- u. Hütten-A.-G. 5 % Hyp.-Oblig.

V. Börse zu Frankfurt a. M.

M. 25 500 000 (Kr. 30 000 000) Bosnisch-Herzegovinische 5 % Landesinvestitionsanl.
M. 25 500 000 (Kr. 30 000 000) Bosnisch-Herzegovinische 5 % Landeseisenbahnanl.
M. 30 000 000 Frankfurt a. M. 4 % Stadtanl.
M. 10 000 000 Hessische Landes-Hypoth.-Bk. 4 % Hyp.-Pfandbr.
M. 25 000 000 Frankfurter Hypothekenbk. 4 % Pfandbr.
M. 4 000 000 Württembergische Vereinsbk. 4 % Hypoth.-Pfandbr.
M. 5 000 000 Hessische Landes-Hypoth.-Bk. 4 % Komm.-Oblig.
M. 5 000 000 Frankfurter Hypothekenbk. 4 % Komm.-Oblig.
M. 30 000 000 Landeskreditkasse in Kassel 4 % Oblig.
M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.
M. 25 920 000 (Rbl. 12 000 000) St. Petersburger Internat. Handelsbk. jg. Akt.
M. 5 000 000 Allg. Local- u. Straßenbahnges. jg. Akt.
M. 2 000 000 Mannheimer Versicherungs-Ges. jg. Akt.
M. 2 000 000 A.-G. Bad Salzschlirf Akt.
M. 1 000 000 Hydrometer, Breslauer Wassermesser-Fabr. Akt.

VI. Börse zu Hannover.

M. 3 000 000 Continental Caoutchouc- u. Guttapercha-Comp. jg. Akt.

VII. Börse zu Köln.

Keine Zulassung.

VIII. Börse zu Königsberg i. Pr.

Keine Zulassung.

IX. Börse zu Magdeburg.

Keine Zulassung.

X. Börse zu Stettin.

Keine Zulassung.

XI. Börse zu München.

M. 425 000 000 (Kr. 500 000 000) Kgl. Ungar. steuerfr. 4½ % Staatsrentenanl.

Digitized by Google

M. 25 000 000 Bayer. Hypoth.- u. Wechselbk. 4 % Hypoth.-Pfandbr.
M. 10 000 000 Hessische Landes-Hypoth.-Bk. 4% Hyp.-Pfandbr.
M. 5 000 000 Hessische Landes-Hypoth.-Bk. 4% Komm.-Oblig.

XII. Börse zu Augsburg.

M. 25 000 000 Bayer. Hypoth.- u. Wechselbk. 4 % Hypoth.-Pfandbr.

XIII. Börse zu Dresden.

M. 1 000 000 Zittau 4 % Stadtanl.
M. 1 000 000 Dresdner Chromo- u. Kunstdruck - Papierfabr. Krause & Baumann jg. Akt.

XIV. Börse zu Leipzig.

M. 1 000 000 Zittau 4 % Stadtanl.
M. 2 000 000 Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz 4% Oblig.
M. 50 000 000 Deutsche Bank jg. Akt.

XV. Börse zu Zwickau.

Keine Zulassung.

XVI. Börse zu Stuttgart.

M. 4 000 000 Württembergische Vereinsbk. 4 % Hypoth.-Pfandbr.
M. 10 000 000 Neckarwerke A.-G. Stamm-Akt.
M. 5 000 000 Neckarwerke A.-G. Vorz.-Akt.

XVII. Börse zu Mannheim.

M. 15 000 000 Mannheim 4½ % Stadtanl.

XVIII. Börse zu Bremen.

M. 11 000 000 Neu-Guinea-Compagnie Anteilscheine.

XIX. Börse zu Hamburg.

M. 16 000 000 Altona 4 % Stadtanl.
M. 20 000 000 Staatl. Kreditanst. d. Herzogtums Oldenburg 4 % Oblig.
M. 25 000 000 Deutsch-Luxemb. Bergwerks- u. Hütten-A.-G. 5 % Hyp.-Oblig.
M. 14 768 000 (£ 713 400) Nobel Dynamite Trust Company Stamm-Akt.

Die **Gründungstätigkeit** (bzw. Eintragung neuer Gesellschaften in die Handelsregister) hat dem Kapital nach auch im Mai keinen besonders großen Umfang erreicht. Es wurden eingetragen:

16 Aktiengesellschaften	mit	17 685 000	M. Kapital
210 Gesellschaften m. b. H.	„	15 901 000	„ „
zusammen		33 586 000	M. Kapital

gegen 58 517 000 M. Kapital im Mai 1913
und 56 865 000 „ „ „ „ 1912

Um so größere Summen absorbieren die **Kapitalserhöhungen,** die im Mai über 175 Mill. M. beansprucht haben, obwohl in dieser Ziffer die neueste Kapitalserhöhung der Disconto-Gesellschaft um 75 Mill. M. noch gar nicht enthalten ist. Die Ziffern lauten:

40 Aktiengesellschaften	mit	166 486 000	M. Kapital
87 Gesellschaften m. b. H.	„	8 784 000	„ „
zusammen		175 270 000	M. Kapital

gegen 61 988 000 M. Kapital im Mai 1913
und 69 271 000 „ „ „ „ 1912

Digitized by Google

Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Mai 1914.

(Vom 1. bis 31. Mai im „Reichsanzeiger“ publiziert.)

	Gründungen								Kapitalserhöhungen							
	von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.				von Aktiengesellsch.				von Gesellsch. m. b. H.			
	Mai 1913		Mai 1914		Mai 1913		Mai 1914		Mai 1913		Mai 1914		Mai 1913		Mai 1914	
	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.	Zahl	1000 Mk.
Landwirtschaft	1	230	1	500	6	219	2	120	—	—	1	500	1	4	—	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	—	—	1	700	1	20	2	2 150	—	—	1	2 523	1	100	1	300
Steine u. Erden	—	—	—	—	18	1 068	14	621	3	475	5	2 467	6	267	14	667
Metalle u. Maschinen . .	1	1 000	3	2 760	31	2 082	18	527	11	10 920	10	35 675	17	3 429	12	2 623
Elektrotechnische Erzeugn.	—	—	—	—	10	332	3	140	—	—	—	—	3	30	—	—
Elektriz.- u. Gasgesellsch.	1	2 000	1	8 000	6	193	1	2 500	7	17 874	2	2 075	2	1 212	1	18 919
Fette, Oele etc.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chem. Ind., Heiz- u. Leuchtst.	3	2 950	—	—	16	591	10	964	2	550	8	59 320	10	1 023	4	177
Textilgewerbe	2	2 950	—	—	6	315	5	1 160	6	4 190	1	500	—	—	—	—
Papiergewerbe	1	1 000	—	—	3	251	1	20	1	250	—	—	1	12	1	21
Ledergewerbe	—	—	2	2 325	4	80	1	20	2	5 288	—	—	—	—	—	—
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	—	—	2	2 259	9	541	4	238	2	2 500	—	—	3	561	1	80
Nahrungs- u. Genußm.-Gew.	1	200	1	10	17	2 045	14	645	2	400	4	1 800	10	2 114	4	106
Bekleid.- u. Reinigungsgew.	—	—	—	—	13	830	5	390	—	—	—	—	—	—	1	10
Beherb.- u. Erquickungsgew.	—	—	1	10	13	426	6	120	1	76	1	6	3	51	3	62
Graphische Gewerbe . .	—	—	—	—	4	1 198	9	732	1	500	—	—	1	20	1	75
Baugewerbe u. Terrain-Ges.	2	400	—	—	49	2 707	28	635	1	50	1	35	5	584	2	102
Banken u. Vers.-Ges. . .	2	1 100	—	—	2	82	3	62	4	2 000	*3	52 030	—	—	—	—
Bahnen u. Transport-Ges. .	2	20 700	1	500	6	183	8	224	6	5 203	2	3 055	2	48	6	2 174
Handel (außer Banken) .	1	550	—	—	69	7 591	53	3 590	2	1 000	1	4 500	6	244	6	57
Syndikate, Verkaufsvereine	—	—	—	—	6	406	2	45	1	21	1	2 000	3	56	9	203
Sonstige Gesellschaften . .	—	—	3	621	56	4 277	21	998	1	500	—	—	10	436	21	2 108
	17	33 080	16	17 685	345	25 437	210	15 901	53	51 797	40	166 486	84	10 191	87	8 784

Gründungen von Akt.-Ges. und Gesellsch. m. b. H. im Mai 1914: 33 586 000 Mk.; im Mai 1913: 58 517 000 Mk.
Kapitals.-Erhöh. „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1914: 175 270 000 „ „ „ „ 1913: 61 988 000 „
Gesamtanspruch im Mai 1914: 208 856 000 Mk.; im Mai 1913: 120 505 000 Mk.

*) Einschließlich 50 Mill. M. Erhöhung der Deutschen Bank, deren Eintragung bereits im April erfolgt ist.

Digitized by Google

An Genossenschaftsgründungen haben im Mai laut Genossenschaftsregister stattgefunden:

Kreditgenossenschaften		Konsumgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften	
m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.	m. unb. H.	m. b. H.
41	14	0	5	22	106
Dagegen im Mai 1913:					
47	12	0	5	19	105
Dagegen im Mai 1912:					
55	12	3	7	19	97

Insgesamt sind also gegründet worden:

Mai 1914: 63 Genossenschaften m. unb. H. u. 125 Genossenschaften m. b. H.
„ 1913: 66 „ „ „ „ „ 122 „ „ „ „
„ 1912: 77 „ „ „ „ „ 116 „ „ „ „

Bei folgenden deutschen Amtsgerichten sind im Mai fünf oder mehr Firmen von Vollkaufleuten und Personalgesellschaften eingetragen worden:

in Aachen	6	in Flensburg	5	in München	25
„ Aschaffenburg	7	„ Frankfurt, Main	14	„ Nürnberg	7
„ Barmen	5	„ Freiburg/Br.	6	„ Offenbach, Main	5
„ Berlin	108	„ Geestemünde	6	„ Oldenburg, Großh.	9
„ Bremen	11	„ Hamburg	49	„ Pasewalk	8
„ Breslau	12	„ Hannover	13	„ Perl	11
„ Chemnitz	6	„ Heide, Holstein	7	„ Pforzheim	5
„ Cöln, Rhein	12	„ Hof	9	„ Rottweil	7
„ Crefeld	6	„ Kattowitz, O.-G.	5	„ Salzuflen	10
„ Dresden	18	„ Königsberg/Pr.	6	„ Solingen	5
„ Düsseldorf	15	„ Landsberg/W.	5	„ Straßburg, Els.	6
„ Eichstätt	6	„ Leipzig	22	„ Stuttgart	29
„ Essen, Ruhr	16	„ Mannheim	13		

In ganz Deutschland wurden nach den Veröffentlichungen im Mai 1914:

1031 Einzelkaufleute und Personalgesellschaften

eingetragen.

Die deutschen Banken im Mai 1914.

Reichsbank. Präsident Havenstein erklärt Ende Mai im Zentralausschuß, der die Auszahlung der halbjährlichen Abschlagsdividende von 1¾ % genehmigt, daß zu einer Aenderung des Diskonts keine Veranlassung vorliege. Die Bank läßt infolge der vielen Klagen über das unhandliche Format der neuen Hundertmark-Noten im Einverständnis mit dem Reichsschatzamt mehrere Entwürfe für ihre künftigen Emissionen anfertigen. Ist gezwungen, im Konkurse der Bankfirma S. Herzberg Söhne zur Rettung mehrerer ihr zedierter Hypotheken zwei Grundstücke (in Friedenau und Lichtenberg) zu erwerben. Die Stadt Haspe stellt der Bank kostenlos einen Bauplatz für die Errichtung eines Bankgebäudes zur Verfügung.

Seehandlung. Erhöht konsortialiter den Zuschlag auf 4 Mill. M. 4 % Anleihe der Emscher Genossenschaft à 93.75 % (à 94,60 % zur Zeichnung aufgelegt). Der Verkaufspreis für die Flachsgarnspinnerei in Landeshut (vgl. Aprilheft) beträgt 2 Mill. M. Seehandlungsrat

Digitized by Google

Thieme wird anläßlich seines 25 jährigen Dienstjubiläums zum Geh. Seehandlungsrat ernannt.

Preußische Central-Genossenschaftskasse. Präsident Heiligenstadt erklärt auf die von konservativer Seite erhobenen Vorwürfe gegen das Vorgehen der Preußenkasse in Ostpreußen (wo sie den Raiffeisenkassen den Kredit beschnitten und veranlaßt habe, daß dem Raiffeisen-Verbande das Revisionsrecht entzogen wurde), daß die weitgehenden Kreditansprüche in Ostpreußen besondere Maßnahmen notwendig machten. Das Institut legt konsortialiter 3,2 Mill. M. 4 % Anleihe der Stadt Frankfurt a. O. zur Zeichnung auf.

Disconto-Gesellschaft. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Uebernahme des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins (vgl. diesen) und die damit im Zusammenhang stehende Kapitalserhöhung um 75 auf 300 Mill. M. Die Stempel- und Steuerkosten der gesamten Transaktion werden auf 12 bis 15 Mill. M. geschätzt. Geschäftsinhaber Dr. Salomonsohn erklärt in der Generalversammlung, daß die Fusion Deutsche Bank-Bergbank nicht den Anstoß zu der Uebernahme des Schaaffhausen'schen Bankvereins gegeben, sondern daß die Disconto-Gesellschaft bereits vor 1½ Jahren dem Kölner Institut einen Fusionsvorschlag gemacht habe. Der Eintritt von Geschäftsinhabern in die Verwaltung von Schaaffhausen soll den Bezug doppelter Tantiemen ausschließen, auch soll nach Durchführung der Kapitalserhöhung eine Ermäßigung der dem Aufsichtsrat der Disconto-Gesellschaft zustehenden Bezüge erfolgen, ohne daß dies jedoch statutarisch festgelegt wird. Die Bank beabsichtigt, unter Beibehaltung ihrer Geschäftsbestimmungen, welche die Uebernahme von Grundstücken ausschließen, sich künftig dem Grundstücksgeschäft mehr als bisher zu widmen. Direktor Fischer (bisher Schaaffhausen) und Direktor Schlieper werden zu Geschäftsinhabern gewählt. In den Aufsichtsrat der Bank treten vom Schaaffhausen-Aufsichtsrat ein: Geh. Baurat Beukenberg, Geh. Komm.-Rat Hagen, Geh. Oberfinanzrat Hartung, Geh. Komm.-Rat Hoesch, Komm.-Rat Klöckner, Fabrikbesitzer v. Langen und Fabrikbesitzer Schöller. 25 Mill. M. neue Kommandit-Anteile vorletzter Emission werden zur Berliner und Frankfurter Börse zugelassen. Die Bank führt das Konsortium, das wegen Uebernahme einer 5 % Bulgarischen Staatsanleihe verhandelt. Geschäftsinhaber Dr. Salomonsohn tritt in den Aufsichtsrat der Köln-Rottweiler Pulverfabriken ein, Direktor Wiss (Frankfurt) in den der A.-G. für Maschinenpapierfabrikation. Die Bank bietet für 4,5 Mill. M. 4 % Gießener Stadtanleihe 93,87 % (die Anleihe fällt an Delbrück, Schickler & Co.), ferner für 3 Mill. Mark Wormser Stadtanleihe 93,71 % (diese geht an die Deutsche Bank). Ein Beamter der Filiale Dortmund wird nach Unterschlagung von 0,03 Mill. M. verhaftet. Die Bank erwirkt die Zulassung von 3 Mill. M. jg. Aktien der Frankfurter Allg. Versicherungsgesellschaft zur Berliner Börse.

Deutsche Bank. 50 Mill. M. jg. Aktien werden zur Berliner und Frankfurter Börse zugelassen. Es kursieren Gerüchte, wonach die Bank die Uebernahme der Mitteldeutschen Creditbank und einer weiteren rheinischen Bank planen soll. Die Bank errichtet eine Niederlassung in Bagdad und eine solche in Metz. Direktor v. Gwinner hält im Herrenhaus seine jährliche Rede und befürwortet wiederum, das Extraordinarium der preußischen Eisenbahnen weniger aus den Einnahmen und mehr aus Anleihen zu decken. Die Regierung lehnt diesen „Sirenengesang" ab. Die Bank gewährt konsortialiter dem Rheinisch-Westfälischen Cement-Verband einen Kredit von 8 Mill. Mark. Das „Gwinnersche Petroleum-Monopol" (vgl. Novemberheft 1912) wird durch den Sessionsschluß des Reichstages hinfällig. Direktor Schlitter scheidet aus dem Aufsichtsrat der Gebr. Goedhart A.-G. aus, Direktor v. Rössing aus dem der J. Frerichs A.-G. Der jetzige Minister des Innern, v. Loebell, ist aus dem Aufsichtsrat der Bank ausgeschieden. Die Bank erhält konsortialiter den Zuschlag auf 3 Mill.

Digitized by Google

Mark 4 % Wormser Stadtanleihe à 93,83 % und bietet konsortialiter für 4,5 Mill. M. 4 % Gießener Stadtanleihe ohne Erfolg 93,77 %. Erwirkt die Zulassung zur Berliner Börse von: 18 Mill. M. jg. Aktien der Essener Credit-Anstalt, 12 Mill. M. 4 % Mülheimer (Ruhr) Anleihe. 3,4 Mill. M. 4 % Remscheider Anleihe und 4,6 Mill. M. Aktien der Heine & Co.

Dresdner Bank. Dementiert das Gerücht, daß sie eine Fusion mit der Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft beabsichtige. Die der Bank nahestehende und in Konkurs gegangene Metzeler & Co. A.-G. wird rekonstruiert. Je nachdem das neue Aktienkapital auf 2 oder 2,5 Mill. M. bemessen wird, stellt die Bank einen Kredit von 1 oder 0,5 Mill. M. zur Verfügung. Die General Mining and Finance Corporation (Minenkonzern der Bank) weist pro 1913 einen Verlust von 0,04 Mill. £ aus (i. V. 5954 £ Gewinn). Die Aufsichtsratsmitglieder Esser, Geh.. Komm.-Rat Hagen und Fabrikbesitzer Langen, die den A. Schaaffhausen'schen Bankverein vertraten, scheiden infolge der Fusion des letzteren mit der Disconto-Gesellschaft aus. Für die Filiale in Königshütte ist ein eigenes Gebäude errichtet worden. Die Bank legt konsortialiter 30 Mill. Kr. 5 % Bosnisch-Herzegovinische Landeseisenbahn-Anleihe à 99¾ % zur Zeichnung auf und übernimmt 0,23 Mill. M. neue Aktien der Ver. Fabrik engl. Sicherheitszünder à 145 % (à 150 % deren Aktionären angeboten). Bietet konsortialiter 1,5 Mill. M. jg. Aktien der Eisenwerk Kraft A.-G. deren Aktionären à 135 % an. Erwirkt die Zulassung von 2 Mill. M. Aktien der Oppeln-Frauendorfer Portland-Cementwerke zur Berliner Börse.

Darmstädter Bank. Bietet konsortialiter für 3 Mill. M. 4 % Wormser Stadtanleihe 93,28 % (den Zuschlag erhält die Deutsche Bank à 93,83 %) und für 4,5 Mill. M. 4 % Gießener Stadtanleihe bedingungsweise 94.07 %. Bezeichnet die gegen sie angestrengte Regreßklage der Konkursmasse Adolph Möller, Altona (Objekt 1,75 Mill. Mark), als juristisch vollkommen haltlos (die Straßburger Filiale der Bank soll Einzahlungen des früheren Inhabers der Holzgroßhandlung Möller, die er vor seinem Zusammenbruch machte, doloser Weise verheimlicht haben). Die Bank erwirkt die Zulassung von 25 Mill. M. 5 % Obligationen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft zur Hamburger Börse.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein. Die Generalversammlung, in der ein Kapital von 72,77 Mill. M. vertreten ist, genehmigt die vorgeschlagene Fusion mit der Disconto-Gesellschaft. Trotz des von drei Aktionären eingelegten Protestes wird die mit einem Kapital von 100 Mill. M. ausgestattete neue Schaaffhausen-Gesellschaft (vgl. Disconto-Gesellschaft im Maiheft) sofort nach der Generalversammlung in das Handelsregister eingetragen. In der Generalversammlung, in der sehr scharfe Vorwürfe gegen die Verwaltung erhoben werden, wird u. a. von einem Aktionär behauptet, daß die Aktiva des Bankvereins um 30 Mill. M. zu niedrig in die Fusionsrechnung eingesetzt worden seien. Direktor Strack erklärt mit Bezug auf die hohen Kosten der Transaktion (12 bis 15 Mill. M., wovon an Stempelkosten für die neue Schaaffhausen-Gesellschaft allein 5 Mill. M. entfallen), daß die Verwaltung den nächstliegenden billigeren Weg nicht gewählt habe, um nicht das Odium einer Sanierung auf sich zu laden. In den Aufsichtsrat der Bank treten als Vertreter der Disconto-Gesellschaft Generaldirektor Ballin, Oberbürgermeister a. D. Marx, Direktor Dr. König, Freiherr Alfred v. Oppenheim, Bankdirektor Schröder und außerdem Bankdirektor Ullrich und Bergassessor Winkhaus ein. Direktor Schwitzer wird in den Aufsichtsrat der Westlichen Boden-A.-G. in Liqu. gewählt. Der Konkurs der Berliner Weinfirma W. Schlieben & Co., an dem die Bank beteiligt ist, dürfte wegen Mangels an Masse eingestellt werden. Die Bank erwirkt die Zulassung von 8 Mill. M. jg. Aktien und 4 Mill. M. 4½ % Obligationen der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. zur Berliner Börse.

Digitized by Google

Berliner Handels-Gesellschaft. Geschäftsinhaber Gustav Ahrens ist im Alter von 54 Jahren gestorben. Das Baroper Walzwerk hat die Revision gegen das vom Oberlandesgericht Hagen gefällte Urteil zurückgezogen, so daß das Urteil rechtskräftig geworden ist (vgl. Märzheft). Die Bank erwirkt die Zulassung von 5 Mill. M. jg. Aktien der Allg. Local- und Straßenbahn-A.-G. 4,2 Mill. M. 5 % Obligationen der Russischen Eisenindustrie A.-G. und 4,2 Mill. M. jg. Aktien der Deutschen Continentalen Gasgesellschaft zur Berliner Börse.

Commerz- und Disconto-Bank. Wird eventuell das Berliner Gebäude des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins übernehmen und dagegen ihr eigenes Gebäude, das von dem der Disconto-Gesellschaft nur durch die Charlottenstraße getrennt ist, an diese abtreten. Erwirkt die Zulassung von 1 Mill. M. jg. Aktien der Telephon-Fabrik A.-G. vorm. J. Berliner zur Berliner Börse.

Nationalbank für Deutschland. Bietet konsortialiter für 3 Mill. Mark 4 % Wormser Stadtanleihe 93,52 % (den Zuschlag erhält die Deutsche Bank à 93,83 %). Hat (mit der Norddeutschen Creditanstalt und der Danziger Privat-Aktienbank) der in Schwierigkeiten geratenen Norddeutschen Bau-A.-G., Bütow, einen Kredit von 1 Mill. M. gewährt, glaubt aber keinen Verlust zu erleiden. Direktor Winterfeld tritt in den Aufsichtsrat der Deutschen Orientbank ein. Die Witwe des verstorbenen Bankdirektors Stern, durch dessen Tod die Frau angeblich in finanzielle Schwierigkeiten geraten sein soll, begeht Selbstmord.

Mitteldeutsche Creditbank. Dementiert die Gerüchte über eine bevorstehende Fusion mit der Deutschen Bank. In die Leitung der Essener Filiale tritt Direktor König von der Holstenbank, Neumünster, ein.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Uebernimmt (mit der Dresdner Bank) 5 Mill. M. 5% Oblig. der Gewerkschaft Sachsen (Konzern Mansfeldsche Gewerkschaft in Eisleben).

Gebr. Arnhold, Dresden. Die der Bank nahestehende Baugenossenschaft Dresden-Land G. m. b. H. verteilt eine Dividende von 4 %.

Bank für Chile und Deutschland, Hamburg. Das Aufsichtsratmitglied Borgnis ist gestorben. Die Bank erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in Chile einstweilen nicht gerechnet werden könne.

Bank von Elsaß-Lothringen, Straßburg. Direktor Stephan tritt in den Aufsichtsrat der unter Mitwirkung der Bank in eine Akt.-Ges. mit 1,40 Mill. M. Kapital umgewandelten Straßburger Automobilfirma E. E. C. Mathies ein (vgl. Banque de Mulhouse).

Banque de Mulhouse, Mülhausen. Direktor Ehrmann tritt in den Aufsichtsrat der in eine Akt.-Ges. umgewandelten Straßburger Automobilfirma Mathies ein (vgl. Bank v. Els.-Lothr.).

Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co. Die der Bank nahestehende Teppichfirma Ganz A.-G. verteilt für das erste Geschäftsjahr eine Dividende von 8 %.

Bayerische Bodenkredit-Anstalt, Würzburg. Das Reichsgericht erklärt in einem Prozeß eines Vorstandsmitgliedes gegen die Bank auch diejenigen Abschreibungen und Rücklagen für tantiemefrei, die von der Generalversammlung einer Aktiengesellschaft satzungswidrig beschlossen worden sind.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München. Erwirkt die Zulassung von 425 Mill. Kr. 4½ % Ungar. Staatsrentenanleihe zur Münchener Börse.

Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld. Die Firma ist, um den Namen zu sichern, auf eine mit 0,10 Mill. M. Kapital gegründete G. m. b. H. übergegangen.

Digitized by Google

Berliner Hypothekenbank A.-G. Direktor Budde wendet sich auf einer Tagung des Schutzverbandes für den deutschen Grundbesitz scharf gegen die Besteuerung nach dem gemeinen Wert und befürwortet eine „vernünftige Ertragsbesteuerung".

S. Bleichröder, Berlin. Dem Geschäftsteilhaber James v. Bleichröder wird die Vertretung und rechtsverbindliche Zeichnung der Firma übertragen. Die im Jahre 1913 von dem Seniorchef des Bankhauses Hans v. Bleichröder, gemachte Stiftung im Betrage von 1 Mill. M. für Lungenkranke ist nunmehr ins Leben getreten. Das Bankhaus erwirbt die Majorität der Aktien der Preuß. Feuerversicherungs-A.-G., um die Fusion der letzteren mit der Nordstern Feuerversich.-A.-G. vorzubereiten.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Die Bank wird in einem „Eingesandt" an die „Frankf. Ztg." des wiederholten Verstoßes gegen den Paragraphen des Hypothekenbankgesetzes beschuldigt, der den Hypothekenbanken verbietet, sich bei kündbaren Hypotheken eine Rückzahlungsprovision versprechen zu lassen.

Commerzbank in Lübeck. Stellvertretender Direktor Rieger tritt in die Direktion der Holsten-Bank, Neumünster, ein.

Danziger Privat-Aktien-Bank. Vgl. Norddeutsche Credit-Anstalt.

Delbrück Schickler & Co., Berlin. Erhalten den Zuschlag auf 4,5 Mill. M. 4% Gießener Stadtanleihe à 94,07 % (à 94,90 % zur Zeichnung aufgelegt).

Deutsch-Asiatische Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,73 (i. V. 0,51) Mill. M., die Dividende wird, wie bereits mitgeteilt, auf 7 % erhöht. Die Bank weist in ihrem Bericht auf die erhebliche und kontinuierliche Steigerung der Einnahmen des chinesischen Seezollamtes sowie darauf hin, daß zum erstenmal die aus der Zeit der Boxerunruhen herrührenden Entschädigungen an die fremden Mächte vollständig bezahlt werden konnten. Die Bank schätzt die Dividende der ihr nahestehenden Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft auf wieder 7½ %.

Deutsche Afrika-Bank, Hamburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,19 (i. V. 0,15) Mill. M., die Dividende, an der 1 Mill. M. neue Aktien zur Hälfte partizipieren, wieder 8 %.

Deutsche Landwirtschaftliche Treuhandbank A.-G., Leipzig. Schlägt eine Kapitalserhöhung um 0,5 auf 1 Mill. M. vor.

Deutsche Orientbank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,37 (i. V. 1,30) Mill. M., die Dividende wieder 5 %. Nach der Bilanz zeigen Bar und Bankguthaben gegen das Vorjahr den auffälligen Rückgang von 21,51 auf 11,18 Mill. M. Die Bank wird, und zwar ohne besondere Vergütung, die Filialen der Deutschen Palästinabank in Jaffa und Jerusalem (mit Agenturen in Nablus und Nazareth), in Alexandrette (wo die Bank bereits eine Niederlassung besitzt), Beirut, Damaskus, Haifa und Tripolis übernehmen. In den Aufsichtsrat treten Direktor Winterfeld von der Nationalbank f. D. (an Stelle des verstorbenen Direktors Stern) und Herr Schneider (Alexandrien) ein.

Deutsche Palästina-Bank, Berlin. Die Levante-Filialen der Bank werden an die Deutsche Orientbank (vgl. diese) übergehen. Die Bank hat für die Handelsvereinigung im Konkurs der W. Wertheim G. m. b. H. 15 Mill. M. Forderungen angemeldet. Zieht den Antrag auf Zwangsversteigerung der Wolf Wertheimschen Besitzung in Cladow a. d. Havel (vgl. Maiheft) zurück, da die Handelsvereinigung die Angelegenheit in anderer Weise regeln will.

Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M. Die der Bank nahestehende Société Internationale de Constructions, Antwerpen, weist für das erste, 17 Monate umfassende Geschäftsjahr einen Reingewinn von 4009 Fr. aus, der vorgetragen wird. Die Bank erwirkt die Zu-

Digitized by Google

lassung von 4 Mill. M. 4% Hyp.-Pfandbriefen der Württembergischen Vereinsbank zur Frankfurter Börse.

Deutsch-Ostafrikanische Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,20 (i. V. 0,17) Mill. M., die Dividende 7¼ % (i. V. 6½ %). Der Notenumlauf ist um 0,39 Mill. Rupien auf 3,74 Mill. Rupien gestiegen. Infolge des zeitweisen Mangels (?) an Silberrupien mußte die Bank ihren Umlauf an ungedeckten Noten erhöhen und 14 185 M. (i. V. 6 M.) an Notensteuer entrichten.

Deutsch-Westafrikanische Bank, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,15 (i. V. 0,148) Mill. M., die Dividende wieder 10 %. Der Gesamtumsatz ist von 30 Mill. M. i. V. auf 27 Mill. M. zurückgegangen.

Frankfurter Hypothekenbank. 25 Mill. M. 4% Hyp.-Oblig. und 5 Mill. M. 4% Komm.-Oblig. werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Göttinger Bank in Konk. Die Direktoren Reese und Riepenhausen werden wegen Vergehens gegen § 314 und § 315 HGB. (Bilanzverschleierung usw.) zu Geldstrafen von 100 bis 2000 M. verurteilt. Das angeklagte Aufsichtsratsmitglied Kauffmann wird freigesprochen.

Handelsbank für Ostafrika, Berlin. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,14 (i. V. 0,10) Mill. M., die Dividende 6½ % (i. V. 5 %) bei 3 Mill. M. mit 50 % eingezahltem Kapital.

Hessische Landeshypothekenbank. Gibt 10 Mill. M. 4% Hyp.-Pfandbriefe und 5 Mill. M. 4% Komm.-Oblig. aus, die prospektfrei zur Berliner und Frankfurter Börse zugelassen werden.

Holsten-Bank, Neumünster. Direktor König tritt in die Leitung der Essener Filiale der Mitteldeutschen Kreditbank ein. An seine Stelle tritt der bisherige stellv. Direktor der Commerzbank in Lübeck, Rieger.

Königl. Bayerische Bank, Nürnberg. Die Regierung beantragt im Landtag die Verstärkung der Betriebsmittel der Bank um 30 Mill. M. und Beschaffung des Geldes durch Staatsschatzscheine. Der Antrag erklärt die Benutzung des Staatskredits zugunsten der Bank für unbedenklich, da der Staat ohnehin für die Verbindlichkeiten der Bank hafte. Die Bank bietet konsortialiter für 12—15 Mill. M. 4% Nürnberger Stadtanleihe 94,27 %, was aber, obwohl Höchstgebot, als zu niedrig abgelehnt wird.

Landwirtschaftliche Central-Darlehnskasse für Deutschland, Berlin (Neuwied). Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,58 (i. V. 0,44) Mill. M., die Dividende, wie bereits mitgeteilt, 4 %. Auf die 1913 beschlossene Kapitalserhöhung um bis zu 5 Mill. Mark sind bisher 1,76 Mill. M. gezeichnet und 1,49 Mill. M. eingezahlt worden. Die Zahl der Aktionärvereine ist um 74 auf 4700 gestiegen.

Mitteldeutsche Privatbank, Magdeburg. Die Anfechtungsklage eines Aktionärs und früheren Angestellten gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung wird durch Versäumnisurteil abgewiesen. Die Bank übernimmt (mit der Dresdner Bank) 0,23 Mill. M. neue Aktien der Ver. Fabriken englischer Sicherheitszünder à 145 % (deren Aktionären à 150 % angeboten).

Niederdeutsche Bank, Komm.-Ges. a. A. in Konk., Dortmund. Die außerordentlich umfangreiche Begründung des im November 1913 ergangenen Urteils gegen Ohm und Genossen ist nunmehr fertiggestellt worden.

Norddeutsche Bank in Hamburg. Der Aufsichtsratsvorsitzende Borgnis ist gestorben.

Norddeutsche Creditanstalt, Königsberg. Hat (zusammen mit der Nationalbank für Deutschland und der Danziger Privat-Aktienbank) der voraussichtlich zu einer Liquidation gezwungenen Nord-

Digitized by Google

deutschen Bau-A.-G., Bütow, einen Kredit von 1 Mill. M. gewährt, glaubt aber keinen Verlust zu erleiden.

Ostbank für Handel und Gewerbe, Posen. Das Aufsichtsratsmitglied Ahrens, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, ist gestorben.

Pfälzische Bank, Ludwigshafen. Komm.-Rat Wagner tritt in den Aufsichtsrat der Wayß & Freytag A.-G. ein. Die Bank erwirkt die Zulassung von 2 Mill. M. jg. Aktien der Mannheimer Versicherungsgesellschaft zur Frankfurter Börse.

Pforzheimer Bankverein. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,67 (i. V. 0,65) Mill. M., die Dividende wieder 8 %.

Potsdamer Credit-Bank. Die gegen die Genehmigung der Bilanz von dem früheren Direktor Witzig angestrengte Anfechtungsklage wird aus formellen Gründen abgewiesen.

Preußische Boden-Credit-Aktien-Bank, Berlin. 30 Mill. Mark 4% Hyp.-Oblig. werden zur Frankfurter Börse zugelassen.

Preußische Central-Bodenkredit-A.-G., Berlin. Ueberträgt die Agentur für Stadt- und Landkreis Osnabrück der dortigen Firma Dunker & Nienaber.

Preußische Hypotheken-Aktien-Bank, Berlin. Die Bank besteht am 18. Mai 50 Jahre. Direktor Kammergerichtsrat a. D. Thinius wird zum Geh. Justizrat ernannt. Das Aufsichtsratsmitglied Ahrens, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, ist gestorben.

Rheinische Creditbank, Mannheim. Der frühere Direktor der Bank, Komm.-Rat Zeiler, ist gestorben. Direktor Jahr tritt in den Aufsichtsrat der Wayß & Freytag A.-G. ein, an der die Bank stark interessiert ist.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft, Aachen. Die Bank wird durch die Unterschlagung eines Beamten um 0,03 Mill. M. geschädigt. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Fusion mit der Dresdner Bank werden dementiert.

Sächsische Bank, Dresden. Hat die zur Chemnitzer Filiale ressortierende Stadt Grüna unter ihre Pariplätze aufgenommen.

Schlesinger, Trier & Co., Komm.-Ges. a. A., Berlin. Erwirkte die Zulassung von 1 Mill. M. Aktien der Ersten Berliner Malzfabrik zur Berliner Börse.

Schlesischer Bankverein, Breslau. Erwirkt die Zulassung von 50 Mill. M. jg. Aktien der Deutschen Bank zur Breslauer Börse.

Schwarzburgische Landesbank, Sondershausen. Fordert weitere 10 % auf das bisher mit 40 % eingezahlte Kapital von 2,5 Mill. Mark ein.

Süddeutsche Bodencreditbank, München. Erhält die Genehmigung zur Ausgabe von 5 Mill. M. 4% Hyp.-Oblig.

Vereinsbank Frankfurt a. O. in Konk. Eine Anzahl von der Bank erststellig beliehene Parzellen kommen zur Zwangsversteigerung.

A. E. Wassermann, Bamberg-Berlin. Der Seniorchef der Firma, der Königl. Bayer. Hofbankier Angelo v. Wassermann, ist gestorben.

Württembergische Bankanstalt vorm. Pflaum & Co., Stuttgart. Errichtet in Stuttgart ein neues Bankgebäude.

Württembergische Vereinsbank, Stuttgart. 4 Mill. M. 4% Hyp.-Oblig. werden zur Frankfurter und Stuttgarter Börse zugelassen. Direktor Dr. Bührlen beziffert den Schaden der Bank durch die Veruntreuungen des früheren Direktors Thalmessinger auf 0,19 Mill. Mark.

Digitized by Google

Zahlungseinstellungen usw. Göttinger Bank in Konk., Niederdeutsche Bank, Dortmund, Vereinsbank Frankfurt a. O. vgl. oben. — Die insolvente Pforzheimer Bankfirma Greb & Frühauf tritt in Liquidation. Die Quote wird auf 40 bis 45 % geschätzt. — Die Central-Kreditbank e. G. m. b. H. (früher Schönhauser Genossenschaftsbank), Berlin, gerät infolge größerer Verluste in Zahlungsschwierigkeiten und soll liquidieren. — Das Reichsgericht verwirft die Revision des Bucketshop-Bankiers Sattler, der zu einer längeren Gefängnis- und größeren Geldstrafe verurteilt worden war. — Das Bankgeschäft Aug. Biermann & Co., Worbis (auch Handelsmühle), geht in Konkurs. — Der Ländl. Kredit-Verein Rickenbach e. G. m. u. H., Säckingen, erhöht, um den Konkurs zu vermeiden, den Geschäftsanteil um 500 M. Die badische Regierung bewilligt zur teilweisen Deckung der Unterbilanz ein Darlehen von 0.10 Mill. M. — Die Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder der Breslauer Innungsbank e. G. m. b. H. aus der Zeit des früheren Direktors Bookmann werden mit 50 000 M. regreßpflichtig gemacht. Die Geschäftsanteile werden um 200 auf 400 M. erhöht. — Der Breslauer Beamten-Spar- und Darlehensverein e. G. m. b. H. geht in Konkurs. — Das insolvente Thorner Bankhaus L. Simonsohn wird liquidiert. — Die Dauer des Konkurses des Charlottenburger Kreditvereins e. G. m. u. H. wird auf 8 bis 10 Jahre, die Unterbilanz auf 2,25 Mill. M. geschätzt. — Im Konkurs der Stuttgarter Bankfirma Fritsch beträgt die Dividende nur 4½ %. Ein Prokurist wird wegen Vergehens gegen das Depot- und Börsengesetz zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Im Konkurs der Bankfirma Herm. Gebler, Zeitz, betragen die Passiva 0,81 Mill. M., denen 32 700 M. Aktiva gegenüberstehen. — Im Konkurs der Solinger Bankfirma Eduard Weck wird voraussichtlich eine Schlußquote von 15 % (bisher 25 %) verteilt werden. — Der Gesamtverlust der Arnsberger Gewerbebank in Liqu. beträgt 0,91, die Aktiva belaufen sich auf nur 0.05 Mill. M. Der frühere Aufsichtsrat zahlt im Vergleichswege 0,03 Mill. M. (anstatt der ursprünglich eingeklagten 0.18 Mill. M.). — Die Direktoren der Posener Bank „Rolnik", Pohl und Rosinski, werden wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Die ausländischen Banken im I. Quartal 1914.

VI. Italien.

Bankstatistik. Die fünf italienischen Großbanken (Banco di Roma, Banca Commerciale, Credito Italiano, Società bancaria, Soc. Ital. di credito provinciale) haben nach der offiziellen Statistik Ende 1912 613,08 Mill. Lire fremde Gelder (davon 357,66 Mill. Lire Spargelder) verwaltet. Sämtliche 192 Kreditbanken (ohne Kreditgenossenschaften, aber inklusive der obigen fünf Großbanken) haben Ende 1912 1010,17 Mill. Lire fremde Gelder (davon 560,73 Mill. Lire Spargelder) verwaltet.

Lebensversicherung. Nach dem Geschäftsbericht des Istituto Nazionale di Assicurazione bedeutet das erste Geschäftsjahr einen Mißerfolg des staatlichen Lebensversicherungsmonopols. Von den bei der Verstaatlichung in Effekten u. dergl. vorhandenen 700 Mill. Lire Versicherungskapital ist ein erheblicher Teil durch Ablauf, Verzicht, Rückkauf usw. abgegangen.

Privatsparkassen. Die gesamten Einlagen bei den Privatsparkassen betrugen nach der offiziellen Statistik Ende 1912 2596,3 Mill. Lire gegen 2558,7 Mill. Lire Ende 1911. Der größte Teil der Summe entfällt auf die Lombardei mit 800,03 Mill. Lire; es folgt Piemont mit 300,02 Mill. Lire, Emila mit 291,84 Mill. Lire, Venetien mit 234,25 Mill. Lire, Kampanien mit 153,07 Mill. Lire und Latium mit

Digitized by Google

130,39 Mill. Lire. — Gegen die geplante umfangreichere Verwendung der Sparkassengelder für nationale Zwecke wendet sich der Nationalökonom Einaudi mit dem Hinweis, daß eine derartige Politik in die Rechte der Sparer eingreifen würde.

Postsparkassen. Die Guthaben der Einleger betrugen Ende Dezember 1913 2056,80 (i. V. 1948,56) Mill. Lire.

Genossenschaftswesen. Die Kreditgenossenschaften werden auf Initiative der Regierung zu einer Art Zentralkasse zusammengeschlossen. — Die Anzahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften aller Art inklusive Darlehnskassen ist von 1910 bis 1913 um 60 % auf 6304 gestiegen. — Die fremden Gelder in der Verwaltung der 813 Kreditgenossenschaften (Società anonime cooperative di credito) betragen Ende 1912 1147,7 Mill. Lire, diejenigen der 1652 Landkassen (Casse rurali di prestiti) 99,2 Mill. Lire.

Der Privatdiskontsatz betrug im Jahresdurchschnitt 5,07%.

Börsenwesen. An den italienischen Börsen ist die Feststellung privater Kursnotierungen neben den offiziellen wegen mannigfacher Mißstände untersagt worden.

Die geplante Erhöhung des Wechselstempels, die nach Angabe der Regierung den Wünschen der Interessenten selbst entspricht, führt zu energischen Protesten in Bank- und Handelskreisen.

Abrechnungsverkehr. Bei den Abrechnungsstellen der Banca d'Italia sind im Jahre 1913 13,0, 1912 17,2, 1911 15,2 und 1910 16,5 Mill. Lire abgerechnet worden.

Insolvenzen. Der Banco dell Ossola in Domodossola geht in Konkurs. Die Passiva betragen 2 Mill. Lire.

Banca d'Italia. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 20,16 (i. V. 19,55) Mill. Lire, die Dividende 48 Lire pro Aktie = 8 % (i. V. 7,67 %). Von 1905 bis 1913 ist die Dividende der Bank von 3 % auf 8 % gestiegen. Der Anteil des Staates beträgt 4,8 (i. V. 4,2) Mill. Lire. Der durchschnittliche Diskontsatz betrug 5,47 % (wie i. V.). An Notensteuer waren 1,39 (i. V. 3,05) Mill. Lire zu entrichten, der durchschnittliche Notenumlauf betrug 1646,73 (i. V. 1631,01) Mill. Lire, davon 1003,53 Mill. Lire ganz, der Rest mit 40 % metallisch gedeckt. Der Gesamtverlust, den die Bank durch die Liquidation der Ende der neunziger Jahre zusammengebrochenen Banca Romana erlitten hat, beträgt nach den Veröffentlichungen im Geschäftsbericht total rund 58 Mill. Lire. Der Diskontsatz hat während des ersten Quartals 1914 unverändert 5½ % betragen. Die Bank hat eine Filiale in Asmara (Eritrea) errichtet und wird eine weitere Filiale in Massaouah (ebendort) errichten.

Banca Commerciale Italiana, Mailand. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 12,71 (i. V. 12,92) Mill. Lire, die Dividende wieder 9 % = 45 Lire pro Aktie. Aus dem Status per Ende Dezember 1913: Wechsel 489,47 (428,19) Mill. Lire, Depositen 360,41 (322,87) Mill. Lire, Depositen und Spargelder inklusive Kassabons 232,84 (218,66) Mill. Lire, Kontokorrent-Kreditoren 516,15 (449,18) Mill. Lire. Die Bank erhöht ihr Kapital um 26 auf 156 Mill. Lire im Zusammenhang mit dem Ankauf der Eisenbahn-Gesellschaft Società delle strade ferrate del mediterraneo. Die Kapitalserhöhung wird von einem Bankensyndikat durchgeführt, dem L. Marsaglia, S. Bleichroeder und die Banque de Paris et des Pays-Bas angehören. Die Anzahl der Beamten der Bank ist von 2483 Ende Dezember 1912 auf 2947 Ende Dezember 1913 gestiegen. Die Bank hat nach dem Geschäftsbericht ihre Beteiligung an der Société Générale pour l'Afrique du Nord aufgegeben. Uebernimmt (mit dem Credito Italiano) 10 Mill. Lire 4% Turiner Stadtanleihe. Eröffnet Niederlassungen in Canelli, Novara, Pescara und Plaisanza. Führt ein Konsortium, das die Konzession für den Bau einer Eisenbahnlinie Adalia—Burdur (Vilajet Konia) erhält.

Digitized by Google

Banco di Napoli. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 16,17 (i. V. 15,63) Mill. Lire, der Reingewinn 5,08 (4,85) Mill. Lire. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug im Jahre 1913 410,73 (408,84) Mill. Lire, Ende Dezember 1913 417,81 Mill. Lire, denen an Metallumlauf 295,97, an Wechseln 124,40 Mill. Lire und an Devisen 49,28 Mill. Lire gegenüberstanden.

Banco di Roma. Der Reingewinn pro 1913 ist von 15,35 Mill. Lire im Vorjahre auf 13,42 Mill. Lire zurückgegangen. Die Dividende wird auf 6 % reduziert (i. V. 7 %). Die Bank erklärt den Rückgang mit den geringen Umsätzen der Filiale in Konstantinopel und mit zeitweiligem Stocken der Geschäfte in Libyen. In der italienischen Presse wird der Bank allzu unvorsichtige Kreditgewährung zum Vorwurf gemacht. Aus dem Status per Ende Dezember 1913: Kasse 13,17, Wechsel 135,02, Effekten 88,18, Reports 65,16, Vorschüsse 23,35, Debitoren 148,03, Depositen 169,70, Kreditoren 119,98 Mill. Lire. Unter Mitwirkung der Bank wird die Società Elettrica Coloniale Italiano in Libyen errichtet. Die Bank eröffnet Agenturen in Frankreich, Spanien, Malta und im Schweizer Kanton Tessin.

Banco di Sicilia, Palermo. Der Notenumlauf betrug Ende Dezember 101,27 Mill. Lire, der Kassenbestand 57,96 Mill. Lire, der Wechselbestand 63,09 Mill. Lire und die Devisen 18,83 Mill. Lire.

Credito Italiano, Mailand. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,42 (i. V. 5,41) Mill. Lire, die Dividende wieder 6 % = 30 Lire pro Aktie. Die Bank hat im abgelaufenen Jahre acht Filialen und drei Agenturen errichtet. Aus dem Status per Ende Dezember 1913: Wechsel 274,03, Debitoren 208,07, Depositen und Kassabons 182,25, Kreditoren 260,68 Mill. Lire. Die der Bank nahestehende Banque Italo-Belge hat ihr Kapital um 5 auf 25 Mill. Fr. erhöht (vgl. Märzheft S. 293). Die Bank übernimmt (mit der Banca Commerciale Italiana) 10 Mill. Lire 4 % Turiner Stadtanleihe.

Istituto Italiano di Credito Fondiario, Rom. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,21 (i. V. 2,20) Mill. Lire, die Dividende wieder 24 Lire pro Aktie = 4,8 %. Aus dem Status per 31. Dezember 1913: Hypothekar-Darlehen 178,19 (164,89) Mill. Lire, Hypothekar-Obligationen 149,74 (140,19) Mill. Lire.

Istituto Nazionale di Credito per la Cooperazione, Rom. Das Institut (vgl. Septemberheft 1913) hat Anfang Januar 1914 seine Tätigkeit begonnen.

Società Bancaria Italiana, Mailand. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Statutenänderung, wonach die Hälfte der 500 000 Aktien zu 100 Lire, um ihre Einführung an der Pariser Börse zu erleichtern, in Stücke à 500 Lire umgewandelt werden. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,41 (i. V. 3,75) Mill. Lire, die Dividende wieder 6 %.

Società Italiana di Credito Provinziale, Busto Arsizio. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,25 (i. V. 1,50) Mill. Lire, die Dividende wieder 13 %. Die Bank nimmt die Banca Valdarne in Montevarchi auf.

VII. Schweiz.

Währung. Die eidgenössische Münzstätte prägte im Jahre 1913 für 14 Mill. Fr. goldene 20-Fr.-Stücke (davon für die Regierung 4, für die Nationalbank 10 Mill. Fr.), 6 Mill. goldene 10-Fr.-Stücke (davon 2 Mill. Fr. für die Regierung und 4 Mill. Fr. für die Nationalbank) aus; ferner 0,6 Mill. Fr. à 2 Fr., 1,2 Mill. Fr. à 1 Fr. und 0,78 Mill. Fr. in ½-Fr.-Stücken und Rappenstücken, insgesamt 22,58 Mill. Fr. — Die Einfuhr von gemünztem Edelmetall betrug im Jahre 1913 58,05 (i. V. 60,33), die Ausfuhr 33,47 (i. V. 33,12) Mill. Fr. — Nach dem Geschäftsbericht der Schweizer Nationalbank stand im

Digitized by Google

Jahre 1913 die Notiz für die Devise Schweiz im Ausland durchschnittlich 1,61 Promille über Parität (gegen Pari i. V. und 0,07 Promille über Parität im Jahre 1911). Die Kurse für fremde Wechsel notierten in der Schweiz im Durchschnitt: Für Frankreich 100,25 = 2,500 Promille, England 25,31¼ = 3,608 Promille, Deutschland 123,67 = 1,725 Promille über Parität, dagegen für Oesterreich 104,79 = 2,095 Promille und für Italien 98,47 = 15,300 Promille unter Parität.

Kreditkrisis im Tessin. Anfang Januar bricht der Credito Ticinese, Locarno (Kapital 3,3 Mill. Fr.), mit Filialen in Lugano, Bellinzona und Chiasso infolge starker Immobilisierung seiner Mittel zusammen. Direktor Schmidt (dem auch Unterschlagungen zur Last gelegt werden) und Aufsichtsrat werden verhaftet, ihr Vermögen beschlagnahmt. Die Passiva belaufen sich auf rund 34 Mill. Fr., die Konkursquote wird auf etwa 30 % geschätzt. Dem Konkurs dieses Instituts folgt bald darauf die Zahlungseinstellung der Banca Cantonale Ticinese (Kapital 2 Mill. Fr.), die trotz ihrer irreführenden Bezeichnung kein Staatsinstitut ist. Die Bank hat erhebliche Verluste, speziell in Italien, erlitten. Die Quote für die Gläubiger wird erst auf 80 %, später auf 50 bis 60 % geschätzt. Infolge dieser beiden Zusammenbrüche wird auf die übrigen Banken im Kanton Tessin ein Run unternommen, der noch den Banco Popolare Ticinese (Kapital 2 Mill. Francs) in Schwierigkeiten bringt. Die schweizerische Bundesregierung leitet eine Hilfsaktion ein. Unter ihrer Mitwirkung, der des Verbandes der Kantonalbanken und des Schweizerischen Bankenkartells wird ein Interventionssyndikat mit 10 Mill. Fr. Kapital errichtet, welches die Liquidation der zusammengebrochenen Institute erleichtern und späterhin zu einer Bank des Kantons Tessin umgewandelt werden soll. (Vgl. den Aufsatz „Reform des Schweizerischen Bankwesens" in diesem Heft.)

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Aargauische Hypothekenbank wieder 5½ %. — Banca Popolare, Lugano (die ihr Kapital von 4 auf 5 Mill. Fr. erhöht), wieder 8 %. — Bank für Bahn- und Industriewerte, Basel, wieder 6 %. — Bank in Bern 3 % (4½ %). — Bank in Montreux wieder 7 %. — Bank in Schaffhausen wieder 6 %. — Bank in Schwyz wieder 7 %. — Bank in Zug wieder 6½ %. — Banque de Dépôts et de Crédits, Genf, wieder 5½ %. — Banque de Genève 6 % (5 %). — Basellandschaftl. Hypothekenbank wieder 5½ %. — Berner Handelsbank wieder 4 %. — Incasso- und Effektenbank, Zürich, wieder 4½ %. — Kreditanstalt in Luzern wieder 8½ %. — Schweizerische Bank für Kapitalanlagen, Zürich, wieder 6 %. — Schweizerische Hypothekenbank, Solothurn, 5½ % (5¼ %). — Schweizerische Treuhandgesellschaft, Basel und Zürich, wieder 6 %. — Schweizerische Vereinsbank, Bern, 0 % (i. V. 8 % und 5 %). — Solothurner Handelsbank wieder 6 %. — Spar- und Leihkasse Thun wieder 7 %. — St. Gallische Hypothekarkasse wieder 5 %. — Volksbank Interlaken 6½ % (7 %). — Züricher Handelsbank 0 (wie i. V.). — Zuger Kantonalbank 7 % (i. V. 8 %).

Postscheckwesen. Die Guthaben der Kontoinhaber betrugen Ende 1913 34,29 (i. V. 33,22) Mill. Fr., wovon 25,97 in Obligationen angelegt waren.

Clearing-Verkehr. Bei den sechs Abrechnungsstellen (Basel, Bern, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich), deren Mitgliederzahl sich von 68 auf 70 erhöht hat, sind im Jahre 1913 5,47 (i. V. 4,61) Milliarden Francs abgerechnet worden.

Schutz der Depositengläubiger. Der Bundesrat beauftragt das Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsdepartement, zusammen mit dem Justiz- und Finanzdepartement Vorschriften auszuarbeiten, die einen hinreichenden Schutz der Depositen- und Spar-Gläubiger herbeiführen. Im Zusammenhang damit soll später ein allgemeines eidgenössisches Bankgesetz und ein eidgenössisches Auf-

Digitized by Google

sichtsamt der Privatbanken geschaffen werden (vgl. Aufsatz von A. L. in diesem Heft).

Die Treuhand- und Revisionsgesellschaften der Schweiz wollen sich zu einem Verband zusammenschließen.

Eine Schutzvereinigung für die Schweizerischen Besitzer von Auslandswerten beabsichtigt die schweizerische Vereinigung von Vertretern des Bankgewerbes zu errichten. Die Institution soll dem englischen Council of foreign bondholders nachgebildet werden, aber ihre Wirksamkeit nicht nur auf öffentliche, sondern auch auf alle übrigen ausländischen Engagements Schweizer Kapitalisten erstrecken.

Gründung von Aktiengesellschaften. Die Anzahl der schweizerischen Aktiengesellschaften betrug Ende 1913 14 013 (i. V. 13 267). 65 A.-G. gingen 1913 in Konkurs, davon 45 mit weniger als 0,10 Mill. Fr. Kapital.

Insolvenzen usw. Die Gewerbebank Zürich ist zu erheblichen Abschreibungen und zu einer Herabsetzung ihres Genossenschaftskapitals um 1 auf 3 Mill. Fr. gezwungen. Die Verwaltung schlägt gleichzeitig die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vor. — Die Aktionäre der Bank in Horgen erhalten eine dritte Quote von 100 Fr. — Auf die Spar- und Leihkasse in Bern wird ein Run unternommen, den die Bank aber mit Hilfe der Berner Institute abschlagen kann.

Schweizerische Nationalbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,49 (i. V. 3,04) Mill. Fr., die Dividende wieder 4 %. Die Staatskasse erhält 2,14 (i. V. 1,73) Mill. Fr., was nicht ausreicht, um die den Kantonen jährlich zu zahlende Entschädigung zu decken. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 272,4 (i. V. 269,3) Mill. Fr., die prozentuale Notendeckung 71,09 (67,25) %, der durchschnittliche Kassenbestand 193,61 (181,13) Mill. Fr., der durchschnittliche Diskontsatz 4,81 (i. V. 4,20) %, der durchschnittliche Lombardsatz 5,31 (i. V. 4,70) %. Von den Noten der früheren Emissionsbanken stande Ende 1913 4,40 (1912 5,19) Mill. Fr. aus. Die Bank setzte ihren Diskontsatz am 22. Januar von 4½ % auf 4 % und am 19. Februar weiter auf 3½ % herab.

Aargauische Kantonalbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,75 Mill. Fr.; die Verzinsung des Dotationskapitals von 12 Mill. Francs erfordert 0,51 Mill. Fr., über die hinaus der Staat noch einen Reingewinn von 0,11 Mill. Fr. erhält. Ende Dezember 1913 stehen 42,75 Mill. Fr. Obligationen 63,23 Mill. Fr. Hypotheken gegenüber.

Aargauische Kreditanstalt, Aarau. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,69 (i. V. 0,62) Mill. Fr., die Dividende wieder 6 % auf 10 Mill. Fr. Kapital (wovon 3 Mill. Fr. erst mit 20 % eingezahlt sind), gegen 7 Mill. Fr. i. V.

Bank für Transportwerte, Basel. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 7 %.

Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,30 (i. V. 2,12) Mill. Fr., die Dividende 8 % (i. V. 7,6 %).

Banque Foncière du Jura, Basel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,05 (i. V. 0,95) Mill. Fr., die Dividende 8 % (i. V. 7½ %). Den am 31. Dezember ausgewiesenen Obligationen von 47,11 Mill. Fr. stehen 54,45 Mill. Fr. Hypotheken und Gemeinde-Darlehen gegenüber.

Basler Handelsbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,94 (i. V. 2,30) Mill. Fr., die Dividende wieder 7 %. Der ausgeschiedene Präsident Dr. Geigy-Merian wird zum Ehrenpräsidenten ernannt. Die Bank gehört dem Konsortium an, das 400 Mill. Kr. 4½ % ungarische Anleihe à 90,50 % zur Zeichnung auflegt. Die zum Konzern der Bank gehörige Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie verteilt eine Dividende von wieder 7 %.

Digitized by Google

Basler Kantonalbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt inklusive Vortrag 1,91 (i. V. 1,51) Mill. Fr., die Verzinsung des Dotationskapitals von 20 Mill. Fr. unverändert 0,78 Mill. Fr. An Hypothekar-Darlehen werden 119,53 Mill. Fr., an Obligationen 93,15 Mill. Fr. ausgewiesen.

Bodenkreditbank in Basel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,60 (i. V. 0,49) Mill. Fr., die Dividende 5 % (i. V. 4½ %). Per 31. Dezember 1913 werden ausgewiesen: Hypothekar-Darlehen 31,47, Pfandbriefe 23,0 Mill. Fr.

Comptoir d'Escompte de Genève, Genf. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exklusive Vortrag 2,13 (i. V. 1,86) Mill. Fr., die Dividende wieder 9½ %.

Crédit Foncier Vaudois, Lausanne. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,48 Mill. Fr. (wie i. V.), die Dividende wieder 6%. In der Bilanz Ende Dezember 1913 werden ausgewiesen: Obligations foncières 110,79, Caisse d'épargne cantonale vaudoise 108,50 Mill. Fr., denen an Hypotheken 234,82 Mill. Fr. gegenüberstehen.

Eidgenössische Bank A.-G., Zürich. Der Reingewinn pro 1913 (das fünfzigste Geschäftsjahr der Bank) beträgt 3,66 (i. V. 3,49) Mill. Franken, die Dividende wieder 7 %.

Handwerkerbank in Basel. Verteilt aus 1,11 (i. V. 1,15) Mill. Francs Reingewinn eine Dividende von wieder 8 %.

Hypothekenbank in Basel. Die Dividende pro 1913 beträgt wieder 6½ %.

Hypothekenbank in Winterthur. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,07 (i. V. 1,08) Mill. Fr., die Dividende wieder 6 %. In der Bilanz erscheinen: Obligationen 64,33 (i. V. 65,11) Mill. Fr., Hypotheken 89,48 (i. V. 91,13) Mill. Fr. Die Bank beabsichtigt ein neues Bankgebäude zu errichten.

Kantonalbank, Bern. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,49 (i. V. 1,22) Mill. Fr., woraus der Staat auf ein Grundkapital von 20 Mill. Francs 6½ % (i. V. 5½ %) erhält. Die Bank tadelt in ihrem Geschäftsbericht das Uebermaß der von anderen Banken gewährten Baukredite.

Kantonalbank, Luzern. Der Reingewinn des Jahres 1913 beträgt nach Verzinsung des durchschnittlichen Dotationskapitals von ca. 15,9 Mill. Fr. (gegen 16,25 Mill. Fr. i. V.) mit 0,635 (i. V. 0,645) Mill. Franken = 4 % noch 0,40 (0,31) Mill. Fr.

Leu & Co., A.-G., Zürich. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,25 (i. V. 3,24) Mill. Fr., die Dividende wieder 7 %. Die der Bank nahestehende Solothurner Handelsbank verteilt eine Dividende von wieder 6%.

Schweizerische Bankgesellschaft, Winterthur. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,80 (i. V. 2,57) Mill. Fr., die Dividende wieder 7 %. Die von der Bank gegründete Schweizerische Handels- und Industriegesellschaft für Brasilien fordert für Ende März die letzten 10 % Einzahlung auf ihr Nominalkapital von 5 Mill. Fr. ein. Die der Bank nahestehende Schweiz. Revisionsgesellschaft, Zürich, verteilt für das erste, 3 Vierteljahre umfassende Geschäftsjahr eine Dividende von 4½ %.

Schweizerische Bodenkreditanstalt, Zürich. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,91 (i. V. 0,79) Mill. Fr., die Dividende wieder 6 %. Per Ende Dezember 1913 werden ausgewiesen: Hypothekar-Darlehen 91,60 (i. V. 85,72) Mill. Fr., Hypothekar-Obligationen 86,84 (i. V. 84,02) Mill. Fr. Die Bank emittiert 20 Mill. Fr. 4¾ % Obligationen, wovon 5 Mill. Fr. fest begeben und 15 Mill. Fr. al pari zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Uebernahme der Thurgauischen Hypothekenbank (siehe diese) wird vollzogen.

Schweizerische Kreditanstalt. Der Reingewinn pro 1913 bleibt mit 7,24 Mill. Fr. gegen den des Vorjahres (7,80 Mill. Fr.) zurück. Die Dividende beträgt wieder 8 %. Der durchschnittliche Obligationen-Umlauf belief sich 1913 auf 118,81 (i. V. 118,67) Mill. Fr., die Verzinsung

Digitized by Google

der Obligationen auf 4,22 % (i. V. 4,09 %). Von der Bank nahestehenden Instituten verteilen: Bank für elektrische Unternehmungen voraussichtlich wieder 10 %, Bank für orientalische Eisenbahnen wieder 7 %, Züricher Eisenbahnbank wieder 4 %, Schweizerische Bodenkredit-Anstalt wieder 6 %, Centralschweizerische Hypothekenbank 5 % (4½ %), während die Zürich American Trust Co. dividendenlos bleibt. Direktor Kurz tritt in einem Vortrag über die Exportmöglichkeiten nach Argentinien für eine intensive Beteiligung der Schweiz an der Entwicklung dieses „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten" ein.

Schweizerischer Bankverein, Basel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exklusive Vortrag 8,54 (i. V. 8,72) Mill. Fr., die Dividende wieder 8 %. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Schweizerische Gesellschaft für Anlagewerte wieder 7½ %, Schweizerische Eisenbahnbank wieder 5½ %, Bodenkreditbank in Basel 5 % (i. V. 4½ %), Banque Suisse et Française wieder 6½ %. Die Bank gehört dem Konsortium an, das 400 Mill. Kr. 4½ % ungarische Anleihe à 90,50 % zur Zeichnung auflegt.

Schweizerische Volksbank, Bern. (Centralgenossenschaft.) Der Reingewinn pro 1913 beträgt 5,03 (i. V. 4,11) Mill. Fr., die Dividende (wie seit 1907) wieder 5½ %. Die Anzahl der Mitglieder der angeschlossenen 15 Kleinbanken ist auf 67 111 (i. V. 63 613) gestiegen. Aus der Bilanz: Wechsel 69,14 (61,64) Mill. Fr., Kasse und Bankguthaben 9,76 (8,58) Mill. Fr., Kredite und Darlehen 363,91 (361,10) Mill. Fr., Kreditoren 110,65 (83,03) Mill. Fr., Kassascheine, Obligationen 221,61 (210,52) Mill. Fr., Spareinlagen 68,48 (92,25) Mill. Fr. bei Stammanteilen von 66,24 (62,58) Mill. Fr. und Reserven von 13,95 (12,08) Mill. Fr.

St. Gallische Kantonalbank, St. Gallen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,77 (i. V. 1,36) Mill. Fr. (im Juniheft 1913 ist als Nettogewinn der Restgewinn nach Abzweigung der Verzinsung für das Dotationskapital ausgewiesen worden). Die Verzinsung des Dotationskapitals beträgt 0,84 Mill. Fr. = 8,43 % (i. V. 6,97 %). Die Staatskasse und die Reserve erhalten je 0,35 Mill. Fr. Die Bank plant die Uebernahme der Bank in Altstätten (Kapital 1,5 Mill. Fr.), die pro 1913 zum erstenmal seit 20 Jahren nicht 8 % Dividende verteilen kann.

Thurgauische Hypothekenbank, Winterthur. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Fusion mit der Schweizerischen Bodenkreditanstalt, Zürich. Der von mehreren Aktionären befürwortete Regreßprozeß gegen die Verwaltung soll nicht angestrengt werden, weil die Verwaltung nach einer ihr nahestehenden Persönlichkeit wohl „unsägliche Dummheiten, aber keine unehrlichen Handlungen" begangen habe. Der Totalverlust der Bank beträgt 10,5 Mill. Francs. Gegen die deutschen Taxatoren, die unrichtige Taxen über die von der Bank beliehenen Liegenschaften in Frankfurt a. M. und in Westfalen abgegeben haben, ist nicht vorgegangen worden, weil sie inzwischen insolvent geworden sind.

Thurgauische Kantonalbank, Rheinfelden. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,17 (i. V. 0,96) Mill. Fr., woraus das Dotationskapital mit 0,63 (i. V. 0,41) Mill. Fr. verzinst wird.

Zürcher Kantonalbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,28 (i. V. 1,53) Mill. Fr., woraus der Stadtkasse Zürich, von der Verzinsung des Dotationskapitals von 30 Mill. Fr. abgesehen, 0,93 (0,48) Mill. Francs, der Reserve ebenfalls 0,93 (0,60) Mill. Fr. überwiesen werden.

VIII. Belgien und Luxemburg.

Belgien. Währung. Um den für die Belg. Nationalbank (vgl. diese) außerordentlich störenden Export von silbernen Fünffrancs-Stücken zu inhibieren, besteuert die Regierung die Silberexporte mit 5 %, obwohl sie kurz vorher auf eine Interpellation in der Kammer erklärt hatte, daß sich eine derartige Steuer nicht rechtfertigen und durchführen ließe.

Digitized by Google

Effektenstempel. Die bis zum 1. März anberaumte Frist für die Abstempelung ausländischer Effekten nach dem ermäßigten Tarif von 1 ‰ wird nach einem in der Kammer eingebrachten Antrag bis zum 15. April verlängert.

Postscheckverkehr. Ende Dezember 1913 betrug die Anzahl der Teilnehmer am (Mitte April 1913 eingerichteten) Postscheckverkehr 5452, die Höhe ihres Gesamtguthabens 10,64 Mill. Fr.

Der Clearing-Verkehr der belgischen Abrechnungsstellen belief sich im Jahre 1913 auf 8,75 (i. V. 8,80) Mill. Fr.

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Banque anversoise de fonds publics et d'escompte 17,50 (15) Fr. pro Aktie. — Banque Centrale de Namur wieder 12 %. — Banque Centrale tournaisienne wieder 8 %. — Banque Centrale du Limbourg 35 (32) Fr. — Banque de Charleroi wieder 8 %. — Banque de Gand wieder 10 %. — Banque d'escompte et de comptes courants, Lüttich, wieder 17,50 Fr. pro Aktie. — Banque de Flandre wieder 65 Fr. pro Aktie. — Banque du Hainaut wieder 9 %. — Banque de Huy wieder 5 %. — Banque Générale du Centre wieder 5 %. — Union du Crédit de Charleroi wieder 17,50 Fr. pro Aktie.

Belgische Nationalbank, Brüssel. Der Reingewinn pro zweites Semester 1913 ist genau so hoch wie der des ersten = 6,44 Mill. Fr., die Dividende beträgt ebenfals wieder 85 Fr. pro Aktie = 170 (i. V. 168) Fr. oder 17 % pro Jahr. Der Anteil des Staates, der höchste seit dem Konventionsgesetz von 1900, beträgt 16,66 Mill. Fr. (ganzes Jahr 1912 12,23 Mill. Fr.). Der Diskontsatz betrug im Jahre 1913 dauernd 5 % (1912 durchschnittlich 4,49 %). Der durchschnittliche Notenumlauf betrug 1004,12 (i. V. 946,15) Mill. Fr., der zu weniger als einem Drittel durch Metall gedeckt war. Infolge des ungeschwächt andauernden Abflusses von silbernen Fünffrancs-Stücken hat die Bank, wie sie in ihrem Bericht bemerkt, 369 Mill. Fr. in Frankreich wieder aufkaufen müssen (i. V. 262 Mill. Fr.). Vgl. auch unter Währung. Die Bank setzt ihren Diskontsatz am 23. Januar auf 4½ %, am 30. Januar auf 4 % herab.

Banque Centrale Anversoise, Antwerpen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,34 (i. V. 2,32) Mill. Fr., die Dividende wieder 8½ %. Die Bank gehört dem Konsortium zur Uebernahme von 400 Mill. Kr. = 420 Mill. Fr. 4½ % ungarische Schatzscheinanleihe an, die in Belgien à 90,85 % zur Zeichnung aufgelegt werden; emittiert ferner konsortialiter 1 Mill. £ 5 % Anleihe der Republik Uruguay à 91 % und 15 Mill. Fr. 5 % Obligationen der Vereinigten Stahlwerke Burbach-Eich-Düdelingen à 97 %.

Banque d'Anvers, Antwerpen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,65 (i. V. 4,25) Mill. Fr., die Dividende wieder 15 %. Die Bank hat ein neues Bankgebäude errichtet. Die Depositen betragen Ende Dezember 129,68 Mill. Fr. bei 25 Mill. Fr. Kapital und 20,02 Mill. Fr. Reserven. Die Bank gehört dem Ungarn-Konsortium an (vgl. Banque Centrale Anversoise), legt ferner konsortialiter 5 Mill. Francs neue Aktien der Société d'electricité de l'Escaut à 120 % und 7,75 Mill. Fr. 5 % Obligationen der Haute-Fourneaux lorrains Aumetz-la Paix à 98 % zur Zeichnung auf.

Banque de Bruxelles. Brüssel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,15 (i. V. 3,77) Mill. Fr., die Dividende wieder 10 %. Die Bank schlägt eine Kapitalserhöhung um 10 auf 40 Mill. Fr. vor. 5 Mill. Fr. sollen von der Firma Warocqué & Coppée übernommen werden, aus deren Portefeuille die Bank die Aktien folgender **Industriegesellschaften** übernimmt: Charbonnages de Mariemont-Bascoup, Charbonnage de Courcelles-Nord, Charbonnages de Ressaix und der Compagnie de carbonisation et de récupération. In den Aufsichtsrat der Bank treten die Herren Warocqué und Coppé ein. Legt konsortialiter 4 Mill. Fr. 6 % Obligationen der Usines métallurgi-

Digitized by Google

ques du Hainaut al pari und 15 Mill. Fr. 5 % Obligationen der Vereinigten Stahlwerke Burbach-Eich-Düdelingen à 97 % zur Zeichnung auf und gehört dem Ungarn-Konsortium an.

Banque de Commerce, Antwerpen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,77 Mill. Fr., woraus eine Dividende von wieder 6 % verteilt wird. Die Bank legt konsortialiter 1 Mill. £ 5 % Anleihe der Republik Uruguay à 91 % zur Zeichnung auf.

Banque de Crédit Commercial, Antwerpen. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 9 % (i. V. 8½ %). Schlägt eine Kapitalserhöhung um 3 auf 15 Mill. Fr. vor.

Banque de l'Union Anversoise, Brüssel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,19 (i. V. 0,95) Mill. Fr., die Dividende wieder 6 %. Die Bank hat ihr neues, am Marché aux Grains belegenes Gebäude bezogen.

Banque de Reports, de Fonds Publics et de Dépôts, Brüssel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,08 (i. V. 2,45) Mill. Fr., die Dividende wieder 9 % auf 25 Mill. Fr. Kapital (gegen 20 Mill. Fr. i. V.). Ende 1913 ist das Kapital auf 40 Mill. Fr. erhöht worden (vgl. Märzheft); gleichzeitig ist die Bank eine Interessengemeinschaft mit der Banque Nationale de Crédit, Paris (Tochterinstitut des Comptoir d'Escompte de Mulhouse), eingegangen. In den Verwaltungsrat treten u. a. Generaldirektor Raval (Comptoir d'Escompte de Mulhouse. Level und Bousquet (Banque Nationale de Crédit) ein. Die Bank errichtet in Genf die Banque Helvétique mit 5 Mill. Fr. Kapital.

Banque d'Outremer, Brüssel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,05 (i. V. 2,64) Mill. Fr., die Dividende 26,50 Fr. = 5,3 % pro Stammaktie (i. V. 25 Fr.). Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Société Coloniale Anversoise wieder 6 %, Banque du Congo Belge wieder 6½ %, Compagnie Belge Maritime du Congo wieder 6 %. Die Bank legt konsortialiter 1 Mill. £ 5 % Anleihe der Republik Uruguay à 91 % zur Zeichnung auf.

Banque Générale Belge, Antwerpen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,84 (i. V. 1,56) Mill. Fr., die Dividende wieder 10 %. Erhöht ihr Kapital um 10 auf 25 Mill. Fr.; die neuen Aktien werden den Aktionären à 125 % angeboten. Die Bank legt konsortialiter 7,75 Mill. Fr. 5 % Obligationen der Hauts-Fourneaux lorrains Aumetz-la Paix à 98 % zur Zeichnung auf.

Banque Internationale de Bruxelles, Brüssel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,12 (i. V. 2,11) Mill. Fr., die Dividende wieder 6 %. Die Bank legt konsortialiter 7,75 Mill. Fr. 5 % Obligationen der Hauts-Fourneaux lorrains Aumetz-la Paix à 98 % zur Zeichnung auf und gehört dem Ungarn-Konsortium an.

Banque Liégeoise, Lüttich. Der Reingewinn pro 1913 wird in der Höhe des Vorjahres mit 1,74 Mill. Fr. ausgewiesen. Die Dividende auf die Vorzugsaktien beträgt wieder 27,50 Fr., auf die Stammaktien 35 Fr.

Caisse Générale de Reports et de Dépôts, Brüssel. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,35 (i. V. 3,62) Mill. Fr., die Dividende 16 % (i. V. 14 %). Der Einspruch der Bank gegen die Besteuerung (droit de patente) der im Jahre 1910 erfolgten Kapitalserhöhung mit 0,62 Mill. Fr. ist — ebenso wie der Protest aller anderen Gesellschaften — endgültig vom Kassationshof zurückgewiesen worden. Die Bank erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß sie von der Ermächtigung, die neue 4 % Obligationensteuer auf die Besitzer abzuwälzen, keinen Gebrauch machen würde. Gehört dem Ungarn-Konsortium an.

Caisse Hypothécaire Anversoise, Antwerpen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,29 Mill. Fr., die Dividende wieder

Digitized by Google

15 %. Per Ende Dezember 1913 werden ausgewiesen: Hypothekendarlehen 146,96 (31. Dezember 1912: 137,82), Obligationen, Sparkassengelder und Depositen 142,59 (135,11) Mill. Fr.

Crédit Anversois, Antwerpen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,55 (i. V. 1,86) Mill. Fr., die Dividende wieder 6¾ %. Die Bank legt 4 Mill. Fr. 5 % Obligationen der Pétroles de Grosnyi à 97 % zur Zeichnung auf.

Crédit Foncier de Belgique, Brüssel. Der Reingewinn pro 1913 wird in der Höhe des vorjährigen mit 1,30 Mill. Francs ausgewiesen. Die Dividende wird, wie seit 1899 regelmäßig, um 2 Fr. erhöht und beträgt jetzt 40 Fr. (i. V. 38 Fr.). Aus dem Status per Ende Dezember 1913: Hypothekendarlehen 106,32 (i. V. 103,63), Obligationen 98,31 (96,26) Mill. Fr.

Crédit Général Liégeois, Lüttich. Der Reingewinn pro 1913 beträgt wieder 2,48 Mill. Fl., die Dividende wieder 7 %. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Société Belge de crédit industriel wieder 7 %, Societa nazionale di ferrovie e trans vie 5 %, Agence maritime Walford wieder 5 %, Manufacture liégeoise d'armes à feu wieder 6 %. Die Bank legt 15 Mill. Fr. 5 % Obligationen von Burbach-Eich-Düdelingen à 97 % sowie 4 Mill. Fr. 6 % Kassenscheine der Société minière et métallurgique de Monceau-Saint-Fiacre al pari zur Zeichnung auf und gehört dem Ungarn-Konsortium an.

Société Générale de Belgique, Brüssel. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 23,03 (i. V. 22.06) Mill. Fr., der Reingewinn 10,40 (i. V. 10.03) Mill. Fr., die Dividende 235 (i. V. 225) Francs pro Stammaktie von 1058 Fr., während die Vorzugsaktien wieder 5 % erhalten. Von der Bank nahestehenden Unternehmungen verteilen: Société Minière du Canada 5% (4 %), Société Métallurgique russo-belge wieder 12 %, Société des usines de nickel de la Nèthe für das erste Geschäftsjahr 10 %, Banque du Congo belge 6½ %, Compagnie belge maritime du Congo wieder 6 %. Die Anzahl der Filialen und Agenturen der Bank betrug Ende 1913 61. Die Bank legt 11.59 Mill. Rbl. = 31 Mill. Fr. 4½ % Obligationen der Nord Donetz-Eisenbahn à 93.50 % zur Zeichnung auf.

Luxemburg. Banque Internationale, Luxemburg. Die Saarbrückener Filiale der Bank geht auf die dort domizilierende Firma Gebr. Röchling über. Die Bank schlägt — wie bereits seit Ende vorigen Jahres bekannt — eine Dividende von 7½ % vor (i. V. 8 %, 1911 9 %).

IX. Holland.

Niederländische Bank. Setzt ihren Diskontsatz am 17. Februar von 5 % auf 4½ %, am 24. Februar auf 4 % und am 23. März auf 3½ % herab.

Dividenden verschiedener Banken: Disconto-Maatschappij 8 % (i. V. 7½ %); Disconto- en Effektenbank 5¾ % (i. V. 6⅜ %); De Wissel en Effektenbank 6½ % (i. V. 6 %); Incasso-Bank wieder 6½ %.

Amsterdamsche Bank. Legt 6 Mill. Fl. 4½ % Amsterdamer Stadtanleihe à 100,50 % zur Zeichnung auf.

Banco Hollandes de la America del Sud, Amsterdam. Unter Mitwirkung der Rotterdamschen Bankvereeniging und des Holländischen Lloyd wird in Amsterdam eine Bank mit 10 Mill. Fl. Kapital errichtet. Die neue Bank eröffnet sofort eine Filiale in Buenos Aires.

Incasso-Bank, Amsterdam. Verteilt aus 0,71 (i. V. 0,69) Mill. Fl. Reingewinn eine Dividende von wieder 6½ %. Legt 1 Mill. Fl. 5 % Hypothekar-Obligationen der Holland-Argentinië Hypotheekbank à 98.50 % zur Zeichnung auf.

Digitized by Google

Nederlandsch-Indische Escompte Maatschappij, Batavia. Direktion und Aufsichtsrat der Amsterdamer Niederlassung demissionieren wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Zentrale in Batavia. Die Ausgeschiedenen planen die Gründung eines Konkurrenzunternehmens, der „Uniebank voor Nederland en Kolonien", die mit einem Kapital von 2 Mill. Fl. ausgestattet werden und die 1894 gegründete Nederlandsch-Indische Crediet & Bankvereeniging (Kapital 0,4 Mill. Fl.) übernehmen soll.

Niederländisch-Indische Handelsbank, Amsterdam. Bietet den Aktionären weitere 2,5 Mill. Fl. neue Aktien à 150 % an (vorjähriger Emissionskurs 160 %). Das Kapital beträgt nunmehr 20 Mill. Fl. Die Bank errichtet eine Filiale in Medan (Sumatra). Dementiert die Meldung von einer Reduktion der Dividende auf 12 % (i. V. 15 %). Legt 0,6 Mill. Fl. 6 % Vorzugsaktien der van Nierop en Co's Handelsmaatschappij à 105 % zur Zeichnung auf.

Rotterdamsche Bankvereeniging. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,71 (i. V. 2,30) Mill. Fl., die Dividende wieder 8 %. Unter Mitwirkung der Bank wird der Banco Hollandes de la America del Sud (siehe diesen) errichtet. Die Bank legt 12 Mill. Fl. 4½ % Rotterdamer Stadtanleihe à 100,50 % zur Zeichnung auf, ferner 0,5 Mill. Fl. 5 % Obligationen der Holland-La Plata Hypotheekbank à 99 %. Errichtet eine Filiale in Schiedam.

Twentsche Bankvereeniging B. W. Blydenstein & Co., Amsterdam. Die Dividende pro 1913 beträgt 7½ % (im Vorjahr 7 %).

X. Spanien und Portugal.

Spanien. Gründungswesen. Im Jahre 1913 sind in Spanien 104 Gesellschaften aller Art mit einem Kapital rein spanischer Provenienz von 118,59 Mill. Pesetas gegründet worden. Im Vorjahr betrug das Kapital 114,18 Mill. Pesetas.

Bankgründung. Unter der Firma Compañia de Crédito especial wird in Bilbao ein Institut errichtet, das besonders die Kreditgewährung an Bergwerks- und metallurgische Unternehmungen pflegen soll. Das Kapital beträgt 8 Mill. Pesetas.

Bank von Spanien. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 62,61 (i. V. 58,88), der Reingewinn 40,67 (41,20) Mill. Pesetas, die Dividende wieder 95 Pesetas pro Aktie = 19 %. Der Notenumlauf beträgt Ende Dezember 1913 1931 (i. V. 1862) Mill. Pesetas. Die Bank erklärt, daß sie infolge des „Mangels an Noten" zur Versagung neuer Kredite gezwungen sei — was Stimmung für eine Erhöhung des Notenkontingents über 2000 Mill. Pesetas machen soll.

Banco de Barcelona. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 9 Pesetas pro Aktie wie im ersten Semester = 18 Pesetas pro Aktie.

Banco de Bilbao. Verteilt pro 1913 eine Dividende von wieder 14 %. Die Depositen haben sich von 701 Mill. Pesetas Ende 1912 auf 784 Mill. Pesetas Ende 1913 erhöht.

Banco Espagnol de Credito, Madrid. Der Reingewinn pro 1913 ist infolge des verlustreichen Engagements bei der L'Azucarera de Madrid auf 1,30 (i. V. 1,67) Mill. Pesetas zurückgegangen. Die Bank erhält trotzdem die vorjährige Dividende von 17,50 Pesetas pro Aktie aufrecht. Plant eine Kapitalserhöhung um 10 auf 30 Mill. Pesetas.

Banco Hispano Americano, Madrid. Nimmt die am 11. Dezember 1913 eingestellten Zahlungen (vgl. Märzheft) wieder auf. Der Reingewinn pro 1913 wird mit 3,83 (i. V. 4,16) Mill. Pesetas ausgewiesen, die Dividende wird im Interesse der weiteren Festigung der Bank auf das statutarische Minimum von 3 % reduziert (i. V.

Digitized by Google

6 %) und der Vortrag auf 1,95 (i. V. 0,30) Mill. Pesetas erhöht. Die Bank betont in ihrem Geschäftsbericht unter Hinweis auf die Zahlungseinstellung die Notwendigkeit, den Barbestand stets in Höhe der unbefristeten Depositen zu halten. Das Kapital beträgt jetzt 50 Mill. Pesetas.

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Banco Asturiano de Industria y Comercio 18 Pesetas pro Aktie. — Banco de Cartageno 6 %. — Banco de Sebastian 4 %. — Banco de Vizcaya 12 % (i. V. 8 %). — Banco Espagnol de la Isla de Cuba 6½ %. — Banco Hispano Colonial 12 Pesetas (i. V. 17,50) pro Aktie. — Banco Mercantil de Santander wieder 6 %.

Portugal. Bank von Portugal. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 2.82 (i. V. 2,86) Mill. Escudos (Milreis), der Reingewinn 2.15 (2,15) Mill. Escudos, die Dividende wieder 10 %. Der Notenumlauf ist von 84,67 Mill. Escudos Ende 1912 auf 86,32 Mill. Escudos Ende 1913 gestiegen, der Goldbestand um 0,51 auf 7,53 Mill. Escudos.

Banco Nazional Ultramarino. Die Dividende pro 1913 beträgt 7 % (i. V. 7½ %). Die Aktien der Bank werden auf Antrag des Crédit Mobilier zum Komptant-Markt der Pariser Börse zugelassen.

Dividenden verschiedener Banken. Es verteilen: Banco Commercial de Lisboa wieder 8 % und Banco de Lisboa e Azores wieder 7 %.

XI. Schweden, Norwegen, Dänemark.

Schweden. Schwedische Reichsbank. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 13,12 (i. V. 11,01) Mill. Kr., der Reingewinn 8.80 (i. V. 7,06) Mill. Kr., wovon der Staat 7,5 Mill. Kr. erhält. Der durchschnittliche Diskontsatz betrug im Jahre 1913 5,15 % (i. V. 4.35 %). Die Bank setzt ihren Diskontsatz am 23. Januar von 5½ % auf 5 % und am 6. Februar auf 4½ % herab.

Dividenden verschiedener Banken: Blekinge Bank 9 % (8 %). — Boras Enskilda Bank wieder 10 %. — Föreningsbanken i Stockholm wieder 8 %. — Göteborgs Folkbank A-Aktien 9, B-Aktien 5 % (wie i. V.). — Göteborgs Handelsbank wieder 7 %. — Gotlands Bank wieder 6 %. — Helsinglands Enskilda Bank wieder 10 %. — Kopparbergs Enskilda Bank 11 % (10 %). — Örebro Enskilda Bank wieder 11 %. — Östersund Diskontobank 10 % (9 %). — Östergotlands Enskilda Bank wieder 10 %. — Nordiska Kreditbanken wieder 7 %. — Norrköpings Enskilda Bank wieder 12 %. — Skaraborgs Enskilda Bank 13 % (12 %). — Södermanlands Enskilda Bank 12 % (11 %). — Smalands Enskilda Bank wieder 9 %. — Stockholms Diskontobank wieder 8 %. — Sundvalls Enskilda Bank 14 % (13 %). — Sundvalls Handelsbank wieder 9 %. — Sydsvenska Kreditaktiebolaget wieder 8 %.

Göteborgs Bank, Gotenburg. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,24 (i. V. 2,81) Mill. Kr., die Dividende wieder 26 Kr. pro Aktie = 10,4 %.

Mälaroprovinsernas Bank, Stockholm. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,90 (i. V. 1,64) Mill. Kr., die Dividende wieder 12 %. Die Bank plant die Uebernahme der Föreningsbanken i Stockholm.

Norrà Sverige, Stockholm. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 2.05 (i. V. 1,82) Mill. Kr., die Dividende wieder 6½ %. Die Bank geht in die Stockholms Handelsbank auf (vgl. diese).

Norrlandsbanken, Stockholm. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,18 (i. V. 2,19) Mill. Kr., die Dividende 32 Kr. (i. V. 30 Kr.) pro Aktie von 350 Kr. Die Bank errichtet eine Niederlassung in Vilhelmina Kyrkoby.

Digitized by Google

Skandinaviska Kreditaktiebolaget, Stockholm. Der Reingewinn pro 1913 beträgt ohne Vortrag 7,25 (i. V. 7,40) Mill. Kr., die Dividende wieder 21 Kr. pro Aktie = 14,79 %. Die Bank feiert am 1. April das Jubiläum ihres fünfzigjährigen Bestehens. Sie begann 1864 mit einem Kapital von 1,03 Mill. Kr., das 1895 10 Mill. Kr., 1905 17 Mill. Kr. betrug und 1910 auf 45,43 Mill. Kr. erhöht wurde. Die Bank übernimmt 1,5 Mill. Kr. 5½ % Obligationen der Skanska Kolbrytningsaktiebolaget (al pari zur Zeichnung aufgelegt), ferner 6 Mill. Kr. 5 % Obligationen der Aktiebolaget Iggesunds Bruk.

Skanska Handelsbanken. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,60 (i. V. 1,53) Mill. Kr., die Dividende wieder 8 %. Die Bank errichtet eine Filiale in Gamleby.

Södra Sverige. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 1,90 (i. V. 1,88) Mill. Kr., die Dividende wieder 23,50 Kr. pro Aktie = 9,4 %.

Stockholms Enskilda Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,05 (i. V. 5.05) Mill. Kr., die Dividende wieder 14 %. Direktor Wallenberg feiert seinen 50 jährigen Geburtstag.

Stockholms Handelsbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 4,13 (i. V. 3,83) Mill. Kr., die Dividende 17 % (i. V. 16 %). Die Bank nimmt die Norra Sverige (Kapital 26 Mill. Kr.) auf, die 38 Filialen in Nord- und Mittelschweden besitzt, während die Handelsbank ihre Geschäfte bisher auf Stockholm konzentrierte. Die Bank erhöht ihr Kapital um 9,15 auf 30,15 Mill. Kr. und bietet den Norra Sverige-Aktionären für 5 ihrer Aktien (Pariwert 1250, Kurswert 1420) 1 Handelsbankaktie (Pariwert 500, Kurswert 1560) und 50 Kr. bar. Uebernimmt 5 Mill. Kr. 5½ % Obligationen der Nya Aktiebolaget Svenska Metallverken (à 100,50 % zur Zeichnung aufgelegt).

Stockholms Inteckнings-Garanti-Aktiebolag. Der Reingewinn pro 1913 beträgt ohne Vortrag 1,94 (i. V. 1,97) Mill. Kr., die Dividende wieder 10 %.

Sveriges Privata Centralbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,57 Mill. Kr., woraus eine Dividende von 6 % verteilt wird. Die Bank übernimmt konsortialiter 10 Mill. finn. M. Obligationen der Fastighetsbanken i Finland.

Vermlands Enskilda Bank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,58 (i. V. 2,31) Mill. Kr., die Dividende 16⅔ % (i. V. 15⅓ %).

Norwegen. Bank von Norwegen. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 5,30 (i. V. 4,40) Mill. Kr., der Reingewinn 3,68 (3,23) Mill. Kr., wovon der Staat 1,62 (i. V. 1,20) Mill. Kr. und die Aktionäre wieder 10 % erhalten. Der Höchstbetrag des Notenumlaufs belief sich im Jahre 1913 auf 113,73 (i. V. 102,72), der niedrigste auf 91,46 (82,01) Mill. Kr. Die metallische Deckung des Notenumlaufs bewegte sich im Jahre 1913 zwischen 60,2 % und 69,8 %. Die Bank setzt ihren Diskontsatz am 24. Januar von 5½ % auf 5 % und am 10. Februar auf 4½ % herab.

Centralbanken for Norge. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,05 Mill. Kr., die Dividende wieder 6 %.

Christiania Bank og Kreditkasse. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,84 Mill. Kr., die Dividende wieder 10 %.

Den Norske Creditbank, Christiania. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,59 Mill. Kr., die Dividende wieder 10 %.

Dänemark. Dänische Nationalbank. Der durchschnittliche Diskontsatz betrug im Jahre 1913 5,75 % (i. V. 5,06 %).

Dänische Landmannsbank, Kopenhagen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 6,95 (i. V. 6,68) Mill. Kr., die Dividende

Digitized by Google

wieder 8 %. Die Bank hat auf ihren Effektenbesitz rund 1 Mill. Kr. abgeschrieben.

Grundeigner-Bank, Kopenhagen. Die Bank weist pro 1913 einen Verlust von 0,31 Mill. Kr. aus (i. V. 0,07 Mill. Kr. Gewinn), wodurch sich der Verlustsaldo von 6,29 auf 7,04 Mill. Kr. erhöht (vgl. Juniheft 1913).

Kopenhagener Handelsbank. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 3,20 (i. V. 3,16) Mill. Kr., die Dividende wieder 8 %. Die Bank hat 0,4 Mill. Kr. auf das Engagement bei einer isländischen Firma abschreiben müssen.

Privatbank in Kopenhagen. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 2,58 (i. V. 2,02) Mill. Kr., die Dividende 6 % (i. V. 5 %).

XII. Balkanstaaten.

Türkei. Währung. Die Münzverwirrung, infolge deren der Kurs derselben Geldsorte von Stadt zu Stadt variiert, soll durch Einführung der Francs-Währung behoben werden. Der Franc soll als Tscherrek bezeichnet werden.

Imperial Ottoman Bank (Banque Impériale Ottomane), Konstantinopel. Die Leitung der Bank soll dem gegenwärtigen Direktor des Office National des Valeurs Mobilières, Paris, Boissière, übertragen werden. Der größere Teil der bei der Einnahme von Monastir in der Filiale der Bank beschlagnahmten Gelder (0,68 Mill. Fr.), die auf Vorstellungen der englischen und französischen Regierung von den Serben zurückerstattet werden sollen, ist „abhanden gekommen". Per 31. Oktober 1913 werden ausgewiesen: Wechsel 78,45 (31. Oktober 1912: 69,05), Debitoren 110,64 (118,98), Vorschüsse 102,87 (125,98), Kreditoren 251,60 (254,77), Depositen 29,41 (28,29), Notenumlauf 27,64 (28,45) Mill. Fr.

National Bank of Turkey, Konstantinopel. Es schweben Verhandlungen wegen Uebergangs der Bank an ein französisches Konsortium.

Rumänien. Rumänische Nationalbank. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 14,92 (i. V. 10,88), der Reingewinn 9,68 (7,56) Mill. Lei, der Anteil des Staates 2,15 Mill. Lei, die Dividende 215 Lei pro Aktie = 43% (i. V. 194 Lei). Der durchschnittliche Notenumlauf betrug im Jahre 1913 423,65 (i. V. 463,25) Mill. Lei, die metallische Notendeckung schwankte zwischen 45,59% (Juli) und 52,80% (Februar). Der Gouverneur der Bank, Carp, ist gestorben. Der Diskontsatz bleibt während des ersten Quartals 1914 unverändert 6 %.

Banca Romaneasca, Bukarest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 1,91 (i. V. 1,47) Mill. Lei, die Dividende 7 % (i. V. 6 %). Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Wechsel 66,88 (davon rediskontiert 42,76 Mill. Lei), Debitoren 42,34, Kreditoren 51,72 Mill. Lei. Der bisherige Direktor der Navigation fluviale roumaine tritt in die Direktion der Bank ein.

Bank Marmorosch, Blank & Cie., Bukarest. Der Reingewinn pro 1913 beträgt exkl. Vortrag 3,24 (i. V. 2,92) Mill. Lei, die Dividende 11 % (i. V. 10 %). Aus der Bilanz per 31. Dezember 1913: Wechsel 25,07, Vorschüsse 45,56, Debitoren 21,24, Depositen 44,99, Kreditoren 35,62 Mill. Lei.

Crédit Foncier Roumain, Bukarest. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 9 %. Per 31. Dezember werden ausgewiesen: Hypotheken-Darlehen 450,04, Pfandbriefe 450,17, Kapital 10,19 und Reserven 28,91 Mill. Lei.

Bulgarien. Währung. Das Goldagio steigt Anfang 1914 bis auf 24 % (siehe Bulgarische Nationalbank).

Digitized by Google

Bulgarische Nationalbank. Unter Führung der Bank schließen sich die meisten bulgarischen Banken zu einem Syndikat zusammen, um durch eine einheitliche Devisenpolitik das Anfang 1914 zeitweise bis auf 24 % gestiegene Goldagio auf ein normales Niveau (5 bis 7 %) herunterzudrücken. Die Bank verschafft sich die notwendigen Auslandsguthaben durch Lombardierung von Effekten bei der Pester Ungarischen Commerzialbank und mehreren deutschen Banken. Das Syndikat soll periodisch einen bestimmten Höchstkurs für die Devisen festsetzen.

Serbien. Moratorium. Das Moratorium ist am 30. Januar erloschen.

Serbische Nationalbank. Der Bruttogewinn pro 1913 beträgt 1,60 Mill. Dinar, der Reingewinn 0,98 Mill. Dinar, wovon 0,22 Mill. Dinar an den Staat abgeführt werden. Der durchschnittliche Notenumlauf betrug im Jahre 1913 114,37 (i. V. 71,70) Mill. Dinar, der durchschnittliche Kassenbestand 64,38 (48,61) Mill. Dinar. Die Bank fordert von der Regierung eine Erhöhung ihres Notenkontingents mit Rücksicht auf den serbischen Gebietszuwachs. Sie verlangt ferner die Freigabe des Gold- und Silberhandels, um eine Devisenpolitik nach österreichischem Muster aufnehmen und die Währung befestigen zu können. Die Regierung fordert dagegen die Erweiterung des Filialnetzes, obgleich die Bank an ihren neuen Filialen in Monastir und Uesküb Verluste erlitten hat.

Banque Franco-Serbe, Belgrad-Paris. Unter Mitwirkung der Bank wird eine serbisch-französische Hotelgesellschaft mit 2,5 Mill. Fr. Kapital errichtet, die in allen größeren serbischen Städten moderne Hotels bauen soll.

Serbische Staats-Bodenkreditanstalt (Uprava Fondova), Belgrad. Die Verhandlungen wegen Aufnahme einer Obligationenanleihe von 30 Mill. Fr. (vgl. Märzheft 1914) werden wieder aufgenommen.

Griechenland. Das Moratorium wird erneut bis 30. September/13. Oktober 1914 verlängert.

Währung. Im Gegensatz zu den übrigen Balkanstaaten hat sich der griechische Wechselkurs andauernd verbessert; er ist Anfang 1914 auf pari gestiegen.

Bankwesen. Die Depositen- und Spargelder bei den sechs Aktienbanken (einschl. Nationalbank) betrugen vor der Kriegserklärung an die Türkei 446,7 Mill. Dr., Ende Januar 1913 445,2 Mill. Dr. und Ende Oktober 1913 479,9 Mill. Dr.

Griechische Nationalbank. Der Gouverneur der Bank, Valaoritis, verunglückt bei einem Bootsunfall tötlich. Der Notenumlauf der Bank ist von 126,3 Mill. Dr. Ende Juni 1912 auf 206,6 Mill. Dr. Ende Juni 1913 und auf 234,5 Mill. Dr. Ende Dezember 1913 gestiegen (davon 61,8 Mill. für Rechnung der Regierung und 172,7 für Rechnung der Bank selbst), der Metallbestand in der gleichen Periode von 198,71 auf 243,48 und 261,80 Mill. Dr.

Banque d'Athènes. Im Zusammenhang mit den im Dezemberheft erwähnten Vorgängen werden die Aufsichtsratsmitglieder Matzas, Eliopoulos und Embiricos verhaftet, aber gegen Kaution wieder entlassen. Die Bank löst ihre Filiale in Hamburg auf. Es wird mit der Banque d'Orient wegen Uebernahme der Banque d'Athènes, jedoch ohne Erfolg, Fühlung genommen.

Montenegro. Moratorium. Das Moratorium wird, und zwar nur für landwirtschaftliche Wechsel, bis Mitte Juli 1914 verlängert.

Digitized by Google

XIII. Japan.

Japan. Währung. Nach Mitteilung der Regierung ist die in London unterhaltene Goldreserve im Jahre 1913 um rund 20 Mill. Yen auf 371 Mill. Yen gestiegen. Eine Verpflichtung zur periodischen Bekanntgabe der Höhe dieser Reserve lehnt die Regierung ab.

Sparkassen. Der Einlagenbestand, der sich während des japanisch-chinesischen Krieges auf 600 Mill. Yen, während des japanisch-russischen auf 650 Mill. Yen belief, ist Ende 1913 auf 1650 Mill. Yen gestiegen.

Yokohama Specie Bank. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von wieder 12 % p. a.

Industrial Bank of Japan. Verteilt für das zweite Semester 1913 eine Dividende von 3 % pro Aktie.

Bank von Japan. Aus dem Status per Ende März 1914: Kassenbestand 223,6, Notenumlauf 324,2, Guthaben der Privaten 5,1. Guthaben des Staates 207,7, Wechsel 22,3, Devisen 30,6, Vorschüsse 39,7 Mill. Yen.

XIV. Verschiedene Länder.

Argentinien. Währung. Der Goldbestand der argentinischen Konversionskasse betrug Ende 1913 235,20 (1912 222,88, 1911 189,05) Mill. Pesos Gold. Die Deckung des umlaufenden Papiergeldes ist von 30 % im Jahre 1904 auf 60 % im Jahre 1909, 70 % im Jahre 1912 und 73 % im Jahre 1913 gestiegen. — Die Goldeinfuhr im Jahre 1913 betrug 47,9 Mill. Pesos, die Ausfuhr 43,4 Mill. Pesos, der Saldo demnach nur 4,5 Mill. Pesos gegen einen Einfuhrüberschuß von 35,5 Mill. Pesos im Jahre 1912.

Argentinische Nationalbank (Banco de la Nación). Buenos Aires. Ist an dem Zusammenbruch der Exportfirma Duhncrack, Nellen & Cie. (Stammhaus in Hamburg) mit 1,34 Mill. Pesos beteiligt.

Argentinische National-Hypothekenbank. Der Kurs der Cedulas erfährt an der Antwerpener Börse zeitweise einen erheblichen Rückgang.

Banco Commercial Italiano, Buenos Aires. Verteilt pro 1913 eine Dividende von 9 %.

Banco Espagnol del Rio de la Plata, Buenos Aires. Verteilt eine Abschlagsdividende von 6 % pro Aktie.

Banco Hipotecario de la Capital, Buenos Aires. Die unter Benutzung einer im Jahre 1888 erteilten Konzession (vgl. Märzheft) neuerrichtete Bank will Hypotheken-Obligationen auf Namen oder Inhaber bis zur vierfachen Höhe ihres Kapitals (17 Mill. Doll. Gold) ausgeben.

Provinzbank von Buenos Aires. Verteilt pro 1913 aus 7,21 (i. V. 7,04) Mill. Pes. Papier Reingewinn eine Dividende von wieder 10 %.

Bolivien. Bankwesen. Die Regierung erläßt eine Verordnung, nach der die Banken bis spätestens Ende Februar 50 % ihrer Depositen in Gold und Staatsanleihen (Schatzscheinen) gedeckt haben müssen.

Brasilien. Währung. Der Wechselkurs in Rio de Janeiro (für 90 Tage Sichtwechsel auf London) betrug im Jahre 1913 durchschnittlich $16^5/_{32}$ d (wie in den beiden Vorjahren), höchst $16^9/_{32}$ ($16^{11}/_{32}$) und niedrigst $16^1/_{16}$ (16) d. Im Zusammenhang mit der Kautschuk- und Kaffeekrisis, infolge deren Brasilien zum ersten Male eine passive

Digitized by Google

Handelsbilanz ausweist, geht der Wechselkurs Ende März auf 15¾ d zurück.

Genossenschaftswesen. In Barbacena (Minas Geraes) werden zwei neue Kassen nach dem System Raiffeisen gegründet, die der Caixa Central de Credito e Liga dos Lovradores do Brasil angeschlossen werden.

Chile. Währung. Der Senat nimmt die Gesetzesvorlage an, wonach der Umwechslungskurs des Papiergeldes in Gold vom Januar 1915 (!) ab auf 12 d festgesetzt wird. Die Wertbeständigkeit des Papiergeldes soll durch die Goldbestände einer Konversionskasse (nach dem Muster der argentinischen und brasilianischen) garantiert werden.

Aktienwesen. Die Regierung plant (außer einer höheren Belastung des städtischen Grundbesitzes) eine 5 % Besteuerung des Reingewinnes der einheimischen und ausländischen Aktiengesellschaften.

Die Hebung des kleingewerblichen Kredits soll durch eine Caisse de Crédit Populaire erfolgen, deren Statuten die Kammer genehmigt hat, und durch die man die Pfandleihanstalten mit ihrem Wucherzins auszuschalten hofft.

Banco de la Republica, Santiago. Weist für das zweite Semester 1913 einen Verlust von 6,14 Mill. Pesos aus (im ersten Semester 0,77 Mill. Pesos Gewinn), der bis auf 3,04 Mill. Pesos aus den Reserven gedeckt wird.

China. Währung. Da das Währungschaos immer größer wird, erläßt die Regierung ein Währungsgesetz, das sich eng an das noch unter der Mandschudynastie ausgearbeitete Projekt anlehnt (vgl. Dezemberheft 1910). Als Währungseinheit wird der Silberdollar, Yuan, von 23,98 g Feingehalt bestimmt. Als Scheidemünzen sollen 50-Centstücke, 20-Centstücke und 10-Centstücke in Silber, 5-Centstücke in Nickel, 2-Centstücke, 1-Centstücke, 5-, 2- und 1-Listücke in Kupfer geprägt werden. Das Projekt steht, so lange die sogenannte „Währungsanleihe" nicht perfekt ist, nur auf dem Papier und begegnet vielfacher Ablehnung in chinesischen Kreisen (vgl. Dr. Hermann Schwarzwald im April-, Mai- und Juniheft 1914). — Die Papiergeld-Wirtschaft in Canton führt zu einer wirtschaftlichen Krisis, der die Regierung dadurch zu begegnen versucht, daß sie für die Regierungsnoten einen Minimalkurs von 75 % dekretiert, zu dem bei Todesstrafe (!) die bereits auf 66 % gesunkenen Noten in Zahlung genommen werden müssen.

Mexiko. Währung. Im Jahre 1912/13 sind 4,72 Mill. Piaster Silber-, Nickel- und Bronzemünzen geprägt worden gegen 2,03 Mill. Piaster im Jahre 1911/12. — Die Goldmünzen verschwinden ganz aus dem Verkehr; der Wechselkurs sinkt bis auf ca. 1,20 M. (Parität 2,09 M.). Siehe auch unter Bankwesen.

Bankwesen. Die Regierung (Huerta) plant, um ihrer Geldnot abzuhelfen, die Errichtung einer Staatsnotenbank mit einem Kapital von angeblich 400 Mill. Pesos. Die Veröffentlichung des betreffenden Dekretes verursacht eine Panik in Finanzkreisen und einen weiteren Sturz der Wechselkurse. — Präsident Huerta fordert von den Banken auf eine von ihm zu erhebende einjährige Einkommen- und Vermögenssteuer einen Vorschuß von 40 bis 60 Mill. mex. $, der in drei monatlichen Raten gezahlt werden soll. Die Banken lehnen diese Forderung ab, gewähren dagegen der Regierung einen Vorschuß von 45 Mill. mex. $ gegen Verpfändung von 50 Mill. mex. $ 6 % Goldbonds, die sie als Notendeckung (!) verwenden dürfen. — Die Regierung verlängert das den Banken gewährte Moratorium vorerst bis Ultimo März.

Digitized by Google

Mexikanische Nationalbank. Verteilt pro 1913 mit Rücksicht auf die politische Lage keine Abschlagsdividende.

Banco del Estado de Mexico, Mexiko. Setzt sein Kapital um 1,5 auf 1,5 Mill. mex. $ herab.

Banque Centrale Mexicaine, Mexiko. Die Generalversammlung genehmigt die vorgeschlagene Herabsetzung des Kapitals um 20 auf 10 Mill. Piaster; dagegen gelangt die geplante Wiedererhöhung des Kapitals noch nicht zur Durchführung. Die der Bank nahestehende Compania Bancaria de Fomento y Bienes Raices de Mexico (Société Foncière du Mexique) tritt in Liquidation.

Banco de Londres y Mexico, Mexiko. Gerät infolge eines mehrwöchentlichen Runs auf ihre Kassen in Zahlungsschwierigkeiten. Die Verhandlungen, die Bank durch Gewährung eines Buchkredits (nicht Barkredits) von 0,8 Mill. £ zu stützen, zerschlagen sich, doch gelingt es der Bank, die Zahlungen zum Teil wieder aufzunehmen.

Paraguay. Währung. Dem fühlbaren Goldmangel sucht die Regierung durch die Bestimmung entgegenzuwirken, daß die Zölle in Gold gezahlt werden müssen.

San Salvador. Banco Nacional del Salvador. Der Reingewinn pro 1913 beträgt 0,20 Mill. Pesos, die teils zu Abschreibungen benutzt, teils den Reserven überwiesen werden.

Siam. Währung. Ende November 1913 betrug der Umlauf an Regierungsbanknoten 26.5 Mill. Ticals, die durch 16,5 Mill. Ticals in Silber und erstklassigen Effekten gedeckt waren.

Die Chino Siam Bank, Bangkok (Kapital 2 Mill. Ticals) stellt ihre Zahlungen ein und geht in Konkurs. Der Leiter der Bank wird wegen Unterschlagung von 1,39 Mill. Ticals verhaftet. Auf die ihr nahestehende Siam Commercial Bank wird darauf ein Run unternommen, der mit Unterstützung der Regierung abgeschlagen werden kann.

Uruguay. Banco de la Republica Oriental del Uruguay. Eine von der Regierung aufgenommene 5% Anleihe von 2 Mill. £ wird teilweise zur Erhöhung des Metallbestandes der Bank verwandt, die ihren Notenumlauf daraufhin verstärkt und vermehrte Kredite gewährt.

Umschau.

DIE RUSSISCHEN AUSLANDSGUTHABEN.

Das russische Reich befindet sich seit mehreren Monaten in einer Lage, die ebenso kompliziert wie interessant ist. In der Politik, an der Börse und im Geldwesen des Landes zeigen sich Anomalien, die auf krisenhafte Vorgänge in jedem der drei Ressorts deuten, scheinbar völlig unabhängig von einander sind und doch in allerengstem Zusammenhange miteinander stehen. Am wenigsten fallen noch die politischen Vorgänge auf, da Verstärkungen der nationalen Rüstung, wie sie Rußland gegenwärtig intensiv, wenn auch mit möglichster Heimlichkeit betreibt, in anderen Ländern ebenfalls an der Tagesordnung sind. Mehr Aufsehen machen schon die miserable Verfassung der russischen Börsen und der starke Kursrückgang, dem alle russischen Bank- und Industriepapiere an der für sie maßgebenden Pariser Börse ausgesetzt gewesen sind. Am auffallendsten aber ist die Wertminderung, welche die russische Währung in den beiden letzten Monaten erlitten hat. Rubelwechsel sind im April und Mai mit 3/4 bis 1 %

Digitized by Google

Disagio gehandelt worden. Ja zeitweilig ging der Kurs in Berlin sogar auf 213¾ (bei einer Parität von 216) Mark für 100 Rubel zurück, was seit 20 Jahren nicht dagewesen ist. Man hat diesen Rückgang besonders deshalb als so abnorm empfunden, weil er mit starken Goldimporten nach Rußland parallel ging und man gewohnt ist, eine hohe Goldeinfuhrziffer als Folge und Merkmal eines besonders günstigen Standes der Valuta anzusehen. Der Ausgangspunkt dieser ganzen Kette von Normwidrigkeiten liegt bei der Politik. Um der in Rußland immer dringlicher auftretenden Forderung einer „Nationalisierung des Kredits" nachzukommen, mehr aber noch zur Deckung innerer Rüstungsausgaben bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des zugriffsbereiten Teils des staatlichen Kriegsfonds, der sogenannten freien Barbestände der Reichsrentei, hat Rußland im letzten halben Jahr seine Auslandsguthaben, die im Durchschnitt etwa 400 Millionen Rubel ausmachen, nach und nach an sich gezogen. Den Auslandsbanken wurde nur etwa so viel belassen, wie jeweils zur Deckung eines Quartalserfordernisses der russischen Auslandsschuld nötig war. Außerdem hat sich die russische Regierung den größeren Teil der im Januar in Paris aufgenommenen sogenannten Eisenbahn-Anleihe von 250 Mill. Rbl. nach Petersburg remittieren lassen, obwohl die französischen Banken damit gerechnet hatten, daß der Erlös dieser Anleihe als Ersatz für die gekündigten alten Guthaben zu ihrer Verfügung bleiben würde. Durch diese starken Geldkündigungen ist der Pariser Markt, der seit langen Jahren der Haupt-Nutznießer der russischen Auslandsguthaben ist, in eine ganz ähnliche Lage gekommen, wie die deutschen Banken im Herbst 1911 durch die plötzliche Rückwanderung der französischen Reportgelder. Mit dem Unterschied, daß damals die ganze Berliner Börse die Wirkung zu spüren bekam, während diesmal der Urheber des Geldabflusses der Hauptleidtragende ist. Rußland muß es jetzt am Kurse seiner Bahn-, Bank- und Industriepapiere büßen, daß es dem Pariser Markte die Gelder entzogen hat, mit denen diese Kurse bisher auch über ungünstigere Zeiten hinweggehalten worden sind. Man hat sich den Vorgang nicht etwa so vorzustellen, als ob die französischen Banken aus Unmut über die Geldkündigung an den russischen Papieren Revanche nähmen. Sentiments spielen in der Börsenpolitik der Banken noch weniger eine Rolle als in der hohen Politik. In diesem Falle aber verbot sich ein Vergeltungsakt schon deshalb, weil von den Kursrückgängen ja nicht nur die russischen Unternehmungen, sondern in mindestens demselben Maße auch die französischen Banken betroffen wurden. Was es für die Effekten-Emissionsbanken heißt, wenn die Kurse der von ihnen untergebrachten Papiere kategorienweise sinken, das haben die Pariser Großbanken gerade in den letzten Wochen erfahren. Intervenieren sie in großem Maßstabe, so legen sie ihre Mittel fest und erwecken berechtigten Argwohn, überlassen sie die Papiere ihrem Schicksal, so wird das als Schwäche und Mangel an bereiten Geldern ebenfalls verdächtigt, zumal wenn eine skrupellose Konkurrenz sie beim Publikum denunziert. Der Rückgang der russischen Papiere in Paris ist denn auch in Wirklichkeit durchaus keine Folge bankpolitischer Berechnung, sondern die naturgemäße, sozusagen automatische Wirkung des Abflusses der Russengelder. Diese Gelder befanden sich, wie selbstverständlich, vorzugsweise in den Händen derjenigen Institute, welche die russischen Emissionen in Paris zu ihrer Spezialität gemacht haben und gewissermaßen als russische Agenten auftreten. Mit den Geldsummen, die ihnen die Petersburger Reichsrentei überließ, versorgten sie die Spekulation in russischen Papieren mit billigem Reportgeld, d. h. sie finanzierten Hausse-Engagements, was den erwünschten Effekt hoher Russen-Kurse hatte. Mit dem Abgang der russischen Guthaben kamen diese Reportgelder, diese Hausse-Engagements und diese hohen Kurse naturgemäß in Fortfall. Alle Russen-Werte, die nicht, wie die russische Rente, in ernsthaften Kapitalistenkreisen placiert waren, also die Malzeff, die Lianosoff,

Digitized by Google

die Baku. die Sosnovice, die russischen Bankaktien usw., sanken um 30, 50 und mehr Prozent. Sie sanken um so stärker, je mehr man vorher mit Hilfe der russischen Guthaben die Hausse eingeheizt und dadurch die Expansion der Werke, Naphtha-Gruben und Banken in Rußland ermöglicht hatte. Der russischen Regierung kam diese Erschütterung des Kursniveaus der Dividendenwerte, schon wegen ihrer möglichen Rückwirkung auf den Staatskredit, gerade in dieser politisch ernsten Zeit sehr unerwünscht, und sie suchte dem Kursrückgang mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt zu tun. Das Organ des Finanzministers versicherte alle paar Wochen von neuem, daß „keine Spur einer wirtschaftlichen Krisis" vorhanden sei, und daß bei den jetzigen Kursen die industriellen Aktien „höchst rentable Papiere" seien. Begreiflicherweise hatten diese ebenso naiven wie leichtfertigen Phrasen keine Kursbesserung, sondern eher das Gegenteil zur Folge, und auch ein Appell an den Nationalismus blieb wirkungslos. Die Versicherung, daß es die Juden wären, die das gegen sie gerichtete Verbot, künftig Verwaltungsposten in russischen Bahn-, Bank- und Industrieunternehmungen zu bekleiden, mit Massenverkäufen russischer Papiere beantworteten, brachte den Kursrückgang nicht zum Stehen. Nun versuchte man es mit der an der Börse gewöhnlich so wirksamen Suggestion. Der Finanzminister Bark, eigentlich ein überzeugter Gegner jedes staatlichen Eingriffs in die Kursbewegung, brachte ein Opfer des Intellekts und ließ verkünden, daß die Reichsbank den Interventionskredit, den sie dem „rotes Kreuz" genannten Stützungs-Syndikat der Banken bis dahin in Höhe von 30 Mill. Rbl. gewährt hatte, auf 100 Mill. Rbl. erhöhen werde. Zugleich kündigte er an, daß er das an den russischen Börsen übliche Kassageschäft durch das Termingeschäft zu ersetzen beabsichtige, weil das erstere die Baisse-Spekulation fördere. Bei beiden Versicherungen, die nach langen Konferenzen mit der Reichsbank und den Petersburger Großbanken abgegeben wurden, war es hauptsächlich auf die psychologische Wirkung abgesehen. Man wollte die Baisse-Spekulation einschüchtern und Meinungskäufe provozieren. Den Interventionskredit wirklich zu gewähren, lag weniger in der Absicht der Regierung; bis zum 5. Juni ist er nach den Ausweisen der russischen Reichsbank tatsächlich nicht gewährt worden. Und was den Uebergang vom Kassahandel zum Terminhandel betrifft, so hat man darin wohl nur eine als Drohung gedachte façon de parler zu sehen. Würde in Petersburg der Terminhandel bestehen, so hätte man wahrscheinlich mit der Einführung des Kassahandels gedroht. In Wirklichkeit ist die Handelsform an der Petersburger Börse ziemlich gleichgültig, denn die Kurse für die maßgebenden russischen Papiere werden in Paris gemacht. Das ist wohl auch der Grund, warum man von den Hilfskrediten der russischen Reichsbank an das „rote Kreuz" so viel spricht und so wenig sieht. Das Geld würde die kleine Petersburger Börse wohl wirksam stützen können; aber das Zentrum der Intervention würde nicht hier, sondern in Paris liegen, und auf diesem großen und schwer zu kontrollierenden Markt würden die Millionen nutzlos versickern, denn jede künstlich hervorgerufene Nachfrage provoziert erfahrungsgemäß ein verstärktes Angebot. Die einzige sichtbare Wirkung der Intervention würde ein Anwachsen der russischen Zahlungen nach Paris sein, die schon jetzt einen solchen Umfang erreicht haben, daß die russische Währung davon empfindlich berührt wird. Auch das ist die mittelbare Folge der starken Geldübertragungen, die in den letzten Monaten von Paris nach Petersburg stattgefunden haben. Im ersten Moment ist man versucht, diesen Zusammenhang als eine logische Unmöglichkeit zurückzuweisen. Große Geldübertragungen von einem Lande zum anderen müssen eine Steigerung des Wechselkurses auf das empfangende Land, also eine Verbesserung seiner Valuta, nicht aber eine Verschlechterung herbeiführen. Trotzdem ist es im vorliegenden Falle tatsächlich richtig, daß die großen französischen Zahlungen einen Rückgang der russischen Wechselkurse

Digitized by Google

zur Folge haben, daß also eine aktive Zahlungsbilanz eine Währungsverschlechterung hervorruft. Und zwar ist dies deshalb der Fall, weil die Geldübertragung nicht auf die im Weltzahlungsverkehr übliche, sondern auf eine ganz besondere Weise erfolgt. Rußland hat mit den Auslandsbanken, bei denen es gewohnheitsmäßig große Guthaben unterhält, die Abmachung getroffen, daß die Rückzahlung dieser Guthaben auf Verlangen nicht in Schecks, Wechseln oder Drahtanweisungen, sondern in barem Golde erfolgen muß, und zwar ohne jedes Kursrisiko für Rußland. Es läßt daher seine Rechnung in Paris, London und Berlin nicht in Francs, Pfund und Mark, sondern in Goldrubeln führen. Infolge der Kündigung eines großen Teils der Guthaben sind die französischen Banken jetzt genötigt gewesen, am Londoner Markt Gold für Petersburg anzukaufen. Die starken Goldkäufe, die in den letzten Monaten den englischen Goldmarkt beunruhigt haben, sind überwiegend Käufe französischer (oder in Paris vertretener russischer) Banken gewesen. Nun ist aber Barrengold keineswegs Geld im Sinne der einzelnen Landeswährungen. Es dient dazu, diejenigen Zahlungen zu bewerkstelligen, die nicht in Landeswährung oder in Kreditinstrumenten dieser Währung beglichen werden können oder sollen, und ist als solches Weltausgleichsmittel *mehr* als Landesgeld, nämlich eine überall in Landesgeld verwandelbare *Weltware*. So läuft der französisch-russische Zahlungsmodus im Effekt darauf hinaus, daß Rußland gegen seine Auslandsguthaben nicht russisches Geld, sondern Weltware eingetauscht hat. Unter dem Gesichtspunkt des regulären Zahlungsmittel-Austauschs im Weltverkehr, also dem Gesichtspunkt der Wechselkurs-Gestaltung, ist dies genau dasselbe, als wenn Rußland sich für seine Auslandsguthaben Roheisen, Baumwolle oder irgendeine andere Ware hätte ankaufen lassen. Das Ausland hat sich mit seiner Schuld ihm gegenüber abgefunden, indem es ihm die vereinbarte Ware, in diesem Falle speziell für Rußland gekauftes Gold, sandte, und ist dadurch der sonst unumgänglichen Notwendigkeit enthoben worden, Wechsel auf Rußland zu kaufen. Es unterblieb somit die Steigerung des russischen Wechselkurses, die sonst die unzertrennliche Begleiterscheinung der Zahlungsregulierung gewesen wäre. Und da Rußland selbst aus politischen Gründen ebenfalls als Käufer von Gold am Londoner Markt aufgetreten ist, das in gleicher Weise Weltware war und als solche bezahlt werden mußte, so ergab sich als Folge der enormen Goldimporte nach Rußland ein Nachlassen der Nachfrage nach russischen Wechseln im Auslande und eine Zunahme der Nachfrage nach Auslandswechseln in Petersburg, mit anderen Worten ein sinkender Rubelkurs. Verschärft worden ist dies Sinken anscheinend durch eine gewisse Passivität des russischen Außenhandels. Mehr noch durch den — von Rußland, wie wir gesehen haben, selbst provozierten — Rückgang der Russenkurse in Paris und den Rückfluß russischer Papiere ins Heimatland. Am allermeisten aber durch die Notwendigkeit, die den Auslandsbanken entzogenen Summen wieder zu ersetzen. Denn fast an jedem Monatsersten werden Coupons russischer Auslandsanleihen fällig, und wenn man sich früher in den Monaten vor Einbringung der neuen Ernte und Zunahme des russischen Exports damit half, den Schuldendienst einstweilen aus den hohen Auslandsguthaben zu bestreiten, so tritt jetzt, wo diese Guthaben zusammengeschmolzen sind, die Notwendigkeit an die russische Regierung heran, auch zur ungeeignetsten Zeit Rimessen zu machen. Die Kündigung der Auslandsguthaben, die aus politischen Erwägungen heraus erfolgt ist, hat also die schwerwiegendsten wirtschaftlichen Folgen gezeitigt. Sie hat zugleich dem Volkswirt Gelegenheit gegeben, den Zusammenhang zwischen Politik, Börse und Währung so deutlich beobachten zu können, wie es sonst nur selten der Fall zu sein pflegt.

Digitized by Google

HYPOTHEKENBANKEN UND VERSICHERUNGSGESELLSCHAFTEN.

Auf eine interessante Verschiebung am Berliner Hypothekenmarkt wird in einem der letzten Wochenberichte des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekenmakler hingewiesen. Danach treten die Hypothekenbanken bei der Befriedigung des Hypothekarkredits jetzt mehr und mehr zurück, weil sie das Feld den Lebensversicherungsanstalten überlassen müssen, die in den Zins- und Provisionsbedingungen billiger sind als sie. Damit wird eine Tatsache bestätigt, die schon in einem früheren Hefte der „Bank"*) festgestellt worden ist. Die Wettbewerbsfähigkeit der Hypothekenbanken, deren ganze Organisation doch auf den Realkredit zugeschnitten ist, hat sich in der letzten Zeit verringert. Die Gründe sind unschwer zu erkennen. Die Kurse der Hypothekenbank-Pfandbriefe halten sich wegen des Ueberangebots gleichwertiger Anlagen noch immer auf dem niedrigen Stande, den sie im vorigen Jahre zur Zeit der Geldteuerung erreicht haben, und die „Flüssigkeit" des Geldmarktes, von der die Börsenberichte sprechen, hat bis jetzt nicht vermocht, darin eine Besserung herbeizuführen. Demgemäß müssen die Hypothekenbanken, die auf eine angemessene Spannung zwischen Aktiv- und Passivzins zu halten gezwungen sind, auch in ihrem Hypothekengeschäft hohe Sätze fordern. Die Darlehnsnehmer brauchen diese aber nicht zu akzeptieren, weil die vom Rentenmarkt unabhängigeren Lebensversicherungs-Anstalten sowie andere, die Anlage in Hypotheken bevorzugende Vermögensverwaltungen jetzt Konzessionen in den Zinsbedingungen machen. Infolgedessen kann heute, was erste Eintragungen anlangt, nicht nur nicht von einer Hypothekennot, sondern ganz im Gegenteil von einer Not an geeigneten Beleihungsobjekten gesprochen werden. Die bekannte Lebensversicherungsgesellschaft Nordstern hat das gelegentlich der Millionenbeleihung eines Geschäftshauses ausdrücklich bestätigt. Die Verhältnisse liegen also für die Hypothekenbanken angesichts des jetzigen Geldüberflusses ungünstiger als zur Zeit der Geldknappheit. Im vorigen Jahre konnten sie die Gelder, die ihnen aus dem — allerdings sehr schwachen — Pfandbriefvertrieb und aus nicht prolongierten Hypotheken zuflossen, mit Vorteil an der Börse ausleihen, wovon z. B. die Preußische Pfandbriefbank laut Geschäftsbericht in großem Umfange Gebrauch gemacht hat. Dieses Ventil ist den Hypothekenbanken angesichts der an der Börse herrschenden Geldplethora jetzt verschlossen. Im Grunde ist das kein Unglück. Denn es steht den Banken frei, mangels einer genügenden Zinsspannung mit der Begebung neuer Pfandbrief-Serien bis zu besseren Zeiten zu warten und sich inzwischen mit dem Ueberschuß aus ihren früheren Geschäften zu begnügen, der von den gegenwärtigen Marktverhältnissen unabhängig ist und ihnen, ohne daß es einer besonderen Anstrengung bedürfte, eine angemessene Verzinsung ihres Aktienkapitals gewährleistet. Wer aber annehmen wollte, daß die Banken diese naheliegende Praxis wirklich befolgen, der würde die Psychologie der Hypothekenbanken verkennen. Die Unterbringung neuer Hypothekenpfandbriefe wird nur durch die Aufnahmefähigkeit des Publikums und die Gefahr des Rückströmens, niemals aber durch die freie Entschließung der Hypothekenbanken begrenzt. Darin unterscheiden sich diese Institute grundsätzlich von den auf gemeinnütziger Grundlage arbeitenden Organisationen des Realkredits (Landschaften usw.). Der Unterschied kommt schon äußerlich darin zum Ausdruck, daß die letzteren ihre Darlehen meist nicht in bar, sondern in Pfandbriefen gewähren, die somit erst in dem Augenblick auf dem Markt erscheinen, wo ein Darlehen verlangt wurde. Im Gegensatz zu diesen Instituten, bei denen im Moment der Geldbeschaffung auch schon die Verwendung feststeht, haben die Hypothekenbanken, die sich diese Verwendung erst suchen müssen, bei niedrigem Geldstande tatsächlich nur ein Mittel, um im Wettbewerb mit den billiger arbeitenden

*) Septemberheft 1913, S. 856 ff.

Digitized by Google

Instituten ihre Gelder nutzbringend anzulegen: Sie müssen den Schuldnern mit Kulanz entgegenkommen, d. h. ihre Ansprüche an die Unterlagsicherheit der Beleihungsobjekte herunterschrauben. So und nicht anders haben es ja auch die süddeutschen Hypothekenbanken gemacht, die an die mündelsichere Grenze von 50 % gebunden, also gegenüber den norddeutschen Hypothekenbanken, die bis zu 60 % gehen dürfen, theoretisch nicht konkurrenzfähig sind; was aber auch die angesehensten Institute nicht gehindert hat, den Wettbewerb selbst in der eigentlichen Domäne ihrer norddeutschen Konkurrenz, nämlich in Berlin, aufzunehmen. Es genügte zu diesem Zweck, die Beleihungsdifferenz von 10 % durch eine entsprechend höhere Werttaxe auszugleichen. Nach dieser Analogie ist es nicht schwer, zu erkennen, wohin der jetzige Ueberfluß an erststelligem Hypothekengeld auf die Dauer führen muß: zu geringeren Anforderungen an die Qualität seitens der Hypothekenbanken, und damit zu einer allmählichen Verschlechterung ihres Hypothekenmaterials, zu einer Auslese im schlechten Sinne gegenüber den Lebensversicherungsanstalten. Das bedeutet eine Rückkehr zu jener Beleihungspraxis früherer Jahre, welche die jetzigen traurigen Verhältnisse der Berliner Hausbesitzer in erster Reihe verschuldet hat. Denn was sind die Massensubhastationen im Berliner Hausbesitz anderes als die Folge von Ueberbeleihungen aus einer Zeit, wo die Hypothekenbanken den Darlehnssuchenden nachliefen und sich in Kulanz bezüglich der Beleihungshöhe überboten? Als dann bei der Prolongation dieser kulanten Beleihungen die nötigen Abstriche von der ursprünglichen Darlehnshöhe vorgenommen wurden, konnten viele Hausbesitzer die Differenz nicht aufbringen und verfielen dem Hammer — Opfer eines nicht etwa zu knapp, sondern zu reichlich vorhandenen Hypothekenkapitals. Es ist die dringende Gefahr vorhanden, daß der alte Kreislauf, der schon soviel Unheil angerichtet hat, demnächst wieder beginnen wird.

DAS GEMISCHTE SYSTEM AUF DEM GRUNDSTÜCKSMARKT.

Um eine schnellere Erschließung ihrer Terrains herbeizuführen, hat die Handelsgesellschaft für Grundbesitz vor einigen Jahren den Entschluß gefaßt, die Selbstbebauung ihres Terrains in die Hand zu nehmen. Dieser Entschluß erregte seinerzeit erhebliches Aufsehen, weil er eine grundsätzliche Abkehr von der auf dem Grundstücksmarkt bisher üblichen Trennung zwischen Parzellierungs- und Bautätigkeit bedeutete. Für den Fall, daß das neue „gemischte System" erfolgreich war, durfte man seine Nachahmung durch andere Terraingesellschaften und damit eine Umwälzung des gesamten Immobiliengewerbes erwarten. Die Selbstbebauung ist allerdings auch sonst schon in einzelnen Fällen vorgekommen, aber nicht unter dem Gesichtspunkt, den Bauunternehmer auszuschalten, sondern umgekehrt, um ihn heranzuziehen. Wie man auf der Elefantenjagd den bekannten Trick anwendet, zahme Tiere sich unter die wilde Herde mischen zu lassen, um deren Vertrauen zu gewinnen, so pflegen auch einzelne Terraingesellschaften, gewöhnlich auf den Namen eines Strohmannes, Reklamebauten aufzuführen, in der Erwartung, daß andere Bauunternehmer dadurch Vertrauen zu der Gegend gewinnen. So ist es z. B. auch bei der jüngsten Berliner Terraingründung, der Tempelhofer Feld-Aktiengesellschaft, gemacht worden. Mit diesem Trick ist das Vorgehen der Handelsgesellschaft für Grundbesitz, das an sich viel ehrlicher ist, nicht zu verwechseln. Hier hat man einen aus der Not geborenen Versuch vor sich, durch ein verändertes System das Parzellierungsgeschäft zu heben. Seitdem die Gesellschaft den Entschluß gefaßt hat, unter Ausschaltung des Bauunternehmers und des Bauhandwerks in eigener Regie zu bauen — nicht ohne darauf hinzudeuten, daß die Handwerker hier eine kleine Probe von dem zu sehen bekämen, was im großen geschehen würde, wenn sie weiter für gesetzlichen Schutz ihrer Bauforderungen agitieren würden —, sind mehrere Jahre ins Land gegangen. Aber ein Beweis für die wirt-

Digitized by Google

schaftlichen Vorteile des neuen Systems ist nicht erbracht worden. Der kürzlich erschienene Geschäftsbericht der Gesellschaft zeigt zwar eine Zunahme des Postens Hausgrundstücke von 2,4 Millionen auf 4,2 Millionen und im Zusammenhang hiermit ein Anwachsen der laufenden Verbindlichkeiten von 7,86 Millionen auf 10,25 Millionen. Zugleich aber ist der vorjährige Fehlbetrag von 47 179 M. auf 458 315 M. gestiegen. Anderseits enthält der Geschäftsbericht diesmal keine Angaben über Grundstücke, die in der Subhastation zurückgenommen werden mußten, wie dies in früheren Jahren regelmäßig der Fall war. An dem Wegfall dieser Rubrik erkennt man deutlich, welche Verschiebungen schon jetzt durch die Aenderung der Geschäftsmethoden eingetreten sind. Die Verluste der Bauunternehmer, Bauhandwerker und Lieferanten sind in Wegfall gekommen; statt dessen ist der eigene Verlust der Gesellschaft um ein Beträchtliches gestiegen. Mit anderen Worten: die Abwälzung des Risikos auf die Baugläubiger, die unser Hypothekenrecht bekanntlich so leicht macht, hat aufgehört; die Gesellschaft trägt das Risiko selbst. Nach dem Geschäftsbericht konnte sie von den in eigener Regie erbauten 65 Wohnungen bis zur Abfassung des Berichts erst 35 Wohnungen vermieten. Die entsprechenden Ausfälle, die „normalerweise" die Erwerber der Neubauten, also die Hausbesitzer erleiden, sind somit fürs erste ebenfalls von der Terraingesellschaft übernommen worden. Danach scheint die Gefahr nicht groß zu sein, daß das Beispiel der Gesellschaft viel Nachahmer finden, und Bauunternehmer sowie Bauhandwerker zugunsten der General-Entreprise abdanken werden.

Aus den Statistischen Aemtern.

SCHULDVERSCHREIBUNGEN DER BODENKREDITINSTITUTE

Aus der Reihe der Statistiken, die sich mit den festverzinslichen Papieren befassen, liegt jetzt auch die Statistik der Schuldverschreibungen deutscher Bodenkreditinstitute zum zweiten Male vor. Die Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches geben in unveränderter Gruppierung den gesamten Obligationen-Umlauf der Hypothekenbanken, Landschaften, Rentenbanken, staatlichen, städtischen und sonstigen Institute wieder, der am 31. Dezember 1912 17.05 Milliarden M. betrug, während er drei Jahre vorher mit 15.82 Milliarden M. angegeben worden war. Die Steigerung verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf die einzelnen Gruppen von Emissionsinstituten. Die Statistik ist, wie sich aus ihrer ganzen Anlage ergibt, auf den Vergleich mit der an dieser Stelle ausführlich behandelten Arbeit zugeschnitten, die den Obligationenumlauf privater Schuldner erfaßt. Interessant ist ein Vergleich der Börsenfähigkeit in beider Gruppen. Von Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute (A) bzw. privater Schuldner (B) sind Ende 1912 in Mill. M. bzw. in Prozenten des börsenfähigen Gesamtbetrages zugelassen und notiert worden:

	A		B	
	Mill. M.	%	Mill. M.	%
Berlin	11590	69.89	2373	71,4
Frankfurt a. M.	8711	52 52	1098	33.1
München	5487	33 08	204	6 2
Augsburg	4045	24,39	37	1,1
Leipzig	3003	18.11	110	3,3
Dresden	2663	16,06	134	4,0
Hamburg	2457	14,81	489	14,7
Breslau	2369	14,29	115	3,5
Köln	1375	8,29	220	6,6

	A		B	
	Mill. M.	%	Mill. M.	%
Königsberg	476	2,87	8	0,2
Hannover	352	2,12	50	1,5
Stuttgart	342	2,06	57	1,7
Stettin	301	1,81	1	0,0
Mannheim	215	1 30	57	1,7
Magdeburg	2	0,01	17	0,5
Bremen	—	—	161	4,9
Essen	—	—	74	2,2
Düsseldorf	—	—	18	0,6
Zwickau	—	—	9	0,3

Digitized by Google

An vier deutschen Börsen werden mithin zwar Industrie-, aber keine Bodenkreditobligationen gehandelt, während das Umgekehrte nirgends zu konstatieren ist. Weitaus charakteristischer als dieses Moment ist die prozentuale Verteilung der Börsenfähigkeit. Nur an drei Börsen werden mehr als 10 % des Gesamtbetrages der Industrie-Obligationen gehandelt, während bei den Bodenkredit-Obligationen acht Börsen diesen Prozentsatz überschreiten. Als bevorzugter Markt für die Industrie-Obligationen kommt hauptsächlich Berlin in Betracht, daneben nur noch Frankfurt und Hamburg, während der börsenmäßige Handel in Bodenkredit-Obligationen weitaus dezentralisierter ist. Berlin ist für die letzteren nicht Monopolmarkt, sondern nur ein Markt von vielen, allerdings der größte, wenn auch der geringe Abstand zwischen Berlin und Frankfurt a. M. bemerkenswert ist, ebenso wie die hohe Ziffer von Augsburg, wo ziemlich alle bayerischen Schuldverschreibungen von Bodenkredit-Instituten börsenfähig sind. Ueberhaupt ist das Prinzip, Wertpapiere vor allem an den heimischen Börsen einzuführen, bei den Bodenkredit-Instituten fast durchweg gewahrt, wie u. a. auch die hohen Ziffern der Sächsischen und Württembergischen Börsen beweisen. Bei den Industrie-Obligationen profitiert eigentlich nur Cöln von dieser Heimatstendenz.

GRUNDSTÜCKS-TAXEN

Die schlechte Verfassung unseres Hypotheken- und Baumarktes hängt in hohem Maße mit der Organisation oder vielmehr Desorganisation unseres Taxwesens zusammen, das dem Bauschwindel Tür und Tor öffnet und damit auch die mittelbare Ursache der großen Verluste ist, die das Bauhandwerk alljährlich erleidet. Dieser Zusammenhang wird von den interessierten Kreisen selbstverständlich bestritten, und da diese Kreise großen politischen Parteien und Mitgliedern der Regierung ihre Ansicht beizubringen verstanden haben, so war eigentlich nicht anzunehmen, daß binnen absehbarer Zeit die Möglichkeit eintreten würde, die Zweifel an der Vortrefflichkeit unseres Taxwesens sozusagen amtlich zu rechtfertigen. Diese Möglichkeit liegt jetzt aber doch vor, dank dem Verlangen des preußischen Abgeordnetenhauses, das wegen der Erwägungen über die Einführung des zweiten Teiles des Bauhandwerkerschutzgesetzes über Art und Umfang des Bauschwindels in Groß-Berlin unterrichtet zu werden wünschte. Das Königl. Preußische Statistische Landesamt hat eine „Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker und Baulieferanten bei Neubauten in Groß-Berlin in den Jahren 1909—1911“ ausgearbeitet, die jüngst dem Abgeordnetenhause vorgelegt worden ist und auf die noch des genaueren zurückzukommen sein wird. Hier sei nur ein einziger Punkt hervorgehoben, der gerade das Kapitel „Taxen“ angeht. Das Hypothekenbankgesetz schreibt bekanntlich vor, daß die Beleihungen der Hypothekenbanken sich im Rahmen von 60 % des Grundstückswertes zu halten haben. Auch bei den Beleihungen der Versicherungsgesellschaften soll die gleiche Grenze innegehalten werden. Diese beiden Gruppen von Geldgebern spielen aber die weitaus größte Rolle am Groß-Berliner Grundstücksmarkte. Da auch die privaten Geldgeber bei Beleihungen zur ersten Stelle sehr selten über diesen Prozentsatz hinausgehen, so müßte bei einer generellen Untersuchung der Durchschnitt der erststelligen Beleihungen bei etwa 60 % des Grundstückswertes zu finden sein. Das wirkliche Ergebnis der Statistik ist aber ein ganz anderes. Das statistische Landesamt hat seinen Berechnungen natürlich nicht die privaten Taxen — die ja gerade angezweifelt werden —, sondern die für die Steuerberechnung usw. maßgebenden Taxen zugrunde gelegt und diese Taxen stichprobenweise eingehend nachgeprüft. Auf dieser Grundlage hat es für zehn Groß-Berliner Gemeinden mit mehr als 800 zwangsversteigerten Grundstücken das Verhältnis der ersten festen Hypothek zum Gesamtwerte des Katasteramtes festgestellt. Danach betrug bei diesen Grundstücken die erste Hypothek in Prozent des Kataster-Gesamtwertes:

Digitized by Google

in	A*)	B**)	in	A*)	B**)
Berlin-Friedenau . .	72,32	78 57	Berlin-Tempelhof . .	75,73	75,35
„ Mariendorf . .	75.12	69,59	„ Weißensee . .	68,49	79,51
„ Schmargendorf	72,76	67,16	„ Wilmersdorf .	74 58	69,72
„ Schöneberg . .	73,39	69,90	Charlottenburg . . .	72,75	77,34
„ Steglitz . . .	72,82	72,25	Neukölln	74,08	71,22

Durchschnitt A: 73.53 B: 72,81.

Nach den Stichproben, die vorgenommen wurden, sind die katasteramtlichen Werte um einige Prozent, etwa 5 bis 6, zu niedrig, so daß sich die hier wiedergegebenen Verhältniszahlen in Wirklichkeit um 4 bis 5 % günstiger stellen. Der Bearbeiter begnügt sich mit der lakonischen Bemerkung: „Damit erhält man als durchschnittliche Höhe für die Hypothek den noch immer recht hohen Prozentsatz zwischen 65 und 75 %", ohne die Frage aufzuwerfen, wie sich diese Höhe mit den gesetzlichen Vorschriften, denen fast die Gesamtheit der erststelligen Beleihungen unterliegt, in Einklang bringen läßt. Tatsächlich wird durch die Statistik wieder einmal die auch sonst schon zahlenmäßig nachgewiesene Tatsache erhärtet, daß auf dem Umwege über willkürliche Taxen die gesetzliche Vorschrift, die der ersten Institutshypothek bei 60 % eine Grenze setzt, umgangen wird. So bietet diese Arbeit, obwohl sie in erster Linie der Ermittelung der Handwerkerverluste dient, doch auch recht schätzbares Material für die dringend notwendige Reform unseres Taxwesens, die, wenn nicht alles täuscht, auch bereits auf dem Marsche ist.

EIN JAHRHUNDERT VERMÖGENSSTATISTIK

Die in den letzten Jahren so beliebt gewordenen Schätzungen des Volksvermögens und Volkseinkommens sind, wie sogar ihre Autoren anerkennen müssen, nichts weniger als zuverlässig. Im Gegensatze zu anderen Statistiken wird man aber hier ältere Berechnungen nicht ohne weiteres für unzuverlässiger halten dürfen als moderne, weil die größere Einfachheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in früheren Zeiten einen guten Teil der größeren Genauigkeit ausgleichen dürfte, welche die Unterlagen für die modernen Statistiken der erwähnten Art besitzen. Reichen aber solche im allgemeinen nach gleichen Prinzipien vorgenommenen Berechnungen fast ein volles Jahrhundert zurück, so werden sie trotz aller etwaigen Ungenauigkeiten großes Interesse beanspruchen dürfen, da sie fast die ganze Entwicklung zum modernen Hochkapitalismus wiederspiegeln. Württemberg dürfte der einzige Staat im Deutschen Reiche sein, für den derartige exakte Berechnungen bis zum Jahre 1820 zurück vorliegen. Die Endergebnisse dieser Berechnungen (sogenannte Bruttoziffern) sind die folgenden:

	Volksvermögen		Volkseinkommen	
	Mill. M.	M. pro Kopf	Mill. M.	M. pro Kopf
1820 . .	1715	1200	116	81
1841 . .	2735	1655	236	143
1863 . .	4646	2680	473	273
1883 . .	9006	4540	702	354
1902 . .	12147	5490	972	440
1909 . .	16342	6810	1200	500
1912 . .	—	—	1376	556

Das Königl. Württembergische Statistische Landesamt, das diese Ziffern in seiner Zeitschrift veröffentlicht, hat gleichzeitig den Versuch gemacht, sich auch über den Verbrauch in dieser Zeit gewisse Anhaltspunkte zu schaffen, namentlich aber zu berechnen, wie viel vom Einkommen übrigbleibt, nachdem die Kosten für Nahrungsmittel gedeckt sind. Ein Vergleich, der sich über einen derartig langen Zeitraum erstreckt, ist selbstverständlich außerordent-

*) Zur Zeit der Zwangsversteigerung gebrauchsfertig abgenommen.
**) Zur Zeit der Zwangsversteigerung noch in der Ausführung begriffen.

Digitized by Google

lich schwierig, da sich Ansprüche, Lebenshaltung und Preise völlig verändert haben. Deshalb mußte sich das Amt darauf beschränken, eine theoretische „Haushaltsration" für einige hauptsächlichste Lebensmittel zu berechnen und diese nach den jeweiligen Preisen einzusetzen, um dann durch Subtraktion dieser Ration vom Einkommen zu einem Betrage zu kommen, der als „Rest" für alle anderen Bedürfnisse übrigbleibt. Es ergibt sich dabei die interessante Tatsache, daß dieser Rest sich, absolut genommen, mehr als verzwölffacht hat, und in Prozenten des Einkommens von rund 38 auf über 70 % gestiegen ist. Bemerkenswerterweise hat sich jedoch dieses Prozentverhältnis im letzten Jahrzehnt keineswegs mehr gebessert, vielmehr zeigt es eher Neigung, sich etwas zu verkleinern.

KURS-STATISTIKEN

Das Preußische Statistische Landesamt läßt seiner früheren Darstellung der Kursbewegung für die an der Berliner Börse gehandelten Dividendenwerte (vgl. Februarheft 1913, S. 187) jetzt den Versuch folgen, auch die Kursbewegung wenigstens einer größeren Gruppe der festverzinslichen Werte zusammenfassend darzustellen. Und zwar sind es die „Inhaberschuldverschreibungen der deutschen Gemeinden und größeren Selbstverwaltungskörper", für die eine das Jahr 1913 umfassende Kursstatistik vorgelegt wird. Noch mehr als bei den Dividendenwerten ist hier darauf hinzuweisen, daß diese Berechnung, so begrüßenswert sie an sich ist, ihren Wert erst durch weiteren Ausbau erhalten kann; und zwar nicht nur durch zeitliche Weiterführung, sondern vor allem durch Berücksichtigung auch der anderen großen Gruppen festverzinslicher Werte: der Staatsanleihen, Pfandbriefe und Industrieobligationen. Neue Erkenntnisse vermittelt die vorliegende Statistik selbstverständlich nicht; jedoch ist sie immerhin interessant genug, und einige ausgewählte Ziffern mögen hier wiedergegeben sein. Es betrugen die Durchschnittskurse:

bei einem Zinsfuß von	für das I.	II.	III. Vierteljahr 1913	IV.	für das Jahr 1913
Stadtanleihen:					
3 %	85,48	85,15	84,84	85,08	85,14
3½ %	89,31	88,15	86,94	86,98	87,85
3¾ %	90,72	89,92	90,36	89,88	90,22
4 %	97,46	96,32	95,10	94,77	95,89
Anleihen größerer Selbstverwaltungskörper:					
3 %	81,25	81,14	81,10	80,52	81,00
3⅓ %	85 53	84,43	83,50	83,40	84,21
3½ %	86 93	85,49	83,94	84 54	85,23
3⅗ %	90,97	90,03	89,67	89,02	89,92
3¾ %	93,53	93,17	92,66	92 10	92,87
4 %	97,94	96,89	95,75	95,17	96,38

Die Berechnung von Gesamtdurchschnitten ist, wie bei den Dividendenwerten, so auch bei den Stadtanleihen durchgeführt worden, was sich hier mehr als dort rechtfertigen läßt. Immerhin darf man, wenn man sich keinen Trugschlüssen hingeben will, nicht außer acht lassen, daß der Kurs, namentlich der niedriger verzinslichen Werte, durch die Auslosungschance erheblich beeinflußt wird. Ihr ist es zuzuschreiben, daß die theoretische Rentabilität dieser niedriger verzinslichen Arten wesentlich, gelegentlich mehr als ½ %, hinter der Verzinsung der 4 % Anleihen zurückbleibt. Wie eine gleichzeitig veröffentlichte Tabelle erkennen läßt, welche die Kursbewegung der Kommunalobligationen nach Größenklassen der Städte darstellt, ist die Kursdifferenz zugunsten der großen Städte nicht allzu bedeutend.

Digitized by Google

Emissionen und Zulassungen

im März, April und Mai.

Eine vollständige Uebersicht über die Zulassungen an den deutschen Börsen bringen wir an anderer Stelle. Hier werden nur die bedeutenderen von ihnen sowie alle wichtigeren Emissionen aufgeführt.

ÖSTERREICHISCHE 4½% SCHATZSCHEIN-ANLEIHE

Diese Anleihe im Nennbetrage von rund 397 Mill. Kr. ist ohne parlamentarische Zustimmung auf Grund des in Oesterreich so beliebten „Notstandsparagraphen" geschaffen worden, ein Umstand, der in der Presse stark betont und dann wohl von den Emissionshäusern benutzt worden ist, um einen Druck auf die Uebernahmebedingungen auszuüben. Die Anleihe, die der Preußischen Schatzscheinanleihe von 1914 nachgebildet und wie diese binnen 16 Jahren rückzahlbar ist, steht unter der Aegide der Oesterr. Postsparkasse, wie neuerdings alle österreichischen Anleihen, und ist in Deutschland zu 95¼ % zur Zeichnung aufgelegt worden; in einigen anderen Ländern (Holland, Schweiz, auch England und natürlich Oesterreich) modifiziert sich der Ausgabekurs nach der Höhe des Effektenstempels. Die Anleihe hat einen befriedigenden Erfolg gehabt, obwohl es von vornherein klar war, daß der österreichische Geldbedarf mit ihr nicht annähernd befriedigt sein, weitere Anleihen vielmehr in kurzer Zeit nachfolgen würden.

NEU-GUINEA COMPAGNIE

Die 11 Millionen M. Anteile dieser Kolonialgesellschaft, des größten deutschen Plantagenunternehmens, sind im März in Berlin und später an einigen anderen Börsen zugelassen und Ende Mai eingeführt worden. Der erste Kurs stellte sich auf 132 % für die alten, auf 124½ % für die neuen, erst ab 1. April d. J. dividendenberechtigten Anteile. Vor einigen Monaten haben die Besitzer der alten Anteile auf ihre Vorzugsrechte, die sie zum Teil durch Zuzahlung erworben hatten, verzichtet und in die Gleichstellung ihrer Anteile mit den wenigen gewöhnlichen Anteilen gewilligt, die noch im Umlauf waren. Zugleich wurde die Einziehung der bis dahin umlaufenden Genußscheine mit je 1 M. beschlossen sowie das Kapital durch Ausgabe von 3½ Mill. M. jungen Anteilen auf seine jetzige Höhe gebracht, und zwar wurden die neuen Anteile zum allergrößten Teil den Aktionären — in der Hauptsache Banken — zu 102 % Plus Spesen überlassen; hieran gemessen, muß der um rund 30 % höhere Einführungskurs um so mehr befremden, als die Gesellschaft in den letzten Jahren nur einmal (1912/13) eine Dividende von 5 % verteilt hat. Für das Jahr 1913/14 rechnet sie mit einem befriedigenden, für 1914/15 mit einem noch besseren Resultat.

CANADA-PACIFIC

Die Kapitaltransaktionen dieser in jeder Hinsicht romantischen Bahn folgen sich so schnell, daß sie sich zuweilen kreuzen. So sind Anfang dieses Jahres 52 Mill. $ 6 % Notes ausgegeben worden (vgl. Märzheft S. 305), obwohl die Anfang 1913 begebenen 60 Mill. $ neuen Aktien damals noch nicht überall zum Börsenhandel zugelassen waren. In Berlin ist die Zulassung dieser Emission erst Ende März erfolgt. Bald darauf hat ein neuer Kursrückgang den im letzten Jahre stark ermäßigten Kursstand der Aktien weiter herabgedrückt. Bisher hat die Bahn (seit 1911) regelmäßig 7 % Dividende und 3 % Bonus, im ganzen also 10 % pro Jahr verteilen können. Ob dieses Niveau künftig beibehalten werden kann, ist fraglich, da die letzten Monate starke Mindereinnahmen brachten, die Frachtraten neuerdings ermäßigt worden sind und die Quelle des Bonus, nämlich die Einnahmen aus Landverkäufen u. dgl., den Dienst der neuen 6 % Notes speisen muß. Die Verwaltung allerdings behauptet, daß die Ueberschüsse der Bahn allein schon ausreichen würden, um die 10 % Dividendenbasis aufrechtzuerhalten.

Digitized by Google

DEUTSCH-LUXEMBURG Wie bei diesem Riesenunternehmen (130 Mill. M. Aktienkapital und rund 80 Mill. M. fundierte Schulden) bereits seit der Aera Dernburg üblich, sind wieder einmal enorme Bankkredite durch eine noch umfangreichere Kapitalbeschaffung getilgt worden. Es hat sich diesmal um die Ablösung einer Bankschuld von etwa 16 Mill. M. gehandelt, zu welchem Zweck 25 Mill. M. 5 % hypothekarisch gesicherte Obligationen zur Ausgabe gelangt sind. Gelegentlich dieser Transaktion hat die Deutsche Bank sich vom alten Deutsch-Luxemburger-Konsortium getrennt, weil ihr angeblich eine zu geringe Beteiligung innerhalb desselben zugebilligt worden war. Die Obligationen sind zum Kurse von 99¾ % zur Zeichnung aufgelegt worden, nachdem ihre Zulassung in Berlin und Frankfurt erfolgt war. Damit soll das große Umbauprogramm der Gesellschaft beendet sein, versichert der Prospekt, der gleichzeitig einen weiteren mäßigen Rückgang der bereits im Vorjahr von 11 auf 10 % herabgesetzten Dividende ankündigt.

HOCHBAHN Zum Zweck des weiteren Ausbaues ihrer Linien ist die Gesellschaft wiederum zu einer Aktien-Emission geschritten, durch die sich ihr Kapital auf 80 Mill. M. erhöht. Aber im Gegensatz zu früher gibt sie diesmal Vorzugsaktien aus, die während der Bauperiode, längstens bis Ende 1917, nur 5 % Bauzinsen erhalten und sich von den Stammaktien im übrigen dadurch unterscheiden, daß sie jederzeit zurückgekauft oder à 110 % gekündigt werden können. Da sich noch 10 Mill. M. alte, mit 25 % eingezahlte Stammaktien, die zur Aufrechterhaltung der Bankenkontrolle dienen, im Besitz der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen A.-G. befinden, neue Aktien aber erst nach Vollzahlung der alten ausgegeben werden dürfen, so wird ein Tauschgeschäft vorgenommen: 10 Mill. M. der neuen Aktien werden als Stammaktien bezeichnet und wandern als letzte Aktienserie, mit 25 % eingezahlt, in das Portefeuille der Licht- und Kraft-Gesellschaft, während deren 10 Mill. M. alte Aktien in Vorzugsaktien verwandelt, vollgezahlt und zur Emission gebracht werden. Derartige Tauschoperationen sind bei der Hochbahn-Gesellschaft gang und gäbe (vgl. Maiheft 1913 S. 496). Von den so geschaffenen Vorzugsaktien sind 15 Mill. M. den Aktionären à 107¾ % zur Zeichnung angeboten worden, nachdem die Gesamtemission zur Berliner Börse zugelassen worden ist. Daß man die Ausgabe gewöhnlicher Aktien unterlassen hat, deutet auf ein gewisses Mißtrauen in die Placierungsmöglichkeit und wohl auch in die künftige Dividendenentwicklung hin. In den letzten Jahren wurden 5¾, 6 und 6 % Dividende verteilt.

HYPOTHEKENBANK IN FINLAND 10 Mill. fin. M. 5 % Hypotheken-Obligationen dieser Bank (jetzt Helsingfors) sind von einigen Spezialbankiers für Auslandspapiere à 97½ % zur Zeichnung aufgelegt worden. Ihre Zulassung in Hamburg, wo sie zum Handel kommen sollen, ist bisher noch nicht erfolgt. Das finische Institut gewährt großstädtische Hypotheken, speziell in Helsingfors und Tammersfors, und zwar bis zu 60 und 70 % der Taxe, beschränkt die Beleihung aber bei den Hypotheken, die der vorliegenden Emission als Unterlage dienen, auf 50 %. Industrieanlagen dürfen nicht beliehen werden, wohl aber können Baugelder gewährt werden. Das Institut arbeitet mit einem Aktienkapital von 5 Mill. fin. M. und 13,12 Mill. fin. M. Obligationen (ausschließlich der neuen 10 Mill.) und hat in den letzten Jahren 6, 7, 7 und 7½ % Dividende ausgeschüttet.

SONSTIGE EMISSIONEN UND ZULASSUNGEN a) Staatsanleihen: 47,6 Mill. M. Deutsche 4 % Schutzgebiets-Anleihe (in Berlin zugelassen, vgl. Märzheft); 25 Mill. M. Württembergische 4 % Staatsanleihe (in Berlin zugelassen, davon 12 Mill. M. à 97 % zur Zeichnung aufgelegt); 30 Mill. M. Badische 4 % Anleihe (in Berlin

Digitized by Google

zugelassen, à 97 % angeboten); 85 Mill. M. Hamburger 4 % Anleihe (in Berlin zugelassen, vgl. Märzheft); 60 Mill. Kr. Bosnisch-Herzegowinische 5 % Anleihe (30 Mill. Investitions- und 30 Mill. Eisenbahn-Anleihe, in Berlin zugelassen). — b) Provinzialanleihen: 5 Mill. M. 4 % Anleihe der Provinz Westpreußen (à 94½ % angeboten, Zulassung folgt). — c) Staatsgarantierte Obligationen: 10 Mill. M. 4 % Hypotheken-Pfandbriefe und 5 Mill. M. 4 % Komm.-Obligationen der Hessischen Landes-Hypotheken-Bank (in Berlin zugelassen). — d) Stadtanleihen: In Berlin wurden zugelassen 4 % Anleihen der Städte: Schöneberg (11,99 Mill. M.), Magdeburg (10 Mill. M.), Mainz (8 Mill. M.), Aachen (6,5 Mill. M.), Cottbus (3,5 Mill. M.), Frankfurt a. M. (30 Mill. M.), Altona (16 Mill. M.), Mülheim a. d. Ruhr (12 Mill. M.), Wiesbaden (4 Mill. M.), Remscheid (3.4 Mill. M.). Königsberg (12 Mill. M.), Lichtenberg (9.5 Mill. M.), Hamm (8 Mill. M.), Wilmersdorf (6 Mill. M.), Elbing (5 Mill. M.), Mülhausen (3 Mill. M.), Stettin (3 Mill. M.); ferner 4½ % Anleihen der Städte: Budapest (158 Mill. Kr.), Mannheim (15 Mill. M.). — Zur Zeichnung wurden aufgelegt 4 % Anleihen der Städte: Freiburg (Br.) (10 Mill. à 94,90 %) und Duisburg (10 Mill. à 94½ %). — e) Landschaftliche Pfandbriefe u. dgl.: 30 Mill. M. 4 % Obligationen der Elektr. Licht- und Kraftanlagen-A.-G. (in Berlin zugelassen Mark bereits im Januar à 99 % zur Zeichnung aufgelegt); Kur- und Neumärk. 4 % Kommunalobligationen (7 Mill. M. à 95¼ % zur Zeichnung aufgelegt, Zulassung früher erfolgt). — f) Hypothekenbank-Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen: 25 Mill. M. Frankfurter Hypothekenbank 4 % Pfandbriefe (in Frankfurt zugelassen); 20 Mill. M. 4 % Kommunalobligationen der Deutschen Hypothekenbank (in Berlin zugelassen); 30 Mill. M. 4 % Hypothekenpfandbriefe der Preußischen Bodenkredit-Aktien-Bank (in Berlin zugelassen, à 95¾ % eingeführt); 15 Mill. M. Preußische Central-Bodenkredit 4 % Hypothekenobligationen (à 95¼ % zur Zeichnung aufgelegt, Zulassung früher erfolgt). — g) Städtische Pfandbriefämter: 1 Mill. M. 4¼ % Obligationen des Berlin-Schöneberger Hypotheken-Vereins (in Berlin zugelassen, à 100 % eingeführt). — h) Industrie- und Eisenbahn-Obligationen: 21¼ Mill. Mark 5 % Obligationen der Ungar. Lokal-Eisenbahn-A.-G. (à 97½ und 98 % zum Verkauf gestellt, in Frankfurt zugelassen); 4 Mill. M. Stahlwerk Hoesch 4½ % Obligationen (in Berlin zugelassen); 4.2 Mill. M. Russ. Eisenindustrie 5 % Obligationen (in Berlin zugelassen); 4 Mill. M. 4 % Obligationen der Emscher Genossenschaft (à 94,60 % zur Zeichnung aufgelegt, Zulassung folgt); 15 Mill. M. 5 % Obligationen der Auto. Licht- und Kraftanlagen-A.-G. (in Berlin zugelassen und à 100 % zum Verkauf gestellt); 6 Mill. M. 5 % Obligationen der Gebr. Körting A.-G. (in Berlin zugelassen, Angebot noch nicht erfolgt); 12 Mill. M. 5 % Obligationen des Eisenwerk Kraft (in Berlin zugelassen, à 99¾ % freihändig verkauft). — Ferner in Berlin zugelassene Obligationen von: Feldmühle A.-G. (2 Mill. M.); Lothringer Eisenbahn-A.-G. (1.6 Mill. M.). — i) Industrie- und Kleinbahn-Aktien: 22,5 Mill. M. Vorz.-Akt. und 20 Mill. M. Stamm-Aktien (B) der A. E. G.-Schnellbahn-Ges. (in Berlin zugelassen, 10 Mill. Mark Stamm-Akt. à 100 % zur Zeichnung aufgelegt, vgl. Märzheft S. 305); 10 Mill. M. Neckarwerke Akt. (in Berlin zugelassen, 2 Mill. Mark à 115 % angeboten); 2 Mill. M. Bad Salzschlirf Akt. (in Frankfurt zugelassen); 8 Mill. M. jg. Hoesch-Akt. (in Berlin zugelassen, vgl. Kap.-Erhöh.); 2 Mill. M. Oppeln-Frauendorfer Cement-Akt. (in Berlin zugelassen, à 135¼ % eingeführt); 4,6 Mill. M. Heine & Co. Aktien (in Berlin zugelassen, Emission soll später erfolgen); 1,7 Mill. Mark Akt. der B. Wittkop A.-G. (in Berlin zugelassen und eingeführt); 1.75 Mill. M. Bachmann & Ladewig Akt. (in Berlin zugelassen und à 117½ % eingeführt); 4.2 Mill. M. Dessauer Gas jg. Akt. (in Berlin zugelassen, vgl. Kap.-Erhöh.); 5 Mill. M. jg. Akt. der Allg. Lokal- und Straßenbahn-Ges. (in Berlin zugelassen, vgl. Kap.-Erhöh.). —

Digitized by Google

Ferner in Berlin zugelassene Aktien von: Chem. Ind. Gelsenkirchen-Schalke (1 Mill. M.); Horch Motorwagen (0,75 Mill. M.); Anhaltische Kohlenwerke (1 Mill. M.); Telefonfabrik Berliner (1 Mill. M.); Erste Berliner Malzfabrik (1 Mill. M.); Hessische und Herkules-Brauerei (1,3 Mill. M.); Chemische Fabrik Milch (1,5 Mill. M.); Gerresheimer Glas (1 Mill. M.) u. a. — k) Bankaktien: 25 Mill. M. Disconto-Gesellschaft jg. Akt. (in Berlin zugelassen, vgl. Kap.-Erhöh.); 50 Mill. Mark Deutsche Bank jg. Akt. (in Berlin zugelassen, vgl. Kap.-Erhöh.); 18 Mill. M. Essener Credit-Anstalt jg. Akt. (in Berlin zugelassen); 12 Mill. Rbl. Petersburger Internationale Handelsbank jg. Akt. (in Berlin zugelassen. vgl. Märzheft S. 305). — l) Versicherungsaktien: 3 Mill. M. Frankfurter Allg. Versicherungs-Gesellschaft jg. Akt. (in Berlin zugelassen. vgl. Kap.-Erhöh.).

Gründungen und Kapitalserhöhungen

im März, April und Mai.

Eine Statistik der Gründungen und Kapitalserhöhungen bringen wir an anderer Stelle; hier werden nur die wichtigeren, darunter auch solche, die noch nicht in das Handelsregister eingetragen sind, besprochen.

GASWERK STRASSBURG Mit 8 Mill. M. Kapital, von denen die Stadt Straßburg 4.001 Mill. M. gezeichnet hat, ist ein „Gemischt-wirtschaftlicher Betrieb" zum Fortbetrieb der Straßburger Gaswerke errichtet worden. Der Rest der Aktien wird der Vorbesitzerin der Gaswerke, der Pariser Union des Gaz, für ihre Einbringung gewährt. Im Aufsichtsrat sitzen vier Vertreter der Stadt und drei der Pariser Großaktionärin.

DISCONTO-GESELLSCHAFT Die Bank hat ihr Kapital um 75 Mill. auf 300 Mill. M. erhöht und ist damit die Bank mit dem höchsten Eigenkapital der Welt geworden. Die neuen Aktien dienen zum Umtausch gegen die Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins, der damit auf die Disconto-Gesellschaft übergeht, jedoch als selbständiges Unternehmen bestehen bleibt, indem an Stelle des alten, mit 145 Mill. M. Kapital arbeitenden Bankvereins ein gleichnamiges neues Institut mit 100 Mill. M. Kapital errichtet wird. Näheres siehe unter „Die deutschen Banken" im Mai- und Juniheft sowie im leitenden Aufsatz des Maiheftes.

DEUTSCHE BANK Das Kapital der Bank ist um 50 auf 250 Mill. M. erhöht worden. Die neuen Aktien sind den Aktionären der Bergisch-Märkischen Bank angeboten worden, und zwar je 6000 M. Deutsche Bank-Aktien für 9600 M. Bergbank-Aktien; da rund die Hälfte der letzteren bereits im Besitz der Deutschen Bank war, ist der entsprechende Betrag Deutsche Bank-Aktien börsenmäßig verkauft worden. Die Bergisch-Märkische Bank ist somit in die Deutsche Bank aufgegangen und hört — im Gegensatz zum Schaaffhausen'schen Bankverein (vgl. Disconto-Gesellschaft) — auf, selbständig zu bestehen. Nur um die Firma für den Fall einer späteren Wiedergründung zu retten und ihre mißbräuchliche Verwendung durch Dritte zu verhindern, wird eine „Berg. Märk. Bank G. m. b. H." mit 0,1 Mill. M. Kapital errichtet.

DEUTSCHE WAFFEN- UND MUNITIONSFABRIKEN Nachdem an der Berliner Börse auffallend große Käufe — anscheinend eingeweihter Personen — stattgefunden hatten, kam im Aufsichtsrat der Gesellschaft ein Beschluß zustande, 15 Mill. M. junge Aktien à 107 % (bei einem Kurse von über 600 % der alten Aktien) auszustatten, anstatt, wie vorher beabsichtigt, nur 10 Mill. M. à 150 % zu emittieren. Diese Beschlußänderung bedeutet für die Aktionäre

Digitized by Google

eine Aufbesserung des ihren Aktien anhaftenden Bezugsrechts um fast 100 %. Tatsächlich ist das Bezugsrecht mit ca. 235 % gehandelt worden. Das Aktienkapital der Gesellschaft steigt durch diese Verwässerung auf das Doppelte der bisherigen Höhe, also 30 Mill. M. Die Pariausgabe der jungen Aktien wird jedenfalls einen beträchtlichen Rückgang der nächstjährigen Dividenden zur Folge haben (in den letzten Jahren 32 %), und es scheint, daß diese Reduktion der die Begehrlichkeit der Arbeiter und den Argwohn des Reichstags erweckenden Dividenden der eigentliche Zweck der Pariausgabe ist.

WIENER BANKVEREIN Die Bank hat ihr Kapital um 20 Mill. auf 150 Mill. Kr. erhöht, indem sie ihren Aktionären 10,4 Mill. Kr. à 125 % zum Bezuge angeboten und die restlichen 9.6 Mill. Kr. an die Deutsche Bank begeben hat. Das Bezugsrecht ist von einem Teile der Aktionäre nicht ausgeübt worden, da die Kapitalserhöhung keinen guten Eindruck machte, so daß die Garantie-Banken Aktien übernehmen mußten. Der Kurs der alten Aktien ist im Zusammenhang hiermit im April stark zurückgegangen. Die letzten Dividenden der Bank haben 7½ und 8 % betragen.

NOBEL DYNAMITE TRUST CY. Der Trust, dessen Aktien auch in Deutschland stark verbreitet sind und in Berlin gehandelt werden, hat sein Kapital um 0.72 Mill. £ auf 4 Mill. £ erhöht. Die jungen Stammaktien — es existieren auch Vorzugsaktien — sind den Aktionären à 15 £ 5 sh pro Aktie von 10 £ (in Deutschland plus 3 % Stempel) angeboten worden. Die neuen Mittel dienen zur Erhöhung der Beteiligung des Trusts an den ihm angeschlossenen, juristisch selbständig gebliebenen Unternehmungen in aller Welt. Seit 10 Jahren verteilt der Trust regelmäßig 8 % Dividende und 2 % Bonus auf die Stammaktien und 5 % auf die Vorzugsaktien.

VERSCHIEDENE GRÜNDUNGEN Deutsche Werkstätten A.-G., Rähnitz-Hellerau. Kapital 1.76 Mill. M. Uebernimmt die Deutschen Werkstätten der Handwerkskunst G. m. b. H. in Rähnitz-Hellerau sowie die gleichnamige Komm.-Ges. in München. — Ruberoidwerke A.-G., Hamburg. Kapital 5.5 Mill. M. Uebernimmt die gleichnamige G. m. b. H. (Kapital 1 Mill. M.) mit Aktiven und Passiven. — H. Coupienne A.-G., Mülheim a. R. Umgründung der alten gleichnamigen Lederfabrik in eine Akt.-Ges. mit 2 Mill. M. Kapital und 0,2 Mill. M. Reservefonds.

VERSCHIEDENE KAPITALSERHÖHUNGEN Höchster Farbwerke. Erhöhen ihr Kapital um 14 Mill. M. (à 140 % an ein Konsortium begeben. 12 Mill. von diesem zu gleichem Kurse den Aktionären angeboten) auf 50 Mill. M. — Russische Bank für auswärtigen Handel. Bietet 10 Mill. Rbl. neue Aktien den Aktionären zum Bezuge an. Das Kapital erhöht sich auf 60 Mill. Rubel. — Rheinische Schuckert-Ges. Erhöht das Kapital von 8 auf 11 Mill. M. Die 3 Mill. M. jungen Aktien werden bis auf ca. ⅓ Mill. M. den Aktionären à 123 % angeboten. — Frankfurter Allg. Versich.-A.-G. Gibt 3 Milll. M. junge Aktien (mit 25 % eingezahlt) zum Zweck der Aufnahme der Deutschen Feuerversich.-Ges. (Berlin) und der „Neptun" Vers.-Ges. (Frankfurt) aus. Das Kapital erhöht sich dadurch auf 19 Mill. M. — Eisen- und Stahlwerk Hoesch. Erhöht ihr Kapital um 8 Mill. auf 28 Mill. M., zwecks Erwerbs der Gewerkschaft Eisenzecherzug. Die jungen Aktien werden teils zum Austausch gegen Kuxe verwandt, teils den Aktionären à 225 % angeboten, teils freihändig verwertet. — A.-G. für chemische Industrie, Gelsenkirchen-Schalke. 1 Mill. M. junge Aktien werden den Aktionären à 127 % angeboten. Kapital nunmehr 3½ Mill. M. — Ferner erhöhten ihr Kapital u. a.: Donnersmarckhütte. Allg. Lokal- und Straßenbahn, Dessauer Gas-

Digitized by Google

Gesellschaft, Ilse Bergbau-A.-G., Waggonfabrik Busch, Verein deutscher Oelfabriken, Deutsche Maschinenfabrik (Duisburg), Bruning & Sohn A.-G., Optische Anstalt Goerz, Aluminium-Industrie A.-G., Grube Luitpold A.-G., Dortmunder Union-Brauerei, Joh. C. Tecklenborg A.-G.

Literatur.

Jedes einzelne der hier aufgeführten Bücher kann durch die Sortiments-Abteilung des Bank Verlag bezogen werden.

Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz, gemeinverständlich erläutert von Landgerichtsdirektor Heinrich Rosenthal. 56. bis 67. Tausend. Graudenz 1914. Gustav Roethes Verlagsbuchhandlung. (Geb. 8.50 M.) — Die früheren Auflagen dieses populär gehaltenen Kommentars haben eine weite Verbreitung gefunden. Die Erläuterungen sind neu bearbeitet, die Entscheidungen des Reichsgerichts und der Oberlandesgerichte ausgiebig verwertet. Die Beispiele sind, wo irgend möglich, diesen Entscheidungen entnommen. Die äußere, sehr praktische Anordnung (Gesetzestext auf der rechten, Erläuterungen und Beispiele auf der linken Seite) ist beibehalten worden. Neu sind die kurzen Inhaltsangaben (Marginalien) am Rande des Gesetzestextes.

Jahresbericht des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften für Deutschland, e. V., für 1913. Berlin 1914. Verlag des Generalverbandes (368 Quartseiten). — Aus dem Inhalt: Die Entwicklung der Raiffeisen-Organisation (Einzelgenossenschaften, Verbandsbildungen, Organisation des Geldverkehrs, Organisation des Warenverkehrs). — Die Tätigkeit des Generalverbandes im Jahre 1913. — Ausführliche Statistik der Spar- und Darlehnskassenvereine und der Betriebsgenossenschaften für 1912.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie. Herausgegeben von Karl Diehl und Paul Mombert, Professoren der Nationalökonomie an der Universität Freiburg i. Br. Band IX: Freihandel und Schutzzoll. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag. Karlsruhe i. B. 1914. (Geb. 2.60 M.) — Aus dem Inhalt: Von dem Reichtum des Landes (J. B. v. Rohr). — Englands Treasure by Foreign Trade (Thomas Mun). — On Dicourses upon Trade 1691 (North). — Von dem Wesen der ökonomischen Produktion (Adam Müller). — Ueber die weltpolitische Bedeutung der Handelsfreiheit (Prince Smith).

Die Organisation des genossenschaftlichen Geldausgleichs. Ein Beitrag zur Zentralkassenfrage von Dr. iur. Martin Wuttig. Verlag Gustav Fischer. Jena 1914. (93 S.) — Aus dem Inhalt: Grundlagen und Erfordernisse des genossenschaftlichen Geldausgleichs. — Die Organisation der genossenschaftlichen Geldausgleichsstelle. — Die Geldausgleichsstellen der deutschen Genossenschaftsorganisation. — Die Leistungen der deutschen Geldausgleichsstellen.

Handbuch der industriellen Finanzierungen. Von S. Herzog, Ingenieur. Ratgeber für die Durchführung von Kapitalbeschaffungen und Finanzierungen von industriellen Unternehmungen. Mit 53 Formularen. Verlag Ferd. Enke, Stuttgart. (Geh. 13 M.; geb. 14.20 M.) — Auf Grund der Erfahrungen, die der Verfasser durch jahrelange Tätigkeit als Experte auf finanzindustriellem Gebiete im Verkehre mit Industriellen, Kapitalisten und Kapitalvermittlern gesammelt hat, ist das vorliegende „Handbuch der industriellen Finanzierungen" entstanden, das dem kapitalsuchenden Industriellen und Erfinder gleicherweise wie dem Kapitalisten Winke, Ratschläge und Belehrungen geben will.

Die Konjunktur-Periode 1907—1913. Von Arthur Feiler, Redakteur der Frankfurter Zeitung. Gustav Fischer. Jena 1914. (5 M.) — Aus dem Inhalt: Der Gang der wirtschaftlichen Krisen. — Der deutsche Wirtschaftsmensch und die Spekulation. — Die Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens. — Das Problem der ausreichen-

Digitized by Google

den Kapitalbildung. — Die Kraftprobe des deutschen Geldmarktes. — Das Emporwachsen zentraler Wirtschaftsmächte.

Kali-Handbuch 1913. Herausgegeben von der Kuxen-Abteilung der Mitteldeutschen Privatbank, Magdeburg. März 1914. — Aus dem Inhalt: Jahresbericht 1913. — Beschreibung der einzelnen Werke. — Niedrigste und höchste Kuxe der Jahre 1902 bis 1913.

Die Voraussetzungen eines deutschen Leuchtölmonopols. Von Dr. Erhard Schmidt. Verlagsbuchhandlung von Julius Springer, Berlin. (1 M.) — Die vorliegende Schrift bildet, obwohl eine in sich abgeschlossene Arbeit, die Ergänzung eines in Conrads Jahrbüchern erschienenen Aufsatzes über „Das Leuchtölmonopol des Deutschen Reiches".

Der Rheinisch-Westfälische Kuxenmarkt im Jahre 1913. Jahresbericht von Gebrüder Stern, Dortmund. (346 S.). — Das Buch enthält u. a. die auf Grund authentischen Materials zusammengestellten Berichte sämtlicher im Verkehr gewesener Unternehmungen der Kohlen-, Braunkohlen-, Kali- und Erzindustrie.

Bankpolitische Aufsätze. Von Dr. Karl Adler. Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1913. (1 M.) — Aus dem Inhalt: Zur Einführung des französischen Deckungsrechts bei der Tratte der einheitlichen Wechselordnung. — Wesen und Zukunft des Schecks.

Das Postscheckgesetz vom 26. März 1914. Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister von J. Weiland, Ober-Postinspektor im Reichs-Postamt. 1914. (1,50 M.) (Guttentag'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze, Bd. 113.) J. Guttentag, Berlin. — Außer einer genauen Wiedergabe des Gesetzestextes mit ausführlichen Erläuterungen enthält die Ausgabe eine Uebersicht über das Wesen und die Bedeutung des Ueberweisungs- und Scheckverkehrs, über die Geschichte, Einrichtung und Entwicklung des Deutschen Postscheckverkehrs usw.

Die deutsche Angestelltenversicherung. Gemeinverständlich dargestellt von Landesversicherungsassessor Seelmann. Verlag der modernen kaufmännischen Bibliothek G. m. b. H., Leipzig. (2,75 M.) — Das Buch gibt eine ausführliche Uebersicht über das gesamte Recht der Angestelltenversicherung und berücksichtigt auch die ergangenen Ausführungsbestimmungen.

Das Wechselstempelgesetz. Von Dr. Erich Greiff. Berlin 1914. Franz Vahlen. (3,50 M.) — Aus dem Inhalt: Wechselstempelgesetz. — Ausführungsbestimmungen. — Nachweisung der in den Anmerkungen angeführten Entscheidungen.

Anual Report on Reforms and Progress in Chosen (Korea). Keyr. Compiled by Government-General of Chosen. — Aus dem Inhalt: Finanzen. — Banken. — Maschinenindustrie. — Handel. — Ackerbau. — Handel und Industrie. — Forsten. — Minen.

* * *

Journal des Economistes (Guyot). April und Mai 1914. — Aus dem Inhalt: Les programmes économiques (Guyot); Crises monétaires mondiales (Wolff); L'Emprunt Turc (Guyot).

Koloniale Rundschau (Vohsen und Westermann). April und Mai 1914. — Aus dem Inhalt: Die Kolonialverhandlungen des Reichstags; Die Arbeiterfrage in Südafrika.

La Riforma Sociale (Einaudi). Mai 1914. — Aus dem Inhalt: Per una riforma nella tassazione dell' energia elettrica (Norsa); I Prezzi delle merci in Italia nel 1912 (Necco).

Der österreichische Volkswirt (Federn). 1914. Nr. 35/36. Die amerikanische Bankreform (Philippovich); Metallist und staatliche Geldtheorie (Bendixen und Federn).

Digitized by Google

Deutsche Reichsbank.

Wochen-Ausweise im Monat Mai (von 1910 bis 1914).

(Millionen Mark)

Aktiva | **Passiva**

	Metallbestand*)	Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel	Lombard	Effekten	Sonstige Aktiva	Grund-Kapital	Reserv.-Fonds	Umlauf. Noten	Täglich fällige Verbindlichkeiten	Sonstig. Passiva	Not.-Res.(+) bzw. steuerpflicht. Uml. (—) **)	Metalldeckung des Notenumlaufs %	Bankdisk. %
7. Mai															
1914	1655,9 (1326,8)	68,3	20,8	863,6	66,6	241,5	215,7	180,0	74,5	2006,5	837,3	34.2	+288,7	82,5	4½
1913	1263,7 (978,8)	19,5	23,2	1206,3	115,1	24,3	195,2	180,0	70,0	1975,2	577,8	44,2	—118,8	63,9	6
1912	1230,4 (890,9)	43,9	22,9	1078,2	78,2	3,4	144,4	180,0	66,9	1705,3	615,1	33,9	+141,8	72,1	5
1911	1139,3 (826,7)	64,0	21,6	962,9	66,7	2,5	181,9	180,0	64,8	1613,2	554,9	26,0	+161,7	70,6	4
1910	1087,0 (803,1)	66,8	20,0	944,7	77,5	80 2	153 3	180,0	64,8	1608,0	546,7	30,2	+ 38,7	67,5	4
15. Mai															
1914	1674,5 (1342,7)	71,3	30,0	828,8	59,5	259,4	218,0	180,0	74,5	1911,1	941,3	34,6	+414,7	87,6	4½
1913	1302 8 (1009,9)	21,7	31,0	1143,0	105 6	17,0	188,6	180,0	70,0	1849,7	665,1	44,8	+ 55,8	70,4	6
1912	1264,3 (919,0)	47,2	32,7	1021,4	78,9	3,4	160,4	180,0	66,9	1617,8	709,2	34,3	+276,3	78,1	5
1911	1180,4 (861,9)	66,0	31,5	923,0	67,0	2,2	186,1	180,0	64,8	1525,1	660,7	25,7	+302,9	77,4	4
1910	1110,8 (822,9)	68,2	24,2	931,6	62,5	79,3	133,9	180,0	64,8	1533,5	602,6	29,6	+142 5	72,4	4
23. Mai															
1914	1686,1 (1353,4)	74,2	37,7	793,0	56,0	257,2	223,0	180,0	74,5	1839,4	998,2	35,1	+508,6	91,6	4½
1913	1351,5 (1045,5)	25,9	36,3	1094,2	68,1	3,6	179 6	180,0	70,0	1758,4	704 6	46,0	+205,3	76,8	6
1912	1299,7 (946,4)	50,8	39,2	987,9	60,2	3,5	162,6	180,0	66,9	1561 0	761,1	35,0	+378,7	83,2	5
1911	1229,4 (901,4)	68,4	39,2	898,4	52,7	2,1	176,5	180,0	64,8	1464,0	731,5	26,3	+422,9	83,9	4
1910	1183,2 (881,4)	70,6	32,3	851,6	62,5	44,3	137,6	180,0	64,8	1449,7	657,2	30,3	+309,1	81,6	4
31. Mai															
1914	1635,1 (1313 2)	60,8	7,9	877,1	66,4	275,0	224,1	180,0	74,5	2013,9	842 3	35,8	+240,0	81,1	4½
1913	1318,1 (1021,9)	19,0	10,5	1154,0	106,0	16,3	194,8	180,0	70,0	1912,7	608,8	47,1	— 15,1	68 8	6
1912	1250,8 (902,1)	45,4	11,7	1060,9	99,6	2,3	168,8	180,0	66,9	1656,7	699,8	35.9	+201,2	75,5	5
1911	1177,9 (851,9	65,6	11,1	954,9	75,1	1,5	192,4	180,0	64,8	1557,7	648,8	27,1	+246,9	75,6	4
1910	1140,3 (837,4)	68,6	8 7	913,2	90.3	52,3	146,4	180,0	64,8	1536,5	607,8	30,6	+153,9	74,2	4

*) In Klammern der Goldbestand in Mill. M.

**) Das steuerfreie Notenkontingent beträgt seit 1. 1. 11 550 Mill. M. (früher 472,8 Mill. M.), am Quartals-Ultimo 750 Mill. M.

Digitized by Google

Die deutschen Notenbanken im Mai 1914.

Aktiva. (In 1000 Mark.) **Passiva.**

	Mai 1914	Metallbestand	Reichskassenscheine	Noten and. Banken	Wechsel	Lomb.	Effekten	Sonst. Aktiva	Grundkapital	Reserv.-Fonds	Umlaufende Noten	Täglich fällige Verbindl.	An Kündig.-Frist geb. Verbindl.	Sonst. Passiva	Notenreserve	Giro-Obligo
Reichsbank	7.	1 655 946	68 340	20 821	863 563	66 583	241 513	215 734	180 000	74 479	2 006 450	837 345	—	34 226	+ 288 657	—
	15.	1 674 471	71 320	29 981	828 750	59 510	259 371	218 007	180 000	74 479	1 911 096	941 280	—	34 555	+ 414 676	—
	23.	1 686 055	74 192	37 677	793 008	55 959	257 230	223 009	180 000	74 479	1 839 368	998 167	—	35 116	+ 508 556	—
	30.	1 635 143	60 786	7 909	877 097	66 355	275 028	224 132	180 000	74 479	2 013 864	842 340	—	35 767	+ 239 974	—
Bayerische Notenbank	7.	33 433	220	5 633	38 664	2 564	54	3 302	7 500	3 750	64 583	4 282	—	3 755	+ 6 703	678
	15.	34 114	288	3 588	38 663	2 552	55	3 448	7 500	3 750	63 908	3 935	—	3 615	+ 6 082	437
	23.	34 370	267	3 983	37 800	2 575	55	3 695	7 500	3 750	63 909	4 148	—	3 438	+ 6 611	717
	30.	33 344	99	3 582	38 795	2 618	55	3 854	7 500	3 750	64 264	3 266	—	3 567	+ 4 761	860
Sächsische Bank	7.	18 754	806	20 978	43 675	33 224	8 15	7 842	30 000	7 500	43 921	30 101	19 663	2 247	+ 13 388	15
	15.	18 302	810	23 196	43 910	31 118	8 158	10 086	30 000	7 500	45 979	28 888	20 966	2 247	+ 13 100	7
	23.	19 591	917	26 166	43 153	30 833	8 167	10 086	30 000	7 500	47 129	31 800	20 222	2 264	+ 16 316	10
	30.	16 991	458	7 630	47 641	30 609	8 190	10 203	30 000	7 500	38 848	24 729	18 384	2 261	+ 3 002	8
Württembergische Notenbank	7.	10 125	357	5 138	20 288	16 136	2 522	3 364	9 000	1 721	18 806	27 296	7	1 101	+ 6 814	795
	15.	10 440	381	3 317	20 504	16 835	2 522	2 110	9 000	1 721	19 880	24 344	7	1 158	+ 4 258	848
	23.	10 284	416	3 377	20 376	16 953	2 522	1 137	9 000	1 721	20 303	22 896	7	1 137	+ 3 774	740
	30.	8 753	243	1 335	18 913	16 914	2 522	1 320	9 000	1 721	17 257	20 862	7	1 153	+ 3 074	2 874
Badische Bank	7.	6 967	21	1 206	17 573	13 860	584	3 809	9 000	2 250	17 633	14 592	—	544	+ 561	213
	15.	8 021	17	2 385	16 781	13 253	1 631	5 269	9 000	2 250	20 379	15 163	—	564	+ 44	294
	23.	9 040	17	3 012	16 107	13 856	1 128	5 433	9 000	2 250	21 747	15 011	—	586	+ 322	258
	30.	5 654	7	371	15 984	13 997	1 103	3 342	9 000	2 250	14 617	13 984	—	607	+ 1 415	639
Sämtliche deutschen Notenbanken	7.	1 725 225	69 744	53 776	983 763	132 367	252 826	234 051	235 500	89 700	2 151 393	913 616	19 670	41 873	—	—
	15.	1 745 348	72 816	62 467	948 608	123 268	271 737	238 920	235 500	89 700	2 061 242	1 013 610	20 973	42 139	—	—
	23.	1 759 340	75 809	74 215	910 444	120 176	269 102	243 360	235 500	89 700	1 992 456	1 072 022	20 229	42 541	—	—
	30.	1 699 885	61 593	20 827	998 430	130 493	286 898	242 851	235 500	89 700	2 148 850	905 181	18 391	43 355	—	—

Digitized by Google

Bank von England.

Wochenausweise im Mai (von 1910—1914). (Mill. £.)

Ausweis-Tag	Metall-bestand	Regier.-Sicher-heiten	Andere Sicher-heiten	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Reserve absolut	Reserve i. % d. tägl. fäll. Verb.	Bank-diskont %
1914 Mai 6.	35,94	11,05	38,84	28,81	18,39	39,40	25,58	44 1/4	3
„ 14.	35,81	11,05	38,46	28,70	18,61	38,77	23,81	44 1/2	3
„ 20.	35,95	11,05	39,89	28,68	19,51	39,46	25,72	43 5/8	3
„ 27.	35,95	11,05	41,46	28,93	19,01	41,25	25,46	42 1/4	3
1913 Mai 7.	36,88	12,88	31,46	28,90	14,19	38,76	26,43	49 7/8	4 1/2
„ 14.	36,36	12,88	30,88	28,60	13,66	38,49	26,21	50 1/4	4 1/2
„ 21.	37,71	12,80	31,88	28,38	13,95	40,72	27,78	50 3/4	4 1/2
„ 28.	39,72	12,80	30,69	28,27	13,86	39,71	27,90	52	4 1/2
1912 Mai 1.	39,67	14,16	33,98	29,06	18,05	41,34	29,06	48 7/8	3 1/2
„ 8.	39,69	14,16	31,49	28,93	17,30	39,75	29,21	51 1/4	3 1/2
„ 15.	39,83	14,16	30,53	28,78	16,77	39,59	29,50	52 3/8	3
„ 22.	40,04	14,16	31,72	28,88	20,45	37,19	29,60	51 3/8	3
„ 29.	39,36	14,16	36,49	28,95	20,49	41,21	28,86	46 3/4	3
1911 Mai 3.	36,81	14,98	32,07	28,34	14,15	42,07	26,91	47 7/8	3
„ 10.	37 00	14,97	29,36	28,16	14,07	39,81	27,29	50 5/8	3
„ 17.	37,70	14,97	29,64	27,87	13,95	41,18	28,28	51 1/4	3
„ 24.	38,33	14,97	29,59	27,98	15,06	40,55	28,81	51 3/4	3
„ 31.	39,05	14,97	29,52	28,57	14,37	41 35	28,93	51 7/8	3
1910 Mai 4.	38,88	13,82	29,69	28,63	10,32	44,14	28,70	52 5/8	4
„ 11.	38,32	13,82	27,72	28,32	12,62	39,61	28,45	54 1/2	4
„ 18.	37,84	13,82	28,68	27,97	17,19	35,87	28,33	53 3/8	4
„ 25.	38,67	13,92	33,91	28,12	21,30	37,79	28,99	49	4

Bank von Frankreich.

Wochenausweise im Mai (von 1910—1914). (Mill. Frcs.)

Ausweis-Tag	Gold	Silber	Wechs.	Deb.*)	Umlauf. Noten	Depositen staatl.	Depositen priv.	Noten-deck. in %	Bank-diak. %	Geld-Prim. %
1914 Mai 7.	3660,8	634,6	1390,5	971,2	5895,3	126,8	688,5	72,8	3 1/2	—
„ 14.	3674,3	629,4	1435,0	948,2	5844,2	149,2	692,7	73,6	3 1/2	—
„ 22.	3700,0	633,5	1369,5	955,7	5792,0	165,3	728,8	74,8	3 1/2	—
„ 28.	3730,6	632,6	1496,0	936,8	5811,9	183,7	845,9	75,1	3 1/2	—
1913 Mai 2.	3243,9	597,5	1864,0	938,6	5748,6	251,5	591,0	66,9	4	—
„ 8.	3245,2	603,5	1676,2	961,9	5665,6	219,9	612,8	67,9	4	—
„ 15.	3254,4	600,9	1676,4	947,1	5613,8	243,9	615,5	68,7	4	—
„ 22.	3279,3	613,7	1623,4	936,7	5504,5	291,8	669,2	70,7	4	—
„ 29.	3300,4	616,4	1726,4	926,5	5513,2	313,7	827,0	71,0	4	—
1912 Mai 2.	3229,4	810,5	1352,6	867,5	5329,7	186,3	671,4	75,9	3 1/2	—
„ 9.	3232,7	813,9	1172,6	873,6	5257,5	184,1	630,0	76,9	3 1/2	—
„ 17.	3241,2	812,4	1097,3	859,8	5215,8	224,5	555,5	77,7	3 1/2	—
„ 23.	3258,3	814,0	1240,8	906,4	5161,0	250,7	916,3	78,9	3	—
„ 30.	3252,9	813,3	1379,2	852,7	5235,6	306,6	747,3	77,6	3	—
1911 Mai 4.	3230,1	843,8	1332,8	815,1	5350,2	103,6	649,5	76,1	3	—
„ 11.	3236,4	850,7	1019,4	814,5	5155,5	138,9	596,5	79,3	3	—
„ 18.	3240,9	854,1	1047,3	804,1	5101,8	190,3	613,3	80,3	3	—
„ 26.	3240,1	854,1	1030,8	803,4	5038,0	224,4	648,0	81,2	3	—
1910 Mai 6.	3411,7	878,5	938,6	720,7	5270,7	80,8	611,6	81,4	3	—
„ 12.	3408,4	874,7	917,8	719,0	5169,9	103,7	640,0	82,9	3	—
„ 19.	3413,2	879,8	924,0	708,6	5131,1	135,3	622,1	83,7	3	—
„ 26.	3416,0	884,4	875,5	704,0	5071,1	154,4	634,0	84,8	3	—

*) Dabei „ewiger Vorschuß an die Regierung", seit 1. 1. 1912 200 Mill. Fr., für 1910 bis 1911 180 Mill. Fr.

Digitized by Google

Bank von Italien.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914. (Mill. Lire.)

Ausweis-Tag	Goldbestand	Silber	Goldwechsel auf das Ausland[1]	Wechs., Vorsch. und Debit.[2]	Guthab. des Staates	Guthab. der Privat.	Notenumlauf	Durch Gold u. Silber nicht gedeckte Not.	Bankdiskont % [3]
1914 Jan. 10.	1107,5	94,6	86,1	844,4	74,3	195,5	1724,2	522,1	5½
„ 20.	1108,5	95,6	85,6	796,0	51,7	202,9	1679,2	475,1	5½
„ 31.	1108,4	95,6	85,7	795,1	117,0	197,8	1677,2	473,2	5½
Febr. 10.	1108,3	97,0	84,5	746,5	86,9	188,7	1632,4	417,1	5½
„ 20.	1108,3	98,7	85,1	719,5	117,4	205,0	1582,9	375,9	5½
„ 28.	1108,0	99,0	84,7	766,7	184,2	192,4	1613,6	406,6	5½
März 10.	1110,3	98,7	83,9	733,6	163,7	182,7	1580,3	371,3	5½
„ 20.	1110,1	99,8	84,0	716,6	185,1	184,4	1557,3	347,4	5½
„ 31.	1109,7	99,6	85,6	747,9	163,0	188,2	1614,0	404,7	5½
1913 Jan. 10.	1047,9	123,1	86,6	798,0	69,2	200,5	1665,5	494,5	6
„ 20.	1046,7	123,2	86,3	718,2	52,4	206,6	1635,3	465,4	6
„ 31.	1102,2	124,3	88,0	690,9	58,8	220,0	1639,2	412,7	6
Febr. 10.	1122,2	124,8	86,8	651,7	52,7	215,9	1623,9	376,9	6
„ 20.	1122,5	127,1	89,0	649,8	54,1	245,6	1582,9	333,3	6
„ 28.	1120,3	127,6	87,6	670,9	75.8	220,7	1609,7	361,8	6
März 10.	1127,9	127,2	85,5	658,6	58,2	200,1	1592,0	336,9	6
„ 20.	1128,7	128,4	84,4	635,7	61,7	215,4	1573,6	316,5	6
„ 31.	1133,8	126,3	79,6	665,4	48,5	238,2	1620,3	360,2	6

[1]) Ein Teil der Goldwechsel auf das Ausland erscheint nochmals in der Rubrik Wechsel und Darlehen. [2]) In den früheren Zusammenstellungen sind die Debitoren gesondert aufgeführt worden. [3]) Maximaldiskontsatz.

Schweizerische Nationalbank.

Wochenausweise von Januar bis März 1913—1914. (Mill. Frcs.)

Datum	Metallbestand		Wechsel	Darlehen	Korrespondent.*)	Kursfällige Verbindlichkeiten	Notenumlauf	nicht metallisch ged. Noten	Bankdiskont
	Gold	Silber							
1914 Jan. 7.	170,3	21,7	124,7	18,0	17,4	53,5	282,6	90,6	4½
„ 15.	170,8	22,9	105,4	18,9	22,8	55,7	269,6	75,9	4½
„ 23.	170,5	23,0	96,6	17,4	21,3	51,0	261,9	68,4	4
„ 31.	170,3	21,6	104,3	20,7	25,2	45,1	280,1	88,2	4
Febr. 7.	170,4	21,4	99,5	19,9	20,2	49,5	266,0	74,2	4
„ 14.	170,7	21,6	95,5	18,2	20,4	51,8	256,5	64,2	4
„ 23.	170,4	21,7	91,4	18,0	12,4	55,1	249,8	57,7	3½
„ 28.	170,0	19,7	93,4	18,5	17,5	36,6	270,4	80,7	3½
März 7.	169,3	19,3	87,8	19,0	19,2	45,2	260,5	71,9	3½
„ 14.	169,4	19,2	85,3	20,4	21,4	53,5	256,0	67,4	3½
„ 23.	170,3	19,3	84,6	20,0	15,6	52,2	253,2	63,6	3½
„ 31.	169,8	17.0	101,5	26,4	18,4	46,2	284,1	97,3	3½
1913 Jan. 7.	172,8	12,1	150,1	17,5	22,6	52,6	306,9	122,0	5
„ 15.	169,9	17,0	131,0	15,1	22,3	53,2	286,8	99,9	5
„ 23.	170,6	18,5	122,5	13,9	13,8	50,4	273,8	84,7	5
„ 31.	170,3	17,9	126,3	16,1	18,2	42,2	290,5	102,3	5
Febr. 7.	169,2	17,4	116,2	16,3	14,5	42.4	277,2	90,6	5
„ 15.	168,7	17,4	105,9	15,2	19,1	41,0	270,5	84,4	5
„ 23.	168,1	16.8	101,8	13,4	13,6	38,8	262,6	77,7	5
„ 28.	167,8	15,5	109,2	21,2	17,0	36,2	281,4	98,1	5
März 7.	167,8	15,1	107,3	14,8	18,4	40,6	270,5	87,6	5
„ 15.	170,4	15,3	97,6	15,0	22,0	42,0	265,6	79,9	5
„ 23.	170,0	15,1	94,6	16,2	16,4	33,4	266,2	81,1	5
„ 31.	173,0	14,5	112,7	18,7	18,6	36,1	290,3	102,8	5

*) Einschließlich Devisen.

Herausgeber: Alfred Lansburgh, Schlachtensee, für die Redaktion verantwortlich: Alfred Burgmann, Steglitz, Verlag des Bank Verlag, Alfred Lansburgh, Berlin.
Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1914 festzusetzende Dividende der **Reichsbankanteile** wird v
15. d. Mts. ab eine erste halbjährliche Abschlagszahlung von ein und dreiviertel Prozent o

M. 52,50 für jeden Anteil zu M. 3000 und
M. 17,50 für jeden Anteil zu M. 1000

gegen den Dividendenschein Nr. 10 bzw. Nr. 13 bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, den Reichsbankhauptstellen, Reichsbankstellen, sowie bei sämtlichen Reichsbanknebenstel mit Kasseneinrichtung erfolgen.

Berlin, den 5. Juni 1914.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Zeichnungs-Einladung.

4% Deutsche Schutzgebietsanleihe
für das Rechnungsjahr 1914
im Gesamtbetrage von 65 000 000 Mark
eingeteilt in Stücke von 5000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 100 M. mit Zinsgenuß vom 1. Juli 1914 ab.

Tilgung beginnend im Rechnungsjahre 1920 mit $^3/_5$% jährlich zuzüglich ersparter Zinsen durch Auslosung zum Nenn oder Ankauf, verstärkte Tilgung und Gesamtkündigung vom Rechnungsjahr 1929 ab zulässig.

Für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe haften die an der Anleihe beteiligten Schutzgebiete: **Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika als Gesamtschuldner und das Reich als Bürge.** Die Anleihe ist des nach § 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuches **reichsmündelsicher.**

Die Notiz der Anleihe an den Börsen von Berlin, Frankfurt a. M. und Hamburg wird veranlaßt werden.

Vorstehende **65 000 000 Mark 4% reichsmündelsichere Schutzgebietsanleih** legen wir unter folgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf.

1. Zeichnungen nehmen entgegen bis einschließlich **Dienstag, den 16. Juni 1914** in **Berlin** **Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank)**, die **Direction der Disconto-Gesellschaft**, die **Deutsche Bank**, das Bank **Mendelssohn & Co.**, die **Bank für Handel und Industrie**, die **Berliner Handels-Gesellschaft**, das Bankhaus **S. Bleichröd** das Bankhaus **Delbrück Schickler & Co.**, die **Dresdner Bank**, das Bankhaus **von der Heydt & Co.**; in **Bremen** die **Direct der Disconto-Gesellschaft**, die **Deutsche Bank Filiale Bremen**, die **Bremer Bank Filiale der Dresdner Bank**, in **Köln** Bankhaus **Sal. Oppenheim jr. & Cie.**, die **Deutsche Bank Filiale Köln**, die **Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellsch Köln A.-G.**, in **Dresden** die **Sächsische Bank zu Dresden**, die **Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Abteilung Dresden Deutsche Bank Filiale Dresden**, die **Dresdner Bank**; in **Frankfurt a. M.** die **Direction der Disconto-Gesellschaft**, die **Deuts Bank Filiale Frankfurt**, die **Dresdner Bank in Frankfurt a. M.**, die **Filiale der Bank für Handel und Industrie**, das Ba haus **Jacob S. H. Stern**; in **Hamburg** die **Norddeutsche Bank in Hamburg**, die **Deutsche Bank Filiale Hamburg**, die **Bank Handel und Industrie Filiale Hamburg**, das Bankhaus **L. Behrens & Söhne**, die **Dresdner Bank in Hamburg**, das Bank **M. M. Warburg & Co.**; in **Hannover** die **Bank für Handel und Industrie Filiale Hannover**, das Bankhaus **Hermann Bart** die **Dresdner Bank Filiale Hannover**, die **Hannoversche Bank**, das Bankhaus **Ephraim Meyer & Sohn**; in **Leipzig** die **A gemeine Deutsche Credit-Anstalt**, die **Deutsche Bank Filiale Leipzig**, die **Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden, Bank für Handel und Industrie Filiale Leipzig**, die **Dresdner Bank in Leipzig**; in **Mannheim** die **Süddeutsche Discon Gesellschaft A.-G.**, die **Rheinische Creditbank**, die **Badische Bank**, die **Bank für Handel und Industrie Filiale Mannhe** die **Dresdner Bank Filiale Mannheim**, die **Süddeutsche Bank Abteilung der Pfälzischen Bank**; in **München** die **Bayeris Hypotheken- und Wechsel-Bank**, die **Deutsche Bank Filiale München**, die **Bank für Handel und Industrie Filiale Münch** die **Dresdner Bank Filiale München**; in **Stuttgart** die **Stahl & Federer A.-G.**, die **Württembergische Vereinsbank**, die **Dresd Bank Filiale Stuttgart**, die **Württembergische Bankanstalt vormals Pflaum & Co.** auf Grund eines bei den Stellen erh lichen Zeichnungsscheins. Früherer Schluß der Zeichnung am letzten Zeichnungstag bleibt dem Ermessen einer j Stelle vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis beträgt **96,40%**, und zwar, falls die Abnahme im Juni erfolgt, abzüglich 4% S zinsen vom Abnahmetage bis zum 1. Juli 1914, und, falls die Abnahme im Juli erfolgt, zuzüglich 4% Stückzinsen 1. Juli 1914 bis zum Abnahmetage. Ein Schlußscheinstempel ist nicht zu entrichten.

3. Bei der Zeichnung ist auf Verlangen der Zeichnungsstelle eine Sicherheit von 5% des gezeichneten Betra in bar oder in solchen Wertpapieren zu hinterlegen, die die betreffende Stelle als zulässig erachtet.

4. Zeichnungen, die unter Uebernahme einer Sperrverpflichtung erfolgen, finden vorzugsweise Berücksichtig

5. Die Zuteilung unterliegt dem freien Ermessen einer jeden Zeichnungsstelle und erfolgt so bald als mög nach Schluß der Zeichnung durch schriftliche Benachrichtigung der Zeichner.

6. Es werden zunächst **Interimsscheine** ausgegeben, deren **Abnahme** gegen **Zahlung des Kaufpreises** in der **vom 22. Juni bis 4. Juli 1914 einschließlich** bei derjenigen Stelle, bei der die Anmeldung erfolgt ist, zu geschehen Die Interimsscheine werden baldmöglichst laut besonderer Bekanntmachung in die endgültigen Stücke kosten umgetauscht werden.

Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Hamburg, im Juni 1914.

Direction der Disconto-Gesellschaft. Deutsche Bank. Mendelssohn & Co. Bank für Handel und Industr Berliner Handels-Gesellschaft. S. Bleichröder. Delbrück Schickler & Co. Dresdner Bank. von der Heydt & Co. Sal. Oppenheim jr. & Cie. Jacob S. H. Stern. Norddeutsche Bank in Hambur L. Behrens & Söhne. M. M. Warburg & Co.

Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaft.

Die Generalversammlung beschloß für das Jahr 1913 die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von Die Einlösung der Dividendenscheine erfolgt: in Friedenshütte bei der Gesellschaftskasse, in Breslau bei der Bank Handel und Industrie, Filiale Breslau vormals Breslauer Diskontobank, bei dem Schlesischen Bankverein, in Berlin bei der Deutschen Bank, bei der Bank für Handel und Industrie, bei der Commerz- und Disconto-Bank, bei der Nationalba für Deutschland, bei den Herren Georg Fromberg & Co, bei Herrn S. L. Landsberger, in Frankfurt a. M. bei der Deutsch Bank, Filiale Frankfurt, bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie, in Hamburg bei der Commerz- und Disconto Bank, bei der Deutschen Bank, Filiale Hamburg, außerdem bei sämtlichen deutschen Filialen der obengenannten Institut

Friedenshütte, den 17. Mai 1914. **Der Vorstand.** Boecker. Nibdt.

Digitized by Google

6. Heft Juni 1914

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF ILLINOIS 6 JUL 1914

Die Bank

Monatshefte für Finanz- u. Bankwesen

Herausgeber: Alfred Lansburgh

BANK VERLAG
Berlin W., Mansteinstrasse 9

Die Hefte erscheinen Mitte jeden Monats. Preis des Einzelheftes 1,50 Mark, im Auslande 1,70 Mark. Quartal 4,00 Mark, im Auslande 4,50 Mark.

Digitized by Google

Halbjahrsbände

der Jahrgänge 1908 bis 1913 der „Bank" sind zum Preise von **8 M.** ungebunden, **9.50 M.** gebunden, noch in beschränkter Anzahl erhältlich.

BANK VERLAG
Berlin W., Mansteinstr. 9.

Inhalt.

	Seite
Der Zusammenschluß der Privatbankiers von Alfred Lansburgh	515
Sinn und Aussichten einer Europäisierung des chinesischen Geldwesens von Dr. Hermann Schwarzwald (Schluß)	529
Reform des schweizerischen Bankwesens	537
Tochtergesellschaften von Ludwig Eschwege	544
Der Mai 1914	552
Ausweise deutscher Depositenbanken per 30. April 1914	566
Mai-Ausweise europäischer Notenbanken	570
Gründungen und Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H.	576
Die deutschen Banken im Mai 1914	577
Die ausländischen Banken im I. Quartal 1914. VI. Italien. VII. Schweiz. VIII. Belgien und Luxemburg. IX. Holland. X. Spanien und Portugal. XI. Schweden, Norwegen, Dänemark. XII. Balkanstaaten. XIII. Japan. XIV. Verschiedene Länder	584
Umschau	601
Aus den Statistischen Aemtern	607
Emissionen und Zulassungen	611
Gründungen und Kapitalserhöhungen	614
Literatur	616
Deutsche Reichsbank	618
Die deutschen Notenbanken	619
Bank von England	620
Bank von Frankreich	620
Bank von Italien	621
Schweizerische Nationalbank	621

Einige mit „Minimax" gegen Feuer geschützte Bank-Institute:

Bank für Handel und Industrie-Berlin, Commerz- und Diskontobank-Berlin, Diskonto-Gesellschaft-Berlin, Dresdner Bank-Berlin, Delbrück Schickler & Co.-Berlin, S. Bleichröder-Berlin, Mendelssohn & Co.-Berlin, Mitteldeutsche Kreditbank-Berlin, A. Schaaffhausenscher Bankverein-Berlin, Schlesischer Bankverein-Breslau, Breslauer Diskonto-Bank-Breslau, Gebrüder Arnold-Dresden, Kgl. Württemberg. Hofbank-Stuttgart, Württembergische Landesbank, A.-G.-Stuttgart, Stahl & Federer, A.-G.-Stuttgart, Asow-Don-Bank-Petersburg, Internationale Handelsbank-Petersburg, Russische Bank für ausländischen Handel-Petersburg, Banque de Flandre-Brüssel, Société Belge de Banques-Brüssel, K. k. priv. allg. Verkehrsbank-Wien, Banco di Napoli-Napoli, Banco Alémon-Trasatlantico-Madrid, Banco de Espana-Barcelona.

Minimax Apparate-Bau Ges. m. b. H., Berlin W. 9, Linkstraße 17.

Digitized by Google

Dresdner Bank

Kapital Mk. 200000000 — Reservefonds Mk. 61000000

Niederlassungen:

Berlin – Dresden – London

Altenburg S.-A., Altona, Augsburg, Bautzen, Beuthen O.-S., Bremen, Breslau, Bückeburg, Bunzlau, Cannstatt, Cassel, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Görlitz, Göttingen, Greiz, Hamburg, Hannover, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Kattowitz, Königshütte O.-S., Leer, Leipzig, Liegnitz, Lübeck, Mannheim, Meißen, München, Nürnberg, Plauen i. V., Spandau, Stettin, Stuttgart, Tarnowitz, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.

Deutsche Orientbank Kapital M. 32 000 000

Berlin :: Hamburg :: Konstantinopel :: Adrianopel :: Aleppo :: Brussa :: Mersina Adana :: Alexandrien :: Kairo :: Mansourah :: Minieh :: Tantah :: Beni-Souef Damanhour :: Fayouni

---

Deutsch-Südamerikanische Bank Kapital M. 20 000 000

Berlin :: Hamburg :: Buenos-Aires :: Valparaiso :: Santiago (Chile) :: Rio de Janeiro Mexiko (Stadt) :: Torreon (Mexiko)

Deutsch-Westafrikanische Bank Kapital M. 1 000 000

Berlin :: Lome (Togo) :: Duala (Kamerun)

Digitized by Google

Berliner Handels-Gesellschaft

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Behren-Strasse 32-33 und Französische Strasse 42 **BERLIN W. 8** Behren-Strasse 32-33 und Französische Strasse 42

Errichtet 1856

Kommanditkapital M. 110 000 000. Reserven M. 34 500 000.

Stadtbüro mit Stahlkammer

Berlin W. 8, Charlotten-Strasse 33

Fernsprecher: Amt Centrum, Nr. 11 283 und 11 284

Ausführung aller Arten bankgeschäftlicher Aufträge

Nationalbank für Deutschland

Berlin W., Behrenstrasse 68—69

Aktienkapital und Reserven 106 Mill. Mark

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Noten- u. Geldsorten. Kontokorrent-, Scheck- und Depositenverkehr. Ausstellung von Schecks- und Kreditbriefen auf das In- und Ausland. Einlösung von Wechseldomizilen von Zins- und Gewinnanteilscheinen. Aufbewahrung von Wertpapieren mit gesetzlicher Haftung. Safes.

Die Nationalbank für Deutschland ist nebst ihren sämtlichen Depositenkassen amtliche Zahlstelle der Kgl. Ungarischen Postsparkasse in Budapest. Ein- und Auszahlungen für Rechnung der Scheckkontoinhaber der Kgl. Ungarischen Postsparkasse können bei der Nationalbank für Deutschland erfolgen.

Commerz- und Disconto-Bank

Hamburg Berlin

Leipzig Hannover Kiel Altona Altenburg S.-A.

Aktienkapital Mk. 85 000 000,—

Reservefonds Ende 1913 ca. Mk. 15 500 000,—

Telegramm-Adresse für sämtliche Niederlassungen: „Hanseatic"

London Agents: **London & Hanseatic Bank Ltd.**

Die Mitteldeutsche Creditbank

IN FRANKFURT A. M. UND BERLIN

Neue Mainzer Strasse 32 **Burgstrasse 24**

mit Filialen in Baden-Baden, Essen-Ruhr, Fürth i. B., Giessen, Hanau, Hannover, Mainz, München, Nürnberg, Wiesbaden

Aktienkapital und Reserven M. 69 000 000

Übernimmt Wertpapiere aller Art in Verwahrung und Verwaltung in **offenen Depots** und führt sämtliche bankgeschäftlichen Transaktionen prompt und kulant aus.

Wechselstuben und Depositenkassen:

FRANKFURT a. M.: Neue Mainzer Str. 32, Hanauerlandstr. 1, Adalbertstr. 7a u. b (Bockenheim), Schweizerstr. 31 (Sachsenhausen), Bergerstr. 124 b (Bornheim); ESSEN-RÜTTENSCHEID: Rüttenscheider Str. 85; FRIEDRICHSHAGEN b. B.: Friedrichstrasse 66; FRIEDENAU b. B.: Rheinstr. 4; FRIEDBERG i. H.: Kaiserstr. 70; HÖCHST a. M.: Kaiserstr. 2; MARBURG: Bahnhofstr. 9; OFFENBACH: Frankfurter Str. 55; UELZEN: Lüneburger Str. 6; WETZLAR: Hausergasse 12; BERLIN: Burgstr. 24 (Hauptdepositenkasse), Behrenstr. 4, am Belle-Alliance-Platz 17, Chausseestr. 3, Rossstr. 3, Potsdamer Str. 116, Tauentzienstr. 12, Ritterstr. 36, Alt-Moabit 10 b, Königstr. 51, Köpenicker Str. 45, Müllerstr. 181, Münzstr. 5, Motzstr. 44 (Prager Platz), Jerusalemerstr. 23; CHARLOTTENBURG: Berliner Str. 54; PANKOW: Breite Str. 39. — Agenturen in BUTZBACH und BÜDINGEN.

Digitized by Google

Interessengemeinschaft

Rheinische Creditbank
Mannheim.

Aktienkapital Mark 95 000 000,—
Reserven Mark 18 500 000,—

Zweiganstalten:

Baden-Baden, Bruchsal, Freiburg i. B., Furtwangen, Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Lahr i. B., Lörrach, Mülhausen i. E., Neunkirchen (Reg.-Bezirk Trier), Offenburg, Pforzheim, Pirmasens, Rastatt, Speyer a. Rh., Straßburg i. E., Triberg, Villingen, Weinheim a. d. B., Zell i. W., Zweibrücken.

Pfälzische Bank
Ludwigshafen a. Rh.

Aktienkapital Mark 50 000 000,—
Reserven Mark 10 000 000,—

Zweiganstalten:

Alzey, Bad Dürkheim, Bamberg, Bensheim, Donaueschingen, Frankenthal, Frankfurt a. M., Germersheim, Gernsheim, Groß-Gerau, Grünstadt, Haßloch (Pfalz), Homburg (Pfalz), Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Lambrecht, Lampertheim bei Worms, Landau (Pfalz), Landstuhl, Mannheim, München, Neustadt a. H., Nierstein, Nürnberg, Oppenheim, Osthofen bei Worms, Pirmasens, Speyer, St. Ingbert, Worms, Zweibrücken u. Süddeutsche Bank, Abt. d. Pfälz. Bank, Mannheim u. Worms.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
in Leipzig.

Aktienkapital: 110 Millionen Mark.
Konto Nr. 79 218 bei der Oesterr. Postsparkasse.

Reservefonds: ca. 46 Millionen Mark.
Konto Nr. 20 500 bei der Ungar. Postsparkasse.

Centrale:
Brühl 75/77 — Goethestraße 9 — Parkstraße 11.

Abtheilung Becker & Co.:
Hainstraße 2.

Zweiganstalten
in Dresden, Altenburg, Annaberg, Aue, Bautzen, Bernburg, Chemnitz, Freiberg, Gera, Glauchau, Gößnitz, Greiz, Grimma, Leopoldshall, Limbach, Markranstädt, Meerane, Meuselwitz, Niedersedlitz, Oschatz, Pirna, Potschappel, Riesa, Schleuditz, Schmölln, Siegmar, Wurzen, Zeitz, Zittau.

Vermittelung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.
Vermietung von Schrankfächern (Safes) auch für kürzere Zeit (Reisedauer usw.) in den

Stahlkammern:
Brühl 75/77, Goethestraße 9, Richard-Wagner-Straße 1, Hainstraße 2, Dresdner Straße 25.

MITTELDEUTSCHE PRIVAT-BANK A.-G.
Aktienkapital 60 000 000 Mk. — Reserven 8 400 000 Mk.
Magdeburg — Hamburg — Dresden — Leipzig.

Ausführung sämtlicher bankgeschäftlichen Transaktionen.

An- und Verkauf von Kuxen, Bohranteilen und Obligationen der Kali-, Kohlen- und Erzindustrie.

Kuxen-Abteilungen in Magdeburg, Chemnitz, Nordhausen, Halberstadt und Halle a. Saale.

Ständige Vertretung an den Essener und Düsseldorfer Börsen durch die Firma Randebrock & Wermstall, Essen-Ruhr.

Essener Credit-Anstalt, Essen-Ruhr.
Aktienkapital und Reserven Mk. 116 Millionen.
Zweigniederlassungen in Altenessen, Bocholt, Bochum, Borbeck, Bottrop, Dersten, Dortmund, Duisburg, Duisburg-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Hattingen, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim a. Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Wanne, Wesel, Witten.

Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Aachen.
Zweigniederlassungen in Köln, Bonn, Godesberg, Neuwied, Koblenz, Traben-Trarbach, Düsseldorf, Neuss, M.-Gladbach, Viersen, Remscheid, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Recklinghausen, Lippstadt, Gütersloh.
Depositenkassen in Kalk, Ratingen, Kreuznach, Malmedy und Erkelenz.
Aktienkapital . . . . . **95 000 000 Mk.** **Rücklagen** . . . . . **18 000 000 Mk.**
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Digitized by Google

A. Schaaffhausen'scher Bankverein

Gegründet 1848 **Köln • Berlin** **Gegründet 1848**

Aktienkapital M. 145 000 000,—.

Niederlassungen und Geschäftsstellen in:

Beuel	Duisburg	Emmerich	Kempen	Mülheim a. Rhein	Neuwied	Ruhrort
Bonn	Dülken	Godesberg	Krefeld	Neuß	Odenkirchen	Viersen
Cleve	Düsseldorf	Grevenbroich	Moers		Rheydt	Wesel

Wechselstuben und Depositenkassen in Berlin und Vororten:

Alt-Moabit 109	Gertraudtenstraße 20/21	Lützowstraße 34/36		Rosenthaler Straße 58
Brückenstraße 14	Kronenstraße 24	Prager Platz 4		Marschauer Straße 58
Französische Straße 55	Lindenstraße 3	Prinzenstraße 33		
Charlottenburg:	**Cöpenick:**	**Potsdam:**		**Schöneberg:**
Bismarckstraße 107	Schloßstraße 27	Nauenerstraße 27		Hauptstraße 5/6
Kurfürstendamm 217	**Oranienburg:**	**Schmargendorf:**		**Steglitz:**
Stuttgarter Platz 13	Bernauer Straße 30	Hundekehlestraße 2/4		Schloßstraße 23

Deutsch-Südamerikanische Bank A.-G.

Aktienkapital: Mark 20 000 000

Gegründet von **A. Schaaffhausen'scher Bankverein — Dresdner Bank — Nationalbank für Deutschland**

Deutsche Orient-Bank A.-G.

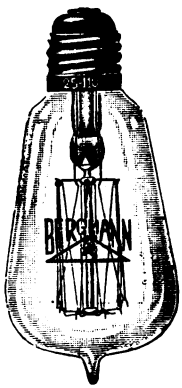
Kapital Mark 32 000 000

Gegründet von **A. Schaaffhausen'scher Bankverein — Dresdner Bank — Nationalbank für Deutschland**

Treuhand-Vereinigung A.-G.

Gegründet unter Mitwirkung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins und der Dresdner Bank

Berlin W., Behrenstrasse 14—16 **Nebenstelle Köln, Appellhof-Platz 1**



Die **Preise**

für die wirklich unverwüstlichen

Bergmann Metalldrahtlampen

sind bedeutend ermäßigt.

Bergmann Generalvertretung

EMG

Gesellschaft für elektrische Maschinen :: und Installationsbedarf m. b. H. ::

Berlin SW. 48

Friedrichstraße 22.

Fernsprecher Amt Moritzplatz Nr. 14 510—14 515.

Digitized by Google

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT.

Unsere Kuponkasse Berlin W. 8, Behrenstrasse 32—33, Eingang B, und Französische Strasse 42—44, Eingang A, ist Zahlstelle für die zahlbaren **Zins- und Gewinnanteil-Scheine** sowie für die **rückzahlbaren Stücke** folgender Effekten:

Aach. Rückv.-G., Akt. — Accumul.-F. A.-G., Akt., — Aktienbrau. Erlangen (s. H. Henninger Reifbräu). — A.-G. Brown Boveri & Cie., Akt. — A.-G. Charlottenhütte, Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Erwerb u. Verwertung v. Industrie- u. Hafengeländen, Schuldv. — A.-G. Finnländ. Stadt-Hypothekenkasse, 4½% Pfandbr. v. 1909, 1910 u. 1911. — A.-G. Franzburg. Kreisb., Akt. — A.-G. Franzburg. Südb., Akt. — A.-G. f. Gas u. Elektric., Cöln, Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Gas-, Wass.- u. Elektr. Anl., Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Glasind. vorm. Friedr. Siemens, Akt. u. Schuldv. — A.-G. Saatziger Kleinb., Akt. — A.-G. f. Stickstoffdünger, Akt. — A.-G. Thiederhall, Akt. u. Schuldv. — A.-G. f. Verkehrswesen, Akt. u. Schuldv. — A. E. G., Akt. u. Schuldv. — A. E. G. Schnellb., Akt. — Allg. Hypothekenk. d. Städte Schwedens (s. Stadt-Hypothekenk. d. Kgr. Schweden). — Allg. Lok.- u. Straßenb.-G., Akt. u. Schuldv. — Aluminium-Ind.-A.-G., Akt. — Azow-Don-Commerzbk., Akt.

Bad. Lok.-Eisenb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Bahnges. Waldhof, Akt. — Bahnh. Jungfernheide Bod.-A.-G., Akt. — Banca Commerciale Italiana, Akt. — Banca Marmorosch, Blank & Co., Akt. — Bk. f. Dt. Eisenbahnwerte, 4% Schuldv. — Bk. f. elektr. Unternehm., Akt. u. Schuldv. — Bque. Internat. de Bruxelles, Akt. — Bauges. Kaiser Wilhelm-Str., Akt. — Baumw.-Spinn. Erlangen, Akt. u. Schuldv. — Baumw.-Spinn. Unterhausen, Akt. u. Schuldv. — Bayer. Elektr.-Lief.-Ges., Schuldv. — Benrather Maschinenf. A.-G., Schuldv. — Bergb.- u. Schiff.-A.-G. Kannengießer, 4½% Schuldv. — Berg. Märk. Bk., Akt. — Bgw.-A.-G. Consolidation, Akt. — Bergwges. Hibernia, Akt. u. Schuldv. — Bln.-Anhalt. Masch.-Bau-A.-G., Akt. — Berlin-Charlottenbg. Straßenb., Akt. u. Schuldv. — Berl. E.-W., Akt., Vorz.-A. u. Schuldv. — Berl. Hdls.-G., Ant. — Berliner Masch.-Bau.-A.-G. vorm. L. Schwartzkopff, Akt. — Berl. Stadtanl. — Bierbrauerei Luther, Bukarest, 6% Schuldv. v. 1912. — Bismarckhütte, Akt. u. Schuldv. — Blechwalzwerk Schulz-Knaudt, A.-G., Akt. u. Schuldv. — Blohm & Voss, Kom. a. Akt., Akt. u. Vorz.-Akt. — Bochumer Verein f. Bergbau u. Gußstahl-Fabr., Akt. u. Schuldv. — Bosnisch-Hercegov. Eisenbahn-Landes-Anleihe von 1902. — Brandenburger 4% und 3½ % Provinzial-Pfandbriefe — Braunkohlen- und Briket-Industrie, Aktien und Schuldv. — Brauschweig. Eisenb., 4½% Prior.-Anleihe. — *Braunschweig-Hannov. Hypoth.-Bk., Akt. u. Pfandbr. — Braunschw. Landes-Eisenbahn, Akt. u. Schuldv. — Braunschw. Straßenb. (s. Straßen-Eisenb.-Ges. in Braunschw.). — Braunschw.-Schöninger Eisenb.-Ges., 4½% Schuldv. — Breitenburg. Portl.-Cement-Fabr., Akt. — Bremer 3½% Staats-Anl. v. 1893, 1898 u. 1905. — Bremer 4% Staatsanl. v. 1909. — Bremer Vulkan, Schiffsbau u. Maschinenfabr., Akt. — Breslauer elektr. Straßenb. (s. Elektr. Straßenb.). — Brohlth. Eisenb.-G., 4½% Schuldv. — Brown Boveri & Co. A.-G., Schuldv. — Bucarester 4½% Stadtanl. v. 1895 u. 1898. — Butzbach-Licher Eb. A.-G., Akt.

Capito & Klein A.-G., Akt. — Carlshütte A.-G. f. Eisenu. Maschinenb., Akt. — Cellulose-Fabr. Feldmühle (s. Feldmühle). — Central-A.-G. f. Tauerei u. Schleppschifff., 4½% Schuldv. — Charlottenburger 4% u. 3½% Stadt-Anl. — Charlottenhütte (s. A.-G. Charlottenhütte). — Chem. Fabr. Lindenhof C. Weyl & Co. A.-G., Akt. — Chicago, Burlington & Quincy, 4% Eisenb.-Oblig. — Chines. 5% Staats-Anl. v. 1896. — Chines. 4½% Staats-Anl. v. 1898. — Chines. 5% Hukuang Eisenb.-Anl. v. 1911. — Chines. 5% Reorg.-Anl. v. 1913. — Chines. 5% Tientsin-Puckow Eisenb.-Anl. — Chines. 5% Tientsin-Pukow Eisenb.-Erg.-Anl. — Christian. Straßenbahn, 4½% Teilschuldv. — Club v. Berlin, Grundschuldbr. — Cölner Stadtanl. — Colorado & South. Railw. Comp. I Vorz.-Akt., 4½% Refund. & Extens. redeem. Gold-Bds. u. Coup.-Bds. — Crefelder Eisenb.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Crefelder Stadtanl. v. 1907, Ausg. II. — Crefelder Straßenb. A.-G., Akt. u. Schuldv.

Dampfschifff.-Ges. d. Oesterr. Lloyd, Schuldv. — Danzig. Elektr. Straßenb. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Darmstädter 4% Stadtanl. v. 1909. — Dellarocca Chem. Fabr. A.-G., Akt. — Demminer Kleinb. A.-G., Akt. — Dtsch. Continental-Gas-Ges., Akt. u. Schuldv. — Dtsch. Grund-Credit-Bk., Gotha, Akt., Pfandbr. u. Präm.-Pfandbr. — Dtsch. Hypoth.-Bk. (A.-G.) Berlin, Akt. u. Pfandbr. — Dtsch. Hypoth.-Bk. Meiningen, Pfdbr. u. Pr.-Pfdbr. — Dtsch. Kolon.-Eisenb.-Bau- u. Betr.-G., Ant. — Dtsch. Maschinenf. A.-G. Duisb., Akt. — Dtsch Nation.-Bk., Kom.-Ges. a. A., Akt. — Dtsch. Niles-Werkz.-Masch.-Fab., Akt. — Dtsch. Ostafr.-Linie, Akt. u. Schuldv. — Dtsch. Pfdbr.-Anst., Posen, 4% Pfdbr. — Dtsch. Ton- u. Steinzeugw., A.-G., Akt. u. Schuldv. — Dtsch. Vereinsbk. Frankfurt a. M., Akt. — Dtsch. Anker, Pens.- u. Lebensvers.-A.-G., Akt. — Dtsch. Eisenhdl. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Atlant. Telegr.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Niederl. Telegr.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Südamerik. Telegr.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Deutsch-Uebersee. Elektr.-Ges. Akt. u. Schuldv. — Dortmunder 4% Stadt-Anl. v. 1908. — Düsseldorfer 4% Stadt-Anl. v. 1899 u. folgende.

Eidgenöss. 3½% u. 3% Anl. — Eidgen. 3% Eisenb.-Rente v. 1897. — Eisenb.-Ges. Greifswald-Grimmen, Akt. — Eisenb.-Ges. Mühlhausen-Ebeleben, Akt. — Eisenb.-Ges. Stralsund-Tribsees, Akt. — Eisenh. Silesia A.-G. Akt. u. Schuldv — Elektr.-A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co., Akt. u. Schuldv. — Elektr.-Lieferungs-Ges., Akt. u. Schuldv. — Elektr.-Werk Eisenach, Akt. u. Schuldv. — Elektr.-Werk Straßb. i. E., Akt. u. Schuldv. — Elektr.-Werk Südwest A.-G., 4% u. 4½% Schuldv. — Elektr.-Werk Westfalen, Akt. — Elektr. Hoch- u. Untergrundb. (s. Ges. f. el. Hoch- u. Untergrb.). — Elektr. Straßenb. Breslau, Akt. u. Schuldv. — Elektr. Straßenb. Valparaiso, A.-G., Akt. — Elektrochem. Werke G. m. b. H., Schuldv. — Elektro-Treuhand-A.-G., 4½% Schuldv. — Emscher Genoss., 4% Schuldv.

Färberei Glauchau A.-G., 4½% Schuldv. — Feldmühle, Papier- und Zellstoffw., Akt. u. Schuldv. — Felten & Guilleaume Carlswerk, Akt. u. Schuldv. — Ferrocarriles Nacionales de Mexico, 4% u. 4½% Gold-Bonds. — Finnländ. Stadt-Hyp.-K., 4½% Pfandbr. v. 1909, 1910 u. 1911. — Fischhaus. Kreisb. A.-G., Akt. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1899. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1901, Abt. II u. III. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1903 u. 1904. — Frankfurt a. M. 3½% Stadtanl. v. 1906. — Frankfurt a. M. 4% Stadtanl. v. 1906, Abt. III. — Frankfurt a. M. 4% Stadtanl. v. 1907. — Frankfurt a. M. 4% Stadtanl. v. 1908. — Frankfurt-Finkenheerder Braunk.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Freiburger 4% Stadtanl. v. 1900.

Gasanstalts-Betriebsges. m. b. H., 4½% Schuldv. — Gelsenkirchen 4% Stadtanl. v. 1907, Ausg. I. u. II. — Gelsenkirchen 4% Stadt-Anl. v. 1910, Ausg. I, II u. III. — Germania Schiffsbau, 4% Schuldv. — Ges. d. Metallf. B. Hantke, Akt. — Ges. f. elektr. Hoch- u. Untergrundb., Akt. u. Schuldv. — Ges. f. elektr. Unternehm., Akt. u. Schuldv. — Ges. f. Straßenb. im Saartal, Akt. — Gew. Courl, 5% Schuldv. — Gew. Fürst Leopold, 4½% Schuldv. — Gew. General Blumenthal, 4% Schuldv. — Gew. Günthershall, 5% Schuldv. — Gew. Kalibergwerk Wils, 5% Schuldv. — Gew. Schlägel u. Eisen, 4% Schuldv. — Gew. Schwarzburg zu Göllingen, 5% Schuldv. — Gew. Siebenplaneten, 4% Schuldv. — Gew. Victoria Lünen, 4½% Schuldv. — Glauchauer Stadtanl. — Görlitzer Kreisb. A.-G., Akt. — A. Goerz & Co., Ld., Akt. — Gothaer Pfandbriefe (s. Deutsch. Grund-Credit-B.). — Gotthardb., 3½% Oblig. v. 1895. — Greifenberg. Kleinb. A.-G., Akt. — Greifenhag. Kreisb., Akt. — Große Berliner Straßenb., Akt. und Schuldv. — Grundkredit-B. Königsb. i. Pr., Pfdbr. — Güstrower 3½% Stadtanl. v. 1895. — A. Gutmann, A.-G. f. Maschinenbau. Akt.

Haffuferbahn A.-G., Akt. — Halberstädter 3½% Stadtanl. v. 1897. — Halle-Hettstedter Eisenb., Akt. u. Schuldv — Halle 3½% Stadtanl. v. 1892. — Halle 4% Stadtanl. v. 1900 u. 1905. — Halle 3½% Stadtanl. v. 1900. — Hamb. 3½% Staatsanl. v. 1887, 1893, 1899 u. 1904. — Hamb. 3% Staatsanl. v. 1902. — Hamb 4% Staatsanl. v. 1907, 1908, 1909, 1911 u. 1913. — Hamb.-Amerik. Packetf.-A.-G., Akt., 4% Prior.-Anl. v. 1893 u. 4½% Prior.-Anl. v. 1908. — Handelsges. f. Grundbes., Akt. u. Schuldv. — Harpener Bergb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Hasper Eisen- u. Stahlw., Haspe, Akt. u. Schuldv. — H. Henninger-Reifbr. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Herne, Vereinig. v. Hibernia-Akt., Schuldv. — Hessische Landes-Hyp.-B., Pfandbr. u. Komm.-Schuldv. — Hess. 3% Staatsanl. v. 1905, Serie IX — Hess. 4% Staatsanl. v. 1906, Ser. X u. 1908, Ser. XI. — W. Hoettger Imprägnierw., A.-G., Akt. — Hofbierbr. Schöfferhof u. Frankf. Bürgerbr., A.-G., Akt., 6% Vorz.-Akt. u. Schuldv. — Hohenlohe-W., A.-G., Akt. — Hukuang Eisenb., 5% Anl. v. 1911. — Hypoth.-B. in Hamburg, Akt. u. Pfdbr.

Industrie f. Holzverw. A.-G., Akt. — Industriegel. Schöneb. A.-G., Akt. — Insterburger Kleinb. A.-G., Akt. — Italien. 3½% kons. Rente. — Italien. 3¾% kons. Rente v. 1906. — Italien. 3½% amort. innere Rente v. 1908. — Italien. 3% innere Staatsanl. v. 1910. — *Italien. amort. 5% Rente III. u. IV. Serie. — Italien. 3% staatsgarant. Eisenb.-Oblig., Serie A. B. C. D. E. (Adriat. Netz-Mittelmeernetz-Sicilian. Netz.) — Italien. Ges. d. Sardin. Secundärb. in Rom, Obl. I. u. II. Serie. — Italienische Ges. d. Sicilian. Eisenb., 4% steuerfr. Gold-Obl., Em. I. — *Italien. Südb. (Meridionalb.) Akt. u. Gen.-Sch. — Italien. Mittelmeer-Eisenb.-Ges., 4% steuerfr. Obl. — Italien. 3¾% steuerfr. Bodencr.-Pfandbr. d. Banca Nazionale nel Regno d'Italia.

Kaliwerke Krügershall, Akt. u. Schuldv. — Kamerun Eisenbahn-Gesellsch., Vorzugsant. Reihe A. — Kamerun Eisenbahn-Gesellsch., Stammanteile Reihe B. — Kenehe-Assouan, 3½% Eisenb.-Obl. — Kieler 3½% Stadtanl. von 1901. — Kleinb. A.-G. Bunzlau-Neudorf, Akt. — Kleinb. A.-G. Kiel-Schönberg, Akt. — Kleinb. A.-G. Küstrin-Kriescht, Akt. — Kleinb. A.-G. Marienwerder, Akt. — Kleinb. A.-G. Neustadt-Prüssau, Akt — Kleinb. A.-G. Putzig-Krockow Akt.

Digitized by Google

— Kleinb. A.-G. Virchow,-Dtsch.-Kroner Kreisgrenze, Akt. — Kleinb.-G. Anklam-Lassan, Akt. — Kleinb.-G. Greifswald-Wolgast, Akt. — Koehlmann, Akt. (s. Stärke-Zuckerf., A.-G.). — Kolberger Kleinb. A.-G., Akt. — Kölner Stadtanl. — Königsberger Lagerhaus A.-G., Akt. u. Schuldv. — Königsb. 3½% Stadtanl. v. 1895. — Königsb. Kleinb A.-G., Akt. — Kopenhagen er 3½% Stadtanl. v. 1886. — Gebr Körting, A.-G., Akt. u. Schuldv. — Kraftübertrag.-W Rheinfelden, Akt u. 4½% Schuldv. — Krefelder Eisenb.-Ges., Akt. u. Schuldv. — Krefelder 4% Stadtanl. v. 1907, Ausg. II. — Krefelder Straßenb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Kremmen-Neuruppin-Wittstocker Eisenb.-G., 3¾% Schuldv. — Fried. Krupp, A.-G., 4% Anl. — Kursk-Charkow-Azow, 4% Eisenb.-Prior.-Oblig. v. 1888. — Kursk-Kiew, 4% Eisenb.-Prior.-Oblig.

Lahmeyer Elektr.-G. (s. Elektr.-A.-G. vm. W. Lahmeyer & Co.). — Lancaster West Gold Mining Co., Ltd., 6% Debent. — Leipz. Bierbr. zu Reudnitz, Riebeck & Co., Vorz.-Akt. u. Akt. — Leipz. Elektr. Straßenb., Akt. u. Schuldv. — Leipz. 4% Stadtanl. v. 1908, Em. 1912 u. 1913. — Lemberg-Czernowitz-Jassy Eisenb.-G., Akt., Genuß-Akt. u. Oblig. — Lichtenb. 4% Stadtanl. v. 1910. — Liegnitz-Rawitsch. Eisenb.-G., A. u. Schuldv. — Lodz. 4% Fabr.-B.-Obl. — Herm. Löhnert A.-G., Akt. — Ludw. Loewe & Co., A.-G., Akt., 4½% u. 4% Schuldv. — Lübeck-Büchener Eisenb.-G., Akt u. Schuldv. — Lübecker 3% Staatsanl. v. 1895. — Lübecker 3½% Staatsanl. v. 1899. — Lübecker 4% Staatsanl. v. 1906, 1908 u. 1912. — Luxemburg. Prince Henri Eisenb. u. Erzgruben-Ges., Akt. u. Oblig. — Luzerner 3½% Stadt-Anl.

Magdeburger 3½% conv. Stadt-Anl. v. 1875 u. 1880. — Magdeburger 4% Stadt-Anl. v. 1913, Abt. I. — Magdeburger Straßen-Eisenb.-Ges. 4% Schuldv. — C. D. Magirus A.-G., Akt. — Mannesmannröhren-W., Akt. u. 4½% Schuldv. — Märk. Elektrizitätsw., A.-G., Schuldv. — Marokkan. 5% Staatsanl. v. 1910. — Maschinenb.-Anst. Humboldt, Akt. u. Schuldv. — Franz Méguin & Co., A.-G., Akt. — Meininger Hypoth.-B. (s. Dtsch. Hypoth.-B. Mein.). — Metallbank u. Metallurg. Ges., Akt. — Mexikan. Nation. Eisenb.-Anl., 4% u. 4½%. — Mitteld. Bodenkredit-Anst., Akt., Pfdbr. u. Grundrentenbr. — Mitteld. Privatb., Magdeburg, Akt. — Moselbahn A.-G., Akt. — Moskau-Jaroslaw-Archangel, 4% Eisenb.-Prior.-Obl. — Moskau-Kasan 4% Eisenb.-Prior.-Obl. — Moskau-Kasan 4½% Eisenb.-Prior.-Obl. v. 1909 u. 1911. — Moskau-Kiew-Woronesch 4% Eisenb.-Prior.-Obl. — Moskau-Kiew-Woronesch 4½% Eisenb.-Prior.-Obl. v. 1909 u. 1910. — Moskau-Smolensk 4% Eisenb.-Prior.-Oblig. — Moskau-Windau-Rybinsk 4% Eisenb.-Pr.-Oblig. — Münch. Stadtanl.

Nagykikinda-Arader Lokal-Eisenb. A.-G. 4% Prior.-Anl. — Naphta-Prod.-G Gbr. Nobel. Akt. u. Schuldv. — Naumb. Braunk. A.-G., Schuldv. — Neckarwerke, A.-G., Akt. — Neustadt-Gogolin. Eisenb.-Ges., Akt. — Niederösterr. Esc.-Ges., Akt. — Niederrh. Güter-Assec.-G., Akt. — Niederrh. Rückv.-Ges., Akt. — Nordd. Lloyd, Akt. u. Schuldv. — Nordh.-Wernigeröder Eisenb.-Ges., Akt. — Nordiska Aktiebk. för Handel och Ind., Helsingfors, Akt. — Nürnberg.-Stadt.-Anl.

Oberschl. Eisen-Ind., A.-G. f. Bergbau u. Hüttenbetr., Akt. u. Schuldv. — Oberschl. Koks-W. u. Chem. Fbr., A.-G., Akt. u. Schuldv. — Oelfabr. Großgerau, Akt. — Oest. 4% einh. Rente. — Oest. Alpine Mont.-G., Aktien. — Oesterr. Lok.-Eisenb.-G., 4% Gold-Prior.-Anl v. 1886. — Oest. Lok.-Eisenb.-G., 3% Prior.-Anl. v. 1894. — Oest.-Ung. B., 4% Pfdbr. — Oschersleben-Schöninger Eb.-G., Akt — Ostbank f. Handel u. Gewerbe, Akt. — Ostdtsche. Eisenb.-G, Akt. u. Schuldv. — Ottom. 4% Staats-Anl. v. 1903. — Ottom. 4% Zoll-Anl. v. 1911.

Panzer A.-G., Akt. — Papierf. Köslin. A.-G., Akt. u. 5% Schuldv. — Pillkaller Kleinb A.-G., Akt. — Julius Pintsch A.-G., Akt. u. Schuldv. — Planiaw. A.-G. f. Kohlenfabr., Akt. — Plauener Stadt.-Anl. — Podolische 4½% Eisenb.-Obl. v. 1911. — Pomona-Diamanten-Ges., Anteilscheine. — Pongs Spinnereien u. Webereien, A.-G., Akt. — Portug. unif. 3% äuß. Staats-Schuld, Serie I–III. — Posener 3½% Stadt-Anl. v. 1885. — Prager Eisenindustrie-Ges., Akt. — Preuß. Hypoth.-Akt.-Bk., Akt. u. Pfdbr. — Prince Henri-Eisenb.-Akt. u. Obl. (s. Luxemb. Pr.-H.-Eisenb. u. s. w.). — Princ. Estate u. Gold Mining Co., Lim., 6% Deb.

Randower Kleinb.-A.-G., Akt. — Ratzeburger Kleinb.-A.-G., A. — Regensburger Stadt-Anl. — Regenwalder Kleinb.-A.-G., Akt. — Reichelbräu, A.-G., Akt. — Rhein. Elektr.- u. Kleinb.-A.-G., Akt. — Rhein. Stahlw., Akt. u. Schuldv. — *Rheinpr.-Anl. — Rhenania, Ver. Emaillierw., Akt. und Schuldv. — A. Riebeck'sche Montanw. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Rinteln-Stadth. Eisenb.-G., Vz.- u. St.-A. — Rjäsan-Kozlow 4% Eisenb.-Prior.-Obl. — Rjäsan-Uralsk 4% Eisenb. Prior.-Obl. — Rombacher Hüttenw., Akt. u. Schuldv. — Rügensche Kleinb.-A.-G., Akt. — Ruppiner Eisenb.-A.-G., Akt. u. Schuldv. — Russ. A.-G. Zellstofffabrik Waldhof, 4½% u. 5% Anl. — Russ. Eisen-Ind. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Russ. Montanind. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Russ. 4% Goldanl. v. 1889. — Russ. 4% steuerfr. Staats-Anl. v. 1902. — Russ. 4½% steuerfr. Staats-Anl. v. 1905. — Russ. 5% steuerfr. Staats-Anl. v. 1906. — Russ. 4½% steuerfr. Staats-Anl. v. 1909. — Russ. Südostb., 4% Obl. v. 1897, 1898 u. 1901. — Rütgersw. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Rybinsk 4% Eisenb.-Prior.-Obl. — Rybnicker Steink.-Gew., 4½% Schuldv.

Sachs. Elektr. Lief.-G., 4½% Prior. Anl. — Sachs. Thüring. A.-G. f. Braunk.-Verw., Schuldv. — Sächs. Thüring. Portl. Cem.-Fab., Prüssing & Co., Akt. — Samlandb., A.-G., Akt. u. 4½% Schuldv. — Sarotti Chokol.- u. Cacao-Ind. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Schantung-Eisenb.-G., Akt. u. Genuß-Sch. — Aug. Scherl, G. m. b. H., 4½% Teilschuldv. — Aug. Scherl Deutsche Adressb.-Ges. m. b. H., 5% Teilschuldv. — Schles. A.-G. f. Bergb. u. Zinkhüttenbetr., St.-Akt. u. Prior.-Akt. — *Schles. Bodencr.-Akt.-Bk., Akt. u. Pfdbr. — Schles. Elektr. u. Gas-A.-G., Akt. u. 4½% Schuldv. — Schles. Handelsb. A.-G. Akt. — Schles. Kleinb. A.-G., Akt. u. Schuldv. — Schles. Koh. u. Cokes-W., Akt. — Schles. Bk.-V., Akt. — Schlesw-Holst. 4 Prov.-Anl. v. 1907. — Schöfferhof-Dreikönigshof (s. Hofbierb. Schöfferhof). — W. A. Scholten, Stärke- u. Syrup-F., Akt. — Schulz-Knaudt (s. Blechwalzw. Schulz-Knaudt). — Schwartzkopff, Maschinenf. (s. Berl. Maschinenb.-A.-G.) — Schweiz. Reichs-Hypoth.-Bk., 3½% Pfdbr. v. 1886. — Schwed. Städt. Hypoth.-Pfdbr. (s. Stadt-Hypoth.-K. d. Kgr. Schweden). — Schweiz. 3½% Bundesb.-Anl. — Schweiz. Bundesb.-Rente. — Schweiz. Centralb., Obl. — Schweiz. G. f. Metallw., Akt. u. Schuldv. — Schweiz. Nordostb., Oblig. — Serbische 2% Präm.-Anl. (v. 14. 1. bis 14. 2. j. Jahr.) — Serb. 4% amort. Anl. v. 1895. — Serb. 4½% amort. Anl. v. 1906. — Serb. 5% St.-Monop.-Anl. — Serb. 4½% Anl. v. 1909. — 5% Serb. Anl. v. 1913. — Siam. 4½% steuerfr. Sterl.-Anl. v. 1907. — Sicilian. Eisenb.-Obl. (s. Ital. G. der Sicil. Eisenb.). — Siemens Glasind. (s. A.-G. f. Glasind.) — Siemens & Halske A.-G., Akt. u. Schuldv. — Silesia A.-G. (s. Eisenh. Silesia A.-G.) — Sofianer 5% steuerfr. Stadt-Anl. v. 1906. — Solinger Kleinb. A.-G., 4½% Schuldv. — Southern Pac. C. S. Francisco Term. 4% Gold-Bds. — Spinn. u. Buntweb. Pfersee, Akt. u. Schuldv. — Spinn. u. Web. Erlangen (s. Baumw.-Spinn. Erlangen). — Spinn. u. Web., Ulm, Schuldv. — Stadt-Hyp. K. d. Kgr. Schweden, 4% Pfdbr. v. 1883, 1902, 1904, 1906. — Stärke-Zuckerfab. A.-G. v. C. A. Koehlmann & Co., Akt. — Stahlw. Julienhütte G. m. b. H., 5% Teilschuldv. — Stahlw. Rich. Lindenberg, A.-G., Akt. u. Schuldv. — Staßfurter Chem. Fabr. vorm. Vorster & Grüneberg, A.-G., Akt. — Steele Stadt-Anl. — Stein- u. Thon-Ind.-G., Brohlthal-Köln, Akt. u. 4½% Schuldv. — Stendaler 4% Stadt-Anl. v. 1908. — Stett. Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier, Akt. — Stett. Maschinenb. A.-G. „Vulcan", jetzt Vulcan-W. Hamburg u. Stettin. Stett. Stadt-Anl. — Stett. Strass.-Eisenb.-G., Akt., Vz.-A. u. Schuldv. — St. Louis Iron. Mount. & South.-Eisenb., 5% Gold-Bds. — St. Louis- u. S. Francisco-Eisenb., 4% Ref. Bds. — St. Louis- u. S. Francisco-Eisenb. 6% u. 5% Gen.-Mortg.-Bds. — St. Paul Minneap. & Manitoba Eisenb. 4½% cons. Prior.-Gold-Obl. — Stockholms Inteckning. Garanti A., 4% Pfdbr. v. 1886 u. 1887. — Gebr. Stollwerck A.-G., Vz.-Akt. — Stolpethalb. A.-G., Akt. — Straßburger Straßenb.-G., Akt. u. Schuldv. — Straßen-Eisenb.-G. i. Braunschweig, Akt. u. Schuldv. — Strausberg-Herzfelder Kleinb. A.-G., verl. Akt. u. Divid.-Sch. — Südd. Donau Dampfschiff.-G., 4% Schuldv. — Südostb. (Russische). 4% Obligat. v. 1897, 1898 u. 1901. — Sudenb. Masch.-Fab. u. Eisengießerei A.-G., Vorz.-Akt. u. Akt.

Telephon-F., A.-G., vorm. J. Berliner, Akt. u. Schuldv. — Temes Bega-Thal Wasserreg.-G., 4% Obl. — Thiederhall (s. A.-G. Thiederhall). — Thomson Houston-G., Akt. u. Oblig. — Tientsin-Pukow (s. Chin. 5% Tientsin-Pukow Anl.). — Tschöpelner Werke, A.-G., Akt. — Türk. 4% St.-Anl. v. 1903. — Türk. 4% Zoll-Anl. v. 1911.

Ung. Agr.- u. Rentenb., 4% Weing.-Obl. — Ung. Agr. u. Rentenb., 4½% Rentensch. — Ung. Agr.- u. Rentenb. 4½% Pfandbr. — Ung. Hypoth.-Bk. Budapest, Pfdbr. — Union-Bk. i. Wien, Akt.

Ver. Dt. Nickelw. A.-G. vorm. Westf. Nickelw., Fleitmann, Witte & Co., Akt. — Ver. Lausitz. Glasw., Akt. — Ver. vorm. Pongs'sche Spinn. (s. Pongs Spinn. u. Web.). — Ver. Westd. Kleinb., A.-G. 4½% Obl. — Vereinsbk. in Hambg., Akt. — Vesalia, Vers.-A.-G., Akt. — Viktoria Falls a. Transv. Pow. C. 5% Debent. — Vulcan-W. Hamb. u. Stett., A.-G., Akt. u. Schuldv.

Waggonf. Jos. Rathgeber A.-G., Akt. u. Schuldv. — Warschau-Wiener Eisenb.-G., Akt., Obl., Ser. I u. VII. — Warsteiner Gruben- u. Hüttenw., Akt. — Westdt. Bodenkr. Anst, Akt. u. Pfdbr. — Westdt. Eisenb.-G., Akt., Vz.-Akt. u. Schuldv. — Westf. Drahtind., Akt. u. Schuldv. — Westf. Berl. Vorortb., Akt. u. Schuldv. — Westl. Boden-A.-G. i. L. — Westsicilian. Eisenb.-G., Akt. u. Oblig. I. u. II. Em. — Wladikawkas 4% Eisenb.-Prior.-Oblig. v. 1895, 1897 u. 1898. — Wladikawkas 4½% Eisenb.-Prior.-Oblig. v. 1909, 1912 u. 1913. — Württemb. 4%, 3½% u. 3% Staats-Anl. — Württemb. Nebenb., Akt. u. Schuldv.

Zeitzer Paraffin- u. Solarölf., Schuldverschr. — Zellstoff-F. Waldhof, Tilsit, 4½% Schuldverschr. — Zellstoff Waldhof, Waldhof, Akt. u. Schuldverschr. — Zuckerf. Fröbeln A.-G., Akt. — Zuckerraff. Danzig, G. m. b. H. Schuldv. — Zuckerraff. Tangermünde Fr. Meyers Sohn A.-G. Akt. u. Schuldverschr. — Züricher 3½% u. 4% Stadt-Anl.

Bei den mit einem * versehenen Effekten sind wir nicht Zahlstelle für die verlosten Stücke.

Berlin, im Juni 1914.

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT.

Digitized by Google

Bekanntmachung.

Disconto-Gesellschaft — A. Schaaffhausen'scher Bankverein.

Die Generalversammlung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins vom 28. Mai 1914 hat beschlossen, das Vermögen des Bankvereins als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation an die Direction der Disconto-Gesellschaft gegen Gewährung von neuen Disconto-Kommanditanteilen und Einlösung der Gewinnanteilscheine des Bankvereins für 1914 mit 4% zu übertragen. Entsprechend hat die Generalversammlung der Disconto-Gesellschaft vom 29. Mai 1914 diesen Erwerb und die Erhöhung des Grundkapitals um nom. M. 75 000 000 durch Ausgabe von 62 500 Stück neuen, auf den Inhaber und über je M. 1200 lautenden Anteilen, die ab 1. Januar 1915 gewinnberechtigt sind, beschlossen.

Nachdem diese Beschlüsse und deren Durchführung in die Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir die Aktionäre des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins zur Einlieferung ihrer Aktien und zur Empfangnahme der darauf entfallenden Disconto-Kommanditanteile nach Maßgabe der folgenden Bedingungen auf.

1. Die Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins sind mit Gewinnanteilscheinen für 1914 ff. und Erneuerungsscheinen bei Vermeidung späterer Kraftloserklärung

bis zum 30. Juni 1914 einschließlich

in **Berlin** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft** (Emissionsstelle Behrenstr. 43/44) und **deren Depositenkassen** sowie ferner bei **deren Niederlassungen und Depositenkassen** in **Bremen, Essen (Ruhr), Frankfurt a. M., Mainz, Saarbrücken, Cüstrin, Frankfurt a. O., Höchst a. M., Bad Homburg v. d. H., Offenbach a. M., Potsdam, Wiesbaden,** in **Cöln** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.** und **dessen Depositenkassen** sowie ferner bei **dessen Niederlassungen und Depositenkassen** in **Berlin, Beuel, Bonn, Cleve, Cöpenick, Crefeld, Duisburg, Dülken, Düsseldorf, Emmerich, Godesberg, Grevenbroich, Kempen, Moers, Mülheim (Rhein), Neuss, Neuwied, Odenkirchen, Oranienburg, Potsdam, Rheydt, Ruhrort, Viersen, Wesel,** in **Aachen** bei der **Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G.,** in **Augsburg** bei der **Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,** in **Barmen** bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,** in **Breslau** bei dem **Schlesischen Bankverein,** bei der **Schlesischen Handelsbank A.-G.,** bei dem Bankhause **E. Heimann,** bei dem Bankhause **G. v. Pachaly's Enkel,** in **Cassel** bei dem Bankhause **L. Pfeiffer,** in **Coblenz** bei der **Mittelrheinischen Bank,** in **Cöln** bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.,** bei dem Bankhause **A. Levy,** in **Dresden** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden,** bei dem Bankhause **Philipp Elimeyer,** in **Duisburg** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. Filiale Duisburg,** bei der **Mittelrheinischen Bank,** bei der **Rheinischen Bank,** in **Elberfeld** bei dem Bankhause **von der Heydt-Kersten & Söhne,** in **Essen (Ruhr)** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Essen,** bei der **Rheinischen Bank,** in **Frankfurt a. M.** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft** sowie deren **Depositenkassen,** bei der **Deutschen Effecten- und Wechselbank,** in **Halle a. S.** bei dem **Halleschen Bank-Verein von Kulisch, Kaempf & Co.,** bei dem Bankhause **Reinhold Steckner,** in **Hamburg** bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg,** in **Hannover** bei der **Hannoverschen Bank,** bei dem Bankhause **Hermann Bartels,** bei dem Bankhause **Ephraim Meyer & Sohn,** bei dem Bankhause **A. Spiegelberg,** in **Karlsruhe i. B.** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,** bei dem Bankhause **Veit L. Homburger,** bei dem Bankhause **Straus & Co.,** in **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** und bei deren Abteilung **Becker & Co.,** in **Magdeburg** bei dem **Magdeburger Bank-Verein,** bei dem Bankhause **F. A. Neubauer,** in **Mannheim** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,** in **Meiningen** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.,** in **München** bei der **Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank,** bei der **Bayerischen Vereinsbank,** in **Nürnberg** bei der **Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,** in **Stuttgart** bei der **Stahl & Federer A.-G.,** bei der **Königlich Württembergischen Hofbank G. m. b. H.**

unter Beifügung eines einfachen Nummernverzeichnisses während der bei jeder Stelle üblichen Kassenstunden einzureichen.

2. Auf je nom. M. 2000 Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins werden nom. M. 1200 neue vollgezahlte Disconto-Kommanditanteile mit Gewinnanteilscheinen für 1915 ff. und Erneuerungsscheinen gewährt, ferner wird der Gewinnanteilschein des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins für 1914 mit 4% in bar eingelöst, d. h. mit M. 40 bei den Aktien Lit. A. und mit M. 18 bei den Aktien Lit. B.
3. Insoweit Beträge von weniger als M. 2000 Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins eingereicht werden, sind die Empfangsstellen bereit, den Zukauf fehlender und den Verkauf überschießender Aktien zu vermitteln. Auch wird sich die Disconto-Gesellschaft nach Möglichkeit bemühen, solchen Aktionären, die nur eine Aktie des Bankvereins über M. 1000 oder eine derartige Spitze besitzen, im Wege eines anderweit von ihr zu besorgenden Umtausches alte Kommanditanteile über nom. M. 600 mit Gewinnanteilscheinen für 1915 ff. und Erneuerungsscheinen zu gewähren. Insoweit hierdurch eine Regelung nicht erfolgen kann, müssen die eingereichten Aktien, die den Nennwert von M. 2000 nicht erreichen, zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt werden, andernfalls sie der Kraftloserklärung gemäß § 290 HGB. unterliegen. Aktien, die bis zum 30. Juni 1914 bei keiner der erwähnten Stellen zum Umtausch eingereicht worden sind, können nur noch **bis zum 15. September 1914 einschließlich bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin** gemäß vorstehenden Bestimmungen zum Umtausch eingereicht werden. Bis zu dieser Frist nicht eingereichte Aktien unterliegen der alsbaldigen Kraftloserklärung gemäß § 290 HGB. Die an Stelle der für kraftlos zu erklärenden Aktien tretenden neuen Disconto-Kommanditanteile werden bestmöglich verkauft und der Erlös den Beteiligten zur Verfügung gestellt werden.
4. Für die auf die eingereichten Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins entfallenden neuen Disconto-Kommanditanteile werden vorläufig Quittungen ausgegeben, gegen deren Rückgabe voraussichtlich in der ersten Hälfte des Monats Juli bei der Stelle, die die Quittungen ausgestellt hat, die neuen Disconto-Kommanditanteile gemäß noch zu erlassender Bekanntmachung erhoben werden können.

Berlin, im Juni 1914.

Direction der Disconto-Gesellschaft

Dr. Salomonsohn. Dr. Russell.

JULIUS PINTSCH AKTIENGESELLSCHAFT.

Bilanz vom 31. Dezember 1913.

Aktiva.			Passiva.
Grund und Geb.	6839433	Aktien-Kapital	18000000
Masch., Werkz. u. Utensilien	2686999	Reserve-Fonds	1800000
Pferde u. Wagen	2	Spezial-Reserve-Fonds	900000
Modelle	4	Teilschuld-Verschr.-K. I	6071000
Patente	4	Ausgelost., aber nicht eingel. Teilschuldv.	4000
Effekten und Stückzinsen	893792	Teilschuld-Verschr.-K. II	500000
Kassa	317734	Beamten-Unterstütz.	250000
Wechsel	205719	Arbeiter-Unterstütz.	250000
Aval-Konten	2298287	Talonsteuer-Reserve	1000000
Beteiligungen	3893957	Dividendenscheine	1460
Schuldner	7630547	Amortisations-Hypoth.: Andreasstraße 71/73	3072
Bankguthaben	651709	Aval-Konten	2208287
Vorräte	8394589	Gläubiger	2004528
		Reingew. 1913 M. 1512970	
		Gew.-V. a. 1912 „ 117462	1630432
	33812781		33812781

Gewinn- u. Verlust-Rechnung p. 31. Dez. 1913.

Soll.		Haben.	
Verwalt.- u. Handl.-Unk.	3297790	Fabrikat.-Gew.	7753611
Steuer	262153	Gewinn bei dem Verkauf eines Grundstückes	2500
Wohlfahrts-Ausgaben	259001		
Verlust auf Außenstände	26000	Mietseingänge	4305
Verlust auf Effekten	16808	Effektenzinsen	27743
Versicherungen	43281		
Disagio auf Teilschuldv.	6570	Gewinn bei Beteiligungen	339756
Teilschuldverschr.-Zins.	236560	Zinsen	129166
Abschreibungen	182 813		
Reparatur. u. Unterhalt.	738935		
Reingewinn	1512970		
	8279885		8279885

Die Gewinnanteilscheine per 1913 gelangen bei der **Kasse der Gesellschaft in Berlin,** der **Berliner Handels-Gesellschaft** in **Berlin,** der **Deutschen Bank** in **Berlin** mit **M. 80.—** pro Stück von morgen ab zur Auszahlung.

Berlin, den 28. Mai 1914.

JULIUS PINTSCH AKTIENGESELLSCHAFT. **Der Vorstand.**

Digitized by Google

Deutsch-Ueberseeische Elektricitäts-Gesellschaft, Berlin.

Aktiva. **Bilanz per 31. Dezember 1913.** **Passiva.**

Buenos Aires.					Aktien-Kapital		120 000 000 —
Elektrizitätswerke	114 829 705	99			Reservefonds	16 902 543	22
Leitungsnetz	53 200 990	03			Dispositions-Fonds . . .	15 173 453	99
Hausanschlüsse u. Steigeleitungen	6 666 954	46			Buenos Aires Kap.-Tilg.-Fds.	6 200 000	—
Zähler	4 993 302	14			Buenos Aires Erneuer.-Fds.	1 355 162	85
Werkzeuge und Utensilien . . .	1	—			Hydro-Elektrizitätswerk Santiago Abschreib.-Fds.	900 000	— 40 531 160 08
Transportmittel	1	—			Rückstellung f. Talon-Steuer		741 680 —
Mobiliar und Einrichtungen . .	1	—			Obligationen	110 000 000	—
In Ausführg. befindl. Installationen	151 857	32			abzügl. ausgelost. Obligat.	1 563 000	— 108 437 000 —
Kautionen	34 683	71			Rückstellung f. 3% Tilgungszuschlag auf im Jahre 1914 einzulös. ausgeloste Oblig.		24 945 —
Waren und Materialien	8 015 363	44			Diverse Kreditoren . . .		16 480 321 28
Diverse Debitoren	9 439 746	29			Kautionen		527 360 55
Aval-Debitoren	112 164	82			Rückständige Dividenden .	14 895	—
Kasse u. Bankguth. Buenos Aires	19 305	32			Fällige Obligations-Zinsen .	1 745 712	50
Erweiterungsbauten Buenos Aires	5 013 595	91	202 477 672	46	Rückständ. ausgeloste Oblig	23 175	— 1 783 782 50
Hydro-Elektrizitätswerk Santiago .	12 296 983	81			Aval-Kreditoren		112 164 72
„ Santiago, Erweit.-Bauten	2 900 842	36	15 197 826	17	Unterst.-K. f. Beamte u. Arb.		1 291 656 02
Beteiligungen.					Gew.- u. Verl.-K.: Reingewinn		14 728 037 59
£ 650000 Prefer. u. £ 404700 Ordin. Shar. d. Chilian Electric Tramway and Light Company Ltd. Santiago M. 50000 Aktien d. Elektr. Straßenbahn Valparaiso A.-G. Valparaiso $ Gold 1 688 500 Aktien d. „La Transatlántica" Compañia de Tranvias Eléctricos . . . Montevideo $ Gold 128600 Stammaktien u. $ Gold 189550 Vorz.-Akt. d. Comp. Argentina de Electricidad Buenos Aires $ Gold 835000 Aktien u. $ Gold 115500 6% Obligationen der Empresa de Luz y Fuerza . . Mendoza			24 655 676	06	Verteilung: 5% Divid. auf 120 Mill. Mark = M. 6 000 000.— Tantième des Aufsichtsrats = „ 541 935.49 6% Superdivid. auf 120 Mill. M. = „ 7 200 000.— Ueberweis. an d. Unterstütz.-Kasse für Beamte u. Arbeiter . = „ 400 000.— Vortrag auf neue Rechnung = „ 586 102.10 M. 14 728 037.59		
Vorschuß-Konten							
Chilian Electric Tramway and Light Company Ltd. (Santiago)	14 466 704	10					
Elektr. Straßenbahn Valparaiso Aktiengesellschaft (Valparaiso)	13 865 247	80					
„La Transatlántica" Compañia de Tranvias Eléctricos (Montevideo)	23 455 010	52					
Compañia Argentina de Electricidad (Buenos Aires)	2 240 251	89					
Empresa de Luz y Fuerza (Buenos-Aires-Mendoza)	7 297 744	70	61 324 959	01			
Kasse und Bankguthaben			1 001 974	82			
M.			304 653 108	52	M.		304 658 108 52

Soll. **Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1913.** **Haben.**

Handlungs-Unkosten Berlin . . .	668 366	47			Vortrag aus 1912		283 039 39
Steuern Berlin	915 158	08			Betriebs-Ueberschuß der Elektr.-Werke		25 188 038 62
Steuern und Abgaben Buenos Aires	2 271 851	17			Zinsen, Dividenden u. sonst. Einnahmen		5 885 842 42
Versicherungen Buenos Aires . .	201 646	37			M.		31 356 920 43
Obligations-Zinsen	5 077 963	92					
Pacht für Primitiva-Zentrale (Calle Sarmiento)	614 366	10	9 749 352	11			
Abschreibungen:							
Ueberweisung an d. Buenos Aires-Erneuerungs-Fonds	812 495	08					
Ueberweisung an d. Buenos Aires-Kapital-Tilgungs-Fonds . . .	1 500 000	—					
Ueberweis. an d. Disposit.-Fonds	3 000 000	—					
Abschreibung auf nicht an die Stadt Buenos Aires übergehende Anlagen	1 000 000	—					
Abschreib. auf Werkz. u. Utensilien	30 789	19					
Abschreib. auf Mobiliar u. Einricht.	31 301	46					
Abschreibungen auf das Hydro-Elektrizitätswerk Santiago . .	300 000	—	6 674 585	73			
Rückstellung für Talonsteuer . .	180 000	—					
Rückstellung für 3% Tilgungszuschlag auf im Jahre 1914 einzulösende ausgeloste Obligationen	24 945	—	204 945	—			
Saldo Reingewinn			14 728 037	59			
M.			31 356 920	43			

Deutsch-Ueberseeische Elektricitäts-Gesellschaft.
Heinemann. Müller. Prieger.

Vorstehende Bilanz sowie das Gewinn- u. Verlust-Konto haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern d. Deutsch-Ueberseeischen Elektricitäts-Gesellschaft übereinstimmend u. richtig befunden.

Berlin, den 15. Mai 1914.

Der Prüfungsausschuß des Aufsichtsrats.
Natalis. Schrimpff.

Wir haben die in Berlin geführten Bücher der Gesellschaft einer Prüfung unterzogen und bestätigen, daß sich aus denselben vorstehende Bilanz nebst Gewinn- u. Verlust-Konto ergibt. Die seitens der Zweigniederlassung in Buenos Aires eingesandte, von uns nicht geprüfte Bilanz ist in die hiesigen Bücher richtig übernommen.

Berlin, den 11. Mai 1914.

Th. Veyer. **Deutsche Treuhand-Gesellschaft.**
Bodinus. Horschig.

Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik Bernh. Stoewer, Aktiengesellschaft.

Auf Grund des von der Zulassungsstelle genehmigten, bei mir erhältlichen Prospektes sind

M. 500 000.— neue Aktien

der Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik Bernh. Stoewer, Aktiengesellschaft in Stettin

Stück 500, No. 2501—3000 über je M. 1000.—

zum Handel an der Berliner Börse zugelassen.

Berlin, im Mai 1914.

Abraham Schlesinger.

Digitized by Google

VICTORIA ZU BERLIN

Allgemeine Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Vermögen. **Vermögens-Ausweis Ende Dezember 1913.** **Verbindlichkeiten.**

	M.	pf		M.	pf
Bare Kasse	383 714	76	Aktien-Kapital	6 000 000	—
Wertpapiere	46 142 804	56	Reservefonds und Gewinnreserve	1 200 000	—
Hypotheken	833 292 614	11	Prämien-Reserven u. Ueberträge, Schad.-Res.	797 376 672	22
Grundbesitz der Gesellschaft	14 759 667	24	Gewinn-Reserven	145 230 491	90
Darlehen auf Policen	78 651 774	60	Sonstige und Extra-Reserven	22 211 215	39
Guthaben: bei den Vertretern	15 642 377	18	Guthaben von Versicher.-Ges. und Banken	545 088	40
bei Banken und Versicher.-Gesellschaften	9 115 556	74	Barkautionen und Spargelder	626 725	25
an Teilprämien fällig 1914	14 092 710	—	Unterstütz.-F. für Angestellte u. Hinterblieb.	7 602 782	30
an Hyp.- u. Wertp.-Zs. sow. Mieten, fäll. 1914	8 231 207	80	Ueberschuß des Gesamtgeschäfts	39 519 451	53
M.	1 020 312 426	99	M.	1 020 312 426	99

Es werden für das Rechnungsjahr 1913 an Dividenden für die mit Gewinn-Anteil Versicherten verteilt im ganzen **M. 38 256 235,75** und zwar:

a) **3** % der vom Versicherungs-Beginn an gezahlten **Gesamt-Prämien** (nicht nur der einzelnen Jahres-Prämie) **der Lebens-Versicherungs-Abteilung,** d. h. beginnend mit 10 % der Jahres-Prämie für den jüngsten Jahrgang, steigend bis zu **108** % der Jahres-Prämie für den ältesten Jahrgang 1878.

b) **10** % der Jahres-Prämie in der **Abteilung der Versicherungen auf den Erlebensfall** mit Gewinn-Beteiligung (Tarif L').

c) **25** % der Jahres-Prämie in der **Volks-Versicherungs-Abteilung,**

d) **40** % der Jahres-Prämie in der **Unfall-Versicherungs-Abteilung.**

Deutsche Lebensversicherungs-Bank Aktien-Gesellschaft in Berlin.

Bilanz vom 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	pf	Passiva.	M.	pf
Verpflichtungen der Aktionäre	2 250 000	—	Aktien-Kapital	3 000 000	—
Grundbesitz	1 593 500	—	Reservefonds (§ 37 Pr. V. G., § 262 H. G. B.)	249 183	36
Hypotheken	45 182 275	—	Prämienreserven	44 909 836	38
Wertpapiere	616 352	—	Prämienüberträge	2 400 522	30
Vorauszahlungen und Darlehen auf Versicherungsscheine	1 866 543	05	Reserven für schwebende Versicherungsfälle	115 813	55
Guthaben bei Bankhäusern und anderen Versicherungsunternehmungen	235 102	22	Gewinnreserven der mit Gewinnanteil Versicherten	2 313 324	80
Gestundete Prämien	1 358 637	25	Sonstige Reserven (Kriegsversicherung, Beamtenfonds, nicht abgehobene Gewinnanteile, Reserve, Sicherheitsfonds)	358 275	17
Rückständige Zinsen und Mieten	481 149	14	Guthaben anderer Versicherungsunternehm.	154 304	30
Ausstände bei Generalagenten bzw. Agenten	697 203	12	Barkautionen	7 000	—
Barer Kassenbestand	123 186	81	Sonstige Passiva	140 457	23
Inventar und Drucksachen	55 000	—	Gewinn	853 086	69
Sonstige Aktiva (Kontokorrent-Debitoren)	42 855	19			
	54 501 803	78		54 501 803	78

F. Butzke & Co.,

Aktiengesellschaft für Metall-Industrie, Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
Grdst.-u. Gebäud.-K.	1 350 000	Aktienkapital-Kto.	3 000 000
Masch. u. Werkz.-K.	363 000	Hypotheken-Konto	800 000
Akkum.-u. Lichtl.-K.	6 500	Reservefonds-Kto.	300 000
Modell-Konto	79 000	Dispositionsfds.-K.	40 000
Utensil.-Konto	52 000	Res. für Berufsgen.	7 000
Patent-Konto	8 000	Dividenden-Konto	420
Musterbücher-Kto.	5 000	Arb.-Unterst.-F.-K	34 309
Kassa-Konto	31 934	Beamt.-Unt.-Fd.-K.	55 600
Wechsel-Konto	38 089	Konto-Korr.-Konto	147 393
Effekten-Konto	170 658	Talonst.-Rückl.-Kto.	12 000
Konto-Korrent-Kto.	1 120 231	Gewinn- u. Verl.-K.	260 691
Waren-Konto	1 433 000	Verteilung:	
		Vtr. Tt. a. Vorst. usw.	16 607
		4% Div. a M. 3 000 000	120 000
		7½% Tt. a. Aufsichtsr.	6 361
		2½% Supd. a. 3 Mill. M.	75 000
		Ueberw. a. B.-U.-F.	3 000
		Rückst. für Talonst.	4 000
		Vortr. a. neue Rechn	35 722
	4 657 413		4 657 413

Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1913.

Debet.	M.	Kredit.	M.
Abschreibungen	117 829	Vortrag aus 1912	39 264
Handl.-Unk.-Konto	374 813	Hausertrags-Kto.	8 922
Steuern-Konto	23 647	Zinsen-Konto	5 905
Reparaturen-Kto.	40 455	Waren-Konto	833 366
Hypoth.-Zins.-Kto.	32 000		
Konto-Korr.-Konto	38 022		
Bilanz-Konto	260 691		
	887 458		887 458

Der Aufsichtsrat.
Königlicher Kommerzienrat **F. Butzke,** Vorsitzender.
Der Vorstand. **E. Bluhm.** **Haupt.**

Actiengesellschaft für Montanindustrie.

Bilanz per 31. März 1914.

Aktiva.	M.	pf
Kassa und Sorten	53958	90
Effekten-Bestände	2165421	54
Konsortial-Beteiligungen	808963	64
Konto-Korrent-Debitoren		
a) gedeckte M. 799179.60		
b) ungedeckte „ 390105.76	1189285	36
außerdem: Bürgschaftsdebitoren „ 100000.—		
Grundstück Wilhelmstraße 70b „ 700000.—		
„ Hypotheken „ 500000.—	200000	—
Immobilien-Konto mit Zubehör	116322	06
Mobiliar-Konto	1	—
Verlust	248411	68
	4782394	18

Passiva.	M.	pf
Aktien-Kapital-Konto	4250000	—
Obligationen-Konto M. 840000.—		
zurückgek. „ 457000.—	383000	—
Obligation.-Rückzahl.-Konto	44880	—
Obligat.-Zinsen-Konto	7040	—
Obligationen-Agio-Konto	7660	—
Konto-Korrent-Kreditoren	89814	18
außerd.: Bürgschaftsverpflichtg. M. 100000.—		
	4782394	18

Die am **1. Juli 1914** fälligen Zinsscheine unserer Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen werden bereits vom **15. d. M. ab** an **unserer Kasse** sowie an den früher bekanntgemachten Stellen eingelöst.

Berlin, den 3. Juni 1914.

Preußische Hypotheken-Actien-Bank.

Digitized by Google

Heldburg

Aktiengesellschaft für Bergbau, bergbauliche und andere industrielle Erzeugnisse.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	pf	M.	pf
Kuxenbesitz	26 553 206	97		
Zugang	104 120	15		
	26 657 327	12		
Abschreib. aus 1912	1 000 000.—			
Abschreib. aus 1913	832 556	73	24 824 770	39
Forderung an Gewerkschaft Rastenberg			1 602 230	12
Forderung an Gewerkschaft Frisch Glück			2 395 452	38
Saline Oelsburg G. m. b. H. Separat-Konto			150 000	00
Beteiligung an Saline Oelsburg G. m. b. H.			19 000	00
Inventar	21 400	00		
Zugang	8 019	12		
	29 419	12		
30 % Abschreibung	8 919	12	20 500	00
Kassenbestand			4 427	34
Debitoren			514 840	55
Kalisyndikat Depot u. Anteil-Kto. (Stammeinlagen für Frisch Glück und Salzungen beim Kalisyndikat in Liquidation 1904)			19 600	00
Aval-Debitoren	285 576	00		
			29 550 820	78

Passiva.	M.	pf	M.	pf
Aktienkapital			21 000 000	00
Reservefonds			159 547	71
5 % ige Teilschuldverschreibung.	7 000 000	00		
davon noch nicht begeben	2 500 000	00	4 500 000	00
Bankschulden			3 147 072	65
Kreditoren			391 258	18
Akzepte			168 801	91
Nicht erhob. Dividende aus 1911			4 800	00
Rückstellungen:				
Anleihezinsen für 2. Halbjahr 1913	112 500	00		
Vergüt. an den Aufsichtsrat	25 000	0		
Steuern	20 750	00	158 250	00
Talonsteuer-Reserve			21 000	00
Aval-Kreditoren	285 576	00		
			29 550 820	78

Hildesheim, den 24. Januar 1914.

Heldburg

Aktiengesellschaft für Bergbau, bergbauliche u. andere industrielle Erzeugnisse.

Der Vorstand: Baeumler.

Vorstehende Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung habe ich geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern der Gesellschaft übereinstimmend gefunden.

Hildesheim, den 7. Mai 1914. **J. Herrmann,** beeidigter Bücherrevisor.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	pf
Fabrik-Anlagen	425 000	—
Werkzeuge	1	—
Inventar	1	—
Patente	1	—
Modelle	1	—
Kraftwagen	1	—
Klischees	1	—
Zweigfabrik Ste. Croix	204 135	27
Kassa-Bestand	55 923	96
Wechsel-Bestand	844 466	13
Effekten	5 442 781	65
Bank-Guthaben	802 215	16
Debitoren	1 181 106	56
Beka-Rekord-Divid.-Kto.	75 000	—
Fonotipia-Divid.-Konto	350 594	50
Waren-Bestand	1 169 483	95
Kautionen	11 820	18
Interims-Konto	3 033	—
	10 565 566	36

Passiva.	M.	pf
Aktien-Kapital	5 000 000	—
Reservefonds	3 405 081	25
Delkrederefonds	230 000	—
Arbeiter-Unterstütz.-Fds.	42 666	68
Kreditoren	915 332	70
Zweigfabrik Ste. Croix	37 143	96
Gewinn- u. Verlust-Konto	935 341	77
	10 565 566	36

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.	M.	pf
Abschreibungen	169 836	61
Zweigfabrik Ste. Croix	30 207	74
General-Unkosten	1 166 664	71
Gewinn per 1913	509 747	27
„ aus Beka-Aktien	75 000	—
„ a. Fonotipia shares	350 594	50
	2 302 050	83

Kredit.	M.	pf
Gewinnvortrag aus 1912	38 718	04
Gewinn auf Waren	1 837 735	29
Beka-Dividende	75 000	—
Fonotipia-Div. u Bonus	350 591	50
	2 302 050	83

Die auf **15 % = M. 150.—** für die Aktien Nr. 1—3500 und auf **7½ % = M. 75.—** für die Aktien Nr. 3501—5000 festgesetzte Dividende gelangt pro Dividendenschein 1913 außer bei **unserer Gesellschaftskasse,** bei dem Bankhause **J. Loewenherz,** bei der **Bank für Handel und Industrie** und der **Nationalbank für Deutschland,** hier, zur Auszahlung.

Berlin, den 12. Mai 1914.

Carl Lindström Aktiengesellschaft

Der Vorstand:

Straus. Heinemann.

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.			Passiva.		
Grundst.- und Gebäude-Konto	3 510 570	—	Aktien-Kapital-Konto	2 000 000	—
Pferde-Konto	750 000	—	Reservefonds-Konto	200 000	—
Rollwagen, Pläne, Geschirre u. Stallutensilien	1	—	Talonsteuer-Reserve-Konto	10 000	—
Patent-Möbelwagen	1	—	Hypotheken-Konto	1 859 100	—
Güterschuppen-Konto	1	—	Kreditoren inkl. Filialen	282 425	81
Inventarien-Konto	1	—	Aval-Konto	285 030	—
Formular-Konto	1	—	Dividenden-Konto	100	—
Kautions-Konto	287 432	25	Gewinn M. 380 734,32		
Konto für Beteiligungen	89 000	—	Abschreibungen „ 121 135,17	259 599	15
Hypotheken-Amortisations-Konto	130 054	49	M.	4 896 254	96
Hypotheken-Konto	45 000	—			
Debitoren inkl. Filialen	353 099	35			
Bankguthaben	274 061	—			
Wechsel- u. Kassa-Konto	121 366	83			
Lager-Konto	5 115	34			
Fourage-Konto	5 071	50			
Assekuranz-Konto	479	20			
M.	4 896 254	96			

Die auf 10 % festgesetzte Dividende gelangt vom 25. d. M. ab gegen Dividendenschein Nr. 28 bei den Herren **Georg Fromberg & Co.** zu Berlin sowie an unserer Gesellschaftskasse zur Auszahlung.

Berliner Speditions- u. Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft (vormals Bartz & Co)

Berlin, den 23. Mai 1914. **Der Vorstand.**

Digitized by Google

Bergmann-Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft, Berlin N. 65.

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	pf	Passiva.	M.	pf
Grundstück-Konto	3 937 099	48	Aktien-Kapital-Konto	52 000 000	—
Gebäude-Konto	11 471 869	67	Reservefonds-Konto	17 639 937	01
Neubau-Konto Berlin	11 103	96	Spezial-Reservefonds-Konto	100 000	—
Maschinen-Konto	6 998 971	68	Hypotheken-Konto	2 057 178	
Werkzeug-Konto	1 275 932	78	Obligations-Konto	20 000 000	—
Utensilien-Konto	1 253 833	89	Obligations-Zinsen-Konto	113 557	50
Modell- und Konstruktions Konto	2	—	Dividenden-Konto	2 625	—
Mobilien-Konto	2	—	Kreditoren-Konto	9 558 978	23
Laboratorium-Konto	2	—	Rückstellungs-Konto (Diverse)	837 260	38
Patent-Konto	2	—	Rückstellungs-Konto für Aktien-Stempel	191 250	—
Fehlende Einzahlung auf Aktien-Kapital	4 250 000	—	Talonsteuer-Reserve Konto	50 000	—
Banken-Konto	6 459 061	37	Gewinn- und Verlust-Konto	3 178 618	83
Debitoren-Konto	36 693 540	87	Hiervon:		
Lieferungs-Kautionen-Konto	92 592	22	Talonsteuer-Reserve M. 60 000,—		
Kautions-Konto	79 931	94	Wehrsteuer-Reserve „ 85 000,—		
Kassa-Konto	41 617	38	Res. f. etwaige Ausf. a. Kto.-Korr. „ 210 000,—		
Wechsel-Konto	13 989	47	4 % Dividende auf M. 47 750 000 „ 1 910 000,—		
Effekten-Konto	1 898 278	—	10 % Tantieme an den Vorstand „ 59 048,80		
Beteiligungs-Konto	5 135 730	37	8 % „ an den Aufsichtsrat „ 47 235,03		
Waren-Konto	24 329 237	65	1 % Superdivid. auf M. 47 750 000 „ 477 500,—		
			Vortrag auf neue Rechnung „ 329 840,—		
			M. 3 178 618,83		
	103 942 798	73		103 942 798	73

Soll. Gewinn- und Verlustkonto. Haben.

	M.	pf		M.	pf
General-Unkosten	5 145 487	29	Vortrag aus 1912	323 180	79
Abschreibungen	3 596 259	57	Geschäftsgewinn nach Abzug der Fabrikationskosten	11 597 184	90
Reingewinn	3 178 618	83			
M.	11 920 365	69	M.	11 920 365	69

Wir haben vorstehende Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1913 einer eingehenden Prüfung unterzogen und bestätigen deren Uebereinstimmung mit den von uns ebenfalls geprüften ordnungsmäßig geführten Büchern der Gesellschaft.

Deutsche Treuhand-Gesellschaft.

Berlin, den 17. April 1914. **Bodinus.** ppa. **Heiser.**

Die von der Generalversammlung festgesetzte Dividende von 5 % auf die Aktien Nr. 1–43 500 gelangt von heute ab mit M 50,— pro Aktie an unserer Gesellschaftskasse sowie an folgenden Stellen zur Auszahlung:
in **Berlin** bei der **Deutschen Bank,** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft,** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein:**
„ **Dresden** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Abteilung Dresden,** bei der **Deutschen Bank, Filiale Dresden:**
„ **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Bank, Filiale Frankfurt,** bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft:**
„ **Cöln a. Rh.** bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein;** in **München** bei der **Deutschen Bank, Filiale München:**
„ **Hannover** bei dem Bankhause **Bernhard Caspar.**

Berlin, den 19. Mai 1914. **Bergmann-Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft.**

General Mining and Finance Corporation Ld.

Aktiva. Bilanz per 31. Dezember 1913. Passiva.

	£	sh.	d.	£	sh.	d.
Fonds u. Akt. (z. Kostenpreis oder darunter) v. Gesellsch. u. d. Leit. d. Corporation £ 1 246 781 2 6						
von anderen Gesellsch. „ 225 268 9 0	1 472 049	11	6			
Oblig. v. Aktiengesellsch. etc.	349 019	9	6	1 821 069	1	0
Anmerkung: Die obigen Aktiva weisen, umgerechnet zu den Börsenpreisen vom 31. Dezember 1913, soweit solche notiert sind, respektive unter Zugrundelegung der von den Direktoren vorgenommenen Bewertung bei denjenigen Effekten, für die Kursnotizen nicht existieren, einen Minderwert von £ 833 236 10 sh. 6 d. auf.						
Minenbesitz, Claims, Grund- u. Hausbesitz in Johannesburg u. andere Aktiva				261 070	19	1
Bureau-Einrichtungen				0	6	0
Vorschüsse geg. Sicherheiten (einschl. hereingenommener Effekten)				39 441	2	11
Diverse Debitoren (einschl. Vorschüsse an Minen- und andere Gesellschaften				602 884	0	10
Debitoren für verkaufte, noch nicht abgelieferte Effekten				1 858	1	3
Bankguthaben u. Kassenbestand				172 346	14	7
Saldo d. Gewinn- u. Verlust-Kontos				43 416	11	4
				2 942 086	17	0

	£	sh.	d.	£	sh.	d.
Kapital (autorisiert u. ausgegeben)						
1 874 000 Aktien à £ 1	1 874 000	0	0			
1 000 Gründeraktien à £ 1	1 000	0	0	1 875 000	0	0
Depositen				217 180	0	3
Tratten				1 394	19	8
Kreditoren (für gekaufte, noch nicht bezogene Effekten)				12 512	10	6
Diverse Kreditoren				765 786	15	3
Nicht abgehobene Dividenden				212	11	4
Hausbesitz-Reserve-Konto — lt. Bilanz p. 31. Dezemb. 1912	40 000	0	0			
weitere Reservestellung lt. Gewinn- u. Verlust-Kto.	30 000	0	0	70 000	0	0
Schwebende Verbindlichkeiten für nicht eingeforderte Einzahlungen auf Aktien und Investierungen	47 512	10	0			
				2 942 086	17	0

Debet. Gewinn- und Verlustkonto. Kredit.

	£	sh.	d.		£	sh.	d.
Verwaltungsspes. in Johannesburg, London, Berlin und Paris (einschl. Gebühren der leitenden Direktoren, Gehälter d. Beamt. u. Ingenieure, Mieten, Schreibmaterialien, Drucksachen, Insertionskosten, Reisespes., Kabelspes. u. allgemeine Ausgab.) abzgl. d. von anderen Gesellsch. erhalt. Beträge	17 936	1	1	Saldovortrag v. 31. Dezember 1912	5 953	14	9
Gebühren d. Direktoren	2 177	15	7	Gewinn a. realisierte Fonds, Aktien etc.	7 305	9	11
Verlust a. Unternehm., abzl. erzielt. Gewinne	59 140	4	1	Diverse Einnahmen an Dividenden, Zinsen, Transfer-Gebühren, Kommissionen, Hausmieten etc.	52 587	13	1
Abschreib. auf Bureau-Einrichtungen etc.	9	8	4	Saldo, a. Bilanz übertragen	43 416	11	4
Hausbesitz-Reserve-Kto. — weitere Reserve	30 000	0	0		109 263	9	1
	109 263	9	1				

gez.: **H. W. Dalton,** Sekretär. gez.: **George Albu,** Vorsitzender. **George Nathan,** Direktor.

Digitized by Google

Hackethal - Draht- und Kabel - Werke Aktiengesellschaft.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 29. Mai 1914 ist die Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft auf nom. M. 5 600 000 durch Ausgabe von 1350 auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000, welche für das Geschäftsjahr 1914 zur Hälfte dividendenberechtigt sind, beschlossen worden. Die neuen Aktien sind von einem Bankenkonsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, den Aktionären der Gesellschaft ein Angebot zu machen derart, daß mit einer Frist von mindestens 2 Wochen auf je nom. M. 4000 alte Aktien eine junge Aktie von nom. M. 1000 bezogen werden kann. Nachdem der Erhöhungsbeschluß und gleichzeitig die erfolgte Durchführung am 6. Juni 1914. in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir die Aktionäre auf, das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Anmeldung zur Ausübung des Bezugsrechtes hat bei Vermeidung des Ausschlusses vom **11. bis 26. Juni 1914** einschließlich bei der **Commerz- und Disconto-Bank** in **Berlin, Hamburg** und **Hannover** oder bei dem Bankhause **Ephraim Meyer & Sohn** in **Hannover** innerhalb der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen.
2. Bei der Anmeldung sind die alten Aktien, auf welche das Bezugsrecht geltend gemacht werden soll, ohne Dividendenbogen, unter Beifügung von zwei gleichlautenden, mit arithmetisch geordnetem Nummernverzeichnis versehenen Anmeldescheinen zur Abstempelung einzureichen. Entsprechende Formulare sind bei den oben erwähnten Stellen kostenfrei erhältlich. Die alten Aktien werden abgestempelt zurückgegeben.
3. Der Bezugspreis von 148% sowie der Schlußscheinstempel sind bei der Anmeldung in bar zu entrichten.
4. Beträge von weniger als nom. M. 4000 bleiben unberücksichtigt, jedoch ist jede Bezugsstelle bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechten zu vermitteln. Die Aushändigung der bezogenen neuen Aktien erfolgt nach Ablauf der Bezugsfrist bei derjenigen Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist.

Brink bei Hannover, den 8. Juni 1914.

Hackethal - Draht- und Kabel - Werke Aktiengesellschaft.

Actien-Bauverein „Passage“.

Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.		Passiva.	
Grundst.- u. Geb.-K.	8000000	Aktienkapital . . .	7500000
Berl. 3½% Pfandbr.	25206	Gesetzl. Reservefds.	844564
Passage Invent.-Kt.	100	Pfandbriefbel. - Kto.	3360800
„ Elektr. Stat.-Kto.	100	Teilschuldverschr. .	2500000
„ Akkumulator.-K.	100	Hypothekenkonto .	1101000
„ Dampfheiz. - Kto.	100	Erneuerungsfds.-K.	107807
Panoptikum-Anl.-K.	100	Talonsteuerres. - Kt.	35900
Friedrichstr. 161/162	1696449	Rückst. Div.-El.-Kt.	2785
Pfandbriefkonto . .	18524	Dispositionsfds.-Kt.	48728
Beteil. Berl. Hotel-G.	3843360	Kuponseinlösungsk.	62525
Kto.-Einl. Kaiserhof	2000000	Kreditores	94669
Kassakonto . . .	1691	Gew.- u. Verlustkto.	756117
Debit. u. Bankguth.	410455		
Guth. b. d. Kaiserhof	418710		
M.	16414897	M.	16414897

Verlust. Gewinn- u. Verlustkonto p. 31. Dez. 1913. Gewinn

Verlust.		Gewinn	
3½% Pfandbr.-Z.-K.	117628	Gewinnvortrag 1912	685
Berl. Pfandbriefamt-Verwaltungsk.-K.	8402	Verf. Divid.-Scheine	54
Handlungsunk.-Kt.	31825	Passageertragkonto	472511
Hausunkostenkonto	19690	Passageschaukastk.	17316
Gehaltkonto . . .	25845	Passagedampfheizk.	552
Reparaturenbaukto.	4626	Passage-Elektrizit.-S.romertrags-Kt.	173500
Steuernkonto . . .	63776	Mietsertrag - Konto Friedrichstr. 161 .	7351
Wasserverbr.-Kto. .	3924	Gewinn	418710
Betriebsunkostenkt.	88883	Zsk Friedrichstr. 161	51395	Zinsenkonto . . .	164
Provisionskonto . .	3034	Gewinn a. d. Pfandbriefbeteiligung .	1221
Effektenkonto . . .	587		
Abschreibung . . .	761879		
M.	1181498	M.	1181498

Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G.
Berlin ▪ Leipzig ▪ Hamburg

Kleines

Saling's Börsen-Jahrbuch

II. Jahrgang 1913/14

Bearbeitet von

Dr. A. MANSCH und Dr. G. TISCHERT in Berlin

Ein Handbuch für Kapitalisten u. Effektenbesitzer

Preis elegant gebunden 6 Mark

Der „**Kleine Saling**“ soll für diejenigen bestimmt sein, denen das große Werk zu umfangreich ist. Er behandelt sämtliche an der Berliner Börse gehandelten Wertpapiere in knapper aber dabei gemeinverständlicher Form und gibt dem Kapitalisten über jedes Effekt wünschenswerte Auskunft. Er bringt genaue Angaben über das **Gründungsjahr, Zweck, Kapital, Direktion, Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Brutto- und Reingewinn, sowie Reserven, Zahlstellen, Dividenden und die höchsten, niedrigsten und letzten Kurse innerhalb fünf Jahren** und bietet somit alles, was der Kapitalist braucht, um sich ein rasches Urteil über seinen Effekten-Besitz zu bilden.

Russlands
einzige Börsen-u. finanzökonomische Wochenschrift

„Die Börse“

erscheint jeden Sonntag in russischer Sprache.

Inhalt: Behandlung von Börsen-, Bank- und allgemein volkswirtschaftlichen Fragen. Kurstabellen der Petersburger, Moskauer, Odessaer, Berliner, Pariser, New-Yorker, Amsterdamer und Wiener Börse. Wöchentliche Uebersichten von vorerwähnten Börsen. Ausführliche Rechenschaftsberichte und Berichte über die Tätigkeit wirtschaftlicher Unternehmungen jeder Art. Reiches, sorgfältig kontrolliertes Informationsmaterial. Gut angeordnete Uebersicht, zwecks besser. Orientierung beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren. Belehrende Mitteilungen. Erteilung von Ratschlägen.

Gratisbeilage: Die Börsenmonatsschrift sowie die Broschüre „Kursbewegung aller an der Petersburger Börse notierten Wertpapiere innerhalb der letzten 7 Jahre“ (In russischer und französischer Sprache.)

Zu Mitarbeitern zählen: Prof. Alexejenko, Dumamitgl.; Prof. E. H. Behrends; Privatdoz. A. A. Borovoi; Prof. B. W. Warneke; Prof. A. I. Wojeikoff; Baron E. E. Wrangel; K. F. Golowin; I. A. Hofstetter; Prof. W. M. Gribowski; Reichsratsmitgl. W. I. Denisoff; Fürst M. Dolgorukoff; M. N. Ewreinoff; A. W. Eropkin, Dumamitgl; W. R. Idelson; Prof. A. A. Isaeff; Prof. I. W. Kolosoff; A. I. Seidmann; Reichsratsmitgl. A. I. Kositsch; Dumamitgl. T. G. Lerche; K. D. Maljarewski; Dr. G. E. La-Mark; I. P. Manus; Prof. P. P. Migulin; W. A. Mukosejeff; M. S. Model; Privatdozent I. N. Nowitzki; Prof. I. Ch. Oseroff, Reichsratsmitgl.; Prof. E. W. Passek; A. I. Putiloff; P. O. Papengut; W. B. Speranski; W. F. Totomianz; P. D. Ouspenski; Prof. M. I. Friedmann; A. P. Fedoroff; S. S. Schabischeff; Emski.

Abonnementspreis M. 35,— fürs Jahr.
M. 18,— für das halbe Jahr. M. 10,— für ¼ Jahr.
Zu beziehen durch jede Postanstalt oder direkt.

Verlag und Redaktion: „Die Börse“
St. Petersburg, Moika 12.

Digitized by Google

Ferien-Reisen zur See

zu mäßigen Preisen

nach

Holland ✦ Belgien ✦ England ✦ Frankreich

Portugal ✦ Spanien

und den Häfen des **Mittelmeers**

mit Reichspost- und Salondampfern

Nähere Auskunft, Drucksachen und Fahrkarten durch

Norddeutscher Lloyd Bremen

und seine Vertretungen

Dr. jur.,

welcher einige Jahre als Rechtsanwalt praktizierte, wünscht Stellung als

Syndikus, Konsulent, juristischer Berater oder dergl.

bei einer **Bank** in **Frankfurt a. M.** oder nächster Umgebung. Französische und englische Sprachkenntnisse. Gute Empfehlungen, auch aus Bankkreisen. Off. erb. sub **B. A. 1600** an die Exped. der „Bank".

Hamburg-Amerika Linie

Personen- und Güterbeförderung

nach

allen Weltteilen.

Prospekte unentgeltlich und portofrei.

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg.

Die einzige russische Bank mit Filialen in Deutschland

:: UNION-BANK ::

Filiale: BERLIN, UNTER DEN LINDEN 53

ZENTRALE IN MOSKAU

Kapital 30 000 000 Rubel

Ueber ganz Russland ausgedehntes Filialennetz

(80 Filialen, 14 Agenturen).

Filialen in Moskau: 1. Arbat, 2. Obere Handelsreihen, 3. Nikolskystrasse. **Filialen in Europ.-Russland:** Achtyrka, Baku, Balta, Batum, Bobrujsk, Brest-Litowsk, Brjansk, Bjelgorod, Cherson, Dwinsk, Eupatoria, Gluchow, Golta, Homel, Iwanowo-Voznesensk, Jaroslaw, Jekaterinoslaw, Jelez, Jelissawetgrad, Jefremow, Kaluga, Kamenetz-Podolsk, Kineschma, Kirsanow, Kischinew, Kiew, Kiew 2. Filiale Podol, Kowno, Kostroma, Krementschug, Kursk, Lebedin, Libau, Liwny, Lipezk, Losowaja, (Gouv. Jekaterinoslaw), Mohilew a. Dniepr, Mohilew (Pod.), Nowosybkow, Odessa, Orel, Orscha, Pawlograd, Pensa, Priluky (Gouv. Poltawa), St. Petersburg, Poltawa, Proskurow, Reval, Rylsk, Rjäsan, Saransk, Sarapul, Sewastopol, Schitomir, Skopin, Smolensk, Soltzy, Starodub, Staraja Russa, Sumy, Tambow, Tula, Tscheljabinsk, Tscherkassy, Tschernigow, Witebsk, Wilna, Wjasma, Wladimir (Gouv.), Wolodga. **Filialen in Asiatisch-Russland:** Buchara, Kokand. **Filialen in Deutschland:** Berlin, Danzig, Königsberg i. Pr. **Agenturen:** Bolchow, Belopolje, Gagri, Gaisin, Isium, Konotop, Morschansk, Novoukrainka, Polotzk, Samarkand, Solotonoscha, Spass-Klepiki, Starokonstantinow, Sytshewka.

Besondere Fazilitäten für den Verkehr mit Russland. Uebernahme von Inkassi auf russische Plätze und Diskont russischer Wechsel zu vorteilhaftesten Bedingungen. Akkreditive, Auszahlungen und Transferte auf alle russischen Bankplätze. — Bevorschussung von Waren- und Transportquittungen, Eisenbahnfrachtbriefen und Konnossementen. — An- u. Verkauf von Wertpapieren, insbesondere russischer Fonds. — Ausführung sämtlicher Börsenoperationen in Berlin und im Auslande.

Die Filialen und Agenturen sind infolge ihrer besonderen Organisation speziell adaptiert für Export und Finanzierung bedeutender russischer Stapelartikel, wie Getreide, Hanf, Flachs, Holz und die Niederlassungen in Turkestan für Baumwolle.

Depositen- u. Checkverkehr. Stahlkammer (Safes).

Baustellen

Grunewald am Hundekehlensee

Eichwalde am Zeuthener See

BERLINER TERRAIN- UND BAU-AKT.-GES.

Tel. I 9601, 9602. 10—1 Uhr. Taubenstr. 15 II.

Digitized by Google

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft

Maschinenfabrik
Apparatefabrik
Glühlampenfabrik

Turbinenfabrik
Kabelwerk
Automobilfabrik

Bau und Betrieb von Elektrizitätswerken, elektrischen Bahnen u. elektrochemischen Anlagen

Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank)

Aktien-Kapital und Reserven 192 Millionen Mark

Berlin — Darmstadt

Breslau, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. Els.

Bamberg, Beuthen O.-S., Cottbus, Forst i. L., Frankfurt a. d. O., Freiburg i. B., Fürth (Bayern), Gießen, Glatz, Gleiwitz, Görlitz, Guben, Jauer, Kattowitz, Landau (Pfalz), Leobschütz, Neustadt (Haardt), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Wiesbaden, Zabrze.

Biebrich a. Rh., Greifswald, Habelschwerdt, Kehl, Krappitz, Kreuzburg, Lauban, Ludwigshafen a. Rh., Myslowitz, Prenzlau, Senftenberg, Sorau, Spremberg, Stargard i. P., Ziegenhals.

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Digitized by Google

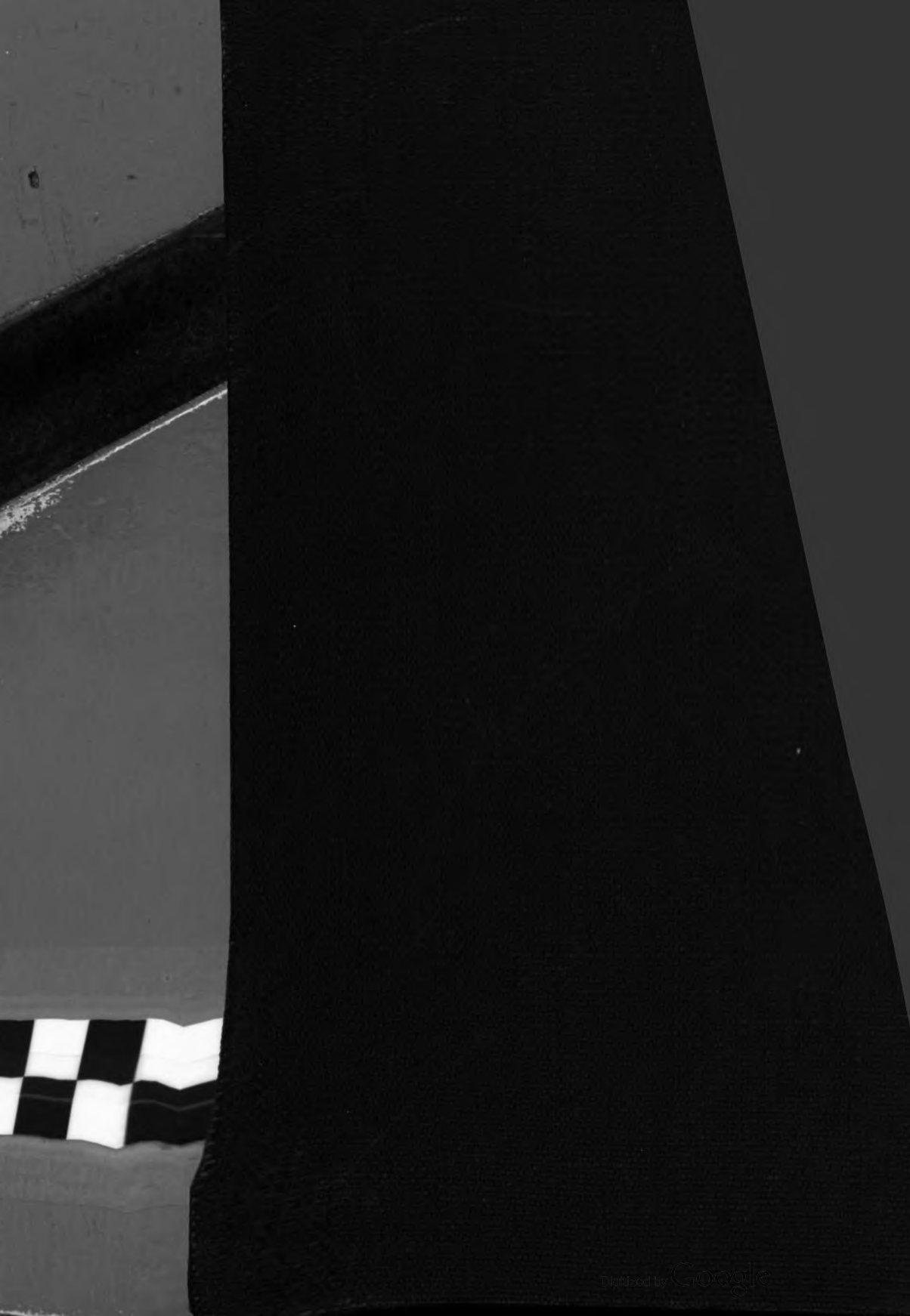
Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google